THE UNIVERSITY

OF ILLINOIS

LIBRARY

335.5
So98lp
1894-96

REMOTE STORAGE

LABOR AND
IND. REL.

ECONOMICS
DEPARTMENT

2 2 2 2 2

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Frankfurt a. M.

vom 21. bis 27. Oktober 1894.

Berlin 1894.

Verlag der Expedition des „Vorwärts"

(Th. Glocke).

LIBRARY UNIVERSITY OF ILLINOIS URBANA

UNIVERSITY OF ILLINOIS
LIBRARY

335.5
S.981p
1894-96
ILIR
REMOTE STORAGE

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitage zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnothwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigenthum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indeß die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnißmäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisirung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachsthum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vortheile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisirt. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigenthum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigenthum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigenthum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriiren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigenthum, und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht blos des Proletariats, sondern des gesammten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigenthums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

250717

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nothwendiger Weise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesammtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklassen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den andern Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig betheiligt sind. In dieser Erkenntniß fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht blos die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich geben eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachtheiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitag zu Halle 1890.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise.

Gegen die Entscheidungen steht den Betroffenen die Berufung an die Parteileitung und dem Parteitage zu.

Vertrauenspersonen.

§ 3. Die Parteigenossen in den einzelnen Reichstagswahlkreisen wählen in öffentlichen Versammlungen zur Wahrnehmung der Parteiinteressen eine oder mehrere Vertrauenspersonen. Die Art der Wahl dieser Vertrauenspersonen ist Sache der in den einzelnen Kreisen wohnenden Genossen.

§ 4. Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich und zwar im Anschluß an den voraufgegangenen Parteitag.

Die Vertrauenspersonen haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort der Parteileitung mitzutheilen.

§ 5. Tritt eine Vertrauensperson zurück oder tritt sonstwie eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen umgehend eine Neuwahl vorzunehmen und davon entsprechend § 4 Absatz 2 der Parteileitung Mittheilung zu machen.

§ 6. Da wo aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

Parteitag.

§ 7. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von der Parteileitung einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat die Parteileitung mit der Reichstagsvertretung hierüber sich zu verständigen.

§ 8. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens drei Mal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei der Parteileitung einzureichen, die dieselben spätestens 10 Tage vor der Abhaltung des Parteitages durch das offizielle Parteiorgan bekannt zu geben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Theilnahme an demselben sind berechtigt:

1. die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf.

   Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.
2. die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. die Mitglieder der Parteileitung.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion und der Parteileitung haben in allen die parlamentarische und die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur berathende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Theilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

§ 10. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme des Berichts über die Geschäftsthätigkeit der Parteileitung und über die parlamentarische Thätigkeit der Abgeordneten.
2. Die Bestimmung des Orts, an welchem die Parteileitung ihren Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl der Parteileitung.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

1. durch die Parteileitung;
2. auf Antrag der Reichstagsfraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen.

Falls die Parteileitung sich weigert, einem Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstags-Fraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 7 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im offiziellen Parteiorgan zu veröffentlichen.

Im Uebrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 8—10).

Parteileitung.

§ 13. Die Parteileitung besteht aus 12 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassirer und 7 Kontrolleuren.

Die Wahl der Parteileitung erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel.

Nach erfolgter Wahl hat die Parteileitung ihre Konstituirung vorzunehmen und dieselbe im offiziellen Parteiorgan bekannt zu machen.

Die Parteileitung verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

§ 14. Die Mitglieder der Parteileitung können für ihre Thätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 15. Die Parteileitung besorgt die Parteigeschäfte, kontrollirt die prinzipielle Haltung der Parteiorgane, beruft die Parteitage und erstattet auf denselben über ihre Thätigkeit Bericht.

§ 16. Scheidet einer der Vorsitzenden, Schriftführer oder der Kassirer aus, so ist die Vakanz durch eine von den Kontrolleuren vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Partei-Organ.

§ 17. Zum offiziellen Parteiorgan wird das „Berliner Volksblatt" bestimmt. Dasselbe erhält vom 1. Januar 1891 ab den Titel:

„Vorwärts"
Berliner Volksblatt.
Zentral-Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Alle offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Theils zu veröffentlichen.

Abänderung der Organisation.

§ 18. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur berathen werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntniß der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens $^3/_4$ der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Tages-Ordnung des Parteitages.

Sonntag, den 21. Oktober 1894, Abends 7 Uhr:

Vorversammlung.

Konstituirung des Parteitages.
Festsetzung der Geschäfts- und der Tages-Ordnung.
Wahl einer Kommission für die Prüfung der Vollmachten.

Montag, den 22. Oktober 1894, und die folgenden Tage:

1. Geschäftsbericht des Partei-Vorstandes. Berichterstatter: A. Gerisch.
2. Bericht der Kontrolleure. Berichterstatter: H. Meister.
3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit. Berichterstatter: R. Fischer.
4. Die Maifeier 1895. Berichterstatter: C. Meist.
5. Agrarfrage und Sozialdemokratie. Berichterstatter: Dr. Bruno Schoenlank und Georg von Vollmar.
6. Die Bedeutung der Trusts, Ringe, Kartelle und ähnlicher großkapitalistischer Organisationen in unserer wirthschaftlichen Entwickelung. Berichterstatter: M. Schippel.
7. Anträge zum Programm und zur Organisation.
8. Sonstige Anträge.
9. Wahl der Parteileitung.

Sitzungszeit des Parteitages:
Vormittags 9—1 Uhr, Nachmittags 3—7 Uhr.

Bureau des Parteitages.

Vorsitzende:

Schwartz, Lübeck. — Singer, Berlin.

Schriftführer:

Antrick, Königsberg N.-M.	Gradnauer, Dresden.	Kunert, Halle an der Saale.
Bruhns, Bremen.	Hug, Bant.	Lütgenau, Dortmund.
Geyer, Leipzig.	Hülle, Erfurt.	Oertel, Nürnberg.

Mandat-Prüfungs-Kommission:

Ehrhardt, Ludwigshafen.	Koenen, Hamburg.	Nathusius, Rand.-Greifenh.
Feldmann, Langenbielau.	Lorenz, Chemnitz.	Timm, Berlin.
	Frau Zetkin, Stuttgart.	

Neuner-Kommission:

Birk, München.	Frau Ihrer, Niederbarnim.	Neumann, Elberfeld.
Blos, Stuttgart.	Koenen, Hamburg.	Peus, Dessau.
Hülle, Erfurt.	Legien, Hamburg.	Quarck, Frankf. a. M.

Vorlagen an den Parteitag.

Anträge.

Zur Tagesordnung.

1. Zu Punkt 5: Agrarfrage und Sozialdemokratie: Die Parteigenossen des 1. hessischen Wahlkreises, Gießen-Grünberg-Nidda. Zur Landagitation: Es ist eine Kommission einzusetzen, die das Material über die Lage der landwirthschaftlichen Bevölkerung in den einzelnen Theilen Deutschlands, sowie über die Wirkungen der verschiedenen Arten der Grundbesitzvertheilung und Betriebstechnik zu sammeln und zu prüfen hat. Diese Kommission hat dem nächsten Parteitag Vorschläge zur Aufstellung eines agrarpolitischen Programms sowie zur zweckmäßigsten Betreibung der Landagitation zu machen. Die Kommission hält ihre Sitzungen nach Bedarf; wenn nöthig, in verschiedenen Theilen Deutschlands. Sie kann Unterkommissionen nach sachlichen oder örtlichen Gesichtspunkten ernennen und diesen besondere Berichte übertragen. Sie ist berechtigt, auch außerhalb der Partei stehende Fachleute gutachtlich zu hören.

2. Parteigenossen von Frankfurt a. M.: Zur Landagitation: Der Parteitag möge beschließen:

1. Die Veranstaltung einer Erhebung über die Lage der kleinbäuerlichen Landarbeiterbevölkerung in Deutschland ist Sache des Reichs und der Einzelstaaten. Die Fraktion hat beim Reichstag zu beantragen, daß die Befugnisse der Reichskommission für Arbeiterstatistik in diesem Sinne erweitert werden.

2. Gegen den vom „Deutschen Landwirthschaftsrath" im März dieses Jahres dem Bundesrath überreichten Gesetzentwurf, die Regelung der ländlichen Arbeiterverhältnisse betreffend, ist der schärfste Protest im Namen der deutschen Landarbeiter einzulegen. Dieser Gesetzentwurf bedeutet einen ungeheuerlichen Versuch der Vergewaltigung deutscher Landarbeiter im Interesse der Großgrundbesitzer und ist mit allen Kräften zu bekämpfen. Dagegen sind zu verlangen: a) Abschaffung der Gesinde-Ordnungen; b) freies Koalitionsrecht; c) ländliche Schiedsgerichte, die auch für die Streitigkeiten der kleinbürgerlichen Bevölkerung untereinander und mit dem größeren Grundbesitz zuständig sind, nach Analogie der Gewerbegerichte.

3. Der Vorstand wird beauftragt, ein Spezialprogramm für die ländliche Agitation nach der Art desjenigen auszuarbeiten, welches die französischen Genossen auf ihrem letzten Marseiller Kongreß festgestellt haben; außerdem soll er die Herausgabe billiger Kalender für die Landbevölkerung in größerem Maßstabe unterstützen.

Programm.

3. Parteigenossen in Düsseldorf: Dem Parteitag wird anheimgegeben sich über die Stellung der Sozialdemokratie zur Religion deutlicher auszusprechen und den hierauf bezüglichen Passus im Programm so zu ändern, daß einer irrthümlichen Auslegung ein für allemal der Boden entzogen wird.

4. Parteigenossen in Aachen: Der § 6 des Parteiprogramms (Erklärung der Religion zur Privatsache) soll eine präzisere Fassung erhalten.

5. Parteigenosse Keye, Berlin, 4. Wahlkreis: Der Passus 6 des Erfurter Programms „Erklärung der Religion zur Privatsache" soll lauten: Die Sozialdemokratie bekämpft aufs entschiedenste die Vertreter der verschiedenen Religionsgemeinschaften, sowie die Religion selbst, wo ihre Lehren sich dem Befreiungskampfe des Proletariats entgegenstellen.

6. Parteigenossen in Lahr i. B.: Dem Satze „Erklärung der Religion zur Privatsache" ist anzufügen: Die Sozialdemokratie bekämpft die Religion bezw. ihre Vertreter nur dann, wenn sich dieselben den Emanzipationsbestrebungen der arbeitenden Klasse gegenüberstellen (oder ihren Beruf dazu ausnutzen, um Haß und Zwietracht in die Bevölkerung zu säen).

7. Parteigenossen in Solingen: Die heutige vom sozialdemokratischen Volksverein für Solingen einberufene öffentliche Versammlung richtet an den Parteitag zu Frankfurt a. M. den Antrag, Punt 6 des Parteiprogramms wird gestrichen, da derselbe geeignet ist, unter den Parteigenossen Mißhelligkeiten hervorzurufen.

8. Parteigenossen in Ohligs: Ziffer 6 des Parteiprogramms zu streichen.

9. Kreiskonferenz für den Wahlkreis Friedeberg-Büdingen:

1. Das Parteiprogramm ist durch ein landwirthschaftliches Programm zu ergänzen, welches die seitens der Partei im besonderen Interesse der Landarbeiter und Kleinbauern zu erhebenden Forderungen zusammenfaßt.

2. Zur Vorbereitung dieses Ergänzungsprogramms wählt der Parteitag eine Kommission von mindestens 12 Mitgliedern aus den verschiedenen Theilen Deutschlands, welche den betreffenden Entwurf dem nächsten Parteitag zur Beschlußfassung vorzulegen hat.

3. Diese Kommission tritt sofort nach ihrer Wahl zusammen zur Aufstellung einer Geschäftsordnung und eines Arbeitsplanes, den sie noch dem diesjährigen Parteitag zur Genehmigung vorzulegen hat.

10. Parteigenossen in München: Den Satz: „Erklärung der Religion zur Privatsache" aus dem deutschen sozialdemokratischen Programm zu streichen und durch den im bayerischen Landtags-Wahlprogramm befindlichen Satz: „Trennung von Staat und Kirche", zu ersetzen.

Organisation.

Parteitag.

11. Parteigenossen des Kreises Niederbarnim, Berlin 1 und 3: Den alljährlichen Parteitag zwischen Weihnachten und Neujahr zu verlegen oder in der Pfingstwoche abzuhalten.

12. Parteigenossen in Neustadt i. O.: Den nächsten Parteitag in Breslau abzuhalten.

13. Parteigenossen des Teltow-Beeskower Wahlkreises: Diejenigen Reichstags-Abgeordneten, welche nicht als Delegirte gewählt sind, haben die Kosten ihrer Anwesenheit auf dem Parteitag selbst zu tragen, nicht die Parteikasse.

14. Parteigenossen in Barmen: Der Geschäftsbericht des Partei-Vorstandes solle für die Folge 6 Wochen vor Zusammentritt des Parteitages veröffentlicht werden, um den Genossen Gelegenheit zu geben, sich über denselben auszusprechen resp. Anträge dazu zu stellen.

15. Parteigenossen in Bochum, Leipzig: Den nächsten Parteitag in den genannten Städten abzuhalten.

16. Parteigenossen in Lengenfeld: Der Parteitag möge beschließen, daß zu den Parteitagen keine Reichstags-Abgeordneten als Vertreter der Wahlkreise hingeschickt werden dürfen, sondern daß dieselben von dem Partei-Vorstand eingeladen werden müssen.

17. Parteigenossen in Hamburg 8: Die Parteileitung wird beauftragt, alle Anträge, welche auf dem Parteitag zur Verhandlung kommen, 6 Wochen vorher im „Vorwärts" zu veröffentlichen, wovon die Provinzial-Parteiblätter Abdruck zu nehmen haben, damit sämmtliche Anträge dem Volke zur Kenntniß gelangen und zur Berathung stehen. Ferner soll die Abhaltung des Parteitages drei Monate vorher veröffentlicht werden, damit die Anträge früh genug an die Parteileitung abgeschickt werden können und, wie oben angegeben, der Parteileitung zur Verfügung gestellt werden können. Doch ist bei nicht vorhergesehenen Fällen davon Abstand zu nehmen.

Parteibeamte.

18. Parteigenossen des 1. Berliner Wahlkreises:

a) Der Parteitag hat eine Kommission von 11 Mitgliedern einzusetzen, welche die Gehälter der Parteibeamten und Redakteure einer Revision unterzieht; jedoch dürfen derselben weder Parteibeamte noch Redakteure angehören.

b) Der Parteitag setzt das Maximalgehalt der Parteibeamten und Redakteure auf 3000 Mk. jährlich fest; für diejenigen Beamten u. s. w., die im Parteiinteresse eine größere Wohnung halten müssen, sind selbstverständlich Zuschläge zu gewähren.

Die Einkünfte der Genossen aus der Parteiliteratur bleiben außer Betracht.

c) Fest angestellte Beamte der Partei dürfen keine Reichstags-Diäten beziehen.

19. Parteigenossen des Teltow-Beeskower Wahlkreises: Das Gehalt des Geschäftsführers der Partei-Buchhandlung des „Vorwärts" ist auf 3000 Mk. festzusetzen.

20. Genossen des 4. Berliner Wahlkreises: Der Parteitag beschließt, daß an Reichstags-Abgeordnete, die als Beamte der Partei fungiren und ein Gehalt von 4000 Mk. und darüber beziehen, keine Extradiäten zu zahlen sind.

21. Parteigenosse Ludwig Marx, Essen: Der Parteitag möge beschließen: An solchen Orten, wo die Parteipresse direktes Parteieigenthum ist, haben die Genossen das Recht, die Redakteure selbständig zu wählen. Jedoch ist die Parteileitung berechtigt, geeignete Personen in Vorschlag zu bringen.

22. Parteigenossen des Teltow-Beeskower Wahlkreises: Den Vertrauenspersonen der einzelnen Orte soll der „Vorwärts" gratis überwiesen werden.

23. Parteigenossen in Duisburg: Den Vertrauenspersonen ist auf ihr Gesuch hin der „Vorwärts" gratis, auf Parteikosten, zu liefern.

24. Parteigenossen Berlin 4: Die Gehälter des Partei-Vorstandes, der Redakteure des „Vorwärts" und des „Sozialdemokrat" als Zentralorgane, sowie die Gehälter der Angestellten der Verlagsbuchhandlung des „Vorwärts" bestimmt der Parteitag in Frankfurt a. M.

25. Parteigenossen in Crefeld und Kempen: die Gehaltsfrage der Parteibeamten soll untersucht und nach Bedürfniß geregelt werden.

Parteigeschäfte.

26. Parteigenossen des 4. Berliner Wahlkreises: Der Parteitag wolle beschließen, da die Reaktion immer kühner auftritt und die Entstehung eines neuen Ausnahmegesetzes mehr als je wahrscheinlich ist, hat die Neugründung von sogenannten Parteigeschäften (Buchdruckereien, Buchhandlungen u. s. w.) zu unterbleiben.

27. Parteigenossen des Kreises Niederbarnim: Der Parteitag wolle eine Fünfer-Kommission einsetzen und dieselbe beauftragen, Erhebungen darüber anzustellen, ob und wie die Uebertragung der Druckarbeiten des „Vorwärts" und der anderen bei Bading gedruckten Parteiliteratur in Regie der Partei sich empfiehlt, dem nächsten Parteitag hat die Kommission dann Bericht zu erstatten.

Allgemeines.

28. Parteigenossen in Aachen: Die Provinzial-Parteitage finden in Zukunft vor dem allgemeinen Parteitage statt.

29. Parteigenossen in Hanau: Alle Parteigelder sind möglichst der am Ort ernannten Vertrauensperson zu überweisen.

30. Die Genossen des 76. Bezirks des 2. Hamburger Wahlkreises beantragen: Der Parteitag wolle beschließen, der § 4 des Organisationsstatuts erhält folgende Fassung: Das Wort „alljährlich" ist zu streichen, statt dessen heißt es fortan: „auf ein Jahr". Ferner vor dem Absatz 1 einen neuen Absatz einzufügen, welcher folgendermaßen lautet: Wiederwahl ist nur zulässig nach einem Zeitraum von zwei Jahren.

31. Parteigenossen in Delitzsch: Dem § 9 Absatz 1 des Organisationsstatuts folgende Fassung zu geben: Die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als eine Person vertreten sein darf. Absatz 2 und 3 wie bisher. Absatz 4: Der Parteitag setzt die Diäten für die Theilnehmer fest und sind erstere aus der Parteikasse auszuzahlen. Jedoch ist jeder Wahlkreis verpflichtet, nach Maßgabe der bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen zur Deckung der durch den Parteitag erwachsenden Kosten beizutragen.

32. Parteigenossen in Heiligenhafen: Beantragen hinter § 9, Absatz 1 des Organisationsplans zu setzen: In Zukunft ist darauf zu achten, daß jeder Wahlkreis durch einen Delegirten vertreten wird, der in demselben seinen Wohnsitz hat.

33. Parteigenossen in Mainz: § 9, Absatz 5: Die Delegirten für die städtischen Wahlkreise sind in öffentlichen Parteiversammlungen zu wählen. Bestimmt eine Wahlkreis-Konferenz die Delegirten zum Parteitag, so sind die Delegirten zu dieser Wahlkreis-Konferenz in öffentlichen Parteiversammlungen zu wählen.

34. Parteigenossen in Volkenhain: Zur Förderung der Agitation auf dem Lande und kleineren Städten, wo keine Lokale zur Abhaltung von Versammlungen zu bekommen sind, Zelte auf Kosten der Parteikasse (versuchsweise vorläufig einige) anfertigen zu lassen und den Genossen der betreffenden Gegenden gegen Entschädigung zur Verfügung zu stellen.

35. Parteigenossen in Barmen und Düsseldorf, Frauen-Agitationskommission in Stuttgart: Der Parteitag möge den Passus beschließen, wonach auch in öffentlichen Frauen-Versammlungen Delegirtinnen gewählt werden können.

36. Der Partei-Vorstand in Berlin: In § 18 al. III zweite Zeile statt ¾ zu setzen „25".

37. Parteigenossen in München: Die in öffentlichen Frauen-Versammlungen gewählten Delegirten nehmen an den Verhandlungen des Parteitages mit dem gleichen Rechte theil, wie die Delegirten der Wahlkreise.

38. Parteigenossinnen in Duisburg und Ohligs schließen sich dem Antrage auf Wiederherstellung der Organisationsbestimmung über die Frauendelegirten auf den Parteitagen an.

39. Parteigenossen in Aschersleben: Der Parteitag wolle beschließen, daß der Partei-Vorstand gehalten ist, bei event. Anträgen oder Gesuchen, wenn dieselben nicht von der Vertrauensperson des Ortes gestellt resp. gezeichnet sind, dessen Vermittlung in Anspruch zu nehmen.

40. Parteigenossen in Leipzig: Der Parteitag wolle beschließen, die Zahl der Delegirten für die zukünftigen Parteitage in geeigneter Weise zu beschränken, um die praktische Arbeit dieser Vertretung unserer Partei immer mehr fördern zu helfen.

Presse.

Zentral-Organ.

41. Parteigenossen des 1. Berliner und des Teltow-Beeskower Reichstags-Wahlkreises: Der Parteitag wolle beschließen, das Abonnement des „Vorwärts" auf 1 Mk. zu ermäßigen.

42. Parteigenosse C. T. in Inowrazlaw: Das Programm der sozialdemokratischen Partei soll täglich an der Spitze des „Vorwärts" veröffentlicht werden.

43. Parteigenosse Scheidemann in Marburg: Der Parteitag möge beschließen, daß unser Wochenblatt „Der Sozialdemokrat" mit Rücksicht auf die bessere Möglichkeit des Sammelns und Nachschlagens vom 1. Januar 1895 ab in handlicherem Format (z. B. wie die „Neue Zeit" oder auch in Quart, gespalten) erscheint.

44. Parteigenossen in Essen: Dem „Sozialdemokrat" einen mehr populäreren, zur besseren Agitation geeigneten Charakter zu geben.

Unterhaltungsliteratur.

45. Parteigenossen in Rudolstadt: Die Parteileitung hat für die Herausgabe einer Zeitschrift Sorge zu tragen. Dieselbe soll ungefähr in Form der „Neuen Welt" gegen einen geringen Extrabeitrag als wöchentliche Beilage der Parteiblätter erscheinen, jedoch auch als selbständiges Blatt gehalten werden können. Der Preis ist so billig als möglich zu stellen. Der Inhalt soll zur Hälfte aus populären naturwissenschaftlichen Aufsätzen und zur anderen Hälfte aus leichtverständlichen Abhandlungen über praktisches Lehr- und Erziehungswesen bestehen. Ueberhaupt soll sie dazu dienen, wirkliche Volksbildung unter der arbeitenden Bevölkerung fördern und ausbreiten zu helfen.

Korrespondenz-Bureau.

46. Parteigenossen in Bremen: Der Parteitag möge erwägen, ob es nicht möglich sei, ein Depeschen-Bureau durch die Partei einrichten zu lassen, welches alle wichtigeren Nachrichten, insbesondere solche, welche die Ereignisse innerhalb der Arbeiterbewegung betreffen, den gesammten Parteiblättern entweder gratis oder doch für einen möglichst niedrig gehaltenen Betrag übermittelt.

Kalender.

47. Parteigenossen in Gießen: Einen Kalender herauszugeben für die Landbevölkerung zum Preise von 30 Pf.

48. Parteigenossen in Hanau: Eine billige Ausgabe eines Kalenders zum Preise von 10 Pf. mit Rücksicht auf die Landbevölkerung herauszugeben.

49. Vom Partei-Vorstand, Berlin: Der Parteitag wolle beschließen: Der Preis des „Neue Welt-Kalender" beträgt 40 Pf.

Flugblätter.

50. Parteigenossen des Wahlkreises Glogau: In Kürze ein Flugblatt herauszugeben, das in gemeinverständlicher Sprache die Begriffe Militarismus und Volkswehr erklärt, zahlenmäßig die Kosten des stehenden Heeres und die Schäden desselben an der Wohlfahrt des Volkes, sowie die Vorzüge der Volkswehr veranschaulicht und endlich neben den scheinbaren Gründen, die die heutigen Regierungen gegen die Einführung der Volkswehr vorbringen, auch die wahren enthüllt, welche sie nicht offen auszusprechen wagen.

Protokoll.

51. Genossen in Elberfeld: Der Partei-Vorstand wird beauftragt, die dem Vorstand oder der Reichstagsfraktion zur Erwägung oder Berücksichtigung überwiesenen Anträge nach Erledigung derselben nebst dem Resultat im nächsten Protokoll zu veröffentlichen.

52. Parteigenossen in Leipzig: Das Protokoll des Parteitages ist zum Selbstkostenpreis zu verkaufen.

Broschüren.

53. Parteigenossen in Duisburg: Zu einem billigen Preise einen Rathgeber in solchen Rechtsstreitigkeiten, in welche die Arbeiter häufiger verwickelt werden (grober Unfug, Beleidigung u. s. w.), herauszugeben und gleichzeitig die wichtigsten bisher vorliegenden Urtheile derartiger Fälle zu sammeln und mit zu veröffentlichen, um den Arbeitern die meistens sehr hohen Anwaltskosten zu sparen.

Allgemeines.

54. Parteigenosse H. Pistorius in Braunschweig: Der Parteitag zu Frankfurt a. M. wolle beschließen, daß künftig sämmtliche im Dienste der Partei stehenden Preßorgane, die zur Zeit noch in Händen von Privateigenthum sind, Parteieigenthum werden.

55. Parteigenossen in Straßburg i. E.: Dahin zu wirken, daß die elsaß-lothringische Partei durch Vermittelung des Parteitages baldmöglichst ein eignes elsaß-lothringisches Parteiorgan erhält, gleichviel, ob besagtes Parteiblatt in Elsaß-Lothringen oder in Baden erscheint.

56. Parteigenosse Emil Huth in Zürich: Es möge zur Behandlung von Fragen der Erziehung (in physischer, intellektueller und moralischer Hinsicht) ein Organ geschaffen und, entweder wie die „Neue Welt", dem „Vorwärts" beigegeben oder aber durch niedrigen Abonnementspreis jedem Genossen zugänglich gemacht werden. Ueber die Anlage dieses Organs, das in volksthümlicher Sprache gehalten sein müßte, entscheidet eine Kommission pädagogisch gebildeter Genossen. Die Redaktion wird einem mit der pädagogischen Wissenschaft und Praxis vertrauten Genossen übertragen.

57. Parteigenosse H. Nachtigall in Elberfeld: Dem Parteitag in Frankfurt a. M. diene zur Kenntniß, daß, trotzdem der Parteitag zu Berlin die „Solinger Resolution" angenommen hat, dennoch die „Schwäbische Tagwacht" in Nr. 210 vom 9. September 1893 im Inseratentheil eine „Einladung" an die Einwohnerschaft von Stuttgart, durch das „Stadtschultheißen-Amt" über die Dauer der Anwesenheit „Ihrer Majestäten" ꝛc. „die Gebäude zu beflaggen" ergehen läßt. Da dies eine Umgehung des Beschlusses ist, so bitte ich den Parteitag, dies entschieden zu verurtheilen.

Agitation.

58. Parteigenossen des 1. sächsischen Reichstags-Wahlkreises: Die sozialdemokratischen Reichs- und Landtags-Abgeordneten sind zu verpflichten, während der Parlamentsferien in den politisch noch zurückstehenden Wahlkreisen eine mindestens 14tägige Agitationstour zu unternehmen, für welche die Gesammtpartei resp. der Partei-Vorstand die Kosten übernimmt."

59. Parteigenossen in Wiesbaden: Die Agitationstouren der einzelnen Redner sind in Zukunft auf engere Kreise zu beschränken, damit nicht blos die größeren Städte, sondern besonders die Landorte, wo uns Säle zur Verfügung stehen und Vortheile für uns zu erringen sind, mehr berücksichtigt werden können. Die Touren und Redner sollen vorher im „Vorwärts" bekannt gemacht werden, und hat sich jeder Redner mit dem Vertrauensmanne des Bezirks in Verbindung

zu setzen. Letzterem müssen von den Genossen des Wahlkreises alle uns zur Verfügung stehenden Säle bekannt gegeben werden.

60. Parteigenossen in Freiburg i. B.: Der Partei-Vorstand möge in der Anordnung von Agitationstouren bestrebt sein, solche in den für Versammlungen geeigneteren Jahreszeiten stattfinden zu lassen. Ebenso spricht der Parteitag den Wunsch aus, die Generalkommission der Gewerkschaften möge in ihrer Agitation in gleicher Weise verfahren.

61. Parteigenossen in Münster i. W. und Neustadt i. Schl.: Der Partei-Vorstand solle in Zukunft mehr wie bisher die Genossen in solchen Wahlkreisen, welche aus eigenen Mitteln zu schwach sind, unentgeltlich mit Broschüren, Schriften und Versammlungen unterstützen, um eine kräftigere Agitation entfalten zu können.

62. Parteigenossen in Lahr: Eine thatkräftige und nachhaltige Agitation durch Flugblätter und Redner in Süddeutschland und speziell in Baden auf Kosten der Gesammtpartei zu entfalten. Um diese Thätigkeit wirksamer zu machen und zu ihrer Förderung sollen die Genossen in Baden, Bayern und Württemberg mit einander in Verbindung treten.

63. Parteigenossen in Neuwied: In den Orten, in welchen die Partei bereits selbständige Organisationen hat, Land-Agitationskomitees einzurichten, welche sich mit den Genossen auf dem Lande in Verbindung setzen und ihnen unentgeltlich Material, als Flugblätter und gelesene Zeitungen, liefern.

64. Parteigenossen Paul Hoffmann-Hamburg und Heinrich Steiner-Bremerhaven: Die Vertreter der Partei, sowie die Vertrauenspersonen der einzelnen Kreise sind zu beauftragen, für eine wirksame Agitation unter den Seeleuten Sorge tragen, sowie die Bestrebungen zur Organisation der Seeleute und die Herbeiführung der Revision der Seemanns-Ordnung durch den Reichstag thatkräftig zu unterstützen.

65. Parteigenosse H. Poludnik-Barmen: Der Frankfurter Kongreß der sozialdemokratischen Partei, resp. die deutsche Sozialdemokratie überhaupt möge zu der nunmehr chronischen und zunehmenden Arbeitslosigkeit Stellung nehmen.

Taktik.

66. Parteigenossen zu Kaiserslautern: Alle Streitigkeiten unter den Parteigenossen, sowie Auseinandersetzungen, welche zu persönlichen Reibereien ausarten, sind aus der Parteipresse fortzulassen. Die Entscheidungen über allenfallsige Differenzen sind den allgemeinen Parteitagen zu überlassen.

67. Parteigenossen in Mannheim: Der Parteitag wolle die Differenzen der badischen Parteigenossen schlichten resp. untersuchen oder untersuchen lassen und Entscheidung treffen. Da die badischen Parteigenossen auf der Offenbacher Parteikonferenz sich nicht einigen konnten, ist die Entscheidung des Parteitages im Interesse der badischen Partei dringend geboten.

68. Die Parteigenossen Aug. Dreesbach, R. Fentz, Alex. Kapp und G. Pfeiffer aus Mannheim: Der Parteitag wolle beschließen:

1. Das Verhalten des Dr. Rüdt bei der Ordensfrage im badischen Landtag entspricht den Prinzipien und der Gepflogenheit der sozialdemokratischen Partei nicht und spricht der Parteitag seine entschiedene Mißbilligung hierüber aus.

2. In gleicher Weise mißbilligt der Parteitag das Verhalten des „Offenburger Volksfreund", weil er durch seine einseitige, durch die gegnerische Presse beeinflußte Stellungnahme den Streit unter den badischen Parteigenossen entfacht und eine persönliche Verbitterung in deren Reihen hineingetragen hat, die für die Agitation und weitere Verbreitung unserer Ideen entschieden schädigend wirken muß.

69. Parteigenossen des 8. Berliner Wahlkreises: Dafür zu sorgen, daß der Parteitag den badischen Landtagsabgeordneten Stegmüller aus der Partei ausschließen und ihn seines Landtagsmandats, soweit er dasselbe wenigstens als Sozialdemokrat auszuüben wünscht, verlustig erklären möge.

70. Die Parteigenossen in Berlin 1, 3 und 4, Halle und Weimar: In Rücksicht darauf, daß die bayerischen Landtagsabgeordneten für den Etat gestimmt haben, möge der Parteitag in einer Resolution die prinzipielle Stellung der Partei zu den Gesammt-Etats der Landtage festsetzen.

71. Parteigenossen in Celle: Der Parteitag wolle beschließen, bei Stichwahlen zwischen gegnerischen Parteien die Genossen nicht aufzufordern, für eine der in Frage kommenden Parteien zu stimmen.

72. Parteigenossen in Burscheid: Es dürfen Gelder zur Errichtung von Denkmälern für verstorbene Parteigenossen nicht mehr gesammelt werden.

73. Parteigenossen in Limmer bei Hannover: Gegenüber den volksthümlichen Bewegungen wie: Vegetarismus, Naturheilkunde, Impfgegnerei, Freireligion, Freidenkerthum, Thierschutz und Antivivisektion ꝛc., sofern sie nicht politische Parteien bilden, sich nicht in absprechender oder gar höhnender Weise zu äußern, weder mündlich noch schriftlich, um Blamage für sich und Abschreckung für solche Personen, welche uns und unseren Ideen sich nähern, zu verhüten.

74. Parteigenossen in Braunschweig: Der Parteitag wolle sich klar darüber aussprechen, ob sozialdemokratische Abgeordnete in Kommunal- oder Landesvertretungen bei etwa vorkommender Einführung von Kirchensteuern für oder gegen dieselben zu stimmen haben.

75. Parteigenossen in Hanau: Der Parteitag möge beschließen: In allen gesetzgebenden Körperschaften, in welchen Parteigenossen als Vertreter der Sozialdemokratie gewählt sind, haben dieselben nur solchen Geldforderungen zuzustimmen, die zu Kulturaufgaben und gemeinnützigen Zwecken bestimmt sind. Bei Abstimmungen über Gesammt-Etats, in welchen Forderungen enthalten sind, welche der heutigen Gesellschaft die Mittel gewähren zu ihrer weiteren Existenz und zur Bekämpfung des um seine Befreiung ringenden Proletariats, haben die Parteigenossen mit Nein zu stimmen.

76. Parteigenossen in Bochum: Der Parteitag möge den sozialdemokratischen Abgeordneten des bayerischen Landtages bezüglich deren Haltung bei der Abstimmung über den Gesammt-Etat eine Rüge ertheilen, und einen Beschluß fassen, der einer Haltung dieser Art für die Zukunft vorbeugt.

Maifeier.

77. Die Parteigenossen des 18. sächsischen Reichstags-Wahlkreises: Der Partei-Vorstand wolle alljährlich ein Flugblatt ausarbeiten, welches die Bedeutung des 1. Mai für die Arbeiter näher darlegt.

78. Parteigenossen in Weimar: Die Maifeier 1895 in der gleichen Weise wie in diesem Jahre zu begehen.

79. Parteigenossen in Frankfurt a. M., Offenburg i. B. und Barmen: Der Parteitag möge beschließen: Daß es das Parteiprinzip verlangt, daß in allen Geschäften, wo für die Partei Arbeiten hergestellt werden, der 1. Mai als Feiertag erklärt und sämmtlichen dortselbst beschäftigten Arbeitern die Bezahlung als Feiertag zugesichert wird.

Parlamentarisches.

80. Die Parteigenossen in Friedberg i. H.:

a) Der Parteitag wolle die Reichstagsfraktion beauftragen, einen Gesetzentwurf dahingehend einzubringen, daß die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht mehr den Verlust der staatsbürgerlichen Ehrenrechte zur Folge habe.

b) Angesichts der empfindlichen Verluste, welche die bäuerliche Bevölkerung bei schlechter Witterung in Folge des Mangels an ausreichenden Räumen zur gleichzeitigen Bergung der Getreide-Ernte oftmals erleidet, ist durch die gesetzgebenden Körperschaften darauf hinzuwirken, daß aus öffentlichen Mitteln für jede Gemeinde ausreichende Schuppen errichtet werden, in denen das Getreide rasch geborgen und zugleich gedroschen werden kann.

81. Parteigenossen in Berlin 1., 2., 3., 4. Wahlkreis: Der Parteitag fordert die Reichstagsfraktion auf, dem Reichstage eine Interpellation oder einen Initiativantrag zu unterbreiten, welcher die reichsgesetzliche Regelung des Fabrik-Inspektorats zum Gegenstande hat. Die Fassung der Interpellation oder des Initiativantrages bleibt der Fraktion überlassen, ebenso wie die Fraktion selbst darüber entscheiden soll, ob damit gleichzeitig eine Erweiterung des Fabrik-Inspektorats, sowie die Anstellung weiblicher Gewerbe-Aufsichtsbeamten zu fordern ist.

82. Parteigenossen in Berlin 4: Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, im Reichstage den Antrag zu stellen, die Gerichtsbarkeit der Gewerbegerichte auf die Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen auszudehnen.

83. Parteigenossen in Werdau: Die Reichstagsfraktion zu beauftragen, den früheren sozialdemokratischen Arbeiterschutz-Gesetzentwurf, der Neuzeit entsprechend abgeändert, wieder im Reichstage einzubringen.

84. Parteigenossen in Gießen: Die Fraktion wird beauftragt, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, betreffend einheitliche Gestaltung der gesammten Arbeiterversicherung auf Grundlage der organisirten Ortskrankenkassen.

85. Parteigenossen in Guben: Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion wird beauftragt, auch in diesem Winter die Regierung zu interpelliren, was sie der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit gegenüber zu thun gedenkt.

86. Parteigenossen von Berlin 4: Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, im Reichstag eine alle Arbeiter Deutschlands umfassende Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu beantragen.

87. Parteigenossen in Ottensen: Der Parteitag wolle die Fraktion beauftragen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die Reichsregierung verpflichtet werden soll, periodische Aufnahmen über Löhne, Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit zu veranstalten.

88. Parteigenossen des 17. sächsischen Wahlkreises: Der Parteitag wolle beschließen, die Fraktion im Reichstag zu beauftragen, in der nächsten event. nächstfolgenden Session des Reichstages immer auf Verbesserung des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes antragen, insbesondere auf Herabsetzung der Altersgrenze.

89. Parteigenossen in Duisburg: Die Reichstagsfraktion zu beauftragen, einen Gesetzentwurf für Arbeitslosen-Versicherung und -Statistik auszuarbeiten und denselben baldmöglichst der Reichsregierung vorzulegen.

90. Parteigenossen in Lübeck: Der Parteitag möge die Fraktion veranlassen, im Reichstage einen Antrag zu stellen, durch welchen die Regierung veranlaßt wird, von fünf zu fünf Jahren eine Statistik der ländlichen Betriebe aufzunehmen, um unzweifelhafte Beweise zu erlangen, in welcher Weise auf dem Landgebiete die Konzentration des Kapitals sich vollzieht.

91. Parteigenossen in Niederbarnim: Der Parteitag wolle beschließen, der Reichstagsfraktion aufzugeben, einen Antrag auf Abänderung des § 7 des Reichstagswahlgesetzes im Reichstage einzubringen, dahingehend, daß Reichstagswählern, wie Schiffern, Schnittern, Flößern, Hausirern, Handelsleuten, Ziegeleiarbeitern, Bauarbeitern u. s. w., die durch Erwerbsverhältnisse verhindert sind, ihr Wahlrecht an ihren Wohnorten auszuüben, gestattet ist, an demjenigen

Orte zu wählen, an welchem sie sich zur Zeit der Wahl befinden resp. in Arbeit stehen. — Den Vertretern der sozialdemokratischen Partei wird im Interesse der Landagitation empfohlen, auf dem Parteitag dafür zu stimmen, daß die Fraktion ersucht werde, bei geeigneter Gelegenheit im Reichstage Gesetzesvorschläge etwa folgenden Inhalts einzubringen:

1. Gesetz, betreffend die Aufhebung der Ausnahmegesetze gegen ländliche Arbeiter und gegen das Gesinde. § 1. Sämmtliche landesgesetzlichen Sonderbestimmungen über das Rechtsverhältniß ländlicher Arbeiter, der Schiffer und des Gesindes zu ihren Arbeitgebern werden aufgehoben. Insbesondere werden hiermit die sogenannten Gesinde-Ordnungen, sowie die Gesetze und Verordnungen, welche Strafbestimmungen wegen Ungehorsam und Widerspenstigkeit der ländlichen Arbeiter, der Schiffer oder des Gesindes betreffen, oder das Koalitionsrecht ländlicher Arbeiter, der Schiffer oder des Gesindes beschränken, oder die Zuführung oder Zurückführung des Arbeiters zum Arbeitgeber gestatten, aufgehoben. § 2. Die Verträge zwischen ländlichen Arbeitern, Schiffern oder dem Gesinde und ihren Arbeitgebern sind Gegenstand freier Vereinbarung und unterliegen lediglich den allgemeinen Vorschriften über Dienstverträge (Verträge über Handlungen, Lohnverträge, Arbeitsverträge). § 3. Streitigkeiten zwischen den vorgenannten Arbeiterkategorien und deren Arbeitgebern sind durch aus öffentlichen Wahlen hervorgegangene Gerichte unentgeltlich zu entscheiden. Die Gerichte haben zu zwei Dritteln aus Arbeitern und zu einem Drittel aus Arbeitgebern zu bestehen. § 4. Dieselben Gerichte treffen zu Beginn des Jahres ortsstatutarische Bestimmungen über die höchste Länge der täglichen Arbeitszeit und über die Sonntagsruhe der vorgedachten Arbeiterkategorien.

2. Beamte und Mitglieder der bewaffneten Macht, welche Verwaltungsorganen unterstellt sind, sind für ihre Handlungen und Unterlassungen strafrechtlich und zivilrechtlich ohne Rücksicht darauf, ob ihnen ein Verschulden zur Last fällt, verantwortlich. Anträge auf Bestrafung von Beamten und Mitgliedern der bewaffneten Macht ꝛc. oder Verurtheilung zu Schadenersatzleistung können von Jedem gestellt werden, der sich geschädigt fühlt. Ueber diese Anträge haben Laiengerichte, die aus allen Kreisen der Bevölkerung zusammenzusetzen sind, zu entscheiden.

3. In die Gewerbe-Ordnung ist eine Bestimmung aufzunehmen, durch welche außer Zweifel gesetzt wird, daß weder der Landesgesetzgebung, noch irgend einem Beamten das Recht zusteht, das Schankgewerbe durch Verbote zu beschränken, zu einer bestimmten Zeit auszuschänken oder öffentliche Lustbarkeiten zu dulden.

92. Parteigenossen in **Essen** und **Elberfeld**: Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei möge beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, den zweiten Theil unseres Programms in Form von geeigneten Gesetzentwürfen im Reichstage einzubringen.

93. Parteigenossen in **Barmen** und **Kaiserslautern**: Der Parteitag wolle beschließen: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, sofort nach Zusammentritt des Reichstags einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen der Artikel 4, Punkt 16 der Reichsverfassung, nach Maßgabe des Punkt 4 des Parteiprogramms zur Durchführung gelangt.

94. Parteigenossen in **Berlin 1**: Der Parteitag wolle beschließen, die Fraktion aufzufordern, in der nächsten Session im Reichstage die ungerechten Zustände in der Auslegung der Gesetze in den einzelnen Bundesstaaten gegen unsere Parteigenossen zur Sprache zu bringen.

95. Parteigenossen des **Saarreviers** beantragen:

Der Parteitag spricht der Reichstagsfraktion sein Befremden darüber aus, daß der auf dem Erfurter Parteitag angenommene Antrag, behufs Abschaffung

des in Elsaß-Lothringen existirenden Diktatur-Paragraphen, sowie der Vereins-, Preß- und Versammlungs-Gesetze mit so wenig Nachdruck befolgt wurde, und beschließt, daß die Fraktion die Abschaffung der genannten Gesetze mit aller Energie betreiben soll, mindestens soll die völlige Einführung der Gewerbe-Ordnung, des Reichs-Preßgesetzes und Abschaffung des Diktatur-Paragraphen durchzusetzen versucht werden.

Der Parteitag wolle beschließen: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird beauftragt, nach dem Wiederzusammentritt des Deutschen Reichstags die Reichsregierung zu interpelliren, ob sie mit dem Vorgehen der Behörden im Saarrevier gegen die auf Grund des Genossenschafts-Gesetzes errichteten sogenannten „Bergmanns- oder Arbeiter-Kasinos" einverstanden ist.

96. Parteigenossen in Kaiserslautern: Unsere Abgeordneten haben zu beantragen: Für jede Fabrik, Werkstatt oder Arbeitsstätte, in welcher in der Regel Arbeiter beschäftigt werden, ist innerhalb vier Wochen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes oder nach der Eröffnung des Betriebes eine Arbeitsordnung zu erlassen. Für die einzelnen Abtheilungen des Betriebes oder für die einzelnen Gruppen der Arbeiter „müssen" besondere Arbeits-Ordnungen erlassen werden ꝛc.

97. Parteigenossen in Berlin 3: Die Reichstagsfraktion zu beauftragen, bei geeigneter Gelegenheit im Reichstage einen Gesetzentwurf folgenden Inhalts einzubringen: Sämmtliche Sonderbestimmungen über das Rechtsverhältniß des Gesindes zu seinem Arbeitgeber, d. h. die sogenannten Gesinde-Ordnungen sind aufgehoben.

98. Parteigenossen in Berlin 2: Der Parteitag möge die Fraktion ersuchen, auf ein gesetzliches Verbot der Gesindevermiethungs-Komptoire und Einführung eines unentgeltlichen Dienstnachweises hinzuwirken.

99. Parteigenossen in Lübeck und Schwerin: Daß die ländlichen Arbeiter unter die Gewerbe-Ordnung gestellt werden; daß für die ländliche Bevölkerung Gewerbegerichte errichtet werden.

100. Parteigenossen in Berlin 4: Der Parteitag in Frankfurt a. M. wolle beschließen, der Reichstagsfraktion aufzugeben, einen Antrag auf Abänderung des § 7 des Reichstags-Wahlgesetzes im Reichstage einzubringen, dahingehend, daß Reichstagswählern, wie Schiffern, Schnittern, Flößern, Hausirern, Handelsleuten, Ziegeleiarbeitern, Bauarbeitern u. s. w., die durch Erwerbsverhältnisse verhindert sind, ihr Wahlrecht an ihrem Wohnorte auszuüben, gestattet ist, ihr Wahlrecht an demjenigen Orte auszuüben, an welchem sie sich zur Zeit der Wahl befinden bezw. in Arbeit stehen.

Resolutionen.

101. Parteigenossen in Frankfurt a. M.: Die völlige Vereins-, Versammlungs- und Preßfreiheit ist zur Aufklärung des Volkes unerläßlich. Die Bestrebungen, die schon jetzt so vielfach eingeschränkte Vereins-, Versammlungs- und Preßfreiheit noch weiter einzuengen, muß mit allen Mitteln bekämpft werden. Zu diesem Zwecke erscheint es erforderlich, überall mündlich wie schriftlich eine besondere Agitation zu entfalten, um die weitesten Kreise von der Nothwendigkeit völliger Vereins-, Versammlungs- und Preßfreiheit zu überzeugen und gegen die jetzigen Beschränkungen dieser Freiheiten, wie auch ganz besonders gegen eine noch weitere Verkümmerung derselben zu protestiren. Außerdem ist auch dagegen Verwahrung einzulegen, daß mit Hilfe der aus der Klassenwahl hervorgegangenen Landtage jene Anträge gegen den Willen der großen Masse des arbeitenden Volkes zum Gesetz erhoben werden. Es ist daher das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu allen Wahlen, also auch für die Landtage und

Gemeindevertretungen zu verlangen, um eine solche Vergewaltigung unmöglich zu machen. Aus diesen Gründen beantragen wir: Auf die Tagesordnung zu setzen: Unsere Aufgabe gegenüber den volksfeindlichen Bestrebungen, eine noch weitere Schmälerung der Vereins-, Versammlungs- und Preßfreiheit herbeizuführen, näher zu präzisiren.

102. Parteigenossen des 10. badischen Reichstags-Wahlkreises Karlsruhe-Bruchsal:

1. Der Parteitag möge dazu Stellung nehmen, wie sich die sozialdemokratischen Landtags-Abgeordneten bei der Abstimmung über den Gesammt-Etat zu verhalten haben.

2. Der „Vorwärts" möge dem auf dem Kölner Parteitag gefaßten Beschluß: Die alljährlich beim „Vorwärts" erzielten großen Ueberschüsse künftig zum Theil zur Bereicherung des Inhalts zu verwenden, damit der „Vorwärts" seiner Aufgabe, der Partei als Agitationsmittel und den sozialistischen Provinzialpressen als Materialquelle zu dienen, in besserer Weise genügen kann, als dies bisher möglich war", mehr wie bisher nachkommen.

3. Die Parteileitung möge für die Verbreitung und Verwirklichung unserer Ideen mehr Sorge tragen. Ebenso die besseren agitatorischen Redekräfte mehr auf diejenigen Ortschaften resp. Wahlkreise verwenden, wo noch schwache Organisationen sind.

103. Parteigenosse Ed. Schröter, Berlin 4: In Erwägung, daß der Partei dadurch, daß sie dem Kapitalismus die ungehinderte Ausbeutung der Konsumtionskraft des Proletariats überläßt, anstatt letztere den Parteizwecken nutzbar zu machen, ungeheure Vortheile im Befreiungskampfe verloren gehen, beschließt der Parteitag, die Parteileitung wird beauftragt, eine Kommission von etwa 15 Mitgliedern zu ernennen, die dafür Sorge zu tragen hat, daß die Konsumtionskraft des Proletariats, soweit es möglich ist, den Zwecken der Partei dienlich gemacht wird. Zu diesem Behufe sind in den für uns zunächst geeigneten Produktionszweigen Betriebe zu organisiren, in welchen die Produktion durch Genossen stattzufinden hat, und Maßnahmen zu treffen, daß die verfertigten Gegenstände und diejenigen Konsumartikel, die von Genossen nicht hergestellt werden können, in der geeignetsten Weise ihren Absatz finden. Ueber die Verwendung des nach Ablauf bestimmter Zeiträume festzustellenden Gewinnes entscheidet obige Kommission; doch soll als Richtschnur dienen, daß ein Theil zu Erweiterungen von bereits bestehenden Betrieben resp. Neugründungen benutzt, während der Rest, der größere Theil, an die Parteikasse zwecks Agitation ꝛc. überwiesen wird. Die Anlagekapitalien müssen von Genossen aufgebracht werden und kann auf Wunsch eine spätere Zurückzahlung erfolgen.

104. Die Genossen in Elberfeld: Der Parteitag ersucht die Genossen und Genossinnen, überall da, wo es möglich ist, daß in die Agitationskomités auch Genossinnen gewählt werden können, dafür zu sorgen, daß dies geschieht, da die Frau sich sehr wohl zur Agitation eignet, aber recht oft nicht die nöthigen theoretischen und praktischen Kenntnisse aus sich selbst besitzt.

105 Parteigenosse P. Glißmann, Kiel: Der Parteitag wolle prüfen, ob es zweckmäßig sei, an dazu geeig eten Orten oder mindestens an einem dazu geeigneten Orte eine Schule aus Parteimitteln zu errichten, worin der Lehrstoff, sowie der Unterricht selbst, ganz im sozialistischen Sinne gegeben, wo keine dogmatische, sondern eine rein wissenschaftliche Weltanschauung gelehrt wird.

106. Parteigenossen Lehmann und Kokisch in Mittweida: Es ist eine Erfahrung, daß mit Ausnahme der reichen Leute jeder überzeugter Sozialist wird, sobald er die Wahrheit über unsere Grundsätze sowie über seine soziale und politische Lage erkennt. Es ist Thatsache, daß die Verbreitung dieser Wahrheit bei den Erwachsenen, besonders bei den weiblichen infolge politischer Theil-

nahmslosigkeit und Rechtlosigkeit, auf innerliche und gegenwärtig in steigendem Maße auf äußerliche Hindernisse stößt.

Es ist Allen bekannt, daß die herrschende Klasse mit allen Mitteln die Ausbreitung unserer Prinzipien zu hindern sucht und neuerlich die Schulen benutzt, um der lernfähigen Jugend unsere einfachen und leicht begreiflichen Lehren entstellt oder verhüllt wiederzugeben.

Aus diesen Gründen empfiehlt der Parteitag als Gegengewicht und behufs Verbreitung unserer sozialpolitischen Wahrheiten unter der heranwachsenden Jugend, sowie zur Beförderung der sozialistischen Ueberzeugung der Massen allerorts eine „Schulwacht" zu organisiren, welche den Unterricht auf alle sozialistenfeindlichen Verdrehungen und Fälschungen zu prüfen hat, um letzteren in der weitesten Oeffentlichkeit die Wahrheit gegenüber zu stellen.

107. Parteigenossen in Cronach: Der Parteitag möge beschließen: In Anbetracht der Thatsache, daß in den verschiedenen Ländern, in denen die moderne Großproduktion Platz gegriffen hat — eine gewisse Sozialgesetzgebung stattfindet, wie es auch Thatsache ist, daß da, wo es gelungen ist, die Gemeindevertretung im sozialistischen Geiste zu erwählen, mehrfach Gesetze und Gesetzeskraft habenden Verordnungen erlassen werden, die den Arbeitern bedeutende Vortheile sichern — ist der Vorstand der Partei gehalten, dem Parteitag alljährlich einen Bericht zu erstatten über den Stand und Fortgang derartiger Gesetze und Gesetzeskraft habenden Verordnungen in den verschiedenen Ländern.

108. Parteigenossen des Brandenburger Provinzial Parteitages: Resolution. „Zur Durchführung einer wirksamen Agitation auf dem Lande ist die Kenntniß der ländlichen Verhältnisse in den einzelnen Kreisen und den einzelnen Berufszweigen die unmittelbare Voraussetzung. Um diese Kenntniß zu vermitteln, erklärt die Parteikonferenz eine eingehende beschreibende, nicht blos rein statistische Untersuchung für nothwendig, die sich auf die ländlichen Verhältnisse erstreckt, aber auch die Verhältnisse der gewerblichen Wanderarbeiter, Sachsengänger und Ziegeleiarbeiter, sowie der Hausindustriellen berücksichtigt, weil diese als die geeignete Brücke zwischen der industriellen und der rein ländlichen Bevölkerung erscheinen. Da das Agitationskomitee der Provinz Brandenburg und anderer Provinzen zur Einleitung dieser Untersuchung nicht im Stand ist, so überweist die Provinzialkonferenz die Untersuchung der sozialpolitischen Verhältnisse der ländlichen Bevölkerung dem Parteitage Frankfurt a. M. zur Berücksichtigung. Unter Berücksichtigung der Schwierigkeiten einer solchen Untersuchung empfiehlt es sich, wenigstens mit einem beschränkten Bezirke oder einer bestimmten Arbeiterbranche den Anfang zu machen."

Bericht des Partei-Vorstandes.

Allgemeines. Die auf dem vorjährigen Parteitag in Köln gewählte Parteileitung trat unmittelbar nach Schluß der Verhandlungen zu ihrer konstituirenden Sitzung zusammen. Die in der letzteren gefaßten Beschlüsse, nach welchen im abgelaufenen Berichtsjahr Briefe und Geldsungen an die bereits aus dem Vorjahre bekannten Adressen, Beschwerden der Parteigenossen über den Partei-Vorstand oder dessen Geschäftsführung an den Genossen Meister in Hannover zu richten waren, wurden den Parteigenossen durch Bekanntmachung des Partei-Vorstandes in Nr. 261 des „Vorwärts" vom 5. November 1893 zur Kenntniß gebracht.

Die Revisionen der Parteikasse wie die der Bücher des „Vorwärts" und der Vorwärts-Buchhandlung wurden im verflossenen Geschäftsjahr durch die Kontroleure nach den jedesmaligen Quartals-Abschlüssen vorgenommen.

Eine Aenderung in der Zusammensetzung des Partei-Vorstandes trat kurz nach dem Kölner Parteitag insofern ein, als einer der Schriftführer, Genosse Fischer, aus dem Partei-Vorstand ausschied, um die Leitung der Vorwärts-Buchhandlung zu übernehmen. Die letztere Stelle war durch die Entlassung des früheren Leiters der Buchhandlung plötzlich vakant geworden und wählte der Vorstand unter den gemeldeten Bewerbern den Genossen Fischer als den Geeignetsten für den obigen Posten aus. Die Kontroleure mußten daher nach § 16 unseres Organisationsstatuts zu einer außerordentlichen Sitzung zusammentreten, um die Neuwahl eines Schriftführers vorzunehmen. Diese Sitzung fand am 20. November v. J. statt und fiel die Wahl auf den Genossen Pfannkuch, bis dahin in Hamburg, der am 1. Januar 1894 nach Berlin übersiedelte und in den Partei-Vorstand als Schriftführer eintrat.

Nach den gewaltigen Anstrengungen, welche die Partei im vorjährigen Wahlkampf gemacht hatte, entstand in den Kreisen der Genossen überall das Verlangen, die durch die Wahlagitation gewonnenen Verbindungen und Beziehungen auch für die zwischen den Wahlen liegende Zeit nach Möglichkeit aufrecht zu erhalten und zu erweitern. Wie stark und allseitig das Bestreben, die Außenposten dauernd mit den Zentren der Bewegung zu verbinden, war, erhellt am besten aus den zahlreichen Landes- und Provinzialparteitagen, die auch im verflossenen Berichtsjahre wieder stattgefunden haben.

Größere Parteitage wurden abgehalten für das Großherzogthum Hessen, für Schleswig-Holstein mit Lauenburg nebst Fürstenthum Lübeck und Hamburg, die beiden Mecklenburg und Lübeck, Schlesien und Posen, das Rheinland, das östliche Westfalen und die Lippe'schen Fürstenthümer, Bremen und die benachbarten Wahlkreise, das Königreich Sachsen, Baden, Sachsen-Weimar, Unterfranken, Elsaß-Lothringen, Meiningen und Koburg, die Pfalz, den Agitationsbezirk Liegnitz, Schwaben und Neuburg, Thüringen, Schwarzburg-Rudolstadt, Rheinland und Westfalen, das Herzogthum Gotha, Brandenburg, Württemberg, Anhalt, Braunschweig, Pommern, Bayern.

Neben diesen Parteitagen, die sämmtlich stark besucht und vom besten Geiste beseelt waren, haben fast in jedem Wahlkreise, in dem die Partei eine nennenswerthe Zahl von Anhängern besitzt, größere oder kleinere Kreiskonferenzen stattgefunden, die allesammt rühmliches Zeugniß dafür ablegen, daß die Parteigenossen selbst nach einer Kampfperiode, die fast jedem Einzelnen besondere Opfer auferlegte, sich die Ausbreitung unserer Ideen, die Befestigung und den Ausbau der Organisation nach Kräften angelegen sein lassen.

Dieser regen Thätigkeit der Gesammtpartei entsprach auch der Verkehr, den die Parteigenossen mit dem Partei-Vorstand gepflogen haben. Zwar erreichen die Zahlen der ein- und ausgegangenen Briefe nicht diejenigen des Vorjahres, in dem infolge der Reichstagswahlen ein besonders lebhafter Verkehr der Parteigenossen mit dem Partei-Vorstande stattfand, weisen jedoch gegen das Jahr 1892 eine wesentliche Steigerung auf. Es gingen ein im Berichtsjahr 1892 3842 Briefe und Karten, im Berichtsjahr 1893 6232 Briefe und Karten und im Berichtsjahr 1894, d. h. in der Zeit vom 1. Oktober 1893 bis 30. September 1894 4248 Briefe und Karten. In denselben Zeiträumen gingen aus 3494, 4730 und 4100 Briefe und Karten. Nicht mit eingerechnet in diesen Zahlen sind die durch den Vorstand zur Versendung gebrachten Drucksachen, Zirkuläre u. s. w. Regelmäßige Sitzungen zur Erledigung der laufenden Geschäfte hielt der Vorstand wöchentlich zwei ab, außerdem noch zahlreiche Extrasitzungen, Konferenzen u. s. w. Wie aber der Kassenbericht des Partei-Vorstandes die Summen nicht erschöpft, welche im Laufe eines Jahres für Parteizwecke ausgegeben werden, weil er nur die Ausgaben der Zentralkasse, nicht aber die sich wesentlich höher beziffernden lokalen Ausgaben aufführt, so umfaßt auch der Bericht des Partei-Vorstandes nicht die gesammte geschäftliche Thätigkeit, welche die Partei bei ihrem heutigen Umfange bereits erfordert. Sind doch, wie aus dem Bericht des Landes-Vorstandes der württembergischen Sozialdemokratie zu ersehen ist, allein bei diesem im verflossenen Geschäftsjahr 1500 Briefe eingegangen und gegen 1800 Briefe zur Versendung gelangt. Wenn nun auch mit Bestimmtheit anzunehmen ist, daß der Geschäftsverkehr der übrigen Komitees u. s. w. mit den Genossen ihrer Bezirke ein wesentlich geringerer als der des württembergischen Landes-Vorstandes ist, so beweisen doch die obigen Zahlen zur Genüge, welche Ausdehnung die Parteithätigkeit in den einzelnen Landestheilen erlangt hat, und daß es lediglich praktische Bedürfnisse waren, die eine gewisse Dezentralisation der Partei herbeigeführt haben.

Daß trotz dieser Dezentralisation im Innern die Partei nach Außen in voller Einheit und Geschlossenheit dasteht, haben die seit dem Hallenser Parteitag verflossenen Jahre zur Genüge bewiesen. Die von der gegnerischen Presse unzählige Male und auch jetzt wieder für den Parteitag in Frankfurt angekündigte Spaltung unserer Partei wird immer nur ein frommer Wunsch unserer Feinde bleiben.

* * *

Die **Maifeier** ist auch im verflossenen Jahre, nachdem durch die auf dem Parteitag in Köln angenommene Resolution die Einheitlichkeit der Feier verbürgt war, wieder in würdigster Weise verlaufen. Konnten auch bei der Ungunst der Verhältnisse nur wenige Arbeiterkategorien die Feier in der entsprechendsten Form, durch Arbeitsruhe, begehen, so ist doch die der Maifeier zu Grunde liegende Idee des Achtstundentags und der internationalen Solidarität des arbeitenden Volkes in hundert und aber hundert Versammlungen in allen Theilen Deutschlands mit elementarer Macht zum Ausdruck gebracht worden. Mag das Unternehmerthum sich zur Zeit auch noch so gegen den Achtstundentag sträuben, die Erkenntniß von der Nothwendigkeit desselben bricht sich mit jedem Tage in immer weiteren Kreisen Bahn.

Außer den Arbeitern sind es in erster Linie einsichtige Männer der Wissenschaft, die, wie noch jüngst auf dem Kongreß für Hygiene und Demographie in Wien, immer lauter ihre Stimme für den Achtstundentag erheben. Wie daher auch immer die Form der Maifeier in den nächsten Jahren beschaffen sein möge, sicher ist heute schon, daß die Arbeiter in ihrem Kampfe für eine internationale Arbeiterschutzgesetzgebung nicht erlahmen werden, bis der dem krassesten Egoismus und der Beschränktheit entspringende Widerstand der Bourgeoisie gebrochen ist.

Neben der Maifeier bot auch der vom 25.—31. März d J. in Wien abgehaltene Parteitag unserer österreichischen Bruderpartei uns wieder Gelegenheit, die internationale Solidarität des klassenbewußten Proletariats zum Ausdruck zu bringen. Da die diesmaligen Verhandlungen unserer österreichischen Genossen, wegen des von ihnen zur Erzwingung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechtes geführten Kampfes, besonders bedeutungsvoll waren, entsendete der Vorstand als Vertreter der Partei die Genossen Bebel, Singer und Gerisch.

* * *

Der Größe der Partei entsprechend, war auch im verflossenen Jahre das Verlangen nach möglichst intensiver **Agitation**, der mündlichen sowohl wie der schriftlichen. Von Seiten des Partei-Vorstandes wurden größere Agitationstouren veranstaltet im Rheinland, Baden, Thüringen und Harz, Schlesien, die Lausitz, Provinz Sachsen, Ost- und Westpreußen und Schleswig-Holstein. Neben diesen größeren Touren hat der Partei-Vorstand noch Redner zu zahlreichen kürzeren Touren und Einzelversammlungen entsendet, wie er auch bestrebt gewesen ist, die Agitation in den für unsere Bewegung noch zu erschließenden Gegenden zu betreiben. Nicht minder zahlreich waren auch die Versammlungen, welche durch die Agitationskomitees und Landesausschüsse arrangirt wurden. Rechnet man dazu noch die agitatorische Thätigkeit der Abgeordneten in ihren Wahlkreisen, sowie die durch die Vertrauenspersonen veranstalteten Versammlungen, dann kann man sagen, daß auch im verflossenen Jahre nach Möglichkeit Alles geschehen ist, um unsere Ideen durch das lebendige Wort in die breiten Schichten des Volkes zu tragen. Wenn trotzdem auch im vergangenen Jahre die und da Klagen über „Vernachlässigung" einzelner Bezirke laut wurden, weil der Vorstand nicht immer in der Lage war, Redner entsenden zu können, deren bloßer Namen schon eine große Anziehung auf den politisch indifferenten Theil der Bevölkerung ausübt, so ist bereits in früheren Berichten wiederholt dargelegt worden, wie unmöglich es ist, all den Wünschen, die mit Bezug auf die Person der Referenten geäußert werden, nachzukommen.

Leider konnte die mündliche Propaganda in vielen Gegenden aus dem Grunde nicht in wünschenswerther Weise betrieben werden, weil Säle zu sozialdemokratischen Versammlungen entweder gar nicht oder nur unter sehr erschwerenden Umständen zu erlangen waren. Unsere Gegner, die nicht genug über den „Terrorismus" der Arbeiter jammern können, wenn diese durch Anwendung des Boykotts sich gegen das systematische Abtreiben der Säle zu schützen suchen, üben ihr wirthschaftliches Uebergewicht überall in der brutalsten Weise aus, um den Arbeitern die Benutzung des ohnehin schon kümmerlichen Versammlungsrechtes unmöglich zu machen. Da ferner auch die Behörden vielfach einen starken Druck auf die Wirthe ausüben, die letzteren in Städten mit Garnisonen überdies noch mit dem Militärboykott zu rechnen haben, ist es in vielen Orten unseren Genossen überhaupt nicht möglich, irgendwelche größere Räumlichkeiten zu Versammlungen zu bekommen. Die unter solchen Zuständen leidenden Genossen sind nun vielfach auf den Gedanken verfallen, eigene Säle zu bauen, oder solche käuflich zu erwerben, und wollten zu diesem

Zwecke die Hilfe der Parteikasse in Anspruch nehmen. Der Partei-Vorstand hat sich jedoch allen derartigen Gesuchen gegenüber strikte ablehnend verhalten. Als politische Kampfpartei können wir uns nur in Ausnahmefällen mit wirthschaftlichen Gründungen vorgedachter und ähnlicher Art befassen und in denselben ganze Vermögen festlegen. Abgesehen davon waren die geforderten Summen so bedeutende, daß sie, zusammengerechnet, den allgemeinen Einnahmen des Berichtsjahres gleichkommen, wenn nicht gar sie übertreffen. Ist es an einzelnen Orten unter den gegebenen Verhältnissen nicht möglich, Versammlungen abzuhalten, dann müssen eben die übrigen Formen der Agitation desto energischer zur Anwendung gebracht werden.

Als Ersatz für das gesprochene Wort und zur Vertiefung der durch die mündliche Agitation empfangenen Anregung dienen unsere Parteischriften, von denen die älteren, wie Bracke's „Nieder mit den Sozialdemokraten" auch im verflossenen Jahre wieder in Massen-Auflagen hergestellt und den Genossen entweder zum Selbstkostenpreis oder auf Antrag auch völlig unentgeltlich überlassen wurden. Von neuen, für den Massenbetrieb berechneten Schriften wurden im Dezember v. J. die Reden Bebel's und Liebknecht's zum Reichshaushalt-Etat unter dem Titel: „Gegen den Militarismus und gegen die neuen Steuern" und im März unter dem Titel: „Christenthum und Sklavenfrage" die bezüglichen Verhandlungen des Reichstags über die Kolonialpolitik.

Am dem durch die Erfahrung bewährten System, einzelnen Orten oder Provinzen zur Betreibung nachhaltiger Agitation feste Zuschüsse zu gewähren, wurde auch im verflossenen Jahre festgehalten. Anderen Kreisen oder Provinzen wurden auf Antrag, je nach den Umständen, größere oder kleinere Summen als einmalige Beihilfe zur Agitation bewilligt. Ferner hat der Partei-Vorstand wie früher, so auch im verflossenen Jahre einzelne Genossen unterstützt, die durch ihr Eintreten für unsere Ideen existenzlos geworden waren, und deren Verbleiben auf besonders wichtigen Posten im Interesse der Agitation geboten erschien.

Ueber die zu diesem Zweck verwendeten Gelder giebt der Kassenbericht näheren Aufschluß.

Rege Sorgfalt wurde von den Genossen im vergangenen Jahre auch wieder der Landagitation zugewendet. Wenn es sich bei Betreibung der letzteren auch um die Bearbeitung eines schwierigen Gebietes handelt, so ist die in früheren Jahren aufgewendete Mühe doch nicht erfolglos gewesen, sondern hat theilweise schon gute Früchte getragen. Auf verschiedenen der Konferenzen und Kreistagen wurde mit Genugthuung konstatirt, daß Bezirke, in denen Boden zu fassen früher kaum möglich war, nunmehr durch Delegirte vertreten waren, ein sichtbarer Beweis dafür, daß auch dort, aller Hindernisse ungeachtet, die Bewegung Wurzel geschlagen hatte. Dieses allmähliche und stete Vordringen der sozialistischen Ideen auf dem flachen Lande wird auch von unseren Gegnern, allerdings unter Aeußerungen starken Mißbehagens, zugegeben. Wie das berufendste Organ der Junker, die „Kreuz-Zeitung" vor Kurzem ausführte, bleiben nach den sozialistischen Hochfluthen, genannt Wahlagitationen, überall auf dem Lande kleine Tümpel zurück, aus denen heraus sich der sozialistische Bazillus entwickelt, um dann seine weitere Umgebung zu infiziren. Wenn die Bewegung auf dem Lande sich zunächst in diesem Rahmen vollzieht und die Landproletarier nicht in geschlossener Masse zu den Armeen der aufgeklärten Industriearbeiter stoßen, so liegt dies an der Eigenart der ländlichen Verhältnisse, die eine Entwicklung und Ausdehnung der Bewegung in dem Tempo, wie wir es bei der industriellen Arbeiterschaft gewöhnt sind, überhaupt nicht zuläßt. Andererseits aber auch an dem Umstande, daß wir uns bei der Landagitation auf einem Gebiete bewegen, das der Mehrzahl der Genossen mehr oder weniger fremd ist. Auch in dieser Beziehung sind, wie die Debatten

auf den Provinzial-Parteitagen bewiesen haben, die letzten Jahre nicht ungenützt vorübergegangen, indem Methoden der Landagitation, die bei allen mit den ländlichen Verhältnissen Vertrauten im vornherein schwere Bedenken erregten, als nicht zweckentsprechend aufgegeben, und bessere dafür zur Anwendung gebracht wurden. Sicher werden die Debatten über Agrarfrage und Sozialdemokratie auf dem Parteitage in Frankfurt weitere Klärung schaffen und damit auf die Landagitation befruchtend einwirken.

Von den Nachwahlen zum Reichstage, die im vergangenen Jahre stattgefunden haben, kamen für unsere Partei nur die im 23. sächsischen und im 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreis ernstlich in Betracht. In beiden Kreisen waren bei der vorjährigen Wahl so starke Unregelmäßigkeiten vorgekommen, daß der Reichstag noch kurz vor Schluß der diesjährigen Session Gelegenheit nahm, die Mandate der beiden Abgeordneten, die obige Kreise vertraten, zu kassiren. War durch diese Ungiltigkeitserklärung der beiden Wahlen auch das Urtheil über die Praktiken, die bei der vorjährigen Wahl in beiden Kreisen von den Behörden zur Anwendung gebracht wurden, gesprochen, so fanden die Neuwahlen doch insofern unter ungünstigen Bedingungen für unsere Partei statt, als seit der letzten Wahl noch kein Jahr verflossen war und daher in beiden Kreisen die alten Wählerlisten wieder zur Anwendung gelangten. Gleichwohl haben wir sowohl im 23. sächsischen, wie auch 6. schleswig-holsteinischen Kreise den Sieg an unsere Fahnen geheftet. In beiden Kreisen haben unsere Gegner die verzweifeltsten Anstrengungen gemacht, ihre Position zu behaupten, wodurch beide Wahlkämpfe zu ausgesprochenen Kraftproben wurden. Unsere schließlichen Erfolge sind daher auch um so bedeutungsvoller. Durch dieselben haben wir einen Wahlkreis, der uns im vorigen Jahre durch den Ansturm der gesammten koalirten Gegnerschaft verloren gegangen war, zurückerobert, einen neuen, seit Jahren heißumstrittenen Wahlkreis hinzugewonnen und damit die Zahl unserer Vertreter im Reichstage auf 46 gebracht.

An Landtagswahlen hat sich die Partei mit Erfolg betheiligt in Hessen und neuerdings in Sachsen-Weimar. In Hessen waren die in sozialdemokratischem Besitze befindlichen Mandate für Offenbach-Land und Gießen-Land für ungiltig erklärt worden. Bei der Nachwahl wurde Offenbach-Land behauptet, während Gießen-Land verloren ging. In Sachsen-Weimar wurde von unseren Genossen der Landtagswahlkreis Apolda behauptet. Ein weiteres Eindringen sozialdemokratischer Vertreter in die Kommunalverwaltungen hat auch im verflossenen Jahre stattgefunden. Unbestrittenen Erfolg haben wir auch in zahlreichen Wahlen zu den Gewerbegerichten erzielt. Arbeiter und Sozialdemokrat sind in vielen Industriezentren bereits sich so völlig deckende Begriffe geworden, daß den von unserer Seite aufgestellten Listen anderweitige Kandidaten überhaupt nicht entgegentraten. Daß wir aber auch auf diesem Gebiete noch viele Arbeit zu leisten haben und nicht auf den errungenen Erfolgen ausruhen dürfen, hat der Ausfall der Gewerbegerichtswahlen in Dortmund bewiesen.

Als eine weitere, für das Vordringen der Sozialdemokratie in den Kreisen der Kleingewerbtreibenden und Handwerker charakteristische Erscheinung verdienen auch die verschiedenen Wahlen sozialdemokratischer Arbeitgeber als Gewerbegerichtsbeisitzer hervorgehoben zu werden.

Angesichts dieser vorstehend stizzirten Thätigkeit unserer Partei und den von ihr erzielten Erfolgen konnte die längere Zeit von unseren Gegnern beliebte Darstellung, als ob die sozialdemokratische Bewegung sich im Stadium des Rücklaufes befinde, nicht länger aufrecht erhalten werden. Bereits im November v. J. war unser Zentralorgan, der „Vorwärts", in der Lage, ein streng vertrauliches Rundschreiben des preußischen Ministeriums des Innern abzudrucken, in dem Graf zu Eulenburg sich über Gang und Stand unserer Parteibewegung folgendermaßen ausließ:

„Es hat sich gezeigt, daß die Sozialdemokratie an Orten, wo sie bisher überhaupt nicht oder nur wenig aufgetreten war, insbesondere auf dem flachen Lande, Eingang gefunden oder an Umfang zugenommen hat. Für die hier und da hervortretende Stimmung, daß die Sozialdemokratie ihren Höhepunkt erreicht habe, fehlt es an thatsächlichen Anhaltspunkten. Vielmehr läßt sich mit Sicherheit voraussehen und wird durch Wahrnehmungen der jüngsten Zeit bestätigt, daß die Organisation und Agitation in verstärktem Maße fortgesetzt und bis zu den entlegensten Gegenden sowie auf immer weitere Schichten der Bevölkerung ausgedehnt wird."

In den weiteren Ausführungen des Rundschreibens macht der Minister es den Behörden zur „unabweislich ernsten Pflicht, nicht nur die sozialdemokratische Bewegung aufmerksam zu verfolgen, sondern auch unausgesetzt ihrem Umsichgreifen mit allen zulässigen Mitteln zu steuern".

Daß wir es bei diesem Vorgehen des preußischen Ministers des Innern nicht mit einer Einzelerscheinung, sondern mit einem Stück des „politischen Generalmarsches" der Behörden gegen die Sozialdemokratie zu thun haben, dafür sprechen weiter das vor Kurzem bekannt gewordene geheime Rundschreiben der württembergischen Regierung und ähnliche dieselbe Tendenz verfolgenden Erlasse der bayerischen und sächsischen Ministerien. Sachsen, von jeher das Musterland der „Ordnungsparteien", d. h. der Hatz gegen die klassenbewußten Arbeiter, organisirte neuerdings wieder ein förmliches Kesseltreiben. Hatte der preußische Minister in seinem Rundschreiben zur Bekämpfung der Sozialdemokratie nur die Anwendung sogenannter „zulässiger Mittel" empfohlen, so erklärte der sächsische Minister des Innern offen, daß es nur den Intentionen der Regierung entspricht, wenn die Behörden bei ihren Maßnahmen der Sozialdemokratie gegenüber das Recht nach politischen Gesichtspunkten handhaben.

In Sachsen ist also die Gleichheit der Staatsbürger vor dem Gesetz, soweit es sich um die Anwendung desselben durch die Verwaltungs-Behörden handelt, aufgehoben, die Sozialdemokratie steht thatsächlich unter einem Ausnahmezustand, wie er einer Despotie, aber nicht einem Kulturstaat, der ein Rechtsstaat sein soll, entspricht.

Fast in jeder Nummer berichten unsere sächsischen Parteiorgane von neuen Maßregelungen der Behörden gegen unsere Partei. Eine Maßregelung ist schlimmer als die andere, aber eine auch ungeheuerlicher als die andere. Mit einem Scharfsinn, der einer besseren Sache würdig wäre, müssen die fadenscheinigsten und absurdesten Begründungen herhalten, um die gewagtesten Maßregeln zu rechtfertigen.

Diese kleinliche und erbärmliche Kampfweise, weit entfernt die Partei zu schädigen, führt ihr nur neue Anhänger und Kämpfer zu. Dafür spricht nicht nur die bisherige Entwicklung der Dinge in Sachsen, dafür spricht insbesondere der kalt lächelnde Muth, mit dem unsere sächsischen Parteigenossen die gegen sie geführten Schläge pariren und zu immer neuen Angriffen gegen das System, das ihre Verachtung herausfordert, ausholen.

Das Beispiel Sachsens findet auch in anderen deutschen Staaten vielfach Nachahmung.

So sind wir durch die rigorose Auslegung, welche die bayerischen Behörden dem dortigen Vereinsgesetz geben, gezwungen worden, unsern Parteitag, nicht wie ursprünglich geplant war in Nürnberg, sondern in Frankfurt a. M. abzuhalten.

Wenn dieses ganze Vorgehen der Behörden sich unter dem lauten Beifall der deutschen Bourgeoisie vollzieht, so offenbart sie damit nur ihres Wesens Wesenheit. Diese Klasse, aller Ideale und aller politischen Grundsätze baar, die sie einst selbst vertheidigte, wird nur noch von der unbezähmten Gier nach Profit beherrscht. Das Geld ist ihr Gott und die Ausbeutung ihre

Religion. Und da das klassenbewußte Proletariat diesem Treiben entgegentritt und nach der Verwirklichung menschenwürdiger Zustände strebt, so begrüßt sie jede Maßregel mit frenetischem Jubel, die ihr eine Sicherung ihrer Herrschaft und Ausbeutungfreiheit zu gewähren scheint.

Aber der Tag kommt, wo sie trotz alledem besiegt am Boden liegt.

* * *

Die Parteipresse hat im Laufe des letzten Jahres, was die Zahl der erscheinenden Blätter anbelangt, eine wesentliche Aenderung nicht erfahren; dagegen ist die erfreuliche Thatsache zu konstatiren, daß die Zahl der Tagesblätter gegen das Vorjahr um 5, von 32 auf 37, gestiegen ist. Den Stand der Partei- und Gewerkschaftspresse in den letzten 4 Jahren zeigt folgende Aufstellung.

Es erschienen:

a) Politische Blätter:

		1891	1892	1893	1894
wöchentlich	6 Mal	27	32	32	37
„	3 „	23	20	25	20
„	2 „	7	6	7	9
„	1 „	10	12	11	8
alle 14 Tage	1 „	1	—	—	—
					74

b) Gewerkschaftsblätter:

		1891	1892	1883	1894
wöchentlich	3 Mal	1	1	1	1
„	2 „	—	1	—	—
„	1 „	24	28	28	27
monatlich	3 „	3	3	2	2
alle 14 Tage		22	20	19	19
monatlich	1 Mal	4	3	5	4

Zu diesen Blättern kommt noch die in Stuttgart bei J. H. W. Dietz erscheinende wissenschaftliche Wochenschrift „Neue Zeit", die beiden Witzblätter „Der wahre Jakob" (Stuttgart) und „Süddeutscher Postillon" (München) sowie das in einer Auflage von ca. 166,000 erscheinende und einer Reihe von Parteiblättern als Sonntagsbeilage beigegebene Unterhaltungsblatt „Die Neue Welt". Der ebenfalls im Parteiverlag erscheinende „Neue Welt-Kalender" ist in seiner neuesten Ausgabe (1895) in einer Auflage von 130000 hergestellt.

Zwei Blätter, der „Bote von der Saar" und das „Volksblatt für Ost- und Westpreußen", von denen das erstere als Ableger der „Mannheimer Volksstimme", das letztere als Kopfblatt des Volksblatts für Teltow erschien, sind eingegangen Die beiden Blätter erforderten im Vorjahre einen Zuschuß von zusammen 3144 Mk. 50 Pf., im Berichtsjahre einen solchen von 3855 Mk. 41 Pf.

Das „Volksblatt für Ost- und Westpreußen" war fast nur auf den letzteren Landestheil beschränkt geblieben, da die ostpreußischen Genossen sich in der „Königsberger Volkstribüne" ein eigenes Organ geschaffen hatten. Die Auflage des Blattes konnte daher naturgemäß nur eine kleine sein, und standen die aufgewendeten Kosten in keinem Verhältniß zu dem durch das Blatt erzielten Nutzen.

Aehnlich verhielt es sich mit dem „Boten von der Saar".

Der Partei-Vorstand beschloß daher, als durch die Gründung des „Sozialdemokrat" ein theilweiser Ersatz geschaffen war, beide Blätter nicht weiter erscheinen zu lassen.

Die auf dem Parteitage in Köln beschlossene Gründung eines wöchentlich erscheinenden offiziellen Parteiorgans wurde, nachdem die nöthigen Vorarbeiten erledigt waren und Genosse Schippel die Redaktion übernommen hatte, vom Partei-Vorstand im Januar d. J. zur Ausführung gebracht. Die Probenummer der neuen Zeitung, für die der Partei-Vorstand den Titel „Der Sozialdemokrat" wählte, erschien am 25. Januar. Abonnements wurden vom 1. Februar an entgegen genommen.

Daß der „Sozialdemokrat" berufen war, eine empfindliche Lücke in unserer Parteipresse auszufüllen, wird jetzt, nachdem einige 30 Nummern desselben erschienen sind, wohl auch von den Genossen zugegeben werden, die sich seiner Zeit gegen die Gründung eines Partei-Wochenblattes ausgesprochen haben, zumal Klagen darüber, daß der „Sozialdemokrat" der Parteipresse in der Provinz Abbruch gethan habe, bisher nicht laut geworden sind.

Naturgemäß erforderte die Einführung des Blattes zunächst einen bedeutenden Zuschuß in Höhe von 3429 Mk. 20 Pf., der sich im 2. Quartal auf 1501 Mk. ermäßigte. Den speziellen Nachweis über den derzeitigen geschäftlichen Stand des „Sozialdemokrat" finden die Genossen hinter dem Bericht über den Stand des „Vorwärts". Es ergiebt sich aus demselben, daß der „Sozialdemokrat" bisher nicht in dem Maße Verbreitung gefunden hat, wie es sowohl im geschäftlichen Interesse, als auch in Rücksicht auf den Inhalt und die Bedeutung des Blattes selbst wünschenswerth wäre. Der Partei-Vorstand hat sich deshalb bereits mit der Frage beschäftigt, auf welche Weise dem Blatte ein größerer Abonnentenkreis zugeführt werden kann, und wird der Parteitag in die Lage versetzt werden, unsere diesbezüglichen Vorschläge zu erörtern und zu entscheiden.

Ein weiterer, dem Partei-Vorstand vom Kölner Parteitag zur Berücksichtigung überwiesener Antrag betraf die Umwandlung der bis dahin dreimal wöchentlich erscheinenden „Rheinischen Zeitung" in eine selbständige Tageszeitung. Der Partei-Vorstand hat diesem Antrage entsprochen und erscheint daher die „Rheinische Zeitung" seit dem April d. J. täglich. Der Zuschuß, den die Zeitung seit dieser Umwandlung erforderte, muß als ein sehr hoher bezeichnet werden (pro Quartal 5000 Mk.), und wenn auch an der vollzogenen Thatsache zunächst nichts geändert werden kann, so dürfte doch die in diesem Falle gemachte Erfahrung in Zukunft bei eventuellen Anträgen ähnlicher Art zur größten Vorsicht mahnen. Mag der Werth einer Tagespresse für einzelne Orte oder Bezirke noch so groß sein, die Inanspruchnahme der Gesammtpartei wird sich immer nur bis zu einer gewissen, im Kölner Falle wider Erwarten weit überschrittenen Grenze rechtfertigen lassen.

Gleichfalls zur Berücksichtigung war dem Partei-Vorstande von dem letzten Parteitage der Antrag überwiesen worden, die Mittel zum täglichen Erscheinen der „Elsaß-Lothringischen Volks-Zeitung" zu gewähren. Der Partei-Vorstand lehnte die Ausführung dieses Antrages ab aus Gründen, deren Erörterung heute hinfällig geworden ist, da die „Els.-Lothr. Volks-Zeitung" in der Zwischenzeit dem Diktaturparagraphen zum Opfer gefallen ist.

Die Hinneigung, welche die „wiedergewonnenen Brüder" für die Sozialdemokratie bekunden, und die es uns ermöglichte, bei den letzten Wahlen neben der Behauptung des Mülhausener Wahlkreises auch noch den Straßburger hinzuzugewinnen, mag wohl in maßgebenden Kreisen sehr unangenehm bemerkt worden sein, so daß es nur eines Vorwandes bedurfte, um das Organ der Sozialdemokratie in den Reichslanden, die „Els.-Lothr. V.-Z.", zum Verstummen zu bringen. Zur Begründung der Unterdrückungsmaßregel mußte dem Statthalter von Elsaß-Lothringen ein Artikel über „Modernen Götzendienst" dienen, der in der Osternummer der „Els.-Lothr. V.-Z." (21. März 1894) enthalten war und nicht einmal strafrechtlich verfolgt werden konnte. Eine neue, im April unter dem Titel „Elsaß-Lothringische Volkswacht" angemeldete Zeitung

wurde, weil angeblich nur Fortsetzung der verbotenen „Elf.-Lothr. V.-Z.", bereits vor ihrem Erscheinen durch den Bezirkspräsidenten in Colmar verboten. Da die letztere Maßregel keinen Zweifel darüber ließ, daß es auf die grundsätzliche Unterdrückung der sozialdemokratischen Presse in den Reichslanden abgesehen war, wurden zunächst weitere Versuche mit Neugründungen sozialdemokratischer Zeitungen nicht gemacht, von den Genossen in Elsaß-Lothringen vielmehr der „Offenburger Volksfreund" als Parteiorgan eingeführt.

Die für die Presse im verflossenen Jahre im Allgemeinen bewilligten Unterstützungen müssen, wenn wir die Ausgaben für die „Rheinische Zeitung", die einmaligen Ausgaben für die Einführung des „Sozialdemokrat", sowie die durch die Unterdrückung der „Elf.-Lothr. V.-Z." nothwendig gewordenen bedeutenden Ausgaben in Abzug bringen, als relativ niedrige bezeichnet werden.

Diese geringere Inanspruchnahme der Parteikasse ist dem Umstande zu verdanken, daß es verschiedenen unserer Preßunternehmungen in den letzten Jahren gelungen ist, sich allmählich geschäftlich zu konsolidiren. So erfreulich diese Thatsache auch ist, so wollen wir doch die oft ertheilte Mahnung, mit Preßgründungen vorsichtig zu sein, auch an dieser Stelle wiederholen.

Was den Inhalt unserer Parteipresse anbelangt, so ist ein reges Streben nach Vervollkommnung unverkennbar. Wenn hier und da noch Verschiedenes verbesserungsfähig ist, so ist schon des Oefteren dargelegt worden, unter welch prekären Umständen die Redaktion der meisten Parteiblätter geführt und wie viel agitatorische Thätigkeit von der in vielen Fällen ungenügend besetzten Redaktion geleistet werden muß. Ein weiteres Eingehen auf diese Materie erscheint überflüssig.

* * *

Ueber den Stand unseres Zentralorgans „Vorwärts", geben wir für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 1893 bis 30. Juni 1894 nachstehend die Abrechnung. Es geht aus derselben hervor, daß der diesmalige Ueberschuß **Mark 47504,50** gegen Mark 40655,10 im Vorjahre beträgt. Für die Zeit vom 1. Juli bis 30 September ist ein Gewinn von **Mark 13796,80** erzielt worden und kommt dieser im nächsten Geschäftsjahr in Anrechnung.

Der Abonnentenstand des „Vorwärts" beträgt zur Zeit 45 000. Zum 1. April hat der Verlag auf Beschluß der Preßkommission ein Flugblatt herausgegeben, das von den Berliner Parteigenossen mit der unsere Partei auszeichnenden Uneigennützigkeit und Opferbereitschaft in einer Auflage von 500 000 Exemplaren in der prompteften Weise unentgeltlich verbreitet wurde. Der Erfolg blieb auch nicht aus. Die schlechten Erwerbsverhältnisse des Winters, die furchtbare Arbeitslosigkeit hatten natürlich auch auf den Abonnentenstand des „Vorwärts" ihre Einwirkung ausgeübt — mit dem Frühjahr wurde jetzt nicht nur der frühere Stand wieder erreicht, sondern sogar überschritten, und auch der Berliner Bierboykott, weit entfernt einen Rückgang herbeizuführen, brachte trotz der von gegnerischen Interessengruppen systematisch betriebenen Abonnenten-Abtreibung noch einen weiteren Aufschwung in der Abonnentenzahl.

Die von den Berliner Genossen gewählte Preßkommission für den lokalen Theil des „Vorwärts" hat in Gemeinschaft mit dem Partei-Vorstand und unter Hinzuziehung des Redaktions- und Expeditionspersonals am ersten Dienstag eines jeden Monats ihre Sitzungen abgehalten, in welchen alle eingegangenen Beschwerden und Wünsche nach eingehendsten Berathungen durch entsprechende Beschlußfassung ihre Erledigungen fanden. — Es erübrigt uns noch mitzutheilen, daß der Ausgabeposten für „Gerichtskosten und Strafen" in diesem Jahre gewaltig gestiegen ist. Während wir in den Jahren 1891/92 **Mark 2125,50**, 1892/93 **Mark 1231,15** Strafen und Kosten zu zahlen hatten, belief sich diese Ausgabe für das Jahr 1893/94 auf **Mark 5581,95.**

	Juli-September 1893	Oktober-Dezember 1893	Januar-März 1894	April-Juni 1894
A. Eingänge:				
Abonnementsgelder durch die Expedition	90113 25	84001 70	83958 75	89565 15
Abonnementsgelder durch die Post . .	10574 60	9502 80	9101 50	7755 80
Inseraten-Einnahme	18611 85	23693 35	20491 20	24352 65
Gewinn aus dem Broschürenverkauf durch die Expedition		1271 35		
Gesammt-Einnahme Mk.	119299 70	118469 20	113551 45	121673 60
B. Ausgänge:				
Diverse Unkosten: (Porto für Kreuzbänder, Gebühren f. Ueberweisungen, Porto u. Depeschen der Redaktion, Telephon, Steuern, Beleuchtung, Heizung, Laufbursche der Redaktion, Schreibutensilien, Geschäftsbücher u. Formulare, Flugblätter ꝛc.)	2768 —	*) 6347 80	*) 7763 80	3849 40
Zeitungs-Abonnement	311 05	405 35	283 75	264 —
Berichterstatter-Honorar	3878 30	5671 45	5362 05	7095 80
Feuilleton	559 30	721 40	180 —	417 80
Redaktion und angestellte Mitarbeiter	9867 90	10411 15	8477 40	9540 —
Depeschen und Parlamentsberichte . .	457 50	1737 15	930 —	847 80
Neue Welt	6957 50	6103 90	6094 70	6370 10
Gehälter der Expedition	2181 50	2153 —	2300 —	2346 —
Miethe	933 10	1219 30	1012 50	1012 50
Gerichtskosten und Strafen	749 80	1910 45	1716 90	1207 80
Redaktions-Bibliothek	217 —	— —	188 65	207 25
Druckrechnung	76840 55	73144 20	68415 80	74058 80
Gesammt-Ausgabe Mk.	105721 50	109825 15	102725 55	107217 25
Gewinn . . . . „	13578 20	8644 05	10825 90	14456 35
wie oben unter A Mk.	119299 70	118469 20	113551 45	121673 60

Berlin, den 10. Oktober 1894.

Revidirt und für richtig befunden.

H. Meister. Fritz Herbert. H. Koenen. **Karl Oertel.** August Kaden. **Wilhelm Klees.**

Bericht über den Stand unseres Zentral-Wochenblattes „Der Sozialdemokrat“:

	Febr.-März 1894	April-Juni 1894
A. Eingänge:		
Abonnementsgelder	4843 17	6831 89
Parteizuschuß	3429 40	1501 —
Gesammt-Einnahme Mk.	8272 57	8332 89
B. Ausgänge:		
Druckrechnung	3204 45	3424 50
Redaktion	1550 40	1650 40
Expedition	518 05	655 07
Mitarbeiter	364 44	1139 84
Diverse Unkosten: (Bureau-Utensilien, Miethe, Steuer, Beleuchtung, Bibliothek und Zeitungsabonnement) . .	1449 35	373 39
Porto: (Versand der Zeitungen, sowie Korrespondenz der Redaktion und Expedition)	1185 88	1089 69
Gesammt-Ausgabe Mk.	8272 57	8332 89

*) inkl. Neueinrichtung der Redaktion.

Unter den Ausgaben befinden sich ca. 1800 Mk., welche als einmalige Ausgaben angesehen werden müssen. Dieselben betreffen Druck und Versand der Agitationsnummer, welche in einer Auflage von 50 000 Expl. erschien, sowie Einrichtung der Redaktion und Expedition u. s. w. Der Abonnentenstand ist zur Zeit **5700**, davon entfallen auf das Ausland rund 600. Der für die Monate Juli-September erforderliche Zuschuß bezifferte sich auf 3604 Mk. 71 Pf., dem Außenstände in Höhe von 3140 Mk. gegenüberstanden.

* * *

Die **Buchhandlung des „Vorwärts"** schließt ihren Jahresumsatz vom 1. Juli 1893 bis zum 30. Juni 1894 ab mit der Summe von 136 389 Mk. gegen 144 069 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Durch Neuzugänge hielt sich der Lagerbestand auf der Höhe von 30 763 Mk. gegen 30 500 Mk., und das Vermögen der Buchhandlung beziffert sich auf 48 247 Mk. gegen 45 000 Mk. im letzten Geschäftsjahre. Aus dem Reingewinn im Betrage von 9247 Mk. gegen 13 193 Mk. im Vorjahre konnten wieder 6000 Mk., wie im letzten Jahr, an die Parteikasse abgeführt werden.

Ueber die Entwicklung der Buchhandlung seit ihrer Gründung giebt folgende Gegenüberstellung aus den letzten 4 Jahren Auskunft. Es betrug:

	Umsatz	Lagerbestand	Geschäftsvermögen.	Reingewinn
1890/91 . . .	66 113 Mk.	13 231 Mk.	11 948 Mk.	9 426 Mk.
1891/92 . . .	120 175 „	30 000 „	31 087 „	19 138 „
1892/93 . . .	144 069 „	30 503 „	45 000 „	13 913 „
1893/94 . . .	136 389 „	30 763 „	48 247 „	9 274 „

Der Rückgang im Geschäftsumsatz erklärt sich einerseits aus dem Umstande, daß nach Abschluß der in Lieferungen erscheinenden Lassalle-Ausgabe nicht sofort mit einem neuen Lieferungswerke begonnen werden konnte, wodurch dieses für die nichtperiodische Broschürenliteratur nur in beschränktem Maße zugängliche Absatzgebiet zum Theil verloren ging; andererseits erklärt er sich aus der durch den allgemeinen Geschäftsrückgang und die vermehrte Arbeitslosigkeit geschwächten Kaufkraft der Massen. Daneben wirkt auch die Thatsache ein, daß in letzter Zeit der Büchermarkt durch billige Erscheinungen der verschiedensten Art überschwemmt wurde.

Auch im laufenden Jahre war die Partei-Buchhandlung bestrebt, durch Herausgabe neuer oder durch Neuauflage von im Buchhandel vergriffenen Agitationsschriften an der Verbreitung unserer Ideen in den breiten Massen und an ihrer Vertiefung in den Reihen der Genossen mitzuarbeiten. An Agitationsschriften zur Massenverbreitung wurden neu herausgegeben: „Gegen den Militarismus und die neuen Steuern" in einer Auflage von 55 000 Expl.; „Christenthum und Sklavenfrage" (30 000 Expl.); Bebel: „Antisemitismus und Sozialdemokratie" (10 000 Expl.). Auf die „Maizeitung" liefen im letzten Jahre Bestellungen in der Höhe von 340 000 Expl. ein und von der Broschüre: „Die Polizei und die Arbeitslosen" (Fall Brausewetter) wurden 14 500 Exemplare abgesetzt.

Weiter sind neu erschienen: Engels: „Internationales aus dem Volksstaat"; Effner: „Das platte Land und die Sozialdemokratie"; Lafargue: „Kommunismus und Kapitalismus"; Plechanow: „Anarchismus und Sozialismus"; das Protokoll des Kölner Parteitages (in 30 000 Expl.); der „Bericht über die Verhandlungen des Internationalen Kongresses in Brüssel" und „Seemann's Leben und Leiden". Auch dem in weiten Kreisen empfundenen Bedürfniß nach kleinen Theaterstücken, die sich zur Aufführung bei Arbeiter-

festen 2c. eignen, entsprach der Verlag durch Ausgabe von 2 Heften: Kegel: „Tochter des Staatsanwalts" und Krauß: „Wieder ein Kämpfer".

Neu und zum Theil wiederholt aufgelegt wurden: Bracke; „Nieder mit den Sozialdemokraten"; Kautsky-Schoenlank: „Grundsätze und Forderungen; „Dietzgen: „Zukunft der Sozialdemokratie"; Douai: „A B C des Wissens" und „Eine Antwort an die Bekenner des Theismus"; Engels-Marx: „Kommunistisches Manifest"; Lafargue: „Entwicklung des Eigenthums"; die „Rathschläge zur Benutzung des Vereinsrechtes"; das Protokoll des Berliner Parteitags und „Der Zeitgeist" (konfiszirt).

Die Gesammtausgabe der Lassalle'schen Reden und Schriften wurde im Laufe des Jahres zu Ende geführt; leider konnte der bei Ankündigung des Werkes in Aussicht genommene Schlußband (Briefwechsel Lassalle-Marx) bis jetzt nicht ausgegeben werden, weil Genosse Engels wegen Fertigstellung des III. Bandes von Marx' „Kapital" bis jetzt nicht die zur Sichtung des in seinem Besitz befindlichen Briefwechsels erforderliche Zeit fand. Inzwischen ist die Buchhandlung zur Herausgabe des Leipziger Hochverraths-Prozesses wider Bebel-Liebknecht-Hepner geschritten. So erfreulich auch die Abnehmerzahl dieses neuen Lieferungswerkes ist, im Verhältniß zur Stärke der Partei und Bedeutung dieses Quellenwerkes zur Kenntniß der Parteigeschichte sollte sie doch noch höher sein.

Von einem Weitererscheinen der in Parteiverlag übergegangenen Berliner Arbeiter-Bibliothek glaubte die Buchhandlung im Einverständniß mit dem Herausgeber absehen zu sollen; ein lokales Bedürfniß lag unter den geänderten Verhältnissen nicht mehr vor und für die allgemeinen Bedürfnisse glaubten wir der Ausgabeform in der einheitlichen Ausstattung unserer übrigen Verlagsartikel den Vorzug geben zu sollen. Eine Reihe von Heften wurde auch im laufenden Jahre neu aufgelegt: Bellamy: „Rückblick"; Fischer: „Ostende von London"; Kampffmeyer: „Soziale Frage auf dem Lande" und „Junker und Bauer"; Lux: „Prostitution"; Schippel: „Die wirthschaftliche Umwälzung" und „Fort mit dem Dreiklassensystem"; Zetkin: „Arbeiterinnen- und Frauenfrage" und „Der Sozialismus in Frankreich".

Die billige Ausgabe der für die Arbeiterkreise hauptsächlich in Betracht kommenden Reichsgesetze (mit erläuternden Anmerkungen) hat die Buchhandlung durch Neu-Ausgabe der Gewerbeordnung, die durch Aufnahme der bis in die jüngste Zeit erlassenen amtlichen Ausführungs-Bestimmungen erweitert worden ist, fortgesetzt und wird diese Sammlung auch künftig weiter geführt werden.

Wenn wir noch hinweisen auf die Herausgabe von Henckell's „Buch der Freiheit", das trotz des durch Umfang und Ausstattung bedingten hohen Preises in der Partei die beste Aufnahme gefunden hat, so glauben wir sagen zu dürfen, daß diese Seite der Aufgabe der Partei-Buchhandlung voll erfüllt worden ist.

Eine Erweiterung des Geschäftsbetriebes hat die Buchhandlung insofern angebahnt, als sie ihr Sortiment ausdehnte auf die unsere Parteikreise besonders interessirenden Erscheinungen aus dem Gebiete der Nationalökonomie, Geschichte und Naturwissenschaften und dementsprechend auch den im Juli 1894 ausgegebenen neuen Katalog erweiterte und nach den verschiedenen Wissensgebieten spezialisirte. Durch Erwerb einer Reihe von werthvollen Werken zu herabgesetzten Preisen sieht sie sich in den Stand gesetzt, den Genossen besonders aber den Vereinsbibliotheken, die Anschaffung von Werken zu ermöglichen, deren Ankauf zu den Original-Ladenpreisen bei den wenigen zur Verfügung stehenden Mitteln sonst kaum möglich.

Zur Unterstützung der Agitation wurden wie in früheren Jahren aus den Mitteln der Buchhandlung wie auf Anweisung des Partei-Vorstandes Zehntausende von Flugschriften und kleineren Agitationsbroschüren gratis zur Ver-

sendung gebracht, ebenso in zahlreichen Fällen die Bibliotheken kleinerer Vereine durch Ueberlassung geeigneter Schriften unterstützt.

Im Allgemeinen darf also Gang und Stand der Partei-Buchhandlung als zufriedenstellend betrachtet werden.

* * *

Das **Partei-Archiv** hat, nachdem geeignete Räume für dasselbe gefunden waren, nunmehr neben dem Bureau des Vorstandes Aufstellung gefunden. Da seit dem letzten Bericht, der über dasselbe an einem Parteitage erstattet wurde, ein Jahrzehnt verstrichen ist, dürften zunächst einige Worte über Entstehung und Zweck des Archivs am Platze sein. Bereits im Jahre 1878 regte Genosse Bebel im „Vorwärts" Nr. 21 vom 20. Februar die Errichtung einer Partei-Bibliothek an. Es sollte in derselben neben den eigentlichen sozialistischen Werken, Zeitschriften, Zeitungen, Broschüren und Flugschriften, auch diejenige Literatur Platz finden, die zwar nicht direkt mit der sozialen Frage sich beschäftigt, deren Studium aber doch für das volle und ganze Verständniß der Neubildung der menschlichen Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage von Wichtigkeit ist. Als dahingehend wurden Werke aus der Geschichte, der Naturwissenschaften, Statistik u. s. w. bezeichnet.

So ungetheilten Beifall der Plan auch damals fand, seine Ausführung wurde durch die Ereignisse des Jahres 1878 vereitelt. Erst einige Jahre später, als die schwersten Schläge des Sozialistengesetzes überwunden waren, wurde im „Sozialdemokrat" vom Jahre 1882 die Frage vom Genossen Schlüter von Neuem angeregt. Seitdem ist erst in Zürich, später in London fleißig für das Archiv gesammelt worden. Bei der jetzigen Aufstellung handelte es sich nun in erster Linie darum, eine Sichtung des Vorhandenen vorzunehmen. Der Eifer und der gute Wille der Parteigenossen hatte dem Archiv neben vielen außerordentlich Werthvollem auch mancherlei Spreu zugeführt. Hier ist mit schonender Hand Auslese gehalten worden.

Wenn es auch kaum ein Gebiet des menschlichen Wissens giebt, das nicht direkt oder indirekt mit dem Sozialismus in Verbindung gebracht werden kann, so ist doch, wenn auch die Grenzlinie sich nicht immer scharf einhalten läßt, eine gewisse Beschränkung in der Auswahl des dem Archiv Einzuverleibenden dringend geboten. Nach diesem Grundsatz ist bei der Aufstellung und Katalogisirung des Archivs verfahren worden und wird dasselbe in kurzer Zeit den Interessenten zugängig gemacht werden. Der Katalog weist zur Zeit gegen 4000 Nummern auf, eingetheilt nach den verschiedenen Materien.

An den Genossen allerorts ist es nun, nach Kräften dafür zu sorgen, daß dem Archiv möglichst viele Zuwendungen gemacht werden, damit es mehr und mehr wird, was es eigentlich sein soll, das geistige Arsenal der Partei.

* * *

Kassenbericht. Die seit Jahren herrschende wirthschaftliche Depression mit ihrem Gefolge von Noth und Arbeitslosigkeit für tausende und abertausende von Proletariern hat auch auf den Eingang der von unseren Genossen geleisteten freiwilligen Beiträge ihren Einfluß geltend gemacht. Die Allgemeinen Einnahmen sind gegen das Vorjahr, in dem der Reichstagswahlen halber die Gelder allerdings reichlicher flossen, um 37 659,32 Mk. zurückgegangen. Wenn trotzdem der Kassenabschluß als ein sehr günstiger erscheint, so ist dies nur den starken Darlehns-Rückzahlungen, die im verflossenen Jahre stattgefunden haben, sowie den Ueberschüssen des „Vorwärts" zu danken.

Von den Millionen, die uns unsere Gegner beständig andichten, enthält der Kassenbericht freilich nichts, wohl aber erzählt er von der Opferfreudigkeit, die unsere Genossen auch im verflossenen Jahre wieder bethätigt haben.

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse

vom 1. Oktober 1893 bis 30. September 1894.

A. Einnahmen.

Im Monat:	Insgesammt		Von den gesammten Einnahmen entfielen auf:											
			Allgemeine Einnahmen		Darlehns-Konto		Zinsen		Ueberschuß des „Vorwärts"		Ueberschuß der Buchhandlung		Diverse	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1893														
Oktober	33069	82	4024	84	8962	—	504	78	13578	20	6000	—	—	—
November	16710	26	15710	26	1000	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dezember	12259	39	7197	59	5050	—	—	—	—	—	—	—	11	80
1894														
Januar	47238	50	29509	62	8600	—	460	—	8644	05	—	—	24	83
Februar	9277	14	4834	14	3550	—	815	30	—	—	—	—	77	70
März	19295	60	15615	60	750	—	2930	—	—	—	—	—	—	—
April	38568	97	25461	35	2244	37	—	—	10825	90	—	—	37	35
Mai	23260	94	9870	94	13150	—	240	—	—	—	—	—	—	—
Juni	16325	21	5805	21	10500	—	20	—	—	—	—	—	—	—
Juli	53263	39	6397	04	26000	—	410	—	14456	35	6000	—	—	—
August	10643	06	9143	06	1500	—	—	—	—	—	—	—	—	—
September	50964	90	27146	60	23425	39	392	91	—	—	—	—	—	—
	330877	18	160716	25	104731	76	5772	99	47504	50	12000	—	151	68

330 877,18 Mk.

Hierzu Bestand vom 1. Oktober 1893 3 964,15 Mk.

334 841,33 Mk.

II. Ausgaben.

Im Monat:	Insgesammt		Von den genannten Ausgaben entfielen auf:																	
			Unterstützungen		Prozeß- und Gefängnißkosten		Allgemeine Agitation		Wahlagitation		Reichstagskosten		Gehälter und Verwaltungs-Ausgaben		Darlehns-Konto		Preß-Unterstützungen		Archiv	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1893																				
Oktober . . .	17994	45	1450	—	585	40	3638	10	1692	50	—	—	1336	05	5400[4]	—	3892	40	—	—
November . .	21680	67	2122	—	656	17	3186	80	955	—	3000	—	1120	30	5200[5]	—	5395	40	45	—
Dezember. . .	27111	86	1478	—	1754	86	2424	30	1887	—	1700	—	1740	70	10000[6]	—	6127	—	—	—
1894																				
Januar . . .	14339	90	1905	—	531	65	2932	05	167	50	4500	—	2361	45	—	—	1733	45	168	80
Februar . . .	10307	79	922	—	1283	87	1838	—	1200	—	2500	—	1214	72	—	—	1219	20	130	—
März	12726	03	1416	—	568	83	649	50	2660	—	5000	—	1233	25	—	—	1000	—	198	45
April. . . .	29955	64	1585	50	1487	54	2818	15	635	—	2000	—	1192	25	11000[7]	—	8929	50	307	70
Mai	8233	02	1666	50	1025	30	2671	10	1806	85	—	—	931	27	—	—	—	—	132	—
Juni	9755	88	2323	—	1705	68	1740	—	2471	50	—	—	1228	85	—	—	—	—	286	85
Juli	12501	05	520	50	63	55	3578	40	212	50	42	50	2644	60	2500	—	2801	—	138	—
August . . .	13723	46	575	25	1023	70	4299	17	200	—	—	—	1181	34	3000[8]	—	3300	—	144	—
September . .	20274	35	726	40	289	88	4540	40	457	40	—	—	1203	05	2000[9]	—	10877	22	180	—
	198604	10	16690	15[1]	10976	43	34315	97[2]	14345	25	18742	50	17407	83[3]	39100	—	45275	17[10]	1750	80

	198 604,10	Mk.
Ausgabe für Kapitalanlage	133 774,20	Mk.
Kassenbestand am 30. September 1894	2 463,03	Mk.
	334 841,33	Mk.

Berlin, den 10. Oktober 1894.

Revidirt und für richtig befunden.

Die Kontroleure: H. Meister. H. Koenen. Fritz Herbert. Carl Oertel. August Baden. Wilhelm Klees.*)

*) Der Kontrolleur Genosse Meist war durch einen schweren Erkrankungsfall in seiner Familie verhindert, an den Schlußrevisionen theil zu nehmen.

Bemerkungen zu A. Einnahmen:

Inwieweit die Parteigenossen der einzelnen Orte, bezw. Wahlkreise zu dem vorliegenden Ergebniß beigetragen, oder auch nicht beigetragen haben, siehe die diesem Bericht folgende Tabelle Seite 40—45.

Erläuterungen zu B. Ausgaben:

[1]) Unterstützungen werden nur gezahlt an Personen oder Angehörige von Personen, die in Folge ihrer Parteithätigkeit gemaßregelt oder sonstwie geschädigt wurden. Wenn die in diesem Jahre gezahlten Unterstützungen gegen das Vorjahr ein Mehr von 1494,20 Mk. aufweisen, so ist durch diese Steigerung von Neuem bewiesen, welch schwere Verfolgungen unsere in vorderster Reihe kämpfenden Parteigenossen von dem Unternehmerthum, das sich vielfach zu diesem Zwecke unter sich und mit den Behörden verbunden hat, zu erdulden haben.

[2]) Unter diesen Ausgaben befinden sich 2050 Mk., welche den holländischen Genossen als Preß-Unterstützung, und 1000 Mk., welche den norwegischen Genossen zur Betreibung der Wahlagitation bewilligt wurden.

[3]) Unter dieser Rubrik befinden sich neben den gewöhnlichen Ausgaben, wie Gehälter, Miethe, Heizungs- und Beleuchtungskosten der Bureau- und Archivräume, dem Telephon, Telegramm- und Portogebühren, den Druckkosten, den Zeit- und Reise-Entschädigungen für die Revisionen der Kasse und für die Konferenzen der Parteivertretung u. s. w. folgende besondere Posten: Im Dezember für Umzugskosten des neugewählten Schriftführers 500 Mk. Im Januar diverse Ausgaben für den Parteitag in Köln 214,25 Mk.

[4]) Von diesem Betrage sind 5000 Mk. als Kaution gegeben worden für den Genossen Block in Dortmund, die nach kurzer Zeit zurückgezahlt wurden.

[5]) Von dieser Summe wurden 5000 Mk. als Kaution für den Genossen Thiele in Breslau gestellt, die ebenfalls nach kurzer Zeit in die Kasse zurückgeflossen sind.

[6]) Diese Summe wurde gezahlt als Kaution für die „Elf.-Lothr. Volks-Ztg." Nach Unterdrückung des Blattes wurde die Summe zurückgezahlt.

[7]) Von diesem Betrage sind ebenfalls 10 000 Mk. nach Mülhausen i. E. als Kaution für die „Elf.-Lothr.-Volkswacht" gegeben worden. Da diese Zeitung bereits vor ihrem Erscheinen verboten wurde, flossen die 10000 Mk. in die Kasse zurück. Den weiteren Betrag von 1000 Mk. erhielt als Darlehen die „Rheinisch.-Westf.-Arb.-Ztg." in Dortmund. Auch diese Summe wurde nach kurzer Zeit zurückgezahlt.

[8] und [9]) Diese Beträge entnahmen die Berliner Genossen leihweise, zur Unterstützung der durch den Boykott gemaßregelten Arbeiter.

[10]) Den Nachweis über die den einzelnen Parteiorganen gewährten Unterstützungen siehe unter C. Ausgaben für die Parteipresse.

C. Ausgaben für die Parteipresse,

im Einzelnen nachgewiesen.

„Bergische Arbeiterstimme"	Mk.	450,—
„Bote von der Saar"	„	2255,56
„Elsaß-Lothring.-Volkszeitung" und „Volksfreund"	„	10091,66[1]
„Hofer Volksblatt"	„	300,—
„Königsberger Volkstribüne"	„	500,—
„Märkische Volksstimme"	„	2726,—[2]
„Neue Wurzener Zeitung"	„	2719,30[3]
„Rheinisch-Westfälische-Arbeiter-Zeitung"	„	3975,40[4]
„Rheinische Zeitung"	„	10000,—[5]
„Der Sozialdemokrat"	„	4980,40
„Unterfränk. Volkstribüne" u. „Bamberg. Volks-Ztg."	„	500,—
„Volksblatt für Ost- und Westpreußen"	„	1599,85
„Volksblatt für Teltow"	„	1200,—
„Volksblatt für Hessen"	„	1000,—
„Vorwärts" (Basel)	„	1000,—[6]
„Wurzener Zeitung"	„	427,—
„Zeitzer Volksbote"	„	1600,—
	Mk.	45275,17

Erläuterungen zu C. Ausgaben für die Parteipresse.

[1]) Die Zuschüsse, welche die für Elsaß-Lothringen bestimmte sozialdemokratische Presse in diesem Jahre erforderte, sind, wie bereits an anderer Stelle dargelegt wurde, wegen Unterdrückung der „Els.-Lothr.-Volks-Ztg." besonders hohe. Der Partei-Vorstand glaubte jedoch bei der großen Bedeutung der sozialdemokratischen Bewegung in den Reichslanden dieses Opfer bringen zu müssen.

[2]) Den Genossen in Frankfurt a. O. wurden, als sie mit der bis dahin in ihrem Besitz befindlichen Druckpresse nicht mehr imstande waren, die „Märkische Volksstimme" herstellen zu können, die Mittel zur Anschaffung einer neuen Maschine bewilligt. Außerdem wurde ihnen ein Motor im Werthe von ca. 500 Mk. aus der Dortmunder Druckerei zur Verfügung gestellt.

[3]) Nachdem der Verleger der „Wurzener Ztg.", Thiele, in Konkurs gerathen war, gaben die Wurzener Parteigenossen die „Neue Wurzener Ztg." heraus. Da die Herstellung derselben während mehrerer Monate in Leipzig erfolgen mußte, waren die Kosten ziemlich bedeutende, so daß sich der Partei-Vorstand genöthigt sah, helfend einzugreifen.

[4]) Das Blatt ist durch diese Aufwendung auf eine gesunde geschäftliche Basis gestellt worden, so daß es bereits in der Lage war, 875,40 Mk. zurückzuerstatten. Für den inhaftirten Redakteur des Blattes wurde, wie im Vorjahr so auch in diesem Jahre, das Gehalt mit 150 Mk. per Monat bezahlt.

[5]) Ueber diese Zeitung siehe die unter der Rubrik „Parteipresse" gemachten Ausführungen.

[6]) Wie im Vorjahre gegen die österreichischen, so hatte die deutsche Partei in diesem Jahre gegen die schweizer Genossen die Pflichten internationaler Solidarität zu bethätigen, indem sie den Basler Genossen zur Umwandlung des „Vorwärts" in ein Tageblatt obigen Betrag bewilligte.

Tabellarische Uebersicht

der

seit dem Kölner Parteitage eingegangenen Partei-Beiträge

1. Oktober 1893 bis 30. September 1894.

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septembr.
Aachen	—	—	178,60	—	—	—	—	10,00	—	—	25,00	—
Adlershof-Köpenick . . .	—	—	—	14,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Aken	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—
Altenburg . .	150,00	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—
Altenwerder u. Umgegend	—	—	—	—	—	—	—	—	11,25	—	—	—
Altona	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Apolda	—	—	—	21,32	—	—	—	—	—	—	—	5
Aschaffenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,25	—
Aschersleben .	44,00	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—
Aue	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,95
Auerbach i. V.	—	—	—	0,50	—	—	—	—	—	—	1,90	—
Augsburg . .	—	10,00	—	—	12,00	20,00	13,06	—	—	—	—	—
Bamberg . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00
Bant	3,05	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bant, 2. Oldenburg. Wahlkr.	—	—	—	—	—	300,00	—	—	—	—	—	—
Barmbeck . . .	—	—	8,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Barmen	—	—	—	—	—	4,70	—	—	—	100,00	100,00	100,00
Bautzen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,00	—	—
Beckum i. W.	—	5,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bergedorf . . .	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Berlin I. . .	—	—	—	260,00	—	—	—	—	—	—	—	—
„ II. . .	—	617,19	—	—	600,00	—	600,00	—	300,00	—	600,00	—
„ III. . .	300,00	600,00	250,00	200,00	—	—	—	—	1000,00	—	300,00	—
„ IV. . .	—	729,72	1400,00	1200,00	700,00	1100,00	500,00	1500,00	500,00	1855,45	500,00	500,00
„ V. . .	—	—	—	—	—	—	150,00	—	—	176,00	—	—
„ VI. . .	101,65	1650,00	553,00	511,80	550,00	500,00	1313,00	1100,00	800,00	200,00	450,00	652,00
Berlin, div. .	693,36	501,96	606,76	703,65	290,85	766,22	822,25	441,18	175,65	454,04	375,35	186,05
Beuthen . . .	—	—	—	3,15	—	—	—	—	—	—	—	—
Bielefeld . . .	10,00	—	—	10,00	—	—	—	—	5,00	—	—	—
Bischofswerda	—	—	—	—	2,50	—	—	—	—	—	—	—
Blumenau in Schlesien . .	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—
Bochumer Bez.	—	—	—	—	—	150,00	—	—	—	—	—	—
Bonn a. Rh. .	5,15	—	30,00	—	—	—	21,43	—	—	—	—	—
Boppard . . .	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	5,00
Borne	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—
Brambach i. V.	—	—	1,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bramsche . . .	—	1,80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Brandenburg	—	—	—	—	8,00	—	—	—	—	—	—	—
Bredow	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	3,20	—	—
Bremen	—	—	—	9,50	—	4,17	—	—	—	—	—	—
Bremerhaven	—	3,82	—	100,00	—	—	—	100,00	—	—	—	—
Breslau, Ost	—	—	—	—	100,00	—	—	300,00	100,00	—	—	—
Breslau	—	—	—	1,50	100,00	—	—	—	—	35,90	1,00	10,63
Breslau, West	—	—	—	—	—	—	—	300,00	200,00	—	—	—
Bromberg . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14,95

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septemb.
Bruch i. W.	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Buckau	—	—	1,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Buckow	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—
Bühlau bei Weißer Hirsch	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—
Bulach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00
Bunzlau	—	20,00	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—
Cassel	8,07	5,38	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Charlottenburg	—	—	—	2,60	—	2,40	—	—	12,80	—	—	—
Chemnitz	—	—	—	—	—	200,00	4,00	35,00	—	—	7,05	—
Chemnitz, 16. sächs. Wahlkreis	—	—	2000,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Coburg	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Conradsthal	—	—	1,50	—	—	—	—	—	—	5,00	2,00	—
Cottbus	—	100,00	—	10,00	10,00	100,00	—	121,31	—	15,95	—	25,00
Crimmitschau	—	—	—	10,00	—	200,00	—	12,35	—	—	200,00	—
Cronberg	—	—	—	—	—	—	—	—	4,50	—	—	—
Culm a. W.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,10	—	—
Cummersdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,75
Darmstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—
Deetz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,20
Delmenhorst	—	—	—	—	56,70	—	—	—	—	—	—	—
Deutschendorf i. S.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,20	—	—
Döbeln	—	19,00	—	—	—	9,30	—	—	—	—	20,00	—
Dornbusch	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—
Dortmund	—	—	—	—	—	—	—	5,40	—	—	—	—
Dresden-Altstadt	—	—	—	300,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Dresden	10,00	—	13,00	6,70	—	1,20	325,00	—	22,00	—	—	—
Dresden, 4. sächsischer Wahlkreis	—	—	—	—	300,00	—	—	—	—	—	—	—
Düsseldorf	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Durlach	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Eberswalde	—	—	—	—	—	2,30	—	—	—	—	—	—
Eimsbüttel-Hambrg.	—	25,00	—	8,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Eisdorf	—	—	—	—	—	—	—	14,22	—	—	—	—
Elberfeld	—	—	300,00	—	—	—	—	—	300,00	—	23,05	400,00
Elbing	—	—	—	—	—	—	—	50,40	—	—	—	—
Ellerbeck-Wellingdrf.	—	117,78	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Endingen	—	—	—	—	—	—	—	4,40	—	—	—	—
Ernstthal	—	—	—	—	—	—	12,00	—	—	—	—	—
Eutingen	—	—	—	—	12,00	—	—	—	—	—	—	—
Eving	—	—	—	5,30	—	—	—	50,00	—	—	—	—
Falkenberg/Oberschl.	—	—	—	2,00	—	1,00	—	—	2,00	—	—	3,00
Falkenstein i. V.	—	—	—	—	—	—	—	—	54,60	—	—	—
Finsterwalde	15,00	—	—	10,00	—	—	—	51,43	—	—	20,00	—
Flensburg	—	—	—	—	5,70	—	—	—	50,00	—	50,00	—
Forchheim	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Forst in der Lausitz	—	150,00	—	202,50	—	—	—	200,00	—	—	220,00	—
Frankfurt a. M.	—	30,00	—	—	—	—	—	100,00	—	—	1,50	—
Frankfurt a. O.	—	—	—	—	—	—	1,00	1,00	—	10,00	—	—
Freiburg i. Schl.	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—
Friedrichsfelde	—	3,60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Frohburg i. S.	—	—	—	5,00	—	—	—	—	5,00	—	—	—
Fürstenwalde	—	—	—	—	—	—	—	—	23,00	—	—	—
Fürtwangen	—	—	—	—	—	—	—	—	12,00	—	—	—

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September
Geestemünde .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00
Gelenau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00
Gera (Reuß) .	100,00	50,00	50,00	50,00	100,00	—	—	182,00	50,00	50,00	50,00	—
Gernsheim . .	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—
Gersdorf . . .	—	—	—	15,60	—	—	—	—	—	—	—	—
Glauchau . . .	—	—	22,55	1,50	—	—	10,00	—	—	—	—	—
Göppingen . .	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—
Görlitz	—	—	—	—	50,00	—	1,10	—	—	—	3,80	—
Gotha	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Grabow i. M.	—	—	—	—	—	—	—	15,00	—	—	—	—
Grafenstaden .	—	—	—	1,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Greiz	1,00	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—
Grimma . . .	—	—	—	—	—	—	3,30	—	—	—	—	—
Großenhain .	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Groß-Lichterf.	4,00	—	—	—	1,50	—	—	—	—	—	—	—
Guben.	—	—	—	—	—	25,00	—	—	—	—	—	—
Güstrow . . .	—	—	—	—	—	—	—	3,25	—	—	—	—
Hagen	—	100,00	—	100,00	100,00	—	—	—	—	—	—	—
Hamichen . . .	—	—	—	—	—	—	—	10,00	200,00	—	—	—
Halbe	—	—	5,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Halberstadt . .	—	—	—	50,00	—	—	—	50,00	—	—	—	—
Hamburg I. .	1000,00	2000,00	—	—	—	—	—	—	—	—	1000,00	—
„ II. .	1000,00	—	—	—	1000,00	—	—	—	—	1500,00	—	—
„ III. .	—	2000,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg div.	168,00	174,55	477,46	21,60	65,79	11180,00	160,00	126,09	67,45	113,30	1150,40	223,96
Hanau Wahlkr.	—	—	—	—	—	—	—	100,00	100,00	—	—	—
Hannover. . .	—	500,00	—	504,80	500,00	—	500,00	500,00	—	500,00	500,00	1000,00
Harburg . . .	—	—	—	—	5,70	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg, 17. hannov. W. .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00	—	—
Hartha	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—
Haspe i. W. .	—	4,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Heidelberg . .	8,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Heidingsfeld .	11,70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Heiligenstadt .	—	—	—	—	—	—	—	5,60	—	—	—	—
Hildesheim, 10. hannov. W. .	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Höchst a. M. .	—	—	—	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—
Höchst-Using.-Homburg . .	—	—	—	—	—	—	200,00	—	—	—	—	—
Hohenstein-E.	—	—	16,00	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Ilmenau . . .	—	10,00	—	10,30	7,60	5,00	—	—	—	—	15,00	10,00
Kappel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,31
Karlsruhe. . .	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	15,00
Kellinghusen .	—	—	—	31,29	—	—	—	—	—	—	—	—
Kiel	—	—	3,11	10,00	—	—	3,00	—	—	4,30	—	—
Kirchberg i. S.	—	—	10,43	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kirchheimbol. .	—	—	—	—	—	—	—	4,30	—	—	—	—
Königsberg . .	—	—	—	—	—	—	—	20,00	10,00	10,00	10,00	—
Köpenick . . .	—	—	—	70,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Konstanz . . .	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—
Kupferdreh . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,50	—
Lägerdorf . . .	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lamprecht . .	15,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Landau	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—

Ort, bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septemb.
Landsberg a. W.	—	—	—	—	—	—	—	9,50	—	10,00	—	—
Langenbielau	—	—	—	3,25	—	—	—	2,50	—	—	—	—
Lauenburg a. d. Elbe.	—	—	3,00	—	—	—	—	—	3,60	—	—	—
Lausigk	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00
Leer (Ostfriesland).	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	5,00	—	—
Legan	—	1,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lehe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,50	—
Leipzig (12. u. 13. sächs. Wahlkreis)	—	2000,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Leipzig	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	7,00	—
Lengenfeld i. V.	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—
Lichterfelde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,66	—	—
Liegnitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Limmer b. Hannover	—	—	6,00	—	—	—	—	—	—	0,75	—	—
Lohmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
London	41,31	—	—	—	—	—	—	—	1,50	—	—	—
Loschwitz	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Luckenwalde (Wahlkr.)	—	—	—	60,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Luckenwalde	—	—	—	—	6,30	40,00	6,20	13,41	—	—	1,50	—
Lübeck (Wahlkreis)	—	—	—	200,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Lübeck	—	—	4,80	—	—	—	—	—	—	200,00	2,75	—
Lüneburg	—	—	—	—	0,80	—	—	—	—	—	—	—
Lünen an der Lippe, Westfalen	—	9,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lütjendortmund	—	2,00	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—
Lugau	—	—	—	—	—	6,00	—	—	—	—	—	—
Magdeburg	—	—	—	—	—	—	—	500,00	—	—	—	—
Malchin	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Malchow i. M.	—	6,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mannheim	—	—	—	50,00	—	—	50,00	—	—	—	—	50,00
Marburg i. H.	—	—	—	3,05	—	—	—	—	—	6,95	—	—
Memel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,20	—	—
Merscheid	—	—	—	—	—	—	—	2,40	—	—	—	—
Metz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23,65	—
Minden-Lübbecke	—	20,00	20,00	20,00	20,00	—	—	20,00	—	—	—	—
Moritzdorf-Okrilla	—	—	—	—	—	—	3,20	—	—	—	—	—
Mühlhausen i. Th.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18,00	—
Mülhausen i. E.	—	—	—	—	—	—	3,00	—	20,40	—	309,00	—
München	—	—	—	8,81	—	—	—	—	500,00	—	100,00	—
Münden (Hannover)	—	—	—	—	—	—	—	1,20	—	—	3,30	—
Münster i. W.	—	—	—	—	—	—	7,25	—	—	—	—	—
Mündenheim bei Ludwigshafen	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mylau	3,50	10,00	6,20	6,60	—	10,60	1,71	2,00	2,00	—	—	—
Netzschkau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,30	—
Neubrandenburg	35,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neudamm	6,00	6,00	4,00	6,00	6,00	—	6,00	4,00	4,00	4,00	4,00	—
Neuendorf b. Nowawes	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,00	1,00
Neuhaldensleben	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—
Neumünster	—	—	—	—	—	—	2,65	—	—	—	400,00	—
Neu-Rochwitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—
Neustadt (Coburg)	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neustadt O.-Schl.	—	—	—	—	—	1,50	—	—	—	—	—	—
Neu-Trebbin	—	—	—	4,30	—	—	—	—	—	—	—	—
Neuwied	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,50	12,60	—

Ort bez. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septemb.
Nieder-Schönweide	—	—	—	—	—	—	—	7,40	—	—	—	—
Nienburg a. W	—	17,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Norden	—	—	—	—	—	—	—	11,65	—	—	—	—
Nordeney	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—
Nürnberg	—	—	300,00	—	—	—	200,00	—	300,00	—	—	—
Ober-Langenbielau	—	—	3,00	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—
Oberstein	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Oelsnitz	—	—	—	—	—	—	—	0,50	—	—	—	—
Oerlinghausen	—	35,90	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Offenbach-Dieburg, Wahlkreis	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Offenbach	—	—	—	—	—	50,00	—	—	50,00	50,00	50,00	—
Offenburg i. B.	—	—	—	—	—	—	30,00	7,00	33,00	8,50	10,50	—
Ohlau	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Oranienburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—
Ostrowo	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—
Ottendorf-Okrilla	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,50
Paris	—	—	—	—	—	—	—	16,00	—	—	—	—
Pforzheim	—	10,00	—	6,00	—	—	1,80	—	—	—	—	—
Pilzen bei Schweidnitz	—	—	—	—	—	1,00	—	—	—	—	—	—
Pirmasens	—	—	—	—	—	—	—	3,60	—	—	—	—
Pirna a. d. Elbe	—	—	—	—	14,50	—	—	—	—	—	—	—
Plauen i. V.	2,00	—	—	—	—	—	0,50	—	—	—	3,00	—
Pohlitz	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Posen	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Prenzlau	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Quaritz	—	—	—	0,50	—	—	—	—	—	—	—	—
Quedlinburg	—	—	—	2,00	—	51,10	—	—	—	—	—	—
Rathenow	—	—	—	—	—	—	—	—	17,50	—	—	—
Ratibor	—	—	—	—	—	—	21,20	—	—	—	—	—
Rawitsch	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—
Reichenau i. S.	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichenbach i. Schl.	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Reichenbach i. V.	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—
Remscheid	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00
Remscheid-Hasten	—	—	—	—	—	—	—	—	5,50	—	—	—
Richrath	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—
Rixdorf	—	8,03	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rixheim bei Mülhausen i. Elsaß	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—
Rostock	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ruhla	—	—	—	—	—	—	—	4,20	—	—	—	—
Saarburg b. Trier	—	—	—	—	—	—	—	4,00	—	—	—	—
Sagan	—	—	—	—	—	—	—	—	2,80	—	—	—
Schönberg i. M.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—
Schönebeck a. E.	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schöneberg	3,00	6,00	—	—	2,20	—	—	—	2,00	—	—	3,00
Schönheide i. E.	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—
Schönlanke	—	—	—	—	—	—	31,50	—	—	—	—	—
Schwabach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,00	—
Schwedt a. O.	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Schwerin i. M.	—	3,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schwiebus	—	9,00	10,05	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sebnitz i. S.	—	—	2,47	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—
Seehausen	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—

Ort bez. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septemb.
Solingen	—	—	—	—	—	—	—	302,00	—	100,00	—	—
Sonnenburg	—	—	—	8,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Sorau N.-L.	—	—	—	—	25,—	—	27,15	—	—	—	—	—
Spandau	—	—	2,20	—	—	—	—	4,00	—	—	—	—
Spremberg	—	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—
Staßfurt	—	—	—	—	50,—	50,00	—	—	—	—	—	—
Steglitz	60,00	—	—	30,00	—	—	—	30,00	—	—	30,00	—
Stettin	—	—	—	—	—	—	—	200,00	—	150,00	—	—
Steundorf	—	—	4,20	—	—	—	—	—	—	—	—	—
St. Johann	—	—	—	—	—	—	—	4,80	—	—	—	—
St. Ludwig	—	—	—	—	—	—	4,00	—	—	—	4,41	—
Straßburg i. E.	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	10,00	—	50,00
Striegau	—	40,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Stuttgart, ausSch.	—	—	—	300,00	—	—	—	—	100,00	100,00	100,00	—
Tambach (G.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—
Teltower Kreis	—	—	400,00	—	—	—	—	100,00	—	100,00	—	—
Tempelhof	12,00	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Thorn	—	4,53	5,10	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Tiefenfurth	—	8,00	—	—	—	—	1,30	3,35	—	—	—	—
Travemünde	—	—	—	—	—	—	—	1,10	—	—	—	—
Treuen	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Tübingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,60	—	—
Uebigau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,50	—
Unna	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Vegesack	—	—	2,35	—	—	—	2,60	—	—	—	—	—
Velten i. M.	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—
Waldenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11,35	—
Waldheim	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wandsbeck	—	—	—	503,50	—	—	94,35	—	—	—	300,00	—
Waren	—	—	4,26	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wattenscheid	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Weimar	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—
Weißenfels	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—
Werdau	1,05	—	—	—	5,—	—	—	—	—	—	—	3,00
Wilhelmsburg												
17. hann. Kreis	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wilkau i. S.	—	—	1,55	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—
Wilmersdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—
Winsen	—	—	—	—	—	—	40,00	—	—	2,20	—	—
Witten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	60,50
Wittenberge	—	—	—	—	6,—	—	—	—	—	14,80	—	—
Wolfenbüttel	—	—	—	—	—	4,11	7,80	—	—	—	7,30	—
Woltersdorf	—	—	—	—	—	—	—	7,70	—	—	—	—
Zehdenick	—	—	—	—	—	—	—	55,00	—	—	—	—
Zielenzig	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zwickau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00
Mann im Mond	—	1000,00	—	—	—	750,00	—	—	500,00	—	500,00	250,00

Außerdem gingen ein: Nordische Wasserkante im Januar: 20000,— Mk., im April: 20000,— Mk., im September: 20000,— Mk. — Vorwärts-Ueberschuß Juli/September 1893: 13578,20 Mk., Oktober/Dezember 1893: 8644,05 Mk., Januar/März 1894: 10825,90 Mk., April-Juni 14456,35 Mk. — Vorwärts-Buchhandlung im Januar 1894: 6000 Mk., im Juli: 6000 Mk. — Werther: November 1893: 3000,— Mk., Januar 1894: 3000,— Mk., Mai: 3000,— Mk., September: 3000,— Mk. — Diverse Beiträge 1893: November: 10,— Mk., Dezember: 200,— Mk., 1894: Januar: 525,— Mk., Mai: 0,70 Mk., Juni: 200,— Mk., Juli: 50,10 Mk., August: 1400,— Mk., September: 300,— Mk.; zusammen 194190,30 Mk.

Waren die vorstehenden Ausführungen der Thätigkeit und den Erfolgen der Partei gewidmet, so wollen wir zum Schluß noch die Opfer aufführen, die der Partei im verflossenen Jahre „Von Rechts wegen" auferlegt wurden.

Nach Monaten geordnet ergiebt die Straftabelle folgendes Bild:

Monat	Strafen in				
	Gefängniß			Geldbuße	
	Jahre	Monate	Tage	Mark	Pf.
Oktober	4	3	27	3 536	—
November	4	4	22	3 388	—
Dezember	2	—	21	1 273	—
Januar	4	10	10	1 179	—
Februar	5	8	9	3 202	—
März	3	5	24	1 421	—
April	5	3	7	2 907	—
Mai	4	9	15	1 887	—
Juni	6	3	7	12 660	—
Juli	6	2	23	6 951	—
August	6	11	8	2 849	—
September	4	4	13	2 394	—
Zusammen	58	8	6	43 747	—

Die besonders auffällige Höhe der Geldstrafen erklärt sich durch die Massenverurtheilungen unserer sächsischen Genossen wegen der bekannten „Mai-Spaziergänge".

Insgesammt sind seit dem Erlöschen des Sozialistengesetzes nach den von uns „Unter dem neuen Kurs" veröffentlichten Strafliſten für „Vergehen und Verbrechen", die im engsten Zusammenhang mit der Arbeiterbewegung stehen, von deutschen Gerichten 351 Jahre 8 Monate 11 Tage Freiheitsstrafen und 114519 Mk. 20 Pf. Geldstrafen ausgesprochen worden.

Alle diese auf Grund des „gemeinen Rechtes" ergangenen Verurtheilungen haben zwar den einzelnen Genossen schwere Opfer auferlegt und manche Existenz vernichtet, den Vormarsch der Gesammtpartei aber nicht im mindesten zu hemmen vermocht. Im Gegentheil! Die Art und Weise, wie in einzelnen besonders krassen Fällen das Gesetz angewendet und „Recht" gesprochen wurde, stand in so schroffem Widerspruch mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes, daß der moralische Gewinn auf unserer Seite war. Wenn man, wie im Falle Eichhorn-Dresden, einen schwerkranken Proletarier, dessen ganzes Verbrechen darin bestand, die Interessen ausgesperrter Arbeiter vertreten zu haben, wegen „Erpressung" in Untersuchungshaft nimmt und die Qual dieser Haft noch um Wochen verlängert, weil einer der intellektuellen Urheber des Prozesses sich zur Erholung in den Tiroler Bergen befindet, so ist dies eine Drachensaat, welche unseren Gegnern sehr unerwünschte Früchte tragen wird. Und wenn, wie es gleichfalls in Dresden geschah, Hunderte angeklagt und verurtheilt werden, weil sie sich an einem harmlosen Spaziergang am 1. Mai betheiligt haben, während Kegelklubs, Skatspielervereine und andere ähnlichen edlen Zwecken dienenden Verbindungen des Spieß- und Mastbürgerthums in geschlossenen Zügen und behütet und beschirmt von den Behörden aufmarschiren, dann wird man sich nicht wundern dürfen, wenn die Masse des Volkes das Gerede vom „Rechtsstaat" nur noch als hohle Phrase betrachtet.

So besorgen die berufensten Vertreter des heutigen Staates, während sie sich abmühen, die Sozialdemokratie zu vernichten, wider Willen deren Geschäfte. Ob dieser Kleinkrieg gegen die Sozialdemokratie noch länger geführt, oder ob zur Abwechslung wieder einmal größere Aktionen geplant sind, darüber wird die nächste Zeit Aufklärung bringen.

Was man aber auch immer, jetzt oder künftig gegen uns zusammenbrauen möge, die Sozialdemokratie sieht den kommenden Dingen mit stolzer Ruhe entgegen. Wir sind bisher mit unseren Gegnern fertig geworden, und wir werden auch jeden neuen Angriff zu begegnen wissen. Mit uns die Entwicklung, mit uns das Recht und mit uns auch der endliche Sieg.

Berlin, im Oktober 1894. **Der Partei-Vorstand.**

Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstags-Fraktion.

Die Hauptaufgabe des am 16. November 1893 zu seiner II. Session zusammengetretenen Reichstages war die Beschaffung der für die neue Heeresvorlage nothwendigen Mittel. Nach einem reiflich und allseits wohl überlegtem Plane hatten die Majoritätsparteien im vorigen Sommer die Militärvorlage der Regierung angenommen, ohne sich vorher darüber verständigt zu haben, durch welche neuen Steuern das hierzu nöthige Geld aufgebracht werden solle. Sie wußten, daß diese Verständigung nicht möglich war, sie wußten, daß an dieser Frage die Militärvorlage scheitern müsse; daher begnügten sie sich, die Militärvorlage kurzweg zu bewilligen, denn nachher mußten ja die Mittel beschafft werden. Aber auch so hatte die Entscheidung bekanntlich an einem Fädchen gehangen; schließlich gaben die Antisemiten, im Treubruch gegen das ihren Wählern gegebene Versprechen, den Ausschlag für die Annahme der Militärvorlage, nachdem sie vom Reichskanzler die schönklingenden Worte zu hören bekommen hatten:

> „Wir wollen versuchen (!), die Steuern, deren wir bedürfen, auf die leistungsfähigen Schultern zu legen, die schwächeren Kräfte zu schonen. Und endlich wollen wir angesichts der schwierigen Lage, in der die Landwirthschaft sich befindet, danach trachten, das landwirthschaftliche Gewerbe von neuen Steuern frei zu lassen."

Natürlich wurden diese Worte von der Rechten mit lebhaftem Bravo, von der Linken mit ebenso lebhaftem Lachen aufgenommen. Und der zweite Theil der Kanzlerworte ist auch hübsch in Erfüllung gegangen. Die Großgrundbesitzer, die „Edelsten und Besten der Nation", die seit Jahrhunderten von der preußischen Regierung sorgsam gehegten und gepflegten, am Staatskörper schmarotzenden preußischen Junker wurden nicht blos von Steuern verschont, auch ihre „Liebesgaben" werden behutsam weiter geschirmt und weiter behütet. Der erste Theil des Kanzlerversprechens aber, die Schonung der schwächeren Kräfte, die Vertheilung der Steuerlasten auf die leistungsfähigen Schultern, verflüchtigte sich in die Vorlagen der Stempel-, Quittungs- und Frachtsteuer, der Tabaksteuer, der Weinsteuer — lauter Vorlagen, gegen die sich der allgemeine Volkswillen mit solch elementarer Gewalt erhob, daß sogar die Nationalliberalen vorerst noch nicht den Muth des bedingungslosen Jasagens fanden.

* * *

Begreiflicherweise warfen diese neuen Steuervorlagen ihre Wellen sofort in die Etatsberathungen hinein. Von Jahr zu Jahr steigern sich die Ausgaben des Reiches, bedingt durch die von Jahr zu Jahr erhöhten Ausgaben für die kulturfeindlichen Zwecke des Militarismus. Während im Vorjahre der Gesammtetat sich belief auf 1 257 600 611 Mk., beträgt er für das Jahr 1894/95

1 286 536 060 Mk.

Und zwar betragen im ordentlichen Etat die Ausgaben:

fortdauernde	1 079 937 442	Mk.
einmalige	76 323 243	„
im außerordentlichen Etat die einmaligen Ausgaben	130 275 375	„
Insgesammt also	**1 286 536 060**	Mk.
Dazu für das Patentamt ein Nachtragsetat von . .	10 400	Mk.
und f. d. deutschen Schutzgebiete ein (Kolonial-)Etat von	7 343 000	Mk.

Sieht man bei diesem Milliardenbudget näher nach, für welche Zwecke denn eigentlich diese Hunderte und Aberhunderte von Millionen verwendet werden, so zeigt sich Jahr für Jahr, seit Gründung des Reiches, daß das „herrliche Kriegsheer" und die neuerdings von gewisser Seite so aufdringlich in den Vordergrund gestellte Marineschwärmerei den Löwenantheil verschlingen.

Die Reichsausgaben von mehr als einer Milliarde zweihundertsechsundachtzig Millionen Mark vertheilen sich im Einzelnen wie folgt:

		Ordentlicher Etat. Ausgaben.		Außerordentl. Etat. Ausgaben.
		Fortlaufende Mk.	Einmalige Mk.	Einmalige Mk.
I	Bundesrath	—	—	—
II	Reichstag	422 953	—	—
III	Reichskanzler und Reichskanzlei	153 460	60 000	—
IV	Auswärtiges Amt	10 303 840	4 697 000	—
V	Reichsamt des Innern . . .	27 213 055	4 305 270	20 710 000
VI	Verwaltung des **Reichsheeres**	**480 021 905**	**38 332 940**	**92 728 425**
VII	Verwaltung der **Marine** . . .	**50 696 124**	**18 995 650**	**4 231 200**
VIII	Reichsjustizverwaltung	2 065 752	1 000 000	—
IX	Reichsschatzamt	360 528 435	161 400	—
X	Reichseisenbahn-Amt	334 840	—	12 605 750
XI	Reichsschuld	**71 739 800**	—	—
XII	Rechnungshof	631 583	—	—
XIII	Allgemeiner Pensionsfonds . .	**48 245 438**	—	—
XIV	Reichs-Invalidenfonds . . .	**27 258 492**	—	—
XV	Durchführung d. Altersstufensyst.	321 765	—	—
XVI	Post- u. Telegraphen-Verwaltung	—	8 699 983	—
	a) Reichsdruckerei	—	71 000	—

Es wurden demnach ausgegeben für das Reichsheer 616 083 270 Mk., für die Marine 73 922 974 Mk., rechnet man noch den Pensions- und Invalidenfonds mit 48 245 438 Mk. bez. 27 258 492 Mk. und die zur Verzinsung der Reichsschulden nöthigen 71 739 800 Mk. hinzu — da ja die Anleihen größtentheils zur Deckung der Militärausgaben nothwendig wurden — so ergiebt sich, daß mehr als vier Fünftel der jährlichen Ausgaben des Reiches (da das Reichsschatzamt über 230 Millionen bloßer Durchgangsposten aufführt), also: im laufenden Jahre von 1055 703 060 Mk.

832 249 964 Mk. für Militärzwecke

verwendet werden. Daß die Ablehnung des Gesammtetats für unsere Fraktion eine Pflicht war, bedarf keiner näheren Erörterung, dazu zwangen allein schon die Einnahmequellen, aus welchen das Reich diese Riesensummen für Militärzwecke aufbringt.

Der Etat veranschlagt die Einnahme des Reichs für 1894/95 folgendermaßen:

	Mk.
Zölle und Verbrauchssteuern . .	**621 935 560**
Reichsstempelabgaben	34 045 000
Post- und Telegraphenverwaltung . . .	28 404 017
Reichsdruckerei	1 436 800
Eisenbahnverwaltung	23 081 100
Bankwesen	7 244 800
Verschiedene Verwaltungs-Einnahmen .	12 539 163
Reichs-Invalidenfonds	27 258 492
Zinsen aus belegten Reichsgeldern . .	46 000
Veräußerung von ehemal. Festungsterrain	1 400 000
Ueberschüsse aus früheren Jahren . . .	1 372 033
Matrikularbeiträge	**397 497 420**
Außerordentl. Deckungsmittel (Anleihen)	130 275 375
Summa	**1 286 536 060**

Die Hälfte der für die Ausgaben des Reiches erforderlichen Mittel werden auf dem Wege der indirekten Besteuerung aufgebracht, also vorzugsweise von denjenigen Bevölkerungsschichten, welche nach Maßgabe ihres Einkommens am wenigsten zur Steuerleistung befähigt sind. Der Reichstag setzte nämlich als Mindestergebniß nach Abzug der Erhebungskosten für:

	Mk.
Zölle (auf Getreide, Fleisch, Vieh, Holz, Petroleum)	349 706 000
Tabaksteuer	11 082 000
Zuckersteuer	75 406 000
Salzsteuer	42 742 000
Branntweinsteuer a) Maischbottich und Branntweinmaterialsteuer	17 988 000
b) Verbrauchsabgabe und Zuschlag zu derselben	100 093 000
Brausteuer u. Uebergangsabgabe von Bier	24 856 000
Aversa für Zölle und Verbrauchssteuern	52 560
Zusammen	621 935 560

* * *

Ist auch bei der heutigen Zusammensetzung des Reichstags weder an eine Schmälerung des Militärbudgets zu denken, denn Kapitalismus und Militarismus ergänzen und bedingen sich gegenseitig, und ist ferner auch eine gerechtere Steuervertheilung nicht zu hoffen, da die Vertreter der besitzenden Klasse im Parlamente selbstverständlich die herrschenden Klassen von der Steuerleistung möglichst befreien, so ergiebt sich darum gerade für unsere Partei um so strenger die Pflicht der rücksichtslosen Kritik und offensten Klarlegung dieser Thatsachen.

Die Generaldiskussion des Etats gab hierzu willkommenen Anlaß. Unsere Redner nahmen sofort Stellung gegen den Versuch der Regierung, die offiziellen und nichtoffiziellen Loyalitätskundgebungen bei den zahlreichen Kaiserreisen als Demonstrationen für die Heeresvermehrung auszunützen. 4 233 000 Wähler hatten gegen die Militärvorlage ihre Stimme abgegeben und nur 3 225 000 hatten Freunde der Militärvorlage gewählt. Gegen diese Logik der Thatsachen konnte die Stilblüthe der Thronrede nicht Stand halten. Die Mißstimmung der breiten Massen des Volkes gegen die allmälig zur Unerträglichkeit sich steigernden Militärlasten konnten auch die bürgerlichen Parteien nicht leugnen. Sie steigt von Jahr zu Jahr und erhält Tag für Tag neue Nahrung. Man braucht nur die Steigerung der Militärausgaben in den letzten zehn Jahren zusammenzustellen, um das Wachsen dieser Mißstimmung, die sich logischerweise allmälig auf das ganze Regierungs- und Gesellschaftssystem überträgt, zu begreifen. Es betrugen die Ausgaben für

	1884 Mk.	1894 Mk.	also Steigerung
Heereszwecke .	338 825 000	482 060 000	**40** pCt.
Marine . . .	32 824 000	51 369 000	**59** „
Pensionsfonds .	20 597 000	48 245 000	**134** „
Reichsschulden .	15 830 000	72 269 000	**360** „

Mit Recht wiesen unsere Redner darauf hin, wie alle diese Hunderte von Millionen aufgebracht werden hauptsächlich von den Aermsten der Armen, während die reichen und besitzenden Klassen, die alle Vortheile von unseren staatlichen Einrichtungen genießen, bisher so gut wie nichts zu den Steuerlasten des Reiches beigetragen haben, vielmehr nach der jetzigen Art der Reichsbesteuerung noch ihre Taschen füllen konnten aus den Ergebnissen der Branntwein- und Zuckersteuerprämien, den Getreide-, Vieh- und Industriezöllen. Dem gegenüber wäre es nicht bloß eine Sache der Gerechtigkeit, sondern eine Frage des persönlichen Ehrgefühls, daß endlich die Vertreter der besitzenden Klassen einer Steuerform zustimmten,

die die unteren Klassen, denen es schließlich gleichgültig sein könnte, von wem sie regiert werden, von den drückendsten Steuern (Salz-, Petroleum-, Zuckersteuer) entlastete und Diejenigen zur Steuer heranzöge, welche allein an dem Bestande des Reiches ein Interesse hätten, für die es auch in erster Linie gegründet wurde: die reichen und besitzenden Klassen! Aber die Regierung sowohl, wie sämmtliche bürgerliche Parteien — und bezeichnender Weise unter Führung des Zentrums — gaben sofort unter lebhaftem Proteste die Erklärung ab, daß sie für eine direkte, progressive Einkommensteuer unter keinen Umständen zu haben seien, als unser Vertreter einen dahingehenden spezialisirten Vorschlag machte.

Die Etatsdebatten gaben unseren Rednern weiterhin Anlaß, unsere grundsätzliche Gegnerschaft abermals zu bekunden nicht blos gegenüber dem Militarismus, sondern auch gegenüber der gesammten Regierungspolitik, die im letzten Grunde, trotz allen monarchisch-absolutistischen Gepräges, auf nichts Anderes hinausläuft, als auf die Wahrung und Sicherung der Interessen und Ausbeutungsprivilegien der herrschenden Kapitalistenklasse. Es war daher kein Zufall, daß einzig und allein der Vertreter unserer Partei es war, der energisch Protest erhob und für die bedrohten Verfassungsrechte des Reichstags eintrat gegen den preußische Kriegsminister, der dem Reichstag sogar das Recht der Meinungsäußerung absprach, als die skandalösen Vorgänge des Hannover'schen Spielerprozesses, die Begnadigung und Dekorirung des wegen Ueberfalls eines Redakteurs verurtheilten Generals v. Kirchhoff seitens unserer Redner zur Sprache gebracht wurden. Und nicht minder charakteristisch für unsere parlamentarischen und politischen Zustände ist es, daß wiederum unsere Partei vor allen anderen es war, die gegen die Ueberhebung des militärischen Geistes und gegen die nackte Proklamation des Faustrechts seitens des preußischen Kriegsministers sich erhob, ebenso wie ein Sozialdemokrat den evangelischen Pastor Schall auf die Lehren des Christenthums verweisen mußte, als dieses strebsame Pfäfflein das ausdrücklich im Strafgesetz geahndete Verbrechen des Mordes und Todschlags auf dem Duellweg für die Offiziere als Standesrecht vertheidigte!

Der Militarismus wird allmälig für alle bürgerlichen Parteien ein Kräutlein Rührmichnichtan, weil sie von ihm allein noch die Rettung ihrer von der aufsteigenden Sozialdemokratie bedrohten Ausbeuterrechte erwarten.

* * *

Bei der Berathung der Einzel-Etats traten unsere Genossen nach Möglichkeit für die Interessen der Arbeiterklasse ein. Für den **Etat des Innern** wurde der Gehalt für einen weiteren Direktorposten gefordert; wir stimmten für denselben, weil auch wir eine Erweiterung der Thätigkeit dieses Amtes für nothwendig halten, namentlich auch eine raschere Erledigung der dringenden Arbeiten verlangen, die nur allzu oft mit der bequemen Ausrede der Arbeitsüberbürdung abgelehnt werden konnte. Freilich, großen Hoffnungen dürfen wir uns auch in Bezug auf den guten Willen dieses Amtes nicht hingeben, wenn es sich um Arbeiten handelt, bei denen das Unternehmer-Interesse berührt wird. Seit drei Jahren warten wir auf die Ausführung der Sonntagsruhebestimmungen; seit Jahren erheben wir die Forderung auf reichsgesetzliche Regelung der Gewerbe-Inspektion, auf Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren für gewisse Industriezweige u. s. w. Soweit die Regierung diese Forderungen nicht selbst direkt ablehnt, läßt sie sich durch den Widerstand der Unternehmerklasse, als deren Hauptwortführer auch in den diesjährigen Debatten König Stumm auftrat und dem Widerstreben des Ausbeuterthums gegen jede wirkliche Arbeiterschutzbestimmung brutalen Ausdruck lieh, zur gewohnten Verschleppungspolitik drängen. Wie ganz anders die Reichsregierung Tempo und Wirkung beschleunigen kann, wenn es sich um den Schutz der Junkerinteressen handelt, haben die Vorlagen betr. Aufhebung des Identitätsnachweises und der Staffeltarife bewiesen, als

durch den deutsch-russischen Handelsvertrag die steuergesetzlich geschützten Vortheile der Agrarier bedroht schienen. Auch die Regierungsvorlage betr. den Fortbildungsunterricht an Sonntagen zeigte, mit welch' verschiedenem Maße Arbeiter- und Unternehmer-Interessen gemessen werden. Der Druck von Unten muß seitens der Arbeiterklasse noch gewaltig verstärkt werden, bis nach der Richtung hin das kaiserliche Wort der Februar-Erlasse durch die Reichsregierung eingelöst wird.

* * *

Der **Post-Etat** gab unseren Fraktionsrednern Gelegenheit, das kapitalistische Ausbeutungssystem, das in der Postverwaltung praktizirt wird, in der schärfsten Weise zu kennzeichnen. Auf der einen Seite der Stillstand und die Rückständigkeit gegenüber allen Anforderungen des gesteigerten Verkehrs, auf der andern Seite eine Ueberschußpolitik auf Kosten der niedrig gelohnten Unterbeamten und fast ausschließlich für die Zwecke des Militarismus. Die Unsicherheit der Existenz der überwiegenden Mehrzahl der Post-Angestellten (von ca. 140000 Postbediensteten sind ca. 100000 nicht etatsmäßig oder blos zur Aushilfe angestellt); das System, Beamtenarbeit durch minderbezahlte Unterbeamte verrichten zu lassen; die schlechten Löhne, die nur zu häufig zum Verbrechen der Unterschlagung führen; die Vernichtung des gesetzlich garantirten Koalitionsrechtes für die Postbeamten; die elenden und ungleichartigen Stellvertretungsverhältnisse, die Ausbeutung der Angestellten im Sonntags- und Nachtdienst, die ungleiche Stellung in Gehalt und Rechten der weiblichen Arbeitskräfte gegenüber den männlichen — alle diese Thatsachen wurden unserseits in eingehendster Weise zum Gegenstand rücksichtsloser Beschwerde gemacht. Und wenn wir auch von heute auf morgen keine Abhilfe erwarten können, weil auch hier die kapitalistischen Parteien im eigenen Interesse die Ausbeutungspolitik der „staatlichen Musterbetriebe" unterstützen und vertheidigen müssen, wir werden diese Klagen so lange erheben, bis das herrschende System unter der Wucht dieser Angriffe zusammenbricht. Und unser Verhalten hat heute schon den Erfolg, daß die Postbeamten und Postangestellten von Tag zu Tag klarer erkennen, daß nur die Sozialdemokratie allein gewillt ist, ihre Stellung zu bessern und ihrer traurigen Lage ein Ende zu bereiten.

* * *

Beim **Etat des Auswärtigen** wiederholten wir unsere prinzipielle Gegnerschaft zur Kolonialpolitik. Abermals war für dieselbe eine Mehrforderung von $3^1/_2$ Millionen eingebracht. Unsere Redner wiesen darauf hin, wie die nothwendigsten Kulturaufgaben im Reiche mangels an Mitteln Schaden litten, während hier zwecklos Jahr für Jahr Millionen in den afrikanischen Sand geworfen würden. Wären diese seit 10 Jahren vergeudeten Millionen für die Wohlfahrt im Innern verwendet worden, welche Resultate hätten damit erzielt werden können. Und so? Die scheußlichen Mißhandlungen der Schwarzen, die brutale Ausbeutungspolitik, die Mißwirthschaft der Leist und Wrochem, die zu offenen Aufständen führte, die öffentliche Auspeitschung der Negerweiber, die Sklaventransporte der deutschen Firma Wölber u. Brohm, die scheußliche Niedermetzelung von Weibern und Kindern bei den Kämpfen in Südwestafrika — und all' das angeblich zur Ausbreitung von Kultur und Christenthum. Gegenüber all' diesen Angriffen konnte die Regierung nur auf das Versprechen sich berufen, eine eingehende Untersuchung dieser dem deutschen Reich zur Schmach gereichenden Vorkommnisse einzuleiten, aber ihre Aufgabe, als Sachwalterin der besitzenden Klassen deren Interessen zu vertreten, zwingt sie, auf der mit Blut und Schande gepflasterten abschüssigen Bahn der Kolonialpolitik immer weiter zu gehen, wenn auch heute schon alle jene Hoffnungen gescheitert sind, mit denen seinerzeit die Kolonialpolitik eingeleitet wurde: die afrikanischen Kolonien zu Absatzmärkten für deutsche Industrieprodukte zu machen. In der gegenwärtigen Angsthetze gegen die Umsturzparteien taucht denn auch bereits wieder das Gespenst der Strafkolonien auf.

Soweit es nicht bei der Generaldiskussion des Etats geschehen war, benutzten wir die Berathung des Militär-Etats, den im Reiche herrschenden Militarismus anzuklagen und zu bekämpfen. Die Soldatenmißhandlungen, die Verwendung von Soldaten zu den Treibjagden der Offiziere, die behördlichen Schwarzen Listen der Rekruten und Gestellungspflichtigen, den Duellunfug, die privilegirte Stellung der in übermäßiger Anzahl ausgebildeten Militärmusiker, die in neuerer Zeit so häufig vorkommende und den Pensionsfond so schwer belastende Pensionirung von höheren Offizieren, die nicht selten kaum ein Jahr zuvor befördert worden waren — alle diese Schäden und Auswüchse des heutigen Militarismus, die tief ins bürgerliche Leben einschneiden und eigentlich von den bürgerlichen Parteien bekämpft werden müßten, wurden von Seiten unserer Partei zur Sprache gebracht. Die übrigen Parteien verlieren in Militärangelegenheiten immer mehr den Muth der öffentlichen Kritik.

Die Spiel- und Prunksucht in verschiedenen Militärkasinos, deren Endfazit im bekannten Spielerprozeß zu Hannover sich ergab, wo die Blüthe des deutschen Adels, die als Offiziere sonst gerne pochen auf ihr feiner geartetes und gesteigertes Ehrgefühl, mit gesellschaftlichen Auswürfen verächtlichster Sorte im vertrautesten Verkehre stehend sich erwies und in einer Nacht Tausende am Spieltisch vergeudete, konnte vom Regierungstisch sowenig bestritten werden als die Häufigkeit der Soldatenmißhandlungen. Wenn der Kriegsminister aber deren Allgemeinheit in Abrede stellte und darauf hinwies, daß allgemeine Verordnungen und spezielle Kaiser-Erlasse da Wandlung geschaffen haben oder schaffen würden, so konnten unsere Redner mit Recht darauf hinweisen, daß diese Erscheinungen im System des Militarismus wurzeln und daß die öffentlichen Brandmarkungen im Reichstage seitens unserer Partei mehr zu ihrer Verminderung beitrügen als alle amtlichen Verfügungen. Den besten Beweis für diesen Geist der militärischen Ueberhebung lieferte der Kriegsminister selber, als er in der Sitzung vom 3. März anläßlich der Besprechung des Falles Kirchhof offen erklärte:

„Wenn Ihnen die Braut und Frau oder die Tochter öffentlich beleidigt oder beschimpft wird von irgend Jemandem — das traue ich Ihnen doch zu — Sie schlagen ihn nieder; **und da haben Sie das Recht dazu.**"

Damit hatte er offen und rückhaltlos das **Faustrecht proklamirt.** Und es war nur die Konsequenz der Worte des Kriegsministers, wenn Gen. Bebel daraus folgerte: daß, wenn diese Auffassung korrekt wäre, jeder Anarchist, wenn er sich von Polizei und Richtern beeinträchtigt fühlt, zur Waffe greifen und jeder Soldat, der von seinem Vorgesetzten schwer mißhandelt wird und unter der gegenwärtigen Militärstrafprozeßordnung keine genügende Sühne erwarten zu dürfen glaube, von seiner Waffe Gebrauch machen und seinen Vorgesetzten über den Haufen schießen dürfte.

Besser konnte der Widerstreit des militärischen mit dem bürgerlichen Geiste, der Widerspruch zwischen Militärstaat und Rechtsstaat nicht illustrirt werden, als durch die Thatsache, daß der Sozialdemokrat die bestehenden Institutionen und die Beobachtung der Formen des bürgerlichen Rechtsstaats gegen einen Königlich preußischen Minister in Schutz nehmen mußte.

* * *

Die Art und Weise, wie in Sachsen unserer Partei gegenüber Justiz geübt wird, wurde beim Etat der **Reichsjustizverwaltung** vor das Forum des Reichstags gebracht. Bekanntlich hatte das Chemnitzer Amtsgericht Parteigenossen, welche am Sonntag Flugblätter verbreitet hatten, wegen groben Unfugs verurtheilt, weil sie während des Gottesdienstes diese Vertheilung vorgenommen und dadurch die religiösen Gefühle Anderer verletzt hätten. Das Landgericht trat dieser Auffassung bei, aber das Oberlandesgericht in Dresden — die oberste gerichtliche Instanz in Sachsen — verwarf diese Begründung und fand

den groben Unfug darin, daß die Flugblätter frei und sichtbar auf dem Arm getragen und unberufen und ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung in die Wohnungen eingelegt wurden. Dadurch sei der häusliche und öffentliche Frieden gestört und die Freiheit der politischen Ueberzeugung anderer durch die aufdringliche Darlegung des sozialdemokratischen Parteistandpunktes gefährdet worden. Durch dieses Urtheil war einfach der § 43 der Gewerbeordnung aus der Welt geschafft, der die Vertheilung von Druckschriften und Stimmzetteln zu Wahlzwecken für die Wahlperiode und die nicht gewerbsmäßige Schriftenverbreitung in geschlossenen Räumen (also Wohnungen) überhaupt freigiebt. Unsere Fraktion brachte daher eine Resolution ein, worin der Reichstag die Erklärung abgiebt, daß dieses Urtheil dem Wortlaut und Sinn des § 43 der Reichsgewerbeordnung widerspreche, und an den Reichskanzler das Ansuchen stellt, bei den verbündeten Regierungen dahin zu wirken, daß die zur Durchführung dieser Auffassung geeigneten Anordnungen getroffen werden. Aus formalen Gründen konnte diese Resolution in vorliegender Fassung nicht Annahme finden und wurde daher am Schlusse der Diskussion zurückgezogen, aber für die Sache war es charakteristisch, daß außer dem sächsischen Bundes-Bevollmächtigten kein Mensch im Reichstage für die sächsischen Gerichte und Behörden eintrat. Unsere Redner aber legten an Hand erdrückenden Thatsachenmaterials dar, wie in Sachsen unserer Partei gegenüber „doppelte Buchführung" gehandhabt werde. Was allen anderen Parteien gestattet ist, was seit Jahr und Tag anstandslos gethan werden konnte, ist heute für unsere Partei nicht blos unmöglich, sondern auch strafbar. Daß in Sachsen auf dem Wege der Rechtsprechung oder Beschwerde dagegen nichts zu machen ist, wissen wir, zum Ueberfluß aber hat es der sächsische Justizminister in der ersten sächsischen Kammer am 18. Januar auch offen und vorbehaltlos ausgesprochen, als er erklärte:

> „Wie bekannt ist, ist ja das Ministerium als Justizverwaltungsbehörde nicht in der Lage, den Gerichten ihre Entscheidungen vorzuschreiben. Die Gerichte sind ganz selbständig. Aber das Justizministerium wird, wie es seither schon gethan hat, auch künftighin jederzeit etwaige unrichtige Rechtsprechungen wenigstens außeramtlich, ich kann nicht sagen: korrigiren, aber doch zum Gegenstand vertraulicher Rücksprache mit den betreffenden Beamten machen."

Und jeder Tag zeigt uns in Sachsen, wie diese „außeramtliche" Einwirkung des über Anstellung und Beförderung maßgebenden Justizministers in der Praxis sich gestaltet; unser Redner gab daher dem allgemeinen Parteiempfinden Ausdruck, als er seine Ausführungen mit den Worten schloß: „So, wie die Praxis in Sachsen sich gestaltet hat, kann und darf es nicht weiter gehen! Hier muß der Willkür und Vergewaltigung des politischen Gegners ein Riegel vorgeschoben werden."

* * *

Ein Seitenstück zur sächsischen Justiz gab der Bericht der Wahlprüfungskommission über die Wahl des Herrn von Polenz im 23. sächsischen Wahlkreise. Herr v. Polenz ist aus der Geschichte der sächsischen Wahlkämpfe als einer jener Verwaltungsbeamten bekannt, die den ganzen Verwaltungsbeamten-Apparat und den ganzen behördlichen Einfluß jeweilen in den Dienst der „Ordnungspartei" stellen und hierbei sich von keinen anderen Rücksichten leiten lassen als denen des Erfolges. Schon früher hatte die Wahlprüfungskommission ungesetzliche Uebergriffe des Herrn von Polenz konstatirt. Bei dieser Wahl konnte er — da er selber in seiner Amtshauptmannschaft als Ordnungskandidat figurirte — nicht Wahlkommissar sein, aber sein „Geist schwebte über den Gewässern". Die Wahlbeeinflussungen seines Stellvertreters erschienen dem Reichstag als solche, daß

sogar der nationalliberale Abg. Pieschel offen erklären mußte: in der Wahlprüfungskommission sei man nicht blos darüber einig gewesen, daß eine Ungesetzlichkeit vorgelegen, sondern sogar darüber, daß eine offenbar in hohem Grade ungesetzliche Handlung begangen worden ist. Der Stellvertreter des Herrn von Polenz, der ihm dienstlich unterstellte Bezirksassessor Dr. Gottschalk, hatte kurzerhand zwischen Haupt- und Stichwahl die Vertheilung der Stimmzettel und Wahlaufrufe, sowie das Ankleben von Plakaten verboten. Und der Kandidat von Polenz hatte in seiner Eigenschaft als Amtshauptmann bei einer Zusammenkunft von Gemeindevorständen wenige Tage später diesen nachdrücklich ins Gewissen geredet, doch ja das von seinem Stellvertreter erlassene Verbot gegen die sozialdemokratische Partei strenge zu handhaben. Nach langer Debatte und trotz heftigen Widerstrebens der Konservativen wurde die Wahl für ungültig erklärt. Herr v. Polenz, der bis zur letzten Minute trotz aller Beanstandungen sein Mandat ausgeübt hatte, hatte freilich, als er die Kassation als unvermeidlich erkennen mußte, noch schnell versucht, zwischen der Abstimmung seine Mandatsniederlegung durch einen Freund erklären zu lassen, aber der Reichstag wies dies Kunststückchen zurück und komplimentirte Herrn von Polenz zum Reichstag hinaus. In der Nachwahl wurde dann auch, dem Parteistärkeverhältniß entsprechend, unser Genosse Gerisch gewählt.

Auch die Wahl des konservativen Herrn Grafen von Moltke war am selben Tage — 18. April — für ungültig erklärt worden, weil die Wahllisten für einen Theil des 6. holsteinischen Wahlkreises gar nicht im Wahlkreise selber, sondern im 8. Wahlkreise, in der Stadt Altona zur Auslage gekommen waren. Gegen diese Praxis, die unter Umständen die gerade für unsere Partei so wichtige Auslegung der Wählerlisten zum bloßen Humbug machen kann, nahmen unsere Redner energisch Stellung und wir führten durch unsere Abstimmung auch die Ungültigkeitserklärung herbei. In der Nachwahl wurde auch hier der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Elm gewählt, während in der Hauptwahl bekanntlich Genosse Mohlkenbuhr unterlegen war. Bei den Wahlen der Abgeordneten C. Will (1. Coesliner Wahlkreis), von Bismarck (3. Magdeburger), Rothbart (14. Hannoverscher) und Holleufer (5. Liegnitzer Wahlkreis) traten wir für die Beanstandung der Wahlen, bez. Veranstaltung eingehender Erhebungen ein, weil überall Ungehörigkeiten vorgekommen waren. Entweder war die Oeffentlichkeit und Kontrole der Wahlhandlung ausgeschlossen oder die Geheimhaltung der Stimmabgabe vereitelt worden, indem die Stimmzettel (für Bismarck) äußerliche Kennzeichen, z. B. ein Wasserzeichen trugen, oder der Einfluß der Arbeitgeber auf die Arbeiter hatte die freie Stimmabgabe gehindert, im 14. Hannoverschen Wahlkreis hatten Arbeitgeber offen ihren Arbeitern die Entlassung angedroht, falls Rothbart nicht gewählt würde. Leider konnte unsere Partei in die Wahlprüfungs-Kommission während der letzten Session nur ein Mitglied entsenden und auf die wünschenswerthe Beschleunigung der Wahlprüfung nicht jenen Einfluß ausüben, den wir alle erstreben. Soweit es möglich war, den gewerbsmäßigen Wahlbeeinflussungen und Wahlfälschungen der Ordnungsparteien einen Riegel vorzuschieben, hat unsere Partei von jeher ihre Kräfte eingesetzt, und wird es auch künftig thun — in der Wahlprüfungs-Kommission sowohl wie im Plenum des Hauses.

* * *

Die Finanzreform und die neuen Steuervorlagen, die behufs Deckung der Militärvorlage dem Reichstage zur Annahme vorgelegt wurden, waren nach ihrem Zwecke wie nach ihrer Anlage für uns unannehmbar. Die Finanzreform, die mit offiziösen Posaunenstößen als Meisterwerk des pfiffigen Finanzgenies Miquel angekündigt worden war, stieß übrigens bei fast allen Parteien auf solchen Widerstand, daß in jedem einigermaßen konstitutionell geregelten Staatswesen der Vater eines solchen Mißerfolges in der ministeriellen Senkgrube mit ver-

schwunden wäre, in die sein Werk gefallen ist. Er würde dann die Muße finden, sein politisches Testament zu schreiben: das in Aussicht gestellte Buch gegen den Sozialismus; bezüglich dessen freilich unser Redner Singer den Herrn Finanzminister die mahnenden Worte zurief: „Ich will (Herrn Miquel) nur wünschen, daß es ihm nicht ebenso ergeht wie dem Herrn Abgeordneten Richter, der mit seiner „Sparagnes" die Sozialdemokratie bekanntlich vernichten wollte, und der, was seine Partei anlegt, in einem der Vernichtung sehr ähnlich sehenden Zustande hier wieder ins Haus gekommen ist. Aber das kann ich dem Herrn Finanzminister von Preußen versichern: ich wünsche ihm auf das dringendste, daß er sobald als möglich die Muße zur Abfassung dieses Buches bekomme; denn nach meiner Ueberzeugung kann der Herr Finanzminister dem deutschen Volke als Schriftsteller nicht entfernt soviel Schaden schaffen, wie er es als Finanzminister thut."

Diese Finanzreform hatte bekanntlich den Zweck, das Reich von den Einzelstaaten finanziell unabhängig zu machen. Der Weg, den der ehemalige kommunistische Verschwörer, nachherige nationalliberale Parlamentarier und Gründer und jetzige preußische Finanzminister einschlug, lief aber im Grunde darauf hinaus, dem Reichstag den besten Theil des einzigen Rechtes, das er besitzt, das Budgetrecht, hinwegzueskamotiren. Der Kampf gegen die Finanzreform wurde daher zu einem Kampfe um das Budgetrecht des Reichstages. Dem Reiche sollten ein- für allemal so viel Einnahmen zugeführt werden, daß die sogen. Matrikularbeiträge der Einzelstaaten bez. das Mehr, das diese über die ihnen aus den Zöllen zufließenden Quoten an das Reich abzuliefern haben, künftig in Wegfall kommen könnten. Damit also in den Einzelstaaten die direkten Steuern nicht erhöht zu werden brauchen, sollen von Reichswegen die indirekten Steuern erhöht werden, die direkten Steuerzahler, die besitzenden Klassen, sollen entlastet werden zu Ungunsten der indirekten Steuerzahler, der armen, nichtbesitzenden, nothleidenden Klassen.

Im Ganzen forderte Herr Miquel rund hundert Millionen neuer Steuern, die Tabaksteuer sollte ein Mehrergebniß liefern von ca. 45 Millionen, die Weinsteuer von ca. 17 ½ Millionen, die Stempelsteuer von ungefähr 35 Millionen.

Gegen die Erhöhung der Börsensteuer hätten auch wir nichts einzuwenden, wenn ihr gegenüber eine Entlastung der indirekten Steuerzahler stattfände und ihr Erträgniß nicht für Zwecke des Militarismus verwendet würde. Angesichts des Zweckes der Börsensteuer aber mußten wir gegen dieselbe stimmen, unbekümmert darum, daß daraus wieder der alberne Anlaß hergeleitet werden würde, die Sozialdemokratie stehe im Dienste des Judenthums. Wenn eine Partei den Kampf gegen die Börse ernst zu führen in der Lage und Willens ist, so die Sozialdemokratie, die den Kampf gegen die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft führt. Innerhalb der heutigen Gesellschaft aber kann von Parteien, die auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung stehen, ein ernsthafter Kampf gegen die Börse überhaupt nicht geführt werden, weil die Börse gleichsam das Herz der bürgerlichen Gesellschaft ist. Dieselben Leute, die angeblich diesen Kampf führen wollen, machen Geschäfte an der Börse, müssen die Börse benützen zu ihren geschäftlichen Manipulationen, müssen diese nach den Aktionen jener richten; dieselbe Regierung, die zu diesem Kampfe aufgefordert werden soll, ist der beste Kostgänger der Börse, der Staat muß seine Anleihen, seine Konversionen durch die Börse begeben und von dieser die Bedingungen sich diktiren lassen. Wer also heute von einem ernsten Kampfe gegen die Börse spricht, versteht das Wesen der bürgerlichen Gesellschaft nicht oder bellamirt mit demagogischen Hintergedanken.

Nach den Worten des Reichskanzlers sollten die „leistungsfähigen Schultern" zur Steuer herangezogen, die „schwächeren Kräfte geschont" werden. Daß die

Quittungssteuer, die Frachtstempelsteuer aber vorzugsweise den Handwerkerstand treffen müßten, der heute in aussichtslosem Ringen mit dem Großkapital von Stufe zu Stufe des bürgerlichen Wohlstandes heruntersinkt, bis er im besitzlosen Proletariate untergeht, darüber waren sogar die bürgerlichen Parteien gegen die Regierung einig.

Anders bei der Tabakfabrikatsteuer. Nach den bestimmten Erklärungen des Reichskanzlers konnten die Brau- und Branntweinsteuer nicht leicht mehr in Frage kommen, ohne das Ansehen der Regierung allzusehr zu erschüttern. Von einer direkten Einkommensteuer, von einer Heranziehung der besitzenden Klassen zu den Kosten der Militärvorlage wollten weder die Regierung, noch weniger die herrschenden Parteien, die Vertreter der besitzenden Klassen, etwas wissen. Aufgebracht müssen die Mittel aber werden; deshalb ist auch die Stellung der bürgerlichen Parteien, von gewissen Interessenkreisen abgesehen, der Tabaksteuer gegenüber eine solche, daß sich deren Annahme, wenn auch nicht in der Fassung und Ausdehnung der Regierungsvorlage, befürchten läßt.

Unsere Stellung war natürlich gegeben, und unsere Redner gaben unserem Standpunkt auch energischen Ausdruck. So oft der Tabak „bluten" mußte, waren es immer die Arbeiter, die die Zeche in Gestalt verminderter Löhne zu zahlen hatten, niemals die Großfabrikanten. Noch 1892 hatte der Reichskanzler erklärt, von einer Erhöhung der Tabaksteuer sei in jeder Form Abstand genommen, und jetzt liege ein Gesetz vor, das den Tabak mit 66⅔%, die Zigarren mit 33⅓% höher besteuere. Das heiße die Industrie ruiniren. Durch die Festsetzung von 33% auf den Fakturawerth der Zigarre lege die Regierung geradezu eine Prämie auf Lohnreduktion, denn 89% der gesammten Zigarrenproduktion umfassen die billige Zigarre für den Massenkonsum. Die Regierung selbst nehme einen Rückgang des Konsums um 25% an, das heiße in der heutigen Zeit allgemeiner Arbeitslosigkeit 30—40000 Arbeiter dauernd existenzlos machen. In Wirklichkeit treffe diese Maßregel aber 40—50 000 Arbeiter, also mit den Familiengliedern 100 000 Personen, die dem Elend, der Noth, dem Verderben überliefert werden. Und das in einem Augenblicke gegenüber den Aermsten der Armen, wo dieselbe Regierung den Reichsten der Reichen die „Liebesgaben" scheffelweise zusichert. Wäre für unsere Partei nur der Gesichtspunkt maßgebend, daß eine solche Maßregel Verbitterung und Haß, Noth und Elend erzeugen und verbreiten müsse, dann müßten wir eigentlich für Annahme eines solchen Gesetzentwurfes eintreten, weil derselbe, wie kein anderer, revolutionär zu wirken geeignet ist.

Die Furcht vor diesen Konsequenzen mag es wohl auch gewesen sein, daß der Tabaksteuerentwurf nach der ersten Berathung für diese Session begraben blieb, aber Nationalliberale und Zentrum haben sich zum Schachern bereit erklärt, und wenn ihnen ihre Wähler nicht mit aller Energie auf den Leib rücken, wird der Tabak, trotz aller schönklingenden Redensarten von den leistungsfähigen Schultern und der Schonung der schwächeren Volksklassen „mehr bluten müssen".

Auch die Weinsteuer lief in der Miquel'schen Fassung auf Existenzlosmachung der kleinen Besitzer hinaus, gerade wie die prozentuale Besteuerungsform die kapitalskräftigen Weinhändler gegenüber den wirthschaftlich Schwächeren zu stärken geeignet war, da sie ersteren es möglich macht, manche Weine unterhalb der Steuergrenze einzuführen, für welche der Kleinhändler schon die hohe Steuer entrichten muß.

Auch dieser Entwurf wurde in einer Kommission begraben, so daß von dem ganzen Steuerbouquet vorerst nur die Börsensteuer-Erhöhung Gesetzeskraft erlangt hat.

* * *

Die sogenanten „Kleinen" Handelsverträge (mit Spanien, Serbien und Rumänien) wurden von den Agrariern benutzt, gegen den „neuen Kurs" Sturm zu laufen, um womöglich sowohl den Kanzler zu stürzen, als insbesondere den Handelsvertrag mit Rußland zu Fall zu bringen. So gleichgiltig uns dieser Streit der beiden feindlichen Brüder lassen konnte, so stimmten wir doch, wie seiner Zeit für den österreichischen Handelsvertrag auch hier sowohl für die Verträge mit Spanien, Serbien und Rumänien, wie für den russischen Handelsvertrag. Machten sie dem wirthschaftlichen Ausnahmezustand, dem das deutsche Reich durch die Schutzzoll-Aera unterworfen wurde, auch kein Ende, so legten sie doch in das System der Raubpolitik zu Gunsten der ostpreußischen Junker Bresche und verhinderte die systematische Lebensmittelvertheuerung. Dagegen nahmen wir Stellung gegen die Aufhebung des Identitätsnachweises, weil diese Maßregel nur den Zweck hatte, den ostpreußischen Junkern und Händlern für ihr Getreide über den Weltmarktpreis hinaus noch den Zollbetrag zu sichern — auf Kosten der ostpreußischen Konsumenten, also hauptsächlich der Industriearbeiter in den Städten und aller in Geldlohn stehenden ländlichen Arbeiter. Nach den Grundsätzen des gegenseitigen Händewaschens stimmten die „großen Parteien" natürlich für diese neue Liebesgabe.

* * *

Mit der Erledigung des Etats, der Handelsverträge und der Steuervorlagen war die Hauptaufgabe des Reichstags in dieser Session erfüllt. Aus der Mitte des Hauses gelangten noch zur Erledigung die vom Zentrum eingebrachten Anträge auf Aufhebung des Jesuitengesetzes und Abänderung des Wahlgesetzes, ebenso der Antrag auf Abänderung des Handelsgesetzes in Bezug auf die Kündigungsfrist der Handlungsgehilfen.

Für die Aufhebung des Jesuitengesetzes trat auch unsere Fraktion ein als Gegnerin jeglichen Ausnahmegesetzes und Verfechterin des Grundsatzes: Gleiches Recht für Alle. Bei der Abänderung des Wahlgesetzes handelte es sich um Sicherung des Wahlgeheimnisses, insofern als die Stimmzettel in amtlichen Kouverts verschlossen abgegeben werden sollen und zu diesem Zweck in jedem Wahllokal für den Wähler ein sowohl dem Wahlbureau wie den Parteien unzugänglicher Isolirraum geschaffen werden soll. In der Theorie sind ja alle Parteien für die Wahlfreiheit, in der Praxis steht es freilich für die Arbeiter anders. Wir stimmten für diese Abänderungen, obgleich sie nicht alle unsere Wünsche erfüllt und obgleich unsere Forderung, den Wahltag auf den Sonntag zu verlegen, rundweg zurückgewiesen wurde. Bei Abänderung des Handelsgesetzes galt es, erstens eine Minimalkündigungsfrist von 4 Wochen für die Gehilfen zu erlangen und den Grundsatz der gleichen Kündigungsfristen für Prinzipal und Gehilfen aus der Gewerbeordnung zu übernehmen und endlich das Recht des Gehilfen auf ein Zeugniß über Art und Dauer seines Engagements festzusetzen. Unser Antrag, die Kündigung auf den ersten Monatstag zu bedingen, wurde abgelehnt; ein anderer, für Krankheitsfälle die Lohnzahlung und Unterhaltspflicht auf die Dauer der Kündigungszeit dem Prinzipal aufzuerlegen, in zweiter Lesung angenommen, in dritter aber wieder abgelehnt. Trotzdem stimmten auch wir für den Antrag, der eine thatsächliche Besserung der heutigen Verhältnisse für die Gehilfen bedeutet. Bei der heutigen Stellung des Bundesrathes ist indeß kaum daran zu zweifeln, daß mindestens die ersten beiden Anträge dessen Zustimmung nicht finden, sondern in den Papierkorb wandern werden.

Eine Reihe anderer Anträge aus der Mitte des Hauses gelangten nicht zum Abschluß: der von den Konservativen bez. dem Zentrum eingebrachte Antrag auf Revision des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes wendete sich in der Form gegen das Markensystem, ging aber in seiner Absicht darauf hinaus, die Beitragspflichten zu dieser Versicherung von den Schultern der Industriellen und Landwirthe abzunehmen und das Versicherungsgebiet ein-

zuengen, während wir bekanntlich eine Vereinfachung der Organisation und Ausdehnung der Leistungen fordern. Der Zentrumsantrag gegen die Erwerbsgenossenschaften-Konsumvereine u. dgl., von dessen Wirkungslosigkeit die Antragsteller wohl selbst überzeugt sind, konnte von uns selbstverständlich auch nicht unterstützt werden, wohl aber der ebenfalls vom Zentrum ausgehende Antrag, den Berufs-Vereinigungen jurististische Rechte zu verleihen. Unsere Redner wiesen auf die Willkür der Behörden in ihren Maßregeln gegen rein gewerkschaftliche Organisationen hin, zeigten wie häufig in den großen wirthschaftlichen Kämpfen um bessere Löhne, günstigere Arbeitsverhältnisse, kürzere Arbeitszeit die Behörden offen Partei für die Unternehmer ergriffen, geißelten die völlige Rechtlosigkeit großer Arbeiterkategorien, z. B. der Schiffer, der in der Zuckerindustrie beschäftigten Arbeiter (soweit diese mit der Landwirthschaft verbunden) und der ländlichen Arbeiter überhaupt. In der Diskussion kam auch bei dieser Gelegenheit der ganze Haß und die ganze brutale Unterdrückungssucht des deutschen Unternehmerthums gegen Alles, was Koalitionsrecht der Arbeiter heißt, wieder einmal zum Vorschein.

Gegen die Anträge der Agrarier auf Erlaß eines Heimstätten-Gesetzes und Einführung des Getreidemonopols vertraten wir dort die Interessen der Arbeiter, hier die der Konsumenten. Für das Heimstättengesetz ist nur östlich der Elbe ein Bedürfniß vorhanden — bei den adligen Großgrundbesitzern. Diese verlangen billige Tagelöhner, und um ihnen diese gegen entsprechend schlechte Bezahlung und noch elendere Behandlung zu sichern, soll aus allgemeinen Mitteln eine neue Art Hörigkeit, die Schollenpflichtigkeit geschaffen werden. Noch unverhüllter trat die Begehrlichkeit der gehätschelten ostelbischen Junker beim Getreidemonopol zu Tage. Um ein paar tausend Rittern von der traurigen Oekonomie, wie unser Redner sich ausdrückte, aus der Tasche der armen Konsumenten einen jährlichen die Produktionskosten weit übersteigenden Mindestpreis zu garantiren, soll der Staat zum privilegirten Kornwucher gezwungen werden. Die Herren Junker, die mit ihrem Antrag die augenscheinliche Ueberflüssigkeit des ganzen landwirthschaftlichen Unternehmerthums aufs Unwiderleglichste dokumentirten, verlangten dafür vom Staate noch eine Schmarotzerprämie. Daß aber auf der anderen Seite die Arbeiterklasse, um diese künstliche Steigerung der Lebensmittelpreise auszugleichen, durch Gewährung politischer und wirthschaftlicher Aktionsfreiheit in den Stand gesetzt werden müsse, ihre Löhne zu erhöhen, davon wollen diese Landsknechte der Reaktion natürlich nichts wissen. Für sie Schmarotzerprämien — für die Arbeiterklasse Ausnahmegesetze!

Unsere **Fraktions-Anträge:**

1. Regelung und Vermehrung der Wahlkreise.
2. Einführung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für die Volksvertretungen in allen Bundesstaaten.
3. Einheitliche und freie Regelung des Vereins- und Versammlungsrechtes und Sicherstellung der Koalitionsfreiheit.
4. Einführung der Gewerbeordnung und des Reichsgesetzes in Elsaß-Lothringen.
5. Abänderung des Art. 31 der Reichsverfassung (betr. Verhaftung und Verfolgung der Mitglieder des Reichstags.)

ebenso ein von Fraktionsmitgliedern gestellter Antrag auf

Aufhebung des Impfzwanges.

kamen in der verflossenen Session überhaupt nicht mehr zur Berathung. Einmal ist die Möglichkeit, Anträge aus der Mitte des Hauses zur Behandlung zu bringen, eine durch die Geschäftsordnung und Praxis des Hauses ohnehin sehr beschränkte; dann gelangen die Anträge an den sogenannten „Schwerinstagen", die je nach der Fülle der dem Hause vorliegenden und zur Erledigung zu bringenden Arbeiten auch häufig in Ausfall kommen, in der Reihenfolge des Eingangs zur

Erledigung. In der letzten Session aber hatte sowohl das Zentrum wie die Konservativen bereits sofort nach Zusammentritt des Reichstags ihre aus der letzten Session zurückgestellten Anträge wieder beim Präsidium des Reichstags eingebracht und waren somit uns wie allen übrigen Parteien zuvorgekommen. Wenn wir auch für die nächste Session des Reichstags uns gegen derartige Eventualitäten zu sichern vermögen, so dürfen wir uns doch der Thatsache nicht verschließen, daß es bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstags für unsere Fraktion geradezu weggeworfene Mühe und Arbeit wäre, wollten wir, wie einzelne es Genossen jeweilen in ihren Anträgen zum Parteitag wünschen, die von uns an das Parlament zu stellenden Forderungen immer in Form von ausgearbeiteten Gesetzentwürfen dem Hause vorlegen. Bei dem Fehlen jeglicher Aussicht für die Annahme unserer Anträge müssen wir uns darauf beschränken, die Nothwendigkeit der von uns geforderten legislativen Schritte nachzuweisen und zu betonen, die Ausarbeitung der Gesetzentwürfe im Einzelnen aber müssen wir von der Regierung bezw. den Faktoren verlangen, die ihrer Stellung nach für solche Arbeiten berufen sind und dafür vom Reiche besoldet werden.

Der auch im letzten Winter auf der Arbeiterbevölkerung lastende furchtbare Nothstand veranlaßte unsere Fraktion, auf dem Wege einer **Interpellation** am 22. Januar an die Regierung die Frage zu stellen:

> „Welche Maßregeln haben die verbündeten Regierungen ergriffen oder gedenken sie zu ergreifen, um den notorisch vorhandenen Nothstand entgegenzuwirken, der in Folge andauernder Arbeitslosigkeit, sowie der allgemein gedrückten Erwerbsverhältnisse in den weitesten Volkskreisen herrscht."

Die mit früheren Interpellationen gemachten Erfahrungen hatten unser Vertrauen in die Einsicht und den guten Willen der Regierung nicht allzuhoch gespannt; aber auch die Antwort des Regierungsvertreters, Staatssekretär Dr. Bötticher, zeigte, daß die Arbeiterklasse nach dieser Richtung hin gar nichts zu erwarten hat. Die Regierung weiß nichts von einem allgemeinen Nothstand, sieht keinen; wo, wie in den großen Städten, auf industriellem Gebiet theilweise ein Nothstand vorhanden, da trifft er — auch den Unternehmer; dagegen ist in einer ganzen Reihe von Industrien der Geschäftsgang ein günstiger: in der Zuckerindustrie, in einem großen Theile der chemischen Industrie, in der Schuhwaarenindustrie, in den Brauereien, in der Textilindustrie, im Bergbau. Nur daß hier die armen Millionär-Ringbrüder mit gedrückten Preisen zu kämpfen haben. Ja, die Herren Arbeitgeber werden in ganz unregechtfertigter Weise von den Sozialdemokraten verdächtigt, denn sie sind — immer nach Herrn v. Böttticher — zum Theil mit sehr schweren Opfer bemüht gewesen, die Löhne zu erhalten. Auch die ewigen Klagen über die schlechten Löhne sind grundlos. „Seit Jahren bewegen — immer wieder nach Herrn v. Böttticher — in der Industrie die Löhne sich auf dem aufsteigenden Aste" „verfolgen eine erfreulich steigende Tendenz". Und wenn an einzelnen Orten Arbeitsmangel herrscht, in ganzen Provinzen, in Ostpreußen, in Ober-, Mittel- und Unterfranken, in Schwaben, in Sachsen herrscht Arbeitermangel! Und der Herr Minister, der bekanntlich auf einem Festessen seinerzeit den rheinischen Industriebaronen die charakteristischen Worte zugeraunt hatte: „Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie!" rief hier den nothleidenden Arbeitern zum Schluß die triviele Phrase zu: „Wenn nur Jeder an sich selbst bessert, dann wird es besser werden." Unter dem Beifallsgeschrei der „nothleidenden" Agrarier und der armen Ausbeuter Stumm, Krupp, Hammacher und Konsorten.

Von dem wenige Tage vorher stattgehabten Ueberfall auf eine in aller Ruhe auseinandergehenden Arbeitslosen-Versammlung und den dabei vorgekommenen Gewaltakten — Vorgänge, über welche die gesammte Berliner Presse ohne jede Ausnahme und ohne Unterschied der Parteirichtung entrüstet war und

wobei nur durch die Disziplin unserer Genossen ein so vielerseits ersehntes Blutbad verhindert wurde — von alledem war dem Herrn Minister „amtlich nichts bekannt".

In der auf unseren Antrag stattgehabten Besprechung der Interpellation gab diese Antwort natürlich Anlaß zur Kritik unseres ganzen kapitalistischen Gesellschaftssystems. Unser heutiger Staat ist eben ein Staat der Reichen, ein Reich der Kapitalisten. Nichts kennzeichnet das besser als der Schneckengang unserer „Sozialreform". Nach drei vollen Jahren sind die paar schwächlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe der Arbeiter noch nicht einmal durchgeführt. Der Staat, die staatlichen Musterbetriebe sind es, die in kapitalistischer Ausnutzung ihrer Arbeitskräfte den Unternehmern vorangehen. Die Ersparnisse des Eisenbahnetats sind vielfach erzielt auf Kosten der Arbeiter: Arbeiterentlassungen und Lohnreduktionen, Verschärfung des Nothstandes, sind die Kehrseiten dieser „Reform". Staat und Staatsbetriebe marschiren nicht selten an der Spitze der Lohndrückerei: das über den Schellenkönig gepriesene „soziale Königthum" hat seinen Kanossagang gemacht. Es zeigte sich eben wieder einmal, daß die sozialen Verhältnisse in der heutigen Gesellschaft die entscheidenden Faktoren sind, der Kapitalismus hat sich stärker erwiesen denn das „soziale Königthum". Aber das Reich soll nicht blos ein Reich der Reichen sein; unser Staat wird getragen und erhalten von den Arbeitern; die Arbeiter haben das Recht vom Staat zu verlangen, daß er ihnen gegenüber seine Pflicht erfülle. Der Minister leugnet den Nothstand — aber er verweigert im Namen der Regierung die Veranstaltung einer Arbeitslosenstatistik. Er weist Hand in Hand mit dem Ausbeuterthum die Forderung des Achtstundentags, die Vornahme von Staatsarbeiten, die Durchführung großer durchgreifender sozialer Gesetze zurück, er weist Alles zurück, was seitens der Vertreter der Arbeiterklasse im Interesse der Arbeiter verlangt wird.

Die Arbeiter werden für dieses Verhalten der Regierung und ihrer Vertreter zur gegebenen Stunde die Rechnung ausstellen und die sozialdemokratische Partei, die auch in dieser Frage wieder den Beweis dafür erbracht, daß sie allein die Vertretung der Arbeiterinteressen übernommen hat, wird sie prompt präsentiren.

* * *

So beschränkt nun auch bei der jetzigen Zusammensetzung des Reichstags der Thätigkeitskreis für unsere Fraktion im Parlamente ist, wir glauben von uns sagen zu dürfen, daß wir unsere Pflicht nach besten Kräften erfüllt haben. Wo die Interessen der Arbeiterklasse in Frage standen, sind wir dafür eingetreten, wo eine Gelegenheit zur Anklage, zur Kritik der gesellschaftlichen und politischen Zustände gegeben war, wurde sie geübt. So oft es möglich war, von der Tribüne des Parlaments die breiten Massen über unsere Ziele, über Absichten und Pläne der Gegner aufzuklären, ist es nach bestem Können geschehen — nie wurde das Endziel unserer Bestrebungen aus dem Auge gelassen: daß all' unser parlamentarisches Wirken blos ein Stück der großen Aufgabe ist, die der Sozialdemokratie als Mission zufiel: die Massen zu unterrichten und aufzuklären, ihnen die Nothwendigkeit des Klassenkampfes zu zeigen und sie für denselben zu organisiren, um sie in den Stand zu setzen, an Stelle der kapitalistischen Wirthschaftsweise, die den Arbeiter zum Sklaven des Besitzers der Arbeitswerkzeuge macht und den Interessengegensatz zwischen Ausbeuter und Ausgebeuteten bedingt und stetig steigert, die sozialistische Wirthschaftsordnung zu setzen, gegründet auf die Solidarität und Interessengemeinschaft Aller: „Alle gleich und Alle frei!"

Protokoll.

Vorversammlung

am Sonntag, den 21. Oktober 1894, im Saale des Lokales „Weiße Lilie" zu Bornheim, Frankfurt a. M.

Um 7 Uhr Abends traten die Delegirten zu der Vorversammlung zusammen. Das Lokalkomitee hatte für die würdige Ausschmückung des Hauses und des Saales Sorge getragen. Am Portal begrüßt folgender Spruch die Eintretenden: Den Kampfplan zu berathen für künft'ge Geistesthaten, zu kämpfen unverdrossen, seid uns gegrüßt, Genossen! Der Saal selbst ist reich mit Tannengewinden und rothen Fahnen dekorirt. Vor der Bühne, auf der das Bureau Platz nimmt, steht die roth ausgeschlagene Rednertribüne, die von den Büsten Lassalle's und Marx' flankirt wird. Hinter der roth ausgeschlagenen Rednertribüne grüßen die lebensgroßen Porträts von Marx und Lassalle die Delegirten. Die Marx'schen Worte: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" leuchten in weißer Schrift auf rothem Grund von der Rückwand durch den weiten Raum. Von der Gallerie wehen die alten und neuen Fahnen der Sozialdemokratie Frankfurts, Offenbachs, Hanaus, Darmstadts, Mannheims und Gießens herab, rothe und schwarz-roth-goldene Banner, die zum Theil noch aus dem Jahre 1848 stammen.

Nachdem der Arbeiter-Sängerbund Lassallia die Delegirten mit dem Gesange: „Brause mein Sang, im jubelnden Klang, der Freiheit zu Ehren!", begrüßt hatte, heißt Brühne-Frankfurt im Namen des Lokalkomitees den Parteitag willkommen: Die Ehre, den Parteiteitag zu begrüßen, kam uns einigermaßen überraschend. Aber in Nürnberg verhinderten ihn die Behörden durch das Verbot der Zulassung von Genossinnen auf Grund des bayerischen Vereinsgesetzes. Auch hier waren große Schwierigkeiten zu überwinden. Nur ein verhältnißmäßig kleines Lokal konnten wir erhalten, so daß tausende von Arbeitern, die zuhören wollten, umkehren mußten. Und selbst dieses Lokal suchte man uns zu nehmen. Erst mit der Waffe des Bierboykotts erkämpften wir es uns. Nicht zum ersten Male tagt in Frankfurt ein Arbeitertag. 1865 fand hier der zweite Parteitag des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins statt, ebenso tagte hier im Jahre 1873 die 12. Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Seit 1884 wird Frankfurt durch einen Vertreter der wahren Demokratie, einen Sozialdemokraten, im Reichstag vertreten. Wir werden uns dieses Mandat nimmer entreißen lassen. Mögen uns Haß und Verfolgungen noch so sehr treffen, die Wuth unserer Gegner wird zerschellen an der Festigkeit unserer Partei wie Wogenschaum am Felsen! (Lebhafter Beifall.)

Liebknecht: Genossinnen und Genossen! Im Auftrage der Parteileitung erkläre ich hiermit den Parteitag für eröffnet.

In der Geschichte der Sozialdemokratie spielt Frankfurt nicht zum ersten Male eine bedeutungsvolle Rolle. — Seit langem ist Frankfurt, die Stadt der Franken und Freien, eine Stätte der Freiheitsliebe, ein Hort der Freiheit. Hier

hat das Bürgerthum gekämpft, als es anderswo noch schlief oder seine Fahnen bereits verlassen hatte. Zur Zeit der größten Schmach des Bundestages war es hier, in der geschichtlichen und natürlichen Hauptstadt des Deutschen Reiches, wo die Freiheit ungebeugt ihr Haupt erhob; hier war es, wo das freiheitliche Ideal des Bürgerthums, das vor hundert Jahren von Frankreich aus seinen Ausgang genommen hatte, in die That umgesetzt werden sollte. Zweimal in der neueren Zeit wurde hier mit den Waffen in der Hand heldenmüthig für Deutschland und die Freiheit gekämpft: im April 1833 und im September 1848. Aber das Bürgerthum brachte seine Ideale nicht zur Erfüllung, und es konnte sie auch, gemäß der wirthschaftlichen Entwicklung, nicht zur Erfüllung bringen. Das erste deutsche Parlament hat vor fast einem halben Jahrhundert hier in Frankfurt getagt. Die damalige bürgerlich-demokratische Bewegung verhält sich zur sozialdemokratischen Bewegung der Gegenwart ähnlich wie im Großen die bürgerliche Revolutions-Bewegung vor 100 Jahren zur modernen sozialistischen Bewegung. So wenig wie die französische Revolution konnte sie die Aufgabe lösen, ein freies staatliches Gemeinwesen zu schaffen. Sie scheiterte an der Entwickelung des Kapitalismus einerseits und andererseits an den Utopien und der Schwäche, die dem Bürgerthum jetzt in der ganzen Welt anhangen. Das Bürgerthum ist im Freiheitskampf abgelöst worden von der Arbeiterklasse. Die Sozialdemokratie hat das Werk aufgenommen. Im Mai 1863 hielt hier Lassalle seine im Arbeiterlesebuch veröffentlichten Reden, und seit von ihm der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet wurde, gab es hier und in der Umgebung, in Offenbach und Mainz, sozialdemokratische Gemeinden. In dieser Ecke zwischen Main und Rhein fand die Sozialdemokratie einen guten Nährboden; die Gedanken, die zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins führten, haben hier in Frankfurt, wo derselbe zwei Generalversammlungen abhielt, kräftige, unausrottbare Wurzeln geschlagen.

Noch eines anderen Tages gedenken wir heute — am 24. September 1864 war es, wo in London die Internationale Arbeiter-Assoziation ins Leben trat. Die mehr nationale, von Lassalle angebahnte Bewegung und die internationale standen sich in Deutschland eine Zeit lang fremd und ablehnend gegenüber, es fanden Reibungen und sogar heftige Konflikte zwischen den beiden Strömungen statt. Aber nachdem im Jahre 1868 in Nürnberg bereits die ersten Versuche zu einer Einigung angebahnt und 1869 von beiden Seiten diese Versuche mit Nachdruck erneuert worden waren, die beiden Strömungen zu vereinigen, Versuche, die durch den Krieg unterbrochen worden sind, kam im Jahre 1875 in Gotha endgiltig die Einigung zu stande; das deutsche Proletariat zeigte sich in seiner ganzen Macht. Mit der Niederwerfung der Kommune hatten unsere Gegner bereits die ganze internationale Bewegung vernichtet geglaubt, und nun erhob das Proletariat so machtvoll sein Haupt, einmüthig stand es gegen die Bourgeoisie zusammen. Seitdem ist unser Proletariat unbesiegbar — außer durch sich selbst — außer wenn Proletarier gegen Proletarier brudermörderisch die Hand erheben. Daher ist auch das Bestreben der Gegner von jeher darauf gerichtet gewesen, Spaltungen und Zwistigkeiten innerhalb der Arbeiterschaft zu erzeugen; aber alle Versuche, den Bruderkrieg in den Reihen des Proletariats zu entfachen, sind noch immer kläglich gescheitert, und werden stets scheitern. Kein Wunder, daß unsere Gegner nach unserer Einigung alles Mögliche aufboten, und die Mittel der brutalsten Gewalt in Anwendung brachten, um unsere Organisationen zu sprengen, unsere Genossen zu maßregeln. Bereits im Jahre 1872 wurde gegen einzelne von uns der bekannte Hochverrathsprozeß in Szene gesetzt, der schon 1870 eingeleitet worden war. Immer wieder wurden darauf die Versuche wiederholt, uns auf dem Boden des gemeinen Rechtes zu erdrosseln, aber dies gelang nicht, konnte nicht gelingen. Es blieb unseren Feinden blos

das Bekenntniß ihrer Unfähigkeit, uns ehrlich, mit Waffen des Geistes, zu bekämpfen. Und das bringt uns vor einen anderen Gedenktag:

Genau auf den Tag vor 16 Jahren, am 21. Oktober 1878, wurde das Ausnahmegesetz eingeführt, diese moralische Bankrotterklärung der Gegner, die nun zur plumpen, rohen Gewalt griffen, das Vereins- und Versammlungsrecht für uns aufhoben, unsere Presse und Organisationen zerstörten und zahllose Existenzen vernichteten. Die deutschen Sozialdemokraten hatten ihrerseits nur den Muth der Ueberzeugung, ihre Opferkraft, ihr gutes Recht und die Logik der Thatsachen. Wir nahmen den Kampf auf gegen den seit Napoleon vielleicht mächtigsten Mann: gegen Bismarck. Alle Machtmittel waren in den Händen der Feinde. Zwölf Jahre dauerte der Kampf. Und der Ausgang? Bismarck ist ein todter Mann; er gehört der Vergangenheit an, und die Sozialdemokratie hat schon die Gegenwart, und ihr gehört die Zukunft.

Alle Mittel der Gewalt zerschellten an der inneren Kraft der Sozialdemokratie, die unbesiegbar ist, weil sie aus der wirthschaftlichen Entwicklung logisch herausgewachsen ist. Und heut ist die Sozialdemokratie, die vor dreißig Jahren ein winziges Häuflein war, die stärkste Partei Deutschlands. Als das fluchbeladene Ausnahmegesetz endlich fiel, wollte die Bourgeoisie sich zum Kampf mit „geistigen" Waffen aufraffen. Aber sie gab ihn bald auf. Die geistigen Waffen gehören uns. Und in der Hand unserer Gegner haben sie sich stets gedreht gegen die Brust unserer Gegner; — und jetzt stehen diese abermals vor einer allgemeinen Bankrotterklärung. Die geistigen Waffen sind bei Seite gelegt. Ein neues Ausnahmegesetz oder die sogenannte „Verschärfung" alter Gesetze soll helfen. Da sitzen in diesem Augenblick eben die Vertreter der bankrotten Gesellschaft beisammen (Stürmischer Beifall) und berathen, wie man uns vernichten könne. Die einzige Lehre der Geschichte scheint für gewisse Herren zu sein, daß sie aus der Geschichte nichts lernen. Das schmachvolle Absterben, Verfaulen des Sozialistengesetzes, die schamlose Korruption, die es erzeugt hat, sie scheinen spurlos vorübergegangen zu sein an unseren Gegnern. Abermals versuchen sie es mit dem alten Mittel. Wohlan! Mögen sie es thun! Mögen sie zu Schanden werden!

Die Sozialdemokratie ist an Kämpfe gewöhnt; in Kämpfen ist sie stark geworden. Als über das alte Sozialistengesetz berathen wurde, da riefen wir der Regierung zu: Das Gesetz, mit dem ihr uns tödten wollt, es wird eine Schule für uns sein! Es wird die unreinen Elemente von uns abstreifen, es wird alle diejenigen von uns entfernen, welche nicht Muthes genug besitzen, um mit aller Kraft, mit allem Können, mit Leib und Leben im Kampfe zu stehen. Ihr wollt uns vernichten, und Ihr stärkt uns!

Und so geschah es. Die Partei wurde gesäubert. Aus Eisen wurde Stahl zurecht gehämmert. Und so wird es allezeit sein. Das Sozialistengesetz war eine Schule der Disziplin und der Charakterstärke für uns. Es schuf uns Kerntruppen für unsere Sache, eine Armee von Männern, die keine Furcht kennen, vor keiner Pflicht zurückschrecken. Und glücklicherweise ließen die Gegner auch nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Verfolgungen nicht. Kein Capua der Geister nahm uns gefangen. Kein sanftlebiges Fleisch konnte aufkommen. Eine Partei wie die unserige ist nicht zu überwältigen. Die nationale und internationale Sozialdemokratie ist hervorgewachsen aus dem Boden der Verhältnisse. Sie ist nichts willkürlich Geschaffenes, sie ist die wirthschaftliche und geschichtliche Nothwendigkeit, die an die Gesellschaft zur Rettung der Gesellschaft herantritt. Wenn nicht der Sozialismus die menschliche Gesellschaft rettet, dann wird sie durch den Kapitalismus in die Barbarei zurückgeworfen. Der Kapitalismus, das ist der wahre Umsturz, und alle unsere Gegner, alle kapitalistischen Parteien sind die Umstürzler, von denen wir Sozialdemokraten, die menschliche Gesellschaft befreien wollen.

Noch hat der Kapitalismus die mechanischen Machtmittel, aber der wirthschaftliche Entwicklungsprozeß entzieht ihm seine eigenen Hilfsmittel und Stützen, indem er die Masse der Gesellschaftsmitglieder zu Grunde richtet und sie zur Einsicht zwingt, daß im Sozialismus das einzige Heil ist. So warten wir in Ruhe der Dinge, die da kommen.

Ich brauche nicht erst zu sagen, daß dieser Kongreß seine Schuldigkeit thun wird. Jede Mahnung wäre eine Beleidigung.

Während in Berlin sich die Gewitterwolken zusammenballen, während neue Karlsbader Beschlüsse gegen uns im Werke sind, während die Reaktion versucht, uns Spinnweben in den Weg zu legen, damit wir darüber stolpern, hat die belgische, hat die österreichische Sozialdemokratie uns ein herrliches Beispiel gegeben. Vor acht Tagen hat das belgische Proletariat seinen souveränen Willen bekundet und die Gegner niedergeschmettert, und heut ist der zweite Schlachttag, der wohl ein noch glänzenderer Siegestag werden wird. In Oesterreich hat der Kampf um das allgemeine Wahlrecht sich zur Entscheidung zugespitzt. Die proletarischen Massen sind auf der Bühne erschienen, und wenn die Machthaber nicht eine furchtbare Katastrophe über das Land heraufbeschwören wollen, werden sie den Forderungen der Arbeiter nachgeben müssen. Ueberall dringt die Sozialdemokratie siegreich vor. Da können wir die Versuche unserer Gegner, uns zu vernichten, mit vollster Gleichgültigkeit, mit verachtendem Spott betrachten. Mögen sie thun, was sie wollen und können; wir wissen, daß wir unbesiegbar sind. Unser Ziel vor Augen ordnen wir die Person der Sache unter. Wir lassen uns nicht aufhalten. Wir marschiren weiter auf der Bahn, die uns bisher von Sieg zu Siege geführt hat. Voran denn zum Siege, vorbereitet auf Alles, fürchtend nichts und mit der Losung: Niemals zurück — immer vorwärts! (Stürmischer Beifall.)

Es wird hierauf zur Wahl des Bureaus geschritten.

Zu Vorsitzenden werden auf Vorschlag Ulrich's Singer und Schwarz-Lübeck durch Zuruf gewählt.

Zugleich im Namen von Schwarz dankt Singer für die Ehre der Wahl. Wir werden — sagt er — uns bemühen, mit Ihrer Unterstützung die Geschäfte so zu führen, daß die großen und wichtigen Aufgaben und Arbeiten des Kongresses gefördert werden. Auch dieser Kongreß wird, wie seine Vorgänger, ein Merkstein in der Parteigeschichte sein. Lassen Sie uns im Anschluß an die Worte unseres Veteranen unsere Arbeit beginnen mit dem festen Entschluß, nicht zu wanken und zu weichen, bis wir unser Ziel erreicht haben und mit unserem alten Ruf, der heute noch als Schlachtruf die Welt durchhallt, einst aber unser Siegesruf sein wird: Hoch die deutsche Sozialdemokratie!

Dreimal stimmen die Versammelten begeistert in diesen Ruf ein.

Es folgt die Wahl der Schriftführer. Ulrich schlägt folgende Delegirte vor: Antrick, Geyer, Oertel, Bruhns, Landgraf-Burgstädt, Gradnauer, Emmel und Müller-Darmstadt und beantragt Wahl durch Akklamation. Gegen Emmel und Müller-Darmstadt erhebt sich Widerspruch, infolgedessen Beide, um nicht unnütz die Verhandlungen aufzuhalten, verzichten. An ihrer Stelle werden Lütgenau-Dortmund und Hug-Bant vorgeschlagen und die Wahl wird durch Akklamation vollzogen.

Für die Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission werden vorgeschlagen und ohne Widerspruch durch Akklamation gewählt: Feldmann-Oberlangenbielau, Frau Zetkin, Timm, Könen, Lorenz-Chemnitz, Ehrhardt und Rathusius-Randow-Greifenhagen.

Die Arbeitszeit des Kongresses ist die übliche: von 9—1 und von 3—7.

Der Geschäftsordnungs-Entwurf ist derselbe wie in den Vorjahren und wird auch unverändert angenommen, nachdem Slomke-Bielefeld vergebens

verlangt hat, man möchte bei jedem Antrag dem Einbringer für die Begründung 5—10 Minuten Zeit gönnen, bevor die nothwendige Unterstützung des Antrages durch 20 Stimmen untersucht werde.

Nunmehr wird die Tagesordnung festgestellt.

Punkt 1, 2, 3, 4, 5, 6 werden genehmigt.

Slomke-Bielefeld schlägt vor, als Punkt 7 die „Stellung unserer Abgeordneten in den Einzel-Landtagen zum Budget", wenn angängig, zu behandeln.

Fischer-Berlin macht darauf aufmerksam, daß die Angelegenheit bei Punkt 3: „Bericht über die parlamentarische Thätigkeit" zur Verhandlung kommen dürfte.

Ein bestimmter Antrag ist nicht gestellt.

Punkt 7 wird nach dem ursprünglichen Vorschlag genehmigt; ebenso die Punkte 8 und 9. Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Schluß $8^1/_4$ Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 22. Oktober 1894 — Vormittags-Sitzung.

$9^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Singer begrüßt den Genossen Silberberg aus Budapest, den Vertreter der ungarländischen Sozialdemokratie; Victor Adler, der Vertreter der österreichischen Parteigenossen, ist durch die Ereignisse in Wien noch zurückgehalten und wird erst heute Abend erwartet. „Mögen die energischen Kämpfe der österreichischen und ungarländischen Bruderparteien endlich zum Siege führen, so daß sie nach Erringung des allgemeinen Wahlrechtes in einer ihrer Stärke entsprechenden Zahl in die Parlamente Einzug halten." (Beifall.)

Von den zahlreich eingelaufenen Telegrammen und Begrüßungsschreiben werden besonders beifällig aufgenommen das der „sozialdemokratischen Rekruten", der vom „Winterschlaf erwachenden Bauern am Bodensee" und das von Iglesias aus Spanien.

Silberberg-Budapest: Zum ersten Mal ist die ungarländische Arbeiterpartei auf dem deutschen Parteitag vertreten. Betrachten Sie dies als ein Zeichen, daß die Zwistigkeiten bei uns endlich beseitigt sind. Herzliche Grüße an den Kongreß! (Beifall.)

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Auf Vorschlag des Vorsitzenden werden die Punkte 1 und 2 der Tagesordnung zusammengefaßt und damit die Berathung der Anträge 17—28, Parteibeamte und Parteigeschäfte, verbunden.

Den Bericht des Partei-Vorstandes erstattet hierauf Gerisch: Der Bericht liegt gedruckt vor, nur Einzelheiten sind zu ergänzen. Die Geschäftsführung des Vorstandes war darauf berechnet, alle Anträge, alle Briefe so rasch als möglich zu erledigen. Verzögerte sich die Erledigung der Anträge hin und wieder, so wurde es verursacht durch die Praxis, erst den Bericht und das Urtheil der betreffenden Vertrauensleute über diese Anträge einzuholen. In Bezug auf die Organisation ist wenig zu bessern, das beweisen die geringe Zahl von Abänderungsanträgen: sie hat im Ganzen allen Anforderungen entsprochen. Zum ersten Mal hat man jetzt auf diesem Parteitag für eine Reihe von Anträgen die Rubrik „Parteibeamte" einrichten müssen, diese Anträge kommen hauptsächlich aus Berlin und seiner Umgebung. Gerade dieser Umstand muß die Genossen außerhalb Berlins zu der Meinung bringen, daß nicht alles in Ordnung ist, wenn die Genossen des Ortes, wo der Partei-Vorstand seinen Sitz hat, Veranlassung zu solchen Anträgen nehmen. Deshalb

ist es nothwendig, daß diese Frage hier gründlich erörtert wird und hoffentlich wird diese ausführliche Erörterung alle unkontrolirbaren Gerüchte als unbegründet erweisen. Besonders ist es das Ausscheiden Fischer's aus dem Partei-Vorstande und sein Eintritt in die Parteibuchhandlung unmittelbar nach dem Kölner Parteitag gewesen, was Verwunderung und Befremden in einzelnen Kreisen erregt hatte. Hinterher schob man uns unter, man habe dem Parteitag die Möglichkeit entziehen wollen, sich selbst den Parteisekretär zu wählen. Man brachte auch die Ablehnung der Gehaltserhöhung durch den Kölner Parteitag in Verbindung mit dem Austritt Fischer's aus dem Partei-Vorstande. Wir müssen entschieden gegen die Unterschiebung solcher Motive protestiren. Wären diese Vermuthungen richtig, so wäre der Partei-Vorstand nicht werth, weiter die Parteigeschäfte zu führen. Wir sahen Fischer sehr ungern aus dem Partei-Vorstande scheiden, weil wir in dem Verkehr mit der Parteipresse, mit den Schriftstellern eines Fachmannes bedürfen. Andererseits braucht die Parteibuchhandlung, wegen ihrer großen Bedeutung für unsere ganze Bewegung, eine besonders hervorragende Kraft. Als wir nach dem Falle des Ausnahmegesetzes die Buchhandlung einrichteten, waren wir uns klar darüber, daß wir zur Leitung derselben eines sachkundigen Mannes bedürfen. Die Frage, ob der Betreffende Parteigenosse ist, konnte erst in zweiter Linie in Betracht kommen. Der Fachmann nun, den wir damals mit einem Gehalt von 4000 Mk. engagirten, und mit dessen Leistungen wir nicht einmal zufrieden waren, schied aus, weil wir ihm 5000 Mk., wie er verlangte, nicht zahlen wollten. Auch mit der provisorischen zweiten Leitung, die wir einem Parteigenossen anvertrauten, machten wir schlimme Erfahrungen, so daß bald wieder eine Lücke eintrat und wir die Stelle abermals ausschreiben mußten. Unter den gemeldeten Bewerbern kam blos Fischer ernstlich in Frage, und wir sind überzeugt, damit einen sehr glücklichen Griff gethan zu haben, da er ein gründlicher Kenner der Parteiliteratur ist. Das ist die einfache Geschichte. Es ist klar, daß wir Fischer zum mindesten dasselbe Gehalt geben mußten, das früher gezahlt wurde. Die wenigen hundert Mark, die Fischer jetzt mehr erhält, können nicht in Betracht kommen bei einer Stelle, wo oft in einem Monate der Verlust vom Zehnfachen durch Geschicklichkeit vermieden werden kann. Wenn die Parteigenossen die Gehaltsfrage Fischer's mit den Beschlüssen in Köln in Zusammenhang bringen, so befinden sie sich also auf durchaus falscher Fährte. Es ist ein rein äußerliches Zusammentreffen von Umständen ohne jeden inneren Zusammenhang. Für uns kam nur die Frage in Betracht, daß Fischer seinen Mann stellt, und daß hier jede Knauserei eine Ersparniß am unrechten Orte gewesen wäre.

Noch ein weiteres Mitglied des Partei-Vorstandes wurde durch die Anträge auf Festsetzung eines Maximalgehaltes von 3000 Mark betroffen. Es ist Genosse Auer, über dessen Einkommen ebenfalls Beschwerden laut geworden sind. Nach früheren Beschlüssen der Parteileitung waren bisher alle Briefe an Auer zu richten, er war also die sichtbare Spitze des Vorstandes. Dadurch war er in der Wahl seiner Wohnung, die mit den Räumen des Parteibureaus verbunden sein mußte, sehr beschränkt. Das gab natürlich für ihn allerlei Mehrausgaben, die kein anderes Vorstandsmitglied hatte. Weiter mußten wir eine innigere Beziehung zwischen dem „Vorwärts" und dem Partei-Vorstand einrichten, um das Zentralorgan in den Stand zu setzen, sich immer aufs Beste über die Vorgänge im Vorstand zu unterrichten. Die Vermittlung zwischen Vorstand und Zentralorgan fiel Auer zu, wodurch ihm wieder neue Ausgaben erwuchsen, die eine Entschädigung nothwendig machten; wir haben ihm daher eine monatliche Zubuße von 125 Mark auf Konto des „Vorwärts" zugebilligt. Daraus haben wir nie ein Geheimniß gemacht und die Antragsteller wiederholt über unsere Motive unterrichtet.

Was die Anträge anbelangt, die dem Vorstand vom vorigen Kongreß zur Erledigung aufgetragen waren, so kommt in erster Linie die Gründung des „Sozialdemokrat" in Betracht. Vielleicht war es ein Fehler, daß die Partei mit der Gründung des Wochenblattes so lange gewartet hat. Die Verbindungen mit dem Auslande waren unterbrochen, worauf es wohl zurückzuführen ist, daß nur eine Auflage von 5—6000 erreicht wurde, und daß voraussichtlich ein jährlicher Zuschuß von 8000 Mark sich erforderlich macht. Diesen Zuschuß fanden auch wir zu hoch, deshalb glauben wir, daß wir die Beilage auf einen halben Bogen kürzen können. Bei dem jetzigen Modus fahren auch die Spediteure und Kolporteure sehr schlecht, sie legten oft Geld zu, deshalb übernahmen wir die Portokosten auf unser Konto. Diese Mehrbelastung gleicht die Beilage-Ersparniß aus, aber sie wird die Verbreitung des Wochenblattes fördern und daher den Zuschuß in absehbarer Zeit verringern.

Auch die „Rheinische Zeitung" erfordert einen viel zu hohen Zuschuß. Die Bedenken, die wir im vorigen Jahre gegen die Herausgabe einer täglich erscheinenden Zeitung in Köln hatten, haben sich leider vollständig erfüllt. Es fehlt an den nöthigen Kräften für die geschäftliche Leitung des Blattes. Hätten die Genossen, die im vorigen Jahre den Beschluß faßten, die „Rheinische Zeitung" in dieser Form ins Leben zu rufen, die Opfer geahnt, die nothwendig wurden, dann wäre ihr Beschluß wohl anders ausgefallen. Durch künstliche Mittel läßt sich nichts erreichen. Wenn die Bewegung nicht von innen heraus so erstarkt ist, daß sie eine täglich erscheinende Zeitung tragen kann, läßt es sich von außen nicht machen. Es ist sehr thöricht, wenn die Genossen glauben, durch derlei Experimente die Konkurrenz mit der kleinen Lokalpresse und den „Generalanzeigern" aufnehmen zu können, zumal unsere Presse im geschäftlichen Gebahren andere Grundsätze verfolgen muß wie diese. Nach dem Parteitag wird der Vorstand sich mit den Kölner Genossen in Verbindung setzen müssen, um eine bessere geschäftliche Basis einzuführen, damit der Zuschuß geringer werde.

Was die Broschüre über die Gesinde-Ordnung betrifft, die der vorige Parteitag beschloß, so stellten sich große Schwierigkeiten heraus; giebt es doch 50—60 verschiedene Gesinde-Ordnungen in Deutschland, die Broschüre hätte also ein dickes Buch werden müssen. Wir beschlossen deshalb, zunächst das nördliche Deutschland zu behandeln. Die Broschüre, welche die Gesinde-Ordnungen dieser Landestheile behandelt, wird demnächst erscheinen.

Auch die Broschüre über das Dreiklassen-Wahlsystem ließ sich erst jetzt fertigstellen.

Der Wunsch, mit dem der Berichterstatter des Vorstandes seinen Bericht über unsere Thätigkeit im vorigen Jahre schloß, daß nämlich die Genossen im Lande häufiger Postanweisungen an den Kassirer abgehen lassen möchten, hat sich leider nicht erfüllt. Aeußerlich ist der Kassenabschluß ja sehr günstig; aber lassen Sie sich dadurch nicht täuschen; es sind durchgehende große Summen — Darlehen u. dgl. — darin, die vorher schon als Einnahmen gebucht waren. Zieht man diese ab, so sieht man, daß die freiwilligen Beiträge arg eingeschrumpft sind. Noch bedenklicher wird das Bild, wenn wir die Ueberschüsse unserer großen Zeitungen in Abzug bringen. Wenn die Dinge so weiter gehen, kann die Parteikasse künftig die Anforderungen nicht mehr erfüllen, die an sie gestellt werden, besonders wenn die Anträge auf Verbilligung des „Vorwärts" angenommen werden. Wir sind auf diese Ueberschüsse angewiesen. Wenn die Beiträge, die Berlin und Hamburg leisten, abgezogen werden, so hat das gesammte übrige Deutschland nur 31 450 Mark aufgebracht; wir dürfen uns deshalb die großen Einnahmequellen nicht verstopfen lassen. Redner schließt mit der Versicherung, daß der Vorstand nach bestem Ermessen im Interesse der Partei gehandelt zu haben glaube.

Berichterstatter der Kontroleure Meister: Die Hauptkasse, die Buchhandlung, die Geschäftsführung des „Vorwärts“ und des „Sozialdemokrat“ sind bei viermaliger Revision durchaus in Ordnung gefunden worden. Kleine Monirungen sind durch gegenseitige Aussprachen erledigt worden. Von uns aus sind Ausstellungen gegen die Parteileitung nicht gemacht worden, dagegen sind von den Genossen fünf Beschwerden gegen den Partei-Vorstand eingelaufen, von denen sich zwei auf die Presse, zwei auf Unterstützungen bezogen. Die Gründe, die den Vorstand bei diesen Ablehnungen geleitet hatten, sind auch von uns akzeptirt worden. Besonderes Eingehen auf die Beschwerde gegen den Vorstand, die in Berlin auch gegen die Kontrolleure in öffentlichen Versammlungen erhoben worden ist, verdient die Besetzung der Stelle in der Partei-Buchhandlung mit Fischer. Als die Kontroleure zur Wahl des Parteisekretärs zusammengerufen wurden, bemühten wir uns zunächst, Fischer zum Verbleiben im Partei-Vorstande zu bewegen. Die Gründe, die Fischer vorbrachte, waren schließlich aber auch für uns ausschlaggebend, — und wir haben uns durch die Kontrolle überzeugt, daß in der Partei-Buchhandlung Fischer der rechte Mann auf dem rechten Flecke sei. Auch bezüglich der Honorirung Fischer's mußten wir uns auf die Seite des Vorstandes stellen; während der erste Buchhändler kündigte, weil er nicht 5000 Mk. erhielt, bekommt Fischer 4000 Mk., so viel wie der erste Buchhändler anfangs erhalten hatte. Von Dr. Arons und 21 anderen Genossen war sodann eine Beschwerde eingegangen, die sich gegen die Wahl des zweiten Parteisekretärs richtete. Die Beschwerdeführer wollten die Stelle unbesetzt und von den übrigen Partei-Vorstandsmitgliedern kommissarisch verwaltet wissen. Auf Grund der Bestimmungen der Partei-Organisation war das aber einfach nicht möglich, und Genosse Pfannkuch wurde von den Kontroleuren einstimmig zum Parteisekretär gewählt. — In öffentlichen Versammlungen wurde sodann monirt, daß Auer für seine Thätigkeit am „Vorwärts“ noch eine Extrahonorirung von 125 Mk. monatlich erhielte. Diese Extrahonorirung ist aber keineswegs etwas Neues, sondern ist bereits seit 3 Jahren in Uebung, ohne daß bisher daran Anstoß genommen worden ist. Wir sind davon überzeugt, daß die innige Verbindung zwischen Partei-Vorstand und Zentralorgan unumgänglich nothwendig sei. Da nun aber die hierauf bezügliche Thätigkeit Auer's außerhalb der Geschäftsstunden des Parteisekretärs fällt und ihn häufig von 6 bis 11 Uhr Abends in Anspruch nimmt, so versteht es sich ganz von selbst, daß diese besondere Thätigkeit auch besonders honorirt werden mußte Wir halten diese Thätikeit Auer's im Parteiinteresse unumgänglich nothwendig. Die übrigen Beschwerden gegen den Partei-Vorstand sind abgelehnt worden, weil sie zum Theil persönlicher Natur waren, zum Theil nicht gerechte Forderungen enthalten. Andere Beschwerden richteten sich gegen die Presse, so zunächst die der Köpenicker Genossen, die sich über die Mitarbeiterschaft des Sonntagsplauderers am „Vorwärts“ beschwerten, der angeblich ein Gegner von uns sei. Auch wir mußten die Gründe des Vorstandes akzeptiren; da uns die Sache aber zunächst nichts anging, verwiesen wir die Beschwerdeführer an die Berliner Preßkommission, die an dieser Mitarbeiterschaft gleichfalls keinen Anstoß nahm. — In letzter Stunde kamen auch noch Beschwerden bezüglich des Solinger und des Dortmunder Blattes; bei beiden mußten wir uns auf die Seite des Vorstandes stellen. Die Dortmunder wollen über die Besetzung der Redaktionsstellen selbst entscheiden und berufen sich hierbei auf die Abmachungen mit dem Partei-Vorstande, wir sind dagegen der Meinung, daß der Partei-Vorstand so lange freie Hand behalten muß, so lange die Dortmunder ihre Verpflichtungen nicht erfüllt haben.

Auch dieses Jahr hat die Parteipresse leider erhebliche Aufwendungen erfordert. Der Grund für diese mißlichen Zustände liegt aber zumeist an den

Genossen selbst, die entgegen den entgegenstehenden Parteibeschlüssen häufig in geradezu leichtsinniger Weise mit Neugründungen vorgehen. Besonders ist es zu bedauern, daß man im Rheinland zum Schaden der „Rheinischen Zeitung" überall Kopfblätter, womöglich in jedem Orte haben will; und die einzelnen Organe machen sich gegenseitig die schärfste Konkurrenz. Es grassirt eine förmliche Wuth, Neugründungen vorzunehmen. Wo die Genossen leichtsinnig Gründungen vornehmen, muß von dem Vorstande kategorisch Nein gesagt werden, auch wenn diese Gründungen nachher in ärgste Bedrängniß gerathen.

Die an die Gründung des Wochenblattes geknüpften Hoffnungen haben sich im Allgemeinen nicht erfüllt, und besonders ist die Zahl der Abonnenten im Ausland, für die man in erster Linie ein Wochenblatt nothwendig hielt, auf der bescheidenen Höhe von 523 stehen geblieben, und die Zahl der Abonnenten in Deutschland hat sich über 5700 nicht erhoben. Da gewisse Uebelstände in der Verbreitung beseitigt werden, so ist zu hoffen, daß sich die Zuschüsse ermäßigen werden, denn ein gutes Organ, wie es der „Sozialdemokrat" ist, muß erhalten bleiben. Zum Schluß beantragt Meister, der Parteileitung Decharge zu ertheilen.

Die Diskussion wird eröffnet.

Alle Anträge, die sich auf „Parteibeamte" und „Parteigeschäfte" beziehen, finden die nöthige Unterstützung, mit Ausnahme des Antrages 25. Zunächst erhalten die Antragsteller der Reihe nach das Wort.

Timm-Berlin begründet den Antrag 18 der Parteigenossen des ersten Berliner Wahlkreises. Der Antrag hat keine persönliche Spitze. Seine Schuldigkeit thut jeder. Es wird gesagt, es sei nöthig, daß der Abg. Auer mit 125 Mk. extra besoldet wird, damit er die Verbindung zwischen Vorstand und „Vorwärts" herstelle. Das sehen wir nicht ein. Die Geschäfte können im Vorstand so vertheilt werden, daß Auer noch völlig Zeit findet, sich dem „Vorwärts" zu widmen. Fischer erhält jetzt 4000 Mk. Ist das nicht zu hoch? 3000 Mk. sind ausreichend, um die Bedürfnisse in vernünftiger Weise zu befriedigen. Die aus den Kreisen der Arbeiter hervorgegangenen Genossen haben in ihren früheren Stellungen sicherlich weniger gehabt. Und wir haben keine Veranlassung, für die Genossen, die aus anderen Kreisen stammen, besonders gut fundirte Stellen zu schaffen. Schoenlank erhält von den Leipziger Parteigenossen 6000 Mk., und es heißt, bei einer fähigen Kraft gehe es nicht anders. Ebenso gut könnte man da ja auch 10 000 Mk. zahlen. Wir verlangen von unseren Genossen Idealismus bei ihrer Thätigkeit. Anders liegen die Dinge bei der Liebknecht'schen Gehaltsfrage. Liebknecht hat jahrelang seine besten Kräfte zur Verfügung gestellt, zu einer Zeit, wo die Partei nicht mehr als 30 Thaler monatlich zahlen konnte. Da wäre es aber verkehrt, bei Liebknecht den allgemeinen Maßstab anzulegen. Wir schlagen deshalb die Wahl einer Kommission von 11 Mitgliedern vor, die die Gehälter prüfen und feststellen soll, was nöthig und richtig ist. Man soll uns nicht den Vorwurf machen, wir wollten unsere Beamten proletarisiren. 3000 Mk. sind kein Proletarier-Einkommen. Auch die Gehälter der nicht geistiger Beamten sind zu hoch; so erhält der Expedient Herzfeldt ein festes Gehalt von 150 Mk. monatlich, das wäre für seine Thätigkeit nicht zu hoch, aber als Annoncen-Akquisiteur verdient er noch extra 200 Mk. monatlich. Wenn für diese Thätigkeit ein solches Gehalt gezahlt wird, dann sind die Redakteurgehälter in der That noch zu klein. Ebenso liegt die Sache mit dem Annoncensammler Genossen Oertel, er erhält 60 Mk. monatlich fest, außerdem noch bis 200 Mk. monatliche Provision extra. Unsere Parteigenossen stellen sich Abends und Nachts in den Dienst der Partei, dafür fordern die Arbeiter nichts, sie leisten Ungeheures und erhalten nichts. (Zuruf Arons: Freiwillige und nicht freiwillige Thätigkeit ist doch ein Unterschied.) Dieser Zuruf ist doch zu un-

glücklich, als daß ich darauf einzugehen nöthig hätte. Wenn die Arbeiter so viel Opferfähigkeit beweisen, so hege ich nicht die Befürchtung, daß die geistig befähigten Genossen ihre Redakteurposten aufgeben werden, wenn das Gehalt auf 3000 Mk. fixirt wird. (Sehr richtig und Beifall.)

Caspar-Steglitz begründet den Antrag 19: Die Thätigkeit Fischer's als zweiter Sekretär war bedeutend werthvoller als seine Thätigkeit in der Buchhandlung. Es heißt immer, es giebt nicht genug fähige Genossen; der richtige Mann ist schwer zu finden. Das glaube ich nicht. Was sollte sonst geschehen, wenn diese Genossen gerade der Partei nicht angehören würden? Es würde auch ohne sie gehen. Niemand ist unersetzlich. Die Masse des Volkes sagt immer, wenn sie hört, wie hohe Gehälter wir zahlen: am Ende haben die Gegner mit ihren Verleumdungen doch recht. Auch der geistige Proletarier hat die Pflicht, für die Partei nach Kräften zu arbeiten, ohne besondere Ansprüche auf Grund seiner geistigen Begabung machen zu dürfen. Er sollte sich nicht von dem einfachen Flugblatt-Vertheiler beschämen lassen. — Den Gerüchten muß entgegengetreten werden, die da behaupten, Fischer habe seinen Posten als Sekretär nur deshalb verlassen, um in der Buchhandlung eine fettere Pfründe zu erhalten. Das geschieht dadurch, daß wir Fischer ein geringeres Gehalt geben. Den Landproletariern müssen die hohen Gehälter geradezu wahnsinnig erscheinen.

Den Antrag 20 begründet Mattutat: Die Anträge richten sich durchaus nicht gegen einzelne Genossen, sondern behandeln die Gehaltsfrage überhaupt, auch kein Mißtrauen gegen den Partei-Vorstand soll in ihnen liegen. Aber die Einnahmen der Partei sind ziemlich niedrig, und daher rührt die Mißstimmung gegen die hohen Gehälter. Der 4. Kreis glaubt, daß sich eine bestimmte Grenze für die Gehälter schwer feststellen läßt, aber er wünscht daran festgehalten zu wissen, daß denjenigen Genossen, die ein Gehalt von 4000 Mk. und darüber beziehen und Reichstagsabgeordnete sind, keine Extradiäten gezahlt werden.

Hué-Essen begründet den Antrag 21: Es seien Zwistigkeiten zwischen den Genossen und der Redaktion des Dortmunder Parteiblattes entstanden. Man müsse den Genossen am Ort die Wahl der Redakteure und Beamten überlassen.

Die Begründung des Antrages 22 übernimmt Caspar-Steglitz: Die Vertrauensleute seien die Seele der Bewegung an den einzelnen Orten. Sie müssen mit dem geistigen Material, das der „Vorwärts" bietet, versehen werden.

Zum Antrag 24 spricht Kiesel-Berlin: Um allen Redereien in Versammlungen ein Ende zu machen, sei es nothwendig, daß der Parteitag die Gehälter des Partei-Vorstandes, der Redakteure des „Vorwärts" und des „Sozialdemokrat", sowie der Angestellten der Parteibuchhandlung feststelle.

Zum Antrag 26 hebt Schulze-Berlin hervor, daß es unbedingt nothwendig sei, dem Gründungsfieber, das überall Parteigeschäfte gründen wolle, entgegenzutreten. Die Partei müsse ihr Geld reserviren, um allen Drohungen gewachsen zu sein.

Den Antrag 27 begründet Sonnenburg-Niederbarnim: Ueberall fehle es an Geld. Da sei es nothwendig, daß der Unternehmergewinn aus den Parteiorganen, soweit sie von Privatbesitzern gedruckt werden, der Partei zugeführt werden. Doch solle diese Aenderung nicht Knall und Fall eintreten, sondern zunächst eine Kommission gewählt werden, die Alles untersuche, vorbereite und dafür sorge, daß die festgelegten Gelder nicht etwa, wenn die Reaktion ihre Drohung wahr mache, in einen Säckel geriethen, in dem wir sie nicht gern sehen würden.

Nunmehr wird die Diskussion über Punkt 1 und 2 der Tagesordnung und die dazu vorliegenden Anträge eröffnet.

Greiner-Aschersleben wünscht, daß bevor der Partei-Vorstand Gelder für die Führung eines Prozesses einer Einzelperson bewillige, erst von dem Vertrauensmann des Kreises Informationen erhoben werden, ob nicht der betreffende Genosse sich seinen Prozeß leichtsinnig zugezogen habe.

Dahlen-Halberstadt bespricht den Umstand, daß die Genossen in vielen Wahlkreisen sich eigene Versammlungshäuser bauen, weil sie kein Lokal bekommen können wegen der Abhängigkeit der Wirthe; er giebt zur Erwägung, ob es nicht Sache des Partei-Vorstandes sei, eine Art Darlehensinstitut zu schaffen, das den Bau solcher eigenen Lokale ermöglicht, oder ob nicht der Vorstand selbst Geld vorschießen soll, dort, wo es nothwendig ist.

Bebel: Einen besonderen Ruhm haben sich die Berliner Genossen mit ihren Anträgen nicht erworben, sollen sich denn die Debatten heut wiederholen, die in Berlin einen so überaus fatalen Eindruck hinterlassen haben? Ich freue mich, daß in seiner Begründung Timm das Gehalt Liebknecht's wenigstens ausgenommen hat, man hätte dann aber klüger gethan, das wenigstens in dem Antrage auszusprechen. In Bezug auf die Beschäftigung der Arbeiter in Parteigeschäften verlangt man allgemein die Zubilligung der günstigsten Bedingungen. In allen offiziellen von der Partei betriebenen Geschäften wird die Maximalarbeitszeit von 8 Stunden, die Feier des Maitages, jährlich ein Urlaub von 8 Tagen mit Lohnvergütigung, die Beseitigung der Akkordlöhne verlangt und auch durchgeführt. Nach besten Kräften bemüht man sich, die Lebenslage der Arbeiter zu verbessern. In Bezug auf die geistigen Arbeiter aber, ja, Bauer, das ist etwas anderes, da gelten auf einmal nicht die Gesetze von Angebot und Nachfrage, da berücksichtigt man nicht die Lebensansprüche der geistigen Arbeiter. Wir leben in der bürgerlichen Gesellschaft und kommen aus ihr vorläufig noch nicht heraus. Aus der bürgerlichen Gesellschaft sind unsere geistigen Arbeiter hervorgegangen; wollen wir sie bei uns beschäftigen, so darf der Abstand zwischen dem, was sie bei bürgerlichen Blättern, und dem, was sie bei uns erhalten, doch nicht gar zu groß sein, sonst bleiben sie, wo sie sind. Man kann billigerweise doch nicht verlangen, daß ihr Idealismus so weit geht, daß sie eine schlechtere Stellung einer wesentlich besseren vorziehen. Einen praktischen Erfolg dürfte das Anschneiden der Gehaltsfrage aber haben, weil dadurch ein für alle Mal den verleumderischen Nachrichten der bürgerlichen Presse entgegengetreten wird, daß wir drei bis vier Millionen Mark jährlich an Parteigehältern ausgeben. Bei der Beschränkung der Gehälter auf 3000 Mark kämen — abgesehen von Liebknecht — thatsächlich nur elf Personen in Frage: Drei Redakteure des „Vorwärts", der Redakteur des „Sozialdemokrat", zwei Redakteure des Hamburger, je einer des Leipziger und Kölner Organes, der Geschäftsführer und Kassirer der Hamburger Druckerei und der Leiter der Partei-Buchhandlung. Diese Gehälter bewegen sich zwischen 3300 und 4200 Mark, nur Carl Hirsch mit 5000 Mark und Schoenlank mit 6000 Mark stehen sich besser. Wenn die Kölner und Leipziger aber 5000 bis 6000 Mark bezahlen, so werden sie auch wohl wissen, warum. Sie haben sich gesagt, wenn wir diese Männer haben wollen, so müssen wir sie auch ausreichend bezahlen. Hirsch hat bei einem bürgerlichen Blatte 6500 Mark Gehalt gehabt. Glauben Sie denn, daß er eine Stunde in seiner gegenwärtigen Stellung verbliebe, wenn Sie den Berliner Antrag annehmen? Glauben Sie, daß Schoenlank seine heutige Stellung beibehielte, wenn er nur 3000 Mark erhielte, durch Privatarbeit — auch im Dienste der Partei — aber ein weit höheres Einkommen erreichen kann? — Was die Bemerkungen Timm's über das Gehalt Oertel's und Herzfeldt's anbetrifft, so beweist er nur, daß er die Verhältnisse nicht kennt. Ihr Gehalt ist so geringfügig, daß es nur als Grundlage der Existenzsicherung angesehen werden kann. Oertel bekommt 60 Mark monatlich und Prozente von der Annoncenakquisition, Herzfeldt muß Morgens

um 2 Uhr aufstehen, um in die Expedition zu gehen, wo er bis 9 Uhr zu thun hat; dann geht er schlafen und am Nachmittage noch ein paar Stunden auf die Annoncenjagd; beschneiden Sie deren Einkommen, so beschneiden Sie auch das Annoncenbudget des „Vorwärts". Wenn dies aber von 70000 auf 30000 Mark sinkt, so ist auch der ganze Ueberschuß weg. Sie bekommen aber in ganz Berlin keinen einzigen Annoncenakquisiteur, der sich sein Einkommen auf 3000 Mark beschneiden ließe. Man wendet freilich ein, daß man von 3000 Mark recht schön leben könne und 95 pCt. der Steuerzahler haben ja noch weniger Einkommen, 85 pCt. der Arbeiter verdienen sogar weniger als 1000 Mark. Wenn wir nun 3000 Mark nur deshalb bezahlen sollen, weil 95 pCt. weniger bekommen, so wäre es nur logisch, unter Hinweis auf die 85 pCt. Arbeiter, die noch weniger verdienen, nur 1500 Mark zu zahlen. Würde ein Nationalliberaler unter Hinweis auf die 85 pCt. Arbeiter, die ein Einkommen von weniger als 1000 Mark haben, dies für Arbeiter als Maximallohn gesetzlich festsetzen wollen, so würden wir dieser Frechheit gebührend entgegentreten; aber bei den geistigen Arbeitern in unseren Geschäften, ja, Bauer, das ist etwas anderes. Wollen wir die Opferfähigkeit und die Opferwilligkeit der Genossen aber als Maßstab gelten lassen, so sind sogar 1500 Mark zu viel. Unrecht ist, wenn wir den Vertrauensleuten an verschiedenen Orten Geldopfer im Uebermaße zumuthen, hierin muß Abhilfe geschaffen werden. Was den Zuschuß Auer's betrifft, so ist dieser nur ein Entgeld für die erhöhten Aufwendungen, die Auer zu machen hat. Wenn man nun sagt, die Arbeiten im Vorstande könnten so vertheilt werden, daß Auer am Tage in der Redaktion des „Vorwärts" thätig sein kann, so beruht das wieder auf einer Unkenntniß der Arbeit in Redaktionen. Auer kann doch nicht der Redaktion die nothwendigen Dienste leisten, wenn er nicht am Tage im Partei-Vorstande thätig gewesen ist und erfahren hat, was vorgekommen ist. — Daß Auer neben dem Bureau wohnt, kostet ihm auch 150 Mark mehr, und die Ausgaben für die Reinigung der Bureauräume hat er ebenfalls zu tragen.

Vorsitzender: Die Redezeit von 10 Minuten ist um; der Redner hat sich, da er wahrscheinlich noch viel zu sagen hat, nochmals notiren lassen. (Heiterkeit.)

Heine-Ottensen führt Beschwerde darüber, daß Auer eine Versammlung in Quickborn bei der Nachwahl in Ottensen-Pinneberg nicht abgehalten hat, andere Beschwerden gegen den Vorstand habe er nicht vorzubringen.

Kobel-Spremberg findet, daß der Vorstand in den Fällen Auer und Fischer eigenmächtig gehandelt habe. Redner ist für die Festsetzung einer Maximalgrenze von 4000 Mk., sonst höre unser Prinzip auf. Der Redakteur der „Kreuz-Zeitung" hat 36 000 Mk., wie nun, wenn unter Hinweis darauf, für unsere Redakteure 15 000 Mk. verlangt würden? Wer blos zu uns kommt, um so und so viel zu verdienen, den können wir nicht brauchen. Leistet der Kohlengräber nicht eine schwerere Arbeit als der Mann, der in der Stube sitzt? (Lachen.) Bei Liebknecht ist es etwas anderes, der hätte Professor werden können. (Stürmische Heiterkeit.)

Storch-Stettin: Ich rühme nicht die Thätigkeit des Vorstandes wie Heine, denn er hat unser liebes Hinterpommern nicht beglückt. Genosse Herbert ist gut und wohl, aber wir wollen auch einmal einen anderen Abgeordneten haben, wir und Herbert sind so gut wie abgethan, der Prophet gilt eben nichts im Vaterlande. Am besten sei, wenn man ständige Agitatoren von partei-wegen bezahle, die sich wochenlang auf dem Lande aufhalten; denn jetzt habe man noch keine Agitatoren unter den Bauern selbst. Dann müsse er noch, wie er sagt, an den Ausgaben des Vorstandes etwas benörgeln (Heiterkeit), nämlich die Höhe der Umzugskosten für Pfannkuch (500 Mk.). In Bezug auf die Gehaltsfrage steht Redner auf dem Standpunkt Bebel's; wir brauchen tüchtige

geistige Kräfte, denn der Wunsch wird immer lauter, in der Parteipresse bessere geistige Kost zu erhalten. Den Schriftstellern sei es nicht zu verdenken, ihre Arbeitskraft so gut wie möglich zu verkaufen, aber, laßt den Schriftsteller Schriftsteller sein und laßt sie nicht in den inneren Parteiangelegenheiten mitreden. Sobald sie da mitreden, sind die Zwistigkeiten da, da sie mit dem proletarischen Charakter der Bewegung nicht vertraut sind.

Lütgenau-Dortmund bezeichnet die Behauptung Hus's von Zwistigkeiten zwischen den Genossen und der Redaktion des Dortmunder Blattes als unbegreiflich. Es bestände das freundschaftlichste Verhältniß. Auf dem Parteitage zu Unna sei keine Klage über die Redaktion laut geworden.

Raue-Iserlohn meint, daß die Berliner Anträge wieder einmal aus falscher Rücksicht auf die Gegner gestellt seien, die, um Zwistigkeit zu erregen, beständig behaupten, die Führer mästeten sich von den Arbeitergroschen. Der Gebrauch, gemaßregelte Genossen, die in Parteistellungen treten, auf die Stufe der am schlechtesten bezahlten Arbeiter zu stellen, sei verkehrt, man kann nicht schablonisiren. Es giebt Fälle, wo ein höheres Gehalt als 4000 Mk. bezahlt werden muß.

Legien-Hamburg wünscht im Auftrage der polnisch sprechenden Arbeiter Hamburg-Altonas, daß der Vorstand eine eifrigere Agitation unter der polnisch sprechenden Bevölkerung entfaltet hätte. Die Agitationstouren in Ost- und Westpreußen seien nur von geringfügiger Natur gewesen. Redner unterstützt die Berliner Anträge. Wenn wir auch — sagt er — für hohe Arbeitslöhne und kurze Arbeitszeit eintreten, so müssen wir doch selbst bestimmen, wie die Gehälter und die Arbeitszeit in den Parteiredaktionen und -Geschäften bemessen werden. Groschenweise werden die Beiträge von Arbeitern aufgebracht, die häufig nur ein Einkommen von 8—900 Mk. jährlich haben. Ist es da richtig, daß von den so schwer aufgebrachten Groschen einzelne Genossen so horrende Gehälter beziehen? Da wäre es Ehrenpflicht dieser Genossen, auf ein so hohes Einkommen zu verzichten. Der Sozialismus ist eine Naturnothwendigkeit, da sind wir auf einzelne Personen nicht angewiesen. Ich bin verwundert, daß Bebel einen Unterschied zwischen geistiger und körperlicher Arbeit machte; das war bisher bei uns nicht üblich; außerdem steht es nicht im Programm. Die höhere Leistung des Einzelnen ist nicht sein Verdienst. Bebel meint, man müsse sich nach der bürgerlichen Gesellschaft richten, aber nach welchem Theile? Dem, der weniger als 3000 Mk. Einkommen hat, und das sind 95 pCt., oder nach den 5 pCt., die mehr beziehen? Der größte Theil unserer Redakteure ist zudem aus Arbeiterkreisen hervorgegangen, und da wollen wir doch einmal fragen, ob sie früher solche Einkünfte gehabt haben. Was den Diätenantrag der Berliner betrifft, so muß er wohl genauer gefaßt werden. Er hat Recht, wenn er sich auf die Abgeordneten, die in Berlin wohnen, beschränkt, die Abgeordneten, die außerhalb wohnen, müssen Diäten erhalten. Wir verlangen von keinem unserer Beamten eine übermäßige Arbeitszeit, auch von Auer nicht. Es giebt so viele intelligente Arbeitslose, die untergebracht werden könnten, wenn die übermäßigen und besonders bezahlten Arbeitsleistungen der Angestellten beschränkt würden. (Beifall.)

Wesch-Krefeld hält es für unmöglich, das Maximalgehalt auf 3000 Mk. zu bemessen.

Helbing-Düsseldorf wendet sich gegen die Ausführungen Meister's über die Blättergründungen in Rheinland-Westfalen. Diese Gründungen seien durchaus nicht überflüssig gewesen für ein Kampffeld, wo es mit dem Kapitalismus und der schwarzen Garde zu kämpfen gelte. Den Berliner Anträgen stimmt Redner zu; es ist durchaus nicht unmöglich, eine feste Grenze innezuhalten. Die Parteibeamten in der Provinz sagen sonst, seht, diese Gehälter sind da und dort Mode, und verlangen dasselbe. Niemand ist unersetzlich; das

haben wir auch Bismarck gegenüber gesagt, und wir haben es auch erlebt, daß es ohne ihn geht. (Zwischenrufe.) Liebknecht spricht das in „Zum Schutz und Trutz" mit den Worten aus: „Noch jede Sturm- und Drangperiode hat die Talente erzeugt, die sie braucht". (Beifall.)

Timm-Berlin: Wir mußten diese Dinge nun einmal vor den Parteitag bringen. Was die Gegner darüber sagen, kann uns ganz schnuppe sein. Bebel meinte, es sei ein Widerspruch, daß wir nicht auch Liebknecht's Gehalt antasten wollten. Ich bin der Meinung, schablonisiren können wir nicht. Liebknecht ist und bleibt wegen seiner früheren Verdienste eine Ausnahme. Bebel sprach, daß uns die befähigten Genossen dann den Rücken kehren würden. Ich habe alle Achtung vor der geistigen Befähigung dieser Genossen, aber wenn sie uns den Rücken kehren, mögen sie ruhig laufen. (Sehr gut!) Dann sind sie nie Sozialdemokraten gewesen. (Sehr wahr!) Es würde diese Läuterung der Partei nur zu begrüßen sein. (Sehr gut!) Die Andrängelung von oben herunter an unsere Partei wird dann aufhören. Schippel bekommt jetzt 4200 Mk., bei der „Volkstribüne" hatte er nur 2500 Mk., damals war er gewiß nicht unbefähigter als jetzt, weshalb soll er nun mit einem Male 1700 Mk. mehr bekommen? Für Herzfeldt und Oertel ist die Annoncensammlung ein Privilegium, den anderen Angestellten der Expedition ist es untersagt. Das ist nicht recht. Bei den Extradiäten meine ich, nur die auswärtigen Reichstags-Abgeordneten sollten Extradiäten erhalten, nicht die Berliner. Wenn sich auch Bebel mit der gewohnten Energie ins Zeug legt, so hat er mich nicht überzeugt. Wir sprechen immer davon, daß unsere Ueberzeugungskraft uns zu unseren Thaten entflammt, warum spricht nun Bebel nicht mehr davon!

Bebel: Timm hat in Berlin für Akademiker ein höheres Gehalt verlangt als für Nicht-Akademiker. Dem trat ich damals entgegen, denn danach sollte Derjenige, der mehr leistet als ein Akademiker, doch weniger Gehalt erhalten nur deshalb, weil er nicht den gleichen Bildungsgang genommen hat als dieser. Jetzt hat Timm wenigstens diesen Widerspruch aufgegeben. Dagegen hat er jetzt durch sein Nichtschablonisirenwollen seine jetzige Begründung wieder selbst über den Haufen geworfen. Sehr bezeichnend war ferner eine Aeußerung Legien's, der sich auf das Programm beruft, wo kein Unterschied zwischen geistiger und körperlicher Arbeit gemacht werde. Was in der zukünftigen Gesellschaft werden soll, und ich habe ja in meinem Buche „Die Frau" sehr bestimmt meine Ansichten darüber ausgesprochen, das kann uns doch heut nicht bestimmen, wo die Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft maßgebend für die Remunerirung qualifizirter und nichtqualifizirter Arbeit sind. Wenn sich Legien auf den Idealismus beruft, der einzelne Parteigenossen auf ein höheres Gehalt Verzicht leisten lassen müßte, warum verzichtet er dann nicht für seine Person auf die Honorare des „Sozialpolitischen Zentralblattes", die ja ungleich viel höher sind als die irgend eines Partei-Organs? Warum fordert er denn auf einmal für Andere geringere Gehälter? Mephisto, ich kenne Dich. (Bewegung.) Timm bezog sich auf das Gehalt Schippel's von 4200 Mk. Bevor er seine Stelle am „Sozialdemokrat" angenommen hatte, bekam er in einer weit angenehmeren und weniger anstrengenden Stellung bei der „Neuen Zeit" 3600 Mk. Wir selbst waren es, die ihm zum Entgelt für seine Arbeitslast, für seine Intelligenz und seine Bildung, die für uns so werthvoll ist, 4200 Mk. boten. Ist der Parteitag aber der Meinung, daß für die Parteibeamten zu hohe Aufwendungen gemacht werden, nun gut, so beschneide man die Gehälter, aber dann wähle man sich auch eine Parteileitung, die diesen veränderten Verhältnissen Rechnung tragen will und kann. Aus der Kündigung des ersten Leiters der Buchhandlung, weil er nicht 5000 Mk. erhielt, ersehen Sie doch, was der Marktwerth einer solchen Arbeit ist. Wir sollten nun weniger bezahlen.

und blos deshalb, weil Fischer neben seiner großen Fähigkeit, eine solche Stellung auszufüllen, auch Parteigenosse ist? Beamte von ähnlichen Stellungen bekommen in Leipzig 6000, 10 000, ja selbst 15 000 Mk. Gehalt. Parteibeamte sollen keine Diäten erhalten wird ferner verlangt. Das ist ein ganz unsinniges Verlangen. Bei dem zumeist sehr bescheidenen Gehalt kann kein Parteibeamter ohne Zuschuß in Berlin leben und die Zuschüsse sind überdies höchst bescheiden bemessen. Für die Tage ihrer Anwesenheit im Reichstag erhalten Reichstagsabgeordnete, die als Parteibeamte in Berlin ansässig sind, 3 Mk. Vergütung; solche Abgeordnete, die einen bürgerlichen Beruf haben und infolge der Sitzungen ihre Geschäfte vernachlässigen müssen, 6 Mk., Parteibeamte von auswärts 6 Mk. und 25 Mk. monatlich für die Wohnung, solche aus bürgerlichen Berufen von auswärts 9 Mk.; das sind doch gewiß keine Diäten, von denen man üppig leben kann, und ich bemerke nochmals, diese Diäten werden nur bezahlt, wenn der Abgeordnete in Berlin bezw. im Reichstag anwesend ist. Bürgerliche Abgeordnete brauchen das Doppelte und Dreifache. Auf eine ganze Reihe von Intelligenzen müßten wir verzichten, wollte man deren Reichstagsdiäten streichen; und Intelligenzen haben wir wirklich nicht in Ueberfülle. Wir suchen seit langer Zeit nach einem Redakteur für den „Vorwärts", ohne ihn finden zu können. Wenn Timm glaubt, uns einen für 3000 Mk. beschaffen zu können, so mag er sich doch auf die Suche begeben. Wie wir im Partei-Vorstande handeln und knausern, davon haben Sie gar keine Ahnung. Der zweite Redakteur des „Vorwärts" bekommt jetzt 4200 Mk. Gehalt, während er als Redakteur einer Wochenzeitschrift 5000 Mk. erhalten hatte. Einem andern boten wir für die noch zu schaffende Stelle 3600 Mk. Anfangsgehalt, er verzichtete dankend, weil er als Korrespondent für die Parteipresse mehr verdient. Meine Zeit ist um; nur noch eins, lehnen Sie den Antrag der Genossen des Kreises Nieder-Barnim ab. Die Gründung einer eigenen Druckerei würde 200 000 Mk. kosten. Sind Sie darüber im Zweifel, daß am Tage des Gewitters die Polizei mit Vergnügen einen tödtlichen Schlag gegen unsere Parteigründungen führen wird? (Lebhafter Beifall.)

Hierauf verliest Singer eine Anzahl eingelaufener Telegramme und Adressen, darunter eine des Generalrathes der französischen Arbeiterpartei, unterzeichnet von Lafargue und Guesde, die erklären, sie ließen sich nicht durch Chauvinisten aufhetzen, die internationalen Arbeiter betrachteten sich überall nur als verschiedene Armeekorps derselben Armee, die kämpft zur Einführung des Kommunismus, ferner eine Zuschrift des sozialdemokratischen Bundes der Niederlande. Singer bemerkt hier ausdrücklich, daß er diese Zuschrift vollständig zur Verlesung bringe, um auch den Schein der Beeinflussung zu vermeiden.

Der Brief lautet:

Amsterdam, den 15. Oktober 1894.

An den Parteitag der Deutschen Sozialdemokratie

Frankfurt a. M.

Parteigenossen!

Zweifelsohne ist es Ihnen bekannt, daß innerhalb des sozialdemokratischen Bundes in Holland seit Monaten Differenzen bestanden wegen einer Frage der Taktik. Die Majorität wollte keine Theilnahme an parlamentarischer Arbeit; eine Minorität betrachtete dies als eine Irrung und verlangte die parlamentarische Thätigkeit für die Arbeiterschaft. Nachdem der letzte abgehaltene Parteitag unseres Bundes im Sinne der Majorität beschlossen hatte, verließen einige Monate nachher einige Mitglieder den Bund und stifteten eine neue Partei, welche zum Ziel hat, unseren Bund womöglich zu vernichten.

Die deutsche sozialdemokratische Reichstagsfraktion intervenirte in diesem Streit — sie sandte der neuen Partei eine Unterstützung von 1500 Mk. Dies veranlaßt uns, zu fragen: Welcher internationale Kongreß hat der Fraktion das Mandat verliehen als europäische Parteijustiz? Versucht nicht die Fraktion

durch eine solche Handlung die ihr zur Verfügung stehenden Kapitalien zu benützen, um unsern Bund zu bekämpfen? Machen es die Geldprotzen etwa anders, indem sie ihre Kapital-Uebermacht anwenden, um die Schwächeren zu vernichten? Die Unterstützten behaupten, unser Bund sei kein sozialdemokratischer! Aber war es nicht von jeher das Streben der Bourgeoisie, uns andere Namen aufzudrängen, als wir uns selbst geben?

Hätten die Mitglieder der Fraktion persönlich den Feinden des sozialdemokratischen Bundes in Holland Unterstützung gesandt, wir konnten es nur hinfällig besprechen. Wenn sie aber als Vorstand der Partei sich bemühen, eine bestehende sozialdemokratische Organisation zu untergraben, da machen sie sich einer unverantwortlichen That schuldig.

Parteigenossen! Wir schreiben dies nicht als eine Bittschrift. O nein! Dieses Schreiben wollen wir nur betrachtet wissen als die Mittheilung einer unwürdigen Handlung der Reichstagsfraktion. Unser Bund ist arm; jedoch wird er ungeachtet der seinen Feinden gebotenen Unterstützung kräftig bleiben im Kampfe; wie sehr dieser auch erschwert werden möge von Leuten, auf die man rechnen zu können früher das Recht zu haben glaubte. Die Sozialdemokratie Hollands hat, gleich jener aller Länder, schon mehrmals solche Enttäuschungen durchlebt. Wir hegen die Ueberzeugung, daß auch diesmal die Zukunft dem Bund wird gehören und diese Ueberzeugung findet ihren Grund darin, daß die Richtung der Majorität in Holland auch ausdrückt die Meinung dieser Majorität. Es giebt bei uns nicht Einzelne, welche den Weg zeigen, den die Arbeiter zu befolgen haben, gerade umgekehrt beschließen die Arbeiter und Einzelne sind beauftragt, diese Beschlüsse zur Ausführung zu bringen.

In diesem Sinne arbeitend, halten wir muthig zusammen, ohne irgend welche Furcht. Weder das Kapital in Händen der Bourgeoisie noch das Kapital in Händen der Sozialdemokratie wird uns einschüchtern können.

Für den Zentralrath des sozialdemokratischen Bundes:

A. Rot, Vorsitzender. Sam. W. Coltof, Sekretär.

Singer: Die Vorwürfe des Briefes gegen die Fraktion sind durchaus unbegründet. Es hat uns fern gelegen, in die inneren Streitigkeiten einer ausländischen Partei uns einzumischen. Die Fraktion kam garnicht in Frage, der Vorstand hat nur auf das Gesuch holländischer Genossen hin 2050 Mk. zur Unterstützung ihrer Presse gesandt, das war ein Zeichen zur Bekundung der internationalen Solidarität, aus der ein Vorwurf nicht abgeleitet werden kann.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

3¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Singer eröffnet mit der Verlesung mehrerer Begrüßungen seitens auswärtiger Genossen, darunter der oberschlesischen Bergarbeiter und der Arbeiter von Furtwangen, die um Unterstützung bei ihrer Schwarzwaldagitation bitten. Das Gesuch wird der neuzuwählenden Parteileitung überwiesen werden.

Die Diskussion über Punkt 1 und 2 der Tagesordnung wird fortgesetzt.

Ewald-Brandenburg: Die Anträge, die Gehälter der Parteibeamten zu beschneiden, sind wohl nur der Ausfluß der berechtigten Mißstimmung dafür, daß die besten Parteistellungen von Akademikern eingenommen werden, während doch die Autodidakten die Partei hochgehalten haben. Seinerzeit hatte Most, der einfache Handarbeiter, einen ganzen Stab von Akademikern um sich geschaart. Nach Erlaß des Sozialistengesetzes sind sie wie die Spreu vor dem Winde zerstoben. Heut sehen wir, wie die Akademiker die Autodidakten verdrängen. Angelockt durch hohe Gehälter, drängen sie sich in die bestbezahlten Stellen. Kommt ein neues Ausnahmegesetz, so werden sie sich bald wieder drücken. In erster Linie brauchen wir Parteigenossen, die von der Pike auf

gedient haben. Was soll man z. B. dazu sagen, wenn Calwer für die Redakteurposten nur Akademiker für geeignet hält, die Autodidakten aber als Skribenten bezeichnet! Die Gebildeten vergessen, daß sie ihre Bildung nur dem Gelde ihrer Eltern verdanken, daß die Bildung ein Produkt unserer Gesellschaft ist. Alle Achtung, wenn Akademiker aus Ueberzeugung zu uns kommen, aber nicht als Offiziere, sondern als Rekruten mögen sie beginnen. — Gegen den Vorstand wende ich mich, daß er die Bureauräume des Vorstandes und des „Vorwärts" so luxuriös ausstattet. Die Bureaus des Vorstandes könnten auch im Hinterhause liegen (Zuruf: Im Keller! Heiterkeit) und mit weniger Räumen könne man im „Vorwärts" auskommen, man sehe sich nur einmal die Verhältnisse in den Provinzialredaktionen an. Der Partei-Vorstand solle endlich lernen, mit Arbeitergroschen haushälterischer umzugehen.

Jahn-Berlin: Wir Arbeiter haben während des Ausnahmegesetzes Opfer über Opfer gebracht, wir können daher auch jetzt von den Akademikern etwas mehr Opferwilligkeit verlangen. Bleibt die Parteikasse aber eine Unterstützungskasse für Akademiker, die anderswo nicht vorwärts kommen, so stoßen wir die Arbeiter vor den Kopf. Eine Bevorzugung der Akademiker ist augenscheinlich, die Autodidakten aber werden unterdrückt. Hat doch letzthin ein Arbeiterverein beschlossen, den Akademikern für jedes Referat 4 Mk., den anderen aber nur 2 Mk. zu zahlen. Ich bin nicht für Einschränkung der Gehälter, wie dieselbe in dem Antrag des 1. Berliner Wahlkreises zum Ausdruck gekommen ist, aber mit gleichem Maße solle gemessen werden, einzelne Gehälter sind entschieden zu hoch und den Leistungen nicht angemessen. Man hat sich gewundert, daß Anträge auf Einschränkung der Gehälter von Berlin ausgehen, das kommt daher, daß die Berliner einen tieferen Einblick in die Verhältnisse haben (Na! na!). Für intelligente Leute wollen wir bezahlen, was sie verlangen. Aber man verwende das überschüssige Geld auch dazu, für manche Beschäftigungslose neue Posten zu schaffen. Ich verstehe Bebel nicht, wie dieser den Grundsatz vertreten kann, daß die gelernten Handwerker besser bezahlt werden sollen als die ungelernten; ein einfacher Flugblattvertheiler kann dieselben Dienste leisten wie ein Artikelschreiber. Immerhin muß die Frage erwogen werden, um jeder Opposition die Spitze abzubrechen, inwieweit den Berliner Anträgen stattgegeben werden soll.

Sparr-Darmstadt: Von meinen Auftraggebern habe ich den sehr unangenehmen Auftrag erhalten, den Partei-Vorstand zu fragen, ob eine Unterstützung von 400 Mark aus der Parteikasse an den Genossen Müller-Darmstadt gezahlt worden sei. Der Partei-Vorstand erklärte auf eine diesbezügliche Anfrage, er habe nur dem hessischen Landeskomitee 200 Mark bewilligt, verfügbar unter Kontrole der Genossen. Der Kassirer des Landeskomitees erklärte aber, er habe nicht 200 Mark erhalten. Dagegen sagte Jöst, er habe das Geld empfangen und für einen zurückgekommenen Genossen verwendet. Deswegen gab es unerquickliche Szenen, und ein Genosse aus Bessungen, der im Hinblick darauf, daß man den Landtagswahlkreis Bessungen mit 60 Mark Unterstützung für Schlepperdienste hätte erobern können, diese Frage anschnitt, wurde wegen seines Uebereifers grundlos als Anarchist denunzirt und Ehrabschneider genannt. Auch meine Mandatgeber sind von den hohen Parteigehältern nicht sehr erbaut. Wir haben zwar kein Verständniß für die Lebensbedürfnisse der Gebildeten, wir dürfen aber doch wenigstens unserer Verwunderung Ausdruck geben. Unverständlich ist es mir, wie man den Achtstundentag verlangen kann, aber Parteibeamte, wie Auer, mit Nachtarbeit überlasten kann; Auer ist kränklich, wir können die Verantwortung nicht auf uns nehmen, Auer vollständig aufzureiben. Man schaffe eine neue Stelle, in die man Jemanden einsetzt, der von der Pike auf gedient hat.

Gruhl-Nowawes wendet sich gleichfalls gegen die horrende Entlohnung

der Parteibeamten und Redakteure aus den abgedarbten Proletariergroschen, die für die zu theure Parteiliteratur überhaupt nicht zureichen. In den armen Weberortschaften begreife man nicht, warum die Gehälter im umgekehrten Verhältniß zur wachsenden Nothlage zunehmen. Von Genossen Fischer erscheine es sehr verwunderlich, daß er sich nicht einmal entschuldigt habe, daß er die kurz zuvor vom Parteitag erhaltene Stelle aufgegeben und sich zu der besser bezahlten Stelle gedrängt habe. (Glocke des Vorsitzenden. Singer: Ich muß den Redner unterbrechen; es liegt mir fern, die Redefreiheit zu beschränken, aber ich möchte doch wünschen, daß die Genossen, die in sachlicher Beziehung vollkommene Freiheit haben, nicht andere Genossen an ihrer persönlichen Ehre verletzen. Beifall. Gruhl nimmt den Ausdruck zurück.) Unsere Genossen, die mit der Feder arbeiten, müßten sich sagen: du lebst von den Groschen der Proletarier, du darfst nicht mehr verlangen, als zu einem einigermaßen anständigen Leben ausreicht. Es sei falsch, immer auf die Preßkulis der Bourgeoisie zu schimpfen und dann selbst deren Gehälter als Maßstab für die eigenen hohen Wünsche zu nehmen. Die Anträge der Berliner Genossen würden so lange wiederkehren, bis ihnen Rechnung getragen würde.

Außer der Reihe der Redner erhält Gerisch zur Berichtigung das Wort: Die von den Darmstädter Genossen vorgebrachte Angelegenheit stammt aus dem vorhergegangenen Geschäftsjahre. Der Vorstand hat ein Gesuch Müller's um Unterstützung in der Höhe von 400 M. abgelehnt, aber den hessischen Genossen 200 M. zur freien Verwendung nach bestem Gewissen übersandt. Wenn sie diese Summe an Müller für seine Thätigkeit in der Agitation ausfolgten, so hatten sie ihr Verhalten selber zu vertreten.

Leßner-London: Es thut mir aufrichtig leid, daß diese Diskussion hier stattgefunden hat. (Beifall.) Damit wird nur den Gegnern Vorschub geleistet, denn der von ihnen absichtlich verbreiteten Mähre, in der deutschen Partei bestehe Zwiespalt, wird dadurch Rückhalt gegeben. Man sagt: Bei der Geldfrage hört die Gemüthlichkeit auf. Das scheint richtig zu sein, und es ist auch gut, daß die Masse keine stumme Heerde ist, sondern Kritik übt. Aber die Kritik muß da angesetzt werden, wo sie nothwendig ist. Klagen ist sehr leicht, das Bessermachen schwer. Sehen Sie sich einmal die englische Arbeiterbewegung an. Die Trades-Unions bezahlen ihre Arbeiter gut. Sie sehen ein, daß sie die Arbeit nicht selbst thun können, sie brauchen Talente, die die Bewegung siegreich führen, und dafür muß der Preis bezahlt werden, der an der Tagesordnung ist. Gleichmäßige Bezahlung ist erst in der sozialistischen Gesellschaft möglich. Ich habe ein großes Stück Arbeiterbewegung mitgemacht und kann Ihnen nur rathen, die Gehälter nicht zu beschneiden. Die Geschichte führt nur zu Zwistigkeiten. Wir leben in einer Zeit, wo wir diese nicht brauchen können. Wir brauchen Einigkeit!

Caspar-Steglitz: Die Rede Bebel's erweckte den Eindruck, als meine er, daß die Redaktionen der Parteiblätter von Redakteuren entblößt würden, wenn ein Maximalgehalt auf 3000 Mark festgestellt würde. Das glaube ich nicht. Außerdem verdienen die Redakteure ja auch noch in ihrer freien Zeit durch Nebenarbeiten. Wir wollen keine Leute haben, die es nur des Geldes wegen thun. Redner bedauert, daß Bebel seine Ausführungen gegen Legien mit den Worten geschlossen habe: Mephisto, ich kenne Dich!

Lesche-Altona hätte gewünscht, daß die Kontroleure schon früher mitgetheilt hätten, daß Auer ein Extragehalt von 125 M. monatlich bezieht. Mit der Uebernahme der Buchhandlung durch Fischer ist Redner einverstanden. Die Gehaltsfrage ist nach dem Grundsatze zu erwägen, daß das Interesse der Partei entscheidend ist. Mit tüchtigen Genossen am rechten Platz ist uns am meisten gedient; wolle man schablonisiren, so dürfe man Liebknecht nicht ausschließen. Das sei ein Widerspruch im Antrag der Berliner, die nun endlich eingesehen

hätten, daß Liebknecht's Gehalt nicht zu schmälern sei. Wie viel Akademiker seien denn überhaupt vorhanden, die ein höheres Gehalt als 3000 M. in der Partei beziehen? Die jetzigen Gehälter müssen beibehalten werden, so treibe man die Befähigten aus den Redaktionstretmühlen heraus und in eine freie literarische Thätigkeit hinein. Legien's Logik sei eigenthümlich gewesen, ein Ableger der fatalistischen Ansicht, die mit dem Begriff Entwicklung spiele. Wenn er meine, der Sozialismus sei eine Naturnothwendigkeit, da käme es auf die einzelnen Personen nicht an. Es kommt aber auf die einzelnen Personen an, da helfen keine moralischen Redensarten. Wir müssen die Arbeit nach den Herstellungskosten bezahlen. Bei der geistigen Arbeit kommt das angesammelte geistige Bildungskapital in Betracht bei der Entlohnung. Unter dem Eindruck der gewaltigen Entwicklung unserer Partei, des Kampfes, in dem wir stehen, der Nothwendigkeit, in diesem Kampfe die besten Männer am richtigen Platze zu haben, müssen wir zustimmen, daß es bei den Gehältern beim alten bleibt! (Beifall.)

Ein Schlußantrag, den Mittag-Halle begründet und Kiesel-Berlin bekämpft, wird abgelehnt.

Peus-Dessau: Obwohl ich Parteibeamter und Akademiker bin, hoffe ich doch, daß Sie mich unbefangen anhören werden: es ist zwar gut, wenn dann und wann die Arbeiter den Akademikern ins Gewissen reden, damit diese sich nicht überheben, was thatsächlich vorkommt, besonders bei solchen, die sich noch nicht gehäutet haben, aber man darf die Sache auch nicht übertreiben. In der Diskussion ist die praktische Frage mit dem Prinzip des Sozialismus vermischt worden. In Wirklichkeit kommt aber nur die praktische Frage in Betracht. Von diesem Gesichtspunkt würde es sich aber wohl empfehlen, lieber die Grenze nach unten als nach oben zu normiren. Man spitze doch den Gegensatz zwischen Arbeitern und Akademikern nicht so zu, die Wissenschaft und die Arbeiter gehören zusammen. Wenn man den Akademikern den Vorwurf macht, daß sie sich unter dem Sozialistengesetz zurückgezogen haben, so vergißt man dabei, daß unter dem Sozialistengesetz in erster Linie die Akademiker ihre Arbeit verloren haben. Auch der einfache Arbeiter nimmt ja Rücksicht auf seine Existenz, außerdem mag ja auch stellenweise ein gewisser Mangel an Muth mitgesprochen haben, denn die geistige Arbeit entnervt. Jetzt aber wächst die Partei, es wächst das Bedürfniß nach Intelligenzen; kein Wunder, daß sich mehr Akademiker jetzt in der Partei finden. Es wäre gut, wenn wir noch mehr bezahlen könnten, denn die meisten Akademiker setzen ihre ganze Existenz aufs Spiel, wenn sie sich der Partei anschließen, sie haben mehr zu verlieren als die Arbeiter. Will man sich auf den Standpunkt stellen, daß so schrecklich viele Arbeiter so wenig verdienen, so sind allerdings auch 2000 Mark Maximalgehalt viel zu viel. Aber unsere Aufgabe muß es doch sein, uns unsere Intelligenzen zu erhalten. Warum stehen die schlecht bezahlten Arbeiter nicht in der ersten Reihe? Weil sie bei ihrer schlechten Lebenshaltung auch geistig nicht leistungsfähig genug sind. Liebknecht will man aus diesem Grunde bedingungslos die 7200 Mark bewilligen, das ist denn doch ein offenbarer Widerspruch in den Berliner Anträgen. Man gebe den Kontroleuren das Recht, in Gehaltsfragen ein Wort mitzusprechen.

Neumann-Elberfeld: Den gegen die Gründung von Kopfblättern erhobenen Vorwurf muß ich zurückweisen. Die lokalen Verhältnisse machen den Kampf gegen die Lokalblätter geradezu zur Nothwendigkeit. Was die Frage der Gehälter anbetrifft, so sollen die Berliner sich doch nicht einbilden, sie stünden auf einer höheren Warte und könnten auf alles in der Provinz herabblicken. Man sehe doch nicht immer auf die Leute, die weniger verdienen, sondern auf die, die mehr als 3000 M. verdienen. Nur mit diesen sind die geistigen Arbeiter zu vergleichen, weil wir uns noch nicht im „Zukunftsstaat" befinden. Unter Umständen kann man es einem Parteibeamten nicht ve[illegible]

wenn er sein Amt gegen eine besser bezahlte Stellung aufgiebt, er kann dort vielleicht für die Partei mehr leisten als in der schlecht bezahlten Stelle, die ihn geistig ruinirt. Wenn man die Gehälter normiren will, so normire man die Gehälter der schlechtest bezahlten Beamten, man sei doch nicht so ängstlich und knauserig in Geldsachen und poche immer auf den Idealismus. Auch Napoleon appellirte nicht blos an den Patriotismus, sondern stellte auch materielle Vortheile in Aussicht; was für Napoleon gilt, muß auch für uns gelten, die wir als Kampfpartei Tag für Tag mit unseren Gegnern Kopf an Kopf zu kämpfen haben.

Herbert-Stettin: Der Angriff Storch's hat doch wohl nur allgemeine Heiterkeit erregt, aber die Nörgeleien gegen die Parteibeamten gehören heute nun einmal zu den ständigen Vorkommnissen. Was die Gehaltsfrage anbetrifft, so möchte ich nur an die Bemerkungen der antisemitischen „Volksrundschau" erinnern, die zu den Berliner Anträgen äußerte, daß die Anzapfungen nur von dem Undank der Arbeiter zeugten. Die gezahlten Gehälter bewegen sich weit unter der Grenze der bürgerlichen Gehälter, einigermaßen wenigstens müssen die Gehälter doch dem Marktwerthe der Arbeit entsprechen. Der Genosse Timm, der hier gegen die hohen Gehälter wettert, nimmt doch als Reporter des „Vorwärts" denselben Satz für die Zeile wie die bürgerlichen Reporter. Herbert wendet sich sodann gegen den Angriff Ewald's über die Ausstattung des Parteibureaus, das hätte er zum mindesten doch schon vorbringen können, als er selber noch Kontroleur war. Luxus besteht in der „Vorwärts"-Redaktion nicht, nicht einmal ein ordentliches Sprechzimmer ist vorhanden. Wir können doch die Redakteure nicht in eine Scheune sperren. Bezüglich der Ueberarbeit Auer's macht es den Eindruck, als ob man Auer gegen den bösen Partei-Vorstand in Schutz nehmen müsse. Auer könne dem „Vorwärts" garnichts nützen, wenn er nicht den ganzen Tag im Parteibureau sei, wenn er aber schon nothwendiger Weise mehr Arbeit leisten muß, dann muß man sie aber auch besser bezahlen. Was spielen dann auch 1000 Mk. für eine Rolle, nur der kleinliche Neid spricht gegen die höheren Löhne. (Singer unterbricht den Redner mit den Worten, daß es unzulässig sei, den Antragstellern einen derartigen Vorwurf zu machen.) Es ist dann angeregt worden, den Kontroleuren eine größere Machtbefugniß einzuräumen; wer sollte denn dann die Revisionsinstanz sein? Bei allen Ausgaben, die uns nicht klar geworden sind, haben wir ohnedies unsere Monita angebracht. Wenn man von den hohen Gehältern bei uns spricht, so blicke man nur einmal nach England, wo bei den Trades Unions-Vertrauensposten 4000 Mk. ein Minimalgehalt ist, einzelne sich aber auf 10 000 Mk. stehen; wer von uns kann denn, wie die 30 englischen Bergarbeiter am Berliner Kongreß, in den theuersten Hotels wohnen? Laden wir doch nicht den Vorwurf der Kleinigkeitskrämerei und des kleinlichen Neides auf uns. Freuen wir uns vielmehr, daß wir solche Gehälter zahlen können.

Dr. David-Friedberg: Ich bin ein sogenannter Rekrut und ein Akademiker dazu und hätte nicht den Muth gefunden, hier zu dieser Frage zu sprechen, wenn ihn mir nicht die beiden Gypsfiguren — auf die Büsten Lassalle's und Marx's deutend — gegeben hätten. Das waren ja auch Akademiker, und sie haben wohl auch nicht gerade ganz ihre Schuldigkeit zu thun vergessen. Die Berliner Genossen nehmen für ihren Antrag das Prinzip des Sozialismus in Anspruch. Mit Unrecht! Wenn wir die Prinzipien einer zukünftigen Gesellschaft heute anwenden wollen, dann müssen wir die Arbeit gerecht entlohnen, so daß sie eine menschenwürdige Existenz ermöglicht. Nimmt der Berliner Antrag darauf und auf die besonderen Verhältnisse der Einzelnen Rücksicht? Nein. Mit 3000 Mk. kann ein Junggeselle sehr gut leben, ein Mann mit kleiner Familie schon unbequemer, ein Mann mit großer Familie müßte sich

schon sehr einschränken und darauf verzichten, seinen Kindern dieselbe Ausbildung zu verschaffen, die er erhalten hat; eine derartige Schablonisirung würde unserem Prinzip ins Gesicht schlagen, weil sie dem Einen erlauben zu schlemmen, den Anderen zum Darben verurtheilt. Der Akademiker, der gebildete Arbeiter, hat eine Menge von Arbeitsmitteln nöthig, die viel Geld kosten. Er braucht eine Bibliothek, er braucht eine Arbeitsstätte. Wenn die Gegner in der Agitation uns mit den hohen Gehältern unserer Angestellten entgegentraten, habe ich mich immer über ihre Dummheit gefreut. Ich brauchte die Bauern ja nur zu fragen, was bekommt der Oberförster, der Pfarrer, der Richter? Welche Partei kann sagen, unsere Führer thun es umsonst? Sie sind alle besser bezahlt als die unsrigen. Gewundert habe ich mich, daß hier von den Arbeitergroschen geredet wurde, von denen unsere Führer leben. Also der Pfarrer, der Richter ꝛc. lebt nicht von Arbeitergroschen? Denen fällt es wohl vom Himmel? Der Vorwurf mit den Arbeitergroschen ist geradezu einfältig. Wir brauchen gewiß den Idealismus der Akademiker. Locken wir sie etwa durch hohe Gehälter an? Die Gehälter, die sie bei uns erhalten, sind ja viel niedriger, als sie sie erzielen würden, wenn sie in ihrer Karriere geblieben wären. Unsere Akademiker schießen also in der That sehr beträchtliche materielle Groschen in die Bewegung ein, und da sie auch Arbeiter sind, sind es auch Arbeitergroschen, die sie hergeben. Wenn so ein Akademiker auf die fetten Posten der Sozialdemokratie spekulirt, der Kerl müßte in der That Tinte gesoffen haben. (Heiterkeit.) Dafür muß freilich gesorgt werden, daß auch Arbeiter sich ihre journalistischen Sporen verdienen können, daß auch die Autodidakten vorwärts kommen. Mir war die Debatte nicht unangenehm. Sie widerlegt am gründlichsten das immer noch spukende Zehnmillionen-Märchen. Für uns aber bedeutet sie nur Gekräusel an der Oberfläche. Die Akademiker müssen ja doch, wenn sie zu uns kommen, die alte Haut abstreifen und eine neue sich anlegen und wäre es auch nur ein dickes Fell! (Große Heiterkeit.) Denn diese Debatte jedes Jahr zu ertragen, dazu gehört auch Idealismus. (Lebhafter Beifall.)

Singer verliest hierauf ein Telegramm aus Belgien über den Wahlausfall. Die Wahl von 33 Sozialdemokraten wird mit stürmischem Beifall, die von 15 Liberalen mit Gelächter begrüßt. — Auf Vorschlag Singer's beschließt der Kongreß, in einem Telegramm die belgischen Genossen zu beglückwünschen.

Ein Schlußantrag, den Grillenberger stellt, Frau Ihrer bekämpft, wird als abgelehnt betrachtet, da die Abstimmung zweifelhaft bleibt.

Th. v. Wächter-Essen tritt für den Antrag des Parteigenossen L. Marx in Essen ein: Den ärmeren Genossen müsse dasselbe Recht eingeräumt werden, wie den reicheren Organisationen. Die Gehaltsfrage darf nicht von der Gesichtsfrage aus betrachtet werden, als sei das Gehalt eine Belohnung für den Redakteur. Die Redakteure müssen, um in Fühlung mit der Bourgeoisie zu bleiben, auch die nothwendige Ausstattung erhalten.

Hué-Essen schließt sich diesen Ausführungen an. Mit der Person Dr. Lütgenau's sind die Dortmunder, soweit sein theoretisches Wissen in Frage komme, außerordentlich zufrieden, weniger mit seiner Taktik. Der geistige Leiter eines Parteiorgans muß mit der Gegend vertraut sein. Leute aus anderer Gegend sind in Westfalen überhaupt schwer zu brauchen. Es ist vom taktischen wie vom demokratischen Standpunkt richtig, wenn man die Redakteure von den Genossen wählen läßt. Gegenüber David's Ausführungen erinnert er an das vom „Vorwärts" und den andern Parteiblättern immer wieder als vorhanden konstatirte „gebildete Proletariat", das also doch keine besseren Chancen ausschlage, wenn es aus anderer Sphäre zur sozialdemokratischen Partei übergehe.

Berichtigend theilt Gerisch hierauf mit, daß der Vorstand deshalb den Redakteur des Dortmunder Organs angestellt habe, weil er meinte, daß er, der die Verantwortung trage, auch in der Leitung ein Wörtchen mitsprechen müsse. Früher habe der Vorstand in Dortmund Geld in ein bodenloses Faß geworfen, jetzt nach der Neuregelung konnte bereits etwas zurückgezahlt werden. Redner ist überzeugt, daß welchen Redakteur auch immer der Vorstand nach Dortmund geschickt hätte, dieser doch dem einen oder anderen Parteigenossen nicht gefallen hätte. Was die Redakteurwahl aber im Allgemeinen betreffe, so fragten ja die Parteigenossen immer erst bei der Parteileitung an, ehe sie einen Redakteur anstellten.

Bömmelburg-Hamburg: Die Genossen begreifen gar nicht, wie man im Stande ist, 6—7000 Mark jährlich auszugeben. Die Antipathie gegen die hohen Gehälter ist sehr stark; werden die Gehälter beschnitten und die Redakteure verlassen die Partei, dann ist es der beste Beweis, daß diese Männer es nicht ehrlich mit der Partei gemeint haben. Fischer hat ja mit 3000 Mark seine Familie ernährt, warum soll er nun plötzlich 1000 Mark mehr brauchen. Liebknecht's Ausnahmestellung wäre eine Ungerechtigkeit, Schoenlank sei ein junger kräftiger Mann und könne mit weniger auskommen. Auch mit der Bezahlung des Kassirers des Hamburger Parteigeschäftes, Gramm, mit 3600 M. sei man in Hamburg unzufrieden. Redner schlägt die Einsetzung einer Kommission vor, sonst werde die Opposition immer wiederkehren.

Ein von Krohn gestellter Schlußantrag, den Sonnenburg bekämpft, wird wiederum abgelehnt.

Weniger-Harburg findet die Stellung eines Redakteurs, der mit einem Fuße immer im Gefängniß stehe, nicht so angenehm, wie sie hier geschildert wurde. Die Gehälter dürften aber auch nicht mehr steigen. 4000 Mark seien die richtige Grenze.

Metzner-Berlin: Einzelne faßten die Berliner Anträge auf als ein Mißtrauensvotum gegen die Akademiker; Bebel meinte, daß die Besprechung der Gehaltsfrage uns nicht zu unserem Ruhme beschäftigt habe. Die Anträge der Berliner sind lediglich ein Ausfluß der Mißstimmung in den weitesten Kreisen. Wir leiden unter einer chronischen Krise, an die Opferwilligkeit der Genossen werden immer höhere Ansprüche gestellt; kein Wunder, daß man dann auch an die Opferwilligkeit unserer Redakteure und Beamten Ansprüche stellt, daß man zunächst deren Gehälter beschneiden wolle. Wir müssen doch der allgemeinen Stimmung Ausdruck geben, die nicht blos in Berlin, sondern auch in Hamburg und bis hinauf nach Spremberg zum Vorschein gekommen ist. Diese Mißstimmung hat ihre Berechtigung und deshalb müssen wir der Erhöhung der Gehälter Einhalt thun. Die persönliche Mißstimmung gegen Fischer in Berlin ist die Ursache des gegen den Leiter der Partei-Buchhandlung gerichteten Antrages. Ich komme zu dem Schluß, daß ein Maximalgehalt von etwa 4000 Mark festgesetzt werden müsse. Wenn nach Peus' Vorschlag auch ein Minimalgehalt festgesetzt werden soll, so weiß ich zwar nicht, wie weit diese Forderung begründet ist; die Genossen unseres Kreises würden jedenfalls dieser Forderung nicht entgegentreten. Was die Diätenfrage anbetrifft, so meine ich, daß Parteibeamte mit 4000 Mark Einkommen, die nicht außerhalb Berlins wohnen, auf Diäten zu verzichten haben.

Hofrichter stellt den Antrag auf Schluß der Debatte, der von Schrader bekämpft wird. Der Schluß der Debatte wird angenommen.

Ein von Arthur Hoffmann gestellter Antrag, fortan neu anzustellende Parteibeamte nur unter Zustimmung des Parteitages höher als mit 3000 Mark zu besolden, wird nicht genügend unterstützt. Frohme schaltet für die bevorstehende Hauptabstimmung über die Parteibeamtengehälter ein, daß die Berliner Anträge sich nur auf Berlin bezögen, nicht aber etwa auch auf Leipziger oder

sonstwelche Blätter, die ihre Angelegenheiten allein regeln. Es folgt eine Anzahl persönlicher Bemerkungen.

Kramer-Darmstadt erwähnt, daß die 200-Mark-Angelegenheit im Fall Müller von Jöst-Mainz geregelt worden sei, der auch schon einer Volksversammlung völlige Rechenschaft darüber gegeben habe.

Storch erklärt, er habe Herbert-Stettin nicht für abgenützt erklären wollen.

Legien: Genosse Bebel hat es für nothwendig gehalten, mich in einer Weise persönlich anzuzapfen, wie es in Parteikreisen sonst nicht üblich ist. Er hat mir nachgesagt, daß ich die Rolle des Mephisto spiele, d. h. daß ich nicht nach meiner Ueberzeugung rede und handle; ich trete hier nur für meine Ueberzeugung ein, gerade so gut wie Bebel für die seine; ich wenigstens halte es nicht für angänglich, Jemandem Motive zu unterschieben, die mich nicht selbst leiten. Bezüglich des Honorars vom Zentralblatt möchte ich bemerken, daß es bisher nicht Praxis war, das literarische Einkommen eines Genossen von parteiwegen einer Kontrole zu unterwerfen. Sollte es aber im Interesse der Partei liegen, so bin ich gern erbötig, zu Gunsten dieser auf die 38 Mark Honorar vom Zentralblatt zu verzichten. Gewöhnen wir es uns doch endlich ab, was bisher nur ein Vorrecht des Partei-Vorstandes zu sein scheint, in der heut gehörten Weise persönliche Momente in die sachlichen Verhandlungen hineinzutragen.

Bebel: Es ist mir nicht eingefallen, die Ueberzeugungstreue Legien's anzuzweifeln. Auch habe ich nicht verlangt, daß er auf das Honorar vom Zentralblatt Verzicht leistet, ich habe nichts dagegen, wenn er auch noch dreimal mehr verdient. Den Ausdruck Mephisto habe ich nur in bezug auf die Rolle gebraucht, die Legien hier bei seiner Stellung zum Zentralblatt spielt, und in dieser Hinsicht halte ich den Ausdruck aufrecht. (Bewegung: Legien ruft dazwischen: „Sehr angenehm. Dann werden Sie mir gestatten, Ihnen ein andermal etwas anderes zu sagen." Bebel: Das können Sie ja. Glocke des Vorsitzenden.)

Gerisch: Von Timm ist monirt worden, daß den Angestellten der Expedition die Möglichkeit abgeschnitten wurde, Annoncen zu akquiriren. Wir waren im Interesse der Kontrole zu dieser Maßregel gezwungen. Gute Parteigenossen, die arbeitslos geworden, sind übrigens noch lange keine guten Annoncen-Akquisiteure. Was Legien betreffs der polnischen Bewegung monirte, ist unzutreffend. Die Polen haben sich ihre eigene Organisation gegeben. Wir können also darüber nicht berichten. Wir haben die polnische Bewegung auch durchaus nicht vernachlässigt. Im Gegentheil, wir haben ihnen ganz bedeutende Summen zur Verfügung gestellt. — Da wir trotz Genosse Helbing noch kein Rezept dazu haben, guten Genossen Talent einzuflößen, so müssen wir eben die Talente hernehmen, wo wir sie herbekommen, und müssen sie dann auch entsprechend bezahlen. Die Provinz war es, die mit den Gehaltserhöhungen vorangegangen war. Wenn Leipzig 6000 M. zahlt, Köln 5500 M., so müssen wir doch wenigstens einigermaßen folgen, um uns nicht die besten Kräfte wegschnappen zu lassen. Was nun die thatsächlich gezahlten Redaktionsgehälter am „Vorwärts" anbetrifft, so wird gezahlt an den ersten politischen Redakteur 7200, an den zweiten politischen Redakteur 4200, den Lokalredakteur 3300, für einen zweiten Lokalredakteur 3000, für den Vereinsredakteur 2700, für den Redakteur des allgemeinen Theils 2400, für die juristische Briefkasten- und Sprechstunden-Mitarbeit 2160, für einen anderen Mitarbeiter 1450. Die Gehälter der Parteibuchhandlung belaufen sich für den Leiter auf 4000, für den Buchhalter 2640, für zwei weitere Angestellte 2040 und 1800, für die jüngsten Kräfte 1080, für den Hausdiener 1410 M. Das seien doch wirklich keine Luxusgehälter.

Sie sehen also selbst, daß mehr nicht gut gespart werden kann. Die Besorgniß, daß die akademischen Elemente die Arbeiter allmälig verdrängen,

kann ich auf Grund der Thatsachen widerlegen. In dreiundsiebzig Zeitungen und einer wissenschaftlichen Revue sind gerade zwölf Akademiker angestellt. Ist das zu viel? Metzner ist auf die Angelegenheit Fischer nochmals eingegangen. Ich muß deshalb nochmals erklären, daß in Folge eines rein äußerlichen Zusammentreffens Dinge gemuthmaßt worden sind, die gar keinen inneren Zusammenhang haben. Fischer's Gehalt hat übrigens die Höhe seines früheren Einkommens nicht überschritten, da er nunmehr auf alle Nebenarbeiten verzichten muß, um alle Kräfte der Buchhandlung zu widmen. Schreiben Sie die Stelle morgen aus, so werden Sie gezwungen sein, 4000 Mk. und mehr zu zahlen, wenn Sie Leute erhalten wollen, die dasselbe leisten wie Fischer. Bisher haben wir die Grenzen an keiner Stelle überschritten, die uns durch die Verhältnisse gezogen sind. Ich ersuche Sie deshalb, die Anträge der Berliner abzulehnen.

Zur Geschäftsführung beantragt Heine-Ottensen, dem Bureau aufzugeben, den Ausdruck „Mephisto" als unzulässig zu bezeichnen.

Singer erklärt, den Ausdruck im Trubel nicht gehört zu haben; er würde ihn sonst gerügt haben.

Stadthagen bittet den Antrag abzulehnen. Jedes Wort brauche nicht auf die Goldwaage gelegt zu werden.

Der Antrag wird abgelehnt.

Meister verzichtet auf das Schlußwort.

Es erfolgt die Abstimmung. Decharge wird auf Antrag der Kontroleure dem Vorstand einstimmig ertheilt.

Der Kongreß beschließt sodann, daß die Mitglieder der Fraktion bei der Abstimmung über die heute berathenen Anträge mitzustimmen berechtigt sind, während die Mitglieder der Parteileitung, wozu auch die Kontroleure gehören, an der Abstimmung nicht theilnehmen.

Antrag 18 wird in seinen Theilen a, b, c abgelehnt.

Antrag 19 abgelehnt, ebenso Antrag 20, 21, 22.

Antrag 23 wird angenommen, Singer bemerkt hierbei, daß der Inhalt des Antrages auch bisher stets erfüllt worden sei.

Antrag 24 wird abgelehnt.

Antrag 25 hatte nicht genügende Unterstützung gefunden.

Antrag 26 wird mit großer Majorität angenommen.

Antrag 27 wird abgelehnt.

Zu Protokoll wird bezüglich des Antrages 26 von Auer erklärt, daß der Antrag nur als ein Wunsch betrachtet werden könne, da der Vorstand keine Exekutive besitzen, um ihn zur Durchführung zu bringen.

Damit sind die Punkte 1 und 2 der Tagesordnung erledigt.

Hierauf erstattet Frau Zetkin namens der Mandatprüfungs-Kommission Bericht: Anwesend sind 222 Delegirte mit 268 Mandaten, darunter befinden sich 9 weibliche Delegirte. Gegen die sozialistische Frauenbewegung werde in vielen deutschen Herrgottsvaterländchen in rigorosester Weise von der Polizei mit aller Schneidigkeit, von den Juristen mit salomonischer Spitzfindigkeit vorgegangen; auch der Ministerpräsident von Preußen, Graf Eulenburg, wende den deutschen Arbeiterinnen seine schmeichelhafte Aufmerksamkeit zu. Die Wahl von 9 weiblichen Delegirten sei die Versicherung fernerer Entwicklung der Bewegung. Die Mandate von 8 Delegirten waren beanstandet, und zwar die der Genossen Bruckner, Schleicher, Emmel aus Elsaß-Lothringen, Müller, Cramer und Friedrich aus Darmstadt, Streune aus Lunzenau und Krohn aus dem ersten badischen Wahlkreise. Die Kommission beantragt, die Mandate für giltig zu erklären, für ungiltig dagegen das nicht beanstandete Mandat Sparr aus Bessungen, weil die Versammlung, die diese Wahl vornahm, nicht vom

Vertrauensmann des Wahlkreises einberufen war. Im Auftrage der Kommission fügt die Referentin noch hinzu: Die Wahlvereine müssen sich hüten, an uns mit Protesten heranzutreten, weil die Reaktion nach Material sucht, uns die Vereine aufzulösen; außerdem haben wir bemerkt, daß viele Mandate von Provinzkonferenzen ertheilt worden, dadurch wird, was sie nicht sein sollte, die Wahl der Delegirten eine indirekte. Hierauf möchten wir die Aufmerksamkeit des Partei-Vorstandes lenken.

Die Abstimmung erklärt alle Mandate bis auf das Sparr's für giltig.

Sparr schildert die Differenzen innerhalb der Partei in Darmstadt-Bessungen, die durch verschiedene eigenmächtige Handlungen der Gen. Kramer und Müller hervorgerufen seien. Bessungen werde vernachlässigt und habe sich daher selbständig organisirt. Das sei nothwendig, denn schon ständen Andere hinter uns, die unser Erbe antreten wollten. Timm-Berlin spricht gegen die Giltigkeit des Sparr'schen Mandat's; Prinz-Frankfurt und Klement-Kaiserslautern sprechen für Sparr; man dürfe die Parteigenossen der Landgemeinden nicht zurücksetzen. Frau Zetkin warnt den Parteitag, einen Präzedenzfall zu schaffen, auf Grund dessen man fernerhin mit Protesten und Delegirten einzelner Organisationen überschwemmt werden könnte. Sparr's Mandat wird daraufhin mit knapper Mehrheit annullirt.

Zum Schluß der Nachmittagssitzung giebt Singer verschiedene Begrüßungen bekannt, die eingelaufen sind, darunter solche von den polnischen Sozialisten Londons und von Engels, Luise Kautsky und Eleonore Marx-Aveling.

Schluß $7^1/_4$ Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 23. Oktober 1894. — Vormittags-Sitzung.

$9^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Schwarz-Lübeck.

Schwarz-Lübeck eröffnet die Sitzung mit der Verlesung der eingelaufenen Begrüßungsschreiben und -Telegramme. Genosse Dr. Viktor Adler ist aus Wien eingetroffen und erhält das Wort zu einer Ansprache.

Dr. Viktor Adler: Ich habe den Auftrag, Sie im Namen der österreichischen Arbeiterschaft zu begrüßen. Es ist Ihnen nichts Neues, uns Oesterreicher auf ihren Kongressen zu sehen, sowie Sie Vertreter auf unsere Parteitage entsandt haben. Es ist eine Nothwendigkeit, daß wir zusammenkommen, und eine Nothwendigkeit, daß wir zusammenhalten, jetzt mehr denn je. Wir befinden uns in Oesterreich in diesem Augenblick in einer der schwierigsten Lagen, in der sich eine junge sozialdemokratische Partei überhaupt befinden kann. Was sich in Deutschland nur unausgesprochen abspielt, die Vereinigung aller reaktionären Elemente gegen die Sozialdemokratie, das ist in Oesterreich offen und unvermäntelt geschehen. Zynisch ist die heutige österreichische Regierung begründet worden auf der Vereinigung aller reaktionären Elemente mit dem offen ausgesprochenen Zweck, die Vorrechte der Besitzenden gegen die Ansprüche der Besitzlosen zu vertheidigen. Die heutige österreichische Regierung mit ihrer Majorität im Parlamente hat uns Sozialdemokraten die Ehre erwiesen, daß sie die Bekämpfung unserer Partei als eine ihrer ersten Aufgaben bezeichnet. Die österreichische Sozialdemokratie hat in den letzten Jahren einen schweren Kampf um das Wahlrecht geführt. Sie wissen gar nicht, wie wohl es Ihnen in Deutschland ist. (Heiterkeit.) Sie haben eine Waffe zum Gegenstoß, wenn Sie bedrückt werden, Sie haben das Wahlrecht. Wir aber sind wehrlos; Sie haben diese Waffe nur zu gebrauchen, wir sollen sie uns erst erkämpfen. Aber es geht vorwärts bei uns, und gerade in der letzten Zeit haben wir den Beweis geliefert, daß es allein die Sozialdemokratie ist, die

diesen Polizei- und Zopfstaat vorwärts treibt. Die alte Verfassung galt bis vor einem Jahre als unangreifbar. Man hat gelacht, daß wir das allgemeine Wahlrecht verlangen, heute ist es anders geworden. Wie vor $1^1/_2$ Jahren Niemand da war, der an das allgemeine Wahlrecht überhaupt gedacht hat, so ist jetzt in Oesterreich kein Mensch vorhanden, bis zum Minister, bis zum Monarchen hinauf, der nicht überzeugt ist, daß die alte Verfassung unhaltbar geworden ist, daß Oesterreich nicht zur Ruhe kommen kann, bis die Arbeiterklasse das Wahlrecht erhalten hat. Leicht wird uns aber deshalb die Sache doch nicht gemacht werden, man sucht die Reform hinauszuschieben, und in der vorigen Woche hat man uns von Polizei wegen zeigen wollen, daß man über den Säbel verfügt. Das war uns nichts Neues, neu war uns nur, daß es ein Ueberfall von rückwärts war, ein Ueberfall ohne jede Veranlassung, wie in Berlin im Januar, nur mit dem Unterschiede, daß man in Berlin Schläuche, in Wien Säbel hatte. Wenn die österreichische Regierung aber glauben sollte, daß die österreichischen Arbeiter vor dem Säbel zurückweichen werden, so irrt sie sich. Die Wahlrechtsbewegung wird von uns mit äußerster Konsequenz durchgeführt werden, ob der Säbel auch haut und die Flinte schießt. Sie muß durchgeführt werden, weil sie eine Lebensfrage für Oesterreich ist, weil sie die Frage ist, ob das österreichische Volk sich vernünftig entwickeln kann, ob in Oesterreich die Möglichkeit für eine europäische Politik vorhanden ist. Nun, die Säbel, die die Regierung gegen uns schwingen ließen, haben sie selbst empfindlich in die Finger geschnitten. Schon in den nächsten Tagen war sie gezwungen, in der Wahlrechtsfrage einen Schritt weiter zu gehen. Es wird in den nächsten Wochen vielleicht etwas ruhiger bei uns werden. Die Regierung will uns glauben machen, sie berathe über die Wahlreform, und wir werden ihr nicht den Vorwand geben, wir hätten sie in dieser Berathung gestört. Aber lassen Sie sich dadurch nicht beirren, diese Ruhe wird aufgegeben, sobald wir sehen, daß die Regierung ihr Wort nicht erfüllt. Sie hat den Willen, uns am Narrenseil zu führen, aber wir werden uns nicht führen lassen. Genossen! Ich ersuche Sie um Ihre Sympathie für unsere Bewegung! Wir brauchen die internationale Solidarität mehr als je, wir sind in schwieriger Lage. Ihren Berathungen wünschen wir den besten Erfolg. Wir wissen, daß Sie auch für uns arbeiten und so schließe ich mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. Sie lebe hoch!

Die Versammlung erhebt sich von den Plätzen und stimmt begeistert dreimal in das Hoch ein.

Von einer Magdeburger Volksversammlung ist eine Resolution eingegangen, welche der Haltung der „Volksstimme“ in dem Streitfalle Bock ein Vertrauensvotum, Genossen Bock aber einen Tadel ausspricht.

Zur Geschäftsordnung beantragt Bebel, die Resolution durch einfache Kenntnißnahme zu erledigen.

Singer: Da eine Reihe ähnlicher Resolutionen und Beschwerden eingegangen ist, schlage ich die Konstituirung einer Kommission vor, die das eingegangene Material prüfen und über dasselbe dann berichten soll.

Schmidt-Magdeburg protestirt dagegen, die Angelegenheit Bock-„Volksstimme“ der Oeffentlichkeit vorzuenthalten.

Rüdt wünscht, daß auch seine Angelegenheit öffentlich verhandelt werde, er sei öffentlich angegriffen worden, er müsse also auch Gelegenheit haben, sich öffentlich zu vertheidigen.

In demselben Sinne spricht Bock-Gotha: Obwohl nach seiner Meinung die Burger Angelegenheit vor dem einzig zuständigen Forum, dem Schuhmacher-Kongreß, erledigt worden ist.

Der Parteitag beschließt im Sinne des Singer'schen Antrages die Einsetzung einer Kommission von neun Mitgliedern.

Es folgt Punkt 3 der Tagesordnung: „Bericht über die parlamentarische Thätigkeit".

Zur Tagesordnung ist eine Reihe von Resolutionen eingelaufen, die mit Punkt 3 verbunden werden.

Zur Diskussion stehen neben dem gedruckten Bericht die Anträge 80 bis 100 der Vorlage:

Antrag 92 erhält folgende verbesserte Fassung: „Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, die einzelnen Forderungen im zweiten Theile unseres Parteiprogramms in geeigneter Weise in Form von Gesetzentwürfen zu bringen und diese je nach Lage der Verhältnisse dem Reichstage vorzulegen."

Das Wort erhält der Berichterstatter Fischer: Er erklärt, daß er nur wiederholen könnte, was er bereits in dem gedruckten Berichte vorgelegt habe, wenn er bereits jetzt auf die parlamentarische Thätigkeit eingehen wollte; ebenso halte er es für unrichtig, auf die eingelaufenen Anträge einzugehen, ehe sie begründet sind. Er verzichte deshalb für jetzt auf das Wort.

Timm schlägt vor, eine Reihe von Anträgen (70—76), die sich auf die Taktik beziehen, vor allem die auf die Thätigkeit der Landtagsfraktionen sich beziehenden, mit den Debatten über den Parlamentarismus zu verbinden, dagegen die sich auf die Verhältnisse der landwirthschaftlichen Arbeiter beziehenden Anträge (80b, 90, 91_1, 99, 100) mit den Verhandlungen über die Agrarfrage zu verknüpfen.

Vollmar erklärt sich damit im Wesentlichen einverstanden, weil die bayerische Angelegenheit erledigt werden müßte, solange noch die Genossen frisch sind, und da außerdem der „Haupt-Opferstier" Grillenberger am Donnerstag zur Wahrnehmung eines Gerichtstermines den Parteitag verlassen müsse.

Singer schlägt vor, die bayerische Angelegenheit zwar getrennt von den übrigen Anträgen, aber im Anschluß daran zu behandeln.

In diesem Sinne wird beschlossen; ebenso wird der Antrag Timm angenommen. Nach dem Antrage Geck wird von den auf das Verhalten der badischen Landtagsfraktion bezüglichen Anträgen (67, 68_1, 68_2) 67 der Kommission überwiesen, 68_1 soll im Plenum verhandelt werden, 68_2, weil noch nicht spruchreif, der badischen Landesorganisation überwiesen werden.

Den Antrag 80a begründet Prinz-Frankfurt.

Der Antrag 81 wird von Timm-Berlin begründet: Die Sozialstatistik liegt so sehr im Argen, daß hier ein kleiner Anstoß noth thut. Auch mit der Vernachlässigung der Frau, diesem alten Zopf, muß aufgeräumt werden.

Der Antrag der Parteigenossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises (82) wird von Mattutat-Berlin begründet.

Vogt begründet den Antrag der Parteigenossen in Werdau (83).

Mattutat begründet den Antrag der Genossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises (86).

Elm spricht zu dem Antrage der Parteigenossen in Ottensen (87).

Bonitz (17. sächs. Wahlkreis) begründet den Antrag der Parteigenossen seines Wahlkreises (88).

Stadthagen begründet den Antrag der Parteigenossen in Nieder-Barnim (91, Abs. 2, 3). Die Annahme der Anträge würde uns vor Allem bei der Landtags-Agitation nützen, weil die Landbevölkerung außerordentlich unter der Unverantwortlichkeit der Beamten zu leiden habe.

Neumann begründet den Antrag der Parteigenossen in Essen und Elberfeld (92).

v. Döring spricht für den Antrag 93.

Den Antrag 94 begründet Metzner, indem er unter Anderem auf die Brausewetterei hinweist. Der Zweck des Antrages sei, vor den gesetzgeberischen Faktoren gewisse Auslegungskünste an den Pranger zu stellen.

Der Antrag (95) der Parteigenossen des Saarreviers wird von Emmel-Saarbrücken begründet. Es muß Vorsorge getroffen werden, daß andere Fraktionen nicht mit ihren Anträgen denen unserer Fraktion zuvorkommen und so ihre Besprechung verhindern. Die Interpellation über das Vorgehen der Behörden im Saarrevier gegen die Bergmanns- oder Arbeiterkasinos, deren Drangsalirung und Vernichtung der Redner schildert, soll Einspruch dagegen erheben, daß durch Polizeiverordnungen Reichsgesetze illusorisch gemacht werden.

Mittag-Halle beantragt: „Der Parteitag beschließt, die sozialdemokratische Fraktion möge im Laufe der nächsten Reichstagssession einen Antrag auf Einführung des achtstündigen Arbeitstages" stellen und begründet diesen Antrag. Es gehe nicht an, als Zeitpunkt für die Einführung des Arbeitstages von acht Stunden das Jahr 1898 festzusetzen, wie es die Fraktion in ihrem Entwurf eines Arbeiterschutz-Gesetzes thue. Das stehe im Widerspruch zu den am 1. Mai erhobenen Forderungen. Die sozialdemokratische Fraktion in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung habe den Achtstundentag für die städtischen Betriebe beantragt, da könne auch im Parlament vorgegangen werden.

Die Parteigenossen von Hamburg 3, Distrikt Barmbeck, beantragen durch Frau Meyer, die Fraktion aufzufordern, im Reichstage die Aufhebung des Impfzwanges zu fordern. Ostfeld-Hamburg giebt kurz die Begründung.

Die Genossen des 1. und die des 3. Hamburger Wahlkreises beantragen in zwei sich deckenden Anträgen, in Erwägung des Umstandes, daß die bestehenden Gesetze nicht ausreichen, um den Arbeitern, die bei nicht zahlungsfähigen Unternehmern arbeiten, in allen Fällen ihren Lohn zu sichern, möge der Parteitag die Fraktion beauftragen, dem Reichstag in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch der Lohn der Arbeiter sichergestellt wird. Bömmelburg begründet die Anträge; er schildert den Bauschwindel und die vorgeschobenen falschen Bauunternehmer. Die jetzigen Gesetze genügten nicht, den Arbeiter zu schützen; denn auch eine Verurtheilung des Unternehmers durch das Gewerbegericht reiche oft nicht aus, um dem Arbeiter zu seinem Gelde zu verhelfen. Wenn etwas Durchgreifendes erwirkt werden soll, müsse ein scharfer Schnitt in das Hypothekenrecht gemacht werden; selbst in der herrschenden Klasse bestehe jetzt ein Widerwille gegen den Bauschwindel, aber man denke in diesen Klassen zu wenig an die Arbeiter.

Von Genossen in Frankenhausen ist der Antrag eingegangen, die Reichstagsfraktion zu veranlassen, im Reichstag eine Enquete über den Umfang der Arbeitslosigkeit anzuregen. Der Antrag wird gleichfalls zur Diskussion gestellt.

Die Generaldiskussion wird eröffnet, das Wort erhält

Fischer-Berlin: Aus der Form der meisten Anträge erhellt, daß die Antragsteller vielfach von einer falschen Voraussetzung über die faktische Stellung der Reichstagsfraktion ausgehen. Man will hier eine ganze Reihe von Wünschen der Fraktion mit dem Auftrage übergeben, sie rasch in Gesetzesformen zu kleiden, ohne dabei zu berücksichtigen, was die Fraktion überhaupt kann. Einmal ist die Aktionsfreiheit der Fraktion nach dieser Richtung im Reichstage sehr beschränkt, und dann kann es auch nicht ihre Aufgabe sein, die verschiedenen Forderungen in die juristische Form von Gesetzen zu kleiden, ich verweise hier blos auf meine Ausführungen in dem Ihnen vorliegenden Berichte S. 58/59; andererseits muß man doch auch berücksichtigen, daß die meisten Gesetzentwürfe gar keine Aussicht haben, zur zweiten und dritten Lesung oder gar zur Annahme zu gelangen. Allmälig hat sich bei verschiedenen Genossen eine volkständige Ueberschätzung dessen herausgebildet, was wir überhaupt heute im Parlamente erreichen können; da muß ein kleiner Dämpfer aufgesetzt werden. Jedem Uebelstand des heutigen wirthschaftlichen Lebens soll sofort durch einen Gesetz-

entwurf entgegengetreten werden. Wenn wir Forderungen wie Arbeitslosenversicherung und dergl. oder den ganzen zweiten Theil unseres Programms heute vor den Reichstag in Gesetzesform zur Annahme bringen sollen, so fordern wir von den bürgerlichen Parteien die Beseitigung dessen, was die Existenzbedingung der bürgerlichen Gesellschaft ausmacht. — Warum gehen Sie nicht gleich so weit und beauftragen die Fraktion, sie solle im Reichstage die Einführung des sozialistischen Staates beantragen? Sie glauben doch auch nicht, daß die Mehrzahl des Reichstages, die doch der bürgerlichen Gesellschaft angehört, sich so selbst aufheben würde! Mit solchen Anträgen belasten Sie die Fraktion mit Aufgaben, die sie nicht erfüllen kann, und nehmen dem Parteitag durch zwecklose Diskussionen kostbare Zeit weg. Das Schwergewicht unserer parlamentarischen Thätigkeit liegt nicht darin, mit Gesetzesentwürfen an die Regierung heranzutreten, sondern in der agitatorischen Seite. Wir müssen der Bourgeoisie und Regierung zeigen, einmal, was sie auch auf dem Boden der heutigen Gesellschaft leisten könnten, wenn es ihnen mit den Redensarten von Sozialreform ernst wäre; wir müssen der herrschenden Gesellschaft aber auch zeigen, was sie alles nicht zu leisten vermag, warum sie es nicht erfüllen kann, warum sie unfähig ist, die inneren Widersprüche zu lösen, an denen sie zu Grunde gehen wird. Eine Anzahl der gestellten Anträge muß deshalb rundweg abgelehnt werden. Redner geht auf diese Anträge des Näheren ein. Andere Anträge hätten nicht gestellt werden können, wenn von Seiten der Antragsteller mehr berücksichtigt worden wäre, was die Fraktion thatsächlich geleistet hat. Wieder andere Antragsteller haben Forderungen gestellt, die aus der Kompetenz des Reichstages herausfallen und vor die Landesgesetzgebung gehören, so unter anderen der Antrag aus dem Saarrevier bezüglich der Arbeiterkasinos. Das schließt natürlich nicht aus, daß wir auch im Reichstage an geeigneter Stelle auf solche Dinge eingehen, und man kann der Fraktion gewiß nicht den Vorwurf machen, daß dies nicht in ausreichendem Maße geschehen sei. Eine Reihe von Anträgen können sodann nur in der Form angenommen werden, daß sie der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen werden, so alle Forderungen bezüglich des Arbeiterschutzes, denn zum Theil ist das in diesen Anträgen Verlangte schon geschehen. Die Fraktion hat bereits in ihrer letzten Sitzung beschlossen, den Arbeitergesetzentwurf unter zweckentsprechenden Aenderungen im Reichstage wieder einzubringen. Bei den Anträgen aus Friedberg i. H. 80a und dem letzten der Genossen aus dem 1. Berliner Reichstagswahlkreise (100) vergessen die Antragsteller ganz die thatsächliche Lage der Verhältnisse. Wir sind uns alle klar darüber, daß die Armenunterstützung Niemanden des Wahlrechtes sollte berauben dürfen. Würden wir aber heute eine solche Forderung durchdrücken, so würden wir nur den Gegnern eine Freude bereiten. Für Ortsarme ist gerade so wie für Soldaten und Gefangene die Abhängigkeit von den Behörden so groß, daß die freie Wahl illusorisch gemacht und die Stimmabgabe systematisch gefälscht werden würde; wir würden also dadurch nur die Zahl der gegen uns abgegebenen Stimmen vermehren. Was die „richtige Auslegung der Gesetze" anbetrifft, so handelt es sich bei der ganzen Frage darum, wer überhaupt die Macht hat, Gesetze auszulegen. Die besten Gesetze werden in für uns ungünstiger Weise ausgelegt, weil die besitzende Klasse die Macht dazu hat, und die schlechtesten Gesetze wären wirkungslos, wenn wir deren Anwendung und Auslegung handhaben könnten. Ueberdies untersteht die Kontrole über die Handhabung und Auslegung der Gesetze zum größten Theil den Landtagen. Wo sich aber Gelegenheit bietet, gehen wir ohnedies auf die offenbaren Rechtsbeugungen ein. Ich erinnere nur an die Besprechung der Rechtspraktiken in Sachsen. Einzelne Forderungen sodann, wie die Forderung der Hamburger, haben bereits durch die Novelle zur Konkursordnung ihre Erledigung gefunden, ich wüßte nicht, in welcher Weise wir die Forderung bei der Schwierigkeit

der Materie erfolgversprechend formuliren sollten. Die Anträge 80a, 86, 89, 91, 92, 94, 95 bitte ich rundweg abzulehnen.

Krumm-Gießen tritt für die Anträge 82 und 86 ein, auch den Antrag 94 empfiehlt der Redner: So lange wir nicht alle politischen Vergehen vor den Disziplinargerichtshof zu Potsdam bringen können (Heiterkeit.), müssen wir dem Volke bei jeder Gelegenheit zeigen: so behandelt man uns und so behandelt man jene. Genosse Fischer beantragt ein summarisches Kopfabschlagen für unsere meisten Anträge. Wenn die Anträge der Fraktion im Reichstage auch abgelehnt werden, so wirken sie doch agitatorisch, und das ist und bleibt die Hauptsache. Das gilt besonders für Antrag 88, der das Invalidengesetz ändern will; gut wäre es doch, wenn verlangt werde, daß die Altersgrenze der Versicherung von 70 auf 55 herabgesetzt würde. Man solle auch die große Bewegung gegen das Impfgesetz sich nutzbar machen und die Impfgegner zur Partei herüberziehen. Schließlich dankte er der Fraktion für ihr Eintreten zu Gunsten der Postbeamten.

Neumann-Elberfeld vertritt den Antrag 92: Wir müssen den Gegner nicht nur angreifen, sondern zur Offensive schreiten. Das ist von besonderem Werth für die Agitation gegen das im Rheinland so mächtige Zentrum.

Emmel-Saarbrücken: Wenn wir dem Rathe Fischer's folgen würden, so brauchten wir überhaupt keine Anträge hier zu stellen, sondern müssen die Fraktion einfach handeln lassen, wie sie will. (Sehr richtig!) Dazu sind wir aber nicht da. Wir müssen der Fraktion hier die Direktiven geben. Fischer befindet sich im Irrthum, wenn er glaubt, daß die Berggesetze Anlaß zum Einschreiten gegen die Kasinos gegeben haben; es geschah auf Grund der Landesgesetze. Reichsgesetz geht aber über Landesgesetz. Der Boden für eine Interpellation im Reichstage ist gegeben und unser Antrag demnach nicht überflüssig.

Jochem-Danzig: Der Parlamentarismus hätte gar keinen Sinn, wenn wir so gleichgiltig, wie Fischer es will, über die Anträge, die hier gestellt werden, hinweggehen würden. In West- und Ostpreußen liegen die Verhältnisse so, daß das Parteileben außerordentlich leidet durch die Anwendung des Landesgesetzes gegen uns unter Verletzung des Reichsgesetzes. Das kann und muß im Reichstage besprochen werden. Redner bespricht sodann die Danziger Polizeizustände. In Danzig habe man ein Kasino gründen müssen, weil man keinen Saal bekommen könne, und die Polizei finde allerlei Anlässe, um dessen Benutzung zu erschweren.

Hoffmann-Saalfeld vertheidigt den Antrag der Genossen von Frankenhausen am Kyffhäuser auf Veranstaltung einer Reichsenquete über die vorhandene Arbeitslosigkeit, der von besonderer Wichtigkeit für die Thüringer Proletarier sei. Auf Thüringens Bergen wohnt nicht die Freiheit, sondern der Hunger.

Jaeckh-Mülhausen schildert die Maßregelung und Vernichtung des elsaß-lothringischen Parteiblattes durch das ungesetzliche Vorgehen der Regierung. Warum hat man im Reichstage nicht zur Sprache gebracht, daß der Bezirkspräsident von Colmar ein Blatt verbot, ehe es gegründet war? Die Fraktion rieth uns, eine Beschwerde einzulegen, dann könne man darüber reden. Das war aber falsch, man hätte sofort Lärm schlagen sollen. Als die Fraktion telegraphisch von den Genossen aufgefordert wurde, die Dinge sofort im Reichstage zur Sprache zu bringen, erwiderte sie, wir sollten zunächst Beschwerde erheben. Wir thaten es und haben heute noch keinen Bescheid. Möge die Fraktion künftig engere Fühlung mit dem elsaß-lothringischen Landesausschuß nehmen. Ihr Vorgehen war zwar korrekt, aber das inkorrekte wäre wirksamer gewesen. Wahrscheinlich werden wir jetzt überhaupt kein Blatt mehr bekommen, der Zeitpunkt ist verpaßt.

Die Parteigenossen von Villingen beantragen: Die Fraktion soll die Regierung darüber interpelliren, ob nicht eine Statistik herauszugeben sei, worin die Ausgaben und Einnahmen bei der Unfallversicherung und der Alters- und Invalidenversicherung klar und übersichtlich besonders in Bezug auf die Verwaltungskosten zusammengestellt sind.

Metzner-Berlin vertritt die Berliner Anträge: Es geht nicht an, die Anträge, so wie Fischer es will, kurzer Hand bei Seite zu schieben. Sie enthalten wichtige Materien, die im Reichstage besprochen werden müssen und deren Besprechung agitatorisch wirkt. Gegen Fischer müsse er behaupten, daß die Antragsteller genau erwogen hätten, was die Reichstagsfraktion kann und was sie nicht kann.

Hué-Essen: Es ist eine rein praktische Frage, die uns bewog, unseren Antrag einzubringen, schon um des Umstandes willen, daß wir nicht von den Ultramontanen überflügelt werden. Die ultramontane Bevölkerung spotte ja immer über das Nichtsthun der Sozialdemokratie. Die Nothstands-Debatten haben im Rheinland die Geister gewaltig aufgeregt; wenn Gesetze auch abgelehnt werden, so wirken die Ablehnungen doch immer als Demonstration, ebenso wirkt die Maidemonstration. Fischer sei durch die Handlungen der Fraktion desavouirt, hat doch die Fraktion zweimal die Nothstandsfrage inszenirt. Unsere Anträge haben denselben Werth wie die Maifeier. Auch diese werden oft als ein „Spaziergang von ein Paar Männekens" verlacht, aber als Demonstration wirkt sie doch agitatorisch und werbend.

Bömmelburg-Hamburg regt an, daß die Reichstagsfraktion den Antrag auf Einführung des allgemeinen gleichen Landtags-Wahlrechts rechtzeitig einbringen möchte. Im Uebrigen möge man doch über die verschiedenen Anträge nicht so leicht hinweggehen, wie es Fischer gethan habe. Im Weiteren tritt Redner für die Hamburger Anträge auf Sicherung des Arbeitslohnes ein.

Ostfeld-Hamburg schließt sich diesen Ausführungen an. Das sogenannte Baulöwenthum, das den Arbeiter um seinen Lohn betrüge, muß durch Gesetz bekämpft werden. Redner tritt ferner für Aufhebung des Impfzwanges ein.

Trilse-Göttingen wendet sich gegen Fischer. Der praktische zweite Theil des sozialdemokratischen Programms könne ganz gut in dem Reichstage zur Verwirklichung beantragt werden. Man müsse den Wählern zeigen, daß die Fraktion im Reichstage nicht faullenzt. Man solle auch die ministeriellen Verfügungen in den Einzellandtagen besprechen. Der Reichstag sollte ferner dafür sorgen, daß in den annektirten Ländern die allgemeinen preußischen Gesetze eingeführt werden, so sei es doch unhaltbar, daß in Hannover zum Beispiel allerlei verboten würde, was sonst in Preußen erlaubt ist.

Mittag-Halle spricht nochmals zu seinem Antrage: Zwei Jahre lang „erwägt" die Fraktion schon und ist über die Erwägungen nicht hinausgekommen; es wird Zeit, daß sie mit den Erwägungen fertig wird. Es sieht etwas bourgeoismäßig aus, wenn wir der Fraktion immer Anträge zur Erwägung übergeben, wir machen es dann so wie der Reichstag, der, um die Wähler zu beruhigen, dem Bundesrath manche Anträge zur Erwägung übergiebt, die damit begraben sind. Man stelle sich auf den Standpunkt: Du Fraktion hast das zu thun, oder Du hast das nicht zu thun! Der Achtstundentag muß deshalb immer und immer wieder angeregt werden, besonders da die Landarbeiter die acht Stunden dringlich fordern.

Klemens-Kaiserslautern bezeichnet es als Aufgabe der Fraktion, der Auslegung der Vereinsgesetzgebung in Bayern auf die Finger zu sehen. So habe man in Kaiserslautern bei einem Gewerkschaftsfeste dem Festredner zu sprechen verboten, ehe er begonnen, angeblich weil er eine politische Rede halten wolle. Die Anträge 93 und 96 zwingen geradezu dazu, das Vereinsrecht von Reichswegen zu regeln. Artikel 4 der Reichsverfassung giebt die Handhabe

dazu, und es würde dadurch möglich, den zahlreichen Ueberschreitungen der Landespolizei vorzubeugen. Der Erlaß von Arbeits-Ordnungen entsprechend dem Antrage 96 ist für den Schutz der Arbeiter unumgänglich nothwendig.

Kiesel-Berlin VI: Fischer hat ganz recht, wenn er einzelne Anträge als undurchführbar bezeichnet, wie z. B. den Antrag bezüglich der Arbeitslosen-Versicherung.

Rausnitz-Schwabach wendet sich gegen Fischer. So lange die bürgerliche Gesellschaft noch existire, sei das Meiste aus den sozialdemokratischen Forderungen nur ein frommer Wunsch. Aber trotz der Gewißheit, daß die Gesellschaft widerstrebe, dürfe man doch nicht aufhören, immer und immer wieder die ferneren Wünsche zu stellen. Die Anträge haben einen großen Werth dadurch, daß die Indifferenten sehen, wie wenig geneigt die Besitzenden sind, unsere berechtigten Forderungen zu erfüllen, ja daß sie nicht einmal dazu im Stande sind, sie zu erfüllen. Bezüglich der Arbeitslosen-Statistik können wir von der Reichsregierung doch dasselbe verlangen, was sie bezüglich der Tabak-Enquete geleistet hat. Was die Arbeitslosen-Versicherung anbetrifft, so würden wir mit einer solchen Forderung die Regierung und die Bourgeoisie dazu zwingen, ihre Bankrotterklärung auszusprechen. Wenn die Reichstagsfraktion ein Reichs-Vereinsgesetz verlangte, so würden wir aus dem Regen in die Traufe kommen. In den Landtagen solle man gegen die falsche Auslegung der Vereinsgesetze vorgehen.

Dr. Quarck-Frankfurt a. M.: Ich finde, daß bei einem Theil der Anträge, die in gewerbepolitischer Hinsicht vorliegen, die Behandlung, die Fischer vorschlägt, nichts nützt. Es ist besser, sie zu prüfen, zu ergänzen; so ist der Antrag der Ottenser Parteigenossen auf Erhebungen über die Dauer der Arbeitszeit von Reichswegen sehr gut, es muß nur hinzugefügt werden, daß eine Reichskommission für Arbeiterstatistik schon besteht und daß deren Befugnisse zu erweitern sind. Der Hamburger Antrag auf Lohnschutz muß ergänzt werden, der Hinweis auf die Reichs-Konkursordnung genügt nicht, es muß erinnert werden an die Submissionsbedingungen, an die Vergebung der großen Staatsarbeiten, bei denen den Unternehmern vom Reichstag bestimmte Bedingungen zu Gunsten der Arbeiter auferlegt werden können. Der Antrag 82 wünscht die Ausdehnung des Gewerbegerichtsverfahrens auf die Handlungsgehilfen. Die Organisation der Handlungsgehilfen ist noch so mangelhaft, ihr Dünkel häufig noch so groß, daß sie sich thatsächlich im Zustand der Rechtlosigkeit den Prinzipalen gegenüber befinden. Sie dürfen aber nicht mechanisch den jetzigen Gewerbegerichten unterstellt werden, sondern müssen besondere Kammern erhalten. Der Antrag 81 verlangt die Schaffung einer Zentralstelle des Reiches für Fabrikinspektion. Diese Anregung kann nicht schaden, obwohl sie ein frommer Wunsch bleiben wird; sie kann unterstützt werden durch den Hinweis auf die Suppenküchen-Zentralstelle, die das Reich eingerichtet hat. Es muß darauf hingewiesen werden, daß das Recht der Fabrikinspektoren, polizeiliche Befugnisse auszuüben, durch einzelstaatliche Verordnungen eskamotirt und das Reichsgesetz dadurch in skandalöser Weise verletzt wird. Die Genossen in den einzelnen Bundesstaaten müssen schärfere Kritik an den Berichten der Fabrikinspektoren üben. Es muß sofort gesagt werden können, das und das ist falsch. Die noch sehr lückenhafte Einrichtung von Beschwerdekommissionen seitens der Gewerkschaften muß erweitert werden. In Bezug auf die Fabrikinspektion giebt es genug Kuriosa. Als ich mich wegen des Berichtes über das Großherzogthum Weimar, den ich vergeblich gesucht hatte, an den Fabrikinspektor wandte, erwiderte mir der Beamte, ich sollte mir nur nicht erst solche Mühe geben, ihn zu erhalten, es stände doch nichts darin. (Große Heiterkeit.)

Kobel-Kottbus: Es ist falsch, die Anträge kurzerhand in den Papier-

korb zu werfen, die Anträge müssen von unten herauf kommen, wenn sie dem proletarischen Bewußtsein entsprechen sollen. Der Parteitag muß sie dann in die geeignete Form bringen. Bezüglich der Arbeitslosen haben wir doch in erster Linie die Aufgabe, die Frage der Unterstützung zu prüfen. Die Einführung des Achtstundentages ist ein Mittel dazu. Das Alters- und Invaliditätsgesetz muß weiter ausgebaut werden: Die Altersgrenze müsse herabgesetzt werden; denn nur wenige Arbeiter erreichen das 70. Lebensjahr.

Schmalfeld-Bremerhaven: Einzelne Anträge sind ganz unannehmbar, aber andere verdienen die vollste Beachtung, so die Schaffung von Gewerbegerichtskammern für Handlungsgehilfen. Auch in propagandistischer Hinsicht dürfte das Einbringen eines solchen Gesetzes von Vortheil sein. Punkt 86 bitte ich rundweg abzulehnen; einmal ist die Arbeitslosen-Unterstützung undurchführbar, und verlangen sie wir vom heutigen Staate, so thun wir ihm viel zu viel Ehre an, indem wir damit aussprechen würden, daß der Staat etwas leisten kann, wozu er absolut nicht im Stande ist. Was er leistete, das wäre höchstens ein neues Mittel, um die Abhängigkeit durch die Gewährung von Bettelpfennigen zu erhöhen. Durch diesen Antrag bauen wir dem Staate doch nur neue Krücken, auf denen er wieder eine Strecke weiter humpeln kann. Auch den Antrag 87 verwerfe ich. Das Reich kann keine gute Statistik über Löhne, Arbeitzeit u. s. w. anstellen, eine solche Enquete wird nur gut, wenn die Arbeiter sie selbst übernehmen. Arbeitslosen-Statistik ist die Aufgabe der Gewerkschaften. Die übrigen Anträge eignen sich dazu, dem Partei-Vorstande zur Erwägung überwiesen zu werden; wir vergeben uns dadurch nichts. Wir müssen unseren Abgeordneten das Vertrauen schenken, daß sie nach ruhiger Erwägung das Richtige treffen. Schließlich befürworten wir die Aufhebung des Impfgesetzes. Genosse Frohme ist mein Zeuge, daß das erste Altonaer Mandat nur durch die Gegnerschaft zum Impfgesetz errungen wurde. (Zuruf: Wirklich schmeichelhaft.) Einzelne Genossen stehen auf dem Standpunkt, das Impfgesetz gehöre nicht zum Parteiprogramm. (Sehr richtig.) Nein, nicht sehr richtig; denn die Sozialdemokraten sind gegen jedes Zwangsgesetz.

Die Verhandlungen werden wegen der Mittagspause abgebrochen.

Ein Gesuch aus Blankenburg wird dem Partei-Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Gemaßregelte Genossen von Malaga wenden sich an die deutschen Arbeiter um Unterstützung im Kampfe gegen die Ausbeutung.

Telegramme sind eingegangen aus Braunschweig, Baden und Rumänien.

Schluß der Vormittags-Sitzung 12¼ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

3¼ Uhr. Vorsitzender Schwarz-Lübeck.

Die Genossen aus Dänemark übermitteln telegraphisch ihre Glückwünsche.

Hülle-Erfurt: Das gleiche Vereinsgesetz für Deutschland würde Deutschland zu einem National-Zuchthause machen und uns allen eine gemeinsame Peitsche schaffen. Einzelne Länder würden geradezu eine Verschlechterung erfahren, wie Koburg-Gotha und Meiningen. Wir wollen nach unserem Programm Abschaffung der Vereinsgesetze. Einen Sinn hätte nur die Garantieleistung der Vereins- und Versammlungsfreiheit durch die deutsche Verfassung. Bezüglich des Impfzwanges bedeutet die Aufhebung des Zwanges gleichzeitig die Aufhebung des ganzen Gesetzes. Man darf die Fraktion nicht unnöthig überlasten. Ueberdies kommt noch hinzu, daß in dieser Frage, die mit der Partei prinzipiell nichts zu thun hat, sehr leicht die Stellung zur Impffrage zum Prüfstein der politischen Gesinnung werden kann, und das muß man ver-

hindern. Außerdem sind die Fraktionsmitglieder nicht dazu berufen, in wissenschaftlichen Fragen ein Gutachten abzugeben. Schließlich müßten wir auch Stellung zur Diphtherie-Blutserum-Therapie nehmen, nach Schmalfeld's Autorität im gegnerischen Sinne, so sind wir, die Sozialdemokraten, nicht blos blamirt, sondern verlieren einen ganz bedeutenden Anhang, falls die Behandlung mit dem Diphtherie-Heilserum sich bewährt. Zu dieser Stellung muß man auch kommen als Impfgegner, wie ich einer bin. Ist wirklich das erste Altonaer Mandat dadurch gewonnen worden, daß der Bewerber sich für die Abschaffung des Impfzwanges ins Zeug legte, so ist der Kandidat eben nicht von Sozialdemokraten, sondern von Impfgegnern gewählt worden.

Grenz-Chemnitz: Die Anträge enthalten im Allgemeinen nichts Neues, sie sind nicht einmal werth, der Fraktion überwiesen zu werden. Außerdem aber hat die Fraktion im Allgemeinen bereits häufig genug in dem angeregten Sinne Stellung genommen. Dazu kommt noch, daß sich ganz augenscheinlich Wandlungen vollziehen, angesichts deren die Forderungen recht kleinlich erscheinen.

Möffinger-Lahr: Wenn wir der Bourgeoisie nicht immer wieder mit unseren prinzipiellen Forderungen kommen wollen, so müssen wir überhaupt auf unsere parlamentarische Thätigkeit verzichten. Die Arbeitsstatistik liegt in erster Linie den Gewerkschaften ob. Gegen die Zustände in Elsaß-Lothringen hat unsere Fraktion mit voller Entschiedenheit und mit einem Gesetzesantrag vorzugehen.

Bruckner-Metz bespricht die Diktatur in Elsaß-Lothringen; die ohnehin dort sehr freiheitlich beanlagte Bevölkerung werde immer verbitterter und in eine Stimmung hineingetrieben, die der der holländischen Arbeiter gleiche. Er ersucht, den Antrag 95 abzulehnen, da die Annahme dieses Antrages das Vertrauen zur Fraktion in Elsaß-Lothringen untergraben würde.

Stadthagen-Berlin: Es ist ein Unding, eine umfassende Versicherung gegen Arbeitslosigkeit vom heutigen Staat zu fordern, so weit wie Grenz will ich nicht gehen, sonst sind wir keine Kampfpartei mehr. Es handelt sich darum, die zweckmäßigen Anträge auszuwählen, mit Rücksicht auf die ökonomischen Bedingungen, nicht aber mit Rücksicht darauf, ob sie der Bourgeoisie gefallen oder nicht. Es geht nicht an, die Fraktion schlankweg aufzufordern, den zweiten Theil des Programms in Gesetzentwürfe umzugießen. Mögen die Antragsteller doch so freundlich sein, die Entwürfe selbst auszuarbeiten! Mit dem Impfzwang-Antrag bin ich nicht einverstanden, weil Impfen oder Nichtimpfen mit der Sozialdemokratie nichts zu thun hat. Es kann jemand ein vortrefflicher Impfgegner und ein sehr schlechter Sozialdemokrat sein. (Heiterkeit.) Mit Ausnahme der Anträge 92 und 95 zu 1, bitte ich alle Anträge anzunehmen. Was den Antrag 95_1 anbetrifft, so hat die Erörterung im Reichstag sich so weit erstreckt, daß sogar die „Dicke Marie" in Straßburg zur Sprache kam. (Heiterkeit.) Die Frage des Vereinsgesetzes ist, entgegen der Meinung Hülle's, auch schon angeschnitten worden, entsprechend einem Beschluß des Kölner Parteitages. Die Reichstagsmehrheit wollte aber nichts davon wissen. Die Fragen der Fabrikinspektions-Verbesserung und Nothstands-Interpellation verliert die Fraktion ohnehin nicht aus dem Gesicht. Die Kompetenz des Reiches gegenüber den Landtagen müsse erweitert werden; denn auf Verbesserung der Landtags-Wahlrechte kann man ungefähr ebenso lange warten, wie auf Erfüllung der letzten sozialdemokratischen Ziele. Der Antrag auf Sicherstellung der Arbeitslöhne bei Konkursen ist nicht umfassend genug, die Sicherstellung muß auch in Fällen, bei denen es nicht zum Konkurse kommt, gewährleistet werden.

Schleicher-Metz: Wir sind Lothringer und brauchen das Saarrevier nicht, aus dem der Antrag 93 stammt, um unsere Vertheidigung zu übernehmen, in der Politik soll jeder in seiner Rolle bleiben. Der Antrag 95 ist

schon aus dem Grunde abzulehnen. In Lothringen giebt es noch Thür- und Fenstersteuer und andere besondere Steuern, die die Arbeiterklasse belasten. Der Diktaturparagraph gewährt der Regierung von Elsaß-Lothringen die Möglichkeit, die Arbeiterbewegung zu stören und ihre Entfaltung zu verhindern. Wir ersuchen daher die Fraktion, sich mehr unseres Landes anzunehmen und die Aufhebung des Diktaturparagraphen zu beantragen.

Ein Schlußantrag, den Schmidt-München begründet und Wurm bekämpft, weil noch andere Redner aus der Fraktion zum Wort kommen müßten, da Fischer nicht den Standpunkt aller Mitglieder der Fraktion vertreten habe, wird abgelehnt.

Eingegangen sind 2 Anträge von Quarck und Genossen: 1. an Stelle des Antrages 81: Der Parteitag fordert zur lebhaften Agitation für Verbesserung der Gewerbe-Inspektion auf und ersucht zu diesem Zwecke a) die Fraktion eine reichsgesetzliche Regelung oder wenigstens eine Zentralstelle für Gewerbe-Inspektion, deren Erweiterung auf Hausindustrie und Handwerk, sowie Anstellung weiblicher Gewerbe-Inspektoren zu beantragen; b) die Abgeordneten in den Parlamenten der einzelnen Bundesstaaten sollen für Vermehrung der Gewerbe-Inspektoren, Trennung der Kesselrevision von der Gewerbe-Aufsicht, für Aufhebung der bundesstaatlichen Verordnungen, welche den Inspektoren die Polizeibefugniß nimmt, Herausgabe billiger Ausgabe der Jahresberichte und Kritik derselben, Bildung von Beschwerdekommissionen zum Verkehr mit den Gewerbe-Inspektoren wirken. 2. Als Zusatz zu Antrag 82! Die Gewerbegerichte sollen durch Kammern für kaufmännische Streitigkeiten ergänzt werden, die aus Handelsprinzipalen und Handelsgehilfen bestehen.

Ferner ist ein Antrag Hoch und Genossen eingegangen, durch welchen die Reichstagsfraktion aufgefordert wird, das Vorgehen des Amtsgerichts Langenselbold, durch welches Vätern, die sich weigerten, ihre minderjährigen Söhne zum Austritt aus sozialdemokratischen Vereinen zu zwingen, das Erziehungsrecht entzogen worden ist, im Reichstage zur Sprache zu bringen, und alles zu thun, um in Zukunft ähnliche Maßregelungen unmöglich zu machen.

Georgi-Berlin: Wenn die Taktik, die Fischer wünscht, von uns eingeschlagen würde, könnten wir den zweiten Theil unseres Programms gleich streichen. Damit würden wir aber ein vortreffliches Mittel verlieren, die indifferente Masse zu uns herüberüberzuziehen. Der Antrag Quarck verdient kräftige Unterstützung; nur eine Reichsstatistik vermag genaue Resultate zu liefern. Der Antrag 87 ist deshalb anzunehmen. In Nowawes und wohl auch anderswo ist es vorgekommen, daß die Inspektion bei Betrieben mit weiblichen Arbeitern sittliche Anstößigkeiten der Kleidung feststellte. Verbesserungen thun noth. Sind die Anträge nicht praktisch, so sind sie doch agitatorisch, und das genügt. Die Anträge der Berliner Genossen im „Rothen Hause“ auf achtstündige Arbeitszeit und Lohnerhöhung in städtischen Betrieben waren in diesem Sinne sehr gut.

Sindermann-Dresden tritt für den Antrag 94 ein.

Seige-Pößneck wünscht die Annahme des Antrages 81: Unser Fabrikinspektor ist ein alter Oberbergbeamter, der hat in acht Jahren einen Betrieb revidirt. (Große Heiterkeit.) Als der eine Sozialdemokrat, der im meininger Landtag sitzt, die Angelegenheit dort zur Sprache brachte, erklärten selbst die freisinnigen Fabrikbesitzer, einen Fabrikinspektor hätten sie noch nicht zu Gesicht bekommen. Die meiningensche Regierung aber läßt alles beim alten. Unser alter Fabrikinspektor läßt sich von einem alten Schimmel durchs Land ziehen. (Große Heiterkeit.) Er fürchtet sich nämlich auf der Eisenbahn zu fahren. (Erneute Heiterkeit.) Wenn er in eine Fabrik kommt, fürchtet er sich, mit dem Arm in ein Treibrad zu kommen. Der Betrieb muß deshalb solange stillstehen. (Heiterkeit.)

Jahn: Man solle den Antrag ablehnen, für die Kaufleute eine besondere Gewerbegerichtskammer zu bilden, das bedeutet die Schaffung besonderer Handelskammern für das Proletariat im Kaufmannsstande. Die Kaufleute in Berlin haben sich bereits dafür ausgesprochen, unter die bereits bestehenden Gewerbegerichte gestellt zu werden. Ueber die gestellten Anträge solle man nicht so leicht hinweggehen, vor allem solle man das gleiche Wahlrecht für die Frauen zu den Gewerbegerichtswahlen verlangen.

Ein Schlußantrag, den Opificius begründet, Klees bekämpft, wird abgelehnt.

Stein-Hochstadt: Die hier vorliegenden Anträge sind ein kleiner Ausdruck der Unzufriedenheit der Arbeiterklasse mit den herrschenden Zuständen, sie zeigen den Weg zur Besserung und müssen deshalb angenommen werden. Die Fraktion, bezahlt aus den Arbeitergroschen, muß die Interessen der Arbeiter vertreten. Ich empfehle besonders, daß die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln fernerhin nicht einen Verzicht der Bürgerrechte bedinge.

Wurm-Berlin: Als Genosse Fischer vorhin Stellung zu den Anträgen nahm, hat er selbstverständlich nur seine persönliche Ansicht, nicht die der Fraktion ausgedrückt, da ja eine vorherige Berathung der Fraktion nicht stattgefunden hat. Die Differenz zwischen Fischer und anderen Fraktionsmitgliedern ist übrigens nicht so riesengroß. Es handelt sich mehr um die Form, die Fischer seinen Ansichten gegeben hat. Seine Rede erweckte den Eindruck, als halte er überhaupt eine längere Diskussion der hier gestellten Anträge für überflüssig. Ich halte sie für wichtig. Jemehr sich unser politisches Leben in der Thätigkeit der Fraktion konzentrirt, hat ihre Arbeit der schärfsten und genauesten Kritik der Genossen im Lande zu unterliegen. Freilich ist es nicht immer möglich, die Wünsche der Genossen gerade in Form eines Antrages im Reichstag zur Sprache zu bringen. Es stellen sich dem häufig technische Schwierigkeiten in den Weg. Es ist dann besser, bei der Berathung des Etats unsere Meinung auszudrücken. Unsere Gegner nehmen zu allem Stellung, was wir sagen. Herrn Stumm und seiner Freunde Herz ist so voll, daß es bei jeder Gelegenheit überläuft. Die Frage der staatlichen Arbeitslosen-Versicherung verdient gründliche Erörterung. Jeder theoretisch klare Genosse muß den Antrag 86 aus Berlin IV ablehnen, weil er der sozialistischen Lehre widerspricht, wie sie Marx und Engels begründet haben. Die kapitalistische Produktionsweise muß eine Reserve-Armee von Arbeitslosen erzeugen, und so wenig wie sich Jemand am eigenen Zopf aus dem Sumpf ziehen kann, so wenig vermag die kapitalistische Gesellschaft die Arbeitslosen, die sie schafft und braucht, zu beseitigen auf dem Wege staatlicher Versicherung. Der einzig praktische Weg, die Arbeitslosigkeit zu verringern — beseitigen läßt sie sich nicht — ist, die Arbeitszeit zu verkürzen und die Löhne zu erhöhen. Das haben auch die Gewerkschaften, die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit haben, eingesehen. Der Tabakarbeiter-Kongreß hat sich ja auch letzthin schon gegen die Arbeitslosen-Unterstützung ausgesprochen, und wenn erst einmal die Buchdrucker-Organisation durch Maschinenkonkurrenz geschwächt und weniger zahlungsfähig geworden sein wird, läßt auch sie wahrscheinlich die Arbeitslosen-Unterstützung fallen. Die Anträge, die sich auf die Fabrik-Inspektion beziehen, verdienen Annahme. Wir haben die Wünsche, die in dieser Hinsicht heute ausgesprochen wurden, immer bei den Reichstagsdebatten darüber berücksichtigt. Daß man im Gegensatz zur früheren Mißachtung der „Flickschusterei" jetzt hier so viel Werth auf die Kritik im Reichstage lege, ist eine Anerkennung für die Fraktion. Quarck's Antrag ist von einem Redner mißverstanden worden. Er will nur eine besondere Abtheilung für die Handlungsgehilfen bei den Gewerbegerichten schaffen. Fischer hat sich dagegen gewendet, daß wir für diejenigen Armen, die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten, das

Reichstags-Wahlrecht verlangen. Ich und eine große Anzahl anderer Fraktionsmitglieder sind entgegengesetzter Ansicht. Den Opfern der heutigen Gesellschafts-Ordnung darf das Wahlrecht nicht vorenthalten werden. Stimmen die Almosen-Empfänger dann gegen uns, so müssen wir es ertragen. Es ist dies für uns eine Forderung der Gerechtigkeit. (Beifall.)

Nachdem ein Antrag Krohn's auf Schluß der Debatte angenommen wurde, erhält Hoch das Wort zur Begründung seines Antrages.

Hoch-Frankfurt: Die Entscheidung des Amtsgerichts Langensebold ist dem gesunden Menschenverstand einfach unverständlich. Wir können natürlich hier nicht jedes einzelne unbegreifliche Urtheil zur Besprechung bringen, das genannte Urtheil hat aber für unsere ganze Agitation eine so große Bedeutung, daß man entschieden dagegen Stellung nehmen muß. Noch einen Schritt weiter in der gleichen Bahn, die mit diesem Urtheil unsere Rechtspflege eingeschlagen hat, und es kann jedem sozialdemokratischen Vater, weil er Sozialdemokrat ist, in geeigneten Fällen das Erziehungsrecht abgesprochen werden. Wenn auch in dem vorliegenden Falle die letzte Instanz noch nicht gesprochen hat, so muß doch die gerichtliche Entscheidung an geeigneter Stelle gebührend kritisirt werden. (Als der Redner aus dem amtsgerichtlichen Urtheil einige Kraftstellen über die sozialdemokratische Jugend verlas, die auf ehrlosen Wegen dem Selbstmord entgegengehe, erschallt stürmisches Pfui-Rufen.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Frohme erklärt, der Altonaer Wahlkreis sei nicht durch ausdrückliche Konzessionen an die Impfgegner erobert worden, wenigstens nicht, so lange er (Frohme) das Mandat habe. Bei der Wahl Hasenclever's habe dessen Impfgegnerschaft allerdings günstig mitgewirkt. Zwang widerspreche in jeder Gestalt den sozialdemokratischen Grundsätzen. Schmalfeld bestätigt Frohme's Erklärung.

Das Schlußwort erhält nunmehr Fischer: Wurm hat es für nöthig befunden, hervorzuheben, daß ich nicht im Namen der Gesammtfraktion gesprochen habe. Dazu hatte er keinen Anlaß, denn das habe ich garnicht prätendirt, obwohl ich mich, vielleicht mit Ausnahme meiner Ausführungen über Antrag 80a, vollständig in Uebereinstimmung mit meinen Fraktionskollegen glaube. Wer meinen Ausführungen gefolgt ist, wird gesehen haben, daß ich weder den Antragstellern das Recht bestritten habe, der Fraktion Anregungen zu geben, noch daß ich mich gegen alle und jede Initiativanträge an sich gewandt habe. Ich habe, soweit ich mich gegen Anträge, die dem Parteitage vorliegen, wandte, ausdrücklich verschiedene Gruppen von Anträgen unterschieden. Erstens Anträge, die in der vorliegenden Form durch die Thätigkeit der Fraktion überholt sind (z. B. 81, 82, 83, 85, 87), zweitens Anträge, die nicht zur Kompetenz des Reichstags gehören (93, 95), drittens Anträge, die materiell unmöglich (86, 89, 91, 92) und endlich Anträge (93, 95), die unberechtigt, weil sie gegen die Fraktion Vorwürfe erheben, die auch beim flüchtigsten Nachblättern oder der einfachsten Erkundigung als haltlos erkannt werden mußten. Im Antrag 95 wird der Fraktion ausdrücklich das „Befremden" der Genossen ausgedrückt, daß sie ihre Pflicht „mit so wenig Nachdruck" erfüllt und nicht mit aller Energie die betreffenden Gesetze „durchzusetzen" versucht habe. Das sei doch zugleich auch eine naive Ueberschätzung unseres parlamentarischen Einflusses. Redner verweist auf seine Ausführungen im gedruckten Bericht, Seite 58/59, und legt die Aktion der Fraktion in diesem Punkte klar. Bezüglich des Ausnahmerechts in Elsaß-Lothringen ist die Fraktion sofort bei Beginn der Session zur Stellung der Initiativanträge zusammengetreten. Da aber auch die elsaß-lothringische Fraktion die Aufhebung des Diktaturparagraphen beantragt hatte, hielt es die sozialdemokratische Fraktion nicht für nothwendig, einen Wettlauf mit anderen Fraktionen zu unternehmen. Beinahe sämmtliche Anträge verlangen die Vorlegung von Gesetzentwürfen, in der Diskussion ist

jetzt aber doch das Schwergewicht darauf gelegt worden, daß die beregten Fragen nur im Reichstage zur Sprache gebracht werden. Gerade gegen diese Form der Gesetzesmacherei durch uns wandte ich mich aber. Was hat es denn für einen Zweck, wenn man uns Jahr für Jahr auf jedem Parteitag beauftragt, 20—25 Gesetzentwürfe auszuarbeiten, und wir ihnen dann Jahr für Jahr berichten müssen, daß dies nicht möglich gewesen ist oder daß unsere Initiativanträge nicht einmal zur ersten Lesung gekommen sind! Im Reichstage ist in jeder Woche nur ein Tag für Initiativanträge bestimmt; so kommt es denn, daß in der letzten Session von einigen 40 eingebrachten Anträgen nur vier erledigt wurden, von fünf sozialdemokratischen aber noch nicht ein einziger zur Verhandlung kam! Das Erfreuliche an der Diskussion war, daß gegen die Haltung der Fraktion an sich kein Vorwurf erhoben worden ist, daß sie also das Vertrauen der Genossen besitzt. Wenn Sie daher meine Ausführungen nicht mißverstehen wollen, so ist meiner Meinung nach überhaupt gar kein Anlaß zu Mißverständnissen vorhanden. Da sich die Fraktion zur Zeit mit etwa zehn Gegenständen beschäftigt, die sie dem Reichstage als selbständige Anträge unterbreiten wird (darunter befinden sich Einführung des allgemeinen Wahlrechts für alle Vertretungskörper im Reich und in den Bundesstaaten, gesetzliche Neuregelung der Wahlkreise, Abschaffung der das Vereins- und Versammlungsrecht beschränkenden Gesetze, Arbeiterschutz mit Achtstundentag, Arbeiterkammern 2c., reichsgesetzliche Regelung des Bergwesens), so ist meiner Meinung nach die zweckmäßigste Form der Erledigung der materiell annehmbaren Anträge die, daß wir sie der Fraktion zur Berücksichtigung überweisen. (Beifall.)

Nach Schluß der Diskussion ist noch der Antrag Jahn eingelaufen, der die Fraktion damit beauftragt, für die Frauen das Wahlrecht zum Gewerbegericht zu verlangen.

Es wird zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag Mittag (achtstündiger Arbeitstag) wird angenommen.

Der Antrag der Genossen von Villingen wird angenommen.

Der Hamburger Antrag (Impfzwangbeseitigung) wird, nachdem die ersten Abstimmungen zweifelhaft geblieben sind, schließlich mit 108 Stimmen gegen 94 Stimmen abgelehnt. (Bravo!)

Die Hamburger Anträge auf Lohnschutz werden angenommen.

Der Antrag der Frankenhausener Genossen — Reichsenquete über Arbeitslosigkeit — wird angenommen.

Der Antrag Ewers-Eilbeck auf Sicherstellung des Lohnes des Arbeiters am Arbeitsprodukt wird abgelehnt.

Der Antrag 80a wird angenommen.

Der Antrag 80b wird ausgeschieden.

Der Antrag 81 wird angenommen, ebenso

Antrag 82 mit dem Amendement Quarck und

Antrag 83.

Antrag 84 und 86 werden abgelehnt.

Die Anträge 85, 87, 88 werden angenommen.

Antrag 89 wird abgelehnt.

Antrag 90 wird ausgeschieden.

Antrag 91 wird im ersten Theil angenommen, der Theil, der sich mit der Landagitation beschäftigt, wird ausgeschieden, Nummer 2 und 3 des Antrages werden angenommen.

Anträge 92 und 93 werden abgelehnt.

Antrag 94 wird angenommen.

Antrag 95 erster Theil wird abgelehnt, zweiter Theil angenommen.

Antrag 96 wird abgelehnt.

Der Antrag Hoch (Amtsgericht Langensebold) **wird angenommen.**

Der Antrag Brandt und Genossen, für die Arbeiterinnen **das Wahlrecht** in die Gewerbegerichte zu fordern, wird **angenommen.**

Der Antrag Quarck — Verbesserung des Gewerbeinspektorats — **wird angenommen.**

Die angenommenen Anträge werden, soweit sie noch nicht gedruckt vorliegen, auf Antrag Miltag's gedruckt werden. Damit sind die Anträge erledigt.

Es wird zur Erörterung der badischen Angelegenheit geschritten. Zur Debatte wird der erste Absatz des Antrages 68 und Antrag 69 gestellt. Das Wort zur Begründung des Mannheimer Antrages erhält

Dreesbach: In der letzten Session des badischen Landtages lagen mehrere kirchenpolitische Anträge des Zentrums vor, die uns auch vor 2 Jahren und schon früher beschäftigt hatten. Das Zentrum beantragte: „1. Der § 11 des Gesetzes vom 9. Oktober 1860, die rechtliche Stellung der Kirche und kirchlichen Vereine im Staate betreffend, erhält folgende Fassung: Religiöse Orden und ordensähnliche Kongregationen sind im Großherzogthum zugelassen, von der Errichtung einer einzelnen Anstalt ist der Staatsregierung Anzeige zu erstatten. 2. Artikel 1, das Gesetz vom 2. April 1872, die Abhaltung von Missionen durch Mitglieder religiöser Orden betreffend, wird aufgehoben." Als dieselben Anträge in der Session 1891/92 uns vorlagen, da stimmten wir für die Zentrumsanträge, weil sie ein Ausnahmegesetz, einen Ueberrest aus der Kulturkampfzeit, beseitigen wollten. Damals stimmte Rüdt ebenso wie ich. In diesem Jahre gingen die Zentrumsanträge in eine Kommission, in die von unserer Seite Rüdt entsandt wurde. Wir verabredeten, daß wir dieselbe Stellung wie früher einnehmen und uns an der Kulturkampfpauke zwischen Zentrum und Nationalliberalen nicht betheiligen wollten. Nach der ersten Sitzung aber sagte mir Rüdt, er habe im Interesse unserer Partei folgenden Zusatz beantragt: „unterstehen jedoch in jeder Beziehung den Bestimmungen des Vereinsgesetzes vom 21. November 1867". Es erschien mir zweifelhaft, ob dieses Amendement am Platze sei; Rüdt blieb jedoch dabei. Rüdt's Stimme gab den Ausschlag in der Kommission. Wenn das Zentrum etwas erreichen wollte, mußte es seinem Zusatzantrag zustimmen. Im Plenum suchte das Zentrum den Zusatz wieder zu Fall zu bringen. v. Buol beantragte die Streichung. Wir stimmten dagegen und der Buol'sche Antrag fiel. Nun kam der Gesetzentwurf mit dem Zusatzantrage Rüdt zur Abstimmung. Das Zentrum, die Freisinnigen und die Sozialdemokraten Dreesbach und Stegmüller stimmten dafür. Rüdt aber stimmte dagegen. Das war ein merkwürdiges Schauspiel. Beim Gesetzentwurf II. stellte Rüdt wiederum seinen Zusatzantrag. In der Debatte wurde von allen Rednern darauf aufmerksam gemacht, daß der Zusatz zu diesem Punkte Unsinn sei, da es nicht angehe, an einen Gesetzentwurf, der die Auslöschung eines bestehenden Ausnahmegesetzes verlange, den Hinweis zu knüpfen, daß die allgemeinen Staatsgesetze wieder Platz greifen sollten; denn das sei selbstverständlich. Ich redete Rüdt zu, seinen Antrag zurückzuziehen; er schien mir auch zunächst geneigt, schließlich erklärte er aber, sein Zusatz müsse bestehen bleiben. Bei der Abstimmung stimmten Stegmüller und ich für die Streichung des Rüdt'schen Amendements. Rüdt stimmte dagegen. Bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf II. des Zentrums stimmten Stegmüller und ich dafür, Rüdt enthielt sich der Abstimmung. Ich muß noch nachtragen, daß entgegen unserer vorherigen Abmachung Rüdt in der Debatte eine Philippika gegen die Orden und Klöster hielt, die vielleicht ganz am Platze gewesen wäre, wenn es sich um die Frage gehandelt hätte, ob die Orden ein Kulturinstitut seien oder nicht. Darum handelte es sich aber im vorliegenden Falle gar nicht, sondern darum, ob die Sozialdemokratie auch im Parlament dafür eintreten soll, was das Programm

ihr vorschreibt. Rüdt's Rede, die die Kulturkämpferreden der Nationalliberalen Kiefer und Fieser übertraf, war da nicht am Platze. Durch sein Verhalten setzte er sich in Widerspruch zu dem Absatz 4 unseres Programms, der die Abschaffung aller Gesetze, die die freie Meinungsäußerung unterdrücken, fordert. Und was wir da verlangen, verlangen wir doch nicht nur für uns, sondern auch für unsere Gegner. Die Stellung des Zusatzantrages war überflüssig. Auch nach dem Absatz 6 unseres Programms: Erklärung der Religion als Privatsache, hatten wir uns zu richten. Deshalb mußten wir mit dem Zentrum stimmen, gleichviel ob uns nun die Errichtung von Klöstern angenehm ist oder nicht. So war auch die Stellung unserer Reichstagsfraktion beim Jesuitengesetz. Es erhob sich nun in Baden ein ungeheurer Zeitungssturm. Die alten Kulturkampforgane, die „Badische Landeszeitung" in Karlsruhe und die „Straßburger Post", fielen über mich und Stegmüller her und verleumdeten uns, wir ständen im Dienste des Zentrumsführers Wacker. Als Parteiverräther wurden wir bezeichnet. Diese Blumenlese von Verleumdungen in den gegnerischen Blättern gegen uns druckte nun der „Offenburger Volksfreund" ohne Kommentar ab. Rüdt wurde dagegen als der konsequente Verfechter des sozialdemokratischen Prinzips hingestellt. Wie steht es nun mit der Konsequenz Rüdt's? In der Session 1891/92 hatte er ohne Vorbehalt gemeinschaftlich mit uns für die Zentrumsanträge gestimmt. 1894 enthielt er sich der Abstimmung. Das ist ein ziemlicher Sprung. Noch größer ist ein anderer. 1888 hielt Rüdt in Mannheim einen Vortrag: Die geschichtliche Wahrheit über Klöster und Orden. Darin sprach er die Hoffnung aus, daß die erleuchtete badische Regierung niemals zugeben werde, daß wieder Klöster in Baden errichtet würden. (Hört! hört!) 1893 kandidirte Rüdt bei den Reichstagswahlen im 9. badischen Wahlkreise Pforzheim. Er kam mit dem Nationalliberalen Frank in Stichwahl. In dem Flugblatte, das zu seiner Wahl aufforderte, hieß es, um auf die Katholiken einzuwirken: „So gut ich als Freidenker das Recht der freien Meinung verlange, muß ich auch der katholischen Kirche das Recht auf Klöster und Orden lassen. (Hört! hört!) Gegner aller Ausnahmegesetze bin ich auch Gegner eines Ausnahmegesetzes gegen die katholische Kirche!" Wie verträgt sich das mit seinem Verhalten in der badischen Kammer? Es wäre uns nicht eingefallen, mit diesen häuslichen Streitigkeiten den Kongreß zu behelligen, wenn sie nicht einen so bedenklichen Umfang erreicht hätten, daß sie die Agitation in Baden brachlegen. Es herrscht große Erbitterung, vermehrt durch das Eingreifen des Offenburger „Volksfreundes", der sich von vornherein auf die Seite Rüdt's schlug und gegen mich und Stegmüller den Bannstrahl schleuderte. Als die Mannheimer „Volksstimme" uns in Schutz nahm, was ihr gutes Recht war, da schrieb der „Volksfreund", sie thäte es auf Veranlassung von Dreesbach, der ihr bezahlter Beamter sei. Die Landeskonferenz ergab kein Resultat. Sie kann auch nicht Ordnung schaffen. Das kann nur die Kommission, die hier gewählt wird, und der auch die Preßfrage vorgelegt werden soll. (Zwischenrufe!) Ich habe wenigstens und mit mir viele andere es so verstanden, daß die Preßfrage vor die Neunerkommission und nicht vor die badische Landeskommission gewiesen werden soll. (Widerspruch.) Von der Kommission erwarte ich Gerechtigkeit. Ein alter Parteigenosse wie ich, der über 25 Jahre in der Partei steht, darf nicht schutz- und schonungslos in der Parteipresse heruntergemacht werden. (Lebhafter Beifall.) Bezüglich Stegmüller's liegt die Sache so, daß, wenn ich Recht habe, auch Stegmüller Recht hat. In der Lörracher Kirchenangelegenheit hat Stegmüller wohl nur im guten Glauben gehandelt, und zwar nach dem Rathe Adolf Geck's. Im Budget 1891/92 waren 40 000 Mk. für den Lörracher Kirchenbau bewilligt, aber nicht ausgezahlt worden. Von Lörrach aus war Stegmüller nahegelegt worden, diese Gelder

flüssig zu machen. Weil er ein junger Parteigenosse ist, warnten wir ihn vor einer solchen Handlung. Nachdem ihm aber Geck, den er gefragt hatte, sagte: daß, nachdem nun einmal die Gelder bewilligt worden seien, es keinen Verrath an der Partei bedeute, wenn er jetzt die Gelder flüssig mache, hat er im Landtage diese Sache angeregt. Obwohl also Geck den unerfahrenen Genossen zwar nicht aufgefordert, wohl aber berathen hat, in dieser fatalen Weise Stellung zu nehmen, war es gerade der Offenburger „Volksfreund", der Stegmüller als „Kirchenrath von Lörrach" anzapfte. Wenn also Stegmüller schuldig ist, so ist ebenso schuldig der, der ihn berathen hat. Höchstens hat er einen Fehler begangen, wie ihn auch die erfahrensten Genossen schon begangen haben, der aber gewiß nicht den Anlaß geben kann, einen braven, thätigen Parteigenossen aus der Partei auszuschließen. (Lebhafter Beifall.)

In einer Geschäftsordnungsdebatte wird nochmals festgestellt, daß in der Vormittags-Sitzung Antrag 67 in der Neunerkommission, 68_1 im Plenum, 68_2 an die badische Landeskommission überwiesen, 69 im Plenum behandelt werden soll. Dieser Beschluß wird jedoch jetzt umgestoßen und 68_2 der Neunerkommission überwiesen.

Nach 7 Uhr wird beschlossen, Rüdt noch zu seiner Vertheidigung zu hören, damit Dreesbach's Angaben nicht unwidersprochen durch die Presse ins Land hinausgehen könnten.

Rüdt: Er erwartet vom Parteitag vollkommene Gerechtigkeit, man muß aber, ehe man ein Urtheil fällt, beide Parteien hören. Er findet es unverantwortlich, wie man durch Pamphlete, wie das Dreesbach'sche, an dem Stegmüller unschuldig sei, wie ein neugeborenes Lämmlein, bei dem Parteitage, also bei den Richtern, Stimmung machen könne. Die ganze Streitfrage habe sich wie folgt entwickelt: Als Mitglied der Kommission über die Ordensfrage hatte ich Stellung zu dem Zentrumsantrage zu nehmen, daß „religiöse Orden und Kongregationen in Baden zuzulassen seien". Ich machte nun meine Zustimmung zu diesem Antrage davon abhängig, daß die Orden und Kongregationen ebenso wie andere Vereine unter das Vereinsgesetz gestellt würden. Dadurch habe ich durchaus im Rahmen des Parteiprogramms gehandelt. Neben dem allgemeinen Rechte, dem Parteiprinzip, giebt es aber auch noch jura stipularia und jura specialia. Erst im Erfurter Programm sind die jura specialia fixirt worden. Man kann mir aber keinen Vorwurf daraus machen, wenn ich vor Erfurt die Kirche und die Religion anders bekämpft hatte als jetzt, und ich habe mich weder einer Inkonsequenz noch eines Prinzipienverrathes schuldig gemacht, wenn ich nun verlangte, daß die Kirche denselben Gesetzen unterworfen werden sollte wie andere Vereinigungen auch. So stand die Sache vor der Kommission, in der Wacker mir ausdrücklich erklärte, daß sich über meinen Zusatzantrag sprechen lasse. Im Plenum wurde es aber anders. Die Klerikalen verlangten ausdrücklich, daß ihre Orden ꝛc. nicht mit demselben Maße gemessen werden sollten wie private Vereinigungen. Sie wollten uns also über das Ohr hauen. Für uns lag nun die Sache so, daß wenn wir die Orden nicht als Privatvereine ansehen sollten, wir nicht für sie stimmen konnten. Wenn die Ultramontanen uns auf Grund meiner Erklärungen in der Kommission übertölpeln wollten und uns zu zwingen versuchten, für ihren Antrag ohne unseren Zusatz zu stimmen, so blieb uns nichts anderes übrig, als uns der Stimme zu enthalten. Wir mußten der Sozialdemokratie den Triumph sichern, die Pfäfflein zappeln lassen zu können. Der zweite Zentrumsantrag bezog sich auf die Missionen. Auch hier bezweckte mein Antrag nur, die Privilegien der Kirche zu beseitigen. In Bezug auf den dritten Zentrumsantrag konnten wir unbedingt zustimmen, denn es handelte sich nur um rein interne Angelegenheiten der katholischen Kirche, bei der wir ihr nicht ihr Selbstbestimmungsrecht beschneiden können. Bei der Abstimmung habe ich mich also so logisch verhalten, wie ich

hier vor Ihnen spreche; auch Dreesbach war am Tage vor der Abstimmung durchaus meiner Ansicht. Nach Dreesbach's Ausführungen habe ich aber auch im Landtage eine kulturkämpferische Rede gehalten. Das ist unrichtig und läßt sich an der Hand der gedruckten Rede widerlegen. Meine Rede war rein wissenschaftlich, und als gebildeter Mensch, aber auch in meiner Eigenschaft als Sozialdemokrat hatte ich die Pflicht zu beweisen, indem ich mich auf Päpste und Priester bezog, daß die Klöster durchaus nicht immer die Pflanzstätten der Tugend, der Nächstenliebe, der Wissenschaften gewesen sind, als welche sie die Ultramontanen hinstellten. Aber ich habe in meiner Rede ausdrücklich gesagt, daß ich nicht durch Gewalt, durch brutale Unterdrückung, sondern durch Geisteskampf die Beseitigung der Klöster anstrebe. In der ganzen Frage wäre es politischer Kretinismus gewesen, wenn ich nicht auf meinem Zusatz bestehen geblieben wäre; Dreesbach hat mir vor Zeugen gesagt, daß er auf meinem Standpunkt stehe; und auch die „Volksstimme" hatte zunächst offen ausgesprochen, daß ich den prinzipiellen Standpunkt gewahrt hätte. Aber nun kommt man her und wirft mir Verrath am Parteiprinzip vor und schiebt mir unter, ich hätte mit den Nationalliberalen unter einer Decke gesteckt. Das wirft man mir vor, der ich in meiner langen Thätigkeit alle unsere Gegner mit vollster Entschiedenheit bekämpft hatte. Ich habe nicht nöthig, mit unseren Gegnern zu paktiren. Aber wenn ich vor die Wahl zwischen einem Ultramontanen und einem Nationalliberalen gestellt werde, so ziehe ich doch noch den Nationalliberalen vor; während der erstere noch tief im finsteren Mittelalter steckt, lebt der andere wenigstens in der modernen Zeit. Auch in meinem Flugblatte habe ich nur solche Dinge vertreten, die sich mit unseren Prinzipien decken, ich habe nicht um ultramontane Stimmen gebuhlt, indem ich versprach, für Reservatrechte der Kirche zu stimmen, sondern habe nur versprochen, der Kirche dieselben Rechte wie jedem Privatvereine zu sichern. Eigenthümlicher Weise begannen die Feindseligkeiten Dreesbach's gegen mich, die ich weder begonnen, noch in irgend einer Weise erwidert habe, erst nach den Artikeln des Offenburger „Volksfreundes". Auch als die „Volksstimme" sich in fanatischer Weise gegen mich wandte, habe ich weder in Rede noch in Schrift die Angriffe erwidert. Als die badischen Genossen es für nothwendig erklärten, in einer besonderen Landeskonferenz die Angelegenheit zu erklären, habe ich mich ohne Weiteres gestellt. Anstatt daß nun Dreesbach sich in sozialdemokratischer Solidarität dem Spruche der Konferenz unterworfen hätte, war er beleidigt, als sich die überwältigende Mehrheit der Konferenz für mich erklärte, und schimpfte unausgesetzt in der Oeffentlichkeit gegen mich. Damit war der Zank entflammt, der unseren Gegnern zur Freude in einem Augenblick vom Zaune gebrochen wurde, wo sie sich dazu rüsten, um in vereintem Angriff uns zu Boden zu schmettern.

Ich appellire nochmals an Ihre Gerechtigkeit und ich bin überzeugt, daß Sie der Wahrheit das Recht geben werden. (Lebhafter Beifall.)

Zur Geschäftsordnung stellt Bebel der Antrag, daß, nachdem in dieser Sache die beiden Kontrahenten gesprochen, das Plenum entscheiden könne. Die Angelegenheit des Offenbacher „Volksfreundes" und die Angelegenheit Stegmüller müsse der Neuner-Kommission überwiesen werden.

Nachdem noch Geck für sich das Recht reklamirt hatte, morgen ebenso lange wie Dreesbach und Rüdt sich zu vertheidigen, wird entsprechend dem Antrage Bebel beschlossen.

Es folgen geschäftliche Mittheilungen. Genosse Landgraf, der zum Schriftführer gewählt war, hatte kein giltiges Mandat, sondern war nur Besucher. Für ihn wird Kunert zum Schriftführer gewählt.

Der holländische Genosse van Kol überbringt die Grüße der sozialdemokratischen Partei der Niederlande.

Am Mittwoch Abend geben die Frankfurter Genossen dem Parteitag einen Kommers in der „Weißen Lilie".

Auf Antrag Bebel's wird beschlossen, mit Rücksicht darauf ohne Mittagspause bis 4 Uhr zu arbeiten.

Schluß $7^3/_4$ Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 24. Oktober 1894. — Vormittags-Sitzung.

$9^1/_4$ Uhr.

Vorsitzender Singer.

Singer ertheilt nach einigen geschäftlichen Mittheilungen dem niederländischen Genossen van Kol das Wort.

van Kol: Vor zwei Jahren, zu Berlin, befand ich mich in Ihrer Mitte, doch war mir damals vom Zentralrath des Holländischen sozialdemokratischen Bundes strenge Neutralität auferlegt. Kein Urtheil sollte ich aussprechen, weder über die damaligen Streitigkeiten in Ihrer Heimath noch über die zwischen einzelnen Ihrer und unserer Führer. Wie unangenehm dieser Standpunkt uns auch war, wir haben den Auftrag erfüllt, umsomehr, weil uns nicht jede Aussicht auf die Wiederherstellung der Eintracht verloren zu sein schien. Damals hofften wir noch, daß persönliche Streitigkeiten und Zwist verschwinden würden vor den Forderungen des gemeinschaftlichen Kampfes; daß im Schatten der rothen Fahne sich alle diejenigen wieder vereinen würden, welche aufgewachsen waren im Kampf für Recht und Freiheit.

Diese Hoffnung ist jetzt verschwunden, wenigstens in Bezug auf Holland. Dort sind wir scharf getrennt. Die neu begründete Sozialdemokratische Arbeiter-Partei hat sich losgerissen vom alten Bunde, welcher nur aus Heuchelei sich noch sozial-demokratisch nennt und dessen Mehrheit jetzt uns schärfer als die Bourgeoisie bekämpft, und die brutale Gewalt, womit man den herrschenden Klassen nur droht, wird uns gegenüber ausgeübt. Wir, die wir uns selbst gleich blieben, die wir festhielten an der Ueberzeugung, welche einmal die des ganzen Bundes war, wurden als „Störenfriede" und „Verräther" ausgeschrieen, weil wir die unbeständige Haltung und Taktik einiger unserer Wortführer für die Sache des Sozialismus verderblich hielten.

Man mag es bedauern — die Trennung mußte kommen. Es war kein Zwist zwischen Individuen, sondern eine Lebensfrage für den Sozialismus in Holland: der Kampf, ob anarchistische oder sozialdemokratische Taktik. Andere Länder haben diesen Kampf schon größtentheils überstanden, weil ja die anarchistische Taktik sich überall als unbrauchbar und schädlich erwiesen hat, nützlich nur für die Feinde des Proletariats. Wegen ihrer Folgen wurde sie schon in Amerika, Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Oesterreich und Spanien verurtheilt, und die machtlose Wuth einiger Fanatiker kann sie nicht retten. In Holland müssen wir diesen Gährungsprozeß, diese Kinderkrankheit noch durchmachen, und heftig schäumt und braust es im Innern unserer Partei, wenn auch schon einzelne Thatsachen darauf hindeuten, daß die frühere Ueberschätzung unserer Kräfte anfängt Raum zu machen für die Anerkennung unserer thatsächlichen Schwäche auf jedem anderen Gebiete als dem der Politik.

Lange haben wir gehofft, daß das gemeinschaftliche Ziel auch einen gemeinschaftlichen Weg ermöglichen würde; allein seitdem auf dem Groninger Kongreß der Bund einen entschieden antiparlamentarischen Charakter annahm und jede Theilnahme an den Wahlen verbot, ist uns dieser Traum

entflohen. Unsere Wege sind jetzt für immer geschieden, denn wir entfernen uns um keines Haares Breite von der eingeschlagenen Bahn, auf welcher Deutschland, Frankreich, Oesterreich und Belgien uns schon vorangingen und Siege errungen haben.

Die jetzige Taktik des offiziellen Bundes, der die mächtigste Waffe im Klassenkampf, das Schwert der Staatsmacht und der Gesetzgebung, verrosten lassen will, dünkt uns unselig für die Propaganda des Sozialismus, unselig für die Wehrbarkeit der Arbeiter. Vor Allem in Holland, mit seinem wenig industriellen und in geringem Maße agrarischen Proletariat, wird der Kampf auf ökonomischem Gebiete (trotz einiger kleiner und zeitlicher Vortheile) sich für die Arbeiter möglichst ungünstig zeigen. Der politische Kampf ist dort mehr als irgendwo das unentbehrliche Hilfsmittel zur Befreiung des Proletariats.

Wir sind leider noch ein kleines Häuflein gegenüber den mächtigen Feinden aus den besitzenden und den zahlreichen Unwissenden und Gleichgiltigen aus den arbeitenden Klassen. Das muß und soll anders werden. Und das wird anders werden sobald durch den Drang der Entwicklung und der Triebkraft des Volkes das allgemeine Wahlrecht wird erobert sein und das Proletariat wird gelernt haben, dieses Machtmittel anzuwenden zum eigenen Vortheil und zum Verderben der Feinde. Hier liegt im Augenblick der schwache Punkt der Festung der Bourgeoisie, darauf werden wir unseren Angriff richten.

Und wenn es uns gelungen sein wird, die Gemüther des Volkes in Bewegung zu bringen, wenn wir das Loos und die Widerstandskraft der Arbeiter verbessert oder den Mangel an gutem Willen seitens der Regierung bewiesen und also die Pfeiler der Bourgeoisherrschaft untergraben haben werden, dann werden wir nochmals die Frage stellen: wer nun die wirklichen Revolutionäre gewesen sind: die Anhänger der anarchistischen Gewaltphrasen oder die der sozialdemokratischen Taktik.

Die Aufgabe, welche Sie in Deutschland schon zum Theil gelöst haben, liegt bei uns noch vor. Ihre selbstbewußte, intelligente und energische Taktik, deren Erfolge den Enthusiasmus der ganzen sozialistischen Welt erregte, wird uns zum Beispiel dienen. Mit Ausnahme einiger kleinen Abänderungen, welche die eigenthümlichen Zustände erheischen, wird sie die Taktik werden der neulich in Holland begründeten Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei, welche sich ganz und gar auf den Boden der Entschlüsse der internationalen Kongresse stellt, von welchen der alte Bund sich losriß. Wir allein in unserer Heimath blieben treu den Beschlüssen der überwältigenden Mehrheit der sozialistischen Arbeiter. Und sei unser Häuflein jetzt auch noch klein (nur 20 Gruppen zählen wir), wir fühlen uns stark im Bewußtsein, ein Bataillon der großen internationalen Armee des kämpfenden Proletariats zu sein.

Es ist noch viel für uns zu thun übrig, wir sind nur am Anfang unserer schweren Aufgabe, unseres heißen Kampfes. Und darum war Ihre finanzielle Hilfe, Ihr Sympathiebeweis in diesen Tagen von schwerem und verzagendem Kampfe uns so herzlich willkommen. Die Solidarität, welche Sie Ihren Waffenbrüdern in Frankreich, Belgien und Oesterreich zeigten, haben Sie jetzt auch an Holland erwiesen.

Dank, Brüder und Mitkämpfer, im Namen des jetzt noch so schwachen Armeekorps, das in Holland die Fahne der internatinalen Sozialdemokratie reiten muß aus den Händen ihrer Feinde, die heute erklären, daß sie „in dem Sieg der Sozialdemokratie den Untergang des Sozialismus" sehen, und deren Hauptführer dem gegenwärtigen Klassenstaat den Vorzug giebt vor einer sozialdemokratischen Gesellschaft, weil diese „unendlich tyrannischer sein würde" (Société Nouvelle, 1894 p. 599 und 803). Wir wurden gezwungen zu wählen, und da stehen wir neben Ihnen! Treu den Prinzipien, durch die Geschichte und die Wissenschaft erprobt; treu unseren Bundesgenossen aller

Länder im Kampf für menschliche Freiheit und Gleichheit; treu, mit einem Worte, der rothen Fahne der revolutionären Sozialdemokratie! (Beifall.)

Singer: So weit es uns möglich ist, werden wir die Solidarität auch weiter bethätigen.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Zur Debatte stehen: die badischen Streitigkeiten, beschränkt auf den Inhalt des Antrages 68_1.

Geck-Offenburg: Parteigenossen! so darf ich Sie doch noch nennen trotz der Angriffe von gestern. Ich stehe allerdings noch nicht 25 Jahre wie Dreesbach in der Bewegung, aber ich habe, so lange wie ich thätig bin, nichts so Widerwärtiges und Absurdes erlebt wie das Dreesbach'sche Pamphlet, das gestern gegen mich verbreitet worden ist. Seit 1890 hat Baden sozialdemokratische Redner im Parlament und zwar Rüdt und Dreesbach. Zwischen beiden herrschen seit langem persönliche Streitigkeiten. Das Hinzukommen eines dritten, Stegmüller, besserte nichts. Er schwankte zwischen beiden Polen hin und her. Die badischen Genossen waren von diesem Streit nicht erbaut und machten den Versuch, ein würdigeres Verhalten der Streitenden nach außen herbeizuführen. Zwei Tage lang beschäftigte sich der Parteitag, der Ostern dieses Jahres in Karlsruhe tagte, mit der Angelegenheit und kam zu dem Resultat, unseren Vertretern im Landtag einmüthig zu empfehlen, eine Fraktion zu bilden und sich den üblichen Fraktionsgesetzen zu unterwerfen. Dem Abgeordneten Stegmüller wurde ein Vertrauensvotum ertheilt nicht wegen seiner sogenannten Kirchenbau-Rede, die noch nicht gehalten war, sondern wegen seiner Straßenmeister-Rede; da hatte Stegmüller im Parlamente gesagt, die Straßenmeister müßten ein höheres Gehalt erhalten; jetzt seien sie gezwungen, den Staat zu betrügen; das wurde bestritten. Da erwiderte Stegmüller: Das weiß ich aus eigener Erfahrung. In meinem Notizbuch habe ich aufgezeichnet, wie oft ich den Staat betrogen habe. (Heiterkeit.) Wir verziehen Stegmüller, weil er ein junger, parlamentarisch unerfahrener Mann ist. Redner schildert nun das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion im badischen Landtag zu den Zentrums-Anträgen. Der Antrag Rüdt war als Fraktions-Antrag eingebracht. Statt einmüthig für den Zusatz-Antrag einzutreten, spaltete sich die Fraktion. Dem Zentrumsführer Wacker und dem Freisinns-Demokraten Muser war es gelungen, Unkraut in den Weizen zu säen. Der alte Konflikt zwischen Dreesbach und Rüdt kam wieder zum Vorschein. Das Verhalten der Landtags-Fraktion hat uns geradezu vor aller Welt kompromittirt. Als der Zentrums-Antrag zur Abstimmung kam, rief Stegmüller über den Parlamentssaal: „Dreesbach, wie wolle mer jetzt stimme?" (Große Heiterkeit.) Daß die Genossen im Lande mit diesem Zwist nicht gerade zufrieden waren, ist klar. Redner geht nun dazu über, das Verhalten des Offenburger „Volksfreund" zu vertheidigen. Er wird jedoch vom Vorsitzenden unterbrochen, der ihn darauf aufmerksam macht, daß die Preßfehde vor der Neuner-Kommission auszutragen sei und bricht damit ab. Er erinnert an das einstimmige Urtheil des letzten Offenburger Parteitages gegen Dreesbach und für ihn und Rüdt und schließt mit der Versicherung, daß die badischen Genossen durchaus nicht uneins seien und die Differenzen nur mit drei bis vier Persönlichkeiten in Mannheim und Lörrach beständen.

Krohn-Konstanz: Die Streitigkeiten in Baden sind nicht erst in der Kammer entstanden. Schon in Karlsruhe sahen wir, daß persönliche Zwistigkeiten zwischen Rüdt und Dreesbach vorhanden seien, die bald zum offenen Austrag kommen müßten. Wir in Konstanz geben Rüdt in Bezug auf seine Haltung im Landtag durchaus recht. Wo ein Huß verbrannt worden ist, müssen wir die Pfaffen auf das Entschiedenste bekämpfen.

Kiesel-Berlin: Die Parteigenossen, die seit 25 Jahren im politischen Kampfe stehen, hätten doch zum mindesten wissen müssen, wie sie sich in einer

prinzipiellen Frage zu verhalten haben. Rüdt hat nicht konsequent gehandelt. Ich verstehe es, warum er gegen die Pfaffen donnert und ein Dutzend täglich zum Frühstück verzehrt, aber hier handelt es sich um die Wahrung des Prinzips, und gegen das Prinzip hat Rüdt verstoßen.

Lütgenau-Dortmund: Wir bekämpfen die Macht der Kirche, aber die Macht hat sie nur durch die Staatsgesetze, deshalb hat es keinen Zweck, die Pfaffen anzugreifen, sondern für Trennung von Staat und Kirche einzutreten, deshalb hat Rüdt auch nicht dem Prinzip entsprechend gehandelt. Rüdt brüstet sich mit seiner Wissenschaftlichkeit und Logik, aber seine Aeußerungen gegen die Klöster sind weder juristisch wissenschaftlich noch logisch klar. Sein Zusatz bezüglich der Stellung der Orden unter das Vereinsgesetz ist entweder sinnlos oder selbstverständlich. Um seinen Verstoß gegen das Programm zu bemänteln, greift er nach dem Strohhalm der Worte Wacker's in der Kommission. Das Verhalten Rüdt's geht über das der Nationalliberalen noch hinaus, es ist strikte gouvernemental. Würden wir das Verhalten Rüdt's nicht mißbilligen, so könnten wir uns gegen Angriffe des Zentrums gegenüber dem Satz „Religion ist Privatsache" nicht mehr vertheidigen.

Dreesbach-Mannheim: Rüdt scheint auch hier die Taktik des Verschleierns einzuschlagen, darin hat ihm Geck sekundirt. Es wird immer wieder behauptet, persönliche Zwistigkeiten seien die Ursachen des Parteistreites. Rüdt sucht mit Hilfe seiner Beredsamkeit im Oberlande gegen mich Stimmung zu machen, deshalb eben bringe ich die Sache vor ein unparteiisches Gericht. Bei der Abstimmung handelt es sich nicht um das, was im Kommissionsbericht steht, sondern es handelt sich um den Wortlaut des Gesetzes, und danach hatte Rüdt die Pflicht, mit uns zu stimmen. Selbstverständlich unterliegen die Missionsgesellschaften dem bestehenden Vereinsgesetze. Ich hatte Rüdt allerdings anfangs zugestimmt, als er den Zusatzantrag stellte. Nachdem ich aber selbst erkannt hatte, daß er unlogisch sei, war ich doch nicht verpflichtet, für den Unsinn zu stimmen! Das Vorgehen des Rüdt untergräbt uns unsere ganze Agitation. In der Landesversammlung wußte man nicht, was man thun sollte, sonst hätte man nicht einstimmig für Rüdt stimmen können. Das ist der weitere Grund, weshalb wir die Sache vor den Parteitag brachten, damit dieser dem Dr. Rüdt ausspricht, „sein Verhalten entspreche nicht den Parteiprinzipien". Die Preßfehde bringen wir vor die Kommission, und da werden wir Genossen Geck noch andere Sachen vorlesen als das Artikelchen, das er hier vorgetragen hat. Was Geck über Stegmüller's lauten Zuruf: „Wie haben wir zu stimmen?" gesagt habe, sei ein Märchen. Stegmüller habe sich nur leise an ihn, Redner, um Rath gewandt, wie das häufig in allen Fraktionen vorkommt.

Rüdt-Heidelberg: Es handelt sich garnicht um ein Ausnahmegesetz, das beweist schon ein Blick auf das badische Grundgesetz. In der Praxis ist es wohl ein Ausnahmegesetz, aber nicht in seinem inneren Sinne. Meinen Zusatzantrag habe ich eingebracht, um der späteren falschen Interpretation des Gesetzes vorzubeugen. Bebel hat bei einer anderen Gelegenheit einem Gesetze ähnliche Riegel vorgeschoben, weil er scharfsinnig den schlimmen Folgen späterer falscher Interpretation vorbeugen wollte. Ich wollte ja nur, daß die öffentlichen Missionsakte wie politische Versammlungen angemeldet und überwacht werden sollten. Logisch hat mein Zusatz nach dem Fallen des sog. „Ausnahmegesetzes" Zweck gehabt. Es ist falsch, daß die Worte des Zentrumsabgeordneten Wacker keine rechtliche Bedeutung hätten, wie Lütgenau meint. Seit wann sind wir denn soweit gekommen, das Urtheil einer Parteikonferenz für Unsinn zu erklären. Unter den Leuten des badischen Oberlandes sind mehr kluge und praktische Leute, sie würden sich vor den Kopf gestoßen sehen, wenn Sie deren Urtheil hier einfach umstoßen. Sie wissen mehr als die Norddeutschen, was es mit dem Kampfe gegen die Klerisei und die schleichenden Kapuziner (Ge-

lächter) auf sich hat. Lütgenau und Dreesbach meinten, mein Zusatz hätte keinen Sinn mehr gehabt, nachdem das Ausnahmegesetz gefallen ist. Stilistisch vielleicht nicht, wohl aber logisch. Die Privilegien der Orden bestehen weiter, und für deren Beseitigung bin ich eingetreten, aber auch für Aufhebung des Ausnahmegesetzes. Die Frage Stegmüller's ist thatsächlich während der Verhandlung gefallen. Es ist Sache der badischen Organisation, die Angelegenheit zu regeln. Die ordnungsmäßig verlaufene Konferenz ist zu dem Urtheil gekommen, daß ich dem Prinzip entsprechend gehandelt habe. Wir mußten die Privilegien der Kirche beschneiden, das gebot uns auch die Frage der Taktik. Man muß es uns, die wir in ständiger Berührung mit der Landbevölkerung stehen, überlassen, zu verlangen, daß die kirchlichen Institutionen unter das Vereinsgesetz gestellt werden. Deshalb muß sich der Parteitag auch den Beschlüssen der Landeskonferenz anschließen.

Mit großer Mehrheit wird auf Antrag Hülle's Schluß der Diskussion angenommen.

Persönlich bemerkt Stegmüller-Lörrach: Ich war als Straßenmeister im badischen Staatsdienste. Diese Straßenmeister sind so schlecht gestellt, daß sie seit Jahr und Tag jeden Feiertag als Arbeitstag berechnen müssen, um zu dem budgetmäßigen Einnahmebetrag zu gelangen. Ich empfand das als einen staatlich erlaubten Betrug, aber doch immerhin als Betrug, deshalb quittirte ich den Staatsdienst. Das und nichts anderes brachte ich im badischen Parlament zur Sprache. (Beifall.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag 68, I.:

„Das Verhalten des Dr. Rüdt bei der Ordensfrage im badischen Landtag entspricht den Prinzipien und der Gepflogenheit der sozialdemokratischen Partei nicht und spricht der Parteitag seine entschiedene Mißbilligung hierüber aus"

angenommen.

Antrag 68 II. und 69 gehen an die Neuner-Kommission, in welche gewählt sind: Blos, Koenen, Hülle, Zetkin, Birk, Quarck, Ihrer, Legien, Peus. Frau Zetkin bittet, von ihrer Wahl abzusehen, da sie noch in der Mandatprüfungs-Kommission beschäftigt sei. Diesem Wunsche wird nachgekommen und an ihre Stelle tritt Neumann-Elberfeld.

Es wird zur Erörterung der bayerischen Angelegenheit geschritten. Zur Debatte stehen die Anträge 70, 75, 76 und 102, ferner liegen vor die Resolutionen:

113. Die Unterzeichneten beantragen, der Parteitag wolle erklären:

In Erwägung, daß die grundsätzliche Bekämpfung der herrschenden Gesellschafts- und Staatsordnung aus der Gesammtthätigkeit der Partei hervorgeht;

in weiterer Erwägung, daß die Gesammtabstimmung über die Finanzgesetze der Einzelstaaten eine reine Zweckmäßigkeitsfrage ist, welche nach den örtlich und zeitlich gegebenen Umständen zu beurtheilen ist, sowie in Hinblick auf die auf dem bayerischen Parteitage gegebenen Darlegungen:

sind die von Berlin 1, 3, 4, Halle, Weimar, Braunschweig und Hanau gestellten Anträge als erledigt zu betrachten.

Oertel-Nürnberg. Eduard Schmidt. Albrecht Fülle. J. Bräu. Seidl. Reichsrath. M. Schmidt. R. Opificius. Ad. Geck. Th. Lutz. Opificius-Pforzheim. Dr. Rüdt. A. Krohn. Müller-Arheilgen. Cramer-Darmstadt. Orbig-Gießen. H. Prinz. Galm-Seligenstadt. Och-Langen. J. Orb. Stücklen-Hof. M. Ernst. Karl Greß. Friedr. Zick. Breder-Augsburg. Birk. Kölblinger. Müller. Klemens. Bamberger. Wiemer. Möslinger.

114. Der Parteitag wolle erklären: Es ist Pflicht der parlamentarischen Vertreter der Partei, wie im Reichstag so in den Landtagen Uebelstände und Ungerechtigkeiten, die in dem Klassencharakter des Staats wurzeln, der nur die politische Organisationsform für die Wahrung der Interessen der herrschenden Klassen ist, mit aller Schärfe zu kritisiren und zu bekämpfen; es ist weiter Pflicht der Vertreter der Partei, alle geeigneten Mittel zu ergreifen, um bestehende Uebel zu beseitigen und andere Zustände im Sinne unseres Programms zu schaffen. Da ferner die Regierungen als Leiter von Klassenstaaten die sozialdemokratischen Bestrebungen auf das heftigste bekämpfen und jedes Mittel, das ihnen zweckmäßig erscheint, ergreifen, um die Sozialdemokratie, wenn möglich, zu vernichten, so ist die nothwendige Folge, daß die Vertreter der Partei in den Landtagen den Regierungen ein Zeichen des Vertrauens nicht geben können und, da die Bewilligung des Gesammtbudgets als Vertrauensvotum gilt, in der Gesammtabstimmung gegen das Budget zu stimmen haben.

Antrick. Auer. Arons. Bebel. Braunsdorf. Emmel. Ewald. Geyer. Gruhl. Herbert. Jahn. Kaden. Kasper. Kandt. Koenen. Kiesel. Liebknecht. Lütgenau. Lesche. Meist. Martikke. Metzner. Mattutat. Pfarr. Pfannkuch. Schultze-Cossebaude. Singer. Slomke. Schultze-Königsberg. Schulze-Berlin. Timm. Werner. Wilke.

Wilke-Berlin begründet Antrag 70: Die bayerischen Landtags-Abgeordneten haben sich bei ihren Etatabstimmungen in einer Weise verhalten, die nicht in Uebereinstimmung ist mit unseren sonstigen Gepflogenheiten. Wenn nun auch die bayerischen Genossen sich von taktischen Gründen haben leiten lassen, so können es doch sehr viele Genossen nicht begreifen, wie man bei Abstimmungen über den Gesammt-Etat auch Mittel für offenbar kulturfeindliche Zwecke bewilligen könne. Um jeder Mißstimmung in weiten Kreisen vorzubeugen, muß der Parteitag das Verhalten der bayerischen Genossen tadeln.

Kunert-Halle zu Antrag 70: Wenn ich den bayerischen Abgeordneten auch für ihre Thätigkeit meine Anerkennung ausspreche, so liegt bei ihrer Abstimmung über ihren Gesammt-Etat doch ein Verstoß gegen unser Programm vor. An einzelnen Posten weist Kunert nach, daß hier die Etatsforderungen im Widerspruch zu den Bestimmungen unseres Programms stünden. Es ist klar, daß nicht drei rothe Heller zu diesem Etat hätten bewilligt werden dürfen, geschweige 330 Millionen. Man kann nun sagen, daß in der Theorie das ganz schön sei, aber nicht in der Praxis. Ist aber die bayerische Praxis richtig, so gehört das Programm in den Papierkorb. Ich kann nicht das Mißtrauen unterdrücken, daß die Bayern zur Erzielung äußerer Erfolge sich zur Programmverletzung haben hinreißen lassen, wenn ich auch überzeugt bin, daß sie das Wohl der Partei im Auge gehabt haben. Ihr Verhalten unterscheidet sich aber doch kaum mehr von dem des radikalen Liberalismus. Wenn wir nicht aus eigener Kraft Stimmen gewinnen können, so thun wir besser, auf sie zu verzichten. Unsere Partei dekretirt Niemandem etwas und will auch den bayerischen Abgeordneten nichts dekretiren. Aber das Programm ist das Sturmbanner der Partei und dieses sturmerprobte Banner muß man hochhalten, sowohl gegen die Seitensprünge in der Partei als gegen die Reaktion.

Den Antrag 75 begründet Meyer-Magdeburg: Der Parteitag muß ausdrücklich feststellen, daß das Programm von allen unseren Vertretern strikte innegehalten wird.

Den Antrag 76 begründet Möller-Bochum.

Den Antrag 102 Absatz 1 begründet Hüber-Karlsruhe: So lange in den Etats Ausgaben für Kirchen und Apanagen enthalten seien, könne kein Sozialdemokrat dafür stimmen. Ein Mißtrauensvotum zu ertheilen ist nicht

nöthig, denn ich hoffe, daß, nachdem der Parteitag gesprochen hat, die bayerischen Abgeordneten in Zukunft sich danach richten werden.

v. Vollmar: Genossen, ich muß Ihnen in meinem und im Namen der anwesenden bayerischen Delegirten zunächst gestehen, daß es uns sehr in Verwunderung setzt, daß die früher gestellten Anträge überhaupt hier noch zur Berathung gekommen sind. Als die ersten Angriffe in den verschiedenen Gegenden Deutschlands gegen uns erfolgten, da haben wir uns gesagt, es spricht sich in ihnen eine solche Sachunkenntniß über die bayerischen Verhältnisse aus, daß sie den Leuten schließlich nicht zu verübeln sind. Alle Zweifel müßten sich leicht beseitigen lassen, wenn von unserer Seite erst eine Erklärung über unser Vorgehen vorliegt. Diese Klärung ist nun in München auf dem bayerischen Parteitag erfolgt und zwar so ausführlich, daß wir etwas Weiteres sagen zu müssen kaum noch erwarteten. Der bayerische Parteitag, zur Hälfte so stark wie dieser, war aus allen Theilen Bayerns besucht. Es waren auch Opponenten erschienen; bei der Abstimmung stellte sich jedoch völlige Einstimmigkeit heraus. Wir erhielten ein Vertrauensvotum, wie es rückhaltsloser nicht gedacht werden kann. Zum Ueberfluß wurden wir noch zur bayerischen Parteileitung gewählt. Vielleicht 70 Rechenschaftsberichte wurden vor und nach dem Parteitag von unseren Abgeordneten erstattet, in allen Versammlungen zeigte sich vollendete Einstimmigkeit. Nicht einmal ein Zweifel wurde über das laut, was hier so großen Anstoß erregt zu haben scheint; und unter unseren Genossen befinden sich auch viele alte Genossen, die doch auch etwas vom Programm verstehen. Kurz, Sie haben es mit dem, was wir Bayern Ihnen hier sagen, nicht zu thun mit uns als Einzelpersonen, sondern mit der ganzen bayerischen Sozialdemokratie. Die Gründe für unser Vorgehen sind von uns des Ausführlichsten dargelegt worden; das Protokoll des Münchener Parteitages ist in Ihren Händen, hoffentlich haben Sie es auch gelesen. Jeder kann sich genau unterrichten über die Angriffe, die wir erfuhren, und über unsere Erwiderungen. Der Eindruck, den Sie aus der Lektüre gewinnen, muß stärker wirken, als die Worte, die ich in der kurzen Zeit Ihnen hier sagen kann. Wir hatten, wie gesagt, nach unserem Parteitag gehofft, daß die Anträge, nachdem die Klärung erfolgt ist, zurückgezogen werden würden. Das ist nun nicht der Fall. Ja, zu meinem Erstaunen bemerke ich, daß man sich auch von anderer Seite förmlich darauf versteift, die Angelegenheit zu einem gewissen zwangsweisen Abschluß zu bringen. Ich bin in einer gewissen Verlegenheit, was ich Ihnen demgegenüber noch sagen soll; denn wer durch die Münchener Reden und Beschlüsse sich nicht belehren läßt, wird überhaupt nicht zu überzeugen sein, mir aber würde, wenn ich Alles wiederholen wollte, selbst das Elend ankommen. (Heiterkeit.) Indessen will ich noch einige Streiflichter auf die Sache werfen, damit nicht hintennach gesagt werden kann, wir hätten unsererseits irgend etwas verabsäumt, es zur Klärung zu bringen. Im Genossen Kunert habe ich wohl das Vergnügen, den „Parvus" der „Neuen Zeit" zu begrüßen. (Bewegung.) Was er hier vortrug, war wenigstens in der Hauptsache Wiederholung des Parvus-Artikels. Wir haben schon klargelegt, daß in unserem Budget Militärausgaben gar nicht enthalten sind. Kunert zieht sich deshalb hinter die Matrikularbeiträge zurück; aber als früherer Reichstagsabgeordneter sollte er doch wissen, daß die Matrikularbeiträge im Reichstag festgesetzt werden, wir in den Landtagen haben nur die Rechnung zu bezahlen, die uns das Reich präsentirt. Es ist auch falsch, daß man die ganze Angelegenheit als eine speziell bayerische hingestellt hat; denn ebenso wie wir haben sich seit Jahren die Badenser, die Hessen verhalten, ohne daß die Parteizensoren (Heiterkeit) etwas davon gemerkt haben. In der That ist die Abstimmung über das Budget in den Landtagen etwas wesentlich anderes,

als die Abstimmung im Reichstag. Der Reichstag ist der Ort, wo die großen Prinzipienfragen entschieden, der allgemeine Geist der Politik festgestellt wird; die Landtage haben im Wesentlichen nur die Konsequenzen daraus zu ziehen; sie haben mehr Verwaltungspolitik zu treiben. Genosse Kunert hat nun eine ganze Anzahl von Einzelheiten vorgeführt, aus denen er dann, genau so wie der Parvus-Artikel, einen Prinzipienbruch und Programmverrath herausdestillirte. Ich kann natürlich nicht auf alles eingehen, denn sonst müßte ich ein Colleg über Staatsrecht und Finanzgesetzgebung in Bayern lesen. Nur einiges will ich herausziehen. Man wirft uns die Grundsteuerbewilligung vor, die den Bauer bedrücke; aber die Grundsteuer ist bei uns die Einkommensteuer der Bauern. Stimmten wir ohne weiteres für ihre Abschaffung, so wälzten wir einfach ihren Ertrag auf die übrige Bevölkerung des Landes. Aehnlich liegt das bei der Haussteuer, die nach Kunert und Parvus jede Hütte belastet. Nun bin ich auch Besitzer einer Hütte, die eigentlich keine Hütte ist, und bezahle dafür ganze 98 Pf. Haussteuer. (Heiterkeit.) Aus der Haussteuer kommen im ganzen nur 700 000 Mark heraus! Als Kunert mir Punkt für Punkt, natürlich in höflichster Form, Parteiverrath vorwarf, kam ich mir recht eselhaft vor, weil ich als alter Politiker nach siebenmonatlicher intensivster Arbeit nicht gewußt hätte, was ich schließlich hätte thun sollen. Wir sollen durch die Budgetbewilligung der Regierung ein Vertrauensvotum ausgestellt haben! Fragen Sie doch einmal unsere Minister, ob unsere Reden, ob unsere Initiativanträge — und wir haben fleißiger gearbeitet, als alle anderen Abgeordneten — ein Vertrauensvotum für die Regierung gewesen sind? Wir haben die rücksichtsloseste Kritik geübt, haben die Minister, soweit nöthig, auf das schärfste angegriffen und gegen ganze Ministerien gestimmt. Und nun soll auf einmal die Abstimmung über das Finanzgesetz ein Vertrauensvotum sein! Wenn wir freilich so lange warten wollen, bis im Etat gar nichts mehr enthalten ist, was unseren Wünschen nicht entspricht, dann können wir freilich noch lange warten. Genosse Kunert oder vielmehr Parvus meint: die Ablehnung des Gesammt-Budgets sei die schärfste parlamentarische Waffe. Gewiß, besonders wenn man in der Mehrheit ist. Aber eben weil es die schärfste Waffe ist, wendet man sie nicht tagtäglich an. Es ist wie mit der großen Trommel, rührt man diese immerfort, so geht jede Nüance, jede Melodie verloren. Machen wir einmal von der Budgetverweigerung Gebrauch, so macht das Eindruck; aber je öfter wir es thun, desto mehr verwischt sich der Eindruck. Im Falle eines Verfassungsbruches z. B., da ist der Augenblick gekommen, die schärfste Waffe in Anwendung zu bringen; aber man darf sie nicht vorher stumpf machen. Aber da kommt man mit der Prinzipienfrage! Es ist eine alte Geschichte, je weniger man Gründe vorzubringen vermag, desto mehr hängt man das Prinzip heraus, weil man denkt, daß sich da ja doch Niemand heranwage. Auch der Antrag Bebel und Genossen stellte die Sache so dar, als ob es geradezu das Kennzeichen der Sozialdemokratie sei, das Gesammt-Budget abzulehnen, das ist aber nicht wahr; ich erinnere nur daran, daß nicht blos ausländische Liberale, sondern auch deutsche Fortschrittler wiederholt dieselbe Taktik geübt haben, ohne dadurch zu Sozialdemokraten geworden zu sein. Die Annahme, als ob in einer solchen Einzelhandlung das „Prinzip" verkörpert sei, geht von einer recht kindlichen Auffassung aus, die für alles ein Symbol haben will und die Sache in der Form sucht. Die Gegnerschaft gegen die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung liegt aber so wenig in einem Namensaufruf, als in einer rothen Kravatte. Sonst müßten wir auch wieder zur seligen Steuerverweigerung zurückkommen. Bebel hat in Erfurt, als man die Taktik zwischen links und rechts festlegte — „rechts" das war nämlich ich —, ausdrücklich erklärt, daß wir im Reichstage deshalb gegen den Etat stimmen, weil vier

Fünftel von ihm Militärausgaben ausmachen. Das ist in der That ein ausschlaggebender Grund. In den Einzellandtagen ist es aber gerade umgekehrt; hier haben wir keine Militärausgaben und die kulturellen Ausgaben überwiegen. Das Schwergewicht liegt ausschließlich in dem Verhalten zu den einzelnen Budgets. Wenn wir nicht hier und überhaupt durch unsere parlamentarische und außerparlamentarische Gesammtthätigkeit den prinzipiellen Standpunkt gewahrt haben, dann wird uns auch eine verneinende Schlußabstimmung nicht den Nimbus des echten und wahren Sozialdemokraten zu verleihen vermögen. Diese ist eine reine Form, und alle Formen sind reine Zweckmäßigkeitsdinge, taktische Mittel, die nach Ort und Zeit wechseln; entscheidend ist allein der Geist des Wirkens. Deswegen handelt es sich hier nicht um das Prinzip, sondern um eine Zweckmäßigkeitsfrage. Dieser Ansicht bin aber nicht blos ich für meine Person, sondern die bayerische Sozialdemokratie als solche. Sie ist der Ueberzeugung, daß unsere Verhältnisse uns vorschreiben, daß von der Budgetverweigerung nur im äußersten Falle Gebrauch gemacht werden soll. Vielleicht werden das die Genossen aus dem Norden nicht ohne Weiteres verstehen; denn selbst für Norddeutsche, die unter uns ansässig sind, dauert es lange, ehe sie sich in unsere bayerische Art hineinzufinden vermögen. Zunächst glauben sie meist, daß sie erst von Norddeutschland die Wahrheitsbotschaft zu bringen vermögen, und wenn die Bayern nicht gleich so in einem Hui alles begreifen, so heißt es dann oft genug: „Die Bayern sind halt etwas dumm." In Wahrheit muß man unsere eigenartigen Verhältnisse begreifen. Die Bayern sind wesentlich ein Bauernvolk. Unser Volk ist kein lesendes Volk, es geht lieber in Versammlungen; es besteht nicht aus geschulten Politikern, die haarscharfe politische Distinktionen machen. Es mag ja vielleicht noch die Zeit kommen, wenn erst das Nordlicht auch bei uns seinen scharfen Schein verbreitet. Aber zunächst sind unsere Leute Gemüthsmenschen, die über politische Dinge und Parteien gefühlsmäßig im Ganzen urtheilen und darnach nur ein Entweder — Oder kennen. Sie würden es nicht verstehen, wie man über das, was sie interessirt, einmal für und schließlich wieder dagegen stimmen könnte. Wir haben uns durch unser Eintreten für die Aufwendungen zu Gunsten der ländlichen Bevölkerung, für die Aufbesserung der kleinen Beamten und Staatsarbeiter, für Vermehrung der Aufwendungen für Schule, Wissenschaft, Kunst u. s. w. die größten Sympathien erworben. Mit Leichtigkeit aber würde man unsere Arbeit zu nichte machen können, wenn unsere Gegner unter Bezugnahme auf die Schlußabstimmung den Nachweis liefern könnten, daß wir zwar schöne Worte, aber keine Thaten haben. Ich glaube, daß das ganz ähnlich in anderen Landestheilen liegt; aber ich habe zunächst nur unsere eigene Haut zu wehren. Ich sage: wer das Volk gewinnen und es politisch erziehen will, dessen politische Haltung muß dem Volke verständlich sein. Dies ist bei unserer jetzigen Taktik der Fall, selbst dort, wo man unser Thun nur aus gegnerischen Blättern kennt; würden wir aber anders handeln, so könnte uns jeder Stümper dem Volk als Feind hinstellen. Man hat uns wegen unserer Erfolge manches Lob gespendet; aber dann möge man uns doch auch noch soviel zutrauen, daß wir nicht so beschränkt sind, 7 Monate lang für die Propaganda, für die Agitation im Landtage zu arbeiten, um dann mit einem Schlage unsere Erfolge wieder zu nichte zu machen. Unsere Agitation soll uns das Volk im wachsenden Maße erobern — darauf ist unsere Politik gerichtet. Da ist es thöricht, von uns zu verlangen, wir sollten unsere Taktik nach den Verhältnissen einrichten, wie sie bei Ihnen sind, und nicht nach unseren eigenen. Welche Kenntnißlosigkeit über bayerische Verhältnisse herrscht, dafür lieferte vor Kurzem der „Vorwärts" ein Beispiel, als er in einem Leitartikel über die Kriminalstatistik bemerkte, daß die Süddeutschen bekanntlich roher und unkultivirter seien!

(Heiterkeit.) Aber Genossen, wie immer Sie denken mögen, so muß Sie doch die vollendete Einstimmigkeit der bayerischen Genossen stutzig machen, die doch auch aus verschiedenen Elementen sich zusammensetzen. Morgen beginnen wir mit der Agrarfrage. Alle, die wir hier sind, wollen wir die Bauern erobern, das Landvolk haben. Eine der allerersten Voraussetzungen für jede Landagitation aber ist das Erkennen und Verstehen der Eigenart des Volkes und Landes. Es wäre ein außerordentlich schlechter Anfang für unsere Landagitation, wenn Sie mit einer Geringschätzung dieser Eigenart und mit einem Akte falscher Einheitlichkeit beginnen wollten, die in Wahrheit nichts als ein Schablonisiren und Uniformiren wäre, ein Ausfluß jenes preußischen Korporalgeistes (Unruhe), der Alles von einem Punkte aus diktiren und mit einer Riesennivellirwalze über ganz Deutschland und die angrenzende Welt hinwegfahren möchte. Nichts wäre schlimmer für uns, als wenn dieser Geist, der die preußische Herrschaft so allgemein in Deutschland verhaßt gemacht hat (sehr richtig), auch unsere Verhältnisse vergiften würde! (Widerspruch.) In Bezug auf das Prinzip und die allgemeine Taktik für die Reichsangelegenheiten ist der Parteitag souverän; aber was die Taktik in den Landesangelegenheiten betrifft, ist sie naturgemäß Sache der Partei des betreffenden Landes. Zu was sind die Parteitage der einzelnen Länder sonst überhaupt da? Sie sollen doch nicht etwa blos eine bequeme Verwaltungsvorstufe für die Parteiregierung sein? Die vorliegenden Anträge wollen für alle Zukunft eine feste eiserne Regel geben. Wo soll da das Ende sein? Wir haben in Einzeldingen oft in verschiedenen Ländern verschiedene Interessen. Ich nenne nur das bayerische Heimathsrecht. Wir haben uns in Berlin oft über seine Güte gestritten. Wenn der Parteitag uns taktische Vorschriften machen will, dann könnten Sie eines Tages ebensogut auf den Einfall kommen, uns vorzuschreiben, unser Heimathsrecht aufzugeben. Ein anderer Fall: Auf dem vorigen Parteitag vertrat Bebel die merkwürdige Politik, es wäre eigentlich besser, wenn die Einzelstaaten und mit ihnen natürlich auch die Landtage ganz beseitigt würden. Bebel könnte für diese Ansicht vielleicht die Majorität finden und dann von uns verlangen, wir sollten für die Aufhebung unseres Landtages stimmen. (Widerspruch Bebel's.) Nun, Bebel, die Schlußfolgerung ist nicht im Entferntesten so gewagt, wie wir sie von Dir gewohnt sind. (Unruhe.) Zu welchen Konsequenzen übrigens unter Umständen der Bebel'sche Antrag führt, dafür nur ein Beispiel noch: Gestern frug ich den Genossen Jöst, warum sie im hessischen Landtage für das Budget gestimmt hätten. Sehr einfach, erwiderte er, beim Finanzgesetz hatten wir zwei Vorlagen, eine höhere und eine niedrigere; wenn wir nicht für die niedrigere gestimmt hätten, so müßten wir mehr Steuern bezahlen. Wenn der Bebel'sche Antrag zur Durchführung käme, so würde also in bestimmten Fällen den Landtagsabgeordneten unserer Partei verboten, für niedrigere Steuern den Ausschlag zu geben! Kurz, ich und mit mir alle bayerischen Genossen halten jede Bindung in Bezug auf solche Abstimmungen für unpolitisch und haltlos. Deshalb haben wir uns sehr gewundert, daß zu den anderen Antragstellern sich auch Bebel gesellt und einen Antrag eingebracht hat, für den der verehrliche Partei-Vorstand selber Stimmen geworben hat. (Oho!) Ach, machen wir uns doch nichts vor (Heiterkeit), haben's doch die Sekretäre selber herumgetragen. (Heiterkeit.) Es ist erstaunlich, wie alte Politiker diesen Antrag einbringen konnten. Die erste Regel für einen Politiker ist doch, sich niemals freiwillig auf zweifelhafte Angelegenheiten einzulassen, die zu schiefen Situationen führen müssen. Derlei thut man nur gezwungen. Hier aber liegt in keiner Weise ein Zwang, ein Muß vor. Gestern sprach ich mit einigen Delegirten, die den Antrag unterschrieben haben. Sie sagten: ja wenns auf uns angekommen wäre, wir würden es nicht gethan haben; aber da die Sache

einmal aufs Tapet gekommen war, waren wir gezwungen, es zu thun. (Rufe: Namen nennen!) Ich aber sage: Wer sich an führender Stelle mit größerer Umsicht befindet, darf nicht jedem beliebigen Anstoß nachgeben und nicht mitwirken, jede Thorheit, die auftaucht, zu vertiefen und festzulegen. Sie brauchen die Dinge blos so zu lassen, wie sie bisher immer gewesen sind, und wie sie auch trotz alledem bleiben werden, so nämlich, daß derlei Abstimmungen in den Einzelstaaten keine Prinzipienfrage, sondern lediglich eine taktische Frage ist. Dann ist der ganze Streit aus. Verlangen wir Bayern etwa, daß das, was wir thun, ausgedehnt werde auf die ganze Partei? Wir mengen uns in Niemands Angelegenheiten, — fällt uns nicht ein; wir wollen blos unsere Ruh haben. (Große Heiterkeit.) Oder haben Sie je erlebt, daß wir Süddeutschen uns als Zensoren der Partei aufgespielt und die Handlungen Anderer mit dem Rothstift in der Hand verfolgt hätten? Meinen Sie, es hätte uns an Material gefehlt? O nein; die Berliner hätten uns am allerersten etwas geliefert. (Heiterkeit.) Aber so wenig wir kommandiren wollen, so wenig wollen wir auch kommandirt sein; wenn unsere Haltung über Bayern hinaus wirkt, so soll sie's lediglich durch Beispiel und Erfahrung thun. Im übrigen ist es doch bemerkenswerth: in Hessen und Baden geschieht seit Jahren dasselbe, und kein Hahn hat danach gekräht. Da war es keine prinzipielle Frage — warum solls denn nun plötzlich bei uns was anderes sein? Ich bin ausdrücklich beauftragt, es hier zu erklären: wir finden in Bayern, daß Sie sich seit Jahren, mehr als gut ist an uns reiben, und daß es gut wäre, wenn Sie damit aufhören wollten. Parteigenossen, ich warne Sie davor, einen haltlosen Beschluß zu fassen, der nur die Quelle einer fortwirkenden Zwietracht würde, die noch dazu aus reinem Uebermuth heraufbeschworen würde. Ich sehe in dem gegen uns gerichteten Antrag wieder den alten Geist, der alles auf die Spitze treiben will, der in früheren Jahren schon mit dem Feuer gespielt, mehr als gut ist gespielt hat, und von dem ich wünsche, daß er endlich Halt machte in seinem Treiben; das Gezwungene des Antrags Bebel zeigt sich auch schon in seiner Form. Seine zwei ersten Sätze sind — der Verfasser nimmt es mir nicht übel (Bebel: I bewahre!) eine Sammlung von Gemeinplätzen; was wir uns längst an den Schuhen abgelaufen haben, wird uns als neueste Weisheit aufgetischt. (Bebel: Es ist und bleibt alte Weisheit!) Aber man muß eben mit Gemeinplätzen beginnen, um zu diesem Ende zu kommen. Früher hieß es in der Fraktion: Bayern ist uns unzugänglich. Mittlerweile haben wir Ihnen gezeigt, daß es recht wohl zugänglich ist. Unsere Erfolge können sich sehr wohl neben allen anderen sehen lassen; wir glauben der Partei Ehre gemacht zu haben und haben in unserem Lande einen Einfluß errungen, der weit über unsere Zahl hinausgeht. (Sehr richtig!) Das ist uns aber allein dadurch möglich geworden, daß wir uns von jeder mechanischen Agitationsweise losgerissen, Land und Volk studirt und uns ihm mit unserer Agitation angepaßt haben. Wechselten wir unsere Taktik, die auf das genaueste erwogen, die einzige in Bayern mögliche und darum feststehend ist, so würden auch unsere Erfolge verschwinden. Wir Bayern sind gewiß die letzten, die nicht treu zur Partei im Reich und zum Programm stehen. Aber daß wir selber Hand anlegen, um unser eigenes Werk zu gefährden — das können Sie nicht von uns verlangen! Der Parteitag soll uns die Agitation erleichtern, nicht aber erschweren. Deshalb ersuchen wir Bayern und Süddeutschen Sie, unseren Antrag, der Niemanden nöthigt, aber jedem Lande die Freiheit läßt, welche für ein ersprießliches Wirken nothwendig ist, anzunehmen, den Antrag Bebel aber abzulehnen! (Lebhafter Beifall.)

Zu Antrag 114 stellt Stadthagen das Amendement: in der dritten Zeile von unten statt „da" das Wort „soweit" zu setzen.

(Eine halbstündige Pause tritt ein.)

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen erhält das Wort

Bebel: Parteigenossen! Wenn ich nach Vollmar's Worten am Ende gar der alte Geist selbst sein soll, der die Dinge immer auf die Spitze zu treiben sucht, so muß ich doch erklären, daß ich vielleicht noch nie so ungern die Tribüne bestiegen habe wie heute. Nicht von der sogenannten Parteiregierung, wie Vollmar sagt, hat es abgehangen, daß die Angelegenheit hier zur Sprache gekommen ist. Wir haben vollkommene Neutralität beobachtet. Ich für meine Person muß sogar noch mehr sagen. Ich gestehe offen, daß ich, obgleich ich es für meine Pflicht halte, auch die Verhandlungen der Einzellandtage zu verfolgen, vollständig übersehen hatte, daß unsere bayerische Landtagsfraktion für das Finanzgesetz gestimmt hatte. Ich erhielt erst Kenntniß davon, als die gegnerische Presse die Angelegenheit in der bekannten Weise ausnützte, als es da hieß: seht, die bayerischen Sozialdemokraten sind ganz andere Kerle als die anderen, die sind vernünftig und treiben nicht die Dinge auf die Spitze. Auf dem Münchener Parteitag hat Grillenberger nach dem Protokoll gesagt: „Sie wissen, daß es in Norddeutschland Leute giebt, die ein besonderes Vergnügen daran finden, Vollmar etwas am Zeug zu flicken (Ruf: hier auch!), die am liebsten erklären möchten: das Ganze ist Macherei von Vollmar, der hat die Anderen herübergerissen." Wenn aus diesen Worten herausgehört werden sollte, als seien die Berliner Genossen, speziell der Vorstand, darunter zu verstehen, so muß ich wiederum erklären, daß wir uns nicht um die Sache gekümmert haben. Ja, als einige unserer besten bayerischen Genossen brieflich bei meinen Freunden und mir anfragten, was wir denn zu der Sache meinten, haben wir erklärt: darüber äußern wir uns nicht. Dasselbe that ich, als ich im September zu einer Versammlung in München war. Ich lehnte jede Antwort ab. Ich sagte den Fragern: ich weiß, meine Worte werden weitergetragen, verändert und dahin ausgelegt, als gingen sie von persönlichen Gegensätzen aus. Auch heute müssen eine Reihe von Vollmar'schen Aeußerungen über meine Person den Eindruck hervorrufen, als handle es sich für uns darum, den bayerischen Genossen wieder einen Tritt zu versetzen. Ich weise die Unterschiebung eines persönlichen Motivs als größte und niederträchtigste Beleidigung zurück. Könnten wir die ganze Frage nicht von einem höheren Gesichtspunkte aus behandeln, dann müßte ich mich wahrhaft vor mir selber schämen, aus kleinlichen und gehässigen Gefühlen gegen einen Mann aufzutreten, den ich auch heute noch als Freund betrachte. Die gegnerische Presse that so, als sei ein prinzipieller Gegensatz zwischen den bayerischen und den übrigen Genossen vorhanden; dadurch wurde erst die Aufmerksamkeit der Partei in den einzelnen Orten erregt, und die Anträge, die hier vorliegen, kamen aus der Mitte der Genossen heraus. Ich sage von vornherein, wenn der Antrag 76 zur Abstimmung kommt, werde ich mich entschieden gegen das darin verlangte Mißtrauensvotum wenden. Parteigenossen, ich erkläre ausdrücklich, unsere Genossen im bayerischen Landtage haben im vollen Maße ihre Schuldigkeit gethan, und gerade deshalb haben wir die beiden ersten Sätze in unsere Resolution aufgenommen, die allerdings keine neue Wahrheit enthalten sollen, wohl aber konstatiren, daß die bayerischen Genossen in ihrer Thätigkeit unsere volle Zustimmung finden. Die „Frankfurter Zeitung" hat in zwei Leitartikeln einen Gegensatz auch hierin zwischen uns und den Bayern feststellen wollen und geschrieben: In Bayern sind die sozialistischen Abgeordneten nicht so engherzig, nur sozialdemokratischer Angelegenheiten sich anzunehmen, sondern sie nehmen sich der Klagen aller Unterdrückten an und bringen sie zur Sprache. Die „Frankfurter Zeitung" irrt, sucht sie da einen Gegensatz zu konstruiren. Was unsere bayerischen Genossen im Landtag thaten, ist eine alte Taktik der Partei, so handeln wir in allen Landtagen, auch im Reichstage, darüber bestehen keinerlei Differenzen. Wäre ich als Delegirter nach München gekommen,

so hätte ich mich angesichts des Segitz'schen Vertrauensvotums gefragt: Sollst du deshalb, weil du in einer allerdings sehr wichtigen Frage das Vorgehen der Landtagsfraktion nicht billigst, gegen dieses Votum stimmen? Das hätte ich auf keinen Fall gethan; im äußersten Falle hätte ich mich der Abstimmung enthalten. Es fällt mir auch nicht ein, die ganze Thätigkeit der Genossen im Landtage schablonisiren und reglementiren zu wollen, man mag mir ja manche Schlechtigkeit zutrauen, aber für kurzsichtig und beschränkt wird mich wohl keiner halten. (Heiterkeit.) Zum Falle Rüdt und Stegmüller haben wir — ohne daß ein einziger Bayer dagegen protestirte — einen nach Vollmar's Motiven unberechtigten Eingriff in die Kompetenzen der Einzellandtage begangen. Das hat man für ganz selbstverständlich erachtet. Ganz ähnlich liegt es hier, es fällt mir aber nicht einen Augenblick ein, auch nur ein Wort des Tadels, der Anklage oder Mißbilligung den bayerischen Genossen im Landtage zu machen. Wir sagten uns vielmehr, daß es sehr wohl Momente giebt, die die bayerische Handlungsweise erklärlich erscheinen lassen. Man kann sehr wohl, das verstehe ich, zur Ansicht kommen, daß es sich hier nur um eine Frage der Taktik, nicht um eine Frage des Prinzips handle, hatten wir doch auch in Sachsen ursprünglich eine andere Praxis geübt, als gegenwärtig. Ich verstehe, daß man bei der Gesammtabstimmung rein kalkulatorisch vorgeht, und von diesem Standpunkt hat auch Kunert die Bayern bekämpft. Er hat danach gefragt, ob die Summe des Guten oder des Schlechten im Budget überwiege und wollte danach die Schlußabstimmung gerichtet sehen. Im Reichstage ist kein Zweifel über die Art des Votums, und das war es, was ich in Erfurt mit der von Vollmar angeführten Aeußerung gemeint habe. Schwieriger liegen aber unzweifelhaft die Dinge in den Einzellandtagen, wo es sich um Eisenbahnen, Schule, Kirche, Polizei, Gefängnisse, in Bayern auch um die Post handelt. Stellt Vollmar die Sache so hin, als ob es sich nur um eine Zweckmäßigkeitsfrage handelt, so ist das falsch, und ich werde das beweisen. Zunächst möchte ich eins bemerken. Nehmen wir zu dieser Frage, die ich für eine Prinzipienfrage halte, Stellung, so nehmen wir durchaus nicht Stellung gegen das, was die bayerischen Genossen im Landtag gethan. Ihre Handlungsweise hat nur den Anstoß dazu gegeben, die Sache hier zu behandeln. Hätten wir früher gewußt, daß in Baden und Hessen ähnlich verfahren wurde, so hätten wir schon längst auf einem früheren Parteitage zu dieser Frage Stellung genommen. Vollmar sagt nun, in den Einzellandtagen kommen keine großen prinzipiellen Fragen, sondern nur reine Verwaltungsfragen in Betracht. Das ist grundfalsch. Ich möchte sogar behaupten, daß in den Landtagen weit mehr prinzipielle Fragen zur Verhandlung kommen als im Reichstage. Was für die Landtagsthätigkeit maßgebend ist, das ist hauptsächlich der zweite Theil des Programms, das sind Punkte, die verwirklicht werden können, ohne daß die bürgerliche Gesellschaft in Frage gestellt ist. Von den 10 Punkten des zweiten Abschnittes des Programms können in den Landtagen neun zur Sprache gebracht und kann für sie gestimmt werden. Alle diese Punkte aber haben eine schwerwiegende prinzipielle Bedeutung. Also auch die Landtage sind die Stelle, wo prinzipielle Politik getrieben werden kann, und deshalb müssen wir uns auch die Kontrole über die Genossen in den Einzellandtagen vorbehalten. Es handelt sich nicht blos um Bayern, sondern auch um Sachsen, um Hessen, Baden, bald vielleicht auch um Württemberg und in absehbarer Zeit vielleicht auch um Preußen. Denken Sie sich nun den Skandal, würde ein Genosse für das Budget im preußischen Landtage stimmen; ich möchte nicht in dessen Haut stecken! Und in Preußen kommen dieselben Fragen im Landtag zur Behandlung wie in Bayern, nur daß hier noch Post und das militärische Sonderrecht hinzukommen. Ich habe mich gefreut, mit welcher Entschiedenheit die bayerischen Genossen Kritik geübt haben, daß sie in der Lage waren, Soldatenmißhandlungen

in der schärfsten Form zur Sprache zu bringen. Nun sagt aber Vollmar: Wir haben in Bayern mit einer ganz besonders gearteten Bevölkerung zu rechnen, die Beamten, Eisenbahnarbeiter, Bauern würden die Widersprüche in unserer Haltung zum Einzel-Etat und zum Gesammt-Etat nicht verstehen. Da habe ich mich doch gefragt, ob Vollmar das im Ernste glaubt. Das den Leuten klar zu machen, ist in Bayern nicht schwerer als anderwärts, und in allen übrigen Landtagen sind wir in der gleichen Lage, weil ähnliche Verhältnisse vorhanden sind. Auch für das Reich haben wir eine ganze Reihe von kulturellen Aufwendungen im Reichstag zu bewilligen. Aber daß wir dennoch gegen das Gesammt-Budget stimmen, hat uns bisher nirgends geschadet. Die Bahnbeamten, die Postbeamten, die Werkstättenarbeiter in Kiel, in Wilhelmshaven 2c. bringen uns nach wie vor das gleiche Vertrauen entgegen, obwohl wir nach Bewilligung des Postetats, des Etats der elsaß-lothringischen Staatsbahn, der Marine- und Militärwerkstätten gegen den Gesammt-Etat stimmen. Notorisch hat sogar die Stimmenzahl in allen diesen Betrieben zugenommen. Und in Bayern sollte es anders sein! Das ist eine ganz künstliche Auffassung der Dinge. Gewiß sind in Bayern die Verhältnisse vielfach anders als bei uns in Norddeutschland; aber wir lassen uns unsere Handlungen nicht von der Rücksicht auf die Auffassungskraft der Masse in den rückständigen Kreisen diktiren. In erster Linie handelt es sich bei uns nicht darum, Bauern- oder Stimmenfang zu treiben, und ich werde bei der Agrarfrage hierauf noch näher einzugehen haben, sondern darum, Genossen heranzuziehen, die uns verstehen. Das ist der Standpunkt, den wir überall einzunehmen haben. „Dümmer" als der Mecklenburger, als der Pommer ist auch der Bayer nicht. Kann ich nur Jemanden gewinnen mit dem Opfer meines Intellekts, durch Aufgeben meines prinzipiellen Standpunktes, dann lasse ich ihn lieber laufen, und der Bauer ist viel zu klug, um nicht zu wissen, was er von der Sozialdemokratie zu erwarten hat, wenn wir Prinzipienpolitik treiben. Sagen wirs ihm nicht, so sagens ihm andere, und das ist viel schlimmer. Wollten wir auf die Bauern so viel Rücksicht nehmen, dann dürfen wir auch nicht an die Besserung der ländlichen Arbeiter denken, denn das erbittert die Bauern und namentlich doch die Höfebesitzer sehr stark. Die Bayern sagen nun, ihre Verhältnisse seien so eigenartig, daß man auf keinen Fall schablonisiren dürfe. Aber auch für Bayern gilt, was 1848 die Hauptforderung der Revolution war, man wollte mit der Steuerbewilligung das Mittel in die Hand bekommen, eine unbequeme Regierung stürzen zu können. Nun hat allerdings die Reaktion durch die Ständekammern, durch die auf Grund des Dreiklassen-Wahlsystems gewählten Kammern überall in die Verfassung die Bestimmung hineingebracht, daß auch ohne ein neu bewilligtes Budget die früher bewilligten Steuern erhoben werden können, so daß eine Zeitlang weiter regiert werden kann. Das gilt wie für den Reichstag, so auch für Bayern. (Vollmar: Oho!) Nichtsdestoweniger ist es eine der ersten Forderungen des konstitutionellen Lebens, durch die Budgetverweigerung in der Lage zu sein, der Regierung ein Mißtrauensvotum geben zu können. Dieser prinzipielle Standpunkt ist bisher noch wenig beachtet worden von uns, um so mehr muß die Gelegenheit wahrgenommen werden, dies jetzt zu thun. In Deutschland existirt nicht eine Regierung, der wir unser Vertrauen aussprechen könnten. Das Stadthagen'sche Amendement, das Wort „soweit" in den Schlußsatz unseres Antrages aufzunehmen, muß abgelehnt werden. Mit diesem Amendement würde mein eigner Antrag für mich unannehmbar, ich stimmte gegen ihn. (Sehr richtig.) Vollmar würde sich auf dieses „soweit" sofort stützen, um in der Stellung zum bayerischen Finanzgesetz genau denselben Standpunkt einzunehmen als bisher. Das Hinterthürchen, das dieses Amendement ihrer Sondertaktik eröffnet, soll aber gerade geschlossen werden. Man unterschätze nicht die Bedeutung der Budgetverweigerung. Die Budget-

bewilligung ist und bleibt eine Vertrauensfrage. Alle bürgerlichen Parteien, die eine Regierung stürzen wollten, haben damit begonnen, das Budget zu verweigern; so haben die Fortschrittler beim preußischen Verfassungskonflikt gehandelt, so verfuhr seinerzeit das bayerische Zentrum. Die bayerischen Genossen haben nun zwar in der denkbar schärfsten Weise der Regierung ihr Mißtrauen ausgesprochen; aber einer Regierung gegenüber, die uns Sozialdemokraten zu Bürgeren zweiter Klasse machen, die uns die Lebensluft abschneiden will, müssen wir überall unseren Standpunkt wahren, wir müssen ihr, soweit an uns liegt, die Möglichkeit abschneiden, überhaupt zu regieren. Was wird nun aber aus dem Staat, fragt Vollmar, wenn eine sozialdemokratische Mehrheit das Budget verweigert? Zweierlei kann eintreten: entweder regiert sie ohne Budget weiter, und stehen wir dann mitten im Verfassungskonflikt mit allen seinen Folgen. Wenn aber schon der schwächliche Verfassungskonflikt, den die Fortschrittler in den sechziger Jahren hervorgerufen, Bismarck das blutige Gespenst Karl I. wecken ließ, um sich den König gefügig zu machen, so dürften einer sozialdemokratischen Majorität gegenüber solche Mittel versagen, denn es ist mir keinen Augenblick zweifelhaft, wie ein Verfassungskonflikt dann enden würde! (Bewegung.) Entweder die Regierung tritt ab oder die Sozialdemokratie, und das letztere ist unmöglich. Verhalten wir uns aber so wie die bayerischen Abgeordneten, indem wir fragen, wie der politisch ungebildetste Theil der Bevölkerung über uns denkt, und richten wir darnach unsere Taktik, so liegt die Gefahr nahe, daß wir in das Fahrwasser der Nationalliberalen gerathen (sehr wahr!), deren Charakterlosigkeit wollen wir uns aber nicht zum Vorbilde nehmen. Wir sind doch schon in Lebenslagen gekommen, die ungleich schwieriger waren als die, in der sich die Bayern befinden werden, wenn unser Antrag angenommen wird. Ergreift man nicht jeden Vorwand, um uns unsern Wählern gegenüber in eine schiefe Lage zu bringen? Verstehen uns aber die Massen, so prallen alle diese Angriffe von uns ab wie stumpfe Pfeile. Auf die, die uns nicht verstehen, haben wir keine Rücksicht zu nehmen. (Zuruf.) Lieber Vollmar, wenn Ihr in Altbayern schwer zu arbeiten habt, so fragt doch nur bei uns an, was wir in Hinterpommern und Mecklenburg zu arbeiten haben. (Sehr richtig.) Und doch sind wir in einem reinen Agrarland wie Mecklenburg in vier Wahlkreisen in die engere Wahl gekommen. Können wir an die Massen auf dem Lande heran, so können wir sie auch mit guten Gründen gewinnen, und können wir nicht an sie heran, so ist es vorläufig noch steiniger Boden, den wir weder durch Presse noch Flugblatt zu beackern vermögen. Die wirthschaftliche Entwicklung wird aber diesen Boden für uns mürbe machen, und schließlich gewinnen wir sie doch. (Sehr wahr!) Unsere Parteigeschichte lehrt, daß wir ganz andere Schwierigkeiten überwunden haben, als jene, vor welcher in der vorliegenden Frage unsere bayerischen Genossen stehen wollen. Als wir uns im Reichstag 1870 der Abstimmung über die Kriegsanleihe im Betrage von 120 Millionen Thalern enthielten, da erklärte sich eine große Anzahl Genossen, an der Spitze der Braunschweiger Ausschuß, gegen uns; es wurde uns vorgeworfen, wir hätten einen ungeheuren Fehler begangen, wir hätten die Volksstimmung verletzt und damit der Ausbreitung unserer Ideen im Volke selbst Hindernisse in den Weg gelegt. Wir haben das nicht gelten lassen. Dann, als wir von Berlin nach Leipzig zurückgekehrt waren, traten uns sogar Sozialdemokraten in feindseligster Weise entgegen. Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins waren es, die unter Führung des bekannten Genossen Röthing Liebknecht die Fenster einwarfen. Bei mir versuchten sie es gleichfalls, aber glücklicher Weise wohnte ich damals im Hofe (große Heiterkeit), und der Hausmeister hatte noch rechtzeitig die Vorderthür zugeschlossen. Noch heute bringen die Gegner gelegentlich diese Abstimmung gegen uns vor.

Genossen! Giebt es auch nur einen unter Euch, der nicht verstanden hätte, diese Anklagen zu wiederlegen? Und nun sollen unsere Genossen in Bayern, die durchaus nicht so dumm sind, wie sie hier hingestellt werden — es sind im Gegentheil sehr intelligente Köpfe darunter, ja wir haben prozentual aus Bayern die meisten Intelligenzen (Auer ruft: Hört! hört! Stürmische Heiterkeit) — nun sollen sie nicht im Stande sein, die schmählichen Vorwürfe der Gegner zu widerlegen? Dabei hat Vollmar selber gesagt, und das spricht für meine Auffassung, daß der bayerische Bauer nicht liest, aber Versammlungen besucht. Nun brauchte man ihnen blos zu sagen: wenn unser Antrag angenommen worden wäre, brauchtet Ihr keine Steuern zu zahlen; aber das wäre ein demagogisches Mittel, das wir nicht nöthig haben. Dagegen wird die korrekte und logische Darlegung der Gründe für die Budgetverweigerung sogar für die oberbayerischen Bauern hinreichen, sie zu überzeugen, daß wir so handeln mußten. Es ist ja richtig, daß die bayerischen Genossen den Standpunkt ihrer Führer als korrekt betrachten. Das ist ja das unangenehme Gefühl, was jeden von uns im Saale bewegt, daß es den Schein haben kann, als wollten wir Stellung gegen die Thätigkeit unserer bayerischen Genossen im Landtage überhaupt nehmen, während wir doch der Meinung sind, daß sie im übrigen ihre Schuldigkeit im vollem Umfange gethan haben. Wir dürfen uns aber nicht von falschen Rücksichten bestimmen lassen. Es handelt sich hier nicht blos um die Haltung der Bayern, sondern um eine wichtige Frage, worüber in unserer Partei schwere Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. Werfen wir also über die Vergangenheit den Schleier der Vergessenheit, erheben wir keine Vorwürfe. Wurde ein Fehler gemacht, so sorgen wir, daß er künftig nicht mehr gemacht wird. Die Rücksicht auf die Bauern und ähnliche rückständige Elemente darf uns hierbei nicht bestimmen; wenn die Bauern sich nicht überzeugen lassen, so haben wir nicht nach den Bauern zu fragen. (Sehr richtig.) Ihre Vorurtheile, ihre Unwissenheit, ihre Beschränktheit dürfen uns nicht veranlassen, von unserem Prinzipe etwas nachzulassen. Ihr (zu den bayerischen Delegirten gewendet) seid nicht die Vertreter der bayerischen Bauern, sondern der intelligenten Industriearbeiter, und Ihr habt unser Programm rein und unverfälscht zu halten. Kommen die Bauern so nicht zu uns, so wird sie die Noth der Zeit schon denken lehren. In der Agitation muß mit besonderem Nachdruck der Klassencharakter des heutigen Staats betont werden, das wird viel zu sehr vernachlässigt. Ist aber die Regierung nichts als der Verwaltungsausschuß der besitzenden Klasse, dann dürfen wir ihr unter keinen Umständen das Budget bewilligen und ihr, soweit es von uns abhängt, das Leben auch nur um einen Tag verlängern. (Sehr wahr!) Wird nicht auch hundertmal von den Gegnern uns in den Versammlungen vorgeworfen: Eure Führer machen das Reich wehrlos, da sie nichts für das Heer bewilligen und das Budget ablehnen? Wer wollte bestreiten, daß ein solcher Einwand nicht auf die kleinen Bürger, Arbeiter und Bauern zu wirken im Stande ist? Wird den Leuten nicht von den Gegnern gesagt, die Franzosen kämen dann von der einen, die Russen von der anderen Seite ins Land, wenn sie Sozialdemokraten wählen, die das Reich wehrlos machten? Wir erwidern, wir wollen das Land nicht wehrlos machen, sondern nur die Vaterlands-Vertheidigung nach unseren Grundsätzen einrichten. Aber ist dieser Vorwurf der Gegner nicht viel schwerwiegender, als der Vorwurf gegen die Bayern wäre, wenn diese das Budget abgelehnt hätten? Vollmar hat die Abstimmung unserer hessischen Landtags-Abgeordneten für das Budget erwähnt. Ich hätte nicht für das Budget gestimmt. Ich hätte gesagt: „Ich bin unschuldig, wenn Ihr höhere Steuern zahlen müßt. Haltet Euch an die, die die Steuern bewilligt haben. Ich habe nicht nur gegen die höheren Steuern, sondern gegen die Steuern überhaupt gestimmt.“ Ich gebe zu, daß das Fragen sind, die manche Genossen momentan irre machen

können. Es fehlt unseren Genossen häufig an den nöthigen Kenntnissen und der nöthigen Schlagfertigkeit, sie sind so sehr von dem Gefühl, praktisch arbeiten zu wollen, erfüllt, daß sie dabei leicht Grundsätze unseres Prinzips außer Acht lassen. Wenn ich aber die Wahl habe, aus ganz niedrigen praktischen Gesichtspunkten heraus einen prinzipiellen Fehler zu begehen, oder umgekehrt am Prinzip festzuhalten und dadurch bei Unaufgeklärten Schaden zu erleiden, so akzeptire ich ruhig diesen Schaden. Diese Frage muß, angeregt durch die Budgetabstimmung der Bayern, endlich einmal gründlich erörtert werden. Genossen! Laßt nicht die Opportunität, nicht die Zweckmäßigkeiten, laßt das Prinzip siegen. Nehmt unseren Antrag an! (Lebhafter Beifall.)

Kandt-Rostock: Er billigt voll und ganz den Standpunkt des Parvus-Artikels. Wenn Vollmar recht hat und die Bayern so dumm sind, wie dumm müssen wir Mecklenburger erst sein! Und doch stimmen wir mit Bebel überein und empfehlen daher den Antrag 114, der ja auch eine Direktive giebt für spätere zweifelhafte Fälle. Der Mecklenburger Bauer hat auch einen dicken Schädel, und trotzdem haben wir ihn immer nur mit dem Programm bearbeitet — mit welchem Resultate, das haben unsere Erfolge in der letzten Reichstagswahl gezeigt. Man hat uns auch vorgeworfen, daß wir den Etat verwerfen wollen, aber unsere Bauern haben uns schließlich doch verstanden.

Kunert theilt mit, daß der Antrag Halle zu Gunsten des Antrages 114 zurückgezogen sei. Das Vollmar'sche „Nordlicht" wolle er nicht mit einem „Münchener Südlicht" beantworten. Hierauf kritisirt Redner einzelne Stellen des Berichts über den Münchener Parteitag. Viel zu sagen ist nach Bebel's Rede nicht mehr. Ich bin übrigens mit „Parvus" nicht identisch, ich habe nicht die Ehre, es zu sein, also sind die Vollmar'schen Hiebe, in die Luft geführt.

Ewald-Brandenburg: Gegen Vollmar bemerke ich, daß ich mich auch von Bebel nicht ködern lasse, ich schmeichele mir, immer eine eigene Meinung gehabt zu haben. Ueber die Sache braucht man nicht viel mehr zu sagen. Das Prinzip muß gewahrt bleiben. Ich z. B. wurde einmal in einer Wählerversammlung gefragt, ob ich republikanisch oder monarchisch gesinnt sei. Ich wußte genau, die offene Antwort kostet mich viele Stimmen, ich habe sie doch gegeben. Ich habe deshalb auf ein Reichstagsmandat verzichten müssen, denn ich bin nur mit fünfundsiebzig Stimmen unterlegen. Ich habe doch gesagt: ich bekenne mich zur republikanischen Staatsform. So müssen es auch die Bayern thun. Vollmar droht mit einer Spaltung. (Vollmar ruft: Ich habe kein Wort davon gesagt. Unruhe. Glocke des Präsidenten.)

Singer: v. Vollmar hat nicht von Spaltung gesprochen.

Ewald (fortfahrend): Das lag aber in seinen Worten, er hat gedroht, die Sache nicht auf die Spitze zu treiben. (Oho! Nicht wahr! Unruhe und Zurufe.) Früher haben die Gegner gesagt, Bebel sei Parteipapst, heute aber ist Vollmar als Parteipapst aufgetreten. (Unruhe.)

Singer stellt fest, daß v. Vollmar nicht gedroht, sondern nur gewarnt hat, die Sache auf die Spitze zu treiben.

Stadthagen: Genosse v. Vollmar will durch seine Haltung den Berliner Genossen nicht die Freiheit einräumen, einen Antrag zur prinzipiellen Erörterung eines Zwischenfalles einzubringen. Wenn die bayerischen Bauern so dumm sind, so bin ich noch viel dümmer, da ich nicht begreifen kann, wie die bayerischen Abgeordneten nach ihrer Erklärung noch für den Etat stimmen konnten. Ich meine mit meinem Amendement nur, daß von Vertrauensvotum nur in dem Falle die Rede sein kann, wenn eine Partei ausschlaggebend ist. So glaube ich auch im Gegensatz zu Bebel, daß die hessischen Abgeordneten recht hatten, für die Regierung zu stimmen, weil sie damals ausschlaggebend waren. Ein prinzipieller Gegensatz zum Antrage 114 liegt nicht in meinem Amendement, deshalb verstehe ich nicht, warum Bebel sich dagegen ausspricht.

Grillenberger (ersucht um etwas längere Redezeit, die ihm von den Delegirten bewilligt wird): Die Ausführungen Vollmar's haben sichtlich einen großen Eindruck hervorgerufen, und der Eindruck wäre noch verstärkt worden, wenn der eine oder der andere von denen, die hierher gekommen sind mit der vorgefaßten Absicht, uns unter allen Umständen zu verbrennen, in unseren Bericht über den bayerischen Parteitag zu München während der Mittagspause einen Blick geworfen hätte. Hoffentlich kommen Sie zu einer unbefangenen Würdigung unserer Stellungnahme. Wir müssen uns dagegen wenden, daß Leute in unsere Angelegenheiten hineinreden, die unsere Verhältnisse nicht kennen. Während sich in Bayern keine einzige Stimme gegen uns gewendet hat, sind wir in Halle und von der Anträge-Fabrik Timm und Kompagnie in unqualifizirbarer Weise angegriffen worden. Der Partei-Vorstand hatte es zunächst abgelehnt, in dieser Sache Stellung zu nehmen; es wäre besser gewesen, er hätte es auch jetzt nicht gethan. Ich muß mich gegen die Ansicht Bebel's verwahren, daß das in München von Segitz beantragte und einstimmig angenommene Vertrauensvotum nur unserer Gesammthaltung gegolten habe. Wie Sie aus Seite 36 unseres Berichts ersehen, galt es unserer Thätigkeit einschließlich der Schlußabstimmung, und dafür haben in München selbst solche gestimmt, die dorthin gekommen, uns zur Rechenschaft zu ziehen, uns Opposition zu machen. Genosse Bebel ist ja heute außerordentlich zart gewesen, er hat aber nur das alte Kunststück des Verschiebens wiederholt, hat uns dabei auf der einen Seite sehr gelobt, um uns dann auf der anderen Seite um so empfindlicher treffen zu können. Besonders auffallend an Bebel's Rede aber war es mir, wie er den bürgerlich-konstitutionellen Standpunkt gewahrt hat. Ich halte doch dafür, daß unsere Budgetbewilligung eine praktischere revolutionäre Thätigkeit war, als die bürgerlich-konstitutionelle Budgetverweigerung; ich stehe auf Plechanow's Standpunkt, daß nicht solche Mittel zu wählen seien, die revolutionär aussehen, sondern solche, die revolutionär wirken. Das Mittel, das wir wählten, wirkte dermaßen revolutionär und agitatorisch, denn es hat uns Viele näher gebracht, die sich im Falle der Budgetverweigerung ablehnend gegen uns verhalten hätten. Soll es aber die Aufgabe der parlamentarischen Thätigkeit sein, agitatorisch nach außen zu wirken, wie es gestern und heute immer wieder betont wurde, so haben wir diese Aufgabe redlich erfüllt. Wir haben große Kreise aufgerüttelt und haben damit den Boden für die Propaganda geebnet. Wir wollen, daß man uns nicht in unsere Angelegenheiten hineinredet. Wollten wir Gleiches mit Gleichem vergelten, so könnten wir den Sächsern mit der unter Bebel's Führung erfolgten Bewilligung der Mittel für die Kolonie Schneckengrün dienen. Bei der Abstimmung über die Zivilliste haben sich die Sachsen, helle wie sie sind, gedrückt, um nicht als unhöflich zu erscheinen. (Zuruf: Das ist nicht wahr!) Aber lieber Geyer, es dürfte Dir schwer fallen, dies zu beweisen. Wenn die Sachsen allmälig erst Erfahrungen sammeln mußten, um zu ihrem heutigen Standpunkt zu gelangen, so lasse uns Bebel auch nur die nöthige Zeit zur Entwicklung; vielleicht brauchen wir etwas mehr Zeit dazu als die Sachsen, weil wir ja ein „zurückgebliebenes Volk" sind. (Heiterkeit.) Bebel meinte, allen Landtagsvertretern eine gebundene Marschroute für alle Fälle vorschreiben zu müssen. Dann käme man dahin, auch für Gemeindevertreter und Vertreter in Landgemeinden eine solche Route vorzuschreiben. Nun denke man sich einmal den Fall, eine Gemeinde habe bedeutende Summen für kulturelle Zwecke, für Hebung der Lage der Arbeiter, für Schulwesen ꝛc. ausgegeben, in ihrem Budget befindet sich aber auch eine Ausgabe von 10 000 Mk., weil zum Empfange irgend eines Prinzleins die Straßen geschmückt worden sind. Konsequenter Weise müßten die sozialdemokratischen Gemeindevertreter dann das ganze Budget ablehnen, müßten

also direkt die kulturellen Interessen schädigen. Mit dem Antrag 114, Antrick und Konsorten (Zuruf: Oho! Genossen, nicht Konsorten!), geben Sie uns gebundene Marschroute. Sie binden uns und zwingen uns, uns auf einen verrückten Standpunkt zu stellen. (Heiterkeit. Vorsitzender: Ich hoffe, daß Grillenberger die Güte gehabt hat, nicht die Antragsteller zu meinen.) Grillenberger: Ich habe damit nur sagen wollen, daß Sie uns in die Lage bringen, verrückte Dinge thun zu müssen. (Heiterkeit.) So liegt die Sache beim Postetat, bei den Ausgaben für die Eisenbahnen, für die Bauern und Aehnliches, was sollten diese Leute von uns denken, wenn wir zur Wahrung eines starren Prinzips bei der endgiltigen Abstimmung, nachdem wir in den Einzeletat-Verhandlungen Verbesserungen durchgedrückt haben, dann gegen diese Verbesserungen stimmen würden, das wäre doch offenbare Verrücktheit. (Sehr richtig!) Hätten wir es nur mit aufgeklärten Massen zu thun, wie in Nürnberg ꝛc., so hätten wir allerdings gegen das Finanzgesetz stimmen können. (Hört! hört!) Gewiß! In Kiel, in Wilhelmshaven, die Bebel als Beispiel angeführt hat, kann man das ruhig thun, wir haben aber 80 pCt. bäuerliche Bevölkerung, auf die haben wir auch Rücksicht zu nehmen, nicht blos auf das Fünftel der Industriebevölkerung. Wenn man in Bayern etwas erreichen will, muß man auf das Denken und Fühlen dieser schwerfälligen Massen Rücksicht nehmen und dem durch unsere Thätigkeit entsprechen, dann erst kann man das Werk der Aufklärung beginnen. Wir haben es in Bayern mit einer selbständigen bäuerlichen Bevölkerung zu thun, nicht wie Sie in Norddeutschland mit Massen ländlicher Lohnsklaven, die viel leichter das Wesen der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung begreifen, auch wenn sie noch so rückständig sind. Wenn man uns angreifen will, so lerne man doch endlich die bayerischen Verhältnisse kennen. In Halle hat man uns angegriffen, „weil wir das Militärbudget bewilligt hätten", obwohl das Militärbudget im bayerischen Finanzgesetz gar nicht enthalten ist. Aber dieselben Leute haben zur Agrarfrage Anträge gestellt, wie sie prinzipienwidriger nicht mehr gedacht werden können. In Berlin hat man uns Inkonsequenz und sozusagen Prinzipienverrath vorgeworfen und dieselben Berliner beschließen Arbeitslosen-Unterstützung durch das Reich, also aus den Ueberschüssen der indirekten Steuern. Wie kann man uns Prinzipienverrath vorwerfen, wie kann man uns in die Schuhe schieben, wir hätten der Regierung ein Vertrauensvotum ertheilt, wo ich in meiner Erklärung, die ich in Uebereinstimmung mit allen Genossen abgegeben hatte, der Regierung bei unserer motivirten Abstimmung das denkbar größte Mißtrauensvotum ertheilt hatte. Im Wesentlichen kann es sich also nur darum handeln, in welcher Form das Mißtrauensvotum ausgesprochen wird, und da bin ich doch der Meinung, daß unser Mißtrauensvotum wirkungsvoller gewesen ist als eine einfache Ablehnung des Budgets. Wenn ich unter Anderem sagte, ein einfacher Polizeibeamter könne so viel leisten wie der Minister des Innern, so schmeckt das doch wahrlich nicht nach Vertrauen. Wenn wir fünf Männlein in Bayern im Landtag gegen das Budget stimmen, so ist das nur ein Lufthieb, und für Lufthiebe ist unsere Zeit zu ernst. Vollmar hat ganz recht gesagt, die schärfste Waffe dürfe man nicht durch zu häufigen Gebrauch abstumpfen. Wir sind ja gar nicht versessen darauf, für immer und alle Zeiten unsere jetzige Haltung beizubehalten. Es können ja Zeiten kommen, vielleicht schneller, als wir alle glauben, da wir gezwungen sind, das Budget zu verweigern, um die Regierung zur Anerkennung irgend einer unabweisbaren Forderung des Volkes zu nöthigen, und wenn wir mit unserer Stimmenzahl den Ausschlag geben können, werden wir selbstredend eine andere Taktik beobachten, als wenn unsere Stimmen belanglos sind. Dann befinden wir uns aber in einer ganz anderen Situation als andere Landtage, denn bei uns kann ohne Budget

beziehungsweise ohne Provisorium, das auch erst bewilligt werden muß, nicht weiter regiert werden wie anderswo. Wir haben von unseren Auftraggebern die strikte Weisung, uns freie Entschließung zu wahren. Nehmen Sie aber den Antrag Bebel an, so heißt das nichts anderes, als daß wir Bayern wie dumme Jungen nach Hause geschickt werden sollen. Denken Sie den Fall, wir stimmten das nächste Mal gegen das Finanzgesetz, weil wir dem Frankfurter Parteitag gehorchen wollten. Würden dann unsere Ultramontanen nicht sagen, die Preußen hätten uns befohlen, Ordre zu pariren? Und mit Recht. Bebel meint, man habe auf die gegnerische Presse nichts zu geben, aber doch ist es die Meinungsäußerung der gegnerischen Presse, die ihn nervös gemacht hat. Der Bebel'sche Antrag ist für uns unannehmbar; nehmen Sie ihn wenigstens mit dem Amendement Stadthagen an, zu dessen Gunsten wir, so wenig es uns gefällt, auf unseren Antrag verzichten würden. Das Amendement Stadthagen ermöglicht wenigstens eine Verständigung, die völlig ausgeschlossen ist durch die Annahme des Bebel'schen Antrages. Zwingen Sie uns eine gebundene Marschroute auf, so treiben Sie die Gegensätze auf die Spitze. Das will Bebel, deshalb wendet er sich gegen das Stadthagen'sche Amendement. Es ist eine alte Gewohnheit Bebel's, drohendes Unheil zu prophezeien, wenn es einmal nicht so geht, wie er will. Das gilt von der Parteiregierung überhaupt. Heißt das nicht, die Dinge auf die Spitze treiben? Bebel will also, daß wir uns beugen. Wir wünschen aber eine Verständigung, damit unsere Brüder uns nichts vorzuwerfen haben. Es ist ja ganz gut, daß immer Einer auf dem Qui vive steht und über das Prinzip wacht, es geht aber doch nach Bebel's Art zu weit. Auch wird es bald langweilig, wenn er immer von „Versumpfung" spricht. Im vorigen Jahre war es der Besuch des Kongresses, den das Freie Hochstift hier in Frankfurt a. M. veranstaltet hatte, in diesem Jahre ist es unser Verhalten, im nächsten Jahre wird wieder etwas anderes herhalten müssen, als Versumpfung bezeichnet zu werden. Es ist ja wie gesagt ganz gut, daß Jemand beständig auf Posten steht, daß dem Prinzip kein Schad' geschieht. (Heiterkeit.) Aber Bebel sollte sich endlich derartiger Kassandrarufe zielbewußten Genossen gegenüber enthalten; Bebel hat gefragt, was man dazu sagen würde, wenn etwa Sozialdemokraten im preußischen Landtage für das Budget stimmen würden. Darüber brauchen wir uns nicht den Kopf zu zerbrechen, denn es sind keine darin. (Heiterkeit.) Ich glaube nicht, daß Bebel etwa jetzt dafür ist, auf Grund des Dreiklassen-Wahlsystems für den preußischen Landtag zu wählen. Als Bernstein es vorschlug, nannte er es — (Ruf: Versumpfung. Heiterkeit.) Bebel bemerkte, die Stellungnahme des Parteitages zu der badischen Streitfrage sei ein Präzedenzfall für die Einzelstaaten. Wir bestreiten gar nicht, daß der Parteitag oberste Instanz in Prinzipienfragen ist. Bei uns handelt es sich aber nur um eine taktische Frage. Die badischen Genossen riefen die Entscheidung des Parteitages an, weil sie selber nicht fertig werden konnten. Wir Bayern haben das nicht gethan, wir sind ganz einig. Uns gegenüber will man den Weg der Oktroyirung beschreiten. Wir erklären aber positiv, daß durch die etwaige Annahme des Bebel'schen Antrages an unserer Haltung im Landtage und unserer Stellung zum Budget nichts geändert wird. Denken Sie an unsere Ha'tung zur Frage der Unterstützung von Gegnern bei Stichwahlen. Der St. Gallener Kongreß verbot diese Unterstützung formell, jetzt ist Niemand mehr in der Partei, der noch an dieses Verbot denkt. Der Standpunkt hat sich eben als unhaltbar herausgestellt; ebenso wird es sich als unhaltbar herausstellen, unsere Vertreter in den Landtagen der Einzelstaaten so zu binden, wie vorgeschlagen wird. Wir glauben deshalb, es wäre besser, von dem Versuch überhaupt rechtzeitig abzustehen. Wir können uns doch nicht nach dem Beschluß richten und werden es nicht. Es bleibt ein Schlag ins Wasser.

In solcher Lage ist es besser, den Weg der Verständigung zu suchen und nicht partout auf dem Kopfe zu bestehen: Ihr Bayern müßt kuschen! Es liegt in Ihrer Hand, zu verhüten, daß die wegen der aus Norddeutschland erfolgten Angriffe ohnehin schon große Erbitterung unter den bayerischen Genossen nicht noch größer wird. Auch das Bedenken kann noch geltend gemacht werden, daß bei Annahme des Antrages Bebel unsere Gegner die bayerischen Wahlmännerwahlen künftig für ungiltig erklären würden, weil den Gewählten hier ein gebundenes Mandat, das verfassungsmäßig unzulässig ist, gegeben worden sei. Aber ich will dieses Schreckgespenst hier nicht weiter benutzen. Wir wollen nichts als latitude (freien Spielraum) für uns, wir wollen, daß man es dem ehrlichen Ermessen ehrlicher Parteigenossen überläßt, wie sie sich zu der Budgetfrage im Einzelstaat verhalten. Deshalb empfehle ich den Antrag Stadthagen anzunehmen, weil er die einzige Basis für eine Verständigung ist. (Lebhafter Beifall.)

Ein Antrag auf Vertagung wird angenommen, da es 4 Uhr ist.

Persönlich erklärt Bebel: Grillenberger habe drei seiner Aeußerungen mißverstanden. Er habe nicht gesagt, daß ihn die gegnerische Presse zu seinem Auftreten veranlasse, sondern daß die gegnerische Presse die Genossen im Lande erst auf die Budgetabstimmung aufmerksam gemacht habe. Weiter habe ich nicht gesagt, daß die Taktik der bayerischen Fraktion zur Versumpfung führe, sondern gemeint, wenn das, was Vollmar als Grund für diese Taktik angeführt habe, maßgebend werden würde, werde Versumpfung eintreten. Drittens habe ich auf dem Kölner Parteitag meine Stellung zu den preußischen Landtagswahlen so präzisirt, daß ich sagte, der Grund für unsere Nichtbetheiligung sei nicht das Dreiklassen-Wahlsystem. Aber es sei undenkbar, daß wir ein Kompromiß mit den gegnerischen Parteien abschließen, was wir thun müßten, wenn wir in den Landtag kommen wollten.

Singer verliest eine Begrüßung aus Lemberg. Eingegangen ist eine Beschwerdeschrift von Scholz aus Dresden, deren Inhalt den Partei-Vorstand bereits beschäftigt hatte und die der Neunerkommission zur Untersuchung überwiesen wird. Dasselbe geschieht mit Beschwerden aus Solingen und Metz.

Schluß $4^1/_4$ Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 25. Oktober 1894. — Vormittags-Sitzung.

$9^1/_4$ Uhr. Vorsitzender: Singer.

Singer eröffnet die Sitzung mit der Verlesung von Begrüßungsschreiben und Telegrammen. Eine Gewerkschaftsversammlung in Magdeburg hat noch folgende Resolution dem Parteitag zur Berücksichtigung übersandt:

In Erwägung, daß Tack & Co. in Burg die Haupturheber des Burger Streiks waren und unübersehbares Elend über circa 200 Familien brachten, der Streik von den Burger Genossen noch nicht aufgehoben, sondern der Boykott über sämmtliche Waaren, welche von Fabrikanten, die dem Ring angehören, verhängt ist, verurtheilt die heutige öffentliche Gewerkschaftsversammlung das Vorgehen des Braunschweiger und Chemnitzer Parteiorgans, welche Empfehlungs-Inserate für Tack & Co. brachten, auf das allerentschiedenste und verlangt vom Parteitag, daß er die Genossen in den Orten Braunschweig und Chemnitz beauftragt, hier Remedur zu schaffen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung protestirt Eckstein, daß die Solinger Angelegenheit so kurzer Hand vor die Kommission verwiesen sei.

Singer erklärt, daß ein genereller Beschluß des Parteitages vorliege, alle persönlichen Streitereien vor die Kommission zu verweisen. Dem sei auch in Bezug auf die Solinger Angelegenheit entsprochen worden.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Die Debatte über die bayerische Angelegenheit wird wieder eröffnet. Das Wort erhält

Auer: Gestatten Sie dem einzigen Bayern, dessen Name unter dem Bebelschen Antrag steht, auch seinerseits einmal den spezifischen Charakter der bayerischen Angelegenheit zu beleuchten. Ich hoffe, daß auch meine engeren Landsleute mir das Recht zu einem solchen Urtheil noch nicht absprechen werden. Und da muß ich zunächst anführen, daß eine ganze Reihe von Zuständen, von denen man gestern gesagt hat, daß sie speziell bayerisch seien, auch für andere Provinzen gelten. Was uns als spezielles Merkmal Bayerns vorgeführt wurde, ist nicht derart, daß es uns zu einer Stellung führen könnte, wie sie uns hier zugemuthet ist. Zunächst muß ich mich da mit Vollmar's Ausführungen beschäftigen. Er hat sich bitter darüber beschwert, daß die Norddeutschen die Bayern kommandiren wollen, daß man nach Bayern norddeutsche Heilsbotschaften tragen wolle, ohne daß man die bayerischen Verhältnisse kenne. Er hat von dem Nordlicht gesprochen, das den Bayern angezündet werden solle. Ich hätte nicht geglaubt, daß unser wortgewandter und kluger Genosse Vollmar sich hier solcher Ausdrücke bedienen würde, die in einer Bauernversammlung zu Tuntenhausen Eindruck machen würden, bei uns aber doch nur als platte Gemeinplätze gelten können. (Sehr richtig!) Er hat eine Sprache geführt, wie sie im Sigl'schen „Vaterland" gebräuchlich ist, und ich habe nur die eine Erklärung dafür: Wenn Vollmar so redet, dann muß es mit seinen sachlichen Gründen sehr schwach bestellt sein. Vollmar beschwert sich darüber, daß wir uns stets an den Bayern zu reiben suchten, daß ihre Zustimmung zum Budget von uns kritisirt würde, während es unkritisirt geblieben war, als die hessischen und badischen Vertreter unserer Partei das Gleiche in ihren Landtagen gethan hätten. Da muß ich erwidern, daß erstens die Dinge bekannt werden müssen, bevor Kritik geübt werden kann, die Abstimmungen in Hessen und Baden sind aber ganz unbekannt geblieben. Zweitens gilt hier der alte Satz: Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe. (Rufe: Aha!) Das ist ein ehrendes Zeugniß für Sie (zu den Bayern) und für Ihre Thätigkeit. Im bayerischen Landtage ist die sozialdemokratische Fraktion so hervorragend thätig gewesen, daß sie das Augenmerk der ganzen sozialdemokratischen Welt auf sich gezogen hat. Die Thätigkeit unserer Genossen in anderen Landtagen, die auch im vollen Maße ihre Schuldigkeit thun, hält nicht entfernt den Vergleich damit aus. Wird diese Thätigkeit aber so gelobt, so darf sich Vollmar nicht wundern, daß sie in viel höherem Maße beobachtet wird, als die Thätigkeit unserer Genossen in einem anderen Landtage. Ich betone, daß es Niemanden von uns einfällt, die Genossen wegen der Budgetbewilligung zu tadeln. Die Anträge, die einen solchen Tadel aussprechen, werden von uns auf das Entschiedenste bekämpft. Daß die Reibungen mit den Bayern nicht aufhören, hängt weiter mit der persönlichen Stellung Vollmar's und seiner Bedeutung in der deutschen Sozialdemokratie zusammen. Vollmar kann es nicht unbekannt sein, daß fortgesetzt von der gegnerischen Presse versucht wird, einen Gegensatz zwischen ihm und uns zu konstruiren (Sehr richtig!) und diese Versuche sind so alt schon, als Vollmar alt in der Partei ist. (Sehr wahr!) Wir sahen sie bereits in einer Zeit, wo Vollmar noch nicht auf der äußersten rechten Seite unser Partei stand, wie er selber gesagt hat (Vollmar: Das ist nicht wahr!), sondern auf der ganz entgegengesetzten Seite. Diese Versuche sind ständig gemacht worden, aber wir warten bis heute noch auf ein Wort Vollmar's, auf eine offene Erklärung von ihm, worin er diese gegnerische Infamie desavouirt. (Bravo! Zwischenrufe.) Dies Wort habe ich oft von Dir erwartet, Vollmar, Du bist zu stolz dazu gewesen. (Vollmar: Ja, zu stolz!) Wir, die wir in guten und in bösen Tagen mit Dir zusammengekämpft haben, wir kennen Dein Naturell und wissen, weshalb Du schweigst. Die Hunderttausende draußen aber kennen Dich nicht so genau, sie ziehen Folgerungen und denken, wenn die Dinge immer wieder auftauchen und Vollmar schwebt über den Wolken und hat nicht ein Wort, das

seine Solidarität bekundet, ja zum Teufel, da muß am Ende doch etwas dahinter stecken. (Sehr gut!) Deshalb entstehen Reibungen und Vollmar selber ist mit schuld, wenn die Dinge so gekommen sind, wie sie es sind und wie ich und er sie beklagen. Vollmar beschwert sich besonders über die Kritik der norddeutschen Genossen, der Berliner. Ich glaube kaum, daß die Berliner Genossen mich gerade als ihren geeignetsten Vertreter auf den Parteitag entsenden würden, ich bin ganz unbeeinflußt von dem Berliner Wind, der mir nicht zu Diensten und mir nicht zur Lust ist. Aber das muß ich denn doch sagen: wenn die Berliner Genossen Kritik üben, so üben sie nur ihr gutes Recht aus, dieselben Berliner, die, wie in der ganzen Partei bekannt, nicht immer die geschickteste Form für ihre Wünsche finden, aber immer bekundet haben, daß sie nicht blos zu kritisiren, sondern sich auch zu fügen wissen, wenn ihre Ansichten von der Majorität abgelehnt werden. Noch niemals habe ich von den Berlinern Worte gehört, wie einer unserer ältesten, bravsten und tüchtigsten Genossen, Grillenberger, gestern leider geäußert hat: „Sie können beschließen, was Sie wollen, wir werden Ihre Beschlüsse nicht ausführen, weil wir sie nicht ausführen können." (Grillenberger: Das halte ich aufrecht.) Das gehört eben auch zum Demokraten und Sozialdemokraten, daß er sich sagt: Esel seid Ihr zwar, aber ich muß mich Euren Beschlüssen fügen. (Heiterkeit). Ihr — zu Grillenberger gewendet — sagt aber stets, wenn Ihr nicht recht bekommt: Wir sind vergewaltigt worden. Dabei hört jede Disziplin, jede Unterordnung, jedes Zusammenwirken auf. Ich weiß freilich sehr gut, daß die Suppe nicht so heiß gegessen wird, wie man sie aufträgt. Im Moment ist Grillenberger gewiß von der Richtigkeit seiner Aeußerung überzeugt, aber die ruhige Ueberlegung wird kommen, und ich hege nicht die Befürchtung, daß er sich von uns absondert und seinen eigenen Weg geht. Er wird im entscheidenden Augenblick da stehen, wo wir erwarten, daß er stehen wird. Ich bitte die bayerischen Genossen dringend, die Meinung aufzugeben, daß sie etwas besonderes sind. Die Stellung der bayerischen Genossen ist nicht derartig, daß sie auf die Zusammengehörigkeit und die Solidarität mit den Genossen im Reiche verzichten können. Ich weiß, daß keiner von Euch daran denkt, sich von uns zu trennen. Die vielgeschmähten Berliner haben mit die die Mittel geboten, den Bayern so zu helfen, wie ihnen geholfen worden ist. (Sehr richtig!) Ich, der ich seit zwanzig Jahren in der Parteileitung bin, kenne nicht einen größeren Ort von Hof bis Rosenheim, der nicht aus den Mitteln der gesammten deutschen Partei in dieser Zeit Unterstützung erhalten hätte. Genossen! es giebt keine bayerische partikularistische Sozialdemokratie! (Bravo!) Es giebt nur eine gemeinsame deutsche sozialdemokratische Partei. Aber die Worte, die wir gestern hörten, sie klangen nicht angenehm gerade jetzt, wo wir die dreißigjährige Wiederkehr des Tages der Gründung der Internationale feiern. (Sehr gut!) Wir verstehen auch etwas von den bayerischen Dingen. Die Gründe, die von den Bayern für ihre Zustimmung zum Budget geltend gemacht wurden, ich erkenne sie nicht an. Sie sagen stets: Der Bauer — und immer wieder der Bauer und der Bauer noch einmal ist es, der so denkt! Aber um die Gunst dieser Bauern haben wir uns nicht zu bemühen. Dieser Bauer kommt nicht. (Sehr richtig!) Es mag richtig sein, wenn gesagt wird, der Bauer, der Sigl sagt, kommt auch dazu, Vollmar zu sagen. Er kann in Verkennung dessen, was Vollmar anstrebt, dazu kommen, Vollmar zu sagen, aber niemals wird er dazu kommen, Sozialdemokratie zu sagen. Der ganze bayerische Bauernbund ist ein urreaktionäres Gebilde. (Vollmar: Nein.) Der altbayerische Bauernbund hat sich vom Zentrum getrennt, weil diese Partei die den Bauern gemachten reaktionären Versprechungen nicht zu erfüllen im Stande war. Gewiß, diese Bauern werden erdrückt von der internationalen Konkurrenz, von Zinsen und Schuldenlast, aber sie sind himmelweit entfernt davon, ihre Knechte als gleichberechtigt zu betrachten, sie sind himmelweit entfernt von der

Demokratie und vom Sozialismus. Unsere Pflicht ist es, daß wir uns der ländlichen Arbeiter, des Gesindes, annehmen, sobald wir dies aber thun, wird der Bauer, in dessen Dienst das Gesinde steht, unser Gegner. Mit welchem Widerwillen der Bauer seine sozialen Pflichten gegenüber dem von ihm beschäftigten Dienstpersonal erfüllt, dafür ist die Feindschaft gegen das Alters- und Invalidenversicherungsgesetz, das in diesen Kreisen sogenannte „Wapperlgesetz" ein charakteristischer Beweis. Gerade in den Reihen des Bauernbundes ist die Aufhebung der Alters-, Invaliden- und Unfallsversicherung eine stehende Forderung. Dabei haben diese Arbeitgeber es von Anfang an verstanden, den Theil der Lasten der Versicherung, welcher auf sie fällt, von sich ab und auf die Arbeiter zu wälzen. Bis zur Einführung der Versicherungsgesetze erhielt im bayerischen Roththal, einem Hauptherd der Bauernbewegung, das Gesinde zu verschiedenen Festzeiten im Jahre im Ganzen 6 Laibe Brod. Diese Naturallohnleistung ist weggefallen, seit der Bauer den Beitrag zur Alters- 2c. Versicherung leisten muß. Da der Laib Brod eine Mark Werth hatte, so verringerte sich der Lohn des Gesindes um 6 Mk. pro Jahr, genau den Betrag, den der Bauer nach dem Gesetz an Beitrag pro Kopf und Jahr für die Versicherung zu bezahlen hat. Man sieht, diese ländlichen Unternehmer nehmen es in der Kunst, das Gesetz zu umgehen und die Versicherungslast von sich auf ihre Arbeiter abzuwälzen, mit den geriebensten Industriellen auf. Wer glaubt, daß es uns je gelingen werde, diese Bauern für uns, für die sozialdemokratische Arbeiterpartei gewinnen zu können, der huldigt einem Köhlerglauben. Diese Gesellschaftsschicht ist unzufrieden im höchsten Grade; nirgends wird auf die Steuer- und Militärlast und das Beamtenregiment mehr geschimpft als wie in diesen Kreisen. Aber die Besserung, die diese Bauerngruppe anstrebt, sie liegt nicht auf dem Wege der demokratischen Gleichberechtigung oder gar der Vergesellschaftung des Eigenthums. Das allgemeine, gleiche Wahlrecht, das „jeden Lumpen, der nix hat", gleichwerthig erscheinen läßt mit dem Hofbesitzer, ist eine Einrichtung, die diese Bauern in tiefster Seele hassen, und genau so denken sie über jeden Versuch, den Privatbesitz an Grund und Boden in gesellschaftliches Eigenthum umzuwandeln. Bei den Tagelöhnern und Knechten, bei den Hopfenzupfern und Torfstechern müssen wir anknüpfen, und die scheeren sich nicht darum, ob dem Minister Müller oder Feilitzsch das Budget von uns abgelehnt wird. Diese altbayerischen Bauernknechte haben ganz andere Bestrebungen. Ich war in diesem Sommer in meiner Heimath, im bayerischen Rothtal, wo der Bauernbund dominirt, ich habe mit den Knechten geredet und mir ihre Forderungen aufschreiben lassen, von denen keine mit den Bestrebungen des Bauernbundes sich deckt. Nur die eine charakteristische Forderung will ich erwähnen: die Bauern sollen verpflichtet sein, ihre kranken Dienstboten mit dem Wagen ins Spital zu bringen, damit sie nicht zu Fuß sich hinschleppen müssen und am Wege liegen bleiben, wie es jetzt geschieht. Die Knechte erheben ihre Forderungen im Gegensatz zu den Bauern. Der Bauer, der schimpft auch auf den „Preuß". Und gestern hat ja Vollmar ganz gut ihren Ton getroffen (sehr gut!), aber für die sozialdemokratische Bewegung ist die Klasse des kleinen und mittleren Bauernthums nicht zu haben. Und um diese Leute zu gewinnen, von denen es heißt, daß sie eine Budgetablehnung nicht verstehen würden, sollen wir für das Budget stimmen? Vollmar sagte, die ganze Sache wäre keine prinzipielle, sondern eine reine Zweckmäßigkeitsfrage; ich will mich mit ihm auf denselben Boden stellen. Gerade aus Zweckmäßigkeitsgründen komme ich zu der Ueberzeugung, daß wir jetzt, wo die Frage einmal zur öffentlichen Diskussion gestellt ist, uns nicht mehr in dem Parlament so oder so bei der Budgetabstimmung verhalten können, sondern eine gemeinschaftliche Marschlinie einschlagen müssen. Das ist nicht der Korporalstock, nicht der Wille, zu schablonisiren und zu reglementiren, der uns hierzu bestimmt. Daß ein solcher Wille nicht vorhanden, daß jede Individualität in unserer Partei

Platz hat, dafür ist Vollmar selber ein lebendes Beispiel. (Sehr richtig!) Ich habe das Protokoll des bayerischen Parteitages genau studirt, ich bin Bayer so gut wie Ihr! (Zwischenrufe.) Wenn Ihr mir einen Gefallen thun wollt, schafft, daß ich wieder in Eure Mitte komme. (Heiterkeit.) Ich war besonders neugierig auf den Wortlaut der prinzipiellen Erklärung, die Ihr beim Finanzgesetz abgegeben habt. Die Worte des Genossen Grillenberger haben mich sehr überrascht. Er sagte: „Andererseits aber kann sie, die Fraktion, nicht verkennen, daß der Entwurf des Finanzgesetzes für die 22. Finanzperiode eine größere Anzahl von Aufwendungen für kulturelle Zwecke enthält, und daß die Bewilligung des Gesetzes zur Fortführung der Geschäfte des Gemeinwesens nothwendig ist. In dieser Erwägung und unter uneingeschränkter Aufrechterhaltung ihres prinzipiellen Standpunktes stimmt sie dem Finanzgesetze zu." Das ist nun ein Standpunkt, der zweifellos richtig ist für alle Mitglieder der staatserhaltenden Parteien, aber nicht für uns. Seid Ihr denn in den Landtag gewählt, das bayerische Gemeinwesen in seiner jetzigen Gestalt fortzuführen? Sollt Ihr es nicht umgestalten, oder — verzeihen Sie den Ausdruck einmal — untergraben? (Sehr gut!) Legt Euch einmal diese Frage vor, und Ihr werdet die schiefe Situation begreifen, in die Ihr gerathen seid. Das Gemeinwesen wird in sich selbst zerfallen, aber die Mittel zum Unterhalt und zur Fortführung dieses Gemeinwesens zu gewähren, das ist nicht Eure Sache. Ueberlaßt das ruhig den Nationalliberalen und Ultramontanen. (Sehr gut!) Was es mit den kulturellen Zwecken auf sich hat, denen das bayerische Budget dient, geht aus folgender Stelle in einer Rede Grillenberger's hervor: „Für ein Manöverfeld hatte man Millionen übrig, auch für die Aufbesserung der Pfarrgehälter hatte man Geld, aber 31000 M. zur Aufbesserung der erbärmlichen Löhne der armen Schulgehilfen konnte man nicht auftreiben. Da sagte der Kultusminister, daß ihm das Konzept verrückt werde, weil er keine 31000 M. mehr übrig habe! Ein trauriges Zeugniß für die bei uns der Schule zugewendete Fürsorge!" Der erste Satz charakterisirt auch sehr gut die Behauptung der Bayern, daß ihr Budget mit dem Militarismus nichts zu schaffen hat. (Vollmar: Ist ja Blech.) Na, um ein Manöverfeld für die sozialdemokratischen Arbeiterbataillone wird es sich doch nicht gerade gehandelt haben. (Große Heiterkeit.) So sieht die Kultur aus, die gefördert und unterstützt wird durch Eure Zustimmung. Auch wie dieses Gemeinwesen sich uns gegenüberstellt, schildert Grillenberger selbst sehr anschaulich. Er sagt: „Was das Vereins- und Versammlungsrecht anlangt, so giebt es kaum irgend ein Kulturland — Rußland, von dem man aber nicht recht weiß, ob man es zu den Kulturländern zählen darf, ausgenommen, — wo derartige kuriose Dinge in Bezug auf das Vereins- und Versammlungsrecht bestehen wie in Bayern!" Und Seite für Seite giebt das Protokoll des Münchener Parteitages Belege, wie die Leiter des Gemeinwesens sich russisch uns gegenüber verhalten, denen Ihr durch Eure Bewilligung des Budgets ungewollt eine Vertrauenskundgebung überreicht habt. (Sehr richtig.) Wenn die Dinge so stehen, muß es Euch klar sein, daß wir nicht aus Rüpelei, Standalsucht oder Terrorismus heraus handeln, sondern in der Empfindung, daß Ihr unsere Genossen seid und wir mit Euch den richtigen Weg finden müssen aus parteigenössischen Solidaritätsgründen. (Bravo!) Da muß mir Grillenberger's Aeußerung unverständlich bleiben, der durchaus auf seinen Kopf bestehen will. Das glaube ich nicht von ihm. (Grillenberger: Doch!) Mein lieber Karl, Du bist ja viel besser, als Du selber glaubst! (Große Heiterkeit.) Er sagt ja selber: „Wenn wir blos Rücksicht auf unsere Genossen zu nehmen hätten, dann hätten wir das Budget abgelehnt. Wir haben aber Rücksicht auf die indifferente Masse zu nehmen." Nein, das sollt Ihr nicht. Ich kenne die bayerischen Genossen genau: Wenn Ihr nach Hause kommt und sagt: Wir haben das, was die übrigen Genossen wollten, nicht gethan aus Rücksicht

auf den Unverstand der Wählermassen, dann werden sie Euch sagen, Ihr habt falsch daran gethan! Nicht dazu haben wir zwölf Jahre Sozialistengesetz, nicht Haß und Verfolgung gemeinsam mit Euch getragen, daß Ihr nun von uns weggeht, weil die Bauern es so wollen. Ihr habt Euch an die Seite der Parteigenossen zu stellen und Ihr werdet Euch auf deren Seite stellen. (Lebhafter Beifall.)

Ewald-Brandenburg beschwert sich, daß das Bureau Auer unbeschränkte Redezeit gewährt habe. (Unruhe.)

Singer: Ich glaube in vollem Einverständniß gehandelt zu haben, daß ich Auer heute ebensolange sprechen ließ wie gestern Grillenberger. (Beifall.)

Schultze-Königsberg steht auf dem Standpunkt Bebel's. Stellen wir uns auf den Standpunkt Vollmar's, so gerathen wir auf eine schiefe Ebene und unsere Gegner werden bald mit Recht uns nachsagen können, daß wir gar keine revolutionäre Partei mehr sind. Ganz besonders traurig aber ist es, daß die Worte Vollmar's und Grillenberger's einen so lebhaften Beifall finden konnten. So traurig wie in Bayern, so traurig sieht es in Ostpreußen auch aus. Von denselben Gesichtspunkten aus, von denen sich die bayerischen Genossen leiten ließen, hätten wir uns im Reichstage auch leiten lassen müssen. Ich erinnere nur an die Aufhebung des Identitätsnachweises, die direkt eine Lebensfrage für Ostpreußen war und gegen die wir doch stimmten. Sollen wir den Bauern Konzessionen machen, so müßten wir auch den kleinen Handwerkern Konzessionen machen. Nicht blos in der Gesammthaltung der Partei liegt ein Protest gegen den Klassenstaat; in jeder einzelnen Handlung unserer Partei muß dieser Protest zum Ausdruck kommen, so vor allen auch in der Verweigerung der Mittel zur Fortführung des Klassenstaates. Lassen wir uns doch mehr von großen Gesichtspunkten als von Kirchthurmspolitik leiten!

Oertel-Nürnberg: Die Beschlüsse, die wir in München faßten, sollen durchaus nicht der Kritik entzogen sein. Auer hat darauf hingewiesen, daß auch bei anderer Budget-Abstimmung Einigkeit in Bayern bestanden hätte; aber wir sind ja — jetzt — einig. Stimmen wir der Bebel'schen Resolution zu, so würde das Selbstkasteirung sein. Wir würden den Fluch der Lächerlichkeit auf uns laden. Die Regierung hat unsere Abstimmung gewiß nicht als Vertrauensvotum aufgefaßt und sie ist doch am meisten kompetent. Bebel's Wort, daß die Vollmar und Genossen „Bauernfang treiben", wird uns ungeheuer schaden. (Sehr richtig! Bebel: Ich halte es aufrecht.) Unsere Gegner werden sich jetzt auf Bebel berufen, wenn sie uns als sozialdemokratische Bauernfänger verspotten. Unser Verhalten war nur durch die Zweckmäßigkeit geleitet und es ist sehr leicht möglich, daß wir ein anderes Verhalten dem Finanzgesetz gegenüber einschlagen, wenn die heutige Polizeiwirthschaft nicht aufhört. In dem Augenblick, wo man sich auf den Boden der Praxis stellt, kann man anscheinend mit der Theorie in Widerspruch gerathen, aber taktische Fragen muß man doch immer wieder von Fall zu Fall prüfen. Bebel vergißt wohl, daß er selbst ähnlich gestimmt hat, warum hat er denn für den russischen Handelsvertrag gestimmt, obgleich die Sozialdemokraten Gegner aller indirekten Steuern sind? Warum hat er für den dritten Direktor im Auswärtigen Amte gestimmt? War das doch auch nicht prinzipiengemäß. (Bebel: Warum nicht?) Uns Bayern hat es auf das peinlichste berührt, daß man einen Beschluß fassen will, den man nicht zu fassen braucht. Wenn Sie aber doch einen Beschluß fassen wollen, so nehmen Sie wenigstens das Stadthagen'sche Amendement an.

Lütgenau: Ich möchte doch dagegen protestiren, daß Oertel die Korrektur einer Meinung als Kasteirung bezeichnet. Wenn die Majorität beschließt, so ist es die Pflicht, sich zu fügen (Grillenberger: Fällt uns gar nicht ein!). Das Wesen unserer Partei ist es, den Klassenstaat zu bekämpfen, die Gewährung der

Mittel zur Erhaltung des Klassenstaates ist also keine taktische, sondern eine prinzipielle Frage. (Bebel: Sehr richtig!) So sehr ich wünsche, eine Verständigung herbeizuführen, so ist der Antrag Stadthagen dazu doch absolut ungeeignet. Er läßt jede beliebige Auslegung zu. (Liebknecht: Kautschuk!) Stadthagen's Antrag befördert die Unklarheit, sein Antrag macht den Antrag Bebel unannehmbar, und die Bayern haben ja selbst zugegeben, daß sie sich dann in ihrer Stellungnahme durchaus nicht gebunden sehen würden.

Antrick: Ebenso wie Vollmar verlangt, daß wir die bayerischen Verhältnisse studiren sollen, so würde Vollmar durch das Studium unserer Verhältnisse unsere Stellungnahme zur Haltung der Bayern besser verstanden haben. Zu unserem Vorgehen sind wir durch unsere Parteigenossen gedrängt worden, die einfach das Verhalten der Bayern nicht begreifen. Soll man nun auf gute, bewährte Parteigenossen weniger Rücksicht nehmen, als auf die indifferente Masse der bayerischen Bauern? Mir ist es unbegreiflich, wie man für die Bewilligung des Budgets stimmen kann, von dem die Zivilliste einen erheblichen Theil ausmacht. Billigen wir das Verhalten der Bayern, so wirft man uns aus unseren Kreisen mit Schimpf und Schande heraus. Das Amendement Stadthagen macht den Antrag Bebel unannehmbar. Es soll den Abgeordneten in den Landtagen eben nicht überlassen bleiben, selbstständig zu beurtheilen, ob die Bewilligung des Gesammt-Etats ein Vertrauensvotum sei oder nicht. Es muß doch endlich einmal in dieser Frage eine bestimmte Richtschnur gegeben werden. Ich verstehe nicht, wie Grillenberger erklären kann: „Wir fügen uns nicht". Ebenso könnten die Berliner sagen, weil unsere Anträge über die Gehälter nicht angenommen sind, bewilligen wir einfach die Mittel nicht mehr. Die Ablehnung des Antrages Bebel könnte in unserem Parteileben Konsequenzen herbeiführen, die wir alle nicht wünschen.

Metzner: Nicht als partikularistischer Berliner Genosse, sondern als Sozialdemokrat schlechthin stelle ich mich zu den Anträgen. Aus den etwas höhnischen Aeußerungen Grillenberger's und Vollmar's über unsere Anträge geht hervor, daß sie doch einen recht wunden Punkt berührt haben müssen. Man sagt zwar, daß es sich nur um eine taktische Frage handle, aber es ist bereits genugsam und gerade an der Hand des bayerischen Protokolls erwiesen worden, daß es sich hier um eine prinzipielle Frage handelt. Das Protokoll des bayerischen Parteitages zeigt an verschiedenen Stellen, daß die Genossen selbst ihre Inkonsequenz fühlen. Wenn Oertel schon heut meint, bereits in der nächsten Session könne ein anderes Verhalten der Bayern Platz greifen, so ist damit ihr Verhalten in der vorangegangenen Session zu drei Viertel verurtheilt. Zu Gunsten der Bebel'schen Resolution ziehe ich im Einverständniß mit den anderen Antragstellern die entsprechenden Anträge zurück. Wir bitten, Bebel's Resolution anzunehmen, denn alle Gegengründe der Bayern sind gründlich widerlegt worden. Mit Stadthagen's Amendement würde die Bebel'sche Resolution gleichbedeutend sein mit dem Wort: „Wasch mir den Pelz, aber mach mir ihn nicht naß."

Jöst-Mainz: So lange ich in der Partei stehe, haben wir die Taktik so oft wechseln sehen wie das Wetter im April. Alle die gegen Vollmar gerichteten Angriffe gehen von Leuten aus, die immer über das Parlament als Firlefanz schimpfen, aber wenn sie selbst Parlamentarier werden, parlamentarischer sind als wir. Auch kennen die Gegner, Bebel eingeschlossen, nicht die Verfassung der Bundesstaaten. Wenn man nicht für ein Finanzgesetz stimmen darf, dann handelten Bueb und Genossen recht konsequent, und doch sind sie vom Zentralorgan angegriffen worden, weil sie den Verfassungseid nicht schwören wollten. Wenn Sie zugeben, daß man den Eid schwören darf, ohne deshalb gleich Monarchist zu werden, so müssen Sie auch zugeben, daß die Zustimmung kein Vertrauensvotum ist. Wenn nach Bebel die Annahme des Finanzgesetzes bereits eine Stärkung des Klassenstaates bedeutet, so hat auch Bebel durch die

Zustimmung zu den Handelsverträgen die Prinzipalität, den Kapitalismus, die Hamburger Spiritushändler unterstützt, und neben den Bayern gehört auch mancher von Ihnen auf die Anklagebank. Gegen die Resolution Bebel sprechen aber auch Verfassungsbedenken, denn in den meisten Landtagen dürfen die Abgeordneten kein gebundenes Mandat übernehmen.

Bei einer Abstimmung im hessischen Landtage hätte unsere Ablehnung des Finanzgesetzes eine Erhöhung der Steuerlast für das arbeitende Volk zur Folge gehabt, weil unsere Ablehnung, bei der ausschlaggebenden Stellung unserer Fraktion, eine neue Abstimmung durch beide Kammern und damit die Annahme der konservativen Budgetvorschläge zur Folge gehabt hätte. In anderen Fällen haben wir ebenso gegen das Finanzgesetz gestimmt. So lange wir aber nicht dem Mißtrauen unserer Wähler begegnen, müssen wir unser Verhalten bei der Abstimmung über den Gesammt-Etat von reinen Zweckmäßigkeitsgründen leiten lassen. Auer nimmt die Aeußerung Grillenberger's vom Nichtfügenwollen zu tragisch; das bedeutet doch nicht gleich eine Spaltung. Und dann sollen sich die Bebel und Genossen an der eigenen Nase zupfen; haben sie sich nicht 1887 gegen den Parteibeschluß in Stichwahlbündnisse mit den Freisinnigen eingelassen? Das ist doch gerade so schlimm, wie das Verhalten der Bayern. Ein Stichwahlbündniß mit den Fortschrittlern ist das Eintreten für das kleinere Uebel, wir werden dadurch doch noch nicht Anhänger der „Sparagnes". (Beifall.) Ebenso ist die Etatsannahme nur die Zustimmung zu einem kleineren Uebel. War es nicht ganz dasselbe, als wir uns vor der Einführung der Zivilehe kirchlich trauen ließen? Es ist ja überhaupt Mode geworden, jeden Abgeordneten dafür, daß er gewählt ist, sofort ins sozialdemokratische Verbrecheralbum zu stecken, aber lassen wir doch einmal die Ketzerriecherei. Ich mache Bebel keinen Vorwurf, daß er für die Arbeiterkolonie Schneckengrün gestimmt hat, aber ich darf doch darauf exemplifiziren. Wenn er sich gestatten darf, Fehler zu machen, dann dürfen wir es auch. Wenn nach Bebel's Resolution die Etatsbewilligung als ein Programmverstoß aufgefaßt wird, dann weg mit dem Verfassungseid, dann aber überhaupt heraus aus der Kammer. Begeben wir uns aber auf diese Bahn, dann dürfen Sie auch nicht vor der Gemeinderathsthür Halt machen. In einzelnen Theilen des Reiches ist die Polizei Gemeindesache, wir müßten also gegen das Gemeindebudget stimmen. Und doch haben wir es in Mainz durch unsere Zustimmung durchgedrückt, daß das Schulgeld aufgehoben wurde. Wir Alle haben uns ja weiter entwickelt, vielleicht in verschiedener Richtung da und dort, auch Bebel hat sich geändert (Vollmar: Mauserung!), und doch haben wir uns immer wieder auf einem gemeinsamen Punkte zusammengetroffen. Ueben Sie keinen Zwang aus, wir stehen sonst als dumme Jungen da, die bisher nicht gewußt haben, was sie wollen. (Glocke des Präsidenten.) Ich will das Gewissen des Präsidenten nicht zu sehr belasten, aber ich habe doch dasselbe Recht wie Vollmar, Grillenberger und Auer, länger zu reden, doch ich bin gleich am Ende. (Heiterkeit.) Ich lasse mich nicht binden, immer das kleinere Uebel zu wählen. Ich thue für meine Wähler das Beste. Lehnen Sie deshalb den ganz überflüssigen Antrag Bebel ab. Wenn Sie die Sachen weiter so auf die Spitze treiben, dann haben Sie zwar einen Anfang, aber das Ende können Sie nicht übersehen.

Singer: Das Amendement Stadthagen wird zurückgezogen; dagegen ist von ihm folgendes Amendement eingegangen: die Worte: „da die Bewilligung des Gesammtbudgets als Vertrauensvotum gilt" zu ersetzen durch: so weit die Bewilligung des Gesammtbudgets eine Anerkennung der Berechtigung des bestehenden Klassenstaates oder ein Vertrauensvotum für die Regierung enthält." Die Debatte wird auf Antrag Schmidt-München geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Timm: Die Berliner stellen Anträge nach ihrer besten Ueberzeugung. Die

Bezeichnung „Anträgefabrik Timm und Kompagnie" könnte er mit derselben Berechtigung zurückgeben und von einer „Vertrauensvotum-Fabrik Grillenberger, Vollmar und Kompagnie" sprechen.

Bebel: Meine Bezeichnung „Bauernfang" ist nur die konsequente Schlußfolgerung der Worte Vollmar's, daß sich die Bayern nicht aus Rücksicht auf die Genossen, sondern auf die indifferenten Bauern bei der Abstimmung leiten ließen. Wenn von einer Seite Vorwürfe über die Erschwerung der Agitation gemacht werden können, so treffen diese nicht mich, da ich blos eine Konsequenz gezogen, sondern sie treffen Vollmar, der die Grundlage für meine Schlußfolgerungen geschaffen hat. Jöst mag doch beweisen, daß ich dutzendfache Seitensprünge gemacht habe. 1887 habe ich keinen Theil an den Stichwahlbündnissen gehabt, denn zu jener Zeit hatte ich die Ehre im Gefängnisse von Zwickau zu sitzen.

Vollmar: Wollte ich auf alle unrichtigen und zusammenhanglosen Behauptungen eingehen, so würde mich der „Großglockner da oben" (Heiterkeit) bald unterbrechen. Ich muß mich also auf ein paar Einzelheiten beschränken. Auer hat eine eigenthümliche Taktik angewandt; er hat uns über alle Maßen gelobt, um mich nachher desto besser angreifen zu können. Kein Mensch kennt Grillenberger besser wie Auer, er hätte deshalb die im Zorn herausgestoßenen Worte Grillenberger's nach ihrem innern Sinne würdigen müssen. Grillenberger und mir ist der Vorwurf gemacht worden, wir wollten uns im Falle der Annahme von Bebel's Antrag „widersetzen"; davon ist gar keine Rede. Aber selbst wenn wir es thäten, so wäre das nur dasselbe, was Bebel in Erfurt androhte, indem er sagte: „Wird Vollmar Recht gegeben, dann wählen Sie ihn in den Vorstand, aber ich gehe hinaus in das Land, um die Fahne der Rebellion zu erheben." Kein unglücklicheres Wort ist auf dem Parteitage gefallen, als Bebel's Wort vom „Bauernfange". Und Bebel hat auch keinen Anlaß zu dieser Schlußfolgerung gehabt, denn ich habe gesagt: „Wir wollen unsere Politik so einrichten, daß unsere Bauern sie verstehen und wir ihnen überhaupt näher zu kommen vermögen." Auer hat es merkwürdiger Weise gefallen, den ganzen Fall auf mich persönlich zuzuspitzen. Darin liegt eine Beleidigung gegen alle übrigen bayerischen Landtagsabgeordneten, die gewissermaßen als eine Schafheerde hingestellt werden, deren Leithammel ich bin. Ganz abgesehen davon, daß ich es für höchst bedauerlich halte, den alten Spahn gegen mich wieder auszugraben. Gegen Auer's Vorwurf, den er trotz wiederholter Zwischenrufe aufrechterhalten: „ich habe mich als auf der rechten Seite stehend bezeichnet", bemerke ich, daß meine Worte waren: „Von den Taktikstreit ist gesagt worden, er werde nach links und rechts geführt. Das „rechts" soll nämlich ich sein." Auer, der sonst so gut zu hören versteht, hätte seine Ohren besser spitzen sollen. Ich verwahre mich dagegen, mehr rechts zu stehen als irgend einer in der Partei; durch unsere Thätigkeit habe ich und meine bayerischen Freunde vielmehr bewiesen, daß wir vielleicht mehr links stehen als mancher andere.

Jöst-Mainz: Ich habe Bebel keine dutzendfachen Gehorsamsverweigerungen vorgeworfen, sondern gesagt, daß ich dutzendfach Zustimmungen und Handlungen Bebel's kenne, die zu Gunsten der besitzenden Klasse waren. Wenn Bebel nicht im Gefängnisse gewesen wäre, hätte er sicherlich das Flugblatt unterschrieben. (Heiterkeit.)

Auer: Wenn meine Ausführungen sich gegen Vollmar persönlich zuspitzten, so geschah das nothwendig deshalb, weil ich gegen seine Darstellung polemisiren mußte. Es ist mir nicht eingefallen, die Bayern als „unverständige Bande", als Schafheerde hinzustellen. Ich sagte vielmehr, daß ich es für unverständlich halte, wie sie das Finanzgesetz annehmen konnten. Ueber Grillenberger sagte ich, ich kenne ihn besser als er sich selbst kennt, und er wird bald selbst zur Ueberzeugung kommen, daß wir recht haben; aber er stellt sich bockbeinig hin und sagt: jetzt geschiagts grad extra! (Heiterkeit.)

Bebel stellt fest, daß er seine von Vollmar angezogenen Worte bezüglich der Gesammthaltung der Partei ausgesprochen habe. Es handelte sich in Erfurt nicht um einen einzelnen bestimmten Fall, sondern um die Gesammttaktik, um die ganze praktische Thätigkeit der Partei, und was ich damals gesprochen, würde ich heut wiederholen. Meinem Gewissen würde es widerstreiten eine Taktik anzuerkennen, die für die ganze Partei verderblich wäre. Der Fall, den wir heute zu behandeln haben, liegt aber ganz anders.

Grillenberger: Wir haben nicht gesagt, daß wir uns nicht fügen wollen, sondern aus materiellen Gründen nicht fügen können. Der Antrag Bebel ist ein Schlag ins Wasser, und davor wollte ich Sie warnen.

Vollmar: Es ist merkwürdig, daß die Erfurter Stenographen bei dieser Stelle taub gewesen sind. Ich stelle fest, daß Bebel nur deshalb mit der Rebellion gedroht hat, weil sein Wille nicht durchzugehen drohte. Uebrigens erkläre ich, bei uns ist von Rebellion keine Rede, auch handelt es sich bei uns nicht um Widerstand gegen die Partei.

Bebel wendet sich nochmals entschieden gegen die Interpretation seiner in Erfurt gesprochenen und im Protokoll ausführlich wiedergegebenen Worte durch Vollmar.

Nunmehr wird zur Abstimmung geschritten.

Es liegen mehrere genügend unterstützte Anträge vor, die namentliche Abstimmung über die beiden Anträge 113 und 114, sowie das Amendement Stadthagen verlangen.

Die Abstimmung über den Antrag 113 ergiebt eine Ablehnung mit 142 gegen 98 Stimmen.

Mit „Ja" stimmen: Baumann, Birk, Brand, Bräu, Breder, Bruckner, Cramer, David, Doeringk, Dreesbach, Drunsel, Ehrhardt, Eims, Elm, Ernst, Fauth, Feustel, Rob. Fischer, Fleischmann, Fleißner, Forschner, Friedrich, Fülle, Galm, Garbe, Geck, Geis, Greß, Grillenberger, Grunewald, Hentschel, Hermann, Hug, Hugo, Jäckh, Kämpchen, Klemm, Klement, Kobel, Kolblinger, Krohn, Kurz, Legien, Löwenstein, Lorenz, Lutz, Mahlke, Maier-Tübingen, Marquardt, Meister, Möffinger, Müller-Bayreuth, Müller-Arheiligen, Och, Oertel, Opificius-Bockenheim, Opificius-Pforzheim, Orb, Orbig, Paul, Peus, Prinz, Quarck, Rausnitz, Reichel, Reichert, Richter, Rosenow, Röhrle, Rüdt, Schätzle, Schleicher, Schmid-München, Schmidt-Friedberg, Schmidt-Hastedt, Schmidt-Pirmasens, Schrader, Schumacher, Schwarz, Seidel, Sindermann, Stamm, Stegmüller, Streune, Stücklen, Theurich, Trilse, Vogenitz, v. Vollmar, v. Wächter, Wiegleb, Wiemer, Zick.

Mit „Nein" stimmen: Adler, Antrick, Arons, Auer, Bäuerle, Baudert, Bebel, Bérard, Blos, Bock, Böhle, Bömmelburg, Bonitz, Breil, Brey, Brühne, Bruhns, Brunner, Büttner, Caspar, Craß, Dahlen, Deinhardt, Eckstein, Eichhorn, Eichholz, Emmel, Engels, Ewald, Feldmann, Ernst Fischer, Richard Fischer, Frohme, Gebel, Geiser, Gerisch, Gerlach, Georgi, Geyer, Gockel, Gottschald, Gradnauer, Greiner, Grenz, Gruhl, Güntheroth, Heinz, Helbing, Herbert, Herzfeld, Heine, Hofrichter, Franz Hofmann, A. Hoffmann, Hüber, Hübner, Hülle, Hué, Jahn, Janiesch, Ihrer, Jochem, Kaden, Kant, Kerrl, Kiesel, Klees, Klingenhagen, Könen, Krewinkel, Kühn, Künzel, Kunert, Lesche, Leßner, Liebknecht, Löwenherz, Lohmar, Lütgenau, Lusbrink, Lux, Martikke, Mattutat, Meyer-Magdeburg, Meist, Metzger, Metzner, Michaelis, Michels, Mittag, Nathusius, Neumann, Nixdorf, Ostfeld, Peemüller, Pfannkuch, Pfarr, Pinkau, Pohl, Poller, Raue, Reißhaus, Rieke, Sauer, Schippel, Schmalfeldt, Schmidt-Magdeburg, Schmidt-Frankfurt, Schoenlank, Schütz, Schultze-Königsberg, Schulze-Kossebaude, Schulze-Berlin, Schumann, Seige, Sennekamp, Singer, Sittig, Slomke, Sonnenburg, Stadthagen, Stein, Stich, Stock, Stolpe, Storch, Thiel, Timm, Vetterlein, Vogel, Vogt, Wächter, Wengels, Weniger, Werner, Wesch, Wiehle, Wilke, Winkler, Wörner, Wurm und Zetkin.

Es folgt die Abstimmung über das neue Amendement Stadthagen; das mit 131 gegen 103 Stimmen angenommen wird.

Mit „Ja" stimmen: Adler, Bäuerle, Baudert, Baumann, Birk, Böhle Bonitz, Brand, Bräu, Breder, Brey, Bruckner, Bruhns, Brummer, Cramer, Dahlen, David, Döringk, Dreesbach, Drunsel, Ehrhardt, Eims, v. Elm, Emmel, Ernst, Fauth, Feldmann, Feustel, Rob. Fischer, Fleischmann, Fleißner, Forschner, Friedrich, Fülle, Galm, Geck, Gebel, Geiser, Gockel, Gottschald, Gradnauer, Grenz, Greß, Grillenberger, Grunewald, Güntheroth, Hentschel, Herbert, Herrmann, Heine, Franz Hofmann, Hug, Hugo, Hué, Jäckh, Janiesch, Ihrer, Jochem, Kämpchen, Kerrl, Klemm, Klement, Kobel, Kölblinger, Krewinkel, Krohn, Kühn, Kurz, Löwenherz, Löwenstein, Lorenz, Lutz, Mahlke, Maier-Tübingen, Marquardt, Meister, Mössinger, Müller-Bayreuth, Müller-Berlin, Müller-Arheiligen, Oertel, Opificius-Bockenheim, Opificius-Pforzheim, Orb, Orbig, Paul, Peus, Pinkau, Pohl, Prinz, Quarck, Rausnitz, Reiche, Reichert, Richter, Rosenow, Röhrle, Rüdt, Schätzle, Schleicher, Schmalfeldt, Schmid-München, Schmidt-Friedberg, Schmidt-Hastedt, Schmidt-Pirmasens, Schoenlank, Schrader, Schumacher, Seidel, Sennekamp, Sindermann, Stadthagen, Stamm, Stegmüller, Stock, Storch, Streune, Stücklen, Theurich, Trilse, Vetterlein, Vogel, Vogenitz, v. Vollmar, v. Wächter, Wiegleb, Wichle, Wiemer, Wurm, Zick.

Mit „Nein" stimmen: Antrick, Arons, Auer, Bebel, Bérard, Blos, Bock, Bömmelburg, Breil, Brühne, Büttner, Casper, Craß, Deinhardt, Eckstein, Eichhorn, Eichholz, Engels, Ewald, Ernst Fischer, Rich. Fischer, Frohme, Gerisch, Gerlach, Georgi, Geyer, Greiner, Gruhl, Heinz, Helbing, Herzfeld, Hofrichter, A. Hoffmann, Hüber, Hübner, Hülle, Jahn, Kaden, Kant, Kiesel, Klees, Klingenhagen, Könen, Künzel, Klement, Legien, Lesche, Leßner, Liebknecht, Lohmar, Lütgenau, Lusbrink, Lux, Martikke, Mattutat, Meyer-Magdeburg, Meist, Metzger, Metzner, Michaelis, Michels, Mittag, Nathusius, Neumann, Nixdorf, Ostfeld, Peemüller, Pfannkuch, Pfarr, Poller, Raue, Reißhaus, Rieke, Sauer, Schippel, Schmidt-Magdeburg, Schmidt-Frankfurt a. M., Schütz, Schultze-Königsberg, Schulze-Kossebaude, Schulze-Berlin, Schumann, Schwarz, Seige, Singer, Sitting, Slomke, Sonnenburg, Stein, Stich, Stolpe, Thiel, Timm, Vogt, Wächter, Wengels, Weniger, Werner, Wesch, Wilke, Winkler, Wörner, Zelkin.

Es folgt dann die Abstimmung über den Antrag 114 mit dem Amendement Stadthagen. Der Antrag wird mit 164 gegen 64 Stimmen abgelehnt.

Mit „Ja" stimmen: Adler, Bäuerle, Baudert, Baumann, Böhle, Bonitz, Brandt, Brey, Bruckner, Bruhns, Cramer, Dahlen, David, Doeringk, Eims, Elm, Emmel, Feustel, Fleischmann, Forschner, Gebel, Geiser, Gockel, Gradnauer, Güntheroth, Herbert, Heine, Hug, Hugo, Hué, Janiesch, Ihrer, Jochem, Kämpchen, Kerrl, Kobel, Krewinkel, Loewenherz, Mahlke, Meister, Müller-Berlin, Orb, Orbig, Paul, Pinkau, Prinz, Quarck, Reichert, Schmalfeldt, Schmidt-Friedberg, Schmidt-Hastedt, Schoenlank, Schrader, Schumacher, Sindermann, Stadthagen, Stamm, Storch, Vetterlein, Vogel, Vogenitz, Wiegleb, Wiehle, Wurm.

Mit „Nein" stimmen: Antrick, Arons, Auer, Bebel, Bérard, Birk, Blos, Bock, Bömmelburg, Bräu, Breder, Breil, Brühne, Brunner, Büttner, Caspar, Craß, Deinhardt, Dreesbach, Drunsel, Eckstein, Ehrhardt, Eichhorn, Eichholz, Engels, Ernst, Ewald, Feldmann, E. Fischer, Rich. Fischer, Rob. Fischer, Fleißner, Friedrich, Frohme, Fülle, Galm, Geck, Geis, Gerisch, Gerlach, Georgi, Geyer, Gottschald, Greiner, Grenz, Greß, Grillenberger, Gruhl, Grunewald, Heinz, Henschel, Helbing, Herrmann, Herzfeld, Hofrichter, Fr. Hofmann, A. Hoffmann, Hüber, Hübner, Hülle, Jäckh, Jahn, Kaden, Kant, Kiesel, Klees, Klemm, Klement, Klingenhagen, Könen, Kölblinger, Krohn, Kühn, Künzel, Kunert, Legien, Lesche, Leßner, Liebknecht, Löwenstein, Lohmar, Lorenz, Lütgenau, Lusbrink, Lux, Maier-Tübingen, Marquardt, Martikke, Mattutat, Meyer-Magdeburg, Meist, Metzger, Metzner, Michaelis, Michels, Mittag, Müller-Bayreuth, Müller-Arheiligen,

Nathusius, Neumann, Nixdorf, Oertel, Opificius-Bockenheim, Opificius Pforzheim, Osseld, Peemüller, Peus, Pfannkuch, Pfarr, Pohl, Poller, Raue, Rausnitz, Reichelt, Reißhaus, Richter, Rieke, Rosenow, Röhrle, Rüdt, Sauer, Schippel, Schleicher, Schmidt-Magdeburg, Schmid-München, Schmidt-Pirmasens, Schmidt-Frankfurt a. M., Schütz, Schultze-Königsberg, Schulze-Cossebaude, Schulze-Berlin, Schumann, Schwarz, Seidel, Seige, Sennekamp, Singer, Sittig, Slomke, Sonnenburg, Stegmüller, Stein, Stich, Stolpe, Streune, Stücklen, Theurich, Thiel, Timm, Trilse, Vogt, v. Vollmar, Wächter, v. Wächter, Wengels, Weniger, Werner, Wesch, Wiemer, Wilke, Winkler, Wörner, Zetkin, Zick.

Da die Anträge 75 und 76 zurückgezogen sind, 102 durch die Abstimmung erledigt ist, so ist damit dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Es wird beschlossen, die Berathung der Agrarfrage vorweg zu nehmen, und von der Tagesordnung abweichend, den folgenden Punkt: Maifeier zurückzustellen, nachdem Antrick dafür und Meist dagegen gesprochen hatten.

Schluß nach 1¾ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

4 Uhr. **Vorsitzender Schwarz-Lübeck.**

Der Parteitag tritt in die Berathung der **Agrarfrage.**

Zur Diskussion stehen die Anträge: 1, 2, 9, 80b, 91, 97, 98, 99, 108, 110, 117, 118, 119, 120, 121; alle finden die nöthige Unterstützung, sowie die folgende von Vollmar und Schoenlank eingereichte Resolution:

„118. Die Agrarfrage ist das Erzeugniß der modernen Wirthschaftsweise. Je abhängiger die heimische Landwirthschaft vom Weltmarkte und dem internationalen Wettbewerbe aller Ackerbauländer wird, je mehr sie in den Bannkreis der kapitalistischen Waarenproduktion, des Bank- und Wucherkapitals geräth, um so rascher verschärft sich die Agrarfrage zur Agrarkrisis.

In Preußen-Deutschland kämpft die landwirthschaftliche Unternehmerklasse, die sich in ihrem Wesen von den großgewerblichen Kapitalisten nicht unterscheidet, mit dem Landadel. Dieser Landadel erhält sich nur noch künstlich durch Liebesgaben, Schutzzölle, Ausfuhrvergütungen, Steuervorrechte. Trotzalledem ist der Untergang des ostelbischen Junkerbetriebs, der zum großen Theil durch schlechte Wirthschaft, Erbantheile, Restkaufgelder überschuldet ist, schon besiegelt.

Dazu kommt der sich fortgesetzt zuspitzende Zwiespalt zwischen Großbesitz und kleinbäuerlicher Wirthschaft. Die kleine Bauernschaft, bedrückt durch Militärdienst und Steuerlasten, in Hypotheken- und Personalschulden verstrickt, bedrängt von innen und außen, kommt in Verfall. Die Schutzzölle sind für sie nur ein leeres Schaugericht. Und diese Zoll- und Steuer-Politik lähmt die Kaufkraft der arbeitenden Klasse und verengt beständig den Markt des Bauern. Der Bauer wird proletarisirt.

Auf der andern Seite entfaltet sich der Klassengegensatz zwischen ländlichen Unternehmern und ländlichen Arbeitern zu immer größerer Reinheit. Eine ländliche Arbeiterklasse ist entstanden. Sie ist gebunden durch feudale Gesetze, die ihr das Vereinigungsrecht versagen, die sie unter die Gesinde-Ordnung stellen, sie ist losgelöst von den alten patriarchalischen Verhältnissen, die in der Hörigkeit eine bestimmte Existenzsicherheit einschlossen. Die Zwischenschichten, grundbesitzende Tagelöhner, Zwergbauern, die auf die Lohnarbeit als Zubuße angewiesen sind, sinken trotz aller Scheinreformen in die Klasse des ländlichen Proletariats. Mit der Erwerbs-Unsicherheit, dem Lohn-

druck und der schlechten Behandlung, mit der Zunahme der Wander-Arbeiter, wächst der Zwiespalt zwischen Grundkapital und Landarbeit, das Klassenbewußtsein des Landarbeiters erwacht.

So wird es zur Nothwendigkeit, daß die Sozialdemokratie sich auf das ernsteste mit der Agrarfrage befaßt. Die Vorbedingung dazu ist die eingehende Kenntniß der ländlichen Zustände. Da diese in Deutschland technisch, wirthschaftlich und sozial verschieden geartet sind, so muß sich die Propaganda ihnen anpassen und das Landvolk nach seiner Eigenart behandeln.

Die Agarfrage als nothwendiger Bestandtheil der sozialen Frage wird endgiltig nur gelöst, wenn der Grund und Boden mit den Arbeitsmitteln den Produzenten wieder zurückgegeben ist, die heute als Lohnarbeiter oder Kleinbauern im Dienste des Kapitals das Land bestellen. Jetzt aber muß die Nothlage der Bauern und Landarbeiter durch eine gründliche Reformthätigkeit gelindert werden. Die nächste Aufgabe der Partei ist es, ein besonders agrarpolitisches Programm aufzustellen, das die dem Bauern wie dem Landarbeiter besonders nützlichen nächsten Forderungen des Erfurter Programms in einer dem Verständniß der ländlichen Bevölkerung angemessenen Darstellung erläutert und ergänzt.

Der Bauernschutz soll den Bauern als Steuerzahler, als Schuldner, als Landwirthe vor Nachtheilen bewahren.

Der Landarbeiterschutz soll das Koalitions- und Vereinigungsrecht des ländlichen Arbeiters schaffen, ihn auf eine Stufe mit den gewerblichen Arbeitern stellen (Aufhebung der Gesinde-Ordnung) und durch eigene sozialpolitische Schutzgesetze (Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen, Aufsichtsbeamte) ihn vor der zügellosen Ausbeutung bewahren.

Ein besonderer Agrar-Ausschuß hat dem nächsten Parteitag seine Vorschläge vorzulegen.

Schoenlank. Vollmar."

Als Berichterstatter erhält das Wort

Schoenlank: Was ist das platte Land heute? Die Domäne des Junkerthums, der Kutte, der geistigen Verdummung und Unterdrückung. Was soll das platte Land sein? Das Gebiet, das die deutsche Sozialdemokratie zu erobern und zu gewinnen hat. Die Agrarfrage steht im Vordergrunde des öffentlichen Interesses. Wir begreifen sie nur, wenn wir die Ursache der Uebelstände kennen lernen. Natürlich wollen wir uns hier nur auf das Gebiet beschränken, das uns besonders angeht, auf Deutschland. Die Agrarfrage ist hier als eine Frage mit zwei Gesichtern, wie ein Januskopf zu betrachten. Es handelt sich bei ihr nicht nur um eine Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, sondern auch zwischen Grundbesitz und Grundbesitz, wie er durch die wirthschaftliche Entwicklung des letzten Jahrhunderts bedingt ist.

Infolge der sozialen und ökonomischen Fortschritte im letzten Jahrhundert in Deutschland findet die soziale Frage auf dem platten Lande in dem Augenblicke Eingang, wo die moderne Produktionsweise auch das Brod zur Waare stempelt, wo die moderne Produktionsweise sich der Landwirthschaft bemächtigt. Sobald die Landwirthschaft in den Bannkreis des Kapitals geräth, sobald sie ihre feudalen Eierschalen abstreift, entstehen alle die kritischen Fragen, mit denen sich nicht blos die Sozialdemokratie, sondern auch alle bürgerlichen Parteien zu beschäftigen haben, beginnen alle jene Schwierigkeiten, an denen sich die bürgerlichen Politiker die Köpfe zerbrechen, ohne sie doch lösen zu können. Ich sagte, die Agrarfrage umschreibt zunächst den Kampf zwischen Grundbesitz und Grundbesitz. Zunächst beginnt der Konflikt der landwirthschaftlichen Unternehmerklasse, die nichts mehr gemein hat mit

dem alten feudalen Adel, die gerade so produzirt wie die Schlotbarone, wie die industriellen Unternehmer, die ihre Machtstellung auf rein kapitalistischer Waarenerzeugung und Ausbeutung aufbaut. Diese landwirthschaftliche Unternehmerklasse hat sich gebildet nach Zerstörung der feudalen Wirthschaftsweise, nach Vernichtung des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses mit und nach der Bauernbefreiung. Als Deutschland sich wirthschaftlich so weit entwickelt hatte, daß der feudale Grundherr zum Gutsbesitzer wurde, der für den Markt zu produziren begann, da entstanden die ersten Anfänge von landwirthschaftlichem Kapitalismus, da entwickelte sich als spezielle wirthschaftliche Erscheinungsform: die agrarische Unternehmerklasse, gegen die heute der Junker auf die Dauer nicht zu konkurriren vermag, weil ihm vor allem die Mittel zum großkapitalistischen Wirthschaftsbetrieb fehlen, wie sie ihm daher durchgängig — ich spreche hier vom Kleinadel — noch fehlen, was Max Weber treffend hervorgehoben hat, um ihre Lebenshaltung, deren bestimmte Höhe eine Vorbedingung für ihren Antheil an der politischen Herrschaft ist, der Lebenshaltung des städtischen Großbürgerthums, der Bankokratie, der hohen Finanz, dem Patriziat des Handels und des Großgewerbes anzupassen. Auch hier geht dem Durchschnittsjunker gar bald der Athem aus. Wie Viele von ihnen sind durch Restkaufgelder, durch Erbantheile schwer belastet! Wie Viele haben in der durch die Schutzzollära herbeigeführten Periode der Güter-Schwindelpreise ihre Güter viel zu theuer gekauft oder übernommen! Ganz zu geschweigen von den Wirkungen, die die Söhne als Reitschüler in Hannover, als Freunde Lichtner's und Klienten des „ollen ehrlichen Seemann" auf die väterlichen Einkünfte ausüben. Der Unterschied zwischen Einnahme und Ausgabe muß gedeckt werden. Also herbei mit Reichsalmosen und Staatsspende aus dem Säckel der großen Masse der Steuerzahler! Das ist ein auf die Dauer unhaltbarer Zustand.

So stellt auch unser ostelbisches Junkerthum nichts anderes dar als eine Gruppe von mittleren und größeren Grundbesitzern, die nicht im Stande ist, gegen den rationell betriebenen, mit aller Errungenschaft der Technik und Wissenschaft ausgestatteten Großgrundbesitz zu konkurriren, die sich nur durch allerlei künstliche Mittel, durch Ausbeutung ihrer politischen Macht zu behaupten im Stande ist. Unser Junkerthum mit seinem Einfluß auf die preußisch-deutsche Politik, auf die Gesetzmacher, vermag sich nur durch Liebesgaben, Schutzzölle, Exportprämien zu erhalten, indem es die Gesetzgebungsmaschinerie nicht blos in Preußen, wo es ja den Ausschlag giebt, sondern auch im Reiche für die Interessen seines platten, gierigen Eigennutzes anwendet und seine jüngeren Söhne in Aemtern und Pfründen, im Heer, bei Hofe, in der Verwaltung weislich versorgt. So repräsentirt das Junkerthum überall da, wo es sich noch zu erhalten vermocht hat, den rückständigen Mittelstand gegenüber dem rationell produzirenden landwirthschaftlichen Großkapital. Der Kleinadel befindet sich in einer Zwangslage; da er sich nur noch durch äußere Hilfe erhalten kann, geht er darauf aus, auf Kosten der Steuerzahler, der wirklich produktiven Schichten der Nation, seine Existenz zu erhalten. Nach Max Weber's Ausspruch repräsentirt das Junkerthum im Osten den chronischen Fäulnißprozeß in der Landwirthschaft.

Neben diesem Kampfe des Junkerthums mit dem modernen Unternehmerthum auf dem Lande, der an ein Satyrdrama gemahnt, vollzieht sich die gewaltige Tragödie des untergehenden Kleinbetriebes, des Bauernthums.

Die zweite Seite der Agrarfrage ist der Kampf der Großgrundbesitzer mit ihren ländlichen Proletariern, der Kampf des mittleren Unternehmers mit seinen Tagelöhnern, der Kampf des Bauern mit dem Knechte. Als die Bauernbefreiung durchgeführt wurde, die nichts war als ein Schachergeschäft zwischen Dynastie und Adel auf Kosten der Bauern zu

Anfang unseres Jahrhunderts, kam sie darauf heraus, die Fröhner in ausbeutungsfähige Proletarier zu verwandeln, unter gleichzeitigem Raub eines guten Drittels des Bauernlandes durch den Adel. Schon Albrecht Thaer berechnete 1809, daß zwei Tagelöhner so viel leisteten als drei Fröhner. Es lohnte sich nicht mehr, feudalistisch zu produziren, die Gutsherrschaft sicherte sich die ganze Arbeitskraft der Familie des Landarbeiters. Es wurde das Institut der Instleute geschaffen. Die Instleute waren in Folge der immerhin ausgiebigeren Naturalverpflegung immerhin materiell besser gestellt, als es heute der Landarbeiter ist. Sie erhielten eine Gartennutzung, eine allerdings klägliche Behausung, den sog. Katen, im gutsherrlichen Schlage wurden für sie einige Morgen bestellt, die sie dann abernteten. Im Winter droschen sie des Gutsherrn Getreide mit der Hand und erhielten einen bestimmten Antheil am Erdrusch. Das Instwesen mußte zerfallen in dem Augenblick, wo von der extensiven zur intensiven Wirthschaftsform übergegangen wurde, als man von der Dreifelderwirthschaft zum Fruchtwechsel, vom Getreidebau zur Kultur von Hackfrüchten überging und die Zuckerrübe die Landwirthschaft eroberte. Die Saisonarbeit trat an Stelle der Arbeit über das ganze Jahr. Statt der Instmänner wurden reine, jeder Zeit zur Verfügung stehende Proletarier gebraucht. Die Lebenshaltung verschlechterte sich. Der Instmann empfing neun Zehntel seines Lohnes in Naturalien, es bestand noch eine Interessengemeinschaft zwischen Instmann und Junker, denn der Instmann verzehrte nicht alles Getreide, das er erhielt, sondern verkaufte einen Theil. Die Einführung des Geldlohnes an Stelle des Naturallohnes zerriß das letzte patriarchalische Band zwischen Junker und Landarbeiter. Die Dampf-Dreschmaschine wurde eingeführt. Beim Flegeldrusch erhielt der Landarbeiter den 10.—13. Scheffel, beim Göpeldrusch nur noch den 14.—18. Scheffel, beim Dampfdrusch den 20., 25. oder 30. Scheffel. Zuletzt trat an Stelle dieser Dreschquote ein festes Getreidedeputat. Die paar Morgen fielen fort, der Inste konnte sich nicht mehr Gänse, ein Schwein, eine Kuh halten, die Kuh stand bald im herrschaftlichen Stall, da der Gutsherr den Wendegang nicht mehr erlaubte. Ja, die Milch wird schon oft jetzt vom Gute geliefert. An Stelle des Instmanns trat der Einlieger. Schon Lengerke stellte 1848 fest, daß mit dem wachsenden Geldwerthe der Naturalien die Einlieger, die „unterste Schicht der Landarbeiterschaft", traten, deren „Existenz dürftig und haltlos sei". Bald genügte der einheimische Einlieger nicht mehr, die Wanderarbeiter erschienen und mit ihnen das wichtigste Gährungsmittel in der Landarbeiterbewegung. Zunächst wurden die Wanderarbeiter aus dem polnischen Osten Preußens bezogen, dann, als sie noch zu anspruchsvoll erschienen, wurden Russen und Polen herangezogen. Diese Kulis verdrängten die einheimischen Landarbeiter, die als Sachsengänger nach dem industriereichen Westen gehen. Wo der Großgrundbesitz im Osten sich vermehrte, hat sich auch das polnische Element vermehrt und die Landbevölkerung proletarisirt. Der patriotische Junker ist der größte Polonisator germanischer Landestheile. Vom Jahre 1861—1886 ist im Komplex der Kreise Deutsch-Krone, Schlochau, Flatow, wo der Großgrundbesitz (mit etwa 500 Thalern Grundsteuerreinertrag) nur 35 pCt. besitzt, das Deutschthum nur um 0,7 pCt., in den Danziger Niederungsgebieten, wo der Großgrundbesitz 50 pCt., auf den östlichen Höhenstreifen, wo ihm 64 pCt. der Fläche eignen, um $5^1/_2$ pCt. zurückgegangen. Wie Weber zeigt, ist der Wendepunkt der Polenfrage das Jahr 1861. Bis dahin nahmen die Polen prozentual langsam ab, von da an prozentual langsam zu. Polnische Wanderarbeiter wurden gerufen. Aber noch immer, noch bis zum Jahre 1873, überwog die Wanderung deutscher Arbeiter bis ins Innere von Galizien und Rußland. 1886 wurde der Zuzug polnischer Arbeiter verboten, Bismarck wies brutal die vorhandenen polnischen

Arbeiter aus, am 26. November 1890 wurde diese Verfügung in der Hauptsache aufgehoben. 1891 kamen allein in die vier Grenzprovinzen Posen, Schlesien, West- und Ostpreußen, die einen Bestand von etwa 800 000 Landarbeitern haben, 33 000 russische Wanderarbeiter, die vor allem in die Legate gingen, wo die slavische Bevölkerung die deutsche zu überwiegen begann. 1892 wurde am 1. September der Cholera wegen der Zuzug untersagt. Trotzdem kamen 21 000 polnische Arbeiter, davon 13 000 im ersten Halbjahr.

Diese ausländischen Wanderarbeiter sind wohlfeil und willig. Gehorsamen sie nicht, so genügt ein Wink von den befreundeten Amtsvorsteher, und sie werden abgeschoben. Und dabei keine verwaltungsrechtlichen Pflichten (Armenlast!). Ist die Arbeit gethan, dann fliegen sie hinaus. So hat auch dies Jahr nach der Ernte die posensche Regierung die Polensperre wieder eingeführt: es war kein Bedarf mehr. Dann einige Monate später, als die Winterkampagne in Brennerei und Zuckerfabrik kam, wurde die Sperre wieder aufgehoben. So wird der Arbeitsmarkt „zielbewußt" von oben „geregelt".

In der Landarbeiterschaft des Ostens sind die Grundbedingungen für eine erfolgreiche sozialdemokratische Agitation gegeben. Der mittlere Besitz in Ostelbien ist verschwunden oder nur noch sporadisch vorhanden. Der Typus der Landwirthschaft ist der Großgrundbesitz, das Rittergut. Man gehe nur in die Bezirke an der Ostsee entlang, nach Mecklenburg, der Uckermark, Vorpommern, Hinterpommern, Westpreußen, Posen, Ostpreußen.

In Niedersachsen herrscht ein anderer wirthschaftlicher Typus: die großbäuerliche Betriebsweise, die nicht mit den ländlichen Proletariern, sondern mit den sogenannten Häuslingen, den Anbauern, den kleinen Leuten in den Bauerndörfern arbeiten. Die Anbauern haben noch einen kleinen Besitz, eine kleine ländliche Wirthschaft, sie könnten sich, wenn auch sehr kümmerlich, ohne die Lohnarbeit durchschlagen, sie sind noch nicht solche Habenichtse, wie der Gutstagelöhner, die Wanderarbeiter, sie stellen das Hauptkontingent für die überseeische Auswanderung. Nicht die Aermsten sind es, die auswandern. Die Auswanderer wollen nicht mehr die Knechte der Großbauern sein.

In Westfalen und zum Theil in dem stellenweise nach westfälischer Art besiedelten Lüneburg sitzen die großen Bauern auf ihren Einzelhöfen, den Ueberresten keltischer Siedelungsweise, und abgesondert davon die sogenannten Heuerlinge. Die Heuerlinge oder Heuerleute (heuern = miethen, pachten) sind, wie Knapp sie treffend bezeichnet hat, ländliche Arbeiterfamilien, die von dem Besitzer ein Stück Land und das Häuschen darauf pachten und dafür gebunden sind, ihre Arbeitskraft um einen niedrigeren Lohn, als sonst dort üblich ist, zur Verfügung zu stellen. Der Heuerling betreibt eine nicht spannfähige Kleinwirthschaft auf eigene Rechnung auf dem Pachtlande und arbeitet daneben für den Verpächter, der sein Unternehmer ist. Professor Knapp schildert die Lage der Heuerlinge als eine idyllische. Mit Unrecht! Auch ihre Lage ist so, daß die Sozialdemokratie bei ihnen eindringen wird, wie Ihnen die Delegirten aus Westfalen u. s. w. bestätigen werden.

Gehen wir nach dem Süden und Westen, so treffen wir in der Landwirthschaft das bunteste Bild an. Im Süden und Westen herrscht die bäuerliche Betriebsweise vor, es fehlt an den schroffen Gegensätzen wie im Osten. Von je 100 Hektar kamen auf die Betriebe der Größenfläche:

	Ostelbien	Bayern	Baden
unter 1 ha	2,2	1,6	4,6
1—10 ha	19,8	35,6	**62,3**
10—100 ha	46,3	**60,5**	31,3
100 ha und mehr . .	**31,1**	2,3	1,8

Die bäuerliche Verfassung in Bayern zum Beispiel ist außerordentlich wechselnd. Sehr unterschiedlich sind die Verhältnisse in Altbayern, in dem stark parzellirten, Weinbau treibenden Unterfranken, in den mittelfränkischen Hopfengegenden und in der „steinigen" Oberpfalz mit ihrer Viehzucht und ihren Forstkulturen. In Bayern gab es nach Löll im Jahre 1885 414 178 Bauern, von denen 165 419 nicht nur kein Getreide verkauften, sondern sogar kaufen mußten, 121 129, die Halbjahrbrodleute, kein Getreide verkauften, aber ihren Bedarf deckten, so daß nach des Schutzzöllners Löll Schätzung nur etwa 31 pCt. der Bauern Getreide auf den Markt brachten. Der Redner giebt hiervon eine eingehende Schilderung. Ebenso schildert er die Verhältnisse in Baden, wo das Kleinpachtsystem so entwickelt ist wie in Irland und Galizien und die Kleinbauern und Kleinpächter aufs Aeußerste verschuldet sind, ausgeliefert der Willkür des Großgrundbesitzers und den schmählichen Praktiken jüdischen Wucherkapitals. Ich erinnere nur an die berühmten Prozesse gegen Kaufmann und Hirsch Hausmann, die mit scheußlichen Mitteln wirthschaftenden Blutsauger des badischen Unterlandes und des Breisgaues. Das erklärt den Antisemitismus. Die erste Emeute des Bauernthums richtet sich gegen das Kapital in seinen jüdischen Repräsentanten. Festgestellt ist freilich, daß die Hintermänner dieser Wucherer sehr respektable Christen unter sich haben. Der jetzige badische Finanzminister Buchenberger erzählt in seiner lesenswerthen Schrift zur landwirthschaftlichen Frage der Gegenwart, daß nur wohlhabende, angesehene Ortsbürger die Zutreiber der Wucherer, die Geld- und Hintermänner der Halsabschneider sind, daß diese Biedermänner auch bei den Gelderstellen, den aus Bauerngeld gebildeten Vorschuß- und Sparkassen, „eines oft ungemessenen Kredits sich erfreuen." Als ein Wucherer des badischen Unterlandes flüchtete, den der Volksmund den Höllenhund nannte, stellte sich heraus, daß er von badischen und bayerischen Landwirthen Geld zu Wuchergeschäften erhalten hatte.

Wie steht es mit den Parzellenbauern? In der badischen Gemeinde Sindolsheim entfielen auf eine Fläche von 1291 Hektaren 13 000 Parzellen. Zersplitterung, Atomisirung, Verschuldung, Rückgang, Verfall, Ruin. Giebt es etwas Abhängigeres als die süddeutschen, die badischen Kleinpächter? Da unterstehen zum Beispiel dem Fürsten zu Fürstenberg, dem bekannten Latifundienbesitzer — er ist auch „wildes" Mitglied des Reichstages, wenn ich nicht irre — gegen fünftausend Pächter. Man muß lesen, wie ein konservativer Agrarpolitiker wie Ruhland die Situation solcher Kleinpächter schildert, ihre vollkommene soziale und politische Abhängigkeit vom Grundherrn, dessen Macht im direkten Verhältnisse zu seiner Grundrentenrolle wächst, die wirthschaftliche Schwäche der Pächter im Kampfe um den Bodenpreis. Dazu die für allen Kleinbetrieb, vor allem aber für diese Gruppe zutreffende Thatsache, daß der Vortheil aus dem Steigen der Marktpreise im geraden Verhältnisse zur Größe des Besitzes steht, daß die trügerischen Prozentberechnungen hier nichts bedeuten, sondern die absoluten Zahlen. Ganze Dörfer im Schwarzwald sind verschwunden, sind ausgekauft worden. Wo früher Rinder weideten, wo der Bauer ehedem wirthete, äst heute das Wild, und der Forstwart geht durch das Revier.

Wie groß ist die Bevölkerungsschicht, die uns in der ländlichen Bevölkerung gegenübersteht? Nach der deutschen Berufs-Statistik vom 5. Juni 1882 waren 42,5 pCt. der deutschen Bevölkerung in der Landwirthschaft beschäftigt. Wir haben es also mit einer kolossalen Volkszahl zu thun. In den 48 landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften gab es 1892 4859618 Betriebe mit 12289415 Versicherten, unter Berücksichtigung der im landwirthschaftlichen Nebenberuf Beschäftigten. Die 64 industriellen Berufsgenossenschaften zählten 415 335 Betriebe mit 5 078 132 Versicherten. Um unter ihnen zu agitiren,

müssen wir uns vor der Schablone hüten. (Sehr richtig.) Die wichtigste Vorbedingung für eine gute Landagitation ist das Eingeständniß, daß der größte Theil unserer Parteigenossen nichts von ihr versteht. Wir müssen ans Landvolk heran mit dem, was es bewegt. Wir müssen seine Verschiedenheit in Betracht ziehen. Ein Bauer in Oberbayern muß anders behandelt werden als ein Heuerling oder Anbauer. Die Landagitation hat sich also zu differenziren. Es wird gesagt: Die Landarbeiter sind die erste Festung, die wir erobern müssen. Aber der Landarbeiter des Ostens muß anders gefaßt werden als der des Westens. Der Landarbeiter des Ostens muß aufgeklärt werden über das preußische Junkerthum und dessen schmierige Praktiken im preußischen Landtage, beiläufig über die Thatsache, daß zwar das Pfandrecht des Vermiethers, nicht aber das des Verpächters eingeschränkt worden ist zu Gunsten der „Edelsten und Besten" „unter ihren geflickten Strohdächern". Die Landarbeiter werden unter den verschiedenartigsten Bedingungen ausgenützt; sie müssen hingewiesen werden auf die Aufhebung der Gesinde-Ordnung, auf die Nothwendigkeit, für sie das Koalitionsrecht zu schaffen, damit sie der ruppigsten Ausbeutung, wie sie gerade in der Landwirthschaft gebräuchlich ist, entgegentreten können. Es muß ihnen klar gemacht werden, daß sie ebenso wie die Industriearbeiter Arbeiterschutz und Aufsichtsbeamte nach Art der Gewerberäthe zu ihrem Schutze brauchen. So versklavt sind sie nicht, daß sie sich willig ins Joch der Unternehmer fügen. Sporadisch sind schon Streiks vorgekommen. Wir müssen die straffe Organisation an Stelle der wilden ersten Bewegung stellen.

Daß das Kleinbauernthum nicht zu gewinnen sei, ist ein unrichtiger Schluß. Man soll da nicht mit allgemeinen Urtheilen kommen. Manche Theile von ihm sind leichter zu haben als die Landarbeiter. Es kommt nur auf den Säemann an, dann werden auch sozialpolitische Samenkörner bei ihm aufgehen; dafür bietet schon der demokratische Zug, der durch die Bauern des Südens und Westens geht, eine Gewähr, wenn er auch noch partikularistische Formen hat. Wenn man einwendet, so lange sie noch einen Kleinbesitz haben, selbst wenn er nur ein Scheinbesitz ist, sind sie nicht für uns zu haben, so erwidere ich, Hunderttausende von Bauern sind ja nur maskirte besitzlose Landarbeiter, sie sind durch das Kapital, durch Wucherer und Latifundienwirthschaft bereits so strangulirt, daß sie uns politisch und sozial zugänglich sind. Sie sind zu haben, wie wir die kleinen Geschäftsleute, die Krämer gewonnen haben. So ausgeprägte „Eigenthumswüteriche", wie Liebknecht sie vor Jahren einmal nannte, sind sie längst nicht mehr. Die Großbauern mit vielen Knechten werden auf diesem Wege nicht so leicht zu haben sein wie die Kleinbauern mit keinem Knecht oder einem Knechtlein.

Wie packen wir nun die Großbauern? Am Geldbeutel. Wir weisen sie hin auf die Steuern und den Militarismus. Wir zeigen ihnen, wie eine bessere Organisation der Gesellschaft ihnen ermöglichen wird, die Maschine und alle technischen Verbesserungen, Meliorationen (Entwässerung, Moordammkultur u. s. w.) in ihren Betrieben anzuwenden. Bedeutend ist ja die Entwicklung des landwirthschaftlichen Maschinenwesens. Wir haben Maschinen zum Hacken und Wenden des Bodens, zum flachen und tiefen Pflügen, für Jäten, Behacken, Behäufeln der in Reihen gebauten Gewächse, für die Drillsaat und die breitwürfige Saat, für das Mähen von Gras, Klee, Getreide, für Dreschen, Reinigen, Sortiren der Körnerfrüchte, wir haben Dampfdreschmaschinen, Dampfpflüge u. s. w. Wer bei Fraas, der vor 29 Jahren schrieb, das Verzeichniß der Pflugarten mit den Angaben in Wüst's 1889 erschienener Landwirthschaftlichen Maschinenkunde vergleicht, wer den Katalog einer großen landwirthschaftlichen Maschinenfabrik in Augsburg oder Magdeburg durchblättert, wer, was gar nicht genug zu empfehlen ist, eine der landwirthschaft-

lichen Ausstellungen besucht, wie sie regelmäßig von der Organisation der deutschen Landwirthe veranstaltet werden, der sieht, was die Technik heute bedeutet. Und doch ist das erst der Anfang. Weit stehen wir hinter England oder der Union in der Benutzung der Maschinen zurück, wie sich das aus der Geschichte der deutschen Landwirthschaft erklärt, nur ein kleiner Bruchtheil der landwirthschaftlichen Betriebe in Deutschland hat den Maschinenbetrieb. Von den 3,1 Millionen von Zwergbetrieben unter 2 ha haben nur 15 296, von den bäuerlichen Wirthschaften, die etwa 2,2 Millionen Betriebe umfassen, haben 355 892 Maschinenbetriebe. Von den 25 000 Großbetrieben über 100 ha hatten 20 858 maschinelle Einrichtungen und Vorkehrungen.

Erreichen wir auf diesem Wege nichts anderes, als diese Bauernschaft zu neutralisiren, so haben wir genug gethan. Noch giebt es Hunderttausende von Bauernsöhnen, die das Vaterunser beten, und wenn es befohlen wird, auf Vater und Mutter schießen. Es darf nicht wieder so kommen wie im Jahre 1848. Meine Freunde! Als die Pastete des Absolutismus geplatzt war, da hat die Reaktion den Bauern schleunigst Zugeständnisse gemacht und sie so gewonnen. Wir müssen verhüten, daß die nägelbeschlagenen Schuhe der Bauern und der Bauernsöhne sich gegen uns wenden, wir müssen sie neutralisiren, pazifiziren. (Beifall.) Der Redner giebt hierauf an der Hand von Maurer, von Lamprecht u. s. w. eine historische Darlegung der ländlichen Besitzzustände in ihrem Zusammenhange mit der politischen Gestaltung von der alten deutschen Markgenossenschaft durchs Mittelalter und die Kleinadelbildung bis zur Gegenwart; die Bildung von Grundbesitz auf kommunistischer Grundlage bis zum 5. Jahrhundert v. Chr.; die Verschiebung der Eigenthumsrechte von Grund und Boden; die Entstehung einer entwickelten agrarischen Arbeitstheilung; die Bildung von Klein- und Großbesitz (5.—9. Jahrhundert); die Kolonisation und den Ausbau des Mutterlandes vom 9.—12. Jahrhundert und die für die Besitzverhältnisse daraus sich ergebenden Folgen; die Umbildung der Grundherrschaften, die Besserung der Lage der Grundholden, die freien Pachten im Mutterlande (11.—14. Jahrhundert); die Kolonisation im Osten (12.—14. Jahrhundert); Verfall der bäuerlichen Besitzverhältnisse im Mutterlande (14.—15. Jahrhundert); Verfall dieser Zustände im Koloniallande, Bildung der ländlichen Großbetriebe (15.—17. Jahrhundert); aufgeklärter Absolutismus, Bauernbefreiung (17.—18. Jahrhundert). Besonders geht er ein auf die Entstehung des preußischen Junkerthums, das aus dem Stand der Dienstmänner dank seines Raubgenies auf Kosten der Bauern emporgestiegen ist. Der Landdiebstahl im 15. und 16. Jahrhundert, das Bauernlegen schuf die Junkermacht. Die freien Bauern wurden in den Zustand sklavischer Leibeigener herabgewürdigt. Aus diesem Milieu ist das Landproletariat hervorgegangen im Osten und nur aus diesem Milieu heraus ist seine Art zu verstehen. Wie es im Westen, wie es im Süden aussieht, habe ich Ihnen geschildert. Wir haben dafür zu sorgen, daß das Junkerthum des Ostens so rasch als möglich zusammenbricht. Im Westen und Süden soll sich die Agitation den besonderen Verhältnissen anpassen.

Wir brauchen deshalb eine genaue Schilderung der Zustände und wir brauchen ein Agrar-Programm. Das popularisirte Erfurter Programm muß ergänzt und erweitert werden. Es muß übersichtlich sein, denn mit den Landleuten müssen wir Fraktur reden. Wir müssen endlich einmal praktische Agitation treiben, nicht blos die graue Theorie. Wir müssen uns hüten, die Schablone der Agitation unter den Industrie-Arbeitern auf das Land anzuwenden. Wir müssen praktisch werden. Unsere revolutionäre Politik darf nicht in geschwollenen Kraftphrasen bestehen (sehr richtig!), durch pseudoradikale Einwürfe dürfen wir uns nicht beirren lassen. Die Medizin des Sozialismus muß der Landbevölkerung in

homöopathischen Dosen beigebracht werden, sonst bringt sie den Bauern um. (Große Heiterkeit.) Leute müssen aufs Land geschickt werden, die etwas davon verstehen. Der Weltstädter, der nicht Weizen von Spelz unterscheiden kann und keinen Pflaumenbaum kennt (Heiterkeit), imponirt den Bauern und Landarbeitern nicht. Man muß vom Wildschaden, von der Abwälzung der Schullasten durch den Grundherrn auf die Bauern mit den Leuten reden, nicht vom Achtstundentag. Dem Lohnarbeiter müssen wir von Aufhebung der Gesinde-Ordnung, vom Koalitionsrechte erzählen, das wird wirken. Wenn z. B. ein Berliner — die wissen ja Alles am besten (Oho!) — ich selber bin keiner, ich bin ein Nürnberger (Heiterkeit) — wenn ein Berliner nach Bayern aufs Land kommt, versteht er nichts von den Dingen und eignet sich meistens durchaus nicht zur Landagitation. Manche Städter, die das Weisheitsmonopol zu haben glauben, richten auf dem Lande nur groben Unfug an. (Heiterkeit.) Was kommen aber auch häufig für Leute von uns aufs Land? Ausgezeichnete Feinmechaniker, vortreffliche Schlosser, aber Männer, von denen der Bauer mit Recht sagen kann: Sie verstehen ja nichts von dem, was mich bewegt. Leute müssen aufs Land, die die Agitation verständig betreiben und die die besonderen Verhältnisse kennen, die sie dabei zu beobachten haben. Dann wird der antikollektivistische Bauernschädel, von dem Schäffle hoffend spricht, bald ins Gebiet der Sage gehören und auch der Bauer wird dann unser Ziel begreifen, das ich in die Göthe'schen Worte aus dem zweiten Theil des Faust fassen möchte:

Solch ein Gewimmel möcht ich sehen,
Auf freiem Grund mit freiem Volke stehen.

Bevor wir die Axt im entscheidenden Moment an die Wurzel des Baumes legen, bevor wir ausholen zum entscheidenden Schlage, müssen wir das Erdreich lockern, in dem er steht, damit der Baum beim Niedersturz die ganze kapitalistische Mißwirthschaft zu Boden schlägt. (Stürmischer Beifall.)

Vollmar: Die Agrarfrage ist weitaus die wichtigste unserer Tagesordnung und wird die Partei auf Jahre hinaus beschäftigen. Deshalb habe ich, als die bayerische Fraktion im Hinblick auf meine langjährige Thätigkeit auf diesem Gebiete die Uebernahme eines Referats durch mich anregte, mich gern bereit erklärt, die Ergebnisse meiner theoretischen Studien und meiner praktischen Erfahrungen Ihnen darzulegen und so zur Förderung der Parteiziele auf dem Gebiete der Landwirthschaft nach Kräften beizutragen. Vorausschicken will ich noch, daß Schoenlank nnd ich eine Theilung unserer Aufgabe als Berichterstatter in der Weise verabredet haben, daß ich das Theoretische nur soweit nöthig streife und weiter auf den Großbetrieb sammt der dazu gehörigen Landarbeiterfrage — die ohnedies wesentlich einfacher liegen — nicht weiter eingehen, sondern mich vorwiegend mit dem eigentlichen Bauernthum, wie es in meiner engeren Heimath vorherrscht, beschäftigen werde.

Die Sozialdemokratie ist, praktisch-politisch genommen, naturgemäß als eine Industriearbeiter-Bewegung ins Leben getreten. Sie mußte vor allem auf einem Produktionsgebiete wirken, wo die kapitalistische Entwicklung den schärfsten Ausdruck gefunden, wo die zuerst kulturfördernden und schließlich kulturwidrigen Folgen des Kapitalismus am sicht- und greifbarsten, wo die sozialen Verhältnisse am zugespitztesten und am meisten für eine Umgestaltung im Sinne des Sozialismus sind; und wo der Kapitalismus wider seinen Willen und in immer wachsendem Maße, uns die besten Kerntruppen unseres Heeres liefern muß. Was die Partei auf diesem Gebiete geleistet, brauche ich hier nicht erst auseinanderzusetzen; sie hat die städtischen und industriellen Arbeiter im großen Ganzen erobert, und der Rest ist nur mehr eine Frage der Zeit. Aber das Wirthschaftsleben besteht nicht blos aus der Industrie. Da ist vor allem noch die andere Hälfte der eigentlich produzirenden Klasse, die in der Urproduktion,

der Land- und Forstwirthschaft Beschäftigten, deren Zahl in Deutschland fast so groß ist wie die Zahl der in Industrie, Handel und Verkehr Thätigen zusammengenommen; in einzelnen Ländern, wie z. B. in Bayern, fällt die Landwirthschaft noch weit mehr ins Gewicht. Um diese ländliche Produktion hat sich die Sozialdemokratie, intensiv mit den allernächstliegenden Aufgaben und mit Kämpfen aller Art beschäftigt, bisher im Ganzen — gestehen wir's nur — noch recht wenig gekümmert. Und auch wo sie es that, geschah es meist in rein doktrinärer Weise. Ein paar Beschlüsse der alten Internationale, der Beschluß des Stuttgarter Kongresses und einige Schriften, an der Spitze Liebknecht's treffliche „Grund- und Boden-Frage", die ebenso viel gelesen als wenig befolgt wurde — das war lange Alles. Im Uebrigen wurde die Agrarfrage nur wenig nebenbei gestreift, wobei die Anschauung durchaus überwog, daß die in der Industrie beobachteten Gesetze die wirthschaftliche Entwicklung ohne weiteres vollkommen analoge Anwendung auf die Landwirthschaft finden, so daß die Agrarfrage für die Sozialisten bereits entschieden sei. Seitdem ist ein Vierteljahrhundert vergangen. Industrie, Handel, Verkehr haben sich riesenhaft entwickelt, eine vollkommene Revolution ist im Wirthschaftsleben vor sich gegangen. Natürlich konnte das auch auf die Landwirthschaft nicht ohne Einfluß bleiben. Die Naturalwirthschaft ist von der Waarenproduktion ersetzt worden, der inländische Körnerbau ist vom Weltmarkt abhängig geworden und wird von der ausländischen Konkurrenz bedrängt. Die Folgen sind sinkende Rentabilität, steigende Verschuldung und offener Nothstand beim ersten Mißwachs. Dazu kommt noch die Verschärfung der Wirkungen dieser Mißstände durch Militarismus und Steuerdruck. Die landwirthschaftliche Bevölkerung ist in einer steigenden Bedrängniß. Früher der unbewegliche, sichere Untergrund der herrschenden Gewalten, ist sie jetzt aus dem Schlaf gerüttelt; es bemächtigt sich ihrer eine steigende Unruhe und Gährung. Sie fängt an, über ihre Lage nachzudenken und sich instinktiv gegen ihre bisherigen Vertreter aufzulehnen, und sie sucht eine Politik und eine Klasse, die es ehrlich mit ihr meinen und ihr helfen wollten und könnten. Kurzum: das große, bisher passive Element der Landbevölkerung tritt jetzt aktiv in den Gang der öffentlichen Angelegenheiten ein, und es ist von entscheidender Wichtigkeit, wohin sich diese Masse wendet. In dieser Lage ist es für eine Partei, wie die unserige, welche grundsätzlich „nicht blos die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art von Ausbeutung und Unterdrückung bekämpft", und welche zur Erreichung ihrer Ziele die politische Macht erstrebt, hohe Zeit, der Agrarfrage die vollste Aufmerksamkeit zuzuwenden und ihre Stellung zu ihr zu präzisiren.

Welches ist nun unsere bisherige parteigeschichtliche und thatsächliche Stellung zu dieser Frage gewesen? Nachdem schon 1867 auf dem Lausanner Kongreß der Internationale ein Geplänkel vorausgegangen war, faßte der folgende Kongreß von Brüssel 1868 den Beschluß: „Da die Bodenproduktion den Großbetrieb, die Einführung von Maschinen und die Kooperation fordert, . . . so macht die ökonomische Entwicklung selbst die Ueberführung des Grund und Bodens in gemeinsames Staatseigenthum zur sozialen Nothwendigkeit." Der zum Staatseigenthum gewordene Boden sollte an Ackerbaugenossenschaften verpachtet werden, derart, daß das Gesammteigenthum „kein vollständiges" sei, sondern Gewähr für die zukünftigen Geschlechter und für die jetzigen Bebauer biete, für letztere namentlich durch die Sicherung, den Boden „hinlänglich lange Zeit zu besitzen". Da eine starke Minderheit, namentlich von Franzosen vorhanden gewesen war, wurde die Frage im nächsten Kongreß von Basel 1869 wieder debattirt. Der Londoner Generalrath beantragte, durch Eccarius, zu erklären: „daß die ökonomische Entwicklung es zur gesellschaftlichen Nothwendigkeit machen wird, das Ackerland in gemeinsames gesellschaftliches Eigenthum zu verwandeln und den Boden von Staatswegen an Genossen-

schaften zu verpachten." Der gefaßte Beschluß lautete aber dahin: „daß die Gesellschaft das Recht zu dieser Umwandlung habe, und daß dieselbe eine Nothwendigkeit ist". Hinsichtlich der Bodenbenützung erklärten sich 54 Stimmen für die Bebauung durch die „solidarisirten Gemeinden", 53 Stimmen für die „Verpachtung an einzelne Ackersleute und besonders an Agrikultur-Genossenschaften". Der Beschluß des Stuttgarter Kongresses der Eisenacher Fraktion 1870 ging wieder von dem Standpunkt aus, daß „die Erfordernisse der Produktion wie die Anwendung der Gesetze der Agronomie den Großbetrieb erheischen" und spricht darnach aus, „daß die Entwicklung der modernen Gesellschaft die Umwandlung in Gemeineigenthum zur gesellschaftlichen Nothwendigkeit machen wird." Als Uebergangsstadium wird noch gefordert: daß mit dem Großbesitz öffentlichen Charakters und den Latifundien der Anfang gemacht werde; außerdem wird noch gegen jede Rückverwandlung von öffentlichem in privaten Besitz protestirt. Damit hört die ausdrückliche offizielle Beschäftigung mit der Landfrage auf. Die Programme von Gotha und Erfurt behandeln sie nicht besonders, sondern nehmen sie einfach als der industriellen Produktion völlig gleichgeordnet.

Die Parteivorstellung über die Agrarfrage war bis in eine neuere Zeit im Wesentlichen folgende: Die Frage sei sehr einfach und ihre Lösung bereits durch die allgemeinen Sätze unseres Programms gegeben; der Prozeß der Kapitalakkumulation, die Entwicklung der Maschinentechnik, die auffaugende Wirkung des Großbetriebes gälten für die Landwirthschaft ganz in der gleichen Weise wie für die Industrie. In der von Karl Marx verfaßten Inaugural-Adresse von 1864 hatte der Satz gestanden: „Wenn die Verminderung der Grundbesitzer in England und die Vereinigung in den Händen Weniger in dieser Weise fortschreiten sollte, so wird allerdings dadurch die Grund- und Boden-Frage sehr vereinfacht"; die Verhältnisse würden dann dahin kommen wie im alten Rom, wo schließlich die halbe Provinz Afrika sechs Eigenthümern gehörte. Dieser auf englische Verhältnisse bezügliche Konditionalsatz ward positiv genommen und auf alle Länder verallgemeinert und man war der Meinung, daß dieser Prozeß schnellstens vor sich gehen werde. Damit erschien natürlich dem Bauern das Urtheil gesprochen; sein Ruin war unaufhaltsam und unmittelbar bevorstehend, er war auch ein Fortschritt, da ja der Großbetrieb als allein rationell angesehen ward. Als Ziel galt die Zusammenschweißung in riesige Kollektivbetriebe, welche von großen Arbeitergenossenschaften — man hörte auch von „Arbeiterarmeen" — bewirthschaftet werden sollten. Bei einer solchen Auffassung hatte die Sozialdemokratie dem Bauern freilich nichts zu bieten als die Erkenntniß seines unabwendbaren Unterganges, in den er sich vernünftig schicken sollte und wofür er den Trost bekam, daß es ihm dann im Jenseits der sozialistischen Gesellschaft um so besser ergehen werde. Diese Ansicht der Dinge schien sehr prinzipiell; aber bei den Bauern war mit ihr begreiflicherweise wenig auszurichten. Unsere politische Kritik sammt den daran geknüpften Forderungen fingen ihm allmälig zu gefallen an; aber wenn er dann wissen wollte, wie sich denn der Sozialismus zu seinen speziellen wirthschaftlichen Verhältnissen stelle, und alsdann vom Gemeineigenthum hörte, das er sich nur als völligen Raub seines Eigenthums zu erklären wußte, — dann war's mit seiner Sympathie für uns schnell zu Ende. Dazu kam die frühere Art der Landagitation. An den Sonntagen ergossen sich Arbeiter aus der Stadt wie ein Heuschreckenschwarm über die Dörfer, vertheilten Flugschriften oft recht zweifelhafter Art und, was noch schlimmer, alte Zeitungen, voll Parteigezänk und oft in einer Sprache, die kaum dem städtischen Arbeiter genießbar, dem Bauer aber völlig unverständlich war. Junge Leute, voll von Eifer für die Sache, aber unbekannt mit ihrer Aufgabe, redeten auf die Bauern von obenher ein, mit einer Miene, die den

Leuten sagte: „Hör, Du Schafskopf, verstehst net?" (Große Heiterkeit.) Wenn das Dorf dann wieder von dem Besuche verlassen war, können Sie sich denken, was die Bauern untereinander gesagt haben. (Heiterkeit.) Andere wieder gingen hin und sprachen vor den Bauern über die materialistische Geschichtsauffassung (stürmische Heiterkeit), über die Marx'sche Werththeorie, über Statistik und andere Wissenschaften. Nachher war dann in unseren Parteiblättern von den großen Erfolgen zu lesen, die erzielt worden seien. (Stürmische Heiterkeit.) Aber wenn dann die frischen Lorbeeren jener Agitation erst etwas getrocknet waren, dann folgte den übermäßigen Hoffnungen der Katzenjammer. Und was bei den Einzelnen der Fall war, trifft für die ganze Partei zu. Erinnern Sie sich an Halle, an das Jahr 1890: Da hieß es voll ungestümer Hoffnungen: „Krieg den Ultramontanen! Hinaus aufs Land!" Und alles Kriegsvolk hat gejubelt. Auf dem vorigen Parteitag in Köln, da klang aber das Lied ganz anders. Da hieß es pessimistisch: „Bei den Bauern ist vorläufig wenig zu thun. Und wenn wir mit Engelszungen redeten, unser Anhang bei den Bauern wird immer schwach bleiben." Kurz, die Bauernagitation lohnt nicht der Mühe, es ist nichts dabei zu holen. So schwankte man zwischen himmelhoch jauchzend und zu Tode betrübt. Beides ist gleich falsch. Es ist phantastisch, zu glauben, daß man den Bauer spielend mit einer Rede gewinnen könnte; aber es ist auch nicht wahr, daß der Bauer für uns unzugänglich sei. Wenn nur die richtige Art angewendet wird, dann ist die Landbevölkerung jetzt, wo ihr die Verhältnisse so harte Lehrmeister sind, sehr wohl zu gewinnen; und wenn wir sie nicht schon mehr gewonnen haben, so ist es größtentheils unsere eigene Schuld. Aber freilich hat eine erfolgreiche Landagitation zwei Voraussetzungen. Einmal muß der Bauer sehen, daß wir Herz und Verständniß für seine täglichen Leiden haben und nach Kräften ihm zu helfen bereit sind, und zwar nicht erst in einer entfernten Zukunft — jedenfalls erscheint sie dem Bauer entfernt — sondern schon jetzt. (Sehr richtig!) So verlangt es ja auch der Industrie-Arbeiter für sich von uns. Weiter aber muß ihm auch unsere ganze Art sympathisch und verständlich sein. Sache und Person müssen ihm Vertrauen einflößen, nur dann erschließt sich der Bauer und giebt sich hin. (Sehr wahr!) Was die Agitationsweise anlangt, so muß der Städter, der aufs Land gehen will, zunächst all seine alten Agitationshefte verbrennen und vor allem lernen, sich in die ländlichen Produktiosverhältnisse, in das ganze bäuerliche Denken und Fühlen hineinzudenken. Der städtische Arbeiter betritt eine neue Welt, die er nicht geringschätzen, sondern verstehen soll; sonst ist jedes Wort zu den Bauern so werthlos, wie wenn ihm der Bauer eine Vorlesung über Industrie hielte. Er lege den städtischen Hochmuth ab, daß der Bauer dumm sei, während er nur ungeschult ist. Gewiß sollen wir den Bauer aufklären; aber auch wir können von ihm Vieles lernen. Alle hergebrachte Schablone und bloße Analogie, das mechanische Uebertragen der industriellen Thatsachen auf die Landwirthschaft, ist unzulässig. Nur ein liebevolles Eingehen giebt die nothwendige Einsicht in die landwirthschaftliche Betriebs- und Lebensweise. Keine langstiligen theoretisirenden Beweisführungen, kein statistischer Zahlenwust, keine „wissenschaftlichen" Floskeln, kein nervöses, zwingendes Einreden auf die Zuhörer. Nirgends ist mehr Behutsamkeit, mehr Schonung für des Anderen Auffassung und Eingehen auf seine Denkweise, das Sprechen in seiner Sprache nothwendiger als hier. Das Allerverkehrteste ist es, den Bauer sozusagen an den Haaren herbeiziehen zu wollen — das ist eine alte Erfahrung bei uns in Bayern, die man aber bei der Aehnlichkeit des Bauerncharakters auch anderwärts machen wird. Wenn der Bauer merkt, daß man um jeden Preis etwas von ihm haben will, dann wird er ungeheuer dickköpfig (Heiterkeit. — Zuruf). Ach so, Sie meinen, das hätten Sie heute Vormittag an uns gesehen? Nun, ich habe es Ihnen ja

gesagt, daß wir Bayern ein Bauernvolk sind! Das Ungeschickteste, was bei uns die Regierung thun kann, ist, wenn sie einen eifrigen Amtmann auf die Bauern einreden läßt. Dann denkt sich der Bauer: „Der muß wohl was davon haben, weil er gar so ins Zeug geht" und thut justement das Gegentheil. Das Gemüthsmoment darf ja nicht vernachlässigt werden — was übrigens auch für die städtische Bevölkerung zu beachten wäre. Hierbei denke ich vor allem an die Religion, die eine politische und wirthschaftliche Partei gar nichts angeht, von der wir auch zumeist nichts verstehen (Heiterkeit) und hinsichtlich derer wir endlich einmal die schönen Worte unseres Programms in Thaten umsetzen und vollkommene Neutralität halten müssen. Mit der vielfach getriebenen Zweideutigkeit, die Religion als Privatsache zu bezeichnen und dabei die Prinzipien niedrigster und albernster Pfaffenfresserei und Kulturpaukerei, die die Partei so viel geschädigt haben, zu treiben, muß entschieden auch aufgeräumt werden! Sodann muß man, bei der großen Verschiedenheit der ländlichen Verhältnisse nach Bodenbeschaffenheit, Stammesart, geschichtlicher Entwicklung ꝛc. die Eigenart der Verhältnisse und Menschen schätzen lernen und sich vom Obenhin-Urtheilen nach dem Erzählenhören, vom Schlüsseziehen nach dem oberflächlichsten Anschauen, vom mechanischen Generalisiren hüten. Auch bei der Bayerndebatte würde eine Reihe von falschen Urtheilen unterblieben sein, wenn man nach der erwähnten Regel verfahren wäre. Der beste Rath für den Landagitator ist der: überall an des Landvolks eigene Verhältnisse anknüpfen, ihm dann den Zusammenhang derselben mit der Arbeiterbewegung zeigen — wobei sich besonders der Hinweis auf den Schaden wirksam zeigt, welchen die geringe Kaufkraft der Arbeiter der Landwirthschaft zufügen muß — und es so auf die Interessengemeinschaft beider Klassen führen. Und weiter muß man, außer dem Eifer auch Geduld haben, keine Treibhaus-Entwicklung verlangen, sondern das natürliche Heranreifen der Frucht abwarten — die Thatsachen und unsere Gegner sorgen schon für die nöthige Sonnenhitze! All das ist freilich nicht so leicht und sicher nicht für Jeden gemacht. Aber einmal braucht und soll nicht jeder von uns Bauernagitator zu sein. Die Sozialdemokratie ist jetzt so groß und der Kreis ihrer Aufgaben so angewachsen, daß eine Arbeitstheilung nothwendig ist. Das Gros der Partei wird nach wie vor in der Industriearbeiter-Bewegung fortfahren und sie vertiefen; Andere werden in Wissenschaft und Literatur thätig sein; und wieder Andere werden sich der Agrarfrage und Landagitation widmen. Und weiter muß die Arbeit eben gethan werden, und da habe ich die Ueberzeugung, daß die Sozialdemokratie, die bisher noch allen von den wechselnden Lagen bedingten Erfordernissen zu erfüllen sich im Stande gezeigt hat, sich auch dieser Aufgabe gewachsen zeigen wird.

Aber alle Agitatorengeschicklichkeit kann nur dann uns nützen, wenn wir nicht mit leerer Hand zur ländlichen Bevölkerung kommen, sondern ihr eine wirkliche Förderung ihrer Interessen bieten können. Und zwar rede ich hier nicht von politischen Dingen, von Steuerpolitik, Militarismus, Freiheitsforderungen ꝛc., kurz vom zweiten Theil unseres Programmes, welche Dinge allerdings in der Landagitation von großer Wirksamkeit sind und bleiben werden, — sondern ausschließlich von wirthschaftlichen Fragen. Was können wir hier dem Bauer bieten? Das führt zu der anderen Frage: welches ist die thatsächliche Lage der Landwirthschaft? Diese ist zweifellos in einer schweren Krise. Die Behauptung, daß der ganze landwirthschaftliche Nothstand nichts als eine Fabel sekttrinkender Junker und der hinter ihnen herlaufenden nimmersatten Bauern sei, ist ein vulgär-liberales Geschwätz, würdig einer Partei, die sich von jeher zur Erkenntniß sozialer Erscheinungen unfähig gezeigt hat und nicht begreifen kann, daß gerade durch eine solche Stellungnahme die Loslösung der Landbevölkerung von den reaktionären Parteien gehindert wird.

Leider haben sich aber durch diese albernen Redereien auch manche unserer Leute irreführen lassen. Damit muß radikal gebrochen werden. Um den wahren Stand der Dinge zu begreifen, braucht man blos einen Blick auf den Kurszettel der Getreidebörse zu werfen, wo infolge der nord- und südamerikanischen, indischen und russischen Konkurrenz die zollfreien Preise bereits unter den bisher niedrigsten Stand des Jahrhunderts gesunken sind. Man blicke weiter auf die Zahlen der landwirthschaftlichen Verschuldung, die zwar mangels sicherer und allgemeiner Erhebungen sehr schwanken, aber doch zweifellos eine durchschnittliche Verschuldung von einem Drittel bis zur Hälfte der Güterpreise und darüber ergeben. Nach der niedrigsten Schätzung beträgt die Verschuldung der deutschen Landwirthschaft 15—20 Milliarden und wächst jährlich um eine Viertelmilliarde; andere Schätzungen kommen bis auf die doppelte Höhe. Auf diese Weise geht der Ertrag der landwirthschaftlichen Produktion immer mehr in Ausbeuterhände über und der Landbebauer sinkt immer mehr zum bloßen Verwalter herab, der noch dazu alles Risiko allein zu tragen hat; während der einst so schwer empfundene Zehnt wenigstens nur vom wirklich Geernteten zu leisten war, muß der heutige Zinsknecht ohne jede Rücksicht und selbst bei völliger Mißernte zahlen. Aber im Uebrigen hat sich die Entwicklung doch nicht so vollzogen, wie sie früher von den Sozialisten vorausgesagt wurde, welche eine rapide Auffaugung der Kleinen zu Gunsten der Großen annahmen, deren rationelle Wirthschaft alsbald dominiren würde. Allerdings ist von Altpreußen, Mecklenburg u. s. w. ein bedeutendes Anwachsen des Großbesitzes nachgewiesen; aber dasselbe betrifft in der Hauptsache den fideikommissarisch gebundenen Latifundienbesitz, wobei die Gründe und die Mittel für die Vergrößerung nicht in den Vortheilen des Großbetriebes liegen. Im Uebrigen aber ist die Verschuldung keineswegs auf den Mittel- und Kleinbesitz beschränkt, sondern trifft ebenso auch den Rittergutsbesitz, ja dieser ist größtentheils noch mehr verschuldet. Nach Meitzen übersteigt die Realverschuldung den Grundsteuer-Reinertrag in Altpreußen bei den Bauern um das 18-, beim Großgrundbesitz um das 28-, beim Kleinbesitz um das 46fache. Nach anderen Aufnahmen, welche die preußische Regierung in 42 Amtsgerichtsbezirken machte, beträgt die Verschuldung beim Kleinbesitz 24 pCt., beim Mittelbesitz 27,9 pCt., beim Allodialbesitz 53,8 pCt. des Werthes. Auch der Gebrauch der größeren Maschinen hat in der Landwirthschaft zwar zugenommen, aber keineswegs in einer entscheidenden oder gar umwälzenden Weise. Was vollends den Dampfpflug betrifft, auf den man einst so große Erwartungen setzte, so ist sein Gebrauch in Deutschland auch heute noch ein verschwindender; ja selbst in England ist seine Anwendung neuerdings zurückgegangen. Demnach erweist sich der Großbetrieb in der heutigen Landwirthschaft — wo nicht ausnahmsweise Verhältnisse vorhanden sind — im Wettbewerb keineswegs als so überlegen, und das trotz aller ihm so reichlich zugeschanzten Vortheile auf Kosten der Allgemeinheit. Ist dies selbst beim Körnerbau der Fall, so ganz insbesondere bei der Viehzucht, welche bei der Rentabilität des Getreidebaues und beim derzeitigen Vorhandensein eines Weltmarktes naturgemäß in der Ausdehnung begriffen ist. Man hat dagegen wohl einige Beispiele aus Nordamerika angeführt — Riesenfarmen, Dampfmästereien u. dgl. Aber derartigen Einzelerscheinungen, deren Resultate noch keineswegs außer Zweifel stehen, muß man skeptisch gegenüberstehen und darf sie jedenfalls nicht generalisiren. Im Allgemeinen gilt, daß bei der intensiven Viehzucht, welche eine wahre Viehpflege ist, die Heerden nicht über eine gewisse Stückzahl hinausgehen dürfen; 60—70 Stück dürfte das Höchste sein. So erweist sich die Viehzucht als für den Mittel- und Kleinbetrieb besonders geeignet. Dasselbe gilt im Allgemeinen für den Bau von Obst, Reben, Gemüse und sonstigen Handelsgewächsen. Zur Erklärung dieser Umstände, die den Erfahrungen auf dem

Gebiete der Industrie so widersprechen, kommt vor Allem in Betracht, daß der Landbebauer nicht blos Waare, sondern zum großen Theil zu seinem eigenen Gebrauch produzirt. Dazu kommt in Anschlag: der überwiegende Einfluß der Eigenarbeit, selbst bei Mitarbeit von Dienstboten, die ländliche Lebensweise u. s. w. Jedenfalls geht die Zerstörung des Mittel- und Kleinbesitzes in der Landwirthschaft im Allgemeinen nicht so sehr — wie in der Industrie — durch die Konkurrenz der Großen gegen die Kleinen innerhalb der ländlichen Produktion, sondern wesentlich von außen her, durch das Geldkapital vor sich. Nicht wenige Agrarpolitiker schließen aus allen diesen Dingen, daß der Großbetrieb in der Landwirthschaft nur bei extensivem Betriebe überlegen sei, sondern daß die wirthschaftliche Entwicklung mit der zunehmenden Intensivität der Verwirthschaftung auf eine Verkleinerung der Betriebe gehe. Ich habe hier diese Frage nicht zu entscheiden. Aber so viel dürfte Ihnen nach dem Gesagten jedenfalls klar sein: daß die Agrarfrage eine höchst komplizirte ist, daß die wirthschaftlichen Entwicklungsgesetze hier in anderer Weise als in der Industrie wirken, so daß die Eigenart des hauptsächlichsten Produktionsmittels der Landwirthschaft eine Sonderstellung geben, und daß sonach viel dafür spricht, daß die Landwirthschaft auf ihre eigene Art in die sozialistische Gesellschaft hineinwachsen wird. Und wie es eine zweifellose Thatsache ist, daß der Klein- und Mittelbetrieb, das selbständige Bauernthum, in vielen Gegenden in einer wachsenden Bedrückung und Verdrängung begriffen ist und auch dem künftigen Untergange verfallen erscheint, wenn ihm der Staat keine Hilfe leistet, — so ist es nicht minder eine Thatsache, daß dieses Bauernthum heute noch vorhanden ist und auf absehbare Zeit wirthschaftlich lebensfähig, d. h. dem Betriebe gewachsen ist.

Demnach haben wir Sozialdemokraten mit der großen Masse der bäuerlichen Bevölkerung sehr ernstlich zu rechnen. Und es bleibt uns Angesichts der gegebenen Lage nur folgende Wahl: Entweder wir sehen dem Verschuldungs- und Enteignungsprozeß des Bauernthums gefühl- und thatenlos zu, lassen also nach manchesterlichem Muster dem „freien Spiel der Kräfte" seinen Lauf. Dann aber gerathen wir erstlich in Widerspruch mit unserem ganzen Vorgehen auf dem Gebiete der industriellen Lohnarbeit, wo wir uns durch die Anerkennung der Unaufhaltsamkeit der kapitalistischen Entwicklung keineswegs abhalten lassen, dem Kapitalismus in allen seinen schädlichen Aeußerungen entgegenzutreten und namentlich seine verderblichen Wirkungen auf die Arbeiter mit Zähnen und Klauen zu bekämpfen. Sodann übt die fortdauernde Verschlechterung der landwirthschaftlichen Verhältnisse auch einen unmittelbaren Nachtheil auf die städtischen Arbeiterverhältnisse aus; denn alle unsere Bestrebungen nach Arbeiterschutz und Verbesserung der Arbeiterverhältnisse werden immer wieder dadurch geschädigt und theilweise illusorisch gemacht, daß ungeschützte und proletarisirte Bauern in steigendem Maße in die Städte drängen und dort zu Lohndrückern werden. Endlich aber versetzen wir uns in der Entwicklung des ländlichen Produktionswesens in die Rolle des machtlosen Zuschauers, verdammen uns zur Einflußlosigkeit und zwingen die Bauern direkt dazu, sich von uns ab und den schlimmsten Reaktionären in die Arme zu werfen. Jedenfalls dürfen wir uns dann ordentlich aufs Warten einrichten. Oder aber wir müßten uns dem blanquistischen Standpunkte zuwenden und daran denken, eine gesellschaftliche Umwälzung lediglich mit einer proletarischen Minderheit zu machen. Eine solche Politik verbietet sich aber schon aus bloßer Klugheit; denn ohne und wider den Willen der Landbevölkerung kann in einem Lande, wie Deutschland eine durchgreifende soziale und staatliche Umgestaltung unmöglich bewirkt werden. In diesem Sinne hebt Liebknecht in seiner „Grund- und Bodenfrage" hervor, daß mit peinlicher Sorgfalt Alles zu vermeiden sei, was uns

dem Landvolke als feindselig erscheinen lassen könnte; weist er auf das warnende Beispiel der französischen Februarrepublik hin, die an dem Widerspruch zwischen Stadt und Land zu Grunde ging, und ruft aus: „Ohne die Landarbeiter und Bauern war unser Ringen ein hoffnungsloses; mit ihnen ist der Sieg uns gewiß." Jeder gegen die Bauern errungene Erfolg würde ein bloßer Eintagserfolg sein, dem mit unfehlbarer Sicherheit ein furchtbarer Rückschlag folgen müßte. Aber auch aus prinzipiellen Gründen können wir diesen Weg nicht betreten. Wir sind, wie Sozialisten so auch Demokraten, die nicht das Volk beherrschen und ihm über seinen Kopf hinweg Gesetze machen wollen; wir wollen die politische Macht weder erschleichen noch erpressen, sondern sie mit dem Willen des Volkes ergreifen und üben.

Wenn wir diesem Grundsatze getreu handeln und zugleich die günstige Lagen nützen wollen, um das politisch erwachende Landvolk von den Parteien, die es bis jetzt beherrscht und betrogen haben, loszulösen und zu uns zu führen, dann kann über die Wahl des einzuschlagenden Weges im großen Ganzen kein Zweifel bestehen. Es ist auf dem vorjährigen Parteitage vor dem „Eifer für die praktische Thätigkeit" gewarnt worden. Wenn wir dieser Warnung folgen wollten, dann freilich würden wir am besten gleich die Hand von der Landagitation lassen; denn der Bauer begnügt sich — und mit Recht — weder mit der bloßen Kritik noch mit dem Hinweis auf die Zukunft, sondern er will, gerade wie der Arbeiter, auch positive Mittel zur Verbesserung seiner Lage schon in der Gegenwart haben. (Sehr richtig!) Demgemäß hat auch eine Reihe unserer ausländischen Bruderparteien bereits gehandelt. Zuerst ist die dänische Sozialdemokratie darin vorgegangen, indem sie ein eigenes ergänzendes Programm für die Bauernagitation geschaffen hat, in welchem, „um unter den bestehenden sozialen Verhältnissen bessere Lebensbedingungen für die Ackerbauarbeiter zu erzielen", insbesondere die Verstaatlichung der Lehens- und Kirchengüter, der staatliche Ankauf von Land zur Verpachtung an Einzelarbeiter und Genossenschaften gefordert wird. In Ungarn werden Maßregeln verlangt, die in den Entwicklungsprozeß „mildernd eingreifen", Steuerentlastung und billigen Kredit für die Kleinen, dazu Verstaatlichung des Großbesitzes. Aehnlich in Rumänien, wo man die Zutheilung des verstaatlichten Großbesitzes an die Dorfgemeinden verlangt. In Italien wurde auf den diesjährigen Kongressen von Ligurien, in Imola und Carpi die Expropriation der schlecht bebauten Flächen und deren Zertheilung an Genossenschaften mit Gemeindeunterstützung, die Aufhebung der Grundsteuer u. s. w. gefordert. Das belgische Wahlprogramm enthält die Punkte: Verpachtung der Domänen an Einzelarbeiter und besonders Genossenschaften, gewinnloser Kredit durch die Nationalbank, Vertretung der Bauern, Pächter und Landarbeiter in Landwirthschaftskammern, die über Arbeitszeit, Lohnminimum, Pachtzeit und Pachthöhe zu beschließen haben. Zu diesem Programm sagte der „Peuple": „Es hebt deutlich das kollektivistische Ziel hervor und trägt zugleich den thatsächlichen und unmittelbaren Bedürfnissen Rechnung. Die wirkliche sozialistische Bewegung vollzieht sich im praktischen und reformatorischen Sinne, in dieser Richtung hat sie während der letzten Jahre Riesenfortschritte gemacht; denn die Sozialisten begreifen, daß die kapitalistische Gesellschaft nicht mit einem Schlage erstand und daß dies auch nicht bei der von uns erstrebten kollektivistischen Gesellschaft der Fall sein wird."

Am entschiedensten aber sind unsere Genossen in Frankreich vorgegangen. Das elf Punkte enthaltende bekannte, auch im „Vorwärts" veröffentlichte Agrar-Programm, das 1892 in Marseille beschlossen worden ist, hat die mächtigsten Erfolge auf dem Lande erzielt und dadurch die Gegner in einen wahren Schreck gesetzt. Graf de Mun sagte darüber: „Wenn der Sozialismus erst die Feldwege unseres Landes findet, dann ist unsere Sache

verloren." Das hat natürlich dazu angeeifert, weitere Mittel zu finden, um Jacques Bonhomme den Gegnern zu entreißen. Dies geschah auf dem diesjährigen Kongreß von Nantes, wo das Landprogramm vervollständigt und zugleich eine deutliche Antwort auf die Vorwürfe der Gegner gegeben wurde, welche bisher die Sozialisten als „Theiler" und Vernichter hingestellt hatten und nun erleben mußten, daß die Sozialisten sich den Bauern als alleinige Vertheidiger gegen Ausbeutung und Proletarisirung zeigten. Nun ging das Geschrei über die angeblichen Widersprüche, die Inkonsequenz, das Doppelspiel der Sozialisten los, ja man sprach auch von „Bauernfang". (Heiterkeit!) Ich will nur einige Sätze von dem anführen, was unsere französischen Genossen über diese Fragen äußerten. Lafargue geht von der Auffassung aus, daß die brutale Zentralisirung des Besitzes zu Gunsten von Müßiggängern in ihrer Weiterentwicklung nicht aufzuhalten sei. „Aber doch kann die sozialistische Partei, selbst ehe sie zur Macht gelangt, die kapitalistische Regierung zu Reformen drängen, welche die verheerenden Wirkungen der Entwicklung mildern und der Noth des Landvolkes jeder Art — der Bauern, Tagelöhner, Pächter — einige Erleichterungen verschaffen. Das Feld ist das Arbeitsmittel der Bauern, wie der Hobel das des Tischlers, das Schnittmesser das des Chirurgen. Bauer, Tischler und Chirurg beuten mit ihrem Werkzeug nicht aus; sie haben daher nicht zu fürchten, daß eine sozialistische Revolution sie ihnen entreißen werde, denn deren Aufgaben ist's, die Enteigner zu enteignen . . . Ist die sozialistische Partei Herrin der öffentlichen Gewalt, so wird sie von nichts weiter entfernt sein, als den Bauer im friedlichen Besitz des Bodens, den er mit seinem Schweiße befruchtet, zu stören. Sie wird vielmehr die Lasten aufheben, die ihn niederdrücken, seine Schulden abschaffen, ihnen Maschinen, Dünger, Saat, Vieh u. s. w. zur Verfügung stellen und ihn seine Verpflichtungen in natura ablösen lassen." Guesde äußerte sich also: „Der Kleinbauer hängt leidenschaftlich an seinem Boden und mit Recht, weil es jetzt für ihn außer seinem Eigenthum keine Freiheit giebt. Die Partei hat von Anfängen an einen Unterschied gemacht zwischen dem individuellen Eigenthum des vom Produzenten selbst angewandten Arbeitsmittels und dem kapitalistischen Eigenthum zum Profit Müßiger. Weit entfernt, den Bauer enteignen zu wollen, will der Kollektivismus ihn von Lasten aller Art befreien. . . Wo sich infolge des Dampfes und der Maschine die Produktionsmittel so entwickelt haben, daß der individuelle Besitz ausgeschlossen ist, da ist die einzige Form der Lösung die Rückgabe an die Kollektivität. Wo aber unter gegebenen Umständen und für eine Zeit die Produktionsmittel — wie der Boden — sich noch im Besitz der Produzenten befinden, da ist die individuelle Form des Eigenthums zu vertheidigen, welche Jaques Bonhomme hindert, Proletarier oder Lohnarbeiter zu werden. Die sozialistische Partei träumt und utopisirt nicht, sondern folgt den ökonomischen Evolutionen und paßt sich ihnen an, verlangt vom Heute nicht mehr als es geben kann, und überläßt es dem Morgen, mit seinem neuen Problem die Elemente ihrer Lösung auszuarbeiten." Jaurès vertritt die Auffassung: „Wir müssen den Kleinbauer, den Pächter, den Lohnarbeiter möglichst der kapitalistischen Ausbeutung entreißen. Da der Bauer nicht ausbeutet, so hat das ländliche Kleineigenthum Platz im System einer sozialistischen Organisation, wo die Früchte der Arbeit dem Arbeiter gehören." Und schließlich erlauben Sie mir noch, aus dem Nanter Beschluß, der ebenso einstimmigen Beifall in der französischen Sozialdemokratie gefunden hat, wie er einstimmig gefaßt worden ist, einige Sätze anzuführen: „In Erwägung, daß, laut des allgemeinen Programms der Partei, „die Produzenten nur frei sein können, wenn sie im Besitze der Produktionsmittel sind; in Erwägung, daß (wenn auf dem industriellen Gebiete diese Produktions-

mittel bereits einen solchen Grad kapitalistischer Konzentration erreicht haben, daß sie den Produzenten nur in kollektiver oder gesellschaftlicher Form zurückerstattet werden können) es sich gegenwärtig (in Frankreich wenigstens) keineswegs ebenso auf dem landwirthschaftlichen Gebiete verhält, wo das Produktionsmittel, das ist der Grund und Boden, noch an vielen Punkten unter individuellem Titel im Besitze der Produzenten selber ist; in Erwägung, daß, wenn dieser durch das bäuerliche Eigenthum charakterisirte Stand der Dinge unvermeidlich zu verschwinden berufen ist, der Sozialismus diesen Prozeß doch nicht zu beschleunigen hat, da er nicht die Rolle hat, das Eigenthum von der Arbeit zu trennen, sondern im Gegentheil diese beiden Faktoren jeder Produktion, deren Trennung die Knechtschaft und das Elend der ins Proletariat gesunkenen Arbeiter mit sich führt, in dieselben Hände zu vereinigen; in Erwägung, daß die müssigen Eigenthümer der großen Güter, gleich wie die der Bergwerke, Eisenbahnen, Hüttenwerke ꝛc. zu Gunsten der depossedirten landwirthschaftlichen Produzenten zu enteignen, es nicht minder seine gebieterische Pflicht ist, den selbstarbeitenden Eigenthümern ihre Scholle gegen den Fiskus, den Wucher und die Eingriffe der neuen Bodenmagnaten zu schützen — hat die Arbeiterpartei, die im Gegensatz zu den Anarchisten die Umgestaltung der gesellschaftlichen Ordnung nicht von der Ausdehnung und Verschärfung des Elends erwartet und eine Befreiung der Arbeit und Gesellschaft nur in der Organisation und den vereinigten Bemühungen der sich der Regierung bemächtigenden und Gesetze vorschreibenden Arbeiter von Stadt und Land sieht, das folgende Programm angenommen, das bestimmt ist, alle Elemente der landwirthschaftlichen Produktion, alle Arbeiter, welche unter verschiedenem Titel dem Landesboden einen Werth abgewinnen zum gemeinsamem Kampf gegen den gemeinsamen Feind zu verbünden." Hinzufügen will ich, daß sich die französischen Genossen meines Wissens der Billigung ihres Vorgehens durch Friedrich Engels versichert haben.*)

*) Gegenüber dieser Auffassung Vollmar's hat Genosse Engels im „Vorwärts" folgende Erklärung veröffentlicht: Nach Berichten der Parteipresse hat Genosse Vollmar in der Agrardebatte des Frankfurter Parteitages am 25. Oktober sich berufen auf die Beschlüsse des französischen Sozialistenkongresses von Nantes, „die die ausdrückliche Billigung von Friedrich Engels gefunden haben". Nach dem „Vorwärts" vom 10. November wird dies auch von der gegnerischen Presse weiter verbreitet. — Ich bin daher zu der Erklärung genöthigt, daß hier ein Irrthum vorliegt, und daß Vollmar in Beziehung auf mich durchaus falsch unterrichtet worden sein muß. — Soviel ich mich erinnere, habe ich mit Beziehung auf das Programm von Nantes nur zwei Mittheilungen nach Frankreich gemacht. — Die erste, vor dem Kongreß, in Antwort auf die Anfrage eines französischen Genossen ging dahin: die Entwicklung des Kapitalismus vernichtet unrettbar das kleinbäuerliche Grundeigenthum. Unsere Partei ist sich vollständig klar hierüber, aber sie hat durchaus keinen Anlaß, diesen Prozeß durch eigenes Eingreifen noch extra zu beschleunigen. Gegen richtig gewählte Maßregeln, die den Kleinbauern den unvermeidlichen Untergang weniger schmerzhaft machen sollen, läßt sich also prinzipiell nichts einwenden; geht man weiter, will man den Kleinbauer permanent erhalten, so erstrebt man nach meiner Ansicht ökonomisch Unmögliches, opfert das Prinzip, wird reaktionär. — Die zweite, nach dem Kongreß, beschränkte sich auf die Vermuthung, unsere französischen Freunde würden allein stehen in der sozialistischen Welt mit ihrem Versuch, nicht nur den kleinbäuerlichen Eigenthümer, sondern auch den, fremde Arbeit ausbeutenden Kleinpächter zu verewigen. Soweit ich überhaupt in der Sache gesprochen, habe ich also das Gegentheil erklärt von dem, was man Vollmar berichtet hat. — Einmal in diese Angelegenheit verwickelt, komme ich indeß schwerlich wieder heraus, ohne mich deutlicher auszusprechen. Ich beabsichtige also, der „Neuen Zeit" einen kurzen Artikel zur Verfügung zu stellen zur Darlegung und Begründung meiner Ansicht.

London, 12. November 1894. F. Engels.

Bei uns in Deutschland haben wir derartige offizielle Parteihandlungen auf dem Gebiet der Agrarfrage bisher noch nicht zu verzeichnen. Aber die Beweise wachsender Erkenntniß haben sich in den letzten Jahren in erfreulicher Weise gemehrt. Ich erinnere an eine Reihe von Veröffentlichungen im „Vorwärts", im „Sozialdemokrat", besonders an die treffliche Arbeit Dr. David's, von dem ich wünschte, daß er recht viele Nacheiferer in anderen Gegenden finden möchte. Auch unseres Vorgehens im bayerischen Landtage darf ich vielleicht erwähnen, das darauf hinausging, den Bauern staatlich gegen Ueberschuldung und Enteignung zu schützen und damit zugleich dem Staat ein Kontrolrecht und einen wachsenden Einfluß auf den landwirthschaftlichen Produktionsprozeß zu verschaffen, und das sich damit auf der Linie der Entwicklung zum Sozialismus bewegt.

Parteigenossen! Worum es sich heute handelt, das ist nicht die Festsetzung irgend welcher Einzelheiten, zu welcher hier nicht Ort und Zeit ist. Meine Aufgabe war nur, Ihnen zu zeigen: daß wir im jetzigen Stadium der ökonomischen, politischen und Parteientwicklung mit der bisherigen Stellung zur Agrarfrage nicht mehr ausreichen; daß wir fortan die gleiche intensive Aufmerksamkeit und Forschung wie der industriellen, auch der landwirthschaftlichen Produktion zuwenden müssen; und daß ein positives Vorgehen durch Forderung von Maßregeln, welche die Bauern und Landarbeiter heute schon gegen die kapitalistische Ausbeutung schützen und zugleich die höheren Wirthschaftsformen der Zukunft anbahnen, eine unabweisbare Nothwendigkeit ist. Das eingehende Studium des massenhaft vorliegenden wissenschaftlichen Materials, die Förderung seiner literarischen und agitatorischen Verwerthung, sowie die Vorschlagung programmatischer Maßregeln: das wird die Aufgabe des besonderen Agrar-Ausschusses sein, dessen Einsetzung wir Referenten, gleich verschiedenen Antragstellern, Ihnen vorschlagen. Wenn dieselbe aus rein sachlichen Gesichtspunkten zusammengesetzt und mit den nöthigen Vollmachten ausgestattet wird, dann werden die von ihm und auf seine Anregung aufgewendeten Opfer an Arbeit und Mitteln unserer Sache Wucherzinsen bringen können.

Die Gelegenheit ist für unser Vorgehen die günstigste. Schon ist die Herrschaft unserer Gegner über die Landbevölkerung im Wanken. Die wachsende Nervosität der herrschenden Parteien und ihr Schreien nach schneidigeren Waffen gegen uns ist nicht zuletzt auf diese Thatsache zurückzuführen. Da giebt es für uns Sozialdemokraten keine bessere Antwort, als daß wir im gleichen Augenblick, wo der Gegner einen neuen Zug gegen uns plant, frischen Muthes unsererseits den Angriff gegen das letzte bisher unerschütterte Bollwerk seiner Macht eröffnen. Verstehen wir die Lage und zeigen wir uns ihr gewachsen, paaren wir die Klugheit mit der Energie und den Eifer mit der Wohlüberlegenheit, und wir werden einen Riesenschritt zu unserm Ziele thun! (Stürmischer Beifall.)

Schluß 7½ Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 26. Oktober 1894. — Vormittags-Sitzung.

9¼ Uhr. Vorsitzender: Schwarz, Lübeck.

Diskussion über die Agrarfrage.

Garbe-Kassel spricht in einem genügend unterstützten Antrage den Wunsch aus, daß in der Agrarfrage diejenigen Genossen, die auf demselben Standpunkte stehen wie die Referenten, das Wort nicht mehr nehmen. Wird durch Kenntnißnahme erledigt.

Orbig: Der Antrag 1 kann nicht angenommen werden, da er eine viel zu große Tragweite hat. Es ist unmöglich, eine Kommission mit so weiten

Kompetenzen zu wählen. Er enthält aber einen guten Kern, so daß er der Diskussion werth erscheint. Daß eine Agrarkommission überhaupt eingesetzt werden müsse, darüber kann allerdings kein Zweifel bestehen.

Antrag 2 wird begründet von Quarck-Frankfurt: Man wundere sich doch nicht darüber, daß die Frankfurter plötzlich Agrarpolitiker geworden sind. Vergessen Sie nicht, daß in der Umgebung von Frankfurt der erste Land-Agitator Georg Büchner vor 60 Jahren aufgetreten ist. Auch in der Gegenwart haben wir von Frankfurt aus ein großes ländliches Gebiet zu bearbeiten. Gegenüber den trüben Erfahrungen mit Enqueten, die von uns ausgingen, bin ich der Meinung, daß nur das Reich in der Lage ist, eine umfassende Enquete über die ländlichen Verhältnisse zu veranstalten. Wir Frankfurter Delegirten stehen durchaus auf dem Standpunkte Vollmar's, dessen Ausführungen bedingt und berechtigt waren durch die Erfahrung, die ihr Analogon in der gewerkschaftlichen Agitation findet. Wenn wir nun ein Spezial-Programm nach dem Muster des französischen Landagitations-Programms verlangen, so soll das natürlich nicht eine bloße Kopie des französischen Programms sein, es soll unser Haupt-Programm nicht abschwächen, was vielfach befürchtet worden ist, sondern nur eine populäre Ausführung der agrarpolitischen Forderung unseres Haupt-Programms mit praktischen Vorschriften im Sinne von Vollmar's Vorschlägen sein, damit praktische Agitation getrieben werden kann. Das ist nicht überflüssig, wie Bebel in der „Neuen Zeit" anzunehmen scheint. Es giebt eine Menge befähigter Genossen, die auch Landagitation zu treiben vermögen, denen nur das Material fehlt. Für diese müssen wir eine Unterlage zur Agitation schaffen. Das soll nicht eine große Broschüre, sondern ein kleines Vademekum sein. Natürlich kann die Ausarbeitung auch der einzusetzenden Agrarkommission überlassen bleiben. Nach Absatz 2 unseres Antrages verlangen wir gegenüber der beabsichtigten ungeheuerlichen Vergewaltigung der Landarbeiter, wie sie durch die Forderungen Suchsland beabsichtigt werden, einen entschiedenen Protest, der hier im höchsten Grade angebracht erscheint.

Antrag 9 wird von David-Gießen begründet: Auf die Annahme des dritten Punktes lege ich bei der geringen Zeit des Parteitages keinen Werth. Im Allgemeinen stimme ich mit den Anschauungen, die Schoenlank und Vollmar vorgetragen haben, überein und habe nur Einiges nachzutragen. Die Agitatoren aus dem Kreise der Industrie-Arbeiter wurden gestern scharf mitgenommen. Ein persönlicher Vorwurf sollte ihnen damit nicht gemacht werden, aber die Unzulänglichkeit des Agitationsmaterials kann nicht bestritten werden. In meiner Heimath haben wir eine Art natürlicher Agitatoren, Industie-Arbeiter, die Bauernsöhne sind, in engster Verbindung mit dem Dorfe stehen, ja selber noch Ackerbau nebenbei treiben, und von denen man große agitatorische Erfolge erwarten sollte. Und doch gelingt es auch ihnen nicht, in den Bauernkern einzudringen, ja selbst in jene Bauernschicht kommen sie nicht hinein, die ohne Knecht arbeitet. Woran liegt das? Die agitatorische Münze, die im Umlauf ist in der städtischen Agitation und an die auch diese Agitatoren nur gewöhnt sind, ist auf dem Lande nicht kursfähig. Der Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter, der das gebräuchliche Agitationsmaterial in der Stadt ist und das Fühlen des Industrie-Arbeiters bewegt, ist dem Bauern durchaus fremd. Seine wirthschaftlichen Erfahrungen haben nichts mit ihm zu thun. — Zweitens ist für den Industrie-Arbeiter die Trennung der Arbeitsmittel vom Arbeiter der Ausgangspunkt aller theoretischen Erörterungen. Und das stimmt wieder nicht für den Bauern. Als Ausweg wird häufig der Versuch gewählt, bei den Bauern das sozialistische Programm bei Seite zu lassen und sie nur für unsere demokratischen Forderungen zu gewinnen. Damit machen wir die Bauern aber im besten Falle zu Demokraten, nicht zu Sozialisten. Wir ebnen, wenn wir so vorgehen, nur den bürgerlichen Demokraten den Weg. Viel Verwirrung stiftet in der Agrarfrage häufig unsere eigene Presse. Der Redner zitirt Aeußerungen des „Braun-

schweiger Volksfreund", des „Vorwärts" und des „Offenb. Abendbl.", die nach seiner Ansicht hierzu geeignet waren. Ebenso wie wir uns vor dem „Bauernfang" hüten sollen, müssen wir uns auch vor der Bauernverscheuchung hüten. Zum Schluß ändert Redner seinen Antrag dahin, daß die von ihm vorgeschlagene Kommission nicht 12, sondern 15 Mitglieder haben solle, damit drei Abtheilungen mit ungleicher Mitgliederzahl für den Großbetrieb, den Mittelbetrieb und das Parzellenbauernthum gebildet werden können.

Antrag 91. Absatz 1 begründet Stadthagen: Nach Schoenlank hätte ich allerdings in dieser Frage nichts zu reden, weil ich nicht auf dem Lande wohne, dazu noch Berliner bin und nicht in Bayern geboren bin; aber trotzdem habe ich auf dem Lande Erfolge gehabt mit prinzipiellen Auseinandersetzungen und mit speziellen Ausführungen über das Ausnahmerecht der ländlichen Arbeiter. Dem Antrage 2, Absatz 2 kann ich deshalb nicht zustimmen, weil die Forderungen Suchsland's nichts Neues sind. Im preußischen Landrecht sind dieselben ungeheuerlichen Forderungen längst gesetzlich fixirt. Wenn den Landarbeitern auseinandergesetzt wird, daß sie nur Pflichten, aber fast gar keine Rechte haben, so verstehen sie uns. Auf Abhilfe der ungeheuerlichen Zustände auf dem Lande müssen wir hinarbeiten, und in diesem Sinne habe ich den kleinen Gesetzentwurf ausgearbeitet. Selbst wenn Sie es für nothwendig halten, daß Sie eine Kommission einsetzen, so bitte ich doch, meinem Gesetzentwurf zuzustimmen. Die Hauptstärke der Landagitation ist der ländliche Arbeiter, der eigentliche Agrarproletarier: ihm haben wir unsere Erfolge in Pommern, in Mecklenburg zu verdanken. Die Ausarbeitung eines neuen Programms würde einen gewaltigen Rückschritt bedeuten, er bedeutet Bauernfang im schlimmen Sinne.

Den Antrag 97 begründet Jahn-Berlin. Auch in Berlin sei Verständniß vorhanden für die Landagitation; bezeichnender Weise gehe der Antrag von den Hausdienern aus, die ja ebenfalls unter der Gesindeordnung zu leiden haben.

Antrag 98 begründete Werner-Berlin. Er soll besondere Vortheile für alle diejenigen bedeuten, die unter der Ausbeutung durch Gesindebureaus zu leiden haben; es ist unsere Pflicht, durch gesetzliche Maßnahmen diese Aussaugerbureaus zu zerstören. Dieser Antrag hat die größte Tragweite auch für das ländliche Gesinde.

Antrag 108 begründet Timm-Berlin: Es soll in bestimmtem Rahmen wenigstens mit der praktischen Agitation begonnen werden. Vollmar und Schoenlank gingen von der irrigen Voraussetzung aus, daß die Industrie-Arbeiter mit den ländlichen Verhältnissen nicht vertraut seien, das ist aber nicht richtig, denn ein großer Theil der Industrie-Arbeiter ist ja direkt aus dem Lande hervorgegangen. Auf diese haben wir uns zu stützen. Ebenso wie Bebel's Untersuchungen über die Bäckereiverhältnisse den Anstoß zu Verbesserungen gegeben haben, so würde eine kurze Darstellung der Verhältnisse in begrenzten Distrikten bei speziellen Klassen der landwirthschaftlichen Arbeiter, Wanderarbeitern, Ziegelei-Arbeitern u. s. w. den Anstoß zu gesetzlichen Maßnahmen geben.

Antrag 110 des ostpreußischen Parteitages (Zusatz zu Antrag 2 der Vorlage):

4. Um die Bewegung für diese Forderungen zu fördern, soll der Vorstand Geldpreise in angemessener Höhe ausschreiben für erschöpfende Darstellungen der ländlichen Arbeiter- und Bauernverhältnisse größerer Landgebiete, die ihm bis zum nächsten Parteitage eingesandt werden.

und Antrag 121 (Schultze-Königsberg)

„die Worte: „die Agrarfrage als nothwendiger Bestandtheil" zu streichen und dafür folgendes zu setzen: Die Privatproduktion in der Landwirthschaft mit dem Privateigenthum an dem Grund und Boden sowie den Produktions-Hilfsmitteln hat nicht nur die Agrarfrage hervorgerufen, sondern hat auch zu Wege gebracht, daß die Landwirthschaft der an sie zu stellenden Anforderung seitens der Gesammtbevölkerung nicht gerecht werden kann, und ferner, daß

Noth, Elend und Unsicherheit des Erwerbslebens namentlich unter den Landarbeitern und den kleinen Besitzern hervorgerufen wurde. Die Ueberführung des Grund und Bodens und die Ausführung der Landwirthschaft durch die Gesellschaft selbst wird daher immer mehr zu einer Nothwendigkeit. Nur durch den gesellschaftlichen Betrieb der Landwirthschaft kann alle hierbei thätigen Personen der Antheil an der Gesammtproduktion der Gesellschaft garantirt werden. Aufgabe der sozialdemokratischen Partei muß es sein, nicht nur den hieraus sich ergebenden Klassenkampf zu führen und zu leiten, sondern denselben auch so zu gestalten, daß die Bauern und Landarbeiter nicht noch tiefer in Noth und Elend sinken, sondern bereits gegenwärtig eine Besserstellung derselben erzielt wird.

begründet Schultze-Königsberg: In der ländlichen Bevölkerung bestehen scharfe Gegensätze, Gegensätze zwischen Bauern und Gesinde, zwischen Kossäthen, Deputanten, Instleuten und Scharwerkern. Das erschwert unsere Agitation. Die ländlichen Arbeiter sehen die Welt noch mit ganz anderen Augen an wie die Industrie-Arbeiter. Die Industrie-Arbeiter können täglich beobachten, wie gewaltig die Produktivität der Arbeiter gestiegen ist, das können die Landarbeiter nicht! Vollmar und Schoenlank gingen von ganz falschen Gesichtspunkten aus, als sie den Schwerpunkt der Agitation in die Bauernagitation legten, die Bauern müssen uns als Klasse feindlich gegenüberstehen. Der Bauernstand beutet die Arbeiter ebenso schlimm aus wie der landwirthschaftliche Großbetrieb. Wir können die feindliche Klasse nicht gewinnen, ebenso gut könnte man von uns verlangen, wir sollten die Gewinnung des Handwerkerstandes als unsere Hauptaufgabe betrachten. Schoenlank und Vollmar warnten davor, den Bauern vom Achtstundentag zu erzählen. Ich glaube schon, daß der bayerische Bauer es lieber hört, wenn man ihm sagt: der Staat soll dir deine Schulden abnehmen, als wie: du sollst dein Gesinde nur acht Stunden lang arbeiten lassen. Viel eher als der Bauer hat der Großgrundbesitzer noch Verständniß für die achtstündige Arbeitszeit. Auf dem ostpreußischen Parteitage seien etwa drei Rittergutsbesitzer gewesen, die sozialdemokratischen Anschauungen huldigten. Vollmar und Schoenlank verlangen entgegen unserem Programme die Aufrechterhaltung des Privateigenthums. Das wäre doch nur durch Ankauf des Großgrundbesitzes möglich und durch dessen Auftreibung im Rahmen der heutigen Gesellschaft, das wäre ein zweifelloser Rückschritt. Die gewaltsame Enteignung aber wäre durchaus undurchführbar.

Antrag 120:

Die Parteileitung hat unter Mithilfe der Landesorganisation in den ländlichen Bezirken nach Möglichkeit geeignete Genossen in die materielle Lage zu versetzen, damit dieselben die Parteigeschäfte auf dem Lande ordnen und die Agitation dauernd und mit Erfolg betreiben können

wird von Kerrl-Bremen begründet: Wir haben genügend geeignete Genossen, aber die materiellen Mittel fehlen ihnen, um sich selbständig zu machen, dauernd auf dem Lande zu bleiben und von dort aus die Agitation zu leiten.

Zum Antrag 119:

„In Erwägung, daß eine thatkräftige und erfolgreiche Agitation unter der ländlichen Bevölkerung zu Gunsten des Sozialismus nur möglich ist, wenn die der Natur der Sache nach hauptsächlichst dazu berufenen Kreise (die Genossen der Bauern-, Klein- und Mittelstädte) sich dieser Frage energisch widmen;

in fernerer Erwägung, daß jedoch diese Kreise die dazu erforderlichen geistigen und materiellen Mittel leider in den meisten Fällen nicht besitzen, ist der Parteitag der Ansicht, daß die Genossen in den Groß- und Hauptstädten eines Landestheils oder einer Provinz die Pflicht haben, mehr als es bisher der Fall war, die schlechtest gestellten, ärmsten Wahlkreise ihres Gebietes moralisch und materiell in der Agitation zu unterstützen. Die Art

der Unterstützung und Hilfeleistung hat eine jedesmal vor dem allgemeinen Parteitag stattzufindende Landes- oder Provinzkonferenz festzulegen. Ueber die Verhandlungen dieser Körperschaften sind alsdann den Delegirten des allgemeinen Parteitages gedruckte Berichte zur Orientirung und eventueller Verwerthung bei der Frage der Landagitation zu verabfolgen"

bemerkt Trilse-Göttingen: Leider muß ich konstatiren, daß die moralische und materielle Unterstützung der Land-Städte noch viel zu wünschen übrig läßt. Die kleinen Städte sind aber die eigentlichen Zentren der Landagitation. Die großen Städte müssen deshalb moralisch dazu verpflichtet werden, die kleinen Städte im Sinne des Antrages 119 zu unterstützen. Die Großstädter glauben häufig schon genug gethan zu haben, wenn sie sich einmal zur Abhaltung einer Versammlung verstünden, für die sie sich vielleicht auch noch bezahlen ließen.

Hiermit schließt die Begründung der vorliegenden Anträge.

Im Interesse der Beendigung der Geschäfte des Parteitages schlägt Singer vor, heute eine Abendsitzung abzuhalten und heute die Punkte Agrarfrage, Maifeier, Trusts zu beendigen. Morgen sei der Bericht der Neuner-Kommission und die übrigen Anträge zu erledigen.

Der Antrag Singer wird angenommen.

Zur Diskussion hat das Wort

Friedrich-Darmstadt: Ich kenne das Land aus eigener Erfahrung; es ist eine Thatsache, daß der Bauernstand seit einer Reihe von Jahren sich ohne seine Schuld in stetigem Rückgang befindet. Die wirthschaftliche Entwicklung drückt ihn zu Boden, seine mangelnde Einsicht wirkt in derselben Richtung; dazu kommt noch der Einfluß der Gesetzgebung, der Verwaltungsmaßnahmen, die den Kleinen zu Gunsten des Großen erdrücken. Ich habe im Verlaufe von 35 Jahren zahlreiche Dorfgemeinden zu Grunde gehen sehen und über das Bauernland geht jetzt der Dampfpflug. Die früheren selbständigen Bauern sind zu Tagelöhnern geworden. Nach dem Sprichworte: „Nur die allerdümmsten Kälber wählen sich ihren Metzger selber", wählt die Landbevölkerung seit 25 Jahren noch dazu die Gutsbesitzer in die Parlamente u. s. w. Die technische und ökonomische Ueberlegenheit ist in der Landwirthschaft nicht so groß, als daß nicht häufig die billige menschliche Arbeitskraft der Maschine vorgezogen würde, die doch nur eine kurze Zeit des Jahres im Betriebe ist, während des ganzen Jahres aber Kapitalzinsen frißt, wo der Arbeiter doch nur zu essen bekommt, wenn er arbeitet. Erst als die rapide Entwicklung der Industrie die Arbeitskräfte vom Lande in Massen in die Städte zog, fand die Maschine in der Landwirthschaft einen stärkeren Eingang.

Möffinger-Lahr: Wir können uns nur mit dem Landarbeiter und dem Kleinbauern befassen, nicht mit den Mittel- und Großbauern. Es ist falsch, im Allgemeinen zu sagen: wir müssen den Bauernstand als Feind betrachten. Dem Kleinbauer geht es häufig noch schlechter als dem einen Knechte und der einen Magd, die er beschäftigt. Die Industrie dringt auf das Land vor und nimmt dem Kleinbauern den Knecht, der in der Fabrik mehr verdient.

Mittag-Halle: Das Vertrauensmänner-System muß auf dem platten Lande noch mehr ausgebaut werden. Nachrichtenbureaus sollen auf dem Lande eingerichtet werden. Wir müssen die Sprache des Landmannes reden, müssen wissen, was in den einzelnen Dörfern geschehen ist, damit wir daran anknüpfen können. Das Steuerwesen, Bedrückungen der Behörde in den einzelnen Orten müssen kritisirt werden. Unser Programm bietet der Landbevölkerung noch sehr wenig. Der Bauer hat immer nur gehört, daß die bösen Rothen ihm sein Land nehmen wollen. Unser Programm muß also erweitert werden, aber es darf nicht verwässert werden.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Kandt-Rostock bittet im Interesse seiner Auftraggeber, zu Protokoll

zu konstatiren, daß ihm durch den Schluß der Debatte das Wort abgeschnitten sei.

Zu der Resolution 118 ist das Amendement Stadthagen eingelaufen, am Schluß des Antrages (S. 135, Zeile 18 von oben) die Worte „und ergänzt" zu streichen.

Das Schlußwort erhalten die Referenten:

Schoenlank: Die Debatte hat mir gezeigt, daß durchgängig die Ansicht vorherrscht, daß etwas in der Agrarfrage geschehen müßte, und daß die Grundsätze und Forderungen, die Vollmar und ich entwickelten, die Billigung des Parteitages im Allgemeinen gefunden haben. Entschieden muß ich mich dagegen wenden, daß das Stadthagen'sche Amendement, das im letzten Augenblick eingereicht wurde, angenommen wird. Es ist unannehmbar, denn es schneidet uns von der Basis, die wir der Stellung unserer Partei in der Agrarfrage geben wollen, die Hälfte weg. Sowohl der Landarbeiter- wie der Kleinbauernschutz muß programmmäßig von uns verlangt werden, selbstverständlich ohne daß wir unseren prinzipiellen Standpunkt aufgeben. Wenn die Herren aus dem Norden nicht einsehen wollen, daß wir für Süd- und Mitteldeutschland nicht die Schablone anwenden können, die aus den landwirthschaftlichen Zuständen Ostelbiens gewonnen wird, so kann das uns doch nicht hindern, diese besonderen Verhältnisse in Betracht zu ziehen. Es ist die höchste Zeit, daß etwas Praktisches geschieht, daß wir mit dem richtigen Stichwort im richtigen Augenblick auf der Bildfläche erscheinen. Heute, wo die Reaktion einen neuen Anlauf nimmt, um uns zu vernichten, müssen wir ihr den kräftigsten Gegenschlag versetzen, indem wir sie da packen, wo sie am empfindlichsten ist, bei den Bauern, damit, wenn einmal der politische Generalmarsch geschlagen wird, die Bauern nicht gegen, sondern mit uns sind! (Bravo!)

Vollmar: Das Amendement Stadthagen ist unannehmbar und die ganze Resolution wäre es, wenn wir den Bauernschutz nicht mit aufnehmen wollten. Der Agrarausschuß soll nicht ein Universal-Heilmittel schaffen, auch ist es nicht seine einzige Aufgabe, das vorgeschlagene Programm auszuarbeiten. Der Agrarausschuß soll vielmehr eine Studienkommission sein, die das vorhandene Material sichtet und zu schriftstellerischen Arbeiten anregt. Dem Agrarausschusse müssen die Befugnisse gewährleistet werden, geeignete Personen einladen zu können. Die Geldfrage tritt hier ganz in den Hintergrund; die Ausgaben für diese Zwecke wird sich reichlich rentiren. Man hat hier und da gemeint, die Aufgaben dem Vorstande zu überweisen; aber dieser hat ganz andere Aufgaben. Bei der Wahl der Mitglieder handelt es sich darum, so zu wählen, daß die drei hauptsächlichsten Betriebsformen annähernd gleich vertreten sind; deshalb ist auch die Zahl der Ausschußmitglieder auf 15 festzusetzen. Dann werden sich ganz zwanglos drei Sektionen, entsprechend den drei Hauptwirthschaftsformen, herausbilden, die die Vorarbeiten zu leisten haben. Ich glaube nicht, daß die Arbeiten des Ausschusses bis zum nächsten Parteitage beendet sein werden; das ändert aber nichts an der Nothwendigkeit, sofort mit der Gründung der Kommission vorzugehen. Ich bitte nochmals, die Resolution anzunehmen, obschon auch mir nicht Alles darin gefällt, aber es ist wenigstens eine gute Grundlage, die einen Fortschritt bedeutet auf dem Wege zur politischen Macht. (Beifall.)

Ein Amendement Arons zur Resolution, das bisher noch nicht zur Verlesung gekommen war, verlangt die Streichung des Absatzes: „Der Bauernschutz soll den Bauern als Steuerzahler, als Schuldner, als Landwirth vor Nachtheilen bewahren".

Dieser Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt. — Das Amendement Stadthagen wird gleichfalls abgelehnt. Die Resolution 118 wird mit großer Majorität angenommen. Einige 30 Stimmen sind dagegen.

Der Antrag: eine Agrarkommission von folgenden 15 Mitgliedern: David-

Gießen, Geck-Offenburg, Bock-Gotha, Katzenstein-Leipzig, Baßler-Stuttgart, Liebknecht, Birk, Vollmar, Hug-Bant, Schulze-Kossebaude, Schoenlank, Bebel, Molkenbuhr, Quarck, Schippel, zu wählen, wird mit großer Majorität angenommen.

Auf Antrag Singer's werden alle vorliegenden Anträge dem Agrarausschuß überwiesen mit Ausnahme des Antrages 91, Absatz 1, der angenommen wird. Hiermit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Singer, der jetzt den Vorsitz übernimmt, giebt zu Punkt 4 der Tagesordnung: Maifeier, nachdem alle dazu vorliegenden Anträge die nöthige Unterstützung gefunden haben, dem Berichterstatter über diesen Punkt, Meist-Köln, das Wort: Ich bin der Meinung, daß dieser Gegenstand nicht viel Zeit kosten kann, weil seit dem internationalen Kongreß in Zürich die prinzipielle Stellung, die wir einzunehmen haben, festgelegt ist. Aus der Züricher Resolution wissen Sie, daß die materielle Grundlage eine andere ist als die des Pariser Kongresses, daß sie erweitert worden ist. Es handelt sich nun nicht mehr um den Achtstundentag und um Arbeiterschutz allein, sondern um eine internationale Demonstration für den Klassencharakter der proletarischen Bewegung. Durch den Ausfall der Maifeier in allen Ländern ist bewiesen worden, daß die internationale Solidarität die erfreulichsten Fortschritte gemacht hat. Die würdigste Feier würde die Arbeitsruhe sein. Wir werden alles dazu thun, um sie immer mehr durchzuführen. Unser jetziger Beschluß kann nicht anders lauten als die Kölner Resolution, die folgendermaßen lautete:

„Gemäß den Beschlüssen der Internationalen Arbeiter-Kongresse von Paris (1889), Brüssel (1891) und Zürich (1893) begeht die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der internationalen Verbrüderung, dem Weltfrieden. Zur würdigen Feier des 1. Mai erstreben wir die allgemeine Arbeitsruhe. Da aber deren Durchführung bei der gegenwärtigen Wirthschaftslage in Deutschland zur Zeit nicht möglich ist, so empfiehlt der Parteitag, daß nur diejenigen Arbeiter und Arbeiter-Organisationen, die ohne Schädigung der Arbeiter-Interessen dazu im Stande sind, neben den anderen Kundgebungen den 1. Mai auch durch die Arbeitsruhe feiern."

Es würde nur eine Wortklauberei sein, wenn wir, wie die Verhältnisse nun liegen, eine neue Resolution ausarbeiten wollten. Wir müssen die ersten sein, die die Beschlüsse hoch halten, und dürfen es nicht unterstützen, daß doch da und dort an einem anderen Tage als am 1. Mai die Demonstration stattfindet. Wenn die Maifeier auch hier und da zu Kollisionen geführt hat, so werden wir ihnen nicht aus dem Wege gehen können. Sie entspringen eben dem Klassencharakter der Demonstration, auch unsere Gegner sind davon überzeugt, daß es nicht Schwäche von uns ist, wenn wir die Arbeitsruhe nur überall da eintreten lassen, wo es ohne Konflikte möglich ist. (Beifall.)

Zur Diskussion stehen die Anträge 77, 78, 79 und 109 und ein Antrag von Schultze-Königsberg i. Pr.: „Den Parteigenossen aller Orten wird es zur Pflicht gemacht, mit größerem Eifer wie bisher dahin zu wirken, daß der 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert wird."

Antrag 77 wird von Büttner-Berlin, Antrag 78 von Baudert-Apolda begründet. Antrag 79 findet keinen Befürworter. Brand-Frankfurt erklärt, daß der Antrag nur von einzelnen Genossen in Frankfurt und Barmen gestellt ist.

Antrag 109 wird von Schultze-Königsberg mit dem Hinweise darauf begründet, daß wir, da die wirthschaftlichen Verhältnisse in absehbarer Zeit doch keine Aenderung erfahren werden, energischer wie bisher für Durchführung der Arbeitsruhe agitiren müssen.

Zu Antrag 79 ist das Amendement eingegangen, in diesem Antrage die Worte „und sämmtlichen" bis zu „zugesichert wird" zu streichen.

Ferner liegt ein Antrag Auer's vor, dem Antrag 79 folgende Form zu geben:

„Der Parteitag möge den Wunsch aussprechen, daß in allen unter Leitung von Parteigenossen stehenden und dem Parteidienst gewidmeten Parteigeschäften der 1. Mai als Ruhetag erklärt und sämmtlichen dortselbst beschäftigten Arbeitern dieser Tag voll bezahlt wird.

Die Diskussion wird eröffnet.

Grenz-Chemnitz beklagt, daß die Praxis mit der Theorie bei manchen von Sozialdemokraten gegründeten und geleiteten wirthschaftlichen Unternehmungen in Widerspruch gerathe. So giebt es in Sachsen Unternehmungen, wo 50 bis 60 Arbeiter von Arbeitern beschäftigt werden. Als diese Arbeiter die Maifeier begehen wollten, wurde es von den sozialdemokratischen Leitern, von denen einige sogar als Maifeier-Redner figurirten, den Leuten abgeschlagen. Das sei äußerst inkonsequent. Wenn die Gegner solche Fälle gegen die Partei ausnutzten, sei es weiter nicht verwunderlich.

Büttner-Berlin: Der Antrag 79 hat seine Berechtigung. In Hamburg und Berlin haben die Parteigeschäfte ihrem Personal ohne weiteren Antrag den 1. Mai voll bezahlt. Aber in Frankfurt a. M. ist es leider nicht geschehen.

v. Elm-Hamburg: Ich bin ein Gegner der Königsberger Resolution, die eine Reihe wirthschaftlicher Kämpfe heraufbeschwören würde. Noch herrscht die wirthschaftliche Krisis, noch sind unsere Gewerkschaften zu schwach zu diesen Kämpfen. Wollen Sie am 1. Mai völlige Arbeitsruhe, so stärken Sie erst die Gewerkschaften. Der Antrag 79 muß angenommen werden, da er selbstverständlich ist. Redner bringt dazu ein Amendement ein, welches ausspricht, daß der an diesem Feiertage erhaltene Lohn von den in Parteigeschäften angestellten Personen zur Förderung allgemeiner Arbeiterinteressen verwandt werde.

Auer: Wie der Antrag 79 hier steht, scheint er mir unannehmbar, trotz des sympathischen Gedankens, den er ausspricht. Ich schlage Ihnen deshalb vor, dem Antrage die vorhin verlesene Form zu geben. Wir haben kein Mittel, das zu erzwingen, was wir wünschen. Wir können unmöglich alle die Geschäfte, in denen für die Partei Arbeiten geleistet werden, deren Besitzer aber nichts mit der Partei zu thun haben, zwingen, die Arbeit ruhen zu lassen. Auch gegen die moralische Verpflichtung, den am 1. Mai verdienten Lohn im Arbeiterinteresse zu verwenden, möchte ich mich aussprechen. Der Gedanke ist zwar gewiß sympathisch. Der Eindruck nach Außen wäre aber ebenso gewiß kein günstiger; nur wenn die Arbeiter es freiwillig thun, soll es uns recht sein.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

3¼ Uhr. Vorsitzender: Singer.

In der Diskussion über die Maifeier wird fortgefahren.

Slomke-Bielefeld: Die Bielefelder Genossen sind für die Aufrechterhaltung des Kölner Beschlusses in der Maifeier und gegen den Frankfurt-Barmer Antrag. Wer den 1. Mai feiert, hat ihn so zu feiern, wie alle übrigen Arbeiter. Redner erklärt, er müsse daher auch gegen die Resolution Auer stimmen. Wo soll man die Grenze ziehen, wo hört der Begriff „Angestellter" und „Arbeiter im Dienste eines Parteigeschäftes" auf, gehören dazu vielleicht auch die gelegentlich Beschäftigten, wie z. B. die Buchbinder, die außerhalb einer sozialdemokratischen Druckerei für diese die Broschüren binden? Auch von der Ausnahme wollen wir nichts wissen, daß diese Angestellten am 1. Mai bezahlt werden sollten, die Fabrikarbeiter in kapitalistischen Betrieben werden ja auch nicht bezahlt, wenn sie feiern. Jeder hat die Arbeitsruhe zu erstreben und feiert auf eigene Kosten.

Silberberg-Budapest: Die Deutschen haben in der Maifeier einen gewaltigen Schritt nach vorwärts gemacht, das erkennen wir Ausländer mit Befriedigung an. Uns ist ein großer Dienst damit geleistet worden. Unsere Genossen können sich nicht mehr damit ausreden, daß die Deutschen auch nicht den 1. Mai innehielten. Wir leben in Ungarn in einem permanenten Ausnahmezustande. Ministerielle Verordnungen, die mit den Ministern wechseln, schränken das Vereins- und Versammlungsrecht ein. Bei solcher Lage brauchen wir die Maifeier zur Aufrüttelung unserer Arbeiter. Wir haben auch schon den Erfolg gehabt, daß letztes Jahr in Budapest fast in keiner Fabrik gearbeitet wurde. Wir haben auch schon die Bauern gewonnen, namentlich die im Unterland; das kommt daher, weil in Ungarn keine weitgehende radikale bürgerliche Partei besteht, der sie sich anschließen können. Sie kennen ja alle die Maikrawalle in Alföld. Der ungarische Bauer ist revolutionär geboren, ist sehr freiheitlich. Früher ging sein revolutionärer Zug gegen Oesterreich, jetzt richtet sich sein Haß gegen die kapitalistische Gesellschaft. Unwissend ist der ungarische Bauer nicht. Als die Regierung von Szegedin agent provocateurs nach dem Alföld schickte, die Auftheilung von Grund und Boden zu predigen, warfen sie diese heraus und sagten, sie wollten keine Auftheilung, sondern die Vergesellschaftung von Grund und Boden. Diese Bauern haben nun auch die Maifeier mitgemacht. Auf die Bauern aber haben wir ganz besonders zu rechnen, denn die Industrie ist nicht entwickelt.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Im Schlußwort erklärt Meist: Die meisten Anträge sprechen zumeist etwas durchaus Selbstverständliches aus, so z. B. die Resolution 79, oder aber sie greifen nur einzelne Punkte aus der Resolution heraus. Lehnen Sie also die Anträge ab und nehmen Sie die Resolution einfach an. Was die Angestellten der sozialdemokratischen Geschäfte anbetrifft, so sollten sie zwar feiern, aber eine Extrawurst solle ihn nicht gebraten werden. Er gebe sich der Hoffnung hin, daß der nächste Appelltag, so nenne er den ersten Mai, als Appelltag der internationalen Sozialdemokratie würdig verlaufen werde. (Beifall.)

Hierauf wird der Antrag einstimmig angenommen, die Resolution des Kölner Parteitages zum ersten Mai auch für 1895 zu bestätigen.

Antrag 77 wird abgelehnt. Der Antrag 78 ist durch die Resolution erledigt. Antrag 79 wird mit dem Amendement Auer abgelehnt. Hierdurch erledigt sich von selbst das Amendement von Elm.

Antrag 109 wird gleichfalls abgelehnt.

Es folgt Punkt 6 der Tagesordnung: **Die Bedeutung der Trusts, Ringe, Kartelle und ähnlicher großkapitalistischer Organisationen in unserer wirthschaftlichen Entwicklung.**

Hierzu liegt folgende Resolution vor:

112. Die Kartelle (Trusts, Ringe), wie sie in neuerer Zeit immer mehr in allen Kulturländern der Erde, insbesondere auch in Deutschland, von den Vertretern großkapitalistischer Unternehmungen gebildet werden, sind die natürliche Folge der Entwicklung unserer kapitalistischen Produktionsweise, die mit stetig sich beschleunigender Schnelligkeit ihrem Höhepunkt entgegeneilt.

Der Zweck dieser großkapitalistischen Produktions-Vereinigungen ist, im Interesse der betheiligten Kapitalisten die Produktion zu reguliren, d. h. durch ihre Anpassung an die Nachfrage die Preisbildung so zu beeinflussen, daß der erreichbar höchste Profit den Unternehmern zufällt.

Der immer raschere Untergang des konkurrenzunfähig gewordenen mittleren und kleineren Unternehmerthums ist die nothwendige Wirkung dieser Kapitalisten-Organisationen.

Die Arbeiterklasse hat keine Veranlassung, den durch die Kartellwirthschaft beförderten großkapitalistischen Entwicklungsprozeß durch reaktionäre Gesetzgebungsversuche zu stören, weil jeder Fortschritt der Kapitalskonzentration fortgesetzt größere Massen ehemals Besitzender von den Interessen des Besitzes loslöst und die unwiderstehliche Ueberlegenheit der national und international organisirten, einheitlich geleiteten Produktion über die zersplitterte Produktion der freien Konkurrenz immer eindringlicher und augenfälliger lehrt. Diese Entwicklung ist somit ein Schritt zur Verwirklichung des Sozialismus.

Dagegen werden die Kartelle eine Geißel für die Arbeiter durch die Macht, welche die ausbeutenden Kapitalisten mit Hilfe ihrer Organisation gegenüber ihren Arbeitern erwerben. Gesteigerter Lohndruck, gesteigerte soziale und politische Knechtung werden unausbleiblich. Es ist daher ein Gebot der Selbsterhaltung und der Menschenwürde für die Arbeiterklasse, nachdrücklich und kategorisch zu verlangen, daß ein den Forderungen der klassenbewußten Arbeiter entsprechender **Arbeiterschutz** gesetzlich festgelegt werde; daß nicht blos alle Schranken der **Koalitions- und Vereinsfreiheit** fallen, sondern auch das Koalitionsrecht durch wirksame Strafbestimmungen gegen die Uebergriffe des Unternehmerthums gesichert werde, und daß durch fortschreitende **Demokratisirung der Reichs-, Staats- und Gemeinde-Verwaltungen** immer mehr der Wille der stetig wachsenden Masse der wenig- oder nichtsbesitzenden Konsumenten maßgebend wird, deren Interessen in schneidendem Gegensatz stehen zu den Interessen einer Handvoll übermächtiger Kapitalisten. Schippel.

Als Berichterstatter nimmt das Wort

Schippel: Sie werden Alle das Bedürfniß fühlen, über die noch offenen Punkte der Tagesordnung möglichst rasch hinwegzukommen, und da dieses Bedürfniß ganz und gar zusammenfällt mit meinen persönlichen Wünschen, so werde ich mich darauf beschränken, in meinem Referate einige der Uebertreibungen zu kritisiren, die in unserer Partei noch vielfach umlaufen. Ich kann das um so eher, als die Anschauungen, in denen wir alle übereinstimmen, hinreichend ausführlich in der Resolution niedergelegt sind, die Sie Alle in Händen haben.

Die Befürchtungen, welche die Trusts weckten, waren im Anfang ähnlich übertrieben wie die Hoffnungen, die man eine Zeit lang auf die Boykottkämpfe setzte. Als Ende der achtziger Jahre in den Vereinigten Staaten der große Preßfeldzug gegen die Trusts begann, als Untersuchungskommissionen der Einzelstaaten, des Bundes, Kanada's in allen Industrie- und Handelszweigen monopolistisch herrschende Verbindungen und „Verschwörungen" glaubten aufdecken zu können, da bricht eine Periode der kleinbürgerlichen Angst herein, die auch heute noch nicht ganz überwunden ist und zum Theil auch in der populären sozialistischen Literatur noch spukt. Bellamy ist zum Theil ein Interpret dieser Anschauungen; in einer Menge von Trustgesetzen kommen sie im Bunde und in den Einzelstaaten zum Ausdruck. „Das ganze Waarenlexikon wird nachgerade vertrustet," faßt ein Berichterstatter die damaligen Berichte zusammen, die meistens in Schauergemälden von der Auswucherung der Konsumenten und der Auspressung der Arbeiter schwelgen.

Schon ein Blick auf die Namen der vermeintlich vertrusteten Waaren müßte Einen bedenklich stimmen. In Kanada, einem Agrikulturlande, sollten Bohnen, Erbsen, Eier derart monopolisirt sein können, daß die Bevölkerung ohnmächtig gegen den Ring wäre? Bei der Lieferung von Särgen, die im Nothfall jeder Tischler Hobelspan herstellen kann, soll man der absoluten Willkür

eines Trusts preisgegeben sein? Wenn in ähnlichen Fällen gewisse Firmen oder Firmenverbindungen das Geschäft beherrschen, so kann das nur dadurch geschehen, daß sie durch gewisse Vorzüge die Konkurrenz ausschließen; jede abnorme Preisfestsetzung würde hier zweifellos an allen Ecken und Enden die Konkurrenz aus dem Boden stampfen und den Trust zum Zusammenbruch bringen.

Auch die eingehenderen Schilderungen einzelner Trusts und ihrer Wirkungen müssen unwillkürlich stutzig machen. Redner kritisirt des Näheren die faustdicken Widersprüche in der bekannten Darstellung des pennsylvanischen Anthrazittrusts.

Nun haben einzelne deutsche Arbeiten allerdings die schlimmsten Uebertreibungen vermieden; trotzdem sind sie — wie Großmann in Schmoller's Jahrbuch und Steinmann-Bucher bei Schmoller und in der „Industrie" — zu einer sehr großen Zahl von Kartellen und Trusts in ihren Uebersichten gelangt. Aber auch hier stoppelt man kritiklos alle Fälle zusammen, wo irgend gemeinsame Interessen sonst konkurriren, die Unternehmungen gemeinschaftlich geregelt und wahrgenommen werden. Gewiß sind das alles ökonomisch ganz interessante Erscheinungen, aber von Monopolen und monopolartigen Wirkungen — an die man doch bei der ganzen Erörterung immer denkt — kann hier von vornherein fast niemals die Rede sein. Die „Industrie" zählt „Kartelle des deutschen Kleingewerbes" auf; glaubt man, daß bei Kleinbetrieben, deren Neuanlage nur geringes Kapital voraussetzt, jemals dauernd eine Konkurrenz von außen verhindert werden kann? Da wird ein Maschinenbaukartell aufgeführt: es handelt sich bei näherem Zusehen um weiter nichts wie um übereinstimmende Regelung der dem Käufer eingeräumten Zahlungsbedingungen, der übernommenen Garantie, der Montirung. Das „Kartell" der Kammgarnspinnereien setzt fest: freie Lieferung bis zum Bahnhof des Käufers, dreißig Tage zinsfreies Ziel für den Abnehmer u. s. w.! Wenn das Kartelle der gefürchteten Art sind, dann haben wir sie von jeher zu hunderten und tausenden unter uns gehabt, ohne etwas Besonderes an ihnen zu finden. Dann ist jede Genossenschaftsbank und jeder Raiffeisen'scher Darlehensverein, in denen Berufsgenossen gemeinsame Bedingungen für das Kreditgeben und -Nehmen selber schaffen, ein Kartell. Dann ist jede Genossenschaftsmolkerei, in der die sonst konkurrirenden Bauern ihre Milch nach festen gemeinsamen Regeln verarbeiten lassen, ein Trust. Dann schließen die Tischler- oder Schuhmachermeister ein Kartell, wenn sie eine gemeinsame Innungskrankenkasse oder ein Innungsschiedsgericht errichten. Dann sind bei uns in Deutschland überhaupt die Unternehmer fast aller Produktions- und Verkehrszweige kartellirt, weil sie zur Tragung der Unfalllasten in gemeinsame Berufsgenossenschaften zusammengesteckt sind.

Bleiben wir nun bei den an Zahl recht zusammengeschmolzenen Fällen, wo thatsächlich eine Unternehmung oder eine straff organisirte Verbindung von Unternehmungen einen Produktions- oder Handelszweig ausschließlich beherrscht.

Selbst hier werden wir stets eine Menge Beispiele finden, daß zwar thatsächlich ein Monopol besteht, die Wirkung aber ganz die gleiche ist wie bei voller freier Konkurrenz: die Konkurrenz bleibt hier nur eine latente, weil die den Markt beherrschende Firma oder Verbindung wohlweislich die Absatzpreise günstiger stellt, wie irgend welche Konkurrenz es vermöchte; sowie die Preise abnorm — abnorm gegenüber dem Freien-Konkurrenz-Preise — werden sollten, würde sofort die latente Konkurrenz wirksam in Erscheinung treten, besonders heute bei der andauernden Ueberfülle des anlagesuchenden Geldkapitals. Redner erläutert das an der Erfahrung einzelner amerikanischer Trusts und besonders an dem Beispiel der Vereinigten Nürnberger Pinselfabriken, die bei lumpigen 2 Millionen Mark Kapital das Aufkommen einer Konkurrenz eben nur dadurch verhindern könnten, daß sie für ihre Abnehmer

so günstige Bedingungen gewähren, wie sie gleich günstig keine Konkurrenz glaubt wagen zu dürfen. Monopole aber, die nur so lange ihre Monopolstellung halten können, als sie mindestens gleich niedrige Preise stellen wie bei freier Konkurrenz, sind wahrhaftig nicht zu fürchten.

Doch schließlich bleiben eine Reihe von Fällen zurück, wo dauernd für das Monopol eine fremde Konkurrenz kaum möglich oder doch thatsächlich nicht zu fürchten ist, wo also die Preise nicht mit Rücksicht auf eine wirklich bestehende oder wahrscheinlich zu erwartende Konkurrenz, sondern lediglich nach den Interessen des Monopols gestellt werden. Was dann? Wird dann die unheimliche Schröpfung der Konsumenten eintreten, wie sie meistens als unvermeidliche Folge der Kartelle erwartet wird?

Eine Grenze findet die Möglichkeit solcher Preissteigerungen schon daran, daß von einer gewissen Preishöhe an für den Abnehmer die Verwendung von Ersatzstoffen und -Fabrikaten anfängt, lohnend zu werden. Mit jeder relativen Preisverschiebung ersetzen sich Petroleum, Gas, Elektrizität als Lichtquellen, die verschiedenen Kohlensorten (amerikanische Hochöfen: Anthrazit- und bituminöse Kohle), Holz, Naturgas, Petroleum, Elektrizität als Kraftquellen u. s. w. Als der Jutetrust unverschämt wurde, beschlossen die amerikanischen Farmen in den Südstaaten, nur Baumwollpackungen zu benutzen. Der Kupferring (der nur vorübergehend möglich war) hat dem Aluminium die Wege bahnen helfen. Bei der ungeheuren Beweglichkeit der kapitalistischen Produktion, bei der erreichten Höhe der Naturwissenschaften würde sich meistens jede „Willkür" bitter rächen.

Weiter steht der Willkür des Monopols entgegen, daß die Abnehmer, die Konsumenten der Monopolsprodukte, meist wieder Großkapitalisten, oft auch wieder Kartelle sind. Dem Preisdruck nach oben steht also meist ein gleich starker Druck nach unten entgegen; das Bild von dem Monopol als Wolf und dem Abnehmer als hilfloses Lämmlein trifft demnach fast nie zu. Redner bespricht die Beziehungen zwischen den Kohlengruben, Eisenhütten, Walzwerken.

Doch alles das bei Seite gelassen: wie stellt ein Monopol, für das die Zügel der freien Konkurrenz wegfallen, die Preise? Es ist lächerlich, hier von einer schrankenlosen Willkür zu sprechen; die Rücksicht auf die Konkurrenz Anderer wird in unserem Falle nur ersetzt durch die ausschließliche Rücksicht auf den erreichbar größten eigenen Profit. Die Preisfeststellung ausschließlich nach dem Gesichtspunkte des erreichbar größten Profits bildet das Charakteristikum des eigentlichen, wirklichen Monopols.

Nun braucht der erreichbar größte Profit nicht zusammenzufallen mit einer Preiserhöhung; er kann sogar erzielt werden durch eine Preisherabsetzung, wenn diese eine mehr wie ausgleichende Steigerung des Absatzes hervorruft. In dem Falle eines dauernden, wirklichen Monopols werden fast immer die Faktoren überwiegen, die mehr in die letzterwähnte Richtung drängen.

Länger dauernd werden Monopole nur dann sein können, wenn — wie etwa im Falle der Privateisenbahnen — das fixe Kapital derart überwiegt und derart langsam sich amortisirt, daß Konkurrenzanlagen ungemein erschwert sind oder sich ganz von selber verbieten. In solchen Unternehmungen muß der Kapitalist stets so rechnen, daß — gleichviel ob viel oder wenig produzirt oder transportirt wird — derselbe Betrag anzusetzen ist für Verzinsung, Amortisation des ungeheuren fixen Kapitals, und daß nur ein kleiner Theil der „Ausgaben" wächst mit der wachsenden Leistung. Bei den Eisenbahnen sind die Anlagen für Dämme, Brücken, Viadukte, Tunnel, Oberbau gegeben, und die Abnutzung, der Verschleiß wächst auch nicht entfernt mit der Transportmenge, nicht einmal mit den Auslagen für Heizung, Schmiermaterial, Bedienung ist das der Fall. Je mehr die „ständigen Ausgaben" sich vertheilen auf eine größere Leistungsmenge, desto geringer die „Kosten" pro Leistungseinheit. Es besteht hier also fast immer der stärkste Anreiz, durch Ausdehnung

des Absatzes diese Kosten zu erniedrigen; die Ausdehnung des Absatzes wird aber geschaffen und ermöglicht durch Preisherabsetzung. Redner erinnert an die Eisenbahntarifpolitik und bemerkt, daß viele unter uns, welche die Trusts so fürchten, andererseits der Meinung huldigen, der niedrigere (Zonen-)Tarif sei für die Eisenbahnen eine Quelle größerer Profite wie bisher die höheren Tarife; das sei bis zu einem gewissen Grade richtig, gelte aber ähnlich für alle Unternehmungen mit ungeheurem fixem Kapital, mit „säkularem Verschleiß" ihrer Anlagen — also für alle Industrieen, die einer dauernderen Monopolisirung verfallen könnten. Die meisten Trusts zeigen daher im Großen und Ganzen überwiegend Preisherabsetzungen, wenn man nicht die vorhergehenden Jahre der furchtbarsten Krisis und des unhaltbaren Preisdruckes zur Basis der Vergleichungen wählt.

Der Konsument hat also im Allgemeinen von den Kartellen nichts zu fürchten. Nun habe ich allerdings in der Resolution gesagt, daß im Staate die Interessen der Konsumenten ausschlaggebend sein sollen, aber nur, damit nicht irgend eine Schröpfung durch Liebesgaben, Steuerprämien, die an sich nichts mit den Monopolen zu thun haben, stattfinden könne. Gegen die Kartellirung an sich, gegen die Zusammenschweißung der kleinen Unternehmungen in große haben wir absolut nichts einzuwenden. Aber wir müssen z. B. verlangen, daß wie bei den Aktiengesellschaften öffentlich Rechnung gelegt werde. Ich komme nun zur Wirkung der Monopole auf die Arbeiterklasse als Produzenten. Hier liegen die schwersten Gefahren. Freilich gehen auch hier die Befürchtungen zu weit. Wir haben zwar in vielen Fällen eine Produktionseinschränkung infolge einer Kartellbildung, aber das ist aus den obenerwähnten Gründen meistens durchaus nichts anderes, als was auch bei freier Konkurrenz nach einer Krisis eintritt. Für die Gewerkschaften ist nichts gefährlicher als das ewige Auf und Ab zwischen Krisis und Ueberproduktion. Viel regelmäßigere Lebensbedingungen haben wir aber, wenn eine größere Stetigkeit der Produktion durch die Kartelle eintritt. Die englischen Arbeiter haben daher öfter an dem mitgewirkt, was wir an den Kartellen tadeln: sie haben oft eine theilweise Stillsetzung der Produktion (4, 5 Tage wöchentlich, Bergwerke, Spinnereien) mit durchsetzen helfen, um nicht die Ueberproduktion noch maßloser zu machen und dann unter dem vollständigen Stillstand aus allen ihren erreichten Gewerkschaftspositionen herausgetrieben zu werden.

Die Arbeiter haben nur zu fürchten, daß sie nicht entschlossen genug sind, die neuen Kampfbedingungen, die ihnen die Monopole auferlegen, rechtzeitig wahrzunehmen. Aber auch das geschieht. Die Monopole organisiren die Arbeiter selbst. Bei voller Koalitionsfreiheit brauchen die Arbeiter die Monopole nicht zu fürchten. Ja, der endliche Sieg des Sozialismus wird durch die Riesentrusts beschleunigt. Es ist ein Weg für die Arbeiterklasse nach oben, jeder Riesenbetrieb ist eine Vorstufe für die sozialistische Organisation der Gesellschaft. (Lebhafter Beifall.) Ich bitte Sie, die Resolution möglichst einstimmig anzunehmen.

Krumm-Dillenburg: Mir scheint es, daß die Konsumenten doch die Monopole zu fürchten haben. Die Pinselpreise sind durch den Einfluß der vereinigten Pinselfabriken in Nürnberg um 20 pCt. gestiegen. (Hört!) Das Bernburger Soda-Syndikat, die vereinigten Stärkefabriken haben die Preise ihrer Produkte erhöht. Der Konsument wird geschröpft. Das ist die Absicht der Gründer der Kartelle. Das zeigt sich auch bei den Petroleummonopolbestrebungen von Rockfeller und Nobel-Rothschild, die erst süddeutsche Firmen, z. B. in Mannheim, kaput machen wollten.

Hué-Essen: In Essen ist der Sitz des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats. Ich kenne seine Wirkungen genau und kann mit den Ansichten Schippel's über die Ungefährlichkeit der Kartelle nicht völlig übereinstimmen. Die Kohlen-

preise sind durch das Syndikat gesteigert worden. Die Kohlenproduktion kann nicht nach Belieben ausgedehnt werden, besonders nicht, wenn natürliche Rücksichten, wie das nur stellenweise Vorkommen der Steinkohle, den Betrieb beschränken. Auch mit den Ausführungen Schippel's über die Wirkung der Syndikate und Trusts auf die Gewerkschaften und auf das Solidaritätsgefühl der Arbeiter bin ich nicht einverstanden. Ich habe bei Krupp in Essen gearbeitet, der 17000 Arbeiter beschäftigt. Die Zahl der gewerkschaftlich organisirten Arbeiter ist äußerst gering, dort sowohl wie bei Stumm. In diesen Riesenbetrieben besteht für den Arbeiter die Möglichkeit, allmälig zu besser dotirten Stellen aufzurücken, daher denn Schmarotzerei und Liebedienerei. Der Großkapitalist kann eine stabilere Produktion einführen, das bietet für die Arbeiter die Möglichkeit einer sicheren Existenz. Deshalb fehlt es ihnen an Solidaritätsgefühl, das sie der Theorie nach, weil sie in Großbetrieben zusammengeschweißt sind, haben sollten. Das ist auch der Grund, weshalb ich nur geringe Hoffnung auf die gewerkschaftliche Bewegung habe. (Bebel: Hört! hört! Widerspruch.) Die deutsche Gewerkschaftsbewegung kann niemals einen solchen Aufschwung nehmen wie die englische, die mit dem Kapitalismus zusammen aufgewachsen ist. Auf dem Papier haben wir ja schon die Koalitionsfreiheit, und doch kann Stumm diktiren, daß „feine" Arbeiter keine Vereine bilden dürfen. Ich hoffe nur auf die Gewerkschaften als Produktionsleiter der Zukunft. (Beifall und Widerspruch.)

Zu der Resolution Schippel (112) ist folgendes Amendement von Schippel selbst eingegangen: An Stelle des vierten Absatzes: „Dieser durch die Kartellwirthschaft beförderte großkapitalistische Entwickelungsprozeß ist unaufhaltsam und kann durch keine reaktionären Gesetzgebungsversuche gehemmt werden" — folgenden Satz zu setzen:

> Jeder Fortschritt der Kapitalkonzentration löst fortgesetzt größere Massen ehemals Besitzender von den Interessen des Besitzes los und lehrt die unwiderstehliche Ueberlegenheit der national und international organisirten einheitlich geleiteten Produktion über die zersplitterte Produktion der freien Konkurrenz immer eindringlicher und unwiderstehlicher. Diese Entwickelung ist ein Schritt zur Verwirklichung des Sozialismus!

Schoenlank: Bereits die beiden Vorredner haben zwei Punkte hervorgehoben, die Schippel schärfer hätte betonen müssen. Wir haben kein englisches Koalitionsrecht. Unsere Arbeiter können in unserem Polizeistaat von dem Koalitionsrecht zum Theil gar keinen Gebrauch machen. Das aber ist der springende Punkt: Wir müssen erst die politische Macht haben. Wir müssen aufräumen mit den Polizeigesetzen, ehe wir den Kartell ohne Furcht entgegentreten können. Schippel hat mehr die negative Seite der Kartelle hervorgehoben, aber er hat nicht scharf genug betont, daß es sich hier um eine Regelung der Produktion auf sozialistischer Basis handele, daß die Herren nur kollektivistisch produziren, den Profit aber in ihren Privatsäckel stecken wollen; er hätte betonen müssen, daß im Kartell der moderne Geoßbetrieb sich aller Mittel der modernen Technik bedient, daß ein Ersatz der menschlichen Arbeitskräfte durch technische Hilfskräfte, der qualifizirten Arbeiter durch ungelernte, also auch eine Vermehrung der Reservearmee stattfindet, daß dadurch die Unsicherheit des Erwerbes zunimmt. Der Staat soll eingreifen, sagt Schippel. Ganz recht, aber was haben wir heute für einen Staat? Der Staat der Hammerstein, Stumm und Krupp. Den Polizeistaat, der die theuren inländischen Weine den billigen ausländischen vorzieht, der selber mitten drinsteht im Salinen- und Kalisyndikat, der selber der größte Kartellbruder ist, der durch Berlepsch das Projekt eines Kalimonopols einbrachte, während er die Arbeiter schuhriegelt. Damit der Staat den an ihn gestellten Forderungen entspricht, muß er erst demokratisirt werden; an Stelle der Krupp und Stumm, der Kalikönige und Walzwerkkönige muß dem Volke in Gesetzgebung und Verwaltung die ausschlaggebende Stimme

zufallen. Daher müssen wir zuerst fordern: heraus mit der Koalitions- und Vereinsfreiheit! Daß durch die Kartelle die Krisen beseitigt werden, ist ein unbegründeter Optimismus. Wir müssen mit kühlem Blute eine naturnothwendige Entwicklungsphase des Kapitalismus betrachten. Der Einwand, daß die Großindustrie an sich die Arbeiterorganisationen unmöglich macht, muß dahin eingeschränkt werden, daß die Großindustrie die beste Aussicht zur Entwicklung dort hat, wo die Lage der Arbeiter schlecht ist. Aber die Kartelle werden zu Despoten, die den letzten Rest der Koalitionsfreiheit zu vernichten drohen. Wir müssen deren Despotismus vernichten, indem wir zunächst nach der politischen Macht streben. (Beifall.)

Gebel-Bergedorf führt einige Beispiele aus der Glasindustrie an, wo die Kartellirungen eine sehr große Gefahr für den Arbeiter geworden sind. Selbst das freieste Koalitionsrecht könnte den Arbeitern nicht viel gegen diese Ringe helfen. Besonders verderblich ist für die Glasarbeiter ihre Wohnungsabhängigkeit vom Fabrikanten.

v. Elm-Hamburg: Mit den Ausführungen Schippel's stimme ich vollkommen überein. Schippel hat gar nicht gesagt, daß der Konsument von den Ringen überhaupt nicht geschoren würde. Er hat sie nur nicht auf die Dauer zu fürchten. Was die Stellung der Trusts zu dem Arbeiter als Produzenten betrifft, so glaube ich nicht, daß sie die Gewerkschaftsorganisation unmöglich machen, diese Verhinderung ist nur momentan. Das Wachsen des Solidaritätsgefühls unter den Arbeitern im Allgemeinen wird auch auf die Arbeiter in Großbetrieben à la Krupp einwirken. Dafür ist die Geschichte der englischen Gewerkschaften ein sprechender Beweis. Das Fehlen eines freien Koalitionsrechtes ist die Ursache für die Schwäche der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Das Anwachsen der Arbeiterbewegung wird den Staat nöthigen, freiere Vereinigungsgesetze zu erlassen. Je mehr sich die Arbeiter organisiren, desto näher ist das Ziel.

Adler-Wien: Als Fremder hätte ich nicht das Wort ergriffen, wenn ich nicht dazu angeregt würde durch meine Theilnahme an den Verhandlungen des diesjährigen Kongresses für Sozialpolitik zu Wien über denselben Punkt. Dieser Verein ist ein Verein von Professoren, von Katheder-Sozialisten von ehemals, die, um den Katheder zu behalten, den Sozialismus fortgeworfen haben. (Sehr gut! Heiterkeit.) Auf diesem Kongresse wurde nun über die Kartelle hin und her geredet, ob sie gefährlich oder ungefährlich, nützlich oder verderblich seien. Kurz, es waren lauter Dinge, die ich hier nicht gehört. Während in Wien auf der einen Seite die Furcht vor den Kartellen mit dem Ruf nach dem Polizeistaat die Debatten beherrschte, auf der anderen Seite die Interessenpolitik sich breit machte, haben hier auf diesem Kongreß die Arbeiter eine naturnothwendige wirthschaftliche Entwicklungsphase mit kühlem Blute und sachlicher Objektivität betrachtet. Und darüber habe ich mich außerordentlich gefreut. Dadurch hebt sich die Diskussion hier vortheilhaft ab von den Diskussionen der Professoren. Hier ist die Kartellbildung von vornherein aufgefaßt worden als eine Nothwendigkeit, die man zu verstehen habe, nicht aber als etwas, wobei man nachdenkt, ob man die Polizei dagegen zu Hilfe rufen muß oder nicht. Aus der Diskussion hier ist hervorgegangen, daß die Kartelle die wirthschaftliche Macht des Kapitals erhöhen gegenüber dem Konsumenten und dem Arbeiter. Mit vollem Recht wurden vom Referenten allzugroße Befürchtungen und phantasievolle Vorstellungen über die Kartelle zurückgewiesen. Indem er aber die eine Seite der Sache zeigte, wurde die andere etwas in den Hintergrund gerückt: die Gefahr nämlich, die für die Arbeiter bei den Kartellen wirklich besteht. Es wäre unrecht, die Augen dagegen zu verschließen. Die Gewerkschaften werden nicht gefördert durch die Kartelle, mit der Konzentration des Kapitals geräth die Arbeiterschaft bei ihrem wirthschaftlichen Kampf in Nachtheil dem

Kapital gegenüber. Daraus folgt, daß sie sich mit um so größerem Gewicht auf die andere Seite des Kampfes legt, auf die politische. (Sehr richtig!) Elm tröstet sich damit, in England hätte die Entwicklung des Großkapitals die Entwicklung der Gewerkvereine nicht verhind rt, und daß es ebenso in Deutschland kommen werde; das glaube ich nicht. Die englischen Gewerkschaften sind zu einer Zeit geworden, die für uns für immer vorbei ist. Damals war der Kapitalismus jung, naiv und blind, jetzt ist er alt und erfahren und wehrt sich mit größerer Macht gegen die Arbeiterbewegung. Und liegt nicht die Thatsache vor, daß die englischen Gewerkschaften in letzter Zeit in ihrem wirthschaftlichen Kampf beinahe kapitulirt haben vor dem Unternehmerthum, daß sie sich gesagt haben, der wirthschaftliche Kampf ist unvollständig, deshalb ist der politische Kampf erforderlich! Elm sagt: ja, der Staat wird nicht immer so sein. Ich möchte davor warnen, immer auf dieses letzte Umkippen hinzuweisen. Das Anwachsen der politischen Macht einer Klasse vollzieht sich geschichtlich nicht so, daß sich heute eine Klasse in völliger Ohnmacht und morgen in völliger Allmacht befindet. Das Anwachsen geschieht vielmehr allmälig. Auch die Kartelle werden nicht in ihrer Entwicklung auf einmal von uns geregelt werden, sondern in dem Maße, wie die Sozialdemokratie politische Macht erobert, wird sie gegen die wirthschaftlichen Organisationen vorgehen. Ich habe zu konstatiren, daß wir einig sind darin: Die Kartelle sind die mächtigste Organisationsform des Kapitalismus. Sie sind auf wirthschaftlichem Gebiete unmöglich von der Arbeiterklasse zu bekämpfen, auch auf polizeilichem Wege nicht, denn die Polizei ist in der Hand der Kapitalistenklasse, sondern allein durch die politische Machtentwicklung der Arbeiterklasse! (Bravo.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Schippel nimmt noch kurz das Schlußwort.

Bei der Abstimmung wird zunächst durch Beschluß der Absatz 4 der Resolution in der zweiten Fassung endgiltig akzeptirt. Danach wird die Resolution Schippel mit dieser Abänderung angenommen.

Singer schlägt vor, eine Pause zu machen und in einer um 7¼ Uhr beginnenden Abendsitzung den Bericht der Neuner-Kommission entgegenzunehmen.

v. Vollmar ist gegen die Abendsitzung, man solle lieber fortfahren, um in 2½ bis 3 Stunden die ganze Angelegenheit zu erledigen.

Der Vorsitzende und der Parteitag sind damit einverstanden.

Bericht der Neuner-Kommission.

Den Vorsitz übernimmt Schwarz-Lübeck.

Berichterstatter Blos: Zu erledigen waren sieben Angelegenheiten; alle Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt. Die meiste Zeit verwendete die Kommission auf die badische Angelegenheit: Rüdt-Dreesbach-Stegmüller-Geck, in der jeder der Betheiligten ein vollgerütteltes Maß der Schuld hat. Nach Meinung der Kommission ist der Streit nicht plötzlich entstanden und von beiden Parteien veranlaßt worden. Die Grundursache war die persönliche Abneigung zwischen Rüdt und Dreesbach. Zwischen Rüdt und Dreesbach herrschte seit Langem eine verbitterte Stimmung. Intriguen und Hetzereien, die in Privatkorrespondenzen uns vorlagen, warteten nur auf den Anstoß, um in einem öffentlichen Zwist auszuarten. Den größeren Theil der Schuld mußten wir Dr. Rüdt beimessen. Der Vorwurf, daß der Offenburger „Volksfreund" ungenaue Berichte über die Landtags-Verhandlungen veröffentliche, war der unmittelbare Anlaß zum offenen Ausbruch des Streites. Die größere Leidenschaftlichkeit, ja Gehässigkeit in der Zeitungspolemik war auf Seiten des Offenburger „Volksfreundes". Zu diesem Zwist kam noch der Fall Stegmüller hinzu. Auf die Beschwerdeschrift der Lörracher Genossen gegen Stegmüller sind wir nicht eingegangen, weil sie betreffs seiner angeblichen Verbindung mit

der Polizei außerordentlich viel Wirthshausklatsch enthält. Dem persönlichen Charakter Stegmüller's wollen wir nicht zu nahe treten, dagegen muß rund heraus gesagt werden: Stegmüller's Auffassung von der Partei und ihren Aufgaben ist unklar und unreif, wenn er z. B. seine Bildung als Unteroffizier betonte oder lieber einen Versammlungs-Vorsitzenden hat, der ein „Häusle" hat, als einen, der „gar nichts" hat. Er hat den Gleichheitsgedanken nicht erfaßt, das Philisterthum der Bourgeoisie nicht abzuschütteln vermocht und deshalb auch als Parlamentarier gegen unsere Prinzipien verstoßen. Das erklärt vollständig seine Haltung im Landtage. Da komme ich auch auf die Lörracher Kirchenangelegenheit; freilich darf dabei das badensische Temperament nicht unberücksichtigt bleiben, das Stegmüller in Gegensatz zu Rüdt brachte. Wie es in Baden Leute giebt, die gern ein „Pfäfflein" in die Pfanne hauen und mit der Fackel der sogenannten Wissenschaft in das Dunkel der Klöster hineinleuchten (Heiterkeit), so giebt es auf der andern Seite auch solche Leute, die in einem Geistlichen noch etwas Anderes sehen als eine Person, die nur eine gewisse Fettleibigkeit zu erreichen trachtet. Von diesem Standpunkt aus hat Stegmüller im gemüthlichen Gespräch mit dem Pfarrer die Befürwortung der Kirchenbaugelder für Lörrach im Landtag abgemacht. Dadurch hat er den weiten Blick nicht bekundet, den ein sozialdemokratischer Abgeordneter haben soll. Daß ihm seine 26 Wahlmänner ihr Vertrauen votirt haben, beweist wenig; es bleibt ununtersucht, ob die 26 auch Sozialdemokraten waren und ob nicht andere Unterströmungen mitspielten. Aus allen diesen Gründen komme ich zu folgendem Antrage:

Der Parteitag erklärt:

1. Die Art und Weise, wie in letzter Zeit die Parteistreitigkeiten unter den badischen Parteigenossen ausgefochten worden sind, entspricht nicht dem Ansehen und der Würde der Partei und ist nach allen Seiten hin entschieden zu mißbilligen.

2. Ganz besonders aber müssen die Intriguen und Hetzereien, deren sich Genosse Rüdt schuldig gemacht hat, verurtheilt werden.

3. Stegmüller ist nicht geeignet, ein parlamentarisches Mandat im Namen der sozialdemokratischen Partei auszuüben.

4. Den badischen Parteigenossen wird es zur Pflicht gemacht, das Partei-Interesse höher zu stellen als den persönlichen Zwist. Dies gilt sowohl dem Genossen Geck, als auch den Abgeordneten Rüdt und Dreesbach, welche letzteren durch ihre Uneinigkeit im Landtage wesentlich dazu beigetragen haben, daß die Parteistreitigkeiten in Baden so heftig und häßlich geworden sind. (Beifall.)

Die Debatte wird eröffnet.

Stegmüller: Es wurde mir soeben ein Urtheil verkündet, das mich außerordentlich überraschte. Deshalb muß ich doch noch ein paar Worte der Aufklärung zu Ihnen sprechen. Von gewisser Seite hat man mich von vornherein zu stürzen versucht, und von dieser Seite aus hat man mich immer wieder zu verleumden versucht. Redner vertheidigt sich dagegen, als habe er sich je mit dem Unteroffizier-Titel gebrüstet. Er habe auch nicht gegen das demokratische Prinzip verstoßen, denn er habe sich selber emporgearbeitet, obwohl seine Eltern ihm nichts hinterlassen hätten außer einer schlechten Erziehung. Deshalb schaue er auch nicht geringschätzig auf solche herab, die nicht vorsichtig waren in der Wahl ihrer Eltern. Die Kirchenbaukosten anlangend, schweift der Redner auf die Entstehung der Kirchenvermögen durch Urkundenfälschung der Geistlichkeit unter Beihilfe schlitzöhriger Juristen ab. Die Mittel für den Lörracher Kirchenbau waren bereits bewilligt und mit dem Pfarrer habe er nur in seiner Eigenschaft als Gemeindebeamter gesprochen. Außerdem habe ihm der Genosse Geck zur Bewilligung gerathen, derselbe, der ihm dann gestern

hier nachgeäfft habe. Ich habe mein Mandat der sozialdemokratischen badischen Fraktion zurückgeben wollen, das beweist doch meinen Edelmuth. Meine Gutmüthigkeit, meine schwarzwäldische Ursprünglichkeit ist mißbraucht worden, ich bin das Opfer der verworrenen Verhältnisse, die ich in der badischen Fraktion schon vorfand, als ich in sie eintrat. Ich bedauere das harte Urtheil, das die Kommission über mich gefällt hat, und versichere heilig, daß ich die Konsequenzen ziehen werde.

Singer theilt mit, daß Dr. Rüdt als Zeuge einer Gerichtsverhandlung beiwohnen müsse und dadurch am Erscheinen verhindert sei.

Geck: Ich nehme das Urtheil hin mit der gelinden Entschuldigung, daß Sie den allemannischen Charakter des „Volksfreundes" berücksichtigen müssen, der da glaubte, da und dort zur Kennzeichnung der Situation einmal ein derberes Wort zu gebrauchen, wenn es auch nicht im Konversationslexikon stehe. Die mangelhafte Pflichterfüllung der badischen Landtagsabgeordneten ist der Grund dafür, daß die sozialdemokratische Presse auf die gegnerische Zeitung als Quelle für ihre Urtheile angewiesen gewesen ist. Stegmüller hat wieder das Märchen vorgebracht, daß ich ihn zu seiner Kirchenrede veranlaßt habe. Ich bestreite das ganz entschieden; und Stegmüller hat den wahren Sachverhalt in einer gegnerischen Presse selbst zugegeben. Ich habe nur, um die Gewissensbisse, die Stegmüller empfand, weil er dem Pfarrer sein Wort brechen müsse, zu beschwichtigen, darauf hingewiesen, daß die Gelder ja ein früherer Landtag schon bewilligt habe, aber ausdrücklich erklärt, er dürfe nichts für die Kirche bewilligen. Ich hätte geglaubt, daß der Versuch der Beeinflussung des Parteitages durch das Dreesbach'sche Pamphlet mit Entschiedenheit hätte zurückgewiesen werden müssen. Nach wie vor wird die badische Partei einig sein, vorausgesetzt daß nicht versucht wird, die Beschlüsse des Parteitages zu benutzen, neuen Hader in die badische Partei hineinzutragen. Ich werde es zu verhindern trachten und hoffe es von den anderen auch. (Beifall.)

Dreesbach: Als Dritter im Bunde der Angeklagten (Heiterkeit) erkläre ich, daß ich mich dem Beschluß des Parteitages fügen werde und daß ich hoffe, daß der badische Streit beendet ist. Freilich, sollte ich wieder angegriffen werden, so werde ich mich meiner Haut wehren. Geck's Ansicht, daß keine prinzipiellen Unterschiede innerhalb der badischen Fraktion bestünden, ist irrig, wie der vorgestrige Parteitagsbeschluß gegen Rüdt erhärtet. Den falschen Rath an Stegmüller hat Geck in seiner Berichtigung an die Mannheimer „Volksstimme" selbst eingestanden. (Dreesbach verliest diese Erklärung.) Dadurch ließ sich Stegmüller bestimmen, weil Geck Vorstand der Landesorganisation war, und schlug meine Warnung in den Wind. Ich bedauere, daß die Kommission beschlossen hat, daß der Genosse Stegmüller sein Mandat niederlegen soll. Ich bin überzeugt davon, daß Stegmüller das Mandat freiwillig niedergelegt hätte. Ich hätte gewünscht, man hätte sich begnügt, ihm ein Tadelsvotum zu geben. (Beifall.) Das Urtheil gegen ihn ist zu hart. (Sehr richtig.) Da hätte man vielmehr Anlaß gehabt, einem Anderen nahe zu legen, sein Mandat niederzulegen, weil er, wie am Dienstag festgestellt wurde, einen prinzipiellen Verstoß begangen hat. (Beifall.)

Vollmar und Genossen beantragen folgendes Amendement: den den Genossen Stegmüller betreffenden Punkt des Antrages der Neuner-Kommission zu streichen und durch folgenden Absatz zu ersetzen:

„Der Parteitag spricht dem Abgeordneten Stegmüller wegen seines programmwidrigen Vorgehens in der Kirchenbau-Angelegenheit einen entschiedenen Tadel aus."

Ein Schlußantrag wird gegen Geck's Einspruch angenommen.

Blos erklärt als Referent, daß die Kommission das Urtheil gegen Stegmüller für nöthig hielt, weil der Fall solches Aufsehen gemacht und Anlaß zu

so großen Differenzen gegeben habe, und auch, um Wiederholungen zu verhüten. Unser Entschluß wurde uns nicht leicht. Aber nach so vielen Verstößen, wie sie jetzt vorgekommen, hielten wir es für unsere Pflicht, der einreißenden Verwirrung vorzubeugen. (Beifall.)

Bei der Abstimmung wird Punkt 1, 2 und 4 nach den Anträgen der Kommission angenommen. Bei Punkt 3 stimmt die Mehrheit dem obigen Abänderungsantrage zu, der, wie Vollmar bemerkt, nicht von ihm ausgegangen, sondern nur mitunterschrieben worden ist.

Blos fährt in der Berichterstattung fort: Die Angelegenheit Darmstadt und Bessungen liegt viel einfacher. Den Bessungern war Darmstadt zu klein (Heiterkeit), sie wollten ihre eigene Organisation, da aber Bessungen mit Darmstadt kommunal verbunden ist, so ist nach den Prinzipien der hessischen Landesorganisation eine Sonderorganisation der Bessunger und die Wahl eines gesonderten Vertrauensmannes unzulässig. Der mit der prinzipiellen Frage verbundene Krakehl war nicht sehr groß, nur die 200 Mark-Affaire des Genossen Müller-Darmstadt kam wieder vor, vermuthlich auf anarchistisches Betreiben. Demgemäß stellt Blos im Namen der Kommission folgenden Antrag:

Der Parteitag beschließt:

Da nach dem Organisationsstatut der sozialdemokratischen Partei im Großherzogthum Hessen an einem Orte nicht zwei Mitgliedschaften bestehen dürfen und außerdem die Bessunger Organisation auf der Kreiskonferenz der Landesorganisation ausgeschlossen ist, so verlangt der Parteitag, daß die Bessunger Genossen ihre Sonderorganisation auflösen und sich der Darmstädter Organisation anzuschließen haben. Der Parteitag stellt außerdem fest, daß in der Angelegenheit der an Müller abgelieferten 200 Mk. ordnungsmäßig verfahren ist.

Der Antrag wird angenommen.

Blos: Die dritte Angelegenheit, die uns zu beschäftigen hatte, waren die Solinger Streitigkeiten. (Ruf: Schon wieder da!) — Leider. Die uns vorgelegte Resolution:

„Bei der Wahl der Delegirten ist seitens des Abg. Schumacher-Solingen in Bezug auf unser Organ der Ausdruck gebraucht: „die „Berg. Arbeiterstimme" muß vernichtet werden, nieder mit der „Berg. Arbeiterstimme".

Unterzeichnete stellen den Antrag:

„Der Parteitag erklärt: Die Handlungsweise des Abg. Schumacher, welcher in öffentlicher Versammlung der „Berg. Arbeiterstimme" die Vernichtung androht, ist entschieden zu verurtheilen und ist eines sozialdemokratischen Abgeordneten unwürdig"

zwang uns zu der Erklärung, daß das Vorgehen Schumacher's unzulässig sei. Nur das mangelnde Material hinderte uns daran, weitere Konsequenzen gegen Schumacher, der den Kölner Beschlüssen zuwidergehandelt hat, zu ziehen. Ich lege Ihnen deshalb folgenden Antrag vor:

„Der Parteitag spricht seine entschiedene Mißbilligung darüber aus, daß der Genosse Schumacher-Solingen zugestandenermaßen gegen die „Bergische Arbeiterstimme" geäußert hat, dieselbe „müsse vernichtet werden". Der Parteitag nimmt Veranlassung, im Anschluß hieran zu erklären, daß nur der Mangel an ganz ausreichendem Material ihn daran hindert, angesichts der völligen Außerachtlassung des Kölner Beschlusses durch Schumacher das danach eigentlich angebrachte Verfahren gegen denselben anzuwenden."

Schumacher-Solingen vertheidigt seine Haltung gegen das genannte Blatt. Nach dem Kölner Parteitagsbeschluß, wonach ich und der Redakteur uns wieder miteinander vertragen sollten, hat zwar der Redakteur erklärt, von der Unrichtigkeit der gegen mich geschleuderten Verdächtigungen sich überzeugt zu

haben, aber dem alten Parteigenossen Stamm wurde die falsche Beschuldigung, 300 Mk. unterschlagen zu haben, nicht abgenommen. Wir haben uns auch nicht geweigert, eine Preßkommission einzusetzen, sondern wir wollten nur erst Erklärungen über Abonnentenzahl und ähnliche Dinge. In Solingen geht es noch rüder zu als in Baden, was die Intriguen anbetrifft. Das Zentrum reibt sich die Hände. Ich wäre längst vom Mandat zurückgetreten, wenn ich nicht die Ueberzeugung hätte, daß mein etwaiger Nachfolger ebensosehr angefeindet werden würde. Die „Bergische Arbeiterstimme" verstößt gegen den Programmsatz des privaten Charakters der Religion, sie proklamirt den Atheismus. Die freireligiösen Thümmel in Solingen lassen die Partei nicht zur Ruhe kommen. Wie soll dabei das Rheinland gewonnen werden! Wie oft hat die „Bergische Arbeiterstimme" geschrieben: Fort mit Schumacher! Dazu kam der Streit des Blattes mit den alten Arbeiterorganisationen der Schleifer, von denen es sagt, sie müßten auf Tod und Leben bekämpft werden. Damit wird den Gegnern in die Hände gearbeitet. Meine Familienehre wird nach wie vor von dem Blatte beschmutzt. Die Herren von der Redaktion sammeln für Anarchisten und nicht für die sozialdemokratische Arbeiterpartei. (Unruhe.) Ja, für anarchistische Umtriebe. (Große Unruhe.) An meinem Verhalten wird Ihr Mißtrauensvotum nichts ändern.

Eichholz-Solingen bekämpft das Auftreten Schumacher's und giebt eine andere Darstellung der Vorgänge, als sie dieser gegeben hat. Schumacher hat die Solinger Gewerkschaften so weit gebracht, daß sie nicht mehr auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Er sucht die „Bergische Arbeiterstimme" durch die „Rheinische Zeitung" zu verdrängen. Wir fügen uns den Beschlüssen der Parteitage, Schumacher nicht.

Dr. Lütgenau-Dortmund beantragt Einsetzung einer besonderen Kommission für den Solinger Fall. Der Antrag wird abgelehnt, dagegen ein Schlußantrag angenommen.

Der Antrag der Neuner-Kommission wird angenommen.

Der nächste Fall, den die Kommission zu erledigen hatte, ist der Streit zwischen dem Genossen Bürgel in Schlesien und dem Genossen Kühn.

Blos: Kühn hat eine Geldforderung an Bürgel, einen sonst sehr wackeren Genossen. Bürgel bittet um eine Unterstützung, die Kommission stellt die Gewährung einer solchen ins Ermessen des Partei-Vorstandes.

Folgender Kommissions-Antrag wird angenommen:

„Der Parteitag beschließt: Da die Sache örtlicher und persönlicher Natur ist und Parteigrundsätze nicht in Frage kommen, kann der Parteitag in dieser Angelegenheit keinen Beschluß fassen. Weil Bürgel um eine Unterstützung bittet, so ist der Partei-Vorstand zu ersuchen, zu prüfen, ob eine solche an Bürgel gegeben werden kann."

Der Fall der Genossin Gotthusen wird durch Annahme folgender Resolution erledigt:

„Der Parteitag beschließt, über die Beschwerde der Frau Gotthusen wird zur Tagesordnung übergegangen. Frau Gotthusen will von den gegen sie ausgestreuten Verleumdungen gereinigt sein, was aber nicht Sache des Parteitages ist."

Bei der Begründung der Resolution hatte Blos die Mahnung an die Männer gerichtet, unbewiesene Erzählungen nicht weiter zu verbreiten und nicht Gerüchte herumtragen zu helfen, die weit kleinlicher und gehässiger sind als der ärgste weibliche Kaffeeklatsch. (Heiterkeit und Beifall.)

Es folgt der Streitfall: Lothringen-Saarrevier.

Blos: In dieses ungeheure Wirrwarr, woran vielleicht die reichsländischen Gesetze mit schuldig sind, können wir unsere Hände nicht stecken. Eine Klärung scheint zunächst unmöglich. Erst im letzter Augenblick ist über-

haupt Material zu der Angelegenheit, dann aber gleich haufenweise, eingetroffen. Wir schlagen folgende Resolution vor:

„Der Parteitag erklärt: Die vorliegenden Streitigkeiten der lothringischen Genossen sind so kleinlicher Natur, daß der Parteitag es ablehnen muß, sich mit ihnen zu beschäftigen. Zum Theil mag die arbeiterfeindliche Vereins- und Versammlungs-Gesetzgebung der Reichslande an den vorliegenden Streitigkeiten Schuld tragen."

Ein Schlußantrag, den Slomke stellt und Schleicher bekämpft, wird abgelehnt.

Schleicher tritt der Resolution entgegen. Die Metzer Genossen wollen ihre Angelegenheit von dem Parteitag geregelt wissen. Von der Kommission sind die Kläger als Angeklagte behandelt worden und deshalb fand sie auch das Material nicht. Emmel-Saargemünd hat mit Elementen, die von den Metzer Genossen ausgeschlossen waren, konferirt, ohne daß der Metzer Vertrauensmann davon wußte, und ließ sich für Lothringen zum Delegirten wählen. Wäre Emmel zufällig in Petersburg gewesen, hätte er sich für ganz Rußland wählen lassen. (Stürmische Heiterkeit.) Es liegt ein Verstoß Emmel's gegen das Organisationsstatut der Partei vor. Die Beschlüsse der Konferenz können deshalb nicht giltig sein. Ebenso wie hier liegt auch bei der Wahl Emmel's eine Verletzung der Organisation vor und dazu muß der Parteitag eine entschiedene Stellung einnehmen.

Böhle-Straßburg vertheidigt die Abhaltung der Konferenz.

Ein Vertagungsantrag, den Emmel bekämpft, wird abgelehnt.

Jäckh-Mülhausen glaubt nicht, daß der Augiasstall werde gereinigt werden können. Die einfachste Lösung erscheint uns die Annahme der vorgeschlagenen Resolution.

Brucker: Die Streitigkeiten bei uns liegen tiefer, als man hier darzustellen versucht. Die Polizei sät Zwistigkeiten in die reichsländische Sozialdemokratie. Das Spitzelthum ist nirgends größer. Was uns in Metz in dieser Beziehung verdächtig war, wurde ausgeschlossen. Emmel aber zieht diese Elemente wieder heran. (Große Unruhe.) Der Parteitag sollte einen Unparteiischen nach Metz zur Untersuchung der Dinge senden. Für die Bezirkswahl, an der wir uns nicht zu betheiligen beschlossen hatten, hatte der Emmel'sche Kandidat, einer der von uns Ausgeschlossenen, ein Wahlkomité zweifelhafter Elemente. (Unruhe.)

Emmel: Die Lothringer Verhältnisse liegen folgendermaßen. Im Sommer vorigen Jahres war ich zu einer Landeskonferenz nach Straßburg eingeladen worden, obwohl ich damals noch nicht in Lothringen wohnte. Unter Hinblick auf die Metzer Streitigkeiten sah man von der Wahl einer Agitationskommission ab. Als bei der 1893er Reichstagswahl im Saarrevier die Stimmenzahl wuchs, faßten wir in Saargemünd eine Resolution, daß in Lothringen die Agitation von Lothringern zu betreiben sei und sie sich unserer Organisation anzuschließen haben. Danach wurde nicht gehandelt, und als sich Genossen (Ruf: Die Ausgeschlossenen!) an mich wandten, die Landesorganisation in das Leben zu rufen, habe ich Diejenigen nicht zur Konferenz eingeladen, die sich von vornherein ablehnend verhalten hatten. Mit den angeblich „Ausgeschlossenen" von Metz hat der Partei-Vorstand noch bis in die letzte Zeit korrespondirt. Sie seien nicht rechtmäßig ausgeschlossen. Um Schleicher's Vertrauensmann-Stellung habe ich mich nicht gekümmert, da ich sie nicht kannte.

Ein Schlußantrag und der Kommissions-Antrag werden angenommen.

Es folgt die Dresdener Angelegenheit.

Blos begründet folgenden Antrag der Kommission:

„Der Parteitag erklärt: Eine Beschwerde aus Dresden, welche sich gegen den Beschluß eines von den Genossen in Dresden eingesetzten Schiedsgerichts wendet, wird, weil keine Beweise für die Beschwerden vorliegen und Erhebungen seitens der Neunerkommission nicht angestellt werden können, dem Partei-Vorstande zur weiteren Untersuchung überwiesen."

Die Resolution wird angenommen.

Nach Verlesung von Telegrammen wird die Sitzung nach 8¼ Uhr geschlossen.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 27. Oktober 1894. — Vormittags-Sitzung.

9¼ Uhr. Vorsitzender Singer.

Zur Berathung steht Punkt 7 der Tagesordnung: **Anträge zu Programm und Organisation.**

Zur Diskussion stehen die Anträge 3—8, 10—17 der Vorlage.

Frau Zetkin beantragt, über alle Anträge zur Abänderung des Programmpunktes „Religion ist Privatsache" zur Tagesordnung überzugehen. Diese Anträge sind nur der freidenkerischen Ketzerriecherei entsprungen. Weil die Freidenker wissen, daß sie allein nichts vermögen, so drängen sie sich an die Sozialdemokratie heran.

Helbing-Düsseldorf: Wenn man so allgemeine Schlüsse zieht, wie Frau Zetkin, so haut man nur in die Luft. Die Anträge sind den wirklichen Bedürfnissen entsprungen.

Es wird dem Antrage der Frau Zetkin entsprochen und über die Anträge 3, 4, 5, 6, 7, 8, 10, die sich gegen den Punkt des Programms: „Erklärung der Religion zur Privatsache" richten, zur Tagesordnung übergegangen.

Beantragt ist unter Nr. 128: Punkt 9 des Programms (Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung) durch folgende Worte zu ergänzen:

„Unentgeltlichkeit der thierärztlichen Hilfeleistung und genügende Anstellung von Thierärzten in den ländlichen Bezirken."

Sittig-Hannover erklärt, daß dieser Punkt eigentlich zur Agrarfrage beantragt worden war. Er ist dem Wunsche entsprungen, dem Bauer etwas Positives zu bieten. Er beantrage: Ueberweisung an die Agrar-Kommission.

Der Antrag wird durch Tagesordnung erledigt.

Singer fordert auf, Vorschläge zur Wahl des Vorstandes und der Kontroleure am Bureau abzugeben.

Hierauf wird in die Berathung der die Organisation betreffenden Anträge eingetreten.

Frau Ihrer begründet den Antrag 11: Nur zwischen Weihnachten und Neujahr könnten bewährte Genossen, die in einem Abhängigkeitsverhältniß zu einem Unternehmer stehen, sich an den Arbeiten der Parteitage betheiligen.

Georgi-Berlin III tritt aus denselben Gründen für die Pfingstwoche ein. Es werden sonst zu viel Leute gewählt, die schriftstellerisch thätig sind. Wir wollen Arbeiter auf dem Parteitage. Es kommt heute vor, daß Leute einfach auf Empfehlung hin zum Parteitage delegirt werden.

Wiegleb-Hildesheim: Das Weihnachtsfest gehört der Familie, man solle es so lassen wie es ist.

Metzner-Berlin I: Der Antrag wird immer wiederkehren, eben aus den Gründen, die Frau Ihrer anführte. Ich empfehle deshalb die Annahme.

Bei der Abstimmung wird der Antrag abgelehnt.

Antrag 12 wird zurückgestellt.

Der Antrag 13 wird von Gaspar-Steglitz begründet: Je mehr Abgeordnete wir haben, eine um so größere Geldvergeudung ist es, die Abgeordneten auf Kosten der Parteikasse nach den Parteitagen zu schicken; wenn ein Abgeordneter auf dem Parteitage sich zu verantworten habe, könne er ja telegraphisch berufen werden.

Stadthagen bekämpft den Antrag. Die Abgeordneten sollen nicht als Delegirte, sondern in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete erscheinen.

Fleischmann bekämpft den Antrag, der den besser bemittelten Abgeordneten ein Vorrecht gebe.

Mittag: Der Antrag ist der Ersparniß wegen ganz zeitgemäß.

Der Antrag 13 wird abgelehnt.

Antrag 14 wird von Döringk begründet, von Gerisch bekämpft und hierauf abgelehnt.

Antrag 15 wird zurückgestellt.

Der Antrag 16 wird v. Elm begründet: Die Abgeordneten seien gewissermaßen Beamte der Partei, die der Kontrole des Parteitages unterliegen, demgemäß also auch nicht als Delegirte fungiren dürften. Es sei die Pflicht der Abgeordneten, sämmtlich auf dem Parteitage zu erscheinen.

Mit Stimmenmehrheit wird der Antrag angenommen.

Antrag 17 wird ohne Debatte abgelehnt.

Es folgen die Anträge zur Abtheilung: Allgemeines, Anträge 28—40.

Antrag 28 wird ohne Debatte abgelehnt.

Den Antrag 29 begründet Stein-Hanau: Die ländlichen Wahlkreise hätten selbst Geld nöthig, erst wenn Gelder überflüssig seien, könnten sie an die Parteikasse denken.

Auer: Nach den Worten des Vorredners sollte man glauben, daß die einzelnen Wahlkreise die Parteikasse überschwemmen, aber nach dem Parteiberichte ist das Gegentheil der Fall. Wir erhalten eben immer weniger. Wenn wir nicht Ueberschüsse aus unseren Betrieben hätten, wäre die Partei längst bankrott. Wenn Sie aus dem Antrage die Anregung schöpfen wollen, sich zu erinnern, daß wir auch einen Zentralkassirer haben, wären wir den Hanauer Genossen dankbar.

Der Antrag wird abgelehnt.

Eine Reihe von weiteren Anträgen (30—34, 36, 39 u. 40) findet nicht die nöthige Unterstützung.

Der Parteitag tritt in die Berathung der Anträge, welche die Theilnahme der Frau an den Parteitagen betreffen (35, 37, 38).

Zetkin-Stuttgart: Auf Antrag der Berliner Genossinnen ist s. Z. die Bestimmung des Organisationsstatuts über das Recht der Frauen, einige Delegirte zu wählen, gestrichen worden. Es hat sich aber herausgestellt, daß diese Streichung nicht zweckmäßig war. Die Frauen sind nun einmal rechtlos, und es ist ihnen beim besten Willen unmöglich, an der Organisation der Männer theilzunehmen. Die Masse der Frauenwelt ist im Allgemeinen rückständiger als die Männerwelt, die weiblichen Delegirten können in gemeinsamen Versammlungen häufig nicht konkurriren mit den Männern, das führt zu Reibereien.

Slomke-Bielefeld erklärt sich gegen den Antrag: Die Genossinnen haben sehr wohl Gelegenheit, sich im allgemeinen Rahmen bethätigen zu können.

Auer: Theoretisch hörte sich's sehr schön an, als die Berlinerinnen die Streichung der früheren Bestimmung beantragten. Praktisch ist die Geschichte anders gekommen. Wir müssen der sozialdemokratischen Frauenbewegung Gelegenheit zur Vertretung auf den Parteitagen geben, ohne daß sie dabei von der Gnade der Männer abhängig sind. Diese Abhängigkeit hat sich nicht bewährt. Der Antrag ist gut, denn er stellt einen Beschluß von Halle wieder

her, auf den die Frauen im Vertrauen auf die Loyalität so unvorsichtig waren, im Berliner Parteitage zu verzichten. Hoffentlich sind die Frauen künftig nicht mehr so unvorsichtig. (Heiterkeit.)

Singer: Ich nehme an, daß die Antragsteller die Wiederherstellung der alten Organisationsbestimmung wünschen und fasse dahin ihre Anträge zusammen.

Frau Wengels erklärt sich damit einverstanden; in diesem Sinne werden die Anträge genehmigt.

Hierauf wird in die Berathung der die Presse betreffenden Anträge eingetreten (41—57).

Neu hinzugekommen sind folgende Anträge:

111. An Stelle des auf dem vorjährigen Parteitage in Köln bewilligten Flugblattes in französischer Sprache, welches bis heute noch nicht herausgegeben ist, soll nunmehr ein Wochenblatt in deutscher und französischer Sprache für die französisch sprechenden Landestheile Deutschlands herausgegeben werden.

115. Die Parteigenossen von Mülhausen i. E. stellen den Antrag:

Der Parteitag möge beschließen, daß der Partei-Vorstand ermächtigt werde, in Mülhausen ein Parteiorgan für Elsaß-Lothringen, wenn nöthig unter Zuschuß von Parteigeldern, zu gründen, eventuell, so lange dies nicht möglich ist, in Mülhausen ein Korrespondenzbureau zu unterhalten, welches die Berichterstattung an den Offenburger „Volksfreund" besorgen soll und in dessen Händen zugleich die Expedition für Mülhausen liegen würde.

Die Anträge 41—46 finden nicht die nöthige Unterstützung.

Gegen den Antrag 47 spricht Bérard-Hamburg: Wir schaffen uns, wenn wir den Antrag annehmen, nur selber eine Konkurrenz. Schon jetzt haben die zahlreichen Provinzialkalender bewirkt, daß wir mit einem Theil der Auflage des Neuen Welt-Kalenders, der einen nicht unbeträchtlichen Ueberschuß bisher abgeworfen hat, sitzen bleiben werden. Es sei eine eigenthümliche Erscheinung, daß die Genossen, die doch nach dem Programm die Produktion regeln wollten, sich auf dem Gebiete der Presse immer Konkurrenz machen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Zu 48 reicht die Unterstützung nicht aus.

Der Antrag 49 wird nach Befürwortung durch Kiesel und Bérard angenommen.

Den Antrag 50 begründet Stolpe: Er bittet, ihn dem Partei-Vorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Dies geschieht.

Antrag 51 findet nicht die nöthige Unterstützung.

Antrag 52 wird von Reichel-Leipzig begründet: Man muß die Parteitags-Verhandlungen der breiten Masse des Volkes zur Kenntniß unterbreiten. Krumm spricht dagegen. Die Parteikasse werde dadurch einen Schaden erleiden. Kiesel spricht dafür.

Fischer: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Der Preis ist von Jahr zu Jahr herabgesetzt worden und das wird, wenn möglich, auch in diesem Jahre geschehen. Die Parteigenossen gehen immer von der Meinung aus, daß wir an unseren Broschüren ungeheuer viel verdienen. Das ist nicht der Fall. Im Allgemeinen schlagen wir bei unserer ganzen kleinen Broschürenliteratur nicht viel mehr als die Umsatzkosten heraus, bei sehr vielen Broschüren setzen wir noch zu und nur die Massenartikel decken den Ausfall.

Schumann unterstützt diese Ausführungen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Der Antrag 55 kommt mit dem oben angeführten Antrag 115 zusammen zur Verhandlung.

Jäckh-Mühlhausen bittet den Antrag anzunehmen, die gestrige Debatte beweist, wie nothwendig ein eigenes Organ für Elsaß-Lothringen sei. Besonders angebracht erscheint mir die Ausgabe eines Kopfblattes des Offenburger „Volksfreundes", das von einem besonderen Korrespondenzbureau in Mülhausen bedient wird. Im Ober-Elsaß sind 70 000 Arbeiter, für die etwas geschaffen werden müsse. Obwohl nun der Partei-Vorstand bereits sein vollgerütteltes und geschütteltes Maß für das Elsaß geleistet habe, dürfe man die Arbeiter doch jetzt nicht im Stiche lassen. Es handelt sich um eine monatliche Ausgabe von vielleicht 100 M., und so viel sei die Agitation im Elsaß schon werth.

Singer unterbricht die Verhandlungen, um die Liste der Vorschläge für den Partei-Vorstand und die Kontroleure zu verlesen.

In der Diskussion über die Anträge 55 und 115 ergreift zunächst Böhle-Straßburg das Wort: Die Elsaß-Lothringer haben zu wenig Einfluß auf die Redaktion des Offenburger „Volksfreundes". Die Verhältnisse in Baden und Elsaß-Lothringen sind grundverschieden von einander und der Offenburger „Volksfreund" kennt die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen recht wenig. Wir dürfen nicht aus den Augen lassen, daß Elsaß-Lothringen, selbst auf dem Lande, ein ausgezeichnetes Feld für den Sozialismus ist, deshalb darf es vom Partei-Vorstande und dem Parteitage nicht im Stiche gelassen werden.

Es ist der Antrag eingegangen, 55 und 115 dem Partei-Vorstande zur Erledigung zu überweisen.

Klingenhagen-Herford ist der Meinung, daß vorläufig mit der Gründung von Parteiblättern Einhalt gethan werden müßte. In derselben Lage wie Elsaß-Lothringen befinden sich auch Parteigenossen anderwärts.

Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Die Anträge 55 und 115 werden dem Partei-Vorstande zur Erledigung überwiesen.

Antrag 111 wird begründet von Brucker-Metz, der das Bedürfniß eines in französischer und deutscher Sprache erscheinenden Wochenblattes für die französisch sprechenden Landestheile nachweist.

In der Diskussion erklärt sich Schleicher-Diedenhofen für diesen Antrag. Der Kostenpreis sei nicht so hoch. Die Franzosen verwahren sich dagegen, den Sozialismus als Germanisirungsmoment aufgezwungen zu erhalten, sie sind mißtrauisch gegen alles Germanische, man muß in französischer Sprache an sie herantreten.

Es ist ein Antrag eingegangen, den Antrag 111 dem Partei-Vorstand zu überweisen.

Bebel: Es ist eine falsche Auffassung, als hätte der Vorstand nicht das Aeußerste gethan, die elsaß-lothringischen Genossen in ihrem Zeitungsunternehmen zu unterstützen. Ich begreife den Wunsch der Lothringer nach einem sozialistischen Blatt in französischer Sprache, zumal die sozialistische Presse Frankreichs ihnen verboten ist, aber wir werden das Blatt nicht in Lothringen in französischer Sprache erscheinen lassen dürfen. Die Regierung zwingt dort auch die bürgerlichen Parteien, den Text ihrer Zeitungen deutsch und französisch zu geben. Dann bleibt blos der Ausweg, das Blatt im diesseitigen Deutschland erscheinen zu lassen. Dann wird es aber wahrscheinlich auf Grund des Diktaturparagraphen für Elsaß-Lothringen verboten werden. Tausende von Mark würden erforderlich sein, denn wir brauchten ja auch einen französisch sprechenden und schreibenden Redakteur. Der Antrag auf Ueberweisung an den Vorstand zur Erwägung ist die beste Lösung.

Der Antrag wird dem Vorstand zur Erwägung überwiesen.

Hierauf folgt der eben eingebrachte Antrag Lätgenau und Genossen: „Wir beantragen, eine Kommission einzusetzen, welche prüft, ob die „Bergische

Arbeiterstimme" die Grundsätze und die Interessen der Partei vertritt, und eventuell in Verbindung mit dem Partei-Vorstande die etwa gebotene Aenderung bewirkt."

Lütgenau-Dortmund begründet ihn: In den Kreisen, in denen man das Blatt liest, wird eine Prüfung für dringend nothwendig gehalten. Auf Einzelheiten gehe ich nicht ein. Es genügt, zu wissen, daß der Antrag von 20 Delegirten Rheinland-Westfalens unterzeichnet ist.

Auer bittet, den Parteitag nicht mehr weiter mit der Solinger Angelegenheit zu belästigen. Was soll denn die Einsetzung einer Kommission? Uebrigens liegt auch darin indirekt ein gewisses Mißtrauensvotum gegen den Partei-Vorstand, daß er die „Bergische Arbeiterstimme" nicht genügend kontrolirt habe. Ueberweisen wir den Antrag der rheinischen Agitationskommission.

Hülle-Erfurt schließt sich den Ausführungen Auer's an. Der Antrag erscheine wie ein Schachzug gegen den gestern in der Solinger Angelegenheit gefaßten Beschluß.

Helbing-Düsseldorf vertheidigt den Antrag.

Die Antragsteller erklären sich mit dem Antrage Auer's einverstanden, und es wird dem Antrage durch Beschluß entsprochen.

Es folgen die Anträge zur Agitation 58—65.

Die Anträge 58, 59, 60, 62, 63, 65 finden nicht genügende Unterstützung.

Antrag 61 wird ohne Diskussion angenommen.

Antrag 64 begründet Metzger-Hamburg.

Es ist nothwendig, die Agitation unter die Seeleute hineinzutragen, weil diese unter den schwierigsten gesetzlichen Bestimmungen zu leiden haben. Die Schiffer können nicht blos vom Arbeitgeber, sondern auch von den Beauftragten der Arbeitgeber, den Schiffsoffizieren, geprügelt werden, ohne daß die Prügelhelden zur Verantwortung gezogen werden können.

Schmalfeldt-Bremerhaven: Bruhns ist beschimpft worden, weil er den Bremer Lloyd im Reichstage gekennzeichnet hatte, aber Bruhns hatte den Lloyd noch viel zu günstig beurtheilt. Auf dem Dampfer „Bayern" ist auf hoher See folgender Fall vorgekommen: Ein Matrose erhielt den Auftrag, beim Sturm ein Segel zu reffen. Er konnte sich nicht halten und hatte die Wahl, ins Meer oder auf das Sonnendeck zu springen. Er that das letztere und hatte das Unglück, dabei Kajütenpassagiere der ersten und zweiten Klasse angeblich zu belästigen. Für diese Frevelthat ließ ihn der Kapitän einen Tag lang zu Spott und Schande der Reisenden an den Mast angebunden ausstellen. Am nächsten Tage mußte er seine Arbeit thun. Dann wurde er abermals angebunden. Der Mann war natürlich erregt darüber. Zur Strafe mußte er eine Nacht auf den kalten Fliesen des Waschhauses der Offiziere gebunden und ohne Decken zubringen. Auf meine Veranlassung wurde die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben. Was aber geschah? Nicht der Kapitän, sondern der unglückliche Matrose wurde eingesteckt. Und wenn wir nicht für einen tüchtigen Anwalt gesorgt hätten, hätte er Monate lang sitzen können. Jetzt, wo die Dividenden des Lloyd heruntergehen, werden 5 pCt. Lohnreduktion vorgenommen und Arbeiter entlassen. Sie sehen, in welch' schlimmer Lage die Seeleute sind. Nehmen Sie den Antrag an.

Der Antrag wird angenommen.

Hierauf kommt der Antrag 116 zur Debatte:

Der Parteitag fordert die Genossen auf, in nächster Zeit bei Abhaltung von Versammlungen entweder die Tabaksteuer auf die Tagesordnung zu setzen, oder die Tagesordnungen so zu wählen, daß die Besprechung der Tabaksteuer eine besondere Berücksichtigung erfährt.

Der Antrag wird von Kerrl-Bremen begründet: Die Tabak-Fabrikatsteuer ist zwar abgelehnt worden, aber hinter den Koulissen scheint etwas anderes

vorzugehen. Wir haben vom Ministertische das Wort fallen hören, daß wir das Tabakmonopol bekommen werden in einem Augenblicke, wo wir es gar nicht erwarten. Da mindestens 20—30 000 Tabakarbeiter brotlos werden würden, so haben die Parteigenossen das lebhafteste Interesse daran, in die Agitation gegen die Tabaksteuer einzutreten. Sorgen Sie dafür, daß der Tabak nicht mit Haut und Haaren verschlungen wird.

Hofmann-Chemnitz: Großfabrikanten haben offen ausgesprochen, daß die Tabakarbeit in die Hände der Frauen übergehen müsse, andererseits ist in weiten Kreisen das Wort ausgesprochen worden: Es sei besser, daß Tausende von Zigarrenarbeitern als Sozialdemokraten brotlos werden, als daß der Tabakbauer geschädigt werde.

Der Antrag wird mit großer Majorität angenommen.

Es folgen die Anträge zur Taktik.

Antrag 66 wird ohne Diskussion angenommen.

Antrag 71 wird von Sittig-Hannover begründet. Der Beschluß, bei Stichwahlen für einen bestimmten Gegner zu stimmen, hat Verwirrung in unsere Reihen getragen.

Stadthagen: Theoretisch ist der Antrag recht schön gemeint, in der Praxis kämen wir aber zu den gefährlichsten Konsequenzen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Ueber den Antrag 72 wird zur Tagesordnung übergegangen.

Es folgt Wahl des Ortes für den nächsten Parteitag. Vorgeschlagen werden Breslau, Bochum, Leipzig, Hamburg, Halberstadt, Hannover und Gotha.

Ehrhardt-Ludwigshafen wünscht eine Stadt in der Mitte Deutschlands, um eine gleichmäßige Beschickung aus dem Süden und Norden herbeizuführen.

Es sprechen noch Geiser für Breslau, Bömmelburg gegen Hamburg und für Bochum.

Liebknecht befürwortet die Wahl von Breslau, wenn es auch nicht so günstig liege wie Gotha. Aber wegen der agitatorischen Bedeutung empfehle er Breslau; von einem schlesischen Parteitage aus würden die Delegirten nach Oberschlesien ausschwärmen, das sich ja immer beklage, daß keine Agitatoren dorthin kämen. Der Parteitag würde also in eine neue Epoche für die sozialdemokratische Bewegung eintreten.

Frau Kühn tritt für Leipzig ein.

Die Diskussion wird geschlossen.

Die Wahlen finden durch Stimmzettel statt.

Als Sitz der Parteileitung wird Berlin gewählt.

Es tritt eine Pause ein.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung werden die Stimmzettel eingesammelt.

Fischer-Berlin giebt die Erklärung ab, daß die Behauptung Vollmar's, eine Stelle aus der Rede Bebel's in Erfurt sei im Protokoll unterdrückt worden, unrichtig sei. Vollmar werde zugeben, daß er sich selber davon überzeugt habe, daß die Stelle im Protokoll auf Seite 281 enthalten sei.

Vollmar bejaht es.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Die Resolutionen kommen zur Berathung, außerdem folgender Antrag Greiner und Genossen:

Da wir uns im Prinzip gegen jede Akkordarbeit wenden, so möge der Parteitag beschließen, daß in allen Druckereien, in welchen Parteiblätter hergestellt werden, die Akkordarbeit abgeschafft werden muß.

Resolution Löwenherz:

126. In Anbetracht, daß das wachsende Eindringen der Frauen in die Industrie die wachsende Verdrängung der Männer aus derselben zur Folge hat;

Ferner in Anbetracht, daß diese Konkurrenz der Frauen ein stetes Sinken der Löhne bei gleicher Leistung der männlichen Arbeiter herbeigeführt hat, und daß diese Bewegung nur zur Ruhe gelangen kann, wenn entweder die Entlohnung der Arbeiterin auf das Niveau der Entlohnung des Arbeiters endgiltig hinaufgehoben oder aber die Entlohnung des Arbeiters zu dem Niveau derjenigen der Arbeiterin endgiltig herabgedrückt ist, die Beschleunigung der Frauenorganisation also eine Nothwendigkeit geworden ist, verpflichtet der Parteitag die Genossen in Gemäßheit des Erfurter Programms, welches die Gleichberechtigung der Frauen als eines unserer Ziele ins Auge faßt, mit aller Kraft in die Frauenagitation einzutreten und besonders die Presse zu veranlassen, diese unsere Bestrebung mehr als bisher zu unterstützen.

Ferner sind, wo es irgend geht, auch weibliche Vertrauenspersonen zu ernennen und mehr als bisher die Agitation unter den Frauen durch Frauen zu fördern. Ganz besonders aber ist der Anschluß der Frauen an die Organisation der Männer thunlichst zu bewerkstelligen.

Resolution Hülle:

130. Der Parteitag versichert den italienischen Genossen, welche soeben von einem brutalen Gewaltstreich des Renegaten Crispi betroffen wurden, seine brüderliche Sympathie. Der Parteitag ist der Ueberzeugung, daß die italienischen Genossen aus dem Kampfe gegen die rohe Unterdrückung nach Bismarck'schem Muster als Sieger hervorgehen werden.

Alle übrigen Resolutionen kommen wegen mangelnder Unterstützung nicht zur Diskussion.

Der Antrag Greiner und Genossen wird ohne Diskussion angenommen.

Die Resolution 126 wird von Frl. Löwenherz-Neuwied begründet: In vielen Orten wird die Agitation unter den Frauen von den männlichen Genossen nicht nur nicht unterstützt, sondern geradezu bekämpft. Genosse Liebknecht hat uns in der Frauenkonferenz das Versprechen gegeben, uns auf das Lebhafteste zu unterstützen. Wir hoffen, daß diese Unterstützung uns in unseren Bestrebungen fördern wird. Wenn Sie uns unterstützen, selbst die unvollkommenste Frauenorganisation fördern, wird die Frau auch ihrerseits die Partei fördern.

Die Resolution 126 wird sodann angenommen.

Die Resolution 130 wird durch Akklamation einstimmig angenommen.

Zum Zwecke der Feststellung der Wahlresultate tritt eine Pause ein.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen theilt der Vorsitzende mit, daß bei der Wahl zum Vorstande 219 Stimmen abgegeben worden sind. Es erhielten: Bebel 211, Singer 214 Stimmen; sie sind somit zu Vorsitzenden gewählt. Außerdem erhielten noch Stimmen: Vollmar 2, Stegmüller 2, Grillenberger 1. Zu Sekretären wurden gewählt: Auer mit 213, Pfannkuch mit 211 Stimmen. Außerdem erhielt noch Dreesbach 1 Stimme. Zum Parteikassirer wurde Gerisch mit 212 Stimmen gewählt. Außerdem erhielt noch Storch eine Stimme. Zu Kontroleuren wurden gewählt: Meister mit 165, Kaden mit 130, Oertel mit 109, Könen mit 102, Klees mit 96, Meist mit 88, Metzner mit 77 Stimmen. Außerdem erhielten noch Stimmen: Legien 63, Grillenberger 62, Joest 62, Zetkin 61, Herbert 57, Bock 53, Ewald 49, Pinkau 47, Kunert 31, Ehrhardt 29, Pfarr 29, Martikke 22, Kandt 21, die übrigen Stimmen sind zersplittert.

Als Vorort für den nächsten Parteitag wurde mit 115 Stimmen Breslau gewählt.

Das Wort erhält hierauf Leßner-London: Ich überbringe Ihnen die guten Wünsche und die Anerkennung der englischen und der in England lebenden deutschen Sozialisten. Auf dem nächsten internationalen Kongresse

werden die großen Resultate, die aus dem Anschluß der Trades-Unions an die sozialdemokratische Bewegung hervorgehen müssen, bereits sichtbar sein. Den jungen Leuten hier rufe ich zu: Es hat hier einige Reibereien gegeben, aber bei einer Bewegung wie der unseren sind äußere und innere Stürme nichts Wunderbares. Wer da glaubt, es müsse alles glatt bei uns gehen, der bleibe lieber gleich weg. Verliert den Muth nicht, Ihr jungen Leute, räumt die Verkehrtheiten weg; faßt das Neue. Ueberall in der ganzen Welt dringen unsere Ideen siegreich vor. Wir fürchten die Reaktion nicht. Wir brauchen das Licht nicht zu scheuen; wir arbeiten im Licht. Lebte Marx noch, er würde jetzt das Wort Voltaire's ausrufen: „Die jungen Leute, die jetzt leben, werden große Dinge sehen! (Stürmischer Beifall.)

Auf Anregung von Thiel-Oppeln erheben sich die Delegirten zum Dank für die präzise Leitung der Geschäfte durch das Bureau von ihren Plätzen.

Sodann ergreift Singer das Schlußwort: Wir sind am Schlusse unserer Arbeiten angelangt. Nach einer arbeitsreichen Woche gehen wir auseinander mit dem Bewußtsein, unserer Sache gute Dienste geleistet zu haben. Ich danke Ihnen für die Anerkennung, die Sie dem Bureau des Parteitages ausgesprochen haben, eine Anerkennung, die ich auch auf die Mitglieder der Kommissionen, die uns in unseren Arbeiten so eifrig und erfolgreich unterstützt haben, ausdehnen möchte. Dann spreche ich Namens des Parteitages den Frankfurter Genossen, welche es den Delegirten in Frankfurt heimisch gemacht haben, herzlichen Dank aus. Wenn wir in Bezug hierauf die freundlichsten Erinnerungen mit in die Heimath nehmen, so ist dies nur den Frankfurter Genossen zu danken, die auch sonst durch ihre umsichtige und andauernde Hilfeleistung die Arbeiten des Parteitages wesentlich gefördert haben. Der Frankfurter Parteitag wird gleich seinen Vorgängern einen Denkstein in der Entwicklung der Sozialdemokratie bilden. In einer Reihe von Verhandlungen haben wir die Marschroute für unsere weitere Thätigkeit festgelegt, wir haben den Grundstein gelegt für den stolzen Bau, den wir unserer Agitation und Propaganda auf dem Lande errichten wollen. Die Verhandlungen, die in lebendiger Aussprache sich vollzogen, waren getragen von dem Bestreben nach Verständigung, waren erfüllt von brüderlicher Verträglichkeit und konzentrirten sich bei aller Entschiedenheit, mit der die verschiedenen Ansichten vertreten wurden, doch stets in dem Bemühen, der gemeinsamen Sache zu dienen, und treu den Prinzipien der Sozialdemokratie, auf dem Boden des Klassenkampfes die Interessen der breiten Volksmassen zu vertreten.

Die Hoffnungen der Gegner auf eine Spaltung sind wieder zu nichte geworden. Wer da glaubt, daß eine Spaltung eintreten werde aus Gründen, wie sie vor dem Parteitage in der bürgerlichen Presse erörtert worden sind, beweist, daß er das Wesen der Sozialdemokratie nicht kennt, beweist, daß er sie nicht zu verstehen vermag. Er weiß nicht, daß in der Sozialdemokratie jeder das Recht seiner freien Meinung hat, daß aber vor allen persönlichen Meinungen stets der Gedanke an das große Ziel steht, der Wille, die Gesammtpartei zu fördern und ihrem Ziele näher zu bringen.

So wenig berechtigt die Hoffnung unserer Gegner auf eine Spaltung ist, so selbstmörderisch wäre es, eine Spaltung eintreten zu lassen in einer Zeit, wo, wie jetzt, sich Alles gegen uns vereinigt, wo, wie es heißt, die Minister in Berlin zusammengetreten sind, um das Heilmittel zu entdecken gegen die Sozialdemokratie.

Was haben die Herren erreicht?

Eine Ministerkrise ist eingetreten. Der Reichskanzler Graf Caprivi ist zurückgetreten. Graf Eulenburg hat demissionirt und noch andere Gerüchte von Demissionen schwirren in der Luft. Ich will nicht daran denken, irgend

welche Kombinationen über die künftige Gestaltung der Reichsregierung zu machen; für die Sozialdemokratie tritt vielleicht eine Verschiebung im Tone ein, aber im Grunde ist es für uns ganz gleichgiltig, wer auf den Ministersesseln sitzt: sie alle sind Vertreter der bürgerlichen Gesellschaft, sie alle schließen sich zusammen, um die kapitalistische Gesellschaft zu schützen, gegen die wir im Kampfe stehen. Wir haben den alten Kurs unter Bismarck gehabt, er ist gegangen, wir haben einen neuen Kurs gehabt, auch Caprivi geht vor der Sozialdemokratie. Jetzt haben wir den neuesten Kurs; mit derselben Ruhe und Gelassenheit sehen wir ihm entgegen: aber auch mit derselben Energie und Entschlossenheit werden wir ihn bekämpfen. Und wenn ein allerneuester Kurs kommen sollte, die Sozialdemokratie wird auch ihm gerüstet und gewappnet gegenüberstehen.

Ueberall, wo eine Sozialdemokratie vorhanden ist, in allen Ländern steht sie im Kampfe gegen die bürgerliche Gesellschaft in geschlossener Phalanx und internationaler Einigkeit. Unter diesem Umständen können wir getrost dem Feinde ringsum entgegentreten. Wir fürchten ihn nicht, wir haben ihn nicht zu fürchten, Schach dem Feinde — wir setzen ihn matt! (Stürmischer Beifall.)

Und so laßt uns denn schließen mit dem alten Rufe: Hoch die deutsche Sozialdemokratie!

Begeistert erheben sich die Delegirten von ihren Plätzen, stimmen stürmisch dreimal in das Hoch ein und singen den ersten Vers der Arbeitermarseillaise.

Berichtigung. Auf Seite 65, Zeile 16 von unten, muß es heißen: 18—27 (statt 17—28). Seite 86 fehlt in der letzten Zeile der Satz: Ueber die Magdeburger Resolution wird zur Tagesordnung übergegangen.

Zusammenstellung
der
vom Parteitag gefaßten Beschlüsse.

I. Geschäftsbericht, Bericht der Kontroleure, Parteibeamte, Parteigeschäfte.

Angenommene Anträge (S. 84).

Antrag Meister im Namen der Kontroleure:

Dem Partei-Vorstand und dem Parteikassirer ist Decharge zu ertheilen.

Antrag 23 und 26 (der Vorlage).

II. Parlamentarische Thätigkeit.

Angenommene Anträge (S. 98, 99 u. 107).

Antrag Mittag-Halle:

Der Parteitag beschließt, die sozialdemokratische Fraktion möge im Laufe der nächsten Reichstagssession einen Antrag auf Einführung des achtstündigen Arbeitstages stellen.

Antrag der Parteigenossen von Villingen:

Die Fraktion soll die Regierung darüber interpelliren, ob nicht eine Statistik herauszugeben, worin die Ausgaben und Einnahmen bei der Unfallversicherung und der Alters- und Invalidenversicherung klar und übersichtlich besonders in Bezug auf die Verwaltungskosten zusammengestellt sind.

Antrag vom 3. Hamburger Wahlkreis:

In Erwägung, daß das Bestreben des Unternehmerthums auf immer weitere Kürzung des Arbeitslohnes gerichtet ist; in weiterer Erwägung, daß außerdem der Arbeiter in vielen Fällen von nicht zahlungsfähigen Unternehmern noch um seinen Arbeitslohn betrogen wird, möge der Parteitag die Fraktion beauftragen, dem Reichstag in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch der Lohn des Arbeiters sichergestellt wird.

Antrag der Genossen des 1. Hamburger Wahlkreises:

In Erwägung des Umstandes, daß die bestehenden Gesetze nicht ausreichen, um den Arbeitern, die bei nicht zahlungsfähigen Unternehmern arbeiten, in allen Fällen ihren Lohn zu sichern, möge der Parteitag die Fraktion beauftragen: dem Reichstage in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch der Lohn der Arbeiter sichergestellt wird.

Antrag der Genossen Frankenhausens am Kyffhäuser:

Die Fraktion soll bei Wiederzusammentritt des Reichstages sofort beantragen, daß von Reichswegen eine Enquete über die vorhandene Arbeitslosigkeit veranstaltet wird.

Antrag 80 (der Vorlage).

Antrag 81, vom 1., 2., 3. und 4. Berliner Wahlkreis, amendirt durch Quarck und Genossen:

Der Parteitag fordert zur lebhaften Agitation für die Verbesserung der Gewerbeinspektion auf und ersucht zu diesem Zwecke

1. die Reichstagsfraktion bei geeigneter Gelegenheit die reichsgesetzliche Regelung oder wenigstens eine reichsgesetzliche Zentralstelle für die Gewerbeinspektion, die Erweiterung der Aufsicht auf das ganze Handwerk und die Hausindustrie, sowie die Anstellung weiblicher Inspektoren zu beantragen;
2. die Genossen in den einzelnen Bundesstaaten für Anstellung zahlreicherer Beamten, für Trennung der Dampfkesselrevision von der Gewerbeaufsicht, für Aufhebung der bundesstaatlichen Verordnungen, welche den Inspektoren die polizeiliche Befugniß nimmt, für prompte Herausgabe billiger Jahres-Berichte, öffentliche Kritik derselben und für Bildung gewerkschaftlicher Beschwerde-Kommissionen zum Verkehr mit den Gewerbeinspektoren zu wirken."

Antrag 82. Parteigenossen des 4. Berliner Wahlkreises:

Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, im Reichstage den Antrag zu stellen, die Gerichtsbarkeit der Gewerbegerichte auf die Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen auszudehnen —

mit Zusatzantrag Dr. Quarck und Genossen:

Auf Grund des Gewerbegerichtsgesetzes sollen zu diesem Zwecke bei den Gewerbegerichten der Städte mit mehr als 10000 Einwohnern Kammern für kaufmännische Streitigkeiten gebildet werden, die aus Handelsprinzipalen und Handlungsgehilfen bestehen und deren Beisitzer von den Angehörigen des Handelsgewerbes gewählt werden.

Antrag 83, 85, 87, 88, 91 erster Absatz, 91_2, 91_3, 94, 95_2 (der Vorlage).

Antrag Hoch und Genossen:

Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, das Vorgehen des Amtsgerichts Langensebold, durch welches Vätern, welche sich weigerten, ihre minderjährigen Söhne zum Austritt aus sozialdemokratischen Vereinen zu zwingen, das Erziehungsrecht entzogen worden ist, im Reichstage in gebührender Weise zur Sprache zu bringen und alles zu thun, um eine derartige Maßregelung für die Zukunft unmöglich zu machen.

Antrag Brandt, Jochem und Genossen:

Der Parteitag wolle beschließen: Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden beauftragt, in einer der nächsten Sessionen des Reichstages zu beantragen, daß in Bezug auf die Wahlen zu Gewerbegerichten die gesetzlichen Bestimmungen auch auf die Arbeiterinnen ausgedehnt werden.

Antrag 68_1 (der Vorlage).

III. Agrarfrage.

Angenommene Anträge (S. 134, 154 ff.).

Resolution 118 (siehe S. 134 f.):

Die Agrar-Kommission besteht aus folgenden Mitgliedern Dr. David-Gießen; Geck-Offenburg; Bock-Gotha; Katzenstein-Leipzig; Baßler-Stuttgart; Liebknecht; Birk-München; v. Vollmar; Hug-Bant; Schulze-Kossebaude; Schoenlank; Bebel; Molkenbuhr; Dr. Quarck; Schippel.

Antrag 91, (der Vorlage).

Der Agrar-Kommission werden zur Berücksichtigung überwiesen die Anträge und Resolutionen:

Antrag 1, 2, 9, 80b, 97, 98, 99, 108 (der Vorlage); ferner Antrag 110 (S. 154); 119 (S. 155); 120 (S. 155); 121 (S. 154) und Antrag 117 C. Stich:

Der Parteitag wolle beschließen: den Bericht des Partei-Vorstandes und den Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstagsfraktion zur Massenverbreitung unter der Landbevölkerung im Druck erscheinen zu lassen, und denselben kostenlos an die Vertrauensmänner abzugeben.

IV. Maifeier.

Kölner Beschluß (S. 158.)

V. Die Bedeutung der Trusts, Ringe, Kartelle.

Angenommene Anträge (S. 160).

Resolution 112 (siehe S. 160) mit Amendement auf Seite 167.

VI. Bericht der Wenner-Kommission.

Angenommene Anträge (S. 168—173).

Zum Badischen Streit.

Resolution. Der Parteitag erklärt:

1. Die Art und Weise, wie in letzter Zeit die Parteistreitigkeiten unter den badischen Parteigenossen ausgefochten worden sind, entspricht nicht dem Ansehen und der Würde der Partei und ist nach allen Seiten hin entschieden zu mißbilligen.

2. Ganz besonders aber müssen die Intriguen und Hetzereien, deren sich Genosse Rüdt schuldig gemacht hat, verurtheilt werden.

3. Der Parteitag spricht dem Abgeordneten Stegmüller wegen seines programmwidrigen Vorgehens in der Kirchenbau-Angelegenheit einen entschiedenen Tadel aus.

4. Den badischen Parteigenossen wird es zur Pflicht gemacht, das Partei-Interesse höher zu stellen als den persönlichen Zwist. Dies gilt sowohl dem Genossen Geck, als auch den Abgeordneten Rüdt und Dreesbach, welche letzteren durch ihre Uneinigkeit im Landtage wesentlich dazu beigetragen haben, daß die Parteistreitigkeiten in Baden so heftig und häßlich geworden sind.

Zum Streitfall Bessungen-Darmstadt: Resolution (S. 170).
Solinger Streit: Resolution (S. 170).
Streit zwischen Bürgel und Kühn: Resolution (S. 171).
Beschwerde der Frau Gotthusen: Resolution (S. 171).
Streitfall Lothringen-Saarrevier: Resolution (S. 172).
Dresdner Angelegenheit: Resolution (S. 173).

VII. Anträge zu Programm, Taktik und Organisation.

a) Angenommene Anträge (S. 174 u. ff.).

Anträge 16, 35, 37, 38, 49, 61, 64 und 66 (der Vorlage), ferner 116 (S. 177).
Antrag Greiner (S. 178).
Antrag 126 (S. 178/79), 130 (S. 179) und
Antrag Geiser (S. 179):

Als Ort des nächsten Parteitages wird Breslau bestimmt.

b) Dem Partei-Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen (S. 175).

Antrag 50 (der Vorlage).

c) Dem Partei-Vorstand zur Erledigung überwiesen (S. 175).

Antrag 55 (der Vorlage) und Antrag 115 (S. 175).

d) Dem Partei-Vorstand zur Erwägung überwiesen (S. 176).

Antrag 111.

e) Der Rheinischen Agitations-Kommission überwiesen.

Antrag Lütgenau (S. 177).

Präsenz-Liste.

Name	Wohnort	Wahlkreis
Adler, Ernst	Lobenstein	Reuß jüngere Linie
Antrick, Otto	Berlin	Königsberg i. d. N.
Arons, Dr., Leo	Berlin	Frankfurt-Lebus
Auer, Ignaz	Berlin	
Bäuerle, Johann	Freiburg i. B.	Freiburg-Emmendingen
Bamberger, Jakob	Berlin	Erlangen-Fürth
Baudert, August	Apolda	1. und 3. weimarische Wahlkreis
Baumann, Adolf	Frankfurt a. M.	3. nassauische Wahlkreis
Bebel, August	Berlin	
Bérard, R.	Hamburg	11. württembergische Wahlkreis
Birk, Georg	München	München
Blos, Wilhelm	Stuttgart	10. württembergische Wahlkreis Schwäbisch-Gmünd, Göppingen
Bock, Wilhelm	Gotha	Gotha, Schwarzburg-Sondershausen
Böhle, Bernhard	Straßburg	Straßburg (Stadt)
Bömmelburg, Theod.	Hamburg	1. Hamburger Wahlkreis
Bonitz, Emil	Grumbach	17. sächsische Wahlkreis
Brand, Ignaz	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
		Alsfeld-Lauterbach-Schotten
Braunsdorf, Wilh.	Vetschau	Calau-Luckau
Bräu, Joh.	Ereising	Landsberg a. Lech
Breder, Karl	Augsburg	Donauwörth-Nördlingen, Kempten-Immenstadt, Augsburg-Wertingen, Illertissen, Kaufbeuern, Aichach-Friedberg-Lechhausen
Breil, Ernst	Hagen	Hagen
Brey, August	Hannover	Hameln-Springe
Brucker, Peter		Metz
Brühne, Friedrich	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Bruhns, Julius	Bremen	Bremen
Brunner, Joh.	Marburg	Marburg-Kirchhain-Frankenberg
Büttner, Paul	Berlin	Berlin III.
Caspar, Fritz	Steglitz	Teltow-Beeskow-Charlottenburg
Cramer, Balthasar	Darmstadt	Darmstadt, Worms-Heppenheim Erbach-Bensheim
Craß, Carl	Hanau	Hanau-Gelnhausen-Orb
Dahlen, Robert	Halberstadt	Halberstadt-Oschersleben
David, Dr., Eduard	Gießen	Friedberg-Büdingen
Deinhardt	Köln a. R.	Coblenz-St. Goar
Döringk, v.	Barmen	Barmen-Elberfeld
Dreesbach, A.	Mannheim	11. badische Wahlkreis
Drunsel, Adam	Dresden	Dresden-Neustadt mit Land
Eckstein, Wilhelm	Solingen	Solingen
Ehrhardt, Franz J.	Ludwigshafen	Ludwigshafen-Frankenthal-Speyer

Name	Wohnort	Wahlkreis
Eichhorn, Auguste	Dresden	6. sächsischer Wahlkreis
Eichholz, Fritz	Wald	Solingen
Eims, Eduard	Mittweida	15. sächsischer Wahlkreis
Elm, v., A.	Hamburg	3. u. 6. schleswig-holstein. Wahlkreis
Emmel, Leopold	Saargemünd	Saarbrücken, Saargemünd-Lothringen
Engels, Joh.	Brück	Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach
Ernst, Maximilianus	München	Passau
Ewald, Ferdinand	Brandenburg	Brandenburg-Westhavelland, Jüterbog-Luckenwalde
Fauth, Albrecht	Wetzlar	Wetzlar-Altenkirchen
Feldmann, Franz	Oberlangenbielau	Reichenbach-Neurode, Freiburg-Striegau-Schweidnitz
Feustel, Fr.	Greiz	Reuß ältere Linie
Fischer, Ernst	Frankfurt a. O.	Frankfurt-Lebus
Fischer, Richard	Berlin	
Fischer, Robert	Dresden	4. sächsischer Wahlkreis
Fleischmann, Emil	Frankfurt a. M.	2. nassauer Wahlkreis
Fleißner, Hermann	Pirna	Pirna-Sebnitz
Forschner, Anna	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Friedrich, Otto	Darmstadt	Darmstadt-Gr. Gerau
Frohme, Karl	Hamburg	8 und 10. holsteinischer Wahlkreis
Fülle, Albrecht	Würzburg	Würzburg, Bamberg
Galm, Josef	Seligenstadt	Offenbach-Dieburg
Garbe	Cassel	Cassel-Melsungen
Geck, Adolf	Offenburg	3. badische Wahlkreis
Gebel, Albert	Bergedorf	3. Hamburger Wahlkreis
Geiser, Bruno	Breslau	Breslau
Geis, Anton	Mannheim	11. badischer Wahlkreis
Gerisch, Albin	Berlin	
Gerlach, Ferdinand	Halberstadt	Wanzleben
Georgi, Wilhelm	Berlin	3. Berliner Wahlkreis
Geyer, Fritz	Leipzig	
Gockel, Joh.	Bonn	Bonn-Rheinbach
Gottschald, Ottomar	Lößnitz	19. sächsischer Wahlkreis
Gradnauer, Dr., G.	Dresden	5. sächsischer Wahlkreis
Greiner, Robert	Aschersleben	Calbe-Aschersleben
Grenz, Ernst	Chemnitz	16. und 21. sächsischer Wahlkreis
Greß, Carl	München	2. Münchener Wahlkreis
Grillenberger, Carl	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Gruhl, Carl	Nowawes	Teltow-Beeskow-Charlottenburg
Grunewald, Gottlieb	Seifhennersdorf	1., 2. und 3. sächsischer Wahlkreis
Güntheroth, Friedr.	Verden	6. hannoverscher Wahlkreis
Heinß, Karl	Nauen	Spandau-Potsdam-Osthavelland
Henschel, Rich.	Döbeln	10. sächsischer Wahlkreis
Helbing, Herm.	Düsseldorf	Düsseldorf
Herbert, Fritz	Stettin	
Herrmann, Fried.	Stuttgart	1. Württemberger Wahlkreis
Herzfeld, Josef	Berlin	Züllichau-Crossen
Heine, J.	Ottensen	6. schleswigholsteiner Wahlkreis
Hoch, Gust.	Frankfurt a. M.	Hanau-Gelnhausen-Orb
Hofmann, Franz	Chemnitz	
Hoffmann, A.	Saalfeld	Coburg
Hofrichter, Ad.	Köln	Köln (Stadt), Kreuznach-Simmern
Hüber, Adolf	Karlsruhe	10. badischer Wahlkreis
Hübner,	Berlin	5. Berliner Wahlkreis
Hülle, Gust.	Erfurt	1. Meining. Wahlkr., Erfurt-Schleus.

Name	Wohnort	Wahlkreis
Hug, Paul	Bant	1. und 2. Oldenburger Wahlkreis, Fürstenthum Lübeck
Hugo, Wilh.	Eschwege	Eschwege-Witzenhaus.-Schmalkalden- und Rotenburg-Hersfeld
Hué, Otto	Essen	Essen a. d. R.
Jäckh, Gustav	Mülhausen	Mülhausen (Elsaß), St. Ludwig
Jahn, Paul	Berlin	3. Berliner Wahlkreis
Janiesch, C.	Jabel	15. und 16. hannov. Wahlkreis
Ihrer, Emma	Pankow	Nieder-Barnim, Ober-Barnim
Jochem, Otto	Danzig	Danzig (Stadt)
Kaden, August	Kötzschenbroda	
Kämpchen, H.	Linden a. d. Ruhr	Bochum
Kant, Ferd.	Rostock	5. mecklenburg. Wahlkreis
Kerrl, Alwin	Bremen	18. hannov. Wahlkreis
Kimmel, Gg.	Aschaffenburg	Aschaffenburg
Kiesel, Max	Berlin	6. Berliner Wahlkreis, West-Priegnitz
Klees, Wilhelm	Magdeburg	
Klemm, Rich.	Cotta (Dresd.)	6. sächsischer Wahlkreis
Klement, Eduard	Kaiserslautern	Kaiserslautern
Klingenhagen, Heinr.	Herford	Halle-Herford
Kobel, Hch.	Drebkau	Kottbus-Spremberg
Koenen, Hch.	Hamburg	4. schlesw.-holst. Wahlkreis
Kölblinger, Margar.	Nürnberg	Nürnberg
Krewinkel, Hub.	Aachen	Aachen-Eupen
Krohn, Aug.	Konstanz	1. und 2. badischer Wahlkreis
Krumm, Eduard	Gießen	Dillenburg-Herborn
Kühn, Anna	Leipzig	12. und 13. sächsischer Wahlkreis
Künzel, Julius	Wurzen	11. sächsischer Wahlkreis
Kunert, Fritz	Friedrichshagen	Halle a. S.
Kurz, Theod.	Neckarau	11. badischer Wahlkreis
Legien, Karl	Hamburg	2. Hamburger Wahlkreis
Lesche, Fried.	Altona	8. und 10. schlesw.-holst. Wahlkreis
Liebknecht, Wilhelm	Berlin	
Löwenherz, Johanna	Neuwied	Neuwied
Löwenstein, G.	Nürnberg	Nürnberg
Lohmar, Hch.	Ohligs	Solingen
Lorenz, Hch.	Chemnitz	16. sächsischer Wahlkreis
Lütgenau, Dr. F. R.	Dortmund	Mecklenburg-Strelitz und Dortmund
Lusbrink, Emil	Ronsdorf	Lennep-Mettmann
Lutz, Theod.	Baden-Baden	8 badischer Wahlkreis
Lux, Dr. Hch.	Berlin	Sorau Forst
Mahlke, Hch.	Flensburg	Apenrade-Flensburg
Maier, Dr. F.	Tübingen	5. und 6. württemberg. Wahlkreis
Marquardt	Lörrach	4. badischer Wahlkreis
Martitke, Hch.	Hamburg	5. schlesw.-holst. Wahlkreis
Mattutat, Herm.	Berlin	4. Berliner Wahlkreis
Meier, Wilh.	Magdeburg	Magdeburg
Meist, Carl	Köln	
Meister, Heinrich	Hannover	
Metzger, F. W.	Hamburg	
Metzner, Theod.	Berlin	1. Berliner Wahlkreis
Michaelis, Emil	Waldenburg	Waldenburg (Kreis)
Michels, Wilh.	Kalk	Köln (Land)
Mittag, Otto	Halle a. S.	Merseburg
Möller, Heinrich	Weitmar	
Mössinger, Karl	Lahr	6. badischer Wahlkreis

Name	Wohnort	Wahlkreis
Müller, Gg.	Bayreuth	Bayreuth
Müller, H.	Berlin	Glatz-Habelschwerdt
Müller, Ph.	Arheilgen	Darmstadt
Nathusius, Carl	Grabow a. O.	Randow-Greifenhagen
Neumann, August	Elberfeld	Barmen-Elberfeld
Nixdorf, Carl	Görlitz	Görlitz-Lauban
Och, Balthasar	Langen	Offenbach-Dieburg
Oertel, Carl	Nürnberg	Bamberg
Opificius, Reinhold	Bockenheim	Aschaffenburg
Opificius, Wilhelm	Pforzheim	2. pfälzischer Wahlkreis
Orb, Johannes	Offenbach a. M.	Offenbach-Dieburg
Orbig, Carl	Gießen	Gießen-Grünberg, Siegen-Wittgenstein und Alsfeld Lauterbach
Ostfeld, H.	Hamburg	3. Hamburger Wahlkreis
Paul, Albert	Hannover	14. hannov. Wahlkreis
Peemüller	Billwärder	3. Hamburger Wahlkreis
Peus, Heinrich	Dessau	Anhalt 1 u. 2 u. Dilitzsch-Bitterfeld
Pfannkuch, Wilhelm	Berlin	
Pfarr, Johann	Berlin	6. Berliner Wahlkreis
Pinkau, Carl	Leipzig	12. und 13. sächsischer Wahlkreis
Pohl,	Hainichen	Freiberg-Hainichen-Oederan
Poller, Wilhelm	Kiel	Kiel-Neumünster
Prinz, Heinrich	Frankfurt a. M.	Friedberg-Büdingen
Quarck, Dr. Max	Frankfurt a. M.	Frankfurt a M.
Raue, Carl	Iserlohn	Altena-Iserlohn
Rausnitz, Alexander	Schwabach	Ansbach-Schwabach
Reichel, Georg	Leipzig	12. und 13. sächsischer Wahlkreis
Reichert, Peter	Finten-Mainz	Mainz-Oppenheim
Reißhaus, Paul	Erfurt	
Richter, Max	Löbtau b. Dresd.	6. sächsischer Wahlkreis
Rieke, Heinrich	Braunschweig	1., 2 und 3. braunschw. Wahlkreis
Röhrle, Peter	Heilbronn	3. württemb. Wahlkreis
Rosenow, Emil	Chemnitz	15. sächsischer Wahlkreis
Rüdt, Dr. Ph.	Heidelberg	9 und 12. badischer Wahlkreis
Sauer, Andreas	Homburg	Höchst-Usingen-Homburg
Schätzle, Heinrich	Bulach	10. badischer Wahlkreis
Schippel, Max	Berlin	
Schleicher, Anton	Metz	Diedenhofen
Schmalfeldt, J. H.	Bremerhaven	19. hannoverscher Wahlkreis
Schmidt, Albert	Magdeburg	
Schmid, Eduard	München	1. Münchener Wahlkreis
Schmidt, Fritz	Friedberg	Friedberg-Büdingen
Schmidt Gustav	Hasteot	Bremen
Schmidt, Michael	Pirmasens	Zweibrücken-Pirmasens
Schmidt, Wilhelm	Frankfurt a. M.	
Schoenlank, Dr. B.	Leipzig	
Schrader, Christian	Bramsche	Osnabrück-Iburg
Schütz, Oskar	Breslau	Breslau
Schultze, Karl	Königsberg	
Schulze, Ernst	Cossebaude	9. sächsischer Wahlkreis
Schulze, Franz	Berlin	4. Berliner Wahlkreis
Schumacher, Georg	Solingen	
Schumann, Bruno	Bielefeld	1. u. 5. westfälischer Wahlkreis Lippe-Detmold
Schwarz, Theodor	Lübeck	Lübeck
Seidl, Lorenz	Rosenheim	Rosenheim-Traunstein

Name	Wohnort	Wahlkreis
Seige, Paul	Poeßneck	2. meiningischer Wahlkreis
Sennekamp, Heinrich	Neuwied	Neuwied
Sindermann, Karl	Dresden	5. sächsischer Wahlkreis
Singer, Paul	Berlin	
Sittig, David	Hannover	8. und 11. hannoverscher Wahlkreis
Slomke, G.	Bielefeld	Minden-Lübbecke, Bielefeld-Wiedenbrück
Sonnenburg, Herm.	Friedrichshagen	Niederbarnim
Stadthagen, Arthur	Berlin	
Stamm, Hermann	Cannstatt	2. württembergischer Wahlkreis
Stegmüller	Lörrach	4. badischer Wahlkreis
Stein, Philipp	Hochstadt	Fulda und Hanau-Gelnhausen-Orb
Stich, Claudius	Rendsburg	7. u. 9. schleswig-holstein. Wahlkreis
Stock, Johann	Mainz	Mainz Stadt
Stolpe, Hermann	Glogau	Bunzlau-Lüben, Grünberg Freystadt, Glogau
Storch, Franz	Stettin	Stettin
Streune, Ernst	Lunzenau	14. sächsischer Wahlkreis
Stücklen, Daniel	Hof	Hof-Rehau-Sebb, Bayreuth-Wunsiedel Kronach-Lichtenfels
Theurich, Hermann	Lommatzsch	7. sächsischer Wahlkreis
[illegible]el, Karl	Oppeln	Oppeln
Timm, Johannes	Berlin	1. Berliner Wahlkreis
Trilse, Hermann	Göttingen	12. hannoverscher Wahlkreis
Ulrich, Karl	Offenbach a. M.	
Vetterlein, Emil	Gera	Reuß j. L.
Vogel, Lina	Netzschkau	22. sächsischer Wahlkreis
Vogenitz, Adolf	Altenburg	Sachsen-Altenburg
Vogt, Gustav	Crimmitschau	18. sächsischer Wahlkreis
Vollmar, Georg von	Soiensaß	
Wächter, Rudolf	Hüttensteinnach	2. Meininger Wahlkreis
Wächter, Theod. von	Laer bei Bochum	Essen
Wengels, Margaret.	Berlin	Grimmen-Greifswald, Ost-Prignitz
Weniger, Karl	Ha burg	17. hannoverscher Wahlkreis
Werner, Hermann	Berlin	2. Berliner Wahlkreis
Wesch, Karl	Krefeld	Duisburg, Krefeld-Kempen-Cleve
Wiegleb, Karl	Hildesheim	10. hannoverscher Wahlkreis
Wiehle, Richard	Linden (Hannov.)	8. und 7. hannoverscher Wahlkreis
Wiemer, Ph.	Nürnberg	Forchheim-Kulmbach
Wilke, Fritz	Berlin	4. Berliner Wahlkreis
Winkler, Paul	Lütgendortmund	Dortmund
Wörner, Heinrich	Berlin	2. Berliner Wahlkreis
Wurm, Emanuel	Berlin	
Zetkin, Klara	Stuttgart	7. badischer Wahlkreis, 1. württembergischer Wahlkreis
[illegible]ck, Friedrich	Fürth	Fürth-Erlangen

Als Gäste anwesend:

Adler, Dr., Viktor, Vertreter der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs,
Silberberg, Vertreter der sozialdemokratischen Partei Ungarns,
Leßner, Fred., London, Vertreter des Arbeiter-Bildungs-Vereins London,
van Col, Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei Hollands.

Zuschriften und Telegramme.

Amsterdam. Genossen.
Annen. Volksversammlung.
Aschersleben. Die organisirten Bergarbeiter.
Augsburg. Genossen.
Baden-Baden. Sozialdemokratischer Verein.
Barmen. Zielbewußte Brauereiarbeiter.
Beiertheim. Genossen.
Berlin. Die Bekannten aus dem Ost.
Berlin. Organisirte Gastwirthsgehülfen.
Berlin. Landsberger.
Berlin. Organisirte polnische Genossen.
Blankenburg. Genossen.
Bramsche. Genossen.
Bukarest. Die deutschen Genossen.
Bukarest. Partei-Vorstand der rumänischen Sozialdemokratie.
Cöln. Zimmerer.
Crimmitschau. Familienabend des Bildungsvereins.
Diedenhofen. Genossen.
Döbeln. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Döhlen. Parteigenossen.
Dolhain. Deutsche sozialistische Hutmacher.
Dortmund. Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins.
Dresden. Verein der Gastwirthsgehilfen.
Dresden. Genossen von Altstadt.
Eimsbüttel. Die rothe Bude.
Eisenach. Parteigenossen.
Gera. Paar Genossen.
Grimma. Parteiversammlung auf dem Weinberg.
Großenhain. Volksversammlung.
Hagen. Genossen.
Hamburg. Genossen vom Bau der Realschule Eimsbüttel.
Hamburg. Arbeiterstenographen-Vereine.
Hersfeld. Parteigenossen des 6. hessischen Wahlkreises.
Kalk. Genossen.
Kopenhagen. Sozialdemokratie Dänemarks.
Konstanz. Gesangverein Vorwärts.
Lemberg. Genossen.
Leutewitz. Genossen.
London. Sozialdemokratische Federation.
London. Engels, Louise Kautsky, Aveling.
London. Verband polnischer Sozialisten.
Magdeburg. Genossen.
Mannheim. Fachverein der Dockarbeiter.
Mariendorf. Arbeiter-Bildungsverein.
Maastricht. Vorstand der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Niederland.
Mittweida. Genossen.
Morgenroth. Oberschlesische Bergleute.
Mülhausen. Organisirte Arbeiter.
Mülheim. Genossen.
München. Genossen vom Schlachthausviertel.
Mylau. Genossen.
Netzschkau. Genossinnen.
Nortorf. Genossen.
Paris. Genossen.
Paris. Deutscher sozialdemokratischer Leseklub.
Paris. Nationalrath der franz. Arbeiterpartei.
Pößneck. Klub Burgschaft.
Rathenow. Genossen.
Rendsburg. Genossen.
Rendsburg. Borgsteder Genossen.
Salemerthal. Aus dem Winterschlaf erwachte Bauern.
Schönau. Genossen.
Schwedt a. O. Parteigenossen des Prenzlau-Angermünder Wahlkreises.
Seegeberg. Genossen.
Sonneberg. Genossen.
Stettin. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Tilsit. Genossen an der russischen Grenze.
Wattenscheid. Genossen.
Wilhelmsburg. Volksversammlung.
Witten. Volksbildungs-Verein.
Zwönitz. Genossen.

Sprech-Register.

Adler 65, 168.
Antrick 129.
Arons 157.
Auer 124, 131, 159, 174, 177.

Baudert 158.
Bebel 71, 74, 83, 102, 114, 123, 131, 132, 176.
Bérard 175.
Böhle 172, 176.
Bömmelburg-Hamburg 82, 88, 91, 178.
Blos 167, 169, 170, 171, 172.
Bonitz 87.
Bock-Gotha 86.
Brand 158.
Brucker 94, 172, 176.
Brühne-Frankfurt 61.
Büttner 158, 159.

Caspar-Steglitz 70, 78, 174.

Dahlen-Halberstadt 71.
David-Gießen, Dr. 80, 153.
v. Döring! 87, 174.
Dreesbach 99, 106, 169.

Eckstein 128.
Ehrhardt 178.
Eichholz 171.
v. Elm 87, 159, 166, 174.
Emmel 88, 90, 172.
Ewald-Brandenburg 76, 119, 128.

Fischer, R. 65, 87, 88, 97, 175, 178.
Fleischmann 194.
Friedrich 156.
Frohme 82, 97.

Garbe 152.
Gebel 166.
Geck 102, 105, 169.
Geiser 178.
Georgi 95, 173.
Gerisch 65, 82, 83, 174.
Greiner-Aschersleben 71.
Grenz 94, 159.
Grillenberger 120, 132.
Gruhl-Nowawes 77.

Heinze-Ottensen 72.
Helbing 73, 173, 177.
Herbert-Stettin 80.
Hoch 97.
Hoffmann, Arthur 82, 90.
Hofmann-Chemnitz 178.
Hue-Essen 70, 81, 91, 164.
Hüber 108.
Hülle 93, 177.

Jäckh 90, 172, 176.
Jahn-Berlin 77, 96, 154.
Ihrer 178.
Jochem 90.
Joest 129, 131.

Kandt 119, 156.
Kerrl 177.
Kiesel 92, 105, 175.
Klement-Kaiserslautern 85, 91.
Klingenhagen 176.
Kobel-Spremberg 72, 92.
van Kol 103.
Kramer-Darmstadt 83.
Krohn 105.
Krumm 90, 164.
Kühn 178.
Kunert 108, 119.

Legien 73, 83.
Leßner-London 78, 179.
Lesche 78.
Liebknecht 61, 178.
Loewenherz 179.
Lütgenau 73, 106, 128, 171, 177.

Mattutat 70, 87.
Metzl 158, 160.
Metzler 68, 84.
Metzger 177.
Metzner-Berlin 82, 87, 91, 129, 173.
Meyer-Magdeburg 108.
Mittag 88, 91, 156, 174.
Möller 108.
Mössinger 94, 156.

Neumann-Elberfeld 79, 87, 90.

Oertel 128.
Orbig 152.
Ortfeld 88, 91.

Prinz 85, 87.
Peus 79.

Quarck 92, 153.

Raue 73.
Rausnitz 92.
Reichel 155.
Rüdt 86, 101, 106.

Schippel 161, 167.
Schleicher 94, 172, 176.
Schmalfeldt 93, 97, 177.
Schmid-München 95.
Schmidt-Magdeburg 86.
Schoenlank 135, 157, 165.
Schulze-Berlin 70.
Schulze-Königsberg 128, 155, 158.
Schumacher 170, 175.
Seige 95.
Silberberg-Budapest 65, 160.
Sindermann 95.
Singer 64, 65, 76, 86, 87, 119, 123, 128, 130, 167, 169, 173, 175, 176, 180.
Sittig 173, 178.
Slomke-Bielefeld 65, 159, 174.
Sonnenburg 70.
Sparr-Darmstadt 77, 85.
Stadthagen 84, 87, 94, 119, 154, 174, 178.
Stegmüller 107, 168.
Stein 96, 174.
Stolpe 176.
Storch 72, 83.

Thiel 180.
Timm-Berlin 69, 74, 85, 87, 130, 154.

Ulrich 64.

Vogt 87.
v. Vollmar 87, 109, 131, 132, 142, 157, 167.

v. Wächter 81.
Wengels 176.
Weniger-Harburg 82.
Werner 164.
Wesch-Krefeld 73.
Wiegleb 173.
Wilke 108.
Wurm 95, 96.

Zetkin 84, 85, 173, 174.

Druck von Max Babing, Berlin SW., Beuth-Straße 2.

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Breslau

vom 6. bis 12. Oktober 1895.

Berlin 1895.
Verlag der Expedition des „Vorwärts"
(Th. Glocke).

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitage zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnothwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigenthum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indeß die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnißmäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisirung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachsthum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vortheile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisirt. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigenthum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigenthum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigenthum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriiren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigenthum, und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht blos des Proletariats, sondern des gesammten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigenthums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nothwendiger Weise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesammtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklassen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den andern Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig betheiligt sind. In dieser Erkenntniß fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht blos die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachtheiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Truckſystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitag zu Halle 1890.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise.

Gegen die Entscheidungen steht den Betroffenen die Berufung an die Parteileitung und dem Parteitage zu.

Vertrauenspersonen.

§ 3. Die Parteigenossen in den einzelnen Reichstagswahlkreisen wählen in öffentlichen Versammlungen zur Wahrnehmung der Parteiinteressen eine oder mehrere Vertrauenspersonen. Die Art der Wahl dieser Vertrauenspersonen ist Sache der in den einzelnen Kreisen wohnenden Genossen.

§ 4. Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich und zwar im Anschluß an den voraufgegangenen Parteitag.

Die Vertrauenspersonen haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort der Parteileitung mitzutheilen.

§ 5. Tritt eine Vertrauensperson zurück oder tritt sonstwie eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen umgehend eine Neuwahl vorzunehmen nnd davon entsprechend § 4 Absatz 2 der Parteileitung Mittheilung zu machen.

§ 6. Da wo aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

Parteitag.

§ 7. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von der Parteileitung einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat die Parteileitung mit der Reichstagsvertretung hierüber sich zu verständigen.

§ 8. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens drei Mal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei der Parteileitung einzureichen, die dieselben spätestens 10 Tage vor der Abhaltung des Parteitages durch das offizielle Parteiorgan bekannt zu geben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Theilnahme an demselben sind berechtigt:

1. die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf.

   Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.
2. die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. die Mitglieder der Parteileitung.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion und der Parteileitung haben in allen die parlamentarische und die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur berathende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Theilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

§ 10. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme des Berichts über die Geschäftsthätigkeit der Parteileitung und über die parlamentarische Thätigkeit der Abgeordneten.
2. Die Bestimmung des Orts, an welchem die Parteileitung ihren Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl der Parteileitung.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

1. durch die Parteileitung;
2. auf Antrag der Reichstagsfraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen.

Falls die Parteileitung sich weigert, einem Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstags-Fraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 7 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im offiziellen Parteiorgan zu veröffentlichen.

Im Uebrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 8—10).

Parteileitung.

§ 13. Die Parteileitung besteht aus 12 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassirer und 7 Kontrolleuren.

Die Wahl der Parteileitung erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel.

Nach erfolgter Wahl hat die Parteileitung ihre Konstituirung vorzunehmen und dieselbe im offiziellen Parteiorgan bekannt zu machen.

Die Parteileitung verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

§ 14. Die Mitglieder der Parteileitung können für ihre Thätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 15. Die Parteileitung besorgt die Parteigeschäfte, kontrollirt die prinzipielle Haltung der Parteiorgane, beruft die Parteitage und erstattet auf denselben über ihre Thätigkeit Bericht.

§ 16. Scheidet einer der Vorsitzenden, Schriftführer oder der Kassirer aus, so ist die Vakanz durch eine von den Kontrolleuren vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Partei-Organ.

§ 17. Zum offiziellen Parteiorgan wird das „Berliner Volksblatt" bestimmt. Dasselbe erhält vom 1. Januar 1891 ab den Titel:

„Vorwärts"
Berliner Volksblatt.
Zentral-Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Alle offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Theils zu veröffentlichen.

Abänderung der Organisation.

§ 18. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur berathen werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntniß der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens $^3/_4$ der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Tages-Ordnung des Parteitages.

Sonntag, den 6. Oktober 1895, Abends 7 Uhr.

Vorversammlung.

Konstituirung des Parteitages.
Festsetzung der Geschäfts- und Tages-Ordnung.
Wahl einer Kommission für die Prüfung der Vollmachten.

Montag, den 7. Oktober 1895, und die folgenden Tage:

1. Geschäftsbericht des Partei-Vorstandes. Berichterstatter: W. Pfannkuch.
2. Bericht der Kontrolleure. Berichterstatter: H. Meister.
3. Berichterstattung über die parlamentarische Thätigkeit. Berichterstatter: E. Wurm.
4. Die Vorschläge der Agrarkommission zu dem Parteiprogramm. Berichterstatter: Dr. M. Quarck. Zweiter Berichterstatter: Max Schippel.
5. Die Maifeier 1896. Berichterstatter: A. Bebel.
6. Der internationale Arbeiter- und Gewerkschaftskongreß in London 1896. Berichterstatter: A. Bebel.
7. Schwitzsystem, Hausindustrie und Arbeiterschutz. Berichterstatter: J. Timm.
8. Anträge zum Parteiprogramm und Organisation.
9. Sonstige Anträge.
10. Wahl der Parteileitung.

Sitzungszeit des Parteitages:
Vormittags 9—1 Uhr, Nachmittags 3—7 Uhr.

Bureau des Parteitages.

Vorsitzende:

Segitz, Nürnberg. — Singer, Berlin.

Schriftführer:

Bruhns, Breslau.	Fischer, Dresden.	Koblenzer, Berlin.
Feldmann, Langenbielau.	Frau Geiser, Breslau.	Stolten, Hamburg.

Mandat-Prüfungs-Kommission:

Antrick, Berlin.	Haug, Freiburg.	Kleemann, Leipzig.
Bamberger, Berlin.	Frau Kähler, Hamburg.	Martikke, Hamburg.
Gewehr, Elberfeld.	Kiesel, Berlin.	Stolpe, Glogau.

Neuner-Kommission:

Antrick, Berlin.	Dahlen, Halberstadt.	Herbert, Stettin.
Blos, Stuttgart.	Förster, Hamburg.	Hülle, Erfurt.
Buchwald, Altenburg S.A.	Fülle, Würzburg.	Koenen, Hamburg.

Vorlagen an den Parteitag.

Anträge.

Tagesordnung.

1. Parteigenossen des 1. Berliner Kreises: Der Vorstand der polnischen Parteigenossen hat gleichfalls über seine Thätigkeit Rechenschaft zu geben.

2. Genossin Löwenherz, Neuwied: Auf die Tagesordnung des Parteitages für 1896 ist ein Referat über die Frauenbewegung zu setzen.

3. Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages den Punkt „Proportionalwahlen" zu stellen.

Geschäftsordnung.

4. Parteigenossen des 14. hannoverschen Kreises: Die Präsenzliste ist bei Eröffnung jeder Sitzung zu verlesen. Die Fehlenden sind im Protokoll zu verzeichnen.

5. Parteigenossen des 1. Berliner Kreises: Bei allen Abstimmungen, bei denen Genossen persönlich interessirt sind, ruht deren Stimmrecht.

Betheiligung an den Parteitagen und den Abstimmungen dortselbst. Die einzelnen Wahlkreise können ohne Rücksicht auf die Stärke ihrer Wählerzahl vertreten sein, jedoch gelten bei allen wichtigen Abstimmungen folgende Beschränkungen: Kreise, die bei der letzten allgemeinen Reichstagswahl bis 4000 sozialdemokratische Stimmen aufgebracht, haben 1 Stimme, 4—10 000 haben 2 Stimmen, und jedes weitere 10 000 je 1 Stimme mehr auszuüben.

6. Genossin Löwenherz, Neuwied: Der diesjährige Parteitag enthält sich jeder Beschlußfassung von prinzipieller Bedeutung für die Frauenbewegung.

7. Parteigenossen in Barmen und Niederbarnim: Punkt 6 der Tagesordnung des Parteitages ist als Punkt 3 zu setzen.

8. Parteigenossen in Langenbielau: Den Punkt 6 der Tagesordnung als Punkt 4 zu setzen.

9. Parteigenossen in Kostheim:

1. Die Tagesordnung des Parteitages nicht in der Weise abzuändern, daß die Agrarfrage an erster Stelle gesetzt wird.

2. Der Agrarprogrammentwurf ist an einen Ausschuß zu verweisen, der Material zu sammeln und von Zeit zu Zeit zu veröffentlichen hat.

Programm.

10. Parteigenossen des 2. schleswig-holsteinischen Kreises: Dem Punkt 6 Absatz 2 des Parteiprogramms ist eine präzisere Fassung zu geben, damit jede verschiedenartige Auffassung darüber einfach unmöglich ist.

11. Parteigenosse Keye, Berlin, 4. Wahlkreis: Der Passus 6 des Erfurter Programms „Erklärung der Religion zur Privatsache" soll lauten: Die Sozialdemokratie bekämpft aufs Entschiedenste die Vertreter der verschiedensten Religionsgemeinschaften, sowie die Religion selbst, wo ihre Lehren sich dem Befreiungskampfe des Proletariats entgegenstellen.

12. Parteigenossen in Lechhausen: Das Programm statt wie bisher in zwei, in Zukunft in drei Theile zu formuliren. Den dritten Theil hätte unsere Forderung in Bezug auf die landwirthschaftlichen Verhältnisse zu bilden.

13. Genosse A. W., Berlin N., 6. Wahlkreis: „Das sozialdemokratische Programm jede Woche einmal im „Vorwärts, Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands", gleich unter dem Titel, sozusagen mit als Titel, zu veröffentlichen, mit dem Vermerk: Um sich besser über den Inhalt des Programms zu informiren, ist Folgendes sehr zu empfehlen: 1. Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen, mit dem Eisenacher, Gothaer und Erfurter Programm von W. Liebknecht, Preis 25 Pf. 2. Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie, Erläuterungen zum Erfurter Programm von K. Kautsky und B. Schoenlank, Preis 10 Pf. 3. Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Theil, erläutert von K. Kautsky, Preis geh. 1,50 Mk. und geb. 2 Mk., welche in der Buchhandlung des „Vorwärts", sowie in allen Partei-Buchhandlungen zu haben sind.

14. Genosse Walther, Berlin, 6. Wahlkreis: Dem einwandsfreien § 4 der Arbeiterschutzforderungen folgende Schlußfassung zu geben: „sowie für Handels- und Bureau-Angestellte."

15. Parteigenossen des 17. hannoverschen Wahlkreises: Der Parteitag hat alle Anträge zum Programm an eine neu zu wählende Kommission zurückzuweisen, welche sie zu verarbeiten und danach einen neuen Entwurf vorzubereiten hat mit der Maßgabe, daß ein besonderes Agrarprogramm nicht geschaffen werde.

16. Genosse Sabor und 10 Genossen des 4. Berliner Wahlkreises: In dem Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist die Forderung eines achtstündigen Maximalarbeitstages durch folgenden Passus zu ersetzen: 1. Arbeit allen Arbeitern. 2. Festsetzung eines höchstens 8 Stunden betragenden Arbeitstages für alle in öffentlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Beamten.

17. Parteigenossen des 1. badischen Reichstagswahlkreises: Wir erkennen die Wichtigkeit der Landarbeiter- und Bauernfrage für den gesunden Fortschritt unserer Bewegung auf dem flachen Lande an. Wir halten die Aufstellung eines einheitlichen Agrarprogramms im Sinne der Resolution des Frankfurter Parteitages für dringend geboten. Dem von der Agrarkommission vorgeschlagenen Entwurf können wir zwar nicht in allen Theilen unbedingt zustimmen, jedoch halten wir ihn für eine geeignete Grundlage zur weiteren Behandlung der Frage und hoffen, daß dieselbe zu einem befriedigenden Ergebniß führen werde.

Agrarisches.

18. Parteigenossen des Kreises Niederbarnim: Das Agrarprogramm in allen seinen Punkten abzulehnen, die Thätigkeit des Agrarausschusses für beendigt und die in Frankfurt a. M. gefaßte Agrarresolution (Nr. 118, S. 134/135 des Protokolls) für erledigt zu erklären.

19. Parteigenossen des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow, in Pirmasens, Aachen, Halle, Rinteln und der Kreise Prenzlau-Angermünde und Brandenburg: Der Entwurf des Agrarprogramms ist in allen seinen Theilen abzulehnen.

20. Parteigenossen des Kreises Prenzlau-Angermünde: Es wird eine Kommission eingesetzt, die mit der Aufgabe zu betrauen ist, statistisches Material zu sammeln, das für die Landagitation verwandt werden kann.

21. Parteigenossen der beiden Münchener Kreise: den Agrarprogramm-Entwurf an einen Agrarausschuß zurück zu verweisen mit dem Auftrage, die thatsächlichsten ländlichen Verhältnisse der sorgfältigsten Prüfung zu unterziehen, die Genossen in angemessenen Zwischenräumen über ihre Thätigkeit auf dem Laufenden zu halten und das Ergebniß ihrer Arbeiten dem nächstfolgenden Parteitag zu unterbreiten.

22. Parteigenossen in Brandenburg: Die Hauptaufgabe der Agrarkommission soll darin bestehen, Untersuchung der landwirthschaftlichen Verhältnisse in ihrer großen Verschiedenheit vorzunehmen. Ein statistisches Material, mit den nöthigen Erläuterungen versehen, den Genossen als Leitfaden für die Agitation in die Hand zu geben.

23. Parteigenossen in Mannheim: Den Agrarausschuß zu beauftragen, die ländlichen Verhältnisse noch eingehender zu untersuchen und das Ergebniß seiner Thätigkeit durch rechtzeitige Veröffentlichung in der Presse der Gesammtpartei zu unterbreiten, so daß es die Grundlage für die Agrarberathungen auf dem nächstjährigen Parteitag bildet und es den Einzelorganisationen ermöglicht, ihre Delegirten mit genauer Instruktion über die Stellungnahme zu jedem einzelnen Punkte zu versehen.

24. Parteigenossen des Kreises Hanau-Gelnhausen-Orb. Die Agrarkommission ist zu beauftragen, unsere Prinzipien nebst den aus denselben sich ergebenden Forderungen zu den Tagesfragen mit Beziehung auf die landwirthschaftlichen Verhältnisse in einer besonderen Broschüre ausführlich zu erläutern. Hierzu sind die von der Agrarkommission zu den Forderungen 7, 10, 11, 16 und 17, sowie zu den speziellen Arbeiterforderungen gemachten Vorschläge zu verarbeiten. Die Vorschläge aber, welche sich auf das öffentliche Eigenthum, den Staatskredit und die Verstaatlichung der Grundschulden beziehen, sind gänzlich zu ändern und so zu gestalten, daß durch dieselben ein Mißverständniß nicht möglich ist, sowohl darüber, daß durch solche Mittel den Kleinbauern ihr Besitz auf die Dauer nicht erhalten werden kann, als auch darüber, daß diese Forderungen nur in einem wirklich demokratisch regierten Lande dem Volke zum Nutzen gereichen. Die von der Agrarkommission empfohlenen neuen Einleitungsworte sind einfach zu streichen.

25. Parteigenossen des 16. sächsischen Reichstags-Wahlkreises: Den Agrar-Programm-Entwurf abzulehnen; die Agrarkommission bleibt mit der Maßgabe fortbestehen, daß sie weitere Untersuchungen der landwirthschaftlichen Verhältnisse vorzunehmen und neue Vorschläge auszuarbeiten hat.

26. Parteigenossen in Lechhausen: Die Agrarkommission wird beauftragt, unter Beiziehung von energischen Gegnern des vorliegenden Entwurfs, das gesammelte Material genauer zu prüfen und zu sichten, womöglich noch weiteres zu sammeln, damit bis zum nächsten Parteitage ein für unsere Partei nützlicher und für alle Genossen annehmbarer Entwurf geschaffen wird.

27. Parteigenossen in Danzig: Unter Verwerfung des Agrarprogramms wird die Agrarkommission mit der Abfassung eines Leitfadens betraut über die zweckmäßigste Art der Landagitation.

28. Parteigenossen des Oberbarnimer Kreises: Die Vorschläge der Agrarkommission sind als eine Verschleierung des sozialdemokratischen Prinzips abzulehnen.

29. Parteigenossen in Lübeck: Die Agrarkommission bestehen zu lassen mit dem Auftrag, alles statistische Material in Bezug auf die Agrarfrage zu sammeln und in Form von Broschüren herauszugeben.

30. Parteigenossen in Leipzig:

1. Die von der Agrarkommission dem Programm eingefügten Sätze werden abgelehnt. Ebenfalls der Programmentwurf der Agrarkommission.

Für den Fall der Ablehnung:

2. Die Forderung der Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältniß durch obligatorische Gewerbegerichte für Handlungsgehilfen wird aufrecht erhalten.

31. Parteigenossen in Karlsruhe: Der vorgelegte Entwurf des Agrarprogramms ist abzulehnen. Die Agrarkommission bleibt bestehen, um den Genossen geeignetes Material zur Landagitation zur Verfügung zu stellen. Das bisher gesammelte Material soll im Druck erscheinen.

Organisation.

Parteitag.

32. Parteigenossen in Halberstadt: Den nächsten Parteitag in Halberstadt abzuhalten.

33. Parteigenossen des 1. und 2. Hamburger Kreises: Den nächsten Parteitag in Hamburg abzuhalten.

34. Parteigenossen in Hannover und Verden: Den nächsten Parteitag in Hannover abzuhalten.

35. Parteigenossen des 1. und 3. Berliner, des Nieder-Barnimer Kreises und in Rinteln: Den Parteitag künftig zwischen Weihnachten und Neujahr stattfinden zu lassen.

36. Parteigenossen in Barmen: Den Geschäftsbericht des Partei-Vorstandes 3 Wochen vor dem Beginn des Parteitages zu veröffentlichen.

37. Parteigenossen in Danzig: Der Parteitag setzt die Diäten seiner Delegirten selbst fest.

38. Parteigenossen in Eilbeck-Hamburg: Den Parteitag stets in der Mitte des Reiches abzuhalten, weil hiermit der Partei bedeutende Kosten erspart würden.

39. Parteigenossen in Leipzig: Den nächsten Parteitag in Leipzig abzuhalten.

40. Parteigenossen in Lübeck: Den nächsten Parteitag in Lübeck abzuhalten.

41. Parteigenossen in Rinteln: Die Diäten für die Delegirten sind aus der Parteikasse zu bezahlen.

42. Parteigenossen in Triberg: Der Parteitag findet alle zwei Jahre statt.

Parteibeamte.

43. Parteigenossen des 1., 2., 3., 4. und 6. Berliner sowie des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow: Parteibeamte und Redakteure, die Reichstagsabgeordnete sind und deren Gehalt 3000 Mk. und darüber beträgt, erhalten keine Diäten.

44. Parteigenossen in Altona: Personen, die in der Partei ein auskömmlich besoldetes Amt bekleiden, dürfen einen zweiten besoldeten Posten in der Partei nicht annehmen, und dürfen auch für weitere Geschäfte, die sie für die Partei besorgen, Ansprüche auf Extrahonorirung nicht machen.

Parteigeschäfte.

45. Parteigenossen in Halle: Die Maifeier ist eine Demonstration für den Achtstundentag und nicht, wie von den Buchdruckern ausgelegt, tarifmäßiger Feiertag. Eine rechtmäßige Bezahlung auf Grund des Buchdruckertarifs kann nicht gefordert werden.

46. Parteigenossen des 6. Berliner Kreises: Den vorjährigen Parteitagsbeschluß, betreffend die Abschaffung der Akkordarbeit in Druckereien, in denen Arbeiterblätter hergestellt werden, hat der Vorstand zur Durchführung zu bringen.

47. Parteigenossen des Niederbarnimer Kreises: Der Parteitag wolle eine Fünfer-Kommission einsetzen und dieselbe beauftragen, Erhebungen darüber anzustellen, ob und inwieweit die Druckarbeiten des „Vorwärts" und der sonstigen bei Bading gedruckten Parteiliteratur mit für die Partei größerem Nutzen als bisher hergestellt werden können. Die Kommission hat dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten.

48. Parteigenossen des 2. Hamburger Kreises: In den Parteigeschäften die Nacht- und Akkordarbeit abzuschaffen.

49. Parteigenossen des 1. Hamburger Kreises: Die Parteidrucksachen in einer Parteidruckerei anfertigen zu lassen. Die für Hamburg nothwendigen Protokolle müssen in Hamburg bei Auer & Co. gedruckt werden.

50. Parteigenossen des 2. Hamburger Wahlkreises: Die Parteiliteratur soll ausschließlich in Parteigeschäften hergestellt werden.

Allgemeines.

51. Parteigenossen des 2. Hamburger Kreises: Zu § 9 Ziffer 3 des Organisationsstatuts folgenden Nachsatz anzufügen: „Soweit diese die Kontroleure betrifft, haben drei Mitglieder davon, welche unter sich selbst gewählt sind, auf dem Parteitag zu erscheinen." — Zu § 13 Absatz 1 des Organisationsstatuts anzufügen: „Die Kontroleure sind aus Berliner und daran grenzenden Wahlkreisen zu entnehmen."

52. Parteigenossen des 2., 3. und 6. Berliner Kreises: Die Kontroleure sind möglichst von den Genossen der Umgegend, da wo der Partei-Vorstand seinen Sitz hat, zu wählen.

53. Parteigenossen des 2. Berliner Kreises: Es soll in Zukunft der § 13 des Organisationsstatuts lauten: Die Parteileitung besteht aus 14 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassirer, 2 Beisitzern und 7 Kontroleuren. Die Wahl der Parteileitung erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel. Das Amt als Beisitzer darf Niemand länger als höchstens zwei Jahre hintereinander bekleiden ꝛc.

54. Parteigenossen des 14. hannoverschen Kreises: Dem § 4 Absatz 1 des Organisationsstatuts folgende Fassung zu geben: Die Vertrauensleute werden alljährlich in öffentlichen Parteiversammlungen oder Parteikonferenzen gewählt.

55. Parteigenossen des Kreises Niederbarnim: Dem § 9 unserer Parteisatzungen als Absatz 4 einzufügen: „Der Parteitag setzt die Diäten für die Theilnehmer fest und sind erstere aus der Parteikasse zu zahlen. Jedoch ist jeder Wahlkreis verpflichtet, zur Deckung der den Parteitag erwachsenden Kosten beizutragen." — Den § 9 Absatz 1 des Organisationsstatuts dahin abzuändern, daß anstatt 3 Delegirte nur ein Vertreter von jedem Wahlkreis zum Parteitage entsendet werden darf.

56. Parteigenossen in Königsberg: Der Parteitag hält es für die Pflicht der Parteigenossen, überall da, wo es die materiellen Mittel erlauben und die nöthigen Personen vorhanden sind, Rechtsbureaus zu errichten.

57. Die Parteigenossen Elberfelds: Der Beschluß des Frankfurter Parteitags, wonach die Abgeordneten als Delegirte nicht wählbar sind, wird durch folgende Bestimmung ersetzt: die Abgeordneten, welche an den Berathungen des Parteitages theilnehmen, müssen mit einem Mandat versehen sein, sofern sie nicht der Partei-Vorstand besonders nach dem Parteitag berufen hat.

58. Parteigenossen des 1. badischen Reichstags-Wahlkreises: Aus finanziellen Gründen sind wir nicht im Stande, einen eigenen Delegirten zu entsenden, müssen deshalb auf eine Beschickung des Breslauer Parteitages verzichten, fordern aber, daß derselbe Mittel und Wege findet, in Zukunft diesen Zustand zu ändern.

Presse.

Zentral-Organ.

59. Parteigenossen des Kreises Niederbarnim: Der Abonnementspreis des „Vorwärts" ist zu erniedrigen.

60. Parteigenossen des 1. Berliner Kreises: „Der Parteitag wolle seinen Einfluß dahin geltend machen, daß in Zukunft im „Vorwärts" die politischen und gewerkschaftlichen Versammlungs-Anzeigen übersichtlicher, von den sonstigen Geschäfts-Annonzen getrennt gebracht werden, da bei dem gegenwärtigen Kuddelmuddel jede schnelle Information unmöglich wird.

61. Parteigenossen des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow: Die Redaktion des „Vorwärts" wird beauftragt, alljährlich, sobald das Material über die Alters- und Invaliditätsversicherung vorliegt, ausführlich darüber Bericht zu erstatten.

62. Genosse O. Vieth, Berlin: Das Zentralorgan, der „Vorwärts", hat seinen Nachrichtendienst bezüglich des Auslandes zu vervollkommnen und zu diesem Zwecke nicht allein in allen Hauptstädten, sondern auch in den größten Städten der außerdeutschen Länder Korrespondenten sich zu halten, die ihm über alle wichtigen Ereignisse, besonders über diejenigen, an denen die Partei betheiligt oder interessirt ist, telegraphisch Nachricht geben.

63. Die Parteileitung (Vorstand und Kontroleure): Das Erscheinen des Wochenblattes „Der Sozialdemokrat" vom 1. Januar 1896 ab einzustellen.

Protokoll.

64. Parteigenossen des Oberbarnimer Kreises: Die Protokolle über die Parteitage derartig zusammenzustellen, daß am Ende derselben sämmtliche angenommenen Beschlüsse und Resolutionen übersichtlich geordnet angefügt werden.

Unterhaltungs-Literatur.

65. Parteigenossen in Stuttgart: Der Parteitag wolle den Parteivorstand beauftragen, für die Herausgabe eines guten Familienblattes zu sorgen.

66. Parteigenossen des 17. hannoverschen Wahlkreises: 1. Die „Neue Welt" möge textlich mehr dem Verständniß der Proletarierfrauen angepaßt und mit Illustrationen versehen werden, die dem Charakter eines Unterhaltungsblattes für klassenbewußte Arbeiter besser als bisher entsprechen. Wenn irgend möglich, ist auch eine Vergrößerung desselben von acht auf zwölf Seiten für denselben Preis anzustreben oder aber der Preis herabzusetzen. Dadurch würde es vermieden werden, daß andere Unterhaltungsblätter politisch farblosen Inhalts als Beilagen zu Parteiorganen benutzt werden. 2. Nachdem bereits der Erfurter Parteitag eine Resolution annahm, welche die Schaffung einer sozialdemokratischen Jugendliteratur empfahl, den Partei-Vorstand zu beauftragen, nunmehr Schritte zu thun, durch welche diesem tiefgefühlten Bedürfniß abgeholfen werden kann.

67. Parteigenossen in Dortmund: Die flachen und pikanten Schriften, insbesondere die Jugendschriften des Wiest'schen Verlages, sowie die „Gekrönten Häupter", sind als sozialdemokratische Schriften nicht anzuerkennen.

Korrespondenz-Bureau.

68. Genosse Thiel in Harburg: Der Parteitag möge erwägen, ob es nicht möglich sei, ein Korrespondenz-Bureau zu schaffen, welches die Parteipresse auf schnellstem Wege mit jenen aktuellen Neuigkeiten parteipolitischen Charakters versorgt, die jetzt erst von einem oder dem andern Parteiorgan aufgegriffen werden, häufig ziemlich langsam durchsickern und so erst weit später zur Kenntniß der Allgemeinheit kommen.

In dringenden Fällen hätte dieses Korrespondenz-Bureau, das im engsten Konnex mit dem Partei-Vorstande stehen müßte, auch Depeschen zu versenden.

Broschüren.

69. Parteigenossen des Kreises Niederbarnim: Den im Verlage des „Vorwärts" erscheinenden Broschüren, insbesondere den Protokollen der Parteitage ein einheitliches Format zu geben, damit sie besser zusammengehörig eingebunden werden können.

70. Genosse Leyendecker in Höchst: Dem Partei-Vorstand aufzugeben, alljährlich eine Broschüre zum Selbstkostenpreis herauszugeben, welche nach alphabetischer Reihe geordnet und sämmtliche Lokale in den Städten und Dörfern verzeichnet, worin die sozialdemokratische Presse „offen" liegt. Diejenigen Lokale, welche zu Versammlungen zur Verfügung stehen, sind durch Fettdruck hervorzuheben. — Ferner der Broschüre die Adressen sämmtlicher Vertrauensmänner zuzufügen.

71. Von deutschen Genossen in London: Der Parteitag wird ersucht, den Partei-Vorstand zu ermächtigen, sich mit dem Verlag Dietz ins Einvernehmen zu setzen, um Kautsky's „Erfurter Programm" zum Massenvertrieb als billige Volksausgabe erscheinen zu lassen; die Lokalpresse hat event. auf eine derartige Volksausgabe mit allem Nachdruck die Aufmerksamkeit der Genossen zu lenken.

72. Parteigenossen des 2. Nassauer Wahlkreises: Nach Schluß einer jeden Reichstagssession ist eine Broschüre herauszugeben unter dem Titel: Was hat der Reichstag in der vergangenen Session geleistet, für die Land- und Industriebevölkerung, und welche Partei ist am meisten für die Interessen der obengenannten Bevölkerung eingetreten? — Die Broschüre soll den Genossen behufs Agitation unentgeltlich abgelassen werden.

73. Parteigenossen in Karlsruhe: Der Partei-Vorstand wird beauftragt, nach Schluß jeder Session eine billige Broschüre über die Thätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag herauszugeben, in der auch das Verhalten unserer Gegner gekennzeichnet wird.

Allgemeines.

74. Die Parteigenossen des 17. hannoverschen Wahlkreises sprechen den Wunsch aus, daß die Delegirten aus jenen Wahlkreisen bezw. Orten, von welchen bisher speziell für die Landagitation berechnete Flugblätter und ähnliche Preßerzeugnisse hergestellt resp. verbreitet worden sind, auf dem Parteitage zu Breslau Probeexemplare dieser Flugblätter an sämmtliche Delegirten vertheilen mögen. Dadurch wird ein gegenseitiger Austausch von Preßerzeugnissen angebahnt, welcher für die Landagitation und die Beurtheilung der Verschiedenheit der Agrarverhältnisse in den einzelnen Landesstrichen von nicht zu unterschätzendem Vortheil ist.

75. Parteigenossen in Jüterbogk: Dem Kreisvertrauensmann sowie den Vertrauensleuten am Ort wird ein Exemplar des „Vorwärts" gratis zugestellt.

76. Von den Kontroleuren: Der Beschluß des Frankfurter Parteitages: „den Vertrauenspersonen ist auf ihr Gesuch hin der „Vorwärts" gratis auf Parteikosten zu liefern" wird aufgehoben.

77. Genosse Schneider in Damm-Jüterbogk: Ein Blatt um möglichst billigen Preis herauszugeben, das in kurzgefaßtem Sinn, einfachem Stil und leicht verständlichem Ausdruck auf die Landbewohner, Kleinbauern und Landarbeiter berechnet ist.

78. Parteigenossen in Königsberg: Der Vorstand wird beauftragt, in alle Orte Ost- und Westpreußens stenographische Reichstagsberichte hinzuschicken.

79. Genosse B. Heymann in Berlin und 27 Genossen: Die Halbmonatsschrift „Der sozialistische Akademiker" ist als Parteiorgan anzusehen und regelmäßig in der Liste derselben zu führen. Die Parteipresse sowie die Vertrauenspersonen sind verpflichtet, ihr Möglichstes zur Verbreitung des „Sozialistischen Akademikers" beizutragen.

Agitation.

80. Parteigenossen in Langenbielau: Vom Partei-Vorstand sind an geeignete Orte auf Kosten der Partei Genossen zu setzen, welche befähigt sind, an dem betreffenden Ort eine rege Agitation für die Sache des Proletariats zu entfalten. Die Genossen sind so lange zu unterstützen, bis sie ihr Auskommen durch eigene Kraft erlangen können. Um die Landagitation mehr zu fördern, ist die Agrarkommission resp. der Partei-Vorstand verpflichtet, aus amtlichen Statistiken, Nachweisen, Zeitungsberichten ꝛc. dasjenige Material zu sammeln, welches zeigt, wie der Kleingrundbesitzer vom Großgrundbesitzer aus-

genutzt wird (bei Wegebau, Steuern, Vertretung, Renten ꝛc.) und welches überhaupt ein Bild von der Lage der ländlichen Bevölkerung giebt. Dieses Material ist kurz gefaßt den Vertrauensleuten, Redaktionen zugänglich zu machen, damit bei der Landagitation in Reden und Flugblättern mehr praktische Gedanken als die bloße Theorie zur Anwendung kommen.

81. Genosse Leyendecker in Höchst: Der Partei-Vorstand hat für die ländlichen Kreise noch mehr Fürsorge zu treffen und die bewährtesten und bekanntesten Redner mehr aufs Land hinauszusenden und endlich einmal eine Verringerung der vielen Versammlungen in den großen Städten eintreten zu lassen; ferner zu erwägen, ob es nicht für die Landagitation zweckmäßig sei, seßhafte, mit den ländlichen Verhältnissen betraute Genossen zur Agitation heranzubilden und dieselben als Redner zu verwenden.

82. Parteigenossen in Danzig: Den Partei-Vorstand zu beauftragen, mehr rednerische Kräfte nach Ost- und Westpreußen mit Agitationstouren zu betrauen.

83. Parteigenossen in Ulm: Die Verleger der Witzblätter „Wahrer Jakob", „Südd. Postillon" und ähnlicher Blätter zu veranlassen, jeder Nummer dieser Blätter regelmäßig ein Exemplar des Parteiprogramms beizufügen.

Taktik.

84. Parteigenossen des 1. Berliner Kreises: Gegen die immer bestimmter auftretenden Vorschläge der reaktionären Parteien, das für das Deutsche Reich geltende allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, insbesondere das Koalitionsrecht einzuschränken, eine energische Agitation einzuleiten, die darauf hinausgeht, das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht auch für die einzelnen Landtage und Kommunen auszudehnen, und unumschränktes Koalitionsrecht zu erringen. Es gilt unter allen Umständen zu verhindern, daß die herrschenden Klassen in ihrer unheilvollen Verblendung die wichtigsten Pfeiler einer gesunden Entwicklung gefährden, damit einem Konflikt der Machthabenden der Boden entzogen wird.

85. Parteigenossen in Triberg: In München oder Stuttgart ist eine Schule zur Ausbildung von Agitatoren zu errichten. In erster Linie hat die Schule die Aufgabe zu erfüllen, befähigte Landagitatoren heranzubilden.

Maifeier.

86. Siebzehn Leipziger Genossen: Den Zusatzabsatz des Züricher Kongreßbeschlusses, betreffend die Maifeier: „Die Sozialdemokratie jedes Landes hat die Pflicht, die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben und jeden Versuch zu unterstützen, der an einzelnen Orten und von einzelnen Organisationen in dieser Richtung gemacht wird", in die Kölner Resolution einzuschalten.

87. Parteigenossen des Kreises Niederbarnim: Am 1. Mai haben sämmtliche Referenten unentgeltlich zu referiren.

Parlamentarisches.

88. Parteigenossen des Kreises Lyck-Oletzko-Johannisburg: Die Reichstagsfraktion zu beauftragen, einen Antrag folgenden Inhalts im Reichstag einzubringen: Das Halten von Ammen ist, da sterilisirte Kuhmilch ein vollständiger und billigerer Ersatz von Ammenmilch ist, von Staats wegen zu verbieten und nur dann zu gestatten, wenn ein ärztliches Physikats-Attest für die Nothwendigkeit dazu vorliegt und wenn die Amme ihr Kind bereits verloren hat.

89. Parteigenossen in Pirmasens: Die Reichstagsfraktion hat im Reichstag einen Antrag einzubringen auf obligatorische Einführung der Gewerbegerichte und deren Ausdehnung in der Zuständigkeit auf Dienstboten und ländliche Arbeiter.

90. Die Parteigenossen in Aachen: Die Reichstagsfraktion ist verpflichtet, jedes Jahr im Reichstage den Antrag zu erneuern auf gesetzliche Einführung des Achtstundentages und eines Minimallohnes.

91. Die Parteigenossen des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow: Die Reichstagsfraktion hat im Reichstage einen Antrag einzubringen, in dem der gesetzliche achtstündige Arbeitstag und die Erklärung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag gefordert wird.

92. Die Genossinnen Gerndt-Berlin und Zetkin-Stuttgart:

1. Die Reichstags-Fraktion wird beauftragt, bei den bevorstehenden Berathungen über den Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuchs mit aller Energie die Initiative zu ergreifen für die Beseitigung aller gesetzlichen Bestimmungen, welche die Frau dem Manne gegenüber benachtheiligen.

2. Bei den bevorstehenden Berathungen über den Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuchs mit aller Energie einzutreten für die Rechte der unverheiratheten Frauen als Mütter, sowie für die Rechte ihrer Kinder.

93. Parteigenossen des 14. hannoverschen Kreises: Die Reichstags-Fraktion hat darauf hinzuwirken, daß die Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung auf die Heimarbeiter ausgedehnt wird.

94. Parteigenossen in Mannheim: Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion zu beauftragen, in der nächsten Session einen Antrag auf Vereinheitlichung der ganzen Sozialgesetzgebung (Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung) einzubringen.

95. Die Parteigenossen des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow, sowie die Genossen in Schweidnitz: Die Reichstagsfraktion hat zu veranlassen, daß die Karenzzeit bei der Altersversicherung von 70 auf 60 Jahre herabgesetzt, und über die Alters- und Invalidenversicherung alljährlich eine Statistik veröffentlicht wird. — Die Fraktion hat einen Antrag einzubringen, in welchem gefordert wird, daß die Arbeiter und Handwerker ihre Lohn- und Forderungen über gelieferte Arbeiten auch bei den Grundstück- und Hypothekenbesitzern geltend machen können.

96. Vom Genossen Rohrlack-Berlin: Die Reichstagsfraktion hat, wenn möglich, noch in der bevorstehenden Session des Reichstags folgende Fassung für den § 139b der Gewerbeordnung zu beantragen:

§ 139b. Die Bestimmungen der §§ 134—139b finden auf alle Fabrik-, gewerblichen und hausindustriellen Anlagen Anwendung. Die Aufsicht über die Ausführung der Bestimmungen der §§ 105—120e, 126—128, 134—139a ist besonderen Gewerbe-Aufsichtsbeamten zu übertragen, welche für eine zweijährige Amtsdauer je zur Hälfte voll Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch direkte und geheime Wahl ernannt werden. Wiederwahl ist zulässig. Der dritte Theil dieser Beamten muß weiblichen Geschlechts sein. Die Zahl der Gewerbe-Aufsichtsbeamten wird alle zwei Jahre vom Reichstag festgesetzt, doch muß dieselbe mindestens so hoch sein, daß jeder Betrieb dreimal im Jahre besichtigt werden kann. Die Besoldung der Beamten geschieht aus Reichsmitteln. Kesselrevisionen dürfen den Beamten nicht übertragen werden. Die Gewerbe-Aufsichtsbeamten sind verpflichtet, jede Gesetzwidrigkeit zur Anzeige zu bringen. Sie sind ferner verpflichtet, die gelegentlich der Revision amtlich zu ihrer Kenntniß kommenden Geschäfts- und Betriebsverhältnisse und Einrichtungen, welche den gesetzlichen Vorschriften nicht unterliegen, geheim zu halten.

Die Zuständigkeit der Gewerbe-Aufsichtsbeamten erstreckt sich auf alle für den jeweilig zu revidirenden Betrieb geltenden Bestimmungen der obengenannten Paragraphen der Gewerbeordnung. Alle von den Beamten auf Grund solcher Bestimmungen getroffenen Anordnungen müssen von den Betheiligten ausgeführt werden und können die Gewerbe-Aufsichtsbeamten zur Hilfeleistung die ordentlichen Polizeibehörden heranziehen.

Die erwähnten Beamten haben Jahresberichte über ihre amtliche Thätigkeit zu erstatten, welche dem Bundesrath und dem Reichstag unverkürzt vorzulegen sind.

Die auf Grund der vorstehenden Bestimmungen auszuführenden amtlichen Revisionen müssen die Arbeitgeber zu jeder Zeit, namentlich auch in der Nacht, während des Betriebes, gestatten. Es ist den Gewerbe-Aufsichtsbeamten verboten, eine vorzunehmende Revision den Gewerbetreibenden vorher anzuzeigen.

Die Gewerbe-Aufsichtsbeamten haben alle zwei Jahre eine Statistik über die Zahl der Anlagen und der darin beschäftigten Arbeiter, sowie über Geschlecht und Alter derselben, und deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufzunehmen. Arbeiter und Arbeitgeber sind verpflichtet, alle zu diesem Zweck erforderlichen Angaben zu machen. Dasselbe gilt von denjenigen statistischen Mittheilungen, welche auf Grund besonderer Verfügungen des Bundesraths, des Reichstags oder der Verwaltungsbehörden verlangt werden.

Alle in den §§ 105c, d, e, f und 138a, 139, 139a vorgesehenen Ausnahmebestimmungen sind nur nach Begutachtung und unter Zustimmung derjenigen Gewerbe-Aufsichtsbeamten zulässig, in deren Bezirk die Anlage sich befindet, für welche die Ausnahme nachgesucht ist.

Die Absätze 2 bis 5 des § 154 treten, als hiernach überflüssig, außer Kraft.

97. Parteigenossen in Niederbarnim und Brandenburg: Der Reichstagsfraktion aufzugeben, einen Antrag auf Abänderung des § 7 des Reichstagswahlgesetzes im Reichstage einzubringen, dahingehend, daß Reichstagswählern, wie Schiffern, Schnittern, Flößern, Hausirern, Handelsleuten, Ziegeleiarbeitern, Bauarbeitern u. s. w., die durch Erwerbsverhältnisse verhindert sind, ihr Wahlrecht an ihren Wohnorten auszuüben, gestattet ist, an demjenigen Orte zu wählen, an welchem sie sich zur Zeit der Wahl befinden resp. in Arbeit stehen. — Den Vertretern der sozialdemokratischen Partei wird im Interesse der Landagitation empfohlen, auf dem Parteitag dafür zu stimmen, daß die Fraktion ersucht werde, bei geeigneter Gelegenheit im Reichstage Gesetzesvorschläge etwa folgenden Inhalts einzubringen:

1. Gesetz, betreffend die Aufhebung der Ausnahmegesetze gegen ländliche Arbeiter und gegen das Gesinde. § 1. Sämmtliche landesgesetzlichen Sonderbestimmungen über das Rechtsverhältniß ländlicher Arbeiter, der Schiffer und des Gesindes zu ihren Arbeitgebern werden aufgehoben. Insbesondere werden hiermit die sogenannten Gesinde-Ordnungen, sowie Gesetze und Verordnungen, welche Strafbestimmungen wegen Ungehorsam und Widerspenstigkeit der ländlichen Arbeiter, der Schiffer oder des Gesindes betreffen, oder das Koalitionsrecht ländlicher Arbeiter, der Schiffer oder des Gesindes beschränken, oder die Zuführung oder Zurückführung des Arbeiters zum Arbeitgeber gestatten, aufgehoben. § 2. Die Verträge zwischen ländlichen Arbeitern, Schiffern oder dem Gesinde und ihren Arbeitgebern sind Gegenstand freier Vereinbarung und unterliegen lediglich den allgemeinen Vorschriften über Dienstverträge (Verträge über Handlungen, Lohnverträge, Arbeitsverträge). § 3. Streitigkeiten zwischen den vorgenannten Arbeiterkategorien und deren Arbeitgebern sind durch aus öffentlichen Wahlen hervorgegangene Gerichte unentgeltlich zu entscheiden. Die Gerichte haben zu zwei Dritteln aus Arbeitern und zu einem Drittel aus Arbeitgebern zu bestehen. § 4. Dieselben Gerichte treffen zu Beginn des Jahres ortsstatutarische Bestimmungen über die höchste Länge der täglichen Arbeitszeit und über die Sonntagsruhe der vorgedachten Arbeiterkategorien.

2. Beamte und Mitglieder der bewaffneten Macht, welche Verwaltungsorganen unterstellt sind, sind für ihre Handlungen und Unterlassungen strafrechtlich und zivilrechtlich, ohne Rücksicht darauf, ob ihnen ein Verschulden zur Last fällt, verantwortlich. Anträge auf Bestrafung von Beamten und Mitgliedern der bewaffneten Macht ꝛc. oder Verurtheilung zur Schadenersatzleistung können von Jedem gestellt werden, der sich geschädigt fühlt. Ueber diese

Anträge haben Laiengerichte, die aus allen Kreisen der Bevölkerung zusammenzusetzen sind, zu entscheiden.

3. In die Gewerbeordnung ist eine Bestimmung aufzunehmen, durch welche außer Zweifel gesetzt wird, daß weder der Landesgesetzgebung, noch irgend einem Beamten das Recht zusteht, das Schankgewerbe durch Verbote zu beschränken, zu einer bestimmten Zeit auszuschänken oder öffentliche Lustbarkeiten zu dulden.

4. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, sofort nach Zusammentritt des Reichstags einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen der Artikel 4, Punkt 16 der Reichsverfassung, nach Maßgabe des Punkt 4 des Parteiprogramms zur Durchführung gelangt.

98. Parteigenossen in Halle: Der Breslauer Parteitag wolle beschließen, daß die Fraktion im Reichstage diejenige Stelle im Präsidium einnimmt, auf welche sie geschäftsordnungsmäßig Anspruch zu erheben hat.

99. Genosse Doppler in Mülhausen i. E.: Die Reichstagsfraktion ist zu beauftragen, baldigst einen Antrag auf Abänderung des sog. Krankenversicherungs-Gesetzes einzureichen, da in dem jetzt geltenden eine Reihe von Paragraphen enthalten sind, welche eine wirkliche Versicherung gegen Krankheit vollständig unmöglich machen.

100. Genosse Wohlers in Hamburg-Eilbeck: Die Reichstags-Fraktion wird beauftragt, einen Gesetzentwurf einzubringen, in welchem die gänzliche Aufhebung aller freien Hilfskassen, sowie der Fabrik-Krankenkassen verlangt wird.

Resolutionen.

101. Genossinnen und Genossen in Breslau: Die Unterzeichneten beantragen: Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wolle beschließen: In Erwägung, daß die Arbeits-, Lohn- und Lebensverhältnisse der zur Erwerbsarbeit gezwungenen Mädchen und Frauen immer jämmerlicher werden; daß die Zahl der weiblichen Arbeiterschaft beständig wächst und durch die Konkurrenz der Frauen auch die Lohnverhältnisse der männlichen Arbeiter fortschreitend verschlechtert, sowie die Männer aus weiten Kreisen der Industrie immer mehr verdrängt werden, fordert der sozialdemokratische Parteitag die Genossen, insbesondere die Vertrauenspersonen und die Agitatoren der Partei auf, durch möglichst vielseitige Feststellungen über die unausgesetzte Zunahme der gewerblichen Frauenarbeit und über die für das kommende Geschlecht so verhängnißvolle Lage der Arbeiterinnen in den einzelnen Industriezweigen und Gewerbebetrieben die helle Beleuchtung und die scharfe Kritik allseitiger Oeffentlichkeit zu verbreiten.

102. Parteigenossen des 11. sächsischen Wahlkreises: In der Erwägung, daß der endliche Sieg des Proletariats um so eher eintreten wird, je rascher die sozialistischen Ideen und Lehren allgemeinste Verbreitung gefunden haben, in Erwägung ferner, daß unsere Propaganda immer wieder von Neuem anfangen muß, so lange die Kindererziehung nicht im sozialistischen Sinne betrieben, sondern gänzlich vernachlässigt oder unbewußt in direkt nachtheiliger Weise gehandhabt wird, erklärt der Parteitag es als Pflicht jedes Parteigenossen, für die sozialdemokratische Erziehung seiner Kinder Sorge zu tragen und beauftragt den Partei-Vorstand, für Herausgabe und event. unentgeltliche Verbreitung einer volksthümlich und gemeinverständlich geschriebenen Erziehungslehre für Arbeiter zu sorgen, da von einer planmäßigen Kindererziehung in der Mehrzahl der Arbeiterfamilien bis jetzt nicht die Rede ist und eine solche nur dann eintreten kann, wenn den Eltern angemessene Anregung gegeben wird.

103. Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises: Die Parteiversammlung erklärt sich mit der Thätigkeit der Provinzialkonferenz der Provinz Brandenburg einverstanden mit Ausnahme ihrer Stellung zum Agrarprogramm,

wie sie in der Stadthagen'schen Resolution ihren Ausdruck findet. Die Parteigenossen des fünften Kreises wünschen vielmehr das Weiterbestehen der Agrarkommission zum Studium der ländlichen Verhältnisse und erwarten von dem Parteitage Stellungnahme in diesem Sinne.

104. Parteigenossen in Weilburg: In Erwägung, daß der weitaus größte Theil des ländlichen Proletariats nicht die Mittel besitzt, sich durch Zeitungen und dergleichen Aufklärung über die parlamentarische Thätigkeit unserer Partei im Reichstage zu verschaffen; in fernerer Erwägung, daß von den gegnerischen Parteien diese Unkenntniß benutzt wird, unsere Partei und ihre parlamentarische Thätigkeit zu diskreditiren und die Bekanntgabe derselben, sowohl der unserigen wie der gegnerischen Parteien, ein wirksames Kampfmittel der ländlichen Agitation bieten würde, bitten wir, nach Ablauf einer Session sowohl des Reichstags wie des Landtags einen kurzen Ueberblick über die Berathungen und Beschlüsse der beiden Körperschaften, sowie über die Stellungnahme der einzelnen Parteien zu denselben, in Broschürenform zu veröffentlichen.

105. Von den Genossen des 1. badischen Reichstags-Wahlkreises: Wir sind überzeugt, daß die Agrarkommission ihre Aufgabe, Vorschläge zum Bauernschutz zu machen, erfüllt hat, wir sind zur Ansicht gelangt, daß gründliche Prüfung und Beurtheilung des Agrarprogramms nur dann möglich ist, wenn die Agrarkommission diejenigen Materialien, welche sie zur Aufstellung der einzelnen Forderungen bestimmten, ausführlich bekannt giebt. Wir sind ferner zur festesten Ueberzeugung gekommen, daß die Gewinnung der landwirthschaftlichen Tagelöhner, der kleinen und mittleren Landwirthe nicht nur möglich, sondern zur Erreichung unserer Ziele absolut nothwendig ist. Aus eben diesem Grunde muß die Agitation auf dem Lande energischer und systematischer betrieben werden. Um dieses erreichen zu können, beantragen wir, daß die Agrarkommission zu einer dauernden Einrichtung wird, welche als eine Art Zentrale mit den einzelnen Bezirken in steter Fühlung stehen muß. Sie hat etwaige Vorkommnisse zu sammeln und die Eigenartigkeit der Verhältnisse zu prüfen und zu Agitationszwecken in Form von Flugschriften u. s. w. zu verwerthen. Die Mitglieder der Agrarkommission haben ihre Bezirke periodisch zu bereisen und mit erfahrenen Genossen, namentlich auch auf dem Lande, den Stand der Agitation und die vorhandenen Wünsche zu besprechen. Wir beantragen des Ferneren die Fertigung besonderer Bauernagitations-Broschüren und zwar sowohl für den Norden, den Süden und Mitteldeutschland. Nur dadurch ist es möglich, daß die mit der Agitation betrauten Personen eine richtige Direktive erhalten und Stegmüllereien verhütet werden. Die Ausgabe einer derartigen Broschüre halten wir schon deshalb geboten, weil die Bauern z. B. des badischen Oberlandes zum größten Theile im Besitze der allerdings verschuldeten Produktionsmittel sind, die dem Fabrikarbeiter schon längst entwunden sind. Hier muß also eine ganz andere Agitation als in der Stadt Platz greifen.

106. Parteigenossen in Bremerhaven: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, an die Reichsregierung die Forderung zu stellen, eine Statistik von den Seemannsämtern über die Zahl der in den drei letzten Jahren wirklich angemusterten Seeleute, im Gegensatz zu den im Handbuch für die Handelsmarine angegebenen Zahlen, herauszugeben, indem sich dann herausstellen wird, daß die Besatzung in keinem Verhältniß zu der Größe der Schiffe steht.

Bericht des Partei-Vorstandes.

Allgemeines. Die Kunde von der jähen Unterbrechung des „neuen Kurses", von dem Sturze Caprivi's und Eulenburg's, traf am Vorabend des Schlusses des Parteitags in Frankfurt ein. Wie wenig unsere Partei von derartigen Wandlungen berührt wird, spiegelte sich in der Thatsache ab, daß des Vorgangs auf dem Parteitag mit keinem Wort Erwähnung geschah. Erst in seinem Schlußwort fand Genosse Singer Gelegenheit, unter der einmüthigen begeisternden Zustimmung der Delegirten zu betonen: „Wir fürchten auch nicht den allerneuesten Kurs, wir stehen ihm gewaffnet gegenüber".

Die erste Episode des Thatendranges des neuesten Kurses uns gegenüber, die Umsturzvorlage hat jammervoll Schiffbruch gelitten. Das Steuer versagte, weil jede Interessengruppe der alten Gesellschaft Steuermann spielen wollte, eine Gruppe die andere im Verdacht des Freibeuterthums hatte.

Nach einiger Zeit politischer Windstille ertönen abermals die Unkenrufe nach einem gegen uns gerichteten Ausnahmegesetz. Auch dieses läßt uns kalt. Was auch in Zukunft noch für Pläne zur Lahmlegung unserer Propaganda ausgeheckt werden mögen, die Partei wird jeden gegen sie geführten Streich zu pariren wissen.

Wir sind auf Alles vorbereitet.

Nach Schluß des Frankfurter Parteitages trat die neugewählte Parteileitung sofort zu ihrer konstituirenden Sitzung zusammen. Die in derselben gefaßten, auf die formale Geschäftsführung Bezug habenden Beschlüsse, sind den Genossen in Nummer 256 des „Vorwärts" vom 2. November v. J. zur Kenntniß gebracht.

Ehe das Jahr 1894 zur Rüste ging hat die Partei noch 2 größere Kämpfe beendigt.

Am 2. November wurde von den Dresdener Genossen der Boykott gegen die Waldschlößchen-Brauerei aufgehoben. Nach halbjährigem, zähe und energisch seitens der Genossen geführten Kampf, kapitulirte die Brauerei fast bedingungslos.

In Berlin gelangte die Arbeiterschaft nach achtmonatlichem opferreichen Kampf zu einem ehrenvollen Vergleich in Sachen des Bierboykotts. Den Herren vom Berliner Bierring dürfte nicht danach gelüsten, zum zweiten Mal der Arbeiterschaft den Fehdehandschuh hinzuwerfen.

Außerordentlichen Schwierigkeiten begegnet die Agitation für die Arbeiterinnenbewegung. Die Einheitlichkeit der Bewegung wurde zerstört durch die Auflösung der in Berlin domizilirenden Agitations-Kommission seitens der Polizeibehörde am 19. Februar d. J.; durch Erkenntniß vom 31. Mai d. J. erhielt die polizeiliche Anordnung gerichtliche Sanktion. Auch anderweit, so in Altona und Nürnberg, verfielen Frauen-Bildungsvereine der Auflösung, indem der politische Charakter derselben als erwiesen erachtet wurde. Nach dem Fall der Umsturzvorlage verfällt in Bayern jede Versammlung der Auflösung, an der Frauen theilzunehmen beabsichtigen. Doch Druck erzeugt Gegen-

druck. Wir können mit Genugthuung feststellen, daß gerade in diesem Jahre eine so rege Agitation unter den Arbeiterinnen in allen Theilen Deutschlands entfaltet wurde, wie kaum zuvor.

Der Förderung der Agitation unter den Arbeiterinnen hat auch der Vorstand seine Aufmerksamkeit gewidmet. Ein Flugblatt, in dem die sozialpolitische Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann gefordert und die Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts als das Mittel zur Erreichung des Zweckes bezeichnet wird, hat in einer Auflage von 180 000 Exemplaren Verbreitung gefunden.

Die von dem Frankfurter Parteitag gewählte Agrarkommission konstituirte sich am 10. Februar in Berlin. Als Ergebniß der Berathungen derselben liegen die vom Vorstand am 16. Juli d. J. in Nummer 163 des „Vorwärts" bekanntgegebenen Erweiterungen des Programms dem Parteitag zur Berathung und Beschlußfassung vor.

Oefter wird von den Genossen über mangelhaften Versammlungsbesuch geklagt. Die Klagen würden verstummen, wenn die Arbeiter den Versammlungen die gleiche Wichtigkeit beilegen wollten, die denselben von der Regierung beigelegt wird. So wurde in einem von dem Regierungspräsidenten in Potsdam am 22. Dezember v. J. erlassenen Rundschreiben den Landräthen die peinlichste Ueberwachung und Berichterstattung über die gegen die Umsturzvorlage arrangirten Protestversammlungen empfohlen. Es ist anzunehmen, daß gleiche Verfügungen in allen Regierungsbezirken erlassen wurden.

Die frühere Praxis, unsere Parteiorganisation zu einem Verein umzustempeln, ist in Sachsen bereits in Aufnahme gekommen. So in Chemnitz, Zwickau und neuerdings in Limbach. Schaden ist damit der Partei nicht zugefügt worden. Es geht auch so.

Eine weitere Verfügung des sächsischen Ministeriums des Innern und des Kultus geht dahin, die Kinder von den Festen kirchlicher oder politischer Parteien fern zu halten. Die Verordnung ist zwar im allgemeinen Rahmen gehalten und trägt den Anstrich des gemeinen Rechts, in der Praxis charakterisirt sie sich jedoch als eine Ausnahmebestimmung schlimmster Art, da nur allein die von den Genossen ausgehenden Veranstaltungen getroffen werden.

Eine Anzahl Beschlüsse des Frankfurter Parteitags wurden dem Vorstand zur Ausführung bezw. Erwägung überwiesen. Der Beschluß, den darum ansuchenden Vertrauensleuten den „Vorwärts" gratis auf Kosten der Parteikasse zu liefern, ist vom 1. Januar d. J. ab zur Ausführung gelangt. Mit der Ausführung des bezüglichen Beschlusses sind viele Unzuträglichkeiten verknüpft. Die Parteileitung ist deßhalb der einmüthigen Ansicht, daß die Aufhebung des angezogenen Beschlusses den Interessen der Partei entspricht. Ein diesbezüglicher Antrag ist von den Kontrolleuren gestellt.

„Neugründungen von Parteigeschäften haben zu unterbleiben", so beschloß der Frankfurter Parteitag, was jedoch nicht verhinderte, daß der Vorstand in die Zwangslage kam, Genossen den bezüglichen Beschluß in Erinnerung bringen zu müssen. Die Herausgabe eines elsaß-lothringischen Parteiorgans scheiterte an den eigenartigen, ausnahmegesetzlichen Einrichtungen der Reichslande. Desgleichen die Herausgabe eines in französischer Sprache erscheinenden Wochenblattes für Lothringen. Dagegen ist das gewünschte Korrespondenzbureau in Mülhausen eingerichtet, über dessen Kostenpunkt an anderer Stelle berichtet wird.

Die Agitation unter den Seeleuten hat durch die Herausgabe der Broschüre „Seemanns Leben und Leiden" wesentliche Förderung erfahren.

Neben und mit der allgemeinen Agitation wandten die Genossen der Bekämpfung der Tabakfabrikatsteuer ihre volle Kraft zu. Der steigende Unwille des Volkes, hervorgerufen durch die stetige Beunruhigung einer umfangreichen Industrie, fegte den verhaßten Gesetzentwurf hinweg.

Bezüglich des Beschlusses „Die Abschaffung der Akkordarbeit in denjenigen Druckereien, in denen Parteiblätter hergestellt werden" konnte sich der Parteivorstand zur Durchführung einer so einschneidenden Maßregel nicht verstehen, ohne in Fühlung mit den zunächst Betheiligten zu treten.

Aus den Setzerkreisen wurde allgemein der Wunsch geäußert, die Angelegenheit so lange auf sich beruhen zu lassen, bis über dieselbe ein Beschluß der Generalversammlung des Deutschen Buchdruckerverbandes vorliege. Der Verbandstag der Buchdrucker, der vom 17. Juni d. J. ab in Breslau tagte, erklärte sich mit allen gegen 3 Stimmen gegen die Abschaffung der Akkordarbeit. Der Beschluß lautet: „In der Einführung des gewissen Geldes vermag die Generalversammlung eine Förderung der Gehilfen-Interessen erst dann zu erblicken, wenn die für diesen Entlohnungsmodus nothwendigen Voraussetzungen vorhanden sind. Bei der jetzt üblichen Gepflogenheit, das gewisse Geld immer mehr auf das Minimum herabzudrücken, bei möglichst hohen Leistungen, würde diese Entlohnungsweise zur Zeit nur das Herabsinken des Lohnes wie die Beschränkung der persönlichen Freiheit herbeiführen."

Nach Ansicht des Vorstandes bleibt die Beseitigung der Akkordarbeit erstrebenswerthes Ziel. Jedoch ist derselbe nach reiflicher Erwägung aller einschlägigen Momente der Meinung, daß die Beseitigung der Akkordarbeit im Buchdruckergewerbe im jetzigen Entwicklungsstadium der wirthschaftlichen Verhältnisse der Gesammtheit der Arbeiter keine nennenswerthen Vortheile, einem großen Bruchtheil der Buchdrucker aber erhebliche Nachtheile bringt.

Aus diesen Erwägungen glaubte der Vorstand den Arbeiterinteressen damit am besten dienen zu sollen, die Ausführung des Frankfurter Beschlusses vorläufig auf sich beruhen zu lassen, um den Parteitag Gelegenheit zu geben, sich nochmals über die Sache zu äußern.

In einer Reihe von Parteiorten waren seit geraumer Zeit Differenzen der Genossen untereinander vorhanden, zu deren Beilegung mehrmals die Mitwirkung des Vorstandes beansprucht wurde. Erfreulicherweise wurde allenthalben das gute Einvernehmen wieder hergestellt. Allerorten arbeiten die Genossen einmüthig in geschlossener Phalanx.

An der felsenfesten Ueberzeugung, Träger und Vollzieher einer großen Kulturmission zu sein, und dem damit verbundenen Pflichtbewußtsein der Genossen, zerschellen alle Machinationen unserer Gegner.

* * *

Agitation. Eine rege Agitation wurde nach dem Schluß des Frankfurter Parteitages von den heimkehrenden Delegirten entfaltet. Die Genossen von Frankfurt und dessen Umgebung hatten die Tagung des Parteitages nach Möglichkeit ausgenutzt, Delegirte zu Referaten heranzuziehen.

Im Uebrigen ist dem Wunsche der Genossen in Bezug auf Zuwendung von Rednern seitens des Vorstandes in weitgehendem Maße entsprochen worden. Wie in den voraufgegangenen Jahren sind auch im verflossenen Sommer größere Agitationstouren von dem Vorstand zur Ausführung gebracht. Daß nicht alle Wünsche, die die Genossen hegten, befriedigt werden konnten, fällt dem Vorstand nicht zur Last. Die Genossen müssen sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß Unmögliches nicht geleistet werden kann, und daß die Kräfte Einzelner nicht hinreichen, die Anforderungen zu befriedigen, die an sie gestellt werden. Mußte hier und da eine ablehnende Antwort ertheilt werden, so lagen stets triftige Gründe vor.

Mit dem Wachsthum und der Ausbreitung der Partei fällt die Ausführung der Agitation in ihren Einzelnheiten immer mehr den Provinzial- und Kreis-Agitationskomitees zu. Ihnen ist die lobende Anerkennung nicht zu versagen, daß sie sich ihrer Aufgabe mit Eifer und Hingebung gewidmet haben.

Ueberall haben im Anschluß an den Parteitag Kreiskonferenzen, Provinzial- und Landesparteitage stattgefunden. Hauptaufgabe derselben war, sowohl die mündliche Agitation zu unterhalten, und wie auch der Presse eine weitere Verbreitung zu schaffen. Im Großen und Ganzen ist Beides den Genossen gelungen. Wo die eigene Kraft der Genossen nicht ausreichte und das berechtigte Bedürfniß vorlag, hat der Vorstand nach Kräften Beihilfe geleistet.

Doch muß auch ein Uebelstand erwähnt werden, der sich durch die Thätigkeit der Kreis- und Provinzialkomitees herausgebildet hat. Zahlreiche Parteiorte haben die Verbindung mit dem Vorstand vernachlässigt. Absatz 2 des § 4 und § 5 des Organisationsstatuts existirt für eine große Anzahl Parteiorte nicht. Diese Nichtbeachtung kann unter Umständen zu großen Unzuträglichkeiten führen. Ungeachtet dieses Umstandes ist bei der Ausdehnung der Partei und der außerordentlichen Rührigkeit der Genossen die Korrespondenz mit dem Vorstand konstant geblieben ist.

In der Zeit vom 1. Oktober 1894 bis zum 31. August d. J. gingen bei dem Vorstand ein: 4361 Briefe und Karten. Zum Versandt kamen in dem gleichen Zeitraum 4109 Briefe und Karten, worin die Zirkulare, Kreuzbandsendungen und Packete nicht mit einbegriffen sind.

Im Allgemeinen hatte die Agitation unter dem Druck des geschäftlichen Niedergangs und der damit in Verbindung stehenden Arbeitslosigkeit zu leiden.

Die Führung schwarzer Listen ist vielfach konstante Praxis der Unternehmerverbände geworden. Auch sonst ist von der Unternehmerklasse und von den Behörden alles Mögliche aufgeboten worden, die Agitation unserer Genossen lahmzulegen. In Berücksichtigung aller dieser Umstände verdient der Agitationseifer und die Opferfreudigkeit der Genossen, die alle Hindernisse überwinden, die vollste Anerkennung.

Wurde auch der Einzelne hier oder dort durch behördliche oder private Maßregelung schwer geschädigt, so hat dieselbe fast niemals den beabsichtigten Zweck erreicht. Im Gegentheil! Viele der Agitation bis dahin fern Gestandene wurden der Agitation durch die über sie verhängte Maßregelung zugeführt. Jeder gemaßregelte Genosse wurde Agitator. Da, wo die eigene Kraft nicht ausreichte, sich der Knute der wirthschaftlichen Abhängigkeit zu entziehen, trat die Partei helfend ein. Allen Maßregelungen zum Trotz ist der Vormarsch der Sozialdemokratie ein unaufhaltsamer.

Wahlen zu den verschiedensten Körperschaften boten reichlich Gelegenheit, die Agitation zu fördern. Im Laufe des Jahres fanden zahlreiche Nachwahlen zum Reichstag statt. So in Osterburg-Stendal, Bernburg, Lyk-Oletzo, Eschwege-Schmalkalden, Eisenach, Hofgeismar-Rinteln, Lennep-Mettmann, Weimar-Apolda, Dresden-Land, Erstein-Molsheim, Geislingen-Heidenheim, Köln-Stadt, Aschaffenburg, Kolberg-Köslin und Waldeck. Wir verloren Lennep-Mettmann und eroberten Dresden-Land. Mit dem Letzteren gelangten wir in einem Kreis zum Sieg, der längst schon für uns reif war, und bisher nur durch die gewaltthätige Agitation der vereinigten Gegner uns vorenthalten wurde. Der Verlust des eben erst eroberten Wahlkreises Lennep-Mettmann ist hauptsächlich dem Umstande geschuldet, daß insbesondere bei der engeren Wahl die Gegner sich insgesammt vereinigten und mit einem bisher nicht gekannten Hochdruck arbeiteten. Demgegenüber ist die Mehrung der sozialdemokratischen Stimmen bei der Stichwahl um nahezu 2000 gegen die Wahl von 1893 ein hochanzuschlagender Erfolg zu nennen.

Aehnliche Erscheinungen boten die Wahlen in Erstein-Molsheim, in Bernburg, in Weimar-Apolda und Eschwege-Schmalkalden. In letzterem Kreise betheiligte sich die Sozialdemokratie vor 8 Jahren zum ersten Mal an den Wahlen. Heute ist sie stärkste Partei des Kreises.

Die Sozialdemokratie hat ferner keine Gelegenheit versäumt, ihre Sitze in den Landtagen der Einzelstaaten zu vermehren. Die Sozialdemokratie hat in dem sächsischen Landtag 14, in dem bayerischen 5, dem württembergischen 2, dem badischen 3, dem hessischen 3, dem altenburgischen 4, und dem weimarischen, dem gothaischen, dem meiningischen, dem reußischen j. L. und schwarzburgischen Landtag je ein Mandat inne.

Umfangreiche Vorbereitungen für die im Herbst stattfindenden Ergänzungswahlen haben die Genossen in Sachsen und Baden getroffen.

Die Betheiligung der Genossen an den Gemeindewahlen wird immer stärker. In fast allen deutschen Staaten sind die Genossen in die Gemeindevertretungen eingedrungen. Am hervorragendsten jedoch im Königreich Sachsen. Obgleich dort wie in den meisten anderen Staaten das Gemeindewahlrecht auf die Wahrung der Klassenvorrechte der bürgerlichen Gesellschaft zugeschnitten ist.

Sozialdemokratie und Arbeiterklasse werden immer mehr identische Begriffe, das geht namentlich aus der Betreibung der Wahlen zu den Gewerbegerichten unzweideutig hervor. Außer drei uns bekannt gewordenen Ausnahmen haben allenthalben in der Klasse der Arbeiter die Kandidaten der klassenbewußten Arbeiterschaft den Sieg davongetragen; in mehreren Fällen auch in der Klasse der Unternehmer. In Frankfurt a. M. sind sämmtliche Beisitzer Genossen. In Offenburg erhielt z. B. die sozialdemokratische Liste 264 von 270 abgegebenen Stimmen, in Pforzheim 1648 gegen 160 Stimmen. Das glänzendste Resultat erzielte Chemnitz. Trotz der gewaltigsten Anstrengungen brachten es die Gegner auf nur 99 Stimmen, denen 3679 sozialdemokratische Stimmen gegenüber standen. Als ein schwerer taktischer Fehler muß es aber bezeichnet werden, wenn Genossen, durch voraufgegangene Siege in Sicherheit gewiegt, in Lauheit verfallen, weil der Sieg nicht streitig sei. So siegte z. B. am 16. Dezember v. J. in Remscheid zwar die sozialdemokratische Liste mit 632 Stimmen, doch waren die Stimmen um mehr als die Hälfte im Vergleich zu der Wahl vor 3 Jahren zurückgegangen, und obgleich die Wahl an einem Sonntag stattfand. Der fakultative Charakter des Gesetzes über die Errichtung der Gewerbegerichte wird von den Arbeitern schwer empfunden. Häufig kommt es vor, daß Orte mit zahlreicher industrieeller Bevölkerung sich vergeblich um die Errichtung eines Gewerbegerichts bemühen. Wir nennen z. B. Meißen und Luckenwalde. In dem für Meißen ergangenen ablehnenden Bescheid der Amtshauptmannschaft heißt es sehr charakteristisch: „Durch Beibehaltung der seitherigen Einrichtungen würden verschiedene mit der Einrichtung eines Gewerbegerichts verbundene Nachtheile vermieden". Und als solche wurden bezeichnet: „Anreiz zum unnützen, ja frivolen Prozessiren, Ausbeutung der Beisitzerwahlen zu politischen Zwecken und Aufwendung nicht geringer Kosten durch die Gemeinden". Ob sich die betreffende sächsische Behörde klar geworden ist, was für ein Urtheil sie mit dem Erlaß über ein Reichsgesetz fällte?

Das Verhalten der Behörden in den angezogenen Fällen ist die beste Beackerung des Bodens, auf dem die Sozialdemokratie gedeiht.

* * *

Die Feier des 1. Mai trug in diesem Jahre, dem Parteitagsbeschluß entsprechend, den gleichen Charakter wie im vorigen Jahre. Die würdigste Form der Feier, das Ruhenlassen der Arbeit, kam in stärkerem Maße wie früher zur Anwendung.

Die Demonstration am 1. Mai für die internationale Verbrüderung, den Weltfrieden und die Klassenforderungen der Arbeiter sichert dem 1. Mai die Bedeutung als Feiertag des klassenbewußten Proletariats aller Länder.

Gleich der Feier des 1. Mai hat sich die Feier des 18. März einen dauernden Platz in den Herzen der deutschen Arbeiter erobert.

* * *

Der Bestand der **Parteipresse** ist im abgelaufenen Berichtsjahr fast unverändert geblieben. Neu hinzugekommen ist das seit dem 1. November v. J. von den Genossen in Harburg herausgegebene Volksblatt, das 6mal wöchentlich erscheint, und das in gleicher Erscheinungsform seit dem 1. April d. J. herausgegebene Lüneburger Volksblatt. Im übrigen ist sowohl bei den politischen wie bei den gewerkschaftlichen Blättern nur eine unwesentliche Aenderung in der Erscheinungsweise zu verzeichnen.

Die folgende vergleichende Tabelle giebt ziffernmäßigen Aufschluß über den Stand der Parteipresse:

Es erschienen:

a) Politische Blätter:

		1891	1892	1893	1894	1895
wöchentlich	6 Mal	27	32	32	37	39
„	3 „	23	20	25	20	20
„	2 „	7	6	7	9	8
„	1 „	10	12	11	8	9
alle 14 Tage	1 „	1	—	—	—	—
		68	70	73	74	76

b) Gewerkschaftsblätter:

		1891	1892	1893	1894	1895
wöchentlich	3 Mal	1	1	1	1	1
„	2 „	—	1	—	—	—
„	1 „	24	28	28	27	27
monatlich	3 „	3	3	2	2	2
alle 14 Tage		22	20	19	19	18
monatlich	1 „	4	3	5	4	5
		54	56	55	53	53

Um das Bild der Parteipresse vollständig zu zeichnen, sei noch auf die bei J. H. W. Dietz in Stuttgart erscheinende wissenschaftliche Revue, die „Neue Zeit" verwiesen.

Als Witzblätter erscheinen der „Wahre Jacob" in Stuttgart und der „Süddeutsche Postillon" in München.

Ferner wird die „Neue Welt" einer Reihe von Parteiblättern als Unterhaltungs-Beilage beigelegt.

Für den im Parteiverlag erscheinenden „Neue Welt-Kalender" kommt für die Ausgabe 1896 der reduzirte Preis von 40 Pfg. zur Anwendung, der hoffentlich auf die Steigerung der Auflage von Einfluß sein wird.

Neben dem allgemeinen Parteikalender bürgern sich immer mehr die billigen Landes- und Provinzialkalender ein, die ihre Aufgabe nach Kräften erfüllen, so in Schleswig-Holstein, der Mark Brandenburg, in Württemberg und der Rheinpfalz.

* * *

Die angefügte Abrechnung unseres Zentralorgans „Vorwärts", die das Geschäftsjahr vom 1. Juli 1894 bis einschließlich den 30. Juni d. J. umfaßt,

weist einen Ueberschuß von 55 536,45 Mk. nach. Derselbe hat gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung von 8031,96 Mk. erfahren. Die gesteigerten Erträgnisse des „Vorwärts" entfallen sowohl auf den vermehrten Abonnentenstand, als wie auf die Einnahmen aus dem Inseratenwesen, ein greifbarer Beweis der Wechselwirkung der Zunahme des politischen und wirthschaftlichen Einflusses unserer Parteientwicklung.

Seit dem 2. September ist ein weiteres erfreuliches Steigen der Auflage des „Vorwärts" zu verzeichnen. Inwieweit mit dieser Thatsache der bekannt gewordene und von der „gesinnungstüchtigen Presse" so viel kommentirte Aufruf an „das gesammte Volk" in Verbindung zu bringen ist, wollen wir dahingestellt lassen.

Sprach der vorjährige Vorwärtsbericht von einer gewaltigen Steigerung des Ausgabepostens für Gerichtskosten und Strafen, so können wir von einer Wendung zum Besseren nicht berichten. Auch in diesem Jahre verschlang der Justizfiskus 5630,60 Mk.

Soweit die Berliner Genossen durch ihr dazu berufenes Organ, die Preßkommission, Wünsche anzubringen und Ausstellungen an den lokalen und Inseratentheil zu machen hatten, ist nach beiden Richtungen hin von der Expedition und Redaktion im Einverständniß mit dem Vorstand entsprochen worden.

Die zu diesem Behufe nothwendigen Konferenzen der Betheiligten fanden am ersten Mittwoch jeden Monats statt.

* * *

Der Abonnentenstand des „Sozialdemokrat" beträgt zur Zeit 4300 gegen 5700 am Schlusse des vorigen Berichtsjahres.

Im Letzteren erforderte das Blatt einen Zuschuß aus der Parteikasse in Höhe von 14 144,20 Mk., worin freilich 4081,74 Mk. für Gerichts-, Haft- und Stellvertretungskosten der Redaktion einbegriffen sind. Bei dem derzeitigen Abonnentenstand würde das Blatt pro Quartal eine Einnahme von Mk. 4200 aufweisen, dem eine Ausgabe von 6700 Mk. gegenübersteht. Somit wäre ein Zuschuß von 2500 Mk. pro Quartal erforderlich, der sich aber nothwendigerweise um den Betrag erhöhen muß, der sich aus dem Ausfall nicht einbringlicher Abonnementsbeträge und etwaiger Prozeß- und Stellvertretungskosten ergeben wird.

Die Außenstände betrugen am Schluß des II. Quartals d. J. rund 3300 Mk. Davon entfallen auf das I. Quartal 1894 82,90 Mk., das II. 276,35 Mk., das III. 254,00 Mk., das IV. 124,10 Mk., auf das I. Quartal 1895 439,05 Mk. und das II. 2123,92 Mk.

Der Vorstand hielt es für seine Pflicht, am Schluß des Jahres 1894 die ihren Zahlungsverpflichtungen lässig nachkommenden Filial-Expedienten des „Sozialdemokrat" durch unsere Vertrauensleute zu mahnen; der Erfolg entsprach nicht den gehegten Erwartungen.

Auf das Ausland entfielen 780 Abonnenten, die sich wie folgt vertheilten: Nord-Amerika 300, Süd-Amerika 20, England 135, Schweiz 125, Frankreich 90, Oesterreich-Ungarn 45, Rumänien 30, Holland 5, Portugal 10, Belgien 10, Afrika, Italien, Rußland, Schweden und Norwegen, Ost- und Niederländisch-Indien je 2 Abonnenten.

Ungeachtet aller Bemühungen der Redaktion, der Expedition und des Parteivorstandes ist die erhoffte Steigerung des Abonnements nicht eingetreten. Im Gegentheil, dasselbe ist von Quartal zu Quartal zurückgegangen. Demgemäß sind die Zuschüsse, relativ gemessen, gestiegen. Eine Besserung ist nicht abzusehen.

Unter so bewandten Umständen muß die Schaffensfreudigkeit jeder Redaktion erlahmen. Die Gesammtparteileitung erachtet es deshalb im Interesse der Partei liegend, dem Parteitag den Antrag zu unterbreiten: Das Erscheinen des „Sozialdemokrat" mit dem 31. Dezember 1895 einzustellen.

	Juli-September 1894	Oktober-Dezember 1894	Januar-März 1895	April-Juni 1895
A. Eingänge:				
Abonnementsgelder durch die Expedition	95829 85	94282 30	93925 40	93541 40
Abonnementsgelder durch die Post . .	7825 30	8469 50	9992 05	9272 60
Inseraten-Einnahme	21779 40	28182 35	24688 15	32603 60
Gewinn aus dem Broschürenverkauf durch die Expedition		1276 —		
Gesammt-Einnahme Mk.	125434 55	132210 15	128605 60	135417 60
B. Ausgänge:				
Diverse Unkosten: (Porto für Kreuzbänder, Gebühren f. Ueberweisungen, Porto u. Depeschen der Redaktion, Telephon, Steuern, Beleuchtung, Heizung, Laufbursche der Redaktion, Schreibutensilien, Geschäftsbücher u. Formulare, Flugblätter 2c.	3688 15	5915 40	3809 80	4966 55
Zeitungs-Abonnement	296 60	304 35	320 80	300 85
Berichterstatter-Honorar	6739 75	7103 50	5023 05	6594 10
Feuilleton.	640 40	493 90	690 30	750 40
Redaktion und angestellte Mitarbeiter	10046 25	11133 50	11320 60	11211 30
Depeschen und Parlamentsberichte . .	450 20	3105 10	1110 30	1080 30
Neue Welt	6818 10	6733 80	6763 50	6687 60
Gehälter der Expedition	2254 —	2330 —	2397 —	2597 —
Miethe.	1012 50	1012 50	1012 50	1125 —
Gerichtskosten und Strafen	403 60	730 85	2570 15	1926 —
Redaktionsbibliothek	92 70	65 55	47 10	438 80
Druckrechnung	79195 50	83217 15	82496 75	77108 35
Gesammt-Ausgabe Mk.	111637 75	122145 60	117561 85	114786 25
Gewinn . . . . . „	13796 80	10064 55	11043 75	20631 35
wie oben unter A Mk.	125434 55	132210 15	128605 60	135417 60

Berlin, den 18. September 1895.

Revidirt und für richtig befunden.

H. Meister. E. Meist. Aug. Kaden. Karl Oertel.
H. Koenen. W. Klees. Theodor Metzner.

Die Abrechnung unseres Zentral-Wochenblattes „Der Sozialdemokrat" pro Juli 1894 bis 30. Juni 1895 stellt sich wie folgt:

	Juli-Sept. 1894	Okt.-Dez. 1894	Jan.-März 1895	April-Juni 1895
A. Eingänge:				
Abonnementsgelder	4708 42	5889 11	4914 07	3746 35
Parteizuschuß	3604 70	2367 35	3962 45	4209 70
Gesammt-Einnahme Mk.	8313 12	8256 46	8877 42	7956 05
B. Ausgänge:				
Druckrechnung	3175 95	2898 20	2493 40	2475 65
Redaktion	1650 60	2125 40	3150 80	2550 30
Expedition	654 86	665 40	693 04	695 50
Mitarbeiter	1567 93	833 18	1150 70	617 36
Diverse Unkosten: Bureau-Utensilien, Miethe, Beleuchtung, Bibliothek und Zeitungsabonnement	268 51	279 62	238 25	353 15
Porto: Versand der Zeitungen, sowie Korrespondenz der Redaktion u. Exped.	995 27	957 58	868 73	836 93
Gerichts- und Haftkosten	— —	497 08	282 50	427 16
Gesammt-Ausgabe Mk.	8313 12	8256 46	8877 42	7956 05

Die **Buchhandlung des „Vorwärts"** kann auf ihren Abschluß für das verflossene Geschäftsjahr — vom 1. Juli 1894 bis 30. Juni 1995 — mit Befriedigung zurückblicken. Sowohl Jahresumsatz wie Geschäftsgewinn und Vermögensstand haben sich gehoben. Im Vorjahre betrug der Jahresumsatz 136389,02 Mk., im abgelaufenen war er gestiegen auf 148 444,01 Mk. Auch der Lagerbestand hielt sich durch Neuzugänge auf ziemlich gleicher Höhe, obgleich wir bei der diesjährigen Inventur zum ersten Mal auf die vorhandenen Waarenbestände eine Abschrift von 10 % = 3275,78 Mk. vornahmen; er betrug am 30. Juni 29490 Mk. gegen 30763 Mk., das Vermögen der Buchhandlung war am Schlusse des Geschäftsjahres gestiegen auf 52 723,70 Mk. gegen 48 247,93 Mk. Demnach beziffert sich der Reingewinn des Geschäftes auf 18 448,72 Mk. gegen 9 274,93 Mk. des Vorjahres. Aus diesem Geschäftsgewinn wurden bis 30. Juni an die Parteikasse 14 000 Mk. (gegen 6000 Mk. im Vorjahre) abgeführt, doch konnten bereits auf das neue Jahr seither abermals 9000 Mk. der Parteikasse überwiesen werden.

Dem regen Leben der Partei entsprach auch die Thätigkeit der Buchhandlung. Der im Vorjahre zur Lieferungsausgabe gebrachte Leipziger Hochverraths-Prozeß wurde zu Ende geführt und in der Höhe von 8000 Exemplaren abgesetzt. Das drohende Umsturzgesetz und die daraus bedingte politische Unsicherheit der nächsten Zukunft ließen die Buchhandlung davon absehen, den Verlag durch Inangriffnahme größerer literarischer Pläne auf längere Zeit hinaus zu binden. Doch vernachlässigte sie deshalb keineswegs ihre Aufgabe: durch Herausgabe billiger und zeitgemäßer Schriften an der Verbreitung unserer Ideen in den Massen und an deren Vertiefung in den Reihen der Genossen zu arbeiten.

Im Laufe des Jahres sind neu erschienen: Bebel: Das allgemeine Stimmrecht (20 000 Exemplare), Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich (3000 Exemplare), Keßler: Die Ziele der Sozialdemokratie (20 000 Exemplare), Mehring: Gustav Adolf (32 000 Exemplare), C. D. Schmidt: Die Arbeitslosigkeit (10 000 Exemplare). Von den Heften der Umsturz-Debatte im Reichstag sind 173 000 Hefte ins Land gegangen, worüber die Väter dieser blamablen Vorschläge kaum sonderlich erfreut sein dürften. Die vom Verlage im letzten Jahre ins Leben gerufene Sammlung sozialistischer Theaterstücke wurde um einen neuen Schwank vermehrt: Scävola: Der entlarvte Spitzel.

Von der Maifestzeitung wurde bekanntlich auf Veranlassung der Berliner Staatsanwaltschaft am 26. April ein Theil der Auflage konfiszirt; mußte sie auch bereits am 2. Mai wieder freigegeben werden, so bedeutete sie für die Buchhandlung im Augenblicke doch eine finanzielle Schädigung, die allerdings seitens der Genossen durch vermehrte Nachfrage in ihr Gegentheil verwandelt wurde.

In Bezug auf die Parteitags-Protokolle wurde auf dem Frankfurter Parteitag der Wunsch nach Verbilligung ausgesprochen. Sollte dieser Wunsch erfüllt werden, ohne daß durch Kürzung des Umfanges die ausführliche Wiedergabe der Verhandlung beeinträchtigt wurde, dann mußte der Verlag zu einer Aenderung des Formates schreiten — ein Uebelstand, dem dadurch wieder abgeholfen werden kann, daß alle künftigen Protokolle in gleichem Format erscheinen. Neben dem regen Interesse, das den Verhandlungen dieses Parteitags seitens der Genossen entgegengebracht wurde, ist wohl auch diese Verbilligung die Ursache, daß von dem Protokoll mehrere Auflagen bis zur Gesammthöhe von 40 000 Exemplaren abgesetzt wurden.

Neben diesen Neuausgaben, die seit 1. Juli abermals um mehrere Broschüren vermehrt sind, schritt die Buchhandlung zu einer Reihe von Neuauflagen früher erschienener Parteischriften: Marx-Engels: Das kommunistische Manifest erlebte innerhalb Jahresfrist drei Auflagen von je

2000 Exemplaren; Bracke: Nieder mit den Sozialdemokraten vier Auflagen von je 10000 Exemplaren; von Kautsky-Schoenlank: Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie wurden 10000 Exemplare neu abgesetzt, von Liebknecht: Wissen ist Macht 17000 Exemplare, vom Parteiprogramm 20000 Exemplare, vom Organisationsstatut 12000 Exemplare. Desgleichen wurden Neuauflagen nöthig von Dietzgen: Zukunft der Sozialdemokratie, Lafargue: Kapitalismus und Kommunismus, Braun: Die Kartelle, Fischer: Ostende von London, Krause: Entwicklung der Geschichtsauffassung und Müller: Preußische Volksschulzustände. Die zu der Gewerbeordnung von dem Bundesrath erlassenen verschiedenen Ausführungsbestimmungen, u. A. über die Ausnahmen von der Sonntagsruhe, veranlaßten eine neue und vermehrte Ausgabe der unserer billigen Gesetzessammlung einverleibten Gewerbeordnung, ebenso mußte von dem Gewerbegerichtsgesetze eine neue Auflage hergestellt werden.

Auch dem so oft geäußerten Wunsche der Parteigenossen, für die Proletarier-Jugend ein Buch zu schaffen, das neben dem Bildungsbedürfnisse auch unserer Weltanschauung entspreche, hat die Buchhandlung zu erfüllen sich bestrebt. Auf den diesjährigen Weihnachtsmarkt wird sie in vornehmer Ausstattung ein von Frau Emma Adler in Wien herausgegebenes Buch der Jugend bringen und hofft bei den Genossen damit allseitige Zustimmung zu finden.

Vergleicht man also das Ergebniß dieses Jahres mit denen der früheren Geschäftsjahre, so zeigt sich, daß die Buchhandlung seit ihrer Gründung sich von Jahr zu Jahr günstiger entwickelt hat. Am 1. November 1890 trat sie ins Leben mit einem Brochürenbestande im Werthe von 2522,07 Mk. Ohne von der Partei finanziellen Zuschuß erfordert zu haben, verfügt sie heute über einen Vermögensbestand von 52,723,70 Mk. und war außerdem noch in der Lage, im Laufe dieser Jahre aus ihren Geschäftsüberschüssen 20,000 Mk. an die Parteikasse abzuführen. Auch ihrer propagandistischen Aufgabe wurde sie gerecht. Tausende und Abertausende von Flugblättern und Broschüren wurden auf Anweisung des Parteivorstandes zur Gratisvertheilung den Genossen zur Verfügung gestellt, ebenso erhielten zahlreiche Vereine, deren Mittel beschränkt waren und die mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, kleinere und größere Bücherssendungen zur Gründung und Vergrößerung ihrer Bibliotheken, um den in der Agitation thätigen Genossen die Waffe der Bildung reichen zu können

* * *

Das Archiv hat im verflossenen Jahre eine wesentliche Bereicherung erfahren, indem eine Anzahl der im letzten Jahre erschienenen sozialpolitischen Schriften angeschafft und auch sonst vorhandene Lücken ausgefüllt wurden.

* * *

Kassenbericht. Da der diesjährige Parteitag, nicht wie in den letzten Jahren üblich, in der zweiten Hälfte des Oktobers, sondern bereits im Anfang des gleichen Monats zusammentritt, mußte der Abschluß der Kassenbücher mit dem Monat August erfolgen. Der vorliegende Kassenbericht wie der gesammte Vorstandsbericht überhaupt, umfaßt daher, was bei Vergleichen mit den Einnahmen und Ausgaben des Vorjahres zu berücksichtigen ist, nur einen Zeitraum von 11 Monaten. Aus diesem Umstande erklärt sich auch die gegen das Vorjahr eingetretene Minder-Einnahme der Allgemeinen Einnahmen in Höhe von 14,314,48 Mk. der eine Minder-Ausgabe in Höhe von 18,249,81 Mk. gegenübersteht. Die Gesammteinnahme, nach Abzug der zurückgezahlten Darlehen, ist gegen das Vorjahr um 5429,43 Mk. gestiegen, und konnten die infolge der Wahlagitation im Jahre 1893 der Reserve entnommenen Gelder nunmehr wieder vollständig abgestoßen werden.

Im einzelnen vertheilten sich die Einnahmen und Ausgaben wie folgt:

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse

vom 1. Oktober 1894 bis 31. August 1895.

A. Einnahmen.

Im Monat:	Insgesammt		Von den gesammten Einnahmen entfielen auf:											
			Allgemeine Einnahmen		Darlehns-Konto		Zinsen		Ueberschuß des „Vorwärts"		Ueberschuß der „Vorwärts"-Buchhandlung		Diverse	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1894														
Oktober	18384	—	4587	20	—	—	—	—	13796	80	—	—	—	—
November	4994	86	4764	86	200	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dezember	13701	66	8327	41	2000	—	3374	25	—	—	—	—	—	—
1895														
Januar	28737	10	14464	55	3800	—	400	—	10064	55	—	—	8	—
Februar	8535	86	6335	86	2200	—	—	—	—	—	—	—	—	—
März	33465	24	33386	49	—	—	78	75	—	—	—	—	—	—
April	27015	96	10676	36	1145	85	150	—	11043	75	4000	—	—	—
Mai	13769	02	7361	84	1400	—	—	—	—	—	—	—	5007	18
Juni	7917	10	6917	10	1000	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Juli	44059	60	10830	60	4000	—	3594	25	20631	35	5000	—	3	40
August	46900	30	38749	50	30	—	—	—	—	—	8000	—	120	80
	247450	70	146401	77	15775	85	7597	25	55536	45	17000	—	5139	38

247 450,70 Mk.

Hierzu Bestand vom 1. Oktober 1894 2 463,03 Mk.

249 913,73 Mk.

B. Ausgaben.

Im Monat:	Insgesammt		Von den genannten Ausgaben entfielen auf: Unterstützungen		Prozeß- und Gefängnißkosten		Allgemeine Agitation		Wahl-Agitation		Reichstagskosten		Agrar-Kommission		Gehälter und Verwaltungs-Ausgaben		Darlehns-Konto		Preß-Unterstützungen		Archiv		Vermischte Ausgaben	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1894																								
Oktober . . .	16488	80	363	—	702	20	4612	85	2279	20	—	—	—	—	1747	65	1300	—[5]	5425	45	58	45	—	—
November . .	15354	81	591	50	2232	42	5240	—	2444	57	—	—	—	—	999	30	3300	—[6]	538	70	8	14	—	—
Dezember . . .	20350	09	1865	—	1434	37	2783	80	609	—	4000	—	—	—	1302	92	50	—	8300	—	5	—	—	—
1895																								
Januar . . .	13171	60	155	—	577	05	2433	95	700	—	3100	—	—	—	1845	20	1500	—[7]	2667	35	93	05	100	—
Februar . . .	7818	25	520	—	236	50	192	60	810	—	4060	—	326	60	961	55	400	—[8]	300	—	11	—	—	—
März	28293	73	1365	—	390	—	2938	85	6117	80	6500	—	—	—	1182	08	5000	—[9]	4800	—	—	—	—	—
April	17300	75	1210	—	840	—	1636	05	2743	85	1500	—	466	30	1243	50	1300	—[10]	5662	45	64	44	634	16
Mai	17096	89	1684	—	217	45	1802	05	2816	40	5100	—	85	—	926	76	—	—	4465	23	—	—	—	—
Juni	12901	90	410	15	1325	65	2824	20	885	—	—	—	799	65	1227	25	3000	—[11]	2430	—	—	—	—	—
Juli	20149	05	1584	50	6544	55	3380	10	886	—	—	—	1136	20	1255	50	—	—	5362	20	—	—	—	—
August	11428	42	1400	—	585	—	4048	21	480	—	—	—	—	—	920	50	—	—	3292	80	701	91[12]	—	—
	180354	29	11148	15[1]	15085	19[2]	31892	66	20772	—	24260	—[3]	2813	75	13612	21[4]	15850	—	43244	18	941	99	734	16

	180 354,29	Mk.
Ausgabe für Kapitalanlage	62 857,30	Mk.
Kassenbestand am 31. August 1895	6 702,14	Mk.
	249 913,73	Mk.

Berlin, den 17. September 1895.

Revidirt und für richtig befunden.

Die Kontroleure: H. Fleißner. C. Meist. Aug. Faden. Carl Oertel. H. Foenen. W. Klees. Theodor Mehner.

Bemerkungen zu A. Einnahmen:

Die Zahl der Orte bezw. Wahlkreise, welche Gelder an die Parteikasse abgeliefert haben, ist gegen das Vorjahr um 65 gestiegen, doch sind in der auf Seite 35—41 veröffentlichten Tabelle eine Reihe der namhaftesten Parteiorte entweder garnicht oder nur mit sehr geringen Beiträgen vertreten.

Bemerkungen zu B. Ausgaben:

[1]) Unterstützungen wurden nur gezahlt an Genossen oder Angehörige von Genossen, die wegen ihrer Parteithätigkeit gemaßregelt oder sonstwie geschädigt wurden.

[2]) Obgleich, wie bereits an anderer Stelle bemerkt, der Kassenbericht sich nur auf einen Zeitraum von 11 Monaten erstreckt, sind doch die Ausgaben für Prozeß- und Gefängnißkosten um 4108,76 Mk. höher als im Vorjahre. Ein Beweis dafür, daß Behörden und Gerichte der Partei „von Rechts wegen" das Leben möglichst sauer gemacht haben.

[3]) Die Reichstagskosten weisen gegen das Vorjahr eine nicht unerhebliche Steigerung von 5517,50 Mk. auf. Dieselbe wurde verursacht durch den Umstand, daß in der letzten Session die Fraktion wegen Berathung der Umsturzvorlage u. s. w. längere Zeit vollzählig am Platze sein mußte.

[4]) Unter dieser Rubrik befinden sich die Ausgaben für Gehälter, Miethe, Heizungs- und Beleuchtungskosten der Bureau- und Archivräume, die Telephon-, Telegramm- und Portogebühren, die Druckkosten für Zirkulare u. s. w., die Zeit- und Reise-Entschädigungen für die Revisionen der Kasse und für die Konferenzen der Parteivertretung.

[5]) Von diesem Betrage erhielten die Berliner Genossen zur Unterstützung der durch den Bier-Boykott gemaßregelten Arbeiter 1000 Mk.

[6]) Den Bielefelder Genossen, denen bereits im Jahre 1893 zur Errichtnng und inneren Einrichtung eines Hauses ein Darlehen von 6000 Mk. gegeben wurde, mußte im Berichtsjahr abermals ein Darlehen von 3000 Mk. gewährt werden, um Arbeiten, die mit dem Hausbau in Zusammenhang standen, auszuführen. Von diesen Darlehen sind nach Schluß des Berichtes 600 Mk. zurückgezahlt worden.

[7]) Von diesem Betrage wurden 1000 Mk. einem alten bewährten Genossen zur Schaffung einer Existenz und 500 Mk. einem Buchdruckereibesitzer und Herausgeber einer Parteizeitung geliehen.

[8]) und [10]) Von diesen beiden Summen erhielt ebenfalls ein in vorübergehende geschäftliche Verlegenheiten gerathener Buchdruckereibesitzer und Verleger einer Parteizeitung 1200 Mk., 500 Mk. erhielten die Berliner Genossen.

[9]) Diese Summe wurde gestellt als Kaution für den Redakteur einer Parteizeitung.

[11]) Auch dieser Betrag wurde als Kaution gestellt. Derselbe ist bereits nach einem Monat in die Parteikasse zurückgeflossen.

[12]) Diese Summe wurde gezahlt für Bücher, die für das Archiv erworben wurden.

C. Ausgaben für die Parteipresse,

im Einzelnen nachgewiesen.

„Augsburger Volkszeitung"	Mk.	225,—
„Apoldaer Freie Presse"	„	1142,—[1])
„Bielefelder Volkswacht"	„	300,—
„Breslauer Volkswacht"	„	5000,—
„Elsaß-Lothring. Volkszeitung" und „Volksfreund"	„	3335,68[2])
„Königsberger Volkstribüne"	„	500,—
„Mainzer Volkszeitung"	„	2326,55
„Neue Wurzener Zeitung"	„	770,75
„Niederrheinische Volkstribüne"	„	300,—
„Rheinische Zeitung"	„	11500,—[3])
„Saalfelder Volksblatt"	„	300,—
„Sozialdemokrat"	„	1414,20
„Volksblatt für Teltow"	„	1200,—
„Zeitzer Volksbote"	„	2200,—
	Mk.	43244,18

Bemerkungen zu C. Ausgaben für die Parteipresse.

[1]) Als die seiner Zeit entgegen den Rathschlägen des Parteivorstandes gegründete „A. Fr. Pr." ihr Erscheinen einstellen mußte, waren noch eine Reihe von Verbindlichkeiten vorhanden, für die einige Apoldaer Genossen persönlich hafteten. Die Letzteren machten nun im Laufe des Sommers den Parteivorstand die Mittheilung, daß ihnen die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen nur unter den größten Opfern möglich sei, und sah sich der Parteivorstand daher genöthigt, nachdem er sich von der Richtigkeit der gegebenen Darstellung überzeugt hatte, helfend einzugreifen.

[2]) Für die „Els.-Lothr. Volks-Ztg." ist nur noch eine ältere Forderung in Höhe von 35,68 Mk. bezahlt worden. Der übrige Betrag kommt auf die elsaß-lothringische Ausgabe des „Volksfreundes".

[3]) Der Zuschuß, den die „Rheinische Ztg." erforderte, ist zwar, was die Gesammtsumme anbelangt, immer noch hoch, doch ist eine Besserung insofern eingetreten, als die in diesem Jahre von Quartal zu Quartal geleisteten Zuschüsse wesentlich niedriger waren als die des Vorjahres. Die „Rheinische Ztg." hat seit ihrem Bestehen erhalten 5000 Mk., 5000 Mk., 3000 Mk., 3000 Mk., 3000 Mk., 2500 Mk. Nach Mittheilungen des Verlages des „Rheinischen Ztg." ist begründete Aussicht vorhanden, daß im kommenden Jahr das Defizit sich weiter verringern wird.

Tabellarische Uebersicht

der

seit dem Frankfurter Parteitage eingegangenen Partei-Beiträge

1. Oktober 1894 bis 31. August 1895.

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Summa
Aachen . .	—	3,40	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	8,40
Achim . . .	—	—	—	1,55	—	—	—	—	—	—	—	1,55
Adorf . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	1,10	—	—	1,10
Aken . . .	—	—	—	—	10,00	25,00	—	50,00	—	—	—	85,00
Alexandrette	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00
Altenburg .	300,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	300,00
Altona . .	—	—	—	1000,00	—	—	—	—	—	—	1500,00	2500,00
Angermünde	—	—	—	1,50	—	—	—	—	—	—	—	1,50
Annen. . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,15	—	10,15
Annweiler .	—	—	1,50	—	—	—	—	—	—	—	—	1,50
Apolda . .	10,00	15,00	20,00	3,80	—	—	—	—	—	10,00	10,00	68,80
Arnstadt . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,00	25,00
Aschersleben	—	—	—	—	20,00	—	—	50,00	—	—	—	70,00
Atzendorf. .	—	—	—	—	—	—	—	—	8,05	—	—	8,05
Auerbach i. V.	—	—	—	10,00	—	—	—	4,00	—	—	—	14,00
Augsburg .	—	—	50,00	—	5,01	—	—	—	—	40,00	—	95,01
Bant, 2. Oldb. Wahlkreis .	—	—	—	300,00	—	—	—	—	—	—	—	300,00
Barmbeck. .	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	100,00
Barmen . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	110,00	—	110,00
Bayreuth .	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	10,00
Beckum . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,05	—	15,05
Belzig . . .	—	—	4,40	—	—	—	—	—	—	—	—	4,40
Berlin II. .	556,50	610,00	300,00	500,00	400,00	200,00	300,00	550,00	600,00	800,00	200,00	5016,50
„ III. .	—	—	500,00	250,00	—	—	2000,00	—	1000,00	—	—	3750,00
„ IV. .	800,00	1000,00	1700,00	700,00	600,00	—	2013,65	543,00	—	3835,00	1416,00	12607,65
„ V. .	—	—	—	500,00	—	—	—	500,00	—	400,00	—	1400,00
„ VI. .	1100,00	150,00	500,00	1350,00	1000,00	850,00	2200,00	2000,00	450,00	2200,00	1450,00	13250,00
Berlin, div. .	722,84	638,75	436,82	5963,05	409,20	686,46	1068,60	715,07	501,05	588,50	437,15	12167,29
Bernau . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9,25	—	9,25
Bernburg, 2. anh. Wahlkr.	—	—	—	75,00	—	—	—	—	100,00	—	—	175,00
Bieber. . .	—	—	—	—	—	—	—	1,00	—	—	1,00	2,00
Bochum . .	6,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,00
Bockenheim .	—	—	1,20	—	—	—	—	—	—	—	—	1,20
Boppard . .	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	—	30,00
Borne . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,00	—	6,00
Brandenburg	—	—	—	—	102,05	2,00	9,20	7,00	107,00	12,40	—	239,65
Braunschwg.	—	210,00	—	—	—	5,08	—	10,00	200,00	—	—	425,08
Bremen . .	7,85	7,50	2,70	10,10	—	—	—	—	—	—	—	28,15
Bremerhaven	—	—	—	—	—	—	53,00	—	—	8,00	—	61,00
Breslau . .	1,65	4,15	—	2,00	—	—	1,50	15,75	—	2,00	—	27,05
Brieg . . .	—	—	—	—	—	20,60	—	—	—	—	—	20,60
Brüssel . .	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	1,20	—	21,20
Bulach . .	—	—	—	—	—	—	—	9,00	—	—	—	9,00
Bunzlau . .	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00
Bürgel . .	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	5,00
Burkhardtsdf.	—	—	—	—	—	—	—	41,82	—	—	—	41,82
Burscheid. .	—	—	—	5,30	—	—	—	—	—	—	—	5,30
Cassel . . .	5,00	—	5,00	—	—	—	—	104,50	10,50	—	—	125,00

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Summa
Chemnitz, 16. sächs. Wahlkreis	—	3,50	—	503,50	—	—	6,00	5,00	—	—	500,00	1018,00
Coblenz	—	—	—	—	—	—	—	7,00	—	—	—	7,00
Coburg	—	—	—	—	—	11,05	—	—	—	—	—	11,05
Conradsthal	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00	2,00
Cossebaude	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	50,00
Coswig	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Cotta	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	50,00
Cottbus	10,00	10,00	110,00	18,40	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	218,40
Crefeld	5,00	5,00	5,00	5,00	12,81	5,00	—	51,05	3,10	—	—	91,96
Crimmitschau	—	2,00	2,00	150,00	—	—	—	200,00	—	—	201,00	555,00
Danzig	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	10,00
Darmstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	50,00
Delitzsch	—	—	—	—	—	—	3,85	—	—	—	—	3,85
Delmenhorst	—	—	—	—	—	—	—	2,00	2,40	—	—	4,40
Dessau	21,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	21,00
Döbeln	—	—	—	10,00	70,00	—	—	—	—	—	—	80,00
Dölau	1,40	—	5,05	—	—	—	—	—	—	—	—	6,45
Dortmund	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	50,00
Dresden, 6. sächs. Wahlkreis	—	—	—	—	300,00	—	—	—	—	—	—	300,00
Dresden	—	3,00	—	—	38,50	—	—	—	—	1,00	—	42,50
Drossen	1,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,00
Düsseldorf	—	—	—	—	—	—	—	11,00	—	—	—	11,00
Durlach	—	—	—	—	—	—	—	110,00	—	—	—	110,00
Eilbeck	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	20,00
Eisleben	30,55	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,55
Elberfeld	—	—	2,50	—	—	—	300,00	—	—	300,00	400,00	1002,50
Eldena	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Elmshorn	—	20,00	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	120,00
Elberfeld	—	—	—	—	8,00	—	—	—	—	—	—	8,00
Erfurt	—	50,00	—	50,00	—	50,00	57,00	—	—	—	—	207,00
Erlangen	—	—	—	—	—	3,35	—	—	—	—	—	3,35
Ernstthal	—	—	—	—	15,00	—	—	—	—	—	—	15,00
Essen	—	—	—	—	—	—	—	75,00	—	—	—	75,00
Estebrügge	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	5,00
Eupen	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	14,00	—	34,00
Eving	6,80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,80
Falkenberg O.-Schl.	2,00	—	2,60	2,00	—	—	2,00	—	2,00	2,00	—	12,00
Falkenstein	—	—	—	—	—	—	14,55	—	—	—	—	14,55
Fechenheim	—	—	—	—	—	—	—	—	28,00	—	—	28,00
Finsterwalde	—	—	10,00	—	100,00	—	—	—	—	20,00	—	130,00
Finthen	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	5,00
Firenzoa	20,08	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,08
Flensburg	—	—	50,00	—	35,75	—	—	30,00	—	—	30,00	145,75
Forchheim	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Forst i. L.	—	150,00	—	230,00	—	—	25,00	200,00	—	—	200,00	805,00
Frankfurt a. M.	—	635,40	—	—	—	200,00	—	213,30	5,00	0,30	—	1054,00
Frankfurt a. O., Lebuser Wahlkreis	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	25,00	—	125,00
Frankenhausen	—	—	—	10,00	—	3,83	—	10,00	—	—	—	23,83
Frankenthal	—	1,72	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,72
Freiburg i. B.	2,00	11,50	5,00	10,00	15,00	—	—	—	—	—	—	43,50
Freiwaldau	—	—	8,00	—	—	—	—	5,00	—	—	—	13,00
Friedrichsberg	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	10,00
Friedrichshagen	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—	2,00

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Summa
Frohburg	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	5,00
Fürstenwalde	—	—	—	—	25,00	—	—	—	—	25,00	—	50,00
Fürth	5,95	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	105,95
Fulda	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	5,00
Furtwangen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14,95	—	14,95
Gablenz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	3,00
Gassen	—	—	—	50,00	—	16,00	—	—	—	—	—	66,00
Geestemünde	—	2,40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,40
Gelsenkirchen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	20,00
Genthin	—	—	—	—	2,55	—	2,40	4,20	—	—	—	9,15
Gera (Reuß)	50,50	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	—	200,00	50,00	50,00	50,00	650,00
Gersdorf	—	—	—	0,85	10,00	—	—	—	—	—	—	10,85
Glauchau	—	1,50	—	—	8,00	—	—	—	—	—	—	9,50
Glückstadt	—	—	—	18,00	—	—	—	—	25,00	—	—	43,00
Görlitz	50,50	—	10,00	—	—	—	—	2,00	—	—	50,00	112,00
Goldberg	50,05	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,05
Goldlauter	—	—	—	35,00	—	—	—	—	—	—	—	35,00
Goslar a. H.	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	50,00
Gotha	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	100,00
Grabow i. M.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	20,00
Gräfrath	—	2,00	30,00	—	—	—	—	—	—	110,00	—	142,00
Greiz	—	100,00	—	300,00	—	—	—	—	—	—	100,00	500,00
Großenhain	—	—	—	—	52,18	—	—	—	—	—	—	52,18
Grötzingen	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	5,00
Güstrow	—	—	—	—	—	—	—	1,60	—	—	50,00	51,60
Guben	—	—	—	—	—	1,60	—	—	—	—	—	1,60
Gesau	2,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00
Gießen	—	—	10,00	—	—	—	—	10,00	—	—	—	20,00
Haan	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	20,00
Hagen-Schwelm	—	—	100,00	200,00	—	—	—	—	—	—	—	300,00
Hainichen	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	50,00
Halbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,30	6,30
Halberstadt	—	50,00	—	100,00	—	—	—	—	50,00	—	—	200,00
Halle a. S.	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00	5,00	—	505,00
Hamburg I.	—	—	—	—	1000,00	—	—	—	775,05	—	1000,00	2775,05
„ Diverse	195,75	52,85	139,25	31,55	488,45	—	490,81	1,10	213,81	122,25	24,00	1759,81
Hameln 1. hann. R.-Wahlkr.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,00	15,00
Hanau (Wahlkr.)	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	100,00	—	200,00
Hannover	—	500,00	—	4,05	500,00	—	500,00	—	501,50	—	1500,00	3505,55
Harburg	20,05	3,00	—	—	—	—	15,20	—	—	—	—	38,25
Hartha	—	—	—	—	—	25,00	—	—	—	—	—	25,00
Hartmannsdorf	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	10,00
Hastedt	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	30,00	—	80,00
Haynau	—	—	—	11,30	10,00	—	—	—	50,00	—	—	71,30
Heide	—	—	—	—	—	—	—	2,90	—	—	—	2,90
Heidelberg	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	10,00
Hemmoor	—	—	—	—	—	—	—	—	6,00	—	—	6,00
Hildesheim, 10. hann. R.-Wlk.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	100,00
Höchst-Usingen (Wahlkr.)	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	15,00
Hof	—	—	—	—	—	5,00	—	—	10,00	—	—	15,00
Hohenstein-E.	—	—	4,05	—	—	—	—	—	—	—	—	4,05
Hüningen i. E.	—	—	—	—	—	—	—	—	15,00	2,00	—	17,00
Hüttengrund	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—	2,00

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Summa
Hüttensteinach	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	5,00
Hundshübel	—	—	—	—	—	—	—	4,50	—	—	—	4,50
Jauer	—	—	—	—	—	—	11,50	—	—	—	—	11,50
Jena	—	—	—	22,00	—	—	—	—	—	—	—	22,00
Ilmenau	10,00	—	—	20,25	—	—	5,50	—	15,00	—	—	50,75
Ingolstadt	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	20,00
Johanngeorgenstadt	—	3,20	—	5,50	21,00	—	—	—	—	—	—	29,70
Kalk b. Köln	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00
Kappel b. Chemnitz	—	—	14,14	—	—	—	—	—	—	—	—	14,14
Karlsruhe	—	—	9,00	—	—	—	—	—	—	—	—	9,00
Kellinghusen	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	30,00
Kiel	—	—	—	1,00	—	—	—	—	100,00	—	—	101,00
Klotsche	—	—	—	3,50	—	—	—	—	—	—	—	3,50
Köln-Ehrenfeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,50	1,50
Königsberg i. Pr.	30,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	10,00	20,00	—	10,00	190,00
Königsbrück	—	—	—	—	—	—	1,00	—	—	—	—	1,00
Köpenick	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—	2,00
Köppelsdorf	—	—	7,05	—	6,00	—	—	—	—	—	—	13,05
Konstanz	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	100,00
Kostheim	—	—	—	—	—	3,30	—	—	—	—	—	3,30
Lambrecht	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Lampzig	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,00	—	1,00
Landeshut	15,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,00
Langenbielau	50,00	—	—	—	—	100,00	—	—	—	100,00	—	250,00
Langensalza	—	—	—	—	—	—	—	3,20	—	—	—	3,20
Lauenburg a. E.	3,05	5,60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,65
Lausengrün	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Lautenburg a. H.	—	—	—	—	—	—	—	—	3,30	—	—	3,30
Lechhausen	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Lehe	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	10,00
Leipzig	—	—	—	2,40	—	—	—	3,00	—	5,50	—	10,90
Lengenfeld	—	—	15,00	—	—	—	6,00	—	1,10	—	—	22,10
Leutsch	—	—	—	4,00	—	—	—	—	—	—	—	4,00
Lichtenstein	—	1,50	—	4,00	—	—	10,00	—	—	—	—	15,50
Liebschwitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,30	—	10,30
Liegnitz	—	—	—	—	1,20	—	—	—	—	—	—	1,20
Limbach-Burgstädt, 15. sächsischer Wahlkreis	—	—	—	—	—	200,00	—	—	—	—	—	200,00
Linden (Westf.)	—	—	—	—	3,30	—	—	—	—	—	—	3,30
Löbau	—	1,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,00
Löbtau	—	—	7,00	—	—	—	—	—	—	—	—	7,00
Löderburg	—	—	—	—	—	—	2,50	—	—	—	—	2,50
Lörrach	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	50,00
Lößnitz	—	—	—	3,30	—	—	—	—	—	—	—	3,30
Lohmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,30	4,30
Lübeck	200,00	—	—	—	13,00	—	300,00	—	—	—	200,00	713,00
Ludwigshafen	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	100,00	—	200,00
Luckenwalde	—	—	—	—	—	7,50	—	100,00	—	—	100,00	207,50
Luxemburg	—	—	—	—	100,00	—	—	200,00	200,00	—	—	500,00
Magdeburg	—	—	—	—	—	—	418,00	—	—	—	—	418,00
Malchow	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	5,00
Mannheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	50,00
Marburg	2,63	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,25	22,88
Masuren	—	—	15,00	—	—	—	—	—	—	—	—	15,00
Mordorf	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Summa
Meerane	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	10,00
Mehlis	—	—	—	3,80	—	—	3,80	—	—	—	—	6,60
Memel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	5,00
Meißen a. E.	—	—	—	—	—	—	—	—	1,70	—	—	1,70
Meseritz	—	—	1,90	—	—	—	—	—	—	—	—	1,90
Mettmann	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	5,00
Metz	—	15,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,50
Minden-Lübbecke (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	50,00
Molteritz	—	—	—	—	—	—	—	—	20,55	—	—	20,55
Mühlheim a. Rh.	—	—	—	—	—	2,00	—	3,40	—	—	—	5,40
Mülhausen i. E.	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00
Mülsen-St. Jakob	—	—	—	—	—	3,01	—	—	—	—	—	3,01
Mülsen-St. Michel	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—	3,00
München	3,00	—	—	—	500,00	—	—	300,00	—	—	—	803,00
Münster	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	3,00
Muskau-Weißwasser	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Mylau	—	5,95	—	3,00	—	—	10,25	—	—	—	—	19,20
Nauen	6,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,00
Neisse	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Neudamm	5,70	4,00	7,40	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	49,10
Neuendorf	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	—	2,00	1,00	1,00	1,00	1,00	11,00
Neustadt i. Schl.	15,00	—	5,60	—	—	—	—	—	—	—	—	20,60
Neustettin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00	2,00
Neustrelitz	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	3,00
Niederschönweide	—	—	—	—	—	—	—	13,55	—	—	—	13,55
Niederzwönitz	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	5,00
Norden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,75	—	8,75
Nordhausen	—	—	—	—	10,00	—	—	—	18,55	—	—	28,55
Nowawes	—	—	2,70	3,00	—	—	—	—	—	—	—	5,70
Nürnberg	—	—	—	500,00	—	—	—	—	300,00	—	—	800,00
Nützhausen	—	—	—	—	18,10	—	—	—	—	—	—	18,10
Oberhausen	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Obergrochlitz	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	30,00
Oberlungwitz	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	20,00
Oberstein	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	3,00
Oerlinghausen	—	6,15	—	25,00	—	—	—	—	—	—	—	31,15
Oespel	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00
Oelsnitz	—	—	—	8,00	—	7,00	—	1,20	—	—	—	16,20
Offenbach-Dieburg (Wahlkreis)	—	—	—	200,00	—	—	—	50,00	—	400,00	—	650,00
Offenburg i. B.	10,00	—	11,00	6,00	20,75	—	10,00	11,50	17,00	3,00	10,00	99,25
Ohlau	—	—	20,00	3,30	—	3,30	—	—	—	—	—	26,60
Ohligs	—	—	30,00	—	—	—	4,40	30,00	—	—	—	64,40
Oldesloe	—	—	—	2,60	—	—	—	—	—	—	—	2,60
Osnabrück	—	—	—	—	—	—	—	25,00	13,60	10,00	—	48,60
Osterwick a. H.	—	—	—	3,30	—	—	3,30	—	—	3,30	—	9,90
Ostpriegnitz	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00
Ostrowo	—	—	—	3,30	—	—	—	—	—	—	—	3,30
Ottendorf b. H.	—	—	—	—	—	—	—	9,80	—	—	—	9,80
Ottendorf-Okrilla	—	—	—	—	—	—	—	5,40	—	—	—	5,40
Ottensen	12,70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1000,00	1012,70
Paris	—	—	—	80,00	—	—	40,00	—	—	—	—	120,00
Penig	—	—	18,00	—	—	—	—	—	—	—	—	18,00
Pforzheim	10,00	10,00	10,00	16,50	—	30,00	—	—	25,00	—	—	101,50
Pilghausen	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	30,00

Ort bezw. Kreis.	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Summa
Pinneberg	—	—	8,40	—	—	—	—	—	10,00	—	—	18,40
Pirna	—	—	—	—	3,10	—	1,10	4,50	50,00	—	—	58,70
Pirschen	4,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,50
Plauen i. V.	—	9,11	—	—	—	—	2,00	2,50	—	—	—	13,61
Potsdam	—	—	—	—	1,90	—	7,30	—	—	100,00	—	109,20
Pressen	—	—	—	6,00	—	—	—	—	—	—	—	6,00
Quedlinburg	—	—	—	—	2,50	—	—	—	—	250,00	—	252,50
Raschau b. Oe.	—	—	—	—	—	—	—	3,30	—	—	—	3,30
Rathenow	—	—	—	2,50	—	—	—	—	—	—	—	2,50
Ratibor	—	—	—	3,30	—	3,30	—	—	—	—	—	6,60
Rawitsch	—	—	—	10,50	—	—	—	—	—	—	20,00	30,50
Regensburg	—	—	—	—	—	—	—	—	8,00	—	—	8,00
Reichenbach i. V.	19,00	—	—	6,00	—	51,00	—	—	53,15	—	—	129,15
Reichenhall	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	20,00
Reuth b. R.-M.	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	5,00
Rheine	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	2,00
Richrath	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	10,00
Richzenhain	—	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—	30,00
Rixdorf	—	—	—	—	—	—	4,50	—	—	—	—	4,50
Ronsdorf	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00
Rosenthal	—	—	—	11,20	—	—	—	—	—	—	—	11,20
Rostock	—	2,85	—	1,75	—	—	—	100,00	—	—	—	101,60
Roswein	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Rudolstadt	—	—	—	—	—	15,00	—	—	—	—	—	15,00
Saarburg	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	3,00
Saargemünd	—	—	—	—	—	—	6,50	—	—	—	—	6,50
Sachswitz b. Greiz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00	3,00
Sagan	5,00	—	6,60	—	—	—	—	—	—	—	—	11,60
Salzungen	—	—	—	—	—	—	—	—	4,00	—	—	4,00
Springe	—	—	—	—	—	—	—	—	6,60	—	—	6,60
Schalke	—	—	3,00	—	—	—	—	11,20	—	—	—	14,20
Schiltigheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	10,00
Schmiedeberg	—	—	—	—	—	—	2,70	—	—	—	10,00	12,70
Schöneberg	—	—	—	—	—	—	2,15	—	—	—	100,00	102,15
Schöneck i. V.	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—	2,00
Schönlanke	13,30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13,30
Schwedt	—	—	—	100,05	—	—	—	—	—	—	—	100,05
Schweinfurt	—	—	—	20,00	—	—	—	20,00	—	—	—	40,00
Schwiebus	—	—	—	3,30	—	—	5,65	—	—	—	—	8,95
Schüren	—	—	6,30	—	—	—	—	—	—	—	—	6,30
Sodingen	—	—	0,60	—	—	—	—	—	—	—	—	0,60
Solingen	65,00	—	—	—	15,56	—	—	—	—	—	—	80,56
Sonneberg	—	—	6,60	—	12,15	—	—	—	—	—	5,00	23,75
Sonnenburg	—	—	15,00	—	—	—	—	—	—	—	—	15,00
Sorau	—	—	—	25,00	—	—	—	—	—	—	—	25,00
Spandau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	50,00
Speyer (Rheinpfalz)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,00	15,00
Stade	—	—	—	2,40	—	—	—	—	—	—	—	2,40
Stadtilm	—	—	—	3,30	—	—	—	—	—	—	—	3,30
Staßfurt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,15	2,15
St. Cruz Teneriffa	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,00	—	30,00
St. Gallen	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00
St. Ilgen	—	—	—	—	23,00	—	—	—	—	—	—	23,00
St. Ludwig	—	1,00	—	—	—	16,88	—	0,40	—	—	—	18,28
Stegitz	—	30,00	—	—	30,00	—	—	—	30,00	—	30,00	120,00
Steinach	—	—	—	—	4,00	—	—	—	—	—	2,10	6,10

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Summa.
Steinbach Sonneberg	—	—	—	—	4,00	—	—	—	—	—	—	4,00
Sternbg.i.M.	—	—	—	3,30	—	—	—	1,80	—	—	—	5,10
Stettin. . . .	—	100,00	—	100,00	—	—	—	—	—	100,00	100,00	400,00
Stollberg i E.	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—	2,00
Straßbrg i.E.	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00
Striegau. . .	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	20,00
St.H.b.Heidelb.	—	—	—	9,00	—	—	—	—	—	—	—	9,00
Tannenberg .	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	8,60	13,60
Teltower Kr.	—	—	—	100,00	—	100,00	—	100,00	—	—	—	300,00
Tempelhof. .	—	—	14,15	—	—	—	—	—	—	—	—	14,15
Teuchern . .	—	—	—	—	—	15,00	—	—	—	—	—	15,00
Thomaswald.	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—	2,00
Tiefenfurt. .	12,00	—	—	1,00	—	10,93	—	—	—	—	6,45	30,38
Troisdorf . .	—	—	—	3,10	—	—	—	—	—	—	—	3,10
Ulm	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00
Vegesack . . .	—	1,10	—	—	—	—	1,70	—	—	—	—	2,80
Velbert . . .	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,00
Vetschau. . .	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	10,00
Vlotho	—	—	—	—	—	—	—	25,00	—	—	—	25,00
Vogtsberg . .	—	—	—	—	—	—	1,00	—	—	—	—	1,00
Waldenb.i.S.	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—	2,00
Waldenburg i. Schl. . .	—	10,00	—	150,00	—	—	—	—	—	—	—	160,00
Wandsbeck .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	502,80	—	502,80
Wanzleben .	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00	—	—	500,00
Warthau . .	—	—	—	—	4,20	—	—	—	—	—	—	4,20
Wattenscheid	—	—	—	6,00	—	—	—	—	—	—	—	6,00
Weida	—	—	—	—	—	3,30	—	—	—	12,10	—	15,40
Weimar . . .	—	—	—	—	3,30	—	—	—	—	—	—	3,30
Weißenfee . .	—	—	—	—	—	—	1,45	—	—	—	—	1,45
Werdau . . .	—	—	—	—	—	—	8,50	10,00	—	3,50	16,50	38,50
Werder . . .	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	5,00
Wetzlar . . .	—	—	—	30,00	—	—	—	3,30	—	3,30	—	36,60
Wiesbaden .	—	1,75	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,75
Wilmersdorf	—	—	—	—	—	—	2,50	50,00	—	—	—	52,50
Winsen . . .	—	—	3,50	—	—	—	—	—	—	—	—	3,50
Witten	—	4,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,50
Wittenberg .	—	—	—	3,30	—	—	—	—	—	—	—	3,30
Wittenberge .	3,25	—	—	3,00	—	3,00	—	—	15,00	—	—	24,25
Woltersdorf.	—	—	—	2,40	—	—	—	—	—	—	—	2,40
Woltershauf.	—	—	—	—	3,30	—	—	—	—	—	—	3,30
Worms . . .	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	20,00
Württemberg	—	—	500,00	—	—	—	—	—	—	—	500,00	1000,00
Zeulenroda .	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	50,00
Zittau	—	—	—	4,80	—	—	—	—	—	—	—	4,80
Zwickau . . .	—	—	—	100,00	—	100,00	—	—	—	—	—	200,00
Zürich	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—	2,00
Mann im Mond	—	—	—	—	—	375,00	—	—	—	—	2200,00	2575,00
Nordische Wasserkante	—	—	—	—	—	30000,00	—	—	—	—	20000,00	50000,00
„Vorwärts"	13796,80	—	—	10064,55	—	—	11043,75	—	—	20631,35	—	55536,45
Vorwärts-Buchhandl.	—	—	—	—	—	—	4000,00	—	—	5000,00	8000,00	17000,00
Werther . . .	—	—	—	3000,00	—	—	—	—	—	—	5000,00	8000,00
Div.Beiträge	1,60	10,00	274,00	5,00	5,00	115,00	105,00	102,00	125,00	100,00	—	842,60

Die außerordentliche Rührigkeit und Bethätigung der Genossen in Ausübung der Agitation, der Betreibung der Wahlen, der Verbreitung der Flugblätter, sowie der Führung des wirthschaftlichen Kampfes, brachte die Genossen wiederholt in Konflikt mit den Strafgesetzen.

Seit dem Umsturz der Umsturzvorlage weht ein scharfer Wind. Die Anklagen mehren sich und die Strafen werden drakonischer. Die Rechtsprechung wird von einem Geiste getragen, der dem Rechtsbewußtsein des Volkes immer fremder wird, sich mit demselben in immer größerem Widerspruch setzt. Die findigen Interpretationen bezüglich des „groben Unfugs" und des „dolus enventualis" zeigen, welcher Ausdehnungsfähigkeit unsere Rechtsprechung fähig ist.

Die folgende Strafliste, die auf 11 Monate sich erstreckt, weist auch 18½ Jahr Zuchthausstrafe auf, die gegen Schröder und Genossen in dem Essener Meineidsprozeß erkannt ist.

Die bürgerliche Gesellschaft ächtet die Zuchthaussträflinge, erklärt sie für ehrlos. In den Augen unserer Genossen und dem rechtlich denkenden Theile des Volkes sind sie es nicht.

Die klassenbewußte Arbeiterschaft fühlt sich in dem Verdikt der Essener Geschworenen mitgetroffen, anders wäre die opferfreudige Solidarität nicht zu erklären, die sich in so glänzender Weise in der Unterstützung der Angehörigen der Essener Verurtheilten bethätigt.

Die sonstigen erkannten Freiheitsstrafen haben die des Vorjahres weit überholt. — Es erfolgten Verurtheilungen im:

Monat	Zuchthausstrafen		Gefängnißstrafen				Geldbuße
	Jahre	Monate	Jahre	Monate	Wochen	Tage	Mark
Oktober	—	—	4	8	2	1	5228
November	—	—	6	2	2	1	3355
Dezember	—	—	4	10	4	3	2530
Januar	—	—	4	6	2	3	2643
Februar	—	—	13	6	3	1	3618
März	—	—	7	5	3	2	3686
April	—	—	2	9	3	1	3448
Mai	—	—	3	8	3	—	2372
Juni	—	—	8	9	3	1	2613
Juli	—	—	3	6	4	—	3151
August	18	6	4	5	3	2	1476
Zusammen	18	6	64	10	—	1	34120

Die Gesammtsumme der Geldstrafen bleibt hinter der des Vorjahres zurück.

Gerügt muß werden, daß die Genossen noch vielfach durch Berufungen und Revisionen in Fällen, wo die Erfolglosigkeit sogar für den Laien auf der Hand liegt, das Konto der Gerichtskosten unnützer Weise vergrößern. Dies ist, was wir den Genossen zu berichten haben.

Ueberall Kampf, überall Opfer! Freudig bringen die Genossen die Opfer, denn Kampf ist allerdings das Lebenselement der Sozialdemokratie.

Vorwärts zu neuem Kampf! Vorwärts zu neuem Sieg!

Berlin, im September 1895.

Der Partei-Vorstand.

Bericht über die parlamentarische Thätigkeit
der Reichstags-Fraktion.

Der Klassengegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen, der durch die kapitalistische Produktionsweise erzeugt und unablässig gesteigert wird, führt auch im Deutschen Reichstag zu stets schärferen Konflikten. Die besitzende herrschende Klasse will die Besitzlosen politisch rechtlos machen, um gefügige Arbeiter zu erhalten, die mit dem niedrigsten Lohn wie der höchsten Steuerbelastung zufrieden sein müssen, und besonders die Einflußreichsten der Besitzenden, Großgrundbesitzer und Großindustrielle, waren abermals bemüht, die Gesetzgebung zu Gunsten der profiterhaltenden Kreise auszubeuten. Abermals! Der erste Beutezug begann 1878 und damit er ungestört durchgeführt werden könne, benützten Bismarck und die Kapitalistenklasse die Attentate der Nicht-Sozialdemokraten Hödel und Nobiling, um die sozialdemokratische Partei und damit die Arbeiterbewegung zu knebeln. Zwar gelang ihnen letzteres nicht, aber Schutzzölle und Liebesgaben brachte jedes neue Jahr. Hatten die ordentlichen Einnahmen aus Zöllen, Verbrauchssteuern und Reichsstempelabgaben im Jahre 1878/79 nur 242 Millionen Mark betragen, so sind sie 1895/96 auf 682 Millionen Mark gestiegen; im Ganzen sind in diesen 18 Jahren 8552 Millionen Mark Einnahmen gewesen, während dieselben, wenn die Steuern und Zölle auf der Höhe von 1878 geblieben wären, entsprechend der Bevölkerungszunahme etwa 5150 Millionen Mark betragen hätten. Dabei stieg die Schuldenlast von 102 Millionen Mark Reichsanleihen (und 208 Millionen Mark unverzinsliche Schatzanweisungen nnd Kassenscheine) am 31. März 1878 auf 1916 Millionen Mark Reichsanleihen (und 170 Millionen Mark Schatzanweisungen und Reichskassenscheine) am 31. März 1894 und die jährlich zu zahlenden Zinsen für die Reichsschuld von 2,9 Millionen Mark (1878) auf 73,7 Millionen Mark (1895).

Auch in der vergangenen Session wollten Reich und Großkapitalisten der arbeitenden Bevölkerung neue Steuerlasten auferlegen, und um unsere Opposition mundtodt zu machen, ihr gesetzmäßiges Vordringen in den Parlamenten des Reichs wie der Bundesstaaten zu verhindern, wühlte und hetzte die kapitalistische Presse nach dem Attentat des Anarchisten Caserio in Frankreich, um neue Ausnahmegesetze gegen uns, die wir die schärfsten Gegner des Anarchismus und der „Propaganda der That" sind, zu erreichen. Anscheinend nicht vergeblich! Zwar stürzte Graf Caprivi durch die Intriguen der Junker, deren patriotische Gefühle er auf das tiefste durch die Handelsverträge gekränkt hatte — 1,50 Mk. Zollerniedrigung für den Doppelzentner Roggen! —, aber sein Nachfolger, Fürst Hohenlohe, der aus dem Lande der Diktatur kam, übernahm gern seine Hinterlassenschaft: die Umsturzvorlage. Als der deutsche Kaiser am 6. September 1894 in Königsberg dem Adel zugerufen hatte: „Auf zum Kampfe für Religion, für Sitte und Ordnung gegen die Parteien des Umsturzes!" erklärten die Junker anfänglich, besonders in der „Kreuz-Zeitung", in welcher

der jetzt abgewelkte Epheu Wilhelm von Hammerstein den „Eichenflamm des preußischen Königthums“ schmückte und schützte, daß sie nur für entsprechende Bezahlung durch agrarische Zuwendungen diesem Rufe Folge leisten könnten, doch bald übernahmen sie gemeinsam mit den Großindustriellen (Freikonservativen und Nationalliberalen) die Führung im Kampfe gegen uns.

Die Eröffnung des Reichstags, die am 23. Oktober auf den 14. November 1894 festgesetzt war, wurde durch den Sturz Caprivi's verzögert; eine neue Verordnung des Kaisers mit der Gegenzeichnung des Fürsten Hohenlohe berief das Parlament auf den 5. Dezember.

Die Thronrede verkündete als „vornehmste Aufgabe des Staates, die schwächeren Klassen der Gesellschaft zu schützen“ und illustrirte diesen Vorsatz durch den Wunsch nach einer „Ergänzung des gemeinen Rechts zum Schutz der Staatsordnung“ und die „Erschließung neuer Steuerquellen“.

Der Kampf gegen uns begann mit einer Reihe von Zwischenfällen, welche scharf und klar die ganze Situation kennzeichneten.

Die Schlußsteinlegung zum neuen Geschäftshause des Reichstags hatte am 5. Dezember unter militärischem Prunk stattgefunden, die Reichstagsabgeordneten waren dabei durch einen Strick von den Mitgliedern des Hofes getrennt. Selbstverständlich hatte sich unsere Fraktion an dieser militärisch-dynastischen Feier nicht betheiligt, und sie wollte auch, wie stets, dem Beginn der ersten Sitzung im neuen Hause am 6. Dezember fernbleiben, da diese der Präsident mit einem Hoch auf den Kaiser zu eröffnen pflegt. Durch Zufall waren jedoch einige unserer Abgeordneten im Sitzungssaal, ehe das Hurrahrufen vorüber war und blieben während desselben sitzen. Nun konnten unsere Gegner ihrem angeblichen Patriotismus, d. h. ihrem Haß gegen die Vertreter der klassenbewußten Arbeiter Luft machen. Der Präsident v. Levetzow erklärte, daß das Sitzenbleiben „nicht der Sitte deutscher Männer, nicht der Gewohnheit des Hauses entspräche und die Gefühle der Mitglieder beleidige; er bedaure, daß er kein Mittel habe, um ein derartiges Verfahren zu rügen.“ Die von unserer Seite erfolgte energische Gegenerklärung steigerte die angeblich patriotische Entrüstung. Daß der Gewissenszwang, der gegen uns ausgeübt wird, wenn wir beim Kaiserhoch aufstehen sollen, moralisch verwerflich ist, darauf nehmen unsere für „Religion und Sitte“ kämpfenden Gegner keine Rücksicht. Schon in der nächsten Sitzung (11. Dezember) wurde von der Staatsanwaltschaft beim Königl. Landgericht I. Berlin die strafrechtliche Verfolgung des Reichstagsabgeordneten Liebknecht wegen Majestätsbeleidigung beantragt. Der Antrag wurde der Geschäftsordnungskommission überwiesen; die überwiegende Mehrheit derselben ertheilte die Genehmigung zu dieser Strafverfolgung nicht, „weil sie der Ansicht war, daß das Sitzenbleiben als eine „Aeußerung in Ausübung des Berufs“ auf Grund des Artikel 30 der Reichsverfassung straflos bleiben müsse; die Immunität des Hauses sei zu wahren, die Disziplin gegenüber den Mitgliedern dem Reichstage zu überlassen“. Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe erklärte demgegenüber, daß die Hilfe der Gerichte in Anspruch genommen werden müsse. Unsere Redner geißelten die Heuchelei, mit der gerade von konservativer und nationalliberaler Seite die Königstreue als Deckmantel für selbstsüchtige Zwecke benützt werde, während z. B. die „Köln. Ztg.“ noch 1893 eingestand: „Wir müssen es als das größte Verdienst des Fürsten Bismarck ansehen, daß er, der große Staatsmann, uns Idealrepublikaner zu Vernunftmonarchisten gemacht hat.“ Uebrigens sei es durchaus nicht das erste Mal, daß die Opposition sich bei einem Hoch auf den König oder Kaiser nicht erhebe; im preußischen Abgeordnetenhause hätten bürgerliche Oppositionelle wie Ultramontane in dieser Weise demonstrirt, im Reichstage in früheren Jahren wiederholt sozialdemokratische Abgeordnete, ohne daß es je der Regierung eingefallen wäre, strafrechtliche Verfolgung zu

verlangen oder sich „über die verletzte Würde des Reichstags" zu entrüsten. In namentlicher Abstimmung wurde mit 168 gegen 58 Stimmen beschlossen, die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung Liebknecht's nicht zu ertheilen; dagegen wurde eine nationalliberale Resolution angenommen, die Disziplinargewalt des Reichstags und des Präsidenten gegen die Mitglieder während der Ausübung ihres Berufs in angemessener Weise zu verstärken. Die Geschäftsordnungskommission lehnte alle Vorschläge auf Verschärfung der Präsidialbefugnisse ab und berichtete dementsprechend an den Reichstag. Bei der Berathung im Plenum beantragten nun Zentrum, Nationalliberale, Freikonservative und Konservative, die Disziplinargewalt des Präsidenten dahin zu erweitern, daß er, falls ein Mitglied die Ordnung gröblich verletzt, dieses von der Sitzung ausschließen kann. Der Präsident v. Levetzow erklärte, daß er sein Amt niederlegen würde, wenn der Antrag keine Annahme fände. Der Antrag wurde angenommen und damit wieder ein Stück Volksrecht — die Redefreiheit im Reichstage — der Reaktion preisgegeben. Eine strafrechtliche Verfolgung Liebknecht's nach Schluß der Session, wie sie von konservativen und nationalliberalen Blättern verlangt wurde, erfolgte aber nicht; die Regierung hatte an den im Laufe der Session erlittenen Niederlagen vorläufig genug.

Ein zweiter Zwischenfall trat ein, als wir den Antrag stellten, das Strafverfahren gegen einen unserer Fraktionsgenossen während der Sessionsdauer einzustellen. Diesem Antrage, dem sonst von allen Parteien ohne jede Debatte bei jeder politischen Anklage Folge gegeben wurde, widersprachen diesmal die Konservativen, weil es sich um eine Majestätsbeleidigung handle. Der freikonservative Herr v. Stumm benützte die Gelegenheit, um zu bedauern, daß wir im Reichstage als eine gleichberechtigte politische Partei behandelt würden; außerhalb desselben seien wir das selbstverständlich für ihn nicht.

Der Antrag der Konservativen wurde zwar abgelehnt, das Vorspiel hatte aber geoffenbart, wie unsere Gegner garnicht den Augenblick erwarten konnten, wo sie uns außerhalb des bestehenden Rechts brächten.

Dies zeigte sich auch noch in derselben Sitzung bei der Schriftführerwahl. Unsere Fraktion hatte beschlossen, diesmal von dem ihr zustehenden Rechte Gebrauch zu machen, und ein Fraktionsmitglied zum Schriftführer vorzuschlagen. Es war bisher im Reichstage üblich, die 8 Schriftführer je nach der Stärke der Fraktionen zu wählen; von 323 Wählenden erhielt jedoch das von uns vorgeschlagene Fraktionsmitglied nur 63 Stimmen, weil die Fraktion auf private Anfrage hatte erklären lassen, ihr Vertreter werde sich nicht an der höfischen Repräsentation betheiligen, zu der auch weder Verfassung noch Geschäftsordnung verpflichten. — Aus diesem Grunde verzichteten wir auch auf die zweite Vicepräsidentenstelle, als das bisherige Reichstagspräsidium umstürzte. Am 23. März 1895 ersuchte der Präsident v. Levetzow den Reichstag um die Ermächtigung, zum bevorstehenden achtzigsten Geburtstag Bismarck's diesem „den Geburtstagsglückwunsch des Reichstags ausdrücken zu dürfen". Unsere Fraktion gab folgende Erklärung ab:

„Die durch den Fürsten Bismarck zum ausschließlichen Vortheil der besitzenden Klasse verfolgte Zoll- und Steuerpolitik hat schwere Schädigungen über das deutsche Volk gebracht und in ihren unheilvollen Wirkungen der Arbeiterklasse die nothwendigsten Lebensmittel vertheuert. Fürst Bismarck hat stets nur die Politik der Sonderinteressen und der nationalen und internationalen Gegensätzlichkeit betrieben; er hat seine Gegner, insbesondere die sozialdemokratische Partei, bis zur Aechtung mit Ausnahmegesetzen verfolgt und vergewaltigt. Er besitzt daher keinen Anspruch auf den Dank und die Anerkennung des gerade von ihm so oft mit Hohn behandelten Reichstags. Als Vertreter der stärksten politischen Partei Deutschlands lehnen wir den Vorschlag des Herrn Präsidenten ab."

Die Rechte machte während und nach dieser Erklärung einen patriotischen Entrüstungslärm, der um so lächerlicher war, als damals — und mehr noch jetzt — bekannt war, wie gerade die um Stöcker und Hammerstein am Sturze Bismarck's gearbeitet hatten.

Auch Zentrum, freisinnige und süddeutsche Volkspartei, Polen und Welfen erklärten sich gegen den Wunsch des Präsidenten, dessen Antrag mit 163 gegen 146 Stimmen abgelehnt wurde. Darauf legte Präsident v. Levetzow das Präsidium nieder, der nationalliberale Vizepräsident folgte ihm. Der Vizepräsident Freiherr v. Buol-Berenberg, Mitglied des Zentrums, führte die Geschäfte weiter; er wurde aber nur mit 183 Stimmen zum Präsidenten gewählt; 105 Gegner von der Rechten gaben weiße Zettel ab. Vizepräsidenten wurden noch ein Zentrumsabgeordneter und ein Freisinniger.

Da der Kaiser über den Beschluß des Reichstages vom 23. März ein Entrüstungs-Telegramm an Bismarck sendete, brachte unsere Fraktion einen Antrag ein, den wir mit Fortlassung des eine Kritik jener Kundgebung enthaltenen Satzes nachstehend folgen lassen.

Antrag.

Der Reichstag wolle beschließen:

Mit Bezug auf das Telegramm des Kaisers an den Fürsten Bismarck vom 23. d. M., in welchem über einen Beschluß des Reichstags die „tiefste Entrüstung" ausgesprochen und behauptet wird, daß der Reichstag „in vollstem Gegensatz zu den Gefühlen aller deutschen Fürsten und ihrer Völker steht",

zu erklären:

Die angeführte Meinungsäußerung des Kaisers ist nach den begleitendem Umständen ein politischer Akt.

Eine öffentliche Zensur legaler Beschlüsse des Reichstages — — — —
— —
— —

Die verfassungsmäßige Unverantwortlichkeit des Reichsoberhaupts, sowie die seitherige Gepflogenheit des Reichstages, die Person des Kaisers nicht der Kritik zu unterziehen, haben zur Voraussetzung, daß das Reichsoberhaupt seinen Einfluß auf die Reichsangelegenheiten ausschließlich durch den verantwortlichen Reichskanzler ausübt.

Die Vertretung der Gefühle und Bestrebungen des deutschen Volkes ist Aufgabe des Reichstages, der Niemandem verantwortlich ist als dem Volke.

Hierauf erhielt die Fraktion folgendes Präsidialschreiben:

„Der angeschlossene Antrag steht in keiner Beziehung zu irgend einem Titel der Ausgabe und Einnahme des Reichstags auf das Etatsjahr 1895/96 und müßte schon aus diesem Grunde zurückgewiesen werden.

Die in demselben angezogene telegraphische Mittheilung Sr. Majestät des deutschen Kaisers an den Fürsten v. Bismarck ist von dem Herrn Reichskanzler nicht kontrasignirt und unterliegt deshalb als eine in die Außenwelt getretene Kundgebung Sr. Majestät des Kaisers keineswegs der Beschlußfassung des Reichstages.

Es wird deshalb abgelehnt, den Antrag dem Reichstage zu unterbreiten.

Der Präsident des Reichstages.
gez. R. Frhr. v. Buol."

Alle diese Zwischenfälle zeigten die Gegensätze zwischen unseren Anschauungen und denen der herrschenden Klasse; bei der Berathung der Gesetzentwürfe und Anträge kamen dieselben noch schärfer zum Ausdruck.

Die Berathungen begannen mit der Diskussion des **Reichshaushaltsetat für 1895/96.** Derselbe wies zwar gegen 1894/95 eine Minderforderung von 53 Millionen Mark auf, die aber nicht durch Verminderung

der fortdauernden Ausgaben verursacht wurde — diese wiesen im Gegentheil eine Steigerung von 23 Millionen Mk. auf —, sondern dadurch, daß an einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats 84 Millionen Mk. weniger angesetzt waren, da die Ratenzahlung für Erbauung des Reichstagsgebäudes und Nordostseekanals wie für Vermehrung der Artillerie und Ausbau der Festungen und der strategischen Bahnlinie nach Saargemünd wegfielen. Der Etat wurde, nachdem 14 Millionen Mk. von der Regierungsforderung gestrichen waren, mit **1 233 547 979 Mk.** festgestellt, davon 1106 Mill. Mk. fortdauernde, 84,3 Mill. Mk. ordentliche einmalige und 46,4 Mill. Mk. außerordentliche einmalige Ausgaben. Dazu kam noch der Haushaltsetat für die **Schutzgebiete** mit 8 989 140 Mk., davon 5,8 Mill. Mk. für die ostafrikanischen, 1,7 Mill. Mk. für die südwestafrikanischen, 1,2 Mill. Mk. für Kamerun und 265 000 Mk. für Togo. Ferner kam hinzu: a) ein I. Nachtrag zum Reichhaushaltsetat mit 1,7 Mill. Mk. zur Deckung der Unkosten für die Feierlichkeiten bei Eröffnung des Nordostseekanals; die Ausgaben werden durch entsprechende Erhöhung der Matrikularbeiträge gedeckt; b) ein II. Nachtrag zum Reichshaushaltsetat mit 4 Mill. Mk. für Zuschüsse der Verwaltung des Reichsheeres und Besoldung der Beamten des Nordostseekanals; c) ein Nachtrag zum Etat der Schutzgebiete mit 70 000 Mk. Insgesammt sind demnach gefordert worden:

für den Reichshaushaltsetat	1 239 250 441 Mk.
für die Schutzgebiete.	9 059 140 „
Summa . .	1 248 309 581 Mk.

Unsere Fraktion hat, getreu ihren alten Grundsätzen, dem herrschenden System, insbesondere dem Militarismus jegliche Mittel zu verweigern und keinem Etat zuzustimmen, dessen Einnahmen hauptsächlich auf indirekten Steuern beruhen, welche die ärmere Bevölkerung am allerschwersten belasten, keinen Mann und keinen Groschen bewilligt.

Wie sich die **Reichsausgaben** vertheilen, zeigt folgende Uebersicht:

		Ordentlicher Etat. Ausgaben.		Außerordentl. Etat.
		Fortlaufende Mk.	Einmalige Mk.	Ausgaben. Einmalige. Mk.
I.	Bundesrath	—	—	—
II.	Reichstag.	650 990	—	—
III.	Reichskanzler u. Reichskanzlei	153 780	—	—
IV.	Auswärtiges Amt.	10 556 487	6 848 240	—
V.	Reichsamt des Innern . . .	29 725 645	5 313 860	1 565 174
VI.	Verwaltung des Reichsheeres	472 212 385	44 139 934	34 167 892
VII.	do. der Kaiserl. Marine .	55 261 493	20 553 350	5 864 500
VIII.	Reichs-Justizverwaltung . .	2 085 366	541 339	—
IX.	Reichsschatzamt.	378 909 990	195 800	—
X.	Reichs-Eisenbahnamt . . .	346 900	—	4 781 000
XI.	Reichsschuld	73 967 300	170 000	—
XII.	Rechnungshof	735 503	—	—
XIII.	Allgemeiner Pensionsfonds .	55 034 754	—	—
XIV.	Reichs-Invalidenfonds . . .	26 393 714	—	—
XV.	Dienstaltersstufen-Zuschuß . .	49 950	—	—
XVI.	Post- u. Telegr.-Verwaltung .	—	9 025 095	—
		1 106 084 257	86 787 618	46 378 566

Summa: 1 239 250 441 Mk.

Die Einnahmen des Reichs wurden im Etat und den Nachtragsetats für 1895/96 wie folgt veranschlagt:

Zölle und Verbrauchssteuern	627 003 420	Mk.
Reichsstempelabgaben	54 629 000	„
Post- und Telegraphen-Verwaltung . .	29 778 903	„
Reichsdruckerei	1 474 155	„
Eisenbahnverwaltung	23 173 000	„
Bankwesen	7 182 100	„
Verschiedene Verwaltungs-Einnahmen .	11 950 497	„
Aus dem Reichs-Invalidenfonds . . .	26 393 714	„
Zinsen aus belegten Reichsgeldern. . .	10 000	„
Veräußerung ehemaliger Festungsterrains	800 039	„
Ueberschüsse aus früheren Jahren . . .	14 476 980	„
Matrikularbeiträge	396 000 067	„
Außerordentl. Deckungsmittel (Anleihen)	46 378 566	„
Summa	1 239 250 441	Mk.

Zu den vorstehenden Summen ist zu bemerken: Wie bei Erörterung der Finanzreform näher auseinandergesetzt ist, entsprechen die Matrikularbeiträge den aus den Einnahmen der Zölle und Verbrauchssteuern an die Bundesstaaten gezahlten Ueberweisungen, welche unter den fortlaufenden Ausgaben des Reichsschatzamtes in Anrechnung gebracht sind. Soweit die Matrikularbeiträge durch die Ueberweisungen ausgeglichen werden — nach diesem Etatanschlag sind letztere um 22 Mill. Mk. niedriger als erstere — stellen die Matrikularbeiträge keine wirkliche, sondern nur eine rechnerische Einnahme dar, da ihnen eine entsprechende Ausgabe im Ausgaben-Etat gegenübersteht, und zwar im Etat für 1895/96 373,8 Mill. Mk. Ueberweisungen gegenüber 396 Mill. Mk. Matrikularbeiträgen. Von letzteren sind also nur 22,2 Mill. Mk. wirkliche neue Einnahmen, so daß diese im Ganzen nicht 1239,25 Mill. Mk. betragen, sondern nur 865,5 Mill. Mk.

Von diesen kommen 682 Mill. Mk. aus Zöllen, Verbrauchssteuern und Reichsstempelabgaben, das heißt: Vier Fünftel der Einnahmen werden durch indirekte Besteuerung aufgebracht und fallen in Folge dessen am schwersten der ärmeren Bevölkerung zur Last; eine Arbeiterfamilie wird mit 8—10 pCt. ihres Einkommens durch die indirekten Steuern getroffen, eine Familie des Mittelstands mit 5—6 pCt., die reichste Schicht mit 1—3 pCt.

Die Reichseinnahmen an Zöllen und Verbrauchssteuern für 1895/96 wurden im Einzelnen wie folgt veranschlagt:

Zölle	348 572 000	Mk.
Tabaksteuer	11 331 000	„
Zuckersteuer	80 000 000	„
Salzsteuer	43 657 000	„
Branntweinsteuer:		
a) Maischbottich- u. Branntweinmaterialsteuer	18 820 000	„
b) Verbrauchsabgabe und Zuschlag zu derselben	98 957 000	„
Brausteuer u. Uebergangsabgabe an Bier	25 603 000	„
Aversa für Zölle und Verbrauchssteuern .	63 420	„
Summa	627 003 420	Mk.

Durch die Tabaksteuer wird jedes Kilogramm inländischen Tabaks mit 44 Pf. belastet, jedes Kilogramm Zucker mit 18 Pf., jedes Kilogramm Salz mit 12 Pf.. jeder Liter 100grädiger Spiritus mit 85 Pf., mithin jeder Liter Branntwein mit ca. 28 Pf. (bis 1887 nur 5 Pf.!), jeder Liter Bier im norddeutschen Brausteuergebiet mit 0,8 Pf.

Die Zölle hatten nach Begründung des Reichs 1871 eine Brutto-Einnahme von 95,8 Mill. Mk. ergeben, durchschnittlich auf den Kopf der

Bevölkerung 2 Mk. 45 Pf., 1894 ergaben sie 364,4 Mill. Mk. und 7 Mk. 13 Pf. auf den Kopf! — 1893 94 lieferten die größten Zolleinnahmen die Einfuhr von Getreide (nebst Hülsenfrüchten und Malz) mit 99,6 Mill. Mark (3 Mk. 50 Pf. pro Hektoliter Roggen und Weizen, 2 Mk. 80 Pf. pro Hektoliter Hafer und Malz, 2 Mk. pro Hektoliter Gerste und Hülsenfrüchte); die Einfuhr von Petroleum brachte 54 Mill. Mk. (6 Pf. pro Liter), die von Kaffe 49 Mill. Mk. (40 Pf. pro Kilogramm), von Tabak 44,5 Mill. Mk. (85 Pf. pro Kilogramm), Wein 15,5 Mill. Mk., Schmalz 7,9 Mill. Mk. (10 Pf. pro Kilogramm), Heringe, gesalzen, 4 Mill. Mk. (je nach der Größe ½—1 Pf. das Stück), Reis 4 Mill. Mk. (4 Pf. pro Kilogramm), Gewürze 3,7 Mill. Mk. (50 Pf. pro Kilogramm), Thee 2,8 Mill. Mk. (100 Pf. pro Kilogramm), Eier 2 Mill. Mk. (3 Pf. pro Kilogramm = ca. 20 Stück), Käse 1,6 Mill. Mk. (20 Pf. pro Kilogramm), Butter 1,2 Mill. Mk. (20 Pf. pro Kilogramm).

Die Steigerung der Zölle steht mit der des Militarismus in engem Zusammenhange. Seit Begründung des Reichs veranlaßte das Wachsthum der Friedenspräsenzstärke folgende Steigerung der Ausgaben (in Millionen Mark):

Jahr	Mann	Laufende Ausgaben				Einmalige Ausgaben	Summa der Ausgaben
		Armee	Marine	Pension	Summa		
1872	359 000	250	12	47	309	244	553
1875	401 659	319	18	49	386	198	584
1881	427 274	344	27	49	420	65	485
1887	468 419	359	39	52	450	182	632
1890	486 983	400	41	63	504	350	854
1893	570 877	450	48	68	566	227	793

Seit 18. Januar 1872 bis zum 1. April 1896 (die letzten Jahre nach den Voranschlägen der Etats berechnet), betrugen die Gesammt-Ausgaben für Heer, Flotte und Pensionen zusammen **13 967 Mill. Mark** und zwar laufende Ausgaben für die Armee 8597, Marine 759, Pensionen 1321, zusammen 10 677 Mill. Mk., und einmalige Ausgaben 3290 Mill. Mk.

Dazu kommt noch die Verzinsung der Reichsschuld, welche seit 1876/77 bis 1895/96 an 566,5 Mill. Mk. gekostet hat und zum größeren Theil für Zwecke des Militarismus verwendet wurde.

Diese Ziffern beweisen, daß unsere Fraktion im Interesse des Volkes handelte, wenn sie, wie es von je geschah, den gesammten Etat ablehnte.

An den einzelnen Forderungen desselben übte die Fraktion wie in den Vorjahren eingehende und scharfe Kritik und vertrat die Forderungen der besitzlosen Klasse. Daß es uns in diesem Reichstage nicht möglich ist, Beschlüsse zu deren Gunsten zu erwirken, ergiebt sich schon allein aus dem Ziffernverhältniß der Parteien. Von den 397 Sitzen des Reichstags eroberten wir 1893 44, erhielten durch Nachwahl 1894/95 2 neue Sitze und verloren einen, so daß wir mit 45 Mandaten eine leicht zu überstimmende Minorität bilden, da, sobald es sich um ernstliche Reformen zu Gunsten der besitzlosen Klasse handelt, alle andern Parteien stets gegen uns stimmen, bis auf wenige Ausnahmen, wo sie, um ihre Gegner in Verlegenheit zu bringen, sich aus Zweckmäßigkeitsgründen zu uns schlagen. Wir standen daher wechselnden Parteigruppirungen gegenüber, die aber stark genug waren, um unsere Anträge niederzustimmen; zu widerlegen vermochten sie unsere Kritik nicht.

Bei der ersten Lesung des Etats erklärte der Reichskanzler Fürst Hohenlohe, daß er kein Programm entwickeln werde, da ein Systemwechsel nicht eingetreten sei. Und unter dem Beifall der Unternehmerparteien kennzeichnete er es als eine Aufgabe des neuesten Kurses, den Arbeiterschutzgesetzen eine Ergänzung zu geben, „bei welcher der Gesichtspunkt der Schonung der Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie im eigenen Interesse der Arbeiter nicht außer Acht gelassen werden darf".

Unser Etatsredner nagelte fest, daß die Sozialreform, die 1890 mit so großem Pomp angekündigt wurde, nach den wenigen ungenügenden Gesetzen, die sie zeitigte, völlig eingefroren ist, ja, wie die Durchlöcherung der Sonntagsruhe beweist, wurde sie bereits rückwärts revidirt. In ihrem eigenen Interesse fordern die Arbeiter Ausdehnung des gesetzlichen Schutzes, nur im Interesse des Unternehmerthums werde er ihnen verweigert. Und um die Arbeiter am Ausdruck ihrer Unzufriedenheit zu verhindern, soll ihnen ein Knebel in den Mund gestopft werden. Es ist eine unehrliche Praxis, daß man den Sozialismus mit dem Anarchismus zusammenwirft, die sich in der Taktik wie im Ziel grade entgegengesetzt sind. — Unserm zweiten Fraktionsredner, der die Angriffe der Gegner auf diese Rede widerlegen wollte, schnitt die Majorität das Wort ab, indem sie die Diskussion schloß.

In den vielen und langen Kommissionsberathungen des Etats suchten die Vertreter unserer Fraktion nach Möglichkeit Abhilfe der obwaltenden Mißstände zu schaffen; bei der zweiten und dritten Lesung des Etats im Plenum nahm ein großer Theil der Fraktion daran theil. Hier ist ja die oft einzige Möglichkeit gegeben, an den dem Reich unterstehenden Verwaltungen, dem Militarismus und dem Besteuerungssystem eine gebührend scharfe Kritik zu üben, und so die einzige Stätte, an der im Deutschen Reiche noch eine gewisse Redefreiheit herrscht, zur Gerichtsstätte zu machen, wo die arbeitende und besitzlose Klasse ihr Urtheil spricht über die Opfer, die Staat und Gesellschaft ihr auferlegen. Die sozialdemokratische Partei hat sich dabei mit gleicher Fürsorge aller Schichten der besitzlosen Klasse angenommen, ohne Rücksicht darauf, ob diese sich bereits der Sozialdemokratie angeschlossen haben oder ihr noch gleichgiltig gegenüberstehen, oder sie, wie es bei vielen Kategorien der Subalternbeamten noch der Fall ist, aufs Heftigste bekämpfen. Wir buhlen nicht um Stimmen, sondern wollen das Recht.

Beim Etat des **Reichstags** trat unser Fraktionsredner dafür ein, daß die Hilfskanzleidiener des Reichstages kürzere Arbeitszeit (anstatt der oft 14—15stündigen), bessere Bezahlung, Krankengelder und Pension erhielten. Ferner machte er auf den skandalösen Zustand aufmerksam, daß die Kellner in den Restaurationsräumen des Reichstages keinen Lohn erhalten, sondern auf die Trinkgelder der Abgeordneten angewiesen sind, obwohl der Wirth keine Pacht zahlt und Heizung, Licht, Einrichtung und Reinigung der Räume auf Reichskosten geliefert werden. — Beiden Uebelständen ist übrigens bis jetzt noch nicht abgeholfen.

Beim Etat für den **Reichskanzler** fragte unser Mitglied der Kommission für Arbeiterstatistik an, ob denn die Reichsregierung nicht endlich, ensprechend dem dritten Absatz des § 120e der Gewerbeordnung, der seit 1. April 1892 geltendes Recht ist, die übermäßige, gesundheitschädigende Dauer der täglichen Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien einschränken will. Die Kommission für Arbeiterstatistik hat die grauenvollen Zustände im Bäckereigewerbe klargelegt und empfohlen, die Arbeitszeit auf 12 Stunden einzuschränken, mindestens 8-stündige Ruhe und 16-stündige Sonntagsruhe zu gewähren, und für die Lehrlinge verlangt, daß sie im ersten Jahre 2 Stunden, im zweiten 1 Stunde weniger als die Gesellen arbeiten. Minister v. **Bötticher** wies den Verdacht unseres Redners, die Arbeiten der

Kommission würden in den Papierkorb wandern, mit Entrüstung zurück; der § 120e der Gewerbeordnung sei nicht begraben, die Entscheidung werde demnächst getroffen. Thatsächlich ist jedoch bis jetzt von Seiten des Bundesraths keine Bestimmung zum Schutz der Bäckereiarbeiter getroffen worden, vielmehr offiziös gegenüber dem Ansturm der in ihrem Ausbeutungsrecht Beschränkung fürchtenden Meister erklärt worden, sie sollten sich beruhigen, es werde ihnen nichts geschehen.

Der Etat des **Auswärtigen Amts** in Verbindung mit dem des **Haushalts der Schutzgebiete** veranlaßte unsere Fraktion wieder in energischer Weise gegen die Vergeudung von Staatsgeldern Front zu machen, die durch die von Bismarck eingebrockte **Kolonialpolitik** jedes Jahr in steigendem Maße verursacht wird. Der Luxus überseeischer Abenteuer, der Millionen verschlingt, zu einer Zeit, wo das Volk durch Steuern aller Art schon für den europäischen Militarismus erdrückt wird, kommt nur einigen Großrhedern und Großkaufleuten zu Gute, nicht der Gesammtheit, zumal unsere Kolonien, an und für sich fast werthlos, durch eine ungeschickte, und, wie im Falle Leist, Wehlau, die Eingebornen brutalisirende Verwaltung nicht vorwärts, sondern rückwärts sich entwickeln. Selbstverständlich lehnten wir jede Geldbewilligung auch für den Haushalt der Schutzgebiete und einen späteren Nachtragsetat ab.

Beim Etat des **Reichsamts des Innern** kritisirten wir, so wie in jedem Jahre, die Berichte der deutschen Gewerbeinspektoren und die in der Produktion herrschenden, zu immer weiterer Verelendung der Arbeiter führenden Zustände. Die Verbindung der Kesselrevision mit der Fabrikinspektion, wie sie nach schlechtem sächsischem Beispiel seit 1893 in Preußen eingeführt wurde, lähmt die ohnehin nicht genügende Leistungsfähigkeit der Aufsichtsbeamten und bringt es dahin, daß dieselben noch weniger Betriebe revidiren können als sonst, so daß das bischen Arbeitsschutz, das durch die Gewerbeordnung versprochen wurde, auf dem Papier stehen bleibt. Dabei müssen die Arbeiter, die dem Fabrikinspektor Mittheilungen machen, Entlassung aus der Fabrik fürchten, und wenn ein Fabrikinspektor sich, wie es allein zweckmäßig ist, mit den Gewerkschaften und Fachvereinen in Verbindung setzt, treten ihm die Unternehmer feindselig entgegen. Wir forderten: Vermehrung der Zahl der Inspektoren, Entlastung derselben von der Kesselrevision, Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren, Hinzuziehung von Arbeitern und Arbeiterinnen zum Inspektorat, Ausdehnung desselben und des Arbeiterschutzes auf Flößerei und Schifferei, Handwerk und Hausindustrie, Einführung der Arbeitsämter und Arbeitskammern, wie sie unser Gesetzentwurf von 1890 vorschlage. Die Unzulänglichkeit mancher Berichte wurde eingehend nachgewiesen und Abhilfe verlangt. Die Regierung gab keine Antwort; an eine Ausdehnung des Arbeiterschutzes und der Gewerbeinspektion denkt sie ja nicht.

Beim Etat der Behörden für die Untersuchung von Seeunfällen kam der Untergang der Elbe, bei dem Hunderte von Menschen zu Grunde gingen, abermals zur Sprache, nachdem bereits einige Tage vorher eine konservative, offenbar mit der Regierung verabredete Interpellation, betreffend die Verhütung des Verlustes von Menschenleben bei Seegefahr, der Regierung Gelegenheit gegeben hatte, in das Loblied des Abgeordneten und Rheders Jebsen auf die deutsche Schiffsrhederei einzustimmen, die ohne die „Belästigungen und Schikanen", welche ihr eine Reichsaufsicht schaffen würde, ihre volle Schuldigkeit thue. — Wir verlangten Reichskontrolle des Schiffsbaues und Schutz der Seeleute durch eine Seemannsordnung, wie wir eine solche schon 1892/93 vollständig vorgelegt hatten. Der Minister erklärte, daß eine Revision der Seemannsordnung durch die Regierungen berathen werde.

Zum **Etat des Reichsversicherungsamtes** hatte unsere Fraktion die Resolution gestellt:

„Den § 157 des Gesetzes betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung dahin abzuändern, daß jeder Versicherte, der das 70. Lebensjahr vollendet hat, einen Rechtsanspruch auf Altersrente erhält, und die §§ 9 Abs. 3 und 156 dahin abgeändert werden, daß diejenigen Versicherten, die infolge ihres geistigen oder körperlichen Zustandes nicht mehr im Stande sind, sich in ihrem Berufe die Hälfte ihres bisherigen, nach dem Durchschnitt der letzten 3 Jahre zu berechnenden Jahresarbeitsverdienstes zu erwerben, Invalidenrente erhalten."

Unser Redner wies nach, wie die Verwaltungskosten sehr hohe seien, dagegen die Zahl der Invalidenrentner weit hinter dem Voranschlag zurückbleibe und daher die Zahl der Rentenempfänger im Sinne unserer Anträge vermehrt werden müsse. Ein anderer Fraktionsredner wies auf das schleppende Verfahren vor den Schiedsgerichten der Berufsgenossenschaften und deren für die Arbeiter ungünstige Entscheidungen hin und fragte, wo denn die vom Minister seit 1890 ausdrücklich versprochene Neugestaltung des Unfallversicherungsgesetzes bliebe; noch im vergangenen Jahre habe der Minister uns veranlaßt, die von uns gestellten Anträge zurückzuziehen, und jetzt biete man uns anstatt des versprochenen Arbeiterschutzes den Arbeitertrutz. In eingehender Weise zeigt ein anderer Fraktionsredner an einer Fülle von Beispielen, wie die Schiedsgerichte oft die einseitigsten Interessen der Berufsgenossenschaften wahrnehmen und 49 pCt. aller Aussprüche der Schiedsgerichte vom Reichsversicherungsamt zu Gunsten der Arbeiter umgeändert werden mußten. Wir verlangen Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handwerk, Verschmelzung der ganzen Arbeiterversicherung für Krankheit, Invalidität und Alter in eine einzige zentralisirte Versicherung, mit gerechter Vertheilung der Steuern, Extrazuschlägen für besondere Gefahrenklassen, und Handhabung durch ein selbständiges Reichsarbeitsamt unter Hinzuziehung der Versicherten zur Verwaltung. Noch von zwei anderen Rednern unserer Fraktion wurden bei diesem für die Arbeiterschaft so wichtigen Punkte berechtigte Beschwerden vorgebracht: Verweigerungen der Renten und Unterschlagungen, die von Arbeitgebern an Krankenkassengeldern verübt werden. Minister v. Boetticher wehrte sich lebhaft gegen den „weit verbreiteten Irrthum, als ob die Gesetzgebung auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung ins Stagniren gerathen sei", erklärte, daß dieselbe sehr verbesserungsbedürftig ist, gab aber zu, daß die Entwürfe, die von der Regierung gemacht wurden, wegen der laut gewordenen Bedenken, besonders gegen die Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handwerk, zurückgezogen seien; im nächsten Jahre werden dem Reichstag neue Vorschläge gemacht werden. Nachdem noch besonders die Nationalliberalen die Unfall-Berufsgenossenschaften und den Opfermuth der Unternehmer hochgepriesen hatten, wurde auf Antrag des Zentrums unsere Resolution abgelehnt und nur das Ersuchen ausgesprochen, die Vorlage der in Aussicht gestellten „Novelle zur Abänderung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes" möglichst zu beschleunigen.

Beim **Marine-Etat** geißelte ein Fraktionsredner, daß auf den Kaiserlichen Werften, anstatt die Arbeitszeit zu verkürzen, 500—600 Arbeiter im Frühjahr entlassen wurden. Gegen die geforderten 7 Millionen Mark erster Rate für den Bau neuer Kreuzer stimmten wir wie gegen den gesammten Marine-Etat.

Zum **Militär-Etat** hatte unsere Fraktion folgende Resolution eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit und die Umwandlung der jetzigen Heeresorganisation in eine Miliz-Wehrordnung angebahnt wird."

Unser Fraktionsredner hatte die Berechtigung unseres Antrags durch Hinweis auf das Milizheer der Schweiz bewiesen und dargelegt, daß erst durch ein Milizheer ein wirkliches Volk in Waffen entstehe, das sich aber auch nie zu einem Angriffskriege, nie gegen das Volk gebrauchen lassen werde, und Soldatenmißhandlungen unmöglich mache. „Der größte Theil aller Mißhandlungen entsteht durch die Ungeschicklichkeit der Leute in Bezug auf die einfachsten Körperübungen, die Jedem geläufig sind, der von Jugend auf das Turnen gelernt hat." Unser zweiter Fraktionsredner wies auf die in unserer Parteipresse zuerst in die Oeffentlichkeit gebrachten Erlasse von 1878, 1879 und 1890 hin, die sich gegen die Beschäftigung sozialdemokratischer Arbeiter in Militärwerkstätten richten; damit werde nur Erbitterung und Heuchelei erzeugt, die Gesinnung der Arbeiter aber nicht geändert. Die Militärverwaltung habe aber sogar, wie ein Vertrag von 1894 zeige, von Lieferanten verlangt, daß diese keine sozialdemokratischen Arbeiter beschäftigen oder dieselben sofort entlassen solle.

Der Kriegsminister erklärte, „die Lieferanten der Militärarbeiten können Arbeiter einstellen, welche sie wollen"; an dem Erlaß, der sich gegen die Beschäftigung sozialdemokratischer Arbeiter in Militärwerkstätten richtet, müsse er festhalten und „sogar in Erwäung nehmen, ob es nicht nothwendig ist, in diesen Erlaß noch andere Arbeiterkategorien (Bureauarbeiter) mit einzubeziehen". Die von unsern Rednern gebührend beleuchteten Duelle in der Armee suchte er zu vertheidigen. Das Vorgehen gegen verschiedene unserer Parteigenossen in der Armee (Wendtlandt, Dr. Hirschfeld) fand er in den militärischen Einrichtungen begründet, und auch die anderen Parteien hatten nichts dagegen einzuwenden. Eine große Anzahl von Soldatenmißhandlungen, die von unserm Redner wie in jedem Jahre gerügt wurden, veranlaßten unsere abermalige Forderung, daß die seit 25 Jahren vom Reichstage verlangte Militärstrafprozeßordnung endlich vorgelegt werde. Auch die massenhafte Verwendung von Soldaten bei Erntearbeiten wurde gerügt; der Kriegsminister mußte zugeben, daß allein in Preußen an 3331 Landwirthen 12 054 Mann auf durchschnittlich je 7 Tage abgegeben wurden. Abhilfe wurde nicht versprochen.

Beim Etat des **Reichsjustizamts** wurde wie im vorhergehenden Jahre das Vorgehen sächsischer Justizbehörden gegenüber unserer Partei gekennzeichnet. Damals erklärte der Staatssekretär Nieberding, daß die Verbreitung von Wahlzetteln und Druckschriften deshalb noch nicht unzulässig ist, weil der Vertheiler sie offensichtlich trägt, oder daß er sie Jedermann, ohne Rücksicht auf politische oder religiöse Anschauung anbietet. 14 Tage nach dieser Erklärung hat das Schöffengericht zu Chemnitz und später das Landesgericht und Oberlandesgericht solche Flugblattvertheiler wegen groben Unfugs verurtheilt. Der Staatssekretär des Reichsjustizamts erwiderte auf unsere Beschwerden — nichts, und die Praxis des „groben Unfugs" greift immer weiter um sich.

Beim **Etat der Reichsschuld** forderten wir, daß die 450 Millionen mit 4 pCt. und die 778 Millionen Mark mit $3^1/_2$ pCt. verzinsten Reichsschulden in Anleihen umgewandelt würden, welche, entsprechend dem allgemein gesunkenen Zinsfuß nur 3 pCt. Zinsen zu zahlen haben, wodurch eine Zinsersparniß von 8 Millionen Mark entstehe. Auch die Einzelstaaten könnten dann die 4prozentigen Anleihen konvertiren, was bei Preußen, Bayern, Baden, Württemberg und Hessen, die zusammen 5583 Millionen Mark 4prozentige Schuldverschreibungen ausgegeben haben, bei Konvertirung auf 3prozentige eine jährliche Ersparniß von 55 Millionen Mark ergeben würde. Dem widersprachen der Abg. Rintelen (Zentrum) im Interesse der Kirchen und Stiftungen, deren Einkommen durch die Konvertirung verringert werde, und der konserv. Abg. v. Frege vom agrarischen Standpunkte aus; der Staatssekretär des Reichs-

schatzamts erklärte, Deutschland werde noch öfter borgen, wie es schon so oft gethan, und, wenn es seine Anleihen konvertire, keine Geldgeber mehr finden.

Beim **Etat des Reichseisenbahnamts** brachte ein Redner der Fraktion u. a. die überlange Arbeitszeit und ungenügende Bezahlung der Unterbeamten zur Sprache, worauf der Präsident des Reichseisenbahnamts erklärte, daß er seit mehreren Jahren in dieser Beziehung keine einzige Beschwerde bekommen habe, folglich Alles befriedigend sei, — eine Schlußfolgerung, die außer Acht läßt, daß die Furcht vor Entlassung oder Zurücksetzung im Avancement die Beamten wie die Arbeiter — leider nicht ohne Grund — am Vorbringen von Beschwerden hindert.

Beim **Post-Etat** geißelte unser Redner das System der sozialen Politik in der Postverwaltung, das jetzt wie früher seine Ersparnisse auf Kosten der Tagelöhner und Subalternbeamten mache, so z. B. die Zahl der geringer bezahlten Assistenten gegenüber den etatsmäßigen Stellen nicht in genügender Weise vermindere, so daß ein Drittel der Unterbeamten und zwei Fünftel der Landbriefträger nicht etatmäßig angestellt sind. Posthilfsboten müssen erklären, daß, falls sie vor Erlangung einer gesicherten Lebensstellung heirathen und infolge dessen in Noth gerathen, sie auf Hilfe aus der Postunterstützungskasse verzichten werden; dabei kommt der Posthilfsbote in „gesicherte", d. h. unkündbare Stellung erst nach 24jähriger Dienstzeit. Auch die hohen Zinsen, welche die Post-Spar- und -Vorschußvereine nehmen, die lange, für die Briefträger oft 13—14stündige Arbeitszeit, das Strafgelderunwesen, der Mangel an Pensionsberechtigung für Postillone und die ungenügende Besoldung aller unteren Beamtenstufen wurde unter Beibringung unwiderleglichen Materials gerügt. Ferner forderten wir, daß für Hilfsleistungen bei der Post, besonders zu Weihnachten und Neujahr, nicht Soldaten, sondern stellenlose Zivilpersonen zugezogen würden; die Postverwaltung gab aber keine zusagende Antwort. Das kapitalistische Wirthschaftssystem ist in Privat- wie in Staatsbetrieben nur auf die Erzeugung von Profit, von Mehrwerth, bedacht und läßt sich nur nothgedrungen darin stören, wenn die politisch-soziale Macht der Arbeiter dazu zwingt. Auch die Postangestellten werden nur dann bessere Zustände erringen, wenn die Sozialdemokratie mächtig genug geworden ist, um für die gesammte Arbeiterklasse Fortschritte zu erkämpfen. Daß aber unsere offene und scharfe Kritik schon jetzt nicht einflußlos ist, zeigten verschiedene Maßnahmen, die auf Anregung derselben gerade bei der Postverwaltung getroffen wurden. Und wenn nun endlich nach jahrelangem Andrängen der Reichstag beschlossen hat, daß Dienstalterstufensystem bei den Postbeamten einzuführen, so ist das mit in erster Linie dem jahrelangen Ansturm unserer Fraktion zu verdanken.

Beim Etat der Zölle und Verbrauchsabgaben beantragte die Fraktion, das **Brausteuergesetz** dahin abzuändern, daß bei der Bierbereitung nur Wasser, Malz, Hopfen und Hefe (nicht wie jetzt auch Surrogate) verwendet werden dürfen; dieser Antrag wurde fast einstimmig angenommen, von der Regierung aber keine bindende Zusage gemacht.

Den von der Regierung vorgelegten **Nachtragsetat** von 1,7 Mill. Mk. zur Deckung der Unkosten für die **Eröffnungsfeier des Nord-Ostsee-Kanals** lehnten wir ab, da wir uns nicht für berechtigt halten, militärisch-dynastische Prunkfeste auf Kosten der Steuerzahler zu bewilligen. Wir machten auch von den an die Reichstagsmitglieder gerichteten Einladungen, sich an dem Fest zu betheiligen, keinen Gebrauch.

Ebenso stimmten wir gegen das **Anleihegesetz**, durch das die am 31. März 1894 1 915 714 500 Mk. betragende Reichsschuld um 43 997 692 Mark vermehrt werden sollte, um einmalige Ausgaben für die Verwaltung des Reichsheeres, der Marine und der Reichseisenbahnen zu decken und den Etat ins Gleichgewicht zu bringen.

Die sogenannte **Finanzreform**, die bereits im vorhergegangenen Jahre vom Reichsfinanzkünstler Dr. Miquel vorgeschlagen und vom Reichstage abgelehnt worden war, kam in dieser Session in kleinerer Ausgabe wieder. Die Annahme der Militärvorlage von 1893 fordert ihre Opfer. Anstatt 100 Millionen neuer Steuern wurden zwar diesmal nur etwa 32 Mill. Mk. gefordert, welche durch eine neue **Tabaksteuer** gedeckt werden sollten. Aber die Beschaffung neuer Einnahmen in der Höhe von etwa 100 Millionen Mark wurde als „unbedingte Nothwendigkeit" bezeichnet. So wie im Vorjahre bezweckte das „Gesetz betr. die anderweite Ordnung des Finanzwesens im Reich" in erster Linie, die Einzelstaaten unabhängig von den mehr oder minder großen Einnahmen, die das Reich an Zöllen und Verbrauchssteuern hat, zu machen. Nach Artikel 70 der Verfassung haben die Einzelstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung ein Defizit zwischen Einnahmen und Ausgaben des Reichs durch Matrikularbeiträge zu decken. Dafür erhalten sie jährliche Ueberweisungen, nämlich auf Grund des vom Abgeordneten von Frankenstein 1879 gestellten und zum Gesetz erhobenen Antrags, der sogen. Klausula Frankenstein, diejenigen Erträge der Zölle, der Tabaksteuer und (seit 1887) der Branntweinverbrauchsabgabe, welche die Summe von 130 Mill. Mk. in einem Jahre übersteigen. Die unablässig und außerordentlich wachsenden Mehrausgaben des Reichs für den Militarismus hatten von Jahr zu Jahr die Ansprüche an die Einzelstaaten gesteigert, so daß die bis 1892/93 die Matrikularbeiträge bedeutend übersteigenden Ueberweisungen allmälig immer geringer wurden und schließlich zu steigenden Mehrzahlungen der Einzelstaaten an das Reich führen. Indem das Finanzreformgesetz die Einzelstaaten nur verpflichten will, denjenigen Betrag ans Reich zu zahlen, den sie überwiesen erhalten, macht es dieselben unabhängig von der Steigerung der Reichsausgaben. Ein Defizit im Reichshaushaltsetat wird dann nicht mehr von den Einzelstaaten gedeckt; diese aber bringen ihre Einnahmen zumeist durch direkte Besteuerung zusammen, welche die ärmere Bevölkerung nicht so drückend belastet als die grade auf die unbemittelten Schichten am schwersten drückenden indirekten Steuern, durch welche das Reich seine Einnahmen sich schafft. Die Finanzreform würde also zum Erfolg haben, daß jedes Defizit im Reichshaushalt durch Vermehrung der Reichssteuern gedeckt werden muß. Da aber eine progressive Reichseinkommensteuer den hartnäckigsten Widerstand bei der Reichsfinanzleitung wie bei den Parteien des Großkapitals findet, deren Patriotismus stets nur bis zum Geldbeutel reicht, so würde jedes Reichsdefizit, jede Vermehrung der Ausgaben, nur durch neue indirekte Steuern gedeckt werden, welche am allerschwersten die besitzlose Klasse belasten. Eine Probe solcher Finanzkünste bot die **Tabaksteuer-Vorlage.** War dieselbe auch gegen die des Vorjahres von 45 auf 32 Mill. Mk Mehrerträge zurückgeschraubt, so bot sie doch nichts weiter als eine außerordentlich hohe und drückende Belastung derjenigen Zigarren, die von der ärmeren, d. h. also arbeitenden Bevölkerung geraucht werden. Die Steuer, welche für alle Zigarrensorten ohne Unterschied der Qualität, 25 pCt., für Rauch-, Schnupf- und Kautabak 40 pCt. des Fabrikpreises betragen sollte, muß ja, grade wegen ihrer gleichmäßigen Höhe, denjenigen am schwersten treffen, dessen Einnahmen nach Pfennigen zählen. Die 4 Pfennig-Zigarre, deren Preis auf 5 Pf. gesteigert worden wäre, hätte gar nicht mehr hergestellt werden können, die bisherige 5 Pfennig-Zigarre wäre auf 6 Pf. gestiegen, der Konsum dadurch vermindert und, wie selbst die Tabakfabrikanten erklärten, in Folge dessen ein Heer von dreißigtausend Zigarrenarbeitern brodlos gemacht worden. Graf Posadowsky hatte den Tabak als einen reinen Luxusartikel bezeichnet; mit Recht wurde ihm vom einem unserer Fraktionsredner entgegnet: „Es muß im Lande peinlich berühren, wenn man hört, wie hier über einen so bescheidenen

Genuß der erwerbsthätigen und arbeitenden Bevölkerung, die in Feierabendstunden eine Zigarre oder ein Pfeifchen raucht, oder des Sonntags diesen bescheidenen Genuß sich gönnt, verhandelt wird." Daß das Tabaksmonopol die Folge der Annahme dieser Vorlage sein würde, durch die außerdem alle die vielen kleinen Fabrikanten, die grade in der Zigarren-Industrie existiren, ruinirt würden, ja, daß die Vorlage dies bezwecke, um das Monopol vorzubereiten, wurde ebenfalls von unsern Fraktionsrednern dargelegt. Die rege Agitation, welche die Tabakarbeiter in ganz Deutschland entfalteten, rüttelte die Bevölkerung auf; Petitionen gegen die Tabaksteuer mit mehr als 1 Million Unterschriften gingen dem Reichstage zu, und da sich auch die Fabrikanten, die eine Einbuße ihres Einkommen befürchten mußten, regten und die ihnen nahe stehenden Parteien bearbeiteten, wurde die Tabaksteuer-Vorlage in der Kommission wie im Reichstage bei der zweiten Lesung in allen ihren Theilen abgelehnt; dafür stimmten nur die Konservativen, Freikonservativen und ein Theil des Zentrums wie der Nationalliberalen. Daß die Hoffnungen der Regierung nicht für immer begraben zu sein brauchen und daß zur Auferstehung einer solchen Volksbelastung der „nationale Patriotismus" dienen soll, sprach der konservative Abgeordnete v. Kardorff offen aus, indem er beim Begräbniß der Tabaksteuer-Vorlage erklärte:

„So zerrissen in Parteien, wie dieser Reichstag ist, wird sich, glaube ich, kaum jemals ein anderer Reichstag zusammenfinden. Dazu habe ich ein zu gutes Zutrauen zum deutschen Volk; es wird sich darauf besinnen, daß das das Schlimmste ist, was einer Nation passiren kann; und es wird dahin drängen, daß diejenigen Parteien, welche den nationalen Gedanken vertreten, mal wieder eine Majorität im Reichstag erhalten; und dann wird vielleicht auch die Tabaksteuer-Erhöhung kommen, mögen Sie wollen oder nicht."

Das arbeitende Volk möge dafür sorgen, daß diese Hoffnung der „Patrioten", die Ausgaben des Reichs den Aermsten im Lande aufzuhalsen, zu schanden wird!

Die Finanzreform war schon in der Kommission begraben worden und kam nicht mehr vor den Reichstag.

Einige Volksbelastungen zu Gunsten der „Patrioten" durchzudrücken, gelang diesen aber doch. Gleich bei Beginn der Session hatte der Abgeordnete Paasche in Verbindung mit anderen nationalliberalen Abgeordneten, denen die Interessen der Zuckerfabrikanten am Herzen liegen, die Regierung interpellirt, welche Maßregeln die Regierung in Bezug auf eine Abänderung des **Zuckersteuergesetzes** zu ergreifen gedenke. 1891 hatte der Reichstag mit Ach und Krach ein Gesetz zu Stande gebracht, durch das die auf Kosten der deutschen Bevölkerung und der Reichskasse den Zuckerfabriken zugewendeten Ausfuhrprämien etwas und allmählig vermindert und die bisherige indirekte in eine direkte Prämie verwandelt wurde, die am 1. August 1895 von 1,25 Mk. auf 1 Mk. sinken, dann aber ganz aufgehoben werden sollte. Bis dahin würden selbst bei diesem Steuersatz die etwa 400 in Deutschland bestehenden Zuckerfabriken eine Exportprämie von 530 Millionen Mk. erhalten, eine Prämie, die es bekanntlich zu wege gebracht hat, daß einige Fabriken 30, ja 50 und 60 Prozent Dividende vertheilen konnten. Eine natürliche Folge der kapitalistischen Produktion war es, daß sich, angelockt durch diese auf Kosten des Volkes gezahlten Zuschüsse die Zuckerfabrikation und der Rübenbau so ausdehnten, daß der Markt überfüllt wurde, infolge dessen der Preis des Zuckers sank, zumal das Ausland die Prämienwirthschaft nachmachte. Graf Posadowsky, der zugab, daß diese „rein sachlich betrachtet etwas weltwirthschaftlich Verkehrtes ist", erklärte bereitwilligst seine Hilfsbereitschaft, um den Nothstand der Zuckerbarone zu beseitigen, natürlich im Interesse der „noth-

leidenden Landwirthschaft oder des Kleinbauern". Unsere Fraktionsredner wiesen nach, wie gerade der kleine Bauer von den Zuckerfabriken miserable Preise erhält und sich oft ganz bedeutende Abzüge gefallen lassen muß, die an Prellerei grenzen, dabei sind die Löhne der Arbeiter in den Zuckerfabriken sehr niedrig, die Arbeitszeit lang, die Behandlung eine menschenunwürdige wie auch die Berichte der Gewerbeinspektoren zugeben. In den Provinzen, in denen die Zuckerrübenkultur ihre angeblich segensreiche Thätigkeit entfaltet hat, ist eine Verelendung der Bevölkerung eingetreten; polnische Arbeiter mit leider noch so geringen Lebensansprüchen werden in Schaaren herbeigeholt, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen in einer Weise ausgebeutet, daß erst das Gesetz einschreiten mußte, um sie wenigstens etwas zu schützen. Der Zucker, der ein Volksnahrungsmittel sein sollte, wird der ärmeren Bevölkerung durch die jetzt auf ihm lastenden 18 Pfg. per Kilogramm so vertheuert, daß er als Luxus gilt, während auf unsere Kosten das Ausland, besonders England, den steuerfreien und noch durch die Exportprämie verbilligten Zucker erhält. — Im Mai 1895 brachte, entsprechend den Wünschen der Zuckerindustriellen, die Regierung einen Gesetzentwurf ein, durch den die Prämien in der alten Höhe von 1,25 Mk. per 100 Kilogramm bis 31. Juli 1897 belassen wurden. Abermals kämpfte unsere Fraktion dagegen an; unser Redner wies nach, daß wir damit den Standpunkt vertreten, den die Reichsregierung 1891 einnahm, daß diese damals sogar sofort auf 1 Mk. Prämie herabgehen wollte, das Ausland in der Zwischenzeit ebenfalls seine Prämien indirekt herabgesetzt und der Kleinbauer gar keinen Nutzen von der ganzen Industrie ziehe. Der jetzige preußische Landwirthschaftsminister von Hammerstein-Loxten, habe, als er noch im Landwirthschaftsrath saß, offen erklärt: „Da, wo die Zuckerrübenindustrie herrscht, wird kaum der Bauernstand dauernd zu erhalten sein, wenigstens nicht der Kleinbauer". Half nichts! Das Gesetz wurde mit 191 gegen 45 Stimmen angenommen! Die Profitpatrioten hatten gesiegt!

Auch eine **Branntweinsteuervorlage** wurde angenommen, vorgeblich im Interesse der kleinen Brenner, in Wirklichkeit in dem der Großbrenner, zu denen die ostelbischen Junker hauptsächlich gehören. Die kleinen Brenner bekamen einen Brocken neuer Liebesgaben, damit sie nicht dagegen murren, daß die Junker die Millionen einstecken. Die 40 Millionen Mk. Liebesgabe, welche den Brennereien seit dem Gesetz von 1877 jährlich zufließt, und zwar mit 37 Millionen Mk. an 3876 große Brennereien und mit 3 Millionen Mk. an 19 257 kleine, sowie die indirekte Exportprämie, welche die deutschen Brennereien erhalten, haben, wie die Zuckerprämie nur bewirkt, daß die Produktion den Verbrauch überstieg, zumal auch hier, wie beim Zucker, das Ausland selbst immer mehr produzirte, so daß Deutschlands einst bedeutender Export an Spiritus fast gänzlich verschwunden ist. Die Vorlage wollte durch eine neue, offene Exportprämie helfen, diese aber nicht von der Liebesgabe, nehmen, sondern eine neue Brennsteuer von 6 Mk. per Hektoliter einführen, die allerdings den kleinen Brenner weniger als den großen, den Branntweintrinker aber in ganzer Höhe trifft. Zu den 136 Millionen Mk. Branntweinsteuer und 40 Millionen Mk. Liebesgabe, die jetzt schon von der ärmsten Bevölkerung — denn nur diese trinkt Branntwein — gezahlt werden, kommen nun noch an 12 Millionen Mk. Brennsteuer, um die der Branntwein vertheuert wird. Unser Fraktionsredner wies nach, wie gemeinschädlich diese Besteuerung wirke und nur der Großbrenner Nutzen von ihr ziehe, daß ferner die süddeutschen genossenschaftlichen Brennereien, die gerade kleinen Landwirthen gehören, schwerer davon betroffen werden als die Großbrennereien der Junker, auch der Preis des denaturirten Spiritus zu Brenn- und technischen Zwecken vertheuert wird, aber es gelang uns nur, die Essigfabrikation gegen diese neue Steuer zu schützen. Die „nationalen Patrioten" Ostelbiens und ein Theil des

Centrums nahmen diese neue Belastung der ärmeren Volksschichten in der letzten Sitzung des Reichstags „als Abschlagszahlung" an.

Auch eine Novelle zum Zolltarif war den Agrariern zu Liebe eingebracht. Den „nationalen" Waldbesitzern ward durch Beschränkung der zollfreien Holzeinfuhr im Grenzverkehr eine Liebesgabe gewährt, der ausländische Honig, der in der Pfefferküchlerei verbraucht wird, vertheuert, in der trügerischen Hoffnung, dem deutschen Bienenhonig höhere Preise zu sichern, obwohl dieser gar nicht zu diesen Zwecken verarbeitet werden kann, und das amerikanische Baumwollsamenöl mit 10 Mk. per 100 Kilogramm Zoll belastet, wodurch die Margarine und das Speisefett, die Nahrungsmittel der ärmsten Bevölkerung, die sich Butter nicht kaufen kann, vertheuert wird. Auch hier kämpften unsere Fraktionsredner bei jeder Position gegen die nationale Profitwuth, die selbst vor den Nahrungsmitteln der Aermsten nicht halt macht; aber auch hier vergebens.

In Verbindung mit der Zolltarifnovelle war eine Kaiserliche Verordnung berathen und gegen unsere Stimmen angenommen worden, durch welche ein hoher **Zollzuschlag** für die aus **Spanien** und den spanischen Kolonien kommenden Waaren gefordert wurde, eine Folge des Zollkrieges, der von deutscher Seite besonders lebhaft geführt wird, seit Spanien den deutschen Spiritus unserer ostelbischen Junker nicht mehr ins Land läßt, sondern seinen Bedarf an Spiritus zum Verschneiden der Weine theils selbst, theils aus Schweden deckt.

Ferner war mit der Berathung dieser Zollnovelle diejenige eines Antrages verbunden, welchen Freiherr v. Stumm zwar erst am 18. Januar 1895 stellte, so daß der Antrag nach der Geschäftsordnung auch erst an allerletzter Stelle sämmtlicher Anträge, d. h. also gar nicht zur Berathung hätte kommen können; der Präsident v. Levetzow aber meinte, daß der Antrag als eine Resolution zur Zolltarifnovelle zu betrachten sei und stellte ihn sofort zur Verhandlung. Der Antrag Stumm forderte die Einführung eines angemessenen Schutzzolles auf **Quebrachoholz** und die daraus hergestellten Extrakte und Präparate, sowie auf andere überseeische Gerbstoffe. Ein früherer antisemitischer Antrag hatte bereits einen Zoll von 10 Mk. pro 100 Kilogramm Quebrachoholz verlangt. Durch diesen Zoll sollen die Interessen der deutschen Eichenschälwaldbesitzer gewahrt werden, indem diesen das billige Quebracho ein unbequemer Gerbstoffkonkurrent ist. Thatsächlich ist aber unsere deutsche Lederindustrie nur durch diesen billigen Gerbstoff groß geworden und würde zum Theil vernichtet, besonders in Bezug auf ihre Exportfähigkeit, wenn wir durch einen Zoll die Benutzung vertheuerten und so verhinderten. Unsere Fraktionsredner wiesen dies mit aller Schärfe nach, die Lederarbeiter aller Berufe schlossen sich unseren Protesten an, in allen Centren der Leder- und Lederverarbeitungs-Industrie hielten wir Protestversammlungen gegen diesen geplanten Zoll ab; die Mehrheit des Reichstages aber nahm im Interesse einer kleinen Kapitalistengruppe die Resolution an und schloß nur die zur Färberei verwendeten überseeischen Gerbstoffe aus.

An den Debatten im Plenum wie in den Kommissionen und an den Artikeln der „nationalen, patriotischen" Presse konnte man merken, wie unbequem den Gegnern unsere Opposition war, durch welche dem Volke gezeigt wurde, daß dieser angebliche Patriotismus nichts ist als ein Deckmantel für die Ausplünderung der Besitzlosen durch Steuern, Zölle und Liebesgaben.

Und da diese Opposition der Sozialdemokratie seit Jahren mit sachkundiger Schärfe geführt wird, lauerten die Vertreter kapitalistischer Interessen nur auf die Gelegenheit, um uns den Knebel in den Mund zu stecken.

Dazu sollte behilflich sein eine Umänderung der **Strafprozeßordnung.** Dieser Gesetzentwurf brachte zwar die von uns von jeher geforderte

Entschädigung unschuldig Verurtheilter, sowie die Einführung der Berufung in Strafsachen, aber außerdem eine lange Reihe reaktionärer Vorschläge, wie Beschränkung des Beweisverfahrens vor den Strafkammern, Vermehrung der Gründe zur Untersuchungshaft u. a. Der Entwurf, den unsere Fraktionsredner bei der ersten Lesung wie in der Kommissionsberathung auf das entschiedenste bekämpften und umzugestalten suchten, kam nicht mehr zur zweiten Lesung.

Einen brutalen Knebel bot der Gesetzentwurf, betreffend Aenderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs, des Militärstrafgesetzbuchs und des Gesetzes über die Presse. Diese **Umsturzvorlage** plante, unter Umsturz der bis jetzt mindestens im Gesetzbuch für alle Staatsangehörigen bestehenden Rechtsgleichheit ein Ausnahmegesetz gegen die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter.

Die Auslegungskunst unserer Staatsanwälte und Gerichte hätte sich nicht erst sehr anzustrengen brauchen, um jede Organisation und Agitation gegen die kapitalistische Ausbeutung zu vernichten. Denn der Entwurf bedrohte mit Zuchthausstrafe nicht nur diejenigen, „welche auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung hinwirken oder darauf gerichtete Bestrebungen fördern" und verlangte zur Strafwürdigkeit nicht erst eine gewaltsame That, sondern öffnete im § 129a der willkürlichsten Auslegung Thür und Thor, indem schwere Bestrafung eintreten sollte: „auch ohne daß der Entschluß der Verübung des Verbrechens durch Handlungen, welche einen Anfang der Ausführung enthalten, bethätigt worden ist." Dazu kam Verschärfung des § 111 (Aufforderung zur Begehung einer strafbaren Handlung), erweitert durch einen neuen § 111a, der den § 110 außerordentlich ausdehnte; im § 112 war die Aufforderung von Soldaten zum Ungehorsam gegen Befehle der Oberen, im § 130 derjenige mit hoher Strafe bedroht, „welcher in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die Religion, die Monarchie, die Ehe, die Familie oder das Eigenthum durch beschimpfende Aeußerungen öffentlich angreift". Und § 131 sollte den Rest von noch übrig gebliebener Möglichkeit einer Kritik vernichten, indem als Verleumder nicht mehr wie bisher derjenige, der wissentlich erdichtete oder entstellte Thatsachen verbreitet, gelten sollte, sondern „wer erdichtete oder entstellte Thatsachen, von denen er weiß, oder den Umständen nach annehmen muß, daß sie erdichtet oder entstellt sind". Dazu kam noch eine Verschärfung des § 42, 2 des Militärstrafgesetzbuchs und eine außerordentliche Erweiterung des Rechts einer Beschlagnahme von Druckschriften ohne richterliche Anordnung.

Die Verhandlungen über dieses erzreaktionäre Machwerk, das dazu bestimmt war, die öffentliche Agitation durch Wort und Schrift für unsere Partei lahm zu legen, haben wir durch die im Verlage der Buchhandlung des „Vorwärts" erschienenen stenographischen Berichte bis in jede Einzelheit den weitesten Kreisen bekannt gemacht, und die bei den Debatten von unsern Gegnern zu Tage geförderten Anschauungen haben nicht gegen uns, sondern für uns agitirt. — Die mit so viel Pomp in Scene gesetzte Umsturz-Vorlage wurde am 11. Mai begraben.

Die Gesetzentwürfe betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der **Binnenschifffahrt** und der **Flößerei** gaben unseren Fraktionsrednern, die in enger Fühlung mit den Kleinschiffern, Schiffsmannschaften und Flößern standen, Gelegenheit, deren Forderungen entgegen den Ansprüchen der Rheder und Holztransportgesellschaften energisch zu vertreten. Die Entwürfe brachten neben wenigen Besserungen der, wie der Staatssekretär zugegeben hatte, bestehenden Rechtsunsicherheit im Schifffahrtsbetrieb, grobe Verschlechterungen der bisher üblichen Zustände, so daß in vielen Fällen eine Rechtslosigkeit der Kleinschiffer und Schiffsmannschaften wie der Flößer gegenüber dem kapitalistischen Unternehmer entstand; Schutzbestimmungen für die Flößereiarbeiter fehlten gänzlich.

In der Kommission wie bei den Lesungen im Plenum kämpften eine Reihe unserer Fraktionsgenossen bei jedem Paragraphen für eine Umgestaltung der Gesetzentwürfe zu Gunsten der wirthschaftlich schwächeren Kleinschiffer und der Schiffsarbeiter. Einige unserer Anträge, welche wesentliche Verbesserungen schufen, fanden zwar Annahme, aber noch blieb zu viel des Arbeitertrutzes in den Gesetzen, weder eine Sonntagsruhe noch eine sechsstündige (!) Nachtruhe wurden gewährt, und so stimmten wir gegen beide Gesetze, welche die Mehrheit annahm. Auch dem Gesetzentwurf betreffend die Bestrafung des **Sklavenraubes** und **Sklavenhandels** konnten wir unsere Zustimmung nicht geben, weil er durchaus keine wirksamen Maßregeln enthielt, sondern nichts als ein Dekorationsstück war, das sich zur Bekämpfung des Sklavenhandels durchaus nicht eignete, weil dieser sich unter Formen vollziehen kann, welche durch dieses Gesetz in keiner Weise getroffen werden. Unsere wiederholten Anträge, den Gesetzentwurf einer Kommission zur sorgfältigen Prüfung zu überweisen, wurden abgelehnt, der Entwurf in zwei Sitzungen kurz vor Schluß der Session durchgejagt und jeder Verbesserungsantrag, den wir stellten, abgelehnt.

Der Gesetzentwurf, betreffend die **Fürsorge für die Wittwen und Waisen** der Personen des Soldatenstandes des Reichsheeres und der Kaiserlichen Marine vom Feldwebel abwärts fand im Prinzip unsere Zustimmung, doch traten wir für Gleichstellung der unehelichen Kinder mit den ehelichen ein, was abgelehnt wurde, für Streichung der Worte „ohne eigne Verschuldung" bei Todesfall im Dienst, was Annahme fand, für Erhöhung der an die Wittwen zu gewährenden jährlichen Pension von 160 Mk. auf 450 Mk., des Waisengeldes von 32 resp. 54 Mk. auf 150 resp. 225 Mk., was abgelehnt wurde. Dem gesammten Entwurf gaben wir unsere Zustimmung, da er, wenn auch unvollkommen, dem Staat die Erfüllung einer sozialen Pflicht überweist.

Auch dem Gesetzentwurf wegen Abänderung des Gesetzes betreffend die Gründung und Verwaltung des **Reichs-Invalidenfonds**, durch den Mittel für Invaliden aus dem Kriege von 1870/71 flüssig gemacht wurden, gaben wir unsere Zustimmung. Wir hatten beantragt, im Absatz 3 die Bestimmung zu streichen, daß nur an solche, die an den Kriegen „ehrenvollen" Antheil genommen haben, Pensionen gewährt werden, damit nicht etwa parteipolitische Erwägungen bei der Pensionszahlung Platz greifen. Da der Kriegsminister erklärte: „daß nur diejenigen ausgeschlossen bleiben, die sich während des Feldzugs des Plünderns, des Marodirens, der Vergewaltigung oder der Feigheit und Fahnenflucht schuldig gemacht haben, alle anderen haben ehrenvoll am Feldzuge theilgenommen", zogen wir unseren Antrag zurück und stimmten für den Entwurf.

Ein Gesetzentwurf betr. die Gewerbeordnung brachte verschiedene Bestimmungen, die für uns unannehmbar waren; er forderte eine völlig ungerechtfertigte Einschränkung des **Hausirhandels**, der **Wanderlager**, ferner daß die Detailreisenden unter die Bestimmungen des Hausir- und Wandergewerbes gebracht werden, so daß tausende von Leuten um ihren ehrlichen Lebenserwerb kämen. Gleichzeitig gelangte ein Zentrumsantrag zur Berathung, der noch weitergehende Beschränkungen der Gewerbefreiheit in Bezug auf Hausir- und Wandergewerbe enthielt. Unser Fraktionsredner wies die Gemeinschädlichkeit all dieser Vorschläge nach und stellte in der Kommission den Antrag, eine Reihe von Bestimmungen, welche das Engagementsverhältniß zwischen den Bühnenangestellten (Schauspieler, Sänger, Artisten) und ihren Unternehmern regeln, in die Gewerbeordnung aufzunehmen. Dieser Antrag wurde zwar abgelehnt, da er nach der Ansicht mehrerer Kommissionsmitglieder in einem besonderen Gesetzentwurf, jedenfalls aber an einer andern Stelle der Gewerbeordnung zu verfolgen sei, aber den verbündeten Regierungen

zur Kenntnißnahme mitgetheilt. Die Kommission nahm einen Entwurf an, der über die reaktionären Tendenzen der Regierungsvorlage noch hinausging und im Wesentlichen dem Zentrumsantrag entsprach. Mehrere Fraktionsvertreter stimmten dagegen; zur Berathung im Hause kam die Vorlage der Kommission nicht mehr.

Dem Gesetzentwurf, welcher eine **Berufs- und Gewerbezählung** für 1895 fordert, ertheilten wir unsere Zustimmung, nicht ohne daß von unserm Redner eine einschneidende Kritik an dem Mangel sozialstatistischer Untersuchungen durch das Reich geübt wurde. Daß die Arbeitslosenzählung, die zum ersten Mal vorgenommen werden sollte, kein richtiges Resultat geben könne, da die Zählung zu einer Zeit (14. Juni) stattfinden sollte, in der die Arbeitslosigkeit stets gering ist, wies unser Redner ebenfalls durchschlagend nach und trug so dazu bei, daß mit der Volkszählung am 1. Dezember 1895 eine zweite Arbeitslosenzählung verbunden werden wird.

Von Seiten der Agrarier waren einige Anträge gestellt, welche das gemeinschädliche selbstsüchtige Streben des Großgrundbesitzes zum krassen Ausdruck brachten. Schon in der vergangenen Session hatten die Junker durch den Grafen Kanitz einen Antrag einbringen lassen; sie wiederholten ihn in abgeänderter Form am 13. März 1895, und unter Zustimmung des Reichstags, der allseitig eine offene Aussprache auch von Seiten der Regierung wünschte, kam er schon am 29. und 30. März zur Verhandlung.

Der **Antrag Kanitz** verlangte von der Regierung einen Gesetzentwurf, wonach:

1. Der Einkauf und Verkauf des zum Verbrauch im Zollgebiet bestimmten ausländischen Getreides, mit Einschluß der Mühlenfabrikate, ausschließlich für Rechnung des Reichs erfolgt,
2. die Verkaufspreise des Getreides nach den inländischen Durchschnittspreisen der Periode 1850—90, die Verkaufspreise der Mühlenfabrikate nach dem wirklichen Ausbeuteverhältniß, den Getreidepreisen entsprechend, bemessen werden, so lange hierdurch die Einkaufspreise gedeckt sind, während bei höheren Einkaufspreisen auch die Verkaufspreise entsprechend zu erhöhen sind,
3. über die Verwendung der aus dem Verkauf des Getreides und der Mühlenfabrikate zu erzielenden Ueberschüsse derart Bestimmung getroffen wird, daß:
   a) alljährlich eine den jetzigen Getreidezoll-Einnahmen mindestens gleichkommende Summe an die Reichskasse abgeführt wird,
   b) zur Ansammlung von Vorräthen für außerordentliche Bedürfnisse (Kriegsfälle), die nöthigen Mittel bereit gestellt werden,
   c) ein Reservefonds gebildet wird, um in Zeiten hoher in- und ausländischer Preise die Zahlung der an die Reichskasse jährlich abzuführenden Summe a sicherzustellen.

Unser Fraktionsredner wies zunächst die Behauptung zurück, daß die soziale Schicht, welche sich zur Führerin der agrarischen Bewegung aufgeworfen hat und am lautesten vom Nothstand redet, wirklich sich im Nothstande befinde, obwohl zuzugeben sei, daß eine sich immer schärfer zuspitzende Agrarkrise besteht, die in ihrem weiteren Verlaufe von der einschneidendsten Bedeutung für die ökonomische wie politische Entwicklung Deutschlands werden wird. Die Getreidepreise sind fortgesetzt gefallen, die Produktionskosten sind, namentlich durch die fortgeschrittene Verschuldung, sowie durch das unausgesetzte Anwachsen des Steuerdrucks und der Militärlasten, erheblich gestiegen. Die Agrarier-Grafen schlagen Staatshilfe vor, wie sie sie bisher gewohnt waren; hat ihnen doch das Reich seit Jahren Getreidezölle, Fleischzölle, Holzzölle, Liebesgaben für den Schnaps und den Zucker bewilligt.

Selbst der Reichskanzler hat zugegeben, daß höchstens 4 Millionen von 19 Millionen der landwirthschaftlichen Bevölkerung einen Nutzen von einer

Preissteigerung des Getreides hätten; in Wirklichkeit würden kaum 300 000 Landwirthe einen Gewinn haben. Allerdings verfügen diese über den größten Theil des Bodens; sämmtliche Betriebe unter 50 Hektar, gleich 98¾ pCt. aller Betriebe, theilen sich in 3¾ Mill. Hektar Getreideland, während die Betriebe über 50 Hektar, gleich 1¼ pCt. aller, über 9⅔ Mill. Hektar Getreideboden verfügen. Millionen von Landwirthen, die Getreide zukaufen müssen, hätten zusammen mit dem übrigen Volk große Lasten auf sich zu nehmen, um Profite für eine Minderheit von Großgrundbesitzern zu verschaffen. Diese sind aber nicht Landbebauer, wie die Bauern, sondern Agrarkapitalisten, und wir haben kein Interesse, Parasiten, wie den adeligen und bürgerlichen Bodenspekulanten, durch Annahme des Antrags Kanitz zu einer neuen Riesenspekulation auf Kosten des Volkes zu verhelfen. Auf dem Boden der kapitalistischen Produktionsordnung giebt es kein Mittel, das die landwirthschaftliche Nothlage wirklich beseitigt.

Der Antrag wurde einer Kommission überwiesen, in der unsere Vertreter noch ausführlich die Gemeinschädlichkeit des Antrags Kanitz klarlegten; eine Beschlußfassung der Kommission wurde durch Schluß des Reichstags verhindert.

Der zweite von den Agrariern gestellte Antrag betraf die **Währungsfrage**; sie verlangten eine internationale Regelung derselben durch eine Münzkonferenz, zu welcher die verbündeten Regierungen baldthunlichst einladen sollten. Zu diesem Antrag wie zu dem vorigen hatten sich Konservative, Freikonservative, Antisemiten und ein Theil des Zentrums und der Nationalliberalen vereinigt. Unser Fraktionsredner nahm gegen die Einführung des Bimetallismus entschieden Stellung, zeigte, daß derselbe nur den Großgrundbesitzern zu Gute käme, die als Schuldner der Banken und Großkapitalisten ein Interesse daran haben, daß sie weniger an Schuld in Silber bezahlen, als sie in Gold geborgt haben, und daß als Folge der Geldentwerthung die Lebenshaltung der Arbeiter sinken müsse, da bei der naturnothwendig eintretenden Preissteigerung durch den Bimetallismus sich am langsamsten Gehälter und Löhne erhöhen. — Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen; der Reichskanzler gab eine zweideutige, den Bimetallisten entgegenkommende Erklärung ab.

Ein weiterer Antrag der Agrarier, der aber von deren Hörigen bei den Nationalliberalen ausging, forderte, daß der **Handelsvertrag mit Argentinien** gekündigt werde. Ursache dazu ist die stetig steigende Einfuhr von billigem und gutem argentinischen Weizen, welche verhindert werden soll; dadurch würden aber nicht nur die deutschen Weizenkonsumenten geschädigt, sondern auch die deutsche Industrie, die einen lebhaften Export nach Argentinien hat. Auch die deutsche Gerberei, die auf Argentiniens Häute und Quebrachoholz angewiesen ist, erlitte großen Schaden, so daß hunderttausende von Arbeitern brotlos würden, wenn der Antrag Gesetz wird. In namentlicher Abstimmung wurde er mit 146 gegen 78 Stimmen einer Kommission überwiesen, die den Antrag annahm, zur weiteren Verhandlung im Hause kam er nicht mehr.

Zum angeblichen Schutze des **Handwerks** waren vom Zentrum, Konservativen, Antisemiten und Nationalliberalen Anträge resp. Interpellationen auf Einrichtung von Handwerkerkammern, Einführung des Befähigungsnachweises und Verbot der Gefangenenarbeit gestellt; unsere Fraktionsredner wiesen nach, daß eine wirkliche Durchführung des Befähigungsnachweises unmöglich und für die Handwerker nutzlos sein würde. Das Großkapital, das mit Maschinen arbeitet und das Rohmaterial engros billiger einkauft, richtet mit und ohne Befähigungsnachweis das kleinkapitalistische Handwerk zu Grunde. Auch eine Einschränkung des Wirkens

der **Konsumvereine** forderten die konservativ-nationalliberalen-ultramontan-antisemitischen Rückwärtsler — derselben Konsumvereine, welche zur Zeit Lassalle's als Universalmittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie so hoch gepriesen worden waren! Die Antisemiten brachten auch einen Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, nach welchem Israeliten, welche nicht Reichsangehörige sind, die Einwanderung über die Grenzen des Reichs untersagt wird, und die verkappten Antisemiten des Zentrums und der Nationalliberalen kamen dabei zu Hilfe.

All diesen reaktionären, meist von engherzigster Selbstsucht diktirten Forderungen trat unsere Fraktion entgegen, stimmte aber dem auch in diesem Jahre wieder vom Zentrum gestellten Antrag auf **Aufhebung des Jesuitengesetzes** aus Gründen der Gerechtigkeit zu.

Von den **Anträgen unserer Fraktion** kamen nur wenige zur Verhandlung, zunächst einige von denen, die sich auf **Elsaß-Lothringen** bezogen, die wir entsprechend dem Beschluß des vorigen Parteitages in erster Reihe gestellt hatten. Wir beantragten: Aufhebung des Diktaturparagraphen, Einführung des Reichsgesetzes für die Presse, für die Gewerbeordnung, und betr. die Volksvertretung in den Bundesstaaten und in Elsaß-Lothringen, dem Artikel 3 der Verfassung folgenden Zusatz zu geben:

„In jedem Bundesstaat und in Elsaß-Lothringen muß eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählte Vertretung bestehen. Das Recht, zu wählen und gewählt zu werden, haben alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts in dem Bundesstaate, in dem sie ihren Wohnsitz haben. Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushalts, stets erforderlich".

Letzterer Antrag wurde abgelehnt, der auf Aufhebung der Diktatur in drei Lesungen angenommen, so daß jetzt der Bundesrath zu entscheiden hat. Konnten wir uns auch nicht der Hoffnung hingeben, daß der Ausnahmezustand beseitigt wird, unter dem der „wiedergewonnene Bruderstamm" sich jetzt 25 Jahre lang auch die wenigen Rechte entziehen lassen muß, welche im übrigen Deutschen Reich vorhanden sind, so boten doch die Verhandlungen unseren beiden elsässer Abgeordneten beste Gelegenheit, all die Beschwerden der Elsässer zur Sprache zu bringen, unter denen sie so sehr zu leiden haben. Von den andern elsässischen Abgeordneten sprach sich nur einer gegen das von uns für Elsaß-Lothringen geforderte „Recht auf Gerechtigkeit" aus: Der Prinz zu Hohenlohe, Sohn des Reichskanzlers. Vater und Sohn meinten, der Diktaturparagraph sei vorläufig noch nöthig, um die Elsaß-Lothringer vor Verführung zu hüten.

Die übrigen Anträge von uns in Bezug auf Elsaß-Lothringen kamen nicht zur Verhandlung, und von den andern Anträgen der Fraktion nur noch der betr. das Recht der Versammlung und Vereinigung und das Recht der Koalition. Bei Berathung dieses Antrages brachten unsere Redner die Verfolgungen zur Sprache, mit denen politische wie gewerkschaftliche Vereinigungen und Versammlungen der Arbeiter, besonders in Sachsen, bedacht werden, worauf der sächsische Bundesrathsbevollmächtigte Graf Hohenthal zugab, „daß ab und zu eine Polizeibehörde etwas über den Strang geschlagen hat"; das sächsische Vereinsgesetz aber sei ein „Juwel" der sächsischen Gesetzgebung. Auch die elsaß-lothringischen Vereinsverfolgungen wurden gebührend an den Pranger gestellt. Unser Antrag wurde abgelehnt. Alle übrigen Anträge der Fraktion kamen nicht erst zur Verhandlung, weil die für Anträge aus dem Hause festgesetzte Zeit, die Schwerinstage, mit der Berathung der Anträge anderer Fraktionen ausgefüllt wurde.

Wir hatten noch beantragt:

Ausdehnung der Immunität der Reichstagsmitglieder für die Dauer der Sitzungsperiode auch auf die Strafhaft.

Vorlegung eines Reichs-Berggesetzes.

Zuständigkeit der Gewerbegerichte für Handlungsgehilfen und Zulassung weiblicher Personen zum aktiven und passiven Wahlrecht.

Ferner hatten 31 Mitglieder der Fraktion den Antrag auf Aufhebung des Impfgesetzes wieder eingebracht.

Die vom vorigen Parteitage beschlossenen Anträge wurden, wie der vorliegende Bericht zeigt, bei jeder passenden Gelegenheit, besonders bei der Etatberathung zur Sprache gebracht und ausführlich begründet. An eine Annahme derselben durch die kapitalistische Reichstagsmehrheit ist nicht zu denken. Der Reichstag ist jetzt für die Arbeiterklasse nur die Stätte, wo offen scharfe und im ganzen Lande vernehmliche Kritik an der herrschenden Mißwirthschaft geübt werden kann, und daß die Fraktion nach besten Kräften und in wirkungsvollster Weise dieser Aufgabe nachgekommen ist, beweist das Wühlen der besitzenden Klassen gegen das bestehende Reichstagswahlrecht, das den Besitzlosen die Möglichkeit giebt, Vertreter der von den herrschenden Klassen so tief gehaßten Sozialdemokratie in den Reichstag zu entsenden.

Mögen sie uns hassen, wenn sie uns nur fürchten! Gerade ihre Verfolgungen werden nur die Schaaren derjenigen vermehren, die mit uns das gemeinsame Ziel verfolgen.

Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

Protokoll.

Vorversammlung

am Sonntag, den 6. Oktober 1895, im Saale des Lokales zum „Deutschen Kronprinzen" zu Breslau.

In dem festlich geschmückten Saale zum „Deutschen Kronprinzen" traten nach 7 Uhr Abends die Delegirten zur Vorversammlung zusammen. Etwa 200 Delegirte sind erschienen. Der für die Zuhörer zur Verfügung stehende Raum erweist sich als viel zu klein. Podium, Rednertribüne und Gallerie sind mit rothem Tuch ausgeschlagen und mit Guirlanden geschmückt. Die Büsten von Lassalle und Marx und das von einem Lorbeerkranze umrahmte Bildniß Friedrich Engels' blicken auf die Delegirten herab. Die beiden Büsten der großen Vorkämpfer verbindet eine breite Schleife mit dem alten Kampfwort: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Darüber weht die rothe Fahne der „sozialdemokratischen Arbeiter zu Breslau" aus dem Jahre 1873 mit der Inschrift: Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit! Einigkeit macht stark.

Von den zahlreichen Sinnsprüchen, die die Wände schmücken, seien folgende hervorgehoben: „Freiheit und Wahrheit, das sind die Stützen der Gesellschaft." (Ibsen). — „Von allen Beschuldigungen, die man gegen den Sozialismus anführt, ist nicht eine, die man nicht auch gegen das Christenthum erhoben hätte." (St. Mill). — „Die Sache der Arbeiter ist in Wahrheit die Sache der gesammten Menschheit." (Lassalle). — „Jede große Reform hat nicht darin bestanden, etwas Neues zu thun, sondern das Alte abzuschaffen." (Buckle). — „Mag es oder nicht gefallen, jedes wahre freie Wort — eine Wohlthat ist es allen, und so wirkt und lebt es fort." (Lingg). — „Die deutsche Arbeiterbewegung ist die Erbin der deutschen klassischen Philosophie." (Engels). — „Gleichheit ist immer der Probstein der Gerechtigkeit, und beide machen das Wesen der Freiheit." (Seume). — „Ohne Leidenschaft ist keine einzige jener gewaltigen Befreiungen ausgeführt worden, deren Aufeinanderfolge die Weltgeschichte bildet." (Lassalle). — „Die Frage nach der Länge des Arbeitstages ist die Frage nach dem Stand der Civilisation." (Brentano). — „Gefährlich ist nur das unterdrückte Wort; das verachtete rächt sich, das ausgesprochene ist nie vergebens." (Börne).

Der Arbeiter-Sängerbund begrüßt die Erschienenen mit einem schwungvoll vorgetragenen Liede. Dann heißt im Namen des Lokalkomitees Genosse Bruhns den Parteitag willkommen: Wir wissen die Ehre zu würdigen, den Parteitag in unseren Mauern zu haben und werden mit Eifer bemüht sein, unseren Freunden und Gästen ihre schwere Arbeit nach Kräften zu erleichtern. Dieser Parteitag wird uns ein kräftiger Ansporn zu erneuter Thätigkeit sein. Wir in Breslau sind nicht weich gebettet. Harte Verfolgungen haben wir zu bestehen, aber unermüdlich sind wir thätig, und bald wird der Tag gekommen sein, wo die gesammte Arbeiterschaft Breslaus der Fahne der Sozialdemokratie folgt. — Mit einem dreimaligen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie, das begeisterten Wiederhall findet, schließt der Redner.

Das Wort nimmt hierauf zur Begrüßung Liebknecht: Als ich vor einem Jahre in Frankfurt den Parteitag eröffnete, wurde von mir darauf hingewiesen, daß wir auf geschichtlichem Boden tagten. Aber soweit die

Parteigeschichte ins Spiel kommt, ist Breslau für uns noch denkwürdiger, als es Frankfurt gewesen ist. Heute tagen wir in der Stadt, wo Ferdinand Lassalle geboren wurde, der Mann, von dem die moderne organisirte deutsche Arbeiterbewegung ihren Ausgang genommen hat. Wir tagen in der Stadt, welche die Gebeine Ferdinand Lassalle's birgt, welche die Gebeine anderer Vorkämpfer unserer Partei, eines Reinders, eines Kayser, eines Kräcker birgt. Und wir tagen in der Hauptstadt derjenigen deutschen Provinz, welche den ersten Klassenkampf erlebt hat, die Provinz, in welcher der Gegensatz der Klassen früher als in irgend einem Theile Deutschlands scharf zu Tage getreten ist, in welcher vor mehr als einem halben Jahrhundert ein Kampf gekämpft wurde, ähnlich wie er 10 Jahre vorher in Lyon getobt hatte — Kampf der Armen gegen die Reichen. Es sind jetzt 51 Jahre und einige Monate her, es war im Sommer 1844, da brach in Schlesien der Weberaufstand aus, der so blutig unterdrückt wurde. Der Weberaufstand führte der modernen Gesellschaft ihre Sünden vor Augen, und noch heute läßt er das Gewissen dieser kapitalistischen Gesellschaft im Angesicht ihrer ungesühnten Sünden so stark schlagen, daß sie es, fast überall in Deutschland, nicht einmal gewagt hat, das blasse Abbild, welches von jenem Aufstand für die Bühne geschaffen wurde, öffentlich aufführen zu lassen. Es war das die Tragödie des Elends, die einen Heinrich Heine zu dem vielleicht größten Revolutionslied der deutschen Nation, zu seinem Weberliede, begeistert hat. Und die herzzerreißende Noth in dieser Provinz, beispiellose Noth an der Seite des größten Reichthums hat einem Ferdinand Freiligrath sein unsterbliches Gedicht von Rübezahl eingegeben. Der Rübezahl, den das arme Proletarierkind anrief, das war ein Geist der Vergangenheit; der hat das Kind nicht retten können von dem Hungertode.

Aber es ist ein neuer Geist gekommen, der die Rettung, die Erlösung bringen wird: der Sozialismus. Anknüpfend an jene Bewegung hat der Sozialismus in Schlesien Boden gefaßt. Schlesien ist noch früher als selbst das Rheinland zur kapitalistischen Entwicklung und zum Bewußtsein der Klassengegensätze gelangt, und in Schlesien ist auf deutschem Boden zuerst, ohne von Frankreich oder England importirt, durch das Aufeinanderstoßen der Gegensätze der kommunistische Gedanke herausgebildet worden und hat Wurzel gefaßt. Schon in den vierziger Jahren hatten wir in Schlesien kommunistische Bestrebungen, die an den modernen Sozialismus erinnern. Hier trieb der berüchtigte Stieber als Maler Schmidt sein Wesen und entdeckte kommunistische Verschwörungen. Hier spielten sich die Prozesse gegen Schlöffel, den Lehrer Wander und andere ab. Und seitdem ist hier niemals der Quell des Sozialismus versiegt. Hier in Breslau wurde am 19. Juli 1848 von einer Volksversammlung der Beschluß gefaßt, an der Universität Breslau einen Lehrstuhl des Sozialismus zu errichten; und der Mann, der hier am thätigsten war für die Sache des Sozialismus, Nees von Esenbeck, ein Mann der Wissenschaft, war der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Kongresses, der im Herbst 1848 in Berlin tagte. Niemals ist die Saat des Sozialismus hier erstickt worden und daß Ferdinand Lassalle auf dieser historischen Stätte des Sozialismus Der wurde, der er geworden ist, ein Bahnbrecher des Sozialismus, — das war nicht ein Zufall. Was Lassalle war, habe ich hier nicht hervorzuheben; wir sind keine Partei des Personenkultus. Lassalle hat Fehler begangen in seinen politischen Berechnungen, sich getäuscht, aber das Verdienst bleibt ihm, daß er die deutsche organisirte Arbeiterbewegung in Fluß gebracht hat. Er war ein Schüler von Marx und Engels, deren Bilder ich neben dem seinen vor mir sehe. Auch sie sind nicht mehr unter uns. Engels ist erst vor zwei Monaten gestorben. Diese drei Männer, Marx, Engels, Lassalle sind es, denen das Proletariat vor allen anderen Dank schuldet.

Als Lassalle, der Denker und Kämpfer, starb, war die deutsche Sozialdemokratie noch schwach, sie zählte kaum mehr Tausende, als heute die Partei Millionen zählt. Wenn wir zurückblicken auf die Geschichte der Partei, dann sehen wir so recht, daß die Sozialdemokratie nicht wurzelt in einzelnen Persönlichkeiten von Talent, von Genie, sondern daß sie wurzelt in den Verhältnissen. Als Agitator in Wort und Schrift, wird keiner der heutigen Agitatoren mit Lassalle sich vergleichen wollen. Und wir haben Millionen von Anhängern gewonnen, während Lassalle deren nur wenige gewinnen konnte. Warum? Weil damals die wirthschaftlichen Verhältnisse noch nicht genügend entwickelt waren und folgedessen die Massen damals noch an das Evangelium eines Schultze-Delitzsch's glauben konnten: Jeder fleißige und sparsame Mensch kann zu wirthschaftlicher Selbständigkeit gelangen. Heute glaubt das Niemand mehr. Es ist nicht die sozialdemokratische Agitation allein — es sind die Verhältnisse, es ist die Logik der Thatsachen, und das Entwickelungsgesetz der Gesellschaft, was den Kapitalismus gezwungen hat, das Privateigenthum an den Produkten, den Erzeugnissen, die Arbeit zu zerstören, die Mittelschichten und das kleine Eigenthum zu vernichten und so die Masse des Volkes zu proletarisiren. Die Sozialdemokratie hat in die Furchen gesät, welche der Kapitalismus in die Gesellschaft gerissen hat. Die Machthaber haben alles versucht, die Bewegung niederzuschlagen. Trotz aller Verfolgungen von den Zeiten Lassalle's ab bis heute, ist die Sozialdemokratie gewachsen; hat die Partei nur um so festere Wurzeln geschlagen in den Stürmen.

Als wir vor einem Jahre in Frankfurt zusammentraten, war uns ein Umsturzgesetz angekündigt. Wir sagten: möge ein solches Gesetz kommen, es wird vielleicht Manches und Manchen umstürzen, aber niemals die Sozialdemokratie! (Lebhafter Beifall). Und was ist aus dieser Umsturz-Bewegung geworden? Der Mann, der die Hand dazu lieh, das Gesetz vor dem Reichstag zu bringen, Caprivi, er wurde gestürzt, und sein Nachfolger, Herr von Hohenlohe, der die Erbschaft übernahm und das Gesetz durchzubringen versuchte, mußte die Erfahrung machen, daß man, um die Sozialdemokratie zu vernichten, die Wissenschaft und Kunst und damit die Grundlagen der Kultur umstürzen müßte. Damit ist anerkannt worden, daß die Sozialdemokratie, die stolz ist, auf dem Boden der Wissenschaft zu stehen, die Partei ist, welche die Errungenschaften unserer Kultur zu vertheidigen und zu wehren hat in dieser Zeit des Zusammenbruchs der kapitalistischen Gesellschaft, die, wenn ihre Herrschaft nicht gebrochen wird, uns der Barbarei zuführen würde. Denn sie kann nicht bestehen mit den Gesetzen der Civilisation; sie fühlt sich dazu gedrängt, die mächtigste, das arbeitende Volk umfassende Partei Deutschlands außerhab des Gesetzes zu erklären; sie muß ihre eigenen Gesetze doppelt anwenden, anders gegen Sozialdemokraten, anders gegen die kapitalistischen Parteien; sie muß bekennen, daß die Grundgesetze des heutigen Staates sich mit ihren Interessen nicht vertragen, obgleich sie selbst diese Gesetze gemacht hat. Um die Sozialdemokratie niederzuwerfen, will sie die Reichsverfassung zerstören und das allgemeine Wahlrecht vernichten. Nun, die Herren mögen es versuchen! Das allgemeine Stimmrecht wird von der Sozialdemokratie vertheidigt werden. Der Denker und Kämpfer, der in Breslau begraben liegt, Lassalle, hat das unsterbliche Verdienst, die deutsche Arbeiterklasse den Werth des allgemeinen Wahlrechts gelehrt zu haben. Die Sozialdemokratie war von allen Parteien die erste, die diese Waffe methodisch benutzt hat; sie hat dies gethan, ehe die kapitalistischen Parteien ein Verständniß des allgemeinen Wahlrechts hatten; und die Taktik der deutschen Arbeiterpartei in der Benutzung des Wahlrechts hat sich so trefflich bewährt, daß sie von den Arbeiter-Parteien aller übrigen Länder: Belgiens, Frankreichs, Italiens und so weiter übernommen wurde. Wir haben die Waffe des allgemeinen Wahlrechts so gut

zu schwingen gewußt, daß alle übrigen Parteien zusammen sich uns nicht mehr gewachsen halten.

Die Umsturzbewegung des vorigen Jahres hat in jammervoller Weise Schiffbruch gelitten. Jetzt fängt wieder eine neue Bewegung gegen uns an. Man beleidigt die Sozialdemokratie und hat ihr den Fehdehandschuh hingeworfen zum Kampf auf Leben und Tod. Wohlan, was die Beleidigungen unserer Partei betrifft — sie berühren uns nicht. Was die Verleumdungen betrifft, mit denen wir überschüttet werden, so stehen wir zu hoch, als daß Kothwürfe an uns hinanreichen könnten. (Lebhafter Beifall.) Und wenn man uns den Kampf anbietet, gut, so kämpfen wir. (Beifall.) Wir werden kämpfen auf dem Boden der alten Taktik, an der unsere Feinde zu Schanden geworden sind. Und wir lassen uns nicht aus unserer alten Taktik herauslocken. Die Dinge sind heute, wie dies auch Engels nachgewiesen hat, soweit gediehen, daß der Kapitalismus mit seinen eigenen Gesetzen die Herrschaft nicht mehr behaupten kann, und daß diese Gesetze zum Theil gegen ihre Urheber von der Sozialdemokratie vertheidigt werden müssen. Das Grundgesetz des Deutschen Reiches, das allgemeine Wahlrecht, hat thatsächlich keinen anderen ernsthaften Vertheidiger als die deutsche Sozialdemokratie.

Was nun den Kongreß betrifft, so habe ich nicht nöthig, Sie zu mahnen, den Gegenständen, die wir zu verhandeln haben, Ihre strengste Aufmerksamkeit zu widmen. Der Gegenstand, der uns am meisten beschäftigen wird, ist in der Presse in der gründlichsten Debatte monatelang vorher diskutirt und behandelt worden. Wenn in solchen theoretischen Kämpfen die Geister heftig aufeinander platzen, glauben unsere Gegner, daß die Partei auseinander geht. O wie schlecht sie die Partei kennen! Durch die rückhaltlose und manchmal auch rücksichtslose Kritik, die wir üben — beiläufig nach dem Beispiel aller wirklich freien Völker —, haben wir den doppelten Vortheil, Mißverständnisse zu beseitigen und uns im Kampf zu üben. Wir schaffen Klarheit und Kraft für die Partei, und das persönliche Moment, welches in der Hitze der Debatte vielleicht manchmal hervortritt, verschwindet sehr bald, und diejenigen, die eben noch wild aufeinander losschlugen, reichen sich nachher wieder die Bruderhand. Auch auf diesem Kongreß werden die Geister aufeinander platzen, aber die Prinzipienklarheit wird dadurch nur gewinnen.

Ich schließe mit dem Wunsche, daß dieser Kongreß so wie die früheren die Partei stärken möge nach innen wie nach außen, und sie vorbereiten helfe zu den neuen Kämpfen, die uns erwarten. Für uns ist die Logik der Thatsachen, welche über der Kraft jedes einzelnen Menschen steht, und habe er Millionen von Bajonnetten. Der Kampf schreckt uns nicht. Je wilder, je heftiger der Kampf geführt wird, desto kürzer ist er, desto rascher verläuft er. Daß wir siegen, das wissen wir. Der Sieg liegt in unserer Hand, wenn wir nicht selbst uns preisgeben! (Stürmischer Beifall.)

Ich ersuche Sie nun um Vorschläge für die Wahl der Präsidenten.

Es wird zur Wahl des Bureaus geschritten.

Zu Vorsitzenden werden auf Vorschlag Buchwald's-Altenburg Singer und Segitz-Nürnberg durch Zuruf gewählt.

Singer nimmt die Wahl dankend an.

Singer: Ich danke für die Ehre, die mir nun schon mehrere Male erwiesen worden ist, die Geschäfte des Parteitages zu führen, und ich kann meinen Dank nicht besser ausdrücken, als indem ich Sie versichere, daß ich mit Eifer mich bemühen werde, meine Pflicht zu thun. Ich weiß mich der Unterstützung aller Genossen hierbei sicher, und ich wünsche, daß die Hoffnung, welche Liebknecht auf den Parteitag setzt, in Erfüllung gehen mögen.

Der Parteitag wird auch dem Schmerz und der Trauer, die die internationale Sozialdemokratie und im Besonderen die deutsche Sozialdemokratie

am 5. August d. J. betroffen hat, Ausdruck geben wollen. Friedrich Engels ist gestorben. Seine Leistungen für die Partei, seine bahnbrechenden Arbeiten in wissenschaftlicher Beziehung sind bereits gewürdigt worden. Die Partei hat da, wo sie auf Provinzial-Parteitagen zusammenkam, bereits dem Gefühl der Dankbarkeit und Verehrung Ausdruck gegeben, aber ich weiß, daß ich aus dem Herzen jedes Delegirten spreche, wenn ich sage, daß beim ersten Zusammensein der Vertreter der Gesammtpartei kein höherer Wunsch existirt, als auch unserseits dem Gefühl des Schmerzes um den großen Dahingegangenen Ausdruck zu geben. Ich bitte Sie, daß Sie sich zur Ehre und zum Andenken von Friedrich Engels von Ihren Plätzen erheben. (Geschieht.)

Ich schlage vor, daß wir zur völligen Konstituirung des Bureaus 6 Schriftführer wählen. Auf Vorschlag von Vogenitz-Altenburg werden durch Zuruf gewählt: Bruhns-Breslau, Feldmann-Langenbielau, Fischer-Dresden, Koblenzer-Berlin, Frau Geiser-Breslau und Stolten-Hamburg.

Für die Mandatsprüfungs-Kommission werden vorgeschlagen: Antrick-Berlin, Berger-Danzig, Bamberger-Hameln, Gewehr-Elberfeld, Haug-Freiburg, Kleemann-Leipzig, Martikke-Hamburg, Michaelis-Waldenburg und Frau Zetkin-Stuttgart.

Da Berger, Frau Zetkin und Michaelis nicht anwesend sind, werden Kiesel-Berlin, Stolpe-Glogau und Frau Kähler-Wandsbeck vorgeschlagen und die so vervollständigte Liste durch Zuruf angenommen.

Der Geschäftsordnungs-Entwurf ist der gleiche wie in den Vorjahren geblieben.

Hug-Bant beantragt dazu, die Redezeit auf 20 Minuten statt auf 10 festzusetzen, zieht den Antrag aber, nachdem Metzner-Berlin dagegen gesprochen hat, zurück.

Vogenitz-Altenburg beantragt, die Redezeit des Referenten der Agrar-Kommission auf 2 Stunden statt einer festzusetzen. (Widerspruch.)

Singer: Darüber zu reden ist Zeit, wenn wir zu dem Punkte kommen.

Zu Punkt 7 des Geschäftsordnungs-Entwurfs bringt Dr. Arons-Berlin den Antrag der Parteigenossen des ersten Berliner Wahlkreises ein:

Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die Abstimmung nach Wahlkreisen stattfinden. Hierbei geben die vertretenen Wahlkreise 1 Stimme ab, wenn die sozialdemokratische Stimmenzahl bei der letzten Hauptwahl zum Reichstag unter 4000 betrug, 2 Stimmen, wenn die sozialdemokratische Stimmenzahl bei der letzten Hauptwahl zum Reichstag 4 000 — 10 000 betrug, 3 Stimmen, wenn die sozialdemokratische Stimmenzahl bei der letzten Hauptwahl zum Reichstag 10 000 — 20 000 betrug, u. s. f. für je 10 000 weitere Stimmen bei der Reichstagswahl eine Stimme mehr. Die Stimmabgabe erfolgt durch den stimmführenden Delegirten, über dessen Person sich im Falle der Vertretung eines Kreises durch mehrere Delegirte diese zu einigen haben. Ist bei einer graden Zahl von Delegirten eine Einigung bis zum Aufruf des Kreises nicht erfolgt, so wird Stimmenthaltung des betreffenden Kreises angenommen. Kein Delegirter darf für mehr als einen Wahlkreis stimmen.

Oertel-Nürnberg: Auf 5 Parteitagen sind wir mit dem bisherigen Modus ausgekommen. Ich bitte den Antrag der Berliner abzulehnen.

Dr. Arons-Berlin: Es handelt sich um eine bescheidene Forderung der Berliner. Berlin könnte gegenwärtig 18 Delegirten entsenden, drei auf jeden Wahlkreis. Durch unseren Vorschlag würde Berlin 24 Stimmen erhalten. Berlin hat eine Bevölkerung von 1 700 000. Es müßte also eigentlich aus 17 Wahlkreisen bestehen. Wir fordern ja beständig die Neuregulirung der Wahlkreise, und wir wissen, weshalb sie uns verweigert wird. Wir würden dann auf unsere Kongresse von Berlin 51 Delegirte senden können. Der

Vorschlag, den wir bringen, ändert wenig. Er ist nur dazu bestimmt, eine gerechtere Art der Abstimmung anzubahnen.

Molkenbuhr bittet den Antrag abzulehnen; ob die Berliner mit ihren Forderungen bescheiden oder unbescheiden seien, kommt nicht in Betracht, sondern nur der Umstand, daß durch Annahme des Antrages mit dem bisherigen System gebrochen wird. Außerdem würden dadurch Unzuträglichkeiten hervorgerufen. Wie werde es, wenn der eine Delegirte des Wahlkreises für einen Antrag, der zweite dagegen stimme? Der Delegirte würde einfach dazu herabgedrückt, seine Stimme abzugeben, eine Aussprache wäre dann überflüssig, man könnte dann ja auch schriftlich abstimmen. Die Wahlkreise seien jetzt nach ihrer Stärke vertreten.

Stadthagen betont, daß der Antrag in Berlin in keiner einzigen Versammlung vorgebracht, sondern nur von den Delegirten gestellt sei. Der Antrag müsse aus Gründen der Gerechtigkeit abgelehnt werden. Jeder Delegirte habe die Interessen der Gesammtpartei, nicht die eines bestimmten Wahlkreises zu vertreten. (Beifall.) Hinter jedem der Delegirten stehe die Gesammtpartei. Auf dem Parteitag darf nicht ausschlaggebend sein, von wie Vielen der Einzelne gewählt ist, sondern welche Gründe er vorzubringen habe.

Hoffmann-Bielefeld hält den Antrag geschäftsordnungsmäßig nicht für zulässig, da der jetzige Parteitag noch auf Grund der alten Geschäftsordnung gewählt sei, und beantragt deshalb Uebergang zur Tagesordnung.

Nachdem Timm-Berlin den Uebergang zur Tagesordnung bekämpft hat, beschließt der Parteitag, über den Antrag Arons und Genossen zur Tagesordnung überzugehen.

Zu Punkt 8 des Geschäftsordnungs-Entwurfs liegt ein Antrag der Parteigenossen des 14. hannoverschen Kreises vor, welcher eine Verlesung der Präsenzliste zu Beginn jeder Sitzung und eine Namhaftmachung der Fehlenden im Protokoll bezweckt. Nach kurzer Debatte, an welcher sich Hoch-Berlin, Metzner-Berlin, Fülle-Würzburg, Görke-Charlottenburg betheiligen, wird der Antrag abgelehnt und Punkt 8 des Entwurfs, sowie der Entwurf in seiner Gesammtheit angenommen.

Nunmehr wird die Tagesordnung festgestellt. Punkt 1: Geschäftsbericht des Partei-Vorstandes, 2. Bericht der Kontrolleure, 3. Berichterstattung über die parlamentarische Thätigkeit, werden an ihrer Stelle belassen. Dagegen entsteht eine längere Debatte darüber, Punkt 6, die Vorschläge der Agrarkommission, an vierter Stelle zu behandeln, damit nicht die Behandlung dieser so wichtigen Frage, ähnlich wie im vorigen Jahre in Frankfurt a. M., übers Knie gebrochen oder doch nicht so vollständig wie nöthig erörtert werde. Nach einem Antrage auf Schluß der Diskussion wird beschlossen, Punkt 6 der provisorischen Tagesordnung als 4. Punkt zu behandeln. Alle übrigen Punkte folgen in der vorgeschlagenen Reihenfolge.

Die Arbeitszeit des Kongresses ist die übliche: 9—1 und 3—7 Uhr.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Schluß $8^3/_4$ Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 7. Oktober 1895. — Vormittags-Sitzung.

$9^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Als Vertreter der österreichischen Sozialdemokratie ist Dr. Ellenbogen aus Wien, für die rumänische Partei ist Dr. Stinça aus Bukarest erschienen. Singer heißt sie herzlich willkommen.

Begrüßungsschreiben und Telegramme sind zahlreich aus dem In- und Auslande eingetroffen. (Dieselben werden am Schluß des Protokolls einzeln registrirt.)

Dr. Ellenbogen-Wien: Von der österreichischen Parteileitung wurde ich beauftragt, Ihren Parteitag herzlich zu begrüßen. Nicht eine leere Formsache, sondern der Ausdruck der regsten Antheilnahme an den Fortschritten der Partei ist es, der uns hierher führt. Wir nehmen den regsten Antheil an Deutschland, ja es ist uns nicht einmal gleichgültig, welcher Kurs in Deutschland herrscht, weil unser politisch armes Land sich darnach richtet. Wie jetzt bei Ihnen wieder Verfolgungen an der Tagesordnung sind, so wird auch bei uns von dem Ministerpräsidenten ein scharfes Vorgehen gegen die extremeren Parteien in Aussicht gestellt. Die österreichische Koalition ist lächerlich geworden, sie ist zusammengebrochen und dieses ihr Schicksal ist ihr geworden durch die österreichischen Sozialdemokratie, durch diejenigen ihrer Eigenschaften, die sie von der deutschen Sozialdemokratie gelernt hat. Ich bitte Sie, mit mir einzustimmen in ein dreimaliges Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall.)

Der Parteitag tritt sodann in die Tagesordnung ein. Punkt 1 derselben bildet der **Geschäftsbericht des Partei-Vorstandes.** Hierzu liegen die Anträge 36, 43, 44 und 46 bis 50 vor.

Berichterstatter Pfannkuch-Berlin will sich mit Rücksicht auf die bevorstehenden Verhandlungen über die Agrarfrage auf wenige Erläuterungen des gedruckt vorliegenden Berichts beschränken. Die Agitation ist im abgelaufenen Jahre durch die Partei wesentlich gefördert worden; wenn sie auch jetzt nicht mehr wie früher ausschließlich von der Parteileitung aus besorgt wird, so erwächst dem Vorstande doch noch immer eine große Arbeit, um überall helfend einzugreifen. Es sind 52 000 Mk. für die Agitation ausgegeben, wovon ein ein wesentlicher Theil in Folge der nothwendigen Nachwahlen auf die Wahlagitation kommt. Erfreulicherweise ist es der Partei gelungen, den Wahlkreis Dresden-Land zu erobern, der, heiß umstritten, bisher im Besitz der Antisemiten sich befand. Leider ist ein Wahlkreis, Lennep-Mettmann, verloren gegangen, doch hatten wir die Genugthuung, einen erheblichen Stimmenzuwachs verzeichnen zu können. Die vereinigten Kapitalistenparteien haben uns besiegt.

An Agitation haben wir viel geleistet; es wäre aber zu wünschen, daß die Parteigenossen in der Nachfrage nach Agitatoren bescheidener werden; überall wird der Wunsch nach Reichstagsabgeordneten erhoben. Freilich sind die Forderungen nach Agitatoren ein gutes Zeichen unseres Wachsthums, überall will man durch Beihülfe der „Autoritäten" die gemachten Fortschritte vergrößern. Mehr als bisher hat die Partei in organisatorischer Beziehung zu leisten; wo man meint, die Bewegung stehe still, muß man in stiller Arbeit die Organisation der Genossen fördern. Die mündliche Agitation kann nur von Einzelnen geleistet werden; an der organisatorischen Arbeit kann sich jeder betheiligen. Somit fällt unserer Presse die Hauptarbeit in der Agitation zu. Dementsprechend ist auch die Unterstützung, welche aus der Parteikasse der Presse zugeflossen ist. 43 000 Mk. haben wir an Preßunterstützung gezahlt. Pflicht der Genossen ist, mit ihren Blättern sich auf eigene Füße zu stellen. Im großen Ganzen ist die Warnung vor Neugründungen beherzigt worden; die gegenwärtige Situation ist nicht dazu angethan, zu Neugründungen zu begeistern. Wir müssen heute unsere Mittel flüssig haben, um die Schläge, die gegen uns geführt werden, zu pariren. Wir müssen im gegenwärtigen Augenblicke alles vermeiden, was Anlaß geben könnte, Parteieigenthum durch Konfiskation in die Hände der Polizei gelangen zu lassen.

Die Genossen werden sich vermuthlich darüber wundern, daß „Der Sozialdemokrat", der erst vor zwei Jahren ins Leben gerufen ist, jetzt wieder von der Bildfläche verschwinden soll. Aber die an die Gründung dieses Organs geknüpften Hoffnungen haben sich nicht erfüllt, und wir sind nicht gesonnen, uns fernerhin in das eigene Fleisch zu schneiden. Wenn wir die Ueberzeugung gewonnen haben, daß eine derartige Position unhaltbar ist, so können wir

getrost, pochend auf unsere sonstige Stärke, den überflüssigen Ballast von uns abschütteln. Die Partei wird auch auf anderer Weise ihre Aufgaben erfüllen.

Die Presse im Allgemeinen ist sowohl an Umfang wie im Inhalt besser geworden. Unsere Preßorgane werden von unseren Gegnern gefürchtet, weil ihnen ihr Spiegel vorgehalten und ihnen die Maske vom Gesicht gerissen wird.

Aus den eingelaufenen Anträgen ist zu schließen, daß die Genossen mit der entfalteten Agitation im Allgemeinen zufrieden sind. Befassen sich doch nur wenige Anträge mit der Agitation. Ein alter Bekannter unter ihnen ist nun der, der die Agitatoren im Lande, in den kleinen Städten, seßhaft machen und sie so lange unterstützt sehen will, bis sie sich aus eigener Kraft erhalten können. Es ist richtig, daß diejenigen Genossen, die ihre Kraft der Partei in vollem Umfange zur Verfügung stellen, sich in den seltensten Fällen eine wirthschaftlich selbständige Stellung erringen können. Ich rathe deshalb, daß an die Parteigenossen an leitender Stellung nicht Forderungen gestellt werden, die über ihre Kräfte hinausgehen. Wenn sie nicht alle Obliegenheiten ausfüllen können, so muß durch Zusammenfassung der andern vorhandenen Kräfte Abhilfe geschaffen werden. Auf diesem Wege wird jene Nörgelei vermieden, die an einzelnen Parteiorten zu unerquicklichen Gegensätzen der Genossen führt.

Auf einen Antrag möchte ich noch mit ein paar Worten zu sprechen kommen. Es ist der Antrag aus Berlin I., der eine besondere Agitation für das allgemeine, gleiche Wahlrecht für alle Vertretungen im Reiche, den Einzellandtagen und den Gemeinden in Staat, Land und Gemeinde wünscht. Ich erinnere Sie an die gestrigen Worte Liebknecht's: Unsere Partei ist die einzige Schützerin des allgemeinen Wahlrechts! Aber diese Pflicht erfüllen wir im vollen Umfang. Jederzeit sind unsere Genossen auf der Wacht, um das allgemeine Wahlrecht zu vertheidigen. Dieser Gedanke ist uns in Fleisch und Blut übergegangen, er gehört zum eisernen Bestandtheil unseres Arsenals. Durch einen besonderen Antrag brauchen wir daher wohl kaum darauf hinweisen. Ueberall ist die klassenbewußte Arbeiterschaft in rüstiger Agitation für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht begriffen. Die Wirkung der Agitation ist eine wechselseitige. Die Agitation der österreichischen Genossen für das allgemeine Wahlrecht wird auch rückwirkend auch uns Deutsche zu neuer Thätigkeit anregen.

Der im vorigen Jahre gestellte Antrag auf Gratislieferung des „Vorwärts" an die Vertrauensmänner giebt zu recht unerquicklichen Verhältnissen Anlaß. Die entstehenden Schwierigkeiten würde man am besten dadurch beseitigen, daß an Orten, wo jene Gratislieferung wirklich nöthig ist, die Parteigenossen dieser Orte selbst den Vertrauensleuten das Zentralorgan liefern.

Die Agitation unter den Seeleuten ist durch die von uns herausgegebene Broschüre „Seemanns Leben und Leiden" gefördert worden. Leider ist aber der Genosse, der uns das Material zu unserer Agitation lieferte, Genosse Steiner, weil er Oesterreicher war, ausgewiesen worden. Wir haben ihn schmerzlich von uns scheiden sehen; er wird sicher in der österreichischen Bruderpartei sein Werk fortsetzen, es trifft hier wieder zu, was oft gesagt worden ist, daß durch Maßregeln unserer Behörden die Bewegung nur gefördert wird.

Welche Bedeutung man dem Parlamentarismus innerhalb unserer Partei als ein die Agitation förderndes Moment beilegt, das beweisen die zahlreichen zu diesem Punkte vorliegenden Anträge. Wir betrachten die Parlamentstribüne als den geeignetsten Ort, von dem aus man die Agitation im Lande betreiben kann. Ohne auf die einzelnen Anträge, die in das Gebiet fallen, einzugehen, will ich nur darauf hinweisen, ein wie großes Interesse unsere Freunde im Lande an dem Parlamentarismus nehmen. Aber es ist ein Verkennen der thatsächlichen Verhältnisse, wenn die Genossen glauben, daß die Reichstagsfraktion durch Stellung von Initiativanträgen alles möglich machen

und alle Wünsche und Forderungen auf diesem Wege zur Geltung bringen können. Geben Sie die eingereichten Anträge als gute Rathschläge der Fraktion mit auf den Weg, und Sie können versichert sein, daß diese überall, wo es thunlich ist, das, was unser Programm vorschreibt, zur Durchführung zu bringen versucht. Die Anträge wären nur dann angebracht, wenn die Fraktion nach der einen oder anderen Richtung hin ihre Pflicht versäumt hätte. Aber Sie werden wohl alle überzeugt sein, daß die Reichstagsfraktion sich Ihnen präsentiren kann mit dem Bewußtsein, ihre Schuldigkeit gethan zu haben. Der Bericht der Fraktion liegt gedruckt vor, und wir wünschen, daß Sie freie Kritik üben. Rede und Gegenrede ist es, was unsere Partei auszeichnet. Die Aufdeckung gemachter Fehler verhindert deren Wiederholung und fördert den Meinungsaustausch, belebt das innige Verhältniß zwischen Wähler und Gewählten, ein Vorzug unserer Partei, der einen wesentlichen Bestandtheil ihrer Stärke ausmacht.

Namens der Kontroleure berichtet

Meister-Hannover: Wir haben im verflossenen Jahre vier Revisionen vorgenommen, sowohl im Parteibureau, wie beim „Vorwärts", bei der Buchhandlung und beim „Sozialdemokrat". Die rechnerischen Resultate, die Ueberschüsse, welche der „Vorwärts" und die Buchhandlung ergeben haben, sind gewiß erfreulich. Bezüglich des „Sozialdemokrat" liegt die Sache leider etwas anders. Der „Sozialdemokrat" hat sowohl im Inlande, wie im Auslande die Erwartungen nicht erfüllt, die man auf ihn gesetzt hat; besonders das Ausland hat uns ganz im Stiche gelassen. Die Opfer der Partei für das Blatt sind so hoch, daß sie den gewonnenen Resultaten nicht entsprechen, und daß wir dieses Blatt werden eingehen lassen müssen.

Bei dieser Gelegenheit will ich noch erklären, daß wir den Beamten der Partei-Buchhandlung, des „Vorwärts" und des „Sozialdemokrat" das Zeugniß ausstellen können, daß sie ihre Schuldigkeit vollkommen gethan haben.

Der Gesammtvorstand hat 2 gemeinsame Sitzungen, die Kontrolleure haben 5 Extrasitzungen abgehalten.

Drei Beschwerden liegen vor: aus Görlitz, Kassel und Karlsruhe. Die Görlitzer und Kasseler Angelegenheiten sind rein lokaler Natur und mußten wir dieselbe zurückweisen. Anders liegt es mit der Beschwerde aus Karlsruhe. Zunächst haben die dortigen Parteigenossen sich darüber beschwert, daß ihnen der Vorstand die Mittel zur Gründung eines neuen Blattes und zur Anschaffung einer eigenen Druckerei nicht zur Verfügung gestellt hat. Hierüber sind wir freilich anderer Ansicht als die Karlsruher Genossen und treten dem ablehnenden Beschlusse des Vorstandes voll und ganz bei. Was aber den zweiten Punkt der Beschwerde betrifft, so stehen wir völlig auf dem Boden der Beschwerdeführer. Es handelt sich um den beleidigenden Ton, in dem Auer, der die Korrespondenz in dieser Angelegenheit geführt hat, geglaubt hat, antworten zu sollen. Die Kontrolleure mißbilligen diesen Ton; zur Entschuldigung Auer's müssen freilich die Parteizustände berücksichtigt werden, wie sie sich in Baden seit längerer Zeit uns darstellen. Der dritte Punkt der Beschwerde konnte nicht erledigt werden, weil Auer infolge einer Agitationsreise noch nicht anwesend sein konnte.

Außerdem ist noch eine Beschwerde des Berliner Agitationskomitees für den Stralsunder Wahlkreis eingelaufen; sie konnte ebenfalls nicht erledigt werden, weil sie den Kontrolleuren überhaupt nicht vorgelegen hat.

Im Namen der Kontrolleure ersuche ich Sie um Decharge für den Partei-Vorstand.

Singer schlägt vor, auch die Anträge 63 und 76 bei diesem Punkt zu erledigen. Der Parteitag ist damit einverstanden.

Antrag 36 wird unterstützt, ebenso die Anträge 43, 44, 47, 48, 48, 49, 50, 63 und 76. Antrag 46 findet nicht die nöthige Unterstützung. Die Debatte wird eröffnet.

Antrag 36 wird von Eberle-Barmen begründet. Der Antrag ist in Frankfurt a. M. und in Köln abgelehnt worden, weil ihn der Vorstand aus geschäftlichen Gründen nicht gebilligt hat. In diesem Jahre ist es aber ganz gut gegangen, nach elf Monaten schon das Geschäftsjahr zu schließen. Damit ist der Grund widerlegt, der bisher gegen den Antrag geltend gemacht wurde.

Kräcker-Berlin führt zur Begründung des Antrages 43 aus, daß die Genossen, die einen Durchschnittslohn von 18—20 Mk. beziehen, ihre Opfer für die Partei ohne Entgelt bringen. Umsomehr könnten Beamte mit hohem Gehalt auf Diäten verzichten.

Lesche-Altona begründet den Antrag 44, der sich direkt gegen die Honorirung des Genossen Auer richtet. Persönlich könne er den Antrag nicht befürworten, dennoch aber bitte er, denselben zu berücksichtigen. (Heiterkeit.)

Stadthagen-Berlin betont bei der Begründung des Antrages 47, daß dadurch der Frage, ob eigene Regie oder nicht, nicht vorgegriffen werden solle. Er sei ein entschiedener Gegner des Gedankens, die Drucksachen in eigene Regie zu nehmen, stimme aber trotzdem für den vorliegenden Antrag, weil dadurch Klarheit geschaffen und die Frage erörtert wird, ob nicht vielleicht ein größerer Nutzen zu erzielen sei. Es werde vollkommen freie Hand gelassen. Auch in Hamburg scheine, wie aus dem Antrage 49 hervorgeht, derselbe Gedanke lebendig zu sein. Es wird sich lediglich darum handeln, wie am besten unter Berücksichtigung der bestehenden Parteidruckereien ein größerer Vortheil erzielt werden kann.

Kölle-Hamburg II begründet den Antrag 48: Da wir in unserem Programm zum Schutze der Arbeiterklasse die Beseitigung der Nachtarbeit fordern, so ist es nothwendig, diese Forderung zunächst in unseren Parteigeschäften durchzuführen. Dies ist aber nicht überall der Fall, so z. B. nicht in der Hamburger Druckerei. Auch die Abschaffung der Akkordarbeit wird sich wohl ermöglichen lassen, ohne daß dadurch eine Kürzung des Lohnes eintritt.

Grünwaldt-Hamburg: Wir haben in Hamburg ein großes Parteigeschäft, und da ist es doch nicht richtig, daß Drucksachen in anderen Druckereien hergestellt werden. Das Geld für die Arbeit soll nicht privaten Taschen, sondern der Partei zufließen.

Antrag 50 begründet Kölle-Hamburg: Wir wollen, daß die Parteiliteratur ausschließlich in Parteigeschäften hergestellt werden.

Zum Antrag 76 spricht Klees-Magdeburg im Namen der Kontrolleure: Wir gehen von der Annahme aus, daß durch die Versendung des „Vorwärts" der Parteikasse zu viel Portis auferlegt werden. So viel Opfermuth muß vorhanden sein, daß die Parteigenossen der einzelnen Kreise die Kosten des Abonnements aufbringen. In anbetracht der hohen Summe der Portis bitte ich Sie, dem Antrage der Kontrolleure zuzustimmen.

Zu Antrag 63 ist von Landé-Elberfeld das Amendement gestellt worden: Entweder die „Neue Zeit" in eine wissenschaftliche Monatsschrift umzuwandeln und daneben den „Sozialdemokrat" als Wochenblatt zu erhalten, oder das Erscheinen des „Sozialdemokrat" einzustellen.

An Stelle des Antrages 43 stellen Timm u. Gen. folgenden Antrag (108): Ein Anspruch auf Diäten haben nur diejenigen Mitglieder der Reichstagsfraktion, die ein jährliches Einkommen von weniger als 3000 Mk. versteuern. Zwecks Erlangung der Diäten haben die berechtigten Mitglieder bei Beginn der Session eine diesbezügliche Erklärung dem Fraktionsvorstand abzugeben.

Zu Antrag 43 und 47 beantragt Hülle-Erfurt Uebergang zur Tagesordnung. Die Unterstützung reicht aus.

Hülle-Erfurt: Beide Anträge sind von früheren Parteitagen abgelehnt worden. Geben wir nicht wieder der Welt das Schauspiel, daß ein sozialdemokratischer Parteitag zwei Tage lang über Lohnreduktionen berath. (Beifall)

Timm-Berlin (gegen den Uebergang zur Tagesordnung): Ein Ausgleich muß gefunden werden. Ich will keine einzelnen Personen nennen, aber wer ein Einkommen von 5000 Mk. und mehr hat, kann auf die Diäten verzichten. Um Zeit zu sparen, können wir die Frage ja in einer Kommission besprechen.

Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird abgelehnt.

Die Diskussion über den Geschäftsbericht des Vorstandes, den Bericht der Kontrolleure und die Anträge wird eröffnet.

Bérard-Hamburg: In meiner doppelten Eigenschaft als Parteigenosse und Buchdrucker möchte ich zu dem Antrag 48 meine Ansicht äußern. Die Abschaffung der Akkordarbeit ist zur Doktorfrage geworden. Die Fachleute sind nicht einig. Der letzte Buchdruckertag in Breslau hat die Frage als noch nicht spruchreif bezeichnet. Ein großer Theil der Buchdrucker ist gegen die Abschaffung der Akkordarbeit, weil er eine Herabsetzung der Lebenshaltung dadurch befürchtet. Unsere Erfahrungen in Hamburg, wo auf Beschluß der drei Wahlkreise die Akkordarbeit in der Parteidruckerei abgeschafft wurde, haben Folgendes ergeben. Es konnten statt 24 Setzer allerdings 30 beschäftigt werden. Nunmehr mußten aber diese 30 Setzer sich in die frühere Gesammtlohnsumme theilen; so kommt es, daß einzelne besonders leistungsfähige Setzer, die früher bis zu 50 Mk. verdienen konnten, jetzt auch nur noch 38 Mk. erhalten, also eine Einbuße von 5—600 Mk. jährlich erleiden. Nun wird eingewandt, viele Arbeiter hätten ein viel geringeres Einkommen als die Buchdrucker, die im festen Gelde stehen. Das ist gewiß richtig und bedauerlich. Allein, wenn die Buchdrucker es fertig bekommen haben, eine bessere Lebenshaltung zu erringen und festzuhalten, so sollten wir sie in diesem Bestreben unterstützen und nicht sie herabdrücken. Weiter hat sich herausgestellt, daß die Einführung des gewissen Geldes dem Geschäft 10 000 Mk. jährlich Mehrausgaben verursacht hat. Eigentlichen Vortheil hat von der Einführung des gewissen Geldes also Niemand, außer daß 6 neue Setzer eingestellt wurden. Ich glaube, wir können die Sache ruhen lassen. Anders läge es, wenn die Buchdrucker in ihrer Gesammtheit die Akkordarbeit abschaffen wollten, dann müßten wir sie natürlich unterstützen.

Rietz-Berlin: Zu dem Parteibericht habe ich nur zu sagen, daß ich mich dem Wunsche des Referenten, die Genossen mögen in der Forderung von Rednern etwas bescheidener sein, vollkommen anschließen. — Was die Frage der Akkordarbeit betrifft, so ist die von dem Verbandstag der Buchdrucker gefaßte Resolution doch nur eine Verlegenheitsresolution. Ja, ein Redner hat sogar betont, daß die Versammlung in dieser Frage garnicht kompetent sei. Ich bedauere überhaupt, daß diese Frage heute erörtert wird, aber das liegt nur daran, daß der vorjährige Beschluß nicht durchgeführt wurde. Wenn mehr guter Wille seitens der Geschäftsleitung und etwas weniger Egoismus auf Seiten der Kollegen vorhanden gewesen, so wäre die Frage aus der Welt geschafft worden. Durch Berechnung wird heute, wenn man von wenigen Zeitungsdruckereien absieht, kein hoher Lohn mehr erreicht, ja es giebt sogar Setzer, die nur 12—15 Mk. verdienen. Ich bitte deshalb den Antrag 48 und 50 anzunehmen. Was den Antrag 43 betrifft, so haben wir uns nur aus Sparsamkeitsrücksichten zur Einbringung desselben verleiten lassen. Ueber kurz oder lang muß diese Frage geregelt werden.

Inzwischen sind folgende Anträge bezw. Amendements eingegangen: Antrag 43 und 44 zur Berathung einer Kommission zu überweisen. — In Antrag 49 hinter „Parteidrucksachen" das Wort „möglichst" einzuschalten. — Antrag 49 und 50 der durch Antrag 47 geforderten Fünfer-Kommission zu überweisen. — Antrag 76 so zu fassen: „Den Vertrauensmännern ist das Zentralorgan „Vorwärts" auf Kosten der Genossen am Orte gratis zu gewähren."

Sonnenburg-Niederbarnim: Der Antrag 63, den „Sozialdemokrat" eingehen zu lassen, ist recht bedauerlich. Auf dem Berliner und Kölner Parteitag hat man sich mit diesem Organ beschäftigt, und noch der Geschäftsbericht des vorigen Jahres sagt, daß der „Sozialdemokrat" berufen ist, eine empfindliche Lücke auszufüllen. Der Berichterstatter der Kontrolleure sprach sich ebenfalls rühmend über das Blatt aus. Es war zu hoffen, daß die Zuschüsse mit der Zeit geringer werden würden. Nun hat aber der gegenwärtige Bericht festgestellt, daß die Abonnentenzahl von 5700 auf 4300 gesunken ist. Die Zahl der ausländischen Abonnenten ist dagegen nicht, wie Meister sagte, gesunken, sondern von 529 auf 780 gestiegen. Ich arbeite selbst als Setzer an dem Blatte (Zuruf: Aha!), und ich weiß daher genau, daß nur einmal im vorigen Jahre eine Agitation für dasselbe durch eine größere Auflage vorgenommen worden ist. Vielleicht ist auch der Rückgang des „Sozialdemokrat" durch die Verminderung des Umfanges von 8 auf 6 Seiten bewirkt worden. In Betreff der Gehälter der Parteibeamten stehe ich auf dem Standpunkte, daß ein Parteibeamter, der 3000 Mk. Gehalt bezieht und in Berlin wohnt, nicht noch Extradiäten beziehen soll. Auf dem Lande ist der Opfermuth der Genossen größer als bei den Parteibeamten, von denen ich sprach. Bezüglich des Druckes der Parteiliteratur meine ich, der Unternehmergewinn soll doch nicht so hoch sein, über diesen wollen die Parteigenossen Aufklärung haben. — Mit dem Antrag auf Abschaffung der Akkordarbeit in Parteigeschäften erkläre ich mich einverstanden.

Timm-Berlin: Ich möchte die Stellung des „Vorwärts" in prinzipiellen Fragen etwas kritisiren. Im Streit Bebel-Vollmar hat sich der „Vorwärts" offiziell nicht entschieden ausgesprochen; eine sogenannte objektive Stellungnahme ist ja gelegentlich sehr gut, war aber hier nicht am Platze. Ebenso liegt es mit der Agrarfrage; auch hier hat der „Vorwärts" keinerlei selbständige Stellung genommen. Ueberhaupt hat der „Vorwärts" oft nachgehinkt oder am unrichtigen Platze geschwiegen. — Der finanzielle Stand des „Sozialdemokrat" ist ja bedauernswerth, aber das Eingehenlassen dieses Blattes ist damit noch nicht begründet. Man sollte das Blatt heben und erhalten; die Genossen im Auslande wollen ein Bild von unserer Bewegung haben. Es muß eine große Agitation für den „Sozialdemokrat" entfaltet werden. — Ferner ist zu wünschen, daß uns die Genossen aus Polen öfter als jetzt Nachricht von ihrer Bewegung geben. — Bezüglich der Diäten wünsche ich, daß eine Kommission gewählt wird, welche die dazu gehörigen Anträge behandelt; sie wird hoffentlich einen gerechten Ausgleich finden.

Baerer-Harburg: Es ist eine Schmach, daß wir uns wieder mit dem Berliner Antrag befassen sollen, der von den Gegnern wieder als „Berliner Mist" bezeichnet werden wird. Wo bleibt die Gerechtigkeit bei diesem Antrage? Wer ein Einkommen von 3200 Mk. z. B. hat, müßte aus seinem eigenen Einkommen zulegen, wenn er in den Reichstag geht. Die Berliner thäten besser, nicht immer leeres Stroh zu dreschen. Wir wollen uns nicht immer mit ihren Phrasen befassen. (Oho! und Unruhe.) Ich ersuche Sie, mit großer Majorität den Antrag abzulehnen.

Singer: Ich habe den Redner nicht unterbrochen, weil wir an harte Worte gewöhnt sind. Ich bitte aber die nächsten Redner, sich in ihren Ausdrücken zu mäßigen. Ein Wort des Genossen Baerer, das Wort „Schmach", muß ich aber entschieden als ungehörig bezeichnen. (Beifall.)

Geck-Offenburg: Ich habe über die Karlsruher Angelegenheit zu sprechen. Genosse Auer hat sich in einem Briefe schwerer Beleidigungen eines Karlsruher Parteigenossen zu Schulden kommen lassen. Mit dem sachlichen Inhalt des Briefes hat sich der Partei-Vorstand in rührender Uebereinstimmung solidarisch erklärt, nachdem es uns zuerst so erschienen war, als sei der Brief

eine rein persönliche Leistung Auer's. Wir erhoffen vom Parteitag einige Genugthuung. Als Schwarzwälder können wir ja etwas vertragen (Heiterkeit), aber der Ton, der diesmal von dem Grunewald nach dem Schwarzwald drang, paßt uns doch nicht. Auf diese Weise trägt man in die badischen Parteiverhältnisse, die Sie ja kennen, von außen her neuen Zündstoff. Das ist um so bedauerlicher, als sich der Karlsruher Wahlkreis bisher von dem Bazillus des herrlichen badischen Dioskurenstreites freigehalten hat. Wir erwarten die Abhilfe natürlich nicht dadurch, daß wir dem Genossen Auer der „ethischen Gesellschaft" überweisen (Heiterkeit); aber wir fordern vom Partei-Vorstand, daß er die Briefe, die vom Sekretariat ausgehen, durchliest und unterzeichnet. Er ist mitverantwortlich dafür.

Koenen-Hamburg: Der Antrag 36, so sympathisch er erscheint, ist unannehmbar. Die Kontrolleure müßten dann schon 5 Wochen vor dem Parteitag revidiren und das muß zu Unzuträglichkeiten führen. Was kann in fünf Wochen in unserer raschlebigen Zeit nicht geschehen? Eine Reichstagsauflösung oder andere wichtige politische Aktionen können erfolgen und würden im Bericht dann nicht berührt werden können. Ich bitte, den Antrag abzulehnen. Ebenso ist das Amendement überflüssig, wonach die Fünferkommission, die da gewählt werden soll, auch das Hamburger Geschäft zu kontrolliren habe. Das Hamburger Geschäft wird von den Hamburger Genossen kontrollirt und eine Prüfung durch auswärtige Genossen ist überflüssig und unnütze Zeitvergeudung. Was die Abschaffung der Nachtarbeit anlangt, so haben wir sie in Hamburg abgelehnt, weil sonst das „Echo" zum Abendblatt werden und mit den Parlamentsberichten nachhinken müßte. Es empfiehlt sich, den „Sozialdemokrat" eingehen zu lassen. Das Blatt hätte mehr ein Kampfblatt sein müssen. Das ist dem Redakteur auch gesagt worden, aber der Ton ist der alte geblieben.

Thomas-Rixdorf: Wenn auch heute ein Antrag vorliegt, die Gratislieferung des „Vorwärts" an Vertrauensmänner einzustellen, so ist der Vorstand doch nicht berechtigt gewesen, die Vertrauensleute abzuweisen und ihnen zu empfehlen, sie mögen sich das Blatt von den Parteigenossen an ihrem Orte bezahlen lassen. So lange ein Beschluß besteht, muß er auch ausgeführt werden. Zu der Diätenfrage haben wir das Amendement gestellt, daß diejenigen Parteibeamten, die Reichstagsabgeordneten sind, ihren Wohnsitz in Berlin haben und 3000 M. beziehen, keine Diäten bekommen. Wir sprechen ferner den Wunsch aus, daß auch auswärtigen Genossen, die hohe Gehälter beziehen, im Interesse der Partei auf die Diäten verzichten mögen. Trotzdem ich also den Antrag der Berliner mit unterschrieben habe, empfehle ich Ihnen doch, statt dessen lieber das von uns gestellte Amendement anzunehmen. Was die Akkordarbeit betrifft, so haben wir als Arbeitgeber die Verpflichtung, für die Abschaffung derselben einzutreten, um nicht die Löhne herabzudrücken und die Reservearmee zu vergrößern. Mit dem Antrag 49 II kann ich mich aus Sparsamkeitsgründen nicht einverstanden erklären, den ersten Theil desselben halte ich für überflüssig, da die darin gestellte Forderung ja heute schon erfüllt wird. Dem Antrage auf Einstellung des „Sozialdemokrat" stimme ich zu, da uns das Blatt ungeheuere Opfer auferlegt und seinen Zweck verfehlt hat.

Förster-Hamburg: Ich wende mich zu Antrag 43; die Antragsteller scheinen von den Parteiverhältnissen nicht viel Kenntniß zu haben. Ich persönlich muß in meiner Eigenschaft als Firmeninhaber des Hamburger Geschäfts ein Einkommen von 17 300 Mark besteuern; dieses Einkommen fließt aber doch größtentheils der Partei zu, wie soll da der Antrag auf mich angewendet werden? — Sollte das „Echo" ein Abendblatt werden, dann würden wir von unserer Agitationskraft gegenüber den anderen Blättern viel verlieren.

Moos-Leipzig ersucht um Annahme des Antrags Barmen. Die Anträge 43, 44 bitte ich einer Kommission zu überweisen. Thatsächlich ist eine doppelte Remunerirung von Parteibeamten vorhanden; diese Angelegenheit muß endlich erledigt werden.

Politz-Berlin: Der „Sozialdemokrat" kann erhalten bleiben. Bisher hat man zu wenig für ihn gewirkt. Die „Neue Zeit" monatlich als wissenschaftliches Organ erscheinen zu lassen und den „Sozialdemokrat" auszugestalten, wird nichts nützen.

Fischer-Berlin: Unter den Anträgen befinden sich einige, bezüglich deren ich meine Meinung als Leiter der Parteibuchhandlung Ihnen zur Erwägung anheimstellen möchte. Sie haben zunächst einen Antrag aus Hamburg II, die Parteiliteratur ausschließlich in Parteigeschäften herzustellen, und sodann einen Antrag aus Hamburg I, die Parteidrucksachen möglichst in einer Parteidruckerei anfertigen zu lassen. Ich bitte, beide Anträge abzulehnen, da sie an dem gegenwärtigen Zustand der Dinge nichts ändern. Der Antrag 50 besonders ist absolut undurchführbar, wenn Sie nicht in Berlin ein Parteigeschäft errichten wollen. Denken Sie z. B. an die Broschüre über die Umsturzdebatte. Solche Schriften müssen in kürzester Frist erscheinen; da kann man nicht erst Manuskripte nach Hamburg schicken, dann wieder Korrekturen hin und her senden, um schließlich, ehe man zur Ausgabe schreiten kann, warten zu müssen, bis die Ballen hier ankommen. Dazu kommt, daß Format und Buchbinderei Schwierigkeiten verursachen. Wer bei der Stellung des Antrages von dem Gedanken ausgegangen ist, daß die Partei dabei finanziell besser fährt, der irrt sich. Die Forderung des anderen Antrages, Parteidrucksachen möglichst in Parteidruckereien anzufertigen, wird heute schon erfüllt. Alle im letzten Jahre erschienenen Broschüren, soweit nicht obige Gesichtspunkte in Frage kamen, sind bei Auer in Hamburg hergestellt worden. Redner führt dies im Einzelnen näher aus. Bezüglich des Protokolls soll diesmal der Versuch gemacht werden, dasselbe schon im Laufe der übernächsten Woche erscheinen zu lassen. Würden wir es in Hamburg drucken lassen, so ginge zuviel Zeit verloren. Es kommt ferner in Betracht, daß die Matrizen für die Maschinen in Hamburg nicht passend sind. Soll aber statt Rotations- gewöhnlicher Maschinendruck gewählt werden, so stellt sich der Preis viel zu hoch. Wenn Sie immer verlangen, daß die Literatur verbilligt werde, so ziehen Sie doch auch die Konsequenzen!

Wir haben gar kein Interesse daran, Privatgeschäften viel zuzuschanzen. Ich habe deshalb gegen den Antrag 47 gar nichts, glaube aber, daß das eine der ersten Aufgaben der neuzuwählenden Kontrolleure sein müßte. — Wenn der Antrag 48 angenommen würde, so würde durch die Abschaffung der Nachtarbeit der „Vorwärts" z. B. einfach ruinirt werden; er würde ein Abendblatt werden müssen und die Berichterstattung vom Reichstag und dergleichen käme um 24 Stunden später als in bürgerlichen Blättern. Das würden sich die Arbeiter nicht gefallen lassen, sondern einfach ein anderes Blatt abonniren, das ihrem Lesebedürfniß rascher entgegenkommt. Von der verlangten Abschaffung der Akkordarbeit wollen aber die Buchdrucker, die Sie damit beglücken wollen, gar nichts wissen; sie haben es besonders in Hamburg am eigenen Leibe gespürt, wie die Abschaffung der Akkordarbeit wirkte. Bedenken Sie, welche Folgen ein Ausfall von 500 Mk. auf die Wohnung, Lebensweise, Kindererziehung einer Arbeiterfamilie haben muß. Ihr Antrag kostet auch dem Geschäfte Tausende von Mark, ohne dem Arbeiter was zu nützen. Im Gegentheil, Sie schädigen den Arbeiter. In Bourgeoisgeschäften freilich wird die Akkordarbeit für den Unternehmer sehr rentabel. In der Zeit des heutigen Ueberangebots an Arbeitskräften zwingt der Unternehmer durch Aufseher, Kontrolle und sonstige Praktiken, daß die Durchschnittsleistung des Akkordsetzers, die nur unter Anspannung aller Kräfte erreicht werden kann, zur

Normalleistung des Setzers wird. Während er früher dafür das Maximum des Lohnes zahlen mußte, zahlt er jetzt das Minimum. Das geht aber in Parteigeschäften nicht, da schädigt der Antrag nach beiden Seiten. Wir sind aber nicht dazu da, angebliche Grundsätze der Partei unter allen Umständen durchzuführen. Noch eins: Die bürgerliche Gesellschaft beruht mit auf dem Gesetze der Entfaltung der freien Kräfte, dem Wettbewerb derselben, es geht nicht an, für eine einzelne Betriebsart der kapitalistischen Produktion dieses Grundgesetz aufzuheben.

Was die Anträge 43, 44 betrifft, so gehöre ich ja auch zu den Parteikulis, bezüglich deren es allmälig Mode zu werden scheint, ihnen ihre Armuth vorzuwerfen, und gegen die sie sich richten. Ja, wenn ich Rothschild's Sohn wäre (Heiterkeit), dann könnte ich meine Arbeitskraft der Partei unentgeltlich zur Verfügung stellen; ich wäre dann vielleicht auch angesehener in der Partei, denn der Respekt vor dem vermeintlichen oder wirklichen großen Geldsack ist ja auch unter den Parteigenossen noch ein sehr gewaltiger. (Sehr richtig!) Immerhin freut es mich, daß hier am Parteitage von den Berliner Genossen ein ganz anderer Ton angeschlagen worden ist, als von Einzelnen in Berliner Versammlungen. Dort hagelten die Schlagwörter; man sprach davon: die Parteibeamten hängen mehr an ihrem Gehalte als an der Sache; sie handelten nicht aus Interesse an der Partei, sondern aus Interesse an Parteigeldern. Vielleicht darf man darnach hoffen, daß solche ehrlose Beschuldigungen künftig auch in Berlin unterbleiben. Man sagte hier: Andere Parteigenossen bringen Opfer, die Arbeiter arbeiten alle unentgeltlich für die Partei. Ich hätte gemeint, daß solche Arbeit für die Partei auch von uns geleistet wird. Keinem von uns fällt es ein, bei Vorträgen, Versammlungen, Kommissionssitzungen u. s. w. in Berlin und Umgegend irgend welchen Ersatz für die baaren Auslagen an Fahrten u. s. w. zu verlangen oder zu nehmen. Was also die anderen Parteigenossen thun, thun auch die Abgeordneten. Allmälig ist es auch Mode geworden, die geschmackvolle Redensart zu wiederholen: die Abgeordneten und Parteibeamten „leben von Arbeitergroschen". Ich lehne das für meine Person ab; ich thue meine Arbeit und erhalte meinen Lohn, weil meine Arbeit ihren Lohn werth ist. Da hat Niemand ein Recht, von Arbeitergroschen zu sprechen, so wenig als Sie es Prinzipalsgeschenk nennen, wenn Sie am Sonnabend den Lohn für Ihre Arbeit erhalten. Mein Lohn ist nicht ein Geschenk von Arbeitern, die Sache liegt so: entweder hat meine Arbeit Werth, und dann muß sie entsprechend entlohnt werden, oder sie hat nicht den Werth, den Sie dafür angesetzt haben, dann jage man mich zum Teufel! Man lasse also derartige Argumente anstands- und geschmackshalber aus der Diskussion heraus.

Anders wäre es, wenn die Partei nicht in der Lage wäre, Diäten zu zahlen, dann wäre nicht einer unter uns, der das Maß seiner persönlichen Opfer nicht noch weiter anspannen und auf die Diäten verzichten würde. Aber sie ist in der Lage. Die Ueberschüsse des „Vorwärts", des „Echo" und der Buchhandlung sind allein viel höher, als die Summe der Diäten überhaupt. Soll denn blos der Einzelne, den Sie ein Mandat übertragen haben, Opfer bringen, oder nicht vielmehr die Gesammtpartei, die er repräsentirt. Eine Konsequenz dieser Widersinnigkeit wäre, daß jeder Parteigenosse, der ein Einkommen von über 3000 Mk. hat, alles, was über 3000 Mk. ist, an die Parteikasse abzuliefern hat. (Heiterkeit.) Eine andere Konsequenz dieser Anträge ist, daß das Mandat zu einer Art Geldstrafe wird. Der Redakteur oder Parteibeamte, der kein Mandat hat, kann sein volles Gehalt für sich und seine Familie verwenden, sein Kollege aber, der Abgeordneter ist, muß deshalb gleichsam ein paar hundert Mark Strafe zahlen. Aber nicht eine Geldfrage ist es, sondern es wird schließlich eine persönliche Ehrenfrage. Wenn wir

jedes Jahr solche Debatten, Anschuldigungen, Insinuationen über uns ergehen lassen sollen, dann danke ich für die Ehre, Abgeordneter zu sein, dann stelle ich mich wieder in die Reihe derjenigen Genossen, die blos das Recht auf Räsonniren haben (Heiterkeit) und höre auf, Stichblatt für jede dumme Bemerkung zu sein. (Lebhafter Beifall.)

Keil-Mannheim: Die Bemerkung des Berichtes über die friedlichen Beziehungen der Genossen trifft auf Baden leider nicht zu. Sie wissen, daß der letzte Parteitag Dr. Rüdt verurtheilt hat, aber dieser fügte sich nicht, er trat aus der Partei aus, und kein ehrlicher Genosse hat ihm eine Thräne nachgeweint. Aber bald darauf erschien er wieder in einer Versammlung mit dem Rufe: „Das Volk hat mich gerufen!" Es waren nämlich zwei Mitglieder des Vereins in Heidelberg auf seine Bestellung des Morgens zu ihm gekommen und hatten ihn eingeladen. (Heiterkeit.) Auf unserem badischen Parteitage wurde ein Antrag gestellt, Dr. Rüdt aus der Partei auszuschließen, aber der Antrag wurde abgelehnt. Bei den badischen Wahlen hat sodann eine große Versammlung beschlossen, Dr. Rüdt nicht wieder als Kandidaten aufzustellen. Infolge dessen agitiren Dr. Rüdt und seine wenigen Anhänger dafür, daß keiner unserer Genossen gewählt werden soll. Auch in anderer Weise wird von Rüdt intriguirt und den Genossen gewerbsmäßig die Ehre abgeschnitten. Der Verdacht liegt wenigstens nahe, daß auch die gemeinen Verdächtigungen der nationalliberalen „Badischen Landeszeitung" von ihm stammen. Dr. Rüdt ist zum Delegirten gewählt, aber er verzichtet darauf zu erscheinen, weil er gesagt hat, er habe schon längst mit dieser Gesellschaft gebrochen. Jetzt sollten wir endlich mit Dr. Rüdt aufräumen, und wenn der Parteitag selbst sich nicht mit der Frage beschäftigen und nicht über einen Abwesenden zu Gericht sitzen will, so soll wenigstens der Vorstand die Sache reiflich erwägen, sobald durch die von Dreesbach gegen die „Badische Landeszeitung" angestrengte Klage Rüdt's Handlungsweise auch gerichtlich klar gestellt ist. Wir haben keinen Grund, länger Nachsicht zu üben.

Deppe-Langenfelde bekämpft die Anträge 43 und 44. Auch die Abschaffung der Nachtarbeit in den Druckereien werde sich nicht durchführen lassen. Es empfehle sich nicht, wie die Anträge 47 und 48 wollen, die Frage der Herstellung der Parteiliteratur in Parteidruckereien generell zu regeln; das müsse dem Vorstand in jedem einzelnen Falle überlassen bleiben. Das Eingehen des „Sozialdemokrat" sei zur Nothwendigkeit geworden.

Nachdem einige Begrüßungsschreiben verlesen, tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

3¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Namens der Mandatprüfungs-Kommission berichtet Antrick. Vertreten sind 219 Kreise durch 190 Delegirte und Delegirtinen. Zwei Mandate werden beanstandet. Goebel-Mainz ist in einer Vereinsversammlung, nicht in einer öffentlichen Versammlung gewählt. Ein Protest, der gegen ihn aus Mainz eingelaufen ist, hebt dies hervor. Es wird beantragt, das Mandat für ungiltig zu erklären. Weiter wird das Mandat für Hansen-Berlin aus Friedeberg-Arnswalde beanstandet. Das Mandat ist nur von einzelnen Genossen ausgestellt, mit denen Hansen auf dem Brandenburger Parteitag Rücksprache wegen der Vertretung des Kreises auf dem Breslauer Parteitage genommen hat. Eine Wahlversammlung hat im Kreise Friedeberg-Arnswalde überhaupt nicht stattgefunden. Einstimmig beantragt die Kommission, das Mandat für ungiltig zu erklären, und ersucht gleichzeitig den Kongreß, gegen das Verfahren, das im Friedeberg-Arnswalder Kreise schon einige Male vorgekommen ist, scharf zu protestiren. Drei weitere Proteste lagen gegen die Mandate von Roske-

Brandenburg, Haubold-Chemnitz und Wolny-Breslau vor. Die Kommission hält die Bedenken gegen die Mandate nicht für stichhaltig, räth aber in Bezug auf das dritte Mandat den polnischen Genossen Breslaus, sich bei der Wahl zum Parteitage enger an die deutschen Parteigenossen anzuschließen. Das Mandat des Dr. Rüdt beantragt die Kommission als nicht vorhanden zu betrachten. Dr. Rüdt ist regelrecht gewählt, wird aber, wie er schreibt, durch Gesundheitsrücksichten (Heiterkeit) am Erscheinen verhindert. Er schreibt, daß er sein Mandat dem Genossen Geck übertragen wolle. Die Kommission hält dies Verfahren für gänzlich unzulässig.

Die Diskussion wird eröffnet.

Der Parteitag erklärt die 188 unbeanstandeten Mandate debattelos für giltig.

Müller-Darmstadt: In Mainz ist die Partei verkörpert als organisirter sozialdemokratischer Verein, nach dessen Statuten Jeder das Wahlrecht verliert, der drei Monate mit seinem Beitrag im Rückstande ist, ohne Stundung nachgesucht zu haben. Dieser Verein nimmt alle Wahlen vor, auch der Genosse Goebel ist in einer solchen Sitzung gewählt worden. Auf seine Veranlassung wird noch heute Abend eine Volksversammlung in Mainz stattfinden, in der er unzweifelhaft gewählt wird. Ich bitte deshalb, sein Mandat nicht zu beanstanden. Wenn wir so rigoros vorgehen, so müssen viele Mandate für ungiltig erklärt werden. (Na! na!) Wir in Hessen sind alle nicht in öffentlicher Versammlung gewählt, weil wir mit dem Vereinsgesetz deswegen nicht in Konflikt kommen können. Im Organisationsentwurf steht nichts davon, daß die Wahl in öffentlicher Versammlung vorgenommen werden soll. Wenn Sie die Wahl von Goebel nicht für giltig erklären wollen, so warten Sie mit der Abstimmung wenigstens bis morgen, bis der Bescheid aus Mainz da ist.

Goebel-Mainz schließt sich den Ausführungen des Vorredners an.

Antrick begründet nochmals den Protest der Kommission.

Die Abstimmung über den Antrag der Kommission wird bis morgen vertagt.

Kiesel-Berlin spricht gegen das Mandat für Hansen-Berlin und meint, daß dieses Mandat entschieden ungiltig sei. Durch Beschluß des Parteitages wird es als ungiltig erklärt.

Geck-Offenburg spricht zur Aberkennung des Mandats des Dr. Rüdt. Er ist der Ansicht, daß die Uebertragung des Mandats an ihn unanstößig sei, überläßt aber dem Parteitage die Entscheidung.

Stubenreich-Oggersheim meint, es wäre richtiger gewesen, wenn Dr. Rüdt bereits vorher erklärt hätte, daß er das Mandat nicht ausüben werde. Um Präzedenzfälle zu vermeiden, werden wir die Uebertragung des Mandats an Geck als ungiltig erklären müssen.

Nach einem Schlußworte Antrick's wird das von Rüdt an Geck übertragene Mandat für ungiltig erklärt und damit prinzipiell ausgesprochen, daß derartige Mandatsübertragungen unzulässig sind.

Die übrigen Proteste werden ohne Debatte gemäß dem Antrage der Kommission für erledigt erklärt.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten und die Berathung über den Geschäftsbericht fortgesetzt.

Meister verliest zur Ergänzung seines Berichts folgende Erklärung: „Nach eingehender Untersuchung erklären die Kontrolleure zu Punkt 3 der Beschwerde der Karlsruher Parteigenossen Folgendes: Genosse Auer hat die beanstandeten Mittheilungen über den Genossen Kallenbach in gutem Glauben an die Richtigkeit seiner Informationen gemacht. Da sich die letzteren als unzutreffend herausstellten, sprach Genosse Auer dem Genossen Kallenbach bereits sein Bedauern über den Vorfall aus und wiederholt den Kontrolleuren unter dem Ausdruck des Bedauerns, das Opfer falscher Informationen gewesen zu sein."

Fülle-Würzburg: Wir mußten den Partei-Vorstand um ein geringes Darlehn, um 2000 Mk. (Heiterkeit), angehen. Die Antwort war, wie ich das voraussah, da ich die Leute kenne (Heiterkeit), abschlägig; trotz wiederholter Vorstellungen erhielten wir dieselbe Antwort zwei- oder dreimal, auch nachdem wir die Garantie durch die Würzburger Gewerkschaften angeboten hatten. Wenn nun auch die Parteigelder nicht alle aus Würzburg kommen, so hätten wir doch in unserer Bedrängniß diese 2000 Mk. erhalten sollen; auch wir haben Geld nach manchen Gegenden geschickt. Heute prosperirt das Unternehmen. Die Aufregung zu schildern, die bei uns über die Berliner Antworten herrschte, will ich unterlassen; aber es gereicht dem Partei-Vorstande entschieden nicht zum Vortheile, solche Aufregungen durch seine rein geschäftliche Rücksichten zu verursachen. Wie falsch es ist, sich ausschließlich auf den geschäftlichen Standpunkt zu stellen, hat Ihnen doch der amerikanische Genosse Hepner in der „Neuen Zeit" durch seine anschauliche Schilderung der ehemaligen Leipziger Verhältnisse bewiesen.

Kern-Schweinfurt: Vom Unterfränkischen Agitationskomité habe er den Auftrag, dafür zu sorgen, daß der Mißgriff des Partei-Vorstandes wieder gut gemacht werde. Seit zwei Jahren mache die Bewegung im schwarzen Unterfranken außerordentliche Fortschritte. Die ganze Bewegung hänge vom Bestehen des Würzburger Parteiblattes ab, das zu Grunde gehen müsse, wenn der papierne Beschluß des Frankfurter Kongresses bestehen bleibe. Das Würzburger Parteigeschäft, das zu gründen Zwangslage gewesen sei, dürfe nicht fallen gelassen, sondern müsse unterstützt werden.

Bebel: Nachdem zwei Redner den Vorstand so heftig angegriffen haben, muß ich die gegen uns erhobenen Vorwürfe zurückweisen. In erster Linie muß ich Verwahrung gegen einige Aeußerungen des Genossen Fülle einlegen, die so geklungen haben, als hätte dieser schon von vornherein gewußt, daß sein Gesuch abgelehnt würde, weil er ja, wie er sagt, die Leute kenne. Zu einer solchen Auffassung liegt für Fülle wirklich keine Ursache vor. Wir handeln im Interesse der Partei, niemals aus persönlichem Interesse. Wir haben vor allen Dingen den Eindruck gehabt, daß die Genossen in Würzburg es auf eine Art Provokation ihres bisherigen Druckers abgesehen hatten; das war bestimmend für die Ablehnung des Gesuches. Nun hatte aber der Partei-Vorstand bereits früher den Würzburgern Geld bewilligt, einmal 500 Mk., ein anderes mal 600 Mk. Alles half nichts, genügte nicht. Da kamen wir schließlich zur Ueberzeugung, daß wir nicht weiter helfen durften. Wir fürchteten, daß ein neues Druckerei-Geschäft entstehen würde, das uns dann zu immer weiteren Unterstützungen zwingen würde. Fülle hat erklärt, er sei nach Berlin gereist, um durch persönliche Intervention beim Partei-Vorstande einen besseren Bescheid zu erwirken. Auer habe ihm aber eine Antwort gegeben, nach der er völlig den Muth verloren habe. Auer ist aber doch nicht der ganze Partei-Vorstand, und außerdem hat Auer ihm noch den Rath gegeben, eine Gesammtsitzung des Partei-Vorstandes abzuwarten. Freilich hat Auer hinzugefügt, daß das wohl auch nicht viel nützen würde. Aber war Fülle nun einmal in Berlin, so hatte er auch die Pflicht, alles zu versuchen und den offiziellen Bescheid des Partei-Vorstandes abzuwarten. Uebrigens haben die Würzburger die Kontrolleure mit ihrer Angelegenheit nicht behelligt, sie haben sofort eine fulminante Beschwerde gegen den Partei-Vorstand an den Parteitag losgelassen. Wollen die Würzburger jetzt noch einmal an den Partei-Vorstand herantreten, dann werden wir sachlich, wie immer, die Angelegenheit nochmals prüfen. Kommen wir zu einem anderen Bescheide als bisher, gut, wenn nicht, so müssen sich die Würzburger bescheiden.

Von vielen Rednern ist nachdrücklich gegen den Antrag der Parteileitung, den „Sozialdemokrat" eingehen zu lassen, gekämpft worden. Ich bin mit aller Macht für die Gründung des „Sozialdemokrat" eingetreten und habe ihm die größte Bedeutung beigemessen. Hätte man das Blatt zwei Jahre früher gegründet,

dann wäre es besser gewesen. Nun aber haben sich unsere Hoffnungen nicht erfüllt. Von vornherein hatten wir allerdings die Anschauung, daß uns das Blatt jährlich 5—6000 Mk. kosten würde; diese Summe ist indeß weit überschritten worden. Zwar hat der „Sozialdemokrat" anfangs eine bedeutende Abonnentenzahl gehabt, aber diese ist fortgesetzt zurückgegangen, erst rapide, dann langsamer. Es ist jetzt keine Aussicht mehr dazu, daß sich das Defizit verringern wird. Da wäre es Thorheit, wenn wir bei den gehörten Klagen noch weiter viel Geld hinauswerfen wollten. Der Antrag Landé will eine Art Vermittelung mit der „Neuen Zeit". Wie man die „Neue Zeit" verbessern will dadurch, daß man sie in eine Monatsschrift verwandelt, verstehe ich nicht.

Betreffs des Antrages 46 hat ja bereits Fischer eine gründliche Widerlegung vorgebracht. Glauben Sie aber übrigens doch ja nicht, daß wir die Parteiinstitute zum Experimentirfeld unserer Grundsätze machen könnten. Wenn wir die Akkordarbeit abschaffen könnten, dann würden wir es thun. Die Beschwerden, die von allen Seiten kommen, sind daher unberechtigt. Ja, in Hamburg kann man wohl die Akkordarbeit abschaffen; dieses Geschäft ist sehr groß und kann trotz höherer Betriebskosten weiter existiren. Andere Geschäfte können das aber nicht. Die Abschaffung der Akkord- und Nachtarbeit vertheuert auf der einen Seite die Druckerzeugnisse, auf der andern Seite aber will man billigere Preise für die Blätter. Die Ausführung derartiger neuer Einrichtungen, wie die Anträge sie wollen, würde unsere Geschäfte alle bankerott machen. Ich bitte Sie daher dringend, diesen Antrag abzulehnen.

Ich komme nun auf den unglückseligen Antrag betreffs der Diäten. Es ist recht bedauerlich, daß die Berliner in den letzten Jahren keine besseren Anträge gestellt haben. Wenn man einmal gerecht sein will, dann sei man auch ganz gerecht! Das ist aber hier nicht der Fall, denn der Antrag ruft die größte Ungerechtigkeit unter dem Schein der Gerechtigkeit hervor. Der Antrag kann sich, obgleich das nicht darin steht, nur auf Berlin beziehen. Aber wie immer Sie auch den Antrag gestalten, mit jeder Verbesserung schaffen Sie auf der anderen Seite eine Verschlechterung. Sie verlangen, daß die Berliner Redakteure und Parteibeamten, die doch nur für ihre Thätigkeit bezahlt werden, ein erhebliches Opfer bringen, das andere nicht zu tragen haben. Sie vergessen dabei, daß wir auch Reichstagsabgeordnete haben, die aus ihrer Arbeit in der Partei erheblich mehr als 3000 Mk. verdienen. Diese sollen aber nicht von dem Antrage getroffen werden. (Sehr richtig!) Wenn der Antrag gerecht wäre, so müßten Sie auch bestimmen, daß jeder, der in der glücklichen Lage ist, ein Privateinkommen von 3000 Mk. und mehr zu beziehen, seine Diäten selbst zu tragen hat. Leute mit hohem Privateinkommen sollen Diäten beziehen, aber die armen Parteibeamten nicht. Eine fernere Ungerechtigkeit liegt darin, daß Jemand, der 3, 4 oder 5 Kinder hat und zufällig Abgeordneter wird, Opfer bringen soll, während ein Anderer, der keine Kinder hat, diese Opfer nicht zu tragen hat. Und unbedeutend sind diese Opfer nicht. Die Berliner Abgeordneten sind es ja in erster Reihe, die in den Kommissionen arbeiten müssen. Es entstehen große Ausgaben, wenn man 6 Monate hindurch täglich 2 bis 4mal Pferdebahn zu fahren, im Reichstage zu Mittag zu speisen hat und dergl. Ich komme ja hierbei glücklicherweise nicht in Betracht. Nun ich habe als ordnungsliebender Mensch über alle Ausgaben, auch über die Ausgaben infolge meiner Thätigkeit als Reichtagsabgeordneter, genau Buch geführt, und gefunden, daß jede Session mich mehrere hundert Mark kostet. Lehnen Sie den Antrag ab und überlassen Sie alles der Opferwilligkeit und Opferfähigkeit des Einzelnen! (Beifall.)

Martikke-Hamburg erklärt sich gegen die Anträge 43 und 44, weil sich doch kein gerechter Ausgleich dadurch schaffen lasse. Die Akkordarbeit und die Nachtarbeit läßt sich von uns in der bürgerlichen Weltordnung nicht abschaffen. Dagegen müssen die Anträge 49/50 angenommen werden. Die

Hamburger Parteidruckerei ist nicht genügend beschäftigt; das große Kapital, das dort investirt ist, darf nicht brach liegen.

Peus-Dessau: Der Antrag 36 ist möglich und besonders für die Parteipresse praktisch. Mit den Anträgen 43 und 44 ist man dagegen offenbar auf falschem Wege. Für uns allein können wir in der gegenwärtigen Gesellschaft nicht eine Gleichheit des Einkommens herstellen. Wir müssen gegen unsere Arbeiter bürgerlich anständig verfahren, auch gegen die, die gewohnheitsmäßig besser entlohnt werden. Aus diesem Grunde sind auch die Anträge über Akkord- und Nachtarbeit verkehrt. Die Gründung des „Sozialdemokrat" hielt ich für verkehrt; ich stimme seinem Eingehen zu.

Landé-Elberfeld: Die Gründe des Mißerfolges des „Sozialdemokrat" liegen darin, daß er die Konkurrenz der „Neuen Zeit" nicht aushalten kann. Die „Neue Zeit" hat wesentlich den gleichen Inhalt, wie der „Sozialdemokrat". Naturgemäß können in der „Neuen Zeit", die viel mehr Raum hat, alle Fragen eingehender und tiefer behandelt werden. Aber auch die „Neue Zeit" prosperirt nicht. Die Zuschüsse würden viel geringer werden, wenn sie wieder Monatsblatt würde. Das würde auch ihren Artikeln zu Gute kommen, die früher bleibenderen Werth hatten. Der „Sozialdemokrat" würde dann gediegenere Artikel über die Tagesfragen erhalten können. Bei alledem kommen Gesichtspunkte in Betracht, die sich hier nicht abmessen lassen. Ich habe deshalb beantragt, dem Vorstande die Entscheidung anheim zu stellen.

Schneider-Berlin wendet sich gegen die Ausartung in der Gründung von landsmannschaftlichen Vereinen und billigt die Haltung des „Vorwärts" in dieser Frage. Redner vertheidigt den Antrag 36. Die Aeußerung Baerer's lasse die Berliner kalt, eine Beleidigung sei keine Widerlegung. Die Nachtarbeit könne in den Parteidruckereien nicht abgeschafft werden. Die Opfer, die der „Sozialdemokrat" koste, könnten nicht länger gebracht werden, wohl aber verdiene Landé's Amendement Beachtung.

Hering-Flensburg: Bedeutendes habe der „Sozialdemokrat" besonders dadurch geleistet, daß er wichtige Fragen erörtert habe, für die sonst kostspieligere Broschüren nöthig gewesen wären. Man möge sehen, ob es nicht doch möglich sei, den „Sozialdemokrat" zu halten, zumal da die Artikel in der „Neuen Zeit" oft schwer verständlich seien.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte, nachdem Thiele-Halle dafür, Drescher-Berlin dagegen gesprochen hat, abgelehnt.

Schall-Solingen macht die Mittheilung, daß die Streitigkeiten in Solingen so gut wie beigelegt sind. (Beifall.) Was die vorliegenden Anträge betrifft, so sei das Eingehen des „Sozialdemokrat" zu bedauern.

Stolten-Hamburg: Die Anträge auf Abschaffung der Akkord- und Nachtarbeit und die Anträge auf Herstellung der Parteiliteratur in Parteidruckereien haben einen Zusammenhang, der noch nicht beleuchtet worden ist. Einerseits zeigte sich, daß man von der Partei immer Neues verlangt, andererseits aber kommen Klagen über die theuren Preise in Parteidruckereien. Ich empfehle Ihnen, auf die genannten Anträge nicht einzugehen. Wir können Nacht- und Akkordarbeit nicht abschaffen, ohne uns kampfunfähig zu machen. Wir verlangen eine gewisse Opferwilligkeit von den Genossen und so müssen sich die in Parteigeschäften thätigen Personen auch manche Unannehmlichkeiten gefallen lassen. Weil wir in Hamburg mit der Abschaffung der Akkordarbeit üble Erfahrungen gemacht haben, deshalb sind dort alle diese Anträge abgelehnt worden. Dort war der Beschluß gefaßt worden, das „Echo" als Abendblatt erscheinen zu lassen; aber dieser Beschluß ist wieder umgestoßen worden. Was die Akkordarbeit betrifft, so ist das gar keine prinzipielle Frage. Unsere Feindschaft gegen dieses Arbeitssystem besteht nur darin, daß wir die ungehörige Anspornung der Kräfte und die darauf folgende Herabsetzung der Löhne

bekämpfen. Davon kann in Parteigeschäften keine Rede sein; es wird ja dort nach dem Tarif gearbeitet. Es handelt sich darum, ob die Abschaffung der Akkordarbeit praktisch ist. Wir Hamburger haben darin Erfahrungen. Für die Herstellung großer Zeitungen ist die Abschaffung der Akkordarbeit nicht als praktisch anzusehen; wir haben jetzt viel größere Schwierigkeiten in der Herstellung des Blattes; wir haben 6 Setzer mehr, aber diese kosten uns ca. 10 000 Mk. jährlich, und die Frage wäre nicht unberechtigt gewesen, ob man, um die 6 Leute unterzubringen, nicht besser gethan hätten, ihnen die 10 000 Mk. direkt zu geben.

Mit der künstlerischen Ausgestaltung der alljährlich wiederkehrenden Maifestzeitung ist man in Hamburg nicht sonderlich zufrieden gewesen, und das gerade bei jenen Genossen, die darüber ein Urtheil haben. Es ist der Gedanke angeregt worden, den Parteivorstand zu ermahnen und für die künstlerische Ausstattung der Maifestzeitung ein Preisausschreiben zu veranstalten.

Der „Sozialdemokrat" ist leider unhaltbar. Wenn es wahr ist, daß die „Neue Zeit", seitdem sie Wochenschrift ist, nicht mehr auf der wissenschaftlichen Höhe wie früher steht, so liegt das in der Veränderung der Verhältnisse. Zur Zeit des Sozialistengesetzes mußte auch die wissenschaftliche Diskussion einen anderen Charakter haben. Mit dem Wachsen der Partei sind auch die politischen Tagesfragen mehr als früher in den Vordergrund getreten. Im Uebrigen verdient doch die „Neue Zeit" gewiß das Zeugniß, daß sie auf der Höhe der Situation bisher gestanden hat und heute noch steht.

Block-Dortmund beschwert sich darüber, daß in dem gedruckten Bericht nicht verzeichnet ist, welche Summen die früher unterstützten Parteiorgane an die Partei zurückgezahlt haben. Es sei doch wichtig, zu erfahren, ob die Zuschüsse sich rentiren oder ob sie in ein Danaidenfaß fließen.

Gewehr-Elberfeld befürwortet den Antrag 36; die Delegirten müßten Zeit haben, sich eingehend mit dem Bericht zu beschäftigen. Was den Diätenantrag betrifft, so thäten die Antragsteller besser daran, sich einmal mit den Gehältern derjenigen Beamten zu beschäftigen, die weniger als 2000 Mk. beziehen. Die Frage, ob der „Sozialdemokrat" beseitigt werden solle, hänge nicht mit der Umwandlung der „Neue Zeit" zusammen, beide Anträge müßten getrennt behandelt werden. Der Vorstand möge einmal genau prüfen, ob das, was für die „Rheinische Zeitung" geleistet wird, im Einklang mit den Leistungen dieses Blattes steht, damit nicht unnütz Geld verschwendet wird. Ueberhaupt sollen bei solchen Unterstützungsfragen nicht ausschließlich die Genossen des betreffenden Ortes gefragt und gehört werden.

Ein erneuter Antrag auf Schluß der Debatte wird, nachdem Börner-Berlin denselben bekämpft hat, angenommen.

Hülle zieht seinen Antrag auf Kommissionsberathung der Anträge 43 und 44 zurück; er habe damit nur bezweckt, daß der Antrag in der Kommission abgemurkst werde. (Heiterkeit.) Dieser Zweck sei nicht erreicht worden, denn es habe eine lange Diskussion stattgefunden.

Hoch-Berlin nimmt den Antrag wieder auf.

Das Schlußwort wird ertheilt.

Meister verzichtet.

Pfannkuch: Ich habe nur noch Einzelheiten zu berühren. Genosse Gewehr räth der Parteileitung, bei der Unterstützung von Blättern nicht nur die Genossen des Ortes, sondern die des Kreises zu fragen. Das hat der Vorstand stets gethan. Ich finde, Genosse Gewehr sieht in der Unterstützung der „Rheinischen Zeitung" ein klein wenig die Unterstützung eines Konkurrenz-Unternehmens. Die Unterstützung der „Rheinischen Zeitung" erfolgt auf Grund eines Beschlusses des Kölner Parteitages, selbst wenn sie noch höher wäre, müßte sie geleistet werden. Wir haben die Genugthuung, daß die Zu-

schüsse wesentlich zurückgegangen sind und sich, wie uns versichert wird, in nächster Zeit noch wesentlich verringern werden. Füße meinte, daß er die Aufregung der Würzburger Genossen garnicht schildern könne — er selbst war von ihr ergriffen. Nun haben wir gerade im Falle Würzburg in der Umgegend von Würzburg genaue Erkundignngen eingezogen, nicht nur in einem größerem Umkreise, sondern auch in einem Orte mit dem die Würzburger Genossen eng verbunden sind. Es wurde uns hierbei nahe gelegt, unter keinen Umständen die 2000 Mk. zu bewilligen. Bei dieser Sachlage hat der Vorstand sich veranlaßt gesehen, daß Gesuch abzuschlagen. Uebrigens wären die Würzburger Genossen mit 2000 Mk. noch lange nicht über alle Berge gewesen; es mußten neue Verlegenheiten entstehen. Wir als Partei können mit Gewerkschaftsorganisationen auch garnicht in Verbindung treten. Aber davon abgesehen; wenn auch eine Gewerkschaft eine Garantie übernehmen wollte, wer bürgt dafür, daß nicht morgen diese Gewerkschaft in eine Lohnbewegung eintreten muß, in der sie nicht nur ihre Mittel aufbraucht, sondern sogar auf die Solidarität der Genossen angewiesen ist?

Den Wünschen der Dortmunder Genossen werden wir entsprechen. In Dortmund steht das Geschäft jetzt auf der Grundlage, die ihr es ermöglicht, Rückzahlungen zu machen. Leider stehen die Dinge nicht überall so wie in Dortmund, vor allem wohl nicht in Würzburg.

Was die Diätenfrage betrifft, so hat Bebel es dem Einzelnen anheimstellen wollen, wie er sich dazu verhalten will. Er selbst giebt jährlich mehrere Hundert Mark zu, aber Andere sind dazu nicht wie er in der Lage und können auf Diäten nicht verzichten. Wohl aber kann durch die vorliegenden Anträge bewirkt werden, daß vermeintlich sehr reiche Genossen aus Solidaritätsgefühl ebenfalls nicht auf Diäten verzichten. Das giebt zum Nachdenken Anlaß. Im allgemeinen, glaube ich aus der Debatte schließen zu dürfen, sind gegen die Thätigkeit des Vorstandes wesentliche Vorwürfe nicht erhoben worden. Die Frage Auer ist ja schon geregelt, er hat die Gewohnheit, eine Form zu wählen, die manchem nicht genehm ist, aber sein Herz ist gut. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.)

Die nunmehr vorgenommene Abstimmung erziehlt die Annahme des Antrages der Kontrolleure, dem Vorstande Decharge zu ertheilen. Ebenso wird der Antrag 36 angenommen. Die Anträge 43 und 44 sowie die hierzu gestellten Amendements werden abgelehnt.

Antrag 47 wird auf Antrag von Fischer-Berlin den neugewählten Kontrolleuren zur Ausführung und eventuellen Berichterstattung an den nächsten Parteitag überwiesen.

Antrag 48 und Theil II des Antrages 49 werden abgelehnt, Theil I des Antrages 49 mit dem Amendement „möglichst" hinter dem Wort „Parteidrucksachen" angenommen. Dadurch ist Antrag 50 hinfällig. Das Amendement, Antrag 49 einer Kommission zu überweisen, wird abgelehnt.

Zu Antrag 63 hat Oertel-Nürnberg in Folge des oben mitgetheilten Amendements Landé beantragt, die Frage, ob die „Neue Zeit" in eine Monatsschrift verwandelt werden soll, dem Partei-Vorstande zur Erledigung zu überweisen, da ein solcher Beschluß nicht ohne Weiteres gefaßt, sondern erst nach Einvernehmen mit Redaktion und Verlag der „Neuen Zeit" definitiv entschieden werden kann. Da Antrag 63 in der von der Parteileitung gestellten Fassung angenommen wird, zieht Landé sein Amendement zurück, wodurch das Amendement Oertel hinfällig wird.

Antrag 76 wird unter Ablehnung des hierzu vorliegenden Amendements angenommen.

Singer: Ich bitte, im Anschluß hieran noch einige Anträge zu entscheiden, die im Falle ihrer Annahme Kommissions-Berathung nöthig machen.

Die Genossen Berger und Lipinski stellen folgenden Antrag:

In Erwägung, daß in Danzig die Parteistreitigkeiten sich stets mehren, eine Aussicht auf Ruhe in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist, bei eventueller Reichstagswahl eine Doppelkandidatur leicht möglich ist, ferner in Erwägung, daß eine Regelung seitens des Partei-Vorstandes vorgenommen wurde, dieselbe aber vom Vertrauensmann gebrochen ist, eine Kommission einzusetzen, welche diese Angelegenheit prüft, und dem Parteitage geeignete Schritte vorschlägt, welche den Danziger Genossen Ruhe und gedeihliche Entwicklung verschaffen.

Die Genossen Berger-Danzig, Braun-Königsberg und Lipinski-Danzig stellen diese Danziger Zustände als sehr mißliche da. Sie betonen insbesondere, daß durch die Danziger Zustände nicht in Danzig allein, sondern in ganz Westpreußen die politische und gewerkschaftliche Agitation lahm gelegt wird. Nach dieser Darstellung ist Genosse Jochem-Danzig an der ganzen Verwirrung Schuld.

Der Vorschlag, diese Angelegenheit der Mandatsprüfungs-Kommission zu überweisen, wird abgelehnt, die Angelegenheit geht an eine morgen zu wählende Neunerkommission.

Es folgt die Besprechung des Antrages 114 der Genossen Keil, Böhle, Emmel:

In Erwägung, daß Dr. Rüdt kurz nach dem Frankfurter Parteitage in gegnerischen Blättern seinen Austritt aus der Partei öffentlich ankündigte, mit der Motivirung, daß er sich den Beschlüssen des Frankfurter Parteitages nicht füge, daß zwar Dr. Rüdt später wieder in die Partei eintrat, diese widerspruchsvolle Handlungsweise aber eine Herabwürdigung der Partei ist, die sich diese nicht bieten lassen darf, erklärt der Parteitag: Dr. Rüdt hat aufgehört, Parteigenosse zu sein.

Dazu ist ein Amendement von Heidelberger Genossen gestellt worden, die beantragen, daß die badische Angelegenheit hier nicht verhandelt, sondern den badischen Genossen selbst zur Entscheidung überlassen wird.

Keil-Mannheim giebt eine gedrängte Schilderung der Fälle Rüdt und Stegmüller. Dr. Rüdt habe, abgesehen von allem andern, sich den Beschlüssen der Partei nicht gefügt und schon deshalb müsse der vorliegende Antrag angenommen werden. Eine Ueberweisung an eine Kommission sei nicht nöthig, da es sich ja nicht mehr darum handelt, zu prüfen, ob die Gründe richtig sind, sondern nur, ob sie ausreichen.

Geck-Offenbach bekämpft den Antrag, weil man den Angeklagten erst hören müsse.

Emmel-Saarbrücken: Es handelt sich garnicht um eine Verurtheilung; Rüdt hat aufgehört, Parteigenosse zu sein mit dem Augenblick, wo er erklärt hat, sich den Beschlüssen der Partei nicht zu fügen.

Damit schließt die Debatte. Antrag 114 wird mit großer Mehrheit angenommen unter Ablehnung aller übrigen Abänderungsanträge. **Rüdt hat danach aufgehört, Parteigenosse zu sein.**

Eine umfangreiche Beschwerde aus Verden gegen den Partei-Vorstand wird der Neuner-Kommission überwiesen.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Zahlreiche Zustimmungsadressen sind eingetroffen.

Schluß 7 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 8. Oktober 1895. — Vormittags-Sitzung.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt Segitz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Antrick Namens der Mandatprüfungs-Kommission, das Mandat von Dr. Rüdt infolge seines Ausschlusses aus der Partei für erloschen zu erklären.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Die Versammlung tritt sodann in die Tagesordnung ein.

Berichterstattung über die parlamentarische Thätigkeit. In Verbindung damit stehen die Anträge 88—100 und 106 zur Debatte.

Berichterstatter Wurm: Ich kann mich zur Ergänzung des Ihnen gedruckt vorliegenden Berichtes auf wenige Worte beschränken. Die große Frage, die immer wiederkehren wird, so lange wir noch die Minorität bilden, die Frage, ob der Kapitalismus alle Mittel in Bewegung setzen darf, um sich das arbeitende Volk politisch und wirthschaftlich dienstbar zu machen, spielte auch in der letzten Session eine Hauptrolle. Auch der große Kampf gegen die Umsturzvorlage war nur eine Wiederholung der Vorkommnisse von 1878, eine Wiederholung des Beutezuges, den damals der Kapitalismus auf Kosten der arbeitenden Klassen unternommen hatte. Die Gehässigkeit der Gegner zeigte sich in einigen Zwischenfällen. Als wir z. B. den Antrag stellten, daß einer unserer Abgeordneten, gegen den ein Strafverfahren schwebte, während der Dauer der Session seine Rechte als Abgeordneter vollziehen dürfe, da versuchten die Konservativen zum ersten Male, unserem Genossen, der noch garnicht verurtheilt war und auch später garnicht verurtheilt wurde, seine Rechte zu nehmen. Besonders Freiherr von Stumm, der klassischste Vertreter des Großkapitalismus, war der rücksichtsloseste. Er sagte ja: „von einem Kampf mit geistigen Waffen mit Ihnen kann keine Rede sein", und er machte den geistreichen Vorschlag zu folgendem Gesetz: § 1. Den Sozialdemokraten und Anarchisten wird das Wahlrecht entzogen; § 2. Die Agitatoren werden ausgewiesen oder internirt. Auch der Kriegsminister zeigte sich als gewaltiger Gegner; er meinte zwar, daß er es für eine angenehme Pflicht halte, den Kampf gegen uns der Polizei und der Feuerwehr zu überlassen, aber er gab doch deutlich zu verstehen, wie der Militarismus gegen den Sozialismus in einem schneidenden Gegensatze steht. Es zeigt sich immer mehr, daß Engels recht gehabt hat mit den Worten: an unserem gesetzlichen Vorgehen soll das Treiben der Gegner zu Schanden werden.

Bei unseren Anträgen wurden wir nicht durch Gründe, sondern durch die Macht der Majorität besiegt. Durch die Einbringung der Umsturzvorlage sind wir verhindert worden, viele Initiativanträge zu stellen. Im Kampfe gegen uns sind alle Gegner untereinander einig; auch der Freisinn scheidet sich jedesmal kraß von uns, wenn es sich darum handelt, der besitzlosen Klasse Rechte zu gewähren, so auch, als es sich um die Einrichtung von Volksvertretungen in den Bundesstaaten handelte; da konnten sich die Freisinnigen nicht dazu aufschwingen, für die Wahl einer Volksvertretung in Mecklenburg das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu verlangen. Wir haben damals für den Antrag Pachnicke gestimmt und das ist uns von unseren mecklenburgischen Genossen verübelt worden. Wir stimmten für den freisinnigen Antrag Pachnicke, da unser Antrag abgelehnt wurde und wir nunmehr nur, wenn der freisinnige Antrag in zweiter Lesung angenommen wurde, Gelegenheit hatten, in dritter Lesung unsere Forderung des geheimen, gleichen, allgemeinen und direkten Wahlrechts als Unterantrag zur Abstimmung zu bringen. Der Antrag Pachnicke erhielt nicht die Majorität, sonst hätten die Freisinnigen Farbe bekennen müssen.

Alle vom vorigen Parteitag beschlossenen Anträge konnten wir nicht zur

Verhandlung bringen, so weit es möglich war, haben wir es gethan. Die Hauptsache bleibt ja für uns immer, die Meinung der Gegner zu provoziren, und das geschieht am besten da, wo wir die beste Gelegenheit dazu haben, bei der Etatsberathung. Schließlich muß ich noch erwähnen, daß ein Fraktionsmitglied, der einzige Vertreter der Bergarbeiter im Reichstage, im Interesse dieser Arbeitergruppe eine scharfe Kritik an der Ausführung der kaiserlichen Erlasse vom Jahre 1890 geübt hat, eine Kritik, deren Wiedergabe die deutsche Redefreiheit verbietet. Die Uebereinstimmung zwischen Wählern und Fraktion hat sich in den Versammlungen gezeigt, in denen wir den Wählern Rechenschaft über unsere Thätigkeit ablegten. Ebenso in den praktischen Anregungen, die in Gestalt von Anträgen aus der Mitte der Parteigenossen vorliegen und die parlamentarische Thätigkeit der Partei betreffen. Sie zeigen uns, auf welchem Wege wir weiterschreiten müssen zum Wohle der arbeitenden Klasse und der Partei. (Bravo!)

Die mit zur Debatte gestellten Anträge erhalten, mit Ausnahme des Antrages 88, sämmtlich die genügende Unterstützung.

Ebenso wird der folgende, verspätet eingegangene Antrag 118 der Genossen des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow genügend unterstützt:

„Um das verschiedene Verhalten der sozialdemokratischen Abgeordneten bei den Schlußabstimmungen über die Gesammtbudgets in Zukunft zu vermeiden, empfehlen die Genossen des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow dem Parteitage, die sozialdemokratischen Reichstags- und Landtags-Abgeordneten sowie die Gemeindevertreter zu veranlassen, sich bei Schlußabstimmungen über die Annahme oder Verwerfung des Gesammtbudgets der Abstimmung zu enthalten, sofern sie nicht sämmtliche Posten verwerfen."

Antrag 89 findet keine Begründung; ebensowenig die Anträge 90 und 91. Antrag 92 wird von Frau Zetkin-Stuttgart begründet: Wie in politischer, so wird auch in privatrechtlicher Beziehung die Frau als unmündig betrachtet. Die bürgerlichen Frauen haben keine Erklärung hierfür, wohl aber die Sozialisten, die auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung stehen. Sie betrachten die Rechtsbestimmungen nicht als etwas Abstraktes, das als Geist über den Wassern schwebt. Millionen von Frauen sind heute wirthschaftlich nicht mehr abhängig von der Familie und vom Manne, rechtlich aber sind sie abhängig. Das ist ein Anachronismus, der von dem Entwurfe des neuen bürgerlichen Gesetzentwurfes nicht beseitigt ist. Zwei Jahrzehnte lang hat die Kommission an dem Entwurfe gearbeitet, aber es hieße Trauben von den Dornen und Feigen von den Disteln ernten wollen, wenn man von ihr eine freiheitliche und fortschrittliche Regelung des Rechtswesens im verpreußten Deutschland erwartete. Im verpreußten Deutschland, das heißt in einem kapitalistischen Staat, der durch Militarismus und Bureaukratie verböfert ist. Auch das neue bürgerliche Gesetzbuch trägt den veränderten wirthschaftlichen Verhältnissen keine Rechnung. Die Eheschließung, die Ehescheidung, die Stellung der Frau im Güterrecht, die rechtliche Stellung der Mutter zu ihren Kindern, alle die Bestimmungen darüber sind zugeschnitten nach dem Grundsatze: Und er soll dein Herr sein! (Heiterkeit). Dieser Standpunkt verträgt sich nicht mehr mit unseren heutigen wirthschaftlichen Zuständen, in denen Hunderttausende von Frauen ihr eignes Brot essen. Was die Ausdehnung der Frauenarbeit betrifft, so will ich nur an die Thatsache erinnern, die ich den Berichten der Fabrikinspektoren für 1893 entnehme. Hiernach hat sich die Zahl der in der Großindustrie beschäftigten erwachsenen Frauen um 40 187 vermehrt. Tausende von Frauen sind außerdem in der Hausindustrie, im Kleingewerbe, im Handel thätig. Die Loslösung der Frau von der Familie vollzieht sich in immer größerem Umfange, und deshalb muß die Frau auch in privatrechtlicher Beziehung von der Vormundschaft des Mannes losgelöst werden. Eine Reihe

von Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches, die sich auf die Stellung der Frau im Güterrecht beziehen, sind für die Proletarierin praktisch von geringer Bedeutung, weil sie nichts besitzt. Daher ist denn auch beim Proletariat die Gefahr für die Frau nicht so groß, daß der Mann ihr Hunderte und Tausende verhammersteinern kann (Beifall und Heiterkeit), bei dem Proletariat besteht eine andere Gefahr, die Gefahr, daß das Elend den Mann dem Schnapsteufel überliefert, und darunter hat die Frau zu leiden. Deshalb müssen wir auch bei der rechtlichen Regelung der Besitzverhältnisse für die Proletarierfrau entreten. Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist nicht eine spezifisch sozialdemokratische Forderung, sondern nur eine Konsequenz des bürgerlichen Liberalismus', der sich aus Furcht vor dem klassenbewußten Proletariat in Deutschland besonders reaktionär gegenüber der sogenannten Frauenfrage verhält. Während in anderen Ländern Vertreter der verschiedensten Parteien für die Gleichberechtigung der Geschlechter eintreten, ist in Deutschland diese von unserer feigen Bourgeoisie nicht gelöste Aufgabe ebenfalls dem Proletariat zugefallen. Dazu werden wir schon aus eigenem Interesse getrieben, denn die Gleichstellung der Frau auf privatrechtlichem Gebiete ist der este Schritt zur Gleichstellung auf öffentlichem Gebiete. Sind erst die Fesseln in dieser Beziehung gelöst, so ist die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts nur noch eine Frage der Zeit. Dann wird die Frau widerstandsfähiger sein im Kampfe gegen kapitalistische Raubgier, die Kampftüchtigkeit der Arbeiterin wird erhöht.

Was den zweiten Antrag betrifft, so kommt auch in der Stellung der unehelichen Kinder sehr deutlich der Charakter der Klassengesetzgebung zum Ausdruck. In der Bestimmung, daß die Unterhaltspflicht nach den Vermögensverhältnissen der Mutter und nicht nach denen des Vaters geregelt wird, haben wir eine Begünstigung der reichen Wüstlinge, die gelegentlich geruhen, zum Volke herunterzusteigen, wenn das Volk rothe Wangen, hübsche Augen hat und schön gewachsen ist. (Sehr gut!) Darunter leiden daher am meisten die Töchter des Proletariats, nicht etwa, weil sie die Geliebten der Männer geworden sind, sondern weil sie sich den Unterdrückern und Verführern haben preisgeben müssen. Wie viel Elend entsteht aus diesen Verhältnissen! Man braucht nur an die vielen Kindesmorde zu denken. Denken Sie ferner an die hohe Sterblichkeit der außerehelichen Kinder, an die Engelmacherei u. s. w.! Wie sehr unter diesen Zuständen gerade die Proletarierfrau leidet, zeigt unter anderem die Thatsache, daß oft die sogenannten gefallenen Dienstmädchen, an denen meist der Herr oder der Sohn des Hauses das Recht der ersten Nacht geübt hat, in das Lumpenproletariat gestürzt und der Prostitution überliefert werden. Wenn es nun auch selbstverständlich ist, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei der Berathung des bürgerlichen Gesetzbuches in dem Sinne für unsere Anträge eintritt, so ist es doch ein Unterschied, ob sie dies aus eigener Initiative thut oder in Folge des ausdrücklichen Willens der stärksten Partei des Deutschen Reiches. Nehmen Sie also, schon um der Reichstagsfraktion den nöthigen Nachdruck zu verleihen, beide Anträge an! (Lebhafter Beifall).

Antrag 94 begründet Keil-Mannheim: Es ist ein starker Fehler in unserer Sozialgesetzgebung, daß sich die Arbeiter die Einrichtungen zu ihrem Schutze selbst schaffen und selbst auch deren Kosten tragen müssen. Die Vielfältigkeit der Einrichtungen in dieser Beziehung erzeugt Verwirrung; selbst der Jurist kennt sich in den vielerlei Bestimmungen nicht mehr aus. Hoffentlich erlangen wir wenigstens einen Theil dessen, was wir verlangen; es wird auch der Agitation dienen.

Thomas-Rixdorf spricht zur Begründung des Antrages 95: Die Rixdorfer Genossen ziehen den 2. Theil dieses Antrages zurück; es handelt

sich also nur um die Herabsetzung der Karenzzeit von 70 auf 60 Jahre. Die Berechtigung dieses Antrages ist klar; in Staatsbetrieben werden Arbeiter über 40 Jahre nicht eingestellt, der private Unternehmer aber will von alten Arbeitern überhaupt nichts wissen. Uebrigens erreichen ja nur die wenigsten Arbeiter ein Alter von 70 Jahren.

Rohrlack-Berlin begründet in längerer Rede den Antrag 96. Es handelt sich um eine von Gewerkschafts- und Parteipressen stets vertretene Forderung; bereits 4 Parteitage haben zustimmende Beschlüsse gefaßt. Aber die Durchführung scheitert, weil die Materie den Landes-Regierungen zur Durchführung untersteht. Deshalb muß durch Aenderung der Gewerbeordnung die Angelegenheit zur Reichssache gemacht worden. Erweiterung der Befugnisse der Aufsichtsbeamte, Ausdehnung des Arbeiterschutzes, Vermehrung der Fabrikinspektoren, Einstellung von weiblichen Inspektoren und Wahl durch die Arbeiterschaft sowie Veröffentlichung der unverkürzten Originalberichte der Inspektoren und regelmäßige statistische Aufnahme — diese Forderungen des Antrags erheischen dringend unverzügliche Verwirklichung. Das Referat des Genossen Timm wird eine treffliche Illustration der Dinge liefern, die Anlaß dazu gegeben haben, die in Antrag 96 steckenden Zusätze zur Gewerbe-Ordnung aufzustellen.

Stadthagen-Berlin begründet unter Hinweis auf frühere Parteitagsverhandlungen kurz den Antrag 97.

Antrag 98 wird von Thiele-Halle begründet. Wenn der Antrag angenommen wird, braucht sich Genosse Singer noch lange keine Eskarpins anmessen zu lassen. (Heiterkeit.)

Antrag 99 wird nicht begründet.

Antrag 100 begründet Martikke-Hamburg. In Hamburg beschäftigt kein Unternehmer einen Arbeiter, für den er das Ortskrankenkassengeld bezahlen muß. Mancher Arbeiter, der arbeitslos war, hat das Letzte versetzen müssen, um das Eintrittsgeld in eine freie Hilfskasse aufzubringen. Um diesem Mißstand abzuhelfen und die Unternehmer — besonders die Hamburger — zu zwingen, an den Kosten der Versicherung theilzunehmen, ist der Antrag von dem Genossen Wohlers in Hamburg eingebracht worden. Es ist zu überlegen, ob man ihm folgen soll, da er hauptsächlich nur durch die Hamburger Zustände veranlaßt ist.

Antrag 106 begründet Gehr-Bremerhaven: Die von uns verlangte Statistik wird am besten die schwere Ueberarbeit zeigen, der die Seeleute in ihrem anstrengenden Beruf ausgesetzt sind. Vom Reichsamt des Innern wird bekanntlich ein Handbuch für die deutsche Handels-Marine herausgegeben. Trotz seines amtlichen Charakters sind die Angaben des Buches unrichtig. Schiffe, die 65 Mann Besatzung haben sollten, haben faktisch nur 35, Schiffe mit angeblich 107 Mann haben nur 71, Schiffe mit angeblich 115 gar nur 77 Mann Besatzung gehabt. Dabei reicht die vorgeschriebene Besatzung, die die Schiffe haben sollten, kaum hin, um die Arbeiten ordnungsmäßig zu verrichten. Die Folge davon ist, daß es bei Unglücksfällen an Händen, vor allem an geübten Händen fehlt, um das Leben von Hunderten zu schützen. Wir brauchen dringend eine Statistik über die thatsächliche Besatzung der Schiffe. Die Ausbeutung der deutschen Seeleute ist genau so groß, wenn nicht noch größer wie in anderen Ländern. Infolge der Ueberarbeit, der schlechten Kost und der schlechten Behandlung rücken zahlreiche deutsche Seeleute in New-York aus. Um die leeren Stellen zu besetzen, werden Leute in Amerika angemustert, die keine Ahnung von der Seefahrt haben und der Arbeit, die zum Theil in einer Temperatur von 56—60 Grad Celsius verrichtet werden muß, nicht gewachsen sind. Wenn sie nicht arbeiten können, sind grausame Mißhandlungen ihr Loos, so daß sie den Tod in den Wellen suchen. Wenn der Arzt des

Schiffes gewissenhaft sein und die Leute krank schreiben wollte, würde er seine Stellung sofort verlieren. Auch die Heizer und Kohlenzieher betheiligen sich an den Mißhandlungen, weil sie ja die Arbeit des schwach werdenden Mannes mit verrichten müssen. Die Frage der Behandlung der Seeleute muß im Reichstage immer und immer wieder angeschnitten werden. Wir hofften, daß schon in der vorigen Session die von den Bremerhavener und Hamburger Seeleuten in Verbindung mit der Fraktion ausgearbeitete Seemanns-Ordnung zur Verhandlung gelangen würde. So gut wie der Bergmann muß auch der Seemann besonders geschützt werden.

Zur Geschäftsordnung begründet Timm-Berlin seinen Antrag, zunächst den Bericht über die parlamentarische Thätigkeit zu erledigen und sodann die eingegangenen Anträge der Reihe nach zu diskutiren.

Der Antrag wird ohne weitere Debatte angenommen. Es findet also zunächst die Besprechung des Berichts über die parlamentarische Thätigkeit statt.

Groth-Rostock: Unser Antrag im Reichstage, daß in jedem deutschen Staate eine Volksvertretung bestehen sollte, die aus gleichen direkten Wahlen hervorgegangen ist, wurde seiner Zeit zusammen mit dem Antrag Pachnicke debattirt, daß in jedem deutschen Staate eine aus Wahlen hervorgegangene Vertretung bestehen sollte. Wir Mecklenburger waren durch die Erklärung des Abgeordneten Pachnicke, daß die sozialdemokratische Fraktion für seinen Antrag stimmen würde, sehr beunruhigt. Wir sagten uns, es kann doch gar nicht unsere Aufgabe sein, die Liberalen zu unterstützen, damit sie dann gemeinsam mit den Junkern ihre Interessen gegen uns vertreten. Wir müssen doch den Liberalen begreiflich machen, daß sie nimmermehr einen Antheil an der Regierung Mecklenburgs erhalten werden, wenn sie nicht mit uns dem allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechte zum Siege verhelfen. In der Rostocker Versammlung, in der Pachnicke sprach, sollte in einer Resolution die Zustimmung zur liberalen Volksvertretungsbewegung zum Ausdruck gebracht werden. Da stellten wir den Unterantrag, in dem die Anerkennung des allgemeinen gleichen Wahlrechts ausgesprochen war. Pachnicke persönlich war damit einverstanden, aber seine liberalen Freunde ließen ihn im Stich; nur wenige von ihnen unterstützten unseren Unterantrag. Man will eben das preußische Dreiklassenwahlsystem. Dazu aber den Liberalen zu verhelfen, haben wir nicht den mindesten Anlaß.

Frau Lutz-Berlin: Die Ausführungen des Genossen Wurm bezogen sich nur auf die männlichen Proletarier. Auch die Fraktion ist im Reichstage nicht mit genügender Energie für die Gewährung des Wahlrechts an die Frauen eingetreten. Im Uebrigen sei sie mit der Fraktionsthätigkeit einverstanden. Wir müssen immer wieder darauf hinweisen, daß die Ausbeutung der weiblichen Arbeiter vielfach eine noch größere sei, als die der männlichen. Sie beruft sich dafür auf einen größeren Artikel eines medizinischen Fachblattes.

Hiermit schließt die Debatte. In seinem Schlußwort stellt

Wurm fest, daß die Thätigkeit der Fraktion nicht bemängelt ist, und verspricht im Sinne der hier vorgebrachten Wünsche fernerhin im Reichstage zu wirken. Redner begründet ferner seinen Antrag, den gedruckten Bericht über die parlamentarische Thätigkeit spätestens 4 Wochen nach Schluß jeder Session zu veröffentlichen. Technisch sei dies leicht durchführbar, der praktische Werth liege auf der Hand. Unsere Parteiorgane sind ja bemüht, gute Parlamentsberichte zu bringen und dadurch agitatorisch zu wirken. Noch mehr wird das durch Annahme meines Antrages der Fall sein. Der einzige Grund dagegen wäre der Umstand, daß wir die endgiltige Zusammenstellung des Etats nicht vor Mitte September bringen können. Aber hier läßt sich schon ein Ausweg finden. Wir müssen den Bericht agitatorisch verwerthen. Dem arbeitenden Volke wird sein Recht nur dann zu Theil, wenn man es fürchtet, und man fürchtet es, wenn es klassenbewußt und organisirt ist. (Beifall.)

Der Antrag Wurm wird ohne Debatte angenommen.

Antrag 118 der Genossen aus Beeskow-Storkow wird zur Debatte gestellt. Zur Begründung dieses Antrages spricht Görke-Charlottenburg. Es ist bedauerlich, daß überhaupt ein solcher Antrag gestellt werden mußte; der Antragsteller ist davon ausgegangen, daß der Parteitag als höchste Instanz sich darüber aussprechen soll, wie die Fraktionsgenossen bei Gesammtabstimmungen über die Budgets sich verhalten sollen. Nicht in letzter Linie richtet sich der Antrag gegen die Gemeindevertreter, die in dieser Beziehung oft grobe Fehler machen. Denn nicht selten wählen die Genossen als Gemeindevertreter Leute, die Hausbesitzer sind — das ist zu ihrer Wahl erforderlich —, die aber oft sich gegen die Prinzipien vergehen.

Gegen den Antrag spricht Bebel: Dieser Antrag ist unannehmbar. Er muthet der Partei etwas zu, was gegenüber der gegenwärtigen Taktik einen Rückschritt bedeutet. Weder in Gemeindevertretungen, noch in Landesvertretungen ist es vorgekommen, daß die Vertreter unserer Partei gegen sämmtliche Budgetposten gestimmt haben. Wenn unsere Genossen sich bei der Schlußabstimmung über das Budget der Abstimmung enthalten, dann erklären sie sich für unfähig, ein Urtheil abzugeben. Wir im Reichstage haben bisher immer gegen das Budget gestimmt und damit unserer Stellung gegen den heutigen Staat klaren Ausdruck gegeben. Wie ich zu der Sache stehe, wissen Sie aus den vorjährigen Frankfurter Verhandlungen. Hier liegt ein unmöglicher Antrag vor, besonders angesichts der Thatsache, daß diejenigen, die damals in die Debatte verflochten waren, durch ihre Landtagsthätigkeit am Erscheinen verhindert sind. Ich bitte Sie daher, den Antrag abzulehnen.

Der Antrag 118 wird einstimmig abgelehnt. (Große Heiterkeit.)

Zu einer Mittheilung erhält Singer das Wort: Die hiesige Polizeibehörde hat dem Genossen Ellenbogen von Wien die Ehre erwiesen, ihn als „lästigen Ausländer" zu betrachten. (Zurufe.) Er ist ausgewiesen worden und zwar, wie mir mitgetheilt wird, aus dem Grunde, weil er die internationale Sozialdemokratie hat hochleben lassen und weil er angeblich keine Legitimationspapiere hat. (Heiterkeit.) Genosse Ellenbogen hat mich beauftragt, dem Parteitage seine Abschiedsgrüße zu überbringen. Wir unsererseits können der Breslauer Polizeibehörde nicht verwehren, sich in den Augen der Welt zu diskreditiren. (Sehr richtig!) Wir wollen aber Protest dagegen erheben, daß die Verhandlungen dieses Parteitages durch die Ausweisung eines Genossen gestört werden. Wir wissen, daß die österreichischen Genossen auch ohne die Anwesenheit ihres Vertreters im Geiste bei uns weilen. Die internationale Sozialdemokratie kann durch Polizeimaßregeln nicht beseitigt werden. (Lebhafter Beifall.) Indem ich dem Parteitage Kenntniß von dieser Thatsache gebe, bin ich sicher, daß der Parteitag sich dem Sinne meiner Ausführungen anschließt und mit mir dem scheidenden Genossen unsere Grüße an die österreichische Partei übermittelt und ihn ersucht, den österreichischen Genossen die Versicherung zu geben, daß wir nach wie vor Schulter an Schulter mit ihnen in dem internationalen Kampfe für die Befreiung des Proletariats stehen werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Die Anträge 89—100 und 106 werden einzeln zur Debatte gestellt.

Antrag 89 wird angenommen.

Zu Antrag 90 spricht Bebel; er beantragt, daß im Antrag 90 die Forderung des Minimallohnes vom übrigen Antrage getrennt werde. Er beantragt ferner, bei jedem Antrage zugleich darüber abzustimmen, ob er der Reichstagsfraktion überwiesen werden soll oder nicht.

Der Theil des Antrages 90, der die Forderung eines Minimallohnes enthält, wird abgelehnt; im übrigen wird der Antrag 90 angenommen und der Reichstagsfraktion zur Berücksichtigung überwiesen.

Zu Antrag 91 spricht Görke-Charlottenburg: Da wir Delegirte Gegner des Antrages waren und kein gebundenes Mandat haben, können wir auf jede Diskussion verzichten und ihn ablehnen.

Auf Antrag Bebel's wird der Antrag durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Frau Rohrlack (zu Antrag 92): Die Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches sind von großer Bedeutung für die Proletarierin. Darauf hat schon Frau Zetkin mit großem Nachdruck aufmerksam gemacht. Ich will nur noch auf eins hinweisen. Nach dem Entwurfe sollen die Alimente für uneheliche Kinder nach der sozialen Stellung der Frau bezahlt werden und nicht nach dem Vermögen des Mannes, der sich an ihr vergangen hat. Ebenso sind die unehelichen Kinder in den Bestimmungen über das Erbrecht benachtheiligt. Ich halte es für angebracht, daß die Genossen Versammlungen für die Arbeiterinnen veranstalten, sobald das bürgerliche Gesetzbuch das Parlament beschäftigt, damit sie über die Wichtigkeit des Gegenstandes aufgeklärt werden.

Antrag 92 wird der Reichstags-Fraktion einstimmig zur Berücksichtigung überwiesen.

Zu Antrag 93 bemerkt Frau Lutz, daß bei Annahme dieses Antrages die freien Hilfskassen nicht genügend berücksichtigt werden.

Stadthagen: Für die Heimarbeiter, die nur für einen einzigen Arbeitgeber arbeiten, ist durch Beschluß des Reichsversicherungsamtes und des Oberverwaltungsgerichts für ganz Deutschland entschieden worden, daß sie der Krankenversicherung unterliegen. Gegen die Annahme des vorliegenden Antrages habe ich nichts, er sagt ja wesentlich dasselbe, was die Fraktion stets gewollt hat.

Antrag 93 wird der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen.

Antrag 94 befürwortet Frohme: Der Antrag will die Vereinheitlichung der Versicherung. Auf diesem Standpunkt hat die Fraktion immer gestanden. Wenn er nicht schärfer betont wurde, als geschehen, so lag es an den Umständen. Inzwischen hat sich die Erkenntniß von der Nothwendigkeit der Vereinheitlichung auch in Regierungskreisen und andern Parteien Bahn gebrochen. Dabei wird auch die Frage der Fortexistenz der freien Hilfskassen aufgerollt werden müssen. Ich stehe nicht an zu erklären, daß die freien Hilfskassen eine Anomalie sind, die auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann. Wir wissen, was die freien Hilfskassen uns gewesen sind und was sie uns unter gegebenen Umständen sein können. Das darf uns aber in unserem Urtheil nicht berühren. Jedenfalls ist die Frage brennend und kann nicht übergangen werden.

Keil-Mannheim stellt folgendes Amendement: „Die Kosten der Versicherung sind aufzubringen durch eine stufenweis steigende Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer aller Staatsangehörigen."

Stadthagen: Ich bitte das Amendement abzulehnen, da ich nicht willens bin, der Unternehmerklasse das zu schenken, was sie sich theilweise schon geraubt hat. Die Kosten seines Betriebs hat der Unternehmer selbst zu tragen. Wenn ihm eine Maschine zerbricht, so muß er den Schaden tragen, und ebenso hat er auch den Schaden zu tragen, der ihn durch Schädigung der Arbeitskraft einer menschlichen Maschine erwächst. Wir sollten nicht die Hand dazu bieten, daß der Unternehmer die Kosten auf die Arbeiter abwälzt.

Grünwaldt-Hamburg: Im Interesse der Arbeiter ist eine größere Einheitlichkeit in der sozialen Gesetzgebung dringend zu wünschen. Andererseits liegt dann allerdings die Gefahr nahe, daß der Arbeiter durch die Vereinigung nichts erzielt, daß dann im Gegentheil noch ein größerer Bureaukratismus obwaltet. Wenn der Antrag der Fraktion überwiesen wird, so muß

auch ausgesprochen werden, daß die arbeiterfeindlichen Bestimmungen ausgemerzt werden. Gegen das Amendement werde ich stimmen, den Antrag selbst nehme ich an.

Damit schließt die Debatte.

Das Amendement wird abgelehnt, Antrag 94 wird der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen.

Zu Antrag 95 bemerkt Molkenbuhr, daß die größte Schwäche der Alters- und Invaliditätsversicherung darin liege, daß die Altersgrenze von den Industriearbeitern so gut wie garnicht erreicht werden kann; daß die in Antrag 95 geforderte Statistik schon längst eingerichtet sei und deshalb nicht noch gefordert werden könne.

Dieser Passus von der Statistik wird zurückgezogen.

Frau Lutz beantragt, die Forderung nach der Erhöhung der Rente in den Antrag 95 aufzunehmen.

Thierbach nimmt den zweiten Theil des Antrages 95 wieder auf und behandelt in längeren Ausführungen die Schäden, die durch den modernen Bauschwindel in großen Städten, besonders in Berlin, durch das Strohmännersystem u. s. w. die Arbeiter und Handwerker erleiden. Auf diese beziehe sich im besonderen dieser 2. Theil des Antrages 95.

Grünwaldt-Hamburg: Der Antrag 95 ist nicht weit genug; auf dem vorigen Parteitage wurde ein weitgehender und besserer Antrag angenommen.

Stadthagen: Es ist irrthümlich, daß wir dem Bauschwindel durch durch die Durchsetzung der in Antrag 95 enthaltenen Forderung entgegentreten könnten. Der hier eingeschlagene Weg ist nicht gangbar. Durch die Gewerbegerichte haben wir eine ganze Anzahl Bauschwindler fassen können, und doch blüht der Bauschwindel nach wie vor.

Dr. Arons-Berlin beantragt, den zweiten Theil des Antrages 95 durch die Worte zu ersetzen: „Bei dem Kauf eines bebauten Grundstückes sind die beim Bau betheiligt gewesenen Lieferanten, Handwerker und Arbeiter für die bis dato gelieferten Materialien und gelieferte Arbeit in baar zu bezahlen. Die genannten Forderungen haben den Vorrang vor jeder Hypothek".

Boerner-Berlin hält den Antrag für überflüssig, da bereits auf dem vorjährigen Parteitage ein Antrag gleichen Inhalts angenommen ist.

Infolge dessen ziehen Dr. Arons und Thierbach ihre Anträge zurück. Damit ist Antrag 95 erledigt.

Zu Antrag 96 bemerkt Stolten-Hamburg, daß die Form eine schlechte sei, wenn man sich auch mit dem Inhalt einverstanden erklären kann. Er beantragt deshalb, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, eine dem Sinne des Antrages Rohrlack möglichst gerecht werdende Reorganisation der Gewerbeaufsicht zu beantragen.

Rohrlack beantragt, in seinem Antrage vor das Wort „folgende" das Wort „etwa" zu setzen.

Quarck-Nassau: Der Antrag Rohrlack ist gut gemeint, aber er leidet daran, daß zu viel in ihm enthalten ist. Ueberweisen Sie ihn der Fraktion einfach zur Berücksichtigung! Die Wichtigkeit der Fabrikinspektion wird ja auch von den herrschenden Klassen immer mehr anerkannt.

Der Antrag Stolten wird der der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen, wodurch der Antrag Rohrlack hinfällig wird.

Antrag 97 befürwortet Förster-Hamburg mit dem Hinweis, daß dadurch einer großen Anzahl Männern das Wahlrecht gesichert werde, das sie heute nicht haben.

Antrag 97 wird der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen.

Im Antrag 98 ist das Wort „einnimmt" durch „beansprucht" ersetzt worden.

Wurm erklärt sich gegen den Antrag 98: Mit der Annahme dieses Antrages kommen wir keinen Schritt weiter. Als wir Genossen Fischer zum Schriftführer vorschlugen, stimmten ganze 16 Abgeordnete anderer Parteien dafür. Ob wir solche Demonstrationen, wie die damalige, wiederholen sollen, muß fraglich sein; wir würden uns nur wieder von neuem bescheinigen lassen, daß wir mit den andern Parteien nun einmal nichts gemein haben.

Der Antrag erledigt sich durch Uebergang zur Tagesordnung.

Antrag 99 wird der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen.

Zu Antrag 100 spricht Schneider-Berlin: Unsere heutige Krankenversicherung ist so mangelhaft, daß, wenn wir den Antrag annehmen und dann infolge davon die freien Hilfskassen von der Bildfläche verschwinden, ein Theil der Genossen noch weiter ins Elend kommt. Die 13 Wochen lang gezahlten Unterstützungen sind so dürftig, daß eine Familie davon unmöglich leben kann. Der Arbeiter fällt nach 13 Wochen der Armenpflege anheim und verliert seine bürgerlichen Ehrenrechte. Lassen Sie die freien Hilfskassen bestehen, die jetzt dazu dienen, den Arbeitern einen Zuschuß zu gewähren.

Der Antrag wird erledigt durch Uebergang zur Tagesordnung.

Zu Antrag 106 bemerkt Gehr-Bremerhaven, daß er nicht der Fraktion zur Beachtung überwiesen werden, sondern daß die Fraktion geradezu beauftragt werden soll, sich dieses Antrages anzunehmen.

Nach einer Ermahnung, die Jöst-Heidelberg an die Fraktion richtet und worin er tadelt, daß sie sich zu wenig um die Seeleute gekümmert habe, weist

Stadthagen diese Angriffe zurück: Seit Jahren hat sich die Fraktion mit dieser Sache beschäftigt. Erst in der letzten Session haben wir über die Binnenschifffahrt viel unterhandelt und in dem vorgelegten Gesetzentwurfe manche Verbesserungen angebracht. Wir werden uns auch ferner der Seeleute annehmen.

Nachdem noch Metzger-Hamburg sich den Ausführungen Stadthagen's angeschlossen hat, bemerkt

Schwartz-Lübeck, daß gerade er es gewesen, der für die Seeleute thätig war; die gehörten Vorwürfe seien völlig unbegründet.

Molkenbuhr: Durch Annahme des Antrages wird noch keine Revision der Seemannsordnung geschaffen, es wird nur eine Statistik verlangt, die übersichtlicher ist als die jetzige. Das, was hier verlangt wird, ist aber durch die Statistik sehr schwer auszudrücken. Der Antrag in seinem jetzigen Wortlaut hat keinen praktischen Werth.

Gehr: Der praktische Werth des Antrages liegt darin, daß statistisch die mangelhafte Besatzung der Schiffe nachgewiesen werden soll, damit endlich Abhilfe geschaffen wird.

Nach weiteren kurzen Bemerkungen von Wurm, Metzger, Gehr, Molkenbuhr und Jöst schließt die Debatte. Der Antrag 106 wird der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen.

Inzwischen ist nachstehender Antrag Kimmel-Hamburg eingegangen:

„Die Fraktion zu beauftragen, im Reichstage dahin zu wirken, daß alle in Gärtnereien beschäftigten Personen der Gewerbeordnung und mithin auch dem Gewerbegericht unterstellt werden."

Nach einer kurzen Begründung durch den Antragsteller wird der Antrag Kimmel der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen.

Punkt 3 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Es sind eine Reihe von Telegrammen und Zuschriften eingegangen, die vom Vorsitzenden zur Kenntniß der Versammlung gebracht werden.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

3¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Namens der Mandatsprüfungskommission theilt Antrick-Berlin mit, daß Goebel-Mainz gestern in öffentlicher Versammlung einstimmig zum Delegirten gewählt worden ist. Sein Mandat ist demnach giltig. Gleichzeitig bittet die Mandatskommission, daß im Protokoll vermerkt werde: in Zukunft sind die Delegirten nicht mehr in Vereins-Versammlungen zu wählen. Der Partei-Vorstand möge außerdem bei Einberufung des nächsten Parteitages ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen.

Kloß-Stuttgart: Der eben gemachte Vorschlag dürfte für die weitesten Kreise zutreffen, nicht aber für Württemberg. Unsere Wahlen finden nur statt in geschlossenen Versammlungen von denjenigen, die als Mitglieder der Partei bekannt sind und ihre Schuldigkeit der Partei gegenüber gethan haben. Wenn wir in öffentlicher Versammlung wählen, so laufen wir Gefahr, daß sich Personen daran betheiligen, die wir nicht als Parteigenossen anerkennen können. Ich kann mich deshalb nicht für den Antrag der Mandatsprüfungskommission erklären.

Auer: Es handelt sich hier um einen allgemeinen deutschen, nicht um einen württembergischen Parteitag und da müssen die Württemberger sich nach den vereinsgesetzlichen Verhältnissen im übrigen Deutschland richten. Was die Genossen im übrigen Deutschland können, müssen die Schwaben doch auch fertig bekommen. (Heiterkeit.) Wenn wir die Bestimmungen der Vereinsgesetze nicht sehr korrekt innehalten, so kann uns wieder passiren, was uns schon einmal passirt ist, daß nämlich die Partei als Verein erklärt wird. Wir wollen nichts thun, wodurch wir Material für die Auflösung bieten. Das aber würde der Fall sein, wenn wir den Vorschlag von Kloß befolgen.

David-Gießen: In unserem Organisationsstatut steht nicht, daß die Delegirten in öffentlicher Versammlung gewählt werden müssen. Sind unsere hessischen Kreiskonferenzen öffentliche Versammlungen oder nicht?

Nach einem Schlußwort Antricks' wird der Vorschlag der Mandatsprüfungskommission angenommen. Delegirte dürfen künftig nicht in Vereinsversammlungen gewählt werden. Das Mandat Goebel's wird für giltig erklärt.

Vor der Tagesordnung theilt Bruhns Namens des Lokalkomités mit, daß aus der Mitte der Delegirten der Wunsch hervorgegangen ist, die Gräber unserer hier begrabenen Genossen zu besuchen. Das Komité schlägt vor, morgen die Vormittagssitzung bis um 2 Uhr auszudehnen und nach dem Mittagessen einen Spaziergang in zwanglosen Gruppen zu den Gräbern unserer Toten zu veranstalten.

Timm-Berlin ist der Ansicht, daß man morgen Nachmittag die Arbeit nicht aussetzen könne, da wir noch zu viel zu erledigen haben.

Es wird beschlossen, morgen die Nachmittagssitzung ausfallen zu lassen und den vom Lokalkomité angeregten Spaziergang zu veranstalten.

Singer theilt mit: An den Genossen, der das Arrangement des für morgen Abend in Aussicht gestellten Kommerses zu Ehren der Delegirten in der Hand hatte, ist von der Polizei der Bescheid ergangen, daß die Abhaltung des Kommerses genehmigt ist, aber nur unter der Bedingung, daß das Absingen des Liedes „Das höchste Gut", der Vortrag des Prologgedichtes „Seid gegrüßt, ihr frohen Freunde" u. a. unterbleibe. (Heiterkeit.) Als ich das hörte, da hatte ich das Gefühl, als ob wir uns in Vordersibirien befänden. (Heiterkeit.) Ich mache den Vorschlag, daß wir den Breslauer Genossen für die gehabte Mühe und für ihre gute Absicht, uns einen frohen Abend zu bereiten, unseren Dank aussprechen, aber angesichts dieses polizeilichen Verlangens auf den Kommers verzichten. Wir wollen unsere Feste nicht in Anwesenheit der Polizei feiern und uns von ihr nicht bevormunden lassen. (Sehr richtig!)

Der Parteitag stimmt diesem Vorschlage zu.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Zur Verhandlung steht Punkt 4: **Die Vorschläge der Agrarkommission zum Parteiprogramm.***) Verhandelt werden dabei die Anträge 9², 18—31, 103, 110.

Auf Vorschlag Singer's wird die Beschränkung der Redezeit für die Verhandlung dieses Punktes außer Kraft gesetzt. Das Wort erhält auf Anregung Molkenbuhr's in der Diskussion abwechselnd ein Redner für und ein Redner gegen die Vorschläge. Zunächst soll eine Generaldebatte stattfinden.

Berichterstatter der Agrarkommission Dr. Quarck: Das Interesse an der Frage nach der besten Landagitation ist in der Partei ein außerordentlich hohes. Wir in der Agrarkommission sind natürlich nicht so blind, daß wir nicht auch den „Dolch im Gewande" sähen, den Mancher bei diesem Vorwärtsdrängen schon meuchlerisch hat blitzen lassen. Aber Agrarier wie wir nun einmal sind, ist es für uns in der Kommission doch schon eine rechte Genugthuung, zu sehen, daß wir im Eifer für die Sache einig gehen. Und das gehört sich auch so für die deutsche Sozialdemokratie. Sehen Sie doch nur, mit welcher Aengstlichkeit sich unsere geschworenen Feinde, die echten Agrarier, um das Landprogramm herumdrücken seit seiner Veröffentlichung. Nur der deutsche Landwirthschaftsrath, die Spitze aller Agrarierorganisationen Deutschlands, hat in seiner Sitzung vom 8. März d. J. sehr ernsthaft unserer Agrarkommission gedacht und ausgesprochen, daß er nunmehr in eine „vielseitige und gründliche" Prüfung der Landarbeiterfrage eintreten müsse. Es stimmt also nicht, daß sich die Kapitalisten mit Ar und Halm über unsere Thätigkeit im Ernst freuten, weil wir ihnen in die Hände arbeiteten, wie manche Genossen behaupten. Nein, unseren Gegnern wurde recht unheimlich zu Muthe. Noch nie sind soviel Anläufe zu „Reformen" auf allen bürgerlichen Seiten für den kleinen Mann auf dem Lande gemacht worden, als seit unserm Frankfurter Parteitage. Und weiter: Wenn uns auch die politische Reaktion gerade in der letzten Zeit immer finsterer droht, wir haben eine kleine Probe davon ja erst heute erlebt, auch daran trägt meines Erachtens unser neuerliches Hinüberdringen auf das Gebiet der ländlichen Machthaber ihr gutgemessen Theil. Was jedoch unsern Gegnern ein Gegenstand des Schreckens war, bei uns im eigenen Lager war es Gegenstand lebhaftester und ungenirtester Kritik. Ein Glück, daß wir ihrer fünfzehn in die Agrarkommission gewählt wurden. Die gesammte Rückenfläche, die wir fünfzehn den kritischen Hieben unserer Genossen bieten konnten, war eine sehr ansehnliche Breite, wenn sich auch einige Schmale und ein nicht gerade sehr Standhafter unter uns befanden. Sachlich war die Aufgabe der Agrarkommission äußerst schwierig. Und doch blieb die Kommission ein schlecht behandeltes Adoptivkind für die Genossen. Die Berliner November- und Dezember-Versammlungen, in denen so wie anderswo uns eine Art Schwindsuchtsbazillus einzuimpfen versucht wurde, zeigten das. Andererseits erweckte der erste Schritt von der Theorie zur Praxis in Frankfurt allzu lebhafte Hoffnungen.

Bekanntlich hat sich die Kommission am 10. und 11. Februar d. J. in drei Unterausschüsse getheilt. Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über die Methode und das Ziel unserer Arbeiten haben nie bestanden. Nie ist eine Minorität von den Anderen majorisirt worden. Wir haben stets die Mittellinie gesucht und kein Mitglied hat ein Opfer des Intellektes bringen müssen, um die Einigkeit zu wahren. Wer allerdings seine Meinung für sich behielt, konnte nicht widerlegt werden; wir sollten aber doch auch nicht Obstruktionspolitik treiben. Ich schicke dies voraus, weil in der letzten Zeit in Parteiblättern falsche Darstellungen davon gegeben worden sind.

---

*) In einem Anhang bringen wir die der Diskussion zu Grunde liegenden Entwürfe und Vorschläge der Agrarkommission im Wortlaut zum Abdruck.

Im einzelnen führten die Verhandlungen vom 10. und 11. Februar nach einer Generaldiskussion zur Festsetzung der beiden Aufgaben: 1. Sammlung des bereits vorhandenen, event. neuen Materials, 2. Entwurf von Ergänzungsvorschlägen zum Programm. Daß diese Beschlüsse gefaßt waren, wurde sofort im „Vorwärts" vom 12. Februar kundgegeben. Es konnte also keins der Mitglieder davon „überrascht" sein, daß die Unterausschüsse nach den Beschlüssen der ersten Sitzung Ergänzungsvorschläge zum Programm ausarbeiteten.

Bebel, Liebknecht, Molkenbuhr, Schippel und Schoenlank bildeten den Unterausschuß für Norddeutschland; Bock, Hug, Katzenstein, Schulze und ich für Mitteldeutschland; Baßler, Birk, David, Geck und Vollmar den für Süddeutschland. Wir glaubten damit nicht nur geographisch, sondern auch sachlich abzutheilen: der norddeutsche Ausschuß hatte Ostelbien als Gegend mit vorwiegendem Großgrundbesitz zu bearbeiten, der mitteldeutsche Sachsen, Thüringen, Oldenburg, Braunschweig, Westfalen, Hannover mit mittelbäuerlichem Besitz, der süddeutsche wurde namentlich auf das Studium des zersplitterten Kleingrundbesitzes hingewiesen. Die Verbindung zwischen den Unterausschüssen sollte ich als Sekretär der Kommission aufrecht erhalten. Ich habe in dieser Frage über 100 Schriftstücke versandt, eine Bibliothek landwirthschaftlicher Literatur zusammengestellt und den Mitgliedern auf Wunsch übersandt. Die erste Separatsitzung hielt der süddeutsche Ausschuß am 21. und 22. Mai in Mainz unter Hinzuziehung von noch sechs Genossen, denen sämmtliche Materialien zugänglich gemacht wurden. In zweitägiger Verhandlung wurde der süddeutsche Programmentwurf angenommen und ein Fragebogen zur Erforschung der sozialen Verhältnisse typischer Landgemeinden formulirt. Von etwa 800 ausgegebenen Fragebogen wurden bis August dieses Jahres 250 aus 250 Gemeinden beantwortet. Ueber das Ergebniß derselben wird Genosse David berichten. Der mitteldeutsche Ausschuß erließ im Februar Aufrufe in den benachbarten Parteiblättern mit der Bitte, alles Material über ländliche Verhältnisse einzuschicken. Es liefen einige Briefe und ländliche Arbeitsverträge ein. Am 12. Mai trat er zu einer Sitzung in Gotha zusammen, zu der noch acht Sachverständige zugezogen waren. Die Vornahme einer Enquete wurde abgelehnt, dagegen ein Programmentwurf eingehend berathen und in der Ihnen bekannten Weise formulirt. Der norddeutsche Ausschuß konstituirte sich am 25. April und hielt am 19. Mai in Berlin eine Sitzung unter Zuziehung von drei Sachverständigen aus Ostpreußen ab und formulirte Vorschläge zur Ergänzung des Programms. Die drei Entwürfe wurden allen Mitgliedern der Kommission zugeschickt. Am 27. und 28. Juni hielt die Kommission ihre zweite Plenarsitzung in Berlin ab. Vollmar und Geck waren am Erscheinen verhindert. Es wurde in der Debatte jede einzelne Forderung eingehend begründet; am ersten Tage wurden die fünf ersten Punkte des Programmentwurfs der Gesammtkommission bis auf einen, gegen den Schoenlank stimmte, angenommen. Es waren dies die Vermehrung des öffentlichen Grundeigenthums, Bewirthschaftung desselben durch Genossenschaften oder Selbstbewirthschafter, Staatskredit für Gemeinden und Genossenschaften zur Bodenverbesserung, Hebung des ländlichen Bildungswesens und Hypothekenverstaatlichung. Bei dieser Abstimmung fehlten nur Vollmar und Geck. Am zweiten Tage bei der Gesammtabstimmung, bei der freilich Schippel fehlte, erfolgte die Annahme einstimmig. Mit Vollmar wurde eine Verständigung durch eine persönliche Besprechung gesucht und gefunden, sodaß der Partei-Vorstand am 16. Juli den Entwurf der Gesammtkommission zusammen mit der Einladung zum jetzigen Parteitage veröffentlichen konnte. Im September erfolgte die Veröffentlichung der drei Vorentwürfe, die Vollmar schon im Juli gewünscht hatte. Unsere letzte Sitzung haben wir dann am vergangenen Samstage hier in Breslau gehabt und unsere Anträge nunmehr so abgeändert und formulirt, wie sie Ihnen

als II. und III. vorliegen. Diese Darstellung unseres Arbeitens widerlegt doch genügend die Aeußerungen über die „Geheim- und Wichtigthuerei" und über die „Hast", etwas fertig zu bringen.

Wir zogen auch zahlreiche Genossen zu unseren Arbeiten zu und hielten ihnen auch nicht einen Buchstaben von dem geheim, was uns vorlag. Und gerade die Süddeutschen, die am meisten gehastet haben sollen, haben in der zweiten Hälfte unserer Arbeiten wegen Vollmar's Erkrankung umgekehrt eine Verlangsamung und Hinausschiebung der Beschlußfassung gewünscht.

Nach dieser Erledigung der Aeußerlichkeiten kommen wir zur Agrarfrage in Verbindung mit unseren Vorschlägen. Wir haben eine Generaldiskussion und ein Spezialdiskussion; in der letzteren habe ich eine eingehende Begründung für jeden Punkt zu geben. Jetzt will ich Ihnen die Gesammtanschauung darlegen, von der wir ausgegangen sind. Ich glaube in Ihrem Sinne, auch in dem des grimmigsten Kritikers, des Genossen Kautsky, zu handeln, wenn ich zunächst Klarheit schaffe über die Grundsätze in unserer Partei über die Landfrage. Da ist uns nun als Hauptfrage die folgende entgegengeworfen worden: **Revolution oder Reform?**

Auf diese Frage erwidere ich folgendes: Die Fülle von revolutionärer Kraft und und Gesinnung, welche so zahlreiche Resolutionen der Genossen zum Agrarprogramm bekunden, ist auch von uns mit Genugthuung begrüßt worden. Unsere Daseinsberechtigung als sozialdemokratische Partei steht und fällt damit, ob wir unerschütterlich daran festhalten: die wirthschaftliche Entwicklung drängt von selbst zur Abschaffung des Privateigenthums an jeder Art ausbeutenden Kapitals, das Fortschreiten der Kultur kann nur verbürgt werden dadurch, daß wir jene Entwickelung unterstützen, daß wir auf die Schaffung einer neuen Wirthschaftsordnung mit hinarbeiten helfen, welche keine kapitalistische Ausbeutung mehr kennt, weil Besitzer der Produktionsmittel und Arbeitende dieselben geworden sind: das freie Volk! Darin sind wir alle einig. Aber der Weg zu diesem schönen Ziele ist schwierig, er führt mitten durch das Elend der heutigen Wirthschaft. Auf ihrem Boden müssen wir dem Endziel vorarbeiten, wir können sie nicht überspringen. Und darin liegt das Zwiespaltige jeder Art unserer Thätigkeit, nicht blos der landagitatorischen: daß wir ein riesenhaftes Kulturziel deutlich sichtbar vor unseren Augen haben, eine Umwälzung der Eigenthumsbegriffe sicher kommen sehen und vorbereiten, dabei aber mit den überlieferten bestehenden Verhältnissen rechnen und uns an diesen fortwährend reiben müssen. Die Frage steht also nicht so: Revolution oder Reform, Umwälzung oder Verbesserung der bestehenden Verhältnisse, sondern: Umwälzung **und** Reform, Revolution **und** auch Verbesserung der bestehenden Verhältnisse, aber nur diejenige Verbesserung, welche die spätere Umwälzung vorarbeitet, sie nicht etwa vertagt oder hemmt. Wir formen fortwährend an der wirthschaftlichen Entwicklung mit, wie wir an der politischen mitarbeiten. Es giebt unter den bestehenden Verhältnissen zweierlei revolutionäre Thätigkeit für uns: das Revolutioniren der Köpfe und das Revolutioniren der Dinge, d. h. die allmälige Beeinflussung und Umformung der wirthschaftlichen und politischen Einrichtungen durch unsere Theilnahme an der praktischen Politik. Daß wir uns jetzt darüber streiten, ob dasselbe auch für die Landwirthschaft zu thun sei, rührt unter Anderem mit gewissen Eindrücken des Augenblicks zusammen, unter denen wir jetzt stehen. Die Fürsorge für die Landwirthschaft ist im preußisch-deutschen Junkerstaat heute lediglich ein demagogisches Schlagwort der reaktionären Parteien geworden, hinter dem sich die krasseste Interessenpolitik der herrschenden Großgrundbesitzerklasse versteckt. Aus dieser politischen Konstellation hat die ganze Agrarpolitik — auch diejenige im Sinne der Kulturentwicklung — einen so üblen Geruch abbekommen, daß sich heute ein anständiger Mensch beinahe schämt, Agrarpolitiker zu heißen. Demgegenüber haben wir Sozialdemokraten nun die hohe

und bedeutsame geschichtliche Aufgabe, eine von lauteren und weitsichtigen Kulturabsichten geleitete Agrarpolitik wieder zu Ehren zu bringen. Mitte dieses Jahrhunderts, als Thaer, Liebig wirkten, gab es noch eine Zeit, wo Agrarier und Reaktionäre, Landeskultur und junkerliche Interessenwirthschaft und Wahltaktik noch nicht zwei Worte für denselben Begriff waren. An diese Ueberlieferung haben wir wieder anzuknüpfen. Es wäre traurig um den Sozialismus als Weltanschauung und politische Richtung bestellt, wenn er nicht auch auf dem Gebiete des Landbaus und der Ackerbaupolitik sich schöpferisch und kulturfördernd bethätigte, oder wenn die Frage entscheidend wäre, ob wir auf dem Lande augenblicklich Wahlerfolge erzielen oder nicht. Wir arbeiten doch nicht um die Gewinnung von ein paar hunderttausend Stimmen mit allen Mitteln wie die Junker, sondern um der Zukunft der Menschheit willen, die doch auch ein bischen von der Zukunft der Landwirthschaft abhängt. Das haben z. B. jene Genossen eines in der Umgegend von Berlin liegenden Wahlkreises vergessen bei folgender sonderbaren Agrarenquete. Sie zählten in bestimmten Ortschaften die Stimmen, auf die wir seitens der Landleute rechnen konnten, und daneben diejenigen der Beamten, Handwerker, Arbeiter. Und da die letzteren in der Mehrheit waren, sagten sie: Wir brauchen kein Agrarprogramm. (Heiterkeit.) Ich meine zwar nicht wie Vollmar, daß wir die Industriearbeiter bereits vollkommen gewonnen hätten, aber ich kann auch nicht in den Ruf einstimmen: Bleiben wir hübsch in den städtischen Versammlungssälen! Noch eins kommt hinzu, es handelt sich um denjenigen Zweig der Volkswirthschaft, der so entscheidend bei der Beantwortung der Magenfrage mitspricht. Es kann uns als Sozialisten durchaus nicht gleichgiltig sein, ob die Produktion von Brot in zurückgebliebenen Betriebsformen geschieht oder nicht.

Hierher gehören diejenigen unserer Forderungen, die Staatsmittel für Gemeinden oder Verbände zur Bodenverbesserung, Wasserkultur und dergleichen verlangen. Dagegen wurde uns vorgeworfen, wir verlangten Mittel aus dem allgemeinen Säckel zur Erhöhung des Grundwerthes. Ja, wer Landeskultur treibt, der giebt Mittel für die Erhöhung des Grundwerthes, ebenso wie derjenige, welcher Mittel zu Eisenbahnen, Kanälen und ähnliches bewilligt, Tausende von städtischen Anwesen rapid im Werthe steigern hilft. Läßt sich aber das unter den bestehenden Verhältnissen überhaupt vermeiden? Müßten wir uns dann nicht von jeder Art positiver Arbeit unter dem Regime des Kapitalismus zurückziehen? In Wirklichkeit verlangen wir von jeher vom heutigen Staate, daß er Kulturaufgaben erfüllt. Wir halten beständig dem Militärstaat vor, was er für unproduktive Zwecke zum Fenster hinauswirft, und was er für produktive thun sollte. Unsere Abgeordneten haben im Reichstage wiederholt davon gesprochen, daß die Aufwirthschaftung der Moore, der Haidestrecken u. s. w. durch Staatsmittel eine Aufgabe des heutigen Staates sei. In Uebereinstimmung damit sagt Engels, daß die materiellen Opfer, die in diesem Sinne im Interesse der Bauern aus öffentlichen Mitteln zu bringen sind, eine vortreffliche Anlage seien. Daß wir solche Mittel nur für die Landwirthschaft verlangen, erklärt sich daraus, daß wir es zunächst nur mit einem Landprogramm zu thun haben. Unsere Thätigkeit auf anderen Gebieten wird nicht gehemmt, sondern angespornt. Wenn wir jetzt für Landeskultur im Interesse der Sache eintreten und Staatsmittel bewilligt haben wollen für das, was bis jetzt vielfach zurückgestellt ist, weil es nicht gleich in greifbaren Summen in die Taschen der Großgrundbesitzer fließt, weil es Vorlagen sind, welche die Gesellschaft zu Gunsten der besseren technischen und sozialen Entwicklung des Landwirthschaftsbetriebes machen soll, dann sind wir doch nicht reaktionär, sondern kulturfördernd und revolutionär. Wir verhindern, daß diejenigen Mittel zu kulturfeindlichen Zwecken verwendet werden, die wir für die friedliche Landeskultur festlegen. Deshalb sind ja die jetzigen Machthaber meist so schwer für wirkliche Kulturaufgaben zu

haben, weil sie fürchten, daß ihnen etwas entgeht, wodurch sie ihre Gewaltmittel stärken könnten.

Ich komme nun zu der Frage, wie unsere Landeskulturvorschläge beschaffen sein müssen, um als sozialistisch zu gelten. Bei der Vorberathung des Erfurter Programms verlangte Kautsky, daß die Sozialdemokratie nichts unterstütze, was im Gegensatz zu den Interessen des Proletariats als Klasse steht. Er fügte hinzu, daß als revolutionäre Klasse in der heutigen Gesellschaft die Arbeiterklasse die einzige ist, deren Interessen überall zusammenfallen mit denen des Fortschrittes der Gesellschaft. Auch die Schlußsätze der bekannten beiden Artikel von Bebel im „Vorwärts", die unsere Absichten bei Abfassung des Agrarprogramms vorzüglich erläutern und die von jedem Mitglied der Agrarkommission unterschrieben werden, stimmen mit den Forderungen von Kautsky überein. Wir sind also von ganz denselben Absichten geleitet worden, wie unsere schärfsten Kritiker. Sollte also wirklich eine Verständigung unmöglich sein?

Bereits Vollmar und Schoenlank haben in ihren Referaten für den Frankfurter Parteitag werthvolles Material zur thatsächlichen Orientirung über die Geschichte und jetzige Lage der sozialen Verhältnisse auf dem Lande beigebracht. Wäre dies während der Agrardebatten der letzten Monate von manchem der lautesten Rufer im Streit im stillen Kämmerlein studirt worden, so ständen wir uns jetzt schon in unseren Ansichten über die Landagitation näher. Die Entstehung und die soziale Gliederung der deutschen landwirthschaftlichen Bevölkerung sowie ihre Eigenthümlichkeiten sind dort statistisch anschaulich geschildert. Nur nach zwei Richtungen will ich die Darstellungen ergänzen; viele von uns wissen noch nicht genau, was sie unter einem Kleinbauern zu verstehen haben und dann ist in der bisherigen Debatte ganz unerörtert geblieben, wie sich die herrschende Agrarpolitik eigentlich zum Kleinbauern stellt.

Nach der letzen deutschen Berufszählung von 1882 entfallen auf den Beruf der Landwirthschaft, Forstwirthschaft, Thierzucht und Fischerei einschließlich der Dienenden und Familienangehörigen 19,2 Millionen Köpfe oder 42,5 Prozent der Bevölkerung. Von den 5,2 Millionen Betrieben aber mit 31,8 Millionen Hectar Land, auf die sich jene Personen vertheilen, waren bekanntlich 3 Millionen oder 58 Prozent unter 2 Hectar, ferner nicht ganz 1 Million oder 18,6 Prozent 2—5 Hektar groß. Wir haben von 5,2 Millionen landwirthschaftlichen Betrieben überhaupt ca. 4 Millionen oder 76 Prozent echt kleinbäuerliche Besitzungen. Nun enfällt auf diese Betriebe allerdings nur 16 Prozent der landwirthschaftlich benutzten Fläche. Aber wir haben es doch in der Politik mit den Menschen und ihren sozialen Verhältnissen zu thun; etwa drei Viertel der landwirthschaftlich beschäftigten Menschen sind kleinbäuerliche oder direkt für Lohn arbeitende Landproletarier.

Dieser Kleinbauer kommt nicht nur als süddeutsche Merkwürdigkeit vor, er ist eine auch in Norddeutschland für den Agrarpolitiker nicht ganz unbekannte Erscheinung. In beiden Mecklenburg sind ca 80 pCt. aller Betriebe nur bis 2 Hektar groß, in Rheinland und Westfalen ca. 70 pCt., in Provinz Sachsen 66 pCt., in Pommern 65 pCt. in Brandenburg 63 pCt., in Westpreußen 60 pCt. Steht nun dieser recht zahlreich vorhandene Kleinbauer uns so nahe, daß wir als proletarische Partei auf ihn einwirken können? Der deutsche Kleinbauer ist kein einheitlicher Typus. Hier in Oberschlesien haben Sie den verkommenen oder doch verkommenden Kleinbauern, der erdrückt wird von dem Latifundien-Besitzer. Etwas höher noch steht der mitteldeutsche Kleinbauer, der in Sachsen, Thüringen, auch in Nordwestdeutschland sitzt. Seine Wirthschaft ist noch relativ sauber, aber es fehlt ihm an Geld und Geschäftsgewandtheit. Dann folgt der süddeutsche Kleinbauer, dort wo er als Viehzüchter oder als Züchter von Handelsgewächsen oder als Weinbauer arbeitet, ist er gerissener als der mitteldeutsche Kleinbauer, hat höhere Lebensansprüche und trägt den Kopf höher. Sollen wir nun den noch

höher stehenden Bauern ganz proletarisiren lassen, daß er von selbst zu uns kommt? Das geschieht aber nicht. Umgekehrt, gerade der geweckte Bauer, der noch nicht ganz verelendete, wäre am ehesten für uns zu haben, hätten wir nicht bisher selbst dazu geholfen, ihm das Zutrauen zu uns als Kulturpartei beinahe künstlich zu nehmen. Wir bethätigen uns in jeder städtischen und gewerblichen Frage als die Partei des Fortschritts, aber für den Fortschritt auf dem Lande haben wir keine Richtschnur. Und doch warten unserer auch auf dem Lande tausend Schmerzen der Kleinen und Unterdrückten. Die ganze herrschende Politik der Landeskultur ist zugeschnitten in Gesetzgebung und Verwaltung auf die Besitzenden auch in ländlichen Bezirken. Bei der Gestaltung des Gemeindebesitzes und der Bezüge aus ihm, bei der Erwerbung oder dem Verkauf von Gemeindeländereien ist das Interesse des „fetten" Bauern, der im Gemeinderath und im Kreisausschuß das große Wort führt, maßgebend. Bei den Flurbereinigungen, Zusammenlegungen und Verkuppelungen ist die Stimmvertheilung für alle Anträge so eingerichtet, daß der große Besitz alles machen und alles verhindern kann. Bei Be- und Entwässerungsanlagen wird in dem Geldbeutel des Protzenbauern gewirthschaftet, die Kleinen haben das Nachsehen. Das ganze Arbeiterrecht auf dem Lande ist mit Gesindeordnungen, polizeilichem Rückkehrzwang und Aehnlichem auf das brutale Unternehmer-Interesse des Großbauern und Großgrundbesitzers zugeschnitten, während der Kleinbauer nicht das geringste Interesse an die Erhaltung dieser Feudalreste hat; tagelöhnert er doch stellenweise und in nicht geringem Umfange selber. Der Bodenkredit ist so organisirt, daß der große Besitz noch geborgt erhält, und wenn er in Schulden bis über die Ohren sitzt, während sich der Bauer die Füße wund laufen kann, wenn er einmal ein paar Pfennige braucht. Die landwirthschaftliche Versicherung kommt selbst dort, wo sie bereits staatlich ist, dem Großen entgegen, den kleinen Grundbesitzer „überläßt sie seiner Pein". Die Feld- und Thierpolizei wird von Organen ausgeübt, die den reichen Herren Gemeinderäthen nahestehen und ihnen durch die Finger sehen, beim Kleinen aber unnachsichtlich einschreiten. Also wie in der Zollpolitik des Reiches, so in der Gemeindepolitik des flachen Landes. Und die Unsumme von Verbitterung, die sich aus diesen Verhältnissen bei den Bauern ergiebt, sollten wir nicht ausnutzen für das Hineintragen sozialistischer Gedanken, womit wir gleichzeitig große Kulturzwecke fördern können?

Auf diese Frage giebt es nur ein Ja. Wenn wir dabei manches unterstützen, was der jetzige Staat theilweise auch unterstützt, so thun wir dasselbe auf gewerblichem Gebiete ja auch alle Tage. Es kommt nur auf die Absicht und auf das klare Endziel an, das wir im Auge behalten müssen. Die Sozialdemokratie vertritt hierbei diejenige Kulturpolitik, die für das Wohl aller eintritt. Nicht des Bauernfanges wegen haben wir die Unterdrückten auf dem Lande zu unterstützen, aber wir können nicht ruhig zusehen, wie sie in jeder Hinsicht vergewaltigt werden. Wir werden dabei nicht so utopistisch sein, den Fortschritt des Großkapitals auf dem Lande künstlich aufhalten zu wollen; aber wir brauchen durch unsere Unthätigkeit auch nicht mithelfen, daß sich das ländliche Großkapital eine Unsumme von Extravortheilen verschafft. In seinem letzten Aufsatz über die Agrarfrage stellt unser größter Taktiker Engels die Frage: „Was ist denn unsere Stellung zur Kleinbauernschaft; wie stellen wir uns schon heute zu ihr?" Und in seiner Antwort steht Engels unzweifelhaft auf Seiten der Gedanken, aus welchen unser Agrarprogramm-Entwurf entsprungen ist.

Die Agrarkommission ist gern bereit, der berechtigten Kritik der Parteigenossen Rechnung tragen. Als berechtigt haben wir vor Allem die Einwände gegen die Verbindung unsrer neuen Vorschläge mit dem Erfurter Programm anerkannt. Wir haben deshalb alles, was sich nicht zwanglos zu den schon bestehenden Punkten des Erfurter Programms hinzufügen läßt, herausgenommen und der Kritik folgend abgeändert. Beim Arbeiterschutz haben wir sehr gern

auch einige Vorschläge der Parteikritik beachtet. Vom Landarbeiterschutz spreche ich deshalb so wenig, weil nicht der geringste Streit ist, daß der Landproletarier mindestens ebenso eifrig und kräftig von uns zu schützen ist gegen seine Ausbeuter, als der städtische Proletarier. Die Zusammenstellung der Agitationsforderungen für sie war der weniger schwierige Theil der Arbeit. Viel schwieriger war die Festsetzung von allgemeinen Landforderungen im Interesse der Landeskultur. Die Verbindung mit dem Erfurter Programm nahmen wir zuerst vor, um den Genossen zu zeigen, daß wir hohen Werth auf die Mitbenutzung des Erfurter Programms bei der Landagitation legen.

Hätten wir unsere Vorschläge als gesondertes Landprogramm vorgelegt, als Grundsätze für unsere Thätigkeit auf dem Lande, so wäre ein guter Theil der grundsätzlichen Einwendungen nicht gemacht worden, die in den Debatten auftauchten. Formulirt werden müssen solche Forderungen für die praktische Thätigkeit unserer Partei auf dem Lande, wenn wir nicht die nationale und internationale Einheit der Bewegung gefährden wollen. Redner verweist auf das französische Agrarprogramm, auf das belgische, italienische, dänische. Hätten die Gegner unserer Anträge Recht, dann gäbe es beinahe in der ganzen internationalen Sozialdemokratie keine Prinzipientreue mehr, ausgenommen natürlich unsere deutschen Agrarmanchestergenossen. Mit dem Radikalismus allein in Worten ist nichts gethan. Noch mehr: in zahlreichen Flugblättern, die deutsche Genossen seit Jahren in ländlichen Bezirken für Wahlen verbreitet haben, werden ähnliche Forderungen wie jetzt von uns aufgestellt. Redner erinnert an eine hessische Parteibroschüre, an die badischen, bayerischen, württembergischen Landtagsprogramme der Sozialdemokratie. Auch zahlreiche norddeutsche und preußische Genossen sind uns mit gutem Beispiel vorangegangen. Aus dem sächsischen Landtage hoffe ich in der Debatte einige recht artige Proben sozialistischer Agrarpolitik vorzulegen. Die Nothwendigkeit, positive Agrarpolitik zu treiben, hat sich eben längst praktisch durchgebohrt. Das ist aber wieder ein Beweis dafür, daß wir eine allgemeine Richtschnur brauchen. Unser Thun und Lassen soll ein bewußtes sein. Wir müssen unsere Genossen in den Landtagen und Gemeindevertretungen gewisse Anhaltspunkte für ihre agrarpolitische Thätigkeit bieten. Die Einheitlichkeit unserer Partei verlangt gebieterisch die Festlegung agrarpolitischer Grundlinien. Gerade wir wollen „Stegmüllereien" in den kleineren Vertretungskörpern vermieden wissen; die Gegner eines einheitlichen Agrarprogramms aber öffnen ihnen Thür und Thor. Der Agrarkommission liegt nichts ferner als Rechthaberei oder Enttäuschtsein über die Aufnahme ihrer Vorschläge. Wir sind sicher mit Ihnen darin völlig einig: ein Landprogramm, das gegen den Willen auch nur einer erheblichen Minderheit der Partei durchgesetzt würde, hätte gar keinen Werth für unsere Sache. Wer aber nicht hinzulernen will, stößt diejenigen, welche lernen wollen, von sich ab und gefährdet die Einigkeit. Wir sind überzeugt, so gut wie wir hierher gekommen sind, um zu lernen, werden auch Sie sich unseren Gründen, wo sie sich als gut erweisen, nicht verschließen. Möge sich die Urkraft der Mutter Erde auch an unserer Partei bewähren, wie an jenem sagenhaften Riesen, der so oft neue Kraft gewann, als er den Boden berührte. Das ist unser aller Wunsch. Durch unsere Arbeiten in der Agrarfrage und für die Landagitation soll unsere Partei nicht matter und unentschiedener, sondern immer mehr kampffähig und revolutionär im besten Sinne des Wortes gemacht werden! (Beifall.)

Singer: Soeben ist folgender Antrag (121) eingegangen, den ich hiermit zur Debatte stelle:

Der Parteitag wolle beschließen:

Der von der Agrarkommission vorgelegte Entwurf eines Agrarprogramms ist zu verwerfen. Denn dieses Programm stellt der Bauernschaft die Hebung ihrer Lage, also die Stärkung ihres Privateigenthums in Aussicht und trägt

dadurch bei zur Neubelebung ihres Eigenthums-Fanatismus; es erklärt das Interesse der Landeskultur in der heutigen Gesellschaftsordnung für ein Interesse des Proletariats, und doch ist das Interesse der Landeskultur ebenso wie das Interesse der Industrie unter der Herrschaft des Privateigenthums an den Produktionsmitteln ein Interesse der Besitzer der Produktionsmittel, der Ausbeuter des Proletariats. Ferner weist der Entwurf des Agrarprogramms dem Ausbeuterstaat neue Machtmittel zu und erschwert dadurch den Klassenkampf des Proletariats; und endlich stellt dieser Entwurf dem kapitalistischen Staat Aufgaben, die nur ein Staatswesen ersprießlich zur Durchführung bringen kann, in dem das Proletariat die politische Macht erobert hat.

Der Parteitag erkennt an, daß die Landwirthschaft ihre eigenthümlichen von denen der Industrie verschiedenen Gesetze hat, die zu studiren und zu beachten sind, wenn die Sozialdemokratie auf dem flachen Land eine gedeihliche Wirksamkeit entfalten soll. Er beauftragt daher den Partei-Vorstand, er möge unter Berücksichtigung der bereits von der Agrarkommission gegebenen Anregungen eine Anzahl geeigneter Personen mit der Aufgabe betrauen, das über die deutschen Agrarverhältnisse vorhandene Material einem gründlichen Studium zu unterziehen und die Ergebnisse dieses Studiums in einer Reihe von Abhandlungen veröffentlichen, als „Sammlung agrarpolitischer Schriften der sozialdemokratischen Partei Deutschlands".

Der Partei-Vorstand erhält Vollmacht, die nöthigen Geldaufwendungen zu machen, um den mit den erwähnten Arbeiten betrauten Genossen die Erfüllung ihrer Arbeit zu ermöglichen.

K. Kautsky. C. Zetkin. Arons. Fischer-Dresden. Wetzker-Dresden. Schippel. Fischer-Berlin. Pfannkuch. Eichhorn-Dresden. Kölle-Hamburg. Ludwig Kimmel-Hamburg 3. Gerlach-Wanzleben. Simon Deppe. Michels. Hans Block-Dortmund. Otto Hue. Rieger. Reil. Singer. J. Auer. A. Gerisch. Haug. Max König. Carl Kloß. Stadthagen.

Es folgt die Wahl der Neunerkommission. 210 Stimmzettel sind abgegeben worden, davon sind 2 ungültig, 13 zersplittert. Gewählt sind: Kloß, Herbert, Dahlen, Buchwald, Fülle, Förster, Antrick, Koenen, Rauch. Die Neunerkommission konstituirt sich.

Als Korreferent zum Agrarprogramm erhält das Wort

Schippel: Auf einen Theil der persönlichen Vorwürfe Quarck's komme ich später zurück. Was dann die Behauptung des Referenten anbelangt: die Bedeutung der Agrarkommissionsthätigkeit könne man am besten daraus ersehen, daß die Gegner alle Schritte der Kommission aufmerksam verfolgt hätten, so führte Quarck nur einen Beleg dafür an, den deutschen Landwirthschaftsrath, in dem die Sache allerdings erwähnt worden ist, aber vor der Veröffentlichung des Programms. Nach der letzteren dürften die Gegner eher aufgeathmet haben, denn in dem ganzen sozialdemokratischen Entwurf findet sich kaum eine Forderung, die nicht übernommen ist aus bauernbündlerischen, junkerlich-agrarischen und antisemitischen Programmen, zum Theil schlechtester Art. Hier ist das sozialistische geistige Eigenthum Diebstahl.

Dann ist im Referat die Befürchtung von neuem ausgesprochen worden, wir, die Gegner des Entwurfs, unterschätzten die Bedeutung der Agrarfrage. Wie wunderbar jedoch, daß meist gerade unsere besten Landagitatoren, die ganze Distrikte und Provinzen unserer Partei neuerschlossen haben, am wenigsten von dem neuen Programm wissen wollen — daß Theoretiker wie Kautsky, die am frühesten die Bauernbewegung studirten, Gegner der Vorschläge sind. Auch ich selber bin der Frage nicht erst seit dem vorigen Parteitag näher getreten; als Schüler von Rodbertus war ich Agrarier, ehe ich Sozialdemokrat wurde.

Der Referent wünschte auch, man solle mit der Kommission ein menschliches Rühren fühlen und sie nicht in Grund und Boden hinein verurtheilen. Ich hab-

in der Parteikritik nicht die Härte herausfühlen können, über die man sich beklagt. Aber allerdings, einem Gefühl will ich Ausdruck geben: dem des Bedauerns, daß eine Reihe der bewährtesten alten Parteigenossen sich so leicht beeinflussen ließen und staatssozialistischen und agrarischen Lockungen folgten, weil sie der Sachkunde und Erfahrung der jüngeren Genossen vertrauten, die hier die Führung übernahmen.

Ich sagte, fast alle Forderungen sind gegnerischen Programmen entnommen. Doch selbst die Gegner haben bei einzelnen schon einsehen müssen, daß sie zu weit gehen, zu weit gehen selbst vom einseitigen Interessenstandpunkt der Bauern aus. Nehmen wir die „unbeschränkte Aufrechterhaltung der Wald- und Weiderechte". Jedermann wird zweifellos dem Gebirgsbauer, der kein Getreide bauen kann und doch Streu braucht, die Streu aus dem Walde gönnen. Doch auf der anderen Seite steht das Interesse des Waldbesitzers, des Staates, daß die Ausnutzung des Rechtes nicht bis zur offenbaren Schädigung des Baumwuchses führe. Wo Bauholzrechte schwerer ins Gewicht fallen, ist die Forstwirthschaft im Uebergang zu vielleicht rentablerem Anbau, etwa von Kiefern, gebunden. Das Harzscharrrecht war lange der Ruin der werthvolleren Hölzer. Ueberall haben wir also einen Konflikt der Interessen von Wald- und Landwirthschaft, in dem wir uns unmöglich einfach immer auf Seite des Bauern stellen können. Oft hat der Bauer, der Wäldler auch selber ein Interesse an der Ablösung des Rechtes. Wie mancher ist froh, sein Harzscharrrecht zur rechten Zeit abgelöst erhalten zu haben, da heute Pech und Terpentin vom Auslande hereinkommen. Die Weide würde ihm wenig nützen, seitdem Klee- und Kartoffelbau und Stallfütterung vielleicht seine ganze Viehzucht auf andere Grundlage gestellt haben. Aehnlich mit der Waldmast. Für das Recht auf Bauholz — „zur Erhaltung der bestehenden Baulichkeiten", wie es in Bayern heißt — nimmt er in hunderten von Fällen lieber baar Geld, den einmaligen Kapitalswerth seines dauernden Rechtes, um massive Ställe, steinerne Böden, feuersichere Dächer anzulegen. In der bayrischen Kammer hoben der Finanzminister Riedel und der Regierungskommissar Dr. Ganghofer hervor, daß die „Aufrechterhaltung" der Waldrechte oft wider das Interesse der Berechtigten selber und daß die Ablösung vielen eine wahre Rettung gewesen sei — so überzeugend, daß selbst der Genosse Vollmar damals (1893) erklärte: „Ich muß gestehen, daß ich den Antrag (Dr. Jäger, die Holz-, Streu- und Weiderechte betreffend) so verstanden hatte, wie ihn der Herr Referent und der Herr Minister verstanden haben. Man mußte meinen, es wäre ein Verbot künftiger Ablösung beabsichtigt. . . . Nun erklären aber die Herren selbst, kein solches Verbot zu wollen. Und auch ich stehe auf diesem Standpunkt. (Rufe: hört! hört!) Für ein solches Verbot ist kein öffentliches Interesse vorhanden. . . . Außerdem bemerke ich, daß die Ablösung der Waldrechte zu einem Theil auch sehr nützlich ist. Ich kenne ja vollkommen die Stimmung der Landwirthschaft, obwohl ihr Interesse an der Waldstreu großentheils ein mehr eingebildetes ist, da deren wirklicher Werth für die Landwirthschaft nicht so groß ist. Allein nicht minder berechtigt als das Interesse der Landwirthschaft ist auch das des Waldes, der Forstwirthschaft, und dieses Interesse ist sogar ein ganz allgemeines, das ganze Land betreffendes. Nach dem heutigen Stande der Forstwissenschaft muß angenommen werden, daß eine Einschränkung der Streu- und Weiderechte dem Walde förderlich ist, und es ist darum nicht einzusehen, weshalb der Staat an der Erreichung dieses Zieles durch legitimen Ankauf von Rechten gehindert werden sollte." Das ist eine durchaus korrekte Auffassung, die uns verbieten muß, eine Forderung aufzustellen, die selbst die verbissensten bayrischen Bauernbündler damals preisgaben.

Vielfach, z. B. bei vielen Gemeinweiden verbietet sich die ungemessene Fortdauer der Rechte schon durch die Bevölkerungsentwicklung, die den Vieh-

stand in ein immer größeres Mißverhältniß bringt zu der gleichbleibenden vielleicht sogar zurückgehenden Weide. Ferner wird mit der fortschreitenden Differenzirung des Besitzes das Weiderecht mehr und mehr zu einem Zankapfel; der große Viehbesitzer nutzt die Weide maßlos, der kleine Mann hat nichts mehr aufzutreiben; im Innern der Gemeinde selber entstehen die Konflikte, welche die alte Ordnung auseinandertreiben. Und da sollen *wir* eintreten für „unbeschränkte Aufrechterhaltung" der alten Rechte, die längst schon vielfach zu Vorrechten Einzelner, gerade der Reicheren entartet sind? Wir fordern hier in unzähligen Fällen geradezu die Aufrechterhaltung von Privilegien. (Sehr richtig!) Redner bespricht dann nach den badischen Enqueten den Ruin der Schwarzwaldweiden durch den unbegrenzten Viehauftrieb, nachdem die Bevölkerung durch die Hausindustrie rasch angewachsen war. Aehnliche Erfahrungen liegen vielfach aus der Schweiz vor, in der gerade die Gemeindealpen die verwahrlostesten sind. Wenn man unter solchen Umständen nothgedrungen die Gemeinweiden „stuht", das heißt die Zahl des aufzutreibenden Viehes einschränkt und kontingentirt, da sollten wir „*unbeschränkte* Aufrechterhaltung der *bestehenden* Weiderechte" verlangen können?

Kommen wir zu einem anderen Punkt: *Erhaltung und Vermehrung der Allmenden*. Man hat in unseren Kreisen zuweilen eine vage gefühlsmäßige Neigung für alles, was Gemeindeeigenthum heißt, weil es an sich wie ein Stück Sozialismus scheint. Ich brauche hier eine solche Anschauung nicht zu widerlegen. Man kann gerade als Sozialist *für* Auflösung der Reste des alten Agrarkommunismus sein, wie gerade die gebildetsten russischen Gesinnungsgenossen heute *für* die Auflösung des Mirverbandes eintreten; erst nachdem das Gemeindeland durch die kapitalistische Bewirthschaftung hindurchgetrieben ist, hoffen sie, die Betriebsorganisationen und die Menschen zu finden, an welche ein moderner Sozialismus anknüpfen kann. Ob bei uns der Landarbeiter oder der kleine Mann ein Stück Land von der Gemeinde oder vom Privatbesitzer pachtet, ist für uns und die sozialistische Entwicklung absolut gleichgültig. Wie steht es nun mit der Allmendennutzung, die entweder unentgeltlich ist oder doch sehr niedrig bezahlt wird? Meist ist der Antheil der Einzelnen ganz minimal. In der Schweiz reicht er im Thale im Durchschnitt etwa zur Gewinnung des Kartoffel- und Gemüsebedarfes. In Baden kam 1854 auf den Kopf an Acker und Wiese durchschnittlich 1,1 Morgen. In Württemberg hatten von 1629 Gemeinden mit Nichtwald-Allmenden 567 einen Besitz von 1—10 Morgen, 315 einen solchen von 11—30 Morgen. Welchen Einfluß sollen solche Liliputanerbesitze auf die soziale Lage der Bewohner haben? Wo aber die Allmendnutzungen mehr ins Gewicht fallen, da begünstigen sie gerade die Schollenkleberei, sodaß Wörishoffer es für einzelne Gemeinden als Segen bezeichnet, daß wegen der steigenden Bevölkerung der Zeitpunkt des Eintritts des Allmendgenusses immer weiter hinausgeschoben wird, weil „sonst der Hang, am Orte zu bleiben, unter den jungen Leuten noch mehr zunehmen würde". Der Gemeindezuschuß zum Lebensunterhalt des Arbeiters führt natürlich, etwa wie früher das Kirchspielalmosen in England, zur Herabsetzung des Geldlohnes, das heißt zur Subventionirung des Besitzes. Bücher, ein Freund des Allmendwesens, stellt die Allmenden als Stütze des Fabriksystems im Kanton Glarus, der Hausindustrie in St. Gallen und Aargau hin; das Kapital erhalte so einen Stamm seßhafter Arbeiter, die Konkurrenz fremder Arbeiter werde unmöglich. Ja, unmöglich doch nur, weil der Fremde den Allmendzuschuß seitens der Gemeinde nicht erhält und daher höheren Lohn vom Unternehmer verlangen muß. Gerade in gegnerischen Kreisen wächst darum neuerdings das Verlangen nach Allmenden, z. B. auch in Ostelbien, weil es hier dem Großgrundbesitz selbstverständlich bequemer ist, von Gemeindewegen dem Arbeiter Land zuzuweisen, wie es ihm selber zu geben. „Nächst der Ansässigmachung von Landarbeitern — meint v. d. Goltz — giebt es kein

wirksameres Mittel, diese von der Fortwanderung abzuhalten, als das Vorhandensein von Allmenden. Indirekt haben namentlich die Großgrundbesitzer davon einen Vortheil, weil ihnen eine größere Zahl seßhafter Arbeiter zur Verfügung gestellt wird, die einen Theil ihres Unterhaltsbedarfs aus den Allmenden ziehen, also nicht das ganze Jahr hindurch mit Lohnarbeit beschäftigt zu werden brauchen." Sollen wir als Arbeiterpartei auch noch dafür eintreten? Wir können das nicht, darum können wir nicht in so allgemeiner Weise, wie es durch eine Programmforderung geschieht, die Erhaltung und Vermehrung der Allmenden als Ziel hinstellen. Die Forderung ist mehr und mehr eine solche der agrarischen und industriellen Interessenten geworden.

Ich komme nun zur Verstaatlichung der Grundschulden. Wer die agrarische Literatur und die agrarischen Programme seit 20 Jahren kennt, wird wissen, daß diese Forderung hier beständig wiederkehrt. Sie ist noch viel älter. Immer, wenn man die Bauern mobil machen wollte, kam man auf diese Gedanken zurück; so die bürgerliche Revolution im Süden und Westen in den vierziger Jahren. Der Beginn der großen mitteleuropäischen Agrarkrisis erhob die Forderung zu einer immer allgemeineren. Die Billigkeit des amerikanischen Getreides führte man auf die Billigkeit und Nichtbelastung des amerikanischen Farmlandes zurück; man wollte den europäischen Grund und Boden entlasten, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Wörtlich wie bei uns steht das Verlangen im Programm der Deutsch-Sozialen. Herr v. Kardorff ging eben in Oels-Wartenberg damit hausiren, fügte aber nicht nur die Herabsetzung des Zinsfußes hinzu, sondern auch noch zinsfreie Vorschüsse bei unverschuldeten Gelegenheiten. (Heiterkeit.) Alle Agrarier sind heute einig in dieser Forderung, und da wäre es ein Wunder, wenn nicht auch in unserer Partei einzelne darauf verfallen wären (Heiterkeit). Doch unsere Gegner sind hier radikaler nnd weitsichtiger wie wir. Mit der bloßen augenblicklichen Zinserleichterung ist die Schuldenlast dauernd noch nicht gehoben; beim nächsten Kaufsfall, beim nächsten Erbgang ist selbst eine etwaige Schuldenermäßigung oder Schuldenfreiheit wieder verloren. (Sehr richtig.) Die Gegner drängen daher zu weiteren Maßnahmen, zur Kürzung der Erbportionen der Miterben durch das Anerbenrecht, zur Schaffung einer Verschuldungsgrenze, zur Schließung der Hypothekenbücher. Die bloße Kreditreform geißeln sie mit Recht bereits als ganz unzulänglich; wir, die Zielbewußten dagegen sollen uns und die Bauern in unhaltbaren Illusionen wiegen. Wir bleiben auf halbem Wege stehen und müssen dann die viel weiter blickende Kritik der Gegner fürchten. Freilich, die Verstaatlichung der Schulden würden sie sich sehr gern gefallen lassen. Können sie auch die niedrigeren Zinsen nicht mehr aufbringen, so wird heute der Staat ihnen zweifellos nochmals helfen und aus den Taschen der Arbeiter zulegen, was er an Zinsen seitens der Bauern nicht fordert und einbüßt. (Sehr richtig.) Wenn wir durch unser Eintreten für die Verstaatlichung die Forderung vielleicht rascher zur Annahme gebracht haben, so haben nicht wir, sondern die Gegner die Ausführung der Maßnahme in der Hand. Und die Gegner sagen doch heute schon gerade heraus, daß sie für sich Zinsermäßigung auf Kosten Anderer, der Steuerzahler, der Arbeiter, verlangen. Ahlwardt will Geld zu zwei Prozent, Ratzinger spricht von Bodenscheinen mit Zwangskurs; die Verzinsung mit $2^1/_2$—3 pCt. soll nur eine nominelle sein, sie dient lediglich der raschen Amortisation; der „Reinertrag" der Landwirthschaft habe die Verzinsung der Darlehen zu bestimmen und der gestatte keine höhere Vergütung. Was wird, wenn es durch unsere Unterstützung mit der Forderung der Grundschulden-Verstaatlichung rascher wie sonst Ernst werden sollte, im realen politischen Leben schwerer wiegen, unser papierner Programmprotest gegen zu niedrige Zinsen oder das Drängen der Bauern und Junker nach Subventionirung aus den Taschen der Arbeiter? Die Antwort kann nicht

zweifelhaft sein und darum verbietet sich für uns die Aufstellung des bezeichneten Programmpunktes ganz von selber.

Ich verweile nun ein paar Augenblicke bei den Besonderheiten des süddeutschen Entwurfs. Ich habe seinerzeit die Veröffentlichung desselben gewünscht, nicht um die betheiligten süddeutschen Genossen zu kränken, sondern weil sich hier am deutlichsten zeigt, „wie angenehm es sich abwärts rutscht" und in welcher gemischten Gesellschaft man schließlich ankommt. Als ich den süddeutschen Entwurf zuerst kennen lernte, ging es mir so durch den Sinn: wo hast du denn das alles schon einmal gelesen? Ist das nicht dieselbe Organisaton und dieselbe Art der agrarischen Hilfe, wie sie vor ein paar Jahren in einem großen Reiche seitens eines regierenden Ministeriums selbst zum Vorschlag kamen? In der That, nimmt man den österreichischen Gesetzentwurf von 1893 über die bäuerlichen Berufsgenossenschaften und die Rentengüter zur Hand, so ergeben sich ganz merkwürdige Uebereinstimmungen. Der Urheber des Plans ist bekanntlich der erzreaktionäre Graf v. Falkenhayn (Heiterkeit), kein Arbeiterfreund: als Bergbauminister trägt er ein gut Theil der Verantwortung für die Niederhaltung unserer Brüder in den österreichischen Bergbaubezirken und an seinen Fingern klebt das Blut der Erschossenen aus den letzten Jahren. Der Falkenhayn'sche Entwurf, dieser Abschaum aller agrarischen Gelüste, will Genossenschaften der Bauern. Kommt ein Gut zur Zwangsversteigerung, so soll die Genossenschaft es aufkaufen, und zwar bis zum Taxwerth. Das Verfahren kann durch den Schuldner selber beantragt werden. Die Genossenschaft ist in beiden Fällen verpflichtet, die Liegenschaft dem früheren Eigenthümer auf sein Verlangen als Lehngut — um Verzeihung: als Rentengut zu übergeben. Sie hat den Absatz der landwirthschaftlichen Produkte, insbesondere auch für den Heeresbedarf, zu vermitteln. Sie hat Kredit zu geben auf Grund der erfolgten Ablieferung landwirthschaftlicher Produkte. Setzen Sie statt Genossenschaft Gemeinde, statt Rentengut Lehngut, statt Armee öffentliche Anstalten — so finden Sie das ganze System Falkenhayn übernommen in den süddeutschen Entwurf. Wie gut, daß Graf Falkenhayn kein deutscher Minister ist, sonst hätte am Ende unsere Partei mit dreimaligem Hurrah in die Reihe seiner Anhänger einschwenken müssen. (Heiterkeit.) Der süddeutsche Entwurf geht in einzelnen Stücken sogar noch weiter wie der Falkenhayn'sche Plan. So in der Zulassung des Naturalzinses; in Oesterreich soll der Finanzminister so klug gewesen sein, dagegen zu protestiren. (Heiterkeit.) Aber für diese Naturalabgaben schwärmen unsere Agrarier schon lange — Redner zitirt Aeußerungen von Dr. Jäger und Below-Saleske — und selbst die planmäßige Organisation der „Volksernährung" findet sich wieder in dem Gutachten Dr. Jäger's an die bayerische Kammer („Die Versorgung der Nation mit Brodfrucht muß organisirt werden"). Die Gegner wissen hier ganz genau, was sie wollen, wir, die wir von außen, ohne engeres Verwachsensein mit den Interessen des Landbesitzes, an diese Dinge herantreten, werden hier immer die Düpirten sein. Wenn nun die Leute, die hier an der Partei herumdoktern wollen (Heiterkeit), so wenig Ueberlegung und Gewissenhaftigkeit haben, daß sie so tiefeinschneidende Forderungen der Gegner ohne näheres Besehen sich aneignen — vielleicht sogar nicht einmal wissen, wessen Geschäfte sie in ihrer geringen Vertrautheit mit der Sache besorgen — dann glaube ich, ist es doch am Platze, der Katze die Schelle anzuhängen, um zu zeigen, wohin wir treiben. (Sehr richtig.)

Zum Schlusse ein paar Worte über die unglückselige politische Stellung, in die wir uns bringen würden, wenn wir den Entwurf annehmen. Wir verklausuliren allerdings im Programmentwurf, um die Arbeiter nicht zu schädigen, unsere Zugeständnisse an die Bauern. Aber draußen in der Agitation würden unsere Genossen die Wenn und Aber bald in der Tasche behalten müssen, weil andere konkurrirende Parteien die Forderungen ohne Einschränkung vertreten können und immer mehr vertreten: wir fördern dann durch unsere Agitation die

Erfüllung der Pläne unserer Gegner; ihre Ausführung jedoch wird dann nicht in unserem, sondern im arbeiterfeindlichen Sinne der Gegner erfolgen. Oder wir betonen ehrlich und offen von Anfang an unsere Wenn und Aber; dann haben die Forderungen keinerlei Bedeutung für die Gewinnung der Landbevölkerung, denn dann bleiben wir im Wettlauf mit den gegnerischen Parteien hülflos und athemlos zurück. Und in welche zweifelhafte Bundesbrüderschaft würden wir mit einer derartigen Agitation gerathen? Freilich, wenn wir die Grenzen unserer Parteibestrebungen weit und unklar genug abstecken, so hätte vielleicht ein großer Theil derjenigen Leute bei uns Unterschlupf finden können, die heute, als Gefolgschaft oder als Führer, Antisemiten und Bauernbündler sind. Vielleicht wären dann eine Reihe ihrer Führer in *ihrem* Sinne bei uns thätig und heute unter uns. Wären wir dadurch als Arbeiterpartei stärker oder schwächer? Seien wir doch froh, daß diese Leute ihre eigenen Wege gehen und unsere Wege nicht kreuzen. Wir hoffen, ihre Erben zu sein, wenn sie die kleinbesitzende Landbevölkerung erst in Gährung gebracht haben, aber wir wollen sie heute nicht unter uns haben. Gerade die jüngeren Genossen, die in kleinbäuerlichen Bezirken wirken und den Anschluß der Kleinbesitzenden an unsere Bewegung nicht erwarten können, möchte ich warnen, den Teufel der antisemitisch-agrarischen Bewegung mit dem Beelzebub eigener agrarischer Forderungen austreiben zu wollen. Wir wollen keine politische Charlatanerie, wir wollen nicht mit ausgeheckten Wundermitteln die erkrankte Menschheit von allen Gebrechen kuriren. Und gerade weil die Aermsten und Gedrücktesten der Menschen am stärksten das Bedürfniß haben, an rasche Erlösung zu glauben und auf jede Rettungsbotschaft zu hören, darum sollten wir ihnen gegenüber doppelt vorsichtig sein, leere Hoffnungen zu säen und später um so bitterere Enttäuschungen zu ernten. Das Agrarprogramm, das mit einer plötzlichen Wendung den Anschluß an die Bewegung unter den Bauern herzustellen sucht, ist ein Stück dieser politischen Charlatanerie, welche die stetige Entwicklung durch zweifelhafte und unzweifelhafte Projektenmacherei ersetzen will. Wollen die jüngeren Genossen, welche auf diesen Weg führten, auch nach der einstimmig ablehnenden Kritik in der Partei von ihrer falschen Richtung nicht ablassen, so werden die Arbeiter sich auf sich selbst besinnen und ihnen die Wege weisen müssen. (Beifall.)

Deshalb bitte ich Sie, lehnen Sie den Entwurf ab. Wir sind eine Partei der besitzlosen Arbeiter. Wir wollen freilich auch den Kleinbesitzer gewinnen, jedoch nur, indem wir ihn überzeugen, daß er als Besitzender keine Zukunft hat, sondern daß seine Zukunft die des Proletariats ist. Wir wollen auch das Land erobern, aber wir wollen das Pferd nicht beim Schwanze aufzäumen. Lehnen Sie das Programm ab und ersparen Sie uns damit die Beschämung, daß wir unseren Einzug auf dem Lande halten wie der Bürger'sche Abt: „verkehrt, statt des Zaumes den Schwanz in der Hand". (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.)

Braun-Königsberg (Pr.) stellt folgenden Antrag (122):

Der Parteitag wolle beschließen:

1. Der Entwurf der Argrarkommission ist in allen seinen Punkten zu verwerfen; 2. Sodann ist eine Kommission zu wählen, in der möglichst alle Provinzen vertreten sind, insbesondere die östlichen; die Kommission hat die Aufgabe, durch ihre Mitglieder in allen Landestheilen Erhebungen über die wirthschaftliche Lage der Landarbeiter anzustellen, das gewonnene Material zu sichten und zu veröffentlichen, um für die Genossen eine Richtschnur der Landagitation zu schaffen.

Singer schlägt vor, die Anträge 92, 18—32, 103, 110 und 122 zusammen zu behandeln.

Ferner theilt Singer mit, daß noch verschiedene Begrüßungsschreiben eingetroffen sind.

Schluß 6¾ Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 9. Oktober 1895.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

(Das Mitglied der Agrarkommission, Katzenstein, ist zur Theilnahme an den Verhandlungen erschienen.)

Singer verliest eine Reihe Begrüßungsschreiben und Telegramme.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Die Generaldiskussion zu Punkt 4 und die Debatte über die Anträge der Agrarkommission und alle sonst zu dem Punkte gestellten Anträge wird eröffnet.

Erster Redner gegen den Entwurf ist

Müller-München: Wenn ich als einer der „reaktionären Süddeutschen" das Wort gegen den Entwurf ergreife, so thue ich es, um den Standpunkt der beiden Münchener Wahlkreise und Passaus hier zu vertreten. Dieser Standpunkt ist im Antrag 31 niedergelegt. Die Frankfurter Resolution verlangt von der Agrarkommission eingehende Kenntniß der agrarischen Zustände. Diese eingehende Kenntniß scheint mir nicht vorhanden zu sein. Die Agrarkommission mit ihren geheimen Tagungen, mit ihrer Handbibliothek hat eine Klärung der schwebenden Fragen nicht gebracht. Nur der süddeutsche Ausschuß hat etwas mehr als die andern Ausschüsse gethan, eine Enquete veranstaltet. Ihr Resultat lag aber erst vor, als die Ansichten der Ausschüsse schon programmatisch festlagen. Der umgekehrte Weg wäre der richtige gewesen. Als ich den Fragebogen der Kommission in die Hand bekam, da war mein Glaube an die agrarpolitische Kenntniß der Kommission geschwunden. Aber selbst wenn der Fragebogen gut gewesen wäre, so hätte es sich doch gefragt, ob eine soche Privatenquete von Nutzen sei. Der neu vorgelegte Entwurf ist im Wesentlichen dem alten gleich; auch er bietet zahlreiche Angriffspunkte. Bei der ersten Forderung hat man z. B. garnicht auf die Verhältnisse in Süddeutschland Rücksicht genommen. Man hat z. B. nicht an die Bodenzinse gedacht, welche den landwirthschaftlichen Besitz in Bayern mit ca. 20 Millionen belasten. Redner giebt eine kurze Skizze der Herkunft dieser noch aus dem früheren Feudalverhältniß stammenden und durch die sogenannte Bauernbefreiung entstandenen Lasten. Eine Verstaatlichung der Hypotheken würde in der heutigen Gesellschaft nicht für den kleinen Bauer, sondern für den Mittel- und Großbauer von Vortheil sein. Die Monopolisirung des Grundes und Bodens wird dadurch steigen; damit ist aber dem Kleinbauer nicht geholfen, denn ihm fehlt in erster Linie Land. Die Erleichterung durch Herabsetzung der Schuldzinsen für sein geringes Eigenthum, für seine paar Lappen Land wird ihn nicht merklich fördern können. Geht man aber von der Ansicht der Rentabilität eines in abstracto konstruirten bäuerlichen Kleinbetriebs aus, dann muß man sich beeilen, die von David vorgeschlagene Thierethik zu treiben und Viehpavillons einzurichten.

Mit dem Stolz und der besseren Lage der süddeutschen Kleinbauern ist es nicht so, wie Quarck meinte; auch dort sind die Wohnungsverhältnisse sehr schlecht, und Fleisch kommt dort nur alle Jahre einmal auf den Tisch. Nicht einmal propagandistische Wirkung werden die Programmpunkte haben: er versteht sie garnicht. Freilich kann und muß etwas für den Kleinbauern geschehen. Und vor Allem deshalb, weil die Heimath für den verelendeten Kleinbauern in Süddeutschland, am Rhein, in Elsaß-Lothringen, der Eifel zumeist auch die Domäne der reaktionärsten aller bürgerlichen Parteien, des Zentrums, ist. Die diesbezügliche Agitation und die entsprechenden Maßnahmen können aber nur dann wirklich nützlich sein, wenn sie auf eingehender Detailkenntniß der Verhältnisse begründet sind.

Was Genosse Schippel über das Waldrecht ausgeführt hat, ist unrichtig, das Waldstreusammeln z. B. schadet den Bäumen nicht, sondern nutzt dem Walde. Das fußhohe Lagern der Streu in den Forsten hat den bayerischen

Wäldern die Nonnenkrankheit gebracht und durch sie Schaden im Betrage von vielen Millionen Mark. Mit der Verweigerung der Waldstreu sind z. B. die Bauern in der Oberpfalz 2c. dem Hungertode preisgegeben. Die bayerische Regierung ist infolge der Landtagsverhandlungen anläßlich der Interpellation bezüglich der Fuchsmühler Vorgänge auch bezüglich der Zwangsablösung dieser Waldrechte zu anderen Ansichten gelangt und eine Abänderung dieses Artikels des Forstgesetzes, dahingehend, daß eine Zwangsablösung nicht gestattet wird, dürfte eine Frage kurzer Zeit sein. Die Zwangsablösung kann auch insofern nicht erwünscht sein, als unser Forstgesetz aus der Zeit der Reaktion, aus dem Jahre 1850 stammt und das Ergebniß eines Kompromisses der Abgeordnetenkammer mit der feudalen Reichsrathskammer ist. Daher mußten ja auch unsere Genossen im bayerischen Landtage für die Aufrechterhaltung der bestehenden Waldrechte im Interesse der schon proletarisirten Kleinbauern eintreten.

Das in dem Programmentwurf Fixirte treibt uns in staatssozialistische Bahnen und ist kaum durchführbar. Einen wirklichen Gemeindesozialismus halte ich heutzutage für nutzlos und für unmöglich. Redner exemplifizirt hier auf die Artelle in Südrußland. Ich resumire mich also dahin: In der Ansicht, daß die Kenntniß der ländlichen Verhältnisse noch nicht diejenige ist, die uns dazu befähigt, ein vom sozialdemokratischen Standpunkt aus richtiges und detaillirtes Programm zur Gewinnung der Kleinbauern und der ländlichen Proletarier aufzustellen, bitte ich Sie, Entwurf III. abzulehnen und nur den Schluß-Antrag der Agrarkommission anzunehmen. Den Antrag 21 ziehe ich zurück.

Bebel: Die Ausführungen des Vorredners haben mich angenehm berührt. Er sprach nicht davon, daß die Genossen, die Ihnen die neuen Vorschläge machten, Quacksalber, Charlatane seien, Leute mit einem Mangel an Gewissen, wie wir das gestern von Schippel hören mußten. Genosse Müller ging von der Anschauung aus, daß die Kommissionsmitglieder von der ehrlichen Ueberzeugung durchdrungen sind, daß sie nach bestem Wissen gearbeitet haben. In der Kommission saßen Genossen, die sich bereits die Rittersporen für die Thätigkeit in der Partei verdient haben, als Schippel als Student noch tief im Rodbertianismus steckte. (Sehr richtig.) Wenn solche unqualifizierbaren Angriffe auf Genossen vorkommen können, wie sie gestern Schippel machte, dann hört nicht allein jede Diskussion mit solchen Genossen, sondern auch jedes Zusammengehen auf. (Sehr richtig!) Stehen die Dinge so, daß wir Charlatane in der Partei haben, Leute, die wider besseres Wissen handeln, Schwindler sind, dann haben Sie sich mit diesen Leuten auseinanderzusetzen, ob sie noch fähig sind, auch nur einen Tag noch in der Partei zu sein. (Zustimmung.) Ich verwahre uns dagegen, daß auch nur einer unter uns bei unserer Arbeit gewesen ist, der die Beschimpfung, ein Charlatan zu sein, verdient. Wenn aber Einer Ursache hatte, sich zu hüten vor Vorwürfen, wie sie Schippel machte, dann war es gerade er. (Sehr wahr!) Das werde ich Ihnen beweisen, sowohl aus Schippel's Haltung in der Kommission, wie aus seiner Rede hier, auf die ich noch näher eingehen werde.

Ferner sagte der Vorredner, daß sowohl die Kommissionsmitglieder, als auch der gestern gehörte Schippel von der Agrarfrage nicht viel verstünden. Das zu hören hat mich amüsirt. Wer Schippel gestern hörte und seine Ausführungen im „Sozialdemokrat" kennt, der mußte den Eindruck bekommen, daß Schippel in dieser Frage mit einer an Größenwahn grenzenden Anmaßung aufgetreten ist. (Oho, oho! Sehr richtig!) Er hat es deutlich genug gesagt, daß wir alle nur Dummköpfe seien. Er hat weiter davon gesprochen, daß es Wunderdoktoren unter uns giebt, die dem Kleinbauer mit Wundersalben helfen wollten, Genossen, die für jede Quacksalberei zu haben seien, Leute, die am Leibe der Partei herumzudoktern versuchten. Ist das wahr, dann hat Schippel dies alles mitgethan. (Sehr richtig.)

Genossen! Ich bin schon lange in der Partei, aber niemals ist eine wichtige Frage so ruhig und sachlich erörtert worden, wie diesmal die Agrarprogrammfrage. Das ist erst in der allerletzten Zeit anders geworden und wesentlich mit durch Schippel. Wenn aber Jemand allen Grund hatte, der Kommission mit Objektivität entgegenzutreten, dann war es gerade das Kommissionsmitglied Schippel, denn er hat als ihr Mitglied einen großen Theil von dem gutgeheißen, was im Entwurf steht, den er gestern so heftig bekämpfte. (Hört, hört!) Schippel hat als Kommissionsmitglied nicht entfernt das gesagt, was er gestern aussprach. Er ist ein Schüler von Rodbertus; er hat als solcher besonders in der Agrarfrage seit vielen Jahren Studien gemacht. Man hätte also erwarten müssen, daß er nicht nur seine abweichenden Anschauungen aussprach und begründete, sondern auch namentlich in der Abstimmung zur Geltung brachte. Das ist gar nicht oder nur ausnahmsweise geschehen. (Hört, hört!)

Ich werde Ihnen das sofort nachweisen. Zuvor aber noch eine kurze allgemeine Bemerkung. Der unter III Ihnen vorliegende Entwurf ist nicht so gedacht, daß er dritter Absatz im Parteiprogramm werden soll, sondern er soll nur eine Art Resolution sein. Die Zerlegung in I, II, III soll Ihnen nur den Gang der Entwicklung darstellen, den die Beschlußfassung in der Kommission über den Entwurf genommen hat. Die Formulirung der Vorschläge unter III soll nichts weiter als die Grenzlinie anzeigen, auf der sich auch ernsten Falles die agitatorische und parlamentarische Thätigkeit der Genossen zu bewegen hat. Es ist eine richtige Lebensfrage für die Partei, daß sie sich in der gründlichsten Weise in der Agrarfrage ausspricht und zu den Vorschlägen Stellung nimmt. Die Fragen, die der Entwurf behandelt, sind heute mehr oder weniger Tagesfragen, sie bewegen einen sehr großen Theil der Bevölkerung Deutschlands. Als praktische Politiker im Reichstage, in den Landtagen und in den Gemeindevertretungen, als Agitatoren auf dem Lande und in der Presse sind wir gezwungen, zu diesen Fragen klare Stellung zu nehmen. Es darf nicht vorkommen, daß die Genossen da so, dort so darüber sprechen und handeln. Wir bekommen sonst schwere Differenzen in der Partei, und die Unklarheiten in derselben nehmen statt ab zu. Nehmen Sie den Antrag Kautsky an, so erklären Sie, daß alle diese Fragen für Sie nicht existiren, die Folgen dieser Stellungnahme werden Sie zu tragen haben. So leicht, wie viele unter uns sich die Sache machen möchten, ist sie denn doch nicht. (Sehr wahr!)

Ich werde Ihnen nun zunächst beweisen aus Schippel's praktischer Mitarbeit in der Kommission, daß er dort ganz anders sprach und handelte als gestern; er hat dort durchaus nicht auf seinem Ihnen gestern dargelegten Standpunkt gestanden. Schippel hat seit ca. 15 Jahren die Agrarfragen studirt, sollte er da erst in den letzten Tagen zu ganz anderen Anschauungen gekommen sein, als er sie in der Kommission vertrat?

Am Absatz 3 werde ich Ihnen zeigen, daß Schippel bei der Berathung, wo er zugegen war, laut Protokoll für eine ganze Reihe Punkte gestimmt hat. (Hört, hört!) Den Punkten 2, 3, 4, 5 des Entwurfs, gegen die er gestern so scharf sprach, hat er zugestimmt. (Hört, hört!) Bei der ersten Generaldebatte war er allerdings nicht dabei, aber bei dem größten Theil der Spezialdebatte, wo es zur Abstimmung kam. Auch ist es in der Kommission durchaus nicht so glatt gegangen, wie man nach seiner Darstellung im „Sozialdemokrat" angenommen hat. Und wenn ein großer Theil der früheren, namentlich der süddeutschen Vorschläge, abgelehnt oder stets abgeändert wurden, dann war es nicht die Kritik Schippel's, sondern, ich darf das ohne Anmaßung sagen, wesentlich meine Kritik, die das herbeiführte. (Hört, hört!) Schippel hat zwei Sitzungen des nordostdeutschen Ausschusses beigewohnt, nach seiner

gestrigen Rede hätte er damals auch nicht einem einzigen Vorschlage zustimmen können, er hat aber mit Ausnahme von ein oder zwei Punkten allen zugestimmt. (Hört, hört!) Am zweiten Tage der Sitzung der Zentralkommission war Schippel durch ein Referat nach auswärts von der Theilnahme abgehalten, wie er erklärte. Nach seinem ganzen späteren Verhalten, war es Mangel an Muth, daß er zeigte, denn ich muß annehmen, daß er absichtlich den Verhandlungen aus dem Wege gegangen ist.

Und wie war es am letzten Sonnabend? Schippel erschien nicht, weil er angeblich krank war. Aber in einem Briefe an Liebknecht entwickelte er seine Ansichten über die vorzunehmenden Aenderungen am Programm; er schlug vor, die Agrarforderungen vom Programm loszulösen und als selbstständige Resolution aufzustellen. Nach seinen Ausführungen im „Sozialdemokrat" und seiner gestrigen Haltung, konnte er aber auch diesen Vorschlag nicht machen. Starke Widersprüche dieser Art sind nun schon früher ebenfalls bei Schippel vorgekommen, aber alles hat seine Grenze. Nachdem, was jetzt passirt ist, ist das Maß voll. Wir beide sind miteinander als Menschen fertig. (Bewegung. Vereinzelte Rufe: Sehr richtig!)

Genossen! Es ist wichtig, daß ich Ihnen noch einmal in einigen Zügen vergegenwärtige, was Schippel zuerst im „Sozialdemokrat" über diese Frage sagte, und daß Sie damit seine gestrigen Ausführungen vergleichen. In der Nr. 29 des „Sozialdemokrat" sagt er in bezug auf den damals bereits veröffentlichen Programmentwurf: Der Entwurf spreche für die ruhige Ueberlegung und das kühle Verständniß der Kommission, die Kommission habe sich von utopistischen und sentimentalen Regungen im allgemeinen freigehalten, wenn man auch ihren Beschlüssen noch immer die unerquickliche Zwangslage anmerke, in die sie durch den kritiklosen Frankfurter Beschluß gebracht war. Von der plötzlichen Begeisterung für den bäuerlichen Betrieb sei in den neuen Programmeinschiebseln nichts mehr zu spüren. Ferner heißt es: Ist also der in Frankfurt gepredigte sozialistische Bauernschutz als Agitationsmittel von vornherein eine Todtgeburt, so war es doch verdienstlich, einmal die agrarischen Forderungen auszuwählen die wir unbeschadet der Klasseninteressen der Arbeiterklasse glauben unterstützen zu können. (Hört, hört!) Auf einige Bedenken gegen Einzelheiten kommen wir noch zurück. Halten Sie nun, Genossen, diese Ausführungen zusammen mit dem, was Sie gestern gehört haben, und bei objektiver Betrachtung wird Ihr Urtheil über die moralische Qualität einer solchen Haltung fertig sein. (Sehr richtig.) Aber Schippel ist noch weiter gegangen, er hat den garnicht mehr in Frage kommenden süddeutschen Entwurf sehr scharf und in höchst beleidigender Form für seine Urheber kritisirt. Wäre diese Kritik in der Presse geübt worden, nachdem die Entwürfe veröffentlicht waren, wie es z. B. Parvus in einer Reihe von Artikeln thut, so wäre nicht nur nichts dagegen einzuwenden, es wäre am Ende sogar nützlich gewesen. Jetzt aber, wo wir uns nur noch mit dem Entwurf der Kommission zu beschäftigen haben, wo der süddeutsche Entwurf abgethan ist, jetzt die billige Gelegenheit zu einer Kritik an etwas zu benutzen, was garnicht mehr vorhanden ist und dieser Kritik die denkbar beleidigendste Form zu geben, das ist ebenfalls eine Handlung, die ich entschieden zurückweise. Gerechtfertigt wäre eine Kritik wieder in dem Augenblick, wo ein Parteigenosse den süddeutschen Entwurf hier wieder aufnähme, oder wenn in der Zukunft wieder einmal ähnliche Forderungen aufgestellt würden, wie sie in dem abgethanen Entwurf enthalten sind. Hier an dieser Stelle lag eben kein Grund zu einer Kritik vor. Schippel glaubte eben billige Lorbeeren ernten zu können, vielleicht fehlte es ihm auch an sachlichen Gründen, das noch weiter anzugreifen, was er früher selbst gebilligt hat. Immerhin, sich Charlatan

nennen lassen zu müssen, sich Mangel an Gewissenhaftigkeit vorwerfen lassen zu müssen, sich sagen lassen zu müssen, man wüßte nicht, was man thut — wessen Geschäfte man besorge — das geht denn doch viel zu weit. Ich habe mit Vollmar manchen Strauß gehabt, und werde wahrscheinlich noch manchen mit ihm auszufechten haben, denn unsere Ansichten sind allmälig so weit auseinandergehende geworden, daß wir noch oft gegen einander fechten werden. Ich habe ihn auch scharf angegriffen, aber ich rufe Sie alle zum Zeugen auf, ob ich mich nicht redlich bemüht habe, zu erkennen, warum Vollmar zu Ansichten wie seine gegenwärtigen gekommen ist. Ich habe sachliche Gründe dafür angeführt, seinen körperlichen Zustand, der ihn zwingt, den Verkehr mit den Genossen auf das geringste Maß zu beschränken, weiter das soziale Milieu, in dem er sich bewegt, die Umgebung, in der er hauptsächlich auf dem Lande lebt, aus dem heraus sich allmälig ein Gedankengang und eine Lebensauffassung bei ihm entwickelt hat, den ich für äußerst bedenklich halte. Aber ihm Charlatanerie vorzuwerfen oder Mangel an Gewissenhaftigkeit, das ist mir nie eingefallen und würde mir am allerwenigsten dann einfallen, wenn mein Gegner nicht zugegen ist und sich nicht vertheidigen kann (sehr richtig!), und Schippel weiß ebenso gut wie ich, daß Vollmar der Urheber des süddeutschen Entwurfs ist.

Man hat uns nun heftig angegriffen, weil unsere Vorschläge Anfangs mit dem alten Programm verwebt worden waren. Ich bin nun jederzeit bereit, das zu verantworten, was ich selbst und in erster Linie verschuldet habe, aber auch offen einzugestehen, wenn ich einen Fehler gemacht habe. Genossen, ich bin es hauptsächlich gewesen, der zuerst den Vorschlag machte, unseren Entwurf in das Programm einzuarbeiten. Es ist mir im Anfang ebensowenig wie irgend einem andern eingefallen, zu glauben, man solle das, was aus der Kommission hervorgeht, in das alte Programm verweben, aber als der Entwurf fertig war, zeigte es sich, daß eine Reihe selbstverständlicher Forderungen, die wir bei der Abfassung des Erfurter Programms übersehen hatten, jetzt eingefügt werden müßten, da sie eng mit dem alten Programm zusammenhingen. Ich stellte deshalb in der Kommission den Antrag auf Einsetzung einer Redaktionskommission, die die geeignete Form zu finden hätte, und bei dieser Gelegenheit wurden denn auch Punkte mit hineinverwoben, von denen man sehr rasch erkannte, daß sie nicht drin bleiben konnten. Darüber waren wir schon einig, ehe wir hierher kamen.

Nun hat man sich über das Wort „Demokratisirung" in den einleitenden Worten entsetzt. Ja, wer denkend den zweiten Theil unseres Programms liest, der muß doch bestätigen, daß die Demokratisirung aller öffentlichen Einrichtungen das Hauptziel desselben ist. Die Demokratisirung, nicht die Sozialisirung ist darin ausgesprochen, wer es anders auffaßt, der versteht das Programm nicht. Und weiter denn: die Verbesserung der Verhältnisse. Verschlechtern wir etwa die Zustände, wenn wir die Forderungen des zweiten Theils unseres Programms zu verwirklichen trachten, die bestehenden Staats- und Gesellschaftseinrichtungen oder die Lage der betreffenden Schichten? Ich habe bisher immer geglaubt, wir verbesserten sie. (Sehr richtig!) Soweit auf dem Boden der heutigen Gesellschaft Verbesserungen möglich sind, sind wir bisher jederzeit bereit gewesen, sie zu erstreben. Das haben wir stets unseren Gegnern gesagt, wenn sie behaupteten, wir wollten nichts bessern, sondern nur zu Grunde richten. Unsere ganze parlamentarische und außerparlamentarische Thätigkeit beruhte bisher auf dieser Auffassung. (Sehr richtig.) Ich begreife die Voreingenommenheit, mit dem man alle Vorschläge in Bezug auf die Agrarverhältnisse aufnimmt und mit einem gewissen Recht und ich theile selbst dieses Mißtrauen. Aber man gehe nicht zu weit und kämpfe schließlich nicht auch gegen Windmühlen. Es war von vornherein wahrscheinlich, daß alle Vor-

schläge, die aus der Agrarkommission kommen, auf Widerstand stoßen würden deshalb, weil eine Strömung in der Partei durch ihre Vorschläge den Glauben hat aufkommen lassen, daß es möglich wäre, bestimmte Einrichtungen und Schichten durch bestimmte Mittel auf die Dauer konserviren zu können. Dadurch hat sich von vornherein eine äußerst kritische Stimmung geltend gemacht. Dazu kommt, daß ein großer Theil der Genossen ihrer Lebensstellung und ihrer Bildung nach von den Dingen, die hier in Frage stehen, wenig weiß. Das soll kein Vorwurf sein, das ist die Folge der sozialen Verhältnisse, in denen sich die meisten Genossen befinden. Es fehlt ihnen an Zeit, die Dinge zu studiren; an Mitteln, sich die Materialien anzuschaffen, die zu ihrer Ausbildung nöthig sind. Das schließt freilich nicht aus, daß Mancher, der einmal auf dem Lande war und dort Versammlungen abgehalten und mit einigen Bauern gesprochen hat, nun glaubt, ein großes Stück Agrarfrage zu verstehen. Daß dem so ist, dafür spricht auch die Haltung eines großen Theils der Genossen, die auf dem Frankfurter Parteitag waren und auf diesem wieder sind. Ein großer Theil der Genossen, und zwar sogar älterer und alter Genossen, hat vor einem Jahre in Frankfurt a. M. die Kameele, die ihnen die Referenten zu schlucken gaben, mit lebhaftem Beifall verschluckt, aber ist entsetzt über die Mücken, welche die Agrarkommissionen seigte. Vollmar fand damals donnernden Beifall. (Reißhaus: leider!) Ja, dieses „leider" ändert nichts. Ich fand das damals natürlich, aber weniger natürlich kam es mir vor, daß gestern eine große Reihe Parteigenossen dem Genossen Schippel so großen Beifall spenden konnten, nachdem sie voriges Jahr den ganz entgegengesetzten Ausführungen Vollmar's eben solchen Beifall gezollt hatten. (Sehr richtig!) Das beweist, wie schlimm es noch mit der Klarheit aussieht, und daß Viele mit einem fertigen Urtheil hierher kommen über Dinge, von denen sie nichts verstehen.

Nun hat man mir speziell vorgeworfen, ich hätte früher in dieser Frage ebenfalls eine andere Stellung eingenommen, als heute. (Sehr richtig!) Man hat insbesondere gesagt, daß die Ausführungen gelegentlich meines Referates über den Antisemitismus auf dem Kölner Parteitage, wo ich mich gegen die Verstaatlichung des Hypothekenwesens aussprach, in Widerspruch ständen mit meiner gegenwärtigen Haltung. Ich wundere mich, daß jetzt Niemand „sehr richtig" ruft (Heiterkeit); es wäre aber auch nicht richtig. (Zuruf: deshalb sagt es ja auch Niemand. Heiterkeit.) Redner weist nach, daß er in Köln von irrigen Voraussetzungen in Bezug auf den Antrag auf Hypothekenverstaatlichung der bayerischen Genossen im Landtag ausging und seine Anklagen zurücknahm, nachdem er sich von seinem Irrthum überzeugt.

Man hat ferner eine widerspruchsvolle Haltung bei mir darin gefunden, daß ich auf dem Kölner Parteitag mich gegen Katzenstein*) gewendet und gewarnt habe, den Bauern Versprechungen zu machen, wie sie ihnen die antisemitische Agitation mache. Wir können dem Kleinbauern nicht seine Konservirung versprechen. Das würde nicht nur unserer ganzen bisherigen Parteithätigkeit, sondern auch unserm Programm widersprechen. Und doch haben Parteigenossen uns solche Absicht zugetraut. Ich muß gestehen, ich habe noch nie mit so gutem Humor Vorwürfe entgegengenommen, wie jene, die wir in den letzten drei Monaten zu hören bekommen haben. Aber diese Vorwürfe waren doch das Aergste, was man sich denken konnte. Die Mitglieder der

*) Hierzu hat Genosse Katzenstein nachträglich folgende Erklärung zu Protokoll gegeben: Genosse Bebel hat in seiner Rede vom 9. Oktober bemerkt: Er habe auf dem Parteitag zu Köln gegen meinen Rath, den Antisemiten im Punkte der Versprechungen zu folgen, Einspruch erhoben. Diese Auffassung ist irrig. Ich hatte in einer Ergänzung der Ausführungen des Genossen Cohn-Marburg ausgeführt, wir müßten in der Kenntnißnahme der ländlichen Verhältnisse und der intensiven Agitation dem Beispiel der Antisemiten folgen.

Agrarkommission wurden hingestellt als die elendesten, dümmsten, unwissendsten Menschen, die es in der Partei giebt. Wären wir das, als was wir hingestellt wurden, dann müßten Sie nothwendiger Weise auf die Ehre verzichten, uns noch Genossen zu nennen. (Rufe: Na! Na!) Es ist ein großer Irrthum, bei der Agrarkommission zu vermuthen, daß sie durch ihre Vorschläge in die natürliche Entwicklung der Gesellschaft, die zur Vernichtung der unteren Schichten der Eigenthümer führt, eingreifen würden.

Wenn Ihnen Jemand sagen würde, wir beabsichtigen mit dem zweiten Theil unseres Programms die bürgerliche Gesellschaft länger am Leben zu erhalten, Ihr würdet ihn auslachen. Wenn der ganze zweite Theil des Programms verwirklicht wird, ist die bürgerliche Gesellschaft immer noch da. Auch die Entwicklungsgesetze der Gesellschaft auf dem Gebiet der ländlichen Verhältnisse werden durch die Vorschläge der Agrarkommission nicht geändert oder in ihrer Entwicklung aufgehalten. Ich habe unsere Vorschläge daraufhin geprüft, daß erstens die kapitalistische Entwicklung der Gesellschaft durch sie nicht gestört wird, daß zweitens sie nicht den Prinzipien unserer Partei widersprechen und daß drittens der Arbeiterklasse keine Lasten auferlegt werden zu Gunsten der Besitzer von Grund und Boden. Hält der Entwurf diese Prüfung aus, dann kann man an sich nichts gegen ihn einwenden, dann können nur die Einzelheiten desselben in Frage kommen.

Nach den Angriffen, die man gegen uns richtete, hätte man glauben sollen, Parteigenossen, daß unsere Gegner, die Agrarier, eine besondere Freude an der Arbeit der Agrarkommission haben müßten. Sie hätten darnach in unseren Vorschlägen die intensivste Unterstützung ihrer Bestrebungen, die von einer ganz unerwarteten Seite kämen. Ich habe daraufhin die agrarische Presse genau verfolgt, weil ich in Fragen, wo mir selbst Zweifel ankommen, ob ich wirklich richtig gehandelt, immer viel Gewicht auf das Urtheil meiner Gegner lege. Und was fand sich? Das Hauptorgan der Agrarier hat nicht einmal gewagt, unsern Entwurf zu veröffentlichen. Die „Kreuzzeitung" hat zwar einige Artikel gebracht, aber sie waren so lendenlahm wie nie. Und das ist erklärlich. Unter unseren Vorschlägen befindet sich eine Reihe von Punkten, die den Großgrundbesitzern und dem Feudaladel scharf an die Nieren gehen. Auf der andern Seite können und wollen wir den Kleinbauern nicht konserviren, aber es sind Verbesserungen möglich in den ländlichen Verhältnissen, die wir bewilligen können und müssen, weil sie in einem beschränkten Maße Erleichterungen gewähren, ohne die Gesammtheit zu belasten oder ihr zu schaden. Man hat gesagt, wir könnten in der Agrarfrage keinen anderen Standpunkt einnehmen als in der Handwerkerfrage. Da freut es mich, daß Kautsky in seiner Resolution ausdrücklich sagt, die Handwerkerfrage und die Agrarfrage seien verschieden.

Bereits vor 25 Jahren schlug ich als Referent auf dem Stuttgarter Parteitag der Eisenacher eine Resolution vor, die im Wesentlichen dasselbe enthält, was ich heute vertrete. Wir können uns das ganze Handwerk hinwegdenken, aber nicht die Landwirthschaft. Wer den Grund und Boden in der Hand hat, hat die Gesellschaft in der Hand. Daher die Macht der preußischen Junker. Im Grund und Boden sind die Wurzeln ihrer Macht. Sie zu durchschneiden, heißt die Macht der Junker brechen. Ich will nicht leugnen, auch die großen Grundbesitzer würden gewisse Vortheile bei Durchführung unserer Vorschläge haben. Müller sagte: die Verstaatlichung der Hypotheken würde nicht nur den kleinen Bauern, sondern hauptsächlich auch dem Großgrundbesitzer nützen. Das mag in gewissem Grade richtig sein. Es hieße uns (der Kommission) ein Armuthszeugniß ausstellen, wollte man annehmen, wir hätten uns die Wirkung unserer Vorschläge nicht klar gemacht. Das haben wir im vollen Umfange gethan. Die Verstaatlichung der Hypotheken ist mit besonderem Eifer von Genossen

Kautsky bekämpft worden. Ich muß aber gestehen: er entwickelte Anschauungen bei dieser Bekämpfung, wie der reinste Manchestermann. Es hat ausgeführt, mit der Verstaatlichung der Hypotheken thäten wir dem Großkapital, der Börse den größten Gefallen. Aber Parteigenossen! Wenn die Börse und das Großkapital solchen Vortheil von der Verstaatlichung der Hypotheken hätten, dann hätten sie wirklich nicht auf uns gewartet! (Sehr gut! sehr richtig!) Warum findet denn unser Vorschlag kein Echo bei ihnen, warum schweigt Alles? Weil bei einer Finanzoperation, wie die Verstaatlichung der Hypotheken, das Kapital nicht gewinnen kann, sondern verlieren muß! Das werde ich nachweisen. Was den feudalen Großgrundbesitz in Preußen betrifft, so bleibt dieser bei unserem Vorschlage von vornherein außer Frage, denn dieser hat bereits, was wir den Uebrigen schaffen wollen. Die Landschaften sind die Institute, die unter dem Schutz des Staates gegründet sind, um den Großgrundbesitz zu unterstützen. Von diesen Instituten hat der kleine und mittlere Bauer nichts. Während der kleine und der mittlere Besitz beim Geldverleiher oder beim Wucherer seine Hypotheken mit 5, $5^1/_2$ und 6 pCt. verzinsen muß, ist der große Grundbesitz in der Lage, seine Hypotheken nur noch mit 3 oder wenig über 3 pCt. verzinsen zu können. Das ermöglichen dem großen Grundbesitz die Landschaften, wie erst wieder die große Finanzoperation beweist, welche die Landschafter vornahmen, indem sie im Laufe dieses Frühjahrs ihre 4- und $3^1/_2$-prozentigen Hypothekenbriefe und Pfandbriefe in 3-prozentige konvertirten. Herr Miquel und Graf Posadowsky haben sich bisher geweigert, die gewaltige Zinsenlast, die in Preußen und im Reich vorzugsweise die Massen für die Verzinsung der 4- und $3^1/_2$-prozentigen Reichs- und Staatsschulden aufzubringen haben, dadurch zu erleichtern, daß sie die Konvertirung vornehmen. Sie überließen den Landschaften den Vortritt und so hat der große Grundbesitz einen Vortheil erlangt, von dem der kleine arme Mann ausgeschlossen ist. Sollen wir ihm diesen verweigern? Genossen, wer wird denn durch die Herabsetzung des Zinsfußes geschädigt? Die Arbeiter? Habt Ihr Geld auf Grund und Boden? Nein! Hat einer wirklich ein bischen Kapital, dann wird er freilich gerupft, wenn der Zins herabgesetzt wird. Aber nicht der Arbeiter, die Geldleute haben einen gewaltigen Nachtheil, wenn z. B. durch die Zinsenherabsetzung einer Hypothekenschuld von 20 000 Millionen Mark um durchschnittlich nur 1 pCt. eine Summe von 200 Millionen Mark Zinsen erspart wird. Diese Herabsetzung des Zinsfußes wirkt nicht konservativ, sondern revolutionär, weil sie die Kapitalkonzentration weiter befördert, indem sie die mittleren und kleinen Kapitalisten schwerer trifft. Der kleine Bauer gewinnt unter Umständen eine Ersparniß von 60—100 Mk. pro Jahr, aber diese retten ihn nicht; der größere gewinnt mehr, aber die kapitalistische Entwicklung hemmt sie auch bei ihm nicht, weil alle die Umstände weiter wirken, welche die Agrarkrise erzeugten.

Wie ist es nun, wenn dadurch der Staat neue Macht in die Hand bekommt? Der ganze Grundbesitz kommt in Abhängigkeit vom Staate, sagt man. Sind denn nun die Junker wirklich vom Staate abhängig? Nein, das läßt sich nach der frechen Art ihres Auftretens nicht annehmen.

Die Abhängigkeit der Bauern vom Staat als Hypothekengläubiger ist etwa genau so groß wie die des Arbeiters, der in der Invaliditäts- und Altersversicherung versichert ist, und dieser Abhängigkeit besteht nicht. Vor allen Dingen wäre doch die Art der Vergebung der Hypotheken gesetzlich zu ordnen.

Wie müßte nun aber ein Gesetz dieser Art lauten? Der Staat übernimmt die Verstaatlichung der Hypotheken, aber nicht ins Ungemessene, sonst müßte er auch alle bankerotten Betriebe übernehmen, und die Allgemeinheit hätte den Schaden. Durch ein Gesetz wird also eine Grenze festgestellt werden müssen, bis zu der die Beleihung geht, sagen wir bis zu 50 pCt. oder 60 pCt.

des Ertragswerthes. Jeder hat also ein gesetzliches Recht, diesen Kredit zu erhalten, und die Art, wie der Ertragswerth festgestellt wird, wäre ebenfalls genau durch Gesetz vorzuschreiben, damit Parteilichkeiten ausgeschlossen sind.

Wir dürfen uns nicht dadurch abschrecken lassen, daß angeblich eine Abhängigkeit der Bauern vom Staat geschaffen würde. Diese Abhängigkeit besteht für zahlreiche Arbeiter und Beamten schon heute in viel höherem Grade, als ihr jemals der Bauer als Besitzer einer staatlichen Hypothek verfallen könnte. Ich erinnere nur an die Verstaatlichung des Eisenbahnwesens, und diese geht immer weiter. Sogar mit unserer Zustimmung. Nach der neuesten Statistik haben wir in Preußen augenblicklich rund 110000 Beamte und 172000 Arbeiter im Eisenbahnbetrieb, einschließlich der Familienangehörigen nahezu eine Million Menschen. In Sachsen, Bayern, überall liegt es ähnlich. Wenn eine neue Bahnbauvorlage kommt, so begrüßen wir sie jedesmal mit Freude; denn neue Bahnbauten dienen nicht nur der Allgemeinheit, sie dienen sogar auch der Sozialdemokratie. Wo eine Bahn besteht, kommt auch die Sozialdemokratie hin. Also alle diese zahllosen Arbeiter und Beamten in den Staatsbetrieben stehen in direkter Abhängigkeit vom Staate. Wollte aber einer unter Ihnen denjenigen Genossen der Quacksalberei beschuldigen, der einträte für neue Bahnen? Je mehr Bahnen, desto besser; gegen die dadurch erzeugte Abhängigkeit vieler Arbeiter vom Staate müssen wir auf anderen Gebieten die Hilfe suchen. Aehnlich wie im Eisenbahnwesen liegt es im Forstwesen; haben wir etwas dagegen, daß die Staatsforsten vermehrt werden und damit die dabei beschäftigten Arbeiter und Beamten? Das Gleiche gilt für den Bergbau, das Salinenwesen, den Straßenbau, das Post- und Telegraphenwesen; in allen diesen Betrieben haben wir Hunderttausende abhängiger Leute und doch treten wir nicht für ihre Abschaffung, wohl aber für ihre Erweiterung ein. (Sehr richtig!) Wir müssen in dieser Richtung mit einem alten Vorurtheil brechen. Wir sollen nur da den Staatsbetrieb bekämpfen, wo er kulturfeindlich wird und die Entwicklung hemmt, wie das z. B. im Militärwesen geschieht. Nach anderen Richtungen können wir nichts dagegen haben, wenn die Staatsbetriebe nach Zahl und Umfang erweitert werden. Wir müssen sogar den Staat zwingen, immer mehr Kulturaufgaben zu übernehmen; dadurch bringen wir schließlich den heutigen Staat mit aus den Fugen. Es liegt hier ähnlich wie beim Militarismus; je mehr Soldaten er schafft, desto mehr Sozialdemokraten schafft er und bekommt er in seine Armeen. Zuletzt versagt auch die stärkste Staatsmacht in dem Maße, wie der Staat seine Arbeiter und Beamten gegen sich selbst in die Opposition treibt, wie das bei der Post geschieht. Der Standpunkt: die Staatsmacht nicht zu stärken, indem man ihr die Lösung von Kulturaufgaben überträgt, ist manchesterlich. Wir müssen diese manchesterlichen Eierschalen abstreifen. (Zwischenbemerkung: Tabakmonopol!) Beim Tabakmonopol würden zahlreiche Existenzen vernichtet, und die Einnahmen daraus würden dem Militarismus zufallen, deshalb sind wir dagegen.

Wenn man sich nun auf das kommunistische Manifest beruft, weil dies gewisse Forderungen, wie die Verstaatlichung des Hypothekenwesens erst fordert, wenn wir entscheidenden Einfluß auf die Staatsmacht haben, so hat man Unrecht. Ich gehöre zu den aufrichtigen Bewunderern des Manifestes. Aber so sehr ich seine theoretischen und kritischen Auseinandersetzungen als unübertreffbar schätze, so versagt dasselbe, wo es positive Forderungen aufstellt, denn diese müssen sich nach den Verhältnissen richten, wie sie sich entwickeln. Die praktischen Forderungen des kommunistischen Manifestes sind heute zu einem erheblichen Theil veraltet. Nun sagt man uns weiter: Ihr gebt Euren Forderungen eine Ausführung, die aus dem Wortlaut Eurer Forderungen nicht hervorgeht. Man übersieht hierbei, daß der Entwurf naturgemäß nur knappe Sätze, nicht aber Leitartikel enthalten kann. Das will ich

noch speziell für diejenigen bemerken, die mit dem Einwand kommen: Was Ihr hineinlegt, steht nicht darin. Das kann nicht darin stehen. Wir sind schon jetzt öfter in die Lage gekommen und werden noch mehr in die Lage kommen, obgleich scheinbar eine Forderung von uns verwirklicht wurde, wir doch dagegen stimmten, weil die Art ihrer Verwirklichung nicht unseren Beifall finden konnte. Wir wollen z. B. alle eine Vereinheitlichung der Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung; wenn aber die Reichsregierung mit einem Entwurf endlich kommt, so wette ich hundert gegen eins, daß wir dagegen stimmen, weil wir mit der Art der Durchführung nicht einverstanden sind. Dessenungeachtet können wir getrosten Muthes vor unsere Wähler treten und unser Verhalten rechtfertigen.

Nun hat Schippel gestern bei seinen Anhängern große Heiterkeit dadurch erregt, daß er sagte: Was wollen wir Sozialdemokraten denn mit der Hypothekenverstaatlichung? Die Antisemiten gehen viel weiter als wir, sie übertrumpfen uns. Hindert das uns, dasselbe zu fordern, weil jene die Ausführung anders, in einer unserer Meinung nach unmöglichen Weise fordern? Wir fordern, der Hypothekennehmer muß die Selbstkosten tragen, d. h. den Zins, den der Staat für das Kapital giebt, plus Verwaltungsausgaben. Hat der Staat das Geld zu 3 pCt. und betragen die Verwaltungskosten $^1/_{10}$ pCt., so beträgt der wirkliche Zins $3^1/_{10}$ pCt. Das ist selbstverständlich. Daß der Staat billiger Geld geben soll, als es ihn selbst kostet, ist unmöglich, und wer das verlangt, verlangt es auf Kosten der Gesammtheit, also auch der Arbeiter, und das haben wir mit aller Macht als die größte Ungerechtigkeit zu bekämpfen. Beginge der Staat dennoch diese Ungerechtigkeit, er lieferte uns eine der schärfsten Waffen, die wir erhalten können.

Natürlich würden bei geringeren Selbstkosten des Staats die Hypothekarschuldner eine weitere Herabsetzung der Zinslast verlangen; die kann ihnen gewährt werden, ohne daß sie die Gesammtheit einen Heller kostet; retten würden sie keinen, der schon aus allgemeinen Ursachen dem Untergang entgegen geht. Aber etwas anderes würde erreicht. Wir erhielten mit einer Verwirklichung unserer Forderung eine genaue Inventarisirung des gesammten Grundes und Bodens. Haben wir dann eines Tags die Macht, unsere Forderungen weiter durchzusetzen, so machen wir mit den bisherigen Eigenthümern in Bezug auf ihren Bodenbesitz kurzen Prozeß, wir kauften ihnen dann den unverschuldeten Rest durch eine Rente ab. Nach dem Maße von Macht und Gewalt, die wir haben, müssen sich unsere Maßregeln richten. Damit sind Sie natürlich alle einverstanden! (Sehr richtig! Heiterkeit.) Wir haben aber wahrscheinlich ein gewisses Uebergangsstadium durchzumachen. Täuschen wir uns nicht darüber, daß wir zwar einen sehr großen Anhang im Volke haben — für uns stimmen ca. 1 800 000 Wähler —, daß wir aber im Falle der Verwirklichung unserer sozialistischen Forderungen eine große Zahl bisheriger Anhänger verlieren. (Sehr richtig!) Wir haben immer mit einem mehr oder weniger großen Schwanz von Leuten zu rechnen, die zwar mit uns sympathisiren, denen aber doch unsere letzten Forderungen zu weit gehen. Da brauchen wir also Uebergangsmaßregeln, und ich kann mir nichts Großartigeres vorstellen, als wenn wir einmal, zur Herrschaft gelangt, sofort den Werth und die Verschuldung des gesammten Grund und Bodens schwarz auf weiß in Händen hätten und danach operiren könnten. Haben die Eigenthümer, wie schon angedeutet, den Grund und Boden etwa zu $^2/_3$ verschuldet, so könnten wir das letzte Drittel einfach durch Rentenscheine kaufen. Hat doch selbst Marx nach Engels zu diesem mehr als einmal gesagt: am besten kämen wir weg, wir könnten die ganze Bande auskaufen. (Sehr richtig!) Es wäre in der That am besten, wir könnten die Besitzer auskaufen, ich würde ihnen den Boden gern noch etwas theurer bezahlen, als er Werth hat (Heiterkeit), denn

dann sind wir das Agrarierthum los und könnten reinen Tisch machen. Dieser Weg wird aber durch die von uns geforderte Verstaatlichung der Hypotheken in erheblicher Weise geebnet. Wenn Leute wie Ratzinger noch weiter gehen und sagen, man brauche sogar weniger Zinsen zu zahlen als der Staat giebt, so treten wir gegen diesen Schwindel, oder, um einen Schippel'schen Ausdruck zu brauchen, gegen diese Charlatanerie auf und sagen: Wollt Ihr das, so thut es auf Eure eigene Verantwortlichkeit; auf Euch eines Tages die Folgen. Diese Versprechungen der Antisemiten gehen uns nichts an und geniren uns nicht, wir haben nichts weiter zu thun, als den Humbug aufzudecken. Außerdem liegt darin eine greifbare Ungerechtigkeit, die sich die große Masse nicht gefallen lassen wird. Würde sie dennoch durchgeführt, so würde dies für uns ein ebenso gutes Agitationsmittel, wie die Existenz der indirekten Steuern.

Weiter wird gesagt, die Zentralisation des Kredits in der Hand des Staates sei bedenklich. Nun, diese Forderung stellt auch das Kommunistische Manifest und sie ist wider unsern Willen bis zu einem gewissen Grade heute verwirklicht. Eine Nationalbank, die Reichsbank, haben wir heute schon. Aber diese Reichsbank ist doch eine Pseudo-Reichsbank, an der das Privatkapital betheiligt ist, und deshalb haben wir auch seiner Zeit gegen den Gesetzentwurf, der sie ins Leben rief, gestimmt. Sollte die Reichsbank in eine wirkliche Reichsbank verwandelt und die Privatbanken gänzlich aufgehoben werden, so werden wir unbedenklich dafür stimmen, und ich möchte den Genossen sehen, der anderer Ansicht in dieser Frage ist. Auch das Verkehrswesen ist heute bereits verstaatlicht, und wir wollen es immer mehr verstaatlichen. Daher sind wir für Erweiterung der Kanalbauten, für Verstaatlichung des Straßenwesens u. s. w. Dadurch wird die Kulturentwicklung nicht gehemmt, sondern erheblich gefördert. Wer das Gegentheil sagt, vermag sich in den Gang der Dinge nicht hineinzudenken. Das nicht zu wollen, widerspricht auch unserer ganzen bisherigen Thätigkeit in den Einzellandtagen. Es scheint, als ob alle die Dinge, die wir bisher schon gethan haben, dadurch, daß wir sie erweitern und verallgemeinern, plötzlich ein anderes Gesicht bekommen. Ich habe bereits in einigen Volksversammlungen in Berlin nachgewiesen, daß der Bauer im Allgemeinen für bestimmte Forderungen des 2. Theils unseres alten Programms zu haben ist, für andere hingegen nicht. Fast alle Programmpunkte des 2. Theils werden, wenn sie entsprechend vertreten werden, von dem Kleinbauern angenommen. Hingegen ist der Bauer nicht zu haben für Aufhebung der Dienstbotenordnung, für eine Verbesserung und Verallgemeinerung des Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherungswesens, für Einführung eines Normalarbeitstages auf dem Lande, für das Verbot der Kinderarbeit u. dgl. (Sehr richtig!) Darin ist er einseitig interessirt, darin ist er zugleich auch bornirt. Hingegen habe ich bereits vor Konstituirung der Agrarkommission in einer Volksversammlung ausgeführt, daß wir dem Bauern ohne Schaden für die Allgemeinheit über unsere Programmpunkte hinaus Verschiedenes gewähren können, so z. B. eine Hypothekenversicherung, Verbilligung der Frachtsätze für landwirthschaftliche Produkte, Förderung des landwirthschaftlichen Meliorationswesens, landwirthschaftliche Schulen u. dergl. Alle diese Forderungen vertrete ich heute noch mit Entschiedenheit und wir kommen auf die Dauer nicht darum herum.

Was sodann die von Schippel erörterte Frage der Aufrechterhaltung und Erweiterung des bestehenden Waldnutzungs- und Weiderechts betrifft, so haben wir doch nicht verlangt, daß diese Forderung aufrecht erhalten werden soll auf Kosten eines rationellen Waldbetriebes. Die Ansicht von Schippel, daß dadurch eine durch und durch verkehrte Waldwirthschaft erzeugt wird, ist ein alter Glaubenssatz namentlich der liberalen bürgerlichen Oekonomen, sowie der Forstbeamten und Großgrundherren, die am liebsten den ganzen Wald zu

einer guten Stube machten, wo außer ihnen nur noch die Herren Rehe und Hirsche Zutritt haben, von der aber das Volk ausgeschlossen ist. Das Waldstreurecht schädigt an sich den Wald nicht, im Gegentheil, es verhindert, daß sich Ungeziefer entwickelt und kein Grashalm mehr gedeiht.

Ich bestreite, daß, abgesehen von verkehrter Wirthschaft, durch eine Aufrechterhaltung von Waldrechten das Interesse der Gesellschaft geschädigt wird. Umgekehrt. Schippel hat freilich auseinandergesetzt, daß wir gar kein Interesse daran hätten, die arme Bevölkerung, die Kleinbauern, unter ihren jetzigen Lebensbedingungen zu erhalten. Wäre das richtig, was Schippel ausgeführt hat, so hätte ja auch der Zoller gegen die Fuchsmühler Recht gehabt. Bisher sind noch alle Kleinbauern von den Herren über's Ohr gehauen worden. Auch in Bezug auf die Allmenden hat Schippel Unrecht. Die Allmend ist nützlich; aber bisher sind die Allmenden mit Absicht diskreditirt worden. Erst haben die Großen in den Gemeinden die Allmenden mit allen Mitteln ruinirt und verwirthschaftet und nachher haben sie das Land für einen Pappenstiel an sich gebracht. (Sehr richtig.) Wenn z. B. von Zoller den Fuchsmühlern für ein geringes Geld die alten Rechte abkauft, zerrinnt ihnen in Kurzem das Geld unter den Fingern und die Basis ihrer Existenz ist vernichtet. Sollen wir dafür eintreten, daß die Hunderttausende in Thüringen, im Spessart u. s. w. dem Kapitalismus zu Liebe mir nichts dir nichts zu Grunde gerichtet werden, oder sollen wir das Gemeindeeigenthum zum Schutze des Kleinen jetzt und für eine bessere Verwerthung in Zukunft zu halten suchen? Das Allmendenwesen ist in der Schweiz noch stark vertreten. Da hörten vor Jahrzehnten viele Gemeinden auf den Sirenengesang, daß man die Allmendrechte ablösen, das Land verkaufen solle. Die Folgen waren, daß die Verarmung mächtig zunahm und die großen Bauern zum Theil selbst darunter litten. Die Verarmung der großen Menge der Gemeindemitglieder stieg von Jahr zu Jahr, sie kamen massenhaft in die Städte und wurden Lohndrücker, nicht selten Lumpenproletarier; durch die Aufhebung der Allmenden waren sie Bettler und existenzlos geworden. Wir haben heute ein Interesse, daß diese Leute auf dem Lande bleiben. Dort müssen sie zu Sozialdemokraten gemacht werden, sie müssen dort unsere Pioniere, unsere Cadres werden, ohne sie bekommen wir auf dem Lande keinen Boden unter die Füße.

Man hat weiter gesagt: Wenn wir für das Land ein Programm machen, müssen wir ein solches auch für die Stadt haben. Ich bin nicht dagegen, ich glaube sogar, daß es nothwendig wird, je mehr Gemeindevertreter wir in den Städten haben. Jetzt hat es noch keine Gefahr, weil uns das Wahlrecht fehlt. Wenn wir aber morgen überall das allgemeine Wahlrecht bekämen, da würden wir schon übermorgen einen Parteitag einberufen müssen, um die Grundsätze festzustellen, nach denen wir in den Gemeinden wirthschaften wollen. (Sehr richtig!)

Freilich mit all den Forderungen, die wir heute stellen, wird die Grund- und Bodenfrage nicht gelöst; sie sind Palliativmittelchen wie der sogenannte Arbeiterschutz. Aber trotzdem verlangen wir, daß Gasanstalten, Pferdebahnen ꝛc. in Gemeindebesitz kommen, und über jeden Hektar Land, den wir in Gemeinbesitz verwandeln, müssen wir uns freuen, weil er uns später die Expropriation erspart und die Verstaatlichung des gesammten Grund und Bodens erleichtert. Die Erhaltung des Gemeindebesitzes und seine Erweiterung mit allen angängigen Mitteln liegt also in unserm Interesse. Gemeindebesitz ist nicht mehr Privateigenthum und erweist sich sein Nutzen oft gering, so liegt das nicht am Besitz, sondern an der schlechten Verwaltung.

Der Kautsky'sche Antrag sagt: „Dieses Programm stellt der Bauernschaft die Hebung ihrer Lage, also die Stärkung ihres Privateigenthums in Aussicht und trägt dadurch bei zur Neubelebung ihres Eigenthumsfanatismus". Das ist durchaus falsch, was ich glaube nachgewiesen zu haben.

Nun noch eine kurze Bemerkung über einen andern Punkt. Wir verlangen in unserm Vorschlag die Beseitigung aller Realsteuern. In dieser Frage steht einer der Hauptgegner unseres Entwurfs, der viel genannte Parvus auf unserer Seite, der alle übrigen Forderungen in einer Unzahl von Artikeln vermöbelte. Ein anderer Theoretiker, Kautsky, sagt, er halte für angebracht, die Frage nach Aufhebung der Grundsteuer jetzt nicht zu erörtern, sondern diese Erörterung zu verschieben, bis wir einmal über die Steuern überhaupt sprechen. Ihm erscheint die Frage noch streitig. Anders der dritte Theoretiker, Schippel. Er ist der grimmigste Gegner der Aufhebung der Grundsteuer. Nun, Parteigenossen, wir müssen unser Programm gerade in den Steuerfragen klar und zweifelsohne gestalten. Wird die Grundsteuer abgeschafft, so muß durch eine entsprechende Quotisirung der progressiven Vermögenssteuer das wieder herausgeholt werden, was der Boden dem Staate heute bringt. Die progressive Einkommensteuer genügt dazu nicht. Ich kann mich jetzt über die Frage nicht weiter verbreiten, sie ist außerordentlich wichtig und sie muß in der Spezialdebatte gründlich erörtert werden.

Man hat weiter gesagt, ein Agrarprogramm sei überhaupt nicht nöthig. Ich halte es im Gegentheil für durchaus erforderlich. Auch unser verstorbener Freund Engels war, wie Quarck gestern nachgewiesen hat, über die Nothwendigkeit, dem kleinen Bauern, soweit möglich, unter die Armee zu greifen, auf unserer Seite. In seinem Buche über das Erfurter Programm macht auch Kautsky Vorschläge für das Uebergangsstadium in den sozialistischen Staat inbezug auf die Erhaltung des Kleinbauern, die nach meiner Ansicht sogar zu weit gehen. Uebrigens hat Parvus in einer der letzten Nummern der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" einen Vorschlag gemacht, der in direktem Widerspruch zu dem steht, was er bisher gesagt hat. Damit stößt er die 30 oder noch mehr Leitartikel, die er gegen den Entwurf veröffentlicht hat, selbst über den Haufen. (Sehr gut!) Parvus hat schließlich entdeckt, daß es ohne Agraprogramm nicht abgeht. Er nennt das Agrarprogramm, das er will vorgeschlagen haben, ein sozialrevolutionäres, vielleicht, weil er weiß, daß durch diese Bezeichnung schon viele gewonnen werden. (Heiterkeit.)

Bebel geht nun zu einer Kritik des letzten Vorschlages von Parvus über; er findet, daß indem sogar Parvus ein Programm will, er ebenfalls einsieht, daß es ohne ein solches nicht abgeht. Er wolle aber konstatiren, daß, wenn man zur Aufstellung praktischer Fragen komme, etwas Besseres als die Kommission vorschlage, nicht zu haben sei. (Lebhaftes sehr richtig.) Das müßten also sogar die Gegner eingestehen. Dafür spreche ferner, daß in der ganzen Debatte auch nicht ein neuer annehmbarer Vorschlag gemacht worden sei. Und wenn Ihr heute sagt, fährt Redner fort, es muß etwas anderes geschaffen werden, und Ihr setzt Euch drei Jahre lang hin und arbeitet, dann kriegt Ihr doch nichts anderes fertig, als wir fertig machten! (Sehr richtig!) Schaffen müssen wir etwas. Unsere Abgeordneten in den Landtagen, in den Gemeinden müssen wissen, wie sie sich den brennenden Fragen gegenüber zu verhalten, welche Grenzlinie sie einzuhalten haben. Lehnen Sie das ab, so rufen Sie Verwirrung, Streit und Zank hervor.

Parteigenossen! Ich habe nie in meinem Leben etwas versprochen, von dem ich wußte, daß ich es nicht halten könne. Ich habe auch niemals an die schwieligen Fäuste der Arbeiter gegen die sogenannten Intelligenzen appellirt. Das that einst Herr von Schweitzer, wenn er nicht weiter kam. Dann spielte er die Arbeiter, das „Volk" gegen die Opposition, die Achtels- und Viertelsintelligenzen, wie er sie nannte, aus. Wie Schweitzer machte es später Hasselmann. Jetzt kommt Schippel und macht es nach. (Ohorufe. Sehr richtig!) Und mit einem gewissen Erfolg, das bewies der Beifall, der gerade diese Stelle seiner Rede fand. Die Agrarkommission hat alles aufs Gründlichste erwogen.

Es ist nicht wahr, wenn gesagt wird, wir hätten uns überstürzt. Was wir Ihnen mit unserm Entwurfe bieten, reicht nicht im Entferntesten heran an das, was Ihre Frankfurter Resolution forderte. (Sehr richtig! Sehr wahr!) Sie haben sich von der Frankfurter Resolution überrumpeln lassen. Ich habe mir das Wort gegeben, so viel an mir liegt, nie mehr eine wichtige Resolution so zu Stande kommen zu lassen. Sie ist in der Eile, über Hals und Kopf zusammengebraut worden.

Parteigenossen! Ihr habt alle Ursache, Euch genau zu überlegen, was Ihr thut, wenn Ihr unsere Vorschläge ablehnt. Nehmen Sie den Kautsky'schen Antrag an, so würde eine Spezialdebatte Zeitverschwendung sein, denn es wird damit ausgesprochen, daß praktische Forderungen in der Agrarfrage gegenwärtig unmöglich sind. Sie glauben heute die Frage abthun zu können, aber seien Sie sicher, sie kommt wieder und immer wieder. Und Sie werden zu ihr auf die Dauer keine andere Stellung nehmen können, als wir sie bereits eingenommen haben! (Lebhafter Beifall.)

Kautsky-Stuttgart: Der Anfang der Bebel'schen Rede hat auf mich einen niederschlagenden Eindruck gemacht, denn ich hatte die Empfindung, daß er von der Mehrheit des Parteitages voraussetzt, sie verstünde nichts von der Agrarfrage. Dann begreife ich nicht, wie man diesen Parteitag für berufen hält, der Partei ein Agrarprogramm zu geben. (Sehr richtig!) Dann hätte Bebel doch Alles aufbieten müssen, um die Beschlußfassung zu vermeiden; dann hätte er besser gethan, den Antrag Parvus anzunehmen. Man hat Parvus mißverstanden; er hatte sich das Programm ähnlich gedacht, wie etwa das Kommunistische Manifest; man kann ihm den Vorwurf des Widerspruchs nicht machen. — Ich bin mit Bebel darin einverstanden, daß eine große Unklarheit in vielen Organisationen und an vielen Orten über die Agrarfrage herrscht; ich gehe indeß nicht so weit, daß ich dem ganzen Parteitage Unklarheit vorwerfe. Es wäre sicher an der Zeit, Klarheit zu schaffen, es frägt sich aber, ob der vorliegende Entwurf dazu geeignet ist. Das ist nach meiner Ansicht nicht der Fall; denn dieser Entwurf ist so, daß er nur die Quelle neuer Konfusion und Zwietracht in der Partei sein würde. Ich lege einem Programm an und für sich keinen übermäßigen Werth bei. Ein Programm ist sehr schön und gut, wenn es ein Zeugniß ist der Klarheit, die in der Partei herrscht. Aber ein Programm kann nicht Klarheit schaffen dort, wo man sich selbst unklar ist. Wir haben die Sache verkehrt angefangen; zuerst haben wir in Frankfurt die Grundsätze aufgestellt, heute wollen wir uns das Programm schaffen, und dann wollen wir anfangen, die Agrarfrage zu studiren. Das Umgekehrte wäre wohl besser gewesen. Unser Antrag fordert keineswegs heute schon Stellungnahme zu der Agrarfrage. Wenn Unklarheit vorherrscht, so muß man sich doch zunächst zurückhalten und so vorsichtig wie möglich sein.

Die Hauptfrage, die wir jetzt zu entscheiden haben, ist die, welches überhaupt unsere Aufgabe auf dem Lande ist. Haben wir die Aufgabe, die kleine Bauernschaft zu erhalten oder nicht? Genosse Quarck hat gesagt, wir hätten überall die Sache des Fortschritts zu vertreten. Ich habe einmal behauptet, die Sache des Proletariats sei die Sache des Fortschritts. Aber Quarck hat das umgedreht und gesagt: Wenn wir für den Fortschritt eintreten, treten wir für das Proletariat ein. Das ist zu unbestimmt. Wir müssen zunächst einen festen Maßstab für unser Ziel gewinnen, und das nächste Ziel ist die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Deshalb müssen wir für alle Reformen eintreten, die die Widerstandsfähigkeit des Proletariats vermehren, aber die entgegengesetzten bekämpfen. Ferner müssen wir den Klassencharakter unserer Bewegung in Betracht ziehen und bedenken, daß wir als Vertreter des Proletariats einer Reihe von Klassen feindlich gegenüberstehen. Wo die politischen Interessen mit denen der anderen Klassen nicht übereinstimmen, da werden wir diese nicht

gewinnen und wenn wir mit Engelszungen redeten. Wir müssen also zunächst sehen, mit welchen Schichten wir auf dem Lande zu thun haben.

Auf das Gesinde und die von den Unternehmern ausgebeuteten Arbeiter brauche ich wohl nicht einzugehen. Dann kommt eine Reihe von Besitzern, die auf Nebenerwerb angewiesen ist. Hierzu kann man wohl diejenigen rechnen, die unter 2 Hektar haben. Die uns gestern von Quarck vorgelegte Statistik der Kleinbauern läßt sich wohl dahin anfechten, daß unter den Leuten, die bis zu 5 Hektar Grund und Boden haben, eine ganze Anzahl von Arbeitern einbegriffen ist, die ein Stückchen Land nebenbei bebauen und die eher zum Landproletariat, als zur Kleinbauernschaft zu rechnen sind. Wenn wir diese als Landwirthe „packen" wollten, so würden wir sie bei der unrichtigen Stelle packen; die Interessen als Lohnarbeiter sind identisch mit den Interessen des Proletariats und sie müssen deshalb in den großen Kampf des Proletariats aufgehen. (Sehr richtig!) Haben wir aber erst einmal auf diese Weise jene Schichten gewonnen, dann haben wir auch die Hauptschichten der arbeitenden Bevölkerung auf dem Lande gewonnen; denn sie bilden die große Mehrheit der landwirthschaftlichen Bevölkerung. Man hat von den nägelbeschlagenen Schuhen der Bauern gesprochen, vor denen man sich zu fürchten hat. Vor den nägelbeschlagenen Schuhen dieser Schichten brauchen wir uns nicht zu fürchten; sie werden ausgebeutet von unseren Gegnern, und wenn wirklich einmal die nägelbeschlagenen Schuhe eine Waffe im politischen Kampfe werden sollten, werden diese sich gegen unsere Gegner wenden, nicht gegen uns. (Sehr richtig!)

Die nächste Schicht sind die Kleinbauern, die, ohne regelmäßige Lohnarbeiter zu beschäftigen, doch auch nicht gezwungen sind, regelmäßig Lohnarbeit zu leisten und im Großen und Ganzen vom Ertrage ihres Landes leben. Bei diesen finden wir zunächst die Eigenthümlichkeit, daß der Kleinbetrieb in der Landwirthschaft den Drang nach Privateigenthum erzeugt. Das wissen auch unsere Gegner ganz gut; sie wissen, daß der Kleinbauer das festeste Bollwerk des heutigen Privateigenthums ist, und darum suchen sie auf alle mögliche Weise dessen Position zu stützen. Aber hoffnunglos ist dort unsere Sache doch nicht. Wir in Deutschland stehen günstiger als unsere Bruderparteien in anderen Ländern, weil bei uns der Kleinbauer eine geringere Rolle spielt.

Die Zahl der Besitzer von 2 bis 5 Hektaren beträgt nicht ganz eine Million. Die Bevölkerung dieser Güter beläuft sich auf etwa 4 Millionen, also etwa ein Fünftel der landwirthschaftlichen Bevölkerung Deutschlands. Wir können die Bauern nicht gewinnen, so lange sie im Vollbesitz ihres Eigenthums sind und sich wirklich als Bauern fühlen. Aber alles drängt darauf hin, daß auch auf dem Lande der Kleinbesitz dem Untergange verfallen ist, wenn auch der Entwicklungsgang dort anders ist als in der Industrie. Gegen Bebel's Ansicht, ich wolle dem Kleinbauern gegenüber eine andere Haltung einnehmen als zum Kleinhandwerker, muß ich protestiren. Ich stehe in dieser Beziehung mit Engels auf gleichem Boden. Ich gebe zu, daß in Einzelheiten der Entwicklungsgang in der Landwirthschaft ein anderer ist als in der Industrie, daß z. B. der Großbetrieb in der Landwirthschaft nicht die Uebermacht besitzt wie in der Industrie, aber die eigenthümlichen Vortheile des Kleinbetriebs in der Landwirthschaft werden durch eigenartige Nachtheile aufgewogen, so daß wir wohl eine Analogie zwischen Kleinhandwerkern und Bauern ziehen können. Für die Erhaltung des Bauernstandes einzutreten haben wir keinen Grund, denn das könnte nur geschehen, indem wir sie in ihrem Besitze befestigen, also ganz entgegengesetzt verfahren wie sonst. Wir müssen zu dem verzweifelnden Bauern gehen und ihm anknüpfend an seine Lage nachweisen, daß sie keine vorübergehende ist, sondern naturnothwendig aus der kapitalistischen Produktionsweise entspringt, und daß ihm nur die Verwandlung der Gesellschaft in eine sozialistische helfen könne. Ich gebe zu, daß

diese Taktik schwer ist, aber unsere Partei ist dadurch groß geworden, daß sie den Muth gehabt hat, den Leuten unangenehme Wahrheiten zu sagen. (Beifall.) Ich erinnere nur an unsere Haltung in der Sedanfrage, wo wir uns nicht darum gekümmert haben, ob wir uns die Sympathie mancher Volksschichten verscherzten. (Beifall.) Wenn wir dem Bauer mit dem Agrarprogramm kommen, so würden wir uns in unser eigenes Fleisch schneiden. Zuerst setzen wir ihnen den ersten Theil des Erfurter Programms auseinander. Wir sagen, ihre Lage ist hoffnungslos, ihnen ist nicht zu helfen. Und dann sagen wir, mit dem Agrarprogramm wollen wir euch helfen. (Heiterkeit.) Die Bauern werden verwundert den Kopf schütteln. Oder aber wir setzen ihnen nur den zweiten Theil auseinander, dann gewinnen wir wohl hier und da eine Stimme, aber die Leute bleiben im Unklaren.

Die zwischen dem Arbeiterschutz und dem Bauernschutz gezogene Parallele muß ich bekämpfen. Beim Arbeiterschutz erklären wir ausdrücklich, daß es nicht möglich ist, die wirthschaftliche Lage der Arbeiter durch Eingriffe des Staates zu heben, und deshalb haben wir ja auch den Muth gehabt, allen Anträgen auf Einführung des Rechts auf Arbeit und des Minimallohns zu widerstehen, obgleich wir dadurch agitatorisch viel gewonnen hätten. Wir wissen, daß wir den Entwicklungsgang des Kapitalismus nicht hemmen können, daß wir nur dafür sorgen können, daß der Arbeiter körperlich und geistig widerstandsfähiger wird. Dasselbe Ziel müssen wir uns auch gegenüber der landwirthschaftlichen Bevölkerung setzen, auch die dürfen wir nicht verkommen lassen. Unser Programm hat ja aber heute schon Forderungen in dieser Hinsicht; ich erinnere an die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts und die Verstaatlichung der ärztlichen Hilfe. Das Agrarprogramm hingegen verlangt, daß wir dem Bauer auf dem Lande das gewähren, was wir dem Industriearbeiter in der Stadt nicht gewähren: die Sicherung der wirthschaftlichen Existenz. Das können wir nicht. Und wenn wir es könnten, würden wir das Gegentheil dessen erreichen, was wir durch den Arbeiterschutz bezwecken. Denn der Bauer fristet heute seine Existenz nur noch dadurch, daß er Weib und Kind aufs Aeußerste schindet, ihnen die Mittel raubt, sich zu bilden, und sie körperlich herabdrückt. Die Aufrechterhaltung des Kleinbetriebes in der Landwirthschaft ist das beste Mittel, um die Bevölkerung zu degeneriren; deshalb haben wir gar keinen Grund, diese elenden Existenzen zu fristen. (Sehr richtig.)

Bebel und Quarck haben sich auf Engels berufen. Ich freue mich darüber, daß Quarck so gute gymnastische Kunststücke zu machen versteht. (Heiterkeit.) Er erklärt sich in demselben Athemzuge für den Artikel von Engels und für das französische Programm, das Engels in diesem Artikel zerzaust. Mir ist es unbegreiflich, wie Jemand, der für dieses Programm eintritt, behaupten kann, er stehe auf dem Boden von Engels.

Im Programm ist von der Landeskultur die Rede. Landeskultur ist aber doch Landwirthschaft; für die Landwirthschaft einzutreten, bedeutet heute unter der Herrschaft des Privateigenthums aber nichts anderes als für die Interessen der Grundbesitzer eintreten. Und dem entspricht das ganze Programm. Ist das aber unsere Aufgabe? Man sagt weiter: Wir müssen doch dafür sorgen, daß unser Grund und Boden so ertragfähig wie möglich bleibt. Aber das Gegentheil davon wird durch die Stützung des heutigen landwirthschaftlichen Systems erreicht. Das heutige Grundbesitzsystem führt zur Devastirung und zum Raubbau. Jede Verbesserung der landwirthschaftlichen Produktion in der heutigen Gesellschaft ist eine Verbesserung der Mittel, die den Boden aussaugen. Und um alle diese Resultate zu erreichen, deren Nutzen ein so problematischer, sollen wir uns auf die schiefe Ebene des Staatssozialismus begeben.

Bebel meint, wir müßten soviel wie möglich verstaatlichen. Er hat bei

dieser Gelegenheit gegen mich polemisirt und meine Behauptung bestritten, daß die Verstaatlichung der Hypotheken ein gutes Geschäft für die Hochfinanz bilde. Es ist nicht richtig, daß der Staat die Macht hat, den Zinsfuß festzusetzen. Wonach richtet sich der Zinsfuß? Nach der Profitrate, und diese hängt nicht vom Belieben des Staates ab. Die Kleingrundbesitzer bekommen ihre Hypotheken nicht von den großen Kapitalisten, sondern von kleinen Wucherern auf dem Dorf. Verstaatlichen wir die Hypotheken, so nehmen wir den kleinen Ausbeutern ihr Geschäft und schaffen ein neues Ausbeutungsgebiet für die großen Ausbeuter der Hochfinanz. Uebrigens möchte ich hierbei die Agrarkommission fragen, ob der Selbstkosten-Zinsfuß des Staates für alle Hypotheken gelten soll, auch für zweite und dritte? Dann würde doch der Staat sehr schlechte Geschäfte machen. Er würde bei den schlechten Geschäften ausfallen, und dieser Ausfall wäre zu decken von der Masse des Volkes. Den Vortheil hätten die Großkapitalisten, denen der Staat ihre Zinsen garantirt. Die Berufung von Bebel auf die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist nicht angebracht, denn hier handelt es sich um ein Monopol, das ganz eigenthümlichen Gesetzen unterliegt und das man unter Umständen ganz ruhig dem Staate überlassen kann, denn die Abhängigkeit der Arbeiter ist bei den Staatsbahnen kaum größer als bei den Privatbahnen. Etwas anderes ist es beim Bauern, der heute nicht vom Staate abhängig ist, oder beim Arbeiter in den meisten Privatbetrieben. Auch in Köln wurde ja seiner Zeit gegen die Forderung, daß jeder Parteigenosse einer Gewerkschaft angehören sollte, geltend gemacht, daß das bei den Arbeitern in Staatswerkstätten nicht möglich wäre.

Die Ausführungen Bebel's beweisen, auf welche schiefe Ebene wir gerathen. Wenn wir das Bedürfniß haben, „positiv" für den Bauernschutz zu wirken, dann bleibt uns nur der Staatssozialismus übrig, und diese Konsequenz hat die Agrarkommission gezogen. Ich mache ihr keinen Vorwurf daraus, daß sie den Ehrgeiz gehabt hat, eine Aufgabe zu lösen, die nicht zu lösen ist. Wir brauchen sie nicht zu verurtheilen, aber wir dürfen ihr auch nicht folgen. (Lebhafter Beifall.) Nehmen Sie deshalb unsere Resolution an. Es ist möglich, daß wir durch Ablehnung des Agrarprogramms das Gewinnen von Stimmen auf dem Lande erschweren, aber es ist nicht unsere Aufgabe, Mitläufer heranzuziehen, die über unsere Prinzipien unklar sind, die von uns etwas verlangen und, damit sie es bekommen, eine Zeit lang mit uns gehen, aber im entscheidenden Moment uns verlassen. Wir gehen großen und schweren Kämpfen entgegen und müssen Mitkämpfer erziehen, die entschlossen sind, Alles mit uns zu theilen und den großen Kampf zu kämpfen bis ans Ende! (Lebhafter Beifall.)

Stücklen-Hof: Die Wichtigkeit der Agrarfrage steht außer Zweifel, und gerade die Genossen auf dem Lande verlangen eine Marschroute für die Agitation. Für uns Süddeutsche kommt vor allem der Bauer, der kleine wie der mittlere, in Betracht. Man muß doch zugeben, daß wir „im Rahmen der bestehenden Gesellschaft", sowie auch für die Landarbeiter und Bauern Forderungen nicht nur aufstellen, sondern auch durchdrücken müssen. Kümmern wir uns um diese gar nicht, dann verelenden sie immer weiter, wie man das in Schlesien besonders beobachten kann.

Die Leute vom Lande verlangen von uns etwas; ich habe in Versammlungen vor wirklichen Bauern geredet und bin mit dem bisherigen Programm ganz gut ausgekommen. (Heiterkeit.) Ja, warten Sie nur auf den Nachsatz — ich kam deshalb mit dem Programm aus, weil ich eben das, was aus dem Programm hervorgeht, aber nicht direkt betont ist, den Bauern gesagt habe. Wir müssen die Bauern heranziehen. Wenn aber Jedem, der den Bauern die Hand reicht, sofort die Finger geklopft werden, dann schreckt man den Bauern ab. Schippel wies mit besonderem Nachdruck auf die Uebereinstimmung

des süddeutschen Entwurfes mit dem Gesetzentwurf des österreichischen Ministers v. Falkenhayn hin. Seit wann ist denn etwas nur deshalb schlecht, weil es vom Gegner stammt? Dann könnten wir getrost einen großen Theil unseres Programms verwerfen, das alte Forderungen der Liberalen enthält. Warum hat Schippel denn nicht in der Kommission auf den Falkenhayn'schen Gesetzentwurf hingewiesen? Grillenberger schrieb kürzlich von der Bosheit Schippel's. Als ich das las, hielt ich das Urtheil für zu scharf. Durch seine gestrige Rede hat mich Schippel überzeugt, daß Grillenberger mit seinem Urtheil über ihn recht hat. Die Agrarfrage läßt sich nicht beseitigen, wenn Sie auch diesmal den Entwurf ablehnen. Die Fragen drängen sich an uns heran und schließlich werden Sie gezwungen sein, ein Landprogramm zu machen; hoffentlich ist es dann nicht zu spät! (Beifall.)

Oertel-Nürnberg: Der springende Punkt in der Sache ist der: sind wir in der Lage, neue Forderungen aufstellen zu können, und können wir es thun, ohne mit unseren bisherigen Grundsätzen in Widerspruch zu gerathen. Bei Bebel's Ausführungen konnte man glauben, daß das ginge; und doch geht es nicht. Viele von uns haben angenommen, daß wir überhaupt keine Ursache haben, uns darum zu bekümmern, ob wir auf dem Lande die bisherige Produktionsweise erhalten oder ihre Aenderung beschleunigen können. Bebel sagte, die verlangten Maßregeln dienen nicht zur Konservirung, sondern nur zur Erleichterung der Existenz. Aber das Gefährliche ist: wenn man erst einmal anfängt, solche Forderungen aufzustellen, so läßt sich gar nicht absehen, wie weit wir noch gehen werden müssen mit ähnlichen und neuen Forderungen. Die ganze Frage läuft auf die Konkurrenzfähigkeit des Bauernthums hinaus, und da wissen wir doch ganz genau, daß wir ihm die Konkurrenzfähigkeit durch alle möglichen Reformen nicht retten oder verschaffen können.

Eine Forderung ist besonders herausgehoben worden: die Verstaatlichung der Hypothekenschulden. Bebel von 1893 war darüber ganz anderer Meinung als Bebel von 1895 es ist. Da erklärte er in Köln, daß die Verstaatlichung der Hypothekenschulden konservativ sei, und er war es, der da sagte: „Ich kann diejenigen Genossen, die in Landtage kommen, nur warnen, durch die Zustimmung zu solchen Forderungen in Kreisen zu agitiren, von denen wir nichts gewinnen können." Heute ist Bebel einer der glühendsten Verehrer der Hypothekenschuldenverstaatlichung.

Wenn man zu fränkischen Kleinbauern kommt und ihnen die Verstaatlichung der Hypotheken verspricht, dann sind die Bauern damit einverstanden, aber sie wollen dann immer mehr; vor allem wollen sie höhere Preise für ihre Produkte; denn ohne Preiserhöhung kann der Bauernstand nicht existiren. Können wir aber für eine solche Erhöhung sprechen, die den Arbeitern schadet?

Der süddeutsche Entwurf war ungeschminkt. Er versprach den Bauern eine Regelung der Volksernährung, eigentlich eine sozialistische Kanitzerei. (Sehr richtig.) Und diese Offenheit ist ein Vorzug. Die Verstaatlichung der Hypotheken erscheint mir sehr bedenklich. Eine Reihe praktischer Bedenken sprechen, von allem andern einmal abgesehen, dagegen. Wie soll die Abschätzung erfolgen? Bebel meint, der Staat solle nur die guten Hypotheken übernehmen. Dann ist es klar, daß das Wucherkapital, das nicht mehr die Hypotheken an erster und zweiter Stelle erhält, sich die Hypotheken an dritter und vierter Stelle für seine Wirksamkeit aussucht. (Sehr richtig.) Was der Bauer also bei den verstaatlichten Hypotheken an Zinsen spart, das muß er bei den letzten wieder zulegen. Unter 3 pCt. wird der Staat das Geld auch nicht hergeben können. Schon jetzt zahlen viele Bauern, die Geld aus Stiftungen haben, nicht mehr wie $3^1/_2$ und 4 pCt. Und wie hoch ist das Kapital, das der Kleinbauer aufnimmt, im höchsten Falle? 5000 Mk. Jetzt zahlt er sagen wir 5 pCt. dafür; macht 250 Mk., dem Staat hätte er bei

3 pCt. 150 Mk. zu zahlen. Macht eine Ersparniß von rund 100 Mk. jährlich. Kann ihm das helfen? Nicht die Hypothekenschuld veranlaßt seine schlechte Lage, sondern seine schlechte Lage die Hypothekenschuld. Der Zinsfuß hat keine steigende Tendenz. Die Konkurrenz auf dem Geldmarkt treibt die großen Bankinstitute zur Herabsetzung der Zinsen. Das ist ein ganz natürlicher Prozeß. Was wir also dem Bauern bieten, ist heute schon durchgeführt. Die Werbekraft des Agrarprogramms würde also nicht bedeutend sein. (Sehr richtig.) Besser ist es zunächst, das Material zu untersuchen und dann aus dem Studium allgemeine Gesichtspunkte zu gewinnen, die sich zu einem Programm verdichten können. Lehnen Sie also den Entwurf der Agrarkommission ab mit Ausnahme des letzten Vorschlages, der die Einsetzung einer Kommission will. — Zum Schluß noch ein Wort an Schippel. Ich habe keine Veranlassung, mich zum Vertheidiger Vollmar's aufzuwerfen. Aber das Wort Schippel's von seiner Charlatanerie, seiner Gewissenlosigkeit ist nur geeignet, neue persönliche Kämpfe heraufzuführen. Das geht zu weit. Dagegen muß ich namens der bayerischen Genossen Verfahrung einlegen. (Beifall.)

Molkenbuhr stellt fest, daß er nicht so weit gehe, wie der Frankfurter Parteitag gegangen ist; er habe nicht für die Frankfurter Resolution gestimmt und würde auch heute nicht für dieselbe stimmen, weil diese unerfüllbare Forderungen stelle. Anders liege es mit den Forderungen der Agrarkommission. Wenn Genosse Schippel mit einem großen Aufwand von Kraft sich gegen die reaktionäre Einrichtung der Einzelbewirthschaftung der Allmenden gewendet habe, so hätte man erwarten müssen, daß er als Konsequenz seiner Ausführungen die Annahme der Forderung verlangt hätte, daß Gemeindeland in eigener Regie der Gemeinde oder durch Genossenschaften bewirthschaftet werden soll. Statt die Konsequenzen seiner eigenen Ausführungen zu ziehen, läßt er die Frage offen und sucht dadurch den Anschein zu erwecken, als habe die Agrarkommission sich zur Vertheidigerin der von ihm verurtheilten reaktionären Einrichtungen aufgeworfen. Aehnlich verhalte es sich mit seinen weiteren Ausführungen. Er bekämpft etwas, was von jedem Sozialisten bekämpft wird. Wenn ich für die Forderungen der Agrarkommission eintrete, dann geschieht es nicht, weil ich glaube daß unser Programm für die Agitation nicht ausreicht, sondern weil ich der Ueberzeugung bin, daß eine politische Partei, wie die Sozialdemokratie, zu allen Tagesfragen Stellung nehmen muß. Dem Agitator wie dem Theoretiker steht die Wahl offen, welche Fragen er behandeln will, dem Politiker nicht. Als politische Partei müssen wir zu allen Fragen Stellung nehmen und können uns nicht, wenn uns die Nuß zu hart erscheint, mit vornehm philosophisch klingenden Reden über die Schwierigkeiten des täglichen Lebens hinwegsetzen. Die Agrarfrage beherrscht heute das öffentliche Leben, weil die Landwirthschaft sich in einer schweren Krisis befindet. Die Krisis wird von keiner Seite geleugnet, aber von vielen Seiten wird die Meinung verbreitet, daß jeder Zusammenbruch den Sozialismus fördert; das ist aber nicht richtig. 1867 brach in Ostpreußen die bis dahin betriebene Wirthschaft zusammen. Tausende Arbeiter verelendeten und verhungerten; aber Sozialisten haben wir an ihnen nicht gewonnen. Ein Zusammenbruch wird erst dann unsere Sache fördern, wenn vorher alle Hülfsmittel der kapitalistischen Produktion erschöpft sind. Die gegenwärtige Krise geht tiefer, sie ist allgemeiner, und daher suchen fast alle Parteien Abhilfsmittel vorzuschlagen. Fast sämmtliche gesetzgebende Körperschaften werden sich mit der Agrarfrage zu beschäftigen haben, und deshalb muß der Parteitag die Richtung angeben, in welcher sich unsere Genossen zu bewegen haben.

Zwei Richtungen lassen sich bis jetzt in den alten Parteien feststellen, die preußischen Junker, sowie der von diesen geleitete Bund der Landwirthe, wollen die Massen durch höhere Zölle, Geldverschlechterung, den Antrag Kanitz

und ähnliche Mittel ausbeuten und die Landarbeiter durch Heimstätten, Rentengüter u. s. w. in tiefere Versklavung herabdrücken. Diese Richtung müssen wir unter allen Umständen bekämpfen. Demgegenüber giebt es hervorragende Landwirthe, wie z. B. der freikonservative Schulz-Lupitz, welche die Mittel der Junker und des Bauernbundes verschmähen; sie wollen weniger die Massen und die Arbeiter, als den Grund und Boden stärker ausbeuten. Sie behaupten, durch rationelle Bearbeitung und intensivere Wirthschaft können dem Boden viel höhere Erträge abgerungen und die Noth der Landwirthe verringert werden. Unter den von der letztgenannten Richtung vorgeschlagenen Mitteln giebt es solche, die wir unterstützen können, weil durch diese die Entwicklung gefördert und beschleunigt wird und schneller zur Erschöpfung der Hilfsmittel der heutigen Gesellschaft führt. Die Gegner der Vorschläge sagen aber: durch die vorgeschlagenen Mittel würden den Unternehmern besondere Vortheile bewilligt und deren Privateigenthum gestärkt; es ist ungerecht, Einzelnen Nutzen zu bringen, und reaktionär, den Kampf der Kleinbesitzer um die Existenz zu verlängern. Die Ungerechtigkeit, welche in diesen Vorschlägen liegen soll, wird jetzt schon oft begangen. Wird nicht durch alle Kulturunternehmungen, denen wir bis jetzt zugestimmt haben, vielen Grundbesitzern und ganzen Unternehmerkreisen ein großer Profit in die Taschen gespielt? Der Bau von Eisenbahnen erhöht die Bodenwerthe in Nähe der Bahnhöfe; der Bau des Nord-Ostsee-Kanals hat die Grundstückspreise in Brunsbüttel und Holtenau mehr als verdoppelt, und die Unternehmer sind es, welche durch Verbesserung der Verkehrsmittel den höchsten Profit einheimsen. Obwohl diese Wirkung jedem Genossen bekannt ist, treten wir stets für Vermehrung der Verkehrsmittel ein, weil auch die ganze Bevölkerung mit an dem Nutzen dieser Einrichtungen theilnimmt.

Aehnlich verhält es sich mit den von der Kommission vorgeschlagenen Mitteln. Hebung der Ausbildung der Landleute durch Fachschulen, Musterwirthschaften, Versuchsstationen, Steigerung der Ertragsfähigkeit des Bodens durch Meliorationen, Ausdehnung des Jagdrechts u. s. w. sind Forderungen, die zunächst einzelnen Grundbesitzern großen Nutzen bringen; aber das vermehrte Angebot von Ackerbauprodukten drückt die Preise und nützt also der ganzen Bevölkerung. Die Meliorationen fördern das Genossenschaftswesen und dadurch den Großbetrieb. In der Landwirthschaft können Großbetriebe nicht so leicht wie in der Industrie gebildet werden, weil der Großunternehmer den bereits in festen Händen befindlichen Boden haben muß. Gilt es aber Vortheile auszunützen, welche den Großbetrieb bedingen, dann entschließt sich der Bauer leicht zur Genossenschaft, wie dieses die zahlreich vorhandenen Genossenschaftsmeiereien beweisen. Die Redensarten vom antikollektivistischen Bauernschädel und von der bäuerlichen Einsichtslosigkeit sind Verlegenheitsphrasen, deren Haltlosigkeit aus tausenden Beispielen des praktischen Lebens leicht nachgewiesen werden kann. Unser Programm hat bisher hauptsächlich den Industrie-Arbeiter ins Auge gefaßt, das zeigen unsere „Forderungen". Den Bauer zu schmeicheln ist mir widerlich; aber es ist auch unklug, wenn man ihn nutzlos insultirt, wenn man von bäuerlicher Einsichtslosigkeit und Besitzfanatismus spricht. Mit dem bloßen Beiseiteschieben der Agrarfrage erreicht man nichts; sie tritt im Leben an uns heran, und wir können uns nicht aus dem Leben heraus drängen lassen. Dann wären wir schlechte Kämpfer. (Lebhafter Beifall.)

Grünwaldt-Hamburg: Wer wollte bestreiten, daß Molkenbuhr mit seiner Taktik große Erfolge in Schleswig-Holstein erreicht hat. In dieser Provinz liegen die Verhältnisse aber auch eigenartig. Das Genossenschaftswesen ist dort außerordentlich verbreitet, aber es ist auch nicht zu verkennen, daß zum Theil die Verhältnisse der Arbeiter durch das Genossenschaftswesen verschlechtert worden sind. Was den Entwurf der Agrarkommission betrifft, so erscheinen mir die Fragen, in denen er bereits eine bindende Direktive geben

will, noch nicht spruchreif. Wir wollen ruhig noch 3, 4 Jahre debattiren und dann sehen, was wir zu thun haben. Vor Stegmüllereien werden wir dadurch doch nicht geschützt. Im Gegentheil; was würden nicht Leute, die zur Stegmüllerei neigen und Landtagsabgeordnete sind, anfangen, wenn sie das so erweiterte Programm in die Hand bekämen. — Die eigentlichen Bauern werden nach wie vor unsere Feinde bleiben. Ein wirkliches Aktionsprogramm werden wir erst nach Jahren bekommen. Deshalb bitte ich, die Kautsky'sche Resolution anzunehmen.

Die Debatte wird auf morgen vertagt.

Persönlich bemerkt

Quarck, daß die Aeußerung von Kautsky, er (Redner) habe sowohl den Engels'schen Ausführungen, als auch dem entgegengesetzten, von Engels verurtheilten Gedanken des französischen Programms zugestimmt, auf einer irrthümlichen Auffassung beruhe.

Schippel: Nach den Ausführungen von Bebel müssen die Genossen glauben, der Gipfel meiner Perfidie gegen die Agrarkommission sei durch den Brief erreicht, in dem ich mein Fehlen in den letzten Tagen zu entschuldigen bitte. Ich werde, um Klarheit zu schaffen, den Brief verlesen. (Geschieht.) Sie sehen also, daß darin vorgeschlagen ist, statt des Programmentwurfs nur die Punkte desselben als Gerippe und Unterlage für eine Diskussion vorzulegen.

Bebel: Ich habe Schippel wegen des Briefes nicht den Vorwurf der Perfidie gemacht, sondern nur auf seine fortwährend wechselnde Gesinnung hingewiesen und betont, daß er in den Brief wieder denselben Standpunkt eingenommen hat, den er in seinem ersten Artikel im „Sozialdemokrat" vertrat. Eine widerspruchsvollere Haltung ist mir bisher nicht vorgekommen. Mir ist freilich dieser seltsame Widerspruch nicht unerklärlich.

Schippel: Ich hatte nur die Absicht, durchzusetzen, daß aus dem Programm die agrarischen Forderungen entfernt werden sollten.

Singer: Mir ist die Mittheilung geworden, daß seitens des hiesigen Polizeipräsidiums (Rufe: Aha!) eine Verfügung an die Exekutivbeamten ergangen ist, jede Ansammlung sowohl Abends hier vor dem Lokal als auch bei dem beabsichtigten Besuch der Friedhöfe mit aller Schärfe zu verhindern. (Hört, hört!) Was mit der Ansammlung vor dem Lokal gemeint ist, ist mir unerfindlich, da wir ja auf den Kommers verzichtet haben und die Delegirten keine Veranlassung haben, sich heute Abend hier anzusammeln. Vielleicht handelt es sich um eine Ansammlung der Polizei. (Heiterkeit.) Was über die Verfügung inbezug auf den Besuch der Gräber anbelangt, so seien Sie sich bewußt, daß wir beschlossen haben, in zwanglosen Gruppen den Gräbern unserer verstorbenen Vorkämpfer einen Besuch abzustatten. Wir werden abwarten, ob man versuchen wird, uns an der Erfüllung einer Pflicht der Pietät zu verhindern. (Beifall.)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß 2 Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 10. Oktober 1895. — Vormittags-Sitzung.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Mehrere Begrüßungsschreiben sind eingegangen; das von „einigen Mitgliedern der Ferienkolonie" gesandte wird mit großem Beifall aufgenommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung theilt Antrick namens der Mandatprüfungskommission mit, daß nachträglich Proteste gegen die Giltigkeit der Mandate von Röhrle-Heilbronn und Gehr-Bremerhafen eingelaufen seien. Da beide Mandate für giltig erklärt und die Proteste verspätet eingelaufen sind, beantragt die Kommission, über dieselben zur Tagesordnung überzugehen.

Die Versammlung stimmt dem Antrage ohne Debatte bei.

Hierauf wird in die Tagesordnung (Fortsetzung der Berathung des Agrarprogramms) eingetreten.

David-Gießen: Parteigenossen! Die Vorschläge der Kommission sind von dem Korreferenten Schippel unter der Devise „nichts als Diebstahl" eingeführt worden. Zu diesem Vorwurfe des Diebstahls muß ich einige Bemerkungen machen. Der der Agrarkommission mitgegebene Auftrag erforderte natürlich Kenntnißnahme auch der Forderungen und Wünsche, welche aus den Kreisen der an der Agrarfrage unmittelbar mit dem eigenen Leibe Betheiligten in Presse und Parlamenten zu Tage getreten sind. Unsere Vorschläge sollten nichts anderes sein als Vorschläge für die Stellung, die die Partei zu den agrarpolitischen Tagesforderungen nehmen solle; Tagesfragen erfindet man nicht. Wir mußten da natürlich auch die Forderungen kennen lernen, die heute bereits von anderen Parteien geltend gemacht werden. Soweit diese Forderungen dem Interesse landwirthschaftlicher Kapitalisten und Unternehmer dienen, mußten wir sie von vornherein ausscheiden. Was übrig blieb mußten wir prüfen daraufhin, ob es nicht nur der Landwirthschaft in ihrer Gesammtheit, sondern auch der gesammten Bevölkerung zugute kommt. Diesen Forderungen mußten denn auch wir positiv näher treten.

Wenn Sie also erwartet haben, die Agrarkommission werde Ihnen das Produkt einer ganz neuen agrarpolitischen Phantasie vorlegen, dann allerdings haben wir Ihre Erwartungen getäuscht. Aber zu dieser Erwartung waren Sie der Natur des uns gegebenen Auftrages nach nicht berechtigt.

Sodann habe ich noch die Mitglieder des süddeutschen Unterausschusses gegen einen besonders schweren Vorwurf des Diebstahls und der Hehlerei zu verwahren. Der Genosse Schippel hat behauptet, wir hätten unsere Vorschläge dem Grafen Falkenhayn gestohlen und er hat dessen Name ganz geschickt dazu benutzt, die Vorschläge zu verdächtigen. Aber zunächst ist nicht, wie Schippel es dargestellt hat, fast das ganze Programm von Falkenhayn entlehnt: Unser Entwurf enthielt 15 Punkte. Es handelt sich um einen Punkt desselben; ja nicht einmal um einen ganzen Punkt, sondern um einen Passus in einem Punkte, nämlich um das Eintreten der Gemeinde bei Vergantungen. Schippel hat zwar behauptet, daß noch weitere Forderungen dem Falkenhayn'schen Gesetz entnommen seien, nämlich der staatliche Ankauf von Getreide direkt von den Produzenten und die Beleihung landwirthschaftlicher Produkte. Aber Schippel wird doch wohl nicht im Ernst behaupten wollen, daß das Dinge sind, die man an den Namen Falkenhayn anknüpfen kann. Das sind Dinge, die in fast allen agrarpolitischen Programmen vorkommen. Genosse Schippel hat uns der beabsichtigten Verheimlichung geziehen. Die Falkenhayn'sche Forderung ist seit Jahren in der Presse behandelt worden, sie ist jedem bekannt, der sich überhaupt mit diesen Dingen beschäftigt. Wir sind doch nicht so einfältig, Dinge, die seit Jahren diskutirt werden, als unser Eigenthum reklamiren zu wollen.

Nicht nur in der bürgerlichen Presse, auch in der Parteipresse hat der Falkenhayn'sche Vorschlag längst vor unserem Entwurf Beachtung gefunden. Das heißt, ich setze bei dem allem zunächst einmal voraus, unsere Forderung sei identisch mit der Forderung Falkenhayn's, was aber keineswegs der Fall ist, worauf ich nachher komme. Genosse Vollmar hat in seiner bekannten Agrarrede im bayrischen Landtag auch dieses Vorschlags Erwähnung gethan. Diese Rede ist als Sonderabdruck aus unserem Würzburger Parteiorgan in Tausenden von Exemplaren als Bauernagitationsbroschüre verbreitet worden. Es handelt sich also durchaus nicht um Dinge, die im Schoße der Kommission geheimnißvoll behandelt worden wären. Der Genosse Schippel hat dann in sehr dramatischer Weise die Person des Grafen Falkenhayn, „an dessen Händen das Blut der Bergarbeiter klebt", dazu benutzt, um gegen den Vorschlag Stimmung zu machen. Ja, wenn wir alle die Dinge verurtheilen wollten, die

von unseren Gegnern stammen, dann hätten wir noch manches andere zu verurtheilen, z. B. auch das allgemeine Wahlrecht, weil es von dem „Blut- und Eisenmann" stammt. Schippel selbst hat sich ja nicht gescheut, für seine Auffassung über die Wald- und Weiderechte Männer als Autoritäten heranzuziehen, die unsere schärfsten Gegner sind. Wollte ich mich in ähnlich dramatischer Weise ausdrücken, so würde ich sagen, er hat sich auf die Autorität der Männer gestützt, „an deren Händen das Blut der Bauern von Fuchsmühl klebt". Ein derartige Kritik ist werthlos; nicht die Person, sondern die Sache haben wir zu prüfen.

Was nun die Sache anlangt, so unterscheidet sich unser Vorschlag ganz wesentlich von dem Vorschlag Falkenhayn's. Ja, in seinem Endziel ist er das Gegentheil desselben. Man hat uns untergeschoben, wir wollten damit das Privateigenthum des zur Vergantung kommenden Bauern retten. Falkenhayn's Vorschlag läuft allerdings darauf hinaus, indem er Rentengütrr schafft. Davon ist in unserem Vorschlag keine Rede, er spricht nicht von Renten-, sondern von Lehengütern. Wir sagen, der Ankauf durch die Gemeinde und die Uebertragung des Gutes an den früheren Besitzer als Nutznießer soll dem Nutznießer durchaus nicht neuen Privatbesitz verschaffen. Aus taktischen Gründen wollten wir nicht von Pacht sprechen, denn Pachtverträge sind heute anrüchig, und wir sind der Ueberzeugung, daß, wenn man einem Landwirth die Nutznießung giebt, doch die Pachtfrist so stellen muß, daß genügende Zeit bleibt, Verbesserungen zu machen und sie vergolten zu erhalten. Also die Pacht soll über das Maß der heutigen Pachtzeiten hinausgehen; aber vor dem Schritt zum Privateigenthum, das verkauft und vererbt werden kann, haben wir durch das Wort Lehen, welches von „leihen" kommt, scharf Halt gemacht. Und so paßt sich unser Vorschlag in die Forderung, das Gemeineigenthum zu vermehren, hinein. Falkenhayn wollte mit seiner Politik die Landwirthe, auch eine breitere Masse von Kleinen, hinter sich bekommen als Bollwerk gegen die Arbeiterbewegung. Eine solche Absicht läuft den unseren natürlich schnurstracks entgegen. Von dem in unserem Entwurf enthaltenen Vorschlag ist in der von der Gesammtkommission gemachten Vorlage nur noch ein Gedanke festgehalten, nämlich das Vorkaufsrecht der Gemeinde bei Vergantungen von Grundstücken. Er entspricht dem Ziel, das Gemeindeeigenthum zu vermehren und die heutige blos politische Gemeinde allmälig in eine Wirthschaftsgemeinde überzuleiten. Die ganze Darstellung Schippel's war also falsch und seine Vorwürfe ungerecht. Ich will nicht in denselben Fehler wie er verfallen und Vorwürfe wie Unverstand und Gewissenlosigkeit gegen ihn erheben. Ich überlasse es dem Urtheil der Genossen, auf wessen Seite hier der Mangel an Verstand und Gewissen zu suchen war.

Bezüglich des Waldstreurechts haben wir uns nach Schippel nicht von wissenschaftlichen Grundsätzen leiten lassen. Wäre Schippel in der Kommission dabei gewesen, so hätte er außer seinen Gesichtspunkten noch manches Andere und Bessere hören können. Etwas Neues hat er uns nicht gesagt. Schippel hat die Interessen der rationellen Forstkultur mit dem Interesse der Gesammtheit, das Interesse des Fiskus mit dem des Volkes zusammen geworfen, obgleich das heute zwei ganz verschiedene Dinge sind. Die Forstverwaltung ist eine staatskapitalistische Verwaltung. Die Holzkultur ist ihr die Hauptsache. Deshalb ist es ihr angenehm, wenn der Bauer mit seinem Vieh ganz aus dem Walde fernbleibt. Die Darstellung vieler Forstbeamten über die Wirkung der Wald- und Weiderechte ist also einseitig, und kann nicht für uns maßgebend sein. — Uebrigens wenn es sich um die Erhaltung und Vermehrung des Wildstandes handelt, wenn das Jagdvergnügen der Herren in Betracht kommt, dann muß die „rationelle Forstkultur" hintanstehen. Da können Tausende und aber Tausende von jungen Stämmchen jährlich geschält werden, ohne daß

das „fiskalische Interesse" dagegen aufgeführt wird. Wohl aber tritt es sofort den Bauern gegenüber in Kraft, dessen Existenz an die Benutzung des Waldes gebunden ist.

Genosse Schippel hat sodann die Frage der Allmende ausführlich erörtert. Er zitirte aus Buchenberger und Anderen. Der Haupteinwurf war, daß die Allmenden zur Schollenkleberei führten. Ich sage hierzu: die Allmendtheilhaber sind einsichtig genug, um zu wissen, ob es für sie sich lohnt zu bleiben oder auszuwandern. Es soll durch Zurückhalten der Allmendberechtigten Uebervölkerung und Lohndrückerei in den betreffenden Dörfern entstehen. Betreffs der Lohndrückerei hat aber die Sache noch eine ganz andere Seite. Ich meine die Lohndrückerei, die in den Städten entsteht dadurch, daß die ländliche Bevölkerung in die Städte getrieben wird. Sie wird um so schlimmer, je mehr durch Aufhebung der Allmenden und des Waldstreurechtes so und soviel bäuerliche Elemente vernichtet und aus ihrem Eigenthum getrieben nach der Stadt kommen. (Beifall, Zuruf.)

Es wird mir zugerufen: „Das heißt also revolutioniren!" Ja, wenn die Lohndrückerei revolutioniren würde, dann wäre doch die ganze Thätigkeit unserer Gewerkschaften eine antirevolutionäre. (Sehr gut!) Sind denn die Gegenden, wo Hungerpreise gezahlt werden, der Boden, auf dem wir Gelegenheit zum Revolutioniren haben? (Zuruf: An die Scholle gefesselt!) Ja, bei dieser „Fessel" hat es der Kleinbauer doch jederzeit in der Hand, sie zu lösen, sobald er eingesehen hat, daß dies seinem Interesse entspricht. Was man jederzeit von sich schütteln kann, ist nach meiner Meinung keine Fessel.

Was nun die Verstaatlichung der Hypotheken betrifft, so hat nach Kautsky die Börse den Vortheil davon. Dem gegenüber frage ich, wo werden denn die Dividenden hinkommen, die heute die privaten Bodenkreditbanken in so reichem Maße ziehen. Heute haben die Kapitalisten den Vortheil des Hypothekengeschäfts und der soll ihnen gerade genommen werden. Das wissen die Herren auch und deshalb sind sie erbitterte Gegner der Hypothekenverstaatlichung. Dem Genossen Oertel gegenüber bemerke ich, daß technische Schwierigkeiten sich hier wie allerwärts finden, aber auch überwinden lassen. Auf seinen Einwurf will ich nur bemerken, daß man ja für Grenztaxen die erste, zweite und höhere Hypotheken festsetzen kann. So gut wie Private kann auch der Staat eine Risikoprämie in die Selbstkosten aufnehmen. Die Endgrenze wird da liegen, wo der eigentliche Werth des Gutes aufhört. Will man über den Werth des Gutes hinaus noch ein Geldleihen ermöglichen, so kann nur Personalbeleihung erfolgen. Auch hier ist man ja schon auf dem Wege, Organisationen zu schaffen. Das dem Privatkapitalisten durch die staatliche Organisation des Realkredits schon eingeschränkte Gebiet für Zinsziehung und Wucher wird dann noch weiter eingeschränkt.

Genosse Kautsky ließ dabei das Gespenst der Staatssklaverei des Bauern aufmarschiren. Jetzt haben wir die Sklaverei des Privatkapitals, die unter Umständen ganz offen politischen Druck auf den Bauern ausübt. Diese Privatsklaverei, die durchaus nicht zu unterschätzen ist (ich erinnere an die Eschweger Stichwahl), würde doch zunächst beseitigt. Und ferner: Der Bauer ist eine viel demokratischere, widerstandsfähigere Natur als etwa der ostelbische Landarbeiter. Sollte es dem Staat einfallen, den Bauern mit den Hypotheken zu kujoniren, so würde es wohl bald lebensgefährlich für den Landrath werden, in die Dörfer zu kommen. Der Staat würde dadurch die Bauern selber gegen sich revolutioniren.

Nun zur geforderten Vermehrung des Gemeindelandes und zum Verbot des Verkaufs öffentlicher Ländereien. Diese Forderung bezeichnet Schippel als Charlatanerie, deren sich kein westeuropäischer Sozialist mehr schuldig machen dürfte. Nun, auch westeuropäische Sozialisten, die wir bisher nicht gewohnt

sind, als Charlatane zu bezeichnen, stimmen in der Forderung der Vermehrung des Gemeindelandes mit uns überein. Das Programm unserer französischen Genossen enthält diese Forderung und unser Genosse Vandervelde hat dies ebenfalls in seiner Rede im belgischen Parlament als eine agrarsozialistische Forderung aufgestellt. Unserem Prinzip entspricht ja diese Forderung auch voll und ganz, es könnte sich nur darum handeln, ob es *jetzt* schon an der Zeit ist, diese Forderung praktisch geltend zu machen. Wir wollen das Gemeindeeigenthum doch prinzipiell vermehren. Und da kann schon heute manches geschehen. So können wir dafür bereits überall da eintreten, wo Grundbesitz zwangsweise den Eigenthümer wechseln soll. Ein Bauer, der zum Pächter von Land geworden ist, ist für uns infolge der veränderten wirthschaftlichen Existenzunterlage viel leichter zu gewinnen, als wenn er noch Eigenthümer wäre. — Nebenbei bemerkt: Wenn Kautsky sagt, der Kleinbetrieb bedingt das Privateigenthum an Boden, so ist das nicht richtig. Wo wollten Sie denn theoretisch den kleinen Pächter unterbringen?

Die Forderung des Naturalzinses im süddeutschen Programm ist als etwas ganz Ungeheuerliches hingestellt worden. Wir wollten dadurch dem Bauern das Aufgeben seines Privateigenthums bei der Vergantung erleichtern; ihm den Gedanken des freiwilligen Uebergangs zum Lehnsinhaber nahelegen. Wir boten ihm dadurch die Möglichkeit, aus der heutigen Zwangslage: auf der einen Seite zu festen Ausgaben gezwungen und auf der andern Seite auf schwankende Einnahmen angewiesen zu sein, herauszukommen. Wir Süddeutschen sind mit dieser Forderung in der Kommission nicht durchgedrungen; viel gewichtigere Erwägungen wurden uns entgegengehalten als die Schippel's.

Die Frage: ist der Großbetrieb dem Kleinbetrieb überlegen, ist eine theoretische, und ich halte, trotz der freundlichen Anmerkung des Genossen Kautsky, den Parteitag nicht für den Ort, sie zu erörtern. Sie zu entscheiden ist nicht Sache einer politischen Partei, sondern der landwirthschaftlichen Fachleute und vor allem der praktischen Landwirthe selbst. Hier heißt es auch: Probiren geht über Studiren. Die Frage ist übrigens eine unter den Fachleuten durchaus unentschiedene Streitfrage. Ein „fester Boden der Wissenschaft" existirt nicht; es giebt nicht zwei Professoren, die in einer Frage das gleiche denken. Die Wissenschaft hat den Muth, sich beständig zu mausern.

Wir haben in *dem* Sinne auf dem Boden der Wissenschaft zu stehen, daß wir ihr Fortschreiten wahrnehmen und uns zu nutze machen. Darum haben wir uns auch mit unseren Vorschlägen betreffs der Bewirthschaftung des öffentlichen Grundeigenthums nicht auf eine Theorie festgenagelt. Gerade die Freilassung verschiedener Bewirthschaftungsformen hat man so als ein leuchtendes Beispiel dafür angeführt, daß wir selbst noch nicht wüßten, was wir wollen. Wenn wir Forderungen für die Gegenwart aufstellen, so müssen wir doch den heute gegebenen thatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragen. Wir verlangen, die Gemeinde soll Grundeigenthum erwerben. Sie hat oder erwirbt heute ein Stück Wald, morgen eine Wiese, übermorgen ein großes angrenzendes Gut und demnächst vielleicht einige Ackerparzellen. Wald, Wiese oder Obstland kann und soll sie heute schon in eigene Regie nehmen. Für ein großes Gut ist eine Genossenschaft nicht unmöglich. Für wenige zerstreute Ackerparzellen wäre sie ein Unsinn. In solchen Fällen müssen wir es eben an Selbstbewirthschafter vergeben. Unter keinen Umständen aber dürfen wir zugeben, daß das Gemeindeland einem kapitalistischen Bewirthschafter überlassen wird. Denn das Prinzip verlangt Beseitigung der Ausbeutung, Verhinderung jeder Ausbeutungsmöglichkeit.

Nun sagt Kautsky, durch Ausschluß der kapitalistischen Bewirthschaftung bewirken wir, daß der betreffende Boden nicht rationell bewirthschaftet werden kann. Das ist eine Streitfrage; lassen wir sie dahingestellt. Aber eine

Aeußerung vom Genossen Kautsky hat mich doch verblüfft. Kautsky meinte, je mehr die kapitalistische Landwirthschaft sich entwickle, desto mehr werde der Boden ausgeraubt, da die erhöhte Ausbeutung des Bodens mehr Lebensmittel in die Städte bringe, dort mehr Dünger erzeugt werde und dieser kostbare Stoff dann in die Flüsse und ins Meer geschwemmt werde. Ja, wenn das wahr wäre, dann müßte man ja gerade den Bauern ihre „rückständige Betriebsweise" im Interesse unseres heimischen Bodens lassen.

Es sind immer noch falsche Auffassungen im Gange über den Begriff Kleinbauer. So wurde wieder von Kleinbauern mit Dienstboten gesprochen. Der Bauer mit Dienstboten ist nicht in Masse für uns zu gewinnen. Darüber ist auch die Kommission einig.

Kautsky hat Quarck gegenüber, der Engels zitirte, von Seiltänzerei gesprochen. Ich habe Engels ebenso verstanden und habe ich mich also auch der Seiltänzerei schuldig gemacht. Ich glaube ihn aber richtig verstanden zu haben. Engels kommt in dem Artikel trotz seiner Ansicht, daß es mit dem Bauern zu Ende gehe, doch zu der Meinung, es müsse für den Bauern in der Gegenwart etwas geschehen. Er spricht ausdrücklich davon, daß der Absturz der Bauern ins Proletariat gehindert werden müsse im Parteiinteresse. Das kann sich nicht auf die „revolutionäre Uebergangsperiode" beziehen.

Kautsky sagt in seiner Resolution, das Interesse der Landeskultur sei das Interesse der Besitzer. Wenn Sie dieses Prinzip der Resolution annehmen, so legen Sie sich in dem Sinne fest, daß Ausgaben für Landeskultur in Zukunft nicht mehr bewilligt werden dürfen. Das würde uns ungeheuer schaden. Ueberall werden für Landeskulturzwecke jährlich von unseren Genossen Mittel bewilligt; so in Bayern, Württemberg, Baden und auch in Sachsen. In Hessen ist vor einigen Jahren eine Landeskreditbank ins Leben gerufen worden, für die unverzinsbare Darlehen aus Staatsmitteln bewilligt sind, und dafür sind unsere Genossen eingetreten. Aehnliche Beispiele lassen sich in großer Menge nicht nur aus Hessen, sondern auch aus anderen Einzelstaaten anführen. Durch die Resolution Kautsky's aber wird diese bisher geübte Praxis unmöglich gemacht. Dasselbe gilt für Summen, die man für Gewerbeausstellungen, Gewerbeschulen und dergl. bewilligt. Wir dürfen uns nicht blos verneinend verhalten. Für uns ist vielmehr die politisch gebotene Stellung in diesen Fragen die, daß wir in die Forderungen der Agrarier unser demokratisches Oel hineingießen. Wir dürfen nicht einfach sagen, wir lehnen es ab, sondern wir treten auch dafür ein, aber wir zwingen Euch, es so zu gestalten, daß es nicht den Großbesitzern allein, sondern der Gesammtheit der Kleinen zu gute kommt. Von dem Standpunkte aus müssen Sie unsere Forderungen betrachten. Thun wir für die Landeskultur nichts, so leisten wir den Großagrariern einen Dienst, die uns dafür beim Bauern verklagen können. Wir treiben ihnen die Bauern in die Arme.

Ich will noch auf ein Beispiel aus der Wirklichkeit verweisen. Wir in Hessen hatten Ende vorigen Monats eine Jahresversammlung der zentralisirten landwirthschaftlichen Vereine, Genossenschaften ꝛc. Da wurde beschlossen, die Viehzucht im ganzen Lande einheitlich zu gestalten. Dazu sind staatliche Hilfsmittel nöthig, also unsere Genossen werden demnächst im Landtage mit dieser Frage zu thun bekommen. Zugleich wurde beschlossen, den Getreideverkauf über das ganze Land einheitlich zu organisiren und den Staat um Beihilfe anzugehen zur Errichtung von Bezirkslagerhäusern. Auch dazu werden unsere Vertreter Stellung nehmen müssen. Außerdem liegt der hessischen Kammer ein Antrag des Bauernvereinlers Köhler vor, die Bodenmeliorationen und Bewässerungen nach einem einheitlichen Plane mit Staatshilfe zu organisiren. Wenn wir da nach der Resolution Kautsky's alle Hilfe verweigern, dann jagen wir ja vollends die Bauern ins Elend. Wir wollen Landeskultur im Interesse der kleinen

Bauern treiben, nicht im Interesse der Großen. Kautsky hat weiterhin gemeint, es wäre leicht, über die Frankfurter Resolution zur Tagesordnung überzugehen. Wir beanspruchen, eine zielbewußte Partei zu sein, und spotten über den Zickzackkurs unserer Gegner. Dann dürfen wir doch selbst keinen Zickzackkurs einschlagen. Hüten Sie sich, den Gegnern durch solche rasche Aenderungen Ihrer Beschlüsse eine Waffe in die Hand zu geben und das Vertrauen auf unsere Zielbewußtheit zu erschüttern.

Wenn Sie meinen, daß die Fragen noch nicht spruchreif seien, so ist hiergegen nichts zu sagen. Aber nehmen Sie nicht die Kautsky'sche Resolution an, die dem Beschluß des Frankfurter Parteitages eine Ohrfeige giebt. Nicht dadurch haben wir, wie Kautsky sagt, die Massen gewonnen, daß wir die Köpfe revolutionirten. Durch die praktische, an die Gegenwart anknüpfende Thätigkeit haben wir die Massen gewonnen. Mit dem Revolutioniren der Köpfe können wir einige Studenten gewinnen. Mit Zukunftshoffnungen, mit Ideen, die keineswegs leicht zu begreifen sind, gewinnen wir die Massen nicht. Die Revolutionirung der Massen geht nicht vom Kopfe, sondern vom Magen aus. Mit der Revolutionirung der Köpfe wären wir eine kleine Sekte wissenschaftlicher Sozialisten geblieben, hätten aber keine Massenbewegung. Das ist nicht meine Ansicht, die Ansicht eines jungen Mannes, allein. Die erfahrensten, ältesten Genossen stimmen mit mir überein. Redner zitirt eine Stelle aus einer Rede Bebel's auf dem Halleschen Kongreß.

Sie haben dem Genossen Stücklen Beifall gegeben, als er betonte, die gemachten Vorschläge ließen sich schon auf Grund des prinzipiellen Programms vertreten. Dann sprechen Sie dies durch eine Resolution aus, damit sind wir ganz einverstanden. Unser Prinzip fordert Gemeineigenthum, Beseitigung des privaten Geld- und Kreditwesens, höchste Entfaltung der Landeskultur u. s. w. Alles das billigen wir im Prinzip. Es handelt sich also hier nur um die Frage, ob wir schon jetzt für derartiges praktisch eintreten dürfen. Wenn wir aber mit der Resolution Kautsky zu den Bauern kommen, so müßten wir ihm sagen, heute stimmen wir gegen alles, was wir selbst für die Zukunft fordern, weil es nicht der Gemeinheit zu gute kommt, erst muß der Zukunftsstaat eintreten. Damit erreichen wir aber nichts. Kautsky sprach von der Diktatur des Proletariats, aber darauf können wir lange warten, wenn wir 4—5 Millionen Menschen für garnichts halten und dem Bauern sagen, ihr müßt erst zu Grunde gehen. Wenn wir den Uebergangszustand haben wollen, so müssen wir praktische Politik treiben. Ich weiß aus persönlicher Anschauung, daß der Bauer im Allgemeinen ein einsichtsfähiger und praktisch denkender Mensch ist. Man darf des Bauern Eigenart nicht als Rückständigkeit betrachten.

In der Frage des kleinbäuerlichen Privateigenthums läßt sich auch mit dem prinzipiellen Programm ganz gut auskommen. Wenn die Bauern danach fragten, so verwies ich sie zunächst auf den prinzipiellen Satz, daß wir nur den kapitalistischen Besitz an Grund und Boden, also den Besitz, der groß genug ist, um als Mittel zur Ausbeutung von Lohnarbeitern zu dienen, angreifen. Wollten sie etwas über unsere zukünftige Haltung wissen, so las ich ihnen den Satz vor, der sich in unserer offiziellen Erläuterungsbroschüre zum Erfurter Programm Seite 25 findet und von Kautsky geschrieben ist. Es lautet: „Für die Kleinbetriebe wird wohl auch nach dem Siege des Proletariats das Privateigenthum an den Produktionsmitteln fortdauern — von einer Konfiskation der kleinen Bauerngüter und Handwerksstellen phantasieren blos unsere Gegner." (Zuruf.)

Sie meinen, ich hätte dann auch die nächsten Sätze vorlesen sollen. Ist auch geschehen; sie betonen ausdrücklich, daß es in die freie Hand der Bauern gestellt wird, zum Gemeinbetrieb überzugehen. Es also seiner eigenen Einsicht von dem, was ihm zum Besten dient, überlassen bleibt. Das sagt unser

Programm zur Zeit über das kleinbäuerliche Eigenthum. Und dasselbe wird schon in Liebknecht's „Grund- und Bodenfrage" sowie von Engels erklärt.

Der Genosse Oertel hat die erste Forderung des süddeutschen Entwurfs ins Lächerliche gezogen. Er wird seinen Scherz selbst nicht für Ernst nehmen wollen. So war die Sache nicht gemeint. Wir wollten vielmehr, indem wir von der Ernährungsfrage ausgingen, von vorn herein sagen: Die ganze Frage ist nicht nur eine Bauernfrage. Sie ist in höchster Linie die Ernährungs-, die Brotfrage, also eine Volksfrage! Das war der Grundgedanke. Nicht aus theoretischer Spielerei sprechen wir ihn aus, sondern aus praktischen und taktischen Gründen. Er legt am schärfsten unseren Gegensatz zu den eigentlichen Agrariern dar, welche als höchstes Ziel die Erhaltung der Landwirthschaft, der „Bauern", der „festesten Stütze der Monarchie" durch Zölle, Kanitzpreise, Liebesgaben u. s. w. hinstellen. Uns steht das Interesse der Gesammtheit am höchsten, nicht das Interesse eines Berufsstandes. Wir gingen nicht von dem Recht, sondern von der Pflicht der Landwirthschaft aus.

Die Agrarfrage ist eine politische Frage ersten Ranges. Daß sie in den Reihen der Genossen noch nicht volles Verständniß findet, liegt nicht an einem intellektuellen Mangel. Die Schwäche des Standes der Kommission liegt darin, daß hinter ihr nicht eine Masse steht, die die ländlichen Verhältnisse am eigenen Leibe empfindet, die Agrarfrage nicht als ihre eigene Existenzfrage fühlt. Diese Masse soll ja erst gewonnen werden. Die Kommission befindet sich in derselben Lage, wie die ersten Sozialisten aus der Bourgeoisie. Aber diese Schwierigkeit muß überwunden werden, sonst gefährden wir den Fortschritt der Partei. Die Ablehnung der Vorschläge der Kommission wird von unseren Feinden als feindselige Stellung gegen die Bauern, als Gleichgiltigkeit gegenüber ihrer Nothlage ausgebeutet werden.

Wenn Sie den Vorschlägen der Kommission nicht zustimmen wollen, so lassen Sie sich wenigstens Zeit. Wir sind in den Bauern nicht verliebt, das ist Unsinn. Aber wir halten es im Parteiinteresse und ich scheue mich nicht zu sagen, auch aus humanen Gesichtspunkten für geboten, einer großen Arbeiterschicht in der Noth des Lebens zu helfen. (Beifall.)

Singer theilt mit, daß Genosse Rauch aus Hannover durch die Verhaftung seines Kollegen an der „Volksstimme" zur Abreise gezwungen worden ist. An seine Stelle tritt Fülle in die Neuner-Kommission.

Ein Antrag, die Redezeit auf eine halbe Stunde zu beschränken, wird von Hoffmann-Bielefeld begründet, von Liebknecht bekämpft und vom Parteitag abgelehnt.

Zetkin-Stuttgart: Ich drücke zunächst mein Bedauern darüber aus, daß ich nicht zu Ihnen sprechen kann in der Rolle der „Stubengelehrten", von denen man hier verschiedentlich so wegwerfend gesprochen hat, aber ich will betonen, daß unsere Theoretiker nicht auf eine Stufe mit Stubengelehrten zu stellen sind, welche einen engen Ausschnitt des Lebens im engen Lichtkreis ihrer Studirlampe betrachten. Den Theoretikern unserer Partei ist die eingehende Kenntniß der Wirklichkeit eigenthümlich, die genaue Kenntniß der verschiedenen sozialen Erscheinungen und ihrer tiefen Zusammenhänge. Wir haben den Theoretikern ebenso viel zu verdanken wie den Männern der Praxis. Uebrigens kommt der Widerstand gegen die Vorschläge der Agrarkommission durchaus nicht lediglich aus den Kreisen der Theoretiker. Umgekehrt, die Masse der Genossen ist es, welche sich in schärfster Kritik gegen diese Vorschläge gewendet hat. Und dies nicht zufällig, sondern naturnothwendig, geleitet vom klaren Klassenbewußtsein, geleitet vom gesunden revolutionären Klasseninstinkt.

Nun zur Sache! Die Befürworter der Vorschläge der Agrarkommission meinen, dieselben seien nun annehmbar, weil sie in veränderter Form vorgelegt werden. Durch diese formale Aenderung ist meines Erachtens die

Situation nicht verändert worden. Die Kritik rügte an den Vorschlägen nicht blos, daß dem Programm Forderungen eingefügt werden sollten, die nicht in dasselbe gehören. Sie richtet sich vor allem dagegen, daß ein großer Theil der erhobenen Forderungen, die wichtigsten derselben, nicht dem Klassenkampfcharakter der Sozialdemokratie entsprechen. Charakteristisch für das Wesen dieser Vorschläge war der ursprünglich vorgeschlagene Einleitungspassus, daß wir im Rahmen der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung demokratisiren und sozialisiren wollen. Damit wurden der Sozialdemokratie Aufgaben gestellt, die sie im Rahmen der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung nicht erfüllen kann. Jede Demokratisirung zertrümmert einen Theil des Rahmens der heutigen Staatsordnung. Den Rahmen der bestehenden Staatsordnung demokratisiren wollen, läuft auf die bekannte „Republik mit dem Großherzog an der Spitze" hinaus. Dieser Geist des Widerspruchs, das Findenwollen der Quadratur des Zirkels beherrscht die Vorschläge der Kommission nach wie vor. Man hat gesagt, wir müßten ebenso für den Bauernschutz wie für den Arbeiterschutz eintreten. Andernfalls würden wir die Nothwendigkeit praktischer Reformarbeit leugnen, uns in Widerspruch mit uns selbst setzen. Auch vor den Vorschlägen der Agrarkommission ist die Sozialdemokratie für Reformen eingetreten. Aber diese Reformen, der Arbeiterschutz, bezweckten, die Arbeiterklasse körperlich, geistig und sittlich zu heben, sie damit wehrtüchtiger zu machen für den proletarischen Klassenkampf, ihn mit größerer Energie führen zu lassen. (Sehr richtig!) Mochten die von uns angestrebten Reformen noch so friedliche sein, sie wirkten dadurch eminent revolutionär. Außerdem bewegten sie sich in der Richtung der wirthschaftlichen Entwicklung und nicht gegen sie. Wir lehnten es — in Erkenntniß der Gesetze der bestehenden Wirthschaftsordnung — ab, die wirthschaftliche Existenz des Arbeiters zu sichern. Die Rücksicht auf die vom Referenten betonte Internationalität bestimmte uns nicht, dem Beispiele der Franzosen folgend die Forderuug eines Maximallohnes in unser Programm aufzunehmen. Wir wiesen die Forderung des Rechts auf Arbeit als eine utopistische ab, wir hoben hervor, daß in der heutigen Gesellschaft für den Arbeiter nicht blos das Recht auf Arbeit besteht, sondern der Zwang zur Arbeit, so daß man eher das Recht auf Muße fordern könnte. Ganz anders liegen die Dinge bezüglich des Bauernschutzes. Wenn wir den Vorschlägen der Kommission zustimmen, so treten wir ein für den Schutz des Bauern als Privatbesitzer. (Sehr richtig.) Es kann nicht die Aufgabe der Partei sein, welche die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel erstrebt, das Privateigenthum gegen die Eventualitäten sichern zu wollen, welche die wirthschaftliche Entwicklung für den Privatbesitz zeitigte. (Sehr richtig.) Und obendrein in dem Augenblicke, wo Dank der wirthschaftlichen Entwicklung beim Bauer der Glaube an die Vorzüge und an den ewigen Bestand des Privateigenthums langsam ins Wanken geräth. Der antikollektivistische Bauernschädel ist trotz Molkenbuhr's gegentheiliger Behauptung keine fromme Sage. Und wenn er jetzt allmälig anfängt, sich unserem Werke der Aufklärung zugänglicher zu erweisen, so, weil ihm seine Verhältnisse zeigen, wie richtig wir die sozialen Zustände erfassen, weil er beginnt einzusehen, daß er als Arbeiter in der sozialistischen Gesellschaft kulturwürdiger zu leben vermag, wie als „Besitzer" in der bürgerlichen Gesellschaft. (Beifall.) Genosse Quarck hat nun allerdings behauptet, die Vorschläge bezweckten nicht in erster Linie, etliche Tausende von Bauern für uns zu gewinnen, sie geschähen vielmehr mit Rücksicht auf die Aufgaben, welche die Sozialdemokratie im Interesse der Gesammtheit und der Zukunft auf dem Gebiete der Landeskultur zu lösen hätte. Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist meines Erachtens, den proletarischen Klassenkampf zu führen und zu organisiren. Für die Hebung der Landeskultur kann sie sich im Rahmen der heutigen Gesell-

schaftsordnung nicht programmatisch verpflichten. Da führt die Hebung der Landeskultur zu einer Hebung der wirthschaftlichen Lage von Privatbesitzern. Genosse Quarck befindet sich mit seiner Auffassung in Uebereinstimmung mit Professor Schmoller, der der nothleidenden Landwirthschaft eine Milliarde von Staatswegen zugewendet wissen wollte, und diese Forderung dem Sinne nach, ja fast wörtlich wie Genosse Quarck begründete. Wenn ich jene Ausführung lese, so ist es mir, als höre ich Dr. Quarck. Aber Schmoller's Vorschlag ist mir noch lieber als die Vorschläge, welche Dr. Quarck befürwortet. Ihm ist gleich die Rechnung beigefügt, welche das Volk begleichen muß und die auf eine Milliarde lautet.

Aber nicht nur mit Rücksicht auf den programmatisch festgelegten Bauernschutz sind die Vorschläge der Kommission entschieden zu verwerfen, auch mit Rücksicht darauf, daß sie die Sozialdemokratie in das staatssozialistische Fahrwasser lenken. Wir leben in einem kapitalistischen Staate, der durch Militarismus und Bureaukratismus verbösert ist. Und die Machtmittel dieses Staates sollten wir vermehren, indem wir für die staatliche Monopolisirung des Hypothekenkredits eintreten, für Vermehrung der Staatsländereien und Staatsbetriebe, für landwirthschaftliche Genossenschaften mit Staatshilfe ꝛc.? Kurz für Maßregeln, welche weite Schichten der Bevölkerung wirthschaftlich und damit politisch vom heutigen Staat abhängig machen? Es ist zwar betont worden, wir stimmten auch ohne Furcht vor der Abhängigkeit der Eisenbahnbeamten für die Errichtung von Staatsbahnen. Aber es ist ein Anderes, für eine Maßregel stimmen, und eine Maßregel im Programm festlegen. Und die politische Unfreiheit der Eisenbahnbeamten ist nicht gerade ein ermuthigendes Beispiel, die gleiche Vormundschaft für weitere Schichten der Bevölkerung herbeizuführen. Gedenken Sie der Ausführungen über die Postbeamten, welche unser Postetatredner, Genosse Schoenlank, in jeder Session des Reichstags mit eingehender Sachkenntniß und gewohnter Schneidigkeit kritisirt. (Sehr gut.) Wieder und wieder hat er nachgewiesen, welches Uebermaß der politischen Bevormundung die Postbeamten erleiden, wie Maßregelung auf jede Aeußerung einer politisch mißliebigen Meinung folgt, wie der Staat in das Privatleben seiner Angestellten eingreift, darüber wacht, daß nicht ein grüner Junge an dem ersten besten Frauenzimmer hängen bleibt. Nun sagt man, Stumm's Arbeiter sind nicht weniger unfrei. Aber Neunkirchen ist doch nicht überall und die Bevormundung des Staates braucht nicht größer zu sein als bei Stumm.

Bebel meinte gestern, die Junker benützten den Kredit der Landschaftskassen und sie seien trotzdem nicht abhängig vom Staat. Meines Wissens sind die Landschaftskassen keineswegs gleichbedeutend mit einer staatlichen Monopolisirung des Hypothekarkredits. Aber auch wenn dem so wäre, würden die Junker in der Folge allerdings nicht in Abhängigkeit vom Staate gerathen. Der Staat hat nicht die Junker. Die Krautjunker, zusammen mit den Schlotjunkern haben den Staat. (Sehr gut.) Könnte das Proletariat erst sagen: „Die Staatsgewalt bin ich!" so lägen die Dinge wesentlich anders. Wir würden dann die Maßregeln, welche die Kommission fordert, unbedenklich durchführen können; mehr noch, wir würden sie durchführen müssen; wir würden in den einschlägigen Reformen viel weiter gehen müssen. Aber wir müssen mit der Wirklichkeit rechnen, mit dem heutigen Staat. Bebel äußerte sich dem Sinne nach genau so auf dem Parteitage zu Köln gelegentlich der Frage des Antisemitismus. Er erklärte die Verstaatlichung der Hypotheken und ähnliche positive Maßnahmen für bedenklich und will sie nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen gelten lassen, unter der Herrschaft einer revolutionären Regierung. Genosse Liebknecht, der bereits vor 1868 in weitgehender Voraussicht auf die Bedeutung der Grund- und Bodenfrage hingewiesen hat, sprach sich auf dem Berliner Parteitage in der entschiedensten Weise gegen den Staatssozialismus

aus. Nachdem er das Wesen des heutigen Staats gekennzeichnet hatte, führte er aus: „Wenn in Deutschland den Großgrundbesitzern, die immer klagen, nicht bestehen zu können, vom Staat ihre Grundstücke nominell genommen, dafür aber angemessene „Liebesgaben" und das Recht verliehen würde, gewissermaßen als Satrapen des Staats, wie die Satrapen des alten Perserreichs, als Obersklavenhalter über die kleinen Leute und die Landarbeiter den Landbau zu leiten — wäre das nicht eine große Verbesserung für die Herren Junker, und glauben Sie nicht, daß dieser Gedanke oft schon in den Köpfen der gescheidteren Junker aufgestiegen ist? Selbstverständlich würden sie nur dann einwilligen, wenn sie sowohl an Einkünften als an Einfluß gewinnen würden, allein, das wäre auf dem Boden des Staatssozialismus leicht zu machen. Der Gedanke ist also durchaus nicht als völlig in der Luft stehend abzulehnen. Und sicher ist, daß diejenigen, welche in den oberen Klassen dem Staatssozialismus huldigen, keineswegs sich auf die Industrie beschränken wollen, sondern auch die Verstaatlichung des Grund und Bodens im Auge haben, aber immer selbstverständlich im Sinne des heutigen Junker- und Polizeistaats. Je stärker der Gegensatz wird zwischen Sozialismus und Kapitalismus, je mehr der Kapitalismus unter den Konsequenzen seines eigenen Wesens, unter den Wirkungen seiner eigenen Entwicklungsgesetze leidet, je mehr ihn die Furcht vor der anwachsenden Sozialdemokratie quält, desto näher rücken wir der Möglichkeit zur Verwirklichung dieses Gedankens." Bebel bestritt damals, daß in größeren kapitalistischen Kreisen die Neigung zur Verstaatlichung vorhanden sei. Liebknecht hielt seine Ausführungen aufrecht, aber das konnte auch er nicht voraussehen, daß wenige Jahre später eine staatssozialistische Meinung sich geltend machen würde im Lager der Sozialdemokratie, zwar nicht in weiten Kreisen derselben, dafür aber in einflußreichen Kreisen. Und das ist erklärlich genug: der Staatssozialismus steht in so schroffem Widerspruch zu dem Charakter der deutschen Sozialdemokratie, er verträgt sich so wenig mit den geschichtlichen Bedingungen, unter denen diese sich entwickelt und kämpft, daß Niemand das Auftauchen einer Strömung voraussehen konnte, welche die Sozialdemokratie zu staatssozialistischen Experimenten drängen wollte. (Sehr wahr und Heiterkeit.)

Im Rahmen der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung würden wir den staatlich monopolisirten Hypothekarkredit als Unteroffizierprämie bekommen. Die landwirthschaftlichen Genossenschaften mit Staatshilfe würden treffliche Stellen liefern für das Heer der Militäranwärter. (Beifall.)

Aber auch als praktische Agitatorin wende ich mich gegen die Vorschläge der Agrarkommission. Ich gehöre auch zu denen, „welche ein paar Versammlungen auf dem Lande abgehalten und einmal mit ein paar Bauern gesprochen haben". Mit Bauern, die nicht aus einem Roman genommen waren, deren Bekanntschaft ich auch nicht auf der Bühne gemacht hatte. Ich habe vor ihnen unser Programm mit dem größten Erfolge entwickelt. Nicht, daß ich diese Erfolge überschätze. Aber ich unterschätze auch nicht, was durch diese Agitation ausgerichtet wird. Ich meine, wir haben schon sehr viel gewonnen, wenn die nämlichen Bauern uns hören, die uns bisher mit Hunden aus dem Dorfe hetzten. (Sehr gut.) Wenn ich dabei auf meine persönlichen Erfahrungen verweise, so aus einem bestimmten Grunde.

In meiner Eigenschaft als Frau und als Sozialdemokratin hatte ich ein zweifaches Vorurtheil der ländlichen Bevölkerung gegen mich. Wenn sie meinen Ausführungen Beifall zollte, so beweist dies, daß auch die Bauern unserer aufklärenden Agitation auf Grund des jetzigen Programms zugänglich sind. Bieten wir überhaupt dem Bauer garnichts, wenn wir ohne die schönen Geschenke der Agrarkommission aufs Land kommen? Keineswegs. Wir bieten ihm schon jetzt viel in unserem Reformprogramm. In Sachen der Steuer-

fragen, des Militarismus, der Bildung bieten wir der bäuerlichen Bevölkerung viel mehr, als irgend eine bürgerliche Partei bieten kann. Deren miserable Haltung den Volksinteressen gegenüber bietet unserer Kritik die Breitseite dar. (Sehr wahr.) Gerade umgekehrt würde die Sache liegen bezüglich der Vorschläge der Kommission. Da werden wir von den Versprechungen der demagogischen Antisemiten und nicht minder demagogischen Konservativen um mehr als Nasenlänge geschlagen. (Sehr richtig.) Wir sind bei unseren Versprechungen gebunden durch die Rücksicht auf das Interesse des Proletariats. Die bürgerlichen Parteien kennen diese Fesseln nicht. Unsere Haltung gegenüber den Bauern wäre also beständig eine verklausulirte. Der Bauer würde demgegenüber erklären: Verklausulirung hin, Verklausulirung her. Mir ist der bürgerliche Politiker ohne Verklausulirung lieber. (Bravo!) Er wird den bürgerlichen Reformer uns vorziehen. Dieser verspricht ihm wirthschaftlich mehr und paßt sich außerdem den politischen, religiösen und sozialen rückständigen Anschauungen des Bauern an. (Sehr richtig!) Wir werden durch die Vorschläge der Kommission seine Sympathien nicht gewinnen, vor allem nicht auf die Dauer! Von heute auf morgen würde er es vielleicht mit uns versuchen, nach dem Sprichwort: Neue Besen kehren gut. Von morgen auf übermorgen würde er uns hassen, hassen mit der ganzen Wuth der enttäuschten Hoffnung! (Beifall.)

Daß die angeschnittene Frage eine brennende ist, bestreite ich durchaus nicht. Aber sie gehört meines Erachtens zu jenen Fragen, die wir im Rahmen der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung nicht lösen können. Es giebt eine Reihe solcher Fragen, so die der Krisen. Solche Fragen haben wir kritisch zu untersuchen, unsere Haltung ihnen gegenüber in Theorie und Praxis festzulegen. Wir dürfen uns aber nicht zum Zwecke ihrer Lösung in Experimente einlassen. Mit dem guten Willen allein ist's hier nicht gethan. Genosse David hat zwar erklärt, die Sozialdemokratie ist nicht die Partei des Wissens, sondern des Willens. Ich bin der Ansicht, daß die Sozialdemokratie die Partei des zielklaren Willens ist, weil sie die Partei des zielklaren Wissens ist. (Beifall.) Bequemen wir uns der Auffassung des Genossen David an, daß Probiren über Studiren geht, so treten wir in die Fußstapfen des Zickzackkurses. Er ist bis jetzt der sozialen Frage gegenüber vor lauter Probiren — mit dem Zuckerbrot, mit der Peitsche, mit allen möglichen Mitteln — nicht zum Studiren gekommen. (Sehr gut!)

Ueberraschen muß uns, daß von den Befürwortern der Kommissionsvorschläge wieder und wieder betont werden muß, daß dies oder jenes nicht gemeint war, daß die oder jene Konsequenz nicht beabsichtigt wurde. Ein Programm soll klipp und klar sagen, was wir wollen. Was ist das für ein Programm, das zu jedem Punkt einer Exegese bedarf, was damit eigentlich gemeint ist? Außerdem können wir nicht mit dem rechnen, was die Kommission gemeint hat. Nicht ihr gutes Herz ist maßgebend für den Werth ihrer Vorschläge, vielmehr die Einwirkung derselben auf den revolutionären Klassenkampf des Proletariats. Die Wirklichkeit ist so rücksichtslos, daß sie nicht blos über die guten Absichten der Agrarkommission zur Tagesordnung übergeht, sondern über die Auffassung der ganzen Sozialdemokratie, sobald diese sich vom Boden der thatsächlichen Verhältnisse entfernt. Die Gegner würden sich beeilen, die Konsequenzen aus den zu Beschlüssen und Programmpunkten erhobenen Vorschlägen der Kommission zu ziehen. Und dies mit um so größerem Eifer, je fehlerhafter die Prämissen sind, von denen wir ausgehen. Wir müssen die Vorschläge der Kommission um so entschiedener zurückweisen, als sie nur eine Lokalisirung jener Strömung in unserer Partei ist, welche vor allem positiv, praktisch sein will und über dem Reformeifer den Charakter unserer Partei vergißt, den Charakter der heutigen Staats- und Gesellschafts-

ordnung übersieht, die scharfe Zuspitzung des Klassenkampfes in Deutschland. Wir haben gerade gegenwärtig um so mehr Ursache, diese Richtung zurückzuweisen, als sich Genosse Bebel in Sachen der Agrarfrage für sie mit aller Wärme ins Zeug legt. Ich bitte, die folgenden Ausführungen durchaus nicht persönlich aufzufassen. Unter den Vertretern jener Richtung befinden sich Leute, die als Parteigenossen meine höchste Achtung besitzen, Leute, die mir als Freunde persönlich sehr nahe stehen. Nichtsdestoweniger sind sie mir als Richtung greulich. (Heiterkeit.) Und wenn ich Bebel unter ihnen sehe, so drängt sich mir unwillkürlich die Stelle aus „Faust" auf die Lippen: „Es thut mir in der Seele weh, daß ich Dich in der Gesellschaft seh'". (Lebhafter Beifall.) Wenn wir erleben, daß der Genosse, der noch wochenlang nach dem Frankfurter Parteitag als Saulus gegen die gekennzeichnete Richtung zu Felde gezogen ist, in der Agrarkommission sein Damaskus gefunden hat, so können wir nicht entschieden genug erklären: Die Sozialdemokratie geht nicht nach Soiensaß. Halten wir an dem revolutionären Charakter unserer Partei fest. Seien wir Reformer, seien wir Praktiker, allzeit und überall, wo wir es sein können, ohne den revolutionären Charakter der Partei preiszugeben. Aber sein und bleiben wir zum ersten Male revolutionär, zum zweiten Male revolutionär, zum dritten Male revolutionär! (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Liebknecht: Ich bin in der angenehmen Lage, allen theoretischen und prinzipiellen Ausführungen der Vorrednerin volle Zustimmung zu geben. Meine Worte über den Staatssozialismus, die sie zitirte, decken sich auch heute noch mit meiner Ansicht. Und wenn sie weiter zitirt hätte, würde sie sogar festgestellt haben, daß ich damals schon, im Gegensatz zu allen übrigen Rednern, die Kanitzerei voraussagte. Aber hier handelt es sich doch gar nicht um unsere theoretischen Grundsätze. Hier handelt es sich um eine Frage der Praxis.

Allein zunächst habe ich einige Worte über Wesen und Gang der gegenwärtigen Debatte zu sagen. Eine solche Debatte, in der mit solcher Sachlichkeit für und wider gesprochen wurde, ist bei keiner andern Partei möglich. Und so lange die Partei besteht, hat niemals eine Diskussion gründlicher und tiefer geführt werden können, als die über die Agrarfrage. Die Objektivität der Debatte hat in der Presse wochenlang gedauert; erst zuletzt kamen Vorwürfe und Angriffe unsachlicher Natur. Der erste, etwas merkwürdige Vorwurf war, daß sich die Mitglieder der Kommission in die Diskussion nicht hineingemischt hätten: man warf ihnen deshalb sogar Feigheit vor. Ich dächte aber, daß es positiv ein Beweis von Muth war, das Programm ohne jegliche Kaptivirung den Genossen vorzulegen, und, ohne sich einzumischen, es ihrer freiesten Kritik zu überlassen. Auch das persönliche Moment hat sich hineingemischt: Bebel ist angegriffen worden, weil er entsprechend dem Ruf, der durch die Wahl auf dem Parteitag in Frankfurt an ihn erging, sich nicht auf den rein negativen Standpunkt stellte wie früher, sondern in die Kommission ging und dort arbeitete. Statt ihn zu tadeln, sollte man das als Erfüllung einer Parteipflicht anerkennen. (Sehr richtig!) — Dann warf man den Kommissionsmitgliedern vor, sie hätten mit den drei Entwürfen der Unterkommissionen hinter dem Berge gehalten. Nun, sobald wir merkten, daß die Veröffentlichung gewünscht wurde, haben wir sie freudig und einstimmig beschlossen. — Wirklich, diese Vorwürfe hätte man der Kommission nicht machen sollen, sie waren recht häßlich. (Sehr wahr!)

Die Diskussion hier auf dem Parteitage ist nur durch einen Mißklang gestört worden. Nur von einer Seite ist der sachliche Boden verlassen und das persönliche Gebiet betreten worden. Das geschah von Seiten des Korreferenten Schippel. (Sehr richtig!) Er hat um sich geworfen mit Ausdrücken wie: Bosheit, Charlatanismus und Gewissenlosigkeit! Er hat die Kommissionsmitglieder als Kinder hingestellt, die sich an eine Aufgabe herangemacht haben, von der sie nichts verstehen. Jedes Kommissionsmitglied muß darüber doppelt empört

gewesen sein, daß dieser Vorwurf von Schippel kam. Jedes Mitglied konnte diese Vorwürfe in viel schärferer Form und mit viel mehr Recht gegen Schippel erheben. Hat er das, was er vorgestern sagte, erst gelernt, seit er in der Kommission war, so kann man vor seinem Wissen sehr wenig Respekt haben. Hat er es aber schon vorher gewußt, so hat er zum Mindesten sehr wenig loyal gehandelt, mit seiner Weisheit in der Kommission hinter dem Berg zu halten und seine Kollegen hernach hinterrücks zu überfallen. In keinem Fall hat er eine beneidenswerthe Rolle gespielt.

Ueber die Geschichte des Programmentwurfes brauche ich weiter nichts zu sagen. Aber wie stehen die Dinge? In Frankfurt auf dem vorigen Parteitag wird fast einstimmig ein Beschluß gefaßt, dahingehend, ein agrarpolitisches Programm durch eine Kommission ausarbeiten zu lassen, das den „Bauernschutz" enthalten soll. Die Mitglieder der Kommission mußten da entweder ihr Mandat zurückgeben, wenn sie sich von der Nutzlosigkeit des Bauernschutzes überzeugt hatten, oder sie mußten, wenn sie an die Möglichkeit und Nützlichkeit des Bauernschutzes oder richtiger besonderer Maßnahmen zum Vortheil gewisser Schichten der Landbevölkerung glauben, sich ihrer Aufgabe unterziehen und in der Kommission arbeiten. Ich gestehe, daß mir die Hast, mit der man nach dem Falle des Sozialistengesetzes in die Agrarfrage wie in ein neues Amerika hineinstürzte, sehr wenig gefiel. Ich war der Meinung, daß wir mit dem vorhandenen Programm ganz gut auskommen könnten. Wäre in Frankfurt Zeit geblieben, dann würde ich mich gegen die Motivirung und den Wortlaut der Resolution gewandt haben, wie es auch Bebel beabsichtigt hat.

Es muß aber zugegeben werden, seit den letzten Jahren haben sich die Verhältnisse geändert: die Agrarfrage ist brennend geworden. Und wir waren vor die Frage gestellt, ob wir die ökonomische Revolution, die in der Landwirthschaft ausgebrochen war und die ganze Landbevölkerung in ihren Lebensinteressen berührt, ignoriren wollten oder nicht. Die Bedeutung der Agrarfrage ist von allen Parteien, vom Junker herab bis zum bürgerlichen Demokraten, erfaßt worden, und sie alle wissen die Gelegenheit zu benutzen, um die Landbevölkerung für sich zu gewinnen. Müssen wir jetzt, da alle Parteien Forderungen im Interesse der Landbevölkerung stellen, nicht auch Forderungen aufstellen, die den Genossen bei der Agitation auf dem Lande als Richtschnur dienen? Ich für meine Person war von vornherein dagegen, daß ein neues, besonderes Programm gemacht werde. Ich war, wie ich es nannte, gegen alle Doppelwährung, denn es giebt nur eine Wissenschaft, nur eine Wahrheit, nur ein Prinzip. Indeß die vor uns liegende Frage ist keine Frage der Theorie, es ist eine Frage der Praxis und Taktik. Es giebt kein einziges Mitglied der Kommission, das nicht alle theoretischen Ausführungen Kautsky's und der Frau Zetkin unterschriebe. Seit die Partei konstituirt ist, haben wir auf den Parteitagen wenig theoretische Diskussionen gehabt. Die Feststellung des Programms ist rasch vor sich gegangen, nachdem das Sozialistengesetz vorüber war. Und die Einstimmigkeit der Annahme unseres Programms beweist, daß inbezug auf theoretische und prinzipielle Dinge Meinungsverschiedenheiten nicht bestehen. Aber was uns auf allen Kongressen beschäftigt und uns in unserer ganzen Thätigkeit die meiste Zeit und Arbeit kostet, das sind die praktischen Fragen. Die Partei ist, wenn sie nicht ihre Existenz aufgeben will, gezwungen, alle uns angehenden Tagesfragen von der praktischen Seite aufzufassen; und alles praktische Handeln ist mehr oder weniger ein Kompromiß zwischen Theorie und Thatsachen. Und in praktischer Hinsicht hat man die Vorschläge der Kommission ganz falsch aufgefaßt. Das Gespenst der Stärkung des Klassenstaats geht um. Aber es handelt sich ja bei den vorgeschlagenen Forderungen zunächst um die Stärkung der Staatsgewalt. In allen ähnlichen Fällen haben wir uns für die praktische Thätigkeit entschieden. Wir haben für den Nordostseekanal Geld be-

willigt; wir haben für den Arbeiterschutz gestimmt, obgleich die betreffenden Gesetze auch die Staatsmacht bedeutend ausdehnen. Wir sind für Staatseisenbahnen, obgleich wir dadurch gerade das hervorbringen, was Kautsky und Frau Zetkin als das verwerflichste und gefährlichste hingestellt haben: nämlich die Abhängigkeit zahlreicher Existenzen von dem Staat.

Wenn die Vorschläge der Agrarkommission angenommen und verwirklicht werden, dann wird allerdings die Macht des Staates ausgedehnt, aber sie wird nicht gestärkt; es ist hier wie mit dem Heere: je größer das Heer wird, desto mehr Elemente des Volkes kommen hinein, desto schwächer wird es Bollwerk gegen das Volk; und je mehr Existenzen vom Staat abhängen, desto weitere Verpflichtungen werden dem Staat aufgezwungen, desto weniger kann der Junker den Staat beherrschen. Es ist nicht zu befürchten, daß bei Verwirklichung unserer Vorschläge der Staat diese Machtmittel ausbeuten kann gegen die Sozialdemokratie; im Gegentheil: während er jetzt von den paar Junkern monopolisirt wird, mit denen die Millionäre der Großindustrie verbündet sind, werden wir nach und nach die gegenwärtige Hauptstütze des Staates, die Masse der Landbevölkerung gewinnen. Der Staat selbst wird verpflichtet sein, für die Kleinbauern zu sorgen, und der Staat wird dadurch mehr und mehr demokratisirt.

Ich komme bei dieser Gelegenheit auf die sogenannte Demokratisirung der Staatseinrichtungen und auf das, was Frau Zetkin sagte inbezug auf die Einleitungsworte: „im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung". Wir wollen keine Republik mit dem Großherzog an der Spitze. Was da gesagt ist, deckt sich mit der durchaus korrekten Fassung früherer Parteiprogramme und widerspricht unseren Prinzipien nicht im Mindesten. Die Dinge stehen doch etwas anders als Frau Zetkin sagte. Im zweiten Theile unseres Programms haben wir ausschließlich Forderungen aufgestellt, welche die „Demokratisirung der Gesellschaft" herbeiführen sollen, und sie bewegen sich sämmtlich „im Rahmen der heutigen Gesellschaft". Wer also von der Demokratisirung im Rahmen der bestehenden Verhältnisse nichts wissen will, muß den ganzen zweiten Theil unseres Programms streichen. (Sehr richtig!)

Es handelt sich überhaupt nicht um prinzipielle, sondern lediglich um praktische Fragen. Daran glaubt doch niemand mehr unter uns, daß der Kleinbetrieb gegenüber dem kapitalistischen Großbetriebe auf die Dauer bestehen und gedeihen könne. Um solche Wahrheiten, die in unser aller Fleisch und Blut übergegangen sind, auszusprechen, dazu braucht man keinen Parteitag. Die Frage ist: ist es praktisch, liegt es im Interesse der Partei, derartige Forderungen aufzustellen, wie es die Kommission gethan hat? Früher hat man öfter gesagt: das einzige Mittel, die Massen für den Sozialismus zu gewinnen, sei, sie völlig verelenden zu lassen; die Verzweiflung werde sie uns dann zutreiben. Diesen Aberwitz glaubt heute niemand mehr, jedenfalls kein kein Mitglied der Kommission. Und gerade, weil diese die Anschauung für Aberwitz hält, hat sie geglaubt, Ihnen die Vorschläge machen zu müssen, die sie Ihnen gemacht hat.

Arbeiterschutz und Bauernschutz sind allerdings zwei sehr verschiedene Dinge — darin hat Kautsky vollkommen recht; die Arbeiter stehen im Klassenkampf, die Bauern nicht, sie sind Opfer des Kapitalismus, aber wir haben noch Gruppen in der Bauernschaft, die mit den Arbeitern sehr wohl auf eine Stufe und in eine Schlachtordnung gestellt werden können.

Wir müssen bei der Landbevölkerung unterscheiden: 1. die Landarbeiter, über sie sind wir uns klar; 2. die Großbauern und Großgrundbesitzer, auch über sie sind wir uns klar; jetzt hat sogar Vollmar eingesehen, daß wir diese Gruppe nicht gewinnen können; 3. die Kleinbauern. Sind sie für uns auch nicht so wichtig wie die Landarbeiter, so bilden sie doch einen bedeutsamen Faktor, und sie sind für uns zu gewinnen — nicht durch Bauernfang, aber

durch Belehrung über ihre wirthschaftliche Lage. Ueber die Agitation unter den Kleinbauern haben wir verschiedene Urtheile gehört. Frau Zetkin sagte nur, daß sie keine nennenswerthen Erfolge gehabt hat, während Molkenbuhr mit seiner Agitation unter den holsteinischen Kleinbauern recht zufrieden ist und sein kann. Ja, wenn Frau Zetkin vor den Bauern so gesprochen hat, wie heute hier, dann wundert es mich nicht, daß sie wenig ausgerichtet hat. Mit theoretischen Reden und radikalen Schlagworten ist da nichts auszurichten. Man muß zu den Bauern, die genau so intelligent sind wie die Städter, die aber ihren eigenen Wirkungs- und Ideenkreis und ihre eigene Sprache haben, in ihrer eigenen Sprache reden, man muß an ihre Verhältnisse anknüpfen und ihnen sagen, weshalb sie verelenden. Ich habe die Landagitation nie anders betrieben; ich habe sehr lange halb ländliche Wahlkreise vertreten, und in Oberhessen, meiner Heimath, wo die agrarische Bewegung besonders lebhaft ist, habe ich mit gutem Erfolg Landagitation getrieben. Ich habe gefunden, daß man den Bauern, ohne daß wir unsere Ziele zu verschleiern brauchen, den Sozialismus beibringen kann. (Sehr richtig!) Wir müssen ihnen die ganze Wahrheit sagen, und nichts als die Wahrheit, aber so, daß sie die Wahrheit durch die greifbare Wirklichkeit verstehen. Wenn man ihnen sagt: der Staat übernimmt alle Eure Hypotheken, wir wollen Euch die alten Rechte erhalten und vermehren, das Gemeineigenthum nicht verzetteln lassen — so wird das den Bauern sehr wohl einleuchten. Freilich, wollte man dann hinzufügen: wenn dies durchgeführt wird, so ist Eurer Nothlage abgeholfen, so werdet Ihr reich und unabhängig, so wäre das Charlatanerie; aber so kann doch kein Sozialdemokrat reden. Kein Mitglied der Agrarkommission hat behauptet, daß das Kleinbauernthum im Besitz erhalten werden kann durch derartige Vorschläge, wie wir sie machen. Wir wollen nur den Bauern die Existenz erleichtern, sie ihnen nicht sichern als Besitzer. Wenn Manche die thatsächlichen Verhältnisse von der Warte der Theorie herab vornehm ignoriren wollen, so ändern sie damit nichts an den Thatsachen. Wenn man in Thüringen sieht, welche Bedeutung das Beerenlesen, Streuholen für die Bewohner hat, dann kann man diese Sachen nicht als Kleinigkeit betrachten. Von einer Verderbung der Wälder kann übrigens dabei nicht die Rede sein; an Wegnahme alles Streulaubs denkt kein Mensch. Es handelt sich da beiläufig um die Rechte aus dem Mittelalter, und die Leute, denen diese unsere Forderungen zu gut kommen, sind Proletarier, sind zum Theil schon jetzt sozialistisch gesinnt. Wenn man sagt, man soll die Kleinen je eher, desto besser zu Grunde gehen lassen, so verweise ich Sie auf Fuchsmühl: Aus Furcht vor kapitalistischer Verwässerung des Programms dem Kapitalismus freien Lauf lassen, das heißt den Teufel mit Beelzebub austreiben und den Kapitalismus stärken. Wenn man schon nach dem alten Programm unter der Landbevölkerung Ersprießliches leisten kann, dann doch erst recht mit den neuen Forderungen, die das Programm nicht abändern und gegen unsere Prinzipien nicht im geringsten verstoßen. Man muß den Bauern klar machen, daß wir sie als Einzelne unterstützen, als Klasse aber sie nicht retten können.

Man thut vielfach, als ob unsere Vorschläge etwas ganz Neues wären. Aber haben denn diejenigen von uns, die auf das Land hinausgegangen sind, dort nur prinzipielle Theorien entwickelt? Nein, wir sind dem Landvolk mit praktischen Forderungen gekommen. Ich z. B. habe — wie jedenfalls die meisten von uns — auf die Bedeutung der Demokratisirung der Gemeinde durch das allgemeine Wahlrecht, auf die Ungerechtigkeiten unseres Steuersystems, auf die Uebel des Militarismus hingewiesen und nachgewiesen, daß die Gemeinde gewissermaßen eine natürliche Genossenschaft ist, daß das Genossenschaftswesen, von dem man lange geglaubt hat, es sei wesentlich auf die Stadt beschränkt, auf dem Lande schon vor langer Zeit bestanden hat und daß die Gemeinde

auch heute noch den natürlichen Rahmen für genossenschaftliche Produktion bildet. In allen Gegenden Deutschlands sind unsere Genossen mit einem bestimmten, den örtlichen Verhältnissen angepaßten Programm vor die Landbevölkerung getreten. Wir könnten Ihnen fast aus allen ländlichen oder halbländlichen Wahlkreisen Deutschlands Agrarprogramme vorführen, in denen zum Theil weit, weit mehr als Parteiforderung formulirt ist, als in dem vorliegenden Entwurf. (Sehr richtig!) Die Agrarfrage liegt in der Luft, wir können uns ihr nicht entziehen, wir müssen ebenso wie alle übrigen Parteien Stellung nehmen. Wenn wir je nach Art, Zeit und Gelegenheit ein Gelegenheits- und Lokal-Programm aufstellen, so lockern wir die Einheitlichkeit der Partei und schwächen damit die Partei. Wir haben jetzt zwar kein Agrarprogramm, aber wir haben Dutzende von Agrarprogrammen. Das ist die reinste Anarchie. Wir müssen diesen anarchistischen Zuständen ein Ende machen und einen Entwurf aufstellen, an den die Genossen überall sich halten können und über den hinauszugehen Niemanden gestattet ist. Ob wir mit unseren Vorschlägen das Richtige getroffen haben, darüber läßt sich streiten, und darüber läßt sich reden, wenn wir in eine Spezialdebatte treten.

Der erste Entwurf ging von dem Grundgedanken aus, die aufzustellenden Forderungen in das Programm hineinzuflechten, um nicht den Verdacht einer prinzipiellen Doppelwährung zu erwecken. Wir in dem norddeutschen Unterausschuß haben uns nach Möglichkeit bemüht, unserem Standpunkt gerecht zu werden, es wurde jedoch die weit ausführlichere Fassung des mitteldeutschen Ausschusses dem Programmentwurf zu Grunde gelegt, und dadurch erlangten die einzelnen Punkte eine so große Ausdehnung, daß diese sich mit der Einverleibung in das Programm nicht recht vertrug. Da wir nach dem Verlauf der Diskussion in der Presse bezweifeln mußten, daß unsere Fassung vom Parteitag angenommen werde, so hat die Kommission in ihrer letzten Sitzung den Entwurf revidirt und getheilt. Sie hat diejenigen Punkte, von denen sie glaubte, daß sie in das Programm nothwendig gehören, in den zweiten Theil des Programms eingefügt und die übrigen Punkte als Agitations-Direktive für die Genossen in die Form einer Resolution gekleidet. Daß dieser oder jener Punkt auch in der revidirten Fassung einer Verbesserung fähig ist, bestreiten wir nicht, aber wir leugnen, daß irgendwie Forderungen aufgestellt sind, die unserem Prinzip zuwiderlaufen und den reaktionären Bestrebungen unserer Gegner Vorschub leisten. Es handelt sich nicht um „ein reformatorisches Pfuschwerk", nicht um ein Abweichen von unseren revolutionären Zielen, sondern um eine praktische Thätigkeit, wie wir sie auch im Reichstage und in unserer ganzen Parteipolitik üben. Ich muß die Kommission entschieden dagegen verwahren, daß sie irgendwie eine Verwässerung der Prinzipien beabsichtigt habe.

Man hat sich hüben und drüben auf Engels berufen. Den kenne ich doch auch, und ich kenne auch die zitirten Stellen. Mit Engels' Aeußerungen betreffs der Bauern verhält es sich genau so wie mit der Bibel; es sind Stellen da, die sich so auslegen lassen, und andere, die man anders auslegen kann. Außerdem stand ja Engels, als er jene Aufsätze schrieb, gar nicht vor einer so brennenden und scharf zugespitzten Frage wie wir heute. Hier noch ein Wort. Genosse David hat die Worte Privatkapitalist, privatkapitalistisch gebraucht. Ich habe bereits auf dem Erfurter Parteitage dargelegt, daß in diesem Ausdruck die Anschauung versteckt sei, als ob es einen Kapitalismus gäbe, der nicht kapitalistisch, d. h. nicht ausbeuterisch sei. Einen solchen Kapitalismus giebt es nicht. Wohl giebt es aber einen Kapitalismus, der nicht privatkapitalistisch ist — es ist das der Staatskapitalismus, den andere fälschlich als Staatssozialismus bezeichnet haben. Der Anschauung, daß durch die Stärkung der Macht des Staates die Arbeiter mehr geknebelt werden, halte ich entgegen, daß die immer intensivere Knebelung der Arbeiter überhaupt in der

kapitalistischen Entwicklung liegt. König Stumm als Privatindustrieller knechtet die Arbeiter genau so wie der Staatsbetrieb. Durch die Konzentrirung des Kapitalismus wird die Möglichkeit der Arbeiterorganisation nicht zerstört — auch die Arbeiter gewinnen dadurch an Machtmitteln. In Bezug auf die kapitalistische Entwicklung ist England weiter voran als Deutschland, und trotzdem haben wir dort so gewaltige Arbeiterorganisationen in Gestalt der Trades Unions gegen den Kapitalismus, daß dieser neuerdings in großen Klassenkämpfen hat erliegen müssen. Allerdings kann durch solche Rückzugsgefechte — denn Rückzugsgefechte sind es — der Sieg des Kapitalismus, so weit er lebensfähig ist, nicht aufgehalten werden, aber zugleich entwickelt sich immer mehr das organisirte Proletariat, und die Macht des Staates sinkt dementsprechend.

Dieser Entwurf kann umgearbeitet werden, Sie dürfen sich aber nicht in den Aether der Theorie verlieren. Die Praxis fordert ihr Recht. Sie müssen entscheiden, was unsere Partei in der Landfrage thun soll. Wenn wir, wie es in einer Resolution beantragt ist, alles verwerfen, so bereiten wir unseren Gegnern ohne Ausnahme einen großen Triumph. (Sehr richtig!) Sie werden einen solchen negativen Beschluß für sich ausbeuten und dem Landvolk sagen: die Sozialdemokratie, die Euch durch ihre Agitation auf Grund lokaler Programme so viel versprochen hat, hat durch den Parteitag erklärt, daß jeder Versuch, der ländlichen Bevölkerung innerhalb des heutigen Staates zu helfen, gegen ihr eigenes Prinzip und Programm verstoße. (Sehr richtig!) Damit arbeiten wir allen diesen sozialen Kurpfuschern in die Hand und leiten Wasser auf die Mühlen der Reaktion. In diesen Fehler dürfen wir nicht verfallen.

Es liegt der weitere Vorschlag vor, daß die Agrarkommission als solche ihr Mandat für erloschen hält und daß der Partei-Vorstand beauftragt wird, unter Benutzung der Kommissionsarbeiten durch geeignete Personen die Landfrage erforschen zu lassen und als Ergebniß in geeigneter Form der Partei vorzulegen. Diesen Antrag werden Sie ja wohl einstimmig annehmen, aber Sie nehmen ihm seine ganze Bedeutung, wenn Sie nicht mindestens eine Resolution fassen, welche die Stellung der Partei zu der ländlichen Bevölkerung präzisirt.

Ich weiß, daß die Einigkeit der Partei nicht gestört wird, wie auch die Entscheidung fallen möge; ich weiß, daß diese Diskussion zur Klärung beigetragen hat und beitragen wird, und ich bin sogar überzeugt, wenn der Beschluß des vorigen Parteitages nichts weiter als diese Diskussion zur Folge gehabt hätte, so brauchten wir ihn nicht zu bedauern. (Sehr richtig!)

Sie haben die Frage geprüft, und Sie haben zu entscheiden, wie Sie stimmen. Ich weiß, daß die Partei in guten Händen ist, in den Händen dieses Parteitages. Die hier versammelten Vertreter der deutschen Sozialdemokratie werden nichts thun, was nicht der Würde, den Interessen und den Prinzipien der Partei entspricht. Und so wie das Wohl der Partei es erheischt, fordere ich Sie auf, zu stimmen! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Nachstehender Antrag (124) ist eingelaufen und wird mit zur Debatte gestellt:

In Anbetracht des Umstandes, daß die erst in letzter Stunde vor Zusammentritt des Parteitages von der Agrarkommission in mehreren Punkten umgeänderte Vorlage einer absolut nothwendigen öffentlichen Debatte in der gesammten Partei nicht unterstellt werden konnte und der Vorschlag der Kommission, die Agrarforderungen nicht dem Parteiprogramm direkt einzuverleiben, denselben einen völlig veränderten Charakter verleiht, den unter anderen Voraussetzungen zum Parteitag gekommenen Delegirten jedoch unbedingt die Möglichkeit gelassen werden muß, mit ihren Mandatgebern eine Verständigung darüber zu suchen; — in fernerer Erwägung, daß die Agrarfrage von so eminenter, von keiner Seite bestrittenen Bedeutung für die Entwicklung der Partei ist, daß in dieser Sache die größte Vorsicht geboten

erscheint bei für die Gesammt-Partei maßgebend sein sollenden Beschlüssen, vertagt der Parteitag die heute als noch nicht spruchreif erkannte Frage und beschließt:

Den Partei-Vorstand zu beauftragen, den abgeänderten Entwurf mit ausreichender Begründung seitens der Agrarkommission versehen und unter Beifügung des dafür hauptsächlich maßgebend gewesenen Materials der Parteipresse und den Vertrauenspersonen gedruckt zuzustellen und letztere zu beauftragen, denselben in allerorts einzuberufenden Versammlungen zur öffentlichen Debatte zu stellen.

A. v. Elm. Baudert-Apolda. Theodor Schwartz-Lübeck. Bruno Schumann. Otto Stolten-Hamburg. Julius Bruhns. Frohme. A. Walter-Stützenbach. L. Emmel. M. Heinrich. A. Göbel-Mainz. Reichert. Joh. Heine-Ottensen. S. Deppe-Langenfelde. Schaal-Solingen. W. Haselbauer. H. Steinbach. Bérard. Förster. Martitke. Garbe.

Herbert-Stettin: Ich bin gegen die Vorschläge der Kommission. In der Provinz Pommern, wo große Erfolge in der Landagitation erzielt worden sind, ist auch nicht eine Stimme für den Entwurf laut geworden. Wir betrachten den Entwurf als ein Danaergeschenk, das uns gefährlich werden kann. Im Jahre 1893 schlug ich als Kontrolleur bei der Festsetzung der Tagesordnung des nächsten Kongresses vor, die Landagitation zu berücksichtigen. Ich dachte dabei aber nur, daß die praktischen Erfahrungen über die Landagitation ausgetauscht werden sollten. — Der Entwurf widerspricht dem Denken und Fühlen der Landbevölkerung, soweit ich sie kennen gelernt habe. Wir würden höchstens Mitläufer gewinnen, die Konservative und Antisemiten werden, wenn diese ihnen mehr versprechen. Was nützt uns der große Schwarm, der uns im entscheidenen Moment in Stich läßt. Die Verstaatlichung der Hypotheken nützt dem Bauer gar nichts. Bis zur Beleihungsgrenze bekommt er bei dem heutigen Geldüberfluß zu billigem Zinsfuße Geld. Und über die Beleihungsgrenze hinaus kann ihm der Staat, ohne die Gesammtheit zu schädigen, auch nicht Geld geben. Warum schlägt man nicht gleich die Verstaatlichung aller Schulden vor? Dann wäre es wenigstens ein Glück, Schulden zu haben. Der Bauer ist sehr mißtrauisch; er hält uns für Schwindler; er ist in gereizte Stimmung gegen uns gerathen, seit der Entwurf bekannt ist. Die Aufhebung der Grundsteuern wäre den Junkern sehr angenehm. Ein Schauspiel für Götter: Sozialdemokraten Arm in Arm mit den Kanitz' und Kardorff's. Deshalb muß der Entwurf definitiv begraben werden. Man darf den Gegnern des Entwurfs nicht vorwerfen, sie wollten, daß nichts geschehe. Im Gegentheil: wir wollen, daß etwas geschehe, nur in anderer Richtung. Das unentgeltliche Vertheilen von Druckschriften auf dem Lande halte ich für ein geeignetes Mittel. Aber dazu gehört Geld. Auch auf dem Lande wird durch das Eindringen der Maschinen die Wirthschaftsweise revolutionirt. Ueberstürzen wir nichts, der Landmann kommt zu uns, langsam aber sicher. Unsere Stellung zur Agrarkommission ist nicht durch persönliche, sondern durch sachliche Gegnerschaft bestimmt. Aber um so entschiedener rufen wir: Laßt Euch von der Agrarkommission nicht umgarnen! (Beifall.)

Die Debatte wird abgebrochen.

In persönlicher Bemerkung Kautsky: Genosse David hat behauptet, ich hätte mich dahin ausgesprochen, als seien von jetzt ab alle Ausgaben im Interesse der Landeskultur zu verwerfen. Ich habe das nicht gesagt. Ich habe nur dagegen protestirt, daß das Agrarprogramm und der Referent das Interesse der Landeskultur für gleichbedeutend erklären mit dem Interesse des Proletariats. In ein Parteiprogramm gehört das Interesse der Landeskultur nicht.

In persönlicher Bemerkung David: Ich habe mich gegen die Kautsky'sche Resolution, nicht gegen eine Aeußerung Kautsky's gewandt. In dieser Resolution wird das Prinzip ausgesprochen, daß die Ausgaben für Landeskultur nur den

Besitzenden nützten. Durch die Annahme dieses Prinzips würde der Praxis, die unsere Genossen in den Landtagen bei Aufwendungen für die Zwecke der Landeskultur bisher immer befolgt haben, der Todesstoß versetzt werden. Noch ein Wort gegen Frau Zetkin. Ich habe nicht, wie sie behauptet, gesagt: Unsere Partei ist eine Partei des Willens, nicht des Wissens. Im Gegentheil, ich bin ganz ihrer Meinung: unsere Partei ist eine Partei des Wissens und des Willens. Nur in Bezug auf die betriebstechnische Frage in der Landwirthschaft habe ich gesagt: das ist eine Frage der landwirthschaftlichen Theorie und Praxis. Binden wir uns nicht und machen wir diese Frage des Wissens nicht zu einer des Willens.

In Rücksicht auf die Erledigung der Geschäfte macht Singer dem Parteitage den Vorschlag, die Debatte über die Agrarfrage in der heutigen Nachmittagssitzung auf jeden Fall zu beendigen.

Der Parteitag ist damit einverstanden.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird deshalb festgesetzt, daß für den Rest der Diskussion die Bestimmungen der Geschäftsordnung (10 Minuten Redezeit) wieder gelten sollen. Eingeschrieben sind noch 14 Redner für, 37 gegen den Entwurf der Agrarkommission.

Singer: Ich habe dem Parteitage noch eine Mittheilung zu machen. Vor mir liegt die Nummer 470 der „Braunschweigischen Landeszeitung" vom 8. Oktober d. J. Das Blatt ist vermuthlich nationalliberal. Es heißt in seinem Spitzartikel:

„Der sozialdemokratische Parteitag in Breslau hat sich wieder einmal mit den Parteigehältern zu beschäftigen gehabt. Es giebt nämlich unter den Sozialdemokraten immer noch sonderbare Schwärmer, welche mit zäher Hartnäckigkeit an den Grundsatz festhalten, niemand habe ein Recht auf Ueberfluß, so lange es einem Mitmenschen, in specie einem Parteigenossen noch am Nöthigsten fehle und die in Konsequenz dieser Anschauung die Parteigehälter für viel zu hoch halten. Herr Liebknecht erhält bekanntlich 7200 Mark als Chefredakteur vom „Vorwärts" und außerdem noch mehrere tausend Mark an Diäten als Reichstags-Abgeordneter, trotzdem ihn diese parlamentarische Thätigkeit keinen Pfennig kostet. Denn er ist ja ohnehin in Berlin seßhaft und die Zeit, die er im Parlamente verbringt, geht seiner redaktionellen Thätigkeit im „Vorwärts" verloren, in dessen Bureau er sich überhaupt nur selten, höchstens honoris causa einmal sehen lassen soll. Er läßt sich also für seine Arbeitskraft, die nie groß gewesen, doppelt bezahlen. Wie er, so machen es aber auch alle Parteibeamte, die zugleich Abgeordnetenmandate besitzen, und das ist die Mehrzahl. Als deren Wortführer warf sich gestern Parteisekretär Fischer ins Zeug, der ein Gehalt von 5000 Mk. bezieht und auch nicht gern auf die Extradiäten verzichten möchte, wie man ihm ansinnt. Herr Fischer ist vierzig Jahre alt und von Hause aus Schriftsetzer. Er hat es somit schon recht weit gebracht. Im Jahre 1880 war er noch in so bedrängten Verhältnissen, daß er Mein und Dein nicht gehörig unterschied und in Altona wegen Diebstahls zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt wurde. Er ist aber nichts destoweniger sehr stolz und vollkommen davon überzeugt, daß er sein Proletariergehalt redlich verdiene. „Wenn ich ihn nicht verdiene, dann ist es Ihre Pflicht, mich zum Teufel zu jagen", hat er gestern stolz ausgerufen. Danach scheint es ja, daß sich sein Schaffenstrieb seit der Zeit, da er wegen Arbeitsscheu und Landstreicherei drei Monate im Arbeitshause gesessen, etwas gestärkt hat, aber unsozialdemokratisch ist sein Ansinnen an die Partei, ihn und seine Fraktionsfreunde im Genuß ihrer Doppeleinkünfte zu lassen, ohne Zweifel. Bemerkenswerth ist übrigens, was bei der Diskussion über die unterschiedliche Bewerthung der körperlichen und geistigen Arbeit richtiges gesagt worden ist. Ausdrücklich wurde der Qualifikationswerth der geistigen Arbeit anerkannt und damit das Grundprinzip der sozialdemokratischen Doktrin über den Haufen geworfen. Stimmt die Versammlung diesen Anschauungen bei, so beweist sie damit, daß auf dem sozialdemokratischen Parteitage zwar viele Menschen, aber wenige Sozialdemokraten anwesend sind."

Da es sich hier um ein Mitglied des Parteitages handelt, über das derartige Dinge gesagt sind, so habe ich zu erklären, daß Alles, was diese Notiz über Fischer enthält, Wort für Wort niederträchtige, infame, gemeine Lüge ist! (Lebhafter Beifall.) Dieser Ehrabschneiderei, mit der sich in letzter Zeit gewisse Preßorgane an Mitglieder unserer Partei heranwagen, muß ein Ende gemacht werden. So sehr wir das Preßgesindel, das seine Feder zu solchen Verleumdungen hergiebt, verachten, so halten wir es doch mit Rücksicht auf unsere Partei und mit Rücksicht darauf, daß diesem Volke endlich einmal zur Warnung der Mund geklopft werden muß, für geboten, daß Fischer in diesem Falle den verantwortlichen Redakteur verklagt. (Beifall.) Für die Parteigenossen aber möchte sich vielleicht aus diesem Vorfall eine Mahnung ergeben. Die Genossen, die solche Dinge zur Sprache bringen, sehen, welche Freunde und Kampfgenossen sie sich damit erwerben. Vielleicht ziehen sie daraus die Lehre, diese Fragen in Zukunft mit mehr Rücksicht und Delikatesse zu behandeln, als es bisher manchmal geschehen ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Mittagspause tritt ein.

Schluß $1^1/_4$ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

$3^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Vor Eintritt in die Tagesordnung theilt Singer mit, daß an Stelle von Rauch Genosse Wiehle aus Hannover eingetroffen sei. In die Neumerkommission trete an Stelle Rauch's Genosse Fülle, der nach Rauch die höchste Zahl der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Ferner bemerkte Singer, es seien ihm von verschiedenen Seiten Vorhaltungen gemacht worden, daß er nur die gegen Fischer, nicht aber die gegen Liebknecht erhobenen Angriffe der „Braunschweiger Landeszeitung" zurückgewiesen habe. Der Parteitag sei wohl einstimmig in der Anschauung, daß Liebknecht zu hoch stehe, als daß ihm irgend jemand den Vorwurf der Faulheit machen könne. (Beifall.) Um aber keinen Zweifel aufkommen zu lassen, betone er ausdrücklich, daß die gegen Liebknecht erhobenen Beschuldigungen mit Ausnahme der Angaben über die Höhe seines Gehaltes als Redakteur genau so aus der Luft gegriffene Verleumdungen sind, wie die gegen Fischer erhobenen Beleidigungen. (Lebhafter Beifall).

Beim Büreau ist folgende Erklärung eingegangen:

„Die unterzeichneten Delegierten von Berlin und Umgegend protestiren dagegen, daß die von ihnen vertretenen Anträge mit den Verleumdungen der Braunschweiger Landeszeitung in Verbindung gebracht worden sind." (Folgen die Unterschriften sämmtlicher Berliner Delegirten.)

Seitens der Parteigenossen aus Oderau (Oesterr. Schlesien) ist der Genosse Marck zum Parteitage entsandt worden, der das Wort zu folgender Ansprache ergreift: Ich bin beauftragt worden, Ihnen die besten Wünsche zu Ihrem Parteitage zu überbringen. (Beifall.) Leider habe ich gestern die Nachricht von der Ausweisung des Genossen Ellenbogen bekommen. Ich hätte nicht geglaubt, daß in Deutschland die Redefreiheit und das Versammlungsrecht so sehr beschränkt wären, bisher dachte ich, Oesterreich allein liegt an der russischen Grenze, aber jetzt bin ich anderer Meinung geworden. (Heiterkeit.) Ich bin gestern und heute den Verhandlungen über das Agrarprogramm gefolgt. Diese Frage ist so wichtig, daß sie mit aller Energie und Kraft zu Ende geführt werden muß. Sie ist um so schwieriger, als wir meistens aus Industriezentren stammen und die Landwirthschaft aus eigener Anschauung wenig kennen. Es handelt sich hier lediglich um eine Frage der Taktik, und ich bin überzeugt, daß Sie, wie immer, den richtigen Weg finden. Hier herrschen zwei Richtungen vor, die eine will den Bauer erst frei machen und dann gewinnen, die andere schlägt den umgekehrten Weg ein. Aehnlich stand es ja vor Jahren in Oesterreich,

als wir die Frage erörterten, durch Freiheit zur Bildung oder: durch Bildung zu Freiheit. Wird man in der Agrarfrage heute nicht einig, so vertage man den Beschluß auf das nächste Jahr, bis man einig ist. Mögen die Berathungen, die Sie führen wollen, zum Wohle der Partei sein! (Bravo!)

Zur Geschäftsordnung beantragt von Elm, dem Genossen Schoenlank eine halbstündige Redezeit zu gewähren. Schoenlank war Referent auf dem Frankfurter Parteitag; es ist ihm unmöglich, in zehn Minuten auf die zahlreichen Angriffe zu antworten.

Börner spricht gegen den Antrag. Es dürfe keine Ausnahme gemacht werden. Was Schoenlank antworten könne, hätten andere schon gesagt.

Der Antrag wird abgelehnt. In der wieder eröffneten Diskussion über das Agrarprogramm erhält das Wort

Dr. Schoenlank: Es ist mir leider nicht möglich, in dem kurzen Zeitraum von 10 Minuten auf alle die Einwände auch nur skizzenhaft einzugehen, die gegen den Entwurf und die Arbeit der Kommission geltend gemacht wurden.

Was ich als Eindruck gewonnen habe von den Verhandlungen, und was ich unverhohlen ausspreche, besteht darin, daß ich mich sehr freue, in Köln den Stein ins Rollen gebracht zu haben. Es ist von der höchsten Bedeutung, daß endlich einmal die Sozialdemokratie gezwungen worden ist, in der Agrarfrage Farbe zu bekennen. Es ist charakteristisch und für mich war es selbstverständlich, daß durch solche Differenzen der Meinungen eine solche Spaltung in zwei Lager eingetreten ist. Für den Psychologen, für den Historiker wird es sehr lehrreich sein, zu sehen, wie sich diese Gruppen gebildet haben und was für Leute auf der einen oder auf der andern Seite stehen. Es ist ein Symptom der Umbildung der Begriffe in der Partei, und blos die, die nicht sehen wollen, werden glauben, daß es im alten Schlendrian weiter geht. Es geht eine Revision der Vorstellungsweise in der Partei vor; wir haben aufgehört, die Partei allein des Industrieproletariats zu sein. Die Sozialdemokratie ist die Partei aller proletarischen Unterdrückten, der Nothleidenden aller Schichten, und die Politik, die die Gegner des Entwurfs treiben wollen, ist reine Industriearbeiterpolitik (Gelächter). Das Gelächter ist keine Widerlegung; Thatsachen beweisen. Die Revision unserer Vorstellungen geht unaufhaltsam weiter, und der verbissene Fanatismus der Parteidogmatiker in der Partei fängt bereits an zu bröckeln. Das Klassenbewußtsein erwacht schon in breiten Schichten des Landproletariats, und große Gruppen sind noch kraft ihrer Lage zu gewinnen. Sie werden noch einsehen, daß wir jetzt mit der Agrarfrage auf das Ernsthafteste zu rechnen haben werden, mit neuen Begriffen, mit neuen Zielen. Das Agrarwesen läßt sich nicht nach der alten Schablone behandeln, die bisher so oft an die Stelle der Forschung und der Erkenntniß getreten ist. Der Dogmenfanatismus ist viel schlimmer als der Eigenthumsfanatismus der Parzellenbauern. Außerdem ist der Parteidogmatismus durchaus nicht die Konsequenz der materialistischen Geschichtsauffassung. Marx und Engels würden sich schön dafür bedanken, daß man ihre Anschauung so, wie es geschieht, als Schablone behandelt. Engels hat erst in einem kürzlich veröffentlichten Briefe davon gesprochen, daß gerade die Marxisten Marx oft falsch verstanden und die Methode der materialistischen Geschichtsauffassung falsch angewendet hätten. Wir müssen nach den veränderten Verhältnissen auch unsere Taktik ändern. Jener Theil der Partei, der von Neuerungen nichts wissen will, ist konservativ, der andere Theil ist revolutionär. (Sehr wahr! Gelächter.) Sie lachen heute, in einigen Jahren vielleicht schon werden sie traurig sein. Sie kennen doch die Parteigeschichte, oder wenigstens es wäre gut, wenn Sie sie kennten; im Jahre 1869 hat das „Demokratische Wochenblatt" erklärt, die Schweitzerianer lieferten durch ihre Arbeiterschutzanträge die Arbeiter in die Hände Bismarck's, und jüngst ist von

einer Genossin erklärt worden, die Agrarkommission hätte Neigung, sich an den Tisch der Könige zu setzen. Allerdings wurde diese Aeußerung revozirt.

Kautsky hat von ehernen Thatsachen und von der Naturnothwendigkeit gesprochen; aber mit Naturnothwendigkeit beweisen die ehernen Thatsachen, daß wir es zu thun haben mit einer Umbildung in der Landwirthschaft und und mit einer Umbildung im Gebiete unserer Auffassungen von der Landwirthschaft, die uns entscheidend beeinflussen wird im Gange der Politik. Die „nägelbeschlagenen Schuhe der Bauern" sind doch auch eherne Thatsachen. Wir werden es merken, daß, wenn wir nicht rechtzeitig richtige Agrarpolitik treiben, wir zu spät kommen. Wenn das Landvolk den Ausschlag geben wird bei dem großen sozialen Entscheidungskampfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat, dann wird sich zeigen, wer im Rechte war. Diese Entscheidung dadurch herbeizuführen, daß man deduzirt, man müsse die Bauern erst fertig werden lassen, beim großen Kladderadatsch würden wir sie schon bekommen, heißt, die Bauern der Verelendung und Verlumpung zu überlassen. Wir haben die Pflicht, jetzt hier einzugreifen.

Wenn man uns den Vorwurf macht, daß wir ja Forderungen aufstellen, die verwandt oder ähnlich seien mit den Forderungen anderer politischer Parteien, so ist das ein schwächlicher Einwurf. Unser Programm hat ja in seinem zweiten Theil eine ganze Reihe solcher Forderungen; aber was wir wollen und was die Gegner wollen, ist grundverschieden; es kommt auf den Zusammenhang an, in dem die Forderungen gemacht werden, auf die grundlegenden prinzipiellen Absichten. Wollte man auf alle praktischen Forderungen verzichten, dann müßten wir auf alle politische Thätigkeit verzichten; dann hätten die englischen Arbeiter auch auf den 10-Stundentag verzichten müssen, weil die Konservativen, die Tories, ihn beschlossen haben. Wir müssen versuchen, auf die Kleinbauern und Landleute Einfluß zu bekommen, und dann für sie dasselbe thun und erreichen, was wir für die Industriearbeiter erreicht haben.

Der Zusammenhang der Forderungen mit den programmatischen Forderungen der Partei ist auch deshalb angefochten worden, weil die Arbeiterklasse dadurch abgehalten würde, auf den Bahnen, die sie bis jetzt beschritten hat, weiter zu gehen! Ich aber behaupte, die Forderungen des Agrarprogrammentwurfs sind geradezu ein Hebel, um den *Klassenkampf* zu verallgemeinern; hierin liegt gerade das *eminent Revolutionäre* des Entwurfs.

Die Stimmung hat sich innerhalb des letzten Jahres bedeutend geändert. In Frankfurt a. M. rief man zu den Referenten über die Agrarfrage *Hosiannah*, jetzt aber: *Kreuziget sie*. Nicht blos ich, sondern auch meine Freunde haben sich im Laufe der Zeit eine ziemlich dichte moralische Hornhaut angeschafft, uns werden Sie nicht so leicht unterkriegen, und wenn Sie uns heute noch in die Minderheit zu bringen vermögen, so werden Sie bei uns dasselbe erleben, was unsere Gegner nach der Zukunftsstaatsdebatte erlebt haben, die uns todtgeschlagen zu haben glaubten, während wir zu neuen Siegen eilten. *Wir kommen wieder*; Sie haben einmal vom Baume der Erkenntniß gegessen; Sie haben die Frankfurter Resolution gefaßt, die Frankfurter Referate gehört, die Agrarkommission gewählt und da wird sich das Sprichwort erfüllen: „Wer vom Papst ißt, stirbt daran." Wir müssen praktische Agrarpolitik treiben, oder wir werden scheitern. (Beifall.)

Lesche-Altona: Wenn der Frankfurter Parteitag der Agrarresolution zustimmte, so lag dies daran, daß verschiedene Leute, die Verschiedenes wollten, sich in dieser Resolution zusammenfanden. Dasselbe war in der Agrarkommission der Fall. Die Einen wollten nur den Landproletarier gewinnen, die Andern schwärmten für Bauernschutz, die Dritten, wie Bebel und Liebknecht, sahen revolutionäre Tendenzen in unseren agrarischen Forderungen. Ihr Weg führt

aber direkt in den Staatssozialismus hinein und Vollmar wird sagen: Bebel hat mir ein Schnippchen geschlagen; er ist mir im Staatssozialismus über. Auf diesen Weg folge ich ihm nicht. Ich halte die Hoffnung auf eine langsame demokratische Umgestaltung unseres Staates für eine Utopie. Man braucht sich da nur den heutigen Junkerstaat ansehen. Erst aber muß eine wirkliche Demokratisirung der öffentlichen Einrichtungen erfolgen, bevor wir mit staatssozialistischen Forderungen kommen. Näher als die Sorge um die Landeskultur steht uns die Sorge um den Arbeiterschutz und die Erringung des freien Koalitionsrechtes. Lassen wir uns nicht auf sozialistische Experimente ein, halten wir den propagandistischen Charakter unserer Partei hoch.

Stolten-Hamburg: Wenn ich auch nicht mit allen Einzelheiten der Vorschläge einverstanden bin, so gehöre ich doch zu denen, die auf dem großen Scheiterhaufen des Parteiprinzips verbrannt werden sollen, zu dem schon seit Monaten die Scheite zusammengeschleppt sind. Die Diskussion hat mich belehrt, daß es aussichtslos ist, die Vorschläge der Kommission in diesem Jahre durchzuführen, es kann also nur noch darauf ankommen, zu verhindern, daß auf einmal der ganzen Frage Kopf und Kragen abgeschnitten wird. Die Mehrzahl der Genossen ist mit einem Vorurtheil gegen die Vorschläge hergekommen, weil den Genossen die ganze Materie neu ist. Die Partei war bisher wesentlich eine solche von Industriearbeitern und seit $2^1/_2$ Jahrzehnten haben wir uns daher hauptsächlich mit den Interessen der Industriearbeiter beschäftigt; aber diese Zeit ist vorbei; heute müssen wir uns auch mit anderen Fragen befassen, nicht weil sie uns Agitationsstoff liefern, sondern weil sie sich uns naturnothwendig aufdrängen. Dazu gehört die vorliegende Frage. Wir müssen dazu Stellung nehmen, wenn wir nicht als politische Partei abdanken wollen. Man ist gegen die Vorschläge der Kommission mit vielen sehr schön, sehr radikal klingenden Phrasen vorgegangen, die ja immer sehr viel Anklang finden. Man hat gesagt, daß dieselben den Klassenkampf nicht fördern, sondern hindern, und daß Alles, was wir innerhalb der heutigen Gesellschaft thun, nur dann berechtigt sei, wenn es den Klassenkampf fördert. Nach meiner Meinung aber darf der Begriff des Klassenkampfes nicht so eng aufgefaßt werden, sondern wir müssen unser Augenmerk auch richten auf die Klassen, die noch nicht proletarisirt sind, aber nothwendiger Weise der Proletarisirung verfallen. Wenn vielleicht einmal der Augenblick gekommen ist, wo die allerdringendste Nothwendigkeit dazu zwingt, im Interesse der Industriearbeiter grundlegende Aenderungen vorzunehmen, und wenn dann die Bauern noch so weit zurück sind, dann werden wir bereuen, daß wir nicht zeitig genug das gethan haben, was wir hätten thun müssen. (Sehr richtig!) Stellt man sich auf den Standpunkt der Kautsky'schen Resolution, so müßte man die Konsequenz ziehen und den ganzen zweiten Theil unseres Programms streichen. Ich gehe in einem Punkte noch weiter als die Agrarkommission und sage, wir müssen die Bauern an ihrem Eigenthumsinteresse packen und sie allmälig auf die genossenschaftliche Organisation hinzulenken suchen. Dadurch wird der starre Eigenthumsbegriff, den wir heute nicht allein auf dem Lande, sondern auch noch in unseren eigenen Kreisen finden, nicht neubelebt, sondern erschüttert.

Wenn andererseits die Kautsky'sche Resolution sagt, der Entwurf stellt dem kapitalistischen Staat Aufgaben, die nur gelöst werden können, wenn das Proletariat die Macht hat, so frage ich, ob ich in einem kapitalistischen Staat, wo das Proletariat die Macht noch nicht hat, etwa die direkte Gesetzgebung, die Umwandlung der stehenden Heere in Volksheere, die stufenweis steigende Einkommensteuer, die Abschaffung der indirekten Steuern, die freie Richterwahl und andere unserer Forderungen durchgeführt werden können? (Sehr gut!) Ich ersuche Sie vor allen Dingen, daß Sie nicht der ganzen Sache auf einmal ein Ende machen; die Folge davon würde eine ganz ungeheure Blamage

für unsere Partei sein. (Oho!) Rufen Sie noch so sehr oho! Bei Philippi sehen wir uns wieder. Die Verhältnisse drängen dahin, daß wir uns in allerkürzester Zeit von neuem mit diesen Fragen beschäftigen müssen. Nachdem die Kommission ein Jahr lang gearbeitet und Vorschläge gemacht hat, können wir nicht mehr zurück. Nicht nur, weil die Gegner das gegen uns ausnutzen würden; das wäre nicht das Schlimmste. Aber wir würden dadurch einen Zwiespalt in unsere Partei tragen. (Widerspruch.) Bedenken Sie doch, daß Genossen in den Einzellandtagen für viele dieser Forderungen bereits seit langem eingetreten sind. Diesen Genossen wird es nach Annahme der Kautsky'schen Resolution nicht mehr erlaubt sein, so zu stimmen wie früher.

Es ist ferner darauf hingewiesen, daß ein Theil der Forderungen des Entwurfs bereits in unserem Programm steht, und man hat gelacht und gerufen, das genüge ja dann. Das genügt aber nicht. Sie sind zwar für den, der sich in das Programm vertiefen kann, erkennbar, aber für die meisten Agitatoren ist es nöthig, die Forderungen gut zu spezialisiren. Das gilt noch mehr für die gewöhnlichen Leser des Programms. Unser Programm würde dadurch eminent verbessert. Weisen Sie deshalb entschieden die Kautsky'sche Resolution zurück. Dieselbe bindet uns einen Klotz ans Bein, mit dem wir uns dann Jahre lang schleppen müssen. Wenn Sie sich nicht entschließen können, die Frage zu lösen, so lassen Sie sie wenigstens in der Schwebe. Ich bin überzeugt, daß wir doch noch zu einer Verständigung kommen, die Verhältnisse werden schließlich lehren, was in dieser Frage zu thun ist. (Lebhafter Beifall.)

Beims-Goslar: Die Agrarleute hätten uns beweisen müssen, daß wir den Bauernschutz haben können. Ich möchte den Mitgliedern der Agrarkommission rathen, sich einmal die Verhältnisse in Deutschland genau anzusehen. Der Bauer, den Sie retten wollen, der existirt nicht mehr (Widerspruch) oder nur in verschwindendem Maße. Wir wollen Landarbeiterpolitik treiben und nichts anderes. Es ist bedauerlich, daß so viel Theoretiker und so wenig Praktiker zum Wort gekommen sind. Ihre grauen Theorien helfen nichts. Agitiren Sie für die Aufhebung der Gesindeordnung, das ist werthvoller. (Sehr richtig!) Der ländliche Proletarier hat vom Gemeindeeigenthum gar nichts. Auch der Kleinbauer ist durchaus abhängig vom Großbauern. Wir können mit der Entwicklung zufrieden sein, wie sie geht. Die Agrarkommission hat nur Arbeitszeit verschwendet. Es wäre agitatorisch viel werthvoller gewesen, wenn Bebel die Zeit, die er dort zugebracht, dazu angewandt hätte, Versammlungen auf dem Lande abzuhalten. (Sehr wahr!) Wenn Sie jetzt dem Kleinbauern besondere Programmsätze widmen, dann kommen die Kleinhandwerker im nächsten Jahre und fordern auch für ihren Schutz ein besonderes Programm. (Sehr richtig!) Ehrlichkeit ist die beste Politik. (Beifall.)

Bock-Gotha: In meiner 25jährigen Thätigkeit in Thüringen habe ich zahlreiche Versammlungen auf dem Lande abgehalten. Ich habe ganz andere Erfahrungen als der Vorredner gemacht. Nicht den Gutsbesitzer, nicht den Großbauern, den Kleinbauern hat die Agrarkommission im Auge gehabt, der mit seinen Familienmitgliedern die Scholle bebaut und viel elender lebt, als hunderttausende von Industriearbeitern. (Sehr wahr!) Ich habe immer einen sehr großen Respekt vor der Wissenschaft gehabt, und ich habe nicht erwartet, daß Schippel so oberflächlich über die Wald- und Weiderechte sprechen würde. Diese Waldrechte kommen dem ärmsten Landproletariat vom Thüringer Wald, von der Röhn und vom Riesengebirge zu Gute. Eine armselige Bevölkerung, unter der häufig genug Hungersnoth herrscht. Die Waldkultur wird durch dies Recht gar nicht gestört. — Ich bin als gothaischer Landtagsabgeordneter schon seit Jahren für die Forderungen des Agrarprogramms eingetreten. Wird dies Programm jetzt abgelehnt, dann muß ich mich entweder desavouiren

oder ich lege mein Mandat nieder. Der Tagelöhner, der Knecht ist viel abhängiger als der Kleinbauer. Unter diesen haben wir Vertrauensleute. Nicht um die Rettung des Kleinbauern um jeden Preis war es der Agrarkommission zu thun, sondern um die Verhinderung seiner Verlumpung. Hundert Mark, von denen Oertel so geringschätzig sprach, bedeuten sehr viel für den Kleinbauern. — Gegen den ganzen zweiten Theil des Programms verstoßen die Agrarforderungen nicht. In welche Lage bringen Sie bei einer Ablehnung des Agrarprogramms die Vertreter unserer Partei in den Landtagen und Gemeindevertretungen? (Beifall.)

Fischer-Dresden: Um die Annahme der Vorschläge der Agrarkommission kann es sich nicht mehr handeln. Das wird die Agrarkommission selbst nicht mehr wünschen. Zu beschäftigen haben wir uns nur noch mit der Kautsky'schen Resolution und mit dem Antrag 124. Dieser Antrag sucht der Agrarkommission noch ein möglichst günstiges Herauskommen zu ermöglichen. Die Resolution verlangt deshalb von Ihnen, Sie sollen Ihre Unfähigkeit erklären, heute schon eine Entscheidung zu treffen. Wir können aber sehr wohl ein definitives Urtheil abgeben. Eine Vertagung der Entscheidung würde unerquickliche Zustände in die Partei bringen. Aus der Debatte gewann ich den Eindruck, daß die Mitglieder der Agrarkommission unter sich selber nicht klar sind. Bebel denkt über entscheidende Punkte anders wie Quarck, David wieder anders wie Bebel. Quarck will den Kleinbauern vor der Proletarisirung schützen. Es wird immer so gethan, als ob Proletarisirung und Verelendung dasselbe sei. Das ist nicht wahr. Wenn wir sagen, daß wir den Bauern erst gewinnen können, wenn er proletarisirt ist, so meinen wir gar nicht, daß er verelendet, sondern daß er von seinem Eigenthum losgelöst sein muß. Aufhaltung der Proletarisirung ist Befestigung des Privatbesitzes. Da aber die Proletarisirung, d. h. die Loslösung von dem Privatbesitz die Grundlage der sozialistischen Bewegung schafft, so bedeutet die Befestigung des Privatbesitzes, die Erweiterung der Grundlage zur sozialistischen Bewegung zu verhindern, ist daher reaktionär und nicht revolutionär. Bebel giebt die Proletarisirung der Bauern durch die Entwicklung zu, will ihn aber nicht als Lohnarbeiter haben, sondern ihn als Pächter, als Genossenschaftsmitglied auf seinem früheren Felde erhalten. Damit greifen die, die sich als wahre Revolutionäre bezeichnen, zu dem alten Lassalle'schen Vorschlag zurück, mit dem wir längst fertig sind. Die vorgeschlagene Verstaatlichung führt dazu, daß die Stumm'sche Wirthschaft im ganzen Reiche herrscht. Wo sind die vielen Bauern, die wir nach Schoenlank für den Entscheidungskampf erst gewinnen müssen? Sie sind nach der Statistik gar nicht vorhanden. — Ermöglichen Sie der Kommission nicht den Rückzug durch Annahme der Resolution 124, sondern wahren Sie unsere Grundsätze durch Annahme der Kautsky'schen Resolution! (Beifall.)

Katzenstein-Leipzig: Ich bin mir bewußt, daß ich wenig Erfolg haben werde. Auf eine Niederlage mehr oder weniger kommt es nicht an. Aber jedenfalls muß ich Sie warnen, die Sache heute bereits zu entscheiden. Wir haben alles zu vertreten, was die kulturelle Entwicklung fordert, also auch die Landeskultur. Von Seiten der Gegner ist fast durchgehends der Fehler gemacht worden, daß man die Agrarfrage als Agitationsfrage aufgefaßt hat. Das haben wir nicht gethan, auf dieses Niveau haben wir unsere Darlegungen und Forderungen nicht herabgedrückt. Es ist falsch, zu sagen, daß die Entwicklung des Agrarwesens dieselbe sei wie in der Industrie; nicht einmal in der Industrie stimmen unsere Ansichten überall. Die Forderungen der Kommission werden genau so wie früher die Arbeiterschutzgesetze bekämpft; wie mit diesen wird es mit den Agrarforderungen gehen. Wir haben bei unseren Forderungen allerdings nicht bereits an die Zeit der Diktatur des Proletariats gedacht; so weit sind wir noch nicht. Die Proletarisirung der Massen bedeutet

allerdings Verelendung; mit verelendeten Bauern aber werden wir nicht den siegreichen Entscheidungskampf ausfechten. — Sie sind in den vorliegenden Fragen noch nicht einig; verzichten Sie einstweilen darauf, heute schon einen bestimmten Beschluß zu fassen. Thun Sie das aber auch: das Agrarprogramm wird doch eine fröhliche Auferstehung feiern. (Beifall.)

Lux-Langenbielau: Ich ergreife nur das Wort, um Ihnen die Stimmung der Genossen wiederzugeben, die in Kreisen wohnen, die an ländliche Bezirke grenzen, und die mit Bauern in Berührung kommen. Liebknecht betonte, daß wir ebenso wie für den Arbeiterschutz auch für den Bauernschutz eintreten müssen, aber wir müssen als Sozialdemokraten einen anderen Standpunkt einnehmen. Versuchen wir doch erst, die 60—70 pCt. der Bauern zu gewinnen, die heute schon im Untergang begriffen sind. Das ist möglich mit Hilfe des Erfurter Programms. Wenn wir Bauernschutz treiben wollen, so heißt das unter den heutigen Verhältnissen nichts anderes, als Bauernfang treiben. Aus diesem Grunde denke ich mir, ist auch der süddeutsche Entwurf verworfen worden. Den Bauer können wir damit nicht gewinnen, weil der Pfaffe uns in die Quere kommt.

Geck-Offenburg: Ich glaube auf Grund meiner eigenen Erfahrungen über die ländliche Frage mir ein Urtheil erlauben zu dürfen. Ich bin im steten Verkehr mit dem kleinen Bauernstand und überzeugt, daß wir uns klar werden müssen, wen wir unter Bauer verstehen dürfen und mit welchen Punkten wir ihm kommen können. Es ist sehr gut möglich, dem Bauer, der auf der Grenze zwischen Proletarier und Besitzer steht, seine Affenliebe zum Privateigenthum zu nehmen. Durch eine Vermehrung und rationelle Bewirthschaftung des Gemeindeeigenthums können wir zeigen, was schon heute mit dem Kollektivismus geleistet werden kann. Der Bauer kann belehrt werden, daß er sich abmüht und es auf seinem Privatbesitz zu nichts bringt, während nebenan auf dem Gemeindeeigenthum, wo doch dieselbe Sonne scheint und derselbe Regen herniederfällt, mit einer höheren, kollektivistischen Betriebsform sich bessere Erträge erzielen lassen. Wir können ihn auf die Lage der Arbeiter im Gemeindebetrieb hinweisen, denen es oft besser geht als ihm; die Bauern gehen darauf auch ein und begreifen es. Gerade deshalb finden Sie gerade unter den badischen Genossen (siehe Antrag aus dem I. Wahlkreis) viele, die den Agrarprogrammentwurf entweder für gut halten oder doch wenigstens ihm sympathisch gegenüberstehen. Wir brauchen in der Agitation und als Gemeinde- oder Volksvertreter eine gewisse Direktive, die uns zeigt, wie weit wir gehen dürfen. Wir sind in Baden trotz des elenden Wahlsystems im Begriffe, in vielen Orten in die Gemeindevertretung mitzuwirken oder bald einzuziehen; ich habe selbst von der Landeskonferenz den Auftrag erhalten, eine Anleitung zu schreiben für solche, die in Gemeindevertretungen sitzen. Sogenannte „Stegmüllereien" sind oft nur deshalb vorgekommen, weil die betreffenden Genossen ohne gewisse Richtschnur handelten und stimmten. In dem Landtage kommen wir auch vor agrarische Forderungen. In Baden werden wir nächstens über Kornkammern zu verhandeln haben, für die die Regierung bereits, ohne die Volksvertretung gefragt zu haben, Geld gegeben hat. Ebenso müssen wir uns bei der Vorlage über den Rheinkanal über unsere Stellung schlüssig machen, wenn, wie ich hoffe, wieder eine Parteivertretung in den Landtag einzieht.

Sie sehen also, die Partei ist bereits mannigfach in Fragen engagirt, wie sie im Entwurf angedeutet sind. Sie hat einen Theil derselben sogar im Landtagswahlprogramm vertreten. Da ist doch nöthig, daß der deutsche Parteitag ein ernstes Wort redet und unseren Genossen die Richtung angiebt, in der sie zu gehen haben. Nicht darum handelt es sich, der Kommission einen schönen Abgang zu verschaffen; es ist gleich, ob wir in der Versenkung verschwinden oder durch die Hinterthür; sondern darum, daß die Ehre der Partei auf dem

Spiele steht. Bereits sind manche Genossen von dem richtigen Wege abgegangen; pflichten Sie diese zurück. Jedenfalls müssen Sie zu einem positiven Resultat kommen, und sei es auch nur dazu, daß Sie eine endgültige Beschlußfassung aufschieben, um den Genossen Gelegenheit zu geben, über die Ausscheidung der agrarischen Spezialpunkte aus dem Programm, wie sie die Agrarkommission jetzt vornahm, in Versammlungen sich zu äußern.

Kimmel-Hamburg: Wir leiden heut an den Mängeln der Frankfurter Resolution. Die Kommission konnte nicht anders handeln, als sie gehandelt hat. Sie hatte die Direktive, Vorschläge für den Bauernschutz zu machen. Diese haben wir nun zur Entscheidung vor uns. Der Entwurf verlangt nach David praktische Politik, d. h. wir sollen uns auf dem Boden des Experimentirens stellen. Darin widerspricht sich schon die Frankfurter Resolution mit dem prinzipiellen Theil unseres Programms. Man kann aber als guter Praktiker nur gar zu leicht den Boden des Klassenkampfes verlassen. Schoenlank verlangt bereits geradezu eine Revision unserer Prinzipien. Dem kleinen Bauern ist überhaupt nicht mehr zu helfen, er ist auch nicht für die Sozialdemokratie zu gewinnen, die Agrarier würden uns darauf festnageln, daß wir u. A. auch die völlige Aufhebung der Getreidezölle wollen. Wie stände es aber mit dem praktischen Nutzen der Vorlage? Niemals würde eine sozialistische Bauerngemeinde in der heutigen Gesellschaft Staatskredit bekommen. Würde ein Kleinbauer sozialistischer Agitator, so würde ihm der Staat die Hypothek kündigen. Der Klotz, der uns an den Beinen hängt, ist die Frankfurter Resolution. Sie müssen wir durch Annahme der Resolution Kautsky abschütteln. Daß die Sache noch nicht spruchreif sei, wie die Resolution v. Elm ausführt, bestreite ich. Wir wollen auch durchaus nicht unsere Thätigkeit einstellen. Auch die Kautsky'sche Resolution verlangt Sammlung des Materials durch eine Kommission. Die Stimmung in den deutschen Parteikreisen ist gegen die Agrarvorlage. Selbst aus Süddeutschland wurde erst eine Stimme für die Vorlage laut.

Frohme-Hamburg: Ich gehöre zwar nicht der Agrarkommission an, aber ich fühle mich trotzdem verpflichtet, zu konstatiren, daß ihre Vorschläge vollkommen dem ihr gewordenen Auftrage entsprechen. Man hätte wohl erwarten können, daß die Gegner gerechter gewesen wären. Statt dessen hat man sich die Kritik sehr leicht gemacht und sich in Redensarten wie Charlatanerie ergangen. Die Ausführungen von Schippel haben auf mich den denkbar ungünstigsten Eindruck gemacht; mir ist in den 27 Jahren, wo ich zur Partei gehöre, schon vieles passirt, aber etwas so Demagogisches, wie die Worte von Schippel, habe ich noch nicht vernommen.

Singer: Ich bitte dringend, die persönlichen Angriffe zu unterlassen.

Frohme: Das war aber bei Schippel nicht der Fall.

Singer: Ich habe den Mitgliedern der Agrarkommission den weitesten Spielraum gelassen, ich kann aber nicht dulden, daß Redner, die nicht angegriffen sind, in denselben Ton verfallen.

Frohme: Ich dachte, daß Jeder das Recht hat, in demselben Maße Kritik zu üben. — Es ist eine irrige Ansicht, daß es sich bei den Vorschlägen der Kommission um etwas ganz Neues handelt. Jeder, der agitatorisch thätig gewesen ist, wird bei der Wahlagitation schon den einen oder anderen dieser Vorschläge erörtert haben. Daß, wie Schoenlank meint, durch das Programm eine weitere Klärung der Grundsätze eintritt, ist nicht richtig. Nach dem sozialdemokratischen Prinzip haben wir Nothleidenden zu helfen, soweit wir dies mit unseren Grundsätzen, mit dem Rechte und der Vernunft in Einklang bringen können. Die Sache liegt gegenüber dem Bauer nicht anders, wie gegenüber der großen Masse der industriellen Proletarier. Kein Mensch denkt daran, die Bauern vor dem Untergange zu retten, es handelt sich nur darum, ihre Existenz nach Möglichkeit zu erleichtern, ebenso wie wir auch die Lebenshaltung der

Arbeiterklasse heben wollen. Mit elenden, degenerirten Massen läßt sich in einem Kampfe nichts machen. Es ist mir unbegreiflich, wie man sagen kann, wir machen damit den Antisemiten Konkurrenz, wenn wir vernünftige Dinge fordern. — Wenn jetzt der Parteitag den unglücklichen Beschluß faßt, die Vorschläge abzulehnen, bedenken Sie dann nicht, daß wir über kurz oder lang wieder vor Neuwahlen stehen, wo wir die große Masse der ländlichen Bevölkerung zu gewinnen haben? Wenn mich irgend etwas peinlich berührt hat, so ist es das Herumreiten auf der Phrase von der Diktatur des Proletariats gewesen. Was hat diese Redensart zu thun mit der Frage, um die es sich hier handelt? Aus unserer ganzen Litteratur können Sie immer wieder die Ueberzeugung gewinnen, daß die Sache der Sozialdemokratie die Sache der gesammten Menschheit ist. (Beifall.) Die materialistische Geschichtsauffassung schließt es aus, daß der Einzelne seinen persönlichen Wünschen und seinem Gefühl Rechnung trägt. Die Entwicklung geht ungestört durch solche Erörterungen ihren Weg. Die Worte von der Stärkung des Privateigenthums in der Kautsky'schen Resolution sind nicht stichhaltig. Es kann sich doch zunächst nicht um die Abschaffung des Privateigenthums handeln, sondern nur darum, daß jeder Arbeiter die Früchte seiner eigenen Thätigkeit bekommt und daß ihm sein Privateigenthum, natürlich unter anderen Voraussetzungen als heute, erhalten bleibt. Auf die Eroberung der politischen Macht werden wir hingewiesen, aber auf die Maßnahmen, die unentbehrlich sind, um die politische Macht zu erlangen, sollen wir verzichten. Im Anfange unserer Bewegung betrieben nicht Peoletarier, sondern besser situirte Leute aus bürgerlichen Kreisen unsere Propaganda. Der Proletarier stand dermaleinst in Volksversammlungen mit gezücktem Messer und dem Knüppel uns gegenüber, und genau so wird es mit der ländlichen Bevölkerung gehen. Der beständige Hinweis auf die Richtigkeit unserer Prinzipien hat uns die Industriearbeiter nicht zugeführt, sondern sie sind gekommen, weil wir zunächst für ihre wichtigsten Interessen eintraten. Mit welchem Rechte macht man nun einen Unterschied zwischen dem Bauer, der von den Früchten seiner eigenen Thätigkeit leben muß, und dem Lohnproletarier in Industriezentren? Man kann diese Frage nicht einfach bei Seite schieben; mit aller Prinzipienreiterei kommen wir um die Agrarfrage nicht herum, wir müssen den Dingen ins Auge schauen, mit denen wir zu rechnen haben. Die Frage ist spruchreif, und ich würde deshalb unbedenklich für den zweiten Entwurf eintreten und für die allgemeinen Grundsätze stimmen, die die Agrarkommission als Richtschnur giebt. Sollten Sie aber dafür nicht eintreten wollen, so bleibt im Interesse der Ehre und des Ansehens der Partei nichts übrig, als daß wir die Angelegenheit vertagen. Ich bin überzeugt, daß eine ruhige, sachliche Erörterung uns dazu führen wird, so unerquickliche und wenig sachliche Debatten zu vermeiden, wie wir sie jetzt zwei Tage lang über diese Frage gehört haben. (Lebhafter Beifall.)

Braun-Königsberg: Der Entwurf ist im Sinne der Frankfurter Resolution umgearbeitet worden. Für die praktische Agitation bietet der Entwurf nichts. Um Doktorfragen hat man dort wie in der ganzen Debatte gestritten. Wir wären vielleicht etwas weiter, wenn man dem Entwurf auch bald seine Begründung mit auf den Weg gegeben hätte. Daß dem Landarbeiter auch etwas geboten werden soll, davon steht im Entwurfe nichts. Ganz Ost-, Westpreußen, Posen, Schlesien sind grundverschieden von West- und Süddeutschland süddeutsche Bauern giebt es bei uns nicht. Den Bauer, wie er in Ostdeutschland ist, können wir nie als Bauer, sondern höchstens als Mensch für unsere Prinzipien gewinnen. Wenn wir mit dem neuen Programm aufs Land kommen, so lacht man uns aus. Die Vertagung der Sache nützt nichts, wir würden beim nächsten Parteitage dieselbe Debatte haben wie heute. Ostelbien hat keine Vertreter in der Kommission gehabt, deshalb sind die Millionen ostelbischer Landproletarier im Entwurf unberücksichtigt geblieben. Wir brauchen kein neues

Programm, uns genügt das alle; höchstens dafür können Sie einige Normen regeln, wie wir mit den Landarbeitern verfahren sollen.

Frau Steinbach-Hamburg. Der Erfurter Parteitag hat zwar das Parteiprogramm einstimmig angenommen noch unter dem Einfluß des Drucks des Sozialistengesetzes — würde es aber heute in allen seinen Paragraphen zur Debatte gestellt, wir würden dieselbe skrupulöse Zersetzerei erleben, wie sie das Agrarprogramm gefunden hat. Die lebhafte Diskussion ist nicht gefährlich, sie hat uns mitten in die Materie hineingeführt. Verkennen wir doch nicht: die große Masse der Parteigenossen hatte vorher nicht den rechten Ueberblick über die Agrarfrage. Und auch wir haben in diesen Tagen viel gelernt. Ein Anderes ist es, wenn wir jetzt, wo die ganze Welt mit angehaltenem Athem auf die Beschlüsse dieses Parteitages harrt, wenn wir jetzt zurückkehren sollten, nur bekleidet mit dem Feigenblatt der Kautsky'schen Resolution. (Große Heiterkeit.) Mir ist es bitter Ernst, mit dem was ich sage. Heiterkeit ist hier nicht am Platze. Wir dürfen nicht vor die Kleinbauern — von den Großbauern redet Niemand, und zu den Kleinbauern rechne ich auch die, die am Tage industriell thätig sind und Abends nach Feierabend ihr Stückchen Feld bebauen — mit dem Odium treten, daß der Parteitag jetzt schon erklärt, wir können den Kleinbauern nicht helfen, die Diktatur des Proletariats muß erst kommen. (Rufe: Oh!) Die Gegner werden behaupten, daß wir dem Kleinbauer sein einziges Arbeitsmaterial, sein Stückchen Land nehmen wollen. (Rufe: Oh!) Im Munde unserer Gegner bedeutet die „Diktatur des Proletariats" nicht die ökonomische, nicht die wissenschaftliche, sondern die Mistgabelrevolution! (Widerspruch.) Doch! wir haben nicht Zeit und Gelegenheit, uns in Versammlungen dagegen zu verwahren. Wir werden in nächster Zeit auf dem Lande noch weniger Versammlungslokale erhalten und wenn wir in die Versammlungen der Gegner kommen mit nichts als der Kautsky'schen Resolution, so wird man uns dieselbe kräftig um die Ohren schlagen! Die Vorwürfe gegen die Agrarkommission richten sich in der Hauptsache gegen die Dinge, die die Agrarkommission selber schon beseitigt hat. Wo bleibt da die Logik? Wir, die wir die Partei der Bruderliebe sind, müssen in einer dem Landvolke sympathischen Weise uns auf seine Seite stellen. Es wird Ihnen eine vermittelnde Resolution vorgelegt werden, ich bitte Sie, durch deren Annahme die Partei vor einer Niederlage bewahren zu helfen. Lehnen Sie deshalb die Kautsky'sche Resolution ab. (Beifall.)

Arons-Berlin: Für die Aufstellung des Entwurfes durfte die Gewinnung neuer Parteigenossen nicht der Grund sein. Wir haben auch in der industriellen Bevölkerung ziemlich bedeutende Kreise noch nicht für uns gewonnen, und doch soll das Programm gerade für die Industriearbeiter passen. Die völlige Gewinnung des Industrieproletariats ist verhindert durch die mangelhafte Ausbildung und die uns ungünstige Gesetzgebung, die unsere Organisation hindert. Die Bildungs- und gesetzlichen Schranken sind doppelt und dreifach, wo es sich um das Landproletariat handelt. Diese Schranken müssen wir niederreißen, und dann werden wir auch die Mehrheit des ländlichen Proletariats gewinnen.

Es ist selbstverständlich, daß sich die Sozialdemokratie als große Partei mit allen brennenden Tagesfragen energisch befassen muß, und da stimme ich allerdings z. B. mit Schoenlank überein, der da sagte, daß sich ein großer Doktrinarismus allzu breit mache, freilich nicht bei den Theoretikern. Man wird allzu leicht als schlaffer Reformer gebrandmarkt, wenn man einen Gegenstand behandelt, der im Programm nicht berührt ist, selbst wenn man dabei nicht im geringsten gegen die Grundsätze der Partei verstößt.

In Theil III des Entwurfes ist fast nichts zu brauchen. Die in II aufgestellten Arbeiterforoerungen sind nicht übel. Ich gestehe, der Theil des Erfurter Programms, in dem vom Arbeiterschutz die Rede ist, erscheint mir mangelhaft, und ich bin dafür, daß man diesen Theil einmal gründlich revidirt. Ich

wünschte dann aber, daß man nicht scheidet Industrie- und Landarbeiter, sondern ich möchte, daß man alle Arbeiter einheitlich behandelt. David meinte, das Gemeindeeigenthum führt zum Sozialismus. Aus einer privaten Enquete der Bodenreformer über das Gemeineigenthum kann ich Ihnen das Gegentheil beweisen. Eine Gemeinde schrieb uns zurück, daß es ihr sehr gut gehe, daß sie aber eine genaue Darstellung des öffentlichen Eigenthums nicht geben wolle, weil sie nicht wünschte, daß viele andere ihr diese Einrichtungen nachmachen. Eine zweite schrieb unter anderem zurück, daß der größte Vortheil der Gemeindeeinrichtung darin bestünde, daß es in ihr keinen Sozialdemokraten gebe und geben könne. Durch die Hypothekenverstaatlichung, selbst wenn sie nur in dem von Bebel angedeuteten Maße durchgeführt würde, könnte nur eine ungeheuere Liquidation herbeigeführt werden. Den kleinen brauchbaren Rest in Absatz III erledigen wir dadurch, daß wir ihn der Fraktion zur Berücksichtigung überweisen.

v. Elm: Für mich ist die Frage, die wir zu entscheiden haben, eine Frage der Taktik und der Praxis. Unsere Partei ist keine kleine Sekte mehr, sie muß zur Agrarfrage Stellung nehmen, die die Hälfte der deutschen Bevölkerung bewegt. Sie muß Stellung im Reichstage wie im Landtage zu ihr nehmen. Natürlich dürfen wir keine Experimente machen. Ist die Frage noch nicht spruchreif, so müssen wir die Entscheidung vertagen. Wollen wir die Erringung der politischen Macht nicht auf eine ferne Zukunft verschieben, so dürfen wir auf die Unterstützung der ländlichen Bevölkerung nicht verzichten. Wir haben bereits Eingang gefunden, gerade bei Kleinbauern, die eine weit zuverlässigere Stütze in manchem Kreise sind als die verelendeten Landarbeiter. Wir müssen die Kleinbauern zur Demokratisirung unserer Gesellschaft heranziehen, und wir ziehen sie heran durch eingehende Beschäftigung mit ihrer materiellen Lage. Um dem Bauer unser Endziel begreiflich zu machen, müssen wir praktische Vorschläge machen; nur so kommen wir an ihn heran. Die Kautsky'sche Resolution ist die vollständigste Verwerfung und Abweisung der Agrarfrage. Wenn Schippel der Agrarkommission und erfahrenen Genossen Unwissenheit in der Agrarfrage vorwirft, so werden Sie es nicht für einen Schimpf betrachten, wenn Sie erklären, es ist noch nicht genügend Klarheit vorhanden, wir verschieben die Entscheidung um ein Jahr. Die meisten Delegirten haben sich in ihren Wahlversammlungen festgelegt. Jetzt ist der einleitende Passus, der am meisten Widerspruch im Lande fand, zurückgezogen. Ist es denn so gefährlich, wenn wir ans Volk appelliren? Wir sind doch eine demokratische Partei. Gerade daß die Gegensätze in der Partei sich bei der Agrarfrage so schroff gegenüberstehen, sollte uns veranlassen, im Interesse der Gesammtpartei kluger Weise die Entscheidung zu verschieben. (Beifall.)

Hoffmann-Bielefeld: Ich bin der erste Redner aus Westfalen, der hier zum Wort kommt. Von der Agrarkommission ist Westfalen leider nicht berücksichtigt worden. Wir Bielefelder haben in der Landagitation viele und gute Erfahrungen gemacht; wir haben besonderen Ansporn, Landagitation zu treiben, denn Bielefeld ist sozialistisch, das umliegende Land dagegen, von dem wir abhängen, ist gegnerisch. Und doch muß ich Ihnen sagen, daß wir mit dem Entwurfe der Kommission bei der Agitation lange nicht so gute Erfolge erzielen würden als nach unserer bisherigen Methode. Haben die Verfasser des Entwurfes recht, sind sie wirklich revolutionär, dann wird es trotz unseres Widerspruches wieder dazu kommen, daß wir uns mit der Agrarfrage beschäftigen müssen. Durch den Arbeiterschutz, der gut ist, stoßen wir den Bauern ab; Arbeiterschutz und Bauernschutz vertragen sich nicht. (Sehr richtig!) Nur die kleinsten Bauern sind zu gewinnen; denn sie sind keine Eigenthumsfanatiker. Den revolutionären Einfluß des Bauernschutzes und die Aufrechthaltung der alten Rechte bei den Bauern verstehe ich nicht; im Gegentheil, inbezug auf diese Rechte sage ich: „Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort."

Harm-Elberfeld: Ich habe mir bereits gesagt: Auch Du rettest den Freund nicht mehr! (Heiterkeit.) Ich bitte Sie aber, wenn Sie die Vorlage nicht annehmen, auch die Resolution Kautsky abzulehnen. Geschehen muß in der Sache etwas. Die Parteigenossen, die den Vorschlag auf Einsetzung einer Kommission vor einem Jahre lebhaft begrüßt haben, wollen jetzt nichts mehr davon wissen. Wir würden nach meiner Ueberzeugung an dem ländlichen Bewohner ein Verbrechen begehen, wenn wir ihn von uns stoßen. Ich bin absolut nicht mit allen Punkten der Vorlage einverstanden, so z. B. mit der Verstaatlichung. Infolge der Alters- und Invalidenversicherung häuft die Reichsregierung soviel Geld auf, daß sie es zu billigen Zinsen abgeben wird. Auch das Versicherungswesen, wie es die Kommission vorschlägt, wird sich als überflüssig erweisen. In anderen Fragen können wir aber der Kommission zustimmen, und der Bauer wird uns dankbar dafür sein. Wir dürfen den Bauernstand nicht verkommen lassen, denn mit einem degenerirten Stande können wir nichts anfangen. Wir müssen die Bauern gewinnen, und deshalb bitte ich Sie, die Resolution Kautsky abzulehnen.

Singer theilt mit, daß v. Elm seinen Antrag zurückgezogen und statt dessen folgenden Antrag eingebracht hat:

1. Die wirthschaftliche und politische Entwicklung macht eine Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Agrarfrage nothwendig. Da aber der bisherige Verlauf der Diskussion gezeigt hat, daß die Frage einer weiteren Prüfung und Klärung bedarf, sieht der Parteitag von einer bindenden Beschlußfassung ab und macht es den Parteigenossen zur Pflicht, durch Studium und Berathung der ländlichen Frage eine endgiltige Stellungnahme vorzubereiten.
2. Der Antrag nimmt den Schlußantrag der Agrarkommission auf.

Leven-Reuß, Kiesel-Berlin, Mohs-Leipzig, Fleischmann-Frankfurt und Fischer-Posen verzichten aufs Wort.

Eberle-Barmen: Ich hätte auch verzichtet, wenn nicht gerade Harm, der Vertreter unseres Wahlkreises im Reichstage ist, vorher geredet hätte. Er hat nur seine persönliche Meinung vorgebracht. Nehmen wir die Vorschläge an, auch wenn sie nicht im Programm stehen, so ist das doch eben so, als ob sie darin ständen. Wenn wir den Bauer als Besitzer, als Steuerzahler beschützen sollen, so ist das doch etwas ganz Neues. Wenn man immer betont, daß man die Wahrheit deshalb wissen muß, weil man schon seit so vielen Jahren in der Partei sei, so sind das Redensarten.

In einer persönlichen Bemerkung spricht Schoenlank: Genosse Kimmel hat behauptet, ich hätte eine Revision unserer Prinzipien für nothwendig erklärt. Davon habe ich nicht gesprochen. Ich habe nur den Beweis zu erbringen versucht, daß wir unsere bisherigen Vorstellungen in der Agrarfrage einer Revision unterziehen. Gerade die agrarpolitischen Forderungen sind revolutionär, sie fügen sich in den Rahmen unserer Prinzipien hinein. Die revolutionäre Phrase mit dem dramatischen rrr.. bedeutet demgegenüber gar nichts.

Damit ist die Diskussion geschlossen.

Schluß 7¼ Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 11. Oktober 1895. — Vormittags-Sitzung.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Singer theilt mit, daß Müller-Darmstadt beantragt, der Kautsky'schen Resolution folgende Fassung zu geben:

„Der von der Agrarkommission vorgelegte Entwurf eines Agrarprogramms ist zu verwerfen. Der Parteitag erkennt an . . . (Der weitere Wortlaut stimmt mit der Resolution Kautsky überein).

Dieser Antrag will also jede Motivirung, warum der Entwurf abzulehnen ist, beseitigen, während Kautsky eine Motivirung vorschlägt.

Ferner ist zu der Kautsky'schen Resolution ein Amendement eingelaufen, welches wünscht, daß die Worte „und trägt dadurch bei zur Neubelebung ihres Eigenthumsfanatismus" gestrichen werden. — Infolgedessen wird über die Resolution getrennt abgestimmt werden.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten. Das Schlußwort zu den Vorschlägen erhalten die Referenten.

Quarck: In den letzten Tagen ward uns öfters gesagt: „Zurück, Ihr rettet den Freund nicht mehr". Darauf kommt es garnicht an, ich habe vielmehr die weitgehende Hoffnung, daß durch die weitere Verbreitung unserer hiesigen Verhandlungen über die Agrarfrage das Urtheil der Genossen im Lande geklärt werden wird und zwar in unserem Sinne. Zu den bekannten Beschimpfungen, die von einer Seite gegen uns geschleudert worden sind, muß ich Stellung nehmen. Ich rege mich über diese Beschimpfungen nicht auf; ich erkläre sie mir psychologisch. Schippel hatte sich abseits von allen sachlichen Argumenten in eine so schiefe Lage gebracht, daß er entweder „pater peccavi" sagen oder das Frühere noch übertrumpfen mußte. Nach seinem Geschmack hat er sich für das Letztere entschieden. Ich meine, die Stellung Schippel's wird im Lande für die Arbeiten der Agrarkommission nicht ungünstig sein und die Sache wird dadurch nur gewinnen. Schippel hat sich übrigens gar nicht an den vorher besprochenen Gang der Debatte gehalten; er ist sofort in die Spezialdebatte eingetreten, hat sich aber über die agrarpolitischen Grundsätze nicht eingelassen, von denen wir uns leiten ließen. Er hat vom Harzscharren, von den Wald- und Weiderechten in Deutschland 2c. gesprochen. Er hat ferner eine Reihe von Mitteln auf dem Gebiete des Zitirens gebraucht, die, weil sie verwerflich sind, unserer Sache nur nützen können. Ich greife heraus, was er über die Entlehnung des süddeutschen Entwurfes aus dem Falkenhayn'schen Gesetzentwurf gesagt hat. Von einem Abschreiben und von einer Verheimlichung kann hier keine Rede sein. Vollmar hat in der Kommission nicht im geringsten ein Hehl daraus gemacht, daß einige Theile des Entwurfs ähnlich manchen Bestimmungen im Falkenhayn'schen Gesetzentwurf sind. Um den Effekt seiner Rede zu erhöhen — viele Redner haben ja auf den Effekt spekulirt — hat Schippel etwas verschwiegen, was sehr wesentlich ist. Er hat leise angedeutet, daß alle Forderungen, die so ähnlich sein sollen dem süddeutschen Entwurfe, in Oesterreich für Grundbesitzerberufsgenossenschaften geschaffen werden sollten. Wie aber diese Berufsgenossenschaften zusammengesetzt sein sollten, hat er nichts gesagt. In Wirklichkeit steht die Sache so, daß der Minister alle jene Kompetenzen den bäuerlichen Berufsgenossenschaften zuwies, die gewählt werden sollen auf Grund des verrotteten österreichischen Gemeindewahlsystems. Also wären, wenn jener Entwurf Gesetz geworden, jene Forderungen nichts weiter gewesen, als Werkzeuge in den Händen der größeren und mittleren Bauern gegen die kleinen.

Die Genossin Zetkin hat einen ähnlichen Fehler begangen: Sie hat ein Zitat aus Schmoller verlesen und hat nachweisen wollen, daß Schmoller bezüglich der Förderung der Landeskultur etwas Aehnliches gesagt haben soll wie ich. Aber sie hat Pech gehabt; sie hat als eine Aeußerung von mir etwas angegeben, was ich aus Engels zitirt habe. Wenn aber Engels und Schmoller einmal übereinstimmen, so weiß ich nicht, wie man das gegen mich ausspielen kann. In fortwährenden Widersprüchen haben sich diejenigen Genossen bewegt, die uns einerseits Bauernfang vorgeworfen haben, andererseits aber sagten: mit Euren Forderungen lockt Ihr keinen Hund vom Ofen. Entweder das eine oder das andere: entweder sind die Forderungen zugkräftig oder nicht. Die Stimmung unter den Bauern, von der Herbert gesprochen hat, die schon jetzt, seitdem sie unsern Entwurf kennen, gegen uns sehr erbittert sind, existirt wohl nur in der Phantasie Herbert's. Welcher Bauer weiß denn etwas von unserem Entwurf? Das ist ja das Unglück

bei unseren Verhandlungen, daß wir zu wenig wirkliche Bauern unter uns haben. Es ist ferner falsch, daß wir uns um die Landarbeiter nicht kümmern. Unsere Arbeiterforderungen haben wir vorgeschlagen, ins Erfurter Programm zu stellen.

Genosse Arons hat eine Reihe unrichtiger Auffassungen geäußert. Er sagte, wir müßten erst eine bessere Vereinsgesetzgebung haben, ehe wir die Bauern gewinnen. Diese Aeußerung war um so ungeschickter, als in diesem Augenblick der aus bäuerlichen Wählern hervorgegangene preußische Landtag dazu benutzt werden soll, uns durch eine neue Gesetzgebung zu stranguliren. Nein, man muß auf andere Weise dem Bauer beikommen. Eines haben wir durch die Debatte erreicht, daß allgemein zugegeben wird von den Genossen, man muß revolutioniren und reformiren. Selbst Schippel sagte, daß er sich mit auf die Seite des geprellten Bauern stellen will. Nun stellen sich aber alle unsere Forderungen auf die Seite der Kleinbauern gegen den ausbeutenden Kapitalisten. Das ist der maßgebende Gesichtspunkt gewesen, die Ausbeutung der ärmeren zu verhindern, und daher decken sich unsere Forderungen genau mit dem Standpunkt des so oft zitirten Engels.

Gegen die Forderung des Gemeindeeigenthums hat Schippel Argumente der liberalen Manchesterschule geltend gemacht, die da sagte: Gesammtgut — Verdammtgut. Bei seinem Zitiren nahm Schippel aus den Autoren das, was ihm paßte, und ließ die Gesammtanschauung des betreffenden Schriftstellers unberücksichtigt. So behauptet er, Bücher und Wörrishofer hätten auf die Schädlichkeit der Allmenden hingewiesen. Bücher hat allerdings hervorgehoben, daß sich einige Uebelstände bei den Allmenden herausstellten, sein Gesammturtheil aber ist günstig. Die Gefahr der „Schollenkleberei" ist nach ihm nicht vorhanden. Dasselbe meint auch Wörrishofer. Das Ergebniß seiner ganzen Schrift über die Zigarrenarbeiter ist, daß die reaktionäre Verquickung von Landwirthschaft und Hausindustrie sich allmählig auflöst trotz der Allmenden in Baden. Kautsky irrt, wenn er die Reste des Gemeindeeigenthums für sehr klein hält. In Württemberg haben 70 pCt. der Gemeinden Waldungsrechte, 85 pCt. sonstige Allmendenrechte. 735 000 Morgen Gemeindeland sind dort noch vorhanden mit einem Nutzungswerthe von $1\frac{1}{2}$ Million Mk., das Holznutzungsrecht wird auf $2\frac{1}{2}$ Million Mk. geschätzt. Von den 1582 Gemeinden Badens haben 1286 Allmenden in einem Umfange von 126 000 Morgen und einem Nutzungswerthe von $2\frac{1}{2}$ Million Mk. In Hohenzollern befinden sich von den 84 000 Morgen grastragenden Bodens 50 000 in Gemeindeeigenthum. Von 27 Gemeinden ist nur 1 ohne Allmende. — Auch ist es nicht wahr, daß sich die Gemeindewirthschaft mit rationeller Bodenkultur nicht verträgt.

Die ganze Diskussion hat die Frage zugespitzt auf Erweiterung der Allmenden. An der einen Stelle kann die Allmende allerdings reaktionär wirken, an anderer wirkt sie eminent sozialistisch, und deshalb muß man eben differenziren. Kautsky schreibt in seinem „Erfurter Programm" ja auch, daß der Uebergang in die sozialistische Gesellschaft den Kleinbauern nichts nimmt, sondern ihnen das Parzelleneigenthum einstweilen läßt, und gestattet, daß sie ihre Abgaben in Naturalien zahlen. Lesen Sie diese Stelle und vergegenwärtigen Sie sich den Entrüstungssturm, der sich erhob, als Schippel darauf hinwies, daß die süddeutsche Kommission einen Naturalzins vorschlug. Entweder sollte sich Schippel schon längst gegen Kautsky gerichtet haben oder aber er sollte hier nicht hertreten und gegen die Süddeutschen losziehen, weil sie genau dasselbe wollen, was Kautsky in seinem grundlegenden Buche der Partei sogar für die Zeit, da wir schon die Macht haben, zur Richtschnur giebt.

Auch Genosse Arons hat früher einen ganz ähnlichen Standpunkt vertreten wie die Agrarkommission. Redner verliest unter großer Heiterkeit der Versammlung die Agrarvorschläge, die Arons in einem Artikel im „Spzialpolitischen Zentralblatt" vor Jahren niedergelegt hat, und die dahin lauten, daß die Ge-

meinde bei Zwangsversteigerungen Grundstücke erwerben, diese wieder an den früheren Eigenthümer verpachten, Staatskredit dazu erhalten, die Hypothekenverstaatlichung anstreben soll u. s. w. Die Hypothekenverstaatlichung ist eine alte Forderung, die bereits im „Kommunistischen Manifest" ausgesprochen ist. Und wie gingen Marx und Engels bis Ausbruch der deutschen Revolution vor? Nicht mit dem „Kommunistischen Manifest" wandten sie sich in der praktischen Agitation an die Arbeiter, sondern mit einem Sonderprogramm — dies Verbrechen haben sie auch begangen —, das die Schlußfolgerungen für die Praxis aus der Theorie enthielt. Sie haben im Wesentlichen das gemacht, was wir auf agrarpolitischem Gebiet machen wollen. In der Vorrede zum „Bauernkrieg" hat Engels die Forderung der Verstaatlichung der Hypotheken wiederholt und zwar für die Gegenwart. Wir befinden uns also durchaus in guter revolutionärer Gesellschaft. Wer sagt denn, wenn wir die Verstaatlichung der Hypotheken verlangen, daß wir uns praktisch für die und die Methode der praktischen Durchführung festlegen? Unter diesen Umständen ist die Verstaatlichung der Hypotheken räthlich, unter jenen nicht. Es kommt dabei ganz auf die politischen Verhältnisse an. Wie kann man von uns verlangen, daß wir im Agrarprogramm Einzelheiten der Praxis, wie die Festsetzung einer Beleihungsgrenze, feststellen. Das gehört nicht dahin. Genosse Oertel will, wenn die Verstaatlichung der Hypotheken naht, vorerst „tüchtig Hypotheken draufpfeffern". Dazu gehören doch zwei; er muß erst die dummen Kapitalisten finden, die ihm das Geld dazu herleihen. (Heiterkeit.)

Wir können doch an die jetzigen Verhältnisse, wo der Staat in den 14 deutschen Landeskreditanstalten bereits ca. 500 Millionen Mark an Hypotheken in der Hand hat, anknüpfen und in diesem Sinne weiter wirken.

Was nun die Waldnutzung betrifft, an der Schippel zunächst seinen Witz ausgelassen hat, so ergiebt sich da wieder die merkwürdige Erscheinung, daß der Sozialdemokrat Schippel forsttechnisch kapitalistischer denkt und kapitalistischer spricht als die verrammtesten Forstleute. (Sehr richtig!) Wir können uns zur Begründung unserer Ansicht auf Autoritäten berufen, die sogar anerkennen, daß der forsttechnische Standpunkt stets den agrarpolitischen Erwägungen untergeordnet werden muß. Redner verliest hier die diesbezüglichen Aeußerungen des Forsttechnikers Professor Dr. Endres in Karlsruhe. Weit sachlicher ist Kautsky vorgegangen, er hat nicht den Ton der Schippel'schen Selbstgefälligkeit angeschlagen, er ist neben Schippel wie ein bescheidener Predigtamtskandidat. (Heiterkeit.) Er vergißt aber, daß wir nicht die Aufgabe haben, den theoretischen Theil unseres Programms zu wiederholen, sondern festzustellen, was sich an praktischer Politik mit den theoretischen Gesichtspunkten verträgt. Darüber hätte sich Kautsky äußern müssen. Kautsky hat nur im Allgemeinen behauptet, daß das ganze Programm gegen den Entwurf sei; im Einzelnen hat er das nicht nachgewiesen. Die Größe unseres Programms besteht ja gerade darin, daß es mit dem theoretischen Theil einen praktischen verbindet; dadurch ist die Sozialdemokratie eine große Partei geworden. Wir wären eine kleine Schule wie die französischen Sozialisten, wenn wir keinen praktischen Theil im Programm hätten. Auch die Franzosen macht jetzt die praktische Arbeit groß. Und gegen deren praktische Thätigkeit sind wir reine Waisenknaben. Sie haben ein Agrarprogramm, sie haben jetzt ein neues Programm für die Seeleute aufgestellt; sie werden vielleicht weiter gehen und ein besonderes Programm für die Handelsangestellten, für die Eisenbahnarbeiter u. s. w. schaffen. Das ist doch kein Unglück; sondern das darf nur dann bekämpft werden, wenn das Sonderprogramm gegen das Hauptprogramm verstößt, und diesen Nachweis vermisse ich.

Kautsky hat eine praktische Wahrheit gesagt: Unsere Partei ist dadurch groß geworden, daß sie immer gewagt hat, unangenehme Wahrheiten zu sagen.

Nun, ich will ebenfalls einige unangenehme Wahrheiten sagen. Auch Frau Zetkin hat sich auf das theoretische Schaukelpferd begeben und eine große theoretische Rede gehalten. Ich möchte bei dieser Gelegenheit Frau Zetkin an etwas erinnern, was ihr sehr nahe liegt, an die Frauenbewegung. Was hat sie versucht in der praktischen Agitation? Sie ist z. B. hinter den deutschen Frauenvereinen bei den bekannten Petitionen an alle Bundesstaaten um weibliche Fabrikinspektoren zurückgeblieben. Die Gegner haben der Genossin leider die praktische Thätigkeit abgenommen und die gegnerische Agitation hat thatsächlich schon ganz hübsche Erfolge aufzuweisen. Mit drei Worten hat Kautsky die Folge des Theoretisirens gekennzeichnet: es bleibt nichts übrig in den Landtagen und in den Gemeindevertretungen, als daß, wenn solche Fragen, die im Entwurf berührt sind, herankommen, diese Fragen „mit der größten Reserve" behandelt würden. Aber mit der größten Reserve ist den Genossen nicht gedient, es kommt darauf an, den Genossen zu erklären, wie weit sie in der Reserve gehen sollen. Wenn sie sich darauf beschränken wollen, Reden zu halten und zu sagen, die Sache sei ja ganz gut, aber man dürfe nicht praktische Stellung nehmen, so würde das allgemeine Heiterkeit über die sozialdemokratischen Redner erzeugen. Mit der größten Reserve macht man nichts; handeln muß man. Man kann als Partei auch an Uebertreibung der Theorie zu Grunde gehen; manche Parteien, die Sie alle genau kennen, beweisen das. Und was wird die praktische Folge davon sein, wenn die Resolution Kautsky angenommen wird? Die Fortsetzung der literarischen Debatte wird sich auf einen verhältnißmäßig kleinen Kreis beschränken, auch wenn die Resolution Kautsky das nicht zu wollen scheint. In den großen Kreisen unserer praktisch arbeitenden Parteigenossen, auf deren Mitarbeit großer Werth zu legen ist, wird aber die Diskussion ganz naturgemäß weniger fortgeführt werden, wenn Sie jetzt die Frage hier so kurzer Hand erledigen. Was wollen die Landtags-Abgeordneten und Gemeindevertreter der Partei machen, wenn die Resolution Kautsky angenommen wird? Ihnen bleibt nichts weiter übrig, als ihre Mandate niederzulegen oder ohne Rücksicht auf den Beschluß ihre alte Thätigkeit fortzusetzen. Das soll keine Drohung sein, sondern das einfache Fazit der Annahme der Resolution Kautsky. Die Broschüre über die hessischen Landtagswahlen z. B. befindet sich in den Händen aller Gegner. Darin stehen viele Sätze, die auch im Entwurfe stehen. Was sollen da die hessischen, ebenso die bayerischen, badischen und württembergischen Genossen machen, wenn wir uns auf die Resolution Kautsky festlegen? Die Folgen wären also Einschlafen der theoretischen und praktischen Arbeit und Uneinigkeit in der Partei.

Singer: Der Referent hat bereits die ihm zustehende Redezeit überschritten. Da für uns jetzt wieder die Bestimmungen der Geschäftsordnung in Kraft sind, so kann ich eine Ausnahme nur dann machen und den Referenten nur dann eine unbeschränkte Redezeit gewähren, wenn der Parteitag damit einverstanden ist. Ich lasse also darüber abstimmen.

Der Parteitag beschließt, die Redezeit der Referenten nicht zu begrenzen.

Quarck (fortfahrend): Ich danke Ihnen für Ihre Zustimmung, denn ich komme gerade zu einer Sache, die unserem Genossen Singer sehr nahe angeht. Täuschen Sie sich nicht darüber, daß der Beschluß seine Rückwirkung auf die städtische Agitation ausüben wird. Es ist bereits darauf hingewiesen, daß uns in Halle die Unabhängigen dasselbe erwidert haben, was gegen das Agrarprogramm eingewandt wird. Wenn der Parteitag diesen Beschluß faßt, dann werden sich in kurzer Zeit in der Großstadt Stimmen erheben, die sagen: Was hat sich Singer um die Vorgänge in der Stadtverordnetensitzung, um die Anlage neuer Pferdebahnen, Elektrizitätswerke, Gewerbeschulen u. s. w. zu kümmern? Er hat nur Prinzipienagitation zu treiben. — Das wäre der logische Schluß, der sich aus der Annahme der Resolution Kautsky ergiebt.

Die Resolution Reichert trifft am besten das, was bei dem jetzigen Stand der Sache zu thun ist. Es ist richtig, daß wir über eine ganze Reihe von Punkten nicht im Klaren sind, und deshalb müssen wir die Frage vertagen. Damit sagen wir den Genossen im Lande, sie sollen sich intensiv weiter damit beschäftigen, damit eine größere Klärung eintritt. Ich kann Ihnen die Resolution Reichert um so eher empfehlen, als sie den zweiten Antrag der Kommission aufnimmt. Es ist nicht das erste Mal, daß die Partei vor einem Wendepunkt steht, wo sie zu entscheiden hat zwischen Theorie und Praxis. Als vor 20 Jahren in Gotha die Programmfrage zur Berathung stand, da hat Liebknecht, obwohl er wußte, welche vernichtende Kritik unserer größter Theoretiker Marx an dem Entwurf geübt hat, denselben doch zur Annahme empfohlen, weil er sich genau wie es heute der Fall ist, sagte, es kommt nicht darauf an, Prinzipienreiterei zu treiben, sondern die Sozialdemokratie zu vereinigen. Mit dem geeinigten Proletariat werden wir dann schon der Theorie zum Siege verhelfen. Genau so steht es heute, es handelt sich darum, zunächst gewisse Verständigungspunkte zu gewinnen und dann weiter zu arbeiten. Dann werden wir auch zusammen mit den Bauern, die uns heute gefehlt haben, das richtige Agrarprogramm zur Ergänzung des Erfurter Programms finden. Es ist kein Wunder, daß Liebknecht und Bebel auf unserer Seite stehen, sie handeln nach denselben Grundsätzen wie damals, und ich kann nur wünschen, daß wie damals die Taktik dieser Führer der Partei zum Siege verholfen hat, so auch jetzt ihr Rath uns zum Heile gereicht. (Lebhafter Beifall.)

Persönlich bemerkt

Kautsky: Der große praktische Bauernagitator Dr. Quarck hat mich, den reinen Theoretiker, vernichtet und als Beweis für meine Hilflosigkeit angeführt, ich hätte gerathen, daß wir uns in den Landtagen der Agrarfrage gegenüber die größte Reserve auferlegen und womöglich gar nichts darüber reden. Das ist nicht richtig; ich habe nur gesagt, wenn das richtig ist, was die Anhänger des Entwurfs vorbringen, daß unter unseren Genossen die größte Unklarheit in Agrarfragen herrscht, so haben wir alle Ursache, unsern Reformeifer in der Agrarfrage zu zügeln und so vorsichtig wie möglich bei der Stellung von positiven Anträgen zu sein, bevor wir uns selbst über die Sache klar sind. Nun hat Quarck, der das Zitiren so haßt, aus meiner Schrift über das Erfurter Programm Zitate gebracht, die so, wie er sie sagt, falsch sind. Er behauptete, ich sei für den Naturalzins der Bauern eingetreten. Ich habe aber ausdrücklich ausgeführt, daß unter der Herrschaft der Waarenproduktion die Durchführung des Naturalzinses ein Unsinn ist. Auch die andere Aeußerung, die Quarck mir in den Mund legt, von der Erhaltung der Parzellenbauern, ist nicht richtig. Ich habe ausdrücklich erklärt, der Kleinbetrieb sei unhaltbar in der sozialistischen wie in der heutigen Gesellschaft. Aber die kapitalistische Methode, ihn zu beseitigen, sei die Expropriirung, die sozialistische die Anziehungskraft der höher stehenden sozialistischen Betriebsform. Angesichts dieser Art zu zitiren, frage ich den Parteitag, ob Quarck Ursache hat, anderen Leuten Vorlesungen darüber zu halten, wie man zitiren soll.

In persönlicher Bemerkung Dr. Arons: Es ist richtig, daß ich vor einigen Jahren im „Sozialpolitischen Zentralblatt" die agrarpolitischen Forderungen aufgestellt habe, die Dr. Quarck verlesen hat. Aber ich wollte nicht wie die Agrarkommission Erwerbung von Gemeindebesitz, sondern Erwerbung zur Rückgabe an den Privatbesitz. Ich halte aber meine Entwicklung vom Bodenreformer zum klaren Sozialdemokraten für richtig und das Umgekehrte für falsch. (Sehr richtig!)

Persönlich bemerkt

Frau Zetkin: Der Parteischulmeister Quarck hat auch mich geschulmeistert und mir Vorwürfe wegen meiner Haltung in der Frauenbewegung

gemacht. Ich halte diese Stellungnahme für richtig, wir haben seit 1885 erreicht, daß in den Köpfen von Tausenden von Arbeiterinnen die Nothwendigkeit weiblicher Fabrikinspektoren klar feststeht und wenn die Regierung diese Forderung noch nicht erfüllt hat, so ist das sehr erklärlich . . .

Singer (die Rednerin unterbrechend): Wir haben keine Veranlassung, in eine Diskussion über Fabrikinspektoren einzutreten. (Heiterkeit.)

Frau Zetkin (fortfahrend): Wir haben keinen Grund, uns petitionirend und bettelnd einer Regierung zu nahen, die den Umsturz gegen uns gemacht hat . . .

Singer: Das ist nicht persönlich.

Frau Zetkin: Dann will ich mich nur dagegen verwahren, daß ich in der Frauenbewegung denselben Standpunkt einnehme, wie Dr. Quarck in der Handlungsgehilfenbewegung. (Heiterkeit und Beifall.)

Dr. Quarck (persönlich): Ich habe der Genossin Zetkin nur den Vorwurf gemacht, daß sie nicht früher praktisch vorgegangen ist, als der bürgerliche Petitionssturm stattfand. Was Dr. Arons betrifft, so habe ich ihn eigentlich zu glimpflich behandelt, denn das, was er jetzt gesagt hat, verschlimmert die Sache nur. Zum Beweis dafür, daß meine Ausführungen in Bezug auf Kautsky richtig waren, lege ich das „Erfurter Programm" auf den Tisch des Hauses nieder, so daß Jeder die zitirten Stellen nachlesen kann. (Zuruf: Kennen wir ja!)

Das Wort erhält nunmehr der Korreferent

Schippel: Die persönlichen Bemerkungen haben uns bereits auf das Gebiet geführt, das ich zunächst auch betreten muß. Genosse Bebel hat meine Haltung in der Kommission und hier in einer Weise angegriffen, wie sie unter Parteigenossen wohl selten stattgefunden hat. Er hat zum Schlusse erklärt, er sei mit mir als Mensch fertig. Ich bedaure, daß Genosse Bebel das Material zu seinen Anklagen so einseitig und leicht nimmt, denn auch ein Mann von seiner Stellung sollte mit dem Namen, mit dem Ansehen eines Anderen nicht spielen. Alles, was er Ihnen vorgeführt hat, sind Dinge, die nur zum Theil richtig sind, die in andere Beleuchtung gerückt, ganz anders erscheinen.

Lassen Sie mich erst den Hergang in der Kommission feststellen. Nach der Annahme der Frankfurter Resolution war die Stimmung in der Partei im Allgemeinen so, daß man sich sagte: die Frankfurter Resolution ist ein Ungeschick, ein Pech; niemand glaubte recht daran, daß man mit der Resolution Ernst machen würde. (Widerspruch.) Es wurde doch Ernst daraus, die Agrarkommission trat zusammen. An ihrer ersten Sitzung konnte ich nicht theilnehmen, weil ich im Gefängniß saß. Was da beschlossen worden ist, weiß ich nicht. Genosse Bebel wird mir aber vielleicht selber bestätigen können, daß man in Berliner Kreisen und auch innerhalb der Reichstagsfraktion über die Agrarkommission vielfach nur in spöttischem Tone sprach und nicht glaubte, daß etwas aus ihr herauskommen würde. (Bebel: Da hört aber doch alles auf.) Ich habe nicht gesagt, daß sich Bebel spöttisch über die Agrarkommission geäußert habe, wohl aber thaten es andere angesehene Genossen, deren Meinung ihm wohl auch nicht verborgen blieb. Dann traten der mitteldeutsche, der süddeutsche Ausschuß doch zusammen und endlich auch der norddeutsche Ausschuß. Er mußte dazu etwas geschoben werden (Widerspruch), der Sekretär der Kommission kam zu diesem Zwecke, glaube ich, besonders nach Berlin. Es ist richtig, daß ich für die Mehrzahl der Programmpunkte des norddeutschen Ausschusses gestimmt habe. Sie gehen aber alle nicht so weit, wie der schließliche Entwurf der Kommission. Die Verstaatlichung der Grundschulden wird nicht verlangt im norddeutschen Entwurfe, sondern nur die Organisation des Hypothekarkredits durch den Staat. Das ist doch etwas ganz anderes, sogut wie die Organisation der Arbeiterversicherung durch das Reich etwas ganz

anderes ist, wie die Gründung großer zentralisirter Reichsversicherungskassen, wie die „Verstaatlichung" der Arbeiterversicherung. Ob mein Standpunkt im norddeutschen Ausschuß richtig war, ob mein Entgegenkommen nicht zu weit ging, das will ich weiter nicht erörtern. Dagegen möchte ich darauf hinweisen, daß ich manche Punkte des ersten norddeutschen Entwurfes im norddeutschen Ausschuß ähnlich kritisirt habe, wie hier in meinem Korreferat. So ist auf meine Anregung das „Verbot" des Verkaufs von Gemeindeeigenthum gestrichen worden u. s. w. Bebel sagt nun, ich hätte auch in der Gesammtkommission für die meisten Punkte gestimmt. Ich habe an einer Sitzung der Gesammtkommission theilgenommen. An diesem Tage wurde zunächst lange darüber diskutirt, ob man die Beschlußfassung wegen Vollmar's Krankheit vertagen solle. Man behielt sich eine Rücksprache mit Vollmar vor; die Beschlüsse wurden also an diesem Tage nicht als definitive behandelt. Hieran schloß sich eine lange Debatte über einige Allgemeinheiten des süddeutschen Entwurfes. Dann wurden die drei ersten Punkte des mitteldeutschen Programmes erledigt. Ich habe, wie ich offen gestehen muß, die Dinge allzusehr mit leichter Hand behandelt, weil ich die Diskussion nicht ganz ernst nahm und die Beschlußfassung nicht für definitiv hielt. Ob die Zustimmung zu einer Reihe der mitteldeutschen Punkte irgendwie meiner heutigen Stellung widerspricht, lasse ich unerörtert. Bei der Bewirthschaftungsfrage z. B. ist es unzweifelhaft nicht der Fall. Ich soll nun aber auch für die „Verstaatlichung der Grundschulden" gestimmt haben. Wie verlief hier in der Gesammtkommission die Abstimmung? Ueber diesen wichtigsten Punkt hat — auch das Protokoll stimmt mit meiner Erinnerung hier vollständig überein — gar keine Debatte stattgefunden. Gewissermaßen zwischen Thür und Angel, im Aufstehen und Gehen wurde über diesen letzten Punkt des ersten Tages der Gesammtkommission abgestimmt. Daß die Abstimmung die einstimmige Annahme dieses Punktes ergeben hätte, darüber steht nichts im Protokoll; sonst ist die Einstimmigkeit ausdrücklich verzeichnet. Die Einen sagen, ich hätte dafür gestimmt. Ich sage: ich habe dagegen gestimmt. Ich muß es Ihnen überlassen, wem Sie glauben.

Ich muß ferner noch hinzufügen: weder der süddeutsche, noch der mitteldeutsche Entwurf waren mir bekannt, als ich in die Sitzung kam, in der es sofort auch ans Abstimmen ging. Der Sekretär der Kommission hatte keine Schuld daran, ich jedoch auch nicht. Er hatte rechtzeitig die Entwürfe an einen Berliner Parteigenossen geschickt, der sie vertheilen sollte. Der Genosse hielt es wohl für eine persönliche Liebenswürdigkeit, daß man ihm soviel Exemplare schickte und behielt sie für sich. Ich habe sie nicht erhalten, habe also nicht in der üblichen und nöthigen Weise vor der Abstimmung Kenntniß von den einzelnen Punkten nehmen können. Jetzt bedaure ich es, nachdem ich gesehen habe, wie ernst die Dinge geworden sind, damals war es mir gleichgiltig.

Nun zu einer weiteren Aeußerung Bebel's. Er hat mir vorgeworfen, ich sei auch nach der Veröffentlichung des Programms hin- und hergeschwankt. Zuerst hätte ich im Einführungsartikel des „Sozialdemokrat" den Agrar-Entwurf und die Kommission gelobt, dann hätte ich sie aufs schärfste angegriffen und sei schließlich in meinem Briefe an Liebknecht auf den korrekten Standpunkt zurückgekehrt. In den Parteizeitungen wurde das noch deutlicher ausgedrückt: da wurde behauptet, ich sei im „Sozialdemokrat" erst für das Programm eingetreten, als dann jedoch die Stimmung in der Partei mehr und mehr ablehnend wurde, hätte ich sie mir zu nutze gemacht und sei mit dem Sturme gesegelt. Man müßte eigentlich annehmen, daß, wenn Bebel Anklage auf Grund von Artikeln erhebt, er sie vorher gelesen hat. Was steht jedoch im ersten Artikel des „Sozialdemokrat", der am Tage der ersten Veröffentlichung des Programms, also vor jeder anderen Parteikritik geschrieben ist? Redner verliest eine Anzahl Stellen aus dem Artikel und beurtheilt sie wie folgt: Es

sind einige der üblichen, verbindlichen, höflichen Redensarten für die Kommission darin, sachlich werden ihre Vorschläge ganz im Sinne meines Referats strikt abgelehnt. Es heißt ausdrücklich in dem Artikel: Mit dem Landarbeiterschutz konnte die Kommission nichts anfangen und der Bauernschutz ist eine Todtgeburt. Das steht ausdrücklich darin, Bebel sollte den Artikel erst lesen, bevor er leichtfertig darüber urtheilt. (Bebel: Leichtfertig haben Sie gehandelt.)

Daß ich Bebel in seiner ersten Aeußerung über meinen Brief an die Kommission nicht mißverstanden hatte — wie er dann in einer persönlichen Bemerkung es darstellte — geht aus dem „Vorwärts-Bericht" hervor. (Redner verliest die Stelle.) Der Brief widerspricht in keinem Punkte meinem Referat und meiner Stellung in der Presse. Er ist auch frei von jeder Feindseligkeit gegen die Kommission, sucht ihr vielmehr einen allseitig befriedigenden Ausweg vorzuschlagen. (Der Brief ist auf Bebel's Anregung von Schippel zu Protokoll gegeben und folgt unten im Wortlaut.) *)

Dann machte mir Bebel, nachdem ich den süddeutschen Entwurf kritisirt hatte, den Vorwurf, ich hätte diesen Entwurf loyaler Weise überhaupt nicht heranziehen dürfen. Weiß denn Bebel nicht, daß ich es von vornherein zur Bedingung des Korreferates gemacht habe, daß der süddeutsche Entwurf veröffentlicht und besprochen würde? Die Agrarkommission selber hat darüber abgestimmt; niemand hat mir einen Verzicht auf die Kritik nahegelegt, auch Bebel nicht, dem durch die Presse und als Kommissionsmitglied meine Absicht bekannt war, der sie durch seine Abstimmung vielleicht ausdrücklich gebilligt hat. Und da stellt man es heute als eine Ueberraschung und Ueberrumpelung dar, daß ich meiner Ankündigung nachkam! (Bewegung.)

Bebel hat mir ferner Mangel an Muth vorgeworfen mit der Andeutung, daß ich den süddeutschen Entwurf gerade deshalb besonders bekämpfe, weil sein Verfasser, Vollmar, nicht da ist. Ich habe erst in der letzten Stunde, nach meinem Referat, davon gehört, daß Vollmar der Verfasser ist; ich habe — wie wohl aus meinem Referat hervorging — auf ganz andere Urheber gerathen und bin in meiner Vermuthung auch durch Aeußerungen der „Fränk. Tagespost"

---

*) Berlin NW., Thurmstr. 37, den 4. Oktober.

Sehr geehrter Genosse!

Ich bin noch immer derart vom Husten gepeinigt, daß ich, wenn ich heute fahre, risiren muß, zum Kongreß keinen Laut aus der Kehle zu bringen. Ich muß deshalb, so peinlich es mir ist, nochmals mich zu entschuldigen bitten.

Aendern wird die Kommission an den einzelnen Programmpunkten ja nichts mehr wollen. Ich würde es für das Richtigste halten, wenn sie einfach die Verbindung mit dem Programm aufhebt; dann fallen natürlich die Uebergangsworte und die ganz unnöthigen und ziellosen Diskussionen darüber auch hinweg. Die Kommission würde sich nichts vergeben, wenn sie erklärte: nach dem Gang der Diskussion könne sie die einzelnen Forderungen **als verpflichtende Programmpunkte nicht mehr vorschlagen**; sie unterbreite sie aber dem Parteitag als **Gerippe für die Diskussion** in Breslau, weil die Aussprache darüber doch noch nicht zum Abschluß gekommen sei.

Eine **Resolution** kann die Kommission wohl **nicht** vorschlagen. Wahrt sie ihren alten Standpunkt darin, so lehnt der Kongreß wieder ab — sich selber zu desavouiren hat sie aber auch keinen Anlaß.

Um jede Weiterung kommt sie auch herum, wenn sie — was ich empfehlen würde — ihre Mandate dem Parteitag zurückgiebt, einfach mit der Begründung, daß ihre Zusammensetzung nicht mit der Stärke der verschiedenen Strömungen in der Partei harmonire, und daß daher eventuell eine Neuwahl nur recht und billig sei. Man kommt dadurch meines Erachtens um alle Empfindlichkeiten herum.

Das Alles wird Sie vielleicht sehr wenig interessiren; vielleicht hat es auch einigen Nutzen. Sonntag bin ich bestimmt da und hoffentlich nicht mehr als bellender Cerberus. Mit den ergebensten Grüßen Max Schippel.

bestätigt worden. Ich habe natürlich auch jetzt kein Wort von dem zurückzunehmen, was ich in der Kritik desjenigen Theiles des süddeutschen Entwurfs gesagt habe, der mit den Falkenhayn'schen Vorschlägen zusammenfällt.

Nun könnte man mir einwenden, daß ich nach meiner Haltung in der Kommission niemals das Korreferat hätte übernehmen sollen. Ich hatte auch das Gefühl, daß es besser und richtiger wäre, nicht gegen Kollegen hier zu polemisiren, die bei größerem Eifer meinerseits vielleicht zur rechten Zeit den Standpunkt des Entwurfs verlassen hätten. Aber habe ich mich denn zum Korreferat gedrängt? Nein, ich bin dazu mit Absicht und Ueberlegung gestellt worden durch Quarck und durch allerlei Zeitungsnotizen. (Bebel: Ja, wir wollten Sie festnageln.) Ja, Sie haben mich stellen wollen! Aber wenn ich nicht den Vorwurf der Feigheit auf mich laden wollte, dann blieb mir doch gar nichts anderes mehr übrig, als anzunehmen. Haben Sie, die Sie mich zur Annahme des Referats zwangen, Grund, mir die Annahme zum Vorwurf zu machen? Ich habe von Anfang an gewußt, daß Sie einen Skandal wollten; hätte ich mich zurückgezogen, so wäre der Skandal doch gekommen. Man hat ein Kesseltreiben gegen mich angestellt; aber war das parteigenössisch gegen einen Kollegen, dem Sie schließlich doch weiter nichts vorwerfen können, als daß er im Anfang die Sache zu sehr auf die leichte Achsel nahm? (Bewegung. Sehr richtig!)

Ferner hat man mir bewußte Demagogie vorgeworfen. Der Vorwurf trifft nicht zu. Ich bin die ganze Woche vor dem Parteitage arbeitsunfähig gewesen und war nicht in der Lage, auch nur ein Wort meines Referates vorher zu fixiren. Wenn diese oder jene Aeußerung vielleicht aggressiver ausgefallen ist, als es gut war, so war es nicht meine Absicht, jemanden dadurch zu beleidigen oder die agrarischen Führer in Gegensatz zu stellen zu den handarbeitenden Genossen. Wenn mir aber gerade Bebel den Vorwurf macht, daß mir der Ausdruck Charlatanerie entschlüpft ist, wenn er mir einen Vorwurf daraus macht, daß ich gesagt habe, die Arbeiter müßten den agrarisch angekränkelten Genossen den Weg weisen, wenn diese selber von der falschen Richtung nicht umkehren wollten — so ist er am wenigsten zur Schulmeisterei berechtigt. Wer sprach voriges Jahr von Bauernfängerei? Bauernfängerei ist zweifellos schlimmer als Charlatanerie. Wenn Bebel vor der Wahl stände, Bauernfänger oder Charlatan geheißen zu werden, so würde er zweifellos den Charlatan für die geringere Beleidigung halten. (Bebel: Ich hätte Ihnen einen besseren Geschmack zugetraut.) Ich verweise Sie weiter auf die Rede auf dem Kölner Parteitag, wo Bebel zum Schlusse sagte: „Haben die Konsuln Acht, daß dem Gemeinwesen kein Schaden geschieht! Und wenn die Konsuln nicht fähig sind, das zu verhüten, dann mögen die Parteigenossen Gericht über sie halten." Das ist genau dasselbe, worüber man bei mir Zeter schreit wegen unzulässiger Demagogie. Etwas vom Demagogen steckt ja in uns allen, aber mußte gerade Bebel das als unerhört bezeichnen, was er selber oft genug gethan hat? (Beifall.)

Ein nochmaliges Eingehen auf die sachlichen Differenzen, um welche sich die Diskussion bewegt hat, scheint mir im Augenblick deplazirt; Sie alle sind sich über Ihre Stellung klar, und weder ein Freund noch ein Gegner des Entwurfs kann das Ergebniß der Abstimmung in seinem Sinne noch zu verändern hoffen. Ich berichtige daher im Wesentlichen nur einige Mißverständnisse, wie sie besonders in den Reden der Genossen Bock, Bebel und Müller-München hervortraten. Wenn ich dagegen auftrat, daß sich die Partei unter allen Umständen für unbeschränkte Aufrechterhaltung der Wald- und Weiderechte verpflichten solle, wie das durch eine Programmforderung geschieht . . . (Zwischenruf: Nicht unbeschränkt.) Ja, unbeschränkt steht jetzt nicht mehr ausdrücklich da; aber eine Aufrechterhaltung mit Einschränkungen ist gar nichts,

sie stellt alles in das Belieben und die Willkür . . . Ich sage, wenn ich dagegen auftrat, so habe ich mich nicht einseitig auf die Seite der Forstverwaltungen gestellt; nichts liegt mir ferner, wie die häufigen Uebergriffe der letzteren, die Prellereien und Härten gegen die bisher Berechtigten zu verkennen. Aber ebensowenig können wir uns in den tausendfältigen Interessenkonflikten zwischen Forst- und Landwirthschaft einseitig und unter allen Umständen auf die Seite der Bauern stellen, blos weil letztere vielleicht arm und unter Umständen unsere Wähler sind. Von einer allgemeinen Zwangsablösung, wie Müller meinte, habe ich vollends nie gesprochen; ich führte nur aus, daß die Ablösung oft sogar im Interesse des Bauern sei; und nicht ich war es, der hier dem bayerischen Finanzminister Riedel beistimmte, sondern der Genosse Vollmar.

Man hat, besonders seitens David's, darauf hingewiesen, daß in der Landtagsagitation einzelner Staaten die Grundschuldenverstaatlichung schon häufiger eine Rolle gespielt habe. (Sehr richtig!) Doch gerade diese Art von Agitation zeigt, daß man die nöthige politische Vorsicht öfter aus dem Auge verliert. Ein Genosse händigte mir vorgestern eine hessische Landtagswahlbroschüre ein. Da wird zum Schluß die Verstaatlichung des Hypothekenwesens unter Herabsetzung des Zinsfußes in Aussicht gestellt. Zur Begründung gelangt eine Statistik über die Zwangsversteigerungen in Hessen zum Abdruck. Was sehen wir da? Von 513, 409, 374, 387 Zwangsversteigerungen fielen immer nur 135, 97, 87, 87 auf die Landwirthschaft, dagegen 341, 273, 256, 277, also immer etwa dreimal soviel auf Gewerbetreibende. Sollte das in denen nicht auch den Wunsch erwecken, ihre Schulden übernommen zu sehen und etwa gar nach dem Plane des Dr. David zu verfahren, bei jeder Vergantung von der Gemeinde gerettet und in den alten Betrieb wieder eingesetzt zu werden? Welch' ein unglaublicher Gedanke überhaupt, dem Sozialismus dadurch vorarbeiten und Anhänger gewinnen zu wollen, daß man gerade alle *verkrachten*, lebensunfähigen Betriebe auf die Gemeinde übernimmt! Wenn man den Sozialismus vor aller Welt diskreditiren wollte, ließe sich kein besserer Weg dazu denken.

Was die Verstaatlichung der Grundschulden anbelangt, so weiß ich wohl, daß die Anhänger des Agrarprogramms keine Entlastung der Schuldner aus den Taschen der Arbeiter *wollen*. Ich habe nur gesagt, daß die wirkliche Schuldenverstaatlichung in der heutigen realen politischen Welt garnicht anders aussehen würde. Dr. David scheint zu glauben, wir fürchteten, der Staat werde die von ihm abhängigen Schuldner kujoniren, und er tröstet uns damit, daß die Bauern dann eine derartige Opposition treiben würden, daß der Staat wohl oder übel nachgeben müsse. Nein, so sehen unsere Befürchtungen wahrhaftig nicht aus; wir fürchten vielmehr, der Staat werde die Bauern um so leichter politisch poussiren können, sie *für* sich gewinnen und *gegen* die Arbeiter mobil machen, wenn er Zinsentlastung verspricht und die Arbeiter diesem Aderlaß widerstreben, widerstreben müssen. Auch *Bebel* hat vor noch gar nicht langer Zeit denselben Standpunkt eingenommen. Er äußerte da über die Hypothekenverstaatlichung:

„Diese letztere Forderung wird auch *im Kommunistischen Manifest* erhoben und sie ist ähnlich in einer deutschen Kammer gegenwärtig von unseren Genossen gefordert worden. Wunderbar, daß Antisemiten, Bauernbündler und wir scheinbar dieselbe Forderung aufstellen! Aber diese Forderungen haben im Grunde mit einander gar nichts gemein. Das Kommunistische Manifest fordert die Verstaatlichung der Hypotheken *unter der Voraussetzung*, daß eine *sozialistische Staatsleitung* bereits vorhanden ist. Wir fordern bekanntlich Verstaatlichung des gesammten Grund- und Bodeneigenthums und nur als Uebergangsstadium fordert das Kommunistische Manifest Verstaatlichung der Hypotheken. Das heißt also, können wir nicht ohne Weiteres die Kapitalistenklasse expropriiren, so sind wir bereit, dem

Hund den Schwanz stückweise abzuschneiden (Heiterkeit), indem wir das Kapital durch Reduzirung des Zinsfußes allmälig zu Grunde richten. Die Männer, die das Kommunistische Manifest verfaßten, wußten sehr gut, daß diese Forderung im Grunde wenig Bedeutung habe, aber vielen Anklang finde und in der Uebergangszeit vielleicht nöthig sei. Wenn aber heute gegenüber einer bürgerlichen Regierung, gegenüber einem mächtigen Großgrundbesitz und Agrarierthum diese Verstaatlichung des Hypothekenwesens angeregt wird, damit die Herren Agrarier niedrigere Zinsen bezahlen, so ist das **eine durchaus konservative Maßregel, auch wenn Sozialdemokraten sie fordern;** sie bedeutet die Bevorzugung einer Klasse auf Kosten der Gesammtheit, auf Kosten der Arbeiterklasse. (Sehr richtig!) Beschafft der Staat die Verzinsung der Grundschuld billiger, dann haben nicht blos die Kleinbauern, sondern auch der Großgrundbesitz einen Vortheil davon. Würde die Verzinsung durch den Staat z. B. gar mit 3 pCt. bewirkt, während der Staat, um Geld aufzunehmen, $3^1/_2$ pCt. zahlen muß, so müßte das $^1/_2$ pCt. Zins für Milliarden Hypothekenschulden aus Steuerquellen aufgebracht werden; nicht die Kapitalisten, sondern die große Masse müßte diese Belastung auf sich nehmen. Es ist also bedenklich, aus Eifer für praktische Thätigkeit ein so verkehrtes Mittel vorzuschlagen. Ich kann diejenigen Genossen, die in die Landtage kommen, nur davor warnen, in ihrem Eifer, in Kreisen propagandistisch zu wirken, die vorläufig doch nicht und theilweise gar nicht zu gewinnen sind, an der künstlichen Aufrechterhaltung von Gesellschaftszuständen mitzuarbeiten, an deren Aufrechterhaltung wir am allerwenigsten mitarbeiten dürfen. Das Wort der Unabhängigen von der Versumpfung unserer Partei halte ich nicht für berechtigt, aber wir müssen ein wachsames Auge haben."

Ganz unsere Meinung! Aber wenn man so im Zickzackkurs geht, wie hier Bebel, soll man gegen Andere auch tolerant sein. Jedenfalls hat man doppelten Anlaß, andere Meinungen ruhig anhören und Widerspruch ertragen zu lernen. Der schlimmste Feind, den Bebel heute hat, ist er sich selber mit seiner Rechthaberei (Beifall), die ihn sich immer tiefer auch in eine ganz unhaltbare Stellung verrennen läßt. Niemandes Wort wiegt heute schwerer in der Partei wie das Bebel's; um so mehr sollte er sich Ruhe und Objektivität des Urtheils zur Pflicht machen, als sein Wort rasch an Gewicht verlieren muß, wenn die Genossen immer häufiger sich außer Stande sehen, alle diese Schwankungen mitzumachen.

Damit bin ich am Ende. Werfe ich nochmals einen Blick zurück über den Gesammtverlauf unserer Debatte, so war mir das Auffälligste daran, daß in den drei Tagen der Verhandlungen eine Bevölkerungsklasse ganz unbemerkt und unbeachtet im Hintergrund stand: der Landarbeiter. Wer wollte behaupten, daß wir seine Lage etwa genügend schon kennen, daß wir ihn in unseren Detailforderungen genügend schon berücksichtigen? Dennoch war er für uns nicht da, während der Bauer uns mehr wie zu viel beschäftigte. Sollte uns das nicht auch eine Warnung sein, den Weg dieses Programmentwurfs zu beschreiten? Ich wünschte, wir wären erst so weit, zehn oder zwölf handfeste Knechte auf unseren Kongressen unter uns zu haben, das Urtheil über die hier vorgeschlagene Landagitation würde ein viel vernichtenderes sein, als Sie es während der letzten Wochen und Tage je gehört haben. Und selbst der Parzellenbauer müßte sich vor dem hier gewünschten Bauernschutz bedanken: Grundrente, Profit und mehr noch opfert er bis zur Grenze des kümmerlichsten Lebensunterhaltes stets seinen Vorbesitzern und Gläubigern; jede Erleichterung der Zinslast erhöht hier nur wie nach einem ehernen Gesetz den allgemeinen Schuldenstand. Sie schützen und heben hier nicht den Menschen wie beim Arbeiterschutz, sondern konserviren nur die Parzelle, den Zwergbetrieb. Kann das unsere Absicht sein? Die Klein-

besitzer werden nicht als Eigenthümer, sondern als künftige Proletarier zu uns kommen. Heißt es doch schon im Kommunistischen Manifest ganz richtig: „Die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie Alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Sind sie revolutionär, so sind sie es im Hinblick auf den ihnen bevorstehenden Uebergang in's Proletariat, so vertheidigen sie nicht ihre gegenwärtigen, sondern ihre zukünftigen Interessen." Sie von ihren zukünftigen Interessen zu überzeugen, ihnen die Hoffnungslosigkeit ihrer Gegenwart zu lehren, das muß unsere Aufgabe sein. So haben wir auch unter den Kleingewerbetreibenden unsere Erfolge errungen, und sie haben uns doch wahrlich keinen Grund zu dem Kleinmuth gegeben, der, wenn wir das landwirthschaftliche Gebiet betreten, viele unserer besten Genossen plötzlich befällt. Verlieren wir uns selbst nicht, so werden wir auch hier nicht verloren sein. (Beifall.)

Redner hebt dann noch kurz hervor, daß die Kautsky'sche Resolution nicht ein für alle Mal jedes Agrarprogramm verwirft, sondern nur die Ablehnung dieses vorliegenden Entwurfes ausspricht und näher motivirt; sie verwirft auch nicht jedes praktische Eintreten für jede der Einzelforderungen, sondern sie sagt z. B. von den Meliorationen nur, daß sie keine Klassenforderung des Proletariats sind und darum in ein Arbeiterprogramm nicht gehören. Nehmen Sie die Resolution Kautsky möglichst einstimmig an! (Beifall.)

Bebel (persönlich): Schippel hat behauptet, die Kommission sei innerhalb der Fraktion als spöttische Einrichtung aufgefaßt worden. Soweit sich diese Behauptung auf meine Person bezieht, muß ich dem aufs Entschiedenste entgegentreten, und ich glaube, daß auch kein anderes Mitglied der Fraktion außer vielleicht Schippel eine ähnliche Auffassung gehabt hat. Er hat weiter gesagt, er habe für eine Reihe von Forderungen im norddeutschen Entwurf, darunter auch für die Verstaatlichung der Grundschulden, gestimmt, sich aber nichts Böses dabei gedacht, denn was könne man alles darunter verstehen. Aber das Wort „Grundschulden" kommt im norddeutschen Entwurf garnicht vor. Es liegt hier also eine Verwechslung vor, ob nun absichtlich, lasse ich dahingestellt, zwischen dem Zentralentwurf und den einzelnen Entwürfen. Die Fassung des norddeutschen Entwurfs stammt von mir und hat unter Schippel's Assistenz in der Plenarsitzung der Kommission eine andere Fassung erhalten, die dem Sinne nach mit meinem Vorschlage übereinstimmt; Schippel hat dafür gestimmt. (Hört, hört.) Die ganze Art und Weise, wie er selbst heute seine Mitwirkung charakterisirte, ist für ihm die denkbar blamabelste. (Sehr richtig.) Ich weise ferner nochmals darauf hin, daß in der ersten Zentralsitzung, in der Schippel zugegen war, die fünf ersten Punkte des Entwurfs ausführlich debattirt wurden, und Schippel laut Protokoll dafür stimmte. (Hört, hört!) In der zweiten Sitzung, in der er nicht erschien, obgleich er erst am Tage darauf seine Reise antrat, wurden die übrigen Punkte erledigt. Schippel hat dann zum Beweise dafür, daß ein Widerspruch in seiner Haltung nicht vorhanden war, den bekannten Brief an Liebknecht verlesen. Ich hoffe, er wird denselben zu Protokoll geben, damit jeder sieht, wie es ihm nur darauf ankommt, Silbenstecherei zu treiben. Wenn Schippel behauptet, ich hätte ihm mit Bezug auf diesen Brief den Vorwurf der Perfidie gemacht, so erkläre ich dem gegenüber, daß ich nichts gesagt habe, was dem gleichkommt, sondern nur auf die neue Schwenkung hingewiesen habe, die Schippel mit diesen Brief genommen hat. Er hat ferner gesagt, er habe sich, als man ihm das Referat antrug, zur Bedingung gemacht, daß er auch über den süddeutschen Entwurf reden dürfe, und dann dieser veröffentlicht werden müßte. Ich war zu jener Zeit in der Schweiz bei meiner Tochter zum Besuch und wurde von Quarck angefragt, ob ich damit einverstanden

sei, daß Schippel zweiter Referent werde und zwar gegen den Entwurf. Ich antwortete, daß ich selbstverständlich mit Vergnügen dafür sei, daß Schippel referire, und zwar schon aus dem Grunde, um zu hören, wie er seine jetzige Opposition gegen den Entwurf mit seiner Haltung in der Kommission in Einklang bringen wolle. Sie darauf hin anzunageln, war natürlich, Sie würden an unserer Stelle nicht anders gehandelt haben. Im weiteren antwortete ich, daß ich aber auf die Bedingung nicht eingehen könne, sondern die Veröffentlichung sämmtlicher Entwürfe beantrage. Das ist denn auch geschehen. Schippel bezieht sich zum Beweise dafür, daß der jetzige Entwurf wesentlich der süddeutsche sei, auf Grillenberger, dieser hat aber garnicht den süddeutschen, sondern den Zentralentwurf gemeint.

Singer (ihn unterbrechend): Was Grillenberger gemeint hat, gehört nicht zur persönlichen Bemerkung.

Bebel (fortfahrend): Weiter hat Schippel die Frage aufgeworfen, wie ich mich stellen würde zu den Vorwürfen der Bauernfängerei und der Charlatanerie. Ich habe einen viel zu guten Geschmack, um überhaupt zwischen diesen beiden Ausdrücken zu wählen. Wenn ich aber das Wort Bauernfängere, gebraucht habe, so liegt darin keine Beleidigung, sondern es hat denselben Sinn wie Stimmenfängerei. Ich kann mir denken, daß Leute unter uns sind die darauf ausgehen, zunächst die Bauern bei einer Wahl zu gewinnen, in der Hoffnung, sie dann auch zu Sozialdemokraten machen zu können. Auch die mir unterstellte Absicht, ich hätte auf dem Kölner Parteitag an die Arbeiter gegen die Nichtarbeiter appellirt, ist nicht richtig, ich habe dort keinen künstlichen Gegensatz konstruirt zwischen Arbeiter und Nichtarbeiter. In den Fehler Hasselmann's und Schweitzer's bin ich nicht verfallen, ich habe in Köln an die Genossen insgesammt appellirt, falls die Konsuln, das heißt in jenem Fall die Leiter und Vertreter der Partei, ihre Schuldigkeit nicht thäten. Das war ein durchaus erlaubter und der einzig mögliche Appell. Schippel hat ferner einen Gegensatz zwischen meiner Haltung in Köln und meiner späteren Haltung konstruirt und zum Beweise dafür einen langen Passus aus meiner Kölner Rede vorgetragen. An einer bestimmten Stelle fing er an sehr schnell zu lesen, aber das waren gerade die entscheidenden Sätze, die einen ganz anderen Sinn hatten, als er ihnen unterstellte. (Heiterkeit.) Wenn Schippel weiter meinte, mein Wort wiege am schwersten in der Partei, daß es aber sein Gewicht verlieren werde, wenn ich weiter heute rechts, morgen links marschire, so stellt er damit der ganzen Partei ein Armuthszeugniß aus, die mich so lange trotz meiner angeblichen Widersprüche an solcher Stelle geduldet hat.

David bemerkt persönlich, es sei ihm durch die Geschäftsordnung unmöglich gemacht, das alles richtig zu stellen, was der Korreferent in seiner Schlußrede über das Zustandekommen des süddeutschen Entwurfs gesagt habe, er müsse sich mit der Erklärung begnügen, daß die Darstellung Schippel's durchaus falsch sei. Auch werde ihm durch die Geschäftsordnung die Möglichkeit geraubt, im Namen der anwesenden Mitglieder des süddeutschen Unterausschusses Protest zu erheben gegen die Angriffe in der Schlußrede Schippels. Für sich persönlich erkläre er, daß er den Vorwurf der „wissenschaftlichen und politischen Unreife" lächelnd hinnehme und den Genossen Schippel nicht beneide wegen der „wissenschaftlichen und politischen Ueberreife", die er in der ganzen Sache gezeigt habe.

Quarck bemerkt persönlich, daß die Mittheilungen Schippel's über den Verkehr mit ihm unvollständig und tendenziös seien. Das Referat sei zuerst einem anderen übertragen, erst auf Veranlassung einer Frankfurter Versammlung sei ohne sein Zuthun Schippel zum Referenten gewählt. Bezüglich der Abstimmung habe er am Tage nach der betreffenden Sitzung an Schippel geschrieben, daß er allen fünf Punkten des Entwurfs zugestimmt habe und daß er ihn für

so loyal halte, daß er seine Behauptung im „Sozialdemokrat" berichtigen würde. Das sei nicht geschehen.

Damit sind die persönlichen Bemerkungen erschöpft.

Es wird zur Abstimmung geschritten.

Singer schlägt folgenden Abstimmungsmodus vor: Zunächst wird über die Kautsky'sche Resolution (Antrag 121) abgestimmt. Es liegt hierzu ein genügend unterstützter Antrag auf namentliche Abstimmung vor. Dieser Abstimmung müßte die Abstimmung über das Amendement Antrick, das einige Worte in der Resolution gestrichen wissen will, vorangehen. Wird die Resolution angenommen, so sind alle übrigen Anträge erledigt, wird sie abgelehnt, so muß zunächst über den Antrag 128 abgestimmt werden, der dasselbe wie die Kautsky'sche Resolution will, nur mit Fortlassung der Motive. Wird dieser Antrag abgelehnt, so kommt Antrag 127 an die Reihe, der die Beschlußfassung vertagen will. Wird er abgelehnt, so kommt es zur Abstimmung über die Anträge der Agrarkommission. — Durch die Beschlußfassung werden meines Erachtens sämmtliche zu diesem Punkte sonst noch gestellten Anträge erledigt.

Zunächst beschließt der Parteitag, in eine Spezialdiskussion der Vorschläge der Agrarkommission nicht einzutreten.

Bebel regt an, die Abstimmung über die Kautsky'sche Resolution in zwei Theilen vorzunehmen. Während über den ersten, prinzipiellen Theil der Resolution die Meinungen differenziren, ist man sich über den zweiten Theil, der die Schlußresolution der Agrarkommission aufnimmt, einig.

Der Parteitag ist mit diesem Abstimmungsmodus einverstanden.

Zunächst wird das Antrick'sche Amendement, das in der Kautsky'schen Resolution die Worte:

„und trägt dadurch bei zur Neubelebung ihres Eigenthums-Fanatismus"

streichen will, angenommen.

Hierauf wird in namentlicher Abstimmung über den so veränderten ersten prinzipiellen Theil der Kautsky'schen Resolution abgestimmt.

Für die Kautsky'sche Resolution stimmten: Altermann, Althaus, Antrick, Arons, Auer, Bamberger, Baerer, Beck-Lauenburg, Beims, Berger, Block, Blos, Böhmer, Braun, Brand, Börner, Brecour, Breslauer, Brey, Brühne, Dahlen, Demmler, Delor, Dreßler, Eberle, Eichhorn, Enders, Erbe, Ernst, Feldmann, Fischer-Berlin, Fischer-Dresden, Fleischmann, Frantzen, Fricke, Fülle, Gärtner, Galke, Garbe, Gehr, Geiser Alice, Geiser Bruno, Gerlach, Gerisch, Gewehr, Geyer, Gießmann, Görke, Grünwaldt, Hartmann, Haselbauer, Haubold, Haug, Heinrich-Neurode, Heinrich-Potsdam, Henker, Herbert, Hering, Herzog, Hirschmeier, Hoch-Hanau, Hoch-Berlin, Höpfner, Hofer, Hoffmann-Bielefeld, Huber, Hué, Hülle, Janiszewski, Joest-Mannheim, Kaden, Kähler, Kautsky, Kern, Kiesel, Kimmel, Klees, Kloß, Knoop, Koenen, Koblenzer, Kölle, König, Kräcker, Krandt, Kühn-Langenbielau, Kühn-Breslau, Kunitzky, Kutsche, Landé, Landgraf, Lehmann, Leonhardt, Leopoldt, Lesche, Leven, Lipinsky, Löwy, Lutz, Luz-Langenbielau, Marlitke, Meist, Meister, Metzger, Metzner, Meyer, Michaelis, Michels, Möller, Mohs, Müller-Witlau, Noske, Peters, Pischel, Pfannkuch, Pohlitz, Postelt, Pusch, Reißhaus, Rieger, Rietz, Rocker, Rohrlack Hermann, Rohrlack Martha, Schaal, Schilling, Schippel, Schmidt-Düsseldorf, Schneider, Schöne, Schreck, Schütz, Schultze-Königsberg, Schwerike, Singer, Sonnenburg, Stadthagen, Starke, Stolpe, Stubenreich, Teichmann, Thiele, Thierbach, Thomas, Tietze, Timm, Trautewein, Unglaube, Vetter, Vogel, Wurm, Werner, Wiehle, Wolny, Wetzker, Zabel, Zetkin, Zubeil.

Gegen die Kautsky'sche Resolution stimmten: Albrecht, Baudert, Bebel, Beck-Lüneburg, Bérard, Birk, Böhle, Bock, Bothe, Bott, Bruhns, Brunke, Buchwald, David, Deppe, Emmel, v. Elm, Förster, Frohme, Galm, Geck, Goebel, Groth, Harm, Heine, Hofmann-Saalfeld, Hug, Johannes, Iserloh, Katzenstein,

Keil, Kirsch, Kleemann, Liebknecht, Molkenbuhr, Müller-München, Müller-Darmstadt, Nitzschke, Oertel, Orb, Orbig, Paul, Peus, Quarck, Reichert, Röhrle, Schepe, Schiemann, Schmidt-München, Schoenlank, Schulze-Cossebaude, Schumann, Schwartz, Segitz, Simon, Sosna, Steinbach Helene, Steinweg, Stolten, Stücklen, Vogenitz, Walther, Wehder.

Der erste Theil ist also mit 158 gegen 63 Stimmen angenommen.

Der zweite Theil wird hierauf gegen eine Stimme angenommen.

Zur namentlichen Abstimmung geben Müller-Darmstadt, Galm-Seligenstadt und Simon-Offenbach nachstehende Motivirung zu Protokoll:

„Wir haben gegen den ersten Theil der Resolution Kautsky und Genossen gestimmt, weil durch die Annahme desselben die Thätigkeit der sozialdemokratischen Vertreter in den Einzellandtagen bedenklich, eventuell lahmgelegt wird und aus diesem Grunde in logischer Folgerung Wahlen zu diesen Landtagen zu unterbleiben hätten.

Wir stimmten für den zweiten und dritten Theil der obengenannten Resolution, weil wir überzeugt sind, daß das eingehende Studium der „eigenthümlichen, von denen der Industrie verschiedenen Gesetze der Landwirthschaft" unsere prinzipielle Stellung zur Agrarfrage klärt und festigt."

Damit sind alle übrigen Resolutionen und auch die Vorschläge der Agrarkommission erledigt.

Die Anträge 18—31, 110, 122, die bestimmte Vorschläge für die weitere Verfolgung der Angelegenheit machen, werden dem Partei-Vorstand als Material für die von ihm einzuberufende Studienkommission für die Agrarfrage überwiesen.

Damit ist Punkt IV der Tagesordnung erledigt.

Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

3¼ Uhr. Den Vorsitz führt Segitz.

Der Vorsitzende theilt mit, daß von 23 jüdischen Gewerkschaften Rußlands ein Begrüßungsschreiben an den Kongreß eingetroffen sei. (Beifall.)

Vor der Tagesordnung protestirt Gewehr gegen die Behauptungen eines Artikels der „Rheinischen Zeitung", der sich gegen ihn wegen seiner Aeußerungen über dies Parteiblatt wendet. Was er gesagt habe, habe er gesagt in Uebereinstimmung mit den übrigen rheinischen Parteigenossen und im Auftrage seiner Mandatgeber. Insbesondere müsse er sich dagegen erklären, daß seine Bemerkungen irgendwie aus geschäftlichen Rücksichten für den Drucker der „Freien Presse" herzuleiten seien und daß man seine schon seit 1889 abgebrochenen Verbindungen mit dem ominösen Jeup dazu benutzt, ihn selbst jetzt anzuklagen.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zur Verhandlung steht Punkt 5 der Tagesordnung: **Die Maifeier 1896.**

Berichterstatter Bebel: Nach mehrjährigen sehr lebhaften Kämpfen über die Art und Weise, wie die Maifeier in Deutschland begangen werden soll, sind wir endlich durch die Beschlüsse des Berliner Parteitages zu einer festen Regelung dieser Frage gekommen. Seitdem sind ernstliche Differenzen darüber nicht mehr ausgebrochen. Die beiden folgenden Parteitage haben in verhältnißmäßig sehr kurzer Zeit die Frage abgethan und in demselben Sinne entschieden, wie der Berliner Parteitag. Ich darf wohl annehmen, daß auch heute in ähnlicher Weise beschlossen wird. Ueber die Bedeutung der Maifeier heute noch ein Wort zu sagen, hieße in der That Wasser ins Meer tragen, denn wir können mit Genugthuung konstatiren, daß im Laufe der Jahre in den weitesten Kreisen unserer Genossen das Verständniß für die Maifeier immer mehr gewachsen ist und dieselbe als eine Nothwendigkeit für die Partei und als eine Kundgebung

des Solidaritätsgefühls der internationalen Arbeiterschaft betrachtet wird. Es kann also heute nicht mehr die Rede davon sein, von einer Feier abzusehen. Die Resolution, die ich Ihnen Namens des Parteivorstandes vorzuschlagen habe, unterscheidet sich von der vorjährigen dadurch, daß der Hinweis auf die mißliche geschäftliche Lage, die es uns unmöglich macht, eine allgemeine Arbeitsruhe eintreten zu lassen, fortgefallen ist. Obgleich die Thatsache, daß ungünstige wirthschaftliche Verhältnisse für die Arbeiterklasse vorhanden sind, auch heute noch besteht, erscheint es doch überflüssig, immer wieder darauf hinzuweisen.

In Berlin sind die Genossen übereingekommen, die Ausführung der Maifeier in erster Linie den Gewerkschaften zu überlassen, und ich glaube, daß dies am besten ist. Dieser Weg kann auch an anderen Orten beschritten werden, er regelt die Angelegenheit in einer für Alle befriedigenden Weise. Ich könnte mich nun auf diese wenigen Worte beschränken, wenn Ihnen nicht mehrere Anträge zugegangen wären, die ich kurz erörtern muß, obgleich die Antragsteller sie noch nicht begründet haben. Was ich darüber sage, ist selbstverständlich meine persönliche Ansicht.

Nach Antrag 45 wollen die Genossen in Halle die Maifeier als eine Demonstration für den Achtstundentag, und nicht, wie sie von den Buchdruckern ausgelegt wird, als einen tarifmäßigen Feiertag betrachten. Eine rechtmäßige Bezahlung auf Grund des Buchdruckertarifs soll hiernach nicht gefordert werden können. Ich empfehle Ihnen, sich nicht auf diesen Antrag einzulassen, der verlangt, daß der Parteitag sich zum Schiedsrichter zwischen Inhabern einer Buchdruckerei und der Buchdruckergewerkschaft aufwirft. Ob die Forderung der Buchdrucker gerechtfertigt ist oder nicht, haben nicht wir zu entscheiden. Wenn wir den Antrag annehmen, so ist die Folge, daß auf einer der nächsten Generalversammlungen der Buchdrucker die Frage ebenfalls zur Erörterung kommt und möglicherweise im entgegengesetzten Sinne entschieden wird. Wir kommen dadurch in einen Konflikt, dessen Lösung nicht abzusehen ist.

Antrag 87 will, daß sämmtliche Referenten am 1. Mai unentgeltlich zu referiren haben. Das geschieht wohl schon jetzt, aber mit einem solchen Beschluß ist nichts erreicht, denn ein Referent kann einfach sagen, er sei durch Gründe verhindert, ein Referat zu übernehmen.

Weit wichtiger ist der Antrag 86, den Zusatzabsatz des Züricher Kongreßbeschlusses betreffend die Maifeier in die Resolution einzuschalten. Dieser Antrag ist geeignet, die Frage in ihrem ganzen Umfange wieder aufzurollen, wie sie auf dem Züricher Kongreß bereits aufgerollt war und dort entschieden wurde. Die Genossen, die als Delegirte der deutschen Partei in Zürich waren, werden wissen, daß wir uns mit überwältigender Majorität gegen den hier beantragten Zusatz ausgesprochen haben. Nur wenige deutsche Delegirte, ich glaube neun, haben dafür gestimmt. Wir kommen durch Annahme dieses Antrages in große Schwierigkeiten, denn dann würde in dem Falle, daß z. B. die Mehrheit einer kleinen Gewerkschaft beschließt, um jeden Preis in die Arbeitsruhe einzutreten, die gesammte Partei in der betreffenden Stadt oder in dem betreffenden Bezirk, auch wenn es gegen ihre Ueberzeugung ist, verpflichtet, diesen von ihr mißbilligten Beschluß zu unterstützen (sehr richtig!) und natürlich auch die Konsequenzen zu tragen. Wenn also infolge eines solch unbesonnenen Vorgehens Maßregelungen in großem Umfange vorkämen, so hätten die Genossen an dem Orte für die Gemaßregelten einzutreten. Wir müssen in dieser Beziehung den bisher beschrittenen Weg innehalten und dürfen keinen Zwang und keine Verpflichtung aussprechen. Im Allgemeinen sind in dieser Frage am besten die Gewerkschaften maßgebend. Entscheidet sich eine Gewerkschaft, in die Arbeitsruhe einzutreten, so kann man in 99 von 100 Fällen annehmen, daß auch alle Bedingungen zur Durchführung eines solchen Beschlusses vorhanden sind. Tritt dann dennoch eine kleine Maßregelung ein, so wird kein großes

Geschrei erhoben, man wird die Opfer tragen. Das ist doch etwas anderes, als wenn einer Mehrheit zugemuthet wird, den Beschluß einer Minderheit mit allen Kräften aufrecht zu erhalten. Nun ist es erfreulich, konstatiren zu können, daß die Zahl derer, die am 1. Mai in die Arbeitsruhe eintreten, sich von Jahr zu Jahr vergrößert. Lassen wir sich das so weiter entwickeln. Kommt dann einmal wieder statt einer gedrückten Geschäftsperiode eine Periode der Prosperität, so daß die Arbeiter im Stande sind, den Unternehmern ihre Bedingungen zu stellen, dann kann man auch die Frage einer allgemeinen Arbeitsruhe erörtern. Vorläufig sind wir noch nicht so weit, und so bitte ich Sie, unsere Resolution anzunehmen. (Beifall.)

Die vorgeschlagene Resolution lautet:

In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891 und Zürich 1893 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verbrüderung und dem Weltfrieden.

Als würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe, daher empfiehlt der Parteitag denjenigen Arbeitern und Arbeiterorganisationen, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen den 1. Mai neben den anderen Kundgebungen auch durch die Arbeitsruhe feiern können, Arbeitsruhe eintreten zu lassen.

Von den zu diesem Punkte der Tagesordnung vorliegenden Anträgen wird nur Antrag 87 unterstützt.

Mohs-Leipzig: Ich habe von Leipzig aus den Auftrag, für Antrag 86 zu sprechen, der leider nicht genügend unterstützt worden ist. Ich ersuche die Parteigenossen, einen Beschluß dahingehend anzunehmen, daß man überall, wo es angeht, den Gewerkschaften das Arrangement der Maifeier überläßt.

Schilling-Niederbarnim meint, wenn die Referenten zur Maifeier ihre Arbeit auch unentgeltlich machen sollen, so kann man doch nicht von ihnen verlangen, daß sie aus ihrer eigenen Tasche die Unkosten für Fahrten und dergleichen bestreiten. Diese Auslagen müssen sie doch ersetzt erhalten.

Kölle-Hamburg ist der Ansicht, daß die Redner bei der Maifeier ihre Arbeit doch unentgeltlich leisten sollen, so viel Opfermuth muß man schon von ihnen verlangen.

Timm begründet folgendes Amendement:

„Die Maidemonstration durch Arbeitsruhe den Gewerkschaften zu überlassen."

Schreck-Bielefeld: Dadurch, daß Sie den Antrag 86 haben fallen lassen, sind wir gezwungen, uns nicht weiter in der Maifeierfrage als Partei zu engagiren. So lange wir in den gegenwärtigen Verhältnissen leben, müssen wir uns auf die Gewerkschaften beschränken. Antrag 87 ist unannehmbar, weil er nicht korrekt genug gefaßt worden ist.

Brécour-Kiel: Auf die Durchführung der Arbeitsruhe muß mehr Werth gelegt werden. Wir haben in Kiel sehr gute Erfahrungen mit der Durchführung der Arbeitsruhe gemacht. Wir haben den Gewerkschaften die Regelung überlassen; als Partei dürfen wir uns nicht engagiren. Redner empfiehlt außerdem auch den Antrag 87.

Braun-Königsberg ersucht, den letzten Passus der Bebel'schen Resolution zu streichen. Die Hinterthür müsse geschlossen und unsere Haltung in dieser wichtigen Frage präziser werden.

Schoenlank: Ich muß die Ausführungen des Genossen Mohs richtig stellen. Der Antrag 86 der 17 Leipziger Genossen ist in der Leipziger Volksversammlung mit erdrückender Majorität abgelehnt worden. Bei der Maifeier 1895 haben sich die Leipziger Schneider in ihrer Gewerkschaft eine Extrawurst braten lassen; sie haben ihre Versammlung Vormittags abgehalten, während

doch verabredet war, die Versammlungen Abends abzuhalten. Das Leipziger Parteiorgan hat natürlich gegen diese Sonderstellung der Schneidergewerkschaft energisch Stellung genommen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird von Schaal begründet, von Altermann bekämpft und angenommen.

Mohs berichtigt, daß die Schneider im Jahre 1895 vor dem Festzuge eine Versammlung abgehalten hätten.

In seinem Schlußwort hebt Bebel hervor, daß der Antrag Timm nur dann annehmbar sei, wenn das Wort „möglichst" aufgenommen wird (Timm: Ist geschehen). Redner wendet sich gegen die Ausführungen Braun's. Wenn der Satz gestrichen wird, dann müssen wir Alle feiern. Sonst begehen wir ja alle nach Braun's Ansicht die Maifeier nicht würdig. Der Antrag Braun ist unannehmbar.

Das Amendement Mohs-Timm wird abgelehnt.

Die Resolution Bebel wird gegen 2 Stimmen angenommen.

Der Antrag 87 wird abgelehnt.

Es folgt Punkt 6: **Der internationale Arbeiter- und Gewerkschafts-Kongreß in London 1896.**

Berichterstatter Bebel: Parteigenossen! Sie werden vielleicht verwundert darüber gewesen sein, daß ich für 2 aufeinander folgende Punkte als Berichterstatter auftrete. Ihre Verwunderung ist berechtigt. Ich selbst sträubte mich dagegen, das Referat zu übernehmen, aber da die Parteileitung es nun einmal wünschte, habe ich als fügsamer Mensch (große Heiterkeit) doch das Referat übernommen. Nach dem Beschlusse des Züricher Kongresses von 1893 wird 1896 der internationale Arbeiterkongreß in London abgehalten werden. Die Tagesordnung des Kongresses läßt sich leider noch nicht angeben, da die Arrangeure bisher noch nichts hierüber veröffentlicht haben. Nach einem Beschlusse von Zürich wird allerdings unter anderem die Agrarfrage verhandelt werden. Hier scheint es freilich ausgeschlossen, daß bei der großen Verschiedenheit der in Betracht kommenden Länder es zu einer Diskussion eines agrarischen Spezialprogramms kommen wird. Es wird sich wahrscheinlich nur darum handeln, was die prinzipielle Stellung der Arbeiter der Kulturwelt in Bezug auf die Agrarfrage sein soll.

Die Beschickung des Londoner Kongresses wird nur dadurch ein neues Gesicht bekommen, daß die Gewerkschaften, insbesondere die älteren englischen Gewerkschaften, mehr als bisher werden vertreten sein, und zwar haben sie selbst den Antrag, sie als Gewerkschafter zuzulassen, gestellt. Wie sich die deutschen Gewerkschaften dazu stellen werden, muß man ihnen selbst überlassen. Unsere Vereinsgesetzgebung wird auf die Art der Beschickung bestimmend sein. Infolge der wahrscheinlich starken Betheiligung der englischen Gewerkschaften kommen vielleicht Fragen auf die Tagesordnung, die die Gewerkschaften im Allgemeinen mehr als bisher interessiren und sie zwingen werden, dazu Stellung zu nehmen. Die Beschickung des Londoner Kongresses wird allerdings wesentlich kostspieliger werden, als die Beschickung der bisherigen Kongresse. Es empfiehlt sich daher, sich nach Bezirken oder Provinzen zusammenzuschließen. Ich bitte, die vorgeschlagene Resolution anzunehmen.

Dieselbe lautet:

Der Parteitag fordert die Parteigenossen auf, in Anbetracht der Wichtigkeit, die der nächste in London stattfindende internationale Arbeiterkongreß für die gesammten klassenbewußten Arbeiter und namentlich für die weitere Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung haben wird, denselben durch Vertreter möglichst zahlreich zu beschicken.

Zu dieser Resolution spricht Grothe-Rostock: Angesichts der Wichtigkeit und gefährlichen Konkurrenz, welche die ostasiatischen, japanischen und chinesischen

Arbeiter, sei es bei uns selbst, sei es durch die in Ostasien selbst betriebene Industrie, auf unsere Arbeiter ausüben werden, ist es vielleicht angebracht, darauf hinzuweisen, daß die deutschen Delegirten die Frage der ostasiatischen Konkurrenz auf dem Londoner Kongreß zur Besprechung bringen.

Die Debatte wird geschlossen.

Antrag 111 wird einstimmig angenommen.

Es folgt Punkt 7: **Schwitzsystem, Hausindustrie und Arbeiterschutz.**

Referent Timm. Der Gang der Entwicklung der Dinge in Deutschland zeigt, daß die herrschenden Klassen gegenwärtig für alles Interesse haben, nur nicht für den Arbeiterschutz. Der Reichskanzler Hohenlohe hielt es für nöthig, in seiner Programmrede zu bemerken, es läge im Interesse der Arbeiter selber, daß auf dem Gebiete der Sozialreform ein Stillstand eintritt. Der Präsident des Reichs-Versicherungsamtes, Bödiker, hat jüngst ein Werk über die Arbeiterversicherung in den europäischen Staaten veröffentlicht, worin er die Sozialreform in Deutschland über das Bohnenlied lobt. Von allen Seiten tönt es uns entgegen: Die Arbeiter und Arbeiterinnen sollten zufrieden sein; auf dem Gebiet der Sozialreform ist genügend für sie geschaffen.

Da ist es nothwendig, die sozialen Erscheinungen der Hausindustrie in das Licht der Oeffentlichkeit zu ziehen. Die entsetzlichen Zustände, die in ihr herrschen, können nicht verkleistert werden durch Demonstrationen wie am Sedantage. Ich vermag der beschränkten Zeit wegen nicht auf alle Einzelheiten der Hausindustrie einzugehen. Dann ist es auch schwer, über alle Momente genügend Material zu sammeln, da die am schlechtesten bezahlten Arbeiter und Arbeiterinnen der Hausindustrie fast unter Ausschluß der Oeffentlichkeit leben. Also nur Bruchstücke kann ich bieten; aber vielleicht giebt gerade das Anlaß, tiefer als bisher in dies Gebiet einzudringen. Die historische Entwicklung der Hausindustrie ist allbekannt. Ich übergehe sie und komme sofort zur Gegenwart. Karl Marx nennt die moderne Hausindustrie die dezentralisirte Großindustrie. Bei ihr findet das Unternehmerthum die erwünschte Gelegenheit, aus außerordentlich billigen Arbeitskräften die größten Arbeitsquanten herauszupressen. Betrachten wir ihre verschiedenen Formen. Da haben wir zunächst den hausindustriellen Kleinmeister, der theils für Kunden, theils für die Unternehmer arbeitet. Weiter haben wir die Hausindustrie auf dem Lande. Hier sind die Arbeiter an die Scholle gefesselt und bieten bei ihrer Bedürfnißlosigkeit dem Unternehmer außerordentlich billiges Arbeitsmaterial. In der Hausindustrie finden überhaupt alle sozial rückständigen Schichten der Bevölkerung mit den niedrigsten Bedürfnissen ihre Zuflucht. Der Arbeiterzustrom vom Lande nach den Städten findet in der Hausindustrie hauptsächlich Unterkommen und Verwendung. Der Unternehmer sucht in der Hausindustrie alle die gesetzlichen Verpflichtungen abzuschütteln, die der großindustrielle Fabrikunternehmer hat. Der Unternehmer in der Hausindustrie erspart die Kosten des Arbeitsraumes, der Betriebsmittel und der Verpflichtungen der Sozialreform. Außerdem wälzt er erfolgreich das ganze Risiko der Krise größentheils auf die Schultern der Arbeiter ab. Der Unternehmer kümmert sich nicht darum, ob die Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind oder nicht.

Aus der Hausindustrie des Kleinmeisters hat sich nun eine andere Form entwickelt. In vielen Branchen bildet sich das Sweating- oder Schwitzsystem aus. Es ist folgendermaßen entstanden. Früher beschäftigten die Unternehmer einzelne hausindustrielle Arbeiter. Die Arbeit steigerte sich, und nun suchten die Unternehmer die fähigsten Arbeiter heraus und gaben ihnen die Arbeit in erster Linie. Die Arbeiter wurden allein nicht fertig. Sie engagirten wieder Arbeiter. Das lag in ihrem Interesse und in dem der Unternehmer. Die Betriebsunternehmer hatten den Vortheil, nur mit wenigen Arbeitern zu thun zu haben. Andererseits konnte in der Saison ein großes Arbeitsquantum fertig

gestellt werden. Der Lohn, den die Zwischenmeister erhielten, blieb der gleiche, wie bei den früheren einzelnen Hausindustriellen. Wollte der Zwischenmeister einen Gewinn herausschlagen, so mußte er auf die Löhne der von ihm beschäftigten Arbeiter drücken. Der wirkliche Arbeitslohn verkleinerte sich immer mehr und die Wirkungen verallgemeinerten sich. Die Arbeiter und Arbeiterinnen geriethen in eine sich stetig steigernde Abhängigkeit. Aus dem Zwischenmeister entstand der Schwitzmeister. Diejenige Form der Hausindustrie war erreicht, welche die Arbeiter zu ungeheuerer Ausdehnung der Arbeitszeit und außerordentlichster Anspannung ihrer Kräfte zwingt, sie den denkbar niedrigsten Lohn vom Zwischenmeister beziehen, in ungesunden Arbeitsräumen dahinsiechen läßt und das ganze Risiko der Krise auf ihre Schultern legt. Das ist die Ursache, weshalb das Schwitzsystem sich immer weiter verbreitet.

Ich will nur die wichtigsten Industrien durchgehen, wo diese Erscheinung hervortritt. In der Weberei, die heute sich im Uebergangsstadium von dem hausindustriellen Betrieb zum großkapitalistischen befindet, besteht noch der alte Grundsatz, daß der Hausweber wenigstens einen bestimmten Bruchtheil, etwa $^2/_3$ des Lohnes, den er bekommt, an seinen Arbeiter abführt. Das Zwischenmeistersystem findet sich hier in den Faktoren begründet, Personen, die die Arbeit zwischen den Großindustriellen und den Hauswebern vermitteln. Die Weber nennen das System Schlumpssystem. Der Umfang dieses Faktorwesens mit seinen verderblichen Wirkungen ist ganz beträchtlich. Nach dem Bericht des Bürgermeisters Dr. Ebeling wurden 1890—91 von Meeraner Firmen ca. 14 000 Handweber beschäftigt, derselbe Bericht besagt aber, daß in Meerane nur 1422 Handstühle gehen, demnach werden 12 678 Handweber durch Faktore außerhalb beschäftigt. Diese fürchterliche Konkurrenz haben die Meeraner Weber auszuhalten. Kein Wunder, daß die Verhältnisse dort höchst traurig sind. Gerade hier wird bei außerordentlich langer Arbeitszeit ein Lohn herausgeschlagen, der zum Existiren unzulänglich ist. Dr. Gustav Lange bemerkt in seinen Untersuchungen über die Hausindustrie Schlesiens, daß die große Mehrzahl der Weber Schlesiens nicht über einen wöchentlichen Verdienst von 6—$6^1/_2$ Mk. hinauskommen. Aehnlich steht es in der Portefeuille-, Leder- und Galanteriewaaren-Industrie, Branchen, in welchen in der Saison in der Hausindustrie vom frühen Morgen bis zum späten Abend gearbeitet wird, wo die Wohnräume unzulänglich sind, weil in denselben Räumen die Produkte getrocknet werden und die Arbeiter alle hier entströmenden Dünste einathmen. Die Löhne sind hier minimal, sie betrugen nach einer neueren Gewerkschafts-Statistik bei zwölfstündiger Arbeitszeit wöchentlich durchschnittlich 15 Mk., wovon noch eine Summe für Nebenausgaben abgeht. Auch hier berücksichtigt der Unternehmer möglichst die hausindustrielle Form, weil sie ihm weniger Scherereien macht. Charakteristisch ist die Stadt Offenbach, wo ein großes Geschäft 200 Arbeiter in Werkstätten und 400—450 außerhalb beschäftigt. Der Minimallohn betrug für Arbeiter 8—9, der Durchschnittslohn 15, der höchste Lohn 24 Mk., für Arbeiterinnen 4 Mk., 7,50 Mk. und 12 Mk. bei 10—14stündiger Arbeitszeit. Auch in der Sattlerei ist das Schwitzsystem sehr entwickelt, ebenso in der Schirmindustrie, wo die Löhne außerordentlich niedrig sind. Besonders schlimm steht es in der Thüringer Spielwaaren-Industrie. Eine Familie schlägt in einzelnen Branchen bei anspannender Arbeit wöchentlich nur 6—8 Mk. heraus. Die Wohnräume sind so schlecht wie möglich. In Schlesien haben die sozialen Zustände das niedrigste Niveau erreicht, besonders in der Konfektionsbranche. Die Unternehmer, die kürzlich in so außerordentlich patriotischer Weise das Sedanfest gefeiert haben, haben allen Grund dazu gehabt, da ihre Industrie infolge des Krieges einen großen Aufschwung nahm, aber die Arbeiter leben hier in Verhältnissen, die so schlimm sind wie nirgendswo.

Von Jahr zu Jahr wird es mit der Zwischenmeisterei schlimmer. Die Werkstätten werden von den Unternehmern mehr und mehr aufgehoben; sie verlegen die Produktion in die Hausindustrie. In der Konfektion ist gegenwärtig ein neues Ausbeutungssystem in der Entwicklung begriffen: das Kontraktorensystem; es besteht darin, daß der einzelne Betriebsunternehmer möglichst nur mit einer Person zu thun hat, mit dem Kontraktor. Dieser, eine kapitalkräftige Person, bekommt gegen Kontrakt ein bestimmtes Waarenquantum und sorgt für die Herstellung der Sachen. Der Kontraktor vergiebt die Waaren wiederum an den Zwischenmeister, welcher sie einrichtet, das nöthige Zubehör beilegt und die Sachen dann entweder in seinen Werkstätten oder in der Hausindustrie anfertigen läßt. Also jedes Stück durchläuft eine Reihe von Händen. Jeder berechnet sich seinen Gewinnantheil. Die wirklichen Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten aber den niedrigsten Antheil; auf ihre Schultern wird der ganze Druck abgewälzt. So vermehrte sich mit der Entwicklung dieser Industrie die Zahl der Zwischenglieder, welche zwischen Unternehmer und Arbeiter treten. Der Fabrikant selbst kennt oft das Elend der Arbeiter gar nicht, und deshalb waren die offiziellen Erhebungen aus den Jahren 1885/87, obgleich sie ein schauerliches Bild ergaben, doch vollständig täuschend, weil sie sich stützten auf Nachfragen bei Fabrikanten, in deren Büchern allerdings bedeutend höhere Posten als Arbeitslöhne verzeichnet sind, als ihn die Arbeiter in der That erhalten. Die Fabrikinspektionsberichte sprechen sich über das Elend in der Konfektion mehrfach sehr deutlich aus. So berichtet der Elberfelder Beamte, daß die Beamtenfrauen und -Töchter auf den Lohn der Arbeiter drücken. Auch wurde konstatirt, daß, wo die Prostitution vorkommt, sie nur die Folge der elenden Lage der Arbeiterinnen ist. So ist es seit langer Zeit, und doch steht noch heute unsere Arbeiterschutzgesetzgebung auf dem Standpunkte, daß sie für die Hausindustrie nichts thun kann und darf. Mit den Arbeitern direkt hat der Unternehmer nichts zu thun. Die Arbeiter verlieren bei den oft selbst in elender Lage lebenden Zwischenmeistern oft den Lohn, und die Gerichtsverhandlungen zeigen, um welche Beträge und um was für Löhne es sich da handelt. 80 Pfennige, 1,50 Mk. sind da Streitobjekte; wie muß die Lage der Leute sein, die wegen solcher Beträge Prozesse anstrengen? Ein anderer Mißstand ist der, daß in der Stapelwaarenbranche Leute zu Zwischenmeistern geworden sind, die von der Schneiderei gar nichts verstehen, sondern meist lediglich durch die Heirath mit einer Schneiderin oder Konfektionsarbeiterin in diese Branche gekommen sind. Da sind alle Stände vertreten, die man sich denken kann.

Am meisten gedrückt sind natürlich die Arbeiterinnen. In den letzten fünf Jahren sind die Löhne um die Hälfte zurückgegangen, und wenn heute eine Konfektionsarbeiterin einen Durchschnittslohn von 10 Mk. hat, so ist er gut. Die Konfektionsgeschäfte machen oft einen recht elenden Eindruck, und doch ist ihr Verdienst gar nicht so gering. Die Arbeiterinnen wissen oft nicht einmal, was die Zwischenmeister als Lohn erhalten. Freilich ist mit der Zeit auch die Stellung der Zwischenmeister ungünstiger geworden. Unter den fortwährenden Lohnabzügen haben nämlich auch die Meister zu leiden, aber den Hauptschaden haben doch die Arbeiterinnen, die nicht selten am Ende der Woche viel weniger Lohn erhalten, als ihnen am Anfang versprochen wurde. Die Zahl der Konfektionsarbeiterinnen ist ganz bedeutend; so haben wir allein in der Berliner Ortskrankenkasse 19 000 Mitglieder. Meine Broschüre über das Schwitzsystem ist Ihnen übergeben worden; dort können Sie eine ganze Menge Beispiele zur Illustration der Lage der Konfektionsarbeiterinnen sammeln und sie nach Wunsch ergänzen.

Gegen die Beaufsichtigung der Werkstätten der Heimarbeiter ist oft eingewandt worden, dazu seien viele Beamte nöthig. Ich denke, daß man für

kulturelle Aufgaben doch wohl ebensoviele Tausende ausgeben kann als für kulturwidrige Zwecke, wie für den Militarismus Millionen. Freilich suchen sich manche Kleinmeister dagegen zu wehren, aber wir haben es gar nicht zu bedauern, daß die Kleinmeister mehr und mehr verschwinden; man kann seine Weiterexistenz nur durch die Schädigung der Arbeiter und Arbeiterinnen ermöglichen. Die sogenannte Freiheit des Heimarbeiters sieht in der Praxis anders aus, als man denkt. Es ist die Freiheit, Tag und Nacht arbeiten zu müssen. Wir können eine etwas günstigere Entwicklung nur dadurch ermöglichen, daß wir den Unternehmer zwingen, größere Betriebe und Arbeitsräume selbst einzurichten. Gegenwärtig nimmt die Hausindustrie im Allgemeinen zu, und das ist die Wirkung davon, daß die Kinder- und Frauenarbeit in Fabrikbetrieben etwas abnimmt. In dem Bericht des Gewerbeinspektors für Frankfurt a. M. heißt es darüber:

„Es steht zu befürchten, daß ein großer Theil der bisher in Fabriken beschäftigten Kinder der Hausindustrie zufällt, wo theilweise unter erheblich ungünstigeren Verhältnissen gearbeitet wird als in der Großindustrie."

Der Gewerbeinspektor des Regierungsbezirks Minden sagt in seinem Bericht darüber:

„Daß hier der Kinderschutz die Kinder aus den Fabriken in die Hausindustrie mit ihren oftmals unhaltbaren Verhältnissen gedrängt hat, ist schon wiederholt angeführt worden: nunmehr zeigt sich der Vorgang auch bei den erwachsenen Arbeiterinnen."

Diese Berichte konstatiren den Mangel der Arbeiterschutz-Bestimmungen; die scheußlichsten Mißstände bleiben unberührt. Besonders bedenklich ist die Verbreitung von ansteckenden Krankheiten durch die Kleidungsstücke, die in den elenden Werkstätten hergestellt sind. Ueberall, wo Untersuchungen stattgefunden haben, wird der gesundheitsschädliche Einfluß der Hausindustrie konstatirt. Ein großer Theil der hier beschäftigten Personen geht an Lungenkrankheiten zu Grunde. Emanuel Hans Sax konstatirt in seinen Untersuchungen über die Hausindustrie in Thüringen, daß in Sonneberg 44 pCt. der Hausindustriellen, welche über 15 Jahre alt sind, an Lungenkrankheiten zu Grunde gehen. Es ist deshalb durchaus nothwendig, daß wir uns endlich damit befassen und für eine Besserung auf diesem Gebiete einzutreten. Der Bundesrath kann schon jetzt auf Grund der Bestimmungen der Gewerbeordnung bessernd eingreifen. Er hat aber bisher keinen Gebrauch davon gemacht. Es ist Zeit, daß die Fraktion im Reichstage auf diesem Gebiete helfend eintritt. Die Arbeiter haben hier nichts mehr zu verlieren, es muß eine gemeinsame Agitation stattfinden, die Massen müssen aufgerüttelt werden, der Gesellschaft muß ihr Spiegel vorgehalten werden. Dazu brauchen wir nicht allein die Sympathie, sondern auch die thatkräftige Unterstützung aller Genossen. Andere Länder haben auf diesem Gebiete schon Erfolge aufzuweisen, z. B. England, bei uns in Deutschland aber besteht kein Verständniß dafür, obgleich die Hausindustrie bei uns sehr entwickelt ist. Die Kommunen, wo die liberalen Stadtväter herrschen, wollen nicht vorangehen. Wie schlimm es mit dem Schwitzsystem in der Hausindustrie steht, sieht man daraus, daß hier sogar noch billiger fabrizirt wird als in Zuchthäusern und Gefängnissen. Wir müssen den Staat zwingen, die Vorschriften zu erlassen, die nothwendig sind, eine Degeneration des Volkes zu verhindern. Jetzt wird durch die Hausindustrie ein Lumpenproletariat erzeugt, das den Kampf nicht bestehen kann. Ich bitte Sie deshalb, meine Resolution anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Die vom Referenten vorgeschlagene Resolution hat folgenden Wortlaut:

Die moderne Hausindustrie ist die dezentralisirte Form des kapitalistischen Großbetriebes. In der Hausindustrie vermag der kapitalistische Unternehmer die Ausgaben für die Betriebswerkstätten, die Hilfsstoffe, für Beheizung und

Beleuchtung auf die Arbeitskräfte abzuwälzen, die Ausgaben für die vorschriftsmäßige Beschaffenheit der Arbeitsräume und für die verschiedenen Arten der Arbeiterversicherung zu vermeiden, kann er die billigsten und widerstandsunfähigsten Arbeitskräfte — Frauen und Kinder — in weitestem Umfange der rücksichtslosesten Ausbeutung dienstbar machen und dadurch auf die Arbeitsbedingungen der übrigen Arbeiter einen Druck ausüben.

Bei längster Arbeitszeit, schlechtesten Arbeitsbedingungen und niedrigsten Löhnen preßt der Kapitalist den hausindustriellen Arbeitern die höchsten Leistungen ab.

Die durch den hausindustriellen Betrieb ermöglichte Stelle des Zwischenunternehmerthums, des Zwischenmeisters, Sweater, treibt die Ausbeutung der Heimarbeiter und -Arbeiterinnen auf die Spitze und verschärft die Uebel der Hausindustrie aufs äußerste.

Die Hausindustrie überliefert ganze Schichten der arbeitenden Bevölkerung der Verelendung, dem körperlichen, geistigen und sittlichen Verkommen; insbesondere zwingt sie durch Hungerlöhne Tausende von Arbeiterinnen, in der Prostitution einen ständigen Nebenerwerb zu suchen.

Die den bescheidensten Anforderungen eines Kulturmenschen ins Gesicht schlagende Erbärmlichkeit der Erwerbs- und Lebensverhältnisse der Arbeiter in der Hausindustrie und der Umstand, daß dieselben meist isolirt schaffen, erschweren und hindern den gewerkschaftlichen Zusammenschluß, damit den Kampf für menschenwürdige Arbeitsbedingungen.

Der in Breslau versammelte Parteitag der deutschen Sozialdemokratie erklärt es deshalb für Pflicht der Arbeiterklasse, durch den politischen und gewerkschaftlichen Kampf mit aller Energie den Mißständen der Hausindustrie entgegenzutreten.

Der Parteitag beauftragt die Vertreter der Partei im Reichstage zu fordern:

1. Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterschutzes auf die Hausindustrie und Schaffung besonderer Vorschriften, wie solche heute für die Tabakindustrie bestehen.

2. Kontrolle aller hausindustriellen Betriebe durch männliche und weibliche Aufsichtsbeamte, welche Exekutivgewalt besitzen und mindestens zur Hälfte aus den Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen entnommen werden.

Weiter erklärt es der Parteitag für Pflicht der Genossen, den planmäßigen Kampf der Gewerkschaften für die Beseitigung des Zwischenmeistersystems, für die Errichtung von Betriebswerkstätten und die Einführung fester Tarife zu unterstützen.

H. Rohrlack und Genossen stellen hierzu folgenden Antrag:

„Zur praktischen Durchführung der von unserer Partei verlangten gesetzlichen Bestimmungen gehört der Druck von unten. Daher ist es eine unerläßliche Nothwendigkeit, durch energische Agitation in den breitesten Schichten des Volkes Klarheit über die Fragen 1) der Erweiterung des Fabrikinspektorates im Sinne des Antrages 96, 2) im Sinne des Referates Timm zu schaffen, und der Parteitag verpflichtet deshalb den Partei-Vorstand, eine solche Agitation in der nächsten Zeit in Szene zu setzen.

Außerdem liegt von Timm folgender Antrag (129) vor:

Der Parteitag beauftragt die sozialdemokratischen Reichstags- und Landtags-Abgeordneten, sowie die Vertreter in den Kommunal-Verwaltungen, energisch einzutreten für die ausschließliche Vergebung aller Staats- und Kommunallieferungen an Unternehmer, welche Betriebswerkstellen unterhalten, die allen gesetzlichen Vorschriften entsprechen.

Reißhaus-Erfurt: Ich glaube in der zur Tagesordnung stehenden Frage Erfahrungen gemacht zu haben, da ich auch Zwischenmeister gewesen und

seit ca. 20 Jahren in der Konfektion thätig bin. Aber trotzdem kann ich alles unterschreiben, was Genosse Timm gesagt hat; ich will mir nur wenige Erläuterungen gestatten. In Erfurt haben mit Ausnahme von drei Konfektionsgeschäften alle anderen Betriebswerkstätten, die zum Theil von Zwischenmeistern geleitet werden. Die Werkstätten sind gut eingerichtet, dafür müssen die Zwischenmeister an den Geschäftsinhaber einen bestimmten Theil ihres Lohnes abgeben. Ein Geschäft hat eine Betriebswerkstätte, welche mit allen modernen technischen Hilfsmitteln ausgestattet ist, und werden in dieser unter Leitung von fest besoldeten Zuschneidern ca. 80 Arbeiterinnen beschäftigt. Die Konfektionsgeschäftsinhaber haben dadurch den eminenten Vortheil, daß sie die Arbeiter zur rechten Zeit zur Verfügung haben. Die Hausindustriellen haben den Gipfel ihrer Leistungsfähigkeit erreicht, sie können bei der Kürze der Saison nicht das liefern, was der Fabrikant braucht, und deshalb ist derselbe gezwungen, sich einen Stamm von Arbeitern zu halten. Die industrielle Entwicklung zwingt die Unternehmer wider ihren Willen zur Errichtung von Betriebswerkstätten. Die in der Resolution verlangte Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterschutzes auf die Hausindustrie haben wir jetzt schon bei denen, die über 10 Arbeiter beschäftigen. Diese werden als Fabrikunternehmungen betrachtet, wenigstens in einzelnen Gegenden. Das eigentliche Schwitzsystem besteht nur in der Herrenkonfektion, in der Damenmäntelbranche ist es noch nicht so weit gekommen, aber auch hier zwingt die Entwicklung die Unternehmer, die kleinen Zwischenmeister zu beseitigen. Wenn behauptet wird, die Zwischenmeister befänden sich immer in einer angenehmen wirthschaftlichen Lage, so trifft dieses nicht zu. Von einem kleinen Prozentsatz läßt sich dieses behaupten, aber die größere Zahl derselben ist in eine so elende Lage gerathen, daß es für sie ein Segen wäre, wenn sie gezwungen würden, in Werkstätten zu arbeiten. Sie konnten die Arbeitslöhne der Arbeiter nicht weiter herabdrücken, weil sie schon so niedrig wie möglich sind. Der Zwischenmeister mußte den Löwenantheil des Ausfalles der gesunkenen Arbeitslöhne und der Ausgaben für die sogenannte Sozialreform tragen. Es ist also falsch, wenn man annimmt, der Zwischenmeister befinde sich in einer glänzenden Lage. Es ist gut, wenn das System verschwindet, aber generalisirend können wir hier nicht vorgehen. Im Interesse der Gesellschaft hat der Staat die Pflicht, die Zustände zu untersuchen und helfend einzugreifen. Ich möchte noch hinzufügen, daß es nöthig ist, die Bestimmungen, die für die Tabakindustrie gelten, auch für die Hausindustrie einzuführen. Durch die Einführung dieser Bestimmungen würde einr ganze Anzahl kleiner Zwischenmeister verschwinden müssen, zu ihrem eigenen und zum Heile der Arbeiterinnen. Ich werde einen dahingehenden Zusatzantrag stellen und stimme im Uebrigen der Resolution Timm zu. (Beifall.)

Dr. Quarck: Ich begrüße es, daß wir auf einem Parteitag ein gewerkschaftliches Thema haben. Ich begrüße es ferner, daß die Vorredner sich so energisch gegen die Proletarisirung weiter Volksschichten gewendet haben. Das ist noch eine kleine Genugthuung für uns. Zur Sache selbst möchte ich drei Anregungen für die Praxis geben, statt auf betriebstechnische Einzelheiten einzugehen. Es müßte durch die Gewerkschaften vom Bundesrath verlangt werden, daß er erklärt, ob die Konfektionswerkstätten von den Fabrikinspektoren zu revidiren sind oder nicht. Jetzt wird die Sache beinahe in jedem Bundesstaat anders gehandhabt. Die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die Hausindustrie wird große Schwierigkeiten zu überwinden haben. Die Gewerkschaften müßten spezielle Vorschläge machen, wie sie sich die Sache denken; wahrscheinlich wird die Kontrolle der Hausindustrie darauf hinauslaufen, daß durch Stichproben den Unternehmern die Sache so verleidet wird, daß sie zur Errichtung von Betriebswerkstätten übergehen. Drittens müßten die einzelnen Branchen mit Hausindustrie einmal der Reichskommission für Arbeiterstatistik einen sanften

Rippenstoß geben, damit sie die Enquete über die Hausindustrie, die seit langer Zeit bei ihr angeregt ist, endlich ausführt.

Den Schluß der Diskussion, den Altermann beantragt und Rohrlack bekämpft, wird angenommen.

Das Schlußwort zu seiner Resolution erhält

Timm: Die Zwischenbetriebe müssen schon aus dem Grunde möglichst beseitigt werden, um die soziale Entwicklung der Industrie zu fördern. Reißhaus gegenüber bemerke ich, daß die Zwischenmeister sich freilich nicht immer in einer guten Lage befinden, aber den Schaden haben schließlich doch die Arbeiter. Die Ausführungen von Quarck leiden daran, daß er sich um praktische Erfahrungen nicht gekümmert hat. Er irrt sich, wenn er glaubt, ich will den „kleinen Bauer" in der Hausindustrie erhalten, nein, ich will der Ausbeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen entgegentreten. Ich will nicht gern schulmeistern, aber wenn Quarck solche unangebrachten Beemrkungen macht, so rathe ich ihm, erst Erfahrungen zu sammeln, bevor er zu schulmeistern versucht. Im Uebrigen stimme ich Quarck zu (Heiterkeit), nur möchte ich noch betonen, daß es Zeit ist, endlich hier Besserung zu schaffen, und das kann nur durch eine Agitation von unten herauf geschehen.

Inzwischen ist das Amendement Reißhaus eingegangen, in Absatz I der Resolution Timm hinter „Hausindustrie" einzufügen

„und Schaffung besonderer Vorschriften, wie sie schon heute für die Tabaksindustrie bestehen".

Die Abstimmung ergiebt die Annahme der Resolution mit dem Amendement Reißhaus, sowie Annahme des Antrages 129; der Antrag Rohrlack wird abgelehnt.

Es wird zu Punkt 8: **Anträge zum Parteiprogramm und Organisation** geschritten. Zur Debatte stehen die Anträge 5, 10—17, 51—58.

Antrag 5 wird genügend unterstützt.

Zur Begründung spricht Timm: Der Antrag ist mit veranlaßt durch das Ergebniß des Frankfurter Parteitages. Bei wichtigen Abstimmungen müssen die Stimmen der Wählerzahl der Delegirten proportional zum Ausdruck kommen. Der Antrag wird diesmal schwerlich angenommen werden, aber die Delegirten können die Anregung in die Wahlkreise mitnehmen.

Stadthagen: Daß das Stimmrecht der Genossen, die bei einer Abstimmung persönlich betheiligt sind, ruht, ist selbstverständlich. Daß ferner darin eine Ungerechtigkeit liegt, wenn Vertreter kleiner und großer Wahlkreise dasselbe Stimmrecht haben, ist zwar richtig, und die Schwierigkeit ist bereits bei der Festsetzung des Organisationsstatuts erörtert worden. Aber der Weg, den Sie eingeschlagen, um dieser Schwierigkeit aus dem Wege zu gehen, ist nicht gangbar. Da ginge es schon eher zu bestimmen, daß Wahlkreise von der und der Größe so und so viel Delegirte entsenden dürfen.

Stolten-Hamburg: Es ist wunderbar, daß von Berlin so merkwürdige Anträge kommen. Dieser Antrag ist unannehmbar, denn die jetzt bestehende Ungerechtigkeit wird dadurch nicht verringert, sondern vergrößert. Die kleinen Kreise, die nicht vertreten sein können, kommen dadurch zu kurz. Es läßt sich kein Berechnungssystem durchführen, also bleiben wir vorläufig bei dem alten System. Wenn Sie wirklich gerecht sein wollten, so müßten Sie bestimmen, daß jeder Wahlkreis im Verhältniß zur Zahl der abgegebenen Stimmen Delegirte entsendet.

Emmel-Saarbrücken: Die Berliner haben am allerwenigsten Ursache, sich zu beklagen. 34 Berliner sind anwesend. (Unruhe.) Offenbar verstehen sie es sehr gut, sich aus den umliegenden Wahlkreisen Mandate zu verschaffen. (Widerspruch.) Die großen Wahlkreise sind immer gut vertreten.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Der Antrag 5 wird in seinem ersten Theile angenommen, im zweiten abgelehnt.

Ueber Antrag 10 und 11 wird zusammen debattirt.

Antrag 10 begründet Hering-Flensburg: Es läßt sich nicht verkennen, daß über den Satz „Religion ist Privatsache" verschiedene Auffassungen bestehen. Oft verbietet man mit diesem Satz überhaupt alle Diskussion über Religion innerhalb der Partei. Um alle Stegmüllereien in Volksversammlungen zu vermeiden, wünscht man nun eine Klärung der Frage. Ich würde vorschlagen, die Worte „Religion ist Privatsache" einfach zu streichen. Darüber ist kein Zweifel, daß sich eine theologische Auffassung mit der sozialistisch-materialistischen nicht verträgt. Aber wir sind eine demokratische Partei und verlangen für Alle volle Gewissensfreiheit; da aber dieser Passas immer von Neuem zu Mißverständnissen Anlaß giebt, so muß man ihn einmal ändern; wir wollen auch für uns im Interesse der materialistischen Auffassung volle Freiheit, die uns jetzt verwehrt ist.

Metzger und Genossen beantragen, über Antrag 10 und 11 zur Tagesordnung überzugehen.

Nachdem Thierbach für diesen Antrag gesprochen hat, wird er angenommen.

Antrag 12 ist durch den Beschluß in der Agrarfrage erledigt, ebenso Antrag 15 und 17.

Deppe regt an, über alle Anträge auf Aenderung des Programms zur Tagesordnung überzugehen.

Singer widerspricht dieser Anregung.

Anträge 13 und 16 finden nicht die nöthige Unterstützung.

Antrag 14 wird zurückgezogen.

Zu Antrag 30 reicht die Unterstützung nicht aus.

Zur Diskussion gelangen die Anträge 51 bis 58.

Antrag 51 findet nicht die nöthige Unterstützung.

Antrag 52 begründet Hoch-Berlin: Der Antrag ist ein Zweckmäßigkeits-Antrag. Wenn der Partei-Vorstand einmal rasch zusammentreten muß, sollen die Kontrolleure in einem halben Tag Eisenbahnfahrt Berlin erreichen können. Auch Sparsamkeitsgründe sprechen dafür. Die Berliner wollen nicht, daß alle Kontrolleure aus Berlin genommen werden. Auch die nächstliegenden Wahlkreise sollen Kontrolleure stellen. Berlin ist übrigens nur durch 15 Delegirte vertreten, nicht durch 34, wie Emmel behauptete. Es ist auch nicht gesagt, daß Berlin immer Ort des Partei-Vorstandes sein muß.

Oertel-Nürnberg bekämpft den Antrag. Wenn die Kontrolleure nur die Quittungen zu kontrolliren hätten, so wäre der Antrag angebracht, weil dann unnöthige Reisekosten vermieden werden. Thatsächlich aber hätten die Kontrolleure auch viel mit Angelegenheiten aus und in der Provinz zu thun; die Kostenersparung sei also eine sehr geringe. Die Berliner bringen es durch ihre Anträge soweit, daß Niemand sie ernst nimmt. (Widerspruch.) Ein Berliner Antrag, der angenommen wird, sei als Rarität zu betrachten.

Schoenlank: Die Berliner Anträge gehen auf jedem Parteitag so zahlreich ein, daß ich nicht verstehe, wie die Berliner immerfort von Bescheidenheit reden können. (Zuruf: Sozialistische Agrarier!) Ja, die sozialistischen Agrarier haben sich allerdings einer großen Bescheidenheit befleißigt. Die Berliner Anträge haben fortgesetzt das Schicksal, Berliner Anträge zu bleiben. (Oho!) Arons hat seinen ersten Antrag, der so glänzend durchfiel, damit begründet, daß es doch ein sehr bescheidener Antrag sei, und doch beantragte er nichts weniger, als in der Partei das Zensuswahlsystem einzuführen. (Sehr richtig!) Jetzt wollen es die Berliner dahin bringen, daß die Kontrollkommission eine Nebenabtheilung der Berliner Preßkommission wird.

Es giebt aber doch neben Berlin auch noch einige Dörfer, die sogenannte Provinz. Freilich ist Berlin die Sonne der Intelligenz, selbstverständlich! Erst sollen die Berliner zeigen auf dem Parteitage, daß sie auch würdig sind, der ganzen Partei zu präsidiren; aber die Delegirten in der Provinz sagen doch, daß die Berliner noch viel zu lernen haben. Es genügt nicht, mit Bescheidenheit zu posiren, sondern sie auch zu üben.

Ein Antrag, über Antrag 52 zur Tagesordnung überzugehen, wird von Beims begründet, von Bebel unter Hinweis auf die Schoenlank'schen Angriffe bekämpft und abgelehnt.

Brécour-Kiel: Wenn die Berliner sich über die ungenügende Berücksichtigung ihrer Anträge beschweren, so dürfen sie den Grund hierfür doch nicht verkennen. Er liegt darin, daß die meisten Berliner Anträge darauf hinauslaufen, den Berlinern Vorrechte zu verschaffen. So auch hier. Die Kontrolleure haben wichtige Rechte; unter anderen auch das Recht, plötzlich eintretende Vakanzen im Vorstand zu besetzen. Dies Recht können wir nicht ausschließlich den Berlinern überlassen.

Kiesel-Berlin: Die Bescheidenheit der Berliner Parteigenossen reicht keineswegs an die Bescheidenheit des Genossen Schoenlank heran. Wenn ferner der Genosse Oertel mit dem Brustton der Ueberzeugung sagt, die Berliner wollen die Kontrolleure nur aus ihren Reihen gewählt sehen, so ersuche ich ihn, sich den Antrag genauer anzusehen. Derselbe will, daß die Kontrolleure möglichst von den Genossen der Umgegend gewählt werden. Die Behauptung, daß nur die Berliner Kontrolleure sein wollen, ist ungerecht. Derartige Vorschläge sind aus Halle und anderen Kreisen gemacht worden. Wir haben dies Recht nie beansprucht. Wir waren nur bestrebt, die Kosten zu verringern und wir werden uns durch Ihre Kritik nicht abschrecken lassen, Anträge zu stellen, die wir nach unserer Ueberzeugung für richtig halten. Wir nehmen für uns das Recht in Anspruch, genau so gut die Interessen der Partei zu vertreten wie Sie. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Antrag 52 wird abgelehnt.

Schluß $7^1/_4$ Uhr.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 12. Oktober 1895.

$9^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Es sind mehrere Begrüßungsschreiben eingegangen. Mit großer Freude wird die telegraphisch an den Parteitag gelangte Mittheilung von dem glänzenden Sieg der Sozialdemokraten in Mannheim bei den Wahlen zum badischen Landtage aufgenommen.

Der Impfgegnerverein in Chemnitz wünscht die Forderung auf Aufhebung des Impfzwanges in das Programm aufzunehmen.

Zu der zirkulirenden Vorschlagsliste für die Neuwahl des Partei-Vorstandes bemerkt Hoch im Namen der Berliner Delegirten, daß diese sich nur auf zwei Kandidaten zum Amt der Kontrolleure geeinigt haben, nämlich auf die Namen Metzner und Börner; alle übrigen auf der Liste figurirenden Berliner rührten nicht von ihnen her.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten und die Berathung der **Anträge zum Programm und Organisation** fortgesetzt.

Antrag 53 wird begründet von

Dr. Arons: Auf dem Kölner Parteitag lag ein Antrag vor, daß kein Parteigenosse länger als zwei Jahre dem Vorstand ohne Unterbrechung angehören dürfe. Unser „bescheidener" Genosse Schoenlank bemerkte dazu, daß der Antrag

undurchführbar sei. Das Mißtrauen sei eine demokratische Tugend, und wir müßten daran denken, für den Nachwuchs zu sorgen. Jedenfalls seien wir mit der bisherigen Art der Besetzung sehr gut gefahren und wollen nichts daran ändern. Darin sind wir mit Schoenlank einig. Wir müssen für Nachwuchs sorgen und es ist nützlich, wenn in stetem Wechsel frisches Blut dem Vorstand zugeführt wird. Das will unser Antrag. Wir geben uns nicht der Illusion hin, daß der Antrag heute angenommen wird. Wir verkennen die Bedenken gar nicht, die er hervorrufen kann. Einmal sind es die materiellen Konsequenzen, die bedenklich machen können, zweitens die Auswahl der Personen. Wir wollen Sie deshalb nicht vor ein Ja oder Nein stellen, sondern bitten Sie nur, folgender Resolution zuzustimmen:

„Der Breslauer Parteitag empfiehlt den Gedanken des Antrags 53 den Genossen im Lande zu reger Diskussion und überläßt die Beschlußfassung über diesen Gegenstand dem nächstjährigen Parteitag."

Frohme fragt, ob die Beisitzer aus dem Kreise der Berliner Genossen genommen werden sollen oder nicht.

Arons erwidert, daß die Antragsteller sich gedacht haben, daß die Beisitzer nicht aus Berlin zu sein brauchten. Wünschenswerth wäre dies allerdings im Interesse der Geschäftsführung.

Müller-Arheilgen: Die Berliner sind sicher, daß ihr Antrag abgelehnt wird. Um aber nicht so wie gestern hereinzufallen, wählen sie die Form der Resolution. Die Beisitzer müssen doch wohl in Berlin wohnen, sonst würden ja alle zwei Jahre sehr große Umzugskosten entstehen. Ich bitte, die Resolution abzulehnen.

Hiermit schließt die Debatte. Die Resolution wird angenommen.

Zu Antrag 54 liegt ein Amendement Galm vor, dem Antrage folgenden Satz hinzuzufügen:

„Die Delegirten werden in öffentlichen Versammlungen beziehungsweise Wahlkreiskonferenzen gewählt. Unzulässig ist, von einem besonderen Orte des Kreises aus Delegirte nachzuwählen."

Gegen Antrag 54 spricht Groth-Rostock: Ich bitte Sie, den Antrag in der Fassung, wie er vorliegt, abzulehnen. In „öffentlichen Parteiversammlungen" können die Mecklenburger weder Delegirte noch sonstige Vertreter wählen. Unser Vereinsgesetz enthält nämlich die Bestimmung, daß nur nach Genehmigung des Ministeriums eine öffentliche Versammlung abgehalten werden darf, wir aber erhalten niemals diese Erlaubniß. So oft die Gegner eine Versammlung abhielten, haben wir regelmäßig den Antrag beim Ministerium gestellt, auch eine öffentliche Versammlung abhalten zu wollen, regelmäßig ist aber unser Antrag abgelehnt worden. Mit der Annahme des beantragten Paragraphen in das Organisationsstatut würden Sie uns um die Vertretung am Parteitag bringen.

Galm-Seligenstadt: Es sind bisher bei der Wahl der Delegirten Fehler vorgekommen, das zeigt die Wahl des Mainzer Delegirten. Ein Mangel liegt darin, daß wir keine festen Bestimmungen für die Wahlen haben. Die vereinsgesetzlichen Bestimmungen sind allerdings dafür wenig günstig, einheitliche Vorschriften aufzustellen; im Allgemeinen aber dürfte es doch ganz gut möglich sein, in öffentlichen Versammlungen oder in Bezirkskonferenzen die Wahlen vorzunehmen.

Zu Antrag 54 wird beantragt:

Die Wahl der Vertrauensleute und Delegirten zum Parteitage darf weder in Vereins- noch in öffentlichen Versammlungen, die von Vereinen einberufen sind, erfolgen.

Altermann-Freiberg bittet, den Antrag anzunehmen; dadurch wäre es möglich, bei jeder Gelegenheit in einer Kreisversammlung einen Vertrauensmann auf ein Jahr zu wählen.

Göbel-Mainz bekämpft den Antrag.

Die Abstimmung ergiebt die Ablehnung des Amendements und des Antrages sowohl in der ursprünglichen als in der neu gewählten Form.

Antrag 55 wird nicht genügend unterstützt, ebensowenig Antrag 56.

Ueber Antrag 57 und 113:

Unterzeichnete beantragen, den Beschluß des Frankfurter Parteitages, wonach Reichstagsabgeordnete kein Mandat für den Parteitag annehmen dürfen, aufzuheben.

Carl Meist. Kaden. Oertel. Metzner. Geck. Hug. Schulze.

wird gemeinsam debattirt.

Gewehr-Elberfeld begründet Antrag 57: Die Abgeordneten, die an dem Parteitag theilnehmen, müßten ebensogut ein Mandat haben wie andere Genossen, damit nicht ein künstlicher Gegensatz erzeugt wird. Wenn besondere Umstände die Anwesenheit eines Abgeordneten nöthig machen, so stehe es nach dem Antrage dem Parteivorstande zu, dieselben zu berufen.

Antrag 113 wird von Meist begründet: Der Beschluß des Frankfurter Parteitages, wonach Reichstagsabgeordnete kein Mandat für den Parteitag annehmen dürfen, ist ohne Logik. Weshalb sollen die Abgeordneten gewissermaßen als Genossen zweiter Klasse behandelt werden? Nehmen Sie unsern Antrag an. Schaffen Sie den Zustand wieder, wie er vor dem Frankfurter Parteitag war.

Brühne-Frankfurt schließt sich diesen Ausführungen an. Der Frankfurter Antrag ist seiner Zeit nicht genügend diskutirt worden. Der Elberfelder Antrag ist dagegen abzulehnen.

Die Diskussion wird geschlossen. Der Antrag 113 wird angenommen, der Antrag 57 abgelehnt. Antrag 58 ist durch den vorigen Beschluß erledigt.

Die Verhandlungen werden unterbrochen, und der **Bericht der Neuner-Kommission** wird entgegengenommen. Berichterstatter ist

Blos: Die Kommission hat im ganzen mit nur 3 Angelegenheiten zu thun gehabt; die größte Arbeit machte uns die Danziger Angelegenheit. Wir haben dafür gesorgt, daß der Hauptangeklagte, Jochem aus Danzig, vor uns erschien, trotzdem er sich der Reise zu entziehen versuchte und gegen die ganze Prozedur protestirte. Die ganze Angelegenheit ist ein alter Streit, in dem Jochem seit lange die Hauptrolle spielt. Die Parteithätigkeit Jochem's ist nicht tadelnswerth, wohl aber die Art und Weise, wie er die inneren Parteiangelegenheiten zu erledigen trachtete.

Der Partei-Vorstand hat durch Gerisch eine Einigung versuchen lassen. Es giebt nämlich nur ein Lokal in Danzig, in dem sich die dortigen Genossen versammeln können, und das ist im Besitz Jochem's resp. seiner Frau. Daraus, daß nun auch seine Opposition dieses Lokal benutzen muß, ergeben sich mancherlei Unannehmlichkeiten. Ob es wahr ist, daß Jochem das Lokal auf unreelle Weise an sich gebracht hat oder nicht, haben wir nicht entscheiden können; schön mag er vielleicht nicht gehandelt haben. Die Hauptsache ist, daß sich Jochem zum westpreußischen Parteischulzen aufwirft und seine Gegner mit groben Worten nach Unteroffiziersmanier behandelt; sogar Parteigenossen hat er durch die Polizei aus seinem Lokal entfernen lassen. Jochem entschuldigte sich damit, daß auch die Gegner grob gewesen seien, und das stimmt allerdings. Um die Geschichte zu verstehen, muß man hinter die Kouliſſen blicken. Die Beschwerde der Danziger Genossen richtet sich nämlich mehr gegen die Frau Jochem, als gegen ihn selbst. Gerisch hat mit vieler Mühe eine Art Vergleich zu Stande gebracht; aber es war doch nur ein fauler Friede, und zwar deshalb, weil eine Kommission eingesetzt wurde, die das Lokal Jochem's beaufsichtigen sollte. Diese Kommission gab der Frau Jochem natürlich viel Anlaß zu bösen Redensarten. Die Streitigkeiten brachen also bald wieder aus. Man kann zwar durchaus nicht lediglich einer Seite die Schuld aufbürden, aber Genosse Jochem hat auch nicht ein Titelchen von dem zugegeben, was gegen ihn vorlag, selbst wenn sein Vergehen

noch so klar erweislich war. Wir sind zu der Meinung gekommen, daß zur Herstellung des Friedens in Danzig schärfere Mittel anzuwenden sind und schlagen Ihnen deshalb folgenden Antrag zur Annahme vor:

Die Parteidifferenzen in Danzig sind durch beide Theile verschuldet. In Anbetracht aber, daß die Person des Genossen Jochem hauptsächlich einer Einigung der streitenden Theile im Wege steht, erklärt der Parteitag, daß Genosse Jochem nicht geeignet ist, einen Vertrauensposten in der Partei zu bekleiden.

Der Antrag ist einstimmig in der Kommission angenommen. Wir haben das Zutrauen zu Jochem, daß er selbst einsehen wird, daß seine Person der Stein des allgemeinen Anstoßes ist, und daß es nicht möglich ist, das Interesse der Partei zu wahren, wenn er sich nicht zurückzieht. Wir haben ferner in Erwägung gezogen, daß Jochem später, wenn die Verhältnisse sich gebessert haben, das wiedergegeben werden kann, was ihm heute aberkannt wird.

Jochem-Danzig: Ich ersuche Sie, dem Beschluß der Kommission nicht zuzustimmen, da ich unvorbereitet hierhergekommen bin und garnichts von dem Antrage gewußt habe. Am Dienstag war eine Versammlung einberufen, um ein friedliches Verhältniß herzustellen, nicht aber um den Delegirten den Auftrag zur Stellung eines solchen Antrages zu geben. Wenn die Delegirten nach Danzig zurückkommen, so posaunen sie aus: Jetzt haben wir Jochem eins ausgewischt, jetzt ist er fertig; der Krieg geht dann wieder von Neuem los. Wir hatten die Absicht, jetzt bei der Neuwahl eine Person zu wählen, die durch ihre neutrale Stellung die Verhältnisse besorgt. Ich habe ja garnicht die Absicht, ein Amt wieder anzunehmen. Genosse Blos hat selbst gesagt, daß von beiden Seiten schwer gesündigt ist; weshalb soll denn ich gerade der Sündenbock sein? Möge der Partei-Vorstand einschreiten, wenn sich herausstellt, daß eine Beilegung der Zwistigkeiten nicht möglich ist! Gegenüber der Behauptung, daß eigentlich meine Frau dahinter steckt, appellire ich an die Versammlung, an die weiblichen Delegirten. (Aha!) Ich muß dagegen auftreten, daß meine Frau in der gemeinsten Weise angegriffen und ihre Ehre in den Schmutz gezogen wird. Ich ersuche Sie also, den Frieden in Danzig nicht zu stören. (Große, lang anhaltende Heiterkeit.) Das kann doch einem Jeden passiren, daß er sich mal verspricht. Stimmen Sie also, wenn Sie den Frieden wieder herstellen wollen, dem Entschluß der Kommission nicht zu!

Inzwischen ist ein Amendement Stadthagen eingelaufen, in dem Antrag der Kommission zwischen „Vertrauensposten" und „zu bekleiden" die Worte „in Danzig" einzufügen.

Zur Begründung bemerkt Stadthagen: Wir können die Gründe der Kommission unterschreiben, aber ich vermag den Schluß nicht zu ziehen, daß Jochem überhaupt unfähig sein soll, einen Vertrauensposten in der Partei zu bekleiden. Es ist ausschließlich eine Danziger Angelegenheit. Ehrenrühriges liegt gegen Jochem nicht vor.

Berger-Danzig wendet sich gegen die Darstellung Jochem's. In der Versammlung, in der die Delegirten gewählt wurden, kam die Jochem'sche Angelegenheit nicht zur Sprache. Sofort nach der Wahl aber erklärte ich als Delegirter, daß ich in Breslau energisch auf Frieden dringen würde. Jochem hat sich über den letzten Versöhnungsversuch des Partei-Vorstandes in höhnischer Weise geäußert. Das Amendement Stadthagen ist unannehmbar. Wenn wir Jochem los sind, so geht er nach Elbing.

Ein Schlußantrag wird angenommen, das Amendement Stadthagen wird nach einigen Schlußworten Blos' abgelehnt und der Antrag der Neunerkommission angenommen.

Blos fährt in seinem Referate fort: Die zweite Beschwerde, die uns vorlag, kam aus Verden und richtete sich gegen den Partei-Vorstand. Sie ging dahin, daß der Vorstand Anträge der Verdener Genossen zum Parteitage

nicht veröffentlicht habe. Die Angelegenheit ist nur dann richtig zu beurtheilen, wenn man die Verdener Verhältnisse kennt. Mir ist bekannt, daß es unter den Verdener Parteigenossen philosophische Köpfe giebt, die in eigenartiger Weise für das Wohl der Partei sorgen. So schlugen sie diesmal eine von Fels zu Meer sich erstreckende Polizeikommission für die Partei vor. (Heiterkeit.) Sie sollte das private und politische Leben der Parteigenossen und die wirthschaftlichen Unternehmungen der Partei überwachen. Das sollte sehr vertraulich geschehen; den Vertrauensleuten war die Stelle des Distrikts-Polizeikommissars zugedacht. (Heiterkeit.) Der Vorstand lehnt es ab, diese Antrage zu veröffentlichen. Nur ein Abschnitt davon, der sich auf andere Angelegenheiten bezog, sollte veröffentlicht werden. Die Verdener haben die nächste Instanz, die Kontrolleure, nicht angerufen, sondern sich gleich an den Parteitag gewandt. Die Neuner-Kommission ist der Ansicht, daß der Vorstand gethan hat, was geboten war. Sie stellt folgenden Antrag:

In Bezug auf die Verdener Beschwerde erklärt der Parteitag: Der Partei-Vorstand ist im Allgemeinen verpflichtet, ordnungsgemäß eingegangene Anträge zu veröffentlichen. Diese Pflicht findet ihre Grenze, wo die Anträge unsinnig oder der Partei schädlich sind. Aus diesem Grunde sind die Beschwerden der Verdener Genossen zurückzuweisen.

Huber-Bremen spricht für die Verdener Beschwerde und ersucht den Parteitag, den Antrag der Kommission abzulehnen.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Ueber eine dritte Beschwerde, die des ehemaligen Genossen Flöther-Stadthagen, referirt der Berichterstatter

Blos: Flöther hat beantragt, ihn wieder zu rehabilitiren. Er ist aus der Partei ausgeschlossen worden, weil er sich in zwei Fällen der Denunziation von Parteigenossen schuldig gemacht hatte; in einem Falle hatte die Denunziation Erfolg gehabt. Die Neuner-Kommission beantragt:

Nach eingehender Prüfung des vorliegenden Materials empfiehlt die Kommission dem Parteitag, den Ausschluß Flöther's als zu Recht bestehend zu erklären.

Der Antrag wird angenommen.

Mit Bezug auf die Wahl der Parteileitung konstatirt der Vorsitzende Singer, daß kein Widerspruch dagegen erhoben wird, daß der Sitz der Parteileitung Berlin bleibt. Der Wahlakt wird geschlossen erklärt.

Zur Diskussion stehen die Anträge 32—42, mit Ausnahme von 36, die sich befassen mit dem Ort, an dem der nächste Parteitag abgehalten werden soll.

Ferner ist der Antrag von Gotha eingegangen, dahingehend, es dem Partei-Vorstande zu überlassen, den Ort zu wählen, daß es aber wünschenswerth sei, einen Ort in der Mitte des Reiches zu wählen.

In der Diskussion über den Ort des nächsten Parteitages spricht

Stolten-Hamburg: Früher haben immer die Hamburger deshalb nicht den Antrag gestellt, den Parteitag in Hamburg abzuhalten, weil Hamburg allzusehr an der Grenze des Reiches liegt. Aber da auch der Parteitag in Breslau, einer Stadt, die ebenfalls an der Grenze des Reiches liegt, so gut besucht ist, haben wir uns gesagt, daß nun auch einmal Hamburg berücksichtigt werden könne.

Haug-Freiburg bittet, Gotha zu wählen, damit nicht wieder wie heute die badischen und württembergischen Genossen von der Theilnahme nahezu ausgeschlossen sind.

Kleemann-Leipzig schlägt Leipzig vor, diese Stadt sei so günstig gelegen, daß der Parteitag dort sehr gut einmal stattfinden kann. Die Polizei sei dort auch nicht schlimmer als wo anders.

Kimmel-Hamburg tritt gegen Hamburg auf, da dort ein geeignetes Lokal nicht zur Verfügung steht. Gotha scheine ihm am günstigsten gelegen.

Dahlen-Halberstadt tritt für Halberstadt ein.

Keil-Mannheim ist der Meinung, daß ein von allen Genossen leicht zu erreichender Ort zu wählen sei und befürwortet Gotha, zumal da er in Erfahrung gebracht habe, daß die dortigen Genossen den Parteitag sehr wohl aufnehmen können.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Singer regt bei der Fülle der Vorschläge schriftliche Abstimmung vor.

Auf Antrag von Fischer-Berlin beschließt die Versammlung, zunächst darüber abzustimmen, ob Gotha gewählt wird.

Die Versammlung entscheidet sich mit großer Mehrheit dafür, daß der nächste Parteitag in Gotha stattfindet.

Von den weiteren zu dieser Frage vorliegenden Anträgen sind die Anträge 37, 38 und 41 durch die vorherigen Beschlüsse erledigt, die Anträge 35 und 42 finden nicht die genügende Unterstützung.

Es folgt die **Berathung der sonstigen Anträge.**

Antrag 1 findet nicht die nöthige Unterstützung.

Antrag 2 und in Verbindung damit Antrag 119:

Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages ist ein Referat über die Frauenagitation zu setzen,

wird unterstützt und von Frau Rohrlack begründet. Sie schlägt vor, Frau Zetkin mit diesem Referat zu betrauen.

Antrag 119 wird angenommen und Frau Zetkin als Referentin bestimmt

Antrag 3 begründet Drescher-Berlin: Das Proportionalwahlsystem ist eine der wichtigsten Forderungen der Partei, die selbst von Gegnern als Mittel zur Vernichtung der Sozialdemokratie empfohlen wird. Es ist nöthig, über diesen Punkt Klarheit zu schaffen.

Ohne weitere Debatte wird der Antrag angenommen.

Antrag 6 wird als unzulässig nicht zur Debatte gestellt.

Es folgt die Berathung über die zum Punkt **„Presse"** gestellten Anträge.

Antrag 59 wird nicht unterstützt, Antrag 60 ist hinfällig, da der darin ausgesprochene Wunsch nach Mittheilung von Singer bereits erfüllt ist. Infolgedessen wird der Antrag zurückgezogen.

Antrag 61 begründet Görke-Charlottenburg: Bei dem großen Interesse, welches der Arbeiter an dem Material über die Alters- und Invaliditätsversicherung nimmt, ist es wohl eine bescheidene Forderung, daß uns das Material in Form einer Beilage zum „Vorwärts" zugänglich gemacht wird.

Stadthagen: Ich bitte, den Antrag abzulehnen. Das Material ist ein umfangreiches Aktenstück von 100 Seiten, das nicht gut in einer Beilage gebracht werden kann. Die wenigen Arbeiter, die Interesse daran nehmen, alle diese Zahlen zu lesen, können sich das amtliche Material verschaffen. Außerdem befaßt sich der „Vorwärts" ja auch mit dieser Frage und erstattet fortlaufend Bericht darüber.

Bebel: Auch ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Es ist der Tagespresse ganz unmöglich, die Berichte der Invaliditäts- und Altersversicherung abzudrucken. Thäte man das, so könnte man auch verlangen, die Berichte der Krankenkassen ꝛc. aufzunehmen. Die Berichte der Invaliditäts- und Altersversicherung füllen übrigens so dicke Bände, daß ein Abdruck ganz unmöglich ist. Die wichtigsten Zahlen des Berichts werden bereits jetzt in unserer Presse veröffentlicht. Wenn aber die vorliegende Anregung dazu dient, daß die Berichte vielleicht noch ausführlicher und sorgfältiger behandelt werden, dann ist es gut.

Der Antrag wird abgelehnt.

Antrag 62 wird nicht genügend unterstützt.

Im Laufe der Verhandlungen ist eingegangen Antrag 109:

Der Parteitag wolle beschließen, der Nettopreis des „Neuen Welt-Kalenders" ist, nachdem der Verkaufspreis von 50 Pf. auf 40 Pf. vermindert worden, entsprechend herabzusetzen.

Block-Dortmund bemerkt, daß die Herabsetzung des Preises den gewünschten Erfolg nicht gehabt hat, weil bei geringerem Preise die Kolporteure weniger verdienen und sich deshalb um die Verbreitung weniger bemühen. Werde von entscheidender Stelle erklärt, daß sich der Nettopreis nicht herabsetzen lasse, so sei er bereit, den Antrag fallen zu lassen.

Bérard-Hamburg: Auf dem vorigen Parteitag wurden die Gründe auseinandergesetzt, die die Herabsetzung des Verkaufspreises des „Neuen Welt-Kalenders" von 50 auf 40 Pf. nothwendig machten. Es geschah, um der Schleuderei der Großhändler entgegenzutreten. Der Preis läßt sich nicht weiter herabsetzen, sonst wird am „Neuen Welt-Kalender" geradezu Geld zugesetzt. In den Provinzialkalendern ist dem „Neuen Welt-Kalender" jetzt schon eine große Konkurrenz erwachsen.

Antrag 109 wird abgelehnt.

Antrag 123 wünscht das tägliche Erscheinen des Offenburger „Volksfreundes" und die Bewilligung der nöthigen Mittel vom Vorstand.

Hierzu ist das Amendement gestellt, die Angelegenheit dem Vorstand zur Prüfung zu überweisen.

Antrag und Amendement finden nicht die nöthige Unterstützung.

Antrag 120: Der Parteitag möge beschließen, den Partei-Vorstand zu beauftragen, eine Neuauflage der Broschüre „Die Lötzener Kettenaffäre" herauszugeben, begründet

Lesche-Altona damit, daß es für die jüngeren Genossen nothwendig ist, zu erfahren, wie man früher gegen Parteigenossen vorgegangen ist.

Fischer-Berlin: Der Zweck des Antrages wird damit erreicht, daß die Genossen sich den „Leipziger Hochverrathsprozeß" anschaffen, worin dasselbe Material behandelt und in ausführlicher Weise zusammengestellt ist. Wir haben uns schon letztes Jahr die Frage gestellt, ob es nicht zweckmäßig sei, im Anschluß an den „Leipziger Hochverrathsprozeß" die „Lötzener Kettenaffäre" folgen zu lassen; wir sind aber davon abgekommen, weil wir den Genossen nicht für dieselbe Sache zweimal Geld abnehmen können.

Der Antrag Kloß-Stuttgart (125): Auf Kosten der Parteikasse den sämmtlichen sozialdemokratischen Parteiblättern des Reiches alljährlich zweimal das Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands als besondere Beilage beizulegen, und Antrag Diedrich-Bremen (126): „Der Partei-Vorstand hat für Herstellung eines Verzeichnisses der Vertrauensmänner und der Adressen sämmtlicher Parteiorganisationen Deutschlands zu sorgen und für die Parteigenossen zu veröffentlichen" finden nicht die genügende Unterstützung.

Antrag 64 ist durch einen Beschluß vom Frankfurter Parteitag erledigt.

Antrag 65 begründet Kloß-Stuttgart: Für die Frauen existirt keine geeignete Lektüre, deshalb ist es nöthig, die „Neue Welt" in diesem Sinne auszubilden.

Bérard-Hamburg: Lehnen Sie den Antrag ab, da uns seine Durchführung einen gewaltigen Kostenaufwand von ca. 100 000 Mark verursachen würde; so viel Geld bringen wir nicht auf. Sie haben einen Defizitmacher abgeschafft, den „Sozialdemokrat", schaffen Sie keinen neuen. Auch die bürgerlichen illustrirten Blätter gehen nicht. So hat der Besitzer von Schorer's Familienblatt ungeheure Summen in das Unternehmen gesteckt und vor der Konkurrenz doch die Segel streichen müssen.

Fischer-Berlin: Das im Antrage ausgedrückte Bedürfniß ist unzweifelhaft vorhanden; aber auf dem Wege, den Kloß angedeutet hat, geht es nicht. Die „Neue Welt" ist eine einfache Zeitungsbeilage, und für das Geld, das für diesen Zweck ausgegeben werden kann, können wir kein gutes illustrirtes Blatt schaffen. Neben anderen Schwierigkeiten spielt hier die Redakteurfrage eine große Rolle. Von heute auf morgen läßt sich so was auch nicht machen; aber

ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen, damit der Partei-Vorstand sich mit der Sache näher befassen kann.

Antrag 65 und 66 werden miteinander verbunden.

Bebel: Ich bin dafür, daß Sie Antrag 65 dem Partei-Vorstande zur Erwägung überweisen. Wir haben allerdings im Vorstande bereits darüber unterhandelt. Fischer hat uns auch einen ausführlichen Plan vorgelegt; nach diesem erfordert das eventuell zu schaffende neue Organ gewaltige Summen. Wir müssen das Blatt sehr gut ausstatten, damit es die Konkurrenz der bürgerlichen Blätter aushalten kann. Wir müssen gute Bilder geben, sehr hohe Honorare zahlen. Daß daneben die „Neue Welt" als Beilage bestehen soll, geht nicht an. Das neue Blatt muß Abonnementblatt werden, nicht Beilage. In Bezug auf Antrag 66 füge ich hinzu: wir haben bereits mehrmals im Vorstande darüber Erörterungen gepflogen, daß es mit der „Neuen Welt" kaum so weiter gehen kann. Wir brauchen entschieden bessere Bilder. Auch der Lesestoff muß erweitert werden, vielleicht in der Weise, daß wir eine naturwissenschaftliche Abtheilung einführen, in der die neuesten Entdeckungen und Erfindungen besprochen werden. Wenn Sie den Antrag annehmen, dann haben wir im Vorstande weniger Bedenken, die nöthigen Gelder zu bewilligen.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Antrag 65 wird dem Vorstand zur Erwägung überwiesen.

Antrag 66 wird in seinem ersten Theile angenommen, im zweiten Theile abgelehnt.

Bei Antrag 67 führt

Block-Dortmund die Gründe an, die die Antragsteller geleitet haben. Man ging von dem Gedanken aus, daß die Partei die moralische Verantwortlichkeit für diese Schundliteratur abschütteln solle. Die Minderheit — zu der auch ich gehörte — war aus praktischen Gründen dagegen, weil nämlich nicht alle zu verwerfenden Schriften im Antrage genannt seien und die Herstellung eines genauen Verzeichnisses sehr schwierig sein würde.

Der Antrag wird debattelos angenommen.

Antrag 68 findet nicht die nöthige Unterstützung.

Antrag 69 begründet Sonnenburg: Es muß möglichst allen im Parteiverlage erscheinenden Literatur ein einheitliches Format gegeben werden. Jetzt haben wir sogar das Protokoll des letzten Parteitages in anderem Format.

Fischer-Berlin: Ich bitte, den Antrag abzulehnen. Solche Anträge müssen bestimmt lauten. „Möglichst" heißt hier gar nichts. Bei den Broschüren unseres Verlages haben wir ja nur zweierlei Format. Das eine ist das herkömmliche, für Schriften mehr zur theoretischen Weiterbildung der Genossen, das andere ist für Agitationsschriften berechnet, die zur Massenverbreitung bestimmt sind. Da ist nothwendige Voraussetzung die Billigkeit; diese Wohlfeilheit kann nur erreicht werden durch Rotationsdruck. Dieser Druck bedingt das größere Format; dabei ersparen wir sowohl an Papier und Druck wie an der Buchbinderei ganz wesentlich. Was das Protokoll anbetrifft, so werden auch die künftigen im Format des letztjährigen erscheinen — aus Agitations- wie aus Billigkeits-Rücksichten.

Der Antrag wird abgelehnt.

Antrag 70 wird nicht unterstützt.

Den Antrag 71 ersucht

Hoch-Berlin, dem Partei-Vorstande zur Erwägung zu überweisen.

Brühne-Frankfurt a. M. bittet um Ablehnung.

Auer: Wohin soll es führen, wenn die Parteigeschäfte ihre Verlagsrechte unter einander hin- und herschieben? Ueberlassen wir die Erledigung dieser Frage ruhig dem Genossen Dietz. Steckt etwas hinter dem Antrage, so können wir sicher sein, daß Dietz ihn ausführt.

Der Antrag wird abgelehnt.

Zu Antrag 72 ist ein Amendement eingegangen, statt des Wortes unentgeltliche zu sagen „zum Selbstkostenpreise".

Der Antrag findet nicht die genügende Unterstützung.

Antrag 73 ist durch den Beschluß betr. die Veröffentlichung des Berichts über die parlamentarische Thätigkeit erledigt.

Antrag 74 wird zur Kenntniß des Parteitages genommen.

Antrag 75 und 76 sind erledigt.

Die Anträge 77, 80 und 81 werden, da sie infolge des Beschlusses in der Agrarfrage dem Partei-Vorstande überwiesen sind, nicht unterstützt.

Antrag 78 und 79 sind zurückgezogen, ersterer, wie Singer mittheilt, weil er aus Versehen gestellt ist.

Antrag 82 wird nicht unterstützt.

Unter großer Heiterkeit der Versammlung bemerkt Singer, daß der Parteitag damit die Ansicht ausgesprochen hat, daß der Vorstand auch so seine Schuldigkeit thut.

Antrag 83 wird nicht genügend unterstützt.

Antrag (117) Hoch und Genossen:

Der Partei-Vorstand wird beauftragt, bei der nächsten passenden Gelegenheit, namentlich dann, wenn sich der preußische Landtag daran machen sollte, das preußische Vereinsrecht noch reaktionärer zu gestalten, eine Agitation für das allgemeine gleiche direkte Wahl- und Stimmrecht, sowie für unbeschränkte Rede-, Preß- und Versammlungsfreiheit in ganz Deutschland bezw. in ganz Preußen einzutreten,

begründet Hoch-Hanau: Wenn es der Regierung wirklich einfallen sollte, noch reaktionärer zu werden, dann haben wir alle Pflicht, uns energisch unserer Haut zu wehren. Man könnte sagen, das sei eine preußische Angelegenheit und gehöre deshalb nicht auf den Parteitag, aber das wäre nicht zutreffend, weil wir keinen preußischen Parteitag haben. Der Partei-Vorstand muß für den angedeuteten Fall eine bestimmte Marschroute erhalten.

Antrag 84 wird mit zur Diskussion gestellt. In der Begründung führt Timm aus: Der Berliner 1. Wahlkreis hat deshalb den Antrag gestellt, weil wir in der That in einer Zeit leben, in der den minimalen Rechten der Arbeiter ein Ende gemacht werden soll. Zwar hat Bebel in einer Broschüre auf das Wahlrecht hingewiesen, allein das genügt noch nicht. Der Antrag drückt die Meinung der großen Mehrheit der Berliner Genossen aus. Was gestern Schoenlank von den Berlinern sagte, ist unzutreffend. Wir haben zwar schon manchen Rippenstoß vertragen, aber Schoenlank's Angriff überstieg alles Maß. Wir sind uns bewußt, immer unsere Schuldigkeit gethan zu haben. Schoenlank's Tonart müssen wir entschieden zurückweisen.

Schoenlank: Ich habe keine Veranlassung, auf die Angriffe von Timm einzugehen. Ich habe genau gewußt, was ich gesagt habe und habe meine Ausführungen gegenüber dem bestimmten Verhalten bestimmter Personen gemacht. (Große Unruhe. Rufe: Namen nennen!) Es liegt kein Grund für mich vor, meine Worte zurückzunehmen.

Timm: Wenn Schoenlank uns Delegirte angreift, so machen wir uns nichts daraus. Wir können noch viel mehr vertragen und wollen sehen, wer es am längsten aushält. Wenn er aber seine Angriffe gegen die Berliner Parteigenossen richtet, so haben wir Grund, energisch dagegen zu protestiren. (Beifall.)

Die Diskussion wird geschlossen.

Antrag 117 wird angenommen. Damit ist Antrag 84 erledigt.

Es folgt der von den Genossen des 3. Hamburger Wahlkreises gestellte Antrag (116):

In Erwägung, daß infolge der wirthschaftlichen Nothlage der arbeitenden Klassen die Frauen und Mädchen in immer größerer Zahl in allen

Branchen des Erwerbslebens als Konkurrentinnen der Männer aufzutreten gezwungen sind; bei ihrer bisher so sehr vernachlässigten Aufklärung sowohl in politischem wie wirthschaftlichem Wissen aber leider noch als Hemmschuh anstatt als zielbewußte Mitstreiterinnen im Kampfe um die Existenz sowohl, als um die endliche Beseitigung der heutigen Wirthschaftsweise anzusehen sind, und da es gilt, eine Jahrhunderte lange Vernachlässigung und geistige Zurücksetzung des weiblichen Geschlechts wieder gut zu machen, so ist es nothwendig, daß in dieser Hinsicht mit Hochdruck gearbeitet wird.

Bisher kämpfte nur das halbe Volk gegen die kapitalistische Weltordnung an; die Sozialdemokratie hat vor allem die große Aufgabe zu erfüllen, auch die andere Hälfte der Menschheit in die Kampflinie einzureihen; das ist nicht leicht, sobald aber das Verständniß geweckt ist, wird das proletarische Weib mit um so größerer Energie und Kampfesfreudigkeit in Reih und Glied marschiren mit den sozialistischen Brüdern.

Um das nothwendige Verständniß für den Klassenkampf beim weiblichen Proletariat zu wecken, ist es aber dringend nöthig, daß die Männer der Arbeit mehr und energischer als bisher allüberall an die Pflicht gemahnt werden, alle in ihren Bereich kommenden Frauen und Mädchen auf eine vernünftige und würdige Weise in die politische sowohl wie namentlich auch in die gewerkschaftliche Organisation hereinzuziehen und sie bei jeder sich bietenden Gegenheit zur Theilnahme am öffentlichen Leben anzuregen.

In Anerkennung dieser Nothwendigkeit macht der Parteitag es den Delegirten, soweit dieselben als Referenten in Stadt und Land über die hier gepflogenen Verhandlungen Bericht zu erstatten haben, zur Pflicht, den in dieser Resolution niedergelegten Gedanken mit Nachdruck zu vertreten.

Frau Steinbach: Der Inhalt der Resolution wird bei keinem Delegirten Widerspruch finden angesichts der Thatsache, daß bald keine Branche vorhanden sein wird, in der nicht die Frauenarbeit den Männern Konkurrenz macht. Da nun die Polizei und Behörden bemüht sind, die Frauen von jeder öffentlichen agitatorischen Thätigkeit zur Gewinnung von Genossinnen fernzuhalten und ihre politische Bethätigung zu verhindern, so muß mehr als bisher ein praktischer Weg eingeschlagen werden, wie ihn die Resolution vorschlägt. Die Arbeiter in Fabrik und Werkstatt müssen auf die Nothwendigkeit hingewiesen werden, ihre Kolleginnen zur Organisation heranzuziehen. Besonders bei der Berichterstattung über den Parteitag muß darauf hingewiesen werden.

Die Resolution wird angenommen.

Es folgt der von Trautewein und Genossen gestellte Antrag (130):

In Anbetracht, daß es wohl der Wunsch eines jeden Genossen sein muß, daß die ländlichen Arbeiter von dem Ausnahmegesetz der Gesindeordnungen befreit werden, stellen Unterzeichnete hierdurch den Antrag: der Parteitag möge den Partei-Vorstand beauftragen, eine gleichmäßige Agitation im ganzen Lande gegen die Gesindeordnungen in Bewegung zu setzen, ähnlich wie bei der Umsturzvorlage.

Gleichfalls möge der Parteitag den Wunsch aussprechen, daß die Presse den Gesindeordnungen sowie der Handhabung derselben mehr Beachtung widmet wie bisher.

Beides würde ein wirklich durchgreifendes Mittel für die Landagitation sein.

Trautewein-Quedlinburg begründet den Antrag damit, daß durch eine planmäßige Agitation gegen die Gesindeordnung zugleich auch die Frauenbewegung ungemein gefördert und der Grund zu einer Landarbeiterbewegung gelegt wird.

Bebel: Absatz 2 des Antrages, der nur einen Wunsch ausspricht, wäre annehmbar, aber nicht Absatz 1. Derselbe verlangt, wir sollen heute kom-

mandiren, daß der neue Partei-Vorstand eine gleichmäßige Agitation im ganzen Lande gegen die Gesindeordnungen in Bewegung zu setzen, ähnlich wie bei der Umsturzvorlage. Ja, können wir denn auf Kommando eine Agitation ins Leben rufen? Denken Sie doch nur an die viel wichtigere Wahlrechtsfrage, in der ich ein Referat gehalten und über die ich eine Broschüre geschrieben habe, und doch ist die Agitation ausgeblieben. Wenn man einen bloßen Wunsch heute ausspricht, so hat es Sinn, aber durch einen bestimmten Auftrag blamiren wir uns nur. Dann ist es aber doch auch nöthig, daß zunächst unsere Genossen durch eine ausführliche Broschüre aufgeklärt worden. Erst dann können wir agitiren, aber auch nur da, wo wir die Gelegenheit dazu haben. Aus dem Nichts können wir keine Agitation stampfen. Ich bitte also, falls die Antragsteller sich nicht zu einer anderen Fassung bequemen können, den ersten Passus des Antrages abzulehnen.

Frau Rohrlack: Wir Frauen haben ein besonderes Interesse daran, die Arbeiter und Arbeiterinnen über die Gesindeordnung aufzuklären. Bebel hat darauf hingewiesen, daß auch vor einem Jahre der Antrag gestellt worden ist, eine diesbezügliche Broschüre zu schreiben, daß sie aber doch noch nicht erschienen ist, weil sich solche Dinge nicht kommandiren lassen. Nun wir haben auch ohne Broschüre gute Erfolge bei der Agitation gehabt. Der Partei-Vorstand muß beauftragt werden, auch in ländlichen Bezirken Versammlungen einzuberufen, mit dem Gesinderecht auf der Tagesordnung. Wir wollen zwar nicht den Vorstand korrigiren, aber unsere Forderung ist doch nur gerecht.

Bebel stellt das Amendement, im ersten Absatz hinter dem Worte „beauftragen" einzustellen: „bei passender Gelegenheit".

Beims-Goßlar: Wenn Sie wirklich noch etwas für die praktische Agitation auf dem Lande thun wollen, was Sie in der Debatte über die Agrarfrage nicht gethan haben, so nehmen Sie diesen Antrag an. Die Folgen der Gesindeordnung sind entsetzlich, große Mißhandlungen und Beleidigungen werden unter dem Schutze des Gesetzes verübt.

Gerlach-Wanzleben: Auch ich bin der Meinung, daß wir den Antrag in seiner vorliegenden Form annehmen können. Wir müßten schon längst die verlangte Broschüre haben. Gerade die Frauenbewegung würde durch eine Agitation inbezug auf die Gesindeordnung gefördert werden; denn gerade die Frauen und Mädchen leiden unter den Folgen der Gesindeordnung. Wir dürfen den Antrag dem Partei-Vorstande nicht blos zur Berücksichtigung überweisen, sondern der Partei-Vorstand muß einen bestimmten Auftrag erhalten. Wir müssen uns übrigens über diese Dinge genügend aussprechen, über die Bauern und Waldstreu ꝛc. haben wir stundenlang diskutirt, über das Gesinde nicht.

Nachdem Stadthagen gegen einen Antrag auf Schluß der Diskussion gesprochen hat, wird die Diskussion geschlossen.

In einer persönlichen Bemerkung verwahrt sich Bebel dagegen, als ob er gegen die Sache selbst, die Gesindeordnung bei der Agitation zu verwerthen, sei; er habe nur darauf aufmerksam machen wollen, daß die Sache in der beantragten Form unannehmbar sei, weil sich derartige Aufträge nie nach Kommando ausführen lassen.

Antrag 130 wird mit dem Amendement Bebel angenommen.

Lux-Langenbielau will den ersten Theil des erledigten Antrags 80 noch einmal behandelt wissen.

Der Antrag wird nicht unterstützt.

Ebenso findet Antrag 85 keine Unterstützung.

Es folgt der letzte Theil der Anträge: **Resolutionen.**

Zu 101 ist von Frau Rohrlack und Genossen der Antrag eingegangen:

Der Resolution Nr. 101 folgende Fassung zu geben:

„In Erwägung, daß die Arbeits-, Lohn- und Lebensverhältnisse der zur Erwerbsarbeit gezwungenen Mädchen und Frauen immer jämmerlicher werden,

daß die Zahl der weiblichen Arbeiterschaft beständigt wächst und durch die Konkurrenz der Frauen auch die Lohnverhältnisse der männlichen Arbeiter fortschreitend verschlechtert, sowie die Männer aus weiten Kreisen der Industrie immer mehr verdrängt werden, fordert der sozialdemokratische Parteitag die Genossen, insbesondere die Vertrauenspersonen und die Agitatoren der Partei auf, durch möglichst vielseitige statistische Feststellungen über die unausgesetzte Zunahme der gewerblichen Frauenarbeit und über die für das kommende Geschlecht so verhängnißvolle Lage der Arbeiterinnen in den einzelnen Industriezweigen und Gewerbebetrieben die helle Beleuchtung und die scharfe Kritik allseitiger Oeffentlichkeit zu verbreiten. Das gesammte Material ist der Redaktion der „Gleichheit" zu übermitteln".

Frau Geiser führt zur Begründung aus: Die Lage der Frauen ist überall eine noch schlechtere als die der Männer, sie sind infolge ihrer geringeren Widerstandsfähigkeit gegen die kapitalistischen Ausbeuter die gefährlichste Konkurrenz der Männer. Die organisirten Arbeiter haben daher alle Veranlassung, die Frauen zu ihren Organisationen heranzuziehen und sie widerstandsfähiger zu machen. Eine Beleuchtung und Kritik dieser Zustände ist durchaus nothwendig. Ich bitte Sie deshalb, unseren Antrag anzunehmen.

Frau Rohrlack begründet ihr Amendement damit, daß eine Beleuchtung am besten durch statistische Feststellungen geschaffen werden kann. Wenn das so gesammelte Material der Redaktion der „Gleichheit" überliefert wird, so wird dadurch den Frauen guter Agitationsstoff geliefert.

Der Antrag wird mit dem Amendement Rohrlack angenommen.

Der Antrag Rohrlack (119)

„Auf die Tagesordnung des Parteitages für 1896 ist ein Referat über die Frauenagitation zu setzen"

wird angenommen.

Zu Antrag 102 ist folgendes Amendement Geck eingegangen:

„Es fehlt in unserer jetzigen sozialdemokratischen Literatur an Abhandlungen über Säuglingsernährung und Kindererziehung. Die vorhandenen Bücher über Frauen- und Kinderhygiene sind zu theuer, um in proletarischen Kreisen großen Eingang zu finden. Der Parteitag spricht den Wunsch aus, es möge dafür gesorgt werden, daß durch Vorträge und populäre Schriften auf diesem speziellen Gebiet der Hygiene den Wünschen der Arbeiterschaft entsprochen wird".

Der Antragsteller von 102 — Fricke — hat seinen Antrag zurückgezogen und durch den Vorschlag ersetzt, auf dem nächsten Parteitag ein Referat über „Kindererziehung in der Arbeiterfamilie" zu setzen.

Frau Rohrlack nimmt Antrag 102 wieder auf.

Frau Rohrlack erklärt sich gegen den Vorschlag, eine Broschüre über Kindererziehung zu verbreiten. Viel wirksamer als eine Broschüre wäre es, wenn die Männer den Frauen und Kindern größere Aufmerksamkeit schenken würden. Häufig genug verhindern selbst sogenannte gute Parteigenossen ihre Frauen durch ihr tyrannisches Machtwort, an Versammlungen theilzunehmen.

Thiele-Halle: Der Gedanke, der in der Resolution liegt, ist nicht gerade glücklich ausgedrückt, aber doch ist die Sache zu wichtig, als daß man über sie leicht weggehen könnte. Mit der Kindererziehungsfrage müssen wir uns nun einmal befassen. Bedenken Sie besonders die Mangelhaftigkeit unserer Literatur in dieser Beziehung. Wenn nicht bereits die Tagesordnung des nächsten Parteitages überladen ist, dann empfiehlt es sich, als Thema für denselben festzusetzen: Die sozialistischen Prinzipien der Kindererziehung.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Diskussion angenommen worden ist, wird das Amendement Geck abgelehnt. Ebenso werden abgelehnt die Resolution 102, sowie der Antrag, auf dem nächsten Parteitage ein Referat über die sozialistischen Prinzipien der Kindererziehung abzuhalten.

Antrag 103, 104 und 105 sind durch die Beschlüsse in der Agrarfrage erledigt.

Damit sind alle Anträge erledigt.

Singer verkündet hierauf das Resultat der Wahl der Parteileitung.

Für den Parteivorstand wurden 205 giltige Stimmen abgegeben. Es erhielten als Vorsitzende: Singer 202, Bebel 200, Schippel 2, David, Kunert, Vogtherr und Antrick je 1 Stimme.

Als Schriftführer: Pfannkuch 200, Auer 199, Stadthagen und Segitz je 2, v. Elm und Bruhns-Berlin 1 Stimme.

Als Kassirer: Gerisch 202 und Koenen 2 Stimmen.

Demnach sind gewählt: Bebel, Singer, Auer, Pfannkuch, Gerisch.

Bei der Wahl der Kontrolleure wurden 205 Stimmen abgegeben, darunter 21 ungiltige.

Es erhielten: Meister 134, Klees 123, Kaden 99, Metzner 92, Oertel 89, Koenen 78, Zetkin 67, Meist 64, Börner 44, Arons 34, Kleemann 33, Fleischmann 32, Timm 32, Antrick 26, Ewald 26, Groth 26, Schulze-Königsberg 26, Albrecht 25, Grünwaldt 25, Gerlach 21, Frau Ihrer 21, Kölle 21, Johannes 19, Feldmann 18, Brey 17, Thiele 15, Lesche 12, Gieshoit 12, Martikke 12, Frantzen 9, Knauf 5, Wengels 4, Herbert 4, Schoenlank 1 Stimme. (Heiterkeit.)

Demnach wurden als Kontrolleure gewählt: Meister, Klees, Kaden, Metzner, Oertel, Koenen und Frau Zetkin.

Nunmehr ergreift Singer das Schlußwort: Parteigenossen! Wir sind am Ende unserer Arbeiten angelangt. Ich erfülle zunächst eine Pflicht der Dankbarkeit, indem ich den Breslauer Genossen für die große Mühe und den Eifer, den sie an den Tag gelegt haben, den wärmsten Dank des Parteitages ausspreche. Ebenso danke ich den Kommissionen, die so fleißig für uns gearbeitet haben. (Zustimmung.) Der Breslauer Parteitag wird gleich seinen Vorgängern ein Markstein in der Geschichte der Parteibewegung sein. Die Anregungen, die durch ihn für die Agitation und die Propagirung der sozialdemokratischen Ideen und Forderungen in der Provinz Schlesien gegeben sind, werden reiche Früchte tragen. Aufklärung und Belehrung wird dadurch in weite Kreise des schlesischen Proletariats getragen werden und so können wir mit dem befriedigenden Bewußtsein auseinander gehen, daß unsere Thätigkeit in dieser Beziehung von reichem Erfolg gekrönt sein wird. (Zustimmung.) Hier in Breslau haben wir von Neuem die Ueberzeugung gewonnen, wie nothwendig es ist, die sozialdemokratischen Forderungen unablässig so lange zu propagiren, bis Einrichtungen geschaffen sind, wie wir sie im Interesse der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit aller Menschen fordern. Wie nothwendig unsere Bestrebungen sind, darüber sind wir in diesen acht Tagen auch durch die Stellungnahme der Polizeibehörde zu unserem Parteitag belehrt worden. Vielleicht ist es die Polizeibehörde in Breslau, die uns erleichterten Herzens scheiden sieht; ist sie doch nunmehr in der Lage, die Hauptwache, die sie während unserer Tagung in diesem Hause aufgeschlagen hat, aufgeben zu können. Wir gehen aus Breslau auch mit dem Gefühl einer gewissen Beschämung, daß es in Deutschland noch möglich ist, Männern, die aus dem Auslande zu uns kommen, um an unseren Berathungen theilzunehmen, diese Theilnahme zu verwehren. Fast scheint es, als ob dieser Parteitag auch Opfer aus unsren eigenen Reihen erfordern wird, denn unser Genosse Liebknecht ist in Untersuchung gezogen wegen der Rede, mit der er den Parteitag eröffnet hat. (In diesem Augenblick betritt Liebknecht, von der gerichtlichen Untersuchung zurückkehrend, den Saal.)

Parteigenossen, solche Zustände müssen uns zwingen, dafür zu sorgen, daß der Tag, an dem derartige Vorkommnisse in Deutschland nicht mehr möglich sind, recht bald erscheint. (Beifall.)

Die Arbeiten und Beschlüsse unseres Parteitages dürfen uns mit Befriedigung erfüllen. Hart war der Rede Kampf und heftig sind die Geister auf einandergeplatzt; aber Jeder, der gesprochen hat, hat es gethan aus dem Gefühle heraus, der Partei damit einen Dienst zu erweisen. Aber wenn wir unter einander uns auch streiten können, wenn wir unter einander über wichtige Fragen diesmal eine völlige Verständigung nicht erzielt haben — die Gegner mögen sich gesagt sein lassen, daß wir im Kampf gegen sie einig und geschlossen sind und bleiben. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Beschlüsse, die der Parteitag in der Hauptfrage gefaßt hat, sind getragen von dem unverbrüchlichen Entschlusse, von dem Boden des Klassenkampfes nicht um eines Haares Breite abzuweichen. Wir gehen jetzt in die Heimath zu neuer Arbeit, zu neuen Kämpfen. Wir wissen nicht, was die nächsten Wochen und Monate uns bringen werden. Schon wieder munkelt man überall von neuen Maßregeln gegen die Sozialdemokratie; als ob es neuer Machtmittel zur Drangsalirung der Sozialdemokratie bedürfte. Unsere Blätter werden konfiszirt, unsere Redakteure werden verhaftet, unsere Redner werden angeklagt und zu langen Gefängnißstrafen verurtheilt. Ist es da noch nöthig, neue Maßregeln zu schaffen! Aber mögen Maßregeln ergriffen werden, wie sie wollen, die deutsche Sozialdemokratie ist fest entschlossen, die ihr von den heutigen Machthabern auferlegten Opfer zu tragen, sie ist fest entschlossen, sich durch nichts hindern zu lassen in ihrem Kampfe für die Befreiuung der Arbeiterklasse aus politischer Rechtlosigkeit und ökonomischer Sklaverei. Je mehr Opfer, desto energischeren Kampf; je mehr Kämpfer in unseren Reihen fallen, desto mehr Streiter erwachsen uns, und so wollen wir uns durch die Maßregeln, die man uns androht, nicht schrecken und nicht abhalten lassen in dem Kampfe für die Organisation der sozialistischen Gesellschaft, in dem Kampfe für die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Parteigenossen! Dieses Gelöbniß wollen wir bekräftigen, indem wir ausrufen:

Die deutsche, die internationale Sozialdemokratie, sie lebe hoch, hoch, hoch!

Begeistert erheben sich die Delegirten von ihren Plätzen, stimmen stürmisch dreimal in das Hoch ein und singen den ersten Vers der Arbeitermarseillaise.

Singer: Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie ist geschlossen.

Schluß 1 Uhr.

Zusammenstellung
der
vom Parteitag angenommenen Anträge.

I. Geschäftsbericht, Bericht der Kontrolleure, Parteibeamte, Parteigeschäfte.

Diskussion Seite 71—87 und 97.

Antrag Meister im Namen der Kontrolleure (Seite 86):

Dem Partei-Vorstand und dem Parteikassirer ist Decharge zu ertheilen.

Antrag der Mandatsprüfungskommission (Seite 97):

Die Delegirten zum Parteitag sind künftig nirgends mehr in Vereins-Versammlungen zu wählen; der Partei-Vorstand hat bei Einberufung des Parteitages hierauf ausdrücklich aufmerksam zu machen.

Anträge der Vorlage: **36** (Veröffentlichung des Geschäftsberichts), **73** (Eingehen des „Sozialdemokrat") und **76** (Nichtlieferung des „Vorwärts" an die Vertrauenspersonen).

Parteigenossen des Niederbarnimer Kreises, amendirt durch Fischer-Berlin (Seite 86):

Der Parteitag wolle die neuzuwählenden Kontrolleure beauftragen, Erhebungen darüber anzustellen, ob und inwieweit die Druckarbeiten des „Vorwärts" und der sonstigen bei Bading gedruckten Parteiliteratur mit für die Partei größerem Nutzen als bisher hergestellt werden können. Die Kontrolleure haben eventl. dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten.

Parteigenossen des I. Hamburger Kreises (Seite 86):

Die Parteidrucksachen möglichst in einer Parteidruckerei anfertigen zu lassen.

Antrag Keil, Böhle, Emmel (Seite 87):

In Erwägung, daß Dr. Rüdt kurz nach dem Frankfurter Parteitag in gegnerischen Blättern seinen Austritt aus der Partei öffentlich ankündigte, mit der Motivirung, daß er sich den Beschlüssen des Frankfurter Parteitages nicht füge, daß zwar Dr. Rüdt später wieder in die Partei eintrat, diese widerspruchsvolle Handlungsweise aber eine Herabwürdigung der Partei ist, die sich diese nicht bieten lassen darf, erklärt der Parteitag: Dr. Rüdt hat aufgehört, Parteigenosse zu sein.

II. Parlamentarische Thätigkeit.

Diskussion Seite 87—96.

Antrag Wurm (Seite 92):

Spätestens 4 Wochen nach Schluß jeder Reichstags-Session ist ein Bericht über die parlamentarische Thätigkeit zu veröffentlichen.

Der Fraktion überwiesen:

Antrag Stolten-Hamburg (Seite 95):

Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, eine dem Sinne des Antrags Rohrlack (96 der Vorlage) möglichst gerecht werdende Reorganisation der Gewerbeaufsicht zu beantragen.

Antrag Kimmel-Hamburg (Seite 96):

Die sozialdemokratische Fraktion ist zu beauftragen, im Reichstag dahingehend zu wirken, daß alle in Gärtnereien beschäftigten Personen der Gewerbe-Ordnung und mithin auch dem Gewerbegericht unterstellt werden.

Anträge der Vorlage: **89** (obligatorische Einführung der Gewerbegerichte und Ausdehnung auf Dienstboten, ländliche Arbeiter), **90** (Einführung des Achtstundentages), **92** (Stellungnahme zum bürgerlichen Gesetzbuch), **93** (Ausdehnung der Versicherungsgesetze auf Heimarbeiter), **94** (Vereinheitlichung der Sozialgesetzgebung), **97** (Abänderung des Reichstagswahlgesetzes, Aufhebung der Gesindeordnung u. s. w.), **99** (Abänderung des Krankenkassengesetzes), **106** (Statistik der Seemannsämter).

III. Agrarfrage.

Diskussion Seite 98—177.

Antrag Kautsky (Seite 104—105):

Der von der Agrarkommission vorgelegte Entwurf eines Agrar-Programms ist zu verwerfen. Denn dieses Programm stellt der Bauernschaft die Hebung ihrer Lage, also die Stärkung ihres Privateigenthums in Aussicht; es erklärt das Interesse der Landeskultur in der heutigen Gesellschaftsordnung für ein Interesse des Proletariats, und doch ist das Interesse der Landeskultur ebenso wie das Interesse der Industrie unter der Herrschaft des Privateigenthums an den Produktionsmitteln ein Interesse der Besitzer der Produktionsmittel, der Ausbeuter des Proletariats. Ferner weist der Entwurf des Agrarprogramms dem Ausbeuterstaat neue Machtmittel zu und erschwert dadurch den Klassenkampf des Proletariats; und endlich stellt dieser Entwurf dem kapitalistischen Staat Aufgaben, die nur ein Staatswesen ersprießlich zur Durchführung bringen kann, in dem das Proletariat die politische Macht erobert hat.

Der Parteitag erkennt an, daß die Landwirthschaft ihre eigenthümlichen von denen der Industrie verschiedenen Gesetze hat, die zu studiren und zu beachten sind, wenn die Sozialdemokratie auf dem flachen Land eine gedeihliche Wirksamkeit entfalten soll. Er beauftragt daher den Partei-Vorstand, er möge unter Berücksichtigung der bereits von der Agrarkommission gegebenen Anregungen eine Anzahl geeigneter Personen mit der Aufgabe betrauen, das über die deutschen Agrarverhältnisse vorhandene Material einem gründlichen Studium zu unterziehen und die Ergebnisse dieses Studiums in einer Reihe von Abhandlungen veröffentlichen, als „Sammlung agrarpolitischer Schriften der sozialdemokratischen Partei Deutschlands."

Der Partei-Vorstand erhält Vollmacht, die nöthigen Geldaufwendungen zu machen, um den mit den erwähnten Arbeiten betrauten Genossen die Erfüllung ihrer Arbeit zu ermöglichen.

Dem Partei-Vorstand überwiesen:

Anträge der Vorlage: 20—31, 77, 80, 81, 103—105.

Ferner Antrag Braun (Seite 110).

IV. Maifeier.

Diskussion Seite 177—180.

Resolution (Seite 179):

In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiter-Kongresse zu Paris (1889), Brüssel (1891) und Zürich (1893), feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verbrüderung und dem Weltfrieden. Als würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Daher empfiehlt der Parteitag denjenigen Arbeitern und Arbeiterorganisationen, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen den 1. Mai neben den anderen Kundgebungen auch durch die Arbeitsruhe feiern können, Arbeitsruhe eintreten zu lassen.

V. Internationaler Kongreß.

Debatte Seite 180—181.

Resolution (Seite 180):

Der Parteitag fordert die Parteigenossen auf, in Anbetracht der Wichtigkeit die der nächste in London stattfindende internationale Arbeiterkongreß für die gesammten klassenbewußten Arbeiter und namentlich für die weitere Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung haben wird, denselben durch Vertreter möglichst zahlreich zu beschicken.

VI. Schwitzsystem.

Diskussion Seite 181—187.

Resolution Timm (Seite 184—185):

Die moderne Hausindustrie ist die dezentralisirte Form des kapitalistischen Großbetriebes. In der Hausindustrie vermag der kapitalistische Unternehmer die Ausgaben für die Betriebswerkstätten, die Hilfsstoffe, für Beheizung und Beleuchtung auf die Arbeitskräfte abzuwälzen, die Ausgaben für die vorschriftsmäßige Beschaffenheit der Arbeitsräume und für die verschiedenen Arten der Arbeiterversicherung zu vermeiden, kann er die billigsten und widerstandsunfähigsten Arbeitskräfte — Frauen und Kinder — in weitestem Umfange der rücksichtslosesten Ausbeutung dienstbar machen und dadurch auf die Arbeitsbedingungen der übrigen Arbeiter einen Druck ausüben.

Bei längster Arbeitszeit, schlechtesten Arbeitsbedingungen und niedrigsten Löhnen preßt der Kapitalist den hausindustriellen Arbeitern die höchsten Leistungen ab.

Die durch den hausindustriellen Betrieb ermöglichte Stelle des Zwischenunternehmerthums, des Zwischenmeisters, Sweater, treibt die Ausbeutung der Heimarbeiter und -Arbeiterinnen auf die Spitze und verschärft die Uebel der Hausindustrie aufs äußerste.

Die Hausindustrie überliefert ganze Schichten der arbeitenden Bevölkerung der Verelendung, dem körperlichen, geistigen und sittlichen Verkommen; insbesondere zwingt sie durch Hungerlöhne Tausende von Arbeiterinnen, in der Prostitution einen ständigen Nebenerwerb zu suchen.

Die den bescheidensten Anforderungen eines Kulturmenschen ins Gesicht schlagende Erbärmlichkeit der Erwerbs- und Lebensverhältnisse der Arbeiter in der Hausindustrie und der Umstand, daß dieselben meist isolirt schaffen, erschweren und hindern den gewerkschaftlichen Zusammenschluß, damit den Kampf für menschenwürdige Arbeitsbedingungen.

Der in Breslau versammelte Parteitag der deutschen Sozialdemokratie erklärt es deshalb für Pflicht der Arbeiterklasse, durch den politischen und

gewerkschaftlichen Kampf mit aller Energie den Mißständen der Hausindustrie entgegenzutreten.

Der Parteitag beauftragt die Vertreter der Partei im Reichstage zu fordern:

1. Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterschutzes auf die Hausindustrie und Schaffung besonderer Vorschriften, wie sie schon heute für die Tabakindustrie bestehen.

2. Kontrolle aller hausindustriellen Betriebe durch männliche und weibliche Aufsichtsbeamte, welche Exekutivgewalt besitzen und mindestens zur Hälfte aus den Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen entnommen werden.

Weiter erklärt es der Parteitag für Pflicht der Genossen, den planmäßigen Kampf der Gewerkschaften für die Beseitigung des Zwischenmeisterfystems, für die Errichtung von Betriebswerkstätten und die Einführung fester Tarife zu unterstützen.

Antrag Timm (Seite 185):

Der Parteitag beauftragt die sozialdemokratischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten, sowie die Vertreter in den Kommunalverwaltungen, energisch einzutreten für die ausschließliche Vergebung aller Staats- und Kommunallieferungen an Unternehmer, welche Betriebswerkstellen unterhalten, die allen gesetzlichen Vorschriften entsprechen.

VII. Programm, Organisation und Taktik.

Diskussion Seite 187—191 und 193—194.

Resolution Arons (Seite 190):

Der Breslauer Parteitag empfiehlt den Gedanken des Antrages 53 der Vorlage (Ergänzung des Partei-Vorstandes durch 2 Beisitzer) den Parteigenossen zu reger Diskussion und überläßt die Beschlußfassung über diesen Gegenstand dem nächsten Parteitag.

Antrag Meist (Seite 191):

Der Beschluß des Frankfurter Parteitages, wonach Reichstags-Abgeordnete kein Mandat für den Parteitag annehmen dürfen, wird aufgehoben.

Antrag Trautewein und Genossen (Seite 198):

In Anbetracht, daß es wohl der Wunsch eines jeden Genossen sein muß, daß die ländlichen Arbeiter von dem Ausnahmegesetz der Gesindeordnungen befreit werden, stellen Unterzeichnete hierdurch den Antrag: der Parteitag möge den Partei-Vorstand beauftragen, bei passender Gelegenheit eine gleichmäßige Agitation im ganzen Lande gegen die Gesindeordnungen in Bewegung zu setzen, ähnlich wie bei der Umsturzvorlage.

Gleichfalls möge der Parteitag den Wunsch aussprechen, daß die Presse den Gesindeordnungen sowie der Handhabung derselben mehr Beachtung widmet wie bisher.

Beides würde ein wirklich durchgreifendes Mittel für die Landagitation sein.

Antrag Rohrlack-Löwenherz (Seite 200):

Auf die Tagesordnung des Parteitages für 1896 ist ein Referat über die Frauenagitation zu setzen.

Anträge der Vorlage: **3** (Proportionalwahlen als Berathungsgegenstand des nächsten Parteitages), **65** (Herausgabe eines guten Familienblattes), **66** (Verbesserung und Erweiterung der „Neuen Welt"), **67** (Ablehnung der „Gekrönte Häupter" und der Wiest'schen „Jugenschriften").

Fernere Anträge: **101** (Statistische Erhebungen über Frauenarbeit S. 199), 116 (Förderung der Frauen-Organisation S. 197), 117 (Agitation für das allgemeine Wahlrecht S. 197).

VIII. Anträge der Neuner-Kommission.

Diskussion Seite 191—193.

Beschlüsse:

In Sachen Jochem-Danzig.

Der Parteitag beschließt:

Die Parteidifferenzen in Danzig sind durch beide Theile verschuldet. In Anbetracht aber, daß die Person des Genossen Jochem hauptsächlich einer Einigung der streitenden Theile im Wege steht, erklärt der Parteitag, daß Genosse Jochem **nicht** geeignet ist, einen Vertrauensposten in der Partei zu bekleiden.

In Sachen der Beschwerde aus Verden:

In Bezug auf die Beschwerde der Verdener Genossen erklärt der Parteitag:

Der Partei-Vorstand ist im Allgemeinen verpflichtet, die ordnungsgemäß eingesandten Anträge zu veröffentlichen. Diese Pflicht findet ihre Grenze da, wo die Anträge unsinnig oder der Partei schädlich sind. Aus diesem Grunde ist die Beschwerde der Verdener Genossen zurückzuweisen.

In Sachen Flöther-Stadthagen:

Nach eingehender Prüfung des vorliegenden Materials empfiehlt die Kommission dem Parteitag, den Ausschluß Flöther's in Stadthagen als zu Recht bestehend zu erklären.

Anhang.

Resolution des Frankfurter Parteitags zur Agrarfrage.

Die Agrarfrage ist das Erzeugniß der modernen Wirthschaftsweise. Je abhängiger die heimische Landwirthschaft vom Weltmarkte und dem internationalen Wettbewerbe aller Ackerbauländer wird, je mehr sie in den Bannkreis der kapitalistischen Waarenproduktion, des Bank- und Wucherkapitals geräth, um so rascher verschärft sich die Agrarfrage zur Agrarkrisis.

In Preußen-Deutschland kämpft die landwirthschaftliche Unternehmerklasse, die sich in ihrem Wesen von den großgewerblichen Kapitalisten nicht unterscheidet, mit dem Landadel. Dieser Landadel erhält sich nur noch künstlich durch Liebesgaben, Schutzzölle, Ausfuhrvergütungen, Steuervorrechte. Trotz alledem ist der Untergang des ostelbischen Junkerbetriebs, der zum großen Theil durch schlechte Wirthschaft, Erbantheile, Restkaufgelder überschuldet ist, schon besiegelt.

Dazu kommt der sich fortgesetzt zuspitzende Zwiespalt zwischen Großbesitz und kleinbäuerlicher Wirthschaft. Die kleine Bauernschaft, bedrückt durch Militärdienst und Steuerlasten, in Hypotheken- und Personalschulden verstrickt, bedrängt von innen und außen, kommt in Verfall. Die Schutzzölle sind für sie nur ein leeres Schaugericht. Und diese Zoll- und Steuer-Politik lähmt die Kaufkraft der arbeitenden Klasse und verengt beständig den Markt des Bauern. Der Bauer wird proletarisirt.

Auf der andern Seite entfaltet sich der Klassengegensatz zwischen ländlichen Unternehmern und ländlichen Arbeitern zu immer größerer Reinheit. Eine ländliche Arbeiterklasse ist entstanden. Sie ist gebunden durch feudale Gesetze, die ihr das Vereinigungsrecht versagen, die sie unter die Gesindeordnung stellen, sie ist losgelöst von den alten patriarchalischen Verhältnissen, die in der Hörigkeit eine bestimmte Existenzsicherheit einschlossen. Die Zwischenschichten, grundbesitzende Tagelöhner, Zwergbauern, die auf die Lohnarbeit als Zubuße angewiesen sind, sinken trotz aller Scheinreformen in die Klasse des ländlichen Proletariats. Mit der Erwerbs-Unsicherheit, dem Lohndruck und der schlechten Behandlung, mit der Zunahme der Wander-Arbeiter, wächst der Zwiespalt zwischen Grundkapital und Landarbeit, das Klassenbewußtsein des Landarbeiters erwacht.

So wird es zur Nothwendigkeit, daß die Sozialdemokratie sich auf das ernsteste mit der Agrarfrage befaßt. Die Vorbedingung dazu ist die eingehende Kenntniß der ländlichen Zustände. Da diese in Deutschland technisch, wirthschaftlich und sozial verschieden geartet sind, so muß sich die Propaganda ihnen anpassen und das Landvolk nach seiner Eigenart behandeln.

Die Agrarfrage als nothwendiger Bestandtheil der sozialen Frage wird endgiltig nur gelöst, wenn der Grund und Boden mit den Arbeitsmitteln den Produzenten wieder zurückgegeben ist, die heute als Lohnarbeiter oder Klein-

Bauern im Dienste des Kapitals das Land bestellen. Jetzt aber muß die Nothlage der Bauern und Landarbeiter durch eine gründliche Reformthätigkeit gelindert werden. Die nächste Aufgabe der Partei ist es, ein besonderes agrarpolitisches Programm aufzustellen, das die dem Bauern wie dem Landarbeiter besonders nützlichen nächsten Forderungen des Erfurter Programms in einer dem Verständniß der ländlichen Bevölkerung angemessenen Darstellung erläutert und ergänzt.

Der Bauernschutz soll den Bauern als Steuerzahler, als Schuldner, als Landwirth vor Nachtheilen bewahren.

Der Landarbeiterschutz soll das Koalitions- und Vereinigungsrecht des ländlichen Arbeiters schaffen, ihn auf eine Stufe mit den gewerblichen Arbeitern stellen (Aufhebung der Gesindeordnung) und durch eigene sozialpolitische Schutzgesetze (Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen, Aufsichtsbeamte) ihn vor der zügellosen Ausbeutung bewahren.

Ein besonderer Agrar-Ausschuß hat dem nächsten Parteitag seine Vorschläge vorzulegen.

Schoenlank. Vollmar.

* * *

Die Entwürfe der Unterausschüsse der Agrarkommission.

I. Entwurf des Unterausschusses für Norddeutschland.*)

1. Organisation des Hypothekenkredits durch den Staat (das Reich). Gewährung des Kredits nach Höhe der Selbstkosten.

2. Organisation der Mobilien- und Immobilienversicherung (Feuer-, Hagel-, Wasserschäden- und Viehversicherung) durch den Staat (das Reich).

3. Bau und Instandhaltung der öffentlichen Straßen, Wege und Wasserläufe durch den Staat (das Reich).

4. Erhaltung des Gemeindeeigenthums (Allmenden) und der Gemeinderechte an Wasser, Wald und Weide.

5. Umwandlung des Besitzes der todten Hand, der Stiftungs- und Kirchengüter in öffentliches Eigenthum. Aufhebung der Fideikommisse.

6. Gründung obligatorischer Genossenschaften für Meliorationen, Be- und Entwässerungsanlagen und Unterstützung dieser Genossenschaften durch Staatskredite.

7. Errichtung öffentlicher landwirthschaftlicher Fachschulen und Versuchsstationen und Abhaltung regelmäßiger landwirthschaftlicher Unterrichtskurse. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung.

8. Verbilligung der Personen- und Frachttarife.

9. Ueberführung der Privatwälder in öffentlichen Besitz. Freies Jagdrecht auf eigenem und gepachtetem Grund. Volle Entschädigung für Wild- und Jagdschaden.

10. Landwirthschaftskammern mit Gleichberechtigung aller landwirthschaftlichen Erwerbsthätigen.

11. Landwirthschaftliche Schiedsgerichte zur Schlichtung aller aus dem Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältniß entstehenden Streitigkeiten.

12. Obligatorische Krankenversicherung für Arbeits- und Dienstpersonal, sowie für Betriebsinhaber mit einem Jahreseinkommen bis zu 2000 Mk.

13. Unentgeltlichkeit der thierärztlichen Hilfeleistung und Heilmittel.

*) Diesem Ausschuß gehörten an: Bebel, Liebknecht, Molkenbuhr, Schippel, Schoenlank.

II. Entwurf des Unterausschusses für Mitteldeutschland.*)

Nach „5. Uebernahme — Verwaltung" des Erfurter Programms ist folgendes anzufügen:

Im Interesse der Kleinbauern und Landarbeiter, sowie zur Erhaltung und Fortbildung der landwirthschaftlichen Produktion:

1. Erhaltung und Vermehrung des öffentlichen Grundeigenthums (Staats- und Gemeindeeigenthum jeder Art, „Realgemeinde", „Allmend", „Interessentenwald" u. s. w.) unter Kontrolle der Volksvertretung, sowie Abschaffung aller auf Zerstückelung und Veräußerung desselben zielenden Gesetze und Verordnungen, Einführung eines Vorkaufsrechts der Gemeinden bezüglich der zur Zwangsversteigerung kommenden Güter.

2. Bewirthschaftung der Staats- und Gemeindeländereien auf eigene Rechnung oder Verpachtung an Genossenschaften von Landarbeitern bezw. selbstwirthschaftende Kleinbauern unter Aufsicht des Staates und der Gemeinde, Urbarmachung und Aufbesserung von Ländereien, Schaffung von Wässerungsanlagen, Hebung des Forst-, Feld-, Garten- und Wiesenbaues, Verbesserung des Viehstandes, Pflege des Wasserbauwesens und ländlichen Verkehrswesens, Errichtung und Unterstützung landwirthschaftlicher Lehranstalten, obligatorischer Fortbildungsschulen und Musteranstalten mit unentgeltlichem Unterricht und Lehrmitteln durch Staat und Gemeinde.

3. Verstaatlichung der Hypotheken- und Grundschulden.

4. Verstaatlichung des gesammten landwirthschaftlichen Versicherungswesens, möglichste Ausdehnung desselben auf alle Betriebszweige, unentgeltliche thierärztliche Hilfe, sowie staatliche Hilfeleistung bei Nothständen infolge verheerender Naturereignisse.

5. Aufrechterhaltung und Erweiterung der bestehenden Waldnutzungs- und Weiderechte unter gleicher Berechtigung aller Gemeinde-Angehörigen, Recht auf Erstehung von Laubstreu, Brenn- und Nutzholz aus Staats- und Gemeindewaldungen zum Taxpreise, Verhütung beziehungsweise vollständiger Ersatz des Wildschadens, Freigabe der Jagd, Abschuß des schädlichen Wildstandes.

6. Beschränkung und allmälige Beseitigung des Zwischenhandels mit landwirthschaftlichen Produkten durch Unterstützung des Genossenschaftswesens, Ankauf der für öffentliche Zwecke nöthigen Bodenprodukte vorzugsweise von den Produzenten.

7. Aufhebung der Grundsteuer.

8. Recht des Pächters, bei andauernder Verringerung des Reinertrages oder bei schweren Naturschäden die Herabsetzung der Pacht durch ein landwirthschaftliches Schiedsgericht zu verlangen.

9. Ausdehnung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung und des Koalitionsrechtes auf die Landwirthschaft, staatliche Ueberwachung aller landwirthschaftlichen Betriebe, ländliche Schiedsgerichte, sowie Erforschung und Regelung der ländlichen Betriebs- und Arbeitsverhältnisse durch ein landwirthschaftliches Reichsamt, Bezirks-Landwirthschaftsämter und Landwirthschaftskammern.

10. Abschaffung aller mit dem Privatgrundbesitz verknüpften öffentlichen Vorrechte und Aufhebung der Gutsbezirke.

III. Entwurf des Unterausschusses für Süddeutschland.**)

In Bezug auf die Agrarfrage stellt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands folgende nächste Forderungen auf:

1. Planmäßige Organisation der Volksernährung durch fortschreitende

*) Mitglieder: Bock, Hug, Katzenstein, Schulze, Quarck.
**) Mitglieder: Baßler, Birk, David, Geck, Vollmar.

Einflußnahme des Staates auf die landwirthschaftliche Produktion und den Vertrieb ihrer Erzeugnisse.

2. Verbot des Verkaufs von öffentlichem Grundeigenthum (der Gemeinden, der Korporationen und des Staates).

3. **Enteignung des Riesenbesitzes** (Latifundien), Unterstellung des größeren Grundbesitzes unter die Bestimmungen des gewerblichen Arbeiterschutzes, sowie unter die **betriebstechnische Aufsicht des Staates.**

4. Abschaffung aller mit dem Grundbesitz verbundenen behördlichen Funktionen und sonstiger Privilegien als selbständige Gutsbezirke, Vorrechte in Vertretungskörperschaften, Patronatsrechte, Fideikommisse u. s. w.

5. Fortschreitende **Verstaatlichung** der Grundschulden und **des ganzen Kreditwesens,** unter Herabsetzung des Zinsfußes. Staatliche Beleihung der landwirthschaftlichen Erzeugnisse. **Ankauf** der zur **Zwangsversteigerung** kommenden bäuerlichen Güter bis zum Taxwerth durch die Gemeinden; das Verfahren kann durch den Schuldner selbst beantragt werden, welchem im Falle der Wirthschaftstüchtigkeit **das Gut zu Lehen** zu belassen ist.

6. Der landwirthschaftliche Grundbesitz des Staates wird zur Errichtung von Musterwirthschaften, zur Vergrößerung des Gemeinde-Eigenthums, sowie zur **Vergebung zu Lehen an Selbstbewirthschafter gegen Naturalzins** verwendet. Die Lehengüter sind so groß zu bemessen, daß die wirthschaftende Familie darauf ihren ganzen Unterhalt findet.

7. Errichtung ausreichender landwirthschaftlicher Lehranstalten in Verbindung mit den Musterwirthschaften zur unentgeltlichen fachmännischen Ausbildung.

8. Gewährung von **Staatskredit** an die Gemeinden zu Ankauf und Einrichtung von **Lehengütern,** zur Urbarmachung von Oedländereien, zur Verbesserung des Bodens, der Viehzucht und aller sonstigen Betriebseinrichtungen, sowie zur Förderung des Genossenschaftswesens — unter Staatsaufsicht.

9. Ankauf der für die Verproviantirung der öffentlichen Anstalten erforderlichen landwirthschaftlichen Erzeugnisse zweckentsprechender Qualität unmittelbar von den Produzenten.

10. Regelung der privaten Pachtverträge nach dem jeweiligen Ertragswerth und Entschädigung der von den Pächtern zur Bodenverbesserung gemachten Aufwendungen.

11. Verstaatlichung des gesammten landwirthschaftlichen Versicherungswesens und Eintreten des Staates bei Nothständen infolge verheerender Naturereignisse.

12. Unbeschränkte Aufrechterhaltung der bestehenden Wald- und Weiderechte. Verhütung bezw. vollständiger Ersatz des Wildschadens.

13. Vollkommene rechtliche Gleichstellung der Landarbeiter mit den industriellen Lohnarbeitern. Schlichtung der aus dem Arbeitsverhältniß entstehenden Streitigkeiten durch Schiedsgerichte, welche zu gleichen Theilen aus Arbeitern und Arbeitgebern zu bilden sind.

14. Landwirthschaftsämter und Landwirthschaftskammern mit gleichberechtigter Betheiligung der Eigenthümer, Pächter und Arbeiter, zur Erforschung und Regelung der Arbeits-, Lohn-, Pacht- und Betriebsverhältnisse und zur Vertretung aller beruflichen Interessen.

Erste Vorschläge der Agrarkommission zum Parteiprogramm.

(Anschließend an den prinzipiellen Theil des Erfurter Programms.)
Vom Partei-Vorstand veröffentlicht am 15. Juli 1895.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands **zur Demokratisirung aller öffentlichen Einrichtungen in Reich, Staat und Gemeinde, für die Hebung der sozialen Lage der arbeitenden Klassen und für die Verbesserung der Zustände in Gewerbe, Landwirthschaft, Handel und Verkehr, im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung** zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportionalwahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung.

Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.

3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.

4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.

5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachtheiligen.

6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volks- **und Fortbildungsschulen, Errichtung ausreichender gewerblicher und landwirthschaftlicher Fachschulen, Musterwirthschaften und Versuchsstationen; Abhaltung regelmäßiger landwirthschaftlicher Unterrichtskurse.** Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung **in allen öffentlichen Unterrichtsanstalten,** auch in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.

8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.

9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung.

10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind, **und dementsprechende Beseitigung aller Ertrags- (Real-) Steuern (Gewerbe-, Haus-, Grundsteuern u. s. w.).**

Selbsteinschätzungspflicht, Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft.

Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

11. **Abschaffung aller mit dem Grundbesitz verbundenen behördlichen Funktionen und Privilegien** (selbständige Gutsbezirke, Vorrechte in Vertretungs-Körperschaften, Patronatsrechte, Fideikommisse, Steuervorrechte u. s. w.).

Entschädigungslose Aufhebung jeglicher Art noch bestehender Erbuntherthänigkeit und der aus derselben herstammenden Lasten und Pflichten.

12. **Erhaltung und Vermehrung des öffentlichen Grundeigenthums** (Staats- und Gemeindeeigenthums jeder Art, Allmend ꝛc.), **insbesondere Ueberführung des Besitzes der todten Hand** (Korporations-, Stiftungs- und Kirchengüter), **der Realgemeinden, der Wälder, der Wasserkräfte u. s. w. in öffentliches Eigenthum unter Kontrolle der Volksvertretung.**

Einführung eines Vorkaufsrechts der Gemeinden bezüglich der zur Zwangsversteigerung kommenden Güter.

13. **Bewirthschaftung der Staats- und Gemeindeländereien auf eigene Rechnung, oder Verpachtung an Genossenschaften von Landarbeitern und von Kleinbauern oder, soweit sich Beides nicht als rationell erweist, Verpachtung an Selbstbewirthschafter unter Aufsicht des Staates oder der Gemeinde.**

14. **Staatskredit an Genossenschaften, die alle Betheiligten umfassen, oder an einzelne Gemeinden für Feldbereinigung, Boden-Meliorationen aller Art, Entwässerung und Bewässerung.**

Uebernahme der Kosten für Bau und Instandhaltung der öffentlichen Verkehrsmittel (Bahnen, Straßen, Wege, Wasserläufe), **sowie für Deiche und Dämme auf den Staat oder das Reich.**

15. **Verstaatlichung der Hypotheken und Grundschulden unter Herabsetzung des Zinsfußes auf die Höhe der Selbstkosten.**

16. **Verstaatlichung der Mobilien und Immobilien-Versicherung** (Feuer-, Hagel-, Wasserschäden-, Vieh-Versicherung u. s. w.) **und möglichste Ausdehnung der Versicherung auf alle versicherungsfähigen Betriebszweige.**

Staatliche Hilfeleistung bei Nothständen infolge verheerender Naturereignisse.

17. **Unbeschränkte Aufrechterhaltung und Erweiterung der bestehenden Waldnutzungs- und Weiderechte unter Gleichberechtigung aller Gemeindeangehörigen.**

18. **Freies Jagdrecht auf eigenem und gepachtetem Boden. Verhütung, gegebenen Falls volle Entschädigung für Wild- und Jagdschaden.**

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Truckſystems.

Sachgemäße Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung auf die Landwirthschaft.

2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern **sowie durch ein landwirthschaftliches Reichsamt, Bezirks-Landwirthschaftsämter und Landwirthschaftskammern.**

Durchgreifende Fürsorge für die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter in Stadt und Land.

3. Rechtliche Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.

4. **Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeiterverhältniß durch obligatorische Gewerbegerichte sowohl für gewerbliche als für landwirthschaftliche Arbeiter, Dienstboten und Heimarbeiter, sowie für Handlungsgehilfen.**

5. Sicherstellung des Koalitionsrechts.

6. Uebernahme **und Vereinheitlichung** der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung. **Reichsgesetzliche Ausdehnung der Versicherung auf alle im Lohn- oder Dienstverhältniß stehenden Personen.**

* * *

Anträge der Agrarkommission an den Parteitag in Breslau.

(Abänderung der ersten Vorschläge in der Schlußsitzung vom 5. Oktober 1895.)

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung.

Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.

3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.

4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.

5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachtheiligen.

6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volks- und **Fortbildungsschulen. Errichtung ausreichender gewerblicher und land-**

wirthschaftlicher Fachschulen, Wanderkurse, Musterwirthschaften und Versuchsstationen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung **in allen öffentlichen Unterrichtsanstalten,** auch in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.

8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.

9. **Organisation der öffentlichen Gesundheitspflege.**

Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung.

10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind, **und dementsprechend Beseitigung aller Realsteuern (Gewerbe-, Haus- und Grundsteuern).** Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft.

Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Trucksystems.

Sachgemäße Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung auf Landwirthschaft, Handel und Verkehr.

2. Ueberwachung aller Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern **für Gewerbe, Landwirthschaft, Handel und Verkehr.**

3. Rechtliche Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und **der** Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.

4. **Obligatorische Gewerbegerichte zur Schlichtung aller aus dem Arbeits- und Dienstverhältniß hervorgehenden Streitigkeiten.**

5. Sicherstellung des Koalitionsrechts.

6. Uebernahme und **Vereinheitlichung** der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung **Reichsgesetzliche Ausdehnung der Versicherung auf alle im Arbeits- und Dienstverhältniß stehenden Personen.**

Im Interesse der Landeskultur und zur Hebung der Lage der Landarbeiter und Kleinbauern empfiehlt der Parteitag den Genossen folgende Forderungen für die Agitation und für die Thätigkeit in den öffentlichen Körperschaften:

1. Abschaffung aller mit dem Grundbesitz verbundenen behördlichen Funktionen und Privilegien (selbständige Gutsbezirke, Vor-

rechte in Vertretungskörperschaften, Patronatsrechte, Fideikommisse, Steuervorrechte u. s. w.).

Entschädigungslose Aufhebung jeglicher Art von Erbunterthänigkeit.

2. Erhaltung und Vermehrung des öffentlichen Grundeigenthums (Staats- und Gemeinde-Eigenthums jeder Art) insbesondere Ueberführung des Besitzes der todten Hand (Korporations-, Stiftungs- und Kirchengüter), der Realgemeinden, der Wälder, der Wasserkräfte in öffentliches Eigenthum unter Kontrolle der Volksvertretung.

Einführung eines Vorkaufsrechtes der Gemeinden bezüglich der zur Zwangsversteigerung kommenden Güter.

3. Bewirthschaftung der Staats- und Gemeindeländereien auf eigene Rechnung, oder Verpachtung an Genossenschaften von Landarbeitern und von Kleinbauern oder, wo beides nicht möglich ist, Verpachtung an Selbstbewirthschafter unter Aufsicht des Staates oder der Gemeinde.

4. Staatskredit an Gemeinden oder obligatorische Verbände zum Zwecke der Bodenverbesserung, der Feldbereinigung, des Baues und der Unterhaltung von Deichen und Dämmen.

Uebernahme der Kosten für Bau und Instandhaltung der öffentlichen Verkehrsmittel (Bahnen, Straßen, Wege und Wasserläufe) auf den Staat oder das Reich.

5. Verstaatlichung der Hypotheken- und Grundschulden mit Festsetzung des Zinsfußes nach Höhe der Selbstkosten.

6. Verstaatlichung der Mobilien- und Immobilien-Versicherung (Versicherung gegen Feuer, gegen Hagel-, Wasser- und sonstige Schäden in Folge von Naturereignissen, Viehversicherung u. s. w.) und Ausdehnung der Versicherung auf alle Betriebszweige.

7. Aufrechterhaltung und Erweiterung der bestehenden Waldnutzungs- und Weiderechte unter Gleichberechtigung aller Gemeindeangehörigen.

8. Freies Jagdrecht auf eigenem und gepachtetem Boden. Verhütung von Wild- und Jagdschaden, gegebenen Falls volle Entschädigung.

Ferner schlägt die Agrarkommission dem Parteitag vor, folgenden Antrag anzunehmen:

„Der Parteitag wolle beschließen:

Nachdem das Mandat der Agrarkommission erloschen ist, beauftragt der Parteitag den Partei-Vorstand, er möge unter Berücksichtigung der bereits in der Agrarkommission gegebenen Anregungen eine Anzahl geeigneter Personen mit der Aufgabe betrauen, das über die deutschen Agrarverhältnisse vorhandene Material einem gründlichen Studium zu unterziehen, und die Ergebnisse dieses Studiums in einer Reihe von Abhandlungen veröffentlichen als „Sammlung agrarpolitischer Schriften der sozialdemokratischen Partei Deutschlands".

Der Partei-Vorstand erhält Vollmacht, die nöthigen Geldaufwendungen zu machen, um den mit den erwähnten Arbeiten betrauten Genossen die Erfüllung ihrer Aufgabe zu ermöglichen."

Präsenz-Liste.

Name	Wohnort	Wahlkreis
Albrecht, Adolf	Halle a. S.	Delitzsch-Bitterfeld
Altermann, Heinrich	Freiberg	9. Sachsen
Althaus, Christian	Heddenheim	1. Nassauischer
Antrick, Otto	Berlin	Königsberg N.-M.
Arons, Leo	Berlin	2. Berlin
Auer, J.	Berlin	
Bamberger, Jacob	Berlin	9. Hannover
Bérard, Reinhard	Hamburg	Ahaus-Teklenburg-Steinfurt
Baerer, Heinrich	Hamburg	17. Hannover
Baudert, August	Apolda	1. und 3. Weimar
Bebel, August	Berlin	
Beeck, August	Lauenburg	Altona-Stormarn
Beck, C.	Lüneburg	16. Hannover
Beims, Hermann	Goßlar	11. und 13. Hannover
Berger, Max	Danzig	Danzig, Stadt
Birk, Georg	München	Augsburg Wertingen - Mindelheim-Wörishofen
Block, Hans	Dortmund	Dortmund-Hörde
Blos, Wilhelm	Stuttgart	
Böhle, Bernhard	Straßburg i. E.	Ober- und Unter-Elsaß
Böhmer, Ernst	Löbau i. S.	1., 2. und 3. Sachsen
Bock, Wilhelm,	Gotha	Gotha
Bothe, Heinrich	Liegnitz	Liegnitz-Goldberg-Haynau
Bott, Joh. Hch.	Mainz	Bingen-Alzey
Braun, Otto	Königsberg i. Pr.	Königsberg, Stadt
Brand, Ignatz	Frankfurt a. M.	Alsfeld-Lauterbach-Schotten
Bruhns, Julius	Breslau	Breslau-West
Boerner, Wilhelm	Berlin	3. Berlin
Brecour, W.	Kiel	3., 4. und 7. Schleswig-Holstein
Breslauer, Leopold	Dresden	4. Sachsen
Brey, August	Hannover	9. Hannover
Brühne, Friedrich	Frankfurt a. M.	
Brunke, Theodor	Braunschweig	1., 2. und 3. Braunschweig
Buchwald, Edmund	Altenburg S.-A.	Sachsen-Altenburg
Dahlen, Robert	Halberstadt	Halberstadt-Oschersleben
David, Eduard	Gießen	Friedberg-Büdingen
Demmler, Carl	Geyer	19. und 21. Sachsen
Deppe, Simon	Langenfelde	6. Schleswig-Holstein
Delor, Carl	Berge b. Forst	Sorau-Forst
Drescher, Robert	Berlin	5. Berlin
Eberle, Carl	Barmen	Barmen-Elberfeld
Ebhardt, E.	Kommorowen	Oletzko-Lück

Name.	Wohnort.	Wahlkreis.
Eichhorn, Hermann	Dresden	5. Sachsen
v. Elm, A.	Hamburg	
Emmel, Leopold	Saargemünd	Saargemünd-Forbach-Saarbrücken-Metz
Enders, Paul	Chemnitz	16. Sachsen
Erbe, Wilhelm	Berlin	4. Berlin
Ernst, Eugen	Berlin	6. Berlin
Feldmann, Franz	Langenbielau	Schweidnitz-Striegau-Freiburg
Fischer, Edmund	Dresden	5. Sachsen
Fischer, Karl	St. Lazarus	Posen
Fischer, Richard	Berlin	
Fleischmann, Emil	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Foerster, Hermann	Hamburg	
Frantzen, J. H.	Solingen	Solingen
Fricke, Ferdinand	Wurzen	11. Sachsen
Frohme, Carl	Hamburg	
Fülle, Albrecht	Würzburg	Würzburg
Gaertner, Hugo	Magdeburg	Magdeburg
Galm, Josef	Selingenstadt	Offenbach-Dieburg
Galke, Johannn	Guben	Guben-Lübben
Garbe, Gustav	Cassel	Cassel-Melsungen
Geck, Adolf	Offenburg	10. Baden
Gehr, H.	Bremerhafen	19. Hannover
Geiser, Alice,	Breslau	Breslau-Ost und -West
Geiser, Bruno	Breslau	Breslau-Ost
Gerlach, Ferdinand	Halberstadt	Wanzleben
Gerisch, Alwin	Berlin	
Gewehr, Wilhelm	Elberfeld	Elberfeld
Geyer, Fritz	Leipzig	
Gießmann, Josef	Breslau	Breslau-West
Gloger, Carl	Glatz	Glatz-Habelschwerdt
Göbel, Albert	Mainz	Mainz-Oppenheim
Görke, Otto	Charlottenburg	Teltow-Beeskow-Charlottenburg
Groth, Emil	Rostock	2. und 5. Mecklenburg
Grünwaldt, L.	Hamburg	1. Hamburg
Harm, Friedrich	Elberfeld	
Haselbauer, F. W.	Adorf	23. Sachsen
Hartmann, Rudolf	Zeulenroda	Reuß ä. L.
Haubold, Emil	Chemnitz	16. Sachsen
Haug, Friedrich	Freiburg	5. und 7. Baden.
Heine, J.	Ottensen	6. Schleswig-Holstein
Heinrich, Albert	Neurode	Reichenbach-Neurode
Heinrich, Max	Potsdam	Potsdam-Osthavelland
Henker, Jean	Posen	Posen
Herbert, Fritz	Stettin	
Hering, August	Flensburg	Apenrade-Flensburg
Herzfeld	Berlin	5. Mecklenburg
Herzog, Emil	Langenbielau	Frankenstein-Münsterberg
Hirschmeier, Adolf	Neustadt O.-S.	Neisse Leobschütz Neustadt O.-S.
Hoch, Gustav	Hanau	Hanau-Gelnhausen-Orb
Hoch, Franz	Berlin	3. Berlin

Name.	Wohnort.	Wahlkreis.
Höppner, F. W.	Colta	6. Sachsen
Hofer	Skaisgirren	Tilsit-Niederung
Hoffmann, Carl	Bielefeld	Bielefeld-Wiedenbrück
Hoffmann, Arthur	Saalfeld	2. Meiningen
Huber, Jacob	Hastedt	Bremen
Hue. Otto	Essen a. R.	Essen
Hülle, Gustav	Erfurt	Erfurt-Schleusingen
Hug, Paul	Bant	1. und 2. Oldenburg und 2. Hannover
Janiszewski, C.	Berlin	Ostrowo
Joest, Nicolaus	Mannheim	12. Baden
Johannes, Georg	Leipzig	12. und 13. Sachsen
Iserloh, Franz	Lüdenscheid	Altena-Iserlohn
Kaden, August	Dresden	
Kähler, Wilhelmine	Wandsbeck	Altona-Stormarn und Lauenburg
Katzenstein, Simon	Leipzig	
Kautsky, Carl	Stuttgart	2. Württemberg.
Keil, Wilhelm	Mannheim	11. Baden
Kern, R.	Würzburg	Schweinfurth-Haßfurth-Ebern
Kiesel, Max	Berlin	6. Berlin
Kimmel	Hamburg	3. Hamburg
Kirsch, Christian	Schmalkalden	Schmalkalden-Eschwege
Kleemann, Paul	Leipzig	12. und 13. Sachsen
Klees, Wilhelm	Magdeburg	
Kloß, Karl	Stuttgart	1., 10. und 14. Württemberg
Knoop, Fritz	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Koenen, Hch.	Hamburg	
Koblenzer, Karl	Berlin	2. Berlin
Kölle, Friedrich	Hamburg	2. Hamburg
König, Max	Witten (Ruhr)	Bochum-Witten-Gelsenkirchen
Kräker, Otto	Berlin	3. Berlin
Krandt, Paul	Görlitz	Görlitz-Lauban
Kühn, August	Langenbielau	Reichenbach-Neurode
Kühn, Paul	Breslau	Breslau-Land
Kunitzky, Karl	Beuthen O.-S.	Beuthen O.-S.
Kutsche, Carl	Hannover	8. und 15. Hannover
Landé, Hugo	Elberfeld	Hagen-Schwelm
Landgraf, Emil	Burgstädt	15. Sachsen
Lehmann, Adolf	Cottbus	Cottbus-Spremberg
Leonhardt, Friedrich	St. Micheln bei Glauchau	17. Sachsen
Leopold, Adolph	Zeitz	Naumburg-Zeitz-Weißenfels
Lesche, Friedrich	Altona	Altona-Stormarn und Lauenburg
Leven, Wilhelm	Gera	Reuß j. L.
Liebknecht, Wilhelm	Berlin	
Lipinski, Max	Danzig	Danzig-Stadt
Löwy, Max	Frankfurt a. O.	Frankfurt-Lebus
Lutz, Bertha	Berlin	Berlin
Lux, Heinrich	Langenbielau	Reichenbach-Neurode
Martikke, H.	Hamburg	3. Hamburg und 5. Schleswig-Holstein
Meist, Carl	Köln	
Meister, Heinrich	Hannover	

Name.	Wohnort.	Wahlkreis.
Metzger, Wilhem	Hamburg	
Metzner, Theodor	Berlin	
Meyer, Wilhelm	Magdeburg	Magdeburg
Michaelis, Emil	Waldenburg	Waldenburg i. Schlesien
Michels, Wilhelm	Kalk	Köln Land
Möller, Heinrich	Weitmar	
Mohs, Alwin,	Leipzig	12. und 13. Sachsen
Molkenbuhr, Herm.	Hamburg	
Müller, Adolf	München	1. München und Passau
Müller, H.	Berlin	Glatz-Habelschwerdt
Müller, Philipp	Arheilgen	Darmstadt-Großgerau
Müller, Ernst	Wilkau	22. Sachsen
Nitzschke, Ernst	Großenhain	7. Sachsen
Noske, Gustav	Brandenburg a.H.	Brandenburg-Westhavelland
Oertel, Carl	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Orb, Johannes	Offenbach a. M.	Offenbach-Dieburg
Orbig, Carl	Gießen	Gießen-Grünberg-Nidda, 5. Nassau und Wetzlar-Altenkirchen
Paul, Albert	Hannover	14. Hannover
Peters, Clara	Forst N.-L.	Sorau
Peus, Heinrich	Dessau	1. und 2. Anhalt
Pischel, Admand	Blumenau	Waldenburg i. Schl.
Pfannkuch, Wilhelm	Berlin	
Politz, Arthur	Berlin	1. Berlin
Postelt, Reinhold	Trachau b. Dresd.	4. Sachsen
Pusch, Otto	Brieg i. Schl.	Brieg-Namslau.
Quarck, Max	Frankfurt a. M.	2. Nassau
Rauch, Friedrich	Limmer b. Hannov.	4. und 8. Hannover
Reichert, Peter	Finthen	Mainz Land
Reißhaus, Paul	Erfurt	
Rieger, A.	Köln	Köln Stadt und Kreuznach-Simmern
Rietz, Hermann	Berlin	6. Berlin, Westprignitz, Ruppin-Templin
Rocker, Karl	Mettmann	Lennep Remscheid-Mettmann
Röhrle, Peter	Heilbronn	3. Württemberg
Rohrlack, Hermann	Berlin	Duisburg-Mülheim
Rohrlack, Martha	Berlin	Berlin
Schaal, Hugo	Wald	Solingen
Schepe, Otto	Rawitsch	Rawitsch-Kröben-Gostyn
Schiemann, Paul	Leipzig	12. und 13. Sachsen
Schilling, Paul	Reinickendorf	Nieder-Barnim
Schippel, Max	Berlin	
Schmidt, Franz	München	2. München, Ingolstadt, Landshut, Rosenheim, Hausham
Schmidt, Ludwig	Düsseldorf	Düsseldorf
Schneider, Paul	Berlin	4. Berlin
Schöne, Gustav	Lohmen	8. Sachsen
Schoenlank, Bruno	Leipzig	
Schreck, Carl	Bielefeld	Rinteln-Hofgeismar
Schütz, Oscar	Breslau	Ohlau-Strehlen-Nimptsch

Name.	Wohnort.	Wahlkreis.
Schultze, Carl	Königsberg i. Pr.	
Schulze, Ernst	Cossebaude	Cossebaude
Schumann, Bruno	Bielefeld	Lippe-Detmold
Schwartz, Theodor	Lübeck	Lübeck
Schwerike, Karl	Deetz	Zauch-Belzig-Jüterbogk
Segitz, Martin	Fürth	Fürth Erlangen
Simon, Josef	Offenbach a. M.	Offenbach-Dieburg
Singer, Paul	Berlin	
Sonnenburg, Herm.	Friedrichshagen	Nieder-Barnim
Sosna, Sylvester	Zabrze	Zabrze-Kattowitz
Stadthagen, Arthur	Berlin	
Starke, Ernst	Bunzlau	Bunzlau-Lüben
Steinbach, Helma	Hamburg	3. Hamburg
Steinweg, August	Stettin	Stettin und Randow-Greifenhagen
Stolpe, Hermann	Glogau	Glogau und Sagan-Sprottau
Stolten, Otto	Hamburg	1. Hamburg
Stubenreich, Leonh.	Oggersheim	1. Pfalz und Kaiserslautern-Kirchheimbolanden
Stücklen, Daniel	Hof	Bayreuth-Berneck-Wunsiedel, Hof-Rehau-Selb u. Kronach-Lichtenfels
Teichmann, Robert	Pirna	8. Sachsen
Thiele, Adolph	Halle a. S.	Halle a. S. und Mansfeld
Thierbach, Otto	Berlin	Prenzlau-Angermünde
Thomas, Philipp	Rixdorf	Teltow-Beeskow-Charlottenburg
Tietze, Carl	Breslau	Breslau-Ost
Timm, Johannes	Berlin	1. Berlin
Trautewein, August	Quedlinburg	Calbe-Aschersleben
Unglaube, Julius	Grünberg	Grünberg-Freistadt
Vetter, Hermann	Roßwein	10. Sachsen
Vogel, Albin	Marienthal bei Zwickau	18. Sachsen
Vogenitz, Adolf	Altenburg	Sachsen-Altenburg
Walter, Anton	Stützerbach	Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück
Wiehle, Richard	Hannover	Hannover
Wurm, Emanuel	Berlin	
Wehder, P. E.	Sonneberg	Coburg und 2. Meiningen
Werner, Hermann	Berlin	2. Berlin
Wolny, Thomas	Breslau	Breslau
Wetzker, Heinrich	Potschappel	6. Sachsen
Zabel, Otto	Berlin	4. Berlin
Zetkin, Clara	Stuttgart	5. u. 8. Württemberg und Leipzig
Zubeil, Fritz	Berlin	

Als Gäste anwesend:

Ellenbogen, Dr., Wien, für die österreichische Sozialdemokratie. (Am dritten Tage seiner Anwesenheit polizeilich ausgewiesen.)

Stinca, Dr., Bukarest, für die rumänische Sozialdemokratie.

Marck, Odrau (Oesterreich-Schlesien), für die sozialdemokratische Organisation in Odrau.

Zuschriften und Telegramme.

Affoltern a. Albis bei Zürich. Russischer Sozialdemokratenbund.
Amsterdam. Ein Genosse.
Berlin. Sozialistische Studenten.
Bernburg. Genossen.
Biebrich. Genossen.
Bochum. Genossen.
Bonn a. R. Sozialdemokratischer Verein „Neue Zeit".
Bordeaux. Generalrath d. Federation Girondine der französischen Arbeiterpartei (Raymond Levigne).
Britz. Genossen.
Bukarest. Deutsche Genossen.
Bukarest. Rumänische Sozialdemokratie.
Crefeld. Genossen.
Christiania. Norwegische Arbeiterpartei.
Dahlen. Genossen.
Dasenau. Christian Franz.
Dresden. Mühlenarbeiter.
Eschwege. Genossen.
Flensburg. F. Natth.
Gießen. Die Genossen vom runden Tisch.
Grunau, Kreis Hirschberg. Genossen.
Hamburg. Die Genossen aus der bekannten „Bude", Eimsbüttel, Bismarckstraße.
Haynau. Genossen.
Hirschberg. Genossen.
Innsdorf bei Römerstadt. Organisirte Arbeiterschaft.
Kalk. Genossen vom Landkreis Köln.
Kopenhagen. Sozialdemokratie Dänemarks.
Leimen (Baden). Genossen.
Leipzig. Zwei jugendliche Genossen des XIII. sächs. Reichstags-Wahlkreises.
London. Fr. Leßner.
London. Nationaler Verwaltungsrath der Unabhängigen Arbeiterpartei (Tom Mann).
London. Redaktion „Russky rabotschey" (Russische Arbeiter).
London. Sozialdemokratische Federation.
London. Sozialistische Partei Polens durch den Vorstand des auswärtigen Verbandes.
London. Unabhängige Arbeiterpartei, Mitgliedschaft St. Pancras (W. Chanters).
Maastricht. Arbeiterpartei Hollands.
Madrid. National-Komité der Spanischen Arbeiterpartei (P. Iglesias).
Magdeburg. Arbeiter-Sängerbund.
Magdeburg-Neustadt. Frauen-Versammlung.
Mailand. Sozialdemokr. Partei Italiens.
Metz. Genossen.
Münster. Ein Genosse.
Oppeln. Genossen.
Paris. Deutscher Sozialdemokrat. Leseclub.
Pieschen bei Dresden. Genossen.
Pforzheim. Wähler-Versammlung vom 8. Oktober.
Posen. Genossen.
Posen. Polnische Sozialdemokraten.
Rawitsch. Genossen.
Rosenheim. Genossen.
Rußland. Vorsteher von dreiundzwanzig Gewerkschaften jüdischer Zunge.
Santos (Brasilien). Genossen.
Sofia. Junge bulgarische sozialdemokratische Partei.
Solingen. Genossen.
Stockholm. Schwedische Sozialdemokratische Arbeiterpartei.
Tilsit. Genossen.
Wiesbaden. Genossen.
Witkowitz. Genossen.
Zagreb. Sozialdemokratische Partei Kroatiens-Slavoniens.
Zürich. Deutsche Sozialisten.

Sprech-Register.

Altermann, Heinrich 190.
Antrick, Otto 60, 97, 131.
Arons, Leo 69, 95, 160, 167.
Auer, J. 97, 196.

Bérard, Reinhard 75, 195.
Baerer, Heinrich 76.
Bebel, Auguſt 82, 93, 93, 112, 131, 174, 175, 176, 177, 180, 180, 194, 196, 198, 199.
Beims, Hermann 155, 199.
Berger, Max 87, 192.
Block, Hans 85, 195, 196.
Blos, Wilhelm 191, 192, 193.
Bock, Wilhelm 155.
Braun, Otto 87, 159, 179.
Bruhns, Julius 97.
Boerner, Wilhelm 95, 152.
Brecour, W. 179, 189.
Brühne, Friedrich 191.

David, Eduard 97, 132, 149, 175.
Dahlen 193.
Deppe, Simon 80, 188.
Dreſcher 194.

Eberle, Carl 74, 162.
v. Elm, A. 152, 161.
Emmel, Leopold 87, 187.

Fiſcher, Edmund 156.
Fiſcher, Richard 78, 195, 196.
Foerſter, Hermann 77, 95.
Frohme, Carl 94, 158, 190.
Fülle, Albrecht 82.

Galm, Joſef 190.
Geck, Adolf 76, 81, 87, 157.
Gehr, H. 91, 96.
Geiſer, A. 200.
Gerlach 199.
Gewehr, Wilhelm 85, 177, 191.
Göbel, Albert 81, 190.

Görke, Otto 93, 94, 194.
Groth, Emil 91, 180, 190.
Grünwaldt, L. 74, 94, 95, 130.

Harm, Friedrich 162.
Haug 193.
Herbert, Fritz 149.
Hering, Auguſt 84, 188.
Hoch, Franz 85, 188, 189, 197.
Hoffmann, Carl 70, 188, 161.
Hülle, Guſtav 74, 85.
Huber 193.
Hug, Paul 69.

Jochem 192.
Joeſt, Nicolaus 96.

Katzenſtein 156.
Kautsky, Carl 124, 149, 167.
Keil, Wilhelm 80, 87, 90, 194.
Kern, R. 82.
Kieſel, Max 81, 189.
Kimmel, 158, 193.
Klees, Wilhelm 74.
Kleemann 193.
Kloß, Karl 97, 195.
Koenen, Hch. 77.
Kölle, Friedrich 74, 179.
Kräker, Otto 74.

Landé, Hugo 84.
Leſche, Friedrich 74, 153, 195.
Liebknecht, Wilhelm 65, 138, 143.
Lipinski, Max 87.
Lutz, Bertha 92, 94.
Lux, Heinrich 157.

Martikke, H. 83, 91.
Meiſt, Carl 191.
Meiſter, Heinrich 73, 81.
Metzger, Wilhelm 96.
Metzner, Theodor 69.
Mohs, Alwin 78, 179, 180.
Molkenbuhr, Herrmann 70, 95, 97, 129.
Müller, Adolf 111.
Müller, Philipp 81, 190.

Oertel, Carl 69, 128, 188.

Peus, Heinrich 84.
Pfannkuch, Wilhelm 71, 85.
Politz, Arthur 78.

Quarck, Max 95, 98, 131, 163, 166, 168, 175, 186.

Reißhaus, Paul 185.
Rietz, Herrmann 75.
Rohrlack, Martha 91, 94, 194, 199, 200.

Schaal, Hugo 84.
Schilling, Paul 179.
Schippel, Max 105, 131, 168.
Schneider, Paul 84, 96.
Schoenlank, Bruno 152, 162, 179, 188, 197.
Schreck, Carl 179.
Schwartz, Th. 96.
Singer, Paul 68, 76, 93, 97, 131, 150, 151, 158, 166, 168, 176, 201.
Sonnenburg, Hermann 76, 196.
Stadthagen, Arthur 70, 74, 91, 94, 95, 96, 187, 192, 194.
Steinbach, Helma 160, 198.
Stolten, Otto 84, 95, 154 187, 193.
Stubenreich, Leonhard 81.
Stücklen, Daniel 127.

Thiele, Adolph 91, 200.
Thierbach, Otto 95, 188.
Thomas, Philipp 77, 90.
Timm, Johannes 70, 75, 76, 92, 97, 179, 181, 187, 187, 197.
Trautewein 198.

Wurm, Emanuel 88, 92, 96.

Zetkin, Clara 89, 138, 167, 168.

Druck von Max Bading, Berlin SW., Beuth-Straße 2.

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Gotha

vom 11. bis 16. Oktober 1896.

Berlin 1896.
Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts
(Th. Glocke in Berlin).

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitage zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnothwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigenthum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indeß die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnißmäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisirung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachsthum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vortheile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisirt. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigenthum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigenthum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigenthum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriiren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigenthum, und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht blos des Proletariats, sondern des gesammten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigenthums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nothwendiger Weise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesammtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklassen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den andern Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig betheiligt sind. In dieser Erkenntniß fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht blos die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachtheiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Truckſystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitag zu Halle 1890.

---

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise.

Gegen die Entscheidungen steht den Betroffenen die Berufung an die Parteileitung und dem Parteitage zu.

Vertrauenspersonen.

§ 3. Die Parteigenossen in den einzelnen Reichstagswahlkreisen wählen in öffentlichen Versammlungen zur Wahrnehmung der Parteiinteressen eine oder mehrere Vertrauenspersonen. Die Art der Wahl dieser Vertrauenspersonen ist Sache der in den einzelnen Kreisen wohnenden Genossen.

§ 4. Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich und zwar im Anschluß an den voraufgegangenen Parteitag.

Die Vertrauenspersonen haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort der Parteileitung mitzutheilen.

§ 5. Tritt eine Vertrauensperson zurück oder tritt sonstwie eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen umgehend eine Neuwahl vorzunehmen und davon entsprechend § 4 Absatz 2 der Parteileitung Mittheilung zu machen.

§ 6. Da wo aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

Parteitag.

§ 7. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von der Parteileitung einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat die Parteileitung mit der Reichstagsvertretung hierüber sich zu verständigen.

§ 8. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens drei Mal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei der Parteileitung einzureichen, die dieselben spätestens 10 Tage vor der Abhaltung des Parteitages durch das offizielle Parteiorgan bekannt zu geben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Theilnahme an demselben sind berechtigt:

1. die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf.

   Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.
2. die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. die Mitglieder der Parteileitung.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion und der Parteileitung haben in allen die parlamentarische und die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur berathende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Theilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

§ 10. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme des Berichts über die Geschäftsthätigkeit der Parteileitung und über die parlamentarische Thätigkeit der Abgeordneten.
2. Die Bestimmung des Orts, an welchem die Parteileitung ihren Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl der Parteileitung.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

1. durch die Parteileitung;
2. auf Antrag der Reichstagsfraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen.

Falls die Parteileitung sich weigert, einem Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstagsfraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 7 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im offiziellen Parteiorgan zu veröffentlichen.

Im Uebrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 8—10).

Parteileitung.

§ 13. Die Parteileitung besteht aus 12 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassirer und 7 Kontrolleuren.

Die Wahl der Parteileitung erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel

Nach erfolgter Wahl hat die Parteileitung ihre Konstituirung vorzunehmen und dieselbe im offiziellen Parteiorgan bekannt zu machen.

Die Parteileitung verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

§ 14. Die Mitglieder der Parteileitung können für ihre Thätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 15. Die Parteileitung besorgt die Parteigeschäfte, kontrollirt die prinzipielle Haltung der Parteiorgane, beruft die Parteitage und erstattet auf denselben über ihre Thätigkeit Bericht.

§ 16. Scheidet einer der Vorsitzenden, Schriftführer oder der Kassirer aus, so ist die Vakanz durch eine von den Kontrolleuren vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Partei-Organ.

§ 17. Zum offiziellen Parteiorgan wird das „Berliner Volksblatt" bestimmt. Dasselbe erhält vom 1. Januar 1891 ab den Titel:

„Vorwärts"
Berliner Volksblatt.
Zentral-Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Alle offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Theils zu veröffentlichen.

Abänderung der Organisation.

§ 18. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur berathen werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntniß der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens $^3/_4$ der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Tages-Ordnung des Parteitages.

Sonntag, den 11. Oktober 1896, Abends 7 Uhr.

Vorversammlung.

Konstituirung des Parteitages.
Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung.
Wahl einer Kommission für die Prüfung der Vollmachten.

Montag, den 12. Oktober 1896 und die folgenden Tage:

1. Bericht des geschäftsführenden Ausschusses. Berichterstatter W. Pfannkuch.
2. Bericht über die stattgefundene Kontrolle. Berichterstatter H. Meister.
3. Berichterstattung über die parlamentarische Thätigkeit. Referent M. Schippel.
4. Der Arbeiterschutz. Referent E. Wurm.
5. Die Maifeier 1897. Berichterstatter A. Gerisch.
6. Berichterstattung vom internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftskongreß. Berichterstatter A. Bebel.
7. Die Frauenagitation. Berichterstatterin Frau Clara Zetkin.
8. Organisation. Berichterstatter J. Auer.
9. Das Proportionalwahlsystem. Berichterstatter Dr. Lütgenau.
10. Anträge zum Partei-Programm und Organisation.
11. Sonstige Anträge.
12. Wahl der Parteileitung.

Sitzungszeit des Parteitages:
Vormittags 9—1 Uhr, Nachmittags 3—7 Uhr.

Bureau des Parteitages.

Vorsitzende:

Bock, Gotha. — Singer, Berlin.

Schriftführer:

Arons, Berlin.	Bruhns, Breslau.	Leven, Gera.
Fräul. Baader, Berlin.	Hülle, Erfurt.	Mattutat, Augsburg.
Bömelburg, Hamburg.	Lesche, Altona.	Röhn, Berlin.

Mandats-Prüfungs- und Neuner-Kommission:

Agster, Stuttgart.	Ehrhardt, Ludwigshafen.	Schmitt, München.
Antrick, Berlin.	Hug, Bant.	Schumann, Bielefeld.
Blos, Stuttgart.	Frau Kähler, Wandsbeck.	Wehder, Sonneberg.

Vorlagen an den Parteitag.

Anträge.

Tagesordnung.

1. Parteigenossen des 5. sächsischen Reichstags-Wahlkreises und des Kreises Kassel-Melsungen: Die Tagesordnung des Parteitages in folgender Ordnung aufzustellen:

1. Bericht des geschäftsführenden Ausschusses und der Kontrolleure.
2. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.
3. Die Erringung des Achtstundentages.
4. Der Kampf gegen die hausindustrielle Ausbeutung.
5. Die Koalitionsfreiheit.
6. Die Organisation der Partei.
7. Die Parteipresse und die sozialistische Propaganda.
8. Die Frauenagitation.
9. Das Proportionalwahlrecht.
10. Bericht über den Londoner Kongreß.
11. Sonstige Anträge und Wahl der Parteileitung.

2. Parteigenossen in Barmen: Die Tagesordnung wie folgt festzusetzen:

1. Geschäftsbericht des geschäftsführenden Ausschusses.
2. Bericht über stattgefundene Kontrolle.
3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.
4. Die Erringung des Achtstundentages, der Kampf gegen die Hausindustrie und die industrielle Ausbeutung, das Koalitionsrecht.
5. Die Organisation der Partei.
6. Maifeier.
7. Berichterstattung vom internationalen Arbeiter- und Gewerkschafts-Kongreß.
8. Frauenagitation.
9. Das Proportionalwahlrecht.
10. Anträge zum Parteiprogramm.
11. Sonstige Anträge.
12. Wahl der Parteileitung.

3. Parteigenossen des 4. sächsischen Reichstags-Wahlkreises: Der Tagesordnung des Parteitages einzufügen: Die Erringung des Achtstundentages. Der Kampf gegen die hausindustrielle Ausbeutung. Die Koalitionsfreiheit.

4. Parteigenossen des 2. Hamburger und des Niederbarnimer Kreises: „Unsere Presse" auf die Tagesordnung zu setzen.

5. Die Parteigenossen in Breslau, Elberfeld, Halberstadt, Frankfurt a. M., Hannover, des 4. und 5. Berliner, des Niederbarnimer, des 3. Hamburger und des 12. und 13. sächsischen Reichstags-Wahlkreises: „Stellungnahme zum Achtuhrladenschluß" auf die Tagesordnung zu setzen.

6. Parteigenossen des 4., 12. und 13. sächsischen Reichstags-Wahlkreises: Der Tagesordnung einzufügen: „Wie erringen wir den Achtstundentag?"

7. Parteigenossen des 2. Hamburger Kreises: „Die Arbeiterschutzgesetzgebung unter besonderer Berücksichtigung der Unfallverhütung," auf die Tagesordnung zu setzen.

8. Parteigenossen des 2. Berliner Kreises: „Das Unfallversicherungs-Gesetz" auf die Tagesordnung zu setzen.

9. Parteigenossen in Halle a. S. In die Tagesordnung des Parteitages ist ein Referat über „Die Währungsfrage" aufzunehmen.

10. Parteigenossen des 2. Berliner Kreises: „Revision des Arbeiterschutz-Anhanges des Erfurter Programms", auf die Tagesordnung zu setzen.

11. Parteigenossen in Elberfeld: „Die Arbeiterschutzgesetzgebung Deutschlands" in die Tagesordnung einzustellen.

12. Genossin Löwenherz in Neuwied: Die Frauenbewegung soll bis auf weiteres auf die Tagesordnung der Parteitage bleiben.

Geschäftsordnung.

13. Parteigenossen des 11., 12. und 13. hannoverschen Wahlkreises: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages ein Referat über den Schutz der bäuerlichen Arbeiter zu setzen.

14. Parteigenossen in Apolda: Auf jedem Parteitag findet eine Separat- (Abend-) Sitzung unserer anwesenden Vertreter in den Landtagen, Bezirks- und Kreis-Ausschüssen, behufs Berathung dort einschlägiger Fragen statt.

Programm.

15. Parteigenossen des 1. Hamburger Kreises: Das Proportionalwahlrecht ist im Programm zu belassen und möglichst näher zu bestimmen.

16. Die Parteigenossen Müller, Hansen und Schröder in Flensburg: Dem Punkt 6, Absatz 2 des Programms ist eine präzisere Fassung zu geben, die jedes Mißverständniß ausschließt.

17. Genosse Hahn in Offenbach: Die sozialdemokratische Partei Deutschlands verlangt in Zukunft für die Reichstagswahlen das Proportional-Wahlsystem und zwar in folgender Weise: „Eintheilung Deutschlands zu einem Wahlkreis. Beseitigung der Personenwahl. Abgabe der Stimmzettel, versehen mit der politischen Anschauung." Abstimmung an einem gesetzlichen Ruhetag. In Bezug auf die Vertreter, Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Parteien. Entschädigung für die von der Partei bestimmten Vertreter.

Organisation.

Parteitag.

18. Parteigenossen des 1. und 3. Hamburger Kreises: Den nächsten Parteitag in Hamburg stattfinden zu lassen.

19. Parteigenossen in Darmstadt: Den nächsten Parteitag in Darmstadt stattfinden zu lassen.

20. Parteigenossen in Halberstadt: Den nächsten Parteitag in Halberstadt stattfinden zu lassen.

21. Parteigenossen in Verden: Den nächsten Parteitag in Hannover stattfinden zu lassen.

22. Parteigenossen in Bochum: Den nächsten Parteitag in Bochum stattfinden zu lassen.

23. Parteigenossen in Karlsruhe: Den nächsten Parteitag in Karlsruhe stattfinden zu lassen.

24. Parteigenossen des Kreises Niederbarnim: Den Parteitag zwischen Weihnachten und Neujahr stattfinden zu lassen.

Parteileitung.

25. Parteigenossen in Wandsbeck: Als Sitz der Parteileitung ist Hamburg zu bestimmen.

26. Parteigenossen des 3. Berliner und 2. Hamburger Kreises: Die Kontrolleure sind möglichst von den Genossen der Umgegend des Ortes, wo der Parteivorstand oder -Ausschuß seinen Sitz hat, zu wählen.

Allgemeines.

27. Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises: Dem § 9 unseres Organisations-Statuts als Absatz 4 einzufügen: „Der Parteitag setzt die Diäten für die Delegirten fest und sind dieselben aus der Parteikasse zu zahlen."

28. Parteigenossen des Kreises Niederbarnim: Dem § 9, Abs. 1 des Organisations-Statuts folgende Fassung zu geben: Zur Theilnahme an den Parteitagen sind berechtigt die Delegirten aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß kein Wahlkreis durch mehr als einen Delegirten vertreten sein darf; ferner als Absatz 4 demselben Paragraphen einzufügen: Der Parteitag setzt die Diäten für die Delegirten fest und sind dieselben aus der Parteikasse zu zahlen, jedoch ist jeder Wahlkreis verpflichtet, die für diesen Zweck durch Sammlungen aufzubringenden Gelder an die Parteikasse abzuführen.

29. Parteigenossen in Magdeburg: Die Wahl der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten bedeutet in hervorragender Weise einen Protest gegen die bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Von diesem Standpunkte ausgehend haben sich diese Abgeordneten an den Verhandlungen des Reichstages nur insoweit zu betheiligen, als es das Interesse des Proletariats erfordert. Auch sind dieselben verpflichtet, sich in möglichst reger Weise der Agitation zu widmen.

Rechtsbureau.

30. Parteigenossen des Saargebiets: Den geschäftsführenden Ausschuß zu beauftragen, die Errichtung eines Bureaus zur Ertheilung von Rath in Rechtsangelegenheiten im Saarrevier auf Parteikosten vorzunehmen.

Presse.

Zentral-Organ.

31. Parteigenossen des 3. Berliner Kreises: Die Redaktion des „Vorwärts" hat zu allen für die Partei wichtigen Fragen Stellung zu nehmen.

32. Parteigenossen des Niederbarnimer Kreises: Der „Vorwärts" ist zu verbilligen.

33. Genosse Wernicke, Berlin:

1. Das sozialdemokratische Programm wöchentlich einmal im „Vorwärts", dem Zentral-Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, gleich unter den Titel, gewissermaßen mit als Titel zu veröffentlichen, oder

2. Das sozialdemokratische Programm wöchentlich einmal als Beilage in kleiner Buchform, mit im „Vorwärts", dem Zentral-Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, herauszugeben, mit folgender Hinweisung zu beiden Anträgen durch üblichen Stern.*)

34. Parteigenossen in Iserlohn: Der Parteitag wolle beschließen: „Zur leichteren und schnelleren Orientirung über die parlamentarische Thätigkeit sämmtlicher Reichstagsfraktionen ist dem Zentral-Organ „Vorwärts" während der Tagung des Reichstags allmonatlich eine Beilage beizugeben, in welcher in kurzen Zügen über die parlamentarische Thätigkeit sämmtlicher Reichstagsfraktionen berichtet wird. Die Beilage soll die Stellung jeder einzelnen Fraktion zu den zur Verhandlung angestandenen Gesetzesvorlagen, sowie die markantesten Stellen aus den Reden der Redner von Belang zu den Vorlagen enthalten.

Protokoll.

35. Parteigenossen des Kreises Niederbarnim: Die Herausgabe eines vollständigen und mit Inhaltsverzeichniß versehenen Parteitags-Protokolls.

Broschüren.

36. Parteigenossen des 2. Berliner und des Niederbarnimer Kreises: Die Herausgabe einer Broschüre, die die Beschlüsse und ihre Entstehung der seither stattgefundenen Parteitage enthält.

37. Parteigenossen des 11., 12. und 13. hannoverschen Wahlkreises: Die Herausgabe einer Broschüre, in welcher die in Deutschland geltenden Gesindeordnungen enthalten sind.

38. Parteigenossen in Barmen: Herausgabe einer kurzen Broschüre, die das Thema behandelt: „Was wollen die Sozialdemokraten und welchen Werth hat das allgemeine Wahlrecht für die Arbeiterklasse?"

Kalender.

39. Parteigenossen in Arnstadt: Der Parteitag beauftragt den Partei-Vorstand mit der Herausgabe eines zur Landagitation geeigneten billigen Kalenders.

Frauenzeitung.

40. Parteigenossen des Kreises Mayen-Ahrweiler und Kochem, Daun-Zell: Es soll eine durchaus gemeinverständlich und volksthümlich gehaltene Frauenzeitung gegründet und von unseren Tagesblättern gegen eine Erhöhung des Abonnements-Preises von 5 Pf. pro Monat als Sonntagsbeilage gebracht werden.

---

*) Zur besseren Information des Programms ist Folgendes sehr zu empfehlen: 1. Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen, mit dem Eisenacher, Gothaer und Erfurter Programm, von W. Liebknecht, Preis 25 Pf. 2. Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie, Erläuterungen zum Erfurter Programm von K. Kautsky und B. Schoenlank, Preis 10 Pf. 3. Das Erfurter Programm in seinen grundsätzlichen Theil, erläutert von K. Kautsky, Preis geh. 1,50 Mk. und geb. 2 Mk. 4. Die Frau und der Sozialismus von A. Bebel, Preis geh. 2 Mk. und geb. 2,50 Mk. Dieselben sind in der Parteibuchhandlung „Vorwärts", sowie in allen Partei-Buchhandlungen und von Partei-Spediteuren zu haben.

Unterhaltungs-Literatur.

41. Parteigenossen in Altona: „Der Parteitag möge beschließen, die „Neue Welt" als Gratisbeilage für alle Parteiblätter abzuschaffen".

42. Parteigenossen in Wandsbeck: Die „Neue Welt" in der Weise zu gestalten, daß mehr Artikel volksthümlichen Inhalts und bessere Unterhaltungslektüre geboten wird.

43. Parteigenossen des 1. Hamburger Kreises: Der Inhalt der „Neuen Welt" ist zu verbessern.

44. Parteigenossen des 2. Hamburger Kreises: „1. Die „Neue Welt" ist auf acht Seiten zu reduziren. 2. Die Leitung derselben hat mehr als bisher darauf zu achten, daß ein populäres Unterhaltungsblatt statt eines Tummelplatzes für literarische Experimente daraus wird. 3. Die Redaktion soll sich am Druckorte des Blattes befinden."

45. Parteigenossen in Karlsruhe: Die Reichstagsberichte des „Vorwärts" werden bei wichtigeren Debatten vervielfältigt und den Provinzialpressen zum Selbstkostenpreise abgegeben.

46. Genosse Petzold in Breslau: „Die Verleger unserer Presse werden beauftragt, zum 1. Dezember 1896 Annoncenbeilagen für unsere Witzblätter zu schaffen."

Allgemeines.

47. Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises: „Die Parteiorgane dürfen Annoncen von boykottirten oder gesperrten Lokalen nicht aufnehmen."

48. Parteigenossen in Breslau: „Der Parteitag möge die Wahl einer Kommission beschließen, die gemeinsam mit dem Partei-Ausschuß Mittel und Wege berät, wie die kleineren Parteiblätter inhaltlich besser gestaltet und finanziell gehoben werden können."

49. Genosse Schneider in Damm: „Eine kleine, billige, landwirthschaftliche Zeitung herauszugeben, die leicht verständlich, den Kenntnissen der Landbevölkerung und deren Begriffsvermögen angepaßt ist, über die Verhältnisse der Landwirthschaft auch in technischer und wissenschaftlicher Hinsicht Aufklärung giebt."

50. Parteigenossen in Karlsruhe und des 9. bad. Wahlkreises. Der bisher im Privatbesitz des Genossen Adolf Geck in Offenburg dreimal wöchentlich erscheinende „Volksfreund" geht vom 1. April 1897 ab in den Besitz der sozialdemokratischen Partei Deutschlands über und erscheint von da ab täglich und zwar in Karlsruhe.

51. Parteigenossen in Metz: „Der Parteitag wolle die Gründung eines Parteiorgans, womöglich in deutscher und französischer Sprache, für Elsaß-Lothringen beschließen. Ferner wolle der Parteitag den Parteivorstand beauftragen, geeignete Literatur in französischer Sprache für das französische Sprachgebiet Elsaß-Lothringens zu beschaffen."

52. Parteigenossen in Magdeburg: „Die Parteipresse ist zu verpflichten, Inserate von Unternehmern, welche mit ihren Arbeitern in Differenzen stehen, während der Dauer dieser Differenz nicht aufzunehmen."

Agitation und Taktik.

53. Parteigenossen des 1. Hamburger Kreises: In den reaktionären Gegenden ist die politische Agitation mehr zu betreiben.

54. Parteigenossen der Kreise Halberstadt-Wernigerode-Aschersleben und Calbe-Aschersleben: Der deutsche Parteitag möge den geschäftsführenden Ausschuß beauftragen, im Laufe des nächsten Jahres eine gleichmäßige Agitation im ganzen Lande und besonders unter den ländlichen Arbeitern für Abschaffung der Gesindeordnungen und sonstigen Ausnahmebestimmungen, welche die landwirthschaftlichen Arbeiter bedrücken, sowie für Gleichstellung der ländlichen Arbeiter mit den gewerblichen in Bewegung zu setzen — ähnlich wie bei der Umsturzvorlage — und hiermit gleich die schärfere Betonung der Programmforderung „Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung" zu verbinden.

Gleichzeitig möge der Parteitag den Wunsch aussprechen, daß die Presse den Gesindeordnungen sowie der Handhabung derselben sowie den aus dem heutigen Aerzte- und Apothekenwesen auf dem Lande hervorgehenden Mißständen mehr Beachtung widmet und bedeutend mehr Werth beilegt als bisher.

55. Parteigenossen in Ladenburg: Eine Agitation zu entfalten, durch welche die Forderung „die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung unter Mitwirkung der Arbeiterklasse" gefördert wird.

56. Parteigenossen Barmen: Eine sofortige allgemeine Agitation einzuleiten für folgende Forderungen: „1. Verwirklichung des Punkt 4 des Parteiprogramms, 2. Durchführung des Achtstundentages, 3. durchgreifende Maßnahme gegen die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch Hausindustrie und Schwitzsystem."

57. Dieselben Genossen: Spätestens bis zum Oktober n. J. eine sich über ganz Deutschland erstreckende Agitation zu entfalten, durch welche die Frage: „Was wollen die Sozialdemokraten und welchen Werth hat das allgemeine Wahlrecht für die Arbeiterklasse?" propagirt wird.

58. Parteigenossen des 2. Hamburger Kreises: Ein Flugblatt, zu dessen Abfassung eventuell einige Eisenbahnarbeiter heranzuziehen wären, für die Eisenbahnarbeiter Deutschlands herauszugeben.

59. Parteigenossen in Kassel: Der Parteitag möge dahin wirken, daß die Parteigenossen mehr dazu angehalten werden, den Beschluß des Kölner Parteitages, in eine kräftige Agitation für die Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit geheimer Abstimmung für alle Körperschaften, einzutreten.

60. Parteigenossen des Kreises Delitzsch-Bitterfeld: Der Parteitag möge Mittel und Wege finden, um Frauenorganisationen ins Leben zu rufen.

61. Parteigenossen des 6. Berliner Wahlkreises: Da in den meisten Staaten Deutschlands die Vereinsgesetze es nicht gestatten, daß Frauen resp. Genossinnen sich aktiv an der politischen Bewegung betheiligen, so empfiehlt der Parteitag den Genossinnen, sich mehr als bisher an der gewerkschaftlichen Agitation zu bethätigen und den bestehenden Organisationen als Mitglieder beizutreten.

62. Parteigenossen in **Barmen**: Das Verhalten der Leipziger Genossen in der Wahlrechtsfrage, nach dem Parteitag der sächsischen Genossen, muß als ein Verstoß gegen die Disziplin der Partei und deshalb tadelnswerth bezeichnet werden.

63. Parteigenossen des 16. **sächsischen Wahlkreises**: Der Parteitag wolle die Leipziger Genossen wegen ihres Verhaltens in Bezug auf die Wahlrechtsfrage und Mandatsniederlegung nach der Landesversammlung, das Mißfallen der Partei auszusprechen.

Maifeier.

64. Parteigenossen in **Frankfurt a. M.** und in **Wandsbeck**: In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893 und London 1896 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verbrüderung und dem Weltfrieden. Als würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, mehr als wie bisher, neben den anderen Kundgebungen, für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.

65. Parteigenossen des **Kreises Niederbarnim**: Diejenigen Referenten, die am 1. Mai über die Bedeutung des Tages sprechen, haben dies unentgeltlich zu thun.

66. Genosse **Fink** in **Wiesbaden**: „In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiter-Kongresse zu Paris 1889 u. s. w. Daher macht es der Parteitag den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, den Versuch zu machen (mit der Forderung an die Unternehmer heranzutreten), am 1. Mai die Arbeitsruhe eintreten zu lassen.

67. Parteigenossen des 4. **sächsischen Reichstagswahlkreises**: Daß für die Arbeitsruhe am 1. Mai 1897 in nachdrücklichster Weise agitirt und auch für dieses Jahr darauf hingewiesen wird, daß alle, die in der Lage sind, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen, dies durchführen.

Parlamentarisches.

68. Parteigenossen in **Striegau**: Die Reichstagsfraktion hat einen Antrag einzubringen, der die Herabsetzung der Altersgrenze bei der Alters- und Invalidenversicherung bezweckt. Desgleichen einen weiteren Antrag, der verlangt, daß sämmtliche aus Unfällen entstehende Kosten vom Tage des Unfalles an den Berufsgenossenschaften zur Last fallen.

69. Parteigenossen in **Sangerhausen**: Die Reichstagsfraktion zu beauftragen, bei Berathung der Alters- und Invaliditätsversicherungs-Novelle zu beantragen, daß die Altersgrenze bei der Altersrente auf 60 Jahre herabgesetzt werde, sowie daß der Nachweis der Beschäftigung vor dem Inkrafttreten des Gesetzes in Wegfall kommt. — Ferner, daß die Invalidenrente gezahlt wird, wenn sich die Erwerbsfähigkeit um 25 pCt. vermindert hat, sowie daß die Rente weiter erhöht wird, wenn eine weitere Verminderung der Erwerbsfähigkeit eingetreten ist, daß dann die Rente um so viel Prozent erhöht wird, als sich die Erwerbsfähigkeit vermindert hat. Die Vollrente soll 75 pCt. des bei völliger Erwerbsfähigkeit erzielten Lohnes betragen.

70. Parteigenossen in Krefeld: „Die Fraktion hat im Reichstag zu beantragen: Es besteht keinerlei Kündigung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, gleichviel welcher Branche."

71. Parteigenossen des Kreises Zauch-Belzig-Luckenwalde-Jüterbog: „Die Reichstagsfraktion soll dahin wirken, daß die Bundesrathsverordnung vom 1. Januar 1894 (die verlängerte Arbeitszeit jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ziegeleien) § 139a der Reichs-Gewerbe-Ordnung nicht erneuert wird."

72. Parteigenossen in Elberfeld: „Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages wird beauftragt, alljährlich einen Antrag auf Einführung des Achtstundentages und die Beseitigung der mittelalterlich-reaktionären Gesindeordnungen einzubringen."

Resolutionen.

73. Parteigenossen des 5. und 6. sächsischen Reichstags-Wahlkreises: „Die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage wird beauftragt, aus ihrer Mitte einen ständigen Ausschuß für Arbeiterschutzgesetzgebung zu wählen. Dieser Ausschuß hat im besonderen die vom Parteitag bezüglich der Erringung des Achtstundentages gefaßten Beschlüsse auszuführen. Der Ausschuß für Arbeiterschutzgesetzgebung hat für die Ausarbeitung und Einbringung der einschlägigen gesetzgeberischen Anträge im Reichstag, sowie, im Einverständniß mit den respektiven Spezialvertretungen in den Landtagen und in den Stadtverwaltungen zu sorgen. Der Ausschuß entwirft den allgemeinen Agitationsplan für den Achtstundentag und verschafft die nöthigen rednerischen Kräfte. Er veröffentlicht Broschüren, Flugblätter und bedient sich des „Vorwärts" und der „Neuen Zeit", um durch Artikel und Notizen die Erörterung der einschlägigen Fragen zu fördern und der Parteipresse Agitationsmaterial zu verschaffen. Besonders ist auf die Verarbeitung des bereits vorhandenen Materials über Arbeitszeit, Lohn, Hausindustrie und die sonstigen Arbeiterverhältnisse in Deutschland zu achten und die periodische amtliche Statistik zu verfolgen. Auch sind die Ergebnisse der ausländischen Veröffentlichungen über Arbeiterverhältnisse, gewerkschaftlichen Kampf und sozialpolitische Maßnahmen der Parteipresse zugänglich zu machen. Der Ausschuß hat sich durch Vermittelung der Gewerkschaften und der Parteipresse Material über die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze und die Fabrikinspektion resp. die Zustände in den Fabriken und Werkstätten zu verschaffen, dieses Material zu sichten, zu revidiren und parlamentarisch zu verwerthen. Dem nächsten Parteitag hat der Ausschuß Rechenschaft abzulegen von seiner Thätigkeit und Bericht zu erstatten über den Stand der Arbeiterschutzgesetzgebung und die Achtstundenbewegung."

74. Parteigenossen des Wahlkreises Merseburg-Querfurt: „Meinungsverschiedenheiten der Genossen untereinander, die in der Presse zum Austrag kommen, dürfen nicht in einem Tone geführt werden, der persönlich verletzend wirkt, da nur die Polemik der Partei förderlich ist, die in ruhiger sachlicher Weise geführt wird."

75. Genosse Steinigans in Solingen: „Der Gothaer Parteitag erkennt den Beschluß des Sozialistischen Kongresses in London, in Betreff der Feststellung des schulpflichtigen Alters auf 16 Jahre, für richtig an und beschließt, auch in Deutschland mit allen Kräften nach diesem Ziele hinzustreben. Da sich indessen der unvermittelten Einführung eines diesbezüglichen Gesetzes Schwierigkeiten in den Weg stellen würden, so stellt die sozialdemokratische Partei als

vorläufige Forderung, die Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule für Knaben und Mädchen bis zum vollendeten 16. Jahre auf. Die Unterrichtsstunden dürfen jedoch nicht nach den Arbeitsstunden, sondern müssen während der Arbeitsstunden stattfinden. Der Parteitag legt unseren Vertretern der gesetzgebenden Körperschaften, sei es des Reichstages, sei es der Landtage oder der Gemeindevertretung die Pflicht auf, für diese Forderung mit aller Energie einzutreten."

76. Von dem Genossen Petzold in Breslau: „Allen Parteigenossen, denen die freiheitliche Erziehung der Jugend am Herzen liegt, wird empfohlen, die hierzu erforderlich und gesetzlich erlaubten Schritte (Austritt aus der Kirche u. s. w.) zu veranlassen."

77. Parteigenossen des Kreises Delitzsch-Bitterfeld: „Der Kreistag des Delitzsch-Bitterfelder Wahlkreises, welcher am 13. September in Delitzsch stattfand, stellt hiermit der Deutschen Delegation des internationalen Kongresses in London ein Vertrauensvotum aus für die von derselben eingebrachten Resolution, welche die fernere Theilnahme der Anarchisten an sozialistischen Kongressen unmöglich macht."

78. Parteigenossen in Karlsruhe, Kiel und des 4. sächsischen Reichstags-Wahl-Kreises: „In Erwägung, daß eine Einführung des gesetzlichen 8 Uhr-Ladenschlusses nicht nur für die im Handelsgewerbe Angestellten allein, sondern für die gesammte Arbeiterschaft ganz bedeutende Vortheile mit sich bringen würde, erachten wir, daß der diesjährige Parteitag in Gotha sich mit den Vorschlägen der Reichs-Kommission für Arbeiterstatistik beschäftigt und die Genossen aller Orte verpflichtet werden, die im Handelsgewerbe Angestellten im Kampfe um den 8 Uhr-Ladenschluß zu unterstützen und selbst thatkräftig in die Agitation einzutreten.

79. Parteigenossen des 5. und 6. sächsischen Reichstags-Wahl-Kreises:

Der industrielle Aufschwung, der jetzt in der Steigerung der deutschen Ausfuhr und der raschen Erweiterung der Produktion durch neue Gründungen zum Ausdruck kommt, ist zwar, wie die Prosperitätsperiode der 70er Jahre, nur der Vorläufer der großen Handelskrise, er führt aber für die nächste Zeit zu großen Anhäufungen von Kapital, zur Steigerung der kapitalistischen Profite und zu gleicher Zeit damit zur größeren produktiven Anspannung der Arbeiterklasse, die dem Kapital die Reichthümer zu verschaffen hat. Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, diese wirthschaftliche Situation dazu auszunützen, um den Arbeitern, anstatt verschärfter Ausbeutung, verkürzte Arbeitszeit und erhöhte Arbeitslöhne zu erringen.

Der Parteitag hält den Zeitpunkt für geeignet, um eine allgemeine Agitation für den gesetzlichen achtstündigen Normalarbeitstag zu eröffnen.

Die Erringung des Achtstundentages ist undenkbar ohne gleichzeitiges Zusammenwirken der Gewerkschaften und der politischen Arbeiterpartei. Deshalb verweist der Parteitag die sozialdemokratischen Arbeiter auf ihre Pflicht, sich den gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen und für die Füllung der Streikkassen zu sorgen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird beauftragt, einen Gesetzentwurf bezüglich Einführung des Achtstundentags möglichst schon zu Beginn der Wintersession im Reichstage einzubringen. Zugleich sollen besondere Anträge gestellt werden um Einführung des Achtstundentages in der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung, bei den Reichseisenbahnen, auf den Marinewerften, in der Reichsdruckerei, in sämmtlichen Militärwerkstätten. Ferner soll beantragt werden, daß die Militärverwaltung und alle anderen unter Kontrolle des Reichs stehenden Betriebsverwaltungen nur mit solchen Unternehmern Geschäftsverträge abzuschließen haben, welche ihren Arbeitern den achtstündigen Arbeitstag gewähren.

Desgleichen sollen in allen Landtagen, in denen es eine sozialdemokratische Vertretung giebt, Anträge gestellt werden auf Einführung des Achtstundentags in den Staatsbetrieben und in den mit dem Staat in geschäftlicher Verbindung stehenden Privatunternehmungen. Besonders sollen dabei die Eisenbahnarbeiter berücksichtigt werden. Aehnliche Anträge sollen in den Staatsverwaltungskörperschaften resp. Gemeinderäthen eingebracht werden.

Es soll mit aller Energie die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter der Gemeinde- und Staatsbetriebe erstrebt werden.

Es ist zugleich, um den gesetzgeberischen Vorschlägen Nachdruck zu verschaffen, eine planmäßige Propaganda durch öffentliche Versammlungen und in der Presse zu entwickeln. Es sollen Agitationstouren der bekannten Redner veranstaltet und Flugblätter herausgegeben werden. Neben der parlamentarischen Aktion muß bei dieser Agitation mit Nachdruck auf die Nothwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes hingewiesen werden.

Im Falle der Auflösung des Reichstags soll der gesetzliche achtstündige Normalarbeitstag zur Losung für die kommenden Reichstagswahlen gemacht werden.

Der Parteitag empfiehlt, bei allen Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern die Reduktion der Arbeitszeit besonders zu berücksichtigen und sie bei allen Streiks unter die Arbeiterforderungen mit aufzunehmen.

80. a) Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Gotha (1896) erkennt die bestehenden Gewerkschaftsorganisationen als eine Nothwehr im wirthschaftlichen Kampfe der Arbeiter gegen die Bedrückung des Unternehmerthums u. s. w. den gesammten arbeitenden Bevölkerungsklassen gegenüber an — und erklärt sich als die der arbeitenden Bevölkerung am nächsten stehende politische Partei mit deren Organisation solidarisch.

b) In dem wirthschaftlichen Kampfe der Arbeitergewerkschaften gegen das sich zentralisirende Unternehmerthum erkennt die sozialdemokratische Partei die schwierige Lage der Gewerkschaften gegenüber dem zentralisierten Kapital an und empfiehlt den Gewerkschaften hinsichtlich der Opfer, welche von den Gewerkschaftern wie der sie unterstützenden Bevölkerung gebracht werden, die sich für die Dauer jedoch als unzulänglich erweisen — zur bessern Wehrfähigkeit eine Organisation zu schaffen, in der die direkten Geldunterstützungen möglichst in Wegfall kommen und statt deren produktive Arbeit als Unterstützung tritt.

81. Parteigenossen in Kassel: „Der Parteitag wolle eine Kommission einsetzen bezw. es der Parteileitung zur Pflicht machen, Erhebungen über die Ausführung der sozialpolitischen Gesetze zu veranstalten und auf Abstellung der vorhandenen Mängel zu dringen."

82. Parteigenossen in Apolda: Der Parteiausschuß wird ersucht, möglichst alljährlich die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter zu ermitteln und in dem Bericht an den Parteitag bekannt zu geben.

83. Parteigenossen des 11., 12. und 13. hannoverschen Wahlkreises: „Die Parteileitung wird beauftragt, alle drei Monate von den Vertrauenspersonen der einzelnen Orte Bericht darüber einzufordern, welche Schritte in Bezug auf Agitation unter den ländlichen Arbeitern resp. gegen die Gesindeordnung gethan worden sind."

Bericht der Parteileitung.

Allgemeines. Die Eröffnungsrede auf dem vorjährigen Parteitag trug bekanntlich dem Genossen Liebknecht eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung und im weiteren Verfolg eine 4monatliche Gefängnißstrafe ein. Die Sache schwebt noch in der Revisionsinstanz. Die Begründung des Urtheils ist eine der neueren Erscheinungen der Rechtsprechung, die der Laienverstand nicht zu fassen vermag. Das Urtheil ist auf dem Dolus eventualis aufgebaut. Der betreffende Passus des Urtheils lautet: Der Angeklagte wußte, daß derjenige Erfolg, von dem das Gesetz die Strafbarkeit abhängig macht, d. i. die von seinen Hörern ausgehende Auffassung seiner Worte dahin, daß auch der Kaiser die sozialdemokratische Partei . . . . habe, durch seine Handlung herbeigeführt werden könne, und er war mit diesem Erfolge für den Fall seines Eintritts — daß der Erfolg thatsächlich eingetreten, ist oben ausgeführt — einverstanden, hat ihn eventuell gewollt.

Ebenso unverständlich bleiben dem gewöhnlichen Menschenverstand folgende Vorgänge: In unserem Leipziger Organ erschien ein Artikel „Deutschthum und Hohenzollern", der sich als eine geschichtliche Reminiszenz präsentirte, und von mehreren Blättern nachgedruckt wurde. Der Artikel blieb in Leipzig unbeanstandet. In Breslau trug er dem Genossen Zahn 4 Monate Gefängniß ein. Der Redakteur des „Volkswille" in Hannover wurde freigesprochen. Desgleichen Genosse Ströbel in Kiel. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft kam die Sache an das Landgericht in Kiel zurück und erfolgte nun mehr auf Grund der Entscheidung des Reichsgerichts die Verurtheilung zu 4 Monate Gefängniß, während das Reichsgericht die Freisprechung in Hannover bestätigte.

Im Anschluß an die Verhandlungen des Parteitages in Breslau konstituirte sich die neugewählte Parteileitung am 12. Oktober v. J. Die darauf bezügliche Bekanntmachung wurde unterm 17. Oktober in Nr. 244 des Vorwärts vom v. J. veröffentlicht. Die Thätigkeit der neugewählten Parteileitung war nur von kurzer Dauer. Am 25. November wurde auf dem Bureau der Parteileitung, in den Wohnungen der Mitglieder derselben, bei den Vertrauensleuten der 6 Berliner Wahlkreise, den Vorstandsmitgliedern der 6 Berliner Wahlvereine, der Berliner Preß- und Lokalkommission, sowie den Mitgliedern der Brandenburger Agitations-Kommission Haussuchung gehalten und am 30. November über alle genannten Körperschaften die vorläufige Schließung verhängt, wegen Verstoßes gegen § 8 des preußischen Vereinsgesetzes.

Der Ausgang des am 15., 16. und 18. Mai dieserhalb durchgeführten Prozesses ist bekannt. Die Parteileitung — Vorstand und Kontrolleure — wurden zum Verein gestempelt, der sich vorstehenden Vergehens schuldig gemacht habe und wurde auf dessen dauernde Schließung erkannt. Die Sache schwebt noch in der Revisionsinstanz.

Eine Kritik dieser unter Köller'scher Aegide eingeleiteten Aktion erübrigt sich. Es genügt zu bemerken, wir waren seit dem unter den Tischfallen der Umsturzvorlage darauf vorbereitet. Der Schlag, der die Partei in ihrem Lebensnerv treffen sollte, war ein Schlag in die Luft. Die Leitung der Partei ging unmittelbar auf die Reichstagsfraktion über. Am 30. November gab der Parteivorstand die Einstellung seiner Thätigkeit bekannt und am 4. Dezember veröffentlichte die Fraktion ihre gefaßten Beschlüsse, nach welchen der

Fraktionsvorstand mit der Leitung der politischen Geschäfte und der in Hamburg eingesetzte geschäftsführende Ausschuß bestehend aus den Genossen Förster, Könen und Molkenbuhr die sich später die Genossen Gerisch und Pfannkuch kooptirten, mit den Verwaltungsgeschäften betraut wurde. Als wenn nichts vorgefallen wäre, ging alles seinen geregelten Gang.

Nach dem am 24. März 1894 erfolgten Verbot der Elsaß-lothringischen Volkszeitung führten die Genossen der Reichslande den Offenburger Volksfreund als Parteiorgan ein. Nach kaum $1^1/_2$ jähriger Existenz verfiel er dem gleichen Schicksal seiner Vorgängerin. Anlaß, den Diktaturparagraphen wieder in Erinnerung zu bringen, bot den Behörden die am 7. Oktober 1895 erfolgte Ermordung des Mühlhauser Industriellen Schwarz durch einen entlassenen früheren Arbeiter. Der Mord war, wie gerichtlich festgestellt wurde, ein Akt persönlicher Rache, er stand nicht im leisesten Zusammenhang mit der Parteibewegung. Nichtsdestoweniger versuchte das als Regierungsblatt geltende Organ die Rechtfertigung der Unterdrückung des Volksfreund mit der Behauptung, der Mörder Meyer sei Leser des Volksfreund gewesen und hätte den Entschluß der unseligen That unter dem verwirrenden Einfluß einer planmäßigen Hetze gegen die Fabrikanten gefaßt. Hätte man geschwiegen, es wäre besser gewesen. Das geschah unter dem Regime des Herrn v. Köller. Acht Monate vorher bezeichnete Staatssekretär v. Puttkamer in der Sitzung des Reichstages vom 30. Januar 1895 den Inhalt des „Volksfreund" als „matte Limonade" gegenüber der früheren Elsaß-Lothringischen Volkszeitung. Aber wofür wäre der Diktaturparagraph da, wenn er nicht sollte angewendet werden, kam doch ein sozialdemokratisches Blatt in Betracht.

In die Bresche sprang die Verwaltung der Mannheimer Volksstimme. Der Gewaltstreich gegen den Volksfreund war die Ursache daß ein lange gehegter Wunsch der reichsländischen Genossen in Erfüllung ging. An Stelle des 3 mal wöchentlich erscheinenden Volksfreund erhielten die Genossen über Nacht ein täglich erscheinendes Organ.

In Folge der aufsteigenden Konjunktur war das Jahr reich an Lohnkämpfen. Die Berliner Arbeiterschaft stand dabei in der vordersten Reihe mit. Hauptsächlich war es der Streik der Konfektionsarbeiter, der die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf sich zog und dem durch die Bloslegung der in der Konfektion herrschenden Schäden, vor allem durch die in derselben gezahlten Hungerlöhne, sich die Sympathie aller derer zuwandte, die noch nicht gänzlich dem Götzendienst des goldenen Kalbes verfallen waren. Die öffentliche Meinung, die fast ungetheilt auf Seiten der Streikenden neigte, veranlaßte selbst die Nationalliberalen zu einer parlamentarischen Aktion.

Am 12. Februar d. J. stand im Reichstag die folgende von den Nationalliberalen eingebrachte Interpellation zur Berathung:

Im Verfolg des Beschlusses des Reichstags vom 11. Mai 1885 sind dem Reichstag am 29. April 1887 die Ergebnisse der von den Bundesregierungen angestellten Ermittelungen über die Lohnverhältniße der Arbeiterinnen der Wäschefabrikation und der Konfektionsbranche, sowie über den Verkauf oder die Lieferung von Arbeitsmaterial (Nähfaden 2c.) seitens der Arbeitgeber an die Arbeiterinnen und über die Höhe der dabei berechneten Preise zugegangen.

Nachdem sich die Lage dieser Arbeiterinnen seit jener Zeit noch ungünstiger gestaltet hat, richten die Unterzeichneten die Anfrage an die verbündeten Regierungen:

welche gesetzgeberischen Maßnahmen dieselben zum Schutz für Gesundheit und Sittlichkeit und gegen Ausbeutung dieser Arbeiterinnen durch das Trucksystem zu ergreifen beabsichtigen?

Im Verlauf der Debatte erkannte der damalige preußische Handelsminister Herr v. Berlepsch den Streik als einen *berechtigten* an. Die Thatsache verdient

um deswillen registrirt zu werden, als 10 Jahre früher von derselben Stelle aus, von dem damaligen preußischen Minister des Innern v. Puttkamer die Behauptung aufgestellt wurde, hinter jedem Streik lauere die Hydra der Revolution.

Noch ein anderer Vorgang sei erwähnt. Der Magistrat von Würzburg sah sich in seiner Sitzung vom 21. Februar veranlaßt, seine Sympathie der Bewegung der Berliner Konfektionsarbeiter auszudrücken und das Gesuch der Gewerkschaften, eine öffentliche Geldsammlung zu veranstalten, bei der Kreisregierung zu befürworten. Ein Vorgang in Deutschland, bis jetzt einzig in seiner Art. Ein Gewinn ist der Propaganda aus dem Streik erwachsen, es ist die dem letzten Arbeiter zum Bewußtsein gekommene Ueberzeugung von der Treulosigkeit eines großen Theiles des Unternehmerthums.

Die Palme, an der Spitze der Reaktion zu marschiren, läßt sich Sachsen nicht streitig machen. Die Beseitigung des direkten Wahlrechts bei den Wahlen zur sächsischen Kammer war von langer Hand geplant. Die Wahlrechtsverschlechterung sollte das Korrektiv für die vom Reichstag abgelehnte Umsturzvorlage für Sachsen bilden. Am 4. Februar 1896 wurde die Vorlage in der II. Kammer eingebracht, in der sie am 6. März und in der I. Kammer am 18. März zur Annahme gelangte.

Die Gegenagitation wurde von den Parteigenossen in der kräftigsten Weise geführt. Zu den ersten Versammlungen, in denen die Genossen Liebknecht und Bebel in den Vororten bei Leipzig referirten, waren Zehntausende herbeigeströmt. Die Versammlungsräume vermochten die Demonstranten nicht zu fassen.

Leider fand die Wahlrechtsagitation einen die Genossen nicht allseitig befriedigenden Abschluß. Während der eine Theil der sächsischen Genossen es für zweckmäßig und nothwendig erachtete, auch unter den verschlechterten Verhältnissen den parlamentarischen Kampf unentwegt weiter zu führen, hielt es der andere Theil für am gerathensten, die Verschlechterung des Wahlrechts mit der sofortigen Niederlegung der im Besitz der Partei befindlichen Mandate zu beantworten.

Neben der großen Aktion der Wahlgesetzverschlechterung laufen die kleinlichsten Maßnahmen. Wir verweisen nur auf die am 6. Juli verfügte 2 jährige Aufenthaltsbeschränkung des Genossen Rosenow in Chemnitz. Sachsen gebührt der Ruhm, den § 21 des ehemaligen Sozialistengesetzes in das gemeine Recht hinübergerettet zu haben.

* * *

Auf dem Gebiet des **Vereins- und Versammlungswesens** geht der Geist Tessendorf's wieder um. Nicht nur allein in Sachsen, wo in Reichenbach einem Redner von dem überwachenden Beamten das Wort entzogen wurde, weil dem Letzteren die Sprechweise des Redners, der schreiende Ton irritirte, sondern auch in Preußen, Bayern und auch neuerdings in Baden, werden die verwunderlichsten Versammlungsverbote erlassen oder gewerkschaftliche Verbände zu politischen Vereinen oder öffentliche Versammlungen zu Vereinsversammlungen erklärt. In Waldheim, wurde die Lassallefeier verboten, weil Lassalle wegen Aufreizung bestraft und eine Verherrlichung desselben ein Mittel sein würde, den von der Sozialdemokratie großgezogenen und genährten Haß der arbeitenden gegen die besitzenden Klassen zu schüren. Der Zweck ist ein offensichtlicher. Die Theilnahme des weiblichen Geschlechts am politischen Leben und die Abhaltung der die Agitation fördernden Feste soll unmöglich gemacht werden. In Bayern ist ein derartiges Vorgehen schon längst ständige Praxis geworden. Preußische Land- und selbst fortschrittliche Stadträthe haben es in der Kultivirung des Nachahmungstriebes auch weit gebracht. So mußten die Harburger Genossen, die einen Ausflug nach der Lühe gemacht hatten, auf den Tanz verzichten, weil die Veranstaltung von dem Landrathsamt des Kreises als eine vom sozialdemokratischen Verein veranstaltete Versammlung angesehen wurde, an der Frauen, Schülern und Lehrlingen die Theilnahme verboten sei. In Hannover und Hildesheim wurden

nicht nur die örtlichen Zahlstellen gewerkschaftlicher Verbände als politische Vereine erklärt, sondern auch öffentliche Branchenversammlungen, wie die der Buchbinder, als öffentliche Versammlung eines politischen Vereins angesehen und als der geforderten Entfernung der Arbeiterinnen nicht Folge gegeben wurde, die Versammlung aufgelöst.

Allem die Krone setzt ein Vorgang im Kreise Mettmann auf. Dort war die Lassallefeier den Genossen in Winkelsmühle verboten. Der Wirth des Lokals veranstaltete ein Freikonzert, was als eine Umgehung des Verbots betrachtet wurde und kurzer Hand die Konfiskation der Mundstücke der Musikinstrumente erfolgte. In Lennep wurde die Feier ebenfalls verboten und eine auf den 30. August einberufene öffentliche Versammlung als solche des sozialdemokratischen Volksvereins stigmatisirt, auf die der § 8 des Vereinsgesetzes Anwendung finde. Der die Verfügung zeichnende Herr war früher Vorsitzender des Vereins der freisinnigen Volkspartei. Mehr kann man nicht verlangen. Nach alledem ist mit der Thatsache zu rechnen, daß die Agitation und namentlich die Organisation unter den Arbeiterinnen mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen haben wird.

Wie es scheint, soll die Theilnahme der Arbeiterinnen am Klassenkampf der Arbeiterklasse mit Hochdruck verhindert werden. Vergebliches Bemühen.

Eine einheitlich betriebene Agitation gegen die **Gesindeordnungen** scheiterte bisher an der Vielseitigkeit und Buntscheckigkeit der letzteren. In jedem Land, in fast jeder Provinz weisen die Gesindeordnungen andere Bestimmungen auf. Den Kampf gegen dieselben haben deshalb die Genossen in Versammlungen und in der Presse, je nach Ort und Beschaffenheit der Verhältnisse nach eigenem Ermessen geführt. Es wird in derselben Weise auch fernerhin verfahren werden müssen.

Den Landtagen der Einzelstaaten ist die Aufgabe zugewiesen das Verbot des Inverbindungtretens der politischen Vereine zu beseitigen. Bei der Zusammensetzung der Landtage ist jede Erweiterung des Vereins- und Versammlungsrechts über das vorgeschriebene Maaß hinaus ausgeschlossen. Soll es anders werden, muß das Klassenwahlrecht beseitigt werden. Deshalb bietet die in die Landtage verlegte Aenderung des Vereins- und Versammlungsrechts für die Genossen eine günstige Gelegenheit, mit aller Kraft und Nachdruck in die Agitation für die Einführung des **allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts** einzutreten.

Der von dem Parteitag der Parteileitung gewordene Auftrag: Geeignete Personen mit der Aufgabe zu betrauen, das über die deutschen **Agrarverhältnisse** vorhandene Material einem gründlichen Studium zu unterziehen und die Ergebnisse dieses Studiums als „Sammlung agrar-politischer Schriften der sozialdemokratischen Partei Deutschlands" zu veröffentlichen, ist in die Wege geleitet.

* * *

Agitation. Von jeher haben die Genossen dem Parteitag für die Gegend, wo derselbe abgehalten wird, hohen agitatorischen Werth beigelegt. Daher der jährliche Wechsel in der Wahl des Ortes und die Konkurrenz der Parteiorte um die Ehre der Abhaltung des Parteitags.

Vor und nach dem vorjährigen Parteitag wurde von den auf der Hin- und Herreise befindlichen Delegirten hauptsächlich in Schlesien eine intensive Agitation betrieben. Soviel Delegirte auch Referate übernahmen, alle eingelaufenen Wünsche konnten Berücksichtigung nicht finden.

Die Nachfrage nach Referenten ist bei der Parteileitung eine stets rege. Den Anforderungen könnte vielfach besser genügt werden, verlangten die Genossen nicht stets, einen Reichstagsabgeordneten haben zu wollen. Die wenigsten unserer Abgeordneten befinden sich in unabhängiger Stellung. Die Ausübung des Mandats verursacht Vielen eine unliebsame Störung ihres bürgerlichen Berufs, die sie auf das geringste Zeitmaß zu verkürzen trachten. Unter solchen Umständen ist es nur zu erklärlich, weßhalb die Agitation auf

den Schultern einiger Weniger ruhen bleibt. Diese Wenigen mußten deßhalb desto stärker angespannt werden, um den gestellten Anforderungen zu genügen.

Zur Unterstützung der mündlichen Agitation betrieben die Genossen in der rührigsten Weise die Flugblattvertheilung. Die Unterstützung der Parteileitung hierzu wurde von den Genossen in der Mark, in Pommern, der Provinz Sachsen, in Hessen, dem Saargebiet und in Ostpreußen in Anspruch genommen. In letzterer Provinz wurde ein Flugblatt in deutscher und polnischer Sprache verbreitet.

In Sachsen und Preußen wurde seitens der Behörden methodisch gegen die Flugblattverbreiter vorgegangen, hauptsächlich bot in Preußen die in Kraft gebliebene Bestimmung des preußischen Preßgesetzes, wonach eine Verbreitung von Druckschriften an öffentlichen Orten, auf Straßen und Plätzen, von der Erlaubniß der Ortspolizeibehörde abhängig ist, die Handhabe. Ergänzung fand vorstehende Bestimmung in einzelnen Provinzen durch die Anwendung hundert Jahre alter Sabbathordnungen, und den von der Verübung groben Unfugs handelnden Paragraphen 360 des Strafgesetzbuches.

Als Kampfpartei haben wir darauf zu achten, daß der zentralen Organisation der Partei die größte Aufmerksamkeit gewidmet wird. Doch läßt sich nicht alles schablonenmäßig von einer Zentralstelle aus leiten. Die Bildung von Kreis- und Provinzial-Agitations-Komités war die Folge, und fiel diesen die Betreibung der Agitation zu. Es trat somit allmälig eine in der Sache begründete Dezentralisation ein, die in den Parteitagen der Provinzen und Einzelstaaten ihre Spitze fand und erhielt.

Außer den im laufenden Monat noch stattfindenden Parteitagen für das westliche Westfalen, für beide Mecklenburg und Lübeck, sowie für Brandenburg und Braunschweig, haben für alle Landestheile Provinzial- oder Landesparteitage stattgefunden.

Bei alledem können wir nicht unterlassen, den Genossen die Pflege des Systems der Vertrauenspersonen warm ans Herz zu legen. Viele Parteiorte erinnern sich nicht der aus den §§ 4 und 5 des Organisationsstatuts ergebenden Pflichten gegenüber der Parteileitung. Die Parteileitung würde in Erledigung ihrer Aufgaben eine wesentliche Stütze finden, würden die Vertrauenspersonen regelmäßig, mindestens einmal im Jahr, einen Situationsbericht an dieselbe einsenden.

Der schriftliche Verkehr der Genossen mit der Parteileitung bewegte sich auf gleicher Höhe wie im Vorjahr. Die durch die Schließung des Parteivorstandes verursachte kleine Störung fand sehr rasch ihre Ausgleichung.

Im Uebrigen war das Bild der Bewegung das gleiche wie immer. Maßregelungen, verursacht von einem dummen und brutalen Protzenthum, sollen in der Person die Sache treffen. Jeden dieser Bubenstreiche konnte die Partei pariren.

* * *

Wahlen. Ein die Agitation förderndes Mittel sind die Wahlen, bei denen die Genossen ihre Kraft erproben und Erfolge erringen können. Bei acht Nachwahlen zum Reichstag war die Partei engagirt. Und zwar in Dortmund, Herford-Halle, Mayen-Ahrweiler, Osnabrück, Neuruppin-Templin, Ansbach-Schwabach, Illertissen, Schweetz und Halle a. S. Letzterer Kreis, der uns 1893 verloren ging, wurde glänzend im ersten Wahlgang zurückerobert, und Dortmund, der lang umstrittene Kreis, den Nationalliberalen in der Stichwahl abgenommen. Der Sieg in Dortmund war ein harter Schlag auf das Haupt der Schlotbarone.

Die Behauptung der Krautjunker, an dem antikollektivistischen Schädel der Bauern breche sich die sozialdemokratische Hochfluth, ist durch die Nachwahlen ad absurdum geführt. In den fast rein ländlichen Wahlkreisen Herford-Halle und Ruppin-Templin hat eine Steigerung unserer Stimmen um 600 bezw. 700 stattgefunden. In drei weiteren Kreisen — Brandenburg, Mainz und Gießen — stehen Nachwahlen bevor. Während es gilt, Mainz zu

behaupten, ist ein Sieg in Brandenburg nicht ausgeschlossen. Auch in Gießen hat die Partei durch die Einführung der Mitteldeutschen Sonntags-Zeitung große Fortschritte gemacht, die zu den schönsten Erwartungen berechtigen.

Den im vorjährigen Bericht angegebenen Besitzstand unserer Partei in den Landtagen der Einzelstaaten haben wir im behauptet. Bei den am 17. Oktober v. J. stattgefundenen Ergänzungswahlen zum sächsischen Landtag ging uns zwar Krimmitschau verloren, wir eroberten aber dafür Dresden III. Bei der Nachwahl im Kreise Merane-Limbach am 25. Februar d. J. fiel uns dieser Kreis mit 300 Stimmen Mehrheit zu.

Mit dem Sieg im Kreise Georgenthal eroberten unsere Gothaer Genossen den zweiten Sitz im Landtag. Formaler Verstöße wegen konnte der Gewählte — Genosse Wolf — nicht zur Ausübung des Mandats gelangen. Die bevorstehenden Neuwahlen in Gotha bieten den Genossen Gelegenheit, ihre Rechnung mit den Gegnern aufs neue zu begleichen.

In Hessen sind die Vorbereitungen zu den bevorstehenden Landtagswahlen im vollen Gange. Die Aussichten sind günstig.

In Württemberg ist durch den Tod des Genossen Glaser das Cannstatter Mandat frei geworden. Dasselbe wird hart umstritten. Kandidat der Partei ist Genosse Tauscher, einer von der alten Garde.

Mehr noch wie in die Landtage gelang es den Genossen, sich Eingang in die Gemeindevertretungen zu verschaffen. Diese Thatsache ist Beweis dafür, daß in den Kreisen des Kleinbürgerthums sich die Einsicht von seiner wirthschaftlichen Haltlosigkeit Bahn bricht und in stetig wachsender Zahl unserer Partei zuwendet.

Bei den Gemeinde-Ergänzungswahlen in Berlin behauptete die Partei ihren Besitzstand, obwohl die Freisinnigen die verzweifeltsten Anstrengungen machten, uns zu werfen. Wir verloren zwar einen Bezirk, gewannen dafür aber einen anderen. In allen Bezirken hatten wir einen starken Stimmenzuwachs zu verzeichnen. In Leipzig eroberten wir 6 neue Sitze, in Karlsruhe 12 und in Pforzheim 16 Sitze, demzufolge es den Genossen gelang, zwei Sitze im Stadtrath mit Genossen zu besetzen.

Auch in einer Reihe reichsländischer Orte war die Partei siegreich. Es wurden gewählt in Mülhausen 2, Markirch 5, Kolmar 1, Straßburg 3 und Saargemünd 3 Genossen.

Ein weiteres Gebiet, ihre Kraft und ihren Einfluß zu erproben, bieten den Genossen die Wahlen zu den Gewerbegerichten. Mit einzelnen Ausnahmen in Orten mit streng ultramontaner Bevölkerung blieb die Partei in der Klasse der Arbeitnehmer zu den Gewerbegerichten vielfach sogar unbestritten Sieger.

Gegenüber der sonst anzuerkennenden Regsamkeit und Bethätigung des Pflichteifers der Genossen, ergaben die diesjährigen Wahlen in Braunschweig ein Minus von 300 und in Bautzen sogar von 600 Stimmen gegen die vorletzten Wahlen. Das dürfte nicht vorfallen. Die Genossen haben bei allen Aktionen stets die volle Thatkraft einzusetzen, um sich vor Ueberrumpelungen zu schützen.

Neben der Rechtsprechung in gewerblichen Streitfällen kann das Gewerbegericht als Einigungsamt bei Streiks 2c. angerufen werden, wie das in den letzten Monaten vielfach geschehen ist. Sitzen in dem Gewerbegericht klassenbewußte Arbeiter, so wird es den Unternehmern niemals gelingen, durch Ränke und Schliche die Ursachen des Streiks zu verschleiern und das Kampffeld zu verschieben, eine Gefahr, die immer besteht. Zu erwähnen ist noch, daß die Genossen eifrig bemüht sind, die Verwaltung der Ortskassen zu beeinflussen. Dieser lobenswerthe Eifer ist eine glänzende Widerlegung der von unseren Gegnern ständig wiederholten Verleumdung, unsere Partei negire die durch die Sozialgesetzgebung den Arbeitern gebotenen Vortheile.

Wie unangenehm den Unternehmern diese Bestrebungen sind, dafür geben die elenden Verdächtigungen Zeugniß, die periodisch in den kapitalistischen

Organen wiederkehren, und die dahin gehen, es sei den Sozialdemokraten nur darum zu thun, ihre Führer in sichere Brotstellen zu bringen. Gönnen wir unseren Feinden ihren Aerger über die wachsende Bedeutung unserer Partei und freuen uns, daß alle sozialpolitischen Einrichtungen, die bestimmt sind, uns den Wind aus den Segeln zu nehmen, diese zu bester Fahrt aufblähen. Wir können den Genossen nur rathen, auf dem eingeschlagenen Kurs das Steuer mit fester Hand zu führen.

* * *

Die Maifeier. In Bezug auf die Maifeier beschloß der vorjährige Parteitag: „Als würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Daher empfiehlt der Parteitag denjenigen Arbeitern und Arbeiterorganisationen, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen den 1. Mai neben anderen Kundgebungen auch durch die Arbeitsruhe feiern können, Arbeitsruhe eintreten zu lassen."

Der eingetretene geschäftliche Aufschwung gestattete den Arbeitern, dem Beschlusse in umfassendster Weise Folge zu leisten. In den größeren Städten ruhte die Arbeit in ausgedehntem Maße. Berlin marschirte an der Spitze. Die Branchen wetteiferten miteinander. Verständigerweise willigten zahlreiche Unternehmer auf erfolgte Vorstellung der Arbeiter ein, ihre Fabriken am 1. Mai zu schließen. In manchen Provinzstädten erreichte der Besuch der Morgenversammlungen eine 2000 Personen übersteigende Theilnehmerzahl.

Das theilweise Eingehen der Unternehmer auf die Wünsche der Arbeiter in Verbindung mit der Aufforderung der Parteileitung an die Parteigenossen, die aufsteigende Konjunktur für die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai nutzbar zu machen, hatte die Presse der Großbourgeoisie aus Rand und Band gebracht. Allen voran waren es die Bismarckorgane, die bald wuthschnaubend, bald bittend und flehend, Unternehmerthum und Staatsgewalt beschworen, dem Bestreben der Arbeiter, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, mit Festigkeit und Entschiedenheit entgegenzutreten.

Ein Echo fanden diese Tiraden nur bei den Kühnemännern, die jeden am 1. Mai Feiernden mit dem Ausschluß von der Arbeit bedrohten. Doch die Arbeiter ließen sich nicht einschüchtern und beantworteten in den Fällen, wo die Unternehmer, um ihre Prestige zu wahren, den Feiernden als Strafe einen dreitägigen Arbeitsausschluß dekretirten, mit Niederlegung der Arbeit. Die Arbeiter fanden rasch in der Konkurrenz „liebevolle Aufnahme".

Einige Innungen, die vermeinten, hinter den Kühnemännern nicht zurückstehen zu dürfen, faßten zwar Resolutionen gegen die „unbotmäßigen" und in ihren Forderungen „unverschämten" Arbeiter, aber damit hatte es sein Bewenden. Das lärmende Auftreten der Aermsten täuscht Niemand mehr über ihre wirthschaftliche Bedeutungslosigkeit. Der von den Berliner Genossen eingeführte Modus der Veranstaltung der Maifeier, die Abhaltung der Versammlungen am Vormittag den Gewerkschaften und die Abendveranstaltungen der Partei zuzuweisen, hat sich bewährt, und ist den Genossen zur Nachachtung zu empfehlen.

* * *

Die Parteipresse. Wie die unten folgende Tabelle ziffernmäßig ausweist, hat die Zahl der erscheinenden Organe eine Verminderung erfahren. Sowohl die Zahl der politischen wie der gewerkschaftlichen Blätter hat sich um je drei verringert. Wer jedoch aus diesem Rückgang auf Verminderung und Schwächung der Bewegung in den bezüglichen Kreisen schließen wollte, würde zu einem Fehlschluß kommen.

An Stelle der eingegangenen Blätter ist im Eisenacher Kreis das „Gothaer Volksblatt", in Wurzen die „Leipziger Volkszeitung" und im Kreise Zeitz-Naumburg-Weißenfels das Haller „Volksblatt" eingeführt. Man kann mit Fug und Recht behaupten, hat in den drei Kreisen auch die Quantität,

vorerst die Auflage eine Einbuße zu verzeichnen, so wird dieser Ausfall durch die Qualität des den Lesern Gebotenen mehr wie wett gemacht. Die begründete Aussicht ist vorhanden, daß in kurzer Zeit der frühere Abonnentenstand nicht nur erreicht, sondern überholt sein wird.

Fast scheint es, als wenn den gemachten Erfahrungen von Seiten der Parteigenossen nicht die nöthige Beachtung geschenkt wird. Anders ist es nicht zu verstehen, daß man in verschiedenen Parteiorten sich mit der Frage der Herausgabe eines Blattes beschäftigt, ohne auch nur die Mittel der ersten Einrichtung zu besitzen. Eine nochmalige nachdrückliche Warnung an dieser Stelle erscheint deshalb angebracht. Sie findet vielleicht bessere Beachtung als die im geschäftlichen Verkehr mit den Genossen ertheilte. Wie sehr die ertheilten Warnungen am Platze waren, lehrt außerdem ein Blick auf die Zuwendungen, die der Presse aus der Parteikasse gemacht werden mußten. Bei der Vergleichung mit der vorjährigen Ausgabe für die Presse ist noch in Betracht zu ziehen, daß im verflossenen Geschäftsjahr nur halbjährige Aufwendungen für den „Sozialdemokrat" in Rechnung stehen.

Der Eingang der drei Gemerkschaftsblätter ist ein direkter Gewinn für die Gewerkschaftsbewegung. Er wurde bedingt durch die Verschmelzung dreier kleiner Verbände mit bestehenden größeren verwandter Berufsgenossen.

Die folgende vergleichende Tabelle giebt ziffernmäßigen Aufschluß über den Stand der Parteipresse.

Es erschienen:

a) Politische Blätter:

	1891	1892	1893	1894	1895	1896
wöchentlich 6 Mal	27	32	32	37	39	41
„ 3 „	23	20	25	20	20	17
„ 2 „	7	6	7	9	8	9
„ 1 „	10	12	11	8	9	6
alle 14 Tage	1	—	—	—	—	—
	68	70	73	74	76	73

b) Gewerkschaftsblätter:

	1891	1892	1893	1894	1895	1896
wöchentlich 3 Mal	1	1	1	1	1	1
„ 2 „	—	1	—	—	—	—
„ 1 „	24	28	28	27	27	27
monatlich 3 „	3	3	2	2	2	—
alle 14 Tage	22	20	19	19	18	19
alle 3 Wochen	—	—	—	—	—	1
monatlich 1 Mal	4	3	5	4	5	2
	54	56	55	53	53	50

Als wissenschaftliche Revue erscheint wöchentlich bei J. H. W. Dietz in Stuttgart die „Neue Zeit". Der Förderung gesunden Witzes und Humors dienen der „Wahre Jakob" und der „Süddeutsche Postillion", ersterer bei Dietz, Stuttgart, letzterer in München bei Ernst erscheinend.

Die in Breslau beschlossene Preisherabsetzung des „Neue Welt-Kalender" auf 40 Pf. hat die erhoffte Steigerung der Nachfrage gebracht. Die auf 120 000 vorgesehene Auflage war bereits Ende Oktober vergriffen. Ein Nachdruck mußte aber aus technischen Gründen unterbleiben. Nach den gemachten vorjährigen Erfahrungen ist die gegenwärtige aufgelegte Auflage auf 140 000 fixirt worden.

Die wöchentlich erscheinende illustrirte Unterhaltungsbeilage „Neue Welt" erscheint seit dem 1. März d. J. unter der Redaktion des Genossen Edgar Steiger. Die Beilage umfaßt jetzt 12 statt früher 8 Seiten. Die Vergrößerung des Umfangs wurde bedingt um einer reicheren und gewählteren Auswahl von

Text und Illustrationen entsprechen zu können, ein Wunsch in dem sich Leser und Redaktion begegneten. Die Vergrößerung und Ausgestaltung des Blattes hat eine starke Steigerung der Herstellungskosten verursacht; da eine Erhöhung des Bezugspreises nicht stattgefunden hat, mußte das aus der Vergrößerung sich ergebende erhebliche Defizit aus der Parteikasse gedeckt werden. Es wird Sache des Parteitages sein, zu erwägen, ob in dieser Beziehung eine Aenderung vorzunehmen ist.

Zu den im vorjährigen Bericht aufgeführten Gegenden, in denen die Genossen sich die Herausgabe und unentgeltliche Verbreitung von Landes- oder Provinzial-Kalender angelegen sein ließen, die den besonderen Verhältnissen angepaßt, sind einige weitere hinzugekommen. Der Kalender ist ein bequemes und sehr begehrtes Agitationsmittel geworden.

* * *

Aus der unten angefügten Abrechnung des „Vorwärts" ergiebt sich, daß das Budget desselben sich fast auf gleicher Höhe wie das vorjährige bewegt. Obwohl in runder Summe eine Mehreinnahme von 38 000 Mk. erzielt wurde, so war der sich ergebende der Parteikasse zugute kommende Ueberschuß doch um rund 3500 Mk. geringer geworden, da die Ausgaben ebenfalls um 40 456 Mk. gestiegen sind. Letztere ergeben sich aus der Veranstaltung zahlreicher Beilagen, die durch die parlamentarischen Berichte und thatkräftige Unterstützung der Lohnkämpfe nothwendig waren.

	Juli-September 1895	Oktober-Dezember 1895	Januar-März 1896	April-Juni 1896
A. Eingänge:				
Abonnementsgelder durch die Expedition	92358 70	96535 60	100204 95	98530 20
Abonnementsgelder durch die Post	8290 30	10469 20	11076 —	9361 30
Inseraten-Einnahme	25056 95	33240 40	34541 35	38119 65
Gewinn aus dem Broschürenverkauf durch die Expedition		876 95		
Gesammt-Einnahme Mk.	125705 95	141122 15	145822 30	146011 15
B Ausgänge:				
Diverse Unkosten: (Porto für Kreuzbänder, Gebühren f. Ueberweisungen, Porto u. Depeschen der Redaktion, Telephon, Steuern, Beleuchtung, Heizung, Laufburschen der Redaktion, Schreibutensilien, Geschäftsbücher, Formulare 2c. 2c.)	4605 45	5508 25	6115 35	4742 10
Zeitungs-Abonnement	346 —	359 30	338 75	329 45
Berichterstatter-Honorar	6972 60	9211 05	6541 85	7245 80
Feuilleton	712 95	555 40	936 30	977 40
Redaktion und angestellte Mitarbeiter	12105 10	12216 75	13584 50	13094 95
Depeschen und Parlamentsberichte	640 —	730 30	1170 30	1457 45
Neue Welt	6553 40	6962 60	7189 30	7085 70
Gehälter der Expedition	2512 —	2397 —	2468 —	2468 —
Miethe	1125 —	1125 —	1215 —	1215 —
Gerichtskosten und Strafen	944 75	772 40	1106 20	1525 70
Redaktionsbibliothek	186 55	135 50	8 25	505 75
Druckrechnung	73989 45	90138 90	94139 90	90321 25
Gesammt-Ausgabe Mk.	110693 25	130112 45	134813 70	130968 55
Gewinn	15012 70	11009 70	11008 60	15042 60
wie oben unter A Mk.	125705 95	141122 15	145822 30	146011 15

Der Gesammtüberschuß beträgt Mk. 52 073,60.

Berlin, den 18. September 1895.

Im Auftrage des Partei-Ausschusses revidirt und mit Belägen richtig befunden.

H. Meister. Clara Zetkin. Erd. Dubber.

Die Preß-Kommission hat nach dem im Prozeß Auer und Genossen gefällten Urtheil, das die vorläufige Schließung derselben aufhob, ihre Thätigkeit in dem früheren Umfang wieder aufgenommen.

* * *

Die Begleichung der Außenstände von dem „Sozialdemokrat" steht noch aus vielen Orten aus. Wiederholte Mahnungen sind bisher fruchtlos geblieben. Die neu zu wählende Parteileitung wird den Versuch machen müssen, unter Beihilfe der Vertrauensleute die Beträge einzutreiben. Insgesammt stehen noch aus 1586,12 Mk.

Die Schluß-Abrechnung unseres Zentral-Wochenblattes **„Der Sozialdemokrat"** pro Juli 1895 bis 30. Juni 1896 ergiebt folgendes Resultat:

	Juli-Sept. 1895		Okt.-Dez. 1895		Jan.-März 1896		April-Juni 1896	
A. Eingänge:								
Abonnementsgelder	4053	96	4025	84	771	93	50	45
Parteizuschuß	2737	78	3364	25				
Kassabestand vom IV. Quartal 1895. .					194	40		
Kassabestand vom I. Quartal 1896 . .							10	45
Gesammt-Einnahme Mk.	6791	74	7390	09	966	33	60	90
B. Ausgänge:								
Druckrechnung	2217	—	2068	90				
Redaktion	2000	—	2115	80				
Expedition	743	—	717	35				
Mitarbeiter	671	13	1105	31				
Diverse Unkosten: Bureau-Utensilien, Miethe, Beleuchtung, Bibliothek und Zeitungsabonnement	253	10	187	89	4	65		
Porto: Versand der Zeitungen, sowie Korrespondenz der Redaktion u. Exped.	883	31	738	54	19	78	1	79
Gerichts- und Haftkosten	24	20	261	90				
Kassabestand vom I. Quartal 1896 . .			194	40				
Kassabestand vom II. Quartal 1896 . .					10	45		
Parteileitung					931	45	45	81
Rückzahlung an Remittenden							13	30
Gesammt-Ausgabe Mk.	6791	74	7390	09	966	33	60	90

* * *

Ueber den Geschäftsbetrieb der **Buchhandlung Vorwärts** während des Jahres 1895/96 können wir folgende Mittheilungen machen:

Sowohl der Waaren-Umsatz wie der Reingewinn waren im Geschäftsjahre 1895/96 niedriger als im Vorjahre, und zwar ersterer um 15 000, letzterer um 9000 Mk. Dieser Rückgang des Waaren-Umsatzes erklärt sich einerseits

aus der Ueberfüllung des sozialistischen Büchermarktes überhaupt, hauptsächlich aber daraus, daß die Neupublikationen des letzten Jahres vorwiegend billige, auf den Massenabsatz berechnete Broschüren waren. Dadurch wird selbstverständlich auch die Höhe des Reingewinnes beeinflußt, der außerdem durch gegen frühere Jahre erhöhte Abschreibungen des Lagerbestandes reduzirt wurde.

Da jedoch der Zweck der Buchhandlung Vorwärts in erster Linie nicht die Erzielung möglichst hoher Erträgnisse ist, sondern vielmehr die Verbreitung sozialistischer Literatur, so kann trotz des scheinbaren Rückganges in diesen Zahlen das Jahresergebniß ein völlig zufriedenstellendes genannt werden. Denn in der That ist die Zahl der zur Verbreitung gebrachten Broschüren und Flugschriften im abgelaufenen Geschäftsjahre höher gewesen als im Vorjahre. Die Buchhandlung Vorwärts gab achtzehn neue Publikationen heraus, die insgesammt eine Auflage von 926 000 Exemplaren erreichten; dazu kamen dreizehn Neudrucke früherer Erscheinungen in der Höhe von 73 000 Exemplaren, so daß durch die Buchhandlung Vorwärts allein im verflossenen Geschäftsjahre eine Million sozialistischer Druckschriften unter die Massen gebracht wurde.

Von der Mai-Zeitung wurden 320 000 Exemplare abgesetzt, von der März-Zeitung trotz der zu Unrecht erfolgten Konfiskation der Breslauer Staatsanwaltschaft 98 000 Exemplare. Als die Berliner Polizei Ende 1895 durch Auflösung der Brandenburger Agitationskommission deren Thätigkeit lahmgelegt zu haben meinte, trat die Buchhandlung Vorwärts an die Herausgabe des „Märkischen Landbote" heran und brachte 130 000 Exemplare zur Verbreitung. Und so zeigte sich immer, daß, wenn Polizei oder Gerichte zu einem Streiche wider die Sozialdemokratie ausgeholt hatten, die Widerstandskraft der Partei ungebrochen blieb und ihr Agitationseifer frisch angefeuert wurde. Als Liebknecht wegen seiner Eröffnungsrede am Breslauer Parteitage von Breslauer Richtern der Majestätsbeleidigung für schuldig erklärt wurde, ging die Geschichte und Darstellung des Prozesses Liebknecht in 19 000 Exemplaren unter die Massen; nach der Kaiserrede beim Gardefestmahl am 2. September fand die Auer'sche Rede über „Sedanfeier und Sozialdemokratie" 76 000 Abnehmer; die Kritik des Septemberkurses durch unsere Abgeordneten im Reichstag 14 000, der Essener Meineidsprozeß, dargestellt und kritisirt von F. Lütgenau, 19 000. Das Arbeiter-Elend in der Konfektions-Industrie erzielte 10 000, die Arbeiterschutz-Heuchelei 5000 Auflage, „Zweierlei Recht" 11 000. Ein für die ländlichen Kreise Norddeutschlands berechnetes Flugblatt: Wie die Junker dem Bauern helfen wurde in 143 000 Exemplaren verbreitet, Calwer's Arbeiterkatechismus in 25 000 Exemplaren. Eine aus Anlaß des Todes von F. Engels erschienene kurze Biographie hatte 10 000, Schippel's jüngst herausgegebene Währungsfrage 22 000 und das Breslauer Parteitags-Protokoll 39 000 Auflage.

Dem auf so vielen Parteitagen gestellten Verlangen nach Jugendliteratur hat die Buchhandlung Vorwärts durch Herausgabe des Buchs der Jugend von Emma Adler ebenfalls zu entsprechen versucht. Doch ist die Nachfrage nach dem Buch trotz der günstigen Besprechung durch die Presse hinter den gehegten Erwartungen zurückgeblieben, sodaß die für 1896 in Aussicht genommene Herausgabe eines zweiten Bandes einstweilen unterblieben ist. Die Sammlung sozialistischer Theaterstücke wurde um ein neues Heft: Arbeiter-Jubiläum von C. Preczang erweitert und neben einer Neuausgabe der Gewerbeordnung erschien eine kritische Darstellung des deutschen Pulverrings. Von der Neuauflage früherer Erscheinungen heben wir nur Bracke's „Nieder mit den Sozialdemokraten" hervor, die im verflossenen Jahre in 25 000 Exemplaren verbreitet wurde.

Wenn wir neben dieser propagandistischen Thätigkeit der Buchhandlung Vorwärts noch hervorheben, daß sie auch der Parteikasse zur weiteren Agitation im verflossenen Jahre — vom 1. Juli 1895 bis 30. Juni 1896 — 20000 Mk. zur Verfügung stellen konnte — gegen 14 000 Mk. im Vorjahre —, so glauben wir unsere Auffassung oben mit Recht dahin präzisiren zu dürfen, daß Stand und Thätigkeit derselben als zufriedenstellend erachtet werden kann.

* * *

Kassenbericht. Der diesjährige Kassenbericht umfaßt wieder einen Zeitraum von 12 Monaten. Einnahmen wie Ausgaben weisen daher im Vergleich mit dem vorjährigen Bericht höhere Beträge auf. Der Kassenabschluß selbst ist zwar ein relativ günstiger, doch zeigt die tabellarische Uebersicht von neuem eine starke Abnahme der allgemeinen Parteibeiträge. Gegen das Vorjahr ist die Zahl der Orte, die Beiträge an die Parteikasse abgeliefert haben, um 111 zurückgegangen. Zum Theil erklärt sich dieser Rückgang allerdings durch die vielen und umfangreichen Lohnbewegungen, die im Berichtsjahr stattgefunden haben. Die Genossen großer Bezirke wurden entweder direkt in Klassenkämpfe verwickelt und damit in ihrer Parteithätigkeit gelähmt, oder durch Sammlungen für Streikende und Ausgesperrte so in Anspruch genommen, daß für den Augenblick die finanzielle Pflichten gegen die Partei in die zweite Linie gestellt werden mußten. Anderen Parteiorten wieder wurden durch behördliche Maßnahmen oder Prozesse so schwere Opfer auferlegt, daß sie nichts an die Zentralkasse abliefern konnten, diese vielmehr noch in Anspruch nehmen mußten.

Nicht verschwiegen soll aber auch werden, daß es in weiten Kreisen der Partei Brauch geworden ist, sich nur dann der Parteikasse zu erinnern, wenn Anforderungen an dieselbe zu stellen sind.

Die Organisationen ganzer Orte und Wahlkreise vernachlässigen ihre parteigenössischen Pflichten in der gröblichsten Weise, indem sie von ihren Einnahmen Jahr für Jahr keinen Pfennig an die Parteikasse abführen. Würden nicht einzelne Genossen bei besonderen Gelegenheiten kleine Beiträge senden, die tabellarische Uebersicht schrumpfte auf den Raum einer Seite zusammen. Leider sind es vielfach gerade die ältesten Parteiorte, die in dieser Beziehung mit schlechtem Beispiel vorangehen. So haben nach der diesjährigen Aufstellung zwei zusammenhängende Wahlkreise, in denen bei der letzten Reichstagswahl 47 500 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, einen gemeinsamen Jahresbeitrag von 6 — sechs — Mark, ein anderer Wahlkreis, der bei der letzten Reichstagswahl 18 000 sozialdemokratische Stimmen aufbrachte, hat einen Jahresbeitrag von 4 — vier — Mark und 35 Pfennig, und zwei weitere Wahlkreise mit 14 000 resp. 12 000 sozialdemokratischen Stimmen haben Jahresbeiträge von 0,00 abgeliefert.

Diese Beispiele könnten noch um viele weitere vermehrt werden, doch wird das Vorgeführte hoffentlich genügen, um die Genossen allerorts auf einen sehr wunden Punkt in unserem Parteileben aufmerksam zu machen.

Im einzelnen vertheilen sich die Einnahmen und Ausgaben wie folgt:

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse

vom 1. September 1895 bis 31. August 1896.

A. Einnahmen.

Im Monat:	Insgesammt		Von den gesammten Einnahmen entfielen auf:									
			Allgemeine Einnahmen		Darlehns-Konto		Zinsen		Ueberschuß des „Vorwärts"		Diverse	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1895												
September	6025	45	4128	95	750	—	299	35	—	—	847	15
Oktober	54737	47	39294	77	250	—	—	—	15012	70	180	—
November	24624	35	5864	05	17750	05	—	—	—	—	1010	25
Dezember	9510	34	9250	34	150	—	60	—	—	—	50	—
1896												
Januar	38988	12	16359	57	7525	—	4090	55	11009	70	3	30
Februar	15891	63	14830	53	950	—	111	10	—	—	—	—
März	14539	15	14389	15	150	—	—	—	—	—	—	—
April	28576	64	11892	84	4650	—	33	75	11008	60	991	45
Mai	9878	—	9628	—	250	—	—	—	—	—	—	—
Juni	9083	60	9083	60	—	—	—	—	—	—	—	—
Juli	31737	76	10969	41	1000	—	4605	75	15042	60	120	—
August	26579	08	22750	02	3 83	25	—	—	—	—	645	81
	270171	59	168441	23	36608	30[1]	9200	50	52073	60	3847	96[2]

270 171,59 Mk.

Hierzu Bestand vom 31. August 1895 6 702,14 Mk.

276 873,73 Mk.

B. Ausgaben.

Im Monat:	Insgesammt		Von den genannten Ausgaben entfielen auf: Unterstützungen		Prozeß- und Gefängnißkosten		Allgemeine Agitation		Wahl-Agitation		Reichstagskosten		Agrar-Arbeiten		Gehälter und Verwaltungs-Ausgaben		Darlehns-Konto		Preß-Unterstützungen		Vermischte Ausgaben	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1895																						
September .	28593	90	820	—	626	25	2742	40	650	—	197	—	300	—	1658	25	10300	—	11300	—	—	—
Oktober .	31750	25	1354	—	303	—	6891	45	2889	30	—	—	849	—	1176	40	250	—	18037	10	—	—
November .	17240	—	1060	—	1068	10	4672	10	844	50	—	—	—	—	945	30	800	—	7850	—	—	—
Dezember .	12875	19	889	—	546	20	2496	30	700	—	2500	—	—	—	1684	69	1700	—	2359	—	—	—
1896																						
Januar . .	22488	10	2210	—	205	—	2794	25	635	—	4350	—	324	60	1773	75	3000	—	6774	25	421	25
Februar .	14810	50	436	—	1181	—	2870	05	—	—	2100	—	—	—	778	85	4000	—	3440	—	4	60
März . .	13013	40	3395	—	735	—	3154	10	450	70	3600	—	—	—	1381	35	—	—	200	—	97	25
April . .	19631	03	915	—	122	—	4977	98	249	60	2500	—	—	—	1536	45	8170	—	1100	—	60	—
Mai . . .	26264	15	567	—	576	55	1861	80	12	60	2800	—	—	—	746	20	10000	—	9560	—	140	—
Juni . . .	13549	35	640	—	108	60	1249	30	627	20	3500	—	—	—	1124	25	5000	—	1300	—	—	—
Juli . . .	13285	64	895	—	342	70	4990	10	1184	—	2600	—	—	—	1443	84	—	—	1830	—	—	—
August . .	16621	05	1100	—	168	—	2812	50	500	—	—	—	150	—	809	20	5500	—	5581	35	—	—
	230122	56	14281	—[1]	5982	40	41512	33	8742	90	24147	—[2]	1623	60	15058	53[3]	48720	—	69331	70	723	10

	230 122,56	Mk.
Ausgabe für Kapitalanlage	29 432,60	Mk.
Kassenbestand am 31. August 1896	17 318,57	Mk.
	276 873,73	Mk.

Berlin, den 18. September 1896.

Im Auftrage des Partei-Ausschusses revidirt und mit den Belägen richtig befunden.

H. Meister. Clara Zetkin. Erd. Dubber.

Bemerkungen zu A. Einnahmen:

[1]) Die Einnahmen und Ausgaben aus dem Darlehns-Konto pflegen sich in der Regel die Wage zu halten. In diesem Jahre übersteigen die Ausgaben die Einnahmen um 12122 Mk., doch sind in der letzteren Summe 11000 Mk. Kautionen enthalten, die in kurzer Zeit in die Parteikasse zurückfließen dürften.

[2]) Unter diesen Eingängen befinden sich 775 Mk., die zurückgezahlt wurden für Broschüren, die in der Provinz Brandenburg zur Vertheilung gelangt sind; ferner 1000 Mk., die als Abzahlungsrate für den Verkauf einer Druckerei eingingen, und 977,26 Mk. Abonnements-Restbeträge vom „Sozialdemokrat".

Bemerkungen zu B. Ausgaben.

[1]) Unterstützungen wurden, wie üblich, nur gezahlt an Genossen oder Angehörige von Genossen, die wegen ihrer Parteithätigkeit gemaßregelt oder sonstwie geschädigt wurden.

[2]) Die Reichstagskosten hielten sich, infolge der ungewöhnlich langen Tagung des Reichstages, auf der bereits im Vorjahr erreichten Höhe. Die im September 1895 gebuchten 197 Mk. gehören noch zu den Ausgaben für die vorjährige Session. Das Mitglied der Fraktion, welches für diese die Kassengeschäfte besorgt, hat erst nach dem Abschluß des vorjährigen Kassenberichtes mit dem Kassirer abgerechnet.

[3]) Unter dieser Rubrik befinden sich die Ausgaben für Gehälter, Miethe für Bureauräume, Porto und Telegrammgebühren, Druckkosten für Zirkuläre u. s. w., Reisekosten u. s. w. Durch die infolge der Kölnerei nothwendig gewordene Verlegung der Parteileitung von Berlin nach Hamburg sind eine Reihe von Mehrausgaben entstanden. Die Gesammtausgaben sind deshalb etwas höher als im Vorjahr.

C. Ausgaben für die Parteipresse,

im Einzelnen nachgewiesen.

„Augsburger Volkszeitung"	Mk.	2700,—
„Agramer Parteizeitung"	„	1000,—
„Bremer Bürgerzeitung"	„	5200,—
„Breslauer Volkswacht"	„	17700,—
„Bukarester Parteizeitung"	„	1000,—
„Niederrheinische Volkstribüne"	„	100,—
„Gothaisches Volksblatt"	„	1000,—
„Neue Wurzener Zeitung"	„	400,—
„Oberfränkische Volkszeitung"	„	390,—[1])
„Rheinische Zeitung"	„	10620,—[2])
„Saalfelder Volksblatt"	„	500,—
„Sozialdemokrat"	„	6252,05[3])
„Teltower Volksblatt"	„	1858,70
„Thüringer Tribüne"	„	2800,—
„Unterfränkische Volkstribüne	„	675,—
„Volksblatt für Anhalt"	„	600,—
„Volksblatt für Hessen"	„	243,—
„Volksfreund" bez. „Volksstimme f. Elsaß-Lothringen"	„	5792,95
„Wiener Arbeiter Zeitung"	„	10000,—
„Zeitzer Volksbote"	„	500,—
	Mk.	69331,70

Bemerkungen zu C. Ausgaben für die Parteipresse.

[1]) Außer dem hier angeführten Betrage wurde noch dem inhaftirten Redakteur der „O. V." 6 Monate Gehalt gezahlt.

[2]) Mit den Kölner Parteigenossen ist ein Abkommen getroffen worden, nach welchem vom 1. Oktober 1896 bezw. vom 1. Januar 1897 ab der „Rheinischen Zeitung" nur noch ein Zuschuß von 1000 Mk. pro Quartal gezahlt wird.

[3]) Von dieser Summe müssen die unter den diversen Einnahmen befindlichen 977,26 Mk. Abonnementsgelder, die nach dem Eingehen des „Sozialdemokrat" noch eingezogen wurden, in Abrechnung gebracht werden.

Tabellarische Uebersicht

der

seit dem Breslauer Parteitage eingegangenen Partei-Beiträge

1. September 1895 bis 31. August 1896.

Ort bezw. Kreis	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Aachen	1,10	—	—	100,00	24,66	—	—	—	—	—	—	—
Achim	—	5,00	5,00	—	5,00	—	—	5,00	—	—	1,43	—
Aken	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—
Altchemnitz. .	—	—	—	—	2,20	—	2,00	—	—	—	—	—
Altona	—	20,00	1000,00	10,00	6,30	1000,00	—	2,57	—	—	—	1000,00
Apolda	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Aprath	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Auerbach i. V.	—	6,00	15,00			2,80	—	—	—	—	—	—
Bamberg . . .	—	15,00	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—
Bant, 2. oldenb. Wahlkreis . .	—	300,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Barmen . . .	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	100,00
Bockum i. W.	—	—	—	—	3,50	—	—	—	—	—	—	—
Bergedorf . .	—	—	—	30,00	—	55,00	50,00	—	—	—	50,00	—
Berlin I. . .	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—
„ II. . .	—	377,30	400,00	800,00	300,00	—	750,00	600,00	1000,00	300,00	—	500,00
„ III. . .	—	—	—	—	—	—	—	700,00	—	215,45	—	—
„ IV. . .	—	2987,50	—	3013,65	1000,00	—	1506,75	1053,00	2000,00	—	1000,00	—
„ V. . .	—	—	—	—	300,00	—	—	300,00	—	—	400,00	—
„ VI. . .	250,00	450,00	1050,00	1000,00	—	2000,00	—	2050,00	2000,00	450,00	—	2738,07
Berlin, div. .	422,20	812,05	229,00	495,40	967,97	326,95	512,40	422,10	246,65	547,90	287,70	369,10
Bernburg . .	100,00	—	—	—	150,00	—	—	—	—	—	—	—
Birkenwerder	—	—	2,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bischofswerda .	—	—	—	2,30	—	—	—	—	—	—	—	—
Blankenhain .	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Bochum . . .	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Boitzenburg .	—	31,60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Boppard . . .	6,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12,00
Bornim . . .	—	0,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Brackel	—	—	—	—	—	—	200,00	400,00	—	—	—	—
Braunschweig	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—
Bremen . . .	—	—	—	—	5,00	1,00	—	—	—	200,00	—	—
Bremerhaven	—	—	—	—	—	—	—	—	3,35	100,00	—	—
Breslau . . .	5,00	5,00	—	605,00	3,50	—	—	—	—	6,90	—	—
Bromberg . .	—	—	—	—	—	5,05	—	—	—	—	—	—
Bulach	—	—	—	6,50	1,55	—	—	—	—	—	—	—
Burgsteinfurt	—	6,20	13,20	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Callenberg in Schlesien .	—	—	—	—	—	6,00	—	—	—	—	—	—
Cassel.	100,00	—	—	—	419,01	—	—	—	200,00	20,00	—	200,00
Chemnitz, 16. sächs. Wahlkr.	—	—	—	—	—	500,00	—	—	—	—	—	500,00
Chemnitz . . .	—	—	—	—	—	—	17,00	—	—	—	—	—
Cossebaude . .	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—
Cotta	—	7,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Cottbus . . .	110,00	118,60	10,00	10,00	14,00	10,00	10,00	10,00	10,00	11,20	10,00	10,00
Crimmitschau	—	2,40	—	—	—	—	—	200,00	—	—	4,50	30,00
Derne-Hostede .	—	—	—	—	—	—	—	—	4,10	—	—	—
Döbeln	10,00	—	40,00	—	13,00	—	—	—	—	—	—	—

Ort bezw. Kreis	Septemb.	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Dortmund . .	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—
Dresden . . .	—	—	—	3,00	—	2,50	—	—	—	—	—	—
Dresden, 5. sächs. Wahlkr.	—	—	—	—	500,00	—	—	—	—	—	—	—
Düsseldorf . .	—	—	—	—	—	—	—	—	14,00	—	—	—
Eckartshausen	—	—	—	—	3,45	—	—	—	—	—	—	—
Ehrenfriedersdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—
Elberfeld . . .	—	—	—	—	—	—	300,00	—	—	300,00	—	—
Elbing	2,40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ellerbeck-Wellingdorf	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—
Elmshorn . .	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,0
Erfurt	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Erlangen . . .	—	—	2,30	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Essen a. R. .	—	—	—	4,15	—	—	—	—	—	—	—	—
Eulenburg . .	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—
Eupen	—	—	—	8,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Eutin	—	—	—	14,40	—	—	—	—	—	—	—	—
Falkenb. O.-S.	—	2,00	—	2,00	2,00	—	2,00	2,00	2,00	2,00	—	2,0
Falkenst. i. V.	—	—	—	5,35	—	—	—	—	—	—	—	8,5
Finsterwalde.	—	—	—	4,30	—	—	—	—	—	—	—	—
Flensburg . .	6,00	30,00	—	—	—	31,10	—	—	30,00	—	—	—
Forchheim . .	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—
Forst i. L. . .	—	200,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,0
Frankfurt M.	500,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Frankenhausen a. K.	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Freiberg . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,50	—	—
Freiburg i. B.	—	2,90	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Friedrichshagen	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Frohburg . .	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—
Fürth	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	48,00	—
Fulda	—	—	—	—	—	—	—	—	11,70	—	—	—
Gelsenkirchen	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—
Genf	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—
Genua	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gera (Reuß) .	50,00	50,00	—	100,00	80,00	—	100,00	—	100,00	—	100,00	—
Gersdorf . . .	—	—	—	—	1,15	—	—	—	—	—	—	—
Glückstadt . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,0
Görlitz	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Goldberg Schl.	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Goslar	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gränitz	—	—	1,15	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Greiz	—	—	—	—	—	300,00	—	—	—	—	100,00	—
Halberstadt .	—	50,00	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—
Halle a. S. .	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg I.	—	2000,00	—	—	—	3000,00	—	—	2000,00	—	—	3000,0
„ II.	1000,00	—	1000,00	—	—	1000,00	—	1000,00	—	—	2500,00	—
„ III.	—	—	—	1000,00	—	1000,00	—	1000,00	—	—	—	2000,0
Hamburg div.	162,95	50,00	40,00	184,35	5514,05	63,33	31,50	28,00	386,00	428,00	88,00	288,5
Hanau Wahlkr.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—
Hannover . .	—	—	—	1000,00	—	1000,00	—	—	1000,00	—	1000,00	—
Harburg . . .	300,00	—	—	—	—	301,98	—	—	—	5,00	—	300,0
Hartha	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	30,00	—	—

Ort bezw. Kreis	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Hastedt b. Bremen	50,00	—	—	—	25,00	25,00	25,00	25,00	25,00	25,00	25,00	10,00
Haynau i. Schl.	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Heinrichsort	2,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hildesheim, 10. han. Wahlkreis	—	—	—	—	200,00	—	—	—	—	—	—	—
Hirschberg	—	—	11,00	—	1,00	—	—	—	—	—	—	—
Höhscheid	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—
Jastrow	—	—	4,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Jauer	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	34,38	—
Jena	—	—	—	—	—	22,50	—	—	—	—	—	—
Ilmenau	99,85	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	10,00
Ingolstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	40,00	—	—	—
Iserlohn	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—
Kalk	—	—	110,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kaiserslautern	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—
Karlsruhe	—	—	—	—	5,30	—	—	—	—	—	—	—
Kaufbeuren	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—
Kellinghusen	25,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,00
Kiel	—	—	—	—	1,00	—	—	—	—	—	—	—
Kirchberg i. S.	—	—	—	—	—	9,20	—	—	—	—	—	—
Kirchhain N.-L.	—	—	—	—	11,55	—	—	—	11,35	—	—	—
Königsberg i. Pr.	20,00	20,00	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Königsee	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—
Koblenz	—	—	—	—	—	—	6,00	—	—	—	—	—
Konradsthal	—	—	—	2,50	—	—	—	—	—	—	—	—
Konstanz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00
Külzschau	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—
Lambrecht	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—
Landskrona	—	—	11,70	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Langenbielau	—	100,00	—	—	—	100,00	—	100,00	—	100,00	—	100,00
Langerfeld	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—
Laufach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Laufigk	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Lägerdorf	6,40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Leipzig	2,50	—	—	—	—	—	—	1,50	—	—	—	2,00
Lichtenstein-Callenb.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Limbach i. V.	—	—	—	3,00	—	—	4,55	—	—	—	—	—
Löderburg	—	—	—	—	—	10,55	—	—	—	—	—	—
Lübeck	—	203,20	—	—	—	200,00	—	—	—	—	—	—
Lüdenscheid	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Luckenwalde	—	1,70	—	—	—	—	1,20	—	—	—	2,40	—
Ludwigshafen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—
Luxemburg	200,00	—	—	200,00	—	—	200,00	—	—	200,00	—	—
Magdeburg	—	—	—	—	—	—	—	1000,00	—	—	—	—
Mannheim	—	—	—	50,00	—	—	50,00	—	—	—	50,00	—
Melsungen	—	—	—	—	—	—	1,00	—	—	—	—	—
Memel	—	—	—	—	7,20	—	—	—	—	—	6,00	—
Mühlburg i. B.	—	—	—	—	—	2,70	—	—	—	—	—	—
Mühltroff	1,75	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mülheim a. d. R.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,70
München	300,00	5,00	—	5,00	5,00	7,47	15,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00
Münster i. W.	—	—	—	—	—	—	35,00	—	—	—	—	—
Muskau	—	—	—	15,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Mylau	13,80	2,55	1,20	13,50	—	—	—	—	—	—	—	50,00
Netzschkau	4,00	—	—	1,20	—	50,00	—	—	100,00	—	—	—

Ort bezw. Kreis	Septemb.	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Neudamm	4,00	4,00	—	4,00	4,00	4,00	—	4,00	—	4,00	—	4,00
Neuendorf	1,00	1,00	1,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neugersdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	1,30	—	—	—
Neuhaldensleben-Wolmirstedt, Wahlkreis	—	—	—	—	—	—	50,00	—	46,00	—	—	32,00
Neu-Ruppin	—	—	1,20	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neustadt (O.-Schl.)	—	10,00	—	—	—	6,50	—	—	—	—	—	—
Neviges	—	—	—	—	—	—	—	15,00	—	—	—	—
Niederbarnimer Kreis	—	366,50	—	—	—	—	—	314,07	—	—	—	300,00
Niederschönweide	—	1,10	—	—	—	—	—	—	10,00	—	5,00	—
Nienburg a. W.	—	—	150,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nordhausen	10,50	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—
Nürnberg	—	300,00	—	—	—	—	—	500,00	—	—	—	—
Nürzhausen	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Oberwendig	—	—	—	—	—	—	20,20	—	—	—	—	—
Oberstein	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,00
Oelsnitz i. V.	—	2,05	—	—	—	—	—	2,05	4,00	—	—	—
Oerlinghausen	—	—	—	—	—	—	25,00	—	—	—	—	—
Ronsdorf	—	30,00	40,00	20,00	20,00	—	20,00	—	—	20,00	20,00	—
Rostock	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	100,00
Rosenthal	—	—	3,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Offenbach a. M.	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—
Offenbach-Dieburg, Wahlkreis	—	—	—	—	—	—	50,00	—	50,00	—	—	—
Offenburg i. B.	—	—	—	10,00	—	20,20	—	—	—	—	—	—
Oranienburg	—	—	—	—	—	—	—	—	8,00	—	—	—
Osnabrück	—	—	20,00	—	9,00	—	—	—	—	—	—	—
Ottendorf-Okrilla	—	—	—	3,50	—	4,10	—	—	—	—	—	—
Ottensen	—	17,05	1000,00	—	—	10,00	—	—	10,00	—	—	10,00
Paris	—	—	—	—	—	40,00	—	—	—	—	—	—
Pausa i. V.	—	—	—	—	10,00	—	—	5,00	—	—	—	—
Penig	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—
Perleberg	—	—	—	3,24	1,25	—	—	—	—	—	—	—
Pforzheim	30,30	—	10,00	—	—	—	20,00	—	—	10,00	—	17,00
Pilghausen-Höhscheid	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Pirmasens	—	—	—	—	—	—	—	—	4,40	—	—	—
Plauen i. V.	—	—	25,00	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—
Pößneck	—	5,17	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—
Podejuch	—	—	—	—	—	3,50	—	—	—	—	—	—
Pohlitz b. Greiz	—	—	—	—	—	7,50	—	—	—	—	—	—
Posen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00
Prenzlau	3,30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Pulsnitz	—	—	—	—	4,65	—	—	—	—	—	—	—
Radeberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,65	—	—
Rawitsch	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichenbach i. V.	51,50	4,10	—	50,00	—	—	51,40	—	—	50,00	—	—
Reiherstieg	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reinsdorf	—	—	—	—	—	—	—	2,30	—	—	—	—
Rehme	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—
Remscheid	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,00
Rendsburg	—	—	3,30	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rixdorf	—	—	—	—	—	—	—	17,30	—	—	—	—
Röderau	—	—	—	—	—	40,00	—	—	—	—	—	—
Rohnau	—	—	—	—	—	7,15	—	—	—	—	—	—
Ronneburg	—	—	—	—	—	9,00	—	—	—	—	—	—

Ort bezw. Kreis	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Rüppurr	—	—	—	—	—	—	—	—	8,00	—	—	—
Saargemünd	—	—	—	1,80	—	—	—	—	—	—	—	—
Sagan	—	—	—	—	14,35	5,85	52,15	—	12,55	—	—	—
Sande	—	—	—	—	—	—	3,50	—	—	—	—	—
Sandershausen	—	—	—	—	—	—	—	16,50	—	—	—	—
Schkeuditz	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schönebeck	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—
Schwedt a. O.	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Schweinfurt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00
Schwerin i. M.	—	—	—	—	—	1,75	—	—	—	—	—	—
Selbke	—	15,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Siebenbrunn	—	—	—	—	—	—	—	—	1,20	—	—	—
Solingen	—	—	—	40,20	50,00	—	—	—	—	—	—	—
Sonneberg	—	7,00	—	—	—	—	—	—	—	—	15,00	—
Sorau	—	—	—	—	32,60	—	—	—	—	—	50,00	—
Spa	—	—	—	1,60	—	—	—	—	—	—	—	—
Spandau	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Spremberg	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Springe	6,60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Staßfurt	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—
Stein bei Nürnberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—
Steinpleis	—	2,20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Steglitz	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Stettin	—	200,00	—	—	—	—	100,00	—	200,00	—	100,00	—
Stuttgart	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—
Tannenberg	6,60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Teltower Kreis	—	—	100,00	—	—	—	—	40,00	—	—	—	—
Tiefenfurt	—	—	—	6,90	—	—	—	—	—	—	—	—
Trachenberg	—	—	—	—	15,60	—	—	—	—	—	—	—
Treptow a. R.	—	—	—	2,50	—	—	—	—	—	—	—	—
Trier	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Unna	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Velbert	—	—	—	—	31,00	—	—	—	—	—	—	—
Velten	—	—	—	—	—	—	—	—	6,80	—	—	—
Vegesack	—	—	—	—	—	2,50	47,60	—	—	—	—	—
Verden	—	—	—	—	—	2,25	—	—	—	—	—	—
Vohwinkel	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wahren b. Leipzig	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00
Waldenburg i. Schl.	—	—	150,00	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—
Waldheim	141,50	—	—	5,50	—	—	—	—	—	—	—	—
Wandsbeck	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00
Warthau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7,00	—
Weißenfels	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Werdau	—	—	—	—	—	—	2,00	6,00	—	—	—	—
Werder a. H.	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wilhelmshaven	—	—	—	—	—	—	—	—	1,60	—	—	—
Wilkau	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wilster	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7,00	—	—
Winsen a. L.	—	—	—	—	32,20	—	—	—	—	—	—	4,45
Wittenberge	—	—	—	—	—	15,00	—	—	—	—	—	—
Wolfenbüttel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,80
Württemberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	300,00
Würzburg	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—
Wunsiedel	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zürich	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—	—

Ort bezw. Kreis	Septemb.	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Zwickau	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mann im Mond	—	1900,00	—	—	1325,00	—	—	2000,00	—	—	1800,00	—
Nord. Wasserk.	—	10000,00	—	—	—	—	10000,00	—	—	—	—	10000,00
„Vorwärts"*) . .	—	15012,70	—	—	11009,70	—	—	11018,60	—	—	15042,00	—
V.-V. P. S. . . .	—	—	—	—	5000,00	—	—	—	—	6000,00	—	—
Werther	—	—	—	—	—	3000,00	—	—	—	—	3000,00	—
Diverse.	—	18383,10	5,00	—	35,00	—	—	—	—	—	—	—

Verfolgungen und Bestrafungen. Mit der Zuspitzung der Klassengegensätze nimmt der Klassenkampf schärfere Formen an. Die Bourgeoisie ist auf der ganzen Linie in die Defensive gedrängt. Sie muß ihren Besitzstand vertheidigen. Daß dabei die auf den Leib der bürgerlichen Gesellschaft zugeschnittene Gesetzgebung bis an die äußerste Grenze gegen den angreifenden Theil zur Anwendung kommt, ist selbstverständlich. Doch damit nicht genug. Strebsame Staatsanwälte und in der Interpretationskunst erfahrene Richter suchen den vom preußischen Justizminister proklamirten Grundsatz: „Wenn Zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe", nach Kräften zu Ehren zu bringen.

Einer besonderen Aufmerksamkeit seitens der Staatsanwaltschaft hatten sich im Berichtsjahr unsere Organe in Erfurt und Breslau zu erfreuen. In Erfurt brachte der Pflichteifer des Staatsanwalts diesen selbst auf die Anklagebank. Eine von ihm in öffentlicher Gerichtssitzung dem Genossen Hülle zugefügte Beleidigung mußte er mit 50 Mk. büßen. Viele Strafen wurden über Genossen verhängt, die aus Anlaß der zahlreichen Ausstände angeblich gegen das Gesetz verstoßen haben sollten. Der geringste Verstoß gegen die „Freiheit der Arbeit" blieb nicht ungeahnt.

Das Schicksal unserer am 17. August 1895 in Essen verurtheilten Genossen beschäftigt unausgesetzt, weit über die parteigenössischen Kreise hinaus, die öffentliche Diskussion. Von der ethischen Gesellschaft ausgehend ist eine Bewegung im Fluß, die sich die zu erlangende Begnadigung als Ziel gesteckt hat. Die Bewegung ist zwecklos. Voraussetzung der Begnadigung ist die Bewerbung um dieselbe durch die Verurtheilten. Ein Anrufen der landesherrlichen Gnade ist für Sozialdemokraten ausgeschlossen, dazu kommt, daß unsere Essener Verurtheilten felsenfest von ihrer Unschuld überzeugt sind und niemals sich dazu verstehen werden, das wider sie ergangene Urtheil durch ein Gnadengesuch anzuerkennen.

Ein Nachspiel hat der Prozeß des Essener Schwurgerichts in dem am 19. Juni d. J. vor dem Kölner Landgericht wegen Münterbeleidigung gegen den Genossen Hofrichter verhandelten Prozeß gefunden. Die vernommenen Entlastungszeugen machten dieselben Aussagen, wegen der die Essener Verurtheilten im Zuchthause büßen müssen. — Die Glaubwürdigkeit der in Köln vernommenen Zeugen wurde von dem Gerichtshof in dem Urtheil ausdrücklich anerkannt, — die Essener Zeugen galten den Geschworenen als Meineidige.

Sowohl die Geld- wie die Gefängnißstrafen erreichten im Berichtsjahr fast die gleiche Höhe wie im Vorjahr.

*) Die Differenz in der Gesammtsumme mit der Angabe im Parteibericht erklärt sich daraus, daß 9000 Mk. bereits im Vorjahre im Juli und August quittirt sind.

Verurtheilungen erfolgten im:

Monat	Gefängnißstrafen				Geldbuße
	Jahre	Monate	Wochen	Tage	Mark
September	2	—	3	3	2195
Oktober	10	1	—	—	2941
November	14	9	1	3	3195
Dezember	3	7	2	6	1822
Januar	9	4	4	1	2381
Februar	10	2	—	—	3017
März	5	10	—	4	1624
April	6	—	2	4	4098
Mai	6	9	—	3	3539
Juni	6	10	4	6	2318
Juli	4	1	2	2	3019
August	5	10	—	4	1624
Zusammen	84	8	1	1	31773

Eine sehr charakteristische Erscheinung im letzten Jahrzehnt des Jahrhunderts sind die sich häufenden Verurtheilungen wegen Majestätsbeleidigung. Wir können — ein Beweis für die politische Schulung unserer Parteigenossen — feststellen, daß das Gros dieser „Verbrecher" sich nicht aus den Reihen der Sozialdemokratie rekrutirt. Trotz aller Opfer steht die Partei unentwegt, geschlossen und bereit, wie bisher, so in Zukunft für die Befreiung der Arbeiterklasse jedes Opfer zu bringen.

Hamburg, im September 1896.

Der geschäftsführende Ausschuß.

Bericht über die parlamentarische Thätigkeit

der Reichstags-Fraktion.

Der Reichstag wurde im vorigen Jahre überraschend spät, erst auf den 3. Dezember, einberufen. Da ihm außer seiner üblichen Thätigkeit auch noch eine so außerordentliche, verwickelte Aufgabe wie die Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuches bevorstand, so schienen der Initiative der Parteien von vornherein engere Grenzen gezogen wie sonst.

Die sozialdemokratische Fraktion beschränkte sich deshalb darauf, einige der wichtigsten Forderungen der Partei in Anträgen neu zu formuliren oder aus früheren Sessionen zu wiederholen; zur Erörterung weiterer Beschwerden und Wünsche der deutschen Arbeiterklasse bot ja voraussichtlich der Gang der Verhandlungen von selber reichlich Gelegenheit.

Der in Berlin eingeleitete Prozeß gegen die Parteiorganisation wies in erster Linie auf eine energische Kritik im Parlament hin. Er gewährte zugleich die beste Waffe gegen Bestimmungen wie § 8 des preußischen Vereinsgesetzes, die — unparteiisch angewendet — die Spitzen aller politischen Parteien und aller wirthschaftlichen Interessenvertretungen auf die Anklagebank bringen mußten. Dazu kam, daß die Misère unseres Vereins- und Versammlungsrechts sich zu jener Zeit auch sonst für die Arbeiter doppelt fühlbar machte. Einmal war die Handhabung auch dieser Gesetze seit der Sedan-Entrüstung eine viel schärfere geworden; „wir sind den Gefühlen aller Wohlgesinnten im Deutschen Reiche gerecht geworden, wenn wir seit diesem Sommer die Zügel etwas straffer angezogen haben", meinte der Kanzler kurz nach der Eröffnung des Reichstages. Diese schärfere Handhabung wandte sich gegen die deutsche Arbeiterklasse gerade in demselben Augenblick, in dem der fast überall sich regende industrielle Aufschwung auf eine starke Zunahme der Lohnkämpfe hindrängte; das in der Gewerbeordnung zugestandene Koalitionsrecht war an allen Ecken und Enden durch unsere reaktionären Vereinsgesetze beschränkt und durchbrochen. Dazu hatte man bereits weitere vereinsgesetzliche Fesseln für die Frauen angekündigt. Ein Gesetzentwurf der Fraktion ging deshalb dahin:

§ 1.

Die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, sich zu versammeln.

Zur Veranstaltung und Abhaltung von Versammlungen bedarf es weder einer Anmeldung bei einer Behörde, noch einer Erlaubniß durch eine Behörde. Versammlungen und Umzüge, die auf öffentlichen Straßen und Plätzen stattfinden, sind spätestens sechs Stunden vor ihrem Beginn durch den Veranstalter oder Einberufer bei der mit der Ordnung des öffentlichen Verkehrs betrauten Ortsbehörde anzuzeigen.

§ 2.

Die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, Vereine zu bilden.

§ 3.

Alle den vorstehenden Bestimmungen widersprechenden Gesetze und Verordnungen einschließlich derer, welche die Verabredung und Vereinigung zum Behufe der Erlangung günstigerer Lohn- und Beschäftigungsbedingungen hindern, untersagen oder unter Strafe stellen, sind aufgehoben.

§ 4.

Wer die Ausübung der in vorstehenden Paragraphen gewährleisteten Rechte hindert oder zu hindern versucht, wird mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetz nicht eine härtere Strafe eintritt.

§ 5.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündigung in Kraft.

Da die in allen Industriezweigen ausgebrochenen oder bevorstehenden gewerkschaftlichen Kämpfe stets die Verkürzung der Arbeitszeit als eines der bedeutsamsten Ziele erstrebten, so schien es geboten, auch die gesetzliche Verkürzung und Festlegung des Arbeitstages abermals zur Sprache zu bringen. Einem vielleicht nicht ganz glücklichen Beschlusse des vorigen Parteitages nachkommend, wurde deshalb der Antrag eingebracht: „die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch die regelmäßige tägliche Arbeitszeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältniß im Gewerbe-, Industrie-, Handels- und Verkehrswesen beschäftigten Personen auf acht Stunden festgesetzt wird."

Weiter verlangte die Fraktion:

die Ausdehnung der Reichsgewerbeordnung auf Elsaß-Lothringen und die Aufhebung aller damit in Widerspruch stehenden landesgesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen,

die Aufhebung aller landesgesetzlichen Sonderbestimmungen über die „Rechtsverhältnisse der land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter und des Gesindes zu ihren Arbeitgebern beziehungsweise zu ihrer Dienstherrschaft" und deren Ersatz durch die Bestimmungen der Gewerbeordnung,

einen Entwurf eines Reichs-Berggesetzes.

Ihren eigenen Entwurf einer verbesserten Seemannsordnung legte die Fraktion ebenfalls wieder vor.

Ferner sollte die in ihrer Organisation und Thätigkeit immer mehr unzureichende Fabrikinspektion erweitert werden zu einer Aufsicht über „alle" Betriebe und Gewerbe, „einschließlich der Heimarbeit, Handel, Verkehr, Bergbau, Land- und Forstwirthschaft, Fischerei und Schifffahrt". Die Inspektion sei einer Reichs-Zentralaufsichtsbehörde zu übertragen, welche dieselbe nach Inspektionsbezirken zu organisiren hat. In den Inspektionsbezirken sollte die Betriebsaufsicht von Reichsbeamten und Beigeordneten gemeinsam ausgeübt werden mit dem Recht, ihre Anordnungen zwangsweise durchzuführen. Die Beigeordneten seien auf Grund eines allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts von den Hilfspersonen aller Betriebe zu wählen. Die Forderung besonderer weiblicher Inspektoren war selbstverständlich aufgenommen: weibliche Beamte und Beigeordnete sollten entsprechend der Zahl der in den Betrieben beschäftigten weiblichen Hilfspersonen anzustellen, beziehungsweise zu wählen sein.

Auch mit der Verbesserung der gewerblichen Rechtsprechung beschäftigte sich ein Antrag. Die Gründung von Gewerbegerichten sollte nicht mehr von dem Belieben der Gemeinden abhängig, sondern obligatorisch sein; weiter sei die Zuständigkeit auszudehnen auf alle Streitigkeiten, die „aus dem Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältniß aller im Gewerbe, Bergbau, in der Land-, Forstwirthschaft und Fischerei, im Handel und Verkehr oder als Gesinde beschäftigten Personen" entstehen. Die Theilnahme an den Wahlen und die Be-

rufung zu Mitgliedern eines Gewerbegerichts solle auch auf die in den genannten Berufen beschäftigten weiblichen Personen ausgedehnt werden. Weiter sei die Verleihung des Wahlrechts und der Wählbarkeit auf das zwanzigste Lebensjahr herabzusetzen.

Besonders die Vorgänge in Sachsen gaben dann den Anstoß, die Landtagswahlrechts-Verhältnisse vor den Reichstag und damit vor die weiteste Oeffentlichkeit zu bringen durch die Wiederholung des bekannten Zusatzantrages zu Artikel 3 der Reichsverfassung:

> In jedem Bundesstaat und in Elsaß-Lothringen muß eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählte Vertretung bestehen. Das Recht zu wählen und gewählt zu werden haben alle über zwanzig Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts in dem Bundesstaate, in dem sie ihren Wohnsitz haben.
>
> Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushalts-Etats erforderlich.

Gegen die vollständige politische Rechtlosigkeit unserer Genossen in den Reichslanden richtet sich der Antrag auf Einführung des deutschen Preßgesetzes für Elsaß-Lothringen, sowie auf Aufhebung der außerordentlichen Vollmachten des elsaß-lothringischen Statthalters — gegen eine der beschämendsten Erscheinungen im politischen Leben Deutschlands, gegen die zahlreichen Majestätsbeleidigungsprozesse, der Antrag, die §§ 95, 97, 99 und 101 des Strafgesetzbuches zu beseitigen. Da die grassirenden politischen Verfolgungen auch zahlreiche unserer Abgeordneten trafen und der parlamentarischen Thätigkeit zu entreißen drohten, so schien es dringlicher wie je, für die Reichstagsvertreter nicht bloß die Einstellung der Prozesse für die Dauer der Session zu erwirken, sondern durch einen Zusatz zu Artikel 31 der Verfassung gesetzlich ausdrücklich zu bestimmen, daß auf Verlangen des Reichstags auch die Strafhaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufzuheben sei.

* * *

Außer dem Antrag, der die elsaß-lothringischen Preßverhältnisse betrifft und der in drei Lesungen angenommen wurde, ist bis jetzt nur der Gesetzentwurf über das **Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht** zur parlamentarischen Erledigung gelangt — freilich in einer Weise, welche für die Mehrheit im Reichstage wie für die Regierungen gleich charakteristisch ist.

Der Antrag Auer wurde gemeinsam berathen mit einem denselben Gegenstand betreffenden Antrag der freisinnigen Volkspartei (Ancker u. Gen.). Die erste Lesung erstreckte sich über nicht weniger als drei Schwerinstage (29. Januar, 8. Februar, 18. Februar). Die zweite Lesung fand dann am 3. Juni, die dritte am 17. Juni statt.

Der Hauptantheil an der Debatte fiel natürlich unseren Vertretern zu. Sie geißelten in schärfster und eindrucksvollster Weise die Buntscheckigkeit der deutschen Vereinsgesetze und das „zweierlei Recht", das selbst innerhalb desselben Landes für Arbeiter und Unternehmer, für regierungsfromme und oppositionelle Parteien bestehe. In einer ganzen Reihe von Staaten gilt der alte Bundestagsbeschluß vom 13. Juni 1854 noch, daß Arbeitervereine und Verbrüderungen, welche politische, sozialistische und kommunistische Zwecke verfolgen, überhaupt verboten sind. In Anhalt darf sich nur der Anhaltiner, nicht aber der „ausländische" Reichsdeutsche einer politischen Vereinigung anschließen. In Sachsen-Meiningen und Sachsen-Weimar bestehen gesetzliche Normen über das Vereins- und Versammlungswesen überhaupt nicht. Das hatte früher den Vortheil, daß man sich sagte: was nicht verboten ist, ist erlaubt; und man hatte deshalb, speziell in Sachsen-Weimar, ein vollständig freies Vereinsleben. Die Behörde hat aber die Sache nach und nach umgekehrt und sagt jetzt: wenn nichts gesetzlich geregelt ist, dann hängt die Entscheidung über die Zulässigkeit

ganz von der Willkür der Behörde ab; und so haben die dortigen Behörden unseren Parteigenossen gegenüber die Vereins- und Versammlungsmöglichkeit in einzelnen Orten vollständig untergraben. In den Reichslanden dürfen politische Vereine, wenn sie über 20 Mitglieder haben, überhaupt nicht ins Leben treten, wenn sie nicht seitens der zuständigen Behörde vorher die Genehmigung haben. Damit ist einfach für alle Oppositionsparteien die Gründung politischer Vereine abgeschnitten. Daß Mecklenburg gar kein Vereins- und Versammlungsrecht hat, ist bekannt. In Mecklenburg dürfen politische Vereine nur nach vorhergegangener ministerieller Genehmigung gegründet werden. In Reuß ä. L. ist Recht und Gesetz, daß politische Vereine überhaupt verboten sind. Württemberg wiederum hat ein verhältnißmäßig freies Vereins- und Versammlungsrecht. Die politische und gewerkschaftliche Schulung vollzieht sich nun zu einem guten Theil in den Vereinen und Versammlungen; das allgemeine Wahlrecht wie das Koalitionsrecht setzen beide geradezu zu ihrer vernünftigen Ausübung diese Schule voraus, die man auf jede Weise den Arbeitern vorenthält. Wie soll das Koalitionsrecht der Frauen zur Anwendung kommen, wenn den Frauen zugleich die politische Bethätigung in politischen Vereinigungen versagt ist? Beide Gebiete greifen so in einander hinein, daß eine Lähmung der politischen zugleich eine Untergrabung der gewerkschaftlichen Thätigkeit ist. Das in der Gewerbeordnung gewährleistete Koalitionsrecht wird ähnlich auch den männlichen Arbeitern vollständig illusorisch gemacht; jede Ausbildung einer gereiften gewerkschaftlichen Erfahrung wird so verhindert: „Unser heutiger Zustand, wo in kurzen Zwischenräumen die gewerkschaftlichen Organisationen immer wieder zerstört und vernichtet werden in Folge unserer urreaktionären Vereins- und Versammlungsgesetzgebung, dieser Zustand führt dahin, daß in den Arbeiterkreisen und den leitenden, führenden Kreisen derselben die Erfahrungen, die bei früheren Gelegenheiten gesammelt worden sind und die zu beachten sehr nützlich wäre, ehe man in neue Unternehmungen eintritt, einfach verloren gehen. (Sehr richtig! links.) Denn dazwischen kommen immer Polizei und Gerichte und zerstören wieder, was vorhin organisirt worden war. Wollen Sie, daß auf diesem Gebiet manche Thorheiten unterbleiben — und es passiren solche, das ist gar nicht zu vermeiden, die Unerfahrenheit, die mangelnde Kenntniß der Dinge, die Ueberschätzung der eigenen Kraft führt mit Nothwendigkeit auf Abwege — wollen Sie, daß das vermieden wird, dann geben Sie auch den Arbeitern das Recht der Koalition und Vereinigung und bringen Sie die Bestimmung bei Seite, um die Sie sich nicht im geringsten kümmern: daß Koalitionen auf Grund des Gewerberechts mit politischen Angelegenheiten sich nicht befassen dürfen. Das ist eine Bestimmung, die sich nicht aufrecht halten läßt, die fortgesetzt übertreten wird und übertreten werden muß; denn wenn sie nicht übertreten wird, dann können derartige Organisationen überhaupt nicht bestehen. Daß die Unternehmer sich organisiren, daß sie von dieser ihrer Organisation den ausgiebigsten Gebrauch machen, soll ihnen gewiß nicht zum Vorwurf gemacht werden. Aber wir dürfen doch wohl mit Fug und Recht verlangen, daß, was den Unternehmern recht ist, auch den Arbeitern billig ist."

In Elsaß-Lothringen dürfen nicht nur keine politischen Versammlungen der Arbeiter stattfinden, sei es auch nur zum Zwecke der Rechenschaftsablegung seitens der Reichstagsvertreter, auch das Koalitionsrecht steht dort für Arbeiter nur auf dem Papier. „Ich habe — äußerte einer unserer Abgeordneten — hier einen Versammlungsantrag der Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Zahlstelle Mülhausen, welche eine öffentliche Sitzung abhalten wollten mit der Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder, Entrichtung der Beiträge, Kassenbericht, Geschäftsbericht, Verschiedenes — also rein gewerkschaftliche Angelegenheiten. Diese öffentliche Sitzung — aus welchen Gründen, ist allerdings nicht angegeben; aber bei der elsässischen Regierung

geht es ja immer noch ohne Grund her — die betreffende Vereinssitzung wurde einfach verboten. Wo bleibt da das Koalitionsrecht? Ich habe hier weiter das Verbot einer Versammlung, deren Thema war: „Die Besprechung der Lage der Textilarbeiter und der Nutzen der Organisation", ein Thema, das sich vollständig im Rahmen des § 152 der Gewerbeordnung halten würde — verboten von seiten des Kaiserlichen Ministeriums für Elsaß-Lothringen".

Das geschieht jedoch nicht nur im Lande des Diktaturparagraphen. So wird Hannover nationalliberal regiert. Alle von Unternehmern, Geistlichen 2c. unabhängigen Gewerkschaften erhalten jedoch dort nach übereinstimmendem Formular folgende Zustellung:

Nach den angestellten Beobachtungen ist der Verein zur Wahrung gewerkschaftlicher Interessen . . . als ein politischer zu erachten.

Ich mache den Vorstand deshalb darauf aufmerksam, daß Vereine dieser Art den beschränkenden Bestimmungen des § 8 des Gesetzes vom 11. März 1850 unterliegen. Hiernach dürfen sie keine Frauenspersonen, Schüler und Lehrlinge als Mitglieder aufnehmen und nicht mit anderen Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken, insbesondere nicht durch Komités, Ausschüsse, Zentralorgane oder ähnliche Einrichtungen oder durch gegenseitigen Schriftwechsel in Verbindung treten. Auch dürfen Frauenspersonen, Schüler und Lehrlinge den Versammlungen und Sitzungen solcher Vereine nicht beiwohnen.

Der Oberpräsidialrath in Hannover vertritt in seinen amtlichen Schriftstücken sogar ausdrücklich die Meinung, „daß die als Zweck bezeichnete Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zu den politischen Gegenständen gehört" — und gestützt auf dieses Schriftstück erließ die Polizei von Hildesheim in abgekürztem Verfahren gleich eine dementsprechende generelle Verfügung für 16 Gewerkschaften. In Celle kam dann die Behörde zu der weiteren Konsequenz, „daß die Polizeidirektion die Erlaubniß zur Abhaltung eines Balles des hiesigen Lokalverbandes der Zimmerer am ersten Pfingstfeiertag nicht ertheilen kann, da nach § 8 des Vereinsgesetzes Frauenspersonen an Zusammenkünften politischer Vereine nicht theilnehmen können". — Gesangvereine werden in Hannover unter polizeiliche Kontrolle gestellt: „Die Personen des Vorstandes genügen — nach dem Wortlaut einer Verfügung — der Behörde, um festzustellen, daß der Verein ein politischer sei." Frauen müssen deshalb als Mitglieder entfernt, die Versammlungen angemeldet werden. Aehnlich geht es Turnvereinen, der Freien Volksbühne.

Zur Kennzeichnung der Zustände in Bayern genügt folgender kurzer Auszug aus der Rede eines bayrischen Genossen: „Der Herr Abg. Rickert hat ausführlich darauf hingewiesen, daß keinerlei Unterschied mehr in Preußen bestände zwischen den Begriffen „politische Angelegenheit" nnd „öffentliche Angelegenheit". Bei uns in Bayern besteht ein solcher Unterschied überhaupt nicht; dort kennt man nur „öffentliche Angelegenheiten"; zu denen gehören die politischen Angelegenheiten eo ipso und an allem, was als sogenannte öffentliche Angelegenheit erklärt wird, dürfen Frauen und Minderjährige sich nicht betheiligen. Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden, sind für diese Kategorie von Staatsangehörigen von vornherein verschlossen. Um Ihnen ein ganz genaues Bild zu geben, was bei uns als öffentliche und also als politische Angelegenheit gilt, will ich Ihnen den einschlägigen Satz aus einem oberstrichterlichen Erkenntniß, welches in München am 29. Dezember 1894 gefällt worden ist, zitiren, worin es heißt:

Alles, was über das Privatinteresse einer einzelnen physischen oder juristischen Person hinausgeht, ist als „öffentliche Angelegenheit" anzusehen. Hiernach, m. H., können Sie sich ja einen Begriff machen, wie weit man in öffentlichen Versammlungen gehen kann, ohne dem Gesetz zu verfallen. . . Wir in Bayern haben den Hauptstreit mit der Regierung und mit der Polizei

hauptsächlich wegen des Ausschlusses der Frauen aus allen Versammlungen, in denen sogenannte öffentliche Angelegenheiten erörtert werden. . . Nun steht die Sache so. Art. 15 des bayerischen Vereins- und Versammlungsgesetzes hat folgenden Wortlaut:

Frauenspersonen und Minderjährige können weder Mitglieder politischer Vereine sein, noch Versammlungen derselben beiwohnen.

Daraus hat man nach einem Kommentar des verstorbenen Staatsrechtslehrers Dr. von Pözl die Sache so gedreht, daß man sagt, es widerspreche dem Geist des Gesetzes, wenn Frauen blos von Versammlungen politischer Vereine und nicht von politischen Versammlungen an sich ausgeschlossen seien. Nach dieser Interpretation hat man lange Jahre das Vereins- und Versammlungsrecht gehandhabt und gesagt, den Frauen und Minderjährigen sei der Besuch der politischen Versammlungen als solcher verboten. Eine neue Erfindung geht dahin, daß man sagt: die sozialdemokratische Partei ist „ein über ganz Deutschland verbreiteter politischer Verein unter dem Namen sozialdemokratische Partei", jede Versammlung, die von einem Sozialdemokraten einberufen oder geleitet wird, oder in der ein Sozialdemokrat spricht, ist als eine Versammlung dieses über ganz Deutschland verbreiteten Vereins aufzufassen (Heiterkeit links), ergo ist jede sozialdemokratische Versammlung eine Vereinsversammlung, und ergo sind aus diesen Versammlungen überhaupt Frauen und Minderjährige auszuschließen! . . Man hat nun mittelst dieser Auslegung des Gesetzes es so weit gebracht, daß Frauen und Minderjährige auch ihre rein wirthschaftlichen Interessen nicht mehr zu vertreten vermögen, indem man auch Versammlungen, in denen die allerharmlosesten Gegenstände erörtert werden, als sozialdemokratische bezeichnet, sobald die Voraussetzungen gegeben sind, die ich Ihnen genannt habe. So ist im vorigen Jahre in der Stadt Fürth eine Versammlung verboten worden, respektive davon abhängig gemacht, daß Frauen und Minderjährige sie nicht besuchen dürfen, in der auf der Tagesordnung gestanden hat die Erörterung der Frage, ob nicht in einem bestimmten Erwerbszweig die Mittagspause von 1 auf $1^1/_2$ Uhr ausgedehnt werden soll."

Die Neigung, eine und dieselbe Zusammenkunft je nach den Zwecken der Behörde bald für eine Vereinsmitglieder-, bald für eine öffentliche Versammlung zu erklären, führt im Regierungsbezirk Arnsberg zu den seltsamsten Widersprüchen. Dort wird auf ein Urtheil des Oberverwaltungsgerichts Bezug genommen, wonach die Polizeistunde gilt nicht für Vereine, wohl aber für öffentliche Versammlungen. „Nun verfährt die Polizei im Regierungsbezirk Arnsberg so: bis zum Eintritt der Polizeistunde sind die Versammlungen, zu welchen das Agitationskomitee den Referenten vermittelt hat, Vereinsversammlungen, und deswegen müssen die Frauen hinaus; pünktlich mit Eintritt der Polizeistunde verwandelt sich die Vereinsversammlung in eine öffentliche Versammlung und muß nunmehr geschlossen werden. Dieselbe Versammlung geht also sofort über in eine öffentliche, ohne daß sich etwa der Gegenstand der Berathung geändert hätte oder der Kreis der Theilnehmer."

Das war sogar durch die Mittheilungen über neuere sächsische Erfahrungen kaum noch zu überbieten. Daß dort Rauchklubs, Kegelklubs, Gesang- und Turnvereine der Arbeiter als politisch gelten, ist eine alte Sache. Verbietet man die Versammlungen nicht unmittelbar, so doch mittelbar, indem man die den Arbeitern zur Verfügung stehenden Säle für baupolizeilich ungenügend erklärt: ein Nothausgang genüge nicht, und sind zu viel Thüren da, so erklärt man wieder die mögliche polizeiliche Ueberwachung für ungenügend! „Im vorigen Jahre zur Landtagswahl ist im 36. ländlichen Wahlkreise den Leuten nicht ein einziges Lokal zur Versammlung genehmigt worden; wir gingen an einige Oekonomen und baten darum, uns Wiesengrundstücke zu überlassen.

Es waren mehrere bereit dazu. Als das erste Gesuch von uns eingereicht war, gab die Amtshauptmannschaft Chemnitz zu verstehen, daß dann der Nachbar bedroht sein könnte, und wir wurden aufgefordert, um dessen Genehmigung nachzusuchen. Der zweite Nachbar wurde gefragt; derselbe war sofort bereit und sagte: gut, ihr könnt immerhin Versammlungen abhalten, denn ich habe abgeerntet. Als nun das zweite Gesuch kam, und sich auch der zweite Besitzer dazu bereit erklärte, wurde gesagt: ja, aber der dritte und vierte Nachbar kann bedroht sein. Als auch diese die Genehmigung dazu ertheilten, erklärte die Amtshauptmannschaft: aber das Grundstück ist nicht umfriedigt, wir haben nicht die Leute, die Polizei dazu, um alles zu bewachen. Sofort wurden Zimmerleute geholt, und ein Verschlag mit Latten gemacht. Da erklärte nun die Polizei wieder: ja, das könnte der Sittlichkeit schaden; Sie haben nicht für das Nöthige gesorgt, wenn da ein menschliches Bedürfniß eintritt. (Heiterkeit links.) So konnten wir im ganzen ländlichen Bezirk auch nicht eine einzige Versammlung abhalten." Als in Penig die Arbeiter die „Lohnfrage" erörtern wollten, verbot man die Versammlung, weil sie das „seit langem in Penig zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern herrschende beste Einvernehmen stören" könnte.

Diese Darlegungen, die auch von polnischer, antisemitischer und selbst von freisinniger Seite ergänzt wurden, machten diesmal einen tieferen Eindruck wie früher. Besonders war die Behandlung des Berliner Prozesses gegen die Partei sehr wirksam, weil alle Parteien das gethan hatten und weiter thun müssen, weßwegen die sozialdemokratische Partei angeklagt und verurtheilt worden war. Man entschloß sich daher, eine Kommission von 21 Mitgliedern mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes betreffend das Vereins- und Versammlungswesen zu betrauen. Der erwählte Vorsitzende der Kommission, ein Konservativer v. Stein, streikte zwar beharrlich, desgleichen fehlten die übrigen Konservativen beständig, sogar in der Unterzeichnung des vom nationalliberalen Abgeordneten Bassermann erstatteten Kommissionsberichtes — was in den parlamentarischen Annalen neu sein dürfte. Es kam aber doch ein Entwurf zu Stande, aus dem wir einige Bestimmungen hervorheben:

§ 1.

Alle Deutschen sind berechtigt, sich **ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubniß** friedlich und unbewaffnet zu versammeln.

Soweit solche Versammlungen zu politischen Zwecken dienen, sind minderjährige Personen ausgeschlossen.

Zwecke, welche unter den **§ 152 der Gewerbeordnung** fallen, **gelten nicht als politische Zwecke.**

§ 2.

Von öffentlichen Versammlungen zu **politischen** Zwecken hat der Veranstalter mindestens 24 Stunden vor dem Beginn der Versammlung unter Angabe des Ortes und der Zeit derselben **Anzeige** bei der Ortspolizeibehörde zu machen. Dieselbe hat darüber **sofort** eine kostenfreie **Bescheinigung** zu ertheilen . . .

§ 3.

Volksversammlungen, die **nicht in geschlossenen oder umfriedeten** Räumen stattfinden, sind bei der Ortspolizeibehörde wenigstens 48 Stunden vor Beginn der Versammlung **anzuzeigen.** Die Ortspolizeibehörde hat über die geschehene Anzeige eine kostenfreie Bescheinigung sofort zu ertheilen . . .

Versammlungen sowie öffentliche Auf- und Umzüge, zu welchen **öffentliche Plätze und Straßen** benutzt werden sollen, bedürfen der vorgängigen Genehmigung derjenigen Behörde, welcher die Straßenpolizei über diese Räume zusteht.

Ein Verbot darf nur aus Gründen des Verkehrsinteresses erfolgen . . .

§ 4.

Alle Deutschen haben das Recht, sich zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwider laufen, in Gesellschaften zu vereinigen.

Die Verbindung solcher Gesellschaften untereinander ist zulässig.

§ 5.

Die Vorsteher politischer Vereine sind verpflichtet, die Satzungen des Vereins und jede Aenderung der Satzungen binnen acht Tagen, nachdem der Verein gegründet oder die Abänderung eingetreten ist, der Ortspolizeibehörde zur Kenntnißnahme einzureichen, welche über die erfolgte Einreichung der Satzungen oder ihrer Abänderungen sofort eine kostenfreie Bescheinigung zu ertheilen hat . . .

§ 7.

Die Ortspolizeibehörde ist befugt, in jede öffentliche Versammlung zu politischen Zwecken amtliche Abgeordnete zu senden. Dieselben müssen sich als solche bei dem Veranstalter legitimiren. Es ist ihnen ein angemessener Platz einzuräumen.

§ 8.

Die amtlichen Abgeordneten der Polizeibehörde sind befugt, eine solche Versammlung zu politischen Zwecken aufzulösen, wenn in derselben die Erörterung von Anträgen oder Vorschlägen durch den Vorsitzenden zugelassen wird, welche eine Aufforderung zu strafbaren Handlungen enthalten, oder wenn in der Versammlung Bewaffnete erscheinen, die zu entfernen nicht gelingt, oder wenn die Zulassung der amtlichen Abgeordneten der Polizeibehörde verweigert wird.

§ 9.

Der Abgeordnete der Polizeibehörde ist vor der Auflösung verpflichtet dem Vorsitzenden der Versammlung den Grund zur Auflösung anzugeben...

§ 10.

Auf die durch das Gesetz oder durch die gesetzlichen Autoritäten angeordneten Versammlungen, auf die Vorberathungen von Mitgliedern dieser Versammlungen, auf die Versammlungen der Reichstagswähler, der Wahlmänner und Urwähler für die Landtags- und Kommunalvertretungen nach erlassenen Wahlausschreiben, sowie auf die aus solchem Anlaß gebildeten Vereine finden die Bestimmungen der §§ 2 und 5 des gegenwärtigen Gesetzes keine Anwendung.

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Annahme eines solchen Gesetzes, trotz mancher unklaren und auch unzureichenden Bestimmung, einen großen Fortschritt gegen die heutige Misère darstellen würde. Bereits bei der zweiten Berathung im Plenum trat jedoch die Gegenströmung stärker hervor. Nationalliberale und Zentrum erklärten, für einzelne Paragraphen nur deshalb zu stimmen, um eine dritte Lesung zu ermöglichen. Diese sollte dann mit mit einem „Nothvereinsgesetz" abschließen, über das man bis zur dritten Lesung einig zu sein hoffte. Hier lag denn auch der vereinbarte Antrag Bassermann vor, anstatt des Kommissionsentwurfes lediglich folgendes Gesetz zu beschließen:

Einziger Artikel.

Inländische Vereine jeder Art dürfen mit einander in Verbindung treten. Entgegenstehende landesgesetzliche Bestimmungen sind aufgehoben.

Die Regierung gab noch keine bindende Erklärung zu diesem Antrage ab; Herr v. Böttticher theilte nur mit, daß der Bundesrath dem Beschlusse der zweiten Lesung, also dem Kommissionsentwurf, „die Zustimmung nicht zu ertheilen geneigt ist"; zum Nothvereinsgesetz habe der Bundesrath noch keine Stellung nehmen können. Herr v. Stumm war entschieden gegen den Antrag Bassermann: „Materiell ist der Antrag gerechtfertigt, aber nur in Verbindung mit einer allgemeinen Revision des Vereinsgesetzes im Reich oder in Preußen, und ich muß offen gestehen, ich würde es geradezu für eine Schwäche des

Bundesraths ansehen, wenn er sich auf einen anderen Standpunkt stellen wollte." In der ersten Lesung hatte Herr v. Stumm offener gesprochen. Er meinte da: „Ich erkläre mich vollkommen bereit, im preußischen Landtag mitzuwirken, daß das Vereins- und Versammlungsrecht einer Revision unterzogen wird. Wir brauchen beispielsweise in Preußen nur unter Aufhebung der angegriffenen Bestimmung eine ähnliche Bestimmung einzuführen, wie sie in Bayern besteht, wo es im Art. 19 heißt:

Jede Polizeibehörde ist befugt, Vereine zu schließen, wenn dieselben die religiösen, sittlichen, gesellschaftlichen Grundlagen des Staates zu untergraben suchen.

Meine Herren, sobald eine solche Bestimmung eingeführt wird — und ich wünsche dringend, daß sie in Preußen recht bald eingeführt werde —, können wir das Verbot, daß politische Vereine unter einander in Verbindung treten, gern preisgeben."

Das Nothgesetz wurde mit allen gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Selbst die kleine Besserung, die es enthielt, konnte jedoch vom Bundesrath vereitelt werden, und die Andeutungen des Herrn v. Stumm weckten wahrlich kein Vertrauen. Die Fraktion beschloß deshalb, bei der zweiten Lesung des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch die Aufnahme des folgenden Artikels zu beantragen:

„Die landesgesetzlichen Vorschriften, welche das Inverbindungtreten von Vereinen, welche politische Zwecke verfolgen, verbieten, werden aufgehoben.

Vereinigungen von Arbeitgebern oder Arbeitnehmern, welche zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen sich gebildet haben, unterliegen keiner landesgesetzlichen Vorschrift."

Die Regierungen hätten danach, wenn die Majorität des Reichstags zustimmte, die berührten Vereins- und Koalitionsbeschränkungen aufgeben müssen, wenn sie das bürgerliche Gesetzbuch überhaupt haben wollten, das nicht anders wie in Verbindung mit dem obenstehenden Zusatz zu haben gewesen wäre. Leider erwies sich die Majorität für das Nothvereinsgesetz bei dieser Gelegenheit sehr wenig zuverlässig. Der Reichskanzler gab nämlich „auf Grund der inzwischen unter den betheiligten Regierungen gepflogenen Erörterungen" die Erklärung ab, „daß es in der Absicht dieser Regierungen liegt, die Beseitigung des durch das Verbot geschaffenen Rechtszustandes herbeizuführen." Diese Erklärung war vollständig ungenügend, da sie alles den Landesregierungen und Landtagen überläßt und zudem keine Garantie dafür bietet, daß die Einzelstaaten nicht bei dieser Gelegenheit eine allgemeine Revision ihrer Vereinsgesetze vornehmen. Sie war gerade vom Standpunkte des Zentrums und der Nationalliberalen aus ungenügend, da beide Parteien sich während der Berathungen für ein einheitliches Vorgehen auf diesem Gebiete durch das Reich ausgesprochen hatten. Trotzdem begnügten sie sich jetzt mit der Zusicherung des partikularstaatlichen Einschreitens. Die Paladine der nationalen Einheit auch auf dem Gebiete des Rechts, die Freiherren von Stumm und Manteuffel erklärten sogar übereinstimmend: „sobald Sie den Antrag Auer in das Gesetzbuch einführen, werden wir gegen das ganze Gesetz stimmen." Damit war der Antrag gefallen.

Zweifellos wird jedoch das Vereins- und Versammlungsrecht in der nächsten Zeit stärker in den Vordergrund rücken wie bisher — sei es, daß die Landtage sich mit der Materie befassen, sei es, daß im Reichstag die Anregungen dieser Session weiter verfolgt werden. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags wird darin eine ihrer Hauptaufgaben sehen und sie rechnet dabei auch auf die regste Unterstützung und fortlaufende Information seitens der Parteigenossen im Lande, die Tag für Tag unter dem Drucke unseres

rückständigen Vereins- und Koalitionsrechts leiden. Die Bedeutung dieses Rechts für die ganze politische und wirthschaftliche Schulung und Entwicklung der deutschen Arbeiterklasse mag es auch rechtfertigen, daß wir die Verhandlungen so eingehend wiedergaben.

* * *

Der Antrag der Fraktion über die **gesetzliche Regelung der Arbeitszeit** kam bisher nicht zur Berathung. Dagegen bot eine Bundesrathsverordnung vom 4. März dieses Jahres allen Parteien Anlaß, Stellung zum Normalarbeitstag zu nehmen.

Nach § 120e der Gewerbeordnung können durch Beschluß des Bundesraths für „solche Gewerbe, in welchen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, Dauer, Beginn und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit und der zu gewährenden Pausen vorgeschrieben, und die zur Durchführung dieser Vorschriften erforderlichen Anordnungen erlassen werden." Die Kommission für Arbeiterstatistik hatte schon lange die trostlosen, menschenunwürdigen Verhältnisse in den **Bäckereien** nach allen Seiten hin offengelegt, obwohl hier eigentlich gar nichts mehr zu enthüllen war; sie hatte auch bestimmte Vorschläge im Interesse der gefährdeten Bäckereiarbeiter gemacht. Der Bundesrath zögerte lange, endlich faßte er sich doch ein Herz und erließ die nachstehenden Vorschriften, die Herr Bachem in der Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch mit Recht als sehr harmlose bezeichnete, die jedenfalls nur den elementarsten Lebensinteressen der Arbeiter Rechnung tragen:

Der Betrieb von Bäckereien und solchen Konditoreien, in denen neben den Konditorwaaren auch Bäckerwaaren hergestellt werden, unterliegt, sofern in diesen Bäckereien und Konditoreien zur Nachtzeit zwischen achteinhalb Uhr Abends und fünfeinhalb Uhr Morgens Gehilfen oder Lehrlinge beschäftigt werden, folgenden Beschränkungen:

1. Die Arbeitsschicht jedes **Gehilfen** darf die Dauer von zwölf Stunden oder, falls die Arbeit durch eine Pause von mindestens einer Stunde unterbrochen wird, einschließlich dieser Pause die Dauer von dreizehn Stunden nicht überschreiten. Die Zahl der Arbeitsschichten darf für jeden Gehilfen wöchentlich nicht mehr als sieben (!!) betragen.

   Außerhalb der zulässigen Arbeitsschichten dürfen die Gehilfen nur zu gelegentlichen Dienstleistungen und höchstens eine halbe Stunde lang bei der Herstellung des Vorteigs (Hefestücks, Sauerteigs), im Uebrigen aber nicht bei der Herstellung von Waaren verwendet werden . . .

   Zwischen je zwei Arbeitsschichten muß den Gehilfen eine ununterbrochene Ruhe von mindestens acht Stunden gewährt werden.
2. Auf die Beschäftigung von **Lehrlingen** finden die vorstehenden Bestimmungen mit der Maßgabe Anwendung, daß die zulässige Dauer der Arbeitsschicht im ersten Lehrjahre zwei Stunden, im zweiten Lehrjahre eine Stunde weniger beträgt, als die für die Beschäftigung von Gehilfen zulässige Dauer der Arbeitsschicht, und daß die nach Ziffer 1 Absatz 3 zu gewährende ununterbrochene Ruhezeit sich um eben diese Zeiträume verlängert.

Dann kam sogar noch eine reichliche Zulassung von Ausnahmen, nämlich:

3. Ueber die unter den Ziffern 1 und 2 festgesetzte Dauer dürfen Gehilfen und Lehrlinge beschäftigt werden:
   a) an denjenigen Tagen, an welchen zur Befriedigung eines bei Festen oder sonstigen besonderen Gelegenheiten hervortretenden Bedürfnisses die untere Verwaltungsbehörde Ueberarbeit für zulässig erklärt hat;
   b) außerdem an jährlich zwanzig der Bestimmung des Arbeitgebers überlassenen Tagen. Hierbei kommt jeder Tag in Anrechnung, an dem auch nur ein Gehilfe oder Lehrling über die unter den Ziffern 1 und 2 festgesetzte Dauer beschäftigt worden ist.

Auch an solchen Tagen, mit Ausnahme des Tages vor dem Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest, muß zwischen den Arbeitsschichten den Gehilfen eine ununterbrochene Ruhe von mindestens acht Stunden, den Lehrlingen eine solche von mindestens zehn Stunden im ersten Lehrjahre, mindestens neun Stunden im zweiten Lehrjahre gewährt werden.

Die untere Verwaltungsbehörde darf die Ueberarbeit (a) für höchstens zwanzig Tage im Jahre gestatten.

1891 war bei der Berathung des Arbeiterschutzes der „hygienische" Maximalarbeitstag allgemein als zulässig gebilligt worden; nur die Freisinnigen hatten die Vollmachten des § 120e nicht dem Bundesrath allein übertragen wollen: der Reichstag sollte die erlassenen Verordnungen wieder aufheben können. Die Konservativen hatten damals, den Mantel nach dem Wind von oben tragend, sogar durch verschiedene Redner den wirklichen gesetzlichen Normalarbeitstag vertreten. Nach fünf vollen Jahren sollte die papierne Zusicherung zum ersten Male für ein größeres Gebiet in die Praxis übertragen werden, und sofort fanden sich fast alle bürgerlichen Parteien im gemeinsamen Widerstand zusammen — rechter Hand, linker Hand, beides vereint. Herr v. Buchka vergoß mit einem Male Thränen, daß man in Deutschland ganze Schichten der Bevölkerung „unter Polizeiaufsicht" halten wolle. Der Graf zu Inn- und Knyphausen entdeckte plötzlich, daß „die Freiheit der Person" wichtiger sei wie alle geltend gemachten Gründe. Der kurzsichtige Haß gegen die Arbeiterklasse und die feige Rücksichtnahme auf die Mittelstandsstimmen gaben in den Angriffen gegen die Regierung den Ton an. Herr v. Buchka sprach von allgemeiner Erregung, „weil auch andere Zweige des Handwerks mit Recht befürchten, daß ähnliche Beschränkungen, welchen die Bäcker und Konditoren in dieser Verordnung unterworfen sind auch ihnen möglicherweise über kurz oder lang blühen könnten." Der sächsische Freikonservative Merbach meinte: „Ich muß in dieser Verordnung das Anerkenntniß der Rechtmäßigkeit der Forderung eines Normalarbeitstages für männliche erwachsene Arbeiter erblicken, und ich kann nur im Namen meiner politischen Freunde, wie sie denn überhaupt die Ansichten, die ich hier entwickele, im wesentlichen, glaube ich, alle theilen, erklären, daß wir auf diesem Wege mitzugehen nicht gesonnen sind. (Sehr richtig! rechts.) Für jugendliche Arbeiter und für Frauen sind wir stets zu haben (Heiterkeit) — ja gewiß, meine Herren, sind wir da für den Arbeiterschutz immer zu haben, und ich möchte nur betonen, daß wir doch recht üble Erfahrungen in neuerer Zeit auf dem Gebiete des Schutzes der Arbeiter gemacht haben. Wenn sich dieser Schutz auf die Verkürzung der Arbeitszeit richtet, führt er denn doch oft zu Erscheinungen, die uns nicht angenehm sein können." „Gegen die Fixirung des Maximalarbeitstages sträubt sich mein Gerechtigkeitsgefühl. Ich bin fest überzeugt, daß, wenn man Schäden ausmerzen will, man dies auf einem anderen Wege besser thun kann, als indem man die Faulheit begünstigt" — so wiederum der edle Graf zu Inn- und Knyphausen, der zweifellos mehr wie $13^1/_2$ Stunden Tag für Tag, siebenmal die Woche, angestrengt arbeitet. Und dann weiter: „beim Arbeiten geht niemand leicht kaput, und beim Handwerk oder Gewerbe der Bäcker ist das noch weniger der Fall; denn dieses Gewerbe gehört zu den allergesündesten, die es überhaupt giebt. Das Bäckergewerbe ist nicht nur nicht gesundheitsschädlich, sondern gesundheitsförderlich." Die Antisemiten trieben natürlich auch Mittelstands-Stimmenfang; „diese Maßregel ruinirt den Mittelstand . . . nirgends, in keinem Beruf ist das Verhältniß zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer besser als bei den Bäckern."

Der preußische Handelsminister v. Berlepsch vertrat mit großer Entschiedenheit die Bundesrathsverordnung. Er stand vor seiner Entlassung, das hob für ihn wohl manche Rücksicht auf, die sonst einen Beamten an einer offenen Aussprache hindern:

Ich möchte sagen, meine Herren: wann soll denn überhaupt der § 120e angewendet werden (sehr richtig! links), wenn nicht in einem Falle, wo feststeht, daß in 50 pCt. aller Betriebe über 12 Stunden, bis 14, bis 16, bis 18 Stunden, und zwar zur Nachtzeit, gearbeitet wird, ohne irgend einen Ruhetag im ganzen Jahr in überheizten Räumen und in schlechter Luft —? Ja, meine Herren, wann wollen Sie denn von dem § 120e Gebrauch machen, wenn nicht in diesem Fall? Ich kann mir gar keinen schlimmeren Fall denken als denjenigen, der hier vorliegt; und nach meiner Ueberzeugung hätten die verbündeten Regierungen ihre Pflicht nicht erfüllt, wenn sie in diesem Falle nicht vorgegangen wären und von der ihnen vom Reichstag zudiktirten Befugniß keinen Gebrauch gemacht hätten. (Sehr richtig! links.) . . .

Wie liegt denn die Sache? 24 Stunden hat der Tag. Von diesen 24 Stunden sind in den Bestimmungen des Bundesraths für jeden Gehilfen 8 Stunden der Ruhe zugesprochen. Es bleiben also 16 Stunden übrig. Von diesen 16 Stunden können 13½ Stunden zu regelmäßigen Betriebsarbeiten verwendet werden, sobald während der Arbeitsschicht eine Stunde Pause gewährt wird, — was in den Bäckereibetrieben, soviel ich weiß, überwiegend der Fall ist; 13 Stunden kann nämlich alsdann die Arbeitsschicht dauern und eine halbe Stunde ist für die Herstellung des Vorteigs vorgesehen. Daneben sind gelegentliche Nebenarbeiten unbeschränkt zulässig. Außerdem kann an 40 Tagen im Jahr Ueberarbeit stattfinden. Meine Herren, abgesehen von den 8 Stunden absoluter Ruhe, kann also die Arbeitszeit unter Umständen 16 Stunden dauern. Mir scheint, da könnte man die Frage aufwerfen: ist hier nicht zu wenig gefordert, anstatt zu viel? (Sehr richtig! links.) . . .

Es handelt sich darum, die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung auszuführen. Das ist sehr einfach — ich habe das gestern schon ausgesprochen —, schöne Paragraphen machen, schöne Reden halten und nachher im Wege der Ausführung Stück für Stück wieder wegnehmen, was zugesagt ist. Dieses Prinzip können die verbündeten Regierungen nicht annehmen. (Sehr gut! links und aus der Mitte.) Es wird das ganz gewiß seitens der verbündeten Regierungen nicht geschehen; und Sie können sich darauf verlassen, solange ich einen Finger rühren kann, wird dieser Weg nicht beschritten. (Bravo! links und in der Mitte.)

Das Zentrum war die einzige bürgerliche Partei, die keinen Widerspruch laut werden ließ. Herr Hitze, der Zentrumsredner, sprach zwar auch von auseinandergehenden Ansichten seiner Fraktion über Einzelbestimmungen. „Das darf uns aber nicht abhalten, diese Verordnung im großen und ganzen als einen Fortschritt zu begrüßen und die verbündeten Regierungen zu bitten, zur endlichen Ausführung auch dessen, was in den Februar-Erlassen auch in Bezug auf die Regelung der Arbeitszeit versprochen ist, weiter zu schreiten. (Bravo! in der Mitte.) . . . Gerade Herr v. Buchka steht sonst auf dem Standpunkt, daß die Arbeiterorganisationen nicht zu wünschen sind. Sie verweigern uns die Mitwirkung an den Bestrebungen, den gewerkschaftlichen Organisationen Korporationsrechte zu geben. Dann tritt für Sie die drei- und vierfache Pflicht ein, durch Gesetz dafür zu sorgen, daß eine Befriedigung der Forderungen stattfindet, auf die sie Anspruch haben."

Die Besprechung der Interpellation Manteuffel ging am 23. April zu Ende. Schon am nächsten Tage stellten die Herren v. Kardorff und v. Manteuffel, unterstützt von fast allen namhaften Freikonservativen, Konservativen und Antisemiten den förmlichen Antrag

den Bundesrath zu ersuchen, die vom Bundesrathe unter dem 4. März d. J. erlassenen Bestimmungen, betreffend den Betrieb von Bäckereien und Konditoreien, nicht in Wirksamkeit treten zu lassen.

Mehrfach versuchten sie, diesen Antrag als einen äußerst eiligen auf die Tagesordnung zu bringen. Es gelang ihnen nicht. Der Antrag kam vor der Vertagung nicht mehr zur Verhandlung. Die Bundesrathsverordnung ist am

1. Juli in Kraft getreten, trotzdem die vereinigte Rechte auch im preußischen Abgeordnetenhause noch ein längeres Spektakelstück aufführte.

Bei aller Verbesserungsbedürftigkeit stellt die Verordnung doch einen großen Erfolg der Sozialdemokratie dar. Die Bebel'sche Schrift hatte zuerst die Frage in Fluß gebracht. Als die Bäckergehilfen selber sich lebhafter zu rühren begannen, zeigte sich sofort, daß auch die kleinsten und unscheinbarsten Forderungen der Arbeiterklasse zu ihrer energischen Vertretung und Verfechtung nur auf die Sozialdemokratie rechnen können und dieser dazu unbedingt bedürfen. Einzelne Parteien und Abgeordneten mögen sich schließlich nach gewonnener Schlacht nicht ablehnend verhalten; der wirkliche Kampf wird heute überall nur von Mitgliedern unserer Partei geführt, auch wenn die zu schützenden nächsten Arbeiterinteressen noch so weit abliegen von den Zielen des Sozialismus. Auch der Erlaß der Bäckereiverordnung ist zuletzt noch beschleunigt worden durch das Eingreifen unserer Vertreter während der Etatserledigung. In der arbeitsstatistischen Kommission, bei der Besprechung der konservativen Interpellation ist die Vertretung der Bäckerarbeiterwünsche unseren Abgeordneten zugefallen.

Die Haltung der Konservativen während der letzterwähnten Debatten hing offenbar zusammen mit der Auseinandersetzung Stöcker und den christlich-sozialen Pastoren gegenüber. Da mit der geheuchelten Arbeiterfreundlichkeit doch nichts herausgekommen war wie ungnädige Telegramme von oben und Zank und Mißtrauen in den eigenen Reihen, so hat man nicht nur die Schwarmgeister abgeschüttelt, sondern sich gleich mit Haut und Haar den schreienden Unternehmern verschrieben, deren Stimmen man nun einmal bedarf. Man brauchte den staatssozialistisch auflackirten Konservativen nur oben und unten etwas zu kratzen, und der kapitalistische Barbar brach sofort in abschreckendster Gestalt wieder hervor. Nur ein paar verlorene Hirten liegen mit dem Könige von Neunkirchen noch im Streite.

* * *

Allzuviel Bedeutung können wir unter diesen Umständen der Thatsache kaum beilegen, daß die Konfektionsarbeiterbewegung mit einem Male eine Reihe von Parteien ihr reformfreundliches Herz entdecken ließ. Unser Redner meinte hierbei ganz treffend: „Es bestätigt sich die alte Erscheinung, daß dann immer das gesammte Bürgerthum von Rührung und Mitleid überläuft über das große Elend, das sich in solchen Industrien kundgiebt, über die schreckliche Ausbeutung, die niederen Löhne u. s. w., und schließlich kommt auch die Regierung und schickt einen Kommissar und stellt sogar nach Umfrage bei den einzelnen Regierungen den heroischen Entschluß in Aussicht, eine Enquete zu veranstalten. Nachher aber bleibt alles wieder beim alten, höchstens daß die Polizei daherkommt und die Lohnkommissionen auflöst, sie als politische Vereine erklärt und solcherweise „sozialreformatorische" Dienste für das Unternehmerthum leistet." 1891 hatten die Nationalliberalen alle sozialdemokratischen Anträge, die sich auf das Schwitzsystem und die **Hausindustrie** bezogen, mit zu Falle bringen helfen. Mit einer kühnen Schwenkung traten sie plötzlich in einem Antrag dafür ein, die Regierung zu ersuchen:

1. die Ausdehnung der Bestimmungen der §§ 135 bis 139b der Gewerbeordnung [Kinder, jugendliche Personen und Arbeiterinnen in „Fabriken", Fabrikinspektion] auf die in der **Hausindustrie** und in den Werkstätten derselben beschäftigten gewerblichen Arbeiter der Wäschefabrikation und der Konfektionsbranche herbeizuführen;
2. eine Gesetzesvorlage einzubringen, durch welche für diese Gattung der gewerblichen Arbeiter
   a) der Schlußsatz des Absatzes 4 des § 154 der Gewerbeordnung aufgehoben wird, [das heißt: Werkstätten, in welchen der Arbeitgeber ausschließlich zu seiner Familie gehörige Personen beschäftigt, sollen ihre künftig auch dem Arbeiterschutz und der Inspektion unterstehen].

b) die Bestimmungen des § 120a der Gewerbeordnung hinsichtlich der Werkstätten und Arbeitsräume, in welchen oben bezeichnete Personen beschäftigt sind, derart ausgedehnt werden, daß auch die Eigenthümer dieser Werkstätten und Arbeitsräume für deren gesetzliche Einrichtung und Unterhaltung haftbar werden,

c) dem § 138 der Gewerbeordnung die Bestimmung hinzugefügt wird, daß die in demselben vorgesehene **Anzeigepflicht** auf jeden **Arbeitsraum** Anwendung findet, in welchem Arbeiterinnen oder jugendliche Arbeiter mit der Anfertigung von Kleidungsstücken der Konfektionsbranche und von Waaren der Wäschefabrikation zum Zwecke des Verkaufs beschäftigt werden. Diese Anzeigepflicht ist zu erstrecken auf den Inhaber solcher Arbeitsräume, sowie auch auf den Unternehmer, welcher in denselben Arbeiter der bezeichneten Art beschäftigt,

d) bestimmt wird, daß Kinder neben ihrer zulässigen Arbeitszeit im Betrieb einer Fabrik oder Werkstätte, außerhalb derselben, an einem Tage, an welchem sie in der Fabrik oder Werkstätte thätig sind, nicht beschäftigt werden dürfen,

e) ferner bestimmt wird, daß junge Leute oder Frauen neben ihrer zulässigen Arbeitszeit im Betrieb einer Fabrik oder Werkstätte, außerhalb derselben, an einem Tage, an welchem sie sowohl vor als nach der Mittagsstunde in der Fabrik oder Werkstätte thätig sind, nicht beschäftigt werden dürfen,

f) endlich bestimmt wird, daß, wenn jugendliche Arbeiter oder Frauen von demselben Unternehmer an demselben Tage sowohl in einer Fabrik oder Werkstatt oder in einem Laden oder in einem anderen Arbeitsraume beschäftigt werden, die gesammte Beschäftigungszeit dieser jungen Leute oder Frauen, die von dem Fabrikgesetze für ihre Beschäftigung in der Fabrik oder Werkstätte gestatteten Stunden nicht überschreiten darf;

3. einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen eine Spezial**inspektion** für die in Werkstätten oder anderen Arbeitsräumen beschäftigten Personen der Konfektionsbranche und der Wäschefabrikation eingerichtet wird. Dieser Spezialinspektion sind weibliche Gehülfen als Fabrikinspektoren, welchen insbesondere die bessere Ueberwachung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über das Truckſystem obliegt, einzugliedern.

Da der Antragsteller, Freiherr Heyl, von der Uebereinstimmung mit allen seinen politischen Freunden sprach, das Zentrum ihn darum lobte und da auch die Regierung im Allgemeinen zustimmte, so wird man ja recht bald die Probe auf den Ernst dieser Zusicherungen machen können. Ueber den Antrag Heyl ist es zwar zu einer formellen Beschlußfassung nicht gekommen, dafür war aber bereits am 15. Januar, entsprechend dem Antrag Hitze-Lieber, einstimmig das Ersuchen an die Regierung gerichtet worden:

die Ausdehnung der Bestimmungen der Gewerbeordnung, betreffend den Schutz der jugendlichen und weiblichen Arbeiter (§§ 135—139b), auf die Hausindustrie — unter besonderer Berücksichtigung der Wirkungen der Fabrik-Gesetzgebung auf die Vermehrung der Hausindustrie — durch Erhebungen wirksam vorzubereiten und anzuregen.

Auch hier wäre es ein großer Sieg für unsere Partei, wenn nach Jahren die von uns stets erhobenen Forderungen endlich zur Geltung kämen. Leider beweist der Ruf nach „Erhebungen", daß man auch hier wieder den alten Landsturmschritt einhalten will. „Bis diese Erhebungen kommen und dann der Bundesrath dazu kommt, diese Erhebungen legislatorisch zu verwerthen, können wir alt werden. Freilich, wenn es sich um Liebesgaben für die Herren Junker oder für die Herren Großindustriellen handelt, dann kriegen natürlich die bedächtigen Herren vom Bundesrath, wie die Erfahrung an jedem Tag zeigt, junge und flinke Beine; wo es sich aber bloß um die armen, jungen, bleichsüchtigen Arbeiterinnen, um schwindsüchtige Schneider handelt, da geht die Sache viel langsamer."

* * *

Der Versuch unserer Partei, bei der Erledigung des bürgerlichen Gesetzbuches die Gesindeordnungen zu beseitigen, schlug natürlich fehl. In gleicher Weise wurde der Antrag abgelehnt, die Krankenversicherungspflicht auf das Gesinde auszudehnen. Ebenso erging es unserer Resolution: „den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, baldmöglichst den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, das das Gesinde einer Zwangs- Kranken- und Unfallversicherung unterwirft."

Die rechtliche und wirthschaftliche Lage der Landarbeiter wurde von unseren Rednern zum Antrag Kanitz und zum Zuckersteuergesetz mehrfach gestreift. Beim Etat des Reichsamts des Innern benutzten auch die Konservativen die Gelegenheit, ihre Landarbeiterfreundlichkeit zu zeigen. Das Reichsversicherungsamt hatte nämlich den landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften, um diese etwas aus ihrer Unthätigkeit zu wecken, einen Entwurf für Unfallverhütungsvorschriften unterbreitet — nach langen Vorberathungen mit Sachverständigen und Delegirten der Berufsgenossenschaft selber und ohne jeden Versuch einer Pression, da die Betheiligten allein zum Erlaß der Vorschriften berechtigt sind. Nur hatte das Reichsversicherungsamt sich erlaubt, der Wahrheit die Ehre zu geben und zu schreiben: „Die hohen Zahlen der Unfälle umfassen eine solche Fülle von Noth und Elend, daß keine Anstrengungen gescheut werden dürfen, um für die Folge eine Verminderung derselben herbeizuführen." Das versetzte die Herren Gamp, v. Manteuffel und v. Staudy in gewaltige Entrüstung gegen „büreaukratische Theorien". Für Herrn Gamp ist die Unfallverhütung überhaupt sehr leicht erreichbar, ohne den Unternehmern einen Groschen abzunehmen: „Ich bin der Ansicht, daß man allerdings für die Unfallverhütung Manches thun könnte, und da wäre es namentlich nöthig, sehr viel energischer, als es jetzt geschieht, gegen die Trunksucht einzuschreiten. (Sehr wahr! rechts.) Ich glaube, auf dem Lande wird ein sehr großer Theil der Unfälle durch Trunkenheit der betreffenden Arbeiter herbeigeführt." Demgegenüber wies unser Vertreter besonders darauf hin, daß unter den 32 491 im Jahre 1894 bei der Landwirthschaft Verletzten sich nicht weniger als 8732 Frauen und Kinder befinden; die werden die Konservativen doch nicht auch auf das Konto der Trunksucht setzen wollen.

Die Zustände unter der Bergarbeiterschaft konnten wenigstens beim Bürgerlichen Gesetzbuch, kurz vor dessen Abschluß im Plenum, breiter erörtert werden. Unser Redner begründete hier eingehend die Forderung, daß auf die Bergarbeiter lediglich die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs und der in den §§ 105 bis 153 der Gewerbeordnung für das Arbeitsverhältniß gewerblicher Arbeiter gegebenen Vorschriften Anwendung finden sollen.

Der Fraktionsentwurf einer Seemannsordnung kam, wie erwähnt, nicht zur Berathung. Doch wurde beim Reichsamt des Innern die Frage von mehreren unserer Redner angeschnitten und ebenso darauf hingewiesen, daß auch das Gesetz betr. die Untersuchung von Seeunfällen einer bedeutenden Verbesserung bedürfe. Nach dem bestehenden Gesetz beschränkt sich die Berechtigung beziehungsweise Verpflichtung der Seeämter in Bezug auf diese Untersuchung nur darauf: wenn bei dem Unfall entweder Menschenleben verloren gegangen sind oder ein Schiff gesunken oder aufgegeben ist; ferner, wenn die Untersuchung vom Reichsamt veranlaßt wurde. Bei sonstigen Seeunfällen bleibt die Untersuchung dem Ermessen des Seeamts überlassen. Die Seeleute verlangen eine Behörde, welcher die weitgehendsten Befugnisse bezüglich Kontrolle der Schiffe einzuräumen wären: der Bau, die Bemannung, die Beladung, die Logis, der Proviant, die Wäsche- und Reinigungsanstalten seien zu überwachen. Auch die Ausweisung des Genossen Steiner aus Bremen, des Verfassers des bekannten Telegramms an Bebel nach dem Untergang der „Elbe", kam dabei zur Sprache. Natürlich leugneten die Freunde des Lloyd jeden Zusammenhang zwischen der Ausweisung und dem Telegramm. Der Staats-

sekretär v. Böttticher half sich sogar mit dem Witze über die peinliche Geschichte hinweg: „Wir sind ja so gestellt, daß wir unsern Bedarf an sozialdemokratischen Agitatoren im Inland beziehen können." Nach seinen Zusicherungen stände die schon lange angekündigte Gesetzesnovelle vor dem baldigen Abschlusse; man werde dann auch Seeleute zur Begutachtung heranziehen.

Die Interessen der Postangestellten verfocht unser Redner in eingehendster Weise beim Etat. Die Arbeitszeiten, die Anrechnung der Dienstzeit, die Verwendung von Soldaten als Aushilfspersonen, die Kautions- und Urlaubsverhältnisse, die Maßregelungen der Mitglieder des Postassistenten-Verbandes, der Zwang zu Loyalitätskundgebungen, die noch dazu oft mit Geldopfern verknüpft sind — das alles kam in wirksamster Weise zur Sprache. Der einzige Erfolg auf diesem Gebiete war, daß abermals eine Resolution des Reichstags verlangte:

daß die Annahme und Bestellung gewöhnlicher Packete von der Reichspost an Sonn- und Feiertagen, mit Ausnahme der Weihnachtszeit vom 18. bis 30. Dezember, auf Eilsendungen beschränkt werde.

* * *

Die Reform der Arbeiterversicherung nahm in den parlamentarischen Debatten einen breiteren Raum ein wie sonst, da im November eine vom Reichsamt des Innern einberufene Konferenz die Umgestaltung der ganzen Gesetzgebung geprüft hatte, also auch eine Aeußerung der Anschauungen des Reichstags nahe lag. Unsere Redner vertraten die dringlichsten Wünsche, die auch in einer Resolution zum Ausdruck gebracht war, nämlich daß:

die §§ 9 Abs. 4, 16 und 157 des Gesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, dahin abgeändert werden, daß jeder Versicherte, welcher das 60. [nicht wie bisher: das 70.] Lebensjahr vollendet hat, einen Rechtsanspruch auf Altersrenten erhält und

die §§ 9 Abs. 3 und 156 des genannten Gesetzes dahin abgeändert werden, daß diejenigen Versicherten, welche in Folge ihres geistigen oder körperlichen Zustandes nicht mehr im Stande sind, sich in ihrem Beruf die Hälfte ihres bisherigen Jahresarbeitsverdienstes [statt 1/6 Jahresarbeitsverdienst plus 1/6 ortsüblichen Tagelohn] zu erwerben, Invalidenrente erhalten.

Die Resolution blieb in der Minderheit. Dagegen kam eine Resolution Hitze zur Annahme, welche die Regierung um Erwägungen ersuchte:

inwieweit innerhalb der bestehenden Beiträge resp. bei Einstellung weiterer Ansammlungen zu den Reservefonds

1. eine Vereinfachung und Erleichterung der Voraussetzungen zum Bezug der Alters- und Invalidenrente, sowie eine zweckmäßigere Verbindung der Kranken- und Invaliden-Fürsorge;
2. eine Erhöhung der Invalidenrente namentlich unter Berücksichtigung unversorgter Angehöriger;
3. eine Einbeziehung der Wittwen- und Waisen-Fürsorge

möglich und zweckmäßig ist.

Der „Reichsanzeiger" hat, wie man weiß, soeben (Anfang September) den Entwurf eines Gesetzes betr. die Abänderung von Arbeiterversicherungsgesetzen veröffentlicht, sodaß im nächsten Winter lange Berathungen hierüber zu erwarten sind.

* * *

An der Berathung des **Bürgerlichen Gesetzbuches** hat sich unsere Partei in der fleißigsten Weise betheiligt. Sie hat auch kein Hehl daraus gemacht, daß gegenüber dem bisherigen krausen Wirrwarr auf zivilrechtlichem Gebiet die Einheit des Rechtes einen großen politischen Fortschritt darstelle — auch für die Arbeiter, die bald hier, bald da ihr Brot zu suchen haben und am allerwenigsten sich mit den von Land zu Land, von Ort zu Ort wechseln-

den Rechtsverhältnissen vertraut machen können. Die Fraktion hatte daher gar keine Ursache, durch eine rücksichtslose Obstruktion das Zustandekommen des Gesetzes zu hintertreiben; dagegen bestand sie selbstverständlich darauf, den Entwurf einer wirklichen und gründlichen Berathung zu unterziehen — um so mehr, als er verschiedene Bestimmungen enthielt, die, selbst innerhalb der bestehenden Klassengliederung, der Arbeit ganz unnöthige Fesseln anlegten. Als solche Fesseln bezeichneten unsere Vertreter mit Recht den Versuch, einen „lebenslänglichen Arbeitsvertrag" zu schaffen, und den im Entwurf enthaltenen Angriff auf das Koalitionsrecht: nach dem Entwurf sollte dem Fabrikherrn die „Selbsthilfe" gewährt werden, Streiklustige gewaltsam in der Fabrik zurückzubehalten. Es ist unseren Genossen gelungen, diese beiden Bestimmungen bereits in der Kommission aus dem Entwurf zu bringen. Das gleiche gelang mit einer Bestimmung, die unser Parteivermögen dem großen Magen des Fiskus hätte preisgeben können. Direkt gegen die Arbeiterklasse gerichtete neue Bestimmungen enthält also das Gesetz nicht mehr. Im Gegentheil ist es der zähen Arbeit unserer Genossen gelungen, eine Reihe Verbesserungen auf mannigfaltigen Gebieten in das Gesetzbuch hineinzubringen. Daß jedoch auch der in der Kommission erreichte Zustand bei weitem nicht das ist, was heute bereits Gesetz sein sollte und könnte, zeigen die Anträge und Ausführungen unserer Fraktion zur zweiten Berathung. Trotzdem kann zugegeben werden, daß das Bürgerliche Gesetzbuch in den übermeisten der von ihm geregelten Theile bessere Bestimmungen aufweist, als der Durchschnitt der zur Zeit bestehenden Gesetze. Wenn trotzdem die Fraktion schließlich gegen das Ganze stimmte, so geschah das hauptsächlich, weil ganz wesentliche Bestimmungen wieder durchbrochen und aufgehoben sind durch die vielen Artikel des Einführungsgesetzes. Dort werden z. B. aufrecht erhalten: die Hausverfassungen und Hausgesetze der Landesherren und des hohen Adels. Ferner sollen unberührt bleiben: die landesgesetzlichen Vorschriften über Fideikommisse, Lehen, Stammgüter, Rentengüter, Erbpachtrecht, Büdner- und Häuslerrecht, Anerbenrecht, über Regalien, Zwangs- und Bannrechte, vor allem aber die über das Bergrecht, einschließlich der Verhältnisse der Bergarbeiter, sowie über das Gesinderecht. Bezüglich des Gesindes ist allerdings der Fortfall des Züchtigungsrechts und die Verpflichtung der „Herrschaft" festgesetzt, für ausreichende Schlaf- und Wohnräume zu sorgen, sowie in gewissem Maß für die Fälle von Krankheit Fürsorge zu treffen. Das genügt aber durchaus nicht. Im wesentlichen sollen nach dem Entwurf die Bergarbeiter, ein Theil der ländlichen Arbeiter und das häusliche Gesinde dem partikularen Ausnahmerecht unterstellt bleiben.

Die Sozialdemokratie hat während der ganzen Berathung niemals einen so beschränkt kleinlichen Kliquenegoismus gezeigt, wie die berufenen Vorkämpfer der nationalen Einheit, die, wie die Konservativen, das ganze Werk an den Hafen oder, wie der König von Neunkirchen, an ein paar Zusicherungen betreffs des Vereins- und Koalitionsrechtes scheitern lassen wollten. Aus den angeführten Gründen jedoch, zu denen sich noch weitere Bedenken, wie die über die Stellung der Frau im künftigen Zivilrecht gesellten, stimmte die Fraktion schließlich gegen das ganze Gesetz.

* * *

Auch das **Margarinegesetz** in der Fassung des Regierungsentwurfes enthielt viele Bestimmungen, denen man im Interesse der Konsumenten nur zustimmen konnte. Soweit es den Konsumenten dagegen zu schützen galt, daß er für sein theures Geld schlechte Butter erhielt, die mit billiger Margarine gemischt war und unter der falschen Flagge Naturbutter ausgeboten wurde, war die Fraktion zu jeder Mitwirkung bereit. Wenn dieser Schutz des Kon-

sumenten zugleich ein Vortheil des soliden Molkereibetriebes war, so konnte das wahrhaftig kein Grund sein, ihn weniger energisch zu erstreben. Unser Redner in der ersten Lesung gestand daher ganz offen zu, daß er eine bessere Revision der Fabrikations- und Verkaufsräume für Margarine für durchaus empfehlenswerth halte. Er deutete aber auch bereits darauf hin, daß jede Vertheuerung und Verekelung der Margarine für die Konsumenten unbedingt als ein Uebergriff der Agrarier zurückzuweisen sei.

In der Kommission und in der zweiten Lesung traten die berechtigten Ziele der Vorlage mehr und mehr zurück. Man wollte dieselbe gelbliche Färbung, die doch auch bei der Butter künstlich stattfindet, bei der Margarine verbieten — offenbar um die Margarine dem Konsumenten zu verekeln. Weiter wollte man ihren Verkauf erschweren: sie sollte nicht mehr in demselben Lokal mit der Butter feilgehalten werden dürfen. In der dritten Lesung erklärte selbst die Regierung das Gesetz mit diesen beiden Bestimmungen für unannehmbar. Die Mehrheit, aus den Konservativen, den Klerikalen und einigen Nationalliberalen bestehend, beharrte bei ihrem Willen, sodaß das ganze Gesetz nunmehr zum Scheitern kam.

Beim **Antrag Kanitz**, der diesmal in etwas veränderter Fassung den Reichstag beschäftigte, war von vornherein keine andere Absicht vorhanden wie die, der Grundrente durch die Arbeitergroschen wieder auf die Beine zu helfen. Der Antrag wurde diesmal am 17. Januar, bei einer Stimmenthaltung, mit 219 gegen 97 Stimmen abgelehnt.

Dagegen hatten die Agrarier den Erfolg, ein neues **Zuckersteuergesetz** zu erringen. Dasselbe erhöht die Ausfuhrprämien, die bisher noch 1,25 Mark betrugen, nach dem Gesetze von 1891 aber ganz hinwegfallen sollten, auf 2,50 Mark; die Prämien werden gedeckt durch eine Erhöhung der Zuckerverbrauchssteuer von 18 auf 20 Mark und durch eine in sehr mäßiger Progression mit der Größe der Produktion steigende Betriebssteuer. Die neue Konsumentenbelastung von etwa 20 Millionen Mark jährlich geschah hauptsächlich unter dem Vorwand, man wolle mit der höheren deutschen Prämie die allgemeine Herabsetzung der Zuckerprämien in Europa erzwingen. Das Gegentheil ist eingetreten. Oesterreich hat sofort seine Prämie erhöht, Frankreich beabsichtigt, es zu thun; das Gift der Zuschüsse hat nur das Ueberproduktionsfieber von neuem gesteigert und die Konsumenten abermals geschädigt. Für die kleinen rübenliefernden Bauern fällt natürlich von der agrarischen Beute gar nichts ab.

Das **Börsengesetz** bot schließlich für den Bund der Landwirthe auch den Anlaß, eine alte agrarische Forderung durchzusetzen: Das Verbot des Terminhandels in Getreide. Unsere Fraktion war bei dem Gesetz durchaus bereit, Auswüchse auf dem Gebiete der Preisfeststellungen und -beeinflussungen, des Emissionswesens zu beseitigen: „Da wir als Sozialdemokraten die Gegner jeder Prellerei und jeder Uebervortheilung sind, mag sie sich zeigen, in welcher Form sie wolle, so treten wir auch für eine Börsenreform ein. Nun allerdings diese Börsenreform, wie sie uns hier geboten ist, wird ja keiner unter uns für etwas Abschließendes oder für eine Großthat halten; ich betrachte sie vorläufig als eine Abschlagszahlung, als ein Zugeständniß, daß etwas faul im Staate Dänemark ist. Es wird sich auch bald herausstellen, daß trotz der Börsenreform und trotz aller dieser kleinen Maßregeln das Grundübel der Kapitalismus ist, und daß nur durch die Beseitigung des Kapitalismus bessere Zustände geschaffen werden können. Vorläufig begnügen wir uns aber mit der Börsenreform. Meine Herren, der Kapitalismus wird allmählich desorganisirt; er ist krank. Nun, wir wissen, daß ihm auf die Dauer nicht zu helfen ist. Aber schlechte Aerzte müßten wir sein, verschrieben wir ihm nicht das kalmirende Pulver der Börsenreform.“ Als dann jedoch während der weiteren Berathungen

die Agrarier dazu übergingen, im Interesse höherer Getreidepreise eine unentbehrliche Form des modernen Großhandels mit einem Striche zu beseitigen, da glaubte die Fraktion ein so verunstaltetes Gesetz ablehnen zu müssen. Entweder gehen die Wünsche der Agrarier in Erfüllung, dann verbieten es die Interessen der Arbeiter, eine künstliche Preishausse zu unterstützen. Oder das ganze Vorgehen ist ein Schlag ins Wasser, mit dem man fanatisirte Bauern bei Laune erhält — dann verbietet uns die Selbstachtung eine solche Konzession an die Dummheit. Derartige Opfer des Intellektes müssen wir schon den Nationalliberalen und der Regierung überlassen, die sie nöthig haben.

* * *

Die **Mittelstandsbewegung**, die bei dem Lärm gegen die Bäckereiverordnung schon eine so große Rolle spielte, brachte in diesem Winter einige alte Forderungen zur Verwirklichung.

Den **Konsumvereinen** wurde der Verkauf an Nichtmitglieder noch strenger abgeschnitten: Marken oder sonstige nicht auf den Namen lautende Anweisungen oder Werthzeichen dürfen nicht mehr ausgegeben werden; für Verkäufer oder Mitglieder, welche an Nichtmitglieder Waaren abgeben oder „gegen Entgelt gewohnheitsmäßig oder gewerbsmäßig" weitergeben, sind Strafen festgesetzt. Auch auf die Konsumanstalten der Fabriken und die Beamtenvereine sind jetzt die entsprechenden Einschränkungen ausgedehnt. Da diese Bestimmungen es besonders den neugegründeten Konsumvereinen erschweren, sich eine Kundschaft und Mitgliedschaft erstmals zu erwerben, da sie ferner zu einer Quelle von Aergernissen und Denunziationen zu werden drohen, so stimmte die Fraktion gegen das Gesetz.

Bei der **Novelle zur Gewerbeordnung** wiederholte sich der alte kleinlich-gehässige Kampf der ansässigen Handwerker und Kaufleute gegen die Hausirer und Detailreisenden. Man schloß neue Waaren vom Feilbieten im Umherziehen aus; man verbot den Hausirern und Detailreisenden Abzahlungsgeschäfte zu schließen; man schuf ein paar neue Gründe, um den Wandergewerbeschein zu versagen, unter anderem setzte man das Minimal-Alter von 21 auf 25 Jahre hinauf. Das Aufsuchen von Bestellungen soll künftig in der Regel nicht „ohne vorherige ausdrückliche Aufforderung" erfolgen. Druckschriften sind jedoch hiervon von vornherein ausgenommen und der Bundesrath kann nach Belieben für andere Waaren Ausnahmen zulassen. Er wird nun den konservativ-klerikalen Wadenkneifereien gegen alles nicht am Konsumtionsorte Seßhafte nach Möglichkeit den Beißkorb vorzulegen haben, um nicht allzuviele Existenzen zu gefährden. So nebenbei wollte der Führer der bayerischen Klerikalen auch den ganzen Kleinhandel mit Bier konzessionspflichtig und vom Nachweise des Bedürfnisses abhängig machen; auch die Antisemiten stimmten dafür; der Antrag fiel jedoch mit 155 gegen 103 Stimmen. Das einzige Vernünftige, was bei dieser Mittelstandspolitik herauskam, war die Annahme des Antrages:

> Kinder unter 14 Jahren dürfen auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an öffentlichen Orten oder ohne vorgängige Bestellung von Haus zu Haus Gegenstände nicht feilbieten.

Der Entwurf zur Errichtung von **Handwerkskammern** blieb dagegen in der Kommission stecken: man wollte erst den Innungsunterbau abwarten, ehe man große Zentralvertretungen des Kleingewerbes schuf.

Ein Gesetz gegen den **unlauteren Wettbewerb** enthielt manches Beachtenswerthe; in der Kommission bemühten sich unsere Vertreter auch, das Gesetz besser ausgestalten zu helfen. Die Aufnahme des § 9:

> Mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark oder mit Gefängniß bis zu einem Jahre wird bestraft, wer als Angestellter, Arbeiter oder Lehr-

ling eines Geschäftsbetriebes Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse, die ihm vermöge des Dienstverhältnisses anvertraut oder sonst zugänglich geworden sind, während der Geltungsdauer des Dienstverhältnisses unbefugt an Andere zu Zwecken des Wettbewerbes oder in der Absicht, dem Inhaber des Geschäftsbetriebes Schaden zuzufügen, mittheilt . . .

machte es jedoch zur Pflicht, gegen das ganze Gesetz zu stimmen, weil besonders die Handelsangestellten hierdurch für eine sonst nur zivilrechtlich verfolgbare Handlung vor den Strafrichter gestellt werden können, um eventuell mit einem Jahr Gefängniß bedacht zu werden, während dasselbe Vergehen, von einem Prinzipal gegen einen Angestellten verübt, straflos bleibt.

* * *

Eine Hindeutung des Freikonservativen Gamp auf Erhöhung der Salzsteuer gab unserer Fraktion Anlaß zu einem Vorstoß gegen diese ungerechte Steuer überhaupt. Eine Interpellation, die Verhaftung Bueb's betreffend, wird den elsäßischen Behörden hoffentlich die wünschenswerthe Belehrung über die Bedeutung der Immunitätsbestimmung der Verfassung beigebracht haben.

Die sonstige parlamentarische Thätigkeit der Fraktion bedarf wohl einer besonderen Erörterung im Einzelnen nicht. Es ist bekannt, wie in der Duelldebatte, in der Erörterung der Militärmißhandlungen, der Beziehungen zwischen der Militärverwaltung und dem Pulverring, der Steigerung des Pensionsetats, in der Geißelung der Ausschreitungen in den Kolonien, in den Anregungen zur Konvertirung der Reichsschulden, in der Kritik des Transvaaltelegramms und der uferlosen Marinepläne unsere Vertreter überall in der vordersten Reihe der Opposition kämpften. Steht doch der Eindruck, den die Enthüllungen über den „Fall Peters" machten, vielleicht einzig da in der ganzen parlamentarischen Geschichte des Deutschen Reiches.

Die Fraktion blickt auf eine reiche Thätigkeit im vorigen Winter und Frühjahr zurück. Da durch die schließlich doch eingetretene Vertagung manche Anträge, die sonst unerledigt geblieben wären, zur Verhandlung kommen werden, so wird sie auch im nächsten Winter mehr wie sonst Gelegenheit haben, die dringendsten Forderungen der Arbeiterklasse parlamentarisch zu verfechten und zur Entscheidung zu bringen.

Protokoll.

Vorversammlung

am Sonntag, den 11. Oktober 1896, Abends 7 Uhr,
im Saale der „Vier Jahreszeiten" in Siebleben bei Gotha.

Der nach Gotha berufene Parteitag kann in der Stadt selber bekanntlich nicht stattfinden, da das einzige Lokal, das hierfür in Frage kommt, von unseren Genossen gesperrt werden mußte. Er ist deshalb nach Siebleben verlegt worden, einem Dorfe, das etwa dreiviertel Stunden von der Stadt entfernt ist. Der Saal, der uns dort zur Verfügung steht, bietet für ungefähr 300 Delegirte Raum. Er ist einfach, aber würdig geschmückt. Am Eingang begrüßt die Eintretenden auf einem mit rothen Bannern drapirten Schilde unser alter Schlachtruf: Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Auf Schildern an den Saalwänden sind zahlreiche Sprüche zu lesen, von denen einige der markantesten hier mitgetheilt sein mögen: „Der Sozialismus ist der Friede." „Die Befreiung der Arbeit ist die Befreiung der Menschheit." „Der Sozialismus ist der Träger aller Kultur." „Gegen die unheilige Allianz der kapitalistischen Mächte die heilige Allianz des internationalen Proletariats." „Wo das erste Vorrecht anfing, hörte das Recht auf." „Nicht aus dem Blute der Tyrannen entlodern die Flammen der Freiheit, — Nein, aus dem Herzen des Volks, welches sich selber erkennt." „Der Feind, den wir am meisten hassen, — Das ist der Unverstand der Massen." „Wir leben nicht, um zu arbeiten, sondern arbeiten, um zu leben." „Nun, Freunde, der Tag ist jetzt erwacht, — Der Morgen naht, wo wir's erringen, — Nicht ohne Kampf, doch ohne Schlacht; — Der Geist ist stärker als die Klingen."

Ueber der mit Tannenreisern geschmückten Rednertribüne steht oben an der Wand auf roth drapirtem Postament die Büste von Karl Marx, während in den Ecken links und rechts von der Tribüne die Büsten von Ferdinand Lassalle und Friedrich Engels angebracht sind.

Kurz nach 7 Uhr begrüßte Genosse **Bock** im Namen des Lokalkomités die Delegirten:

Als vor 21 Jahren der Vereinigungs-Kongreß in Gotha die beiden Bruderparteien zusammenführte und ihnen ein Programm gab, und als die beiden darauffolgenden Kongresse in der Stadt Gotha die Partei einigten und kräftigten, da spotteten, da höhnten, da scherzten noch viele Gegner über die Sozialdemokratie. Nur den einsichtigeren Politikern flößte schon damals die Bewegung ernste Besorgniß ein, vor allen Dingen aber setzte sie einen Mann, den damaligen Lenker und Leiter der Geschicke Deutschlands, den sogenannten größten und bedeutendsten Staatsmann unseres Jahrhunderts, in panischen Schrecken, und er sann unausgesetzt darauf, die Sozialdemokratie Deutschlands im Keime zu ersticken. Als der Schuß von Hödel fiel, und bald darauf ein zweiter Schuß eines Halbwahnsinnigen zu Berlin, da gab es für ihn die Gelegenheit, mit Hilfe des kapitalistischen Klüngels einen Strick zu drehen, um die Sozialdemokratie zu erwürgen. Die Sozialdemokratie hat im sturmerprobten

Kampfe den Strick zerrissen und den Feinden vor die Füße geworfen, und der Mann, welcher sich vermaß, die aus unseren wirthschaftlichen und sozialen Verhältnissen heraus sich entwickelnde Partei zu tödten, ist heute eine ausgebrannte alte Raketenkiste (Heiterkeit und Beifall), aus der nur selten einmal ein Funken in die Höhe steigt, der aber die Welt nicht mehr erleuchtet. Die sozialdemokratische Partei hat sich im Laufe dieser Zeit zur größten, mächtigsten und stärksten Partei Deutschlands entwickelt, und auch wir Gothaer können von uns sagen, daß wir in diesem Zeitraume gleichen Schritt mit der Entwickelung der Partei Dentschlands gehalten haben. (Bravo!) Seit vielen Jahren war es uns möglich, den Wahlkreis Gotha der sozialdemokratischen Partei im Reichstag zu sichern, und bei den jüngsten Landtagswahlen gelang es uns, durch angestrengte Thätigkeit und Organisation unseren Gegnern einen vernichtenden Schlag beizubringen. (Lebhafter Beifall.) Es verlautet auch heute schon, daß die Regierung unseres kleinen Duodezstaates mit Reaktionsmitteln gegen die sozialdemokratische Partei vorzugehen gedenkt; allein ich kann den Delegirten versichern, daß, wie die Sozialdemokraten Dentschlands das schlimmste Gesetz, das man ihr an die Beine gehängt hat, überwunden hat, auch die Sozialdemokraten Gothas sich dadurch nicht werden überwinden lassen. (Lebhafter Beifall.) Die Sozialdemokratie ist eben eine Macht, die nicht mehr zu beseitigen ist. Die Sozialdemokratie wird von Jahr zu Jahr größer werden und immer schönere Triumphe feiern, wie sie sie gegenwärtig in Gotha, Hessen und anderen Städten und Ländern errungen hat. (Beifall.) Auch wir Sozialdemokraten in Gotha erhoffen und erharren nichts mehr von oben, nichts mehr von außen — die Sozialdemokratie wirkt, agitirt, organisirt und rüstet sich ohne Ablaß zum Kampf mit ihren Gegnern; in diesem Sinne begrüße ich den Parteitag, in der festen Erwartung, daß es ihm gelingen wird, in leidenschaftsloser Debatte die Mittel und Wege, die uns zum Ziele führen sollen, zu berathen, und heiße Sie noch einmal recht herzlich willkommen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Förster-Hamburg: Zu wiederholten Malen schon sind hier in Gotha unsere Vertreter zusammengetreten, um das Wohl der Partei zu fördern. Der wichtigste unter diesen Kongressen war zweifellos der Vereinigungs-Parteitag, der vor 21 Jahren hier stattfand, der wichtigste für unsere Parteibestrebungen. Die Arbeiter haben sich damals gesagt: Es giebt zwischen uns keine Differenzpunkte, die groß genug wären, daß wir ihretwegen den Kampf gegen die Gegner getrennt führen sollten; dazu ist dieser Kampf zu schwierig und zu ernst. Seit dieser Zeit marschirt die sozialdemokratische Arbeiterschaft in geschlossener Phalanx! Sie alle, die Sie mitten im Kampfe stehen, kennen unsere Thätigkeit. Es ist gewiß wahr: je mehr unsere Partei Boden gewinnt, je größer unsere Macht und die Zahl unserer Vertreter wird, je mehr unsere Bewegung sich vertieft, um so ernster, um so gewaltiger wird der Kampf, den wir führen, um so heftiger der Widerstand unserer Gegner, die immer mehr in die Enge gerathen. Unsere Aufgaben wachsen, auch die Aufgaben, die ein Parteitag zu lösen hat. Davon sind Sie alle überzeugt. Ist doch das charakteristische Merkmal unserer Parteitage der große Fleiß, die Gewissenhaftigkeit und der Ernst, mit dem auf unsern Parteitagen gearbeitet wird. Wissen wir doch, welch' großes Ziel uns winkt. Von diesem Geiste waren alle unsere Parteitage erfüllt; auch dieser wird es sein; auch er wird dazu beitragen, unsere Partei für den Kampf zu stärken und uns in gemeinsamer Berathung zu zeigen, wie wir unsere Sache am besten fördern. Daß unsere Berathungen in diesem Sinne verlaufen, dazu hat jeder durch seine Thätigkeit beizutragen!

Hiermit erkläre ich den Parteitag für eröffnet und bitte um Vorschläge für das Bureau.

Vorgeschlagen werden Bock und Singer und durch Zuruf gewählt.

Singer: Mit dem Dank für die Ehre, welche Sie uns durch die Wahl zu Vorsitzenden erwiesen haben, verbinde ich die Bitte, das Bureau dadurch zu unterstützen, daß jeder Theilnehmer des Parteitages bemüht ist, unsere Geschäfte nach Kräften zu fördern. Ich glaube im Sinne des gesammten Parteitages zu sprechen, wenn ich diesen Augenblick benutze, um Namens des Parteitages, und da die Delegirten hier die legitimen Vertreter der Partei sind, auch Namens der gesammten Partei Deutschlands unseren Gothaer Genossen den Dank der Partei auszusprechen für die tapfere, energische Agitation, die sie bei den letzten Wahlen ausgeübt haben und die uns zu einem so glänzenden Siege, zur Vermehrung unserer Mandate im Gothaer Landtage von 1 auf 8 verholfen hat. (Stürmischer Beifall.) Gotha ist nun einmal ein historischer Boden für die Partei, und auch heute stellt sich eine kleine geschichtliche Reminiscenz ein. Ich erinnere an den Parteitag, der 1875 deshalb in Gotha getagt hat, weil die Tessendorfferei in Preußen die Partei damals aufgelöst hatte. Wir sind heute in einer ähnlichen Situation. Die Köllerei in Preußen hat, wie Sie wissen, den Parteivorstand als einen Verein erklärt und ihn aufgelöst. Der Prozeß, der deswegen geführt wurde, ist in Ihrer Erinnerung. Wie sehr die Maßregel des preußischen Ministeriums die Partei zu schädigen geeignet ist, das beweist die zahlreiche Schaar unserer Delegirten (Heiterkeit), die heute mehr wie je, trotz aller Köllerei, bereit und entschlossen sind, die Fahne der Sozialdemokratie hier zu entrollen. (Lebhafter Beifall.)

Ich bitte nun den Parteitag, gemäß unserem Organisationsstatut, in der Konstituirung fortzufahren und zunächst neun Schriftführer zu wählen.

Auf Vorschlag von **Weinheber**-Hamburg werden durch Akklamation zu Schriftführern folgende Genossen gewählt: Hülle-Erfurt, Bruhns-Breslau, Röhn-Berlin, Fräulein Baader-Berlin, Dr. Arons-Berlin, Bömelburg-Hamburg, Leven-Gera, Mattutat-Augsburg und Lesche-Altona. Heute fungiren als Schriftführer Hülle, Bruhns und Röhn.

In die Mandatsprüfungs-Kommission werden durch Zuruf gewählt: Antrick-Berlin, Ehrhardt-Ludwigshafen, Agster-Stuttgart, Blos-Stuttgart, Schumann-Bielefeld, Hug-Bant, Wehder-Sonneberg, Schmidt-München und Frau Kähler-Wandsbeck.

Singer schlägt in bezug auf die Sitzungszeit vor, in Rücksicht auf die weite Entfernung des Kongreßlokals von der Stadt, von 9—1 Uhr und von 4—8 Uhr zu tagen. Hiergegen erhebt sich Widerspruch.

Schumann-Bielefeld beantragt, acht Stunden hintereinander mit einer halbstündigen Pause zu tagen.

Leutert-Apolda beantragt, von 9—12 Uhr und von 3 bis 7 Uhr zu zu verhandeln.

Da keiner dieser Vorschläge eine Mehrheit findet, so soll versuchsweise morgen von 9 bis 1 und von 3 bis 7 Uhr getagt werden.

Hierauf wird die provisorische Geschäftsordnung ohne Debatte genehmigt.

Bei der Festsetzung der Tagesordnung schlägt

Singer vor, den Bericht der Parteileitung nicht, wie bisher, in seiner Gesammtheit, sondern gruppenweise zu diskutiren, und zwar in einer Gruppe die Agitation, in einer anderen die Presse und in einer dritten die Kassenverhältnisse. Bei der bisherigen Praxis habe man die Erfahrung gemacht, daß eine gründliche Besprechung sehr erschwert wird. Wenn sein Vorschlag angenommen würde, so könnte man die zu den einzelnen Gruppen gestellten Anträge gleich mit debattiren und zur Entscheidung bringen.

Der Vorschlag der gruppenweisen Besprechung des Parteiberichts wird ohne Debatte angenommen, ebenso erklärt sich die Versammlung mit dem Vorschlage des geschäftsführenden Ausschusses einverstanden, wonach an zweiter Stelle

der Bericht über die stattgefundene Kontrolle und an dritter Stelle der Bericht über die parlamentarische Thätigkeit entgegengenommen werden soll.

Als vierten Punkt hat der Ausschuß die Maifeier 1897 auf die Tagesordnung gesetzt.

Inzwischen ist folgender von Berliner Delegirten unterzeichneter Antrag eingegangen:

„In Erwägung, daß eine größere Anzahl von Anträgen eingegangen ist, welche die Behandlung einzelner Fragen des Arbeiterschutzes auf dem Parteitage fordern, beantragen die Unterzeichneten, als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen „Arbeiterschutz" und unter diesem Punkt sämmtliche diesbezüglichen Anträge zu behandeln."

Lehmann-Dortmund beantragt, das Proportional-Wahlrecht als letzten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, da es sich hier nur um die Erörterung einer akademischen Frage handle. Wenn heute eine Aenderung des Wahlrechts einträte, so würde dies doch nur im reaktionären Sinne geschehen. (Sehr richtig!)

Frohme-Hamburg kann nur dem einen Abänderungsantrag zustimmen, wonach als besonderer Punkt die Presse auf die Tagesordnung gesetzt werden soll. Der Antrag der Berliner Genossen müsse schon aus dem Grunde abgelehnt werden, weil keine Vorarbeiten dazu gemacht seien. Im Uebrigen biete sich auch bei der Generaldebatte Gelegenheit, auf alle diese Fragen einzugehen.

Arons führt zur Begründung des Antrages der Berliner Genossen aus, daß dadurch die Geschäfte wesentlich vereinfacht würden, es könnten dann die verschiedenen Anträge betreffs einzelner Punkte des Arbeiterschutzes, wie Erringung des Achtstundentages, Kampf gegen industrielle Ausbeutung, Achtuhr-Ladenschluß, Unfallversicherungs-Gesetz u. s. w. gemeinsam behandelt werden. Der einzige Einwand, der gegen seinen Antrag erhoben werden könnte, sei dadurch hinfällig geworden, daß Genosse Wurm sich zur Uebernahme des Referats bereit erklärt habe.

Stadthagen hält den von ihm bezüglich des Punktes „Presse" gestellten Antrag durch die nach dem Vorschlage Singer's beschlossene Eintheilung für erledigt. Dem Antrag Arons kann Redner nicht zustimmen, da die Frage des Arbeiterschutzes mit einem einfachen Referat ohne die genügende vorherige Darlegung in der Presse und der Oeffentlichkeit nicht abzuthun sei. Er habe nichts dagegen, daß der Arbeiterschutz auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages gesetzt wird, nachdem für ein Referat und für ein Korreferat über den Arbeiterschutz im Allgemeinen und mit Rücksicht auf den jeweiligen Stand in Deutschland ausreichend gesorgt sei. Aber das genüge nicht, daß ein Genosse sich aus Gefälligkeit zur raschen Uebernahme des Referats bereit erklärt. Im Uebrigen empfehle er den Vorschlag des Ausschusses bezüglich der Tagesordnung und bitte nur, das Proportional-Wahlrecht an letzter Stelle zu behandeln.

Eichhorn-Dresden befürwortet den Antrag 1, wonach die Erringung des Achtstundentages, der Kampf gegen die hausindustrielle Ausbeutung, die Koalitionsfreiheit und die Organisation der Partei auf die Tagesordnung gesetzt werden soll. Mehr vielleicht als mit dem Proportional-Wahlrecht sollte man mit der Frage sich beschäftigen, wie man einer eventuellen Verschlechterung des Wahlrechts entgegentreten könne. Dagegen fehle in der Tagesordnung ein Punkt, der sich damit beschäftigt, wie die Partei den industriellen Aufschwung der letzten Zeit für sich ausnützen könne.

Bär-Crefeld erklärt sich gegen den Antrag Arons; wenn man etwas Gediegenes leisten wolle, so dürfe man nicht zu viel Punkte behandeln. Hingegen sei es nöthig, das Proportional-Wahlrecht auf der Tagesordnung zu lassen, da über diese Frage große Unklarheit in den Kreisen der Genossen herrsche.

Leutert-Apolda will das Proportionalsystem besprochen haben, aber erst nach der „Frauenagitation".

Frohme-Hamburg ersucht nochmals um Beibehaltung der Reihenfolge des provisorischen Programms. Die Verhandlung über das Proportionalsystem werde voraussichtlich keine lange Zeit in Anspruch nehmen.

Schöpflin-Frankfurt tritt für den Antrag Arons ein. Der Bericht über den Londoner Kongreß verlange doch eine eingehende Behandlung und müsse daher vorangehen. Das Proportional-Wahlsystem könne ruhig an achter Stelle bleiben.

Zorn wünscht gleichfalls, daß der Bericht über den Londoner Kongreß an eine frühere Stelle gerückt wird.

Fischer-Berlin hält es für das Beste, dem Antrag Arons entsprechend, die Frage des Arbeiterschutzes auf die Tagesordnung zu setzen. Es bestehe ja eine sehr starke Strömung unter den Genossen für die Frage des Achtstundentages und Koalitionsrechtes und man würde sehr unklug handeln, wenn man diese Strömung nicht berücksichtigen wollte; da sie einmal vorhanden sei, müsse der Parteitag schon einmal die Zeit dafür opfern, wenn auch nicht viel dabei herauskommen dürfte. Der Antrag Arons fasse diese Punkte zusammen. (Sehr richtig!)

Baldix-Schmölln wünscht, daß die Frage des Achtuhr-Ladenschlusses auf die Tagesordnung an Stelle des Berichts über den Londoner Kongreß gesetzt werde.

Pfannkuch-Hamburg: Der Vorschlag des Vorsitzenden ist geeignet, die Debatte über Abänderung der Tagesordnung wesentlich zu verkürzen. Es ist kein Grund vorhanden, eine Debatte und eine Beschlußfassung über die strittigen Fragen zu verhindern; es bietet sich hierzu aber die beste Gelegenheit bei der Berichterstattung der Parteileitung. Redner erklärt sich für Ergänzung der Tagesordnung nach dem Antrag Arons.

Ein Antrag, über sämmtliche Anträge, die auf Abänderung der Tagesordnung gestellt sind, zur Tagesordnung überzugehen, findet genügende Unterstützung.

Gewehr (Elberfeld) begründet den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung: durch Abänderung der Tagesordnung werde etwas Praktisches nicht herauskommen.

Lehmann spricht dagegen. Der Achtstundentag werde nicht so kurzerhand erledigt werden, und vor allem müsse man berücksichtigen, daß hinter dieser Forderung ein großer Theil der gewerkschaftlich organisirten Genossen stehe; thue man das nicht, so laufe man Gefahr, den Keim eines Zwiespaltes zwischen die in der politischen und die in der gewerkschaftlichen Bewegung stehenden Genossen zu tragen. (Widerspruch.)

Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Schreck-Bielefeld wendet sich gegen den Standpunkt Fischer's. Der Punkt „Erringung des Achtstundentages" müsse als vollständig selbständiger Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Arons wird mit großer Mehrheit angenommen.

Damit sind die Anträge 1 bis 3 erledigt. Der Antrag 4 wird zurückgezogen. Der Antrag 9, auf die Tagesordnung ein Referat über die Wohnungsfrage zu setzen, wird gegen eine Stimme abgelehnt.

Die ersten drei Punkte der Tagesordnung bleiben, wie sie provisorisch aufgestellt waren.

Der Vorschlag Singer's, als vierten Punkt den Antrag Arons zu setzen, wird einstimmig angenommen.

Als Punkt 5 und 6 werden Maifeier und Londoner Kongreß festgesetzt.

Singer schlägt vor, das Referat über das Proportional-Wahlrecht an letzte Stelle der Tagesordnung zu setzen.

Das wird mit Mehrheit angenommen und nach längerer Debatte die Tagesordnung wie folgt festgesetzt:

7. Frauenagitation.
8. Organisation.
9. Proportionalwahlsystem.
10. Anträge zum Parteiprogramm und Organisation.
11. Sonstige Anträge.
12. Wahl der Parteileitung.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 12. Oktober. — Vormittagssitzung.

$9^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Eine Reihe Begrüßungsschreiben und Telegramme sind eingetroffen.

Der Parteitag tritt hierauf in die Tagesordnung ein.

Den **„Geschäftsbericht des geschäftsführenden Ausschusses"** erstattet

Pfannkuch: Der geschäftsführende Ausschuß ist eine Neuerscheinung Die vorjährige Parteileitung war sich bewußt, daß beim Fallenlassen der Umsturzvorlage ein Schlag gegen die Partei kommen würde und mußte; wir hatten ihn viel früher erwartet und unsere Gegenmaßregeln vorbereitet, um den Schlag zu pariren. Der Schlag fiel. Am 25. Oktober fanden die Haussuchungen statt, und schon am 4. Dezember war die Fraktion in dar Lage, die nöthigen geschäftlichen Anordnungen zu treffen, so daß alles seinen ruhigen Fortgang nehmen konnte. Was die Köllerei gegen uns vermochte, waren Unannehmlichkeiten für einzelne Genossen, im übrigen ist die Partei nicht geschädigt, die Neueinrichtungen haben gut funktionirt und es liegt keine Beschwerde seitens der Genossen vor, ein Beweis, daß alles am Schnürchen gegangen ist.

Die Aufgabe der Parteileitung ist und bleibt stets die Förderung der Agitation. Was darin im abgelaufenen Geschäftsjahre geleistet werden mußte, haben wir geleistet. Wo es nicht an Verhältnissen scheiterte, sind wir allen Wünschen hinsichtlich der Agitation nachgekommen. Das gesprochene, zündende Wort ist ja immer das wirksamste Mittel der Agitation, daneben hat aber doch eine hervorragende Bedeutung für die Agitation: die Presse. (Sehr richtig!) Und da muß ich sagen: Der Zustand unserer Presse ist in vieler Hinsicht nicht befriedigend. (Oho!) Ich bin mir der Tragweite meines Ausspruchs wohl bewußt, er soll auch kein Vorwurf gegen unsere Redakteure sein. Wir wissen, daß sie ihr ganzes Können in den Dienst der Partei stellen. Wenn sie nicht alle Wünsche befriedigten, so lag es nicht an ihrem guten Willen. Hier und da mag es am Können liegen; im allgemeinen aber ist ein Mangel an geeigneten Kräften zu konstatiren. (Schoenlank: Mangel an finanziellen Kräften!) Auch darüber werden wir uns noch zu unterhalten haben; es läßt sich aber nicht leugnen, daß es häufig am richtigen Mann am richtigen Platze fehlt. (Sehr richtig.) Redner wendet sich einigen in der „Frankfurter Volksstimme" erschienenen Artikeln über die Parteipresse zu und stellt einige darin enthaltene Unrichtigkeiten richtig. Voraussetzung bei allen unseren Kämpfen ist, daß man abwägt, welche Kräfte uns zur Verfügung stehen, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Wenn man so verfährt, so ist der Sieg gewiß und die Genossen werden zu neuen Kämpfen ermuthigt.

Andernfalls geht die Schlacht in den meisten Fällen verloren, und die nothwendige Folge davon ist eine Entmuthigung und eine Lähmung der Kräfte auf einige Zeit. Ein schiefes Bild aber wird gegeben, wenn man in einem solchen Artikel, wie in dem der „Frankfurter Volksstimme", die Thatsachen unrichtig darstellt. So wird darauf hingewiesen, daß die Parteileitung die Subventionen nicht richtig vertheilt habe. Die Parteileitung habe, wenn ein sechsmal wöchentlich erscheinendes Blatt sich nicht rentirt habe, den Rath gegeben, das Blatt zu einem dreimal wöchentlich erscheinenden zu machen; der Artikelschreiber wollte die Parteileitung dadurch ad absurdum führen, daß er behauptete, die dreimal wöchentlich erscheinenden Blätter hätten größere Subventionen bekommen als die anderen. Letzteres ist unrichtig.

In diesem Augenblicke ist wieder von allen möglichen Aktionen und Transaktionen in der Presse die Rede. Genossen eines der größten Wahlkreise halten heute die Gründung eines Blattes für nöthig. Es ist uns gelungen, die Genossen zu überzeugen, daß sie mit der Gründung des Blattes noch eine Weile warten könnten. Unsere süddeutschen Genossen haben ebenfalls diesbezügliche Anträge gestellt; zu meiner Genugthuung kann ich konstatiren, daß die leitenden Genossen Badens unseren Gründen zugänglich waren und ihr Lieblingsprojekt so lange vertagen wollen, bis die erforderlichen Vorbedingungen geschaffen sind. Nun zurück zum Artikel der „Frankfurter Volksstimme". Der Vorschlag, den Posten eines Inspektors zu schaffen, der die Parteiorte bereisen und die Parteipresse kontrolliren soll (Ruf: Parteizensor) ist in der Parteileitung schon seit Jahren aufgetaucht, aber aus mannigfachen Gründen abgelehnt worden. Vor allen Dingen macht schon die Personenfrage unlösbare Schwierigkeiten. Die Partei verfügt über sehr wenig Leute, die für einen solchen Posten sich eignen; und wenn der Artikelschreiber höhnisch von dem Berliner „Dreigestirn": Singer, Bamberger und Fischer spricht, so war die Parteileitung froh, wenigstens hier und da die Beihilfe des Dreigespirns in Anspruch nehmen zu können, das doch ohnehin durch seine Berufsthätigkeit voll in Anspruch genommen war.

Es werden dann in dem Artikel noch direkt an die Parteileitung mehrere Fragen gestellt. So wird die Zuwendung an Gießen und Mainz für Redakteurgehälter monirt, die unter dem Rubrum „Agitation" aufgeführt wird. Wir haben stets die Meinung vertreten, daß wenn die Genossen an einem Orte glauben, die Agitation ohne Unterstützung nicht treiben zu können, dann geben wir die Unterstützung für die Agitation, ganz gleich in welcher Form sie erfolgt, und die Presse ist ja oft das einzige Agitationsmittel. So haben z. B. die Erfolge in Gießen, das einen Zuschuß von 80 Mk. statt 75 Mk. monatlich verlangt und erhalten hat, den Beweis erbracht, daß dies Geld nicht besser hätte angelegt werden können und daß die Rubrizirung dieses Zuschusses unter „Agitation" vollauf berechtigt ist. (Sehr richtig!) Daß auch Mainz mit herangezogen ist, wundert mich. Die Vorgänge sind ja bekannt, ich habe keinen Anlaß, sie hier zu erörtern; jedenfalls verdienen die Mainzer Genossen für die Energie, mit der sie trotz der schwierigen Verhältnisse den Wahlkampf geführt haben, die volle Anerkennung der Partei und die Aufwendungen für das Mainzer Organ sind schon deshalb wohl zu rechtfertigen. (Zustimmung.)

Was mich wundert, ist, daß der Artikelschreiber die Zuwendung an die „Wiener Arbeiterzeitung" bemängelt hat. Wenn diesmal keine Gründe für die Zuwendung an die österreichischen Genossen angegeben sind, so einfach deshalb nicht, weil die finanzielle Lage unseres Bruderorgans dieselbe geblieben ist, wie bei der ersten Zuwendung. Die Wiener Parteileitung brachte den unumstößlichen Nachweis, daß das bis dahin wöchentlich erscheinende Organ in ein Tagesorgan umgewandelt werden müsse. Wir haben uns keinen

Augenblick besonnen, aus Gründen der internationalen Solidarität unsere Bruderpartei nach Kräften zu unterstützen (Bravo!) und haben es für gänzlich ausgeschlossen gehalten, daß auch nur ein Genosse sich finden könnte, der hieran Anstoß nehmen würde. (Bravo!)

Diese Artikel in der Parteipresse haben eher zur Verwirrung als zur Klärung und Förderung der Agitation beigetragen.

Eine Artikelserie in der „Sächsischen Arbeiterzeitung" verlangt, daß die Agitation die gegenwärtige aufsteigende wirthschaftliche Konjunktur zur Besserung der Einkommens-Verhältnisse der Arbeiter ausnutze. Gewiß ist auf einzelnen Gebieten des gewerblichen Lebens eine aufsteigende Konjunktur zu verzeichnen, andererseits aber ist die Textilindustrie, die sehr viele Arbeiter beschäftigt, bereits wieder im Niedergang begriffen. Ist es wirklich nöthig, die Alarmtrommel zu rühren, um die aufsteigende Konjunktur für die Agitation, für die Koalitionsfreiheit, den Achtstundentag und ähnliche Forderungen zu rühren? Hat die deutsche Sozialdemokratie es jemals an der Agitation fehlen lassen? Sind wir nicht ununterbrochen thätig in der Agitation für das allgemeine Wahlrecht für alle Körperschaften, für das Koalitionsrecht, den Achtstundentag, wo sich nur irgend Gelegenheit bietet? Die Maifeier-Resolutionen betonen ausdrücklich die Nothwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit und heben hervor, daß der Achtstundentag der Ausgangspunkt für die Maifeier ist. Was verlangt man denn also? Sollen neue Formeln gefunden werden, neue Entdeckungen gemacht werden? Oder soll auf einen dieser Punkte die ganze Agitation konzentrirt werden? Eine Partei wie die unsere, die im Kampf liegt und allen Maßnahmen und Einrichtungen der bürgerlichen Gesellschaft zu folgen und sich anzupassen gezwungen ist, muß ihren Blick auf das Ganze richten und darf ihre Kräfte nicht für einen Punkt erschöpfen.

Das einzige Mittel, die Agitation wirksam zu führen, bleibt nach wie vor die Organisation. (Sehr richtig!) In allen Anträgen, die darauf hinauslaufen, die Agitation zu fördern, wird verlangt, es sollen Agitationstouren der bekannten Redner veranstaltet und Flugblätter herausgegeben werden. Aber wir können auch auf diesem Gebiete über eine natürliche Grenze nicht hinauskommen, die wiederum in den Personen liegt. Und wie zensiren die Genossen nachher die Reden? Da heißt es z. B.: Gegen den Genossen ist nichts einzuwenden, brav, tüchtig, gewissenhaft, für die kleinen Orte, draußen auf dem Lande ein vorzüglicher Redner, für uns in der Stadt nicht genügend! (Große Heiterkeit.) Wir können noch zufrieden sein, wenn wir von der Agitationstour mit der Zensur „gewissenhaft" zurückkommen. Mehr als je ist gerade jetzt die unermüdliche, Glied an Glied sich anreihende Organisation erforderlich. (Sehr richtig!) Freilich die organisatorische Arbeit ist eine mühsame. Genosse Timm hat bei der Leitung des Konfektionsarbeiter-Streiks eigenthümliche Erfahrungen gemacht. Sie kennen ihn ja als einen außerordentlich geschickten und erfolgreichen Organisator — aber von dem großen Zulauf, den diese große Lohnbewegung der Organisation gebracht hat — wieviel ist davon geblieben! (Sehr wahr!) Gerade dieser Streik hat bewiesen, daß, wenn anders als auf die systematische Entwickelung der Arbeiterbewegung Hoffnungen gesetzt werden sollten, das die verfehlteste Spekulation wäre, der sich die Partei hingeben könnte. (Lebhafte Zustimmung.)

Auf grund der bisherigen Taktik müssen wir unsere Agitation weiter führen, und wir werden gut dabei fahren. Wir können nicht die Partei mit Siebenmeilenstiefeln ausstatten, sondern wir müssen uns an den natürlichen Gang der Dinge halten. Einen Fatalismus, der am Ende daraus erwachsen könnte, daß wir sagen: „Die wirthschaftliche Entwickelung wird alles von selbst machen", weisen wir von uns. Dafür bürgt die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Wir werden uns niemals dem blinden Schicksal überlassen,

sondern wir werden versuchen, selber die nöthigen Konsequenzen aus der wirthschaftlichen Entwickelung zu ziehen und im Interesse der Partei zu verwerthen.

Singer macht den Redner darauf aufmerksam, daß die ihm geschäftsordnungsmäßig zustehende Redezeit abgelaufen sei. (Zuruf: Weiter reden!) Da sich kein Widerspruch dagegen erhebt, wird dem Redner gestattet, noch weiter zu reden.

Pfannkuch: Der Kassenbericht zeigt Ihnen eine Ausgabe von 69 000 Mk. für die Parteipresse, 23 000 Mk. mehr als im vorigen. Diese Ziffern beweisen, daß der Presse von der Parteileitung volle Aufmerksamkeit zugewendet ist. Die Aufwendungen für die „Rheinische Zeitung" beruhen auf dem Beschluß des Kölner Parteitages, sie können aber doch nicht auf unabsehbare Zeit in derselben Höhe fortdauern. Die Kölner Genossen haben denn auf unsere Ermahnung hin sich dazu verstanden, andere Agitationseinrichtungen zu treffen, so daß eine Kürzung der Zuschüsse möglich ist und diese hoffentlich in Zukunft ganz werden fortfallen können.

Die Zuwendungen für das Breslauer Organ sind wohl auf die Thatsache zurückzuführen, daß wir unseren letzten Parteitag in Breslau abgehalten haben. Wir überzeugten uns in Breslau, daß für das Breslauer Organ in thatkräftiger Weise gesorgt werden müsse. Wir wollten das Experiment machen, durch eine große Aufwendung das Blatt auf eigene Füße zu stellen. Leider ist das Experiment nicht gelungen. Auch die Breslauer Genossen haben sich davon überzeugt, daß so hohe Aufwendungen auf die Dauer von der Partei für ihr Blatt nicht geleistet werden können. Es soll in anderer Weise versucht werden, das Blatt zu bilanziren.

Die Steigerung der Einnahmen gegen das Vorjahr ist ja ein günstiges Ergebniß für die finanzielle Lage der Partei, stammt jedoch im wesentlichen aus den Ueberschüssen der rentirenden Parteigeschäfte. Die Parteiorte müssen den guten Willen mehr als bisher bethätigen und von ihren Ueberschüssen auch ab und zu eine Postanweisung an die Parteileitung schicken.

Im Bericht ist auf das von der Ethischen Gesellschaft ausgegangene Begnadigungsgesuch unserer im Essener Meineidsprozeß verurtheilten Genossen hingewiesen. Unsere Genossen stellen sich, wie nicht anders zu erwarten, auf den Parteistandpunkt: sie wollen keine Gnade wo sie ihrer Meinung nach zu unrecht verurtheilt sind, sie wollen ihr Recht. (Sehr richtig.) Die Sympathie der deutschen Arbeiterklasse ist eine ungeschwächte, sie betreibt mit allen Mitteln die Bewegung zu gunsten der Wiederaufnahme des Verfahrens, damit unseren verurtheilten Genossen Gerechtigkeit widerfährt. Wir haben ferner auf die vielen Verurtheilungen wegen Majestätsbeleidigung hingewiesen und auf die vielen in letzter Zeit vorgekommenen Begnadigungen von Leuten, denen die Pflege des öffentlichen Sicherheits- und Wohlfahrtsdienstes oblag, und die bei der Ausübung dieser Dienstpflicht sich schwere Verfehlungen gegen strafgesetzliche Bestimmungen zu schulden kommen ließen. Weiter haben Begnadigungen von Leuten stattgefunden, die den sogenannten satisfaktionsfähigen Kreisen angehören und mit den Mordwaffen in der Hand vorgefaßterweise einander das Lebenslicht auszublasen beabsichtigten. Die bürgerliche Presse hat sich ob der über solche Fälle ergangenen Begnadigungen ja in Lamentationen ergangen. Wir stehen solchen Lamentationen selbstverständlich kühl gegenüber, wir erblicken in diesen Begnadigungen ein Moment mehr im Gesammtbild der Erscheinungen am Schluß des Jahrhunderts, welches uns mit frohen Hoffnungen auf die uns bevorstehenden Kämpfe erfüllt. Wir sind der Meinung, daß jede vom Minister in Vorschlag gebrachte Begnadigung mehr als eine von der Parteileitung zu arrangirende Agitationstour aufwiegt (Sehr richtig!), und in diesem Sinne können wir uns über eine jede in diese Kategorie fallende Begnadigung nur freuen. Kampf bleibt die Parole, getreu unserer Tradition,

uns dem Gegner stellen da, wo er sich bietet. Leider haben wir ja die Erfahrung machen müssen, daß die Gegner mehr und mehr dem Kampf auf offenem Felde mit uns aus dem Wege gehen. Da aber, wo sie sich uns stellen, werden wir ihnen zeigen, daß wir unseren Mann wie bisher so auch in Zukunft stellen. Waffen für diesen Kampf werden die Ergebnisse der Berathungen dieses Parteitages unserem Arsenal zuführen. (Lebhafter Beifall.)

Den Bericht über die Kontrolle erstattet

Meister: Der schärfere Köllerwind hat die Thätigkeit der Kontrolleure begrenzt; durch Richterspruch ist das Institut der Kontrolleure aufgelöst. Betreffs der Buchhandlung „Vorwärts" kann ich mittheilen, daß wir sie in voller Ordnung gefunden. Nach Auflösung des Parteivorstandes habe ich mit Frau Zetkin und Genossen Dubber auf Wunsch der Geschäftsleitung dieselbe nochmals revidirt. Wir haben den Beschluß des vorjährigen Parteitages, inwieweit die bei Bading hergestellten Drucksachen billiger hergestellt werden können, ausgeführt. Wir haben zu diesem Behufe bei sieben leistungsfähigen größeren Geschäften, darunter drei bürgerlichen, uns erkundigt und uns die Rechnungen einsenden lassen u. s. w. Wir sind auf grund dieser Ermittelungen zu folgendem Resumee gekommen:

Die von Bading berechneten Preise sind durchaus angemessen und es dürfte nicht möglich sein, die Druckarbeiten billiger herstellen zu lassen.

In betracht muß gezogen werden, daß die Verhältnisse an den verschiedenen Orten auch sehr verschieden gelagert sind und bei Beurtheilung der Berechnung der Herstellungskosten die dieselben begleitenden Umstände, als da sind: höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und vor allem die die Preise sehr vertheuernde Nachtarbeit, wohl in Rücksicht gezogen werden müssen.

Dagegen ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, durch Verbesserungen im technischen Betriebe die Herstellungskosten eventuell zu ermäßigen und so empfehlen die Kontrolleure der neu zu wählenden Parteileitung, diesen Gesichtspunkt im Auge zu behalten.

Die bürgerlichen Firmen haben uns durchweg höhere Preise berechnet als Bading und zwar stellen sie diese Preise auch nur für Tagarbeit, während die Herstellung des „Vorwärts" leider Nachtarbeit erfordert. Ebenso fehlte bei den bürgerlichen Firmen jede Gewähr, daß sie die Bestimmungen des Buchdruckertarifs innehalten. Auch sonst sind die Einrichtungen bei Bading, hinsichtlich der Arbeitszeit u. s. w., durchaus empfehlenswerth. Wir haben infolge dessen mit bestem Wissen und Gewissen nicht zu einem anderen Vorschlag kommen können, als zu dem Ihnen in dem Resumee unterbreiteten.

Was die weitere Thätigkeit der Kontrolleure, die durch die Auflösung der Organisation unterbrochen wurde, anlangt, so ist nur eine Beschwerde an sie gelangt. Sie ging von einem Harburger Genossen aus, der sich über die Harburger Parteileitung beschwerte. Nach Prüfung der Sache konnten wir dem Harburger Genossen jedoch nicht recht geben, sondern hatten seine Beschwerde zurückzuweisen.

Das ist der Bericht, den ich zu erstatten hatte. Im Anschluß hieran beantrage ich mit den bei der Revision mitwirkenden Genossen die Decharge-ertheilung für die in betracht kommenden Parteibeamten.

Vorsitzender **Singer:** Ueber den Bericht der Parteileitung soll nach dem gestrigen Beschluß in einzelnen Abtheilungen berathen werden.

Die erste Gruppe betrifft: „Allgemeines, Agitation und Wahlen". Dazu gehören die Anträge: 29, 35, 36, 37, 38, 39, 53, 54, 57, 58, 59 und folgender von Berlin 4 gestellter Antrag:

Der Parteitag wolle beschließen: vor Ausschreibung der nächsten Reichstagswahl das bestehende Reichstags-Wahlgesetz, mit entsprechenden Erläuterungen versehen, in Broschürenform drucken und während der Wahlagitation besonders in den ländlichen Wahlkreisen vertheilen zu lassen.

Von der Berathung scheiden aus, da sie nicht genügende Unterstützung erhalten, die Anträge 29, 35, 38, 53, 57 und 59.

In der Diskussion über „Agitation" spricht zunächst

Gewehr-Elberfeld: Den Optimismus der Parteileitung hinsichtlich der Agitation kann ich nicht theilen. Mit dem Hinweis auf die Dummheiten der Gegner allein ist es nicht gethan. Die Parteileitung hätte uns sagen sollen, was sie ihrerseits gethan hat. Was ist vor allem auf dem Gebiete der Agrarfrage geschehen, die doch nicht nur von der größten taktischen Bedeutung für die Partei ist, sondern auch die Genossen geistig fördert? Für die Wahlagitation in den einzelnen Kreisen, namentlich in den reaktionären, zurückgebliebenen Theilen mußte die Parteileitung etwas mehr thun; namentlich mußten in solchen Gegenden von Zeit zu Zeit Agitationstouren veranstaltet werden. Dies geschieht jetzt nicht in ausreichendem Maße; so hat z. B. der Genosse Bueb sein uns gegebenes Versprechen, in die Rheinprovinz zu kommen, nicht gehalten. Die Genossen, die an der Spitze stehen, mußten Fühlung mit den Genossen im Lande nehmen, damit sie die Zustände an Ort und Stelle kennen lernen. Dann würden auch die Klagen darüber sich vermindern, daß die Vertrauensleute zu wenig Berichte an die Parteileitung einsenden. Den Antrag auf Herausgabe eines Agitationskalenders bitte ich mit Rücksicht auf die Eigenthümlichkeiten der Provinzen und mit Rücksicht darauf, daß einzelne Landestheile schon selbständig Kalender herausgeben, abzulehnen.

Adler-Halberstadt empfiehlt den Antrag 54. An die Landproletarier muß sich die Agitation wenden und zwar in ihrer Eigenschaft als Proletarier; nur muß mehr als bisher gethan werden. Vor allem handelt es sich um eine planmäßige Agitation unter den Landarbeitern. Besonders wirksam läßt sich die Gesinde-Ordnung verwenden. Gerade die Buntscheckigkeit der Gesinde-Ordnungen giebt interessantes Material. Beständig muß gegen die Gesinde-Ordnung und die übrigen Ausnahmebestimmungen gegen die Landarbeiter protestirt werden. Dadurch werden wir uns die Sympathie der Landarbeiter erwerben, die uns heute noch vielfach fehlt, weil die Landarbeiter glauben, wir thäten nicht genug für sie. Ein weiteres wichtiges Agitationsmittel sind unsere Programmpunkte: Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung. Durch die Annahme des Antrags 54 kann ein Stückchen praktischer Agraragitation getrieben werden. Bei ihren nächsten Interessen müssen wir die Landarbeiter packen. Wenn wir kommen und ihnen sagen: Wir wollen die Gesinde-Ordnung von Deinem Rücken nehmen, wir wollen dafür sorgen, daß, wie es leider oft der Fall ist, nicht mehr der ganze Jahreslohn für Arzt und Apotheker ihm genommen werde, dann versteht er uns, wir haben einen Anknüpfungspunkt, und hat er uns erst einmal den kleinen Finger gegeben, so haben wir bald die ganze Hand.

Eichhorn-Dresden will die Agitation namentlich durch Verbreitung der Parteipresse gefördert wissen. In der jetzigen wahllosen Zeit herrscht bei uns in Sachsen auf dem Lande Unbefriedigung hinsichtlich der Agitation. Hin und wieder kommt ja ein Abgeordneter und macht eine Agitationstour; Liebknecht war da und auch Bebel, nur Grillenberger hat im letzten Augenblick abgesagt. Eine Verbreitung der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" wird frisches Leben hineinbringen.

Trautwein-Quedlinburg empfiehlt die Annahme des Antrages 54. Seit Jahren wird die Nothwendigkeit der Landagitation betont, und trotzdem ist bisher nur wenig in dieser Beziehung geschehen. Durch die Landagitation wird zugleich die Frauenagitation befördert, da es zahlreiche weibliche Landarbeiter giebt. Wenn man die wunden Punkte aufdeckt, so wird man in der Landagitation etwas erreichen.

Weinheber-Hamburg tritt für die Annahme des Antrages 58 ein. Unter den Eisenbahnarbeitern ist eine Bewegung entstanden, die auch bereits zum Zusammenschluß der Leute in Halle, Magdeburg, Leipzig und Hamburg geführt hat. Eine Organisation ist vorhanden, sie muß nur noch weiter ausgebaut werden. Unter den Eisenbahnarbeitern befinden sich recht intelligente Leute. Thun wir jetzt etwas für die Bewegung, so werden wir später unsere Freude daran haben.

Voigt-Berlin begründet den Antrag Berlin 4.: Die ländlichen Arbeiter sollen etwas mehr mit der Kenntniß der Gesetze vertraut gemacht werden. Dagegen sei der Antrag 54 schwer durchführbar.

Groth-Rostock: Nach meiner Meinung umfaßt der Antrag 54 zu viel einzelne Punkte. Wir müssen zunächst versuchen, die Landbevölkerung auf den Weg einer zielbewußten Agitation zu bringen. Hier müßte die Parteileitung mehr als bisher thun, denn gerade auf diesem Gebiete läßt sich mit genügenden Geldmitteln etwas erreichen. So wird es z. B. oft nöthig sein, Genossen an einen bestimmten Ort zu entsenden, um geeignetes Material zu sammeln. Nur dann, wenn die Parteileitung in dem von mir angedeuteten Sinne verfährt, wird der Antrag 54 Erfolg haben. Ich ersuche Sie unter diesem Gesichtspunkte den Antrag anzunehmen.

Schrader-Osnabrück: Die Wünsche, einen bekannten Reichstags-Abgeordneten als Redner zu erhalten, stammen in der Regel aus in der Agitation zurückgebliebenen Gegenden und sind durchaus berechtigt. Es ist das System unserer Gegner, die bekannteren Genossen zu verleumden und nur ihr persönliches Erscheinen kann diese Lügen beseitigen. Es ist besser, wenn die bekannten Genossen in kleinen Orten reden, als daß sie Versammlungen in den großen Städten abhalten. Die Lüge, daß Bebel Rittergutsbesitzer sei (Große Heiterkeit) war in unserer Gegend den Leuten von unseren Gegnern so fest eingeredet worden, daß Molkenbuhr bei seiner Agitationstour überall auf diesen Glauben stieß und ihn nicht beseitigen konnte und wenn er auch mit Engelszungen geredet hätte. — Redner tritt im übrigen für den Antrag 54 ein.

Bueb-Mülhausen vertheidigt sich gegen den von Gewehr erhobenen Vorwurf. Sein Versprechen, nach dem Rheinland zu kommen, habe er wegen Erkältung nicht halten können. Er werde es nunmehr nachholen.

Bär-Crefeld schließt sich der Forderung, daß die bekannteren Abgeordneten ihre Kräfte mehr für die persönliche Agitation im Lande zur Verfügung stellen sollen, an. Wenn Bebel sein Versprechen, nach dem Rheinlande zu kommen, das er vor 7 Jahren gegeben habe, nicht erfüllt habe, so sei es nicht unbescheiden, wenn die rheinischen Genossen es wenigstens jetzt verlangten. Gegenüber der rührigen Agitation der rheinischen Zentrumspartei sei das besonders erforderlich.

Gerlach-Wanzleben: Nicht die zurückgebliebenen Kreise sind es, welche die Paradepferde verlangen, sondern die Industriebezirke, trotzdem dieselben über andere Redekräfte verfügen. Er erwartet, daß der Antrag 54 bezüglich Abschaffung der Gesinde-Ordnung angenommen und eine planmäßige Agitation betrieben wird; ferner, daß seitens des Parteivorstandes eine Statistik der Uebergriffe der Herrschaft gegen das Gesinde zusammengestellt werde.

Stadthagen: Ich empfehle Ihnen zunächst die Annahme des Antrages 36. Es ist namentlich wünschenswerth, daß möglichst bald eine Broschüre erscheint, die in gedrängter Kürze eine Geschichte der Partei giebt. Wir haben ja schon vor einigen Jahren gehört, daß ein solches Werk im Unternehmen war; die Ausführung ist aber bisher unterblieben, da der Vorstand mit zu vielen anderen Fragen beschäftigt war. Was die Anträge 37 und 54 bezüglich der Herausgabe einer Broschüre über die Gesinde-Ordnung betrifft, so ist ja schon auf dem Breslauer Parteitag ein ähnlicher Beschluß

gefaßt worden, den aber der Vorstand nicht ausführen konnte, weil inzwischen die Berathungen über das Bürgerliche Gesetzbuch stattfanden. Der bei dieser Gelegenheit von uns gestellte Antrag auf Aufhebung der Gesinde-Ordnung ist lediglich durch die Freisinnigen gescheitert. Wäre dieser Antrag angenommen worden, so wäre die Broschüre überflüssig geworden. Man kann also dem Vorstand aus der Nichtausführung des Beschlusses keinen Vorwurf machen, zumal da in der Broschüre verschiedene Punkte hätten behandelt werden müssen, die inzwischen durch das Bürgerliche Gesetzbuch erledigt sind. Ich fasse den Antrag so auf, daß in der Broschüre die Ausnahmerechte gegen das Gesinde, z. B. die Beschränkung der Koalitionsfreiheit, das Ausnahmerecht gegenüber der Kranken- und Unfallversicherung behandelt werden sollen. Namentlich mußte darauf hingewiesen werden, daß das ganze Verhältniß des ländlichen Arbeiters nach der Gesinde-Ordnung eine sklavenähnliche Stellung gegenüber der Herrschaft ist. Eine bloße Veröffentlichung der 100 verschiedenen Gesinde-Ordnungen wäre nur Papierverschwendung. In dem von mir angedeuteten Sinne werde ich selbst demnächst eine Broschüre veröffentlichen und hierbei auch auf die Haltung der Freisinnigen bei Berathung unseres Antrages auf Aufhebung der Gesinde-Ordnung eingehen. Die Forderung des Antrages 54, daß die Presse den Gesinde-Ordnungen mehr Beachtung schenken soll, wird heute schon theilweise erfüllt, so z. B. von der „Magdeburger Volksstimme", dem „Hamburger Echo", der „Gleichheit" u. a. Ich wünsche ja auch, daß die Presse in dieser Beziehung mehr als bisher thut, aber mit Beschlüssen ist da nichts zu machen. Ich kann mir nicht denken, daß irgend ein Redakteur solche Artikel ablehnen würde. Von oben herab darf man keine Agitation inszeniren, sondern man muß es dem Einzelnen überlassen, Material zu sammeln und bei Gelegenheit zu verwerthen. Ich bitte Sie deshalb, die Anträge 37 und 54 dem Vorstande zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung und der Heilmittel bitte ich nicht in den Antrag aufzunehmen, denn das ist kein Agitationsstoff.

Zu Antrag 54 wird von Bebel das Amendement gestellt, statt „im Laufe des nächsten Jahres", „bei erster Gelegenheit" zu sagen.

Gilek-Arnstadt wünscht einen billigen Kalender für die Landagitation; er wird besonders dort gute Dienste leisten, wo die mündliche Agitation durch die Behörden unmöglich gemacht wird.

Pfarr-Berlin legt ebenfalls Nachdruck auf Landagitation und tritt für Antrag 54 ein.

Raue-Iserlohn erklärt, das Mandat mitbekommen zu haben, auf jeden Fall einen der ersten Parteigenossen mitzubringen. (Heiterkeit.) In allererster Linie solle er den Bebel mitbringen (Heiterkeit); wenn das nicht ginge, dann wenigstens den Liebknecht (Große Heiterkeit); und wenn auch der nicht kann, dann solle er zum mindesten dafür sorgen, daß Singer oder Auer komme. (Große Heiterkeit.) Viel Nutzen bringen diese großen Redner aber auch nicht; wenn sie weg sind, bleiben die Versammlungen wieder leer. Redner will gleich Stadthagen Antrag 54 dem Vorstande zur Berücksichtigung überweisen.

Müller-Kamenz (sächsische Lausitz): Uns stehen so wenig Lokale zur Verfügung, daß eine Agitationstour von 14 Tagen, wie sie uns empfohlen wurde, sich gar nicht ermöglichen läßt. Dagegen ist es durchaus nothwendig, daß bekannte Genossen hin und wieder eine Versammlung am Sonntag im Kreise abhalten. Geschieht dies nicht, so versumpft das Parteileben in den kleinen Orten leicht, der Opfermuth schwindet, die einzelnen Persönlichkeiten, die immer am Orte sind, leben sich ab. Das Auftreten eines bekannten Genossen aber frischt das Parteileben wieder auf. — Redner spricht sich gegen einen einheitlichen Landagitations-Kalender aus, der die besonderen Verhältnisse der Provinzen, auf die es gerade ankommt, nicht berücksichtigen könne. — Auch

von der Herausgabe eines Flugblattes für die Eisenbahn-Arbeiter verspricht sich Redner nicht viel. — Für die Landagitation ist die Forderung unentgeltlicher ärztlicher Hilfeleistung ohne agitatorischen Werth.

Adler-Halberstadt konstatirt mit Genugthuung, daß der Antrag 54 allseitig Verständniß und Anklang gefunden hat. Man solle eine Probe mit seiner Durchführung machen. Seine einzelnen Punkte seien vorzügliche Agitationsmittel, auch die unentgeltliche Heilhilfe. Redner bittet um Ablehnung der Amendements Stadthagen und Bebel. Ein klarer Beschluß thue noth.

Damit schließt die Diskussion.

Das Schlußwort in Bezug auf den bisher verhandelten Theil hat

Pfannkuch: Mit Ausnahme von Gewehr ist allseitig anerkannt, daß in Bezug auf die Agitation die Parteileitung ihre Schuldigkeit gethan habe. Die Agrarfrage hat erfreulicherweise den diesmaligen Parteitag nur hinsichtlich der Verhältnisse der Landarbeiter und der Gesinde-Ordnung beschäftigt. Der Antrag 54 kann nur mit dem Bebel'schen Amendement angenommen werden; es können im Laufe des nächsten Jahres Verhältnisse eintreten, die die Durchführung der verlangten Agitation unmöglich machen. Was den Berliner Antrag 91 anlangt, so ist eine Erläuterung des Reichstagswahl-Gesetzes mit Reglement nicht erforderlich, da es klar genug ist. Der Antrag auf Herausgabe eines zur Landagitation geeigneten billigen Kalenders erübrigt sich; eins schickt sich nicht für alle, und die Parteileitung hat die Mittel für eine nothwendige Agitation noch nie verweigert. Was das Flugblatt für die Eisenbahn-Arbeiter betrifft, so haben die Hamburger Genossen gewiß nicht die Absicht gehabt, dadurch die Arbeiter der Eisenbahn-Werkstätten zu organisiren, denn das ist eben so schwer wie die Organisation der Arbeiter des Königs Stumm. Wohl aber wird es gelingen, dadurch die Agitation zu fördern, zumal wie ich aus eigener Erfahrung weiß, unter den Eisenbahn-Arbeitern sich ein Stamm bewährter Genossen befindet, die auf ihre Kollegen agitatorisch einwirken können. Deshalb dürfte es sich wohl empfehlen, diesen Antrag dem Vorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Damit schließt die Debatte.

Persönlich bemerkt

Gewehr, daß er der Parteileitung einen Vorwurf wegen lässiger Agitation nicht habe machen wollen.

Es wird nun zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge geschritten.

Singer konstatirt, daß der Parteitag Kenntniß von dem Resumé der Kontrolleure über die Belassung der Druckarbeiten bei Bading genommen hat, und daß damit die Angelegenheit erledigt ist.

Angenommen werden die Anträge 36, 58 und 91; der letztere mit einem Amendement, wonach an Stelle der Worte „mit entsprechenden Erläuterungen versehen" gesagt wird „und Wahlreglement".

Die Anträge 37 und 54, letzterer nach Annahme des Amendements Bebel, werden der neuen Parteileitung zur Berücksichtigung überwiesen.

Antrag 39 wird abgelehnt.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Nachmittags 3 Uhr eröffnet **Singer** die Sitzung. Es wird die Debatte über den Theil des Geschäftsberichts eröffnet, der sich auf die Presse bezieht, in Verbindung mit den Anträgen 31, 32, 33, 34, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52 und 74. Weiter der Antrag Schreck-Bielefeld, unterstützt von Hoffmann-Herford, Kiesel-Berlin:

Der Chefredakteur des „Vorwärts" ist alljährlich auf dem Parteitag zu wählen.

und der Antrag der Berliner Delegirten:

Um den Anforderungen an die Presse, welche die Ausdehnung unserer Partei und die Konkurrenz der gegnerischen Presse steigert, Rechnung zu tragen, beantragen die Unterzeichneten:

der Partei-Ausschuß und die demnächst stattfindende Preßkonferenz wolle die Durchführung nachstehenden Antrages in Erwägung ziehen: Dem „Vorwärts" ist wöchentlich eine wissenschaftliche Beilage beizugeben, welche u. a. eine Uebersicht über hervorragende wirthschaftliche Vorgänge und eine technische Rundschau enthalten soll; den übrigen Parteiblättern, welche diese Beilage ihren Lesern bieten wollen, mögen annehmbare Bedingungen gemacht werden.

Keine Unterstützung finden die Anträge 32, 33, 41, 46, 48, 92. Der Antrag 50 ist in folgender veränderter Fassung eingebracht:

Der Parteitag möge beschließen, in Erwägung, daß für Karlsruhe und das bayrische Oberland ein täglich erscheinendes Organ immer mehr als unabweisbares Bedürfniß empfunden wird, wird die Parteileitung beauftragt, sich dieserhalb mit den badischen Genossen in Verbindung zu setzen und die etwa noch erforderlichen Zuschüsse zur Gründung eines solchen Organs aus Parteimitteln darlehnsweise zur Verfügung zu stellen.

Als erster Redner ergreift das Wort **Quarck**: Ein paar Worte über das, was Pfannkuch über die Artikel der „Frankfurter Volksstimme" gesagt hat: Der Verfasser derselben ist der kaufmännische Leiter der „Frankfurter Volksstimme", Genosse Sydow. In den Artikeln, die ich zu vertreten nicht berufen bin, ist aber doch manches enthalten, was der Diskussion werth ist. Bezüglich der Subvention an Gießen hat Sydow nur bemängelt, daß sie nicht unter „Redaktionssubventionen" gebucht worden.

Leider bin ich nun genöthigt, da mir jede andere Gelegenheit abgeschnitten ist, auf die Preßkämpfe, die ich in der letzten Zeit mit verschiedenen Parteiblättern geführt habe, einzugehen. Ich habe ganz entschiedene Verwahrung und Beschwerde einzulegen gegen die Polemik in verschiedenen Parteiblättern, die weit alle Grenzen sachlicher Polemik überschreitet. Ich erwähne kurz die Behandlung meines Artikels im „Handelsangestellten", sodann vor allem die Artikel der „Magdeburger Volksstimme" gegen mich. Der Verfasser, Genosse Schmidt, hat mir den schlimmsten Vorwurf gemacht, den man einem Genossen machen kann: Ich hätte die Bearbeitung der Fabrikordnungen davon abhängig gemacht, daß ich das nöthige Geld dazu bekäme; ich hätte also die Sache ganz kapitalistisch ausgebeutet. Dieser Vorwurf entbehrt jeder Unterlage. Genosse Schmidt hat sich dann sehr lahm herauszureden versucht, daß ihm die Thatsachen unbekannt gewesen seien; sie seien ihm im Fraktionszimmer anders dargestellt; die Parteileitung habe ihre Hand von mir abgezogen und werde auf dem Parteitage schon die Gründe dafür angeben; er hat es aber nicht für nothwendig gehalten, auch nur den allerelementarsten Ausdruck des Bedauerns hinzuzufügen, während er gegen antisemitische Blätter fortwährend in den schärfsten Ausdrücken, wie z. B. Verleumderblatt, polemisirt. Alles, was in dieser Beziehung gegen mich vorgebracht ist, ist absolut nicht stichhaltig. Ich habe auch nicht die geringsten finanziellen Vorbedingungen gestellt; nur als mir die Arbeiten über den Kopf wuchsen und als ich sah, daß die Sache über meine Kräfte ging, habe ich eine kleine Subvention für einen Mitarbeiter verlangt, der die Excerpte anfertigte; das Geld ist mir eine Zeit lang gewährt und dann nicht mehr bezahlt worden. Ich habe dann meinen Mitarbeiter aus meiner Tasche mit dem, was ich durch Arbeiten für die Parteipresse verdiene, bezahlt, so daß jetzt die Fabrikordnungen im Rohen ausgearbeitet sind.

Und da muß ich mir gefallen lassen, daß ein Genosse schreibt, ich hätte die Bearbeitung der Fabrikordnungen vom Gelde abhängig gemacht.

Was den „Vorwärts" betrifft, so mache ich ihm keinen Vorwurf daraus, daß er in bezug auf meine Vorschläge anderer Meinung war; daß er aber gleich im ersten Artikel von Frankfurter Pfadfindern sprach, die dazu beitragen würden, daß die ganzen Gewerkschaften in die Luft gesprengt werden, und daß er in diesem Ton fortfuhr, das muß ich vor den Parteitag bringen, da mir eine andere Genugthuung nicht geworden ist. Ich hätte gewünscht, daß der Streit beigelegt worden wäre. Ich habe schon längst vor der Erklärung im „Vorwärts" in Frankfurter Versammlungen gesagt, wenn es nach meinem Wunsch ginge, so würde die schmutzige Wäsche nicht auf dem Parteitag gewaschen, sondern die Sache wäre vorher aus der Welt geschafft worden. Ich bin kein Freund von solchen Beschwerden, ich habe auch in der Debatte immer meinen Mann gestellt; aber nachdem jetzt die bekannte Besprechung in Berlin stattgefunden hat und der Friede gewissermaßen auf meine Kosten geschlossen ist, bin ich dazu gezwungen. Die Ausfälle gegen mich wurden in der Erklärung mit keinem Worte erwähnt. Was hätte es denn geschadet, wenn in der Erklärung gestanden hätte, man war sich auch darüber einig, daß es nicht nothwendig war, diese persönlichen Angriffe gegen Genossen in der Polemik vorzubringen? Damit wäre die Sache erledigt gewesen.

Selbstverständlich habe ich auf die Artikel im „Vorwärts" erwidert, aber ich habe niemals gegen die Personen, die gegen mich im „Vorwärts" aufgetreten sind, auch nur das geringste einzuwenden versucht; das ist eine unwürdige Kampfesweise, die ich verschmäht habe, die aber im „Vorwärts" nicht vermieden ist. Wie ferner der „Vorwärts" mit meiner Berichtigung verfahren ist, ist Ihnen bekannt. Es wurde so dargestellt, als ob ich schon schwanger ginge mit der Begründung eines Gewerkschaftsblattes, und diese ganze Sache entpuppte sich später als ein Briefwechsel mit Keßler, den ich gar nicht kenne und dem ich meine Ideen auseinandersetzte, weil er sich an mich gewandt hatte. Ich berichtigte das im „Vorwärts", der dann einfach schrieb: Durch die Berichtigung des Genossen Quarck wird unsere Darstellung nur bestätigt. Was soll man angesichts einer derartigen Polemik machen! Der „Vorwärts" hat gegen mich noch zwei fernere Invektiven gerichtet, einmal, indem er schrieb, ich gehöre einer Schicht sozialpolitischer Reformer an, mit denen ich heute noch mehr in Verbindung stehe, als blos persönlich. Mit dem Ausdruck sozialpolitischer Reformer sollte ich heruntergezogen werden als jemand, der nicht ganz auf der Höhe der sozialpolitischen Bewegung steht. Als ich fragte, was eine mehr als persönliche Verbindung mit einer Schicht sozialpolitischer Reformer bedeuten solle, sind nur faule Ausreden gemacht worden, aber irgend eine bündige Antwort, ob damit vielleicht eine finanzielle Verbindung gemeint sei, ist mir nicht geworden. In Nummer 191 des „Vorwärts" ist dann der schwere Vorwurf gegen mich erhoben worden, der mit der sozialpolitischen Debatte nichts zu thun hat: Ich und meine Freunde machten fortwährend in den Gewerkschafts-Versammlungen falsche Darstellungen über die Stimmung in den politischen Parteien. Das ist doch gewiß einer der schlimmsten Vorwürfe, der einem Parteigenossen gemacht werden kann, daß er Unfrieden zu stiften und zu hetzen sucht. Auch dafür ist ein Beweis nicht erbracht, und der Verfasser hat sich trotz meiner Aufforderung bis heute noch nicht genannt, obgleich der „Vorwärts" in Aussicht stellte, daß der Mann seine Sache vertreten würde. Infolge dessen ist mir vorgeworfen, ich wollte eine Art von Zeugnißzwang für die Partei einführen; es ist mir unbegreiflich, wie man das aus meinen Worten herauslesen kann. Ich habe nur verlangt, daß ein Genosse, der solche Pfeile abschießt, nach den in der Partei herrschenden Begriffen seine Sache auch persönlich vertritt. Ich habe garnicht verlangt, daß die Redaktion des

„Vorwärts" mir den Verfasser nennt, sondern ich habe nur von ihm als Genossen gefordert, daß er persönlich hervortritt und seine Angriffe vertritt. Das ist doch ein durchaus gerechtes Verlangen. Das sind im großen und ganzen meine Beschwerden. In weiten Parteikreisen ist man mit mir der Meinung, daß das Verhalten des „Vorwärts" nicht schön war, daß es an das Verhalten der Gegner gegen uns, an ihre Kniffe und Pfiffe erinnert hat. Jedenfalls ist dadurch die sachliche Diskussion verdorben worden, andere Parteiblätter, wie das „Echo" haben dagegen durchaus sachlich debattirt. Hoffentlich bezeichnet der Parteitag das Verhalten des „Vorwärts" als ungehörig. (Beifall.)

Bunte-Dortmund: Die Dortmunder Genossen fühlen sich beschwert, daß der Verlag der „Rheinisch-Westf. Arb.-Ztg." sich gegen die von den Dortmunder Genossen gewählte Preßkommission nicht entgegenkommend gezeigt hat. Auch einen mit den lokalen Verhältnissen nicht vertrauten Redakteur hat man uns hingeschickt, obwohl die Dortmunder Genossen einen geeigneten Mann vorgeschlagen hatten. Dadurch wird die Preßkommission zur bloßen Dekoration, und der Parteitag muß hier Remedur schaffen.

Gerisch-Hamburg: Unter den Einnahmen ist ein Betrag von 18383 M. verzeichnet, den unser Engels der deutschen Sozialdemokratie vermacht hat; zu der deutschen Sozialdemokratie rechnen wir auch unsere österreichischen Genossen. Um so leichter waren wir bereit, der österreichischen Sozialdemokratie die Hälfte der Erbschaft etwa zuzuweisen. Was nun Quarck betrifft, so hat er Recht, wenn er sich gegen Genossen Schmidt in Magdeburg wendet. Der Genosse Quarck hat beantragt, ihm den Zuschuß für eine bestimmte Zeit zu bewilligen, und die Parteileitung ging darauf ein; hätte Quarck nur ein Wort darüber geschrieben, daß er den Hilfsarbeiter noch weiter brauche, so würde die Parteileitung sicherlich keinen Anstoß genommen haben, ihm den Zuschuß auch weiter zu bewilligen.

Die vom Genossen Bunte indirekt gegen mich als Verleger der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung" erhobenen Vorwürfe haben bereits den diesjährigen westfälischen Parteitag in Witten beschäftigt. Es wurde dort eine Kommission zur Untersuchung der Angelegenheit eingesetzt und diese Kommission hat einstimmig erklärt, daß ich im Interesse der Partei gar nicht anders handeln konnte, wie ich gegenüber den Vorschlägen der Preßkommission gehandelt habe. Dieser Erklärung der Kommission ist der westfälische Parteitag mit allen gegen die Stimmen der Dortmunder Genossen — die aber in der Streitsache Partei waren — beigetreten. Damit ist die Sache für mich erledigt.

Frohme: Ich habe Stellung zu nehmen gegen die „Neue Welt" bezw. ihren gegenwärtigen Redakteur, Genossen Edgar Steiger. Sie kennen seine Polemik mit Genossen Bérard vom „Hamburger Echo" hinsichtlich dessen, was Genosse Steiger die „neue Kunst" nennt. Wenn Genosse Steiger sich herausgenommen hat, mit souveräner Verachtung von dem mangelnden Verständniß der Hamburger Arbeiterschaft zu reden, so kann man mit ihm nicht ernsthaft reden. Wir sind keine Anstandsdusler; aber es ist doch unleugbar, daß die neue Richtung in mancher Beziehung auf Abwege gerathen ist, die Geschmack und Anstand verletzen. Wenn Genosse Steiger behauptet, daß das „Echo" noch im vierzehnten Jahrhundert lebt, noch hinter den Moralbegriffen der bürgerlichen Gesellschaft zurückbleibt, so will ich ihm nur vorlesen, was ein hervorragender Vertreter des deutschen Naturalismus in der „Hamburger Freien Volksbühne" über jene Art des Naturalismus sagt, die im Schmutze watet, das sexuell Gemeinste, das psychiatrisch Kränkste schildert. Dabei scheint mir Genosse Steiger eines festen Standpunktes in dieser Frage noch vollständig zu entbehren. In seinen Artikeln finden sich die allerbedenklichsten Widersprüche. Jedenfalls ist es sehr übel von ihm angebracht, vom hohen Paradepferde herab zu sprechen. Die „Neue Welt" muß so gehalten werden,

wie es den geistigen Bedürfnissen der Leser, vor allem der Leserinnen entspricht. Die Parteigenossen haben Kinder, die auch etwas von der Lektüre der Eltern profitiren sollen. In weiten Parteikreisen ist nun die Meinung verbreitet, daß man sich die „Neue Welt" jetzt immer erst genau ansehen muß, bevor man sie den Kindern giebt. (Zustimmung.) Es ist unbestreitbar, daß die „Neue Welt" unter der Redaktion Steiger's das sexuell Gemeine in den Vordergrund gestellt hat, daß Schilderungen darin waren, die allen Anstandsbegriffen Hohn sprechen. (Sehr richtig!) Es ist die allerhöchste Zeit, daß der Parteitag hiergegen sein Veto einlegt. (Bravo!) Wenn Steiger und seine literarischen Freunde ihren Naturalismus, der sich rühmt, über jeder Partei zu stehen, bethätigen wollen, mögen sie es thun, wo sie wollen, aber außerhalb der „Neuen Welt". Das Blatt gehört der Partei; es erfordert hohe Kosten, die sich auf 48000 M. pro Jahr belaufen werden. Dies Geld darf nicht ein Privilegium, ein Unterstützungsfond für Naturalisten werden. Wir wollen nicht, daß man in unseren Unterhaltungsblättern in den Ton der frömmelnden Moral verfällt; wir sind keine Spießbürger, das weiß jeder, der uns genau kennt, wie weit wir davon entfernt sind. (Heiterkeit!) Aber der Parteitag wird sich ein Verdienst um unsere Presse erwerben, wenn er dafür sorgt, daß die „Neue Welt" nicht ein Probirfeld für die naturalistische Richtung ist. Sie kann sich bethätigen, aber nicht auf Kosten der Partei. Von allen Seiten kommen Beschwerden über die „Neue Welt". Vorläufig begnüge ich mich mit diesen Andeutungen und warte ab, was Genosse Steiger zu sagen hat. Ich bitte ihn aber schon jetzt, nicht in den Ton seiner literarischen Polemik zu verfallen, nicht persönliche Invektiven zu drechseln. (Oho!) Gewiß! Wie hat er den Genossen Bérard angegriffen; wie hat er gehöhnt über die Erziehung der Hamburger Arbeiterschaft! Nur der Genosse Steiger und die „Leipziger Volkszeitung", die erziehen die Leipziger Arbeiter zur wahren Kunst! (Heiterkeit.) Ich beneide die Leipziger Arbeiter nicht um diese ihre Erziehung. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.)

Schöpflin-Frankfurt a. O.: Als Bürstenbinder-Geselle will ich nicht den Anspruch machen, ein besonderer Kunstkenner zu sein. Aber auf mich hat die Haltung der „Neuen Welt" einen abschreckenden Eindruck gemacht. Aehnliche Beilagen haben wir auch sonst noch in unserer Parteipresse. Ich erinnere an die Beilage zum „Proletarier". Redner tritt für die Anträge 34, 45 und den abgeänderten Antrag 50 ein und führt Beschwerde über die Polemik der „Magdeburger Volksstimme" gegen den Genossen Huth in Brandenburg.

Knauff-Reinickendorf befürwortet den Antrag, dem „Vorwärts" eine wöchentliche wissenschaftliche Beilage zu geben und führt Beschwerde über den Nichtabdruck von Mittheilungen von Genossen im „Vorwärts".

Bérard-Hamburg: Nicht wir haben die Preßkampagne wegen der „neuen Kunst" inszenirt, sondern Genosse Steiger hat uns provozirt. Ueber die „Neue Welt" hat Frohme ja schon das Erforderliche gesagt. Der Roman von Hans Land „Der neue Gott" wird von manchen Genossen geradezu als eine Verhöhnung der Sozialdemokraten aufgefaßt. Aber noch viel schlimmer ist die „Mutter Bertha" (Heiterkeit), in die Genosse Steiger sich ganz besonders verliebt hat. (Große Heiterkeit.) So was darf überhaupt nicht vorkommen. Ein so heroischer, muthiger Charakter, wie die Mutter Bertha, verkehrt mit dem Kerl, der ihr unsittliche Anträge macht, ganz anders: die giebt ihm ein paar Ohrfeigen, daß er hintorkelt und dann ist die Sache abgemacht. (Große Heiterkeit. Zuruf: Das ist wahre Realistik!) Am Schluß wird die Sache geradezu lächerlich. In einer früheren Nummer befindet sich ein Artikel zu einem Bilde, der anfängt: Kunst ist nicht Kunst! Wenn man ihn von vorn bis hinten durchliest, weiß man immer noch nicht, was Kunst ist. In Nr. 40 kommt der liebe Herrgott 48 Mal vor und in Nummer 41 noch 32 Mal. (Heiterkeit.) Ein

Hamburger Arbeiter spricht in einem Eingesandt dem „Hamburger Echo" seinen Dank aus für die Artikel gegen die „Neue Welt", aus der nur eine entsetzliche Mittelmäßigkeit spricht, verbunden mit der krankhaften Sucht, den Proletarierinnen die Folgen unserer wirthschaftlichen Misère so kraß wie möglich auszumalen. Das ist die Meinung der überwiegenden Mehrheit, zum mindesten der Hamburger Genossen.

Redner begründet hierauf den Antrag auf Reduzirung der „Neuen Welt" auf acht Seiten. Früher kam das Blatt bei acht Seiten für 11 Mark per Tausend gerade auf die Kosten; jetzt macht jedes Tausend 4 Mark Defizit. Wenn das im nächsten Jahre so weiter geht, so stellt sich ein Defizit von 46—48 000 M. heraus. Ein so großer Aufwand für ein einzelnes Blatt wäre nicht zu verantworten. Da hätten wir nicht nöthig gehabt, den „Sozialdemokrat" eingehen zu lassen, um nun einen neuen Defizitmacher zu schaffen. Ferner ist zur Vermeidung von Unzuträglichkeiten wünschenswerth, daß die Redaktion sich am Druckorte befindet. (Zustimmung.)

Bär-Crefeld schließt sich den Angriffen gegen die „Neue Welt" an. Es sei einfach langweilig, wenn ein Affekt durch mehrere Nummern breitgetreten wird. Die „Neue Welt" sei ein Unterhaltungsblatt für die Arbeiter und nicht blos für Herrn Steiger. Den Antrag 31 bittet Redner anzunehmen; es sei nothwendig, daß nicht nur der „Vorwärts", sondern alle Parteiblätter zu den für die Partei wichtigen Fragen Stellung nehmen.

Stein-Hanau stellt die Nothwendigkeit der Gründung einer Art periodischer Flugschrift zur Aufklärung der Landbevölkerung in der Gegend von Hanau dar, wo man mit einer rein politischen Zeitung nicht auskommen könnte. Die Schrift solle den Bauern unentgeltlich zugestellt werden. Es empfehle sich auch für andere Gegenden ebenso zu verfahren.

Krumm-Wetzlar wünscht, daß die Anträge 34 und 51 der Parteileitung zur Berücksichtigung überwiesen werden; der Antrag 50 sei dagegen sehr bedenklich. Redner rügt den Ton der Polemik des „Vorwärts" gegen Quarck.

Scheidemann-Gießen weist darauf hin, daß die große Mehrzahl der kleinen Parteiblätter nicht nur finanziell schlecht steht, sondern auch infolge der Zersplitterung der Kräfte inhaltlich nichts bietet. Diesem Uebelstande ließe sich durch eine Zentralisirung abhelfen. Die Blätter, die auf der Höhe der Zeit stehen, könne man an den Fingern beider Hände abzählen. Die „Leipziger Volkszeitung" z. B. entspreche dem, was sich Redner unter einer guten Zeitung vorstellt. Man brauche nicht zu fürchten, daß durch das Eingehen einiger Blätter Genossen brotlos werden, da diese sehr wohl den Nachrichtendienst übernehmen könnten. Der Nachrichtendienst in unserer Presse sei schlecht, so bringe z. B. der „Vorwärts" oft Mittheilungen über ausländische politische Ereignisse, die erst bürgerlichen Blättern entnommen sind. Durch Annahme des Antrages 34 ließe sich diesem Uebelstande wohl abhelfen.

Günther-Braunschweig: Wenn ich die lange Liste der Zuschüsse für die Parteipresse aus der Parteikasse lese, dann ergreift mich eine gewisse Wehmuth, daß das Braunschweiger Blatt nicht darunter ist. (Große Heiterkeit.) Ich wünsche ja, daß auch in Zukunft das Blatt keine Zuschüsse nöthig hat. Mögen die Genossen, das sage ich in Bezug auf die Kritik am „Vorwärts" und an anderen Parteiblättern, klug werden und nicht gegen einander hetzen. Redner warnt vor neuen Blattgründungen, vor allem von sechsmal erscheinenden Blättern.

Bruhns-Breslau wendet sich gegen die Ansicht, als habe die „Breslauer Volkswacht" in diesem Jahre einen so hohen Zuschuß erfordert, weil dort der letzte Parteitag stattgefunden habe. Das Blatt habe vielmehr infolge der Verfolgungen, denen es in stets steigendem Maße ausgesetzt sei, große Schulden gemacht. Im letzten Jahre seien allein 53 Preßprozesse gegen die

„Volkswacht" angestrengt, dazu kommen die eigenartigen Verhältnisse in Breslau, wo eine Parteibewegung wie in anderen großen Städten nicht möglich sei. Die Genossen, die von Osten kommen und in Breslau die ersten Grundzüge des Sozialismus in sich aufnehmen, folgen bald dem Zug nach dem Westen, und so sei es nicht möglich, einen genügenden Stamm bewährter Genossen dort großzuziehen. Eine Verbilligung des Organs habe auch nicht die gewünschten Folgen gehabt. Breslau habe nicht etwa, wie man meinen könnte, jetzt noch große Summen zur Verfügung (Heiterkeit). Es sitze vielmehr auf dem Trockenen und werde bald überhaupt auf ein eigenes Organ verzichten müssen, wenn es nicht von der Partei genügend unterstützt würde. (Hört! hört!)

Steiger-Leipzig: Es ist gerade kein erhebendes Gefühl, das erste Mal, wo man auf einem Parteitage als Redner auftritt, von der Anklagebank aus sprechen zu müssen. Frohme und Bérard sprachen von der allgemeinen Mißstimmung über die „Neue Welt". Ich wußte genau, was ich that, als ich sehr langsam, vorsichtig und sacht in die Bahnen moderner Kunst einlenkte. Ich wußte, wie schwer ein solcher Sprung ist, in einer Zeit, wo das ganze bürgerliche Lager noch immer an den Knochen, nicht etwa der wirklich klassischen Literatur, sondern ihrer Nachtreter herumnagte. Wo plötzlich eine neue Kunst geboren wurde, waren die Geburtswehen groß und Ausschreitungen unausbleiblich. Ich habe mich vielmehr gewundert, daß die „Neue Welt" überhaupt noch Abonnenten hat, wo der eigene Verleger die Redaktion seines Blattes in Versammlungen und in der Presse so hinstellt, als wollte sie das ganze Volk vergiften. Da ist es wahrlich ein Wunder, daß ein Arbeiter das Blatt überhaupt noch liest! Aber trotzdem hat mich die ganze Polemik gefreut; sie beweist die wunderbare Stärke unserer Partei. Es fragt sich nur, ob bei einer solchen Agitation etwas herauskommt. Frohme beklagt sich über die Polemik, die ich geführt habe. Wie soll ich polemisiren? Bleibe ich sachlich und nenne ich keine Namen, so heißt es, ich spreche in vornehm erhabenen Ton der Unfehlbarkeit. Werde ich angegriffen und antworte nicht etwa so, wie man in den Wald hineingerufen hat, sondern vielmehr als ganz sanftes Echo — ich meine nicht das „Hamburger Echo" (Heiterkeit) — dann heißt es auf einmal, der Steiger wird persönlich. Gegen mich wurden Ausdrücke gebraucht wie Lektüre für blasirte Wüstlinge. Es wurde gesprochen von überspannten Köpfen, von Narren, von Leuten, welche ihre geistlosen Erzeugnisse in der „Neuen Welt" als Ablagerungsstätte unterbringen wollen. Darauf habe ich höchstens mit den Ausdrücken Philister und Spießbürger geantwortet. Ich frage Sie, welche Ausdrücke am Platze sind, wenn man in dieser Weise angegriffen wird. Frohme tadelt es, daß ich blos meine Artikel zusammengestellt habe und betont demgegenüber, daß die Hamburger die ganze Polemik veröffentlicht hätten. Merkwürdig, die beiden letzten Artikel, in denen ich auf einige Grundfragen, die im Hamburger „Echo" erörtert wurden, antwortete, wurden nicht abgedruckt, sondern es wurde so dargestellt, als ob das Hamburger „Echo" das letzte Wort gesprochen und ich keine Antwort gefunden hätte. Das ist also die Polemik, die Frohme mir als Muster vorhält! Hätte man einen objektiven Bericht beiderseits gebracht, so stände sicher alles darin; so aber habe ich, wie ich in der Vorrede ausdrücklich konstatire, nur meine Meinung veröffentlicht, in der Erwartung, daß die Hamburger sich hier ebenso wehren, wie sie es in der Presse gethan haben.

Bei der ganzen Polemik haben die Hamburger die moderne Richtung und die „Neue Welt" verwechselt. Das sind zwei himmelweit entfernte Dinge; ich habe nie den Standpunkt vertreten, als ob alles, was die Modernen geschrieben hätten, etwa wirklich geistige Nahrung für das Volk wäre. Ich weiß, daß in einer Zeit der Dekadence, der Selbstzersetzung der bürgerlichen Gesellschaft, in diesem Todesringen einer dem Untergange geweihten Gesellschaft

soviel Schmutz aufgewirbelt wird, daß die Phantasien solcher blasirten Wüstlinge nicht vor das arbeitende Volk gehören. Aber es verhält sich gerade umgekehrt, wie Frohme es darstellt. Er behauptet, zuerst hätte man die junge Richtung freudig begrüßt und nachher seien die Ausschreitungen gekommen. Jeder, der die moderne Richtung verfolgt hat, weiß jedoch, daß es hier ebenso gegangen ist, wie bei allen großen literarischen Revolutionen, daß immer die Ausschreitung als natürlicher Gegenschlag gegen die vorherige moralische Versumpfung der Kunst erfolgt ist im Anfang der Bewegung und daß sich daraus nachher eine wirkliche wahre Kunst entwickelte. Man sagt, ich hätte die „Neue Welt" zu einem Tummelplatz für literarische Experimente gemacht. Wo habe ich das gethan? Nirgends. Ich wollte in der „Neuen Welt" das beste bieten, was die lebende Kunst hervorgebracht hat, soweit es uns bei den beschränkten Finanzen möglich war. Dieses Beste ist aber ein neues.

Gerade Wahrheitsmuth ist es, der die neue Kunst auszeichnet. Sie schildert den Tod, das Verderben, sie hängt dem Laster kein moralisches Mäntelchen um. Sie verfährt nicht wie jene seichte Lügenkunst, die das Laster liebenswürdig entschuldigt, sie wischt der Welt die Schminke aus dem Gesicht, nimmt ihr die Larve ab und zeigt überall die Todessymptome der bürgerlichen Gesellschaft. Nun sagen die Genossen: Die neue Kunst erhebt nicht, sie sucht mit Vorliebe häßliche Stoffe auf. Es ist aber eine Erscheinung, die sich in der Kunst vom grauesten Alterthum bis in die neueste Zeit findet, daß die Kunst gerade die furchtbarsten Ereignisse als Gegenstand ihrer Darstellung wählt. Was kann furchtbarer sein, als ein Menschenmord, wo der Mensch das Unnatürlichste thut, nicht neues Leben zu verbreiten, sondern Leben zu vernichten. Warum stellt ihn die Kunst aber dar? Weil bei solchen Thaten die geheimsten Triebfedern in der Menschenbrust sich am deutlichsten zeigen; die Dichter wollen, wenn sie einen Mord schildern, nicht sagen: Gehet hin und bringt einen Menschen um.

Redner geht nun dazu über, einzelne Vorwürfe Bérard's zurückzuweisen. Er nimmt den Roman „Der neue Gott" von Hans Land in Schutz und sieht in ihm nicht eine Verhöhnung der Sozialdemokratie, sondern eine Schilderung der verruchten gesellschaftlichen Verhältnisse, die Tausende ins Verderben führen, um in uns die Entrüstung über solche Verhältnisse zu wecken. Wenn die antike Kunst nicht so detaillirt in der Schilderung des Grausigen war, wie die moderne, so geschah es, weil die Kunstmittel noch nicht da waren, so zarte und nuanzirte Stimmungen hervorzurufen, wie es die neue Kunst vermag. Hier könnten unsere Genossen, die sich auf ihre darwinistische und materialistische Weltanschauung berufen, einmal zeigen, ob sie sie wirklich besitzen. Die Widerspiegelung der kleinsten Regung der Menschenseele basirt auf der großen Rolle der Naturwissenschaften in der Gegenwart. Das Mikroskop hat sozusagen uns eine neue Welt eröffnet, hat uns die moderne Kunst gegeben. Während wir in den früheren Jahrhunderten immer in die Unendlichkeit, in das Himmelszelt mit der Sternenwelt hinausschauten, senkt man sich jetzt in das Kleinste des Kleinen und entdeckt da ebenso große Wunder, wie in dem unendlich Großen. Die Kunst hat diesem Triebe Folge geleistet; sie versenkt sich auf einmal in die geringste Menschenseele. Ja, die Kunst ist demokratisch geworden, man braucht keine Könige mehr auf der Bühne, man braucht keine Fürsten, keine Barone und Grafen in den Romanen; jetzt ist der Arbeiter oder wer es sei, jeder Mensch ganz losgelöst von seiner sozialen Stellung ein gleich interessantes Objekt. Wir entdecken in ihm ganz dieselben Leidenschaften und verfolgen sie. Allerdings müssen wir da, wenn wir bei den Lichtseiten des Lebens diese feine Analyse machen, auch das Laster ebenso genau schildern; denn sonst würden wir lügen und die Menschen bereits jetzt zu Engeln machen. Ich habe in der Diskussion ganz genau herausgefühlt, daß leider immer der Standpunkt ver-

treten wird, die Kunst sei dazu da, entweder zu belehren oder in dem gewöhnlichen Sinne zu erheben. Das hat Genosse Bérard gethan, als er die viel geschmähte „Mutter Bertha" gegen mich von den Todten herauf beschwor. In „Mutter Bertha" sei kein versöhnendes Moment. Man kann die gewaltige, niederschmetternde Tragik nicht ertragen, sondern steht immer noch auf dem Standpunkt — ich kann nicht anders sagen — des Traktätchenlesers, der immer am Schluß einen gebesserten Menschen verlangt. (Lebhafte Rufe: Sehr richtig! Sehr unrichtig!) Sie müssen sich am Ende kriegen! (Lebhafter Beifall und Heiterkeit.) Wie tragisch und erhebend ist der Schluß der Mutter Bertha! Sie thut das höchste, was eine Mutter für ihr Kind thun kann, aber sie ist eben nur eine Kellnerin, sie hat ein uneheliches Kind — ja, ich kann nichts dafür. (Stürmische Heiterkeit.) In diesem Weibe ist die größte Weiblichkeit und der größte Heroismus verkörpert. Als ihr Kind auf dem Todtenbette liegt, als es aufgegeben ist, und da die Nachbarin kommt und ihr von dem Quacksalber erzählt, der es retten würde — ist es da wunderbar, daß sie nach dem Strohhalm greift? Und nun tritt ihr dieser miserable Wüstling entgegen und fordert als Preis für ihr gerettetes Kind ihren Leib, ihre Ehre, und sie opfert es mit dem festen Entschluß, für immer allem Lebensglücke für sich zu entsagen und nur ihrem Kinde zu leben, und als das Kind stirbt, da geht sie mit ihm in den Tod. Das ist eine so gewaltige Seelenthat, so erschütternd, daß ich nicht begreifen kann, wie man darüber zu lachen wagt. (Lebhafte Zustimmung.) Sonst kommen wir auf den Standpunkt, daß wir wieder die vornehmen Herren, die Großen und Mächtigen der Erde brauchen. Ich finde, wenn eine Kellnerin, wenn ein Mädchen aus dem Volke am Schluß für ihr Kind in den Tod geht, so ist das ein Heroismus sondergleichen, der nur Achtung verlangt.

Als ich in die moderne Richtung einlenkte, da wußte ich ganz genau, daß es sich um eine Erziehung des arbeitenden Volkes zur Kunst überhaupt handelt. Die Frage: „moderne Kunst" spielt darum gar keine Rolle, weil trotz allem und allem ich immer wieder sagen muß: Heute haben wir thatsächlich keine andere Kunst, als die moderne. Die anderen, sie mögen ganz wohlwollende Schriftsteller sein, aber Künstler, die das Leben den Lesern oder Zuhörern im Theater vor Augen stellen, sind sie nicht, sie sind Nachahmer einer vergangenen Kunstperiode. Wie müssen wir nun, sagte ich mir, die Erziehung des Volkes zur Kunst gestalten? Genosse Frohme meint, ich hätte damit die Hamburger Arbeiter beleidigt. Ich frage ihn, wo er das gefunden hat, ich habe nie einen Arbeiter beleidigt. Ich habe in meinen Artikeln ausdrücklich nur mein tiefes Bedauern ausgesprochen, daß die schlechten ökonomischen Verhältnisse den Arbeiter hindern, an den Genüssen der Kultur und deshalb auch an der Kunst theilzunehmen. Erst in zweiter Linie habe ich auch die Frage gestreift, ob es bisher nicht schon möglich gewesen wäre, durch Hinderung der Verbildung in künstlerischer Beziehung das Volk zu bewahren vor einem Rückfall in veraltete Anschauungen, die nirgends mehr in der Welt getheilt werden, vor der Anschauung, die Kunst solle belehren, anstatt daß sie das Lebensbild lebendig vor Augen stellt, damit jeder voraus ablese, was er für sich brauchen kann. Es gab nun zwei Wege: entweder man stellte die ganze moderne Kunst (und ich meine nicht etwa diese geschlechtlichen Probleme, auf denen immer herumgeritten wird, als ob die moderne Kunst das wäre), dem Volke vor Augen. Diese Ohrfeige verträgt es heute noch nicht. Hier gilt es pädagogisch vorzugehen und nach und nach den Arbeiter daran zu gewöhnen, und zwar nicht nur die Frauen, denn die Kunst ist durchaus nicht blos für die Frauen. Wenn ich diesen Einwand höre, kommt es mir fast so vor, als höre ich richtige Bourgeois: Ja, für die Frauen ist es immer noch gut genug! Das heißt das weibliche Geschlecht, das Sie

in der Theorie immer gleichstellen, beleidigen. (Lebhafter Beifall.) Nein, die moderne Kunst wendet sich an den ganzen Menschen, gleichviel ob Weib oder Mann, und wenn man von Kunsterziehung spricht, so fragt es sich blos, an welches Niveau der Arbeiterschaft man anknüpfen soll. Ich meine nicht etwa den besseren oder den weniger besseren Sozialdemokraten, von dem heute schon die Rede war, denn den kenne ich nicht. Ich meine, daß es bei uns ebenso gut wie in allen Gesellschaften eine Reihe von Leuten giebt, die sich für die Kunst interessiren, und eine andere Reihe, die theils durch ihre ökonomische Lage, durch ihre Ueberbürdung mit den alltäglichen Arbeiten oder durch ihre politische Thätigkeit nicht dazu kommen können, sich in der Welt der Kunst umzusehen. Es fragt sich, wie wir diese alle unter einen Hut bringen können. Sollen wir z. B. auf das Bildungsniveau der großen Arbeitermassen in den katholischen Bezirken Bayerns oder des Rheinlands Rücksicht nehmen? Würden wir ein Blatt gründen, das dort Anklang findet, so kämen die Arbeiter der Städte und würden sagen: was für einen Schmarrn bietet Ihr uns da. Wenn wir umgekehrt, so wie ich es versuchte, anknüpfen an die in künstlerischer Hinsicht fortgeschritteneren Elemente, die in den Städten Gelegenheit haben, etwas Schönes zu sehen, so werden natürlich immer wieder Klagen einlaufen. Ja, das Blatt paßt für uns nicht. In unseren Kreisen verstehen die Leute das nicht. Nicht etwa, daß Sie es nicht lesen können im eigentlichen Sinne des Wortes, aber im tieferen Sinne können Sie es nicht lesen. Denn die Kunst, künstlerisch zu lesen, das heißt nachzuempfinden und nachzufühlen, ist eine schwere. Da habe ich mir denn doch gesagt, du machst es, wie es die politischen Agitatoren unserer Partei gemacht haben. Was wäre aus unserer Partei geworden, wenn Lassalle sich bei seinen politischen Reden und in seinen Broschüren an das Auffassungsvermögen der allergrößten Masse gewendet hätte? (Sehr gut!) Er hätte gar nichts erreicht, denn wenn er hätte hinabsteigen müssen auf das damalige tiefe Bildungsniveau, dann hätte er, anstatt die Leute zu bilden, sie festgenagelt auf ihrem damaligen geistigen Tiefstand. Statt dessen trat er ihnen entgegen, ausgerüstet mit der ganzen Wissenschaft seines Jahrhunderts, und suchte in möglichst gemeinverständlicher Form, aber ohne in einen Kalenderstil zu verfallen, ihnen die Wahrheiten des Sozialismus auseinanderzusetzen. Und wir sehen den Erfolg: Es hat Arbeit gekostet, jahrzehntelange Arbeit, aber heute haben wir eine Arbeiterschaft, die ihren Lassalle lesen kann, und an diese Leute habe ich gedacht, als ich mir mein Kunstprogramm ausklügelte. Ich mag hier und da in der Auswahl des Stoffes nicht das richtige getroffen haben, aber wenn man immer nach allen Seiten schauen muß und trotzdem sein Kunstideal festhalten will, so ist es sehr schwer, hier oder da nicht Anstoß zu erregen. Man redet sehr viel von der Mittelstraße, aber man vergißt, daß diejenigen, die sie in diesen Fragen beschritten haben, heruntergerutscht sind. Merkwürdigerweise merkt das „Hamburger Echo" gar nicht, daß das von Bérard verlesene Eingesandt ihnen zuerst Bravo zuruft und hinterdrein sagt: Im Grunde genommen seid ihr ja auch so häßliche Menschen wie der Steiger. (Heiterkeit.) Ihr habt ja auch so verfluchten Plunder, denn meine Frau hat mir gesagt, das sind ja alles Tüfteleien. Hinter der Frau steht vielleicht eine Schwägerin, künstlerisch noch etwas weniger gebildet und hinter dieser noch eine, die es ganz unbegreiflich findet, daß die „Neue Welt" nicht Schundromane nach Art der blauen Hefte vom blutigen Knochen bringt. Auf diese Weise gerathen wir auf eine schiefe Ebene, auf der es kein Halt mehr giebt. Ich habe es tief bedauert, daß man mir deshalb bei dem Streben, das Volk, das Jahrhunderte lang von der Kunst ausgeschlossen war, zur Kunst zu erziehen, Verachtung gegen die Arbeiter untergeschoben und Ueberhebung vorgeworfen hat.

Noch einige Worte über die Moralität. Es wurde immer davon

gesprochen, daß die alten Klassiker, die ebensolche Scheusale und Verbrecher darstellen, wie die modernen, nur daß es dort Könige und hier ganz gewöhnliche Menschen sind, eine sittliche Tendenz gehabt haben. Ich traute meinen Ohren nicht, als ich dies Urtheil über die Modernen hörte. Ich will nur auf Gerhard Hauptmann hinweisen, den ich für den größten lebenden deutschen Dichter halte. Wer seinen „Sonnenaufgang" gelesen hat, in dem der Fluch des Alkoholismus geschildert ist, wer seine „Weber" gelesen hat, in denen er das Elend des arbeitenden Volkes so drastisch zum Ausdruck bringt, daß der Zuschauer vor Empörung und Entrüstung aufschreit und, wenn anders er ein Menschenherz in der Brust trägt, mit dem Bewußtsein nach Hause geht, daß dieser Zustand, den wir ja heute noch in anderer Weise wahrnehmen, nicht fortdauern kann, wer seinen „Biberpelz" gelesen hat, in welchem er die Justiz, wie sie da und dort gehandhabt wird, mit blutiger Ironie geißelt (sehr gut), so frage ich, ob das keine höhere Sittlichkeit ist. Freilich giebt es Leute, die immer wollen, daß der Hauptheld der sogenannte Tugendfatzke sei, der aufschreit: Ja liebes Publikum, bring keinen Menschen um! Das ist der alte Standpunkt. Wer den verläßt, dem geht es wie dem denkenden Sozialdemokraten mit der heutigen Welt. Er sieht sie vor sich in ihrer Scheußlichkeit, er sieht vor sich die Noth, das Elend, den Kampf ums Brot, das Unterliegen tausender von Existenzen, das Zugrundegehen. Und vom Künstler verlangt er hernach, daß er jedem solchen Bilde aus dem Wege laufen und ja nicht etwa einen Arbeiter schildern soll, dessen Thaten im Widerspruch mit seiner Theorie stehen. Unsere Arbeiterschaft ist doch wohl geschult und gebildet genug, um zu begreifen, daß die heilige Sache, für die wir alle kämpfen, nicht davon abhängt, ob der eine oder andere ein schwacher Mensch ist mit Gebrechen und Lastern, ob da oder dort ein räudiges Schaf herumläuft. Nein, die große Sache wird durch solche Existenzen immer und wieder bestätigt, und man darf von der Kunst nicht verlangen, daß sie nur Arbeiter „in Frack" schildert, wie sie zufällig auf einer Rednertribüne auftreten, sondern die Kunst hat auch hier die furchtbare Wahrheit zu vertreten und jeden bis ins Haus zu verfolgen und zu schildern, wie er dort ist.

Die Kunst ist mir das Zweite, für das ich leben und sterben möchte. In erster Linie liegt mir an der großen Befreiung des arbeitenden Volkes aus ökonomischer Noth. In zweiter Linie aber schon jetzt an der Emporhebung des Volkes, damit es theilnehmen kann an den Kulturgenüssen. Denn Sie dürfen nicht vergessen, welchen Zielen wir alle zustreben. Wir wollen, daß das arbeitende Volk die Führung übernimmt auf allen Gebieten des Lebens (sehr richtig!) und das wollen wir nicht durch Vernichtung früherer Kulturen, damit wir nachher aus dem Nichts etwas schaffen, sondern wir wollen alles Gute und Schöne und die ganze Fähigkeit, dieses Gute und Schöne zu genießen, herübernehmen aus den früheren Gesellschaften und hinlegen auf den Tisch des arbeitenden Volkes, damit dies als der große Kulturkämpfer der Gegenwart das Kulturerbe der Gegenwart übernehmen kann und den großen Aufgaben, die ihm bevorstehen, gewachsen sei, damit es nicht im Frohndienst verkümmert, sondern damit wir alle ganze Menschen werden. Dafür kämpfe ich, und in diesem Kampfe bitte ich Sie, mich zu unterstützen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Von Scheuing (Frankfurt a. M.) und Genossen ist noch folgender Antrag eingegangen:

Der Parteitag spricht dem „Vorwärts" und dem Abgeordneten Schmidt-Magdeburg seine Mißbilligung darüber aus, daß sie in der Gewerkschaftsdebatte sachlich ungerechtfertigte, persönliche Angriffe gegen den Genossen Quarck gerichtet haben.

Timm-Berlin begründet den Antrag 93, der aus dem Gesichtspunkt gestellt ist, daß der „Vorwärts" der Ausdehnung unserer Partei und der Konkurrenz der bürgerlichen Blätter wegen seines Inhalts in der angedeuteten Form erweitern muß. Die wirthschaftliche Beilage der „Leipziger Volkszeitung" hat vielen Beifall gefunden. Der Plan ist nicht undurchführbar und der Partei-Ausschuß soll ihn ernstlich in Erwägung ziehen.

Nun zu Genossen Quarck. Genosse Quarck kennt doch die Parteigeschichte, wer ist nicht schon in der Parteipresse so wie er behandelt worden? (Heiterkeit.) Es ist also überflüssig, daß er mit seinen Beschwerden vor den Parteitag tritt. Ich könnte mich auch über das Frankfurter Blatt, dem Genosse Quarck nahe steht, beschweren. Ein Artikel, den ich ihm als Erwiderung auf einen von Dr. Quarck gegen mich gerichteten schickte, ist nicht aufgenommen, eine Postkarte nicht beantwortet worden. (Hört!) Was nun den Ton in der Parteipresse anlangt, so hätte auch ich Grund zur Klage. Der alte Keßler hat mich in seinem „Bauhandwerker" angezapft; als ich ihm eine Berichtigung schickte, nahm er sie nicht auf, sondern vermöbelte mich in einer Briefkastennotiz aufs neue. (Heiterkeit.) Nun, ich beruhigte mich, ich dachte, na, dem alten Keßler macht das wohl Freude. (Große Heiterkeit.) Wenn hier und da im Parteileben ein scharfes Wort fällt, so liegt kein Anlaß vor, den Parteitag in Bewegung zu setzen, daß er seine Mißbilligung darüber ausspricht. Genosse Quarck braucht nicht anders behandelt zu werden, als jeder andere Sterbliche. (Sehr richtig!) Würden wir als Arbeiter dem Parteitag mit solchen Beschwerden kommen, wir würden einfach ausgelacht werden. (Lebhafte Zustimmung.) Die „Vorwärts"-Artikel über den Quarck'schen Vorschlag sind durchaus sachlich gehalten. (Zustimmung und Widerspruch.) Unsachlich war nur der Vorwurf, daß Genosse Quarck noch mit bürgerlichen Sozialreformern in Verbindung steht. Ich habe aber an dieser Stelle, die der „Vorwärts" ja auch später richtig stellte, nichts anderes gelesen, als daß damit ausgesprochen werden sollte: Der Quarck ist noch nicht fertig (Große Heiterkeit) als Sozialdemokrat. Daß er hinterher noch eine Extrabescheinigung vom Parteitag verlangt, halte ich für höchst überflüssig. (Beifall.) Wir haben dem „Vorwärts" immer vorgeworfen, daß er zu neu auftauchenden Fragen im Parteileben nicht Stellung nimmt. Hier geschah es, und wir Berliner waren sehr erfreut darüber. In der Debatte wurde dem Genossen Quarck nichts Unanständiges weiter gesagt. (Quarck: Doch!) Das muß sich jeder gefallen lassen, der mit neuen Vorschlägen (Rufe: Mit alten!) hervortritt. Quarck macht es in der Polemik ja auch nicht besser. Auf dem Kongreß der Handelsangestellten in Berlin hat er sich sehr spitzig und ironisch über die Berliner Parteigenossenschaft geäußert. Berlin thut seine Schuldigkeit in vollem Umfange, das zeigen die Lohnbewegungen dieses Jahres, sowie der Kassenbericht der Parteileitung und die Agitation in der Prorinz Brandenburg. Quarck's ironische Bemerkungen haben uns auch gekränkt, und wenn es überhaupt bei uns Mode werden sollte, daß der Parteitag einzelne Ausdrücke zensirt, dann muß er in erster Linie eine ganze Parteigenossenschaft gegen derartige Angriffe in Schutz nehmen. (Beifall.) Aber ich wünsche nicht, daß es Mode wird und bitte Sie deshalb, alle Anträge, die auf einen Tadel des „Vorwärts" in dieser Hinsicht hinauslaufen, abzulehnen. So wichtig ist doch Quarck's Person nicht, daß für ihn etwas ganz besonderes gebraten werden muß. (Lebhafter Beifall.)

Schmidt-Berlin III: Anlaß zu unserem Antrag (31) hat die Gewerkschaftsfrage und die bayerische Frage gegeben. Wenn man nun dagegen einwenden will, daß der „Vorwärts" als Zentralorgan in Streitfragen der Partei neutral sein müsse, so müssen wir dagegen einfach einwenden, daß der „Vorwärts" auch das Lokalorgan der Berliner Parteigenossen ist und daher als solches Stellung nehmen muß.

Robert Schmidt-Berlin V: Genosse Knauff beklagte sich über den „Vorwärts" wegen Nichtaufnahme einer Notiz; sie hätte, gering eingeschätzt, dem verantwortlichen Redakteur sechs Monate wegen Polizeibeleidigung eingebracht. Das schien uns die Sache nicht werth. Wir sind ja wohl auch nicht nach Gotha gereist, um uns zu sagen, was der „Vorwärts" aufgenommen hat und was nicht.

Nun zu der Angelegenheit Quarck. Er hat in richtiger Erkenntniß der Situation, in der er sich befindet, die sachliche Polemik aufgegeben und sich über den Ton beschwert, in dem gegen ihn geschrieben worden ist. Diese sentimentale Taktik mag ganz geschickt sein. Sachlich ist sein Standpunkt in der Gewerkschaftsfrage nicht zu halten; da wendet er sich nun an das Mitleid der Parteigenossen. Der Ton in unserem Parteileben ist, das gestehe ich, oft sehr derb. Ich bedauere diesen Ton aber nicht. Wir erziehen keine Salonsozialisten, wir sprechen keine Salonsprache, wir haben die Sprache des Arbeiters. Wie viele haben sich nicht schon beklagt, daß Bebel oder Auer sie schlecht behandelt haben. Hatten sie in der Sache Unrecht bekommen, dann stimmen sie ein lautes Wehgeschrei über den Ton an. (Sehr richtig.) Dasselbe Spiel sehen wir auch heute. Wie verhält sich nun die Sache? Der erste Artikel in der Quarck'schen Angelegenheit erschien am 24. Juli im „Vorwärts". Er war in absolut sachlicher Form gehalten. (Widerspruch und Zustimmung.) Daß Quarck ein Pfadfinder genannt wird, ist doch keine Beleidigung. Es war nur nicht richtig, denn wirklich neues boten die Quarck'schen Vorschläge nicht. In der Erwiderung Quarck's kamen aber genug persönliche Angriffe vor und als solche darf ich wohl bezeichnen, wenn er sagt, der „Vorwärts"-Kritiker unterschiebe ihm etwas, wenn er die Loyalität der Kritik bezweifelt? Und da verlangt nun Quarck, daß sich der „Vorwärts" in Abwehr berechtigter Forderungen nicht seiner Haut wehren soll. Auf dem Zentralorgan darf doch nicht jeder Genosse Holz hacken!

Wir haben aber auch alle Veranlassung, uns die Person Quarck's anzusehen. Sein Auftreten in der Gewerkschaftsbewegung muß uns doch sehr mißtrauisch machen. (Sehr richtig!) Noch in den Jahren 1891/92 greift der Mann in der unpolitischen „Kaufmännischen Presse" die Sozialdemokratie an. In der von ihm redigirten „Kaufmännischen Presse" vom 27. August 1892 war zu lesen:

> „Sozialdemokratische Lockrufe". Wie wir bereits in der jüngsten Nummer unseres Blattes berichtet, soll am 11. September ein Kongreß sozialdemokratischer Handlungsgehilfen in Berlin abgehalten werden. Um Theilnehmer für denselben zu gewinnen, wird jetzt in allen deutschen Landen die Werbetrommel gerührt. So fand auch am 23. dieses Monats in unserer Stadt eine sozialdemokratische Versammlung statt, zu welcher durch 10 000 Flugblätter und Annoncen die hiesigen Handlungsgehilfen eingeladen waren; trotz alledem betheiligten sich nur ca. 100 von den 16 000 Handlungsgehilfen Frankfurts. Die Tagesordnung lautete: „Verkürzung der Arbeitszeit im Handelsgewerbe", Referent war auch hier Herr Julius Türk aus Berlin; und am Schluß heißt es — ich will das weitere nicht verlesen —: diese Vereine (die Vereine unter der Führung Quarck sind gemeint) sowie ihre Verbände haben thatsächlich bereits Erfolge erzielt, welche der Sozialdemokratie, die sich erst seit einigen Jahren, und zwar unberufenerweise der Handlungsgehilfen annimmt, fast gänzlich mangeln. (Hört! hört!)

Der Parteigenosse Quarck wird uns allerdings sagen: Das ist im Jahre 1892 geschehen. Ich bin jetzt zu einer anderen Anschauung gekommen! Gut, das erkenne ich an. Aber ich weise darauf hin, wie sonderbar es doch berührt, daß der Parteigenosse, der 1892 diesen Standpunkt hervorkehrte, der bis Ende 1893 in der „Frankfurter Zeitung" war, 1894 als sozialdemokra-

tischer Delegirter erscheint, Mitglied der Agrarkommission wird (Heiterkeit) und anfangs 1895 ist er schon Reichstags-Kandidat für Wiesbaden. (Heiterkeit.) Ja, Parteigenossen, ist das möglich für einen Arbeiter? (Lebhafter Beifall.) Es ist aber ein Zug bei unseren Parteigenossen, daß sie alles in die Partei aufnehmen, jeden mit offenen Armen empfangen, der nichts anderes in die Partei mitbringt, als vielleicht eine verkrachte bürgerliche Existenz und den Titel „Doktor"! (Lebhafter Beifall.) Damit muß es aufhören. (Lebhafter Beifall.) Ich bin nicht der Mann, der eine Rede hält für die schwielige Faust. Mir ist jeder Akademiker genehm und als Genosse gleich, der ehrlich mitarbeitet und sich als zuverlässig erweist; aber eine Zeit der Probe muß er durchmachen, daß man Vertrauen in seine Zuverlässigkeit gewinnt. (Sehr richtig!) Nachdem Quarck in seiner bürgerlichen Existenz Fiasko gemacht hatte, war er, wenn er nur eine gewisse Bescheidenheit und journalistisches Anstandsgefühl besessen hätte, gezwungen, ganz ruhig die Gewerkschaftsbewegung den Weg gehen zu lassen, den sie von ihren alten Führern gewiesen erhalten hat. Die unpolitische kaufmännische Bewegung, die Quarck bisher protegirt hat, hat allerdings ganz falsch angenommen, daß er neue Wege wandeln würde. Daß dem so ist, konnte auch nur erklärlich erscheinen aus seinen Artikeln im „Vorwärts", wo es an einer Stelle heißt:

> „Meine Vorschläge bezwecken also, durch lebhafte und einheitliche Erörterung der Wirthschaftsgesetzgebung bei der gewerkschaftlichen Agitation den Drang zur politischen Partei und des Bewußtseins daran, daß es doch schließlich immer sie ist, welche das letzte und entscheidende Wort spricht, zu wecken und zu stärken, während heute bei dem umgrenzten Gebiete, auf dem sich die Gewerkschaftsbewegung ganz nach dem Wunsch meines Kritikers stellenweise bewegt, alle Instinkte manchmal beinahe einzuschlafen und verloren zu gehen drohen.

Wo in der deutschen Gewerkschaftsbewegung gehen diese Instinkte verloren? In der Gewerkschaftsbewegung, die sich den Sozialdemokraten angeschlossen hat, sind diese Instinkte vorhanden. Der Hang zur politischen Partei soll erweckt werden durch unpolitische Sozialpolitik! Parteigenossen! Meiner Ueberzeugung nach, wenn wir Sozialpolitik treiben, muß sie Parteipolitik sein. Eine Sozialpolitik, wie sie Quarck empfiehlt, Sozialpolitik ohne Parteipolitik, ist eben jene Politik bürgerlicher Reformer, deren Schicht er zum theil heute noch angehört, und da hat der „Vorwärts" ganz recht mit der Betonung, daß er in seinen ganzen Anschauungen auf sozialistischem Gebiete eine enge Verbindung mit der bürgerlichen Sozialreform noch heute bethätigt; und der diese Stellung eingenommen hat, der zu guterletzt den Drang zur politischen Partei unter den Kaufleuten so stark entwickelt hat, daß sie ihn hinausgeworfen haben, der Mann kann uns nicht für die Gewerkschaftsbewegung als Leiter und Vorbild dienen. Wenn aber Quarck mit der bescheidenen Stellung als Preßkommissionsmitglied in Frankfurt nicht zufrieden war und die Gründung eines Zentral-Gewerkschaftsbureaus und eines Zentral-Gewerkschaftsblattes forderte, dann mußte er das von vornherein sagen, dann hätte sich alles vereinfacht, dann hätte es geheißen: für Quarck muß eine Stellung in der Partei geschaffen werden! Das haben wir durchschaut, und ich bedaure nur, daß der „Vorwärts" viel zu wenig gerade auf seine bisherige Thätigkeit in der Gewerkschaftsbewegung zu sprechen kam. (Sehr richtig.) Jeder andere Parteigenosse, der diesen Standpunkt eingenommen hätte, wäre in der Partei unmöglich geworden. Wie verhält es sich denn mit der Thätigkeit des Parteigenossen Quarck im sogenannten Hamburger Verband? Er ist ein Ergebniß des unpolitischen Gewerkschaftslebens, ein Harmonieverein. Quarck sagt allerdings, wir wollen in diesen Verein eindringen und die Leute zu uns herüberziehen. Mit welchem Erfolg er das gethan hat, haben wir gesehen: als er

in Frankfurt herausflog und ganze 24 Mann mit herüberbrachte. Das ist das Fazit seiner Thätigkeit. Und nun kam er mit seinen neuen Plänen.

Auf dem Mainzer Verbandstage vom vorigen Jahre trat Quarck ebenfalls auf. In der Nummer der „Kaufmännischen Presse" vom 22. Juni 1895 wird in einem Artikel „Nachklänge zum Mainzer Verbandstage" erwähnt, daß die Sozialdemokratie schon jetzt Versuche macht, unter den Handlungsgehilfen Anhänger zu werben, und zwar nicht ganz ohne Erfolg. Dies haben die Verhandlungen des Verbandstages bewiesen. Darob große Entrüstung bei Herrn Quarck, denn er bemerkt dazu:

„Wenn Fabrikanten in Rheinland-Westfalen eine Berufsversammlung abhalten, so wird jeder Redner sorgsam verzeichnet. Bei Handlungsgehilfen glaubt die „Kölnische Zeitung" so etwas nicht nöthig zu haben, desto ausführlicher macht sie hinterher den Versuch, einzelne Delegirte, die auch ihr Theil zur Durchsetzung „berechtigter Forderungen" beigetragen haben, auf parteipolitischem Gebiete zu verdächtigen. Auf dem Mainzer Verbandstag ist von parteipolitischen Dingen überhaupt keine Rede gewesen, und wir stehen nicht an, aus diesem Anlaß nachträglich noch auch unseren Gegnern bei den Verhandlungen gern das Zeugniß auszustellen, daß sie in Mainz jene Anzapfungen, die den Münchener Verhandlungen ein so häßliches Gepräge gaben, wenigstens öffentlich unterlassen haben. Es ist deshalb unerfindlich, wie die „Kölnische Zeitung" nachträglich zu solchen Verdächtigungen kommt. Jedenfalls ist es immer sehr unvorsichtig gerade vom Standpunkt unserer Gegner, ein entschiedenes Auftreten für die Handlungsgehilfen sofort als sozialdemokratisch zu bezeichnen."

Zum Schluß wird dann die Behauptung, daß die „Kaufmännische Presse" eine sozialdemokratische Agitationsschrift sei, als eine Erfindung bezeichnet und für eine freche nichtsnutzige Verleumdung erklärt. (Hört, hört!) Also der Parteigenosse Quarck, der die Redaktion der „Kaufmännischen Presse" inne hat, eines unpolitischen Gewerkschaftsblattes, erklärt es für eine freche nichtsnutzige Verleumdung, daß er den Versuch mache, unter den Handlungsgehilfen Anhänger für die Sozialdemokratie zu werben. Das ist der Parteigenosse, der als Kandidat für Wiesbaden bei den nächsten Wahlen kandidiren soll. Wenn Sie sich über Stegmüller entrüsten, dann ist es ungerecht, wenn Sie die Stellungnahme dieses Mannes so schonend behandeln. Jeder andere Parteigenosse wäre nach einem solchen Auftreten von der Partei kalt gestellt worden.

Dann hat sich Quarck darüber beschwert, daß der Artikelschreiber im „Vorwärts" sich nicht gemeldet hat. Er ist hier; ihn zu nennen, habe ich keine Veranlassung, die Redaktion übernimmt die Verantwortung. Welche Meinung vertritt aber Quarck überhaupt in der Gewerkschaftsbewegung? Er sagt, sie werde überhaupt unpolitisch geleitet. In gewissem Sinne mag das richtig sein, insofern als die Presse, soweit sie Gewerkschaftspresse ist, nicht gegen die Grundanschauungen der Partei verstößt, aber im Gegensatz dazu steht die Haltung seines Organs „Die kaufmännische Presse". — In der „Hilfe" vom 13. September d. J. heißt es: Im Interesse der Gewerkschaften, im Interesse der deutschen Arbeiterbewegung begrüßen wir eine Trennung von der Sozialdemokratie mit großer Freude. Hat etwa die englische Arbeiterschaft Nachtheile davon, daß sie sich von der Sozialdemokratie nicht ins Schlepptau nehmen läßt, oder ist sie im englischen Parlament weniger einflußreich? Die Wahlen und das Bestehen der bürgerlichen Parteien hingen in England doch zum größten Theil von der Stellung der Trades Unions ab. Gewerkschaftsbewegung, das heißt Verbesserung der wirthschaftlichen Lage unter der heutigen Gesellschaftsordnung und Marx' Theorien können sich eben nie und nimmer vereinen, die beiden Richtungen müssen früher oder später auseinandergelangen.

Die Forderungen Quarck's sind geeignet, diese Trennung anzubahnen. Nun, Parteigenossen, bis dahin hat es noch lange Wege, bis Quarck eine derartige Trennung mit Erfolg anbahnt. Nicht ganz unrichtig ist es aber, daß Quarck derartige Wege wandelt. Dieser Weg wird von der Gewerkschaftsbewegung nicht beschritten, denn ich bin der Ueberzeugung, die Gewerkschaftsbewegung entweder ist sozialdemokratisch oder sie ist nicht. Es wird außerhalb der Verbände bei der Erörterung politischer Fragen immer und immer wieder darauf hingewiesen, daß es die Partei ist, die stets für diese Dinge eintritt. Ich sehe, daß die Parteigenossen nicht wünschen, daß noch länger über diese Dinge gesprochen wird. Ich weiß ja auch, daß sachlich in der Partei absolut keine Meinungsverschiedenheiten herrschen, aber es ist uns wiederholt vorgeworfen, daß wir eine Erklärung von Quarck nicht aufgenommen haben. Warum? An einer Stelle, die sich gegen den „Handels-Angestellten" richtet, es ist das auch charakteristisch für den Ton, den Quarck gegen uns angeschlagen hat, ist die Rede von den „krankhaften Neigungen und Anlagen des Redakteurs ꝛc." Das verstößt gegen journalistischen Anstand und der „Vorwärts" mußte es zurückweisen. (Lebhafter Beifall.)

Damit schließt die heutige Sitzung.

Singer verliest Begrüßungstelegramme und ein Schreiben unseres alten Genossen Leßner in London, der sein Bedauern ausspricht, an dem Parteitage diesmal nicht theilnehmen zu können.

Die morgige Sitzung wird versuchsweise von 9 bis 1 und von 2 bis 6 dauern.

Schluß 7 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 13. Oktober. — Vormittagssitzung.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer. Bei Eröffnung der Sitzung heißt Singer den Delegirten der österreichischen Bruderpartei, Genossen Schumeier, willkommen: Wir freuen uns um so mehr über seine Gegenwart, als wir wissen, daß die österreichischen Genossen, namentlich diejenigen, die durch das Vertrauen der Genossen mit der Führung der Geschäfte der Partei betraut sind, jetzt in einer Thätigkeit begriffen sind, die zu unterbrechen, um hierherzukommen, ihnen zu schwer ist. Die österreichischen Genossen befinden sich in der Vorbereitung der Reichsrathswahlen. Wir hoffen und wünschen, daß die Erfolge bei denselben der tapferen, energischen Agitation der österreichischen Sozialdemokratie, ihren Anstrengungen und ihrer unermüdlichen Thätigkeit entsprechen werden. Und wir sind sicher, daß, wenn die österreichische Sozialdemokratie in den Reichsrath eintritt, die große Sache, der wir gemeinsam dienen, erheblich gefördert wird.

Schumeier: Im Namen der Parteileitung der österreichischen Sozialdemokratie entbiete ich dem Parteitage Gruß und Handschlag. Wenn unsere Vertretung am heutigen Parteitage so klein ist, wie auf keinem der früheren, so liegt das an der schwierigen Lage, in der wir uns gegenwärtig befinden. Wir in Oesterreich haben einen weit schwereren Stand, als Ihr. Unser Bürgerthum steht so tief, es bekämpft uns seit Jahren mit so schmutzigen Mitteln, daß wir ihnen nicht mit gleichen Waffen dienen können. Wenn ich Ihnen sage, daß Dr. Lueger, der Vizebürgermeister unserer Reichshauptstadt, wo doch die Intelligenz zusammen sein sollte, als Theilnehmer angemeldet war zu dem Antifreimaurer-Kongreß, der des Teufels Unterschrift prüfen wollte und auch geprüft hat (Heiterkeit), so werden Sie begreifen, wie tief unser Bürgerthum steht. Wir müssen es ruhig mit ansehen, daß aus den österreichischen Kron-

ländern russische Provinzen gemacht werden; ich weise nur auf die Zustände in Galizien hin. Wenn Sie ferner bedenken, daß bei uns die Ueberwacher von Versammlungen verbieten, Bier zu trinken (Ruf: Bei uns auch! Heiterkeit), so können Sie sich ein Bild von den österreichischen Verhältnissen machen. Ich kann nicht alle Dummheiten unserer Bezirkshauptleute aufzählen, die weit dümmer sind, als anderswo. (Heiterkeit.) Wenn erst Mitglieder unserer Partei ins österreichische Parlament einziehen, so wird auch rücksichtslos gegen diese vorgegangen werden, die tagtäglich das Gesetz mit Füßen treten. Wir sind jetzt in der Arbeit zu den Reichsrathswahlen begriffen, und im Frühjahr wird es sich entscheiden. Ich bin überzeugt, daß Ihr an unseren Erfolgen ein ebenso lebhaftes Interesse nehmt, wie wir stets an den Eurigen. Je stärker die Sozialdemokratie in Oesterreich ist, desto besser steht es auch in Deutschland und umgekehrt. An Muth und Thatkraft hat es uns noch nie gefehlt, wohl aber an Geld (Heiterkeit), und wenn uns nirgends mehr eine Quelle offen stand, so haben wir es gemacht wie Moses, nur daß dieser an den Felsen klopfte, während wir immer kräftig bei Euch anklopfen. (Heiterkeit.) Wir gehen nicht gern betteln, denn das ist kein angenehmes Geschäft, aber wir Oesterreicher san grade Kerls, ich rede frei von der Leber weg und ich sage Euch offen: Wir werden wieder klopfen kommen. (Große Heiterkeit). Für die „Wiener Arbeiterzeitung" werden wir nicht mehr klopfen, wohl aber für den Parteifonds, damit es uns gelingt, zum Frühjahr ein Dutzend Genossen ins Parlament zu schicken. (Beifall.) Bei uns sind fast nur die großen Städte roth, auf dem Lande ist's schwarz, und wir werden mit der klerikalen Partei hart zu kämpfen haben. Ich bitte Sie also, uns nicht zu vergessen, wenn der Ruf an Sie ergehen sollte. Sobald erst Oesterreich einmal in die Reihe der Kulturländer eingerückt ist, wird auch bei uns die Bettelei ein Ende haben. (Heiterkeit.) Ihr lacht darüber, aber das, was wir heute durchmachen, habt Ihr vor 25 Jahren auch durchgemacht, nur mit dem Unterschied, daß Ihr nirgends habt anklopfen können. Ich sehe nicht ein, warum wir die Unterstützung einer so mächtigen Bruderpartei verschmähen sollen, und wenn ich mit meiner Begrüßung das Angenehme verbinde und Euch die Ueberzeugung beibringe, daß das Geld, was Ihr nach Oesterreich schickt, in würdige Hände kommt, so habe ich meinen Zweck vollständig erreicht. (Große Heiterkeit.) Ich bin zu Euch, aber nicht blos des Wahlbeitrages wegen geschickt, sondern um von Euch zu lernen. Die Sozialdemokratie Deutschlands hat uns gelehrt, wie man Sozialistengesetze überwindet, sie wird uns auch lehren können, wie man Bezirke erobert und den Gegnern das Heft aus den Händen reißt. Ich wünsche Euch zu Euren Berathungen den besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Eine Reihe von Begrüßungsschreiben sind eingelaufen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird der Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission entgegengenommen, den

Antrick-Berlin erstattet. Hiernach sind 185 Delegirte erschienen. Gegen das Mandat des Genossen Götze-Meerane ist ein Protest eingelaufen. Die Kommission beantragt über den Protest zur Tagesordnung überzugehen, da die in ihm enthaltenen Gründe der Wahrheit nicht entsprechen. Ein zweiter Protest richtet sich gegen das Mandat der Genossin Heinrich-Sagan. Die Kommission beantragt gleichfalls Uebergang zur Tagesordnung über diesen Protest. Bei dieser Gelegenheit möchte die Kommission noch ein ernstes Wort an die Genossen im Lande richten. Es hat sich nach und nach das Protestmachen gegen Parteitagsmandate als grober Unfug ausgebildet. Aller Stank und Zank, selbst wenn er vor 5, 10 Jahren in den einzelnen Partei-Orten vorgekommen ist, wird in Gestalt von Protesten vor den Parteitag gebracht. Wir müssen demgegenüber die Genossen auf die §§ 1 und 2 unseres Organisationsstatuts hinweisen, worin ausdrücklich steht, daß über die Parteizugehörigkeit

die Genossen des einzelnen Ortes entscheiden. Es geht nicht an, daß der Parteitag beständig damit belästigt wird, einzelne längst abgethane Streitigkeiten zu untersuchen. (Zustimmung.)

Der Antrag der Mandatsprüfungs-Kommission, sämmtliche Mandate für giltig zu erklären und über die beiden Proteste zur Tagesordnung überzugehen, wird debattelos angenommen.

Singer: Es ist auch ein Delegirter unserer holländischen Bruderpartei, Genosse Vliegen, anwesend. Wir wissen die schweren Kämpfe, in denen unsere Genossen in Holland stehen, vollauf zu würdigen, und freuen uns, daß sie trotzdem einen ihrer ältesten und tapfersten Genossen hierher geschickt haben. Ich heiße ihn willkommen und hoffe, daß er aus unseren Verhandlungen die Ueberzeugung mitnehmen wird, daß wir bereit und gewillt sind, die Thätigkeit, welche unsere Genossen in Holland entwickeln, mit Aufmerksamkeit und Dank zu verfolgen. Wir sind der sicheren Ueberzeugung, daß es ihnen gelingen wird, die Interessen der Sozialdemokratie in erfolgreicher Weise zu vertreten und die Sozialdemokratie zu reinigen von den Elementen, die bewußt oder unbewußt die Interessen der bürgerlichen Gesellschaft vertreten, indem sie die Thätigkeit der Sozialdemokratie stören und verhindern. (Lebhafter Beifall.)

Vliegen: Der Vorstand der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands hat mich hierher gesandt, um Sie zu beglückwünschen wegen Ihres steten Vordringens in Ihrem Kampfe und Ihnen die Versicherung unserer brüderlichen Solidarität zu bieten. (Beifall.) Vor 3 Jahren ist der frühere sozialdemokratische Bund in Holland mit Sack und Pack zum Anarchismus übergegangen. Sie wissen aus Erfahrung, wie es die Thätigkeit der Partei stört, wenn eine Minderheit zum Anarchismus übergeht; wenn es aber die große Mehrheit ist, mit der ganzen Organisation, der ganzen Presse, dann können Sie sich denken, daß das eine noch viel größere Verwirrung geben muß, und das ist bei uns der Fall gewesen. Die alte Partei ist durch ihren Uebergang zum Anarchismus zerstückelt und zerbröckelt und zerfallen; sie hat nichts mehr zu bedeuten. Während noch vor drei Jahren fast in jedem Dorf im ganzen Lande eine Abtheilung der Partei vorhanden war, z. B. im Norden der Provinz Groningen 27 Abtheilungen, existiren dort jetzt nur noch 3 oder 4. So soll es überall gehen, wo der Todeshauch des Anarchismus über die proletarische Bewegung hingeht. Wir sind zwar nur eine kleine, junge Partei, aber wir sind gefestigt und wissen, was wir wollen. Wir wissen, daß wir nicht durch große Worte, durch Barrikadenreden der Sache der Sozialdemokratie dienen, sondern durch Erziehung und Organisation des Proletariats. (Beifall.) Wir begrüßen Sie nicht als eine kräftige Schwesterpartei, sondern als ein jüngerer, schwacher Bruder, der von Ihnen lernen will und Ihre Stütze braucht. Wir wollen aus Ihren Erfolgen lernen für die schweren Kämpfe, in die wir für die kommenden Wahlen im Frühjahr zum ersten Male unter dem neuen Wahlrecht eintreten. Unser Zeichen ist die Internationalität; der Kapitalismus rückt uns zusammen, er schmiedet die Bande, die sich um uns schlingen. Ich schließe mit der Versicherung und Hoffnung, daß unsere Begrüßung Ihnen Freude gemacht hat und daß dieser Ihr Parteitag zur Stärkung der Partei, zur Stärkung der internationalen Sozialdemokratie beitragen möge. (Lebhafter Beifall.)

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten. Die Verhandlung über den Punkt „Presse" wird fortgesetzt.

Frohme: Genosse Steiger hat die Redezeit um das fünffache überschritten, hat sich aber aus seiner Position eines Angeklagten nicht herausbringen können. Er hat eine hübsche Rede über die Bedeutung der Kunst und der Erziehung zur Kunst gehalten, es aber weislich unterlassen, auf die Vorwürfe einzugehen, die wir ihm gemacht haben. Er hat uns vorgeworfen, wir

hätten bei der Vorlegung des Materials an den Parteitag seine beiden letzten Artikel nicht mit vorgelegt. Sie waren aber noch gar nicht erschienen, als wir das Material zur rechtzeitigen Fertigstellung drucken lassen mußten. Mit meinen Begriffen von Ehrlichkeit in der Kritik verträgt sich ein derartiges Verhalten nicht. (Oho!) Er suchte es so darzustellen, als ob die Mißstimmung gegen die „Neue Welt" eine Mache der Hamburger Redaktion sei. Die Mißstimmung herrscht aber in ganz Deutschland, in den weitesten Kreisen. Auf das, worauf es ankommt, ist Steiger gestern nicht mit einem Wort eingegangen. In der „Mutter Bertha" wird geschildert, wie Mutter Bertha mit einem Begleiter geht. Sie bleibt plötzlich stehen: „Ach, Herr Fritz, ... ich . . . . ach . . ." „Was, Fräulein?" sagte er, der sie nicht verstand. „Ich möchte mal' . . . ach, verstehen Sie mich doch!" . . . „Ach so . . . pardon! . . ." „Sie müssen entschuldigen . . . ja, ja . . . Verzeihen Sie . . . Bitte, bitte . . ." Eine blutrothe Verlegenheit durchschoß sein Gesicht. Dann sagte er: „Ist es Ihnen vielleicht recht, wenn wir irgendwo eintreten?" — „Ja doch, aber blos ein bischen schnell!" (Heiterkeit.) — Und nun bleibt es der freundlichen Leserin überlassen, Mutter Bertha in das intime Gemach zu begleiten und die geheimsten Regungen ihrer Seele zu belauschen. (Große Heiterkeit.)

Wenn die naturalistische Kunst glaubt, es rechtfertigen zu können, derartige absolute, stinkende Schweinereien in Romanen bieten zu dürfen (Beifall und Unruhe), dann hört einfach alles auf. Auf alles das ist Genosse Steiger mit keinem Wort eingegangen. Es ist uns garnicht eingefallen, gegen die Freiheit der Kunst, gegen die naturalistische Kunst an sich uns zu wenden, so lange sie sich in den Grenzen des Anstandes hält. Ich weiß ja, es giebt eine Menschensorte, die es schon als ein Verbrechen ansieht, wenn man das Wort Moral und Anstand nur in den Mund nimmt. Es wird mir doch Niemand glauben machen, daß eine Kunstrichtung, die sich als eine Erscheinung des Uebergangs-Zeitalters, eines tollen menschlichen Karnevals selbst giebt, die echte, wahre Kunst genannt werden könne. Genosse Steiger hat auch gestern wieder von sozialdemokratischen Traktätchen gesprochen. Alles, was nicht seiner Meinung entspricht, pflegt er einfach als Traktätchen zu bezeichnen, aber die uns Hamburgern gemachten Vorwürfe sind nicht begründet. Es ist sehr leicht, ein Phrasenragout anzurichten, wie es Steiger gethan hat. Darüber darf man sich doch nicht täuschen, daß es leichter ist, hier eine Rede über die Bedeutung der Kunst zu halten, als auf die Streitpunkte einzugehen. Wir haben nicht gegen Windmühlen gekämpft, sondern Auswüchse, die thatsächlich vorhanden sind, auszurotten versucht. Wenn Steiger von der Erziehung des Volkes zur Kunst spricht, so betritt er ein Gebiet, auf dem er leicht straucheln kann, denn von der Erziehung des Volkes zur Kunst in dem abstrakten Sinne, wie es Steiger meint, kann keine Rede sein. Ohne die feste Grundlage einer materiellen Existenz redet man vergebens von der Erziehung des Volkes zur Kunst. Der Behauptung in dieser Allgemeinheit kann höchstens ein Mensch beipflichten, der nicht weiter denkt, als seine Nase reicht. Emporhebung des Volkes! Ja, hat die Sozialdemokratie nicht jeher daran gearbeitet! Entkräftet hat Steiger unsere Angriffe nicht. Was er über die Bedeutung der Kunst sagte, unterschreibe ich Wort für Wort. Aber das ist garnicht der Streitpunkt. Und es ist sehr wenig ehrlich von ihm, daß er es so hinstellt, als seien wir Vandalen, die gegen die Kunst wüthen, während wir nur die Auswüchse des Naturalismus bekämpfen. (Beifall.)

Schreck-Bielefeld: Der „Vorwärts steht an Aktualität weit hinter der „Leipziger Volkszeitung" und der „Sächsischen Arbeiterzeitung" zurück. Was die „Neue Welt" betrifft, so vermissen wir Arbeiter populäre Unterhaltungslektüre in ihr. Der Zweck der „Neuen Welt" soll sein, erzieherisch in sittlicher Beziehung zu wirken. Aber Genosse Frohme geht in seiner Kritik viel zu weit.

Wenn er die von ihm verlesene Stelle aus der „Mutter Bertha" schon als „stinkende Schweinerei" bezeichnet, dann soll er lieber in ein Kloster gehen. (Große Heiterkeit.) Steiger hat selber zugegeben, daß ihm Fehler bei der Auswahl des Stoffes passirt sind. Hoffentlich läßt er in der „Neuen Welt" nun auch den sittlichen Idealismus zum Wort kommen, der uns in unserem schweren Kampf aufrichtet.

Weinheber-Hamburg: Der Antrag des zweiten Hamburger Kreises über die „Neue Welt" ist schon vorher in einer Vertrauensmänner-Versammlung berathen worden. Die „Neue Welt" soll ein Unterhaltungsblatt, ein Familienblatt sein, das auch agitatorisch wirkt. Es darf aber nicht einer einseitigen literarischen Richtung dienen. Wir wollen die Frauen gewinnen. Das ist der „Neuen Welt" unter der Redaktion Steiger's nicht gelungen. Dafür sind die 48 000 Mk., die darauf gelegt werden, denn doch zu schade. Dem Volke muß die Kost gegeben werden, die es verdauen kann. Täglich laufen Beschwerden über die „Neue Welt" ein. Ein Wandel muß geschaffen werden. Und wenn Genosse Steiger Besserung verspricht, dann sind wir Hamburger ja zufrieden. Die Auswahl des Stoffes muß eine gediegenere werden. Dazu sollte unser Antrag die Anregung geben. Wenn Sie die Reduktion des Umfanges der „Neuen Welt" von 12 auf 8 Seiten nicht wollen, so werden wir uns auch damit zufrieden geben. Wir machten den Vorschlag nur, um das Defizit zu vermindern. Der Wunsch, daß der Redakteur des Blattes in Hamburg wohnt, beruht auf rein geschäftlichen Gründen und enthält keine persönliche Spitze.

Steiger: Den gegen mich von dem Genossen Frohme erhobenen Vorwurf der unehrlichen Kampfesweise muß ich entschieden zurückweisen, denn ich bin nicht aus eigenem Antriebe hierher gekommen, um für meine Ideen Propaganda zu machen, sondern auf ausdrückliche Aufforderung des Partei-Ausschusses. Ich stimme dem Genossen Frohme darin bei, daß die Erziehung des Volkes zur Kunst ohne die Grundlage einer materiellen Existenz ein Unding sei und daß unsere heutigen ökonomischen Verhältnisse nicht besonders dazu geeignet sind; aber ich will es trotzdem versuchen, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Bedenken Sie doch, daß gerade die größten Kunstepochen die Zeiten sind, wo eine alte Welt zu grunde geht! Wenn Frohme an der von ihm verlesenen Stelle aus „Mutter Bertha" Anstoß nimmt, so hat er keinen Sinn für Komik. Die Komik liegt eben darin, daß der Mensch in dem Augenblick, wo er in den schönsten Gefühlen schwelgt, plötzlich durch die einfachsten natürlichen Bedürfnisse aus allen Himmeln gerissen werden kann. Daß ich mich in dem Inhalt manchmal vergriffen habe, gebe ich zu, und was an mir liegt, den Inhalt der „Neuen Welt" zu verbessern, werde ich thun; unterstützen Sie mich in diesem Streben, so gut Sie können!

Molkenbuhr: Da Steiger in seiner Broschüre nur seine eigenen Artikel veröffentlicht und dadurch ein schiefes Bild gegeben hat, so war es nöthig, die verschiedenen Artikel gegenüberzustellen. Steiger wird es mir glauben, daß die Abdrücke unserer Broschüre bereits unterwegs waren, als sein vierter Aufsatz in der „Leipziger Volkszeitung" erschien, und daß er überhaupt einen derartigen Verdacht erhob, ist schon ein Beweis für die eigenthümlichen Mittel, mit denen er kämpft. In dem Artikel „Die Erziehung des Volkes zur Kunst" behauptet Steiger, daß die Kunst im sozialdemokratischen Lager ganz falsch behandelt ist, daß das arbeitende Volk bisher keine Gelegenheit hatte, sich mit der Kunst zu beschäftigen. Wenn Steiger so etwas behauptet, so zeigt er nur, daß er nicht weiß, wie es im arbeitenden Volke aussieht. Wo sind denn die großen billigen Klassikerauflagen geblieben, wer besucht die Gallerien in großen Städten, wer stellt das Hauptkontingent zu den billigen Klassikeraufführungen? Doch Leute aus der Arbeiterklasse, die sich schon vorher mit der Kunst beschäftigt haben. Es ist eine Ueberhebung, wenn Steiger meint, daß bis zur Uebernahme der

Redaktion durch ihn nichts geschehen ist. Die „Neue Welt" hat doch vorher schon annähernd 20 Jahre bestanden, und auch in verschiedenen Feuilletons unserer Parteiblätter sind schon vorher bedeutende Erzeugnisse unserer modernen Literatur veröffentlicht worden; ich weise nur auf Zola's Germinal hin. Die Abonnentenzunahme ist doch kein Beweis, denn man kann die „Neue Welt" nicht abbestellen, ohne gleichzeitig sein Parteiorgan abzubestellen. Darin liegt ja gerade das eigenthümliche, daß für 200 000 Menschen ein Blatt herausgegeben wird, von dem der Redakteur weiß, daß für seinen Inhalt nur eine ganz geringe Jüngerschaar vorhanden ist. Und deshalb ist es um so gewissenloser, daß Steiger trotzdem Woche für Woche einen Stoff bringt, für den sich die Mehrheit der Leser nicht interessirt. So massenhafte Klagen sind noch über keine Zeitschrift erhoben worden.

Genosse Steiger preist die moderne Kunst. Meint er damit etwa den „Neuen Gott" von Hans Land? Einen unglücklicheren Griff konnte er garnicht machen. Steiger preist die Modernen, er vergißt aber, daß die Stimmung den Leser oft daran hindert, das Kunstwerk wirklich zu genießen. Die Schilderung der Leiden eines Krüppels mag für einen Gesunden ein Kunstgenuß sein, nicht aber für den Krüppel, der dadurch noch mehr an seine Leiden erinnert wird. Der Arbeiter, der mit Noth zu kämpfen hat, der in Zeiten der Arbeitslosigkeit schon zu einer gewissen Mißstimmung geneigt ist, kommt nicht zum Genuß der Kunst, wenn immer und immer nur die Noth in den allerkrassesten Farben geschildert wird, im Gegentheil, es wird dadurch eine Art Selbstmordstimmung bei ihm hervorgerufen. (Sehr richtig!)

Ich will offen anerkennen, daß Steiger in der Auswahl der Illustrationen einen glücklicheren Griff gethan hat, als seine Vorgänger, aber es macht einen eigenthümlichen Eindruck, wenn ein Nachfolger sich soweit über seinen Vorgänger überhebt. Wir sind nicht aus Animosität gegen Steiger aufgetreten, sondern weil wir es für unberechtigt halten, daß man nur eine bestimmte Richtung pflegen will. Das ist ungeschickt und ruft Opposition hervor. Auch in Nürnberg sind, wie Grillenberger neulich unter der Hand mitgetheilt hat, $^9/_{10}$ der Leser mit dem Inhalt der „Neuen Welt" nicht einverstanden. Das weiß Steiger genau, und deshalb ist es um so verwerflicher, so zu handeln. Die „Neue Welt" muß so gestaltet werden, daß das arbeitende Volk davon Nutzen hat. Auch in der Auswahl der populär-wissenschaftlichen Artikel könnte Steiger vorsichtiger sein und belehrender wirken, damit die „Neue Welt" ihren Zweck erfüllt. Er hat einige arge Schmarren gebracht. Für literarische Experimente ist das arbeitende Volk am allerwenigsten zu haben. (Lebhafter Beifall.)

Schoenlank: Genosse Molkenbuhr hat soeben dem Genossen Steiger — sicherlich nicht in böser Absicht, sondern nur, weil er den Ausführungen Steiger's nicht volle Aufmerksamkeit geschenkt hat — unterstellt, er hätte behauptet, erst mit seinem Eintritt in die Redaktion der „Neuen Welt" habe die Erziehung des Volkes zur Kunst begonnen. Steiger hat nur betont, und das müssen wir ohne weiteres alle zugeben, daß die Kunst in unserer Presse stiefmütterlich behandelt wird. Wenn Molkenbuhr behauptete, daß die Schilderung des Elends auf die Arbeiter niederdrückend wirke, so ist das doch im Grunde dieselbe Auffassung, wie sie die Spießbürger von der Kunst haben; er verlangt sozialdemokratische Marlittiaden, das arbeitende Volk aber verlangt Wahrheit und nichts als die Wahrheit. Wenn Molkenbuhr recht hat, dann hätte auch Goethe die Leiden des jungen Werther nicht schreiben dürfen, weil einige junge Narren durch die Lektüre zum Selbstmord veranlaßt wurden. Was die von Frohme verlesene Stelle aus der „Mutter Bertha" betrifft, so meine ich auch, der gute Steiger hätte hier ein bischen retouchiren sollen. (Sehr richtig.) Aber wir sollten doch nicht so überaus empfindlich sein: naturalia non sunt turpia (natürliche Dinge sind nicht schändlich, nicht zu verwerfen.) In Brüssel steht

das herrliche Kunstwerk, das „Manneken Piß". (Große Heiterkeit.) Vor 80 Jahren wollte eine verspießerte Stadtverwaltung es in den Archiven verschließen. Genosse Frohme scheint ähnliches zu wollen. Er schlägt dieselbe Saite an, wie die Klerikalen Münchens gegen den sogenannten Buberlbrunnen angeschlagen haben. Die Feigenblatt-Politik taugt uns weder in der Politik noch in der Literatur. (Beifall.) Die „Leipziger Volkszeitung" hat seinerzeit das Meisterwerk Claude Tillier's, den „Onkel Benjamin" abgedruckt. In dem humoristischen Roman führt der Dichter mit Schneidigkeit und Glanz, Humor und Witz den Kampf der aufstrebenden Bourgeoisie gegen den verrotteten Feudalismus. Der Held des Romans ist ein herrlicher Mensch, aber, was Genosse Bérard gewiß sehr bedauern wird, auch ein bischen Weinschlauch. (Heiterkeit.) Der Höhepunkt des Romans ist nun, wie Onkel Benjamin von dem Marquis gezwungen wird, ihn auf die Stelle seines Körpers zu küssen, wo man nur zu sitzen pflegt (Heiterkeit) und wie er dann in gleicher Weise Revanche nimmt. Kein Leipziger Arbeiter, keine Leipziger Arbeiterfrau hat daran Anstoß genommen. Ich würde mich keinen Augenblick bedenken, diesen Roman meinem Kinde in die Hand zu geben. (Beifall.)

Das Hohelied von der Kunst, das Frohme anstimmt, ist eben nichts anderes als das Hohelied von der ewigen Wahrheit der bürgerlichen Gesellschaft. Nein, Genosse Frohme, es giebt keine andere Kunst mehr als die moderne Kunst. Genosse Frohme hat den Steiger hingestellt als einen Verbrecher, der die Seele des Volks vergiftet. Er stand hier oben auf der Tribüne, wie vor vielen Jahren ein Mann im römischen Senat, der eine Anklage donnerte gegen Catilina und ausrief: Wie lange wirst Du noch unsere Geduld mißbrauchen! Aber mein lieber Frohme: der Parteitag ist kein römischer Senat, Steiger ist kein Catilina, und Du bist kein Cicero. (Stürmische Heiterkeit und Händeklatschen.)

Frohme und Bérard haben gestern einen Artikel eines mir nicht bekannten Kunstkenners verlesen, der sich in ihrem Sinne aussprach. Gut, ich gebe zu, es giebt verschiedene Geschmäcker! Ich theile Ihnen ebenfalls eine Stelle aus einem Briefe an mich mit, von einem Parteigenossen, den wir alle aufs höchste schätzen und dem niemand bestreiten kann, daß er ein vorzüglicher Sachkenner ist, vor dem sich auch die Autorität des Genossen Bérard beugen wird (Heiterkeit), aus dem Juli, als noch nicht der Sturm wegen der „Neuen Welt" durch den Parteiblätterwald brauste, als durch das „Hamburger Echo" und die „Leipziger Volkszeitung" noch nicht das geringste Säuseln ging. (Heiterkeit.) Da heißt es: Wer gezwungen ist, sich dem Auffassungsvermögen des großen Publikums anzupassen, dem geht in kurzer Zeit der Witz aus. Darüber wird Steiger sehr bald ein bitteres Lied singen. Aber Steiger macht seine Sache gut; er soll sich nur nicht verblüffen lassen. Steiger wird sich nicht verblüffen lassen; lassen Sie sich auch nicht verblüffen, und entscheiden Sie so, wie es der Sache der Sozialdemokratie und den Fortschritten auf dem Gebiete der Kunst entspricht. (Lebhafter Beifall.)

Stadthagen: Frohme's Ausführungen habe ich nichts hinzuzufügen. Wenn Schoenlank von dem Kuß auf eine bestimmte Stelle gesprochen hat, so übersieht er, daß das dort nicht so anschaulich geschildert wird, wie es unsere Naturalisten thun würden, die die herausgesteckte Zunge und alles andere deutlich schildern würden. (Heiterkeit.)

Ich empfehle Ihnen die Anträge zur Annahme, die eine Verbesserung des Inhalts unserer Presse verlangen. Die Leiter des „Vorwärts" sollten in geschäftlicher Hinsicht bedenken, daß es sich um eine Waare handelt, die sie auszugeben haben. Es ist eine Schande, daß das Brunnenvergiftungs-Blatt, der „Berliner Lokal-Anzeiger", in Berlin 180000 Abonnenten hat, der „Vorwärts" nur 46000. Es muß der „Vorwärts" seinen Lesern dasselbe und

mehr bieten, wie die bürgerlichen Blätter. Der „Vorwärts" bietet nicht ein Spiegelbild aller literarischen, wissenschaftlichen, wirthschaftlichen, politischen und nichtpolitischen Erscheinungen; er ist in dieser Beziehung weit hinter unseren Ansprüchen zurückgeblieben. Die Redaktion muß vermehrt werden. Um den „Vorwärts" zu dem Agitationsmittel zu machen, das er sein sollte, ist es nöthig, daß charaktervolle und literarisch fähige Mitarbeiter, die auch Selbstdisziplin zu üben verstehen, in größerer Zahl Liebknecht zur Seite stehen. Es dürfen nicht die Widersprüche vorkommen, die sich jetzt fast in jeder Nummer des „Vorwärts" finden, wo auf der ersten Seite das Gegentheil von dem steht, wie auf der dritten. Unser verehrter alter Liebknecht ist unmöglich im stande, wo er fortwährend herausgerissen wird, wo er allerorten von den Genossen gerufen wird und deshalb häufig von Berlin fort muß, jederzeit die mechanische geschäftliche Thätigkeit in der Hand zu haben, so daß alles aus einem Guß kommt. Er muß sich eine journalistische Hilfskraft nehmen, die ihn in dieser geschäftlichen Redaktionsthätigkeit, selbstverständlich unter seiner Oberleitung, unterstützt. Dem „Vorwärts" liegt ja ein weit größeres Arbeitsgebiet vor, wie der bürgerlichen, wie der Provinzpresse. Als politisches Blatt entspricht er durchaus allen Anforderungen. Es ist nicht wahr, daß andere Parteizeitungen ihn überflügelt haben. So vorzüglich auch die „Leipziger Volkszeitung", die „Sächsische Arbeiterzeitung" und die anderen Blätter in journalistisch-technischer Beziehung auch sind, so steht der „Vorwärts" doch meterhoch über ihnen als politisches und als Arbeiter-Blatt. Aber im übrigen muß sein Inhalt besser werden. Ich möchte unseren verehrten Liebknecht bitten, davon auszugehen, daß man von dem Arbeiter nicht verlangen kann, neben dem „Vorwärts" noch ein anderes Blatt zu lesen. Der „Vorwärts" muß alles bieten und alle Blätter ersetzen können. Ich hoffe, daß es dieser Anregung nur bedürfen wird und daß es möglich sein wird, Inhalt und Auflage des „Vorwärts" zu vermehren.

Was die Quarck-Seite anlangt (Heiterkeit), so bitte ich dringend um Ablehnung des Antrags, der ein Mißbilligungsvotum für die Redaktionen des „Vorwärts" und der „Magdeburger Volksstimme" verlangt. (Beifall.) Ich bedauere sehr, daß Genosse Schmidt gestern weit über das Ziel hinausgegangen ist. (Sehr richtig!) Wodurch aber fühlt sich Quarck beleidigt? Daß von den Frankfurter Pfadfindern ganz allgemein die Rede ist? Ja, ist denn Quarck eine hysterische Jungfrau? Und die Ausführungen über den „sozialpolitischen Reformer" enthalten doch nur ein sachliches Urtheil, ob und inwieweit die Eierschalen seiner Vergangenheit Quarck noch anhaften. Es ist ja nur verlangt worden, daß diese Art gewerkschaftspolitischen Strebens nicht die Hauptsache sein darf. Das soll die Redaktion nicht sagen dürfen? Deswegen ein Mißbilligungsvotum? Das wäre die ärgste Reaktion, die größte Ungerechtigkeit, eine Knebelung der Preßfreiheit! (Widerspruch und lebhafte Zustimmung.)

Ich hätte es nicht für nothwendig gehalten, den Quark so breitzutreten. (Heiterkeit.) Was mich empört hat an der Sache, das war nur das Verhalten einiger Redakteure des Blattes, die es für nothwendig hielten, in eigener Sache jene bekannte Erklärung zu erlassen. Diese Sache ist ja aber inzwischen erledigt. Der Parteitag hat sich nicht mehr damit zu befassen. Aber daß Quarck verlangt, daß nicht ihm, sondern den Redaktionen des „Vorwärts" und der „Volksstimme" ein Mißtrauensvotum ertheilt werde, das verstehe ich nicht. (Beifall.)

Agster-Stuttgart spricht zu dem badischen Antrag 50 und bittet darum, diese Frage nicht vom allgemeinen Gesichtspunkte aus zu betrachten, sondern die speziellen Verhältnisse ins Auge zu fassen. Im badischen Oberland erscheint nur dreimal wöchentlich ein Organ. Das kann absolut für die Genossen, die namentlich die parlamentarischen Verhandlungen verfolgen wollen, nicht

genügen. Dazu kommt, daß dieses Blatt nicht in der badischen Kapitale erscheint, sondern draußen in einem kleinen Orte. Da ist es nicht wunderbar, daß es nicht die Verbreitung hat, die es haben sollte und haben würde, wenn es täglich erscheinen würde. Allerdings hat es jetzt nur 4500 Abonnenten; bei täglichem Erscheinen würde es aber eben einen größeren Abonnentenstand haben und sich rentiren. Jetzt wird es vielfach durch auswärtige Blätter ersetzt, die doch hinsichtlich der lokalen Fragen in keiner Weise genügen können. Ich bitte Sie also, nehmen Sie Rücksicht auf die badische Bewegung und denken Sie nicht lediglich daran, daß jede Neugründung eines Blattes ein gewagtes Experiment ist. Wir verlangen ja nicht, daß die Mittel gänzlich aus der Parteikasse entnommen werden sollen, sondern wir sammeln in Baden einen Preßfonds und wünschen nur einen Darlehnszuschuß.

Antrick-Berlin: Die äußere Ausstattung der „Neuen Welt" ist bedeutend besser geworden. Wenn Genosse Steiger erklärt, in Zukunft etwas vorsichtiger in der Auswahl des Stoffes zu sein, so können wir uns wohl damit zufrieden geben. Weit wichtiger als diese Angelegenheit ist unsere Stellung zum „Vorwärts". Mit dem Redakteur muß ein ernstes Wort gesprochen werden. Wieviel hat der „Vorwärts" nicht in den letzten Jahren gesündigt. Zu den brennenden Parteifragen nimmt er entweder gar keine Stellung, oder er schwankt in seiner Haltung hin und her, wie bei dem Streit der sächsischen Genossen über die Taktik gegen die Wahlrechtsverschlechterung. — In der äußeren Politik des „Vorwärts" sieht es noch viel schlimmer aus. Hier werden uns geradezu ungeheuerliche Dinge geboten. Vor allem fehlt jede klare Darstellung der Thatsachen. Dazu kommen beständige Widersprüche. Die Darstellung der englischen Verhältnisse, wie sie der englische Korrespondent des „Vorwärts" giebt, ist ganz verschieden von der Darstellung, die die Redaktion des „Vorwärts" denselben Vorgängen giebt. Ebenso ist es mit der Darstellung der Vorgänge in Italien. Am schlimmsten aber ist das, was der „Vorwärts" über Frankreich schreibt. Da veröffentlicht er Sieges-Bulletins über die Wahlerfolge der französischen Genossen bei den Gemeinderaths- und Parlamentswahlen. Wenn man sich nun jetzt das Verhalten dieser angeblichen Genossen bei den jüngsten Vorgängen in Paris ansieht, bekommt man eine ganz andere Ansicht. Am 25. August brachte der „Vorwärts" es fertig, zu behaupten, die französische Regierung empfände ein Grauen vor dem Besuch des Zaren. Von Chauvinismus sei keine Rede, von ein paar Irrsinnigen oder Solchen, die ins Irrenhaus gehören, abgesehen, gebe es keine Chauvinisten. Wenn diese Behauptung wahr wäre, dann müßten die Irrenhäuser in Frankreich bedeutend erweitert werden und es würden wenige Franzosen draußen bleiben. (Heiterkeit.) Vier Wochen später hat der „Vorwärts" wieder das gerade Gegentheil geschrieben. Da bringt er einen Artikel, vermuthlich von demselben Verfasser: „Die neue Kosackenrepublik", der das Gegentheil von dem sagt, was am 25. August behauptet wurde. Das schädigt das Ansehen des „Vorwärts" und der Partei. Das sind nur zwei Nummern. Ich könnte Ihnen noch mannigfache Belege für meine Behauptung bringen. Wenn solche Dinge sich im „Vorwärts" abspielen, dann ist es endlich an der Zeit, daß die Partei sich wie ein Mann gegen diese Zustände erhebt, die der Würde der Partei nicht entsprechen. Acht, auch zehn Tage später, als sie datirt sind, erscheinen die auswärtigen Korrespondenzen im „Vorwärts". Häufig genug haben sie dann an Aktualität verloren. Für jede Zeitung ist eine möglichst schnelle, ausgiebige Berichterstattung von größter Wichtigkeit. Auch hier muß Wandel geschaffen werden. Von einem Zentralorgan verlange ich, daß es an der Spitze der Partei steht und ihr Direktiven giebt. Genosse Stadthagen hat die Kalamität schon angedeutet und auf unseren allverehrten Genossen Liebknecht bezug genommen. Auch ich bin der Ueberzeugung, daß Liebknecht, der als Journalist, Abgeordneter und

Agitator Menschenmögliches leistet, trotz seiner großen Arbeitskraft die Aufgaben, die die Chefredaktion des „Vorwärts" stellt, nicht vollkommen erfüllen kann. Ein Mann muß mit der Direktion des Blattes betraut werden, der seine ganze Zeit dem Blatte widmen kann. Der „Vorwärts" muß anders werden. Unsere Genossen können nicht 3, 4 Blätter daneben halten, um sich über die thatsächlichen Vorgänge in der Politik zu unterrichten. Wenn wir die Massen irreführen, so kann das gefährliche Konsequenzen haben. Wir haben alle Ursache, das Volk über die thatsächlichen wirthschaftlichen und sozialen Verhältnisse aufzuklären. (Beifall.)

Kolb-Karlsruhe betont die Nothwendigkeit, die Preßverhältnisse Badens besser zu gestalten. Die Abonnentenzahl geht in vielen Städten zurück, namentlich in der Umgegend von Karlsruhe. Um den Angriffen der nationalliberalen Presse entgegenzutreten, müsse ein Parteiblatt geschaffen werden, das auf der Höhe der Zeit steht; schaffe man ein täglich erscheinendes Blatt, so würden bei der nächsten badischen Landtagswahl neue Siege erfochten, sonst sei an Erfolge nicht mehr zu denken. In dem Antrage sei ja nur davon die Rede, daß der Partei-Ausschuß die badischen Genossen eventuell unterstützt, wenn die eigenen Mittel nicht ausreichen. Das Geld werde, wenn möglich, auf Heller und Pfennig zurückerstattet werden.

Liebknecht: Vor 20 Jahren wurden bereits hier in Gotha zum großen Theil dieselben Vorwürfe gegen das Zentralorgan erhoben wie heute — nur daß es damals nicht „Vorwärts" hieß — und gerade weil sie so häufig vorgebracht werden, macht ein großer Theil der Ausstellungen einen sehr geringen Eindruck auf mich. Wir müssen uns doch darüber klar werden, daß für gewisse Beschwerden, die regelmäßig wiederkehren, tiefere Gründe vorliegen müssen, die es verhindert haben, daß das Ideal von einer Presse, wie es den Parteigenossen vorschwebt, sich bisher im „Vorwärts" verwirklicht hat. Wollte ich irgend ein anderes Parteiblatt mit demselben Maßstabe messen, der an den „Vorwärts" gelegt ist, so würde kein Blatt besser fahren. Das weiß jeder vernünftige und gerechte Genosse. Aber das Zentralorgan wird einfach als eine Domäne betrachtet, die man ohne weiteres schlecht machen kann, ohne das Gute hervorzuheben. Ich bedaure es, daß der Punkt „Presse" nicht als besonderer Punkt auf die Tagesordnung des Parteitages mit einem Referenten und Korreferenten gesetzt ist. Dann hätte ich Zeit gehabt, die Fragen nach allen Richtungen hin eingehend zu behandeln und die maßgebenden Grundsätze klarzulegen, was ich jetzt nicht kann. Es sollte mir leid thun, wenn der Parteitag nicht einen Beschluß faßte, für das nächste Jahr ein Referat und Korreferat darüber entgegenzunehmen.

Ich habe die Stellung eines Chefredakteurs niemals so aufgefaßt, wie es gewöhnlich in Deutschland der Fall ist. Man versteht darunter einen Mann, der die ganze Zusammenstellung besorgt, das ganze Material durch seine Hand gehen läßt und für alle Einzelheiten verantwortlich ist. Ich habe nicht die Zeit dazu, von Morgens bis Abends in der Redaktion zu sein, und ich würde mein Amt nicht nur niemals übernommen, sondern meine Freunde würden es mir auch garnicht angeboten haben, wenn das von mir verlangt wäre. In Frankreich versteht man unter Chefredakteur einen Mann, der in politischen und sonstigen Dingen die Maschinerie der Redaktion leitet. Clémenceau, der jetzige Chefredakteur der „Justice", schreibt dafür Leitartikel, und im übrigen wird das Blatt von Leuten in seinem Geiste redigirt. Wenn uns die Einrichtung der Redaktion in diesem Sinne noch nicht gelungen ist, so liegt das daran, daß wir eine hierfür geeignete Persönlichkeit noch nicht gefunden haben. Unsere Presse dezentralisirt sich immer mehr, und das ist gut. Wenn von einem der Vorredner auf die Nothwendigkeit der Zentralisation hingewiesen ist, so halte ich demgegenüber eine Zentralisation für das größte Unglück für die Partei. Die Partei hat eine große Presse, die sie immer mehr zu entwickeln

sucht, und was an Talenten in der Partei da ist, übernimmt eine selbständige Stellung. Hierzu kommt noch ein anderes Moment. Der „Vorwärts" befindet sich in einer ganz eigenthümlichen Lage, er ist zugleich Zentralorgan und Lokalblatt, und das hat große Schwierigkeiten im Gefolge. Die Berliner Lokalangelegenheiten einerseits und die Parteinachrichten andererseits, die der „Vorwärts" als Zentralorgan möglichst vollständig bringen muß, nehmen einen sehr großen Raum ein. Es ist davon gesprochen, daß manche Artikel so lange liegen bleiben, aber der Raum des „Vorwärts" ist zu beschränkt. Uns steht nicht so viel Platz zu Gebote, wie etwa der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung", es macht uns schon eine große Mühe, das hineinzubringen, was unbedingt hineinkommen muß. — Es ist ferner gesagt worden, der „Vorwärts" soll aus einem Guß hergestellt sein: Ja, das sollte er sein, aber er ist es nicht, weil verschiedene Strömungen darin zur Geltung kommen. Man wirft dem „Vorwärts" vor, daß er oft keine Meinung hat und nicht zu allen Fragen Stellung nimmt, aber in diesem Punkt gerade zeigt sich der Unterschied zwischen einem Zentral- und einem Lokalblatt. Wäre ich Redakteur eines Lokalblattes, so wäre ich sicher der erste, der zu jeder Frage entschieden Stellung nimmt. Das Zentralblatt hingegen gehört der ganzen Partei, und wenn in der Partei verschiedene Strömungen herrschen, so halte ich als Chefredakteur des Zentralorgans mich nicht für berechtigt, meine Meinung als die leitende Meinung hinzustellen. Ich habe es stets für meine Pflicht gehalten, den verschiedenen Strömungen Rechnung zu tragen und abweichende Meinungen nicht vom Redaktionsstuhl herab zu verdammen oder gar zu exkommuniziren. Solche Differenzen innerhalb der Partei gab es z. B. in der Agrarfrage und in der bayerischen Landtagsfrage. Hätte ich damals Stellung genommen, so hätte ich damit einen Theil der Genossen, denen ich das gleiche Recht der Meinung zuerkenne wie mir selbst, verletzt und, wie die Dinge liegen, sogar beleidigt. Ich habe nicht das Gefühl der Unfehlbarkeit, ich glaube ja in manchen Dingen ebenso gut wie ein anderer in der Partei richtig urtheilen zu können, aber ich halte mich doch nicht im stande, immer das Richtige zu finden. Ich war z. B. bei der Agrarfrage, wo die Geister sehr heftig aufeinander platzten, nicht in der Lage, zu sagen, was das absolut Richtige war, und ich würde eine Partei verachten, wenn sie sich eine solche Bevormundung oder Schulmeisterei gefallen ließe. Kurz die Redaktion des Zentralblattes kann als Redaktion zu derartigen Fragen nicht Stellung nehmen.

Wir haben nun das Abkommen getroffen, daß die Redaktion nach der Majorität Stellung nimmt. Dann kann aber die Minderheit kommen und das Gegentheil sagen, und das wäre einfach Unsinn. (Sehr richtig!) Es könnte dann in dem Artikel eines Redakteurs das Gegentheil von dem zu stehen, was im redaktionellen Leitartikel in derselben Nummer enthalten ist. Man mache sich dies nur klar und man sieht, mit welchen Schwierigkeiten wir im Zentral-Organ zu kämpfen haben. Bei den Provinz-Parteiblättern weiß jeder sofort: das hat der Schoenlank oder Parvus, oder wie er sonst heißt, geschrieben oder schreiben lassen. Aber im Zentral-Organ halte ich mich nicht für berechtigt, so zu verfahren. Ich bin zu jedem Abkommen bereit, nur darf die Minderheit nicht vergewaltigt werden. Das Zentral-Organ darf nicht der große Nürnberger Trichter sein, der die Weisheit den Genossen eintrichtert. Gerade dadurch, daß wir nach allen Richtungen hin selbständiges Denken gefördert, selbständige Organe geschaffen und die Arbeiter geistig gebildet haben, sind wir den Gegnern im Kampfe überlegen.

Es ist mir vorgeworfen, daß ich bei der Frage der sächsischen Landtags-Wahlen nicht mehr eingegriffen habe. Ich bin ja oft diktatorischer Gelüste bezichtigt worden, aber ich habe doch so viel demokratisches Gefühl, daß ich den Genossen in einem Lande, wo die Sozialdemokratie so entwickelt ist, wie in

Sachsen, nicht von Berlin aus Direktiven geben will, wofür sie sich auch bestens bedankt hätten. Das Verlangen, von oben herab alles zu diktiren, kann nur jemand aufstellen, der wirklich nicht fähig ist, den Geist der Partei zu erfassen und die Dinge vollständig zu überschauen. Muß ich denn, wenn ich eine andere Meinung habe, gleich den Gegner für einen Esel oder Parteiverräther halten und mit Knüppeln auf ihn losgehen? (Heiterkeit und Beifall.) Nein, das darf nicht sein. Ich habe da, wo es galt, die Partei zusammenzuhalten, stets zu vermitteln gesucht. Ich habe die Parteikämpfe in Frankreich und England gesehen und die Erfahrung gemacht, daß dort die Partei vielfach in ihrer Entwickelung gestört worden ist, weil Intoleranz herrschte und der Versuch zu vermitteln und versöhnen unterblieb.

Wenn ich nicht alles so durchführen konnte, wie ich's wollte, so liegt es daran, daß es an ausreichenden Kräften fehlt. Bei einem so großen Blatt, wie der „Vorwärts", bei dem das, was man nicht sieht, eine größere Arbeit verursacht als was man sieht — ich denke an die ungeheure Fluth von Einsendungen — ist unser Amt ein sehr schwieriges. Wenn man nur die ungeheure Korrespondenz, die der „Vorwärts" führt, betrachtet, und wenn man die Schwierigkeit der Aufgabe mit den zur Verfügung stehenden Kräften vergleicht, so wird man uns nicht Mangel an Arbeitslust oder Arbeitskraft vorwerfen können. Ich werde übrigens demnächst in einer für das ganze Zeitungswesen beabsichtigten Konferenz gründliche Vorschläge machen, um den Konflikt zwischen Zentral- und Lokalorgan zu beseitigen.

Genosse Antrick wirft dem „Vorwärts" vor, daß sich im politischen Theil häufig Widersprüche finden. Wenn man aber die beiden Notizen, die er anführt, richtig auffaßt und nicht chauvinistisches Geschrei mit ernstlichem Streben nach Krieg identifizirt, so findet man keinen Widerspruch in den beiden Artikeln, die von mir selbst geschrieben sind. Allerdings hatte die französische Regierung große Angst vor dem Besuche des Zaren. Sie wußte nicht, was seitens einiger exaltirter Leute geschehen könnte, und es bestand ferner eine große Besorgniß, bei Deutschland Anstoß zu erregen. Mit größter Aengstlichkeit wurde während des Pariser Zarenrummels jede Demonstration vermieden, die kriegerisch aussehen konnte. Der französischen Regierung fiel eine Zentnerlast vom Herzen, als der Zar wieder fort war. Das widerspricht nicht der Thatsache, daß die französische Bourgeois-Republik sich Rußland in die Arme geworfen hat. — Wir sollen falsch über die Bewegung im Auslande berichten! Hierbei ist dem Genossen Antrick der Schnitzer unterlaufen, daß er annimmt, der Pariser Gemeinderath besteht aus Sozialisten. (Zuruf von Antrick: Ist mir nicht eingefallen.) Aber das ist doch Ihre Voraussetzung. Niemand hat vom Pariser Gemeinderath ein anderes Vorgehen erwartet. Und glauben Sie, daß ich es lobe, wenn unsere Genossen, die freilich sehr schwach vertreten sind, nicht mit Energie protestirt haben, wie die sozialistischen Gemeinderäthe von Lille und Bourdeaux?

Der Widerspruch zwischen den Korrespondenten des Auslandes und den redaktionellen Notizen rührt daher, daß ich auch andere Meinung aufkommen lasse. Ich halte die Leser des „Vorwärts" nicht für so dumm, daß sie nicht aus verschiedenen Anschauungen das richtige herausfinden können. Ich glaube, daß meine Toleranz nur Lob und nicht Tadel verdient.

Die wissenschaftliche Beilage, die gewünscht wird, ist bisher aus Mangel an Raum und aus dem Grunde nicht zu stande gekommen, weil Konrad Schmidt, den wir dafür in Aussicht genommen hatten, zu dieser Arbeit keine Zeit hatte. Er hat sich aber jetzt bereit erklärt, je nachdem es beschlossen wird, einmal wöchentlich oder zweimal monatlich eine derartige Uebersicht zu geben, und ich kenne keinen Mann in der Partei, der dazu befähigter wäre.

Was die Polemik mit Quarck betrifft, so müssen wir einen Unterschied

machen zwischen einer Polemik mit Gegnern und mit Genossen. Ich bin dagegen, daß die Polemik mit Genossen persönlich betrieben wird. (Lebhafte Zustimmung.) Ist das aber der Fall, dann muß die Person, die den Angriff unternimmt, sich auch nennen. (Sehr richtig.) Und wenn sie sich genannt hat, dann ist es mir vollständig gleichgiltig, wer die Polemik führt. Vorausgesetzt, daß in dem Streit nicht etwas absolut Unanständiges vorkommt, oder etwas, was gegen die Parteidisziplin verstößt, läßt sich vom Standpunkt unbeschränkter Meinungsfreiheit der Polemik keine Grenze setzen. (Sehr richtig!) Man darf aber niemals versuchen, einem Genossen die Partei-Ehre abzuschneiden. (Beifall.) Das sind meine Grundsätze, die wohl von jedem gebilligt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe es bedauert, daß gestern mein Kollege und Freund Schmidt Dinge gegen Quarck geäußert hat, die besser nicht gesagt wären. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn man einen Mann wie Quarck hinstellt als einen Menschen, der noch kein richtiger Genosse ist, sondern erst „fertig werden muß", so bedaure ich das. Und ich muß entschieden dagegen protestiren, daß von ihm als von einer „verkrachten bürgerlichen Existenz" gesprochen worden ist. (Bravo.) Gewiß, verkrachte bürgerliche Existenzen haben wir bei uns und solche Existenzen drängen sich an uns heran. Diesen Ausdruck kann man aber nicht auf Quarck anwenden. Der Mann hat sich durchaus normal nach vorwärts, aus der bürgerlichen Demokratie zum Sozialismus entwickelt. Daß er mit seinen früheren Anschauungen gebrochen hat und zu uns gekommen ist, das ist doch wahrhaftig kein Vorwurf. Quarck ist aus einer Partei herausgegangen, die ihm eine bessere Stellung hätte geben können, als wir. (Sehr richtig.) Wir klagen über Mangel an Talenten und dabei wird jeder niedergeknüttelt, der aus bürgerlichen Kreisen zu uns kommt. (Lebhafte Zustimmung). Können wir denn warten, bis aus der Arbeiterklasse Redakteure herauswachsen? Die ehrliche Gesinnung ist eine selbstverständliche Voraussetzung, aber damit allein redigirt man doch keine Zeitung. Ich gebe zu, daß wir die schlechtesten Versammlungsberichterstatter haben; es kommt daher, weil wir nicht auf die Fähigkeit sehen können, sondern auch auf die Genossen Rücksicht nehmen müssen. Noch einmal, ich, der ich Quarck von allen hier Anwesenden vielleicht am besten kenne, protestire dagegen, daß man den Mann so beschimpft. (Beifall.)

Nun komme ich auf die „Neue Welt". Es hat mich im Ganzen sehr gefreut, daß wir zum ersten Mal eine Preßdebatte gehabt haben, in der man versucht hat, einen höheren Flug zu nehmen; es ist einmal ernst und würdig von der Kunst gesprochen worden. Theoretisch bin ich mit den gestrigen Ausführungen Steiger's durchaus einverstanden, aber das, woraus man ihm einen Vorwurf macht, wird von seinen Ausführungen gar nicht getroffen. Ueber die allgemeinen Grundsätze der naturalistischen Kunst, das heißt darüber, daß die Kunst natürlich sein, die Natur zur Grundlage, zum Ausgangspunkt und zum Ziel haben muß, sind wir alle einig, wir finden sie schon ausgesprochen bei dem Idealisten Schiller, von Goethe, Lessing, ja schon bei Aristoteles. Der Fehler in der „Neuen Welt" ist der, daß Steiger glaubt, es sei jetzt eine neue Kunst, eine fertige Kunst entdeckt worden, und das sei die Richtung des „jüngsten Deutschland". Darin kann ich Steiger allerdings nicht folgen; diese Richtung ist weder neu, noch fertig; sie ist im Gegentheil recht unreif und unfertig. Es ist richtig: naturalia non sunt turpia; aber es giebt Dinge, die man in anständiger Gesellschaft nicht sagt und thut. (Sehr richtig!) Wenn Jemand das natürliche Bedürfniß, das die Bertha gehabt hat, hier in diesem Saale verrichten würde, dann würde jeder sagen, das ist zwar natürlich, aber äußerst unanständig (große Heiterkeit); und ob ich das in diesem Saale oder vor einem Leserkreis von 240 000 Familien thue, so ist das gar kein Unterschied. (Sehr richtig! Steiger ruft: Nur bis an die Thüre!) Der richtige,

„jüngste" oder „grüne" Naturalist thut eine große That, wenn er ein derartiges natürliches Bedürfniß gewissermaßen der übrigen Menschheit zum Trotz, nur um seine eigene Hypermenschlichkeit zu offenbaren und zu bethätigen, direkt vor den anderen und ihnen ins Gesicht verrichtet! (Große Heiterkeit.) Das, dieser Kultus des unverhüllt Animalischen, die thierischen Funktionen des Menschen ist das, wogegen die Arbeiter protestirt haben.

Nun komme ich noch auf ein Moment, das von größter Bedeutung für das Proletariat ist. Das jüngste Deutschland hat als Produkt der Decadence d. h. der Fäulniß der kapitalistischen Gesellschaft eine gewisse prickelnde Lust, alle sexuellen Dinge auszumalen. Schon in der Fäulniß des alten Römerreichs hatten wir dieselbe Erscheinung. Und hier sage ich: — ich bin wahrhaftig nicht prüde, in meiner Gegenwart kann man sehr vieles sagen; aber wenn vor heranwachsenden Kindern — die „Neue Welt" soll ja Familienblatt sein — diese geschlechtlichen Dinge behandelt werden, wie wirkt denn diese Erregung der Lüsternheit auf die Kinder! Das Proletariat wird' heute schon so zu Grunde gerichtet durch soziale und ökonomische Verhältnisse; sollen wir noch dazu beitragen, Körper und Geist der Kinder des Proletariats zu ruiniren? Wenn die Arbeiter von diesem Gesichtspunkte aus sich widersetzen, dann haben sie vollkommen recht. Es ist der Trieb der Selbsterhaltung. Steiger wird das auch anerkennen — ich drücke mich drastisch aus, das Thema bringt es ja mit sich: Die Schweinerei gehört nicht in die „Neue Welt" hinein!

Ich habe mit Jemand, der vielleicht den bekanntesten Namen in unserer modernen sozialistischen und realistischen Romanliteratur hat, in diesem Sinne eine briefliche Polemik gehabt, und mein Widerpart mußte mir schließlich zugeben, daß das, was ich unter gebildeten Leuten nicht sage und nicht thue, auch nicht gesagt und geschildert werden darf in Zeitungen, Unterhaltungsblättern u.s.w. Ich bin mit der Ansicht Steiger's in Bezug auf die Bedeutung des jüngsten Deutschland auch nicht einverstanden. Ich glaube z. B. nicht, daß Hauptmann der große Mann ist, als welchen er ihn hingestellt hat; es ist sehr viel Plattes, Geschmackloses und Häßliches in seinen Schriften, und vor Allem ist nichts Revolutionäres darin, nein, Spießbürgerlich-reaktionäres zum größten Theil. (Beifall und Widerspruch.) Und die Griechen, die doch auch etwas von Kunst verstanden und große Realisten waren, ließen alle grausigen und anstößigen Sachen, statt sie darzustellen und auszumalen, hinter der Bühne verrichten. In der „Kunst der Poesie" des Horaz wird das ausdrücklich gelehrt. Der größte aller Realisten, das war ein gewisser Homer (Heiterkeit); ihn wird Steiger als Autorität ja auch vielleicht anerkennen, obgleich das jüngste Deutschland keine anderen Autoritäten kennt, als seine eigenen Wichtigkeiten und Nichtigkeiten. (Heiterkeit.) Im Homer, in der Ilias, kommt eine wunderschöne Stelle vor, welche ich Freund Steiger bitte stets zu lesen, ehe er an seine Redaktionsarbeit geht. Als die Götter sich streiteten um das Geschick von Troja, als schließlich die Juno entschlossen ist, die Trojaner zu vernichten, sucht sie den anders denkenden Jupiter für sich zu gewinnen, und es gelingt ihr auch durch realistische Frauenkünste — aber der große Realist Homer läßt eine Wolke um beide verbreiten; und diese Wolke empfehle ich Freund Steiger. (Stürmische Heiterkeit.) Und zum Schluß erinnere ich ihn und andere Apostel des jüngsten Deutschland noch an ein Sprichwort, das ja lateinisch ist und das ich deshalb zitiren kann: cacatum non est pictum! (Stürmische Heiterkeit und Händeklatschen.)

Fischer (Berlin): Die eben vom Genossen Liebknecht präzisirte Haltung zur „Vorwärtsfrage" ist nicht einladend, dieses Thema fortzusetzen. Wenn der Mann, der an der Spitze des „Vorwärts" steht, gegenüber den Vorwürfen, die gegen das Blatt erhoben werden, nichts anderes zu sagen weiß, als daß

er sie seit 25 Jahren höre, und daß sie auf ihn keinen Eindruck machen, so ist es eigentlich überflüssig, darüber zu diskutiren. Ich ziehe freilich den entgegengesetzten Schluß; ich meine: weil seit 25 Jahren die Vorwürfe immer wieder erhoben werden, deshalb muß etwas Richtiges an ihnen sein. (Sehr richtig! Liebknecht: Habe ich auch gesagt!) Nun will Liebknecht die Chefredaktionsstelle nach französischem Muster eingerichtet wissen; wenn er heute aber die Chefredakteurstelle trotzdem beansprucht, dann darf er nicht das halbe Jahr auf der Redaktion fehlen. Liebknecht konstruirt nun einen Gegensatz zwischen Zentralorgan und Lokalorgan, und erklärt es daraus, daß er absolut außer Stande sei, den „Vorwärts" den Beruf erfüllen zu lassen, ein unterrichtendes und aktuelles Organ zu sein. Gewiß, der Stoff ist sehr ausgedehnt; das Blatt erscheint aber auch 2, 3 und 4 Bogen stark; und nicht das Ueberwuchern des lokalen Theiles hat die Veranlassung zu den Klagen gegeben, sondern hauptsächlich der politische Theil, der Mangel dessen, was nicht drin steht. Wenn der „Vorwärts" seine Aufgabe deshalb nicht erfüllen könnte, weil er zugleich Lokalblatt ist, wenn er anderseits deshalb keine Stellung zu den die Partei bewegenden Fragen soll nehmen dürfen, weil er Zentralorgan ist, so schaffe man doch dadurch Remedur, daß man den Charakter des Zentralorgans vom „Vorwärts" trennt und den Berliner Genossen über das Lokalblatt denselben Einfluß und dieselben Rechte einräumt, die die Genossen des letzten Provinzblattes haben. Liebknecht sagt uns freilich, es sei die Aufgabe des Zentralorgans, überhaupt nicht Stellung zu nehmen. Er steht aber, glaube ich, damit einzig in der Partei da. Deshalb hat man ja ein Zentralorgan geschaffen, deshalb hat man ja einen Mann von Liebknecht's Bedeutung zum Chefredakteur gemacht, daß er Stellung, daß er die Führung übernimmt; sonst brauchte man kein Zentralorgan, dann wäre ja die ganze Aufgabe des Zentralorgans, alles gemüthlich zu registriren — dafür braucht man denn auch kein solches Budget! (Beifall.)

Aber die jahrelangen Erfahrungen brachten mich zu der Befürchtung, daß daran nichts geändert werden wird, der „Vorwärts" wird nach wie vor nichts sein, als ein Bild der journalistischen und politischen Zerfahrenheit, das Organ leerer raisonnirender Redensarten. (Widerspruch.) Wir dürfen nicht empfindlich sein, wir müssen Jedem die Freiheit des Urtheils überlassen, sonst kommen wir zur Waschlapperei! (Sehr richtig!) Meine Vorwürfe gegen den „Vorwärts" entspringen nicht einem Vorwurfe gegen Liebknecht's guten Willen. Es giebt in der ganzen Partei keinen Genossen, und ich wäre der letzte, der Liebknecht Mangel an Arbeitslust und Arbeitskraft vorwerfen würde! Der Fehler liegt in der Individualität Liebknecht's. Wir haben ihn auf einen Posten gestellt, der sich mit seiner Individualität nicht verträgt. Er kann den Posten nicht ausfüllen (sehr richtig! und lebhafter Widerspruch); und seine Arbeitskraft ist für die Partei viel zu kostbar, als daß man sie in diese mechanische Zieh- und Pflügarbeit hineinspannt! Was soll es nur heißen, wenn der Chefredakteur uns heute und seit Jahren immer wieder sagt: ich könnte über das Blatt noch viel mehr klagen, meine Mitarbeiter taugen nichts, unsere Berichterstatter sind die schlechtesten in ganz Berlin! Nein, nicht der Mangel an Leuten, an Intelligenzen ist es, der ihm fehlt — die Sache ist anders, neben Liebknecht können die geistigen Kräfte der Mitarbeiter sich nicht entfalten, sich nicht auswachsen, sie haben keinen Spielraum; an Material fehlt es nicht, selbständigen Existenzen ist es aber überhaupt nicht möglich, neben Liebknecht zu arbeiten (Beifall und Widerspruch). Ich verweise nur auf Schoenlank; wie vorzüglich ist die „Leipziger Volkszeitung", die „Sächsische Arbeiterzeitung" redigirt, wie fällt dagegen die Art ab, mit welcher der „Vorwärts" Fragen wie die sächsische, die bayerische, die Agrar-, die Gewerkschaftsfrage behandelt! Der „Vorwärts" hat nie den Muth der eigenen Meinung bekundet. Verlepsch ist gegangen, der Kriegsminister ist gestürzt — der „Vor-

wärts" schreibt keine Zeile! Diese Dinge sind ja vielleicht nebensächlich, aber ein führendes politisches Blatt muß doch dazu Stellung nehmen. (Beifall.)

Was nun die „Neue Welt" angeht, so lasse ich die Frage Kunst, Moral, Idealismus, Naturalismus 2c. unberührt, solche Fragen werden nicht durch Abstimmungen auf Parteitagen gelöst; wir sind kein Moral- und kein Kunst-Konzil. Aber die Art und Weise, wie Bérard auf die „Neue Welt" loshaut, kann man nicht billigen. (Lebhafter Beifall.) Auch ich halte die Wahl des Romans von Hans Land „Der neue Gott" für einen Mißgriff; ich mache daraus keinen großen Vorwurf, wir in Berlin sind durch den Feuilletontheil des „Vorwärts" zum Verzeihen und zur Resignation erzogen worden. (Heiterkeit und Beifall.) Welches sind denn die Vorwürfe Bérard's? Die Sozialdemokratie werde verhöhnt! (Das ist nicht mal wahr, die Sozialdemokratie soll darin sogar verherrlicht werden.) Ein Spitzel wurde verhauen! Mutter Bertha hat zu viel Geld verschwendet an Blumen zur Schmückung des Sarges ihres Kindes! Und schließlich hat er zusammengezählt, wie oft der Name Gottes eitel genannt wurde! Mit einer solchen Auffassung kommt man zur langweiligen Sonntagsnachmittagspredigt! Richtig aber ist es, in den weitesten Arbeiterkreisen ist ein gewisses Mißbehagen gegen die „Neue Welt" vorhanden, und Steiger thut gut, das zu berücksichtigen und zu ändern. Es handelt sich hier nicht um eine Moralfrage, nicht um ein Kunstprogramm, sondern darum, daß Steiger viel zu wenig beachtet hat, daß die „Neue Welt" auch ein Familienblatt ist, das jeder seinen heranwachsenden Kindern in die Hand geben will. (Sehr richtig!) Ich bin gewiß kein Moralfex, aber auch ich sah mich schon gezwungen, die „Neue Welt" meinen Kindern wegzuräumen. Gewiß — naturalia non sont turpia, aber man läßt sich doch nicht im Kloset photographiren. (Stürmische Heiterkeit.) Es sind nur Kleinigkeiten, die aber das Mißbehagen der Genossen hervorgerufen haben. Mehr als nothwendig wird das sexuelle Problem behandelt, und zwar nicht das psychologische Geheimniß, sondern der einfache mechanische Vorgang (sehr wahr!), und dagegen bäumt sich der gesunde Sinn der Arbeiter mit Recht auf. Die Kußszene, die Schoenlank aus Claude Tillier's Roman „Onkel Benjamin" anführte, ist ein ganz prächtiges Beispiel; wenn von einem sog. „Modernen" das dargestellt wäre, so bin ich überzeugt, daß der Schriftsteller nicht die Situation, sondern den schmutzigen Körpertheil geschildert hätte. (Heiterkeit.) Das ist der große Unterschied zwischen Meister und Pfuscher. Das muß Steiger beseitigen, dann wird das Mißbehagen verschwinden. Wenn man Steiger diese Vorwürfe macht, so muß man aber auch offen zugestehen, daß anderseits die „Neue Welt" an geistigem Gehalt, an Vielseitigkeit weitaus besser geworden ist. (Lebhafter Beifall.) Aus diesem Grunde muß auch der Antrag abgelehnt werden, sie wieder auf 8 Seiten zu reduziren, denn damit kann man kein gutes Blatt machen. Ebenso lehnen Sie den Altonaer Antrag ab, der „Neuen Welt" den Charakter einer Beilage zu nehmen, sie zu einem selbständigen Unterhaltungsblatt zu machen. Wie wollen Sie bei den heutigen Verhältnissen mit den bürgerlichen belletristischen Journalen und Revuen konkurriren? Wenn Sie das beschließen, müssen Sie auch gleich ein Anlagekapital von 200—300,000 Mk. zur Verfügung stellen. (Beifall.)

Eichhorn-Dresden: Meine Beschwerde richtet sich gegen den Neuen Weltkalender; er ist bedeutend schlechter geworden. (Widerspruch.) Die Verbilligung des Kalenders ist auf Kosten der Kolporteure erfolgt, und das finden die Genossen nicht schön. Die „Neue Zeit" ist vertheuert worden; sie arbeitet mit einem bedeutenden Defizit. Es wird deshalb schon davon geredet, die „Neue Zeit" wieder in eine Monatsschrift zu verwandeln. Dem Genossen Dietz ist nicht zuzumuthen, das Defizit auf die Dauer zu tragen. Ich möchte der Parteileitung deshalb empfehlen, sich näher zu überlegen, wie der „Neuen Zeit" zu Hilfe zu kommen ist. Die „Neue Zeit" hat leider nur 4000 Abon-

nennen; die Partei muß das lebhafteste Interesse für die Existenz ihres wissenschaftlichen Organs haben. Vielleicht empfiehlt es sich, die „Neue Zeit" in direkte Parteiregie zu nehmen. Redner empfiehlt weiter eine Wochenausgabe des „Vorwärts" als Ersatz für den „Sozialdemokrat" und bringt einen diesbezüglichen Antrag ein.

Raue-Iserlohn: Die „Neue Welt" kann auch den Kindern ruhig in die Hand gegeben werden. Kinder lesen etwas Anstößiges garnicht heraus, sie verstehen es garnicht. Wenn Frohme so überaus empfindlich ist, soll er doch beantragen, daß die Figuren auf der Lustgartenbrücke in Berlin Badehosen bekommen. (Heiterkeit.) Einzelne Beschwerden gegen die „Neue Welt" sind gewiß berechtigt, aber deshalb braucht der Parteitag noch keine Scheiterhaufen zu erbauen und Steiger und die „Neue Welt" da hinauf zu setzen. Redner tritt für den Antrag 34 ein, der dahin abgeändert werden könne, daß nach jeder Verabschiedung einer Gesetzesvorlage im „Vorwärts" deren Text in einer besonderen parlamentarischen Beilage beigegeben wird.

Folgender Antrag ist eingegangen:

„Der Parteitag möge beschließen, eine Wochen-Ausgabe des „Vorwärts" herauszugeben."

Der Antrag findet jedoch nicht die nöthige Unterstützung.

Nunmehr tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet um 2 Uhr die Sitzung.

In der wiedereröffneten Diskussion nimmt **Schmidt**-Magdeburg unter lebhaftem Beifall die Notiz in der „Volksstimme" gegen Quarck als unbegründet zurück. Was hat mich aber zur Abfassung jener Notiz veranlaßt? Quarck hat schon oft experimentirt, aber seine Experimente niemals zum Abschluß gebracht. Es ist meine Ueberzeugung, daß er durch seine Projekte die alte Polemik zwischen Gewerkschafts- und politischer Bewegung wieder angefacht hat. In manchen Orten sind Genossen, die einen Unterschied zwischen Gewerkschafts- und politischer Bewegung nicht kennen, als Gegner der Gewerkschafts-Bewegung gekennzeichnet worden. Das hat mich, der ich ein temperamentvolles Gemüth habe (Große Heiterkeit), empört und da kann es schon vorkommen, daß einmal einem die Feder ausrutscht. Das passirt auch anderen. (Heiterkeit und lebhafter Beifall). Zu meiner Ansicht, daß Quarck seine Arbeit aus Geldrücksichten nicht vollendet hat, bin ich durch einen Ausspruch von ihm in der ersten Sitzung der Agrarkommission veranlaßt worden. Leider ist es damals nicht zu einer Aufklärung des Mißverständnisses gekommen. Ich mußte damals annehmen, daß Quarck meinte, daß er nicht entsprechend pekuniär für die Arbeit entlohnt sei (Quarck ruft: sehr nobel!) Nobel ist es gewiß, aus seinem Herzen keine Mördergrube zu machen. (Lebhafter Beifall.) Quarck ist zweifellos ein Mann, der über die ganze Taktik der Partei in äußerster Unklarheit sich befindet. (Sehr richtig!) Im „Vorwärts" war die Kommission für Arbeiterstatistik scharf angegriffen worden, in einem anderen Artikel wurde sie in Schutz genommen. Es stellte sich heraus, daß der Verfasser dieser beiden Artikel sich auf die eine und dieselbe Person des Genossen Quarck verdichtet. (Heiterkeit und hört! hört! — Quarck ruft: unwahr!) Dann widerlegen Sie mich. Wie ist die Haltung Quarck's in seiner „Kaufmännischen Presse"! Die antisemitische Partei stellte er als eine Volkspartei neben der sozialdemokratischen Partei hin. In einem anderen Artikel konstatirt er mit großer Freude die Verleihung des Kronenordens an jemand! Welche Mätzchen macht er gegenüber den Thüringer Genossen. Von sozialdemokratischem Thüringer Gruß hat er da geredet! Das alles zeigt doch, daß er die Bewegung offenbar gar nicht so ernst nimmt.

(Lebhafter Beifall.) Ich habe diese Aussprache auf dem Parteitage lebhaft gewünscht, denn sie ist sehr dienlich; einmal wird sie Veranlassung, daß in der Presse und damit bin ich einbegriffen — anständiger geschrieben wird (große Heiterkeit), und sodann wird sie hoffentlich auch Quarck belehren, daß er etwas sachlicher aufzutreten und sich den Anschauungen und der Taktik der Partei etwas mehr anzupassen hat. (Beifall.) Damit verlasse ich den Quarck und komme auf den „Vorwärts".

Ich hatte nicht beabsichtigt hierzu zu sprechen. Nachdem die Frage durch Liebknecht und Fischer aufgerollt, will auch ich mich hierzu äußern. Die Ausführungen Fischer's unterschreibe ich. Wir wollen die Kraft Liebknecht's nicht missen, aber wo er jetzt steht, kann er sie nicht völlig entfalten. Er ist gebunden und das Band muß ihm genommen werden. Liebknecht ist nicht der Mann, der von früh bis abends auf dem Sessel sitzt. Er gehört draußen hinaus in die Agitation und in das Parlament. Da nützt er der Partei ganz anders. Suchen Sie ihn in den Berichten über die Parlamentsverhandlungen. Sie finden ihn nur bei der Etatsberathung und da hat er keine Zeit gehabt, den Etat zu studiren. (Sehr wahr!) Nun haben wir den Vorschlag gemacht — wir wollten es im Fraktionskreise besprochen wissen —, es solle Liebknecht unter Belassung eines Jahresgehalts die Mitarbeiterschaft am „Vorwärts" gesichert sein und wir sollen uns dann bestreben, einen Mann zu finden, der den „Vorwärts" nach dem Muster der „Leipziger Volkszeitung" gestaltet, nach Eintheilung, Ausstattung und Eingehen auf die unentbehrlichsten Fragen. (Beifall und Widerspruch.) Jetzt schöpfen die Genossen aus der „Leipziger Volkszeitung" ihre Nahrung. (Widerspruch.) Aus Fischer's Worten klang ja heraus: So lange Liebknecht an dieser Stelle ist, ändert sich am „Vorwärts" nichts; ist es nicht so? (Lebhafte Zustimmung.) Dann ziehen Sie auch die Konsequenzen daraus. Bezüglich der „Neuen Welt" bitte ich Sie dringend, an ihr nichts zu ändern, weder nach Inhalt noch nach der Seitenzahl. Wir in Magdeburg sind mit ihr zufrieden. Die besprochenen Mängel wird Steiger ja abstellen. (Beifall.)

Bebel: Ich hatte nicht die Absicht, zur „Vorwärts"-Frage zu sprechen. Ich bedauere lebhaft, daß diese Verhältnisse hier besprochen werden. Ich würde auch trotzdem darauf nicht eingegangen sein, wenn Liebknecht selbst nicht auch Dinge mitgetheilt hätte, von denen ich annahm, daß sie vorläufig im internen Kreise bleiben sollten, und wenn nicht die Erörterung von ihm in einer Weise geführt wäre, die mich zwingt, im Namen derjenigen, die damals den Verhandlungen beiwohnten, eine kurze Erklärung abzugeben, weil unser Schweigen zu auffällig wäre.

Liebknecht hat den Beschluß, daß, wenn in solchen Fällen, wo künftig eine Stellungnahme des „Vorwärts" in Fragen, die die gesammte Partei bewegen, nothwendig sein sollte, innerhalb der Redaktion Meinungsverschiedenheiten bestehen, die Mehrheit der Redaktion entscheiden solle, welche Stellung einzunehmen sei, einen einfachen Unsinn genannt, obgleich der Beschluß mit seiner Zustimmung einstimmig gefaßt worden ist. (Hört! hört!) Wir alle wußten, daß jener Beschluß nicht das Ei des Kolumbus ist, er war nur ein Ausweg, um aus einer langjährigen Nothlage herauszukommen, wir hatten uns in einer großen Masse von Konferenzen, in unerquicklichen Verhandlungen mit der Sache beschäftigt; wir haben Liebknecht nicht überzeugt, Liebknecht hat uns nicht überzeugt. Wir stehen uns noch heute gegenüber, wie bereits seit Jahren, und es ist ein Verhältniß, das für uns alle, für ihn zweifellos ebenso wie für uns, so geworden ist, daß wir froh sind, wenn wir überhaupt nicht über diese Dinge zu sprechen haben. Ob es gelingen wird, in der Preßkonferenz, wie er angedeutet hat, einen gemeinsamen Boden zu finden, weiß ich nicht. Ich bin nicht gewillt, dieses für mich unerquickliche Thema weiter zu erörtern.

Dann muß ich noch auf eine zweite Bemerkung von ihm kommen. Als er neulich bei den Angriffen auf die „Sächsische Arbeiterzeitung" erklärte, er habe bei der Auseinandersetzung zwischen Vollmar und mir vor zwei Jahren keine Stellung nehmen wollen, weil es zu einer Spaltung der Partei geführt haben würde, habe ich nicht geantwortet, so nahe es auch mir gelegen hätte. Ich habe mich privatim mit ihm auseinandergesetzt. Nachdem er aber heute wieder erklärte, daß diese seine Nichtparteinahme — die beiläufig bemerkt, doch eine Parteinahme war — stattgefunden habe, um die Partei aufrecht zu erhalten, muß ich erklären: Das hat weder Liebknecht noch irgend ein anderer Genosse in der Partei nothwendig gehabt.

Parteigenossen! Ich habe die felsenfeste Ueberzeugung, daß es keinen Mann in der Partei giebt, er möge noch so mächtig und angesehen sein, ob er Liebknecht, ob er Singer, ob er Auer, ob er Vollmar oder Bebel heißt, der im Stande wäre, die Partei auseinanderzureißen. (Stürmischer Beifall.) Derjenige, der sich beikommen ließe, den Versuch zu machen, der wäre der erste, der aus der Partei herausfliegt. (Anhaltender Beifall.) Die Partei ist so in sich gefestigt, es ist bis auf den letzten Mann in unseren Reihen das Bewußtsein von der Nothwendigkeit treuen Zusammenhaltens ein so bedeutendes, so für nothwendig erkannt, daß da niemand auch nur denken kann, einen anderen Geist in die Partei hineinzubringen. (Lebhafter Beifall.) Ich setze hinzu: daran denkt auch Niemand. Damit verlasse ich dieses Thema.

Ich bitte Sie zunächst den Antrag 34, den Scheidemann befürwortete, als unausführbar und den Antrag 74, weil er etwas Selbstverständliches enthält, abzulehnen. Ferner ebenfalls abzulehnen den Antrag Schoning, der auf eine Ehren- und Rechtfertigungserklärung für Quarck hinausläuft. Ich habe dem ganzen Streit in der Presse zur gewerkschaftlichen Bewegung fern gestanden. Quarck kann mir keine Animosität gegen ihn vorwerfen. Er war im vorigen Jahre mit mir zusammen in der Agrarkommission, wo ich an seiner Seite die Schläge mit bekommen habe. (Heiterkeit.) Sie haben ihn deshalb vielleicht weniger geschmerzt, weil getheilter Schmerz halber Schmerz ist. Hier aber muß ich erklären, daß er gar keinen Grund zu solchen Rekriminationen hat, wie er sie gemacht hat. Wenn wir solche Erörterungen auf dem Parteitage machen wollen, können wir die ganze Woche damit zubringen und würden nicht fertig werden. (Sehr wahr!) Ich habe die Artikel mit großer Sorgfalt mehrmals gelesen und muß erklären, daß der erste Artikel, den die Redaktion des „Vorwärts" einleitet mit den Worten: „Man schreibt uns", Quarck nicht die mindeste Veranlassung hat geben können, sich verletzt zu fühlen. Wenn einer dazu Grund gegeben hat, war es Niemand anders als Quarck selbst. (Sehr wahr!) Aber wie steht es mit dem Antrage? Wissen die 20 Delegirten, was sie unterschrieben haben? Nicht nur eine persönliche Ehrenerklärung wird da für Quarck verlangt, sondern zugleich die Erwartung ausgesprochen, daß seiner sachlichen Stellungnahme in der Gewerkschaftsbewegung die Zustimmung ertheilt wird! Der Parteitag thut am besten, wenn er den hier gestellten Antrag einfach ablehnt.

Was die Erörterungen über die „Neue Welt" betrifft, so ist der unter Punkt 3 im Antrag 44 ausgesprochene Wunsch, daß die Redaktion sich am Druckort des Blattes befinden soll, durchaus berechtigt und erklärlich. Es wundert mich aber, daß Genosse Bérard diesen Antrag veranlaßt hat, denn er weiß ganz genau, daß von den vier Redakteuren, die die „Neue Welt" in den letzten fünf Jahren gehabt hat, drei nicht geneigt waren, nach Hamburg zu gehen und daß der eine, den wir mit Mühe und Noth nach Hamburg gebracht haben, es nicht als das größte Unglück seines Lebens betrachtete, daß er wieder nach Berlin kam. Bei einem politischen Blatt muß der Redakteur am Orte wohnen, bei einem Unterhaltungsblatt wie die „Neue Welt" ist es vielleicht

wünschenswerth, aber nicht nothwendig. Genosse Steiger ist auch nicht geneigt, nach Hamburg zu gehen und seine Beziehungen zu Leipzig aufzugeben, sondern er würde es dann vorziehen, die Redaktion niederzulegen. In eine ähnliche Lage würden wir auch mit anderen Genossen kommen. Lehnen wir deshalb diesen Punkt ab. Es wird weiter beantragt, den Umfang des Blattes auf acht Seiten zu reduziren. Bedenken Sie aber, wie lebhaft früher darüber Klage geführt wurde, daß das Blatt nur acht Seiten hat und deshalb zu wenig bot. (Sehr richtig.) Daß das Defizit sehr groß ist, ist richtig, aber als wir im Vorjahre Steiger zur Annahme der Redaktion bewogen und den Umfang auf zwölf Seiten erweiterten und auch Bérard und Bading als Sachverständige zuzogen, damit wir ein vergrößertes und gutes Unterhaltungsblatt bekommen, hat man uns ein Defizit von mindestens 25 000 Mk. sofort herausgerechnet. Wir haben uns aber gesagt, das schadet nichts, wird das Blatt gut, so ist es das Defizit werth. Wenn das Defizit jetzt etwa 48 000 Mk. beträgt, so kommt das daher, daß wir nicht an den Abonnentenzuwachs dachten, denn von den 40 000 neuen Abonnenten, die wir fanden, kostet jedes neue Tausend 4 Mk. Das Defizit ist aber zum Theil nur ein rechnerisches (Sehr richtig!), denn die 7 bis 8000 Mk. Profite der Druckerei fließen ja wieder in dieselbe Kasse zurück, und um diese Summe reduzirt sich das Defizit. Da aber nach meiner Meinung das Defizit nicht mehr als 25 bis 30 000 Mk. betragen darf, habe ich folgenden Antrag gestellt:

> Der Parteitag wolle den Antrag 44 ablehnen und beschließen, die Parteileitung zu beauftragen, zu untersuchen, durch welche Maßnahmen das Defizit der „Neuen Welt" auf ungefähr 25 000 Mk. herabgebracht werden kann.

Ich habe mich in den letzten Wochen mehrfach mit Sachverständigen unterhalten und glaube, daß es möglich ist, dem Antrage gerecht zu werden, sei es, daß wir das Format des Blattes vergrößern, sei es, daß wir die besseren technischen Einrichtungen uns nutzbar machen. (Sehr richtig.) In bürgerlichen Unternehmungen sind heute Illustrations-Rotationsmaschinen in Thätigkeit, die zwar eine enorme Summe kosten, die uns aber in wenigen Jahren das Defizit vom Halse schaffen. Nehmen Sie meinen Antrag an, damit die neue Parteileitung der Frage näher treten kann! Ueber den Inhalt und die Haltung der Redaktion der „Neuen Welt" brauche ich nur wenig zu sagen. Ich erkläre rund heraus, daß ich die „Neue Welt" unter der Redaktion Steiger's ihrem Inhalt und ihrer Haltung nach für eine bedeutende Verbesserung halte. (Sehr richtig.) Freilich hätte Steiger gut daran gethan, mit größerer Energie seinen Rothstift zu benutzen. Ich will hier nicht auf die „Mutter Bertha", auf dieses arme Weib zurückkommen. Wenn sie nicht gestorben wäre, so wäre sie heute sicher todt geredet worden. (Heiterkeit.) Aber gewisse Stellen konnten ganz gut ohne Gefahr für den übrigen Inhalt gestrichen werden. Die Debatte hat für Steiger das eine Gute gehabt, daß er jetzt weiß, woran er ist, daß er das hier Gehörte sich zu Herzen nehmen und in Zukunft uns ein Blatt liefern wird, mit dem die Partei mehr als bisher zufrieden sein kann. Darin, daß das Blatt wesentlich besser geworden ist, stimmt auch Genosse Ruegg, der Redakteur der „Züricher Post", mit mir überein, der doch gewiß eine urtheilsfähige Person ist. Andererseits habe ich am allerwenigsten, und mit mir die gesammte Parteileitung verkannt, daß Steiger mit seinen neuen Ideen einen schweren Stand in der Partei haben wird. Ich habe ihm das oft gesagt und ihm einigemale den Rath gegeben, nicht zu stürmisch vorzugehen, sondern daran zu denken, daß wir in der Partei Elemente haben, die politisch und ökonomisch auf dem radikalsten Standpunkte stehen, daß es aber bei uns auch Leute giebt, die in Bezug auf Literatur und Kunst

durchaus konservativ sind (sehr richtig), die durch das Fernhalten von jedem geistigen Genuß an Genüsse gewöhnt sind, die himmelweit von dem Ideal Steiger's entfernt sind.

Es wird darauf hingewiesen, daß auch Kinder die „Neue Welt" zu lesen bekommen; ja, wenn die „Neue Welt" vorzugsweise für Kinder redigirt werden soll (Widerspruch), so gründe man doch ein Kinder-Unterhaltungsblatt. Auch ich freue mich, wenn die Kinder eine gute Lektüre haben, aber, seien Sie sich doch darüber klar, daß wir uns auch auf dem Gebiete der Kunst und Literatur heute in einer großen umstürzlerischen Bewegung befinden, in einer Bewegung, wo das Neue mit dem Alten kämpft. Eine Partei, wie die unserige, die reformirend in alle Gebiete eingreift, kann doch nicht auf dem Gebiet der Kunst und Literatur einen Standpunkt vertreten, der nach und nach als ein veralteter angesehen wird. (Sehr wahr!) Die meisten von uns, ich selbst nicht ausgenommen, sind infolge ihrer Thätigkeit garnicht in der Lage, sich um die Entwickelung auf künstlerischem und literarischem Gebiete zu kümmern. Ich habe Illustrationen in der „Neuen Welt" gefunden, die zweifelsohne bei Vielen Anstoß finden, über die ich mich aber herzlich gefreut habe. Liebknecht hat auf Homer hingewiesen und auf die Schilderung der bekannten Liebesscene zwischen Juno und Jupiter. Nun die Schilderung jener Scene durch Homer ist doch etwas realistischer als Liebknecht sie hier dargestellt hat. (Sehr richtig.) Andererseits sollen wir uns doch daran erinnern, daß unsere Bourgeois-Söhne auf Gymnasien den Aristophanes, den Lucian, den Ovid u. s. w. zu lesen bekommen, in deren Werken sich Stellen finden, an die die anstößigen Stellen der „Neuen Welt" nicht entfernt heranreichen, in deren Werken sich in Bezug auf das geschlechtliche und sexuelle Leben Schilderungen finden, die weit das übertreffen, was man sonst in Deutschland zu sagen oder zu drucken wagt. Diese Literatur wird anstandslos unter den Gymnasiasten verbreitet, aber für den Arbeiter soll das sittlich gefährlich sein. Wir haben gar nicht nöthig, auf das Alterthum zurückzugehen. Auch bei Heine finden sich Stellen, die man Kindern nicht anstandslos in die Hände giebt. (Sehr richtig!) Eine ganze Reihe von Familienvätern sehen sich auch erst den Inhalt des „Süddeutschen Postillon" und des „Wahren Jacob" genau an, bevor sie die Blätter ihren Kindern in die Hand geben. Ich fasse meine Ausführungen dahin zusammen, daß wir, da eine Aenderung nothwendig ist und Steiger sich bereit erklärt hat, sein Bestes einzusetzen, über die ganze Streitfrage am besten hinwegkommen, wenn Sie den von mir formulirten Antrag möglichst einstimmig annehmen. (Beifall.)

Der inzwischen eingereichte Antrag Bebel wird, da er die nöthige Unterstützung findet, mit zur Debatte gestellt.

Auer: Zunächst ein paar Bemerkungen über den „Vorwärts". Ich hätte mich nicht geäußert, wenn nicht Liebknecht mit einer gewissen Nonchalance erklärt hätte, er höre die Klagen über die Presse schon seit 25 Jahren und mache sich nicht viel daraus. Daß die Klagen seit 25 Jahren gehen, und im internen Kreise noch heftiger wie draußen, das stimmt, aber eine Diskussion über diesen Gegenstand, wie diesmal haben wir doch noch nie gehabt, und das zeigt mir, daß ein Krug doch so lange zum Brunnen gegangen ist, bis er zu zerbrechen droht. Nicht Liebknecht soll anders werden, das will keiner von uns; aber keiner kann alles leisten und sei er noch so leistungsfähig. Liebknecht muß auf die Freundesworte hören und dem Wunsche des Parteitages Rechnung tragen. Dann werden die fünfundzwanzigjährigen Klagen auf einmal verstummen.

Nun zu der Angelegenheit des Genossen Quarck. Ich habe eine Erklärung abzugeben: Der Verfasser der ersten Artikel im „Vorwärts" in dieser Angelegenheit ist bisher nicht genannt worden, man hat ihm deswegen in der

Presse und hier sogar Feigheit und ähnliche Dinge vorgeworfen. Ich kann Ihnen jetzt den Verfasser dieser Artikel vorstellen: Ich bin es gewesen. (Heiterkeit. Rufe: Wußten wir schon.) Sie wußten es also und auch Genosse Quarck war von Anfang an darüber unterrichtet. (Quarck: Keine Spur!) Ja offiziell wußten Sie nichts. (Große Heiterkeit.) Aber inoffiziell war es Ihnen kein Geheimniß, daß ich der Verfasser war. Trotzdem hat sich Genosse Quarck hingestellt und hat gerufen: Heraus mit dem Buschklepper, der es wagt, mich, den Dr. Maximus Quarck, anzugreifen. (Stürmische Heiterkeit.) Nun, ich kann dem Genossen Quarck versichern, daß ich keine Angst vor ihm empfinde: Vor Ihnen fürchte ich mich noch lange nicht. Sie aber wollten die Angelegenheit auf das persönliche Gebiet schleppen, nachdem Sie in sachlicher Hinsicht in der Partei nur auf Ablehnung stießen, deshalb Ihr immer wiederkehrendes Verlangen, daß ich mich als Verfasser der Artikel bekennen sollte. Sie wollten, daß der ganze Quark des Streites mit den Gewerkschaften durch die Nennung meines Namens wieder aufgerührt würde. (Rufe: oh! sehr richtig!) Ich aber wollte eine rein sachliche Diskussion haben. Und ich bin sofort aus ihr ausgeschieden, sobald das persönliche Moment hineinkam. In meinem ersten Artikel war nichts Persönliches enthalten. Wie sehr es Quarck darum zu thun war, einen persönlichen Streit vom Zaune zu brechen, geht schon daraus hervor, daß er sich sogar in seiner Erwiderung über die Ueberschrift meines Artikels „Ein neues Gewerkschafts-Programm" aufregte. Das Wort war bis dahin unbeanstandet von ihm durch die Parteipresse gegangen. Er unterstellt mir in seiner Antwort: „Ich debattire nicht loyal." Ich rege mich über den Vorwurf nicht auf, vermisse aber durchaus den Nachweis, daß der Vorwurf mit Recht erhoben wird. Zugeben muß ich nur, daß ich in meinem zweiten Artikel auch schärfere Töne anschlug. Persönliche Spitzen gegen Quarck aber waren nicht darin, dagegen hat Quarck uns direkt vorgeworfen, wir leisteten Jedem Widerstand, der versuche, der gewerkschaftlichen Thätigkeit erweiterte Gebiete zu erschließen. Gegen eine solche durchaus unbegründete Unterstellung habe ich das volle Recht, mich zu wehren. Was kann man der Leitung der politischen Partei schlimmeres vorwerfen, als Quarck gethan hat, nämlich daß sie die Gewerkschaften durch ihre Politik entweder ins konservative oder ins anarchistische Lager treibt. Das mußte ich zurückweisen, und da ruft Quarck, er werde verfolgt und verlangt Genugthuung. Ich bin persönlich längst bereit, ihm Genugthuung zu gewähren. Nur für den ersten und zweiten Artikel komme ich auf. Was nachher geschehen ist, ist ohne mein Zuthun geschehen, aber auch dazu muß ich sagen, daß Quarck hier wieder seiner alten Neigung gefolgt ist und in der Polemik die Dinge anders dargestellt hat, als sie thatsächlich liegen. In dem Redaktionsartikel steht nicht, daß Quarck zu einer Schicht bürgerlicher Sozialpolitiker gehört, sondern daß er aus dieser Schicht hervorgegangen ist. Das ist doch ein großer Unterschied. Genosse Quarck ist furchtbar empfindlich und ich muß gestehen, nichts ist mir langweiliger und abgeschmackter als ein weinerlicher Gegner. (Heiterkeit und Beifall.) Ich brauche einen Kerl, der sich tüchtig mit mir herumschlägt, dann stelle ich meinen Mann. (Heiterkeit und Beifall.) Genugthuung will ich Genossen Quarck gerne geben. Ich schlage deshalb ein Schiedsgericht vor und verzichte meinerseits darauf, die Hälfte der Schiedsrichter zu ernennen. Quarck soll sie alle stellen. Ich bin überzeugt, daß sie mir trotzdem recht geben werden. (Beifall.)

Im weiteren erklärt sich Redner gegen den Antrag aus Iserlohn (34), weil er nicht durchführbar ist, weil der Nürnberger Trichter fehlt, mit dem den Genossen das Verlangte eingetrichtert werden soll. — Der Antrag 45 ist überflüssig. Wenn es nothwendig ist, Berichte über Parlamentsverhandlungen zusammen zu stellen und zum Selbstkostenpreise abzugeben, geschieht es schon heute.

Der Antrag der Karlsruher Genossen, daß die Partei die Verpflichtung der Erhaltung eines täglichen Parteiblattes in Karlsruhe übernehmen soll, muß abgelehnt werden. Denn was für Karlsruhe recht wäre, müßte für ein Dutzend anderer Städte billig sein. Nicht die Bedürfnißfrage muß in den Vordergrund gestellt werden, sondern die Geldfrage. Die Partei lebt in den letzten Jahren in der Hauptsache von den Ueberschüssen des „Vorwärts" und des „Echo" und den Parteibeiträgen der Genossen der großen Städte. Den Berlinern wäre es auch lieber, wenn sie zehn Pfennige monatlich für das Blatt weniger zu zahlen hätten. (Sehr richtig.) Aber aus diesen zehn Pfennigen setzt sich der ganze Ueberschuß zusammen. Aehnlich liegt es in Hamburg. Den badischen Genossen aber sage ich zum Schluß: Die Süddeutschen sollten sich doch nicht von den Preußen ein Blatt zahlen lassen! (Große Heiterkeit und Beifall.)

Dr. Quarck: Meine Beschwerde von gestern hat ja theilweise Erfolg gehabt. Was ich vorgebracht habe, geschah nicht aus der Lust am persönlichen Zank, sondern aus sachlichen Gründen und im Partei-Interesse. Witzchen, die sich auf meinen Namen beziehen, sind Zeugnisse großer Geistesarmuth. Im Interesse der Genossen, die solche Witze lieben, sollte man wünschen, daß auf den Parteitagen viele Genossen mit dem Namen Ochsenkopf erscheinen, damit sich ihr Witz an solchen Namen üben kann. Timm hat gesagt, ein Arbeiter würde ausgelacht werden, wenn er mit solchen Beschwerden wie ich vor den Parteitag tritt. Ich glaube das nicht. Ich meine, daß mit solchen Aeußerungen ein bischen Demagogenthum hier getrieben wird. Ich nehme für mich selbstverständlich kein anderes Recht, als es für den Arbeiter auch gilt, in Anspruch. Auch die Zweifel an meiner Erklärung, daß Genosse Sydow die Frankfurter Artikel verfaßt hat, finde ich charakteristisch. Man sucht niemanden hinterm Busch, hinter den man nicht selbst gesteckt hat.

Nun zu Auer. Er hat sich als das unschuldige Lämmlein hingestellt, das kein Wässerchen trüben kann. Ich soll den persönlichen Ton hineingetragen haben, aber weder er noch gestern Genosse Schmidt haben aus meinen Artikeln persönliche Stellen trotz allen Suchens mittheilen können. In Wahrheit liegt die Sache so, daß der „Vorwärts" zuerst gar keine Notiz von meinen Vorschlägen nahm und dann Auer gegen dieselben polemisiren ließ, ohne daß die Leser meine Vorschläge hätten kennen lernen können. Ich habe mich auch nicht aufgeregt, wie Genosse Auer meint, sondern lediglich festgestellt, daß mir mehr als persönliche Beziehungen zu bürgerlichen Reformen vorgeworfen wurden. Den Beweis dafür ist mir Auer schuldig geblieben. Er hat erklärt, daß die Beschuldigung nicht von ihm stamme. Diese Feststellung genügt mir. Ich habe ferner festgestellt, daß mir vorgeworfen wurde, ich verbreite fortgesetzt falsche Darstellungen über das Verhältniß der politischen Partei zu den Gewerkschaften. Hier hat Auer den Nachweis durch ein Zitat versucht, hat es aber gerade an der Stelle abgebrochen, wo ich ausdrücklich sage, daß ich die besten Absichten bei ihm voraussetze.

Genosse Schmidt in Magdeburg hat seinen Vorwurf des Geldes zurückgenommen. Das genügt mir und ich danke ihm dafür. In der Agrarkommission habe ich bezüglich der Sache nichts anderes mitgetheilt als in der Berichtigung an Schmidt in Magdeburg in der dortigen „Volksstimme". Es ist unwahr, daß ich im „Vorwärts" und im „Sozialpolitischen Zentralblatt" die Thätigkeit der Reichskommission für Arbeiterstatistik verschieden beurtheilt habe. Schmidt soll die Artikel anführen, er kann es aber nicht. Der Sozialpolitiker, auf den er sich berief, hat mir brieflich mitgetheilt, daß er die ihm zugeschriebene Aeußerung über die Sache niemals gethan habe, und mich ersucht, den Mann an ihn zu weisen, der den Klatsch verbreitet hat. Ich thue dies hiermit. Die Gewerkschaftsfrage an und für sich ist ja wohl erledigt, ich will nur noch Bebel gegenüber bemerken, daß ich auf diesem Standpunkt schon länger

stehe, daß ich der süddeutsche Mitarbeiter war, der schon nach dem Kölner Parteitag mit ihm über die Frage polemisirt hat. Ich bin immer offen mit meiner Meinung hervorgetreten und habe mich mit Bebel friedlich auseinandergesetzt. Damals ist es nicht zu einem Krawall gekommen.

Was die Handlungsgehilfen-Frage betrifft, so arbeiten die Berliner Genossen gegen mich mit Schimpfworten, die aller Beschreibung spotten. Obgleich die ganze Angelegenheit bereits in der Agrarkommission ihre Erledigung gefunden hat, scheuen sich die Berliner Genossen nicht, die Sache nochmals anzuschneiden, um mir wieder eins anzuhängen. Genosse Schmidt hat gestern einen Artikel von mir aus der „Kaufmännischen Presse" verlesen, er hat aber — ein Beweis für die Loyalität, mit der er kämpft — verschwiegen, daß ich in der nächsten Nummer erklärt habe, daß der Artikel gegen meinen Willen, während ich verreist war, hineingekommen ist (hört! hört!) und daß ich die Sozialdemokratie niemals angegriffen, sondern mich auf rein gewerkschaftlichem Boden bewegt habe. Das verschweigen die Berliner Genossen, obgleich sie es ganz genau wissen. Was ist das für eine Art der Polemik. Wenn sich die kaufmännische Presse gegen die Bezeichnung als sozialdemokratisches Organ gewehrt hat, so hat sie damit nichts anderes gethan, als was alle unsere gewerkschaftlichen Blätter im gleichen Falle auch gethan haben. Ich habe mich in der gewerkschaftlichen Bewegung der Kaufleute seit 8 Jahren mühsam durchgekämpft, ich habe in den alten kaufmännischen Vereinen gewirkt, solange ich konnte. Als die Leute sahen, daß ich dort die Gemüther revolutionirte — denn zu diesem Zweck war ich da — sagten sie einfach: Wir wollen den Verein, bei dem Du bist, nicht mehr im Bunde haben. Das war es ja, was ich wollte, denn heute sind die kaufmännischen Vereine vor eine Reihe von Agitationsaufgaben gestellt, die sie nicht mehr zurückweisen können. Jetzt haben wir in Frankfurt a. M. einen Verein, der auf dem Boden des Klassenkampfes steht Das wäre nicht möglich, wenn nicht die Kämpfe vorher stattgefunden hätten. Der Handlungsgehilfenkongreß steht mit seinem Beschluß, daß die Handlungsgehilfenvereine politisch sein müßten, ganz vereinzelt da. Die Vereine in Hamburg, Frankfurt, Stuttgart, Nürnberg, Fürth, München und Chemnitz sind im Gegentheil darüber einig, daß auf gewerkschaftlichem Boden gekämpft werden muß.

Singer: Ich habe dem Redner einen sehr weiten Spielraum gelassen zur Erörterung der gegen ihn gerichteten persönlichen Angriffe. Ich kann aber nicht zugeben, daß er in diesem Augenblicke die Diskussion über die Handelsangestellten in Berlin und die sonstigen kaufmännischen Vereine führt. Das gehört nicht hierher.

Quarck: Die Gewerkschaftskommission in Berlin habe ich beim Handlungsgehilfen-Kongreß in Berlin nur darauf hingewiesen, daß sie die Vorarbeiten für den Gewerkschaftskongreß abgelehnt habe und daß man deshalb in Berlin uns Frankfurtern nicht Mangel an Solidarität vorwerfen solle.

Zum Schluß die verkrachten Existenzen. Ich muß diese Aeußerung einfach als eine Ungezogenheit gegen Genossen bezeichnen, die sich selbst richtet. Ich bin aus der bürgerlichen Klasse zur Sozialdemokratie gegangen, weil mich die Logik der Thatsachen dazu zwang, und nicht weil ich dort keine Stellung gehabt hätte. Ich konnte sie lohnender haben als bei der Sozialdemokratie, habe aber trotzdem niemals nach einer Parteistellung verlangt und fühle mich als unabhängiger Schriftsteller, indem ich meine Pflicht für die Partei thue, außerordentlich wohl.

Ein Redner hat gesagt, ich würde aus der Debatte gelernt haben. Ich denke, umgekehrt trifft es ebenfalls zu, und man wird von jetzt ab persönliche Stänkereien unterlassen, die den Genossen im Lande nur ein schlechtes Beispiel geben können. Den Schiedsgerichtsvorschlag Auers nehme ich an; auch ich verzichte auf Vorschläge und wünsche, daß der Parteitag die Schiedsrichter ernenne.

Singer theilt mit, daß der Antrag Scheuing in Sachen Quarck zurückgezogen ist.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt, um Liebknecht noch zum Wort zu lassen.

Bunte wiederholt seine Vorwürfe in der Dortmunder Preß-Angelegenheit gegenüber der Parteileitung. Die Dortmunder protestiren gegen ihre Behandlung als unmündige Kinder, sie lassen sich nicht an der Nase herumführen.

Liebknecht: Ehe ich auf den „Vorwärts" eingehe, habe ich im Auftrag der Hamburger Genossen zu erklären, daß sie den Zweck ihrer Anträge durch den Verlauf der Debatte für vollständig erreicht halten. Es ist ihnen nicht eingefallen, in Bezug auf die Kunst einen spießbürgerlichen, mit unseren freiheitlichen Ideen im Widerspruch stehenden Standpunkt einnehmen, oder gar einer Zensur das Wort reden zu wollen, sondern sie haben sich nur gegen das gewendet, was Steiger selbst als Auswüchse anerkannt hat. Sie ziehen also ihre Anträge zurück.

Sodann habe ich zunächst sachlich einiges zu berichtigen. Es ist gesagt worden, ich hätte erklärt, daß ich alle Vorwürfe in den Wind schlüge; das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, daß ich mich an solche Angriffe so gewöhnt habe, daß sie mir, namentlich so weit sie stereotypisch sind, nicht wehe thun; und ich habe ausdrücklich die Hoffnung hinzugefügt, daß es in den bevorstehenden Preßkonferenzen — auf dem Parteitage ist das nicht möglich — gelingen werde, eine Vereinbarung oder Regelung zu erzielen, welche die Ursache der Uebelstände beseitigt.

Dann ist von Fischer erklärt worden, ich sei sechs Monate im Jahre abwesend. Ich bin in diesem Jahre länger abwesend gewesen als in einem anderen Jahr, und das war im ganzen 11 Wochen, also nicht ein Vierteljahr, und das war die Folge meiner Agitations-Reise nach England, die ich im Frühjahr unternehmen mußte, weil ich wegen meiner Verurtheilung in Breslau glaubte, zur Zeit des Londoner Internationalen Kongresses würde ich im Gefängniß sein. Auf diese Weise habe ich 5 Wochen allerdings verloren. Ich glaubte aber, daß sie der Partei sehr nützlich gewesen sind. (Beifall.) Die übrige Zeit habe ich auf dem Kongresse zugebracht auf Verlangen der Partei und meine Ferienwochen benutzt, um $1^1/_2$ Dutzend Volksversammlungen abzuhalten und wohlgemerkt, dabei habe ich noch regelmäßig für den „Vorwärts" gearbeitet. Zu meiner Erholung habe ich nur 3 bis 4 Tage gehabt, die ich hier in Gotha verlebte. Diesen ganz unberechtigten Angriff muß ich entschieden zurückweisen.

Ferner ist es gewissermaßen als eine Art Vertrauensbruch bezeichnet worden, daß ich jenes Beschlusses einer in Berlin abgehaltenen Redaktions- und Parteileitungs-Konferenz erwähnte. Da aber ein Antrag in gleicher Richtung hier vorlag, war die Erwähnung des Beschlusses selbstverständlich — und zum Verschweigen gar kein Grund. Ja, wir haben eine Einigung in dieser Richtung getroffen. Wenn ich gegen diese Art und Weise der redaktionellen Stellungnahme mich hierbei ausgesprochen habe, und man das in Widerspruch damit brachte, daß ich in der Berliner Konferenz dafür gestimmt habe, so muß ich bemerken: ich habe dafür gestimmt, nachdem festgestellt worden, der Minorität müßte man selbstverständlich gerecht werden. Die Sache kommt ja dann vollständig auf meinen früheren Standpunkt hinaus. Ob im Fall einer Meinungsverschiedenheit die Mehrheit sich Redaktion nennt und die Minderheit Stellung gegen die „Redaktion" nimmt, oder ob die Mitglieder der Mehrheit individuell hervortreten wie die der Minderheit, das ist im Wesen ganz einerlei, mindestens aber meines Erachtens viel besser in der Form. Des Weiteren ist gesagt worden, ich hätte eine Individualität, gegenüber welcher ein anderer nicht aufkommen kann. Es ist doch merkwürdig, daß diese Individualität in mir erst entdeckt ist, seitdem ich in Berlin bin. Ich bin 25 Jahre in Leipzig gewesen.

Dort ist aber in mir eine despotische Natur, ein diktatorischer Geist von Niemand entdeckt worden. Durch mich ist Niemand aus dem „Vorwärts" hinausgebissen worden. Ich habe mich im Gegentheil stets bemüht, Kräfte heranzuziehen und jeder Persönlichkeit den freiesten Spielraum zu lassen. Wer mich kennt, wird zugeben, daß diese unerquicklichen Dinge nicht in meiner Persönlichkeit liegen, sondern daß es sich um ein Verhältniß und um Verhältnisse handelt, die abzuändern ich allein nicht in der Lage bin. Es liegt nicht in meiner Macht, Konflikte, die aus dem Charakter des „Vorwärts" als offizielles Partei-Organ und gleichzeitig als Berliner Lokalorgan entstehen müssen, zu vermeiden. Wäre ich Redakteur eines Lokalblattes wie der „Leipziger Volkszeitung", so wäre ich in der Wahl meiner Mitarbeiter vollkommen frei und die Einheitlichkeit der Redaktion ergäbe sich von selbst. Hätte ich dies Recht, ja Parteigenossen, dann würde ich sehr bald Ordnung gemacht haben. Aber ich bin nicht der freie Herr. Ich werfe auf Niemand die Schuld. Sie liegt einfach in den jetzigen Verhältnissen. Jedenfalls aber liegt sie nicht in meiner Person. Ich bin bereit zu jeder Konzession. Ich bin bereit, alles zu thun, was diese Reibungen unmöglich macht. Aber in den jetzigen Verhältnissen wird es nicht möglich sein. Es sind aber andere Arrangements zu treffen und darüber werden wir später das Nähere verhandeln. In gewisser Beziehung bin ich allerdings, zwar nicht diktatorisch aber hartköpfig. Ich opfere nicht meine Ueberzeugungen. Ich bin in manchen Fragen anderer Ansicht als andere, und da gebe ich allerdings nicht nach. Und ich meine, die Partei hat, als sie mir diese Stelle gab, auch erwartet, daß ich mir die nothwendige Unabhängigkeit wahren werde. Ich würde es für ein großes Unglück halten, wenn der „Vorwärts" ein sozialdemokratisches Reptilblatt wäre. Ich habe seiner Zeit ein offiziöses Regierungsblatt verlassen, ich würde auch keinen Augenblick in einem offiziösen Partei-Regierungsblatt verbleiben. Denn ich kann blos da sein, wo ich vollständig meiner Ueberzeugung folgen kann. Genosse Schmidt-Magdeburg sagt, ich solle fortgehen, und will so gnädig sein, mich auf mein Altentheil zu setzen. (Heiterkeit.) Ja, so alt fühle ich mich noch nicht und ich glaube immer noch so gut wie Einer arbeiten zu können. (Lebhafter Beifall.) Geben Sie mir Arbeit, welche es auch sei. Sorgen Sie nur, daß ich sie freudigen Herzens erledigen kann, und ich werde sie gern thun. (Beifall.) Finde ich Jemanden, der meine Stelle besser ausfüllen kann, findet sich eine jüngere Kraft, so werde ich nicht im Wege stehen, und hätte ich eine bessere Kraft gefunden, sie wäre längst an meiner Stelle und ich würde ohne Nachtheil für meine Familienverhältnisse einen anderen Wirkungskreis, selbstverständlich auch im Dienste der Partei, gesucht haben. (Beifall.)

Dann hat Schmidt gemeint, auch meine parlamentarische Thätigkeit tauge nichts. Ich studirte nicht den Etat. Nun, Genosse Schmidt ist in diesem Saal und außerhalb desselben der letzte, dem ich ein kompetentes Urtheil in solchen Dingen zutraue. (Lebhafte Zustimmung.) Durch diese Aeußerung beweist er nur seine persönliche Animosität. Er hat es nicht vergessen, daß ich nach dem Breslauer Parteitag nicht in die von ihm geforderte Hetze gegen die bayerische Landtagsfraktion einstimmen wollte, sondern ihm seinen Unteroffizierston verwies. Und gut war es, daß man die bayerischen Genossen nicht so behandelt hat, wie Schmidt es verlangte.

Und da komme ich zu einem anderen Punkte, von dem Bebel gesprochen hat. Er tadelt es, daß ich in einer Polemik, in die ich verwickelt wurde, gesagt habe, „wenn der „Vorwärts" nach dem Frankfurter Parteitag in der Agrarfrage scharfe Stellung genommen hätte, so wäre eine Spaltung möglich gewesen." Eine Spaltung in dem Sinne, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht mehr als Ganzes zusammen steht, halte auch ich selbstverständlich für undenkbar. Aber die Dinge hatten sich damals so zugespitzt, daß eine Anzahl

der einflußreichsten und hervorragendsten Genossen in Bayern aufs Aeußerste gereizt waren und daß eine vorübergehende Spaltung wahrscheinlich, ja gewiß gewesen wäre. (Zustimmung.) Doch das sind Ansichtssachen. Jedenfalls weiß ich, aus jener Zeit besteht noch heute hier und dort eine derartige Animosität, daß manche Genossen das alte freundschaftliche Verhältniß, das zwischen Genossen bestehen sollte, nicht wieder haben aufnehmen wollen. (Sehr wahr.) Und sicher ist, ich habe Niemand und kein Prinzip durch meine Haltung verletzt und der Partei genützt. Aber ich habe nicht „Stellung genommen". Ja „Stellung nehmen". Wie? Welche? Denken Sie doch nur an die Agrarfrage: der Frankfurter Parteitag nimmt eine Resolution an, die ich für schwächlich, für falsch gehalten habe. Ich hätte also gegen den Frankfurter Parteitag vorgehen müssen. Nun kommt ein Jahr später der Breslauer Parteitag und faßt eine umgekehrte Resolution, die ich ebensowenig billigen konnte wie vorher die Frankfurter. Soll ich auch gegen diese Stellung nehmen? Da hätte sich also der „Vorwärts" zweimal über den Parteitag, über das höchste Forum der Partei, stellen müssen! Wäre das der Partei zuträglich gewesen? An Belehrung der Leser hat der „Vorwärts" es nicht fehlen lassen. Ist denn die Diskussion nicht geführt worden? Haben wir nicht alle Gründe Für und Wider, alles was die Partei in der Agrarfrage geleistet hat, im „Vorwärts" zum Ausdruck gebracht?

Derjenige, der von den Parteigenossen annimmt, daß sie ein denkendes Volk sind, der ihnen in Streitfragen die verschiedenen Meinungen vorlegt und die Kritik überläßt, hat doch wahrhaftig eine bessere Meinung von ihnen als derjenige, der sagt, ein Individuum, heiße es nun Liebknecht, Bebel oder Auer, hat ihnen von oben herab seine Meinung zu diktiren. (Sehr wahr.)

Meine individuelle Stellungnahme bin ich jeden Augenblick bereit, der Partei vorzulegen, diese aber zur Sache des Partei-Organs zu machen, zu sagen, das allein ist gut und richtig, das geht nicht. Dann ist noch gesagt worden, der „Vorwärts" führe die Partei nicht, er überlasse das den Lokalblättern. Ich habe mir gedacht, daß es das höchste Prinzip einer demokratischen Regierung sei, daß sie mit dem Volke geht, daß sie die Strömungen im Volke kennen lernt und ihnen folgt. Dem entgegengesetzt ist der monarchistisch-zäsaristische Standpunkt, daß die Meinung und Richtung von oben diktirt wird. Unsere Organisation ist demokratisch, und da ist es nöthig, daß die Richtung aus der Masse heraus kommt. Wenn ich in meinem politischen Leben einen Gedanken konsequent und zäh durchgeführt habe, so ist es der, zu verhindern, daß ein Leithammelthum in der Partei aufkommt (lebhafter Beifall), denn das ist das Verderben jeder Partei. Und seltsamer Weise ist es mir wiederholt als Schwäche ausgelegt worden, daß ich in dieser Lebensfrage der Partei fest geblieben bin! Den Mann will ich sehen, der sich hinstellt und sagt: Ich habe in dieser oder jener Streitfrage die allein richtige Meinung. Sie sehen, daß ich hier nicht nach flüchtiger Laune, sondern von höheren Gesichtspunkten aus und nach Prinzip gehandelt habe.

Ich wiederhole: meine Person wird niemals ein Hinderniß sein. Es ist vorhin ein böses Wort gefallen: „indem man dem Liebknecht die Leitung des „Vorwärts" gab, hat die Partei einen Fehler gemacht; an dem leidet sie jetzt." Ich bin nicht verheirathet mit dem „Vorwärts". Ich bin jeden Augenblick bereit, zurückzutreten, ich verschlimmere meine Lage dadurch nicht.

Ob es aber ein Fehler war, daß der „Vorwärts" so unabhängig und demokratisch geleitet wurde, wie ich es versuchte, statt ihn zu einem Parteivorstandsorgan zu machen, das möchte ich doch sehr bezweifeln.

Eins steht fest: ich habe mich stets bemüht, meine Schuldigkeit im Interesse der Partei zu thun (Beifall). So lange ich auf dem Posten stehe, werde ich meine Schuldigkeit thun im Interesse der Partei. (Lebhafter Beifall.)

Ich verweise nicht auf meine Vergangenheit, das fällt mir nicht ein. Ich habe schon vor 8 oder 9 Jahren in einer Volksversammlung zu Mannheim gesagt: Wenn ich merke, daß ich den Kampfaufgaben nicht mehr gewachsen bin, dann trete ich zurück. Denn länger in einer Bewegung im Vorkampfe zu sein, als die Kräfte reichen, das ist thöricht. Mir braucht man keinen Stoß zu geben, um mich von meinem Platze zu entfernen. Glauben Sie, daß ich mich nicht auch manchmal nach Ruhe gesehnt habe? Aber ich fühle mich zum Glück noch stark genug für den Kampf und ich habe noch keinen gefunden, der es besser machen würde als ich. Und nun schließe ich mit der Hoffnung, daß die Besprechungen auf diesem Parteitage, verbunden mit den Berathungen der bevorstehenden Preß-Konferenz, dazu führen werden, den „Vorwärts" so zu gestalten, daß den unerquicklichen Verhältnissen ein Ende gemacht wird. (Lebhafter Beifall, Händeklatschen.)

Ein erneuerter Antrag auf Schluß der Debatte wird nunmehr mit großer Mehrheit angenommen.

Schleicher-Mülhausen stellt fest, daß er, obgleich seit gestern gemeldet, nicht zu Wort gekommen sei.

In persönlicher Bemerkung erklärt **Timm**-Berlin, daß die Bezeichnung des „Saalfelder Volksblattes" als eines „Winkelblättchens" ihm in der Eile entfahren sei und er diesen Ausdruck zurücknehme.

Schmidt-Magdeburg erklärt, daß er einen persönlichen Vorwurf Liebknecht nicht habe machen wollen, er habe nur die Anschauung vieler Parteigenossen zum Ausdruck gebracht, daß Liebknecht an der Spitze des „Vorwärts" nicht auf dem richtigen Platze sei.

Auer erklärt, er sei jeden Augenblick bereit, für jede Zeile, die im Verlaufe der Polemik in der Sache Quarck im „Vorwärts" gestanden habe, ausdrücklich die Verantwortung zu übernehmen, wenn Quarck es wünschen sollte.

Antrick: Selbstverständlich weiß ich, daß der Pariser Gemeinderath in seiner Majorität nicht aus Sozialdemokraten besteht; wenn Liebknecht heute von nur zwei sozialistischen Gemeinderäthen spricht, so steht auch das in Widerspruch zu den Vorwärtsberichten, aus denen ich mindestens ein Dutzend Siegesberichte nachweisen könnte.

In seinem Schlußworte zu dem Punkt „Presse" giebt

Pfannkuch die Erklärung ab, daß die Anträge 42 bis 44 von den Hamburgern zurückgezogen seien, da die Absicht, ihre Wünsche bezüglich der „Neuen Welt" in Gegenwart ihres Redakteurs zur Sprache zu bringen, erfüllt sei. Die Verhandlung hat gezeigt, daß Genosse Steiger guten Rathschlägen ja auch zugänglich ist. Die Zukunft wird lehren, ob die „Neue Welt" weiteren Anlaß zu Klagen geben wird. Die erforderliche Klärung hinsichtlich der Verhältnisse im „Vorwärts" ist ja nunmehr erfolgt.

In der Abstimmung werden die Anträge 34, 45, 49, 50, 51, 74 abgelehnt.

Zur Annahme gelangen die Anträge 31, 47, 52, der Antrag Berlin IV betr. der wissenschaftlichen Beilage zum „Vorwärts" und der Antrag Bebel:

Der Parteitag wolle beschließen, die Parteileitung zu beauftragen, zu untersuchen, durch welche Maßnahmen das Defizit der „Neuen Welt" auf ungefähr 25 000 Mark herabgebracht werden kann.

Es erfolgt nunmehr die Diskussion zu dem Kassenbericht.

Dazu liegt der Antrag Bremerhaven vor:

Der Parteitag wolle beschließen, daß der finanzielle Ausfall, der durch die Verbilligung des Neuen Welt-Kalenders entstanden, nicht wie bisher von den Kolporteuren, sondern von der Verlags-Buchhandlung getragen wird.

Grenz: Vor zwei Jahren wollten die Leipziger Genossen aus ihrer Parteizeitung „Der Wähler" ein größeres Organ schaffen. Das kostete natürlich

Geld. In Berlin war der Parteivorstand bis an den Hals zugeknöpft und gab keinen Groschen. Für Leipzig wäre es am wenigsten gefährlich gewesen, einmal ein paar Tausend Mark zu geben. Vom „Wähler" war noch ein Restbestand von 8000 Mark da. Es mußten also Darlehen aufgenommen werden: 18 000 Mark, davon 8000 von privater Seite und 10 000 von Gewerkschaften. 2500 Mark sind schon zurückgezahlt, 3000 Mark kamen durch Geschenke als Preßfonds zusammen und das Leipziger Agitationscomitée der Partei gab 5000 Mark. Da trat aber das ganz Unerwartete ein, daß das neue Blatt einen kolossalen Aufschwung nahm. Der Abonnentenstand des „Wähler" verdoppelte sich und das erforderte natürlich wieder eine Vergrößerung des Geschäfts und neue Mittel. Wieder mußte geborgt werden. Das Agitationscomité gab 4000 Mark und in diesem Jahre noch 2700 Mark. Nun außerhalb Berlins giebt es ja auch noch Leute, die verstehen, ein Unternehmen zu leiten. In der kurzen Zeit von zwei Jahren ist es den Leitern des Leipziger Geschäfts schon gelungen, zirka 33 000 Mark ab- oder zurückzuzahlen. Mit überwiegender Majorität ist von den Leipziger Genossen ein Antrag, 1000 Mark an die Partei abzuführen, abgelehnt worden, weil es unmittelbar vor dem Parteitag zu auffällig erscheinen würde. Nach dem Parteitag wird ein solcher Antrag Annahme finden. (Beifall.)

Kiesel-Berlin: Wir sind der Meinung, daß die einzelnen Städte mit ihren Parteibeiträgen nicht so im Rückstande bleiben dürfen, wie es in den letzten Jahren geschehen ist. Berlin hat 36 000 Mark, Hamburg 25 000 M. abgeliefert. Auch in den großen Städten ist es nicht so leicht, solche Summen zusammenzubringen. Aber wir thun unsere Schuldigkeit. Er erklärt sich gegen den Antrag Bremerhaven.

Martikke-Hamburg: Als Vertreter eines schleswig-holsteinischen Kreises muß ich erklären, weshalb diese Genossen ihre Pflicht, Geld an die Parteikasse zu schicken, in gröblicher Weise vernachlässigen, wie der Parteibericht sich ausdrückt. Alles Geld muß nach dem Vororte, in diesem Falle an die Agitationskommission in Neumünster geschickt werden.

Albrecht-Halle: Wenn Halle nur mit 5 Mark im Kassenbericht figurirt, so liegt das an den Kosten der Nachwahl, die über 4000 Mark betragen haben. Wir haben auch unser Partei-Organ seit sieben Jahren ohne Unterstützung gehalten. Auch hatten wir im letzten Jahre viel Prozeßkosten. Auch dieser Redner wendet sich gegen den Antrag Bremerhaven.

Bérard ersucht gleichfalls, diesen Antrag abzulehnen, weil dadurch dem Hamburger Geschäft ein großes Defizit entstehen würde. Die Kolporteure haben durchaus keinen großen Schaden. Ihr Verdienst beträgt noch immer 41 pCt. Der Kalender ist durchaus nicht schlechter geworden. In diesem Jahre ist die Nachfrage außerordentlich groß. Ende September war die erste Auflage bereits vergriffen.

Schmalfeld-Bremerhaven: Ich habe selber Bedenken gegen den Antrag, den ich zu vertreten habe. Wir können aber doch wohl wie früher fünfzig Pfennige für den Kalender nehmen. Er ist sehr gut. Das würde auch im Interesse der Partei-Buchhandlungen und Partei-Kolporteure liegen. Wenn Bremerhaven und Umgegend in dem verflossenen Jahre weniger als sonst in die Parteikasse gesteuert haben, so liegt das daran, daß wir die „Norddeutsche Volksstimme" in Geestemünde, die bisher in Privatbesitz war, in Parteiregie genommen haben. Das erforderte immerhin 8—9000 Mk.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Im Schlußwort bemerkt **Gerisch**: Genosse Grenz hat der Parteileitung vorgeworfen, daß sie nicht ein paar tausend Mark für Leipzig geopfert hat. Wir haben aber aus den Ziffern, die er anführte, gesehen, daß es sich um einige Zehntausende gehandelt hat. Wir hatten allen Grund, dies Verlangen

zurückzuweisen, denn was wir Leipzig bewilligt hätten, hätten wir auch anderen Städten nicht abschlagen können. Was die weiteren Vorwürfe anlangt, so habe ich nur erklärt, daß man sich auf Leipzig nicht berufen kann, weil dort die Verhältnisse anders liegen und weil die Leipziger Genossen bei der Fülle dessen, was ihr Organ bietet, sich vielleicht überlegen müßten, ob nicht eine Erhöhung des Abonnementspreises angebracht wäre. Daraus ist dann in dem Bericht über den westfälischen Parteitag die Deutung entstanden, es sei zweifelhaft, ob das Leipziger Blatt prosperirt. Zum Schluß bitte ich nun noch, daß die Parteigenossen unsere zarten Winke beherzigen und die Ueberschüsse an uns abführen mögen, damit es nicht nöthig ist, sie im nächsten Jahre wieder an ihre Pflicht zu erinnern.

Die Abstimmung ergiebt die Ablehnung des Antrages Bremerhaven.

Der Antrag Meister, dem aufgelösten Parteivorstand und dem an seine Stelle getretenen Ausschuß Decharge zu ertheilen, wird mit großer Mehrheit angenommen.

Schluß 6 Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 14. Oktober. — Vormittagssitzung.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt Bock.

Nach Verlesung einiger Begrüßungsschreiben wird in die Tagesordnung eingetreten.

Verhandelt wird Punkt 3: **Berichterstattung über die parlamentarische Thätigkeit.**

Mit zur Verhandlung gestellt werden die Anträge 68, 69, 70, 71 72; ferner ein Antrag der Genossen aus Jena-Neustadt, von 20 Delegirten unterstützt:

Unsere Fraktion möge im Reichstag beantragen: Es soll alljährlich im Januar eine Arbeitslosenstatistik durch die Reichsregierung aufgenommen werden,

sowie Antrag von Krüger und Schultze-Königsberg, von 20 Delegirten unterstützt:

Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, einen Gesetzentwurf einzubringen, nach welchem, um Hitzschlägen, wie sie in diesem Jahre sich ereigneten, vorzubeugen, die Arbeit einzustellen ist, wenn die Temperatur einen bestimmten Wärmegrad erreicht hat. Ausgeschlossen hiervon kann die Hausindustrie werden, weil die Heimarbeiter von der Hitze nicht so schwer betroffen werden als die auf Bauten, Plätzen und in Fabriken beschäftigten Personen.

Antrag 29 findet nicht genügende Unterstützung.

Berichterstatter **Max Schippel** verzichtet auf das Referat. Ein ausführlicher Bericht liegt gedruckt vor. Diejenigen Gegenstände, über die sich etwas sagen ließe, sind zu Punkt 4 verwiesen. Der Referent behält sich vor, wenn es nöthig wird, in die Debatte einzugreifen.

Die Diskussion wird eröffnet.

Schmidt-Magdeburg: Ich muß mich gegen die Auffassung des Hamburger „Echo" verwahren, daß unser, freilich nicht genügend unterstützter Antrag 29 ein Mißtrauensvotum gegen die Fraktion bedeutet. Wir wollen damit lediglich die Kosten verringern.

Groth-Rostock: Ich bin beauftragt, den Berichterstatter um Auskunft darüber zu ersuchen, warum in der bekannten Impf-Debatte im Reichstag ein Theil der Fraktion dafür und ein Theil dagegen gestimmt hat. Fürchten Sie

nicht, daß ich hier eine längere Pockenrede halte (Heiterkeit), ich soll nur Aufklärung darüber schaffen, wie sich die Fraktion zu solchen Anträgen verhält, die mit unserem Parteiprogramm nichts zu thun haben. Wir wollen wissen, ob da jeder Abgeordnete abstimmen kann wie er will, oder ob vorher die Fraktion sich darüber schlüssig wird, damit eine zwiespältige Abstimmung unserer Genossen nicht im Lande auf Mißverständnisse stößt, wie dies bei der bekannten Dampfersubventions-Frage vor zehn Jahren der Fall gewesen ist.

Baudert-Apolda spricht für den Antrag 69 der Genossen in Sangerhausen und erweitert ihn dahin: Die Reichstagsfraktion zu beauftragen, bei Berathung der Alters- und Invaliditätsnovelle zu beantragen, daß die der Parteileitung diesbezüglich mitgetheilten Mißstände des Gesetzes in Wegfall kommen. Die Genossen aus Apolda würden der Reichstagsfraktion das erforderliche Material zustellen. Die ganze Textilindustrie ist daran interessirt.

Frohme: Schmidt gegenüber bestreite ich, daß das Hamburger „Echo" den Magdeburger Antrag mißverständlich aufgefaßt hat. Es ist davon die Rede, daß die Wahl der Abgeordneten ein Protest gegen die staatliche und gesellschaftliche Ordnung sei. Demgegenüber erkläre ich ausdrücklich, daß die Abgeordneten unserer Partei ihre Stellung nicht nur als diesen Protest aufzufassen haben, sondern auch der Nothwendigkeit der positiven Mitwirkung im Volksinteresse nach Kräften zu genügen haben. Ich bestreite, daß die Fraktion nicht in jeder Beziehung, auch in der Agitation, ihre volle Schuldigkeit gethan habe.

Ebert-Bremen: Ich habe die Fraktion auf einen Punkt der Unfallversicherung hinzuweisen, auf den sie bei der kommenden Reform der Versicherungs-Gesetzgebung ihr Augenmerk lenken soll. Das bestehende Unfallversicherungs-Gesetz stellte die Seeleute thatsächlich unter einen Ausnahmezustand. Während für alle anderen Arbeiter die Grundlage für die Rente berechnet wird nach dem ortsüblichen Tagelohn, setzt der Reichskanzler diese Grundlage für die Seeleute durch Verfügung fest. Hierbei kommen die Seeleute nun zu kurz. So ist der Monatsverdienst für einen Oberheizer auf 50 Mk. monatlich festgesetzt, während er thatsächlich im Durchschnitt 70 Mk. verdient. Nur 9 Monate werden berechnet, während für alle anderen Arbeiter 300 Arbeitstage für die Berechnung jährlich gelten. Für Kost und Logis werden monatlich nur 18 Mk. berechnet, ein Betrag, der viel zu niedrig gegriffen ist. So wird für die Heizer ein Jahresverdienst von 612 Mk. als Grundlage für die Rentenberechnung angenommen und die Vollrente beträgt demnach nur etwa 400 Mk. Bei den Steuermännern liegt es ähnlich. Als monatlicher Durchschnittsverdienst ist ein Betrag von 90 Mk. festgesetzt, während die Heuer in Wirklichkeit 180 bis 400 Mk. monatlich beträgt. So beträgt die Vollrente für einen Steuermann nur 625 Mk. jährlich. Das sind Mißstände und Ungerechtigkeiten, worauf die öffentliche Aufmerksamkeit gelenkt werden und die abzustellen die Fraktion sich bemühen muß.

Molkenbuhr (Hamburg): Die Forderung des Antrags Nr. 69 unserer Genossen in Sangerhausen: Herabsetzung der Altersgrenze bei der Altersrente auf 60 Jahre, ist freilich populär und auch viel bei der Agitation verwendet worden, thatsächlich aber würden wir damit vielleicht Niemandem einen größeren Gefallen thun als den ostpreußischen Junkern. Es ist ja bei dem Mißverhältniß zwischen Beiträgen und Leistungen leicht erklärlich, daß man in weiten Kreisen das Bestreben hat, die Leistungen der Alters- und Invaliditäts-Versicherung zu erweitern. Das Gesetz ist aufgebaut auf dem System des Kapitaldeckungsverfahrens, so daß, wenn das Gesetz jetzt aufgehoben würde, die gegenwärtigen Rentner die Rente bis an ihr Lebensende beziehen würden. Man hat sich aber insofern verrechnet, als man einen größeren Zugang vorausgesetzt und einen geringeren Abgang angenommen hat, als thatsächlich der

Fall ist. Es hat eine Kapitalansammlung auf Kosten der Arbeiter stattgefunden. Heute befinden sich die Rentner namentlich in den Provinzen, wo viel ländliche Arbeiter sind. So bekam z. B. Ostpreußen im Jahre des Bestehens des Gesetzes 19 140 Rentner, während Berlin, das etwa $^3/_4$ so viel Arbeiter wie Ostpreußen hat, nur 2900 Rentner hatte. Im Landkreis Oldenburg kommen auf je 1000 Einwohner 15 Rentner, in Altona nur 1,5. Bei einer Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre würde das Verhältniß dasselbe bleiben und es würde doch wieder nur eine Besteuerung der gesammten Arbeiter zu Gunsten des platten Landes oder in letzter Linie zu Gunsten der Gutsbesitzer eintreten, da man kein Mittel hat, den Arbeitgeber zu verhindern, daß er die Renten vom Lohn abzieht. (Sehr richtig!) Nach der Gewerbezählung von 1882 gab es 334 207 über 70 Jahre alte Erwerbsthätige und 1 194 354 im Alter von 60—70 Jahren. Man kann annehmen, daß auf je 1000 Erwerbsthätige 646 Versicherte kommen. Durch die Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre und Verbesserung der Uebergangsbestimmungen würde die Zahl der Altersrentner auf rund 987 000 steigen. Die zur Auszahlung dieser Renten erforderliche Summe würde bald die Höhe erreichen, daß die 90 Millionen Mark Beiträge, welche gegenwärtig erhoben werden, ganz für Altersrenten aufgebraucht und kein Pfennig für Invalidenrente übrig bleiben. Will man wirklich reformiren, so soll man nicht die Altersgrenze als Maßstab nehmen, sondern den Rückgang der Erwerbsfähigkeit. Dann wird die Vertheilung der Rente auf industrielle und landwirthschaftliche Arbeiter eine gleichmäßige sein.

In den Motiven zu dem Gesetze war angenommen, daß am Schluß des dritten Jahres 191 000 Empfänger von Invalidenrenten vorhanden sein werden, während de facto nur 71 700 da waren, also 120 000 weniger, als vorausgesetzt war. Die Erlangung der Invalidenrente ist mit soviel Schwierigkeiten verknüpft, daß die Leute sie erst dann erhalten, wenn sie längst der Armenpflege zur Last gefallen sind. Den Arbeiter vor der Armenkasse zu schützen, muß Aufgabe des Gesetzes sein, und deshalb muß die Rente bewilligt werden, sobald die Krankenunterstützung aufhört. Es muß ferner insofern eine Reform der gesammten Versicherungsgesetze angestrebt werden, als alle die Leute, welche auf Grund des Alters- und Invaliditätsgesetzes versicherungspflichtig sind, auch gleichzeitig der Krankenversicherungspflicht unterworfen werden. Ferner muß den Krankenkassen zur Pflicht gemacht werden, mindestens für 26 Wochen Krankengeld zu zahlen. Dann muß sofort die Invalidenrente in einer solchen Höhe eintreten, daß der Betreffende davon leben kann. Dann werden die Arbeiter wirklich einen Nutzen von dem Gesetz haben. Legt man hingegen das Hauptgewicht auf die Herabsetzung der Altersgrenze, so wird selbstverständlich die Invalidenrente schwerer bewilligt werden, denn die Berechtigung zum Bezug der Altersrente kann man Niemandem bestreiten; man braucht nur seinen Taufschein vorzuzeigen. Ich bitte Sie deshalb, den Theil des Antrages 69, der eine Herabsetzung der Altersgrenze bezweckt, abzulehnen und getrennt über die beiden Theile des Antrages abzustimmen. Wir müssen verhüten, daß die Versicherungsgesetze Gesetze zur Unterstützung nothleidender Junker werden! (Lebhafter Beifall.)

Zum Antrag Jena-Neustadt (Arbeitslosen-Statistik) ist ein Amendement Eichhorn eingegangen:

„Ferner soll die Reichstags-Fraktion einen motivirten Antrag behufs Veranstaltung einer Reichsenquete über Arbeitszeit und Arbeitslohn einbringen."

Bebel: Daß der Magdeburger Antrag nur mit finanziellen Gründen motivirt wird, habe ich vorher zum ersten Male von Schmidt gehört. Es wäre mir interessant gewesen zu wissen, wo und in welchen Fragen die bisherige Fraktionsthätigkeit im Parlament sich auf Dinge erstreckt hat, die

nicht mit den Interessen des Proletariats in Beziehung sind; das ist doch der Sinn des Antrags, nicht die Kostenersparniß.

Die Antwort auf seine Frage wegen der Stellung der Fraktion zur Impffrage hat sich Genosse Groth selbst gegeben. Es muß scharf unterschieden werden zwischen politischen und wirthschaftlichen Fragen, die einen parteiprogrammatischen Charakter haben, und solchen Fragen, die in keiner Weise etwas damit zu thun haben. Die Impffrage ist eine solche neutrale Frage. Ich bestreite auf das Entschiedenste, daß das Verhalten der Fraktion in dieser Frage irgend welches Aufsehen gemacht habe; da müßten unsere Gegner uns gegenüber noch viel dümmer sein, als sie es schon sind. (Sehr wahr!)

Ich freue mich aufrichtig, daß Molkenbuhr, gestützt auf das offizielle Beweismaterial, endlich einmal der durchaus falschen Taktik entgegengetreten ist, die in bezug auf das Alters- nnd Invaliditätsgesetz in der Agitation von einem Theil unserer Genossen, weil sie die Verhältnisse nicht kannten, befolgt worden ist. Wir müssen den Hauptnachdruck darauf legen, daß der Bezug der Invalidenrente bedeutend erleichtert und ihr Betrag bedeutend erhöht wird. (Sehr richtig!) In der Fraktion ist der Beschluß hinsichtlich der Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre nur mit sehr kleiner Mehrheit gefaßt worden. Wir werden immer wieder diese Frage erörtern müssen, weil wir bei einer so fundamentalen Aenderung des Gesetzes nicht außer Acht lassen dürfen, wie die Mehrausgaben aufgebracht werden; es dürfte sehr leicht darauf hinauskommen, daß auch die Beiträge der Arbeiter erhöht werden. Es ist leicht gesagt: erhöhen wir den Reichszuschuß! Er wird aber auf dem Wege der indirekten Steuern aufgebracht; geben wir uns doch keinen Illusionen hin: gegenüber der jetzigen Reichstagsmajorität werden wir eine Reichs-Einkommensteuer nicht durchsetzen. Schon jetzt schwebt das Projekt der Biersteuer über dem Reichstag. Daher müssen wir nach allen Richtungen hin die Sache uns genau ansehen, um von der Veränderung des Gesetzes möglichst viel Vortheil für die Arbeiter herauszuschlagen. Ich bitte nicht nur den ersten Theil des Antrags 69, sondern den ganzen Antrag abzulehnen. Ich bin im Augenblick außer Stande zu übersehen, welchen finanziellen Effekt die Zahlung der erhöhten Invalidenrente bei Verminderung der Erwerbsfähigkeit um 25 pCt. haben wird. Ich ersuche Sie, den Antrag 69 als Material der Fraktion für die Berathung der Alters- und Invaliditätsnovelle zu überweisen; es ist wichtig, daß von allerwärts uns sachgemäßes Material für die Aenderung des Unfallversicherungs-Gesetzes zugestellt wird.

Krüger-Königsberg tritt für seinen Antrag ein. Gerade in Königsberg sind im letzten Jahre viele Todesfälle durch Hitzschlag vorgekommen. 37 Personen, meistens Arbeiter, die auf Plätzen und Bauten beschäftigt waren, sind der Hitze zum Opfer gefallen. Aehnliches ist in Pillau und Memel geschehen. Redner bittet den Antrag der Fraktion zur Berücksichtigung zu überweisen.

Lehmann-Dortmund: Der Königsberger Antrag ist nicht annehmbar, besonders nachdem wir die Begründung gehört haben. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, einen solchen Gesetzentwurf auszuarbeiten. Ein Beispiel aus der Montanindustrie: Die Hochöfen können bei Hitze nicht ausgeblasen werden.

Thiele-Halle: Ich möchte die Fraktion auf die großen Ungerechtigkeiten hinweisen, die bei der Kürzung der Unfallrente vorkommen. Die Kürzung erfolgt rein mechanisch. Leider fehlt jede Statistik, aber es wird nur wenige Fälle geben, wo die ursprüngliche Rente nicht nach Verlauf eines Jahres gekürzt wird. Besonders arg sind die Zustände in den Knappschaftskassen, gegen die ein Vorstoß am Platze wäre. Am meisten leiden die ländlichen Arbeiter unter dem jetzigen Unfallversicherungs-Gesetz. Ihre Rente ist minimal und reicht nicht aus. Wenn eine Aufforderung an die Parteipresse ergeht, Material

hierüber zu sammeln, so könnte sehr reichhaltiger Stoff zusammengebracht werden. Die Fraktion muß mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit auf die Rentenkürzung legen.

Schwarz-Lübeck richtet die Aufforderung an die Fraktion, den Staatssekretär für die Marine bei der Budgetberathung zu fragen, ob es gebräuchlich werden soll, daß auf Schiffen, die sich in höchster Gefahr befinden, das Flaggenlied angestimmt und Hochs ausgebracht werden sollen. Da in Deutschland alles nachgeäfft wird, soll es mich nicht wundern, wenn sich auch auf Kauffahrteischiffen ähnliche Szenen wie beim Untergange des Iltis ereignen. Wir können gewärtig sein, daß ein Kapitän eines Handelsschiffes, das in höchster Noth ist, vielleicht mit Kognak geröthetem Gesicht den Befehl giebt, das Flaggenlied zu singen, und das Schiff mit Mann und Maus zu grunde gehen läßt. (Sehr richtig.) Als ich den Bericht über den Untergang des Iltis las, glaubte ich zuerst, die nationalliberale Presse habe wieder einmal, wie sie es immer thut, die patriotische Saite in Schwingung gesetzt, um das ungeheure Elend zu verstecken. (Sehr gut!) Dann aber kam die offizielle Bestätigung. Ich kann nur sagen, daß die Nachricht in Seemannskreisen Kopfschütteln erregte. Wenn sich ein Schiff in höchster Noth befindet, dann heißt es alle Kräfte zur Rettung anzustrengen, dann heißt es für das eigene Leben zu arbeiten und nicht zu singen. (Sehr gut!) Ich habe zwei schwere Schiffsbrüche mit durchgemacht, aus denen ich nur mein nacktes Leben rettete. Hätten wir gesungen, statt alles daran zu setzen, um uns zu retten, so stände ich heute nicht hier. (Bewegung.) Der Kapitän des „Iltis" ist für sein Verhalten gelobt worden, während es Tadel verdient. (Sehr richtig!)

Redner unterstützt die Anregung Eberts-Bremen und ergänzt sie. Er weist auf den Mangel an freien Hilfskassen für Seeleute hin und hebt hervor, daß die Krankheiten der Seeleute meist dann auftreten, wenn sie abgemustert sind. An Bord wird alles mit Glaubersalz kurirt. (Heiterkeit.) Sein Beruf wirft den Seemann bald hierin, bald dorthin; er hat wenig Gelegenheit, sich einer Hilfskasse anzuschließen. Ein viel schwererer Uebelstand aber ist der, daß die Angehörigen fremder Nationen, die unter deutscher Flagge dienen, von jeder Unfallentschädigung ausgeschlossen sind. Der Seemannsstand ist international, zwischen Vorder- und Hintersteven eines deutschen Schiffes stehen Engländer, Amerikaner, Franzosen. Es ist eine Ungerechtigkeit, sie von der Entschädigung auszuschließen, wenn sie die Rente nicht in Deutschland verzehren. Es ist ja von einer kommenden Reform der Seemanns-Unfallversicherung die Rede. Viel Hoffnung auf Reichstag und Regierung habe ich nicht. Die Seeleute müssen ihre Sache selbst in die Hand nehmen und ich habe die Ueberzeugung, daß es nicht lange dauern wird, bis die Seeleute in unseren Reihen stehen. (Beifall.) Die Dampfschifffahrt mit ihren Reihenfahrten macht die Seeleute ansässig; damit ist die Möglichkeit ihrer Organisation erst gegeben. (Beifall.)

Sachse-Zwickau: Ich halte es für nothwendig, daß bei der nächsten Unfallversicherungs-Novelle unsere Fraktion im Reichstage dahin strebt, daß die Invaliditätsrente für jugendliche Arbeiter erhöht wird. Wenn heute ein jugendlicher Arbeiter im Beruf verunglückt, so bekommt er höchstens den ortsüblichen Tagelohn und ist seinen älteren Kollegen gegenüber im Nachtheil, die gewiß auch nicht zuviel bekommen. Ein anderer Uebelstand ist die Arztfrage. Es besteht eine direkte Furcht der Aerzte vor den Berufsgenossenschaften, von denen sie abhängig sind. Der Unfallsrentner erhält infolgedessen kein Zeugniß, auf grund dessen er eine Erhöhung seiner Rente durchsetzen kann. Vielleicht läßt sich in das Gesetz eine Bestimmung aufnehmen, wonach die Bezirksärzte einen Unfallrentner auf sein Verlangen untersuchen müssen.

Quarck: Die Uebelstände rühren zum großen Theil von der Zersplitterung der Organisation der Versicherung her; Kranken-, Unfall- und In-

validitätsversicherung sind auf drei verschiedene Karren geladen. Eine Zentralisation der Versicherung würde den Versicherten kolossale Vortheile bringen. Dahin muß die Fraktion bei der Berathung der Novelle einen Vorstoß machen. Die Denkschrift zur Vorlage betr. die Abänderung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes macht bezüglich der Zentralisation der Arbeiterversicherung die windige Ausflucht, daß die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter nicht in der Krankenversicherung seien, wohl aber in der Altersversicherung, und daß deshalb keine Vereinigung möglich sei. Das ist eine Ausrede im Interesse der Agrarier. Die Fraktion soll darauf damit antworten, daß sie den Antrag stellt, die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter in die Krankenversicherung aufzunehmen. Wenn die Invaliditätsversicherung den Krankenkassen zugewiesen wird, wo wir die Selbstverwaltung in der Hand haben, dann werden wir auch den Hebel an dem Unternehmerkartell der Berufsgenossenschaften ansetzen können. Die Fraktion sollte deshalb weiter beantragen, daß mindestens einstweilen überall die Erhebung der Altersversicherungsbeiträge durch die Krankenkasse gegen entsprechendes Entgelt allgemein gesetzlich eingeführt würde. Dann werden wir viel mehr für die Arbeiter ausrichten, als wenn wir mit an einzelnen Stellen mit Anträgen zur Aerztefrage u. s. w. an dem Gesetze herumbusseln. (Beifall.) Von großer Wichtigkeit ist auch eine Vermehrung der Stellen zur Unterrichtung der Arbeiter in den Versicherungsangelegenheiten, wie das Nürnberger Sekretariat. (Beifall.)

Pogarell-Dresden befürwortet das Amendement Eichhorn zum Antrag auf Erhebung einer Enquete über Arbeitslohn und Arbeitszeit.

Schultze-Königsberg ersucht um Annahme des Antrages betreffend Einstellung der Arbeit bei großer Sonnenhitze. Wenn man sagt, daß in vielen Betrieben trotz großer Hitze gearbeitet werden muß, so muß man auch nachweisen, daß die Hitze am Glühofen ebenso verheerend wirkt, wie die Sonnenhitze. Dieser Nachweis ist bisher nicht erbracht. Gegen die außerordentliche Hitze dieses Sommers in Ostpreußen ist seitens der Behörden und der Unternehmer nichts geschehen. Die Zahl der an Hitzschlag Erkrankten ist eine überaus große. Wir sollen nicht warten, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist, sondern rechtzeitig Maßregeln treffen, um die schlimmen Folgen zu verhüten.

Stadthagen: So sehr ich mich darüber freue, daß einzelne kleine Vorschläge zur Verbesserung der Versicherungsgesetze gemacht werden, und daß das Vorgehen der Abgeordneten auf diesem Gebiet gebilligt wird, so will ich doch hervorheben, daß man sich in einem großen Irrthum befindet, wenn man etwa annimmt, daß die Unfallversicherung eine Versicherung des Arbeiters ist, sie ist nichts weiter als eine Versicherung der Arbeitgeber gegen das große Risiko. Der Arbeitgeber müßte für jeden Unfall, gleichviel ob eine Verschuldung des Arbeiters vorliegt oder nicht, haften. Dahin hätten wir nach wie vor zu streben und ferner dahin, daß für den Fall der Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers Genossenschaften oder größere Verbände einzutreten haben. Es ist bereits darauf hingewiesen, wie schlecht der jugendliche Arbeiter daran ist. Gewiß, es besteht in der Unfallgesetzgebung eine starke Brutalität gegenüber dem jugendlichen Arbeiter, und auch eine solche Bevorzugung des Großbetriebes gegenüber dem Handwerk. Wenn heute ein jugendlicher Arbeiter verunglückt, so wird die Rente während seines ganzen Lebens nach dem Verdienst berechnet, den er zur Zeit des Unfalls hatte; dies würde im günstigsten Falle höchstens 10 bis 20 Mk. monatlich ausmachen. Da das Unfallgesetz lediglich vom Standpunkt des Unternehmers ausgeht, ist die Ungeheuerlichkeit begreiflich, wonach der Arbeitgeber das Recht hat, die Aufnahme des Arbeiters in ein Krankenhaus zu veranlassen, wonach er dem Arbeiter einen Arzt aufdrängen darf, zu dem dieser kein Vertrauen hat, und der ein erhebliches Interesse daran hat, den Kranken gesund zu schreiben. Der Arbeitgeber darf

ferner den Arbeitnehmer, falls die häusliche Pflege nicht ausreicht, Heilanstalten oder besser gesagt, Quälanstalten überweisen. Das zeigt alles — und die Reihe der Bestimmungen läßt sich leicht vermehren — daß die Unfallversicherung zu Ungunsten der Arbeiters, zu Gunsten des Unternehmers ist. Dadurch, daß sie durch der Sache gewachsene Leute vertreten sind, haben die Berufsgenossenschaften einen großen Vortheil erlangt und ich freue mich, daß auch in Berlin bei den Arbeitern, die einem Schiedsgericht als Beisitzer angehören, allmälig der Gedanke sich Bahn bricht, daß mehr als bisher sachverständiger Rath den Arbeitern zu theil werden muß. Ich freue mich, daß dieselben Gedanken, die in größerer Breite von unseren Genossen im Reichstage vorgebracht worden, auch hier ausgesprochen sind, und ich richte an die Genossen den Appell, jetzt, wo die Novelle vorliegt, in Versammlungen und Vereinen immer und immer wieder die Schäden, die Nachtheile und die Ungerechtigkeit dieses Gesetzes zu betonen und mit Material aufzuwarten. Auch die Presse sollte systematischer und weniger widerspruchsvoll sich die Rechtsprechung ansehen. Wer dies Gebiet kennt, der ist manchmal erschrocken, wie selbst in der Presse unserer Partei etwas als ganz neue Entscheidung hingestellt wird, das schon zehn Jahre oder länger besteht. Es wird wesentlich auch Sache der Gewerkschaften sein, in dieser Beziehung Material zu sammeln nnd der Reichstags-Fraktion zu unterbreiten.

Bömelburg-Hamburg: Die Frage der Unfallversicherung ist jetzt besonders aktuell wegen der im Reichstage in der kommenden Session zu erwartenden Novelle. Dem Unwesen in dem Verhältniß der Unternehmer zur Unfallversicherung muß in Presse und Versammlungen viel ernsthafter zu Leibe gegangen werden, als es bis jetzt geschieht. Dem Verhalten der Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften muß gesteuert werden. Von 1889 bis 1894 kamen in den gewerkschaftlichen Berufsgenossenschaften nicht weniger als 188 428 entschädigungspflichtige Unfälle vor. Darauf entfielen im Jahre 1889 Unfälle mit dauernder und völliger Erwerbsunfähigkeit 2337. Während nun vom Jahre 1889 an die Zahl der Unfälle überhaupt außerordentlich gestiegen ist, ist die Zahl der Unfälle mit dauernder und völliger Erwerbsunfähigkeit ganz ungeheuerlich zurückgegangen, bis zum Jahre 1894 auf 855! (Hört! hört!) Bald wird die Zeit kommen, wo die Vertrauensärzte überhaupt keinen Fall von dauernder und völliger Erwerbsunfähigkeit mehr werden gelten lassen. So konstatirt man bei einem Krüppel, dem ein Bein amputirt werden mußte, nach 6 Monaten theilweise Erwerbsfähigkeit. Es ist wirklich schon bald so, daß nur der für völlig erwerbsunfähig erklärt wird, dem beide Beine, beide Arme abgeschnitten sind — und auch der Kopf. (Heiterkeit.) Hier und ebenso in der Frage der Unfallverhütung muß in Presse, Versammlungen und im Parlament viel schärfer auf Beseitigung des Unwesens gedrungen werden.

Den Königsberger Antrag bitte ich abzulehnen. Wir sollen doch nicht die Fraktion mit solchen Anträgen beladen, die noch viele Jahre keine Aussicht auf Erfüllung haben. (Beifall.)

Damit schließt die Diskussion.

In seinem Schlußwort hebt **Schippel** hervor, daß die Bedeutung der Debatte in der Aussprache der Genossen darüber liegt, welche Punkte sie in der Thätigkeit der Reichstagsfraktion besonders berücksichtigt zu sehen wünschen. Dagegen empfiehlt es sich nicht, durch Annahme fest formulirter Anträge die Bewegungsfreiheit der Fraktion einzuschränken. (Zustimmung.) Der Antrag der Magdeburger Genossen (29) ist nicht genügend unterstützt und damit erledigt worden. Bebel hat bereits darauf hingewiesen, daß die Partei niemals eine rein protestlerische Auffassung der Thätigkeit der Fraktion gehabt hat. Genosse Schmidt-Magdeburg hat übrigens selber gesagt, daß er den Antrag für unglücklich formulirt hält.

Was den Antrag zur Impffrage betrifft, so wundere ich mich nur, daß Genosse Groth die Antwort auf die Frage, die er heute hier gab, nicht schon auf dem Mecklenburger Parteitage gegeben hat. Die Impffrage ist eine hygienische Frage, keine Frage der Klassenbewegung des Proletariats. (Sehr richtig.) Ein vorgeschrittener Arbeiter kann ein Impfgegner, ein zurückgebliebener Konservativer ein Impffreund sein und umgekehrt. Mit der Frage der Dampfersubvention lassen sich die verschiedenen Meinungen, die in der Impffrage in der Fraktion herrschen, nicht vergleichen. In der Impffrage können wir dem Einzelnen vollständige Freiheit lassen. (Zustimmung.)

Was den Antrag 69 betrifft, so ist sein erster Theil seitens der Fraktion selbst zu einem Gesetzentwurf formulirt worden. Molkenbuhr hat sehr gute Gründe gegen die Herabsetzung der Altersgrenze angeführt, wenn ich auch nicht zugebe, daß seine Zahlen so viel beweisen, wie er glaubt. Den ersten Theil des Antrages 69 bitte ich also abzulehnen; der zweite Theil kann, wie das Amendement Bebel's will, der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen werden, wenn ich auch nicht glaube, daß viel dabei herauskommt. Berührt hat die Debatte noch die Versicherung der Textilarbeiter und der Seeleute. Bestimmte Anträge liegen hier nicht vor, die Anregungen wird die Fraktion zweifellos beachten.

Den Jena-Neustädter Antrag bitte ich abzulehnen. Gewiß wäre eine Arbeitslosen-Statistik im Januar sehr interessant, aber viel können wir damit nicht anfangen. Die Gegner werden sagen, daß die Saisongewerbe im Januar immer stillstehen und das Bild der Arbeitslosigkeit deshalb nicht zutreffend ist. Im Auge werden wir die Anregung behalten, aber bestimmte Direktiven sind besser zu vermeiden.

Der Antrag Königsberg ist abzulehnen. Der § 120a der Gewerbe-Ordnung verbietet schon jetzt, was der Antrag treffen will, soweit sich die Dinge überhaupt voraussehen lassen. Ein allgemeines Gesetz läßt sich überhaupt nicht formuliren, wonach bei gewisser Temperatur die Arbeit eingestellt werden muß. Hätten wir zum Beispiel ein solches Gesetz, so hätte der Parteitag zum Beispiel gestern Nachmittag die Arbeit einstellen müssen. (Heiterkeit und Beifall.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag 69 abgelehnt, dagegen das Amendement Bebel's angenommen.

Auch der Antrag Jena-Neustadt wird abgelehnt, aber dem Amendement Eichhorn zugestimmt.

Antrag Königsberg wird gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Punkt 4 „Arbeiterschutz" wird auf Wunsch des Referenten **Wurm**, der die Nacht hindurch gefahren und ermüdet ist, auf den Nachmittag verschoben und zunächst die Punkte 5 und 6 erledigt.

Punkt 5 ist die **Maifeier.** Zur Debatte stehen die Anträge 64—67.

Der Berichterstatter **Gerisch** beantragt folgende Resolution:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893 und London 1896 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verbrüderung und dem Weltfrieden. Als würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.

Im vorigen Jahre wiesen wir in unserem Aufruf zur Maifeier auf die aufsteigende Konjunktur hin und forderten auf, sie für die Maifeier auszu-

nutzen. Das ist auch zweifellos geschehen; die Maifeier ist das letzte Mal in viel stärkerem Umfange begangen worden. Weiter zu gehen halten wir diesmal nicht für möglich. Wir haben, entsprechend dem Antrage der Wandsbecker Genossen, unsere Resolution diesmal nur insofern verschärft, als es den Parteigenossen zur Pflicht gemacht werden soll, wo es möglich ist, die Maifeier zu begehen. Die Anträge 66 und 67 decken sich ziemlich mit der Resolution. Der Antrag 65 ist ein alter Bekannter; die Niederbarnimer müssen schlechte Erfahrungen mit den Referenten gemacht haben. (Heiterkeit.) Lehnen Sie diesen Antrag ab, sintemalen ja alle Parteiangestellten ohnehin kein Honorar für ihre Vorträge erhalten. Man kann froh sein, wenn man am 1. Mai überhaupt genügend Referenten bekommt; es kommt doch auf die Vermögenslage derselben an. Ich bitte Sie, der Resolution des Parteiausschusses zuzustimmen und dahin zu wirken, daß auch im kommenden Jahre die Maifeier in großartigem Maßstabe begangen wird. (Beifall.)

Der Antrag 65 (Unentgeltlichkeit der Maireferate) findet nicht genügende Unterstützung.

Die Debatte wird eröffnet.

Brand-Frankfurrt a. M. befürwortet die Frankfurter Resolution 64. Die Zentralorganisation wird nicht in eine Zwangslage gebracht werden, da als die Voraussetzung der Arbeitsruhe die Möglichkeit dazu betont werden soll.

Brinkmann-Kassel fordert aus den Kasseler Erfahrungen heraus, daß mit aller Energie auf die Arbeitgeber ein Hochdruck seitens der gesammten Arbeiterschaft ausgeübt werden soll, um die Arbeiter, die die Maifeier begehen, gegen Maßregelungen zu schützen.

Ebert-Bremen legt den Nachdruck auf die Worte in der Frankfurter und der Wandsbecker Resolution, daß die Arbeitsruhe „mehr als bisher" erfolgen soll. Die Resolution des Parteiausschusses enthält diese Worte nicht.

Elbert-Frankfurt a. M. hält für die Hauptsache die ausdrückliche Verpflichtung für die Arbeiter zur Maifeier, wo es möglich ist, und empfiehlt demnach die Resolution Gerisch.

Metzner-Berlin stimmt dem Vorredner zu. Die Aufnahme der Worte „mehr als bisher" würde gerade die schlimmen Folgen hervorrufen, die wir durch unsere Beschlüsse auf den früheren Kongressen haben verhüten wollen. In Berlin glaubte eine gut organisirte Gewerkschaft auch durch Kempf die Maifeier erzwingen zu können, und was war die Folge? Noch heute befindet sie sich zum größten Theile im Ausstand; und diejenigen, die es nicht mehr sind, haben bis zu einem gewissen Grade kapituliren müssen. Durch scharfe Beschlüsse durchbrechen Sie den Ring der Unternehmer nicht. Die Genossen, die die scharfe Resolution beantragen, sollen zunächst für eine umfassendere Organisation sorgen. (Lebhafter Beifall.)

Schumeier-Wien: Den Genossen in Oesterreich wird derjenige Beschluß am besten gefallen, der da fordert, daß die Maifeier durch allgemeine Arbeitsruhe begangen wird. Bei uns liegen die Verhältnisse anders als in Deutschland, wo die Partei ihre Stärke bei den Wahlen zeigen kann. Wir werden ja im nächsten Jahre auch den Versuch machen, natürlich brauchen wir dazu Geld. (Heiterkeit.) Es kann uns kosten, was es will, der erste Mai wird bei uns durch allgemeine Arbeitsruhe gefeiert. Wenn auch die bedauerlichen Vorgänge im Vorjahre, wo es im Prater zu einer förmlichen Schlacht gekommen ist, die bürgerliche Presse zu dem Jubelruf verleitet haben, daß es mit der Maifeier in Wien vorüber ist, so erkläre ich doch hier in Deutschland: Wir werden in Wien an der Maifeier nach wie vor festhalten. Allerdings werden wir darauf sehen, daß solche Unfälle in Zukunft verhütet werden. Die Maßregelungen schaden uns nicht. Ebenso wie Taaffe — es ist dies vielleicht sein einziges Verdienst — dadurch, daß er in einer einzigen Nacht 300 Genossen

ausgewiesen hat, 300 Agitatoren schuf, ebenso werden auch diejenigen, die infolge der Maifeier gemaßregelt werden, um so energischer für die Partei agitiren, und wir haben den Vortheil davon. Hoffentlich erleben wir es noch, daß auch in Deutschland am 1. Mai jede Arbeit ruht!

Müller-Camenz hat die Erfahrung gemacht, daß in seiner Provinz das Unternehmerthum der Feier des 1. Mai nichts entgegengesetzt hat. (Zuruf: Das ist aber eine Seltenheit!) Ja, das gebe ich zu, aber wenn mit der Feier des 1. Mai keine weiteren Forderungen verbunden werden, so wird das Unternehmerthum mehr und mehr sich damit einverstanden erklären. Wir müssen die Forderung des Achtstundentages mehr in den Vordergrund stellen und für eine vollständige Durchführung der Arbeitsruhe eintreten, wenn es auch harte Kämpfe erfordert.

Bömelburg-Hamburg: Es kommt wenig darauf an, welche von den beiden Resolutionen angenommen wird. Viel wichtiger ist die Frage, wer sich an der Feier des 1. Mai durch Ruhenlassen der Arbeit betheiligt. In der Hauptsache sind es kleine Geschäftsleute und Handwerker. Die Organisationen der Arbeiter sind noch nicht stark genug, um einen Einfluß auf die Verkürzung der Arbeitszeit durch Arbeitseinstellung am 1. Mai auszuüben. Verstärkung der Organisation, das ist die Losung, die überall am 1. Mai erhoben werden muß. Agitatoren werden durch Maßregelungen, soweit sie Familienväter betreffen, nicht geschaffen, im Gegentheil, gemaßregelte Familienväter gehen für die Agitation verloren. (Sehr richtig!) Den Arbeiterorganisationen muß selber die Entscheidung darüber überlassen bleiben, ob sie stark genug sind, die Arbeitsruhe durchzuführen. (Sehr richtig.) Wer verlangt, daß die Arbeitsruhe grundsätzlich am 1. Mai durchgeführt wird, legt der Partei damit die Verpflichtung auf, für die Opfer der Arbeitseinstellung zu sorgen. Kann die Partei eine solche Verpflichtung übernehmen? Unsere paar Kröten würden bald zu Ende sein. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird, nachdem Hildebrandt-Stuttgart dafür, Voigt-Berlin dagegen gesprochen, angenommen.

In seinem Schlußwort stimmt **Gerisch** den Ausführungen Bömelburg's zu: Wenn wir die Arbeitsruhe am 1. Mai durchführen, dann haftet die Partei auch ökonomisch für alle Folgen. Nun klang die heutige wie die gestrige Rede Schumeier's immer in einen Refrain aus, der auch lebhaft an die Schreiben des Kandidaten Jobstes an seine lieben Eltern erinnerte: „Vergeßt nur die zwölf Dukaten nicht!" (Große Heiterkeit.) Wenn aber unsere Parteikasse leer wird durch die Folgen der Maifeier, dann haben wir auch diese zwölf Dukaten nicht. (Heiterkeit und Beifall.)

Bei der Abstimmung wird Antrag 64 mit großer Majorität abgelehnt; die Resolution Gerisch dagegen mit großer Mehrheit angenommen.

Mit der Annahme dieser Resolution sind alle übrigen Anträge erledigt.

Der nächste Punkt ist die **Berichterstattung über den Internationalen Kongreß in London.**

Dazu liegt nur der Antrag 77 vor.

Berichterstatter **Bebel**: Parteigenossen! Ich habe keine Veranlassung genommen, Ihnen eine Resolution vorzulegen, und ich weiß auch nicht, ob der Antrag 77 zu empfehlen ist. Es handelt sich auf diesem Parteitage weit weniger um eine Stellungnahme zu den Beschlüssen des Londoner Kongresses, als darum, Ihnen in allgemeinen Zügen ein Bild zu entwerfen von seiner Bedeutung und der Wirkung, die er auf die Gestaltung der englischen Arbeiterbewegung haben kann.

1893 haben wir es in Zürich mit der größten Genugthuung begrüßt, als die Trades-Unions, die die weitaus große Mehrheit der englischen organisirten Arbeitermassen umfassen, und in denen der Sozialismus und die auf inter-

nationale Verbrüderung gerichteten Bestrebungen bisher vergleichsweise sehr wenig Boden gefunden hatten, ihre Zurückhaltung aufgaben und uns einluden, den nächsten Kongreß in England abzuhalten. Um den englischen Gewerkschaften entgegenzukommen, erklärten wir uns auch bereit, die Einladung zum Kongreß dahin abzuändern, daß es hieß: Internationaler Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß. Wir freuten uns darüber aus dem Gesichtspunkte, weil es für uns von großer Wichtigkeit war, uns durch eigenen Augenschein zu überzeugen, wie die Dinge in England liegen. Wenn die Vertreter der englischen Trades-Unions und vermuthlich auch die Mehrheit der Arbeiter, die hinter ihnen stehen, mit dem Verlaufe des Kongresses nicht zufrieden waren, ja sogar mit einer gewissen Mißstimmung den Kongreß verließen, so waren daran Verhältnisse schuld, die außerhalb der Macht unserer Delegirten lagen. Der englische Trades-Unionismus hat noch keinen Anschluß an den Sozialismus genommen, er schreitet zunächst noch langsam in dieser Richtung vor. Andererseits sind im Laufe der letzten Jahrzehnte in England sozialistische Organisationen entstanden, die sich allerdings nicht entfernt mit der Anhängerzahl der Trades-Unions messen können. Neben den Trades-Unions, die ihre Stellungnahme zu den großen politischen Fragen immer von Fall zu Fall bemessen, sind aber im Laufe der Jahre Organisationen auf direkt sozialistischem Boden entstanden, so die Sozialdemokratische Föderation und die Sozialistische Liga. Letztere hat dadurch, daß ein großer Theil ihrer Mitglieder sich dem Anarchismus zuwandte, der ja überall da, wo er einen gewissen Einfluß auf Arbeiterorganisationen erlangt, zersetzend wirkt, sehr an Bedeutung verloren und besteht heute nur noch als Schatten. Es besteht in England ferner die Unabhängige Arbeiterpartei, die aus der Mitte der Trades-Unions hervorgegangen ist, deren gesammte Führer mehr oder weniger eine Rolle in der englischen Trades-Unions-Bewegung spielen und die infolgedessen weit mehr als die Sozialdemokratische Föderation Einfluß auf die Trades-Unions im Sinne des Sozialismus gewinnen dürfte. Auf dem Kongreß war noch eine dritte Organisation vertreten, die auf sozialistischem Boden steht, aber doch in der grundsätzlichen Auffassung wesentlich von dem Sozialismus der übrigen englischen und der kontinentalen Sozialisten abweicht, die Fabian Society, eine Organisation, wie sie nur unter den ganz eigenartigen englischen Verhältnissen möglich ist. Diese Gesellschaft, die jetzt vielleicht 900 Mitglieder zählt, rekrutirt sich ausschließlich aus Angehörigen der höheren Klassen. Sie leitet ihren Namen her von dem römischen Heerführer Fabius Cunctator und vertritt die Ansicht, daß man langsam vorgehen müsse und den richtigen Moment abzuwarten, dann aber mit aller Macht vorzugehen habe. Den Klassenkampfs-Standpunkt hält sie für falsch und glaubt, daß nur durch das Zusammenwirken der verschiedensten Klassen der Gesellschaft die Ziele des Sozialismus sich verwirklichen lassen. Die Entwickelung der Verhältnisse in England wird lehren, daß das eine falsche Hoffnung ist. Es ist nicht zu leugnen, daß sich die Haltung der englischen Bourgeoisie gegenüber den Arbeitern vortheilhaft von der Haltung der deutschen Bourgeoisie oder der irgend eines anderen Landes auszeichnet. Während wir jahrzehntelang die ausgedehntesten Kämpfe zu bestehen hatten, um nur die kleinsten gesetzlichen Reformen durchzusetzen, ist die englische Bourgeoisie in weit höherem Maße geneigt, den Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, sobald sie einsieht, daß sie auf die Dauer diesen Wünschen keinen Widerstand mehr leisten kann. Daher kommt es, daß die englischen Arbeiter auf Grund der Erfahrungen in ihren gewerkschaftlichen und politischen Kämpfen mehr als die Arbeiter eines anderen Landes zu der Anschauung neigen, es sei überflüssig, eine spezielle politische Partei zu bilden, es genüge, bei den Wahlen ihr Gewicht dafür in die Wagschale zu werfen, daß bürgerliche Vertreter ins Parlament kommen, die das durchsetzen, was sie für nothwendig halten. Dieses

Verhältniß der verschiedenen Klassen in England zu einander ist allerdings das Produkt einer Jahrhunderte langen Entwickelung, die grundverschieden ist von der auf dem Kontinent. England war durch Jahrhunderte das führende Land in der Kulturwelt in Bezug auf Handel und Verkehr, es war bis vor Kurzem der größte industrielle Staat der Welt, und die englische Bourgeoisie war in Folge dessen in der Lage, mit ganz anderen materiellen Machtmitteln rechnen und deshalb ihren Arbeitern viel mehr entgegenkommen zu können, als irgend eine Bourgeoisie des Kontinents. Und was sie konnte, das that sie auch. Das hat wesentlich dazu beigetragen, der Gewerkschaftsbewegung in England diesen eigenthümlichen Geist zu geben, der es mit sich brachte, ihre Kämpfe anders zu führen, als es auf dem europäischen Kontinent der Fall ist. Im letzten Jahrzehnt haben sich aber diese Verhältnisse sehr geändert. England sind mächtige Konkurrenten auf allen Gebieten des Weltmarktes erwachsen, und namentlich hat die Entwickelung der nordamerikanischen und der deutschen Industrie dazu beigetragen, daß die Vorrechtsstellung Englands auf verschiedenen Gebieten des Weltmarktes zurückgedrängt worden ist. Die bedeutendsten Staatsmänner und die einflußreichsten Industriellen Englands bemühen sich gegenwärtig, nach geeigneten Vorschlägen zu suchen, um die Vorherrschaft Englands aufrecht zu erhalten und die unbequeme Konkurrenz Amerikas und Deutschlands wieder zurückzudrängen. Das ist allerdings unmöglich, denn auch der Weltmarkt hat seine Begrenzung. Wenn selbst im Laufe der nächsten Jahre die europäischen Industrieprodukte Aussicht haben, in viel höherem Maße als gegenwärtig auf dem asiatischen Markte, speziell in China zur Geltung zu kommen, so darf man nicht vergessen, daß, wenn einmal dieses kolossale Absatzgebiet eröffnet wird, mittlerweile auch die Konkurrenzfähigkeit Rußlands so gewachsen ist, daß die erwarteten Wirkungen ausbleiben müssen. Schließlich droht China sogar mit seiner großen, geschickten und bedürfnißlosen Bevölkerung und seinem kolossalen Bodenreichthum ein sehr gefährlicher Konkurrent für die europäische und amerikanische Industrie zu werden. Europäisches Kapital selber wird die Entwickelung des Industrialismus in China fördern. In kleinerem Umfange sehen wir diese Entwickelung sich in Japan bereits vollziehen. Die englische Industrie und der englische Handel haben also keine Aussicht, künftig ihre Position auf dem Weltmarkte wesentlich zu verbessern; im Gegentheil, sie wird immer mehr bedroht neuerdings auch durch die Konkurrenz Indiens. Der internationale Konkurrenzkampf wird trotz aller Erweiterungen des Weltmarktes immer schwieriger. Die Zeit läßt sich also absehen, wo die englische Industrie und mit ihr auch der englische Arbeiter aus der bevorrechtigten sozialen Position gedrängt werden, die sie jetzt dem Festlande gegenüber einnehmen. Dieser Einsicht verschließen sich die englischen Arbeiter nicht.

Wenn sich also bis jetzt noch kein Anschluß der englischen Trades-Unionisten an den Sozialismus vollzogen hat, so ist dagegen bereits die Erkenntniß von der Nothwendigkeit vorhanden, mit den Arbeitern der ganzen Kulturwelt gemeinsame Sache gegen den Kapitalismus zu machen. Dieses Bestreben ist bereits so stark geworden, daß z. B. die englische Bergarbeiter-Gewerkschaft es durchgesetzt hat, einen internationalen Kongreß der Bergarbeiter alle Jahre stattfinden zu lassen, was sogar nach der Ansicht unserer deutschen Bergarbeiter des guten ein bischen zu viel ist. (Sehr richtig!)

Kurz, die Exklusivität und souveräne Geringschätzung der Trades-Unions gegen die kontinentalen Arbeiter ist mehr und mehr geschwunden. Damit ist der erste Schritt gethan, um der kapitalistischen Gesellschaft in der ganzen Welt die Axt an die Wurzel zu legen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Gang der Entwickelung wird sein, daß auch die englische Arbeiterklasse in absehbarer Zeit zum Sozialismus übergeht, wenn auch Niemand im Stande ist, zu sagen, bis wann sich das in England vollziehen wird. Diese Ideenentwickelung nach Mög-

lichkeit zu fördern, war eine unserer Hauptaufgaben auf dem Kongresse zu London. Leider muß ich da aussprechen, daß wir bei denen, auf die wir bei der Ausführung dieser Pläne in England am meisten rechnen mußten, am wenigsten Unterstützung gefunden haben. Was geschah? Zunächst entstand eine gewisse Rivalität zwischen der Independent Labour Party und der Social-democratic Federation auf der einen Seite, diesen kleinen Organisationen, und den Trades-Unions andererseits. Ihre Kleinheit und Schwäche gegenüber den Trades-Unions suchten erstere durch eine so große Zahl von Delegirten auszugleichen, daß sie die letzteren überstimmen konnten; sie gingen alsdann in der Weise vor, daß sie dieselben majorisirten und sie nur in verhältnißmäßig schwacher Zahl in die Komité's wählten. Sie erzeugten dadurch eine Mißstimmung, die eine unangenehme Wirkung auf den Verlauf des Kongresses ausüben mußte. Ja, die Sozialdemokratische Föderation stellte schließlich sogar einen Antrag, dessen Annahme den Ausschluß der englischen Trade-Unions von den künftigen internationalen Kongressen zur Folge gehabt haben würde. Wenn man in den Kreisen der Genossen nicht besser einsieht, wie man den Trades-Unions gegenüber sich zu verhalten hat, dann werden wir allerdings noch länger darauf warten müssen, daß diese von sozialistischem Geiste erfüllt werden. Daß dieser Geist trotzdem zunimmt, kann Niemand leugnen. Ich erinnere an die Resolution, die der Kongreß in Norwich annahm, der eine Verwandlung der gesammten Produktionsmittel, des Grund und Bodens, der Bergwerke u. s. w. in Gemeineigenthum verlangte. Auf dem Kongreß in Edinburg verhinderte man durch die Mittel der Geschäftsordnung eine nochmalige Abstimmung über die Norwicher Resolution und verhütete so die Mißstimmung, die eingetreten wäre, falls der Edinburger Kongreß anders entschied wie sein Vorgänger.

Die Logik der Thatsachen wird im Laufe der nächsten Jahre die Trades-Unions mit sozialistischem Geiste durchdringen. Dagegen glaube ich nicht, daß die Trades-Unions eines Tages zu einer rein sozialistischen Organisation werden, was sie, soweit die politische Bewegungsfreiheit in Frage kommt, in keinem Lande so leicht können, wie gerade in England. Noch einmal will ich es aussprechen: Die gewerkschaftliche Organisation ist eine absolute Nothwendigkeit für die Arbeiterbewegung! Ueber das Maaß der Aufgaben, die der Gewerkschaftsbewegung zufallen, mag man streiten, es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß wir die Gewerkschaften mit allen Mitteln auszubauen haben, daß jeder Arbeiter die Verpflichtung hat, einer bestimmten Gewerkschafts-Organisation beizutreten. (Beifall.) Niemals aber wird es einer rein gewerkschaftlichen Organisation möglich sein, die politischen Aufgaben zu erfüllen, die für die Arbeiterklasse zu erfüllen sind. Die Tageskämpfe nehmen die Gewerkschaften über alle Maßen in Anspruch, die gewerkschaftlichen Führer sind mit Arbeiten so überlastet, daß sie ihre Kraft nicht im nothwendigen Umfange den allgemeinen politischen Aufgaben zuwenden können. Die politische Thätigkeit der Sozialdemokratie erfordert aber eine fortgesetzte Aufklärungsarbeit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Zur Erfüllung dieser Aufgabe reicht auch die Gewerkschaftspresse nicht hin. Die Grenzlinie zwischen der Thätigkeit der Partei und der der Gewerkschaften ergiebt sich also von selbst.

Ich glaube also nicht, daß einstmals die englischen Gewerkschaften sich als politische Partei konstituiren werden, wohl aber meine ich, daß sie bald so von sozialistischem Geiste durchtränkt sein werden, daß sie auf eine politische Organisation der Arbeiterklasse hinarbeiten und so eine Macht werden, die im Stande ist, die Staatsgewalt zu erobern, die sich, wenn einmal erst die englischen Arbeiter das nöthige Maß von Einsicht erlangt haben, in keinem Lande so leicht von der Arbeiterklasse erobern läßt, wie gerade in England. Den heftigen Auslassungen einiger englischer Gewerkschaftler auf dem letzten Trades-Unions-Kongreß über den internationalen Kongreß lege ich keine große Bedeutung bei.

Bedauerlich ist nur, daß John Burns, den ich meinen Freund nannte, für die englische Arbeiterbewegung verloren ist. Seine Stellung ist eine unmögliche geworden. Sogar sein Erscheinen auf dem internationalen Kongreß war eine Unmöglichkeit geworden. Seinen Gegensatz zum Sozialismus und seinen Führern in England hat er dadurch zum Ausdruck gebracht, daß er, nachdem der Kongreß geschlossen war, in der ungezogensten Weise über seine Beschlüsse hergezogen ist. Große Hoffnungen waren auf Burns gesetzt worden. Er ist ein glänzender Redner, ein geborener Organisator und im Besitze einer großen Energie. Mehr wie jeder andere schien er der berufene Führer einer sozialistischen Partei Englands zu sein. Das ist nun vorbei. Er hat freilich immer noch den Glauben, daß erst alle anderen sozialistischen Führer abwirthschaften müssen, um dann ihr Erbe anzutreten. Ich glaube, er wird sich täuschen, seine Stunde wird nicht mehr kommen.

Ein weiteres wichtiges Moment auf dem Kongreß war der dreitägige Zank mit den Anarchisten. Selbstverständlich konnte man nichts gegen die Anwesenheit solcher Männer von anarchistischer Anschauung einwenden, die sich als Mitglieder einer Gewerkschaft das Vertrauen ihrer Kollegen und Arbeitsgenossen erworben hatten und als deren Vertreter erschienen. Darüber waren wir alle einig. Daneben aber erschienen auf dem Kongreß Vertreter rein anarchistischer Organisationen, namentlich 5 Deutsche, unter ihnen der bekannte Landauer, der sich, entsprechend der durchaus harmlosen, ungefährlichen Wendung, die der Anarchismus neuerdings bei uns genommen hat, sogar zum Vertreter einer Konsum-Genossenschaft aufgeschwungen hatte. (Heiterkeit.) Wir machten den Herren in unserer Sektion bald klar, daß wir Vertreter von Konsum-Genossenschaften nicht annehmen könnten und daß nach dem bekannten Beschluß von Zürich Anarchisten als Vertreter rein anarchistischer Gruppen ein für alle Mal ausgeschlossen seien. Es ist fast unbegreiflich, wie der Kongreß drei Tage seiner kostbaren Zeit mit diesen Debatten verbringen konnte, nachdem in Zürich nach zweitägiger Debatte die von Adler, Bernstein und mir eingebrachte Resolution mit an Einstimmigkeit grenzender Mehrheit angenommen worden war, und darauf die Anarchisten, darunter Landauer, Werner und Genossen den Kongreß verlassen hatten. Es gehörte also ein großes Maß von Unverfrorenheit dazu, dennoch nach London zu kommen und alle Mittel zu versuchen, um Zutritt zu erhalten. Freilich, wer den Anarchismus kennt, wundert sich nicht darüber. In allen Ländern sind die Anarchisten nur noch eine kümmerliche Sekte, mit denen sich eine Debatte nicht mehr verlohnt, und klammerten sie sich krampfhaft an uns, um überhaupt auf einem wirklichen Arbeiterkongreß erscheinen zu können. Will ich mit Jemand gemeinsam berathen, so muß ich mich auf einen gemeinsamen Boden mit ihm stellen können und die Gewißheit haben, daß ich ihn überzeugen oder belehren kann. (Sehr richtig.) Das kann man aber bei den Anarchisten nicht voraussetzen. Nachdem sie in Deutschland die blödsinnige Agitation für die Propaganda der That aufgegeben haben, sind sie sogar auf Herrn v. Egidy herabgekommen (Heiterkeit), ein Beweis, was für Konfusionarii die Herren sind. Es wäre schmählichste Zeitvergeudung gewesen, wenn wir uns mit den Anarchisten in Debatten eingelassen hätten, die schließlich doch nur in Skandal ausgeartet wären. Im Verlaufe der dreitägigen Debatte verließen sogar die Engländer ihren sogenannten Gerechtigkeitsstandpunkt, den sie Anfangs eingenommen hatten, weil sie der Ansicht waren, man müsse jede Ansicht zum Ausdruck kommen lassen, und so kam es, daß die Zulassungsbedingungen für den nächsten internationalen Kongreß unter Zustimmung des gesammten Kongresses mit Ausnahme eines kleinen Theils der Franzosen angenommen wurde, wodurch die Anarchisten ausgeschlossen sind.

Allerdings war durch diese Verhandlungen, verbunden mit den Skandalszenen, die aus ihnen resultirten, die kostbarste Zeit für die Erledigung der

eigentlichen Tagesordnung des Kongresses verloren gegangen. Nur durch die ruhigen und sachlichen Verhandlungen in den Sektionen, wo wir ohne Anarchisten arbeiteten, wurde es möglich, die Beschlüsse zu formuliren, die später der Kongreß annahm.

Freilich ist die eine oder andere Resolution derart ausgefallen, daß wir Deutsche nicht für sie stimmen konnten; ich erinnere an die Erziehungsresolution, wo man sich viel zu sehr von radikalen Phrasen beherrschen ließ.

Das ist in der Hauptsache das Bild, das ich Ihnen von dem Londoner Kongreß zu geben habe. Ich erinnere schließlich noch daran, daß beschlossen ist, den nächsten internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftskongreß 1899 in einer deutschen Stadt stattfinden zu lassen. Wir haben uns alle Schwierigkeiten, die der Abhaltung eines internationalen Kongresses in dem polizeilich regierten Deutschland entgegenstehen, nach allen Seiten gründlich überlegt. Es kommt hinzu, daß unter den Männern, die für internationale Kongresse nun einmal unentbehrlich sind, eine Anzahl sich befindet, die, besonders aus Preußen, ausgewiesen sind. Es mußten also auch die geographischen Schwierigkeiten der Reise nach dem Kongreßorte innerhalb Deutschlands berücksichtigt werden. (Heiterkeit.) Es ist uns aber möglich geworden, nicht nur einen, sondern mehrere deutsche Staaten zu finden, in die hineinzukommen für jene Kongreßtheilnehmer möglich ist. Selbstverständlich ist die Voraussetzung, daß 1899 nicht ein besonders östlicher Wind weht und von gewisser Seite nicht ein Druck auf die betreffenden Staaten und Städteverwaltungen ausgeübt wird und so uns die Sache unmöglich macht. Ich glaube aber, man wird sich gegenüber der gesammten internationalen Welt ein wenig schämen. (Rufe: Na! Na! Heiterkeit.) — Sie sehen, daß ich trotz aller bösen Erfahrungen ein unverbesserlicher Optimist bin. (Große Heiterkeit.) Ich persönlich bin auch noch insofern an der Abhaltung eines Kongresses in Deutschland besonders interessirt, als es mir, wie Sie wissen, nicht möglich sein würde, an einem Kongreß in Frankreich theilzunehmen. (Heiterkeit.) Aber das sind Nebensachen. Ob der einzelne dabei sein kann oder nicht, spielt keine Rolle. Jedenfalls bin ich davon überzeugt, daß alle Genossen freudig bereit sein werden, auch unter Aufwendung großer materieller Opfer, die die deutsche Partei ja leichter wie jede andere bringen kann, dem nächsten Kongreß eine würdige Stätte zu bereiten und alles zu thun, damit seine Verhandlungen einen Verlauf nehmen, mit dem wir und unsere ausländischen Genossen, als unsere Gäste, zufrieden sein können. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Die Mittagpause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

Um $2^1/_2$ Uhr eröffnet **Bock** die Sitzung mit der Mittheilung eines Telegramms aus Großsteinheim, wonach wir bei der Wahlmänner-Abstimmung im Offenbacher Landkreise mit 28 gegen 19 Stimmen gesiegt haben. Nachdem der lebhafte Beifall sich gelegt hat, wird die Debatte über Punkt 6 (Internationaler Kongreß) eröffnet.

Liebknecht: Nur einigen Mißverständnissen, die die Rede des Referenten hervorrufen könnte, möchte ich vorbeugen. Es ist nicht ganz richtig, daß die Independent Labour Party engere Beziehungen zu den Gewerkschaften hat als die sozialdemokratische Föderation. Gerade die letztere verpflichtet ihre Mitglieder, in den Gewerkschaften sich zu bethätigen. Prinzipielle Differenzpunkte zwischen den beiden Richtungen giebt es überhaupt nicht. Nur Traditionen und persönliche Dinge verhindern vorläufig noch die Einigung. Auch der Behauptung, daß den Trades-Unions bei der Vertretung in den Kommissionen Unrecht geschehen sei, kann ich nicht beipflichten. Ich habe mich auf das

genaueste erkundigt und bin über die Berathungen und Beschlüsse des vorbereitenden Komités eingehend unterrichtet. Dort wurde beschlossen, daß ein Trades-Unionist den Kongreß eröffnen sollte. Ebenso war ihnen der richtige Prozentsatz der Vertretung in den Kommissionen gegeben. Richtig ist, daß unter einzelnen Gewerkschaftsführern Mißstimmung über den Kongreß entstanden war und daß sie sich an den Wahlen nicht betheiligten. Es war ferner ausgemacht worden, daß die Frage der Zulassung der Anarchisten gleich in der ersten Sitzung abgemacht werden sollte, es wäre auch alles nach Wunsch gegangen, wenn nicht der Vorsitzende gerade vor der entscheidenden Abstimmung sich durch das Dazwischenschreien einiger Krakehler auf den Tribünen hätte irritiren und zur Aufhebung der Sitzung hätte bestimmen lassen; am nächsten Tage erhielt der Streit frische Nahrung dadurch, daß unsere französischen Genossen, die nicht für genügende Vertretung gesorgt hatten, sich in ihrer Sektion durch eine handvoll von Anarchisten mit Scheinmandaten hatten überstimmen lassen. Was **Bebel** in Bezug auf John Burns gesagt hat, ist leider richtig. Es ist unter den dortigen Genossen kein Zweifel, daß er sich vollständig an die bürgerlichen Parteien angeschlossen hat und für uns verloren ist. Der Artikel, den er an das verkommenste der französischen Bourgeoisblätter über den Kongreß geschrieben hat, beweist, daß er nicht mehr zu uns gehört. Schon vor dem Kongreß hatte er sich aber bereits direkt gegen den Sozialismus und die sozialistische Partei erklärt. Mir gegenüber hat einer der Führer unserer englischen Genossen der Hoffnung Ausdruck gegeben, es werde möglich sein, eine Verständigung der sozialdemokratischen Föderation mit der Independent Labour Party anzubahnen und später eine vollkommene Verschmelzung. — **Bebel** hat vollkommen recht, die Trades-Unions, die größte Arbeiter-Organisation der Welt, sind auf dem Wege in das sozialistische Lager. Während des Kongresses und nachher hat die bürgerliche Presse versucht, die Trades-Unionisten gegen den Kongreß aufzuhetzen, aber es ist ihnen nicht gelungen. Der Kongreß wirkte nur auf einige Führer verstimmend, auf die Masse der Trades-Unionisten wirkte die Sachlichkeit der Debatten der drei letzten Tage nur günstig.

Noch ein Wort über den **Anarchismus**. **Bebel** hat ja schon darauf hingewiesen, daß die Anarchisten, die so außerordentlich radikal thun, in Wirklichkeit politisch wie ökonomisch ganz rückständig sind. So ist in Frankreich Brousse, dem wir niemals weit genug gingen, auf die Gewerkschaften gekommen; und in Deutschland sind die Anarchisten jetzt zu den Schulze-Delitzsch'schen Genossenschaften heruntergestiegen. Ein Beweis dafür, daß der Anarchismus seinen Ursprung in der bürgerlichen Gesellschaft hat, denn das Programm des heutigen Anarchismus ist das, welches vor etlichen 30 Jahren von Schulze-Delitzsch aufgestellt wurde. Im Ganzen können wir mit dem Verlauf des Kongresses zufrieden sein. Es besteht kein Zweifel, daß die beiden sozialistischen Parteien in England sich allmälig zu einer sozialistischen Arbeiterpartei vereinigen werden und daß die Trades-Unionisten durch die Logik der Thatsachen unwiderstehlich in das Lager der Sozialdemokratie getrieben werden.

Grenz-Leipzig: Ich bin von einigen Genossen hier ironisch als Anarchist begrüßt worden, ohne jeden Grund. Anarchistische Anwandlungen habe ich durchaus nicht, wie ich im vorhinein versichern will. Das Recht der freien Meinungsäußerung ist gestern hier wiederholt proklamirt. Von diesem Recht der freien Meinungsäußerung will ich nun auch Gebrauch machen. Ich bin nicht damit einverstanden, daß man die Anarchisten von dem Internationalen Kongresse ausgeschlossen hat. (Unruhe.) **Bebel** hat die Anarchisten als eine Handvoll Krakehler bezeichnet. Wenn das der Fall, hätte ich auch nichts dagegen, wenn sie ausgeschlossen wurden. Aber der Genosse aus Holland hat uns gesagt, daß es dort einigen Führern gelungen ist, einen großen Theil der

organisirten Arbeiter Hollands ins anarchistische Lager zu führen. Nicht auf die sogenannten Führer kommt es mir an, sondern auf ihren Anhang. Und da ist doch wohl ein gemeinsamer Boden vorhanden. Das Proletariat theile ich in zwei Theile. (Lachen.) Der eine will die bestehenden Verhältnisse reformiren, der andere ihre Grundlage sofort beseitigen. Der Anhang der Anarchisten, das sind Arbeiter, die da meinen, es müßte ein bischen schärfer gehen, es geht zu langsam. Mit diesen haben wir doch den gemeinsamen Boden, daß wir gegen die kapitalistische Gesellschaft kämpfen. Ich hätte es nicht für gefährlich gehalten, wenn die Anarchisten zum Kongreß zugelassen worden wären. Bindende Beschlüsse kann ein internationaler Kongreß ja doch nicht fassen. Wir debattiren ja im Reichstag auch mit Gegnern. Die drei Tage, die über die Frage ihrer Zulassung debattirt worden ist, hätten besser dazu verwendet werden sollen, ihnen die richtige Meinung vom Sozialismus beizubringen. (Lachen.) Redner erklärt, daß er sich der Abstimmung in dieser Sache enthalten werde. Die Majorität der Leipziger Genossen sei mit dem Ausschluß der Anarchisten einverstanden gewesen. Er sei anderer Meinung und **Schoenlank** habe in der Leipziger Parteiversammlung sogar die Frage aufgeworfen, ob ein Mann mit einer solchen Ansicht einen Vertrauensposten in der Partei erhalten könne. Trotzdem sei er von den Leipzigern delegirt worden.

Schoenlank: Weder ich noch irgend einer von Ihnen wird dem Genossen **Grenz** das Recht bestreiten, eine eigene Meinung zu äußern. Aber der Parteitag ist nicht der Ort, sich über die Privatansichten des Vorredners zu unterhalten, nachdem die allein kompetente Stelle, eine Leipziger Volksversammlung, am 27. August mit erdrückender Mehrheit in einer Resolution die Beschlüsse des Kongresses gebilligt und das Verhalten der Anarchisten getadelt hat. Damit ist für uns die Sache erledigt.

Hildenbrand-Stuttgart: Wenn ich auch nur einen Augenblick die Absicht hatte, die Ausführungen des Genossen **Grenz** zu unterstützen, so hat mich eine Volksversammlung in Stuttgart, in der der Ober-Anarchist Landauer sprach, gründlich davon kurirt. Landauer erklärte: daß es sich für ihn nicht darum handelt, sich auf internationalen Kongressen mit den Sozialdemokraten auseinanderzusetzen, sondern Agitation für den Anarchismus zu betreiben. Da wir aber ernstere Dinge zu thun haben, so ist es nur zu billigen, daß der Kongreß die Anarchisten ausgeschlossen hat.

Vliegen-Holland: Da wo das allgemeine Wahlrecht besteht, werden die Arbeiter von selbst vom Anarchismus zurückgehalten. Aus diesem Grunde konnte z. B. die niederländische Arbeiterbewegung nicht den Charakter annehmen wie die belgische, und nur dadurch haben bei uns die Anarchisten größeren Einfluß erlangt. Unzufriedenheit treibt, wenn man kein Mittel zur Abhilfe kennt, die Leute dem Anarchismus in die Arme. So hat die mißlungene Landarbeiterbewegung bei uns auch zum Stärkerwerden des Anarchismus beigetragen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß auch bei uns der Anarchismus bald verschwindet und daß man in drei Jahren nichts mehr davon weiß. Was den Vergleich mit der Bourgeoisie betrifft, mit der wir in den Parlamenten verhandeln, so darf man nicht vergessen, daß wir dort mit ihnen nicht paktiren, sondern sie bekämpfen. Im übrigen stehen uns die Anarchisten so fern wie die Bourgeoisie. Fragen Sie einen Stumm oder einen anderen von diesen altmodischen Reaktionären über den Arbeiterschutz und sie werden dieselbe Antwort bekommen wie von den Anarchisten.

Schöpflin: Die Anarchisten bei uns in der Lausitz haben offen erklärt, nach London zu gehen, um dort für sich Propaganda zu machen. Wir haben mit diesen Burschen nur eine große Portion Scherereien. Wenn wir uns auch mit ihnen einlassen wollten, so ist es ja garnicht möglich, mit ihnen

wirklich zusammen zu arbeiten, ihnen allen fehlt etwas im Oberstübchen. Durch alle mögliche Lektüre sind sie verdreht geworden, bis endlich die allgemeine Explosion in ihrem Kopfe kam. (Heiterkeit.)

Liebknecht: Der Delegirte aus Leipzig hat den Grundsatz aufgestellt, man müsse mit den Anarchisten diskutiren, wie im Reichstag mit den anderen Parteien. Die internationalen Kongresse sind aber Parlamente, nicht für die Vertreter aller Parteien, sondern nur für die Vertreter des im Klassenkampf stehenden Proletariats aller Länder — sie sind dazu da, die Grundlagen für die Verwirklichung der Forderungen des Proletariats aufzubauen. Unsere Kongresse sollen keine Schwatzkränzchen sein, in denen mit Krethi und Plethi über Fragen, die für uns längst abgethan sind, leeres Stroh gedroschen wird. In einer so ernsten Angelegenheit lassen wir uns durch eine Handvoll Schreier, die, so weit sie wissen was sie wollen, unsere Feinde sind, nicht stören. Wo über Arbeiterinteressen, Arbeiterschutz und dergleichen wirklich zu reden in London Gelegenheit war, haben sie geschwiegen. Sie haben den Kongreß nur benutzen wollen als Piedestal, von dem aus sie gesehen werden wollten, da man sie wegen ihrer Kleinheit sonst nicht sieht. In die Gewerkschaften drängen sie sich jetzt mit Vorliebe, nach einem offenbaren Plan. Dem muß man einen Riegel vorschieben, denn sind erst einige dieser Burschen in einer gewerkschaftlichen Organisation, dann ist es schwer, sie wieder herauszubekommen. (Sehr wahr.) Wir müssen das Recht der freien Meinung respektiren, sagt Grenz. Gewiß! Wer hindert sie denn, ihre eigenen Kongresse abzuhalten. (Sehr richtig!) Das können sie aber nicht, weil sie nichts anderes machen können, als Skandal. (Beifall.)

Leutert-Apolda weist die Ansichten von Grenz zurück. Der Anarchismus ist die verkörperte Selbsthilfe Schulze-Delitzsch's, die ins Faustrecht ausgeartet ist. Ein Vertrauensvotum für den internationalen Kongreß hält Redner aber für überflüssig. Daß die Anarchisten ausgeschlossen bleiben, hält er dagegen für selbstverständlich.

Vier Schlußanträge liegen vor.

Timm für den Schluß: Die Anarchisten sind nicht soviel werth, daß wir uns mit diesen Stänkerfritzen lange aufhalten. (Heiterkeit.)

Der Schluß wird angenommen.

Beyer-Leipzig stellt fest, daß die Leipziger Genossen geschlossen den Ausschluß der Anarchisten billigen.

Das Schlußwort hat **Bebel:** Liebknecht hat mich zum Theil mißverstanden. Ich habe nicht gesagt, daß die Independent Labour Party den Gewerkschaften näher stehe, als die sozialdemokratische Förderation, sondern daß der größte Theil ihrer Anhänger aus den Gewerkschaften selbst hervorgegangen ist. Ich bin noch jetzt der Meinung, daß, wenn man von Seiten des Bureaus in London richtig vorgegangen wäre, es unmöglich gewesen wäre, der Anarchisten wegen drei Tage zuzubringen. Nur der Züricher Beschluß konnte maßgebend sein, sonst würde der nächste Kongreß wieder das Recht haben, entgegen dem Londoner Beschluß die Anarchisten zuzulassen. (Sehr richtig.) Daß Grenz kein Anarchist ist, davon bin ich überzeugt. Er hat aber eine ganz schiefe Anschauung von den Anarchisten. Für uns ist die Verbesserung der materiellen Lage des Proletariats auf dem Boden der jetzigen Gesellschaft nur dazu da, um unseren Kampfboden so günstig wie möglich zu schaffen. (Beifall.) Die Anarchisten können gar keinen Kongreß abhalten, denn was wollen sie berathen; es giebt nicht zwei Anarchisten auf der Welt, die dieselben Anschauungen haben. (Heiterkeit und Beifall.) Daß Grenz sich der Abstimmung enthalten will, ist sehr klug von ihm, er wäre sonst der einzige, der gegen die Resolution gestimmt hätte, und man blamirt sich nicht gern. (Heiterkeit.)

Die Resolution der Parteigenossen des Kreises Delitzsch-Bitterfeld:

„Der Kreistag des Delitzsch-Bitterfelder Wahlkreises, welcher am 13. September in Delitzsch stattfand, stellt hiermit der deutschen Delegation des internationalen Kongresses in London ein Vertrauensvotum aus für die von derselben eingebrachte Resolution, welche die fernere Theilnahme der Anarchisten an sozialistischen Kongressen unmöglich macht"

wird einstimmig angenommen. Damit ist Punkt 6 erledigt. Punkt 4 (Arbeiterschutz) und 7 (Frauenagitation) werden auf Wunsch der Referenten vertagt. Es kommt zur Verhandlung Punkt 8 der Tagesordnung: **Organisation.**

Zu diesem Punkte liegt folgende Resolution vor:

„Nachdem durch Maßnahmen des Berliner Polizeipräsidiums, welche durch richterliche Entscheidung in erster Instanz bestätigt worden sind, die im Organisationsstatut der sozialdemokratischen Partei vorgesehene Parteileitung (Vorstand und Kontrolleure) als ein politischer Verein erklärt worden ist, welcher angeblich gegen die Bestimmungen des § 8 des preußischen Vereinsgesetzes verstoßen habe, und die Schließung dieses Vereins ausgesprochen worden ist, protestirt der Parteitag gegen die durch diese Maßnahme bekundete Ausnahmebehandlung unserer Partei. Der Parteitag konstatirt, daß sämmtliche bürgerliche Parteien in Bezug auf ihre Organisation und speziell ihre Parteileitung Einrichtungen haben, welche, wenn sie nach dem Maaßstabe gemessen würden, welcher gegen unsere Parteiorganisation anzulegen beliebt wurde, in viel weitgehender Weise gegen die bestehenden Gesetze verstoßen, als dies bei unserer Organisation der Fall ist. In Erwägung des Umstandes, daß die erstrichterliche Entscheidung gegen unsere Parteiorganisation noch beim Reichsgericht als letzter Instanz anhängig ist, beschließt der Parteitag, bis auf Weiteres von einer Aenderung der Parteiorganisation abzusehen. Der Parteitag billigt die durch die Fraktion aus Anlaß der polizeilichen vorläufigen Schließung des „Vereins Parteivorstand" getroffenen provisorischen Maßnahmen, die Einsetzung eines geschäftsführenden Ausschusses mit dem Sitze in Hamburg und die Leitung der politischen Angelegenheiten der Partei durch die Reichstags-Fraktion, und beschließt, dieses uns aufgezwungene Provisorium bis zur endgiltigen richterlichen Entscheidung resp. bis zu dem nächsten Parteitag aufrecht zu erhalten. Zur Ausführung der Kontrolle über die Handhabung der Parteigeschäfte und als eventuelle Beschwerde-Instanz setzt der Parteitag eine Kontrollkommission ein, welche aus sieben Personen bestehen soll und ebenso wie die Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses auf dem Parteitag zu wählen ist."

Berichterstatter **Auer**: Durch die bekannten polizeilichen Maßnahmen sind wir gezwungen worden, die Organisationsfrage auf die Tagesordnung zu setzen. Wir waren mit der Organisation, die wir uns in Halle gegeben haben, vollständig zufrieden und hätten durchaus keine Ursache, Aenderungen im Organisationsstatut vorzunehmen, wenn wir nicht durch die bekannten Vorgänge dazu genöthigt wären. Wir müssen freilich darauf Rücksicht nehmen, daß die erstrichterliche Entscheidung, wonach die gesammte Parteileitung aufgelöst ist, noch beim Reichsgericht als letzter Instanz anhängig ist und daß wir noch nicht wissen, wie die endgiltige Entscheidung ausfallen wird.

In Bezug auf die Organisation hat sich im Laufe der Jahre innerhalb unserer Partei eine mächtige Wandlung vollzogen; die ursprüngliche Organisation beruhte auf dem Gedanken eines einzigen großen Vereins mit einer über ganz Deutschland verbreiteten Mitgliedschaft. Deshalb war z. B. der Zutritt zu den Generalversammlungen des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins abhängig von der Beitragsleistung der Vereinskasse des betreffenden Ortes. Wollten wir auch heute noch so verfahren und Delegirte aus Orten,

die der Parteikasse gegenüber ihre Pflicht nicht erfüllt haben, nicht zulassen, so würde ich manchen hier sehen, der nicht da ist. (Heiterkeit und Zustimmung.) Natürlich können wir heute nicht zu der alten Organisation zurückgreifen, wir sind heute eine große Partei geworden, die zwar noch bestimmte Zentralaufgaben, ein Zentralorgan, eine Zentralkasse hat, die aber doch über den Rahmen eines Vereins weit hinaus gewachsen ist. Eine Reihe von Aufgaben, die früher von der Zentralstelle aus besorgt wurden, sind jetzt auf die Provinzial-Parteileitungen übergegangen, die infolge dessen auch einen Theil der Beitragsleistungen bekommen. Ein gewisses Maaß von Dezentralisation ist ja nothwendig, aber wir sollen darüber nicht vergessen, daß wir auch gemeinsame Aufgaben haben, zu denen gemeinsame Mittel nothwendig sind. Es handelt sich viel weniger darum, daß diese Mittel in noch reichlicherem Maaße aufgebracht werden, sondern daß bei ihrer Aufbringung ein möglichst großer Kreis von Parteigenossen interessirt ist.

Im letzten Jahre haben nur 251 Orte Deutschlands Beiträge an die Zentralkasse geleistet, während vor Erlaß des Sozialistengesetzes viel mehr Orte an der Aufbringung von Geldern betheiligt waren. Und doch wird niemand bestreiten können, daß heute die Partei eine viel größere Ausbreitung gewonnen hat! Aber das Interesse, an der Aufbringung der allgemeinen Partei-Unkosten durch einen Beitrag betheiligt zu sein, ist im Rückzug begriffen. (Sehr richtig!) Nicht darauf kommt es an, eine möglichst hohe Summe aus den einzelnen Orten herauszuschlagen, obgleich ich denen, die diese hohen Summen eingesandt haben, gewiß keinen Vorwurf machen will. (Heiterkeit.) Im Gegentheil, ich bitte Sie, den alten guten Gewohnheiten auch ferner treu zu bleiben. Ich weiß sehr wohl, daß einzelne Provinzen, z. B. Schleswig-Holstein, eine Provinzial-Organisation haben, die die Beiträge gemeinsam einschickt. Wir wollen diese Organisationen nicht auflösen, wohl aber müssen wir auf die Nothwendigkeit hinweisen, neben den Leistungen für die Provinzialzwecke auch Leistungen für die allgemeinen Parteizwecke nicht zu vernachlässigen. Die Genossen dürfen ihren Gesichtskreis nicht einengen, sie müssen sich erinnern, daß es auch noch eine über ganz Deutschland verbreitete sozialdemokratische Partei giebt. In früheren Jahren wäre mir erwidert worden: Aber lieber Auer, spare Deine Worte, das wissen wir ja alles selbst. Heute hingegen ist es nöthig, darauf hinzuweisen. Ich habe verglichen, was früher und was jetzt aus den einzelnen Orten eingegangen ist.

Die Heimath liegt einem ja immer am nächsten (Heiterkeit), ich spreche deshalb zunächst von Bayern. In Frankfurt ist es seinerzeit zwischen uns und einzelnen bayerischen Genossen zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen, es wurde darauf hingewiesen, daß sich ein gewisser Partikularismus geltend macht, der die Partei schädigt. Im letzten Jahre haben 15 bayerische Orte Beiträge geleistet, und das ist sehr viel für ein Land, wo der agrarische Charakter so stark ausgeprägt ist und die großen Industriezentren fehlen, besonders wenn man die rigorose Anwendung des bayerischen Vereinsgesetzes berücksichtigt. Es kommt bei allen diesen Dingen viel weniger darauf an, ob der Beitrag hoch oder niedrig ist, als darauf, daß die Genossen in den einzelnen Orten sich überhaupt erinnern, daß sie diese Pflicht haben. Es hat das Gefühl dafür nachgelassen, daß wir eine Organisation sind, die auf Leistung und Gegenleistung beruht. Das zeigt auch die Unregelmäßigkeit der Beitragsleistungen. Von den 251 Orten haben nur neun mehr als sechsmal im Jahr Beiträge geleistet; und München ist darunter ohne seine Schuld nur dadurch, daß dort ein stiller Genosse zufällig wohnt, der mit erfreulicher Pünktlichkeit fünf Mark monatlich einsendet. (Heiterkeit.)

Ich appellire an die alten Lassalleaner, die mustergiltig in der Organisation waren, ob es nicht an der Zeit ist, auf die alten Traditionen wieder

zurückzukommen. (Sehr richtig.) Württemberg hat ja seine eigene Organisation und macht Ansprüche an die Zentralkasse nur in äußerst seltenen Fällen; aber das kann es nicht von der Pflicht entbinden, sich gelegentlich doch der Zentralkasse zu erinnern. Der Ueberfluß, den die Württemberger an uns abführen, ist zu gering. Er betrug im Vorjahre nur 310 Mk. Wir müssen neben den Zuschuß-Provinzen auch Ueberschuß-Provinzen haben. Die badischen Genossen haben uns 404 Mk. geschickt (Zuruf!) — ja auch nicht viel — aber sie haben versprochen, ihre Sache in Zukunft besser zu machen, wenn wir ihnen vorerst einen größeren Pump geben. (Heiterkeit.) Am schlimmsten ist es mit Hessen, das doch eine außerordentlich starke sozialdemokratische Bewegung hat. Das Land hat eine starke Industriebevölkerung und wie sehr dieselbe mit uns sympathisirt, das zeigt die soeben verlesene Siegesdepesche — ich glaube, es liegt noch eine zweite vor aus Mainz. Aus ganz Hessen sind im ganzen 50 Mk. an die Zentralkasse abgeführt worden, das ist entschieden zu wenig. Diese Beispiele genügen. Ich will aber nicht unterlassen, zu konstatiren, daß es in einer ganzen Anzahl norddeutscher Provinzen um nichts besser steht und wir es also mit einem weit verbreiteten Uebel zu thun haben; also ich ersuche Sie dringend, meinen Appell zu beherzigen.

Wenn wir das bleiben wollen, was wir sind, die große sozialdemokratische Partei, die politische Vertretung der Arbeiterschaft Deutschlands, dann dürfen wir in bezug auf die zentralistische Gesinnung nicht mehr weiter zurückgehen.

Nun zum andern Theil meiner Aufgabe.

Parteigenossen! Sie wissen aus dem Bericht der Parteileitung bereits, daß uns die Auflösung nicht unvorbereitet getroffen hat, wenn uns auch keine Mittheilung auf unterirdischem Wege gekommen ist. Wir kannten unsern Köller, wir kannten den Einfluß Stumm's und deshalb rechneten wir auf einen Schlag gegen unsere Organisation nach Schluß der Reichstags-Session. Ich kann offen erklären; wir waren auf ganz andre Schläge gefaßt, auf Tragisches, nicht aber auf etwas, das zwar nicht Komik ist, aber doch auch nichts Ernstes. Tragisch hat die ganze Geschichte nur für Herrn von Köller geendet, der seinen Ministersitz dabei einbüßte. (Heiterkeit.) Die Schritte, die wir thaten, sind Ihnen bekannt. Die politische Leitung der Partei wurde, wie es in der Praxis schon immer war, der Fraktion übertragen, die geschäftliche Führung einem geschäftsführenden Ausschuß übertragen, dessen Sitz nach Hamburg verlegt wurde. Das war ein Provisorium. Wir wollten nicht erst einen außerordentlichen Parteitag einberufen, weil er unter den gegebenen Verhältnissen doch nichts thun konnte. Die polizeiliche Schließung war noch nicht gerichtlich bestätigt und wir müssen als vorsichtige Leute ja selbst jetzt noch auf das Wunder rechnen, daß das Reichsgericht einen guten Tag hat und das Berliner Urtheil umstößt. (Heiterkeit.) Wir wollten auch Herrn v. Köller nicht die Freude bereiten, durch Einberufung eines außerordentlichen Parteitags eine Maßnahme zu treffen, die er dahin auslegen konnte, als sei ihm ein kräftiger Schlag gegen uns gelungen. Die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages wurde überdies von keiner Seite in der Partei verlangt. Jetzt tritt die Frage an uns heran, was nun thun? Unsere provisorischen Einrichtungen haben nach jeder Hinsicht ihren Zweck voll erfüllt. Wir sind deshalb nicht in der Situation, etwas thun zu müssen, wo wir das Feld noch nicht übersehen können. Das Reichsgericht hat noch nicht gesprochen, deshalb ist es auch noch nicht angebracht, wesentliche und einschneidende Aenderungen in der Organisation vorzunehmen und eine definitive Entscheidung zu treffen. Die Bestimmung, daß politische Vereine nicht miteinander in Verbindung treten dürfen, ist von allen Parteien preisgegeben und auch die Regierungen konnten sich des Eindruckes nicht verschließen daß diese Bestimmung weiterhin unhaltbar sei. Der Reichskanzler

Fürst Hohenlohe hat selber im Reichstag erklärt, daß sämmtliche Regierungen sich dahin verständigt haben, bei der ersten Gelegenheit diese Bestimmung aufzuheben. Sie wollen aber dabei ein politisches Geschäft machen, sie wollen die reaktionären Bestimmungen ihrer diversen Vereinsrechte beibehalten, ja womöglich noch verschärfen. Wir werden vielleicht einen hohen Preis für die Beseitigung des Verbindungsverbotes bezahlen müssen (sehr richtig). Wir wissen nicht, welche neuen Hindernisse man uns in den Weg legen wird. Da wäre es ja thöricht von uns, das Provisorium, das sich bewährt hat, jetzt schon aufzugeben. Ich ersuche Sie, der Resolution, die wir Ihnen vorschlagen, zuzustimmen. Ich glaube, daß Sie dadurch im Interesse der Partei handeln.

Was die Anträge zur Organisation anlangt, so ersuche ich Sie, den Antrag 24, den die Niederbarnimer wieder gestellt haben, den Parteitag zwischen Weihnachten und Neujahr abzuhalten, abzulehnen. Denken Sie nur, wenn wir in diesem Jahre den Parteitag zwischen Weihnachten und Neujahr abgehalten und in dieser Jahreszeit diesen Weg hier heraus hätten machen müssen, ich sage nichts mehr. (Heiterkeit.) Dieser Antrag entspringt dem Wunsche, auch solchen Genossen Gelegenheit zu geben, nach den Parteitagen sich delegiren zu lassen, welche durch ihr Arbeitsverhältniß daran verhindert sind, zu einer anderen Zeit als der der Inventuraufnahme das Mandat zu übernehmen. Aber darauf können wir nicht Rücksicht nehmen. Es ist auch nicht richtig, jedes Jahr nur neue Delegirte zu wählen. Wir brauchen Genossen, die bereits Erfahrung mitbringen, das Relaissystem bei der Delegirtenwahl kann unsere Arbeiten nicht fördern. Auch den Antrag aus Berlin und Hamburg, die Kontrolleure möglichst aus den Genossen der Umgegend des Ortes, wo der Parteivorstand seinen Sitz hat, zu wählen, bitte ich abzulehnen. Die Kontrolleure sind die Instanz des beleidigten Parteigewissens. Daher dürfen keine stetigen persönlichen Beziehungen zwischen Kontrolleuren und Parteileitung bestehen. Auch die anderen Anträge lehnen Sie ab; wir wollen doch jetzt an der Organisation nichts ändern. (Beifall.)

Die Diskussion wird eröffnet.

Mit zur Debatte steht nur die Resolution Auer, da die Anträge 26, 27 und 28 nicht genügend unterstützt werden und Antrag München, nur alle zwei Jahre den Parteitag abzuhalten, zurückgezogen wird.

Schmitt-München: Die Aeußerung des Berichterstatters über die Beiträge der Münchener kann den Eindruck erwecken, als wenn wir auf der Bärenhaut liegen und hinter dem Maßkrug sitzen. (Heiterkeit.) Das ist nicht der Fall, wir konnten in diesem Jahre nicht mehr zahlen, weil München und Nürnberg die Kosten der Agitation für ganz Oberbayern zu bestreiten haben und gezwungen waren, aus eigenen Mitteln die „Münchener Post" zu vergrößern. Auch die beiden großen Münchener Ausstände in diesem Jahre erforderten große Kosten, wir haben das Geld, das an die Parteikasse abgeführt werden sollte, hierfür verwenden müssen. Das alles wußte Genosse Auer, er hatte es also nicht nöthig, die Münchener hier vor dem Parteitag anzuzapfen.

Schleicher-Metz verweist auf die verschiedenen Wahlkämpfe und Ausstände in Elsaß-Lothringen, die es verhindert hätten, Beiträge an die Zentralkasse abzuführen. Dafür sei die Parteibewegung, zum Theil ohne Unterstützung der Parteikasse, in Elsaß-Lothringen ordentlich vorwärts gekommen, trotz der schwierigen Verhältnisse unterm Diktaturparagraphen und den Ausnahmegesetzen. Den Köller brauchen die Elsaß-Lothringer nicht. (Heiterkeit.) Die erleben dort mehr als Köller. Die sozialdemokratischen Stimmen dort kommen von der französischen Bevölkerung.

Trautewein: Der Kassenbericht und das Referat Auer's stellen es so dar, als ob die Opferwilligkeit der Partei im Niedergang begriffen sei. Die gegnerische Presse fällt da natürlich über uns her: Ich bin aber der entgegen-

gesetzten Meinung: Nicht erlahmt ist die Opferwilligkeit der Genossen im Lande, sondern sie hat zugenommen. Nur wird jetzt das Geld zum Theil für die Gewerkschaftsbewegung gezahlt. Vor der Opferwilligkeit der Berliner und Hamburger alle Achtung! — Aber die sind auch reicher. Dort sind Referenten am Ort, dort sind die Versammlungen groß und die Unkosten geringer. Bei uns wird viel Geld in der Landagitation verpulvert. Ein wunder Punkt sind die persönlichen Differenzen an manchen Orten, die können allerdings die Opferwilligkeit der Genossen lähmen.

Koenen-Hamburg: Genosse Martikke hat gestern gesagt, daß es den Genossen in Schleswig-Holstein nach ihrem Organisationsstatut verboten sei, Gelder an die Zentralkasse abzuführen, so lange die Partei in der Provinz noch Geld braucht. Darin liegt ein Vorwurf gegen Altona und Ottensen, die beide Gelder an die Parteikasse gezahlt, also das Organisationsstatut übertreten haben. Schmitt entschuldigt München, das nur deshalb keine Gelder geschickt hat, weil dort die Verhältnisse schlecht sind und ein harter Kampf mit den Gegnern geführt werden muß. Aber wo haben wir denn nicht mit Gegnern zu thun? Bei uns in Hamburg ist es doch auch nicht besser, und doch bringen wir große Summen auf. Von den Elsaß-Lothringern erwarten wir allerdings noch keine Gelder. Wir sind froh, wenn sie uns nichts kosten, und wir wären dem Genossen Schleicher dankbar, wenn er dies bewirken könnte. Ich stelle an die Opferwilligkeit der Genossen noch größere Ansprüche als Auer. Ich bin nicht einmal mit der Opferwilligkeit der Hamburger zufrieden. Die süddeutschen Genossen, die nach Hamburg kamen, haben sich dort oft noch von den Parteiarbeiten zurückgezogen, anstatt die Partei zu unterstützen. Wenn ferner Genosse Trautewein darauf hinweist, daß man jetzt für alles mögliche andere zu zahlen habe und daher nicht für die Partei soviel übrig habe, so ist das eine Konzession an den Indifferentismus.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird, nachdem **Hülle**-Erfurt dafür, **Voigt**-Berlin dagegen gesprochen haben, abgelehnt.

Scherm-Nürnberg: Die Darstellung des Genossen Auer bezüglich der Beitragsleistung an die Parteikasse gegen uns aus Süddeutschland war eine durchaus einseitige. Er hat zwar den bayerischen Parteigenossen großes Lob gespendet, allein dieses Lob war mit Spitzen durchsetzt, die verletzend für uns wirken mußten. (Sehr richtig.) Wenn er objektiv gewesen wäre, hätte er Stichproben auch aus Nord- und Mitteldeutschland machen müssen; auch da giebt es verschiedene Qualitäten in der Leistung der Beiträge. (Sehr wahr.) Ich muß den Vorwurf des Partikularismus, den er uns machte, entschieden zurückweisen. (Beifall.) Sie wissen doch, daß wir 1894 in München den Anfang einer selbständigen Organisation in Bayern gemacht haben und daß wir gerade auf dem damaligen Parteitage darauf hinwiesen, daß die Parteigenossen sich ihrer Pflichten gegen die Zentralparteikasse besser als früher befleißigen möchten. Es hat also nicht der Anregung Auer's in Frankfurt bedurft, uns zu veranlassen, unser Zusammengehörigkeitsgefühl mit der Gesammtpartei auch finanziell zu beseitigen. Wenn das Zusammengehörigkeitsgefühl mit der ganzen Partei bei uns nicht ein so starkes wäre, dann hätten die unschönen Angriffe Auer's gegen uns auf dem Frankfurter Parteitage sehr leicht bewirken können, daß wir in Zukunft überhaupt kein Geld mehr schicken. (Unruhe.) Wir in Nürnberg haben immer regelmäßig unsere Beiträge abgeführt. Die 400 Mk. im September sind nur zu spät abgeschickt worden, sie waren noch für das Rechnungsjahr 1895/96 bestimmt; ich erkläre das ausdrücklich. Es sind also somit von uns in Nürnberg 1200 Mk. für das verflossene Jahr bezahlt. (Beifall.)

Martikke bestreitet Koenen das Recht, zu den schleswig-holsteiner Angelegenheiten Stellung zu nehmen. Das Organisationsstatut unserer Provinz

verbietet uns, Gelder abzuführen, solange wir selbst noch welche brauchen. Den Ausführungen Auer's in Bezug auf die Dezentralisation stimme ich bei, es müssen Vorschläge gemacht werden, wie diesem Uebelstande abgeholfen werden kann. So lange das aber nicht der Fall ist, müssen wir uns nach unserem Organisationsstatut richten. Koenen hat schon wiederholt darüber Lärm geschlagen. Wir haben seinem Drängen nachgegeben und werden versuchen, in anderer Weise das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu fördern und unser Organisationsstatut zu ändern. Vielleicht empfiehlt es sich, daß auch andere Orte so vorgehen und nur ihre Gelder an die Parteileitung abführen.

Bock macht darauf aufmerksam, daß die in Aussicht genommene Sitzungszeit abgelaufen ist und läßt darüber abstimmen, ob diese Punkte der Tagesordnung heute noch erledigt werden sollen.

Die Versammlung entscheidet sich dafür, noch weiter zu tagen.

Weinhöber-Hamburg wendet sich gegen die Behauptung Martikke's, daß nach dem Organisationsstatut Schleswig-Holsteins alle überschüssigen Gelder nach Neumünster geschickt werden müssen. Das steht garnicht darin.

Ein Schlußantrag, den Hoffmann-Bielefeld begründet, **Fischer** bekämpft, wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Lesche-Altona: Ich habe hier zu erklären, daß die von Martikke-Hamburg aufgestellte Behauptung: „In der Provinz Schleswig-Holstein müsse jeder Wahlkreis sein Geld an den Vorort Neumünster schicken", nicht in dem Organisationsplan enthalten ist. Die selbstverständliche Thatsache der Beitragsleistung an Neumünster ergiebt sich aus der Organisation von selbst, schließt aber keinesfalls aus, daß neben diesen Leistungen auch Geld nach Berlin geschickt werden kann.

Bock: Das ist nicht persönlich. (Heiterkeit.)

Zur Geschäftsordnung beschwert sich **Vosselt**-Niederbarnim darüber, daß die Unterstützungsfrage für die gestellten Anträge erst nach dem Referat Auer's gestellt worden sei, so daß Auer sie bereits abfällig kritisiren konnte und so dazu beigetragen habe, daß sie jetzt ohne weiteres in die Versenkung verschwänden. (Heiterkeit.) Das rufe Unzufriedenheit unter den Genossen hervor.

Im Schlußwort bemerkt **Auer:** Ich habe niemals die Forderung gestellt, keine neuen Delegirten auf den Parteitag zu entsenden. Gegen derartige Unterstellungen muß ich mich verwahren. Ebenso habe ich Niemandem einen Vorwurf wegen mangelnder Opferwilligkeit gemacht. Im Gegentheil, die Opferwilligkeit steigert sich progressiv. Ich habe nur von der Organisation und dem Gefühl der Zusammengehörigkeit gesprochen und den Gedanken der Zentralisation zum Ausdruck gebracht. Man sollte doch nicht offenkundige Thatsachen ins Gegentheil verkehren, um auf einen Gegner loszuschlagen, den man sich nur supponirt. Für einen Gegner, den man sich selbst zurecht macht, kann ich keine Verantwortung übernehmen. (Sehr wahr!) Es ist auch nicht richtig, daß die Beiträge jetzt weniger reichlich fließen müssen als früher, weil jetzt die Gewerkschaftsbewegung Geld erfordere. Eine Gewerkschaftsbewegung hat es vor dem Sozialistengesetz im Verhältniß gegeben wie jetzt. Ich behaupte sogar, daß je stärker die Gewerkschaftsorganisationen sind, desto reichlicher auch die Mittel für die Parteiorganisation fließen werden. (Zustimmung.)

Dann noch ein Wort an den Genossen Scherm! Daß ich nur einige Beispiele aus Süddeutschland angeführt habe, und nicht auch aus Norddeutschland — wie es meine Absicht war — lag daran, daß ich heute plötzlich ganz unvorbereitet das Referat übernehmen mußte und meine Notizen nicht hier hatte. Ich gebe ausdrücklich zu, daß ganz dieselben Verhältnisse wie in Süddeutschland auch für ganze Provinzen und Länder Norddeutschlands zutreffen. Es ist also ganz falsch, von Spitzen gegen Süddeutschland zu reden. Ich weiß

ja, daß das zu Scherms Verhältniß mir gegenüber gehört. Ich will es ihm auch nicht aus dem Herzen reißen, es würde ihm sonst ein Stück fehlen. (Heiterkeit.) Ich liebe meine Landsleute gerade so wie sie sind. (Große Heiterkeit.) Daß mein Appell auf dem Frankfurter Parteitag nicht die Ursache gewesen ist, daß die Bayern mehr gezahlt haben, davon nehme ich Notiz; da habe ich mich eben geirrt. Ich begnüge mich mit der Thatsache, daß mehr Geld geschickt ist, ich stehe auf dem bekannten Standpunkt: Wenn es nur kommt; wo es herkommt und wie, das ist mir gleich. (Große Heiterkeit.) Ich habe die Empfindung, daß es sehr angemessen war, gegen den Provinzialismus ins Feld zu ziehen, der die Partei zu überwuchern droht. (Sehr gut!) Mein Parteigewissen zwang mich, so zu reden, wie ich geredet habe, ohne daß ich Sottisen und Bosheiten gegen irgend Jemanden bringen wollte. Martikke irrt sich in Bezug auf das schleswig-holsteinische Organisationsstatut in der That; ich will nur konstatiren, daß 13 Orte der Provinz im abgelaufenen Jahre 5166,80 Mk. an die Parteikasse abgesandt haben, — damit will ich schließen und Sie nur bitten, meine Resolution anzunehmen. (Beifall.)

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Bock theilt unter lebhaftem Beifall ein Telegramm mit, wonach die Genossen Dr. David und Haas mit 118 Stimmen in den hessischen Landtag gewählt sind.

Da morgen Abend ein Festkommers zu Ehren der Delegirten stattfindet, wird von 9 bis 3 Uhr mit einer halbstündigen Pause getagt werden.

Begrüßungstelegramme sind eingegangen von dem Deutschen Leseklub in Paris, von französischen Genossen aus Lille und von der Ungarländischen sozialdemokratischen Partei.

Schluß gegen $^1/_2$7 Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 15. Oktober.

9$^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Von der Vertretung der sozialistischen Arbeiterpartei Russisch-Polens ist ein Begrüßungsschreiben eingetroffen.

Die Mandatsprüfungs-Kommission wird mit der Prüfung von Beschwerden beauftragt, die seitens der Genossen Kießling und Pistorius aus Braunschweig und der Frau Gubela aus Berlin an den Parteitag gerichtet sind.

Auf der Tagesordnung steht die Berichterstattung über den **Arbeiterschutz.** Diese Materie berühren die Anträge: 55, 56, 70, 71, 72, 73, 78, 79, 80 und 81.

Berichterstatter **Wurm:** Mit dem Fall des Sozialistengesetzes trat eine Wandlung in der Behandlung des Arbeiterschutzes ein. Während wir auf den Parteitagen 1890 und 1891 noch das minder große Vergnügen hatten, uns mit denen herumzustreiten, die Anbahnung von Reformen für einen Unsinn erklärten, ist dieser Standpunkt heute schon längst überwunden. Die Partei blieb unerschüttert ihren alten Grundsätzen getreu. Wir müssen alle Mittel benutzen, um die Arbeiterklasse gegen die Unterdrückung durch den Kapitalismus zu schützen und sie widerstandsfähig für den Kampf zu machen. Das ist aber nur möglich, wenn wir auf allen Gebieten Schritt für Schritt Terrain zu erobern und die politisch und wirthschaftlich Rechtlosen zu schützen suchen. Dieser Schutz ist es, der als Arbeiterschutz unsere Thätigkeit in erster Linie in Anspruch nimmt. Unsere Bewegung in Deutschland ist nach zwei Seiten thätig, nach der politischen und nach der gewerkschaftlichen, und so lange diese beiden Organisationen bestehen, sind von jeher einzelne Mitglieder der Gewerkschaftsbewegung mit Vertretern der politischen Bewegung in Differenzen gerathen

über das Gebiet, auf dem sie thätig zu sein haben. Stets hören wir von Seiten der Gewerkschaftler, daß die Politiker sich zu wenig um sie kümmern, und die Politiker klagen darüber, daß die Gewerkschaftler sie nicht genügend unterstützen. Wer aber vorurtheilslos ist, der muß zugeben, daß es keinen politisch thätigen Genossen giebt, der nicht die Gewerkschaftsbewegung nach Kräften fördert, wohl aber ist oft das Umgekehrte der Fall. (Sehr richtig!) Es giebt Gewerkschafter, die mit ihrer Betheiligung an der politischen Bewegung sehr viel zu wünschen übrig lassen. Uns Politikern wird eine Grenze gezogen durch die Gesetzgebung und durch die Art der gewerkschaftlichen Organisation selbst. Während die politische Partei den Kampf zu generalisiren hat, ihn gegen das Unternehmerthum in seiner Gesammtheit führt, ist die Thätigkeit der Gewerkschaften eine örtliche und berufliche. Daraus ergiebt sich auch die Unmöglichkeit, den gewerkschaftlichen Kampf gegen das Unternehmerthum in seiner Gesammtheit gleichzeitig und gleichartig zu richten. Eine Reihe von Anträgen geht aber darauf hinaus.

Es sind zunächst aus Frankfurt und Dresden Vorschläge gemacht worden. Die Frankfurter Vorschläge boten, wie später allgemein anerkannt wurde, nichts Neues, und so weit das der Fall war, waren sie undurchführbar. (Vereinzelter Widerspruch.) Es scheint hier noch jemand zu sein, der nicht zugeben will, daß ein Rückzug angetreten ist. Mit Statistiken über die Lohnlage beschäftigen sich ja die Gewerkschaften schon lange, das ist ja etwas ganz Selbstverständliches; der Ohorufer scheint da nicht mit der Geschichte und Thätigkeit der Gewerkschaftsbewegung vertraut zu sein. Wenn in den Frankfurter Vorschlägen (Zwischenrufe: Arbeiterschutz! Alles schon erledigt!) — bisher ist nur das Persönliche erledigt — wenn da vorgeschlagen wird, die Gewerkschaften sollen Vorschläge für gesetzlichen Arbeiterschutz machen, so ist, abgesehen von vereinspolitischen Bedenken, die leicht auftreten können, die Gefahr einer Pfuscherei vorhanden.

Die Vorschläge von Dresden, die Genosse Parvus zuerst in einer Broschüre aussprach, haben viel mehr Verlockendes, sind viel interessanter als die Frankfurter. Bei ruhiger Ueberlegung sehen wir aber doch bald, daß auch sie in den Fehler verfallen, zu generalisiren, allgemeine Vorschriften geben zu wollen. In dem ersten Theil der Anträge, zu denen sich die Parvus'schen Vorschläge verdichtet haben, wird auf die steigende Konjunktur, auf den wirthschaftlichen Aufschwung in der Kulturwelt, auf das Eintreten der asiatischen Staaten in die Wirthschaftsbewegung als eminenter Faktor hingewiesen und damit motivirt, es sei die Zeit gekommen, mit größerem Nachdruck als bisher für eine Besserung der Misère des arbeitenden Volkes einzutreten und eine umfassende Agitation für den Achtstundentag nunmehr zu beginnen. Wo aber haben bis jetzt die Gewerkschaften Gewehr bei Fuß, wo haben sie stillgestanden, wenn sich eine steigende Konjunktur bemerkbar machte? Im Gegentheil, man mußte ihnen oft eher den Vorwurf machen, daß sie zu hastig vorgegangen sind. (Sehr richtig!) Die Hauptwirksamkeit der Gewerkschaften besteht nicht in den Lohnkämpfen, die sie führen, um die Unternehmer zu Konzessionen zu zwingen, sondern in ihrem bloßen einfachen Vorhandensein, durch das das Unternehmerthum gehindert wird, die Lage der Arbeiterschaft noch weiter herunter zu drücken. Wenn man einer Bewegung neue Bahnen weisen will, muß man die alten kennen, und wenn man der Reichstagsfraktion Vorschriften machen will, muß man die Thätigkeit der Fraktion genau verfolgt haben. Schon im November 1895 haben wir im Reichstag den Antrag eingebracht, der sich mit dem Arbeiterschutz befaßt und den Achtstundentag verlangt. Es heißt also offene Thüren einrennen, wenn man von uns jetzt erst die Einbringung eines Gesetzentwurfes fordert. Denn darauf wird man sich wohl nicht steifen wollen, daß gerade wir den Gesetzentwurf einbringen. Für die Ausarbeitung der Einzelheiten

eines Gesetzentwurfes, dessen Grundgedanken durch unseren Antrag gegeben sind, ist die Regierung da. Wir brauchen auch nicht für die Staatswerkstätten den Achtstundentag besonders zu verlangen, wenn wir seine allgemeine Einführung fordern. Es heißt den Parlamentarismus überschätzen, wenn man sich von der Einbringung eines ausgearbeiteten Gesetzentwurfes mehr verspricht, als von Anregungen bei der Etatsberathung. Bei der Etatsberathung aber haben wir beständig darauf hingewiesen, wie wenig die Staatsbetriebe Musterbetriebe sind. Wir haben in der Etatsberathung mit größtem Nachdruck die Regierungen, im Reichstag und in den Landtagen, wo wir eine Vertretung haben, auf ihr Versprechen hingewiesen, daß die Staatsbetriebe Musteranstalten sein sollen. Genau dasselbe gilt von der planmäßigen Propaganda in öffentlichen Versammlungen und in der Presse für den Achtstundentag, von dem energischen Eintreten für die gewerkschaftliche Propaganda in Staats- und Gemeindebetrieben. Also alle diese Forderungen der Vorschläge von Parvus rennen offene Thüren ein.

Wenn dann Parvus weiter verlangt, daß wir im Falle der Reichstags-Auflösung die Losung des achtstündigen Normal-Arbeitstages ausgeben sollen, so heißt das doch die werbende Kraft eines solchen Antrages weit überschätzen. Die Masse der Bevölkerung, die für die Reichstags-Wahlen ausschlaggebend ist, hat vorläufig noch wichtigere Forderungen.

Glauben Sie wirklich, daß wir die Landbevölkerung gewinnen, wenn wir die Forderung des Achtstundentages zur Losung bei den Wahlen machten? Selbstredend haben wir in den Wahlversammlungen stets unser Programm aufgestellt und keine unserer Forderungen verschwiegen, wenn wir auch die aktuellen Fragen, z. B. die Gefahren des Militarismus in den Vordergrund stellten. Daß bei allen Streiks, bei allen Kämpfen die Reduktion der Arbeitszeit zunächst anzustreben ist, ist selbstverständlich.

Die übrigen Anträge, die zum Parteitag eingelaufen sind, betreffen eine Reihe von Punkten, die ebenfalls längst von uns im Reichstage behandelt wurden.

Die Forderungen des Antrages 56 verwirklichen wir, soweit wir können. Wir agitiren, organisiren, klären auf, aber wir haben mit dem Widerstand des Kapitalismus zu rechnen. Die Beseitigung der elenden Zustände in der Hausindustrie liegt schließlich doch selbst in den Händen der kapitalistischen Entwickelung. Schon sehen wir in einzelnen Industrien, wie das Großkapital selber es ist, das der übergroßen Ausbeutung in der Hausindustrie entgegentritt. Unsere Aufgabe ist es, Material zu sammeln, das die scheußlichen Zustände in der Hausindustrie aufdeckt. Wir verlangen daher die Ausdehnung der Fabrikinspektion auf die Hausindustrie, die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die Hausindustrie, weil sie das sicherste Mittel ist, das Schwitzsystem zu beseitigen.

Dem Antrag 70 aus Krefeld, der jede Kündigung in Arbeitsverhältnissen ausschließen will, muß ich ablehnend gegenüber stehen. Wir müssen berücksichtigen, daß der Arbeiter der wirthschaftlich Schwächere ist, daß er den größeren Schaden hat, wenn er plötzlich aus der Arbeit auf die Straße gesetzt wird. In der Praxis hat der Arbeiter schon jetzt in den meisten Fällen die Möglichkeit, wenn er die Arbeit niederlegen will, es zu thun.

Dem Antrag 71 betreffend die Arbeitszeit jugendlicher Arbeiter in Ziegeleien wird die Reichstagsfraktion Folge geben. Wir werden den schädlichen Einfluß der verlängerten Arbeitszeit dieser Klasse von Arbeitern zur Sprache bringen, wie wir ihn in der Presse, speziell im „Vorwärts", bereits zur Sprache gebracht haben, und ich hoffe, daß der Bundesrath die Verordnung vom 1. Januar 1894 nicht erneuert, zumal da auch in Beamtenkreisen die Meinung verbreitet ist, daß die verlängerte Arbeitszeit auf die jugendlichen Ziegeleiarbeiter schädlich wirkt.

Die Resolution 73 gehört zu denen, die auf grund der Vorschläge von Parvus entstanden sind. Der darin verlangte ständige Ausschuß der Fraktion

für Arbeiterschutzgesetzgebung ist in der allein möglichen Form bereits vorhanden. Bereits jetzt tritt in der Fraktion eine Theilung der Arbeit ein. Sobald wir unsere Thätigkeit beginnen, vertheilen wir den Arbeitsstoff unter uns und wählen, wenn es nöthig wird, Unterabtheilungen. Haben wir juristische Angelegenheiten vor uns, so wenden wir uns an unsere Juristen; beschäftigen wir uns mit Arbeiterschutzfragen, so wählen wir eine Unterkommission, die das Material sammelt und die Arbeit vorbereitet. Das wird auch in Zukunft geschehen. Wenn die Resolution aber verlangt, daß der ständige Ausschuß seine Thätigkeit auch außerhalb der Fraktion entfaltet, daß er eine besondere Aktion für den Achtstundentag u. s. w. inszenirt, daß er rednerische Kräfte für diese Agitation wirbt, so traut dies Verlangen dem gewünschten Ausschuß geradezu Zauberkraft zu. Woher soll er mehr rednerische Kräfte nehmen, als schon jetzt in der Agitation thätig sind. Mehr als jetzt geschieht, kann der ständige Ausschuß auch nicht leisten. Wo ist der Beweis, daß wir nicht unsere Schuldigkeit bisher gethan haben? Wir können viel eher von uns sagen, daß wir mit Arbeit überhäuft sind, als daß wir auf der Bärenhaut liegen. Wenn man dann weiter vom Ausschuß verlangt, Flugblätter, Broschüren abzufassen, das ganze Material über Arbeitszeit, Lohn, Hausindustrie und die sonstigen Arbeiterverhältnisse in Deutschland und im Auslande zu beachten und die periodische amtliche Statistik zu verfolgen, so weist man ihm die Thätigkeit eines Arbeitersekretariats zu, wie es in der Schweiz besteht. Wenn der Ausschuß sich als Arbeitersekretariat konstituiren wollte, wie sollte er die Kräfte zentralisiren, wie sollte er da noch agitiren können? Anfänge werden ja auch schon bei uns gemacht, z. B. in Nürnberg; aber dergleichen läßt sich nicht künstlich aufpfropfen, das kann sich nur organisch entwickeln, wo die Kräfte und Bedingungen vorhanden sind. Was Gutes in dem Antrag, ist eine Theilung der Arbeit in der Fraktion, das haben wir jetzt schon. Aber das andere, eine Thätigkeit auch außerhalb der Fraktion, ist undurchführbar.

Zum Antrag 78 betr. den Achtuhr-Ladenschluß, beantragen wir folgende Resolution:

„Der gesetzliche Achtuhr-Ladenschluß, wie ihn die Reichskommission für Arbeiterstatistik vorschlug, ist nur ein durchaus ungenügendes Verbot der Nachtarbeit und entspricht keineswegs den berechtigten Ansprüchen der im Handelsgewerbe beschäftigten Personen. Da aber deren kapitalistische Gegnerschaft dieses bischen Arbeiterschutz verweigert, weil angeblich durch ihn die Interessen der kaufenden, besonders der arbeitenden Bevölkerung benachtheiligt würden, erklärt der Parteitag, daß die Arbeiter für die Forderung der im Handelsgewerbe beschäftigten Personen eintreten, die Einführung des gesetzlichen Achtuhr-Ladenschlusses als keine Schädigung ihrer Interessen betrachten und selbstverständlich für den Schutz jeder Arbeiterkategorie eintreten."

Der gesetzliche Achtuhr-Ladenschluß, der jetzt dem Bundesrath vorgelegt ist, ist ein ganz ungenügender Schutz und enthält für alle die, die nicht als Kommis beschäftigt sind, eine große Schädigung, da für diese Leute Ausnahmebestimmungen zugelassen sind. Diese Verfügung ist nichts weiter, als eine Verwässerung des Arbeiterschutzes, und nur eine ganz geringe Abschlagszahlung. Dabei bringen die Kapitalisten noch das Demagogenkunststück fertig, sich in den Mantel der Arbeiterfreundlichkeit zu hüllen und zu sagen, es liege nicht im Interesse der Arbeiter, wenn die Läden um 8 Uhr geschlossen werden. Kein einziger Arbeiter, gleichviel in welchem Beruf er thätig ist, erblickt in dem frühzeitigen Ladenschluß eine Schädigung seiner Interessen. Wir können darauf hinweisen, daß in Württemberg der Achtuhr-Ladenschluß schon existirt, daß eine Anzahl von Konsumvereinen ihn eingeführt haben und die Arbeiter überall damit zufrieden sind. Selbstverständlich bringt das hier und da Rücksichtslosigkeit, in der Uebergangszeit Unbequemlichkeiten und Schädigungen mit

sich. Wir treten aber für die gemeinsamen Interessen der Arbeiter im Arbeitskittel und der Arbeiter im schwarzen Rock ein. Das Verhalten der Prinzipale, die auch die bescheidensten Forderungen verweigern, wird hoffentlich die Handlungsgehilfen von ihrem Kastendünkel, in dem sie sich zum großen Theil jetzt noch befinden, befreien und sie lehren, daß sie nur ohne Kompromisse, ohne Versöhnlichkeit und Rechnungsträgerei gegenüber dem Unternehmerthum ihre Lage bessern können und zwar durch eine straffe Organisation, durch die sie sich auf denselben Boden stellen, wie die andere Arbeiterschaft. Die sozialdemokratischen organisirten Handlungsgehilfen haben die Vorschläge der Reichskommission für Arbeiterstatistik zurückgewiesen und weitergehende Forderungen gestellt.

Für den Antrag 80 scheint Niemand die Vertretung übernehmen zu wollen. Ich glaube, Sie werden ihn ohne Weiteres ablehnen. Wir sollen nach diesem Antrage zur besseren Wehrfähigkeit eine Organisation schaffen, in der die direkten Geldunterstützungen möglichst in Wegfall kommen und statt deren produktive Arbeit als Unterstützung tritt. Sollen das etwa Produktivgenossenschaften sein? Oder Arbeiterkolonien (Heiterkeit und Sehr gut!), in denen wir den gemaßregelten Genossen Unterkunft schaffen? Oder sollen die Genossen dem Arbeiter, der sich eine neue Existenz als Händler, als Handwerker schafft, durch Bezug der Waaren unterstützen? Letzteres hat noch am meisten für sich; denn es ist Thatsache, daß es an solcher Unterstützung durch die Genossen noch vielfach mangelt. Die Frage der Produktivgenossenschaften noch zu erörtern, ist auf diesem Parteitage nicht nöthig. Unter der jetzigen kapitalistischen Ordnung können die Produktivgenossenschaften kein Kampfmittel für die Arbeiterbefreiung, kein programmatisches Kampfmittel für unsere Forderungen sein. (Beifall.)

Der Antrag 81 betreffend Einsetzung einer Kommission zur Sammlung von Material ist zu allgemein. Das Material wird von unserer Presse gesammelt, und wem es ernstlich darum zu thun ist, dem steht das Material zur Verfügung. Wenn sich Jemand der Mühe unterzieht, das Material zu sichten, wird er genügend Stoff für die Agitation besitzen. Den Standpunkt, den wir stets vertreten haben, habe ich Ausdruck gegeben in folgender Resolution:

„Der Parteitag erklärt: Die Agitation für den gesetzlichen Arbeiterschutz war und ist eine der wichtigsten Aufgaben der sozialdemokratischen Partei, wie sie dies bereits in ihrem Programm und in den Resolutionen der nationalen und internationalen Kongresse wiederholt ausgesprochen hat. Auch fernerhin wird sie ihre Kraft einsetzen, um durch die politische wie durch die gewerkschaftliche Agitation den gesetzlichen Achtstundentag zu erkämpfen und das Arbeiterrecht zu einem Bollwerk gegen kapitalistische Ausbeutung zu gestalten."

Ich bitte Sie, diese Resolution anzunehmen. Wir wissen, daß wir die Zukunft nur erreichen können, wenn wir in der Gegenwart kämpfen. Wir müssen unsere wirthschaftliche Lage und unsere politische Macht stärken. Das kann aber nur erreicht werden, wenn wir bei jeder Gelegenheit auf dem Posten sind und überall unsere Forderungen vertreten. Dazu gehört der Arbeiterschutz, für den wir eingetreten sind, und für den wir auch ferner agitiren werden, so wie bisher. (Lebhafter Beifall.)

Zu der Resolution beginnend: „Der gesetzliche Acht-Uhr-Ladenschluß" (S. 146) liegen zwei Amendements vor. Das erste von Adler-Halberstadt verlangt, an das Ende des ersten Satzes hinter „Personen" folgende Worte einzuschalten: „auf Verkürzung der Arbeitszeit".

Von demselben Antragsteller rührt das zweite Amendement her:

Am Schluß der Resolution wird folgender Satz hinzugefügt:

„Deshalb erwartet der Parteitag von der Fraktion bei jeder geeigneten Gelegenheit energisches Eintreten für die Herbeiführung des gesetzlichen Acht-Uhr-Ladenschlusses als eines Schrittes zur weiteren Verkürzung der Arbeitszeit."

Außerdem beantragen Molkenbuhr und Genossen:

„Der Parteitag wolle unter Annahme der beiden vom Referenten eingebrachten Resolutionen sämmtliche zu diesem Punkte gestellten Anträge für erledigt erklären."

Eine Anzahl Genossen beantragen:

„Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion wird beauftragt, dem Reichstag einen Antrag auf obligatorische Einführung der Gewerbegerichte vorzulegen."

Singer: Diesen Antrag werden die Genossen wohl zurückziehen, wenn sie hören, daß die Fraktion einen Antrag auf obligatorische Einführung der Gewerbegerichte bereits eingebracht hat. Da kein Widerspruch erfolgt, erkläre ich den Antrag für erledigt. Die übrigen Anträge und Amendements stehen mit zur Debatte.

Die Diskussion wird eröffnet.

Adler-Halberstadt: Im Antrag 72 finde ich eine alte Liebe von mir (Heiterkeit), die Beseitigung der Gesinde-Ordnung. Da diese Forderung aber mit anderen verknüpft ist, die meiner Ansicht nach abgelehnt werden, beantrage ich gesonderte Abstimmung. Nun zu meinen Amendements.

Das Ideal des Achtuhr-Ladenschlusses ist der Achtstundentag. (Widerspruch.) Gerade die Handelsangestellten gehören zu den geplagtesten aller Arbeiter. Wie verkürzt man nun ihre Arbeitszeit? Ihre Organisationen sind zu schwach, um eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen. Der einzige Weg zu dieser Verkürzung ist der Achtuhr-Ladenschluß. Das ist eine ungeheuer bescheidene Forderung, und doch hat sie augenblicklich wenig Aussicht auf Verwirklichung, nachdem Berlepsch gegangen ist. Sein Nachfolger wird wohl mehr auf die Stimme der Unternehmer, als auf die schwache Stimme der Kommis und Hausdiener hören. Mit um so größerem Nachdruck muß diese Forderung von uns erhoben werden. Erstens kürzt der Achtuhr-Ladenschluß ein klein wenig die Arbeitszeit. Zweitens verringert er die Schaar der Unbeschäftigten im Handel, weil durch ihn die Einkaufszeit in den Geschäften zusammengedrängt wird und die Prinzipale die Intensivität der Angestellten nicht steigern, sondern mehr Kräfte einstellen müssen. Drittens ist der Achtuhr-Ladenschluß ein Hemmniß für die Lehrlings- und Laufjungen-Ausbeutung. Aber er liegt auch im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung. Noch schließen viele Fabriken um 8 Uhr oder noch später. Sind die Geschäfte um 8 Uhr geschlossen, so empfinden die noch indifferenten Arbeiter den Schaden ihrer langen Arbeitszeit besonders empfindlich. Ein Keil treibt den andern. Ferner wird der Achtuhr-Ladenschluß einen früheren Schluß der Arbeitszeit am Sonnabend oder wenigstens die Freitag-Lohnzahlung herbeiführen. Mit der Achtuhr-Ladenschluß-Liga, mit dem Arm in Arm gehen der vorgeschrittenen Elemente der Handelsgehilfen mit reaktionären Handelsgehilfen bin ich nicht einverstanden. Dies Kuddelmuddel müssen wir verdonnern.

Die Resolution Wurm's entspricht meinen Anforderungen nicht. Sie geht mir nicht weit genug, ich will, daß der Parteitag auch ein bestimmtes Vertrauen zu der wirklichen Vertretung der Arbeiter ausspricht, und deshalb sage ich in meinem zweiten Amendement, daß der Parteitag von der Fraktion bei jeder geeigneten Gelegenheit energisches Eintreten für die Herbeiführung des gesetzlichen Achtuhr-Ladenschlusses als eines Schrittes zur weiteren Verkürzung der Arbeitszeit verlangt. Ich weiß sehr wohl, daß der Achtuhr-Laden-

schluß so bald nicht Gesetz wird, und wenn er Gesetz wird, dann ist auch noch nicht viel erreicht. Der Vortheil liegt darin, daß wir die Handlungsgehilfen, wenn wir sie erst für den Achtuhr-Ladenschluß gewonnen haben, auch noch weiter bringen, und — (Glocke des Präsidenten) — ich bin gerade fertig. (Große Heiterkeit.)

Leutert-Apolda: Die Anträge werden, auch wenn sie abgelehnt werden, doch der Reichstagsfraktion gegenüber der Kapitalistenklasse einen starken Rückhalt geben. Sie legen Zeugniß ab für das Verlangen der großen Massen des Volkes. Zahlen beweisen, daher müssen immer und immer Erhebungen über Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeitslosigkeit angestellt werden — nicht nur gelegentlich und theilweise, wie bei der Zählung vom 2. Dezember 1895, sondern so, daß der kapitalistischen Klasse ein Spiegelbild der Verhältnisse vorgehalten wird. In der Textil-Industrie ist die aufsteigende Konjunktur nicht vorhanden. Die Entwickelung und die Verhältnisse zu beleuchten, muß unsere Aufgabe sein; aber wir dürfen nicht solche Forderungen stellen, wie in dem unerhörten Antrage 80 mit seinen unklaren Forderungen von der Produktivität. Wer solchen Antrag stellt, müßte doch erst etwas länger in der Bewegung stehen und vor allem sie etwas mehr begriffen haben.

Eichhorn-Dresden: Die aufsteigende Konjunktur besteht, wenn auch einige Genossen sie jetzt leugnen wollen, und die Gewerkschaften müssen sie sich zu nutze machen. Bisher haben sie ihre Kämpfe doch zum theil in sehr planloser Weise geführt, und das wollen wir ändern. Der Berliner Gewerkschaftskongreß hat seine Aufgabe nicht erfüllt. Hinsichtlich der Frankfurter Vorschläge stimme ich Wurm zu; aber die Parvus'schen Vorschläge, denen wir Dresdener Genossen uns angeschlossen haben, habe ich zu vertreten. Die Agitation für den Achtstundentag wird bis jetzt eigentlich nur bei der Maifeier betrieben, sonst aber im ganzen Jahre geschieht dafür sehr wenig. Wir wollen eine umfassende, planmäßige Agitation, wenn ich auch den Punkt aus unserem Antrage preisgeben will, der den Achtstundentag zum Stichwort bei Reichstags-Auflösungen machen will. Mit spezialisirten Vorschlägen, wie Einführung des Achtstundentages in Staatsbetrieben, kann man doch sehr viel erreichen. Wenn ich die Nothwendigkeit der Zweitheilung zwischen politischer und gewerkschaftlicher Bewegung mit dem Genossen Wurm auch anerkenne, so meine ich doch, daß die Gewerkschaften bestimmte Direktiven für Lohnkämpfe nach gewissen Richtungen hin beschließen; bisher wurden bei einzelnen Streiks die Kräfte vielfach auf Einzelheiten zersplittert und die Hauptsache aus dem Auge gelassen. Wir wollen ferner einen Ausschuß aus der Fraktion gebildet haben, nicht um neues zu schaffen, sondern die bisherige Thätigkeit auszubauen, damit mehr geschieht als bisher. Das wird aber durch die Resolution, die Wurm vorschlägt, in keiner Weise erreicht. Ich muß sagen, mich hat ebenso wenig wie sein Referat die Resolution befriedigt. (Sehr wahr.) Ich hatte erwartet, sie würde wenigstens viele Worte enthalten und garnichts sagen; statt dessen enthält sie aber wenig Worte und sagt erst recht nichts. (Heiterkeit.)

Stadthagen: Ich bitte Sie, das Amendement Adler, in welchem gefordert wird, daß der Parteitag den Achtuhr-Ladenschluß für eine Verkürzung der Arbeitszeit erklärt, abzulehnen. Was ist denn an dem Vorschlag der Reichskommission so Großes dran? Die Läden sollen nur von 5 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends offen gehalten werden dürfen, es sollen die Handelsangestellten nur eine halbe Stunde nach 8 Uhr beschäftigt werden dürfen. Die Maximalarbeitszeit würde also $15^1/_2$ Stunden betragen, und das nennt Genosse Adler eine Verkürzung der Arbeitszeit! Die jetzige Arbeitszeit beträgt nach den Erhebungen der Kommission im Durchschnitt weniger als 15 Stunden, die Zusammenstellungen der Kommission lege ich hier nieder und stelle sie zur Verfügung. Dazu kommt, daß die, die als Packer verwendet werden, zu den

Arbeiten herangezogen werden dürfen, die vor Eröffnung oder nach Schluß vorgenommen werden müssen, um den regelmäßigen Betrieb des Geschäfts zu ermöglichen. Jedoch soll die ununterbrochene Ruhe mindestens neun Stunden betragen. Wollen Sie wirklich, daß ein sozialdemokratischer Parteitag erklärt, daß er in diesem Vorschlag eine Verkürzung der Arbeitszeit erblickt? Was in der Resolution Wurm vorgeschlagen ist, ist genügend. Die Handelsangestellten können nicht mehr verlangen, als daß die alberne Behauptung der Gegner des Achtuhr-Ladenschlusses, die Arbeiterwelt sei dagegen, in energischer Weise zurückgewiesen wird. Aber wir müssen uns vor einer Ueberschätzung hüten, es giebt in Deutschland Orte, wo der Siebenuhr-Ladenschluß besteht; es giebt außerhalb Deutschlands viel weiter gehende Gesetze, und da sollen wir die 15stündige Arbeitszeit als eine Verkürzung mit Freuden begrüßen! Was die Ausführungen des Genossen Eichhorn betrifft, so halte auch ich eine kräftige Agitation für den Achtstundentag für wünschenswerth, aber wir können auch nicht darüber abstimmen, ob ein geschäftlicher Aufschwung besteht oder nicht. Ich persönlich bin der Ansicht, daß auf vielen Gebieten ein geschäftlicher Aufschwung besteht, nicht aber auf allen, z. B. nicht auf dem Gebiet der Textil-Industrie. Wir können also den in der Textil-Industrie beschäftigten Arbeitern nicht zurufen: Jetzt ist ein Aufschwung da, nun mal los und für den Achtstundentag eingetreten! Ich vertraue, daß die einzelnen Gewerkschaften und Branche-Organisationen die Augen auch ohne Beschluß offen halten und sehen in der Parvus'schen Anregung einen schätzenswerthen Antrieb hierzu. Die Einsetzung eines Ausschusses zur Sammlung von Material halte ich für überflüssig, ich fürchte daraus auch Konfusionen zwischen ihm und anderen Organen der Partei.

Eine ganz außerordentliche Gelegenheit, für den Arbeiterschutz als solchen zu agitiren, bietet uns die Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuches. Da ist der Arbeitsvertrag nicht einheitlich geregelt, und die Kommission hat eine Resolution angenommen, daß eine einheitliche Regelung stattfinden soll. Hier ist der Punkt, wo die Parteipresse und die einzelnen Genossen mitwirken können, denn diese Frage ist aktuell. Wir müssen uns doch darüber klar sein, daß wir die Forderungen unseres Programms nicht so nebenher aufgestellt haben, sondern aus der Erkenntniß der wirthschaftlichen Zustände heraus. Das Charakteristische unserer heutigen kapitalistischen Produktionsweise ist ja, daß der Arbeiter seine Arbeitskraft als Waare für einen fremden Betrieb verkauft. Von diesem Grundsatz, den wir alle unterschreiben müssen, müssen wir bei der Betrachtung von Arbeitsverträgen, Arbeitsrecht und Arbeitsschutz ausgehen. Wenn ich Verkäufer meiner Arbeit bin, so muß ich persönlich frei sein, der Arbeiter darf nicht persönlich gebunden sein; beim Arbeitgeber hingegen ist das nicht nöthig, weil ja dessen persönliche Freiheit dadurch nicht beeinträchtigt wird. Aus dem wirthschaftlichen Bedürfniß folgt nur, daß der Arbeitnehmer jeden Augenblick den Vertrag lösen kann, und nicht, daß die Kündigungsfrist überhaupt aufzuheben ist. In der Konkurrenzklausel, im Schwitzsystem und in vielem anderen liegt eine Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit. Der Arbeiter muß rechtlich frei sein, er muß also auch gesichertes Koalitionsrecht haben, wenn er seine Arbeitskraft verkaufen soll. Wir haben, abgesehen von diesen Erfordernissen, auch damit zu rechnen, daß der rechtlich Freie thatsächlich noch nicht frei ist, und deshalb verlangen wir schon vom heutigen Staat, daß er bestimmte Festsetzungen macht, die durch freie Vereinbarungen nicht verhindert werden dürfen. Dazu gehört vor allen Dingen die gesetzliche Reduzirung der Arbeitszeit auf ein vernünftiges Maß. Kleine Ansätze zur Besserung liegen ja in der Gewerbe-Ordnung, ich weise nur hin auf die gleichmäßige Kündigungsfrist, auf die Bestimmungen über Lohnzahlungen, auf das Verbot der Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter, auf die bundesräthlichen Bestimmungen über den Maximal-Arbeitstag. Wir haben im Bürgerlichen Gesetzbuch manche weiter-

gehenden Bestimmungen, wir haben z. B. durchgesetzt, daß die Werkstätten und Läden nicht gesundheitsschädlich sein dürfen. Es ist unmöglich, hier auf alle Einzelheiten einzugehen, am besten werden wir vielleicht dem Wunsche weiter Kreise gerecht, wenn wir diesen Punkt auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages setzen und vielleicht einen diesbezüglichen Gesetzentwurf hier debattiren. Das wäre aktuell. Die Frage, ob in einer ganz bestimmten Weise die Agitation in die Wege geleitet werden kann, können wir hier nur anregen. Das ist geschehen. Ein Beschluß darüber ist unnöthig, weil er doch nicht ausgeführt werden kann. (Beifall.)

Baudert-Apolda: Alle Genossen haben den Wunsch, durch Arbeiterschutz ihre Lage zu verbessern, leider sind sie aber nicht eifrig genug, Gesetzesübertretungen der Kapitalisten der Parteipresse und der Fraktion mitzutheilen. Dadurch kann manches erreicht werden. Von einer Verbesserung der Konjunktur habe ich nichts bemerkt. Redner polemisirt gegen einen Fabrikinspektor, der in seinem Berichte behauptet, das Verlangen nach weiblichen Fabrikinspektoren sei ihm nirgends entgegengetreten und die Arbeiter führten die meisten Unfälle durch Unachtsamkeit selber herbei.

Bömelburg-Hamburg: Wollte man das Interesse an dieser Frage nach den leerstehenden Stühlen und der großen Unaufmerksamkeit der Genossen beurtheilen, so muß man sagen: hervorragend ist es nicht. Zum Theil mag dies am Referate liegen, dem die höheren Gesichtspunkte fehlten. Parvus hat recht. Der Agitation für den Achtstunden-Tag fehlte bisher der einheitliche Charakter. Auf die Gesetzgebung ist auf Jahre hinaus nicht zu rechnen. Im besten Falle entschließt man sich, im Laufe der Jahre den elf- oder zwölfstündigen Normal-Arbeitstag einzuführen; die Gewerkschaften sind schon heute viel weiter und die Gesetzgebung hinkt ihnen nach. Nur auf die Gewerkschaften können wir bei der Verkürzung der Arbeitszeit rechnen, deshalb muß eine allgemeine einheitliche Agitation für die Verkürzung der Arbeitszeit und dazu eine kräftige Propaganda für die Gewerkschaften eingeleitet werden, damit sie diese Aufgabe erfüllen können. (Zustimmung.)

Noch auf zwei andere Fragen des Arbeiterschutzes möchte ich die Aufmerksamkeit der Parteigenossen lenken. Ich meine die Unfallverhütung und die Gewerbe-Inspektion. Mit der Unfallverhütung ist es wahrhaft traurig bestellt. Die Zahlen des Reichs-Versicherungsamtes enthüllen ein haarsträubendes Bild. Ich wundere mich, daß dieses ausgezeichnete Agitationsmittel von unseren Rednern nicht mehr benutzt wird. (Lebhafte Zustimmung.) Statt dessen beschäftigt man sich fortwährend mit alten, abgethanen Dingen. Ich habe eine Zusammenstellung der Unfälle in den Jahren 1888 bis 1894 vor mir. Hiernach sind in dieser Zeit bei 64 gewerblichen Berufsgenossenschaften 1 110 442 Unfälle und bei den landwirthschaftlichen 277 019 Unfälle, zusammen also 1 387 461 angemeldet worden. (Hört! hört!) Die wirkliche Ziffer ist dabei noch viel höher, nach meiner Schätzung um mindestens 35 pCt. Von diesen Unfällen haben nicht weniger als 36 046 zum Tode des verunglückten Arbeiters geführt. (Hört! Hört!) Wenn wir früher an den Straßen Krüppel sitzen sahen, ohne Beine, ohne Arme, so konnte man annehmen, daß es Kriegsinvaliden waren; von denen aber, die wir heute sehen, können wir mit Gewißheit annehmen, daß es Opfer der kapitalistischen Produktion sind. (Lebhafte Zustimmung.) Und dabei kann man bei der Taktik der Berufsgenossenschaften sagen, es wäre für viele von ihnen besser gewesen, wenn auch sie gleich jenen 36 000 bei dem Unfall sofort ihr Leben verloren hätten. Von der Gesammtzahl der Unfälle in den sieben Jahren führten nach den Angaben der Berufsgenossenschaften 14 895 zu dauernder und völliger Erwerbsunfähigkeit, 174 678 zu dauernder und theilweiser Erwerbsunfähigkeit und 84 455 zu vorübergehender Erwerbsunfähigkeit der Verletzten. (Hört! hört!) 22 662 Wittwen mit 45 929

Kindern waren zu unterstützen. (Hört! hört!) Und diese Unterstützung ist absolut unzulänglich. Das allerbitterste Elend verkörpert sich in diesen Zahlen. (Sehr wahr!) Und diese Zahlen sollten in der Agitation verwandt werden. Nun haben die Berufsgenossenschaften ja Unfallverhütungs-Vorschriften erlassen. Aber werden sie befolgt? Wir haben konstatirt, daß sich im Baugewerbe 75 pCt. der Unternehmer um diese Vorschriften nicht kümmert. Selbst Vertrauensleute der Berufsgenossenschaften haben die Vorschriften nicht durch Aushang den Arbeitern zur Kenntniß gebracht. (Hört! hört!) Weshalb kümmern sich die Berufsgenossenschaften nicht um die Befolgung ihrer Vorschriften, die doch in ihrem Interesse liegt? Einfach deshalb nicht, weil dann die intensive Ausbeutung der Arbeitskraft in einem so uneingeschränkten Maße nicht möglich ist. Eine recht energische Agitation zur Beseitigung dieser Mißstände muß entfaltet werden.

Voraussichtlich hat sich der Reichstag in nächster Zeit mit der Novelle zur Unfallversicherung zu beschäftigen. Gewiß wird unsere Fraktion alles thun, um die krassen Zustände, wie sie jetzt bestehen, zu beseitigen. Wenn wir ihr aber nicht durch eine großartige Agitation, durch Mittheilung aller Uebelstände zu Hilfe kommen, dann wird sie nicht viel gegen ihre kapitalistischen Gegner erreichen. (Sehr wahr!) Verbreitet doch diese Gesellschaft — so frech ist sie — sogar, daß die Arbeiter in der Mehrzahl der Fälle selber schuld an den Unfällen sind (Hört! hört!) —, sogar daß sie selber die Unfälle herbeiführten, um Reichsrentner zu werden! (Hört! hört! und lebhafte Zustimmung.)

Für die Agitation könnte es nicht schaden, wenn die Vorschläge betreffs Kontrolle der Betriebe, die in dem von unserer Fraktion 1890 dem Reichstag vorgelegten Arbeiterschutz-Gesetzentwurf enthalten waren, durch die Presse in Erinnerung gebracht würden. So lange eine Kontrolle in dem Sinne nicht eintritt, wird die Zahl der Unfälle steigen. Von 1888 bis 1894 ist die Zahl der Unfälle in den gewerblichen Berufsgenossenschhften von 28,64 auf 36,37, in den landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften von 1,28 auf 5,59 auf je 1000 versicherte Personen gestiegen. Die Steigerung steht mit der Steigerung der versicherten Personen in keinem Verhältniß. Die Unternehmer höhnen zwar über unser Kontrollverlangen; aber glauben Sie mir, es ist ihnen unangenehm, sie zittern vor einer Kontrolle unter Mitwirkung von Arbeitern. Die Regierung wird ihr Ohr nicht lange verschließen, sie wird schließlich Mittel und Wege der Abhilfe ergreifen müssen. (Lebhafter Beifall.)

Singer theilt mit, daß die italienischen Sozialisten den deutschen Genossen in internationaler Solidarität ihren Gruß geschickt haben.

Darauf tritt eine halbstündige Frühstückspause ein.

Nach der Pause wird um 12½ Uhr die Debatte über den Arbeiterschutz fortgesetzt.

Timm-Berlin: Wir haben alle Mittel und Wege zu benutzen, die uns zur Verfügung stehen, und versuchen, so viel wie möglich auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes zu erreichen. Deshalb sind die Parvus'schen Vorschläge ganz außerordentlich anregend. Etwas anderes ist es aber mit der praktischen Ausführung, mit der Taktik. Für den Achtstundentag, gegen die Hausindustriellen-Ausbeutung und vor allem für das Koalitionsrecht müssen wir mit der größten Energie, bei jeder Gelegenheit eintreten; wir müssen dazu überall Stellung nehmen, wo es aktuell ist. Aber die Vorschläge von Parvus sind ebensowenig durchführbar wie die Frankfurter. Es lassen sich nicht allgemeine, bestimmte Direktiven für diese Agitation geben; wir müssen uns den Einzelverhältnissen anpassen, wenn wir Erfolge erzielen wollen; wir sind ja durch Gesetze, durch viele Rücksichten eingeengt. Man soll nicht glauben, daß nur etwas Neues gemacht, nur ein neues Organ geschaffen werden muß, damit es schneller geht. Wir haben ja schon schlimme Erfahrungen gemacht mit umfassenden Kämpfen,

wo wir uns über die thatsächlichen Verhältnisse hinweggetäuscht haben; hernach kam der Rückschlag und in seinem Gefolge Muthlosigkeit!

Weinheber-Hamburg: Ich schließe mich den Ausführungen des Genossen Bömelburg an und wünsche, daß das, was er erstrebt, auch erreicht wird. Die Versicherungsgesetze haben noch sehr viel Mängel, auf deren Beseitigung die Fraktion hinarbeiten soll, doch ist es nicht zu verlangen, daß die einzelnen Abgeordneten über die zahlreichen Fragen genau unterrichtet sind. Deshalb ist es Pflicht eines jeden Genossen, unsere Fraktionsmitglieder durch Material zu unterstützen, damit wirklich etwas Ersprießliches zustande kommt. Nehmen Sie die Resolutionen an, sie sagen gerade das, was erforderlich ist.

Frl. **Baader:** Die Forderung nach dem Achtuhr-Ladenschluß betrachte ich noch von einem anderen Gesichtspunkt aus. Den kaufmännischen Angestellten ist es wegen ihrer langen Arbeitszeit gar nicht möglich, sich zu organisiren. Der Achtuhr-Ladenschluß gewährt ihnen diese Möglichkeit in etwas und schon deshalb müssen wir dafür eintreten. Unser Ziel muß sein, einen Arbeitsvertrag zu schaffen, der den Arbeiter nicht verhindert, von seinem gesetzmäßigen Rechte (Koalitionsfreiheit) Gebrauch zu machen, wie es jetzt die Verquickung der Miethskontrakte für Arbeiterwohnungen mit dem Arbeitsvertrag in den Kohlenrevieren zum Beispiel bewirkt. Hierauf müssen wir unsere Aufmerksamkeit mehr als bisher lenken. In das Gebiet des Arbeitsvertrages schlägt auch eine Forderung, die die Hausindustrie berührt und für die Aufklärung der Arbeiterinnen von großer Bedeutung ist. Es ist die Forderung, daß die Unternehmer gesetzlich verflichtet werden, alle Arbeitsmittel und das ganze Arbeitsmaterial selber zu stellen. Jetzt geben die Näherinnen beispielsweise 33 pCt. ihres Lohnes für Auslagen aus. Dadurch wird für sie ihr niedriger Lohn verschleiert; sie glauben, besser dazustehen, als es thatsächlich der Fall ist. — Derartige Anregungen zu geben, ist die Aufgabe des Parteitages.

Quarck: Es ist bereits ausgesprochen worden, daß das dem Genossen Wurm in letzter Stunde aufgedrungene Referat nicht befriedigte. Es fehlten die allgemeinen Gesichtspunkte. Genosse Wurm hätte auch die vorliegenden Anträge geistig mehr verarbeiten sollen, die sich in zweifacher Richtung bewegen: einmal auf die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die Hausindustrie und die Staatswerkstätten, und andererseits darauf, daß eine ganze Reihe einzelner Berufe mit Arbeiterschutz versehen wird. Ich erblicke darin einen Beweis dafür, daß wir immer mehr auf einen Spezial-Arbeiterschutz für einzelne Branchen kommen. Wir müssen bei der Erörterung des Arbeiterschutzes von einem höheren Gesichtspunkte ausgehen, auf dem schon Bebel bei der Gewerkschaftsdebatte in Köln a. Rh. hingewiesen hat. Bebel meinte damals, daß die Wirksamkeit der Gewerkschaften durch die soziale Gesetzgebung wesentlich eingeschränkt ist. Aber gerade das Umgekehrte ist richtig, gerade durch die Sozialgesetzgebung sind den Gewerkschaften ganz neue Aufgaben zugefallen, da sie jetzt die soziale Gesetzgebung viel sorgfältiger als bisher zu kontrolliren und zu kritisiren haben. Es ist deshalb falsch, daß die Aufgabe, Vorschläge zur Verbesserung der sozialen Gesetzgebung zu machen, der politischen Bewegung überlassen bleiben soll. Nein, gerade derjenige, der fortwährend auf der Lauer steht, um Lücken in dem Gesetz zu entdecken, ist auch am besten in der Lage, diese Lücken auszufüllen. Und es ist garnicht nöthig, erst neue Organisationen für diese Aufgaben zu schaffen, diese Organisationen bestehen bereits, sie sind entstanden aus dem naturwüchsigen Bedürfniß der Arbeiter heraus und nicht durch einen Spintisirer. Weil die gewerkschaftlichen Zentralverbände keine Politik treiben dürfen, werden öffentliche Gewerkschaftsversammlungen und Branchekongresse zu jenem Zweck abgehalten, Kommissionen und Gewerkschaftskartelle gegründet, und diese Entwickelung kann nicht mehr zurückgeschraubt werden, auch die von uns in Frankfurt angestrebte Zentralisation und Ein-

heitlichkeit dieser Bewegung nicht, man mag dagegen schreien, wie man will. Ich habe ja zu neuen, besseren Vorschlägen aufgefordert, aber abgesehen von dem Vorschlag von Parvus und abgesehen von einem Vorschlage des Genossen Bock auf Schaffung einer gewerkschaftlichen Korrespondenz für die Gewerkschaftsblätter ist mir nichts zu Ohren gekommen. Die neuen Gewerkschaftsorganisationen sollten zunächst in Provinzialverbänden Fühlung nehmen, bis ein größerer Zusammenhalt, zu dem das Bedürfniß vorliegt, sich herausgebildet hat. Die österreichischen Gewerkschaften stehen auf demselben Standpunkt —

Singer (den Redner unterbrechend): Es handelt sich hier nicht darum, die Stellung der Gewerkschaften als solche zu behandeln. So weit die Vorschläge des Redners mit dem Arbeiterschutz zusammenhängen, habe ich ihn reden lassen, aber über die Gewerkschaften können wir hier nicht diskutiren.

Quarck (fortfahrend): Die österreichischen Gewerkschaften befassen sich neben der politischen Partei auf das intensivste mit dem Arbeiterschutz, und es ist niemals zu Kollisionen gekommen. Es ist also kein Grund vorhanden, dies Gespenst heraufzubeschwören. Ich schließe mich im übrigen vollständig den Anregungen des Genossen Bömelburg an, die sich ja mit den Frankfurter Vorschlägen im wesentlichen decken. Eine Zersplitterung wird dadurch nicht hervorgerufen, im Gegentheil, es wird eine größere Einheitlichkeit herbeigeführt, die auch der politischen Bewegung nützt. Wenn die Gewerkschaftsbewegung so weiter wächst, wird man vielleicht einmal froh darüber sein, daß bei Zeiten dieselbe Zentralisation, die mein lieber Freund Auer für die politische Organisation mit Recht wünscht, auch auf diesem Gebiete angebahnt wurde.

Molkenbuhr: Es ist eine nicht neue Erscheinung im wissenschaftlichen und politischen Leben, daß jemand glaubt, mit einem Schlage alle Uebel aus der Welt zu schaffen. Genau so wie die sozialistischen Utopisten aus dem Anfang dieses Jahrhunderts, glauben auch jetzt manche Leute, ein Universalmittel zu finden; und wenn man ungläubig dagegen ist, dann wird man für böswillig gehalten. Wenn die Sache nicht vorwärts gehen will, dann ist immer einer daran Schuld, natürlich nicht aus den Reihen der Utopisten. Als die Gewerkschaften zur Zeit des wirthschaftlichen Niederganges nicht vorwärts kamen, sollte die Sozialdemokratie daran schuld sein. Jetzt macht Genosse Parvus den Gewerkschaftlern den Vorwurf, nicht auf dem richtigen Wege zu sein. Ja, wenn sie seine Broschüre schon auf dem Berliner Gewerkschaftskongreß gehabt hätten, dann, so glaube er wohl, wäre das Ergebniß befriedigender gewesen. Die Parvus'sche Resolution glaubt auch mit einem Schlage den Achtstundentag erreichen zu können. Ihre Vorschläge klingen ja recht radikal; im Grunde genommen sind sie aber gerade das Gegentheil davon. Wir haben als Sozialdemokraten für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel einzutreten; stecken wir ein Loch zurück, werfen wir uns mittels der Gewerkschaftsbewegung, die auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft die Lage des Arbeiters zu verbessern sucht, ausschließlich auf die Erreichung des Achtstundentages, dann sind wir eine soziale, bürgerliche Reformpartei, von der die bürgerlichen Parteien ja schon längst träumen, — dann danken wir aber auch als politische Partei ab. Wenn man eine solche Kritik hört, wie die des Genossen Bömelburg, die übrigens ganz vortrefflich war, wenn man da sagt, das muß gethan werden und das, dann fragt man sich: ja, weshalb hast du das nicht gethan. Mit der Kritik der Ufallverhütung, mit einer Agitation im umfassenden Maße zur Aufdeckung der Schäden der Unfallversicherung ist es kein leichtes Ding. Eine solche große Bewegung läßt sich nicht einfach dekretiren, oder erst dann, wenn die gesammte Arbeiterschaft in den Gewerkschaften organisirt ist und die Organisationen eine solche Macht besitzen, daß sie alles am Schnürchen haben. Daran aber hapert es gerade bei den meisten Gewerkschaften. Es möge uns doch zunächst gesagt werden,

wie wir die Massen in die Organisation hineinbringen. Ohne dies läßt sich nicht dekretiren: die große Bewegung wird nun gemacht und im nächsten Jahr ist sie da! Da will man schieben, und wenn es zur Ausführung kommt, wird man geschoben.

Gewiß ist es Aufgabe der Sozialdemokratie, für den Arbeiterschutz zu sorgen, gewiß ist es Aufgabe jedes klassenbewußten Arbeiters, die Gewerkschaften zu stärken, aber wir dürfen nicht ein Stück Sozialismus herausgreifen, sondern müssen unsere ganze Aufgabe in Augen behalten. Durch Beschlüsse wird an dem Verlauf der Dinge nichts geändert. Deshalb bleiben solche Vorschläge, die im stillen Kämmerlein geboren werden, immer auf dem Papier stehen. Durch einen Kongreßbeschluß läßt sich nicht die ganze Welt auf den Kopf stellen. Und deshalb habe ich beantragt, alle Anträge durch Annahme der Wurm'schen Resolution für erledigt zu erklären. (Bravo).

Dahlen-Halberstadt: Wenn es nur darauf ankäme, radikale Anträge anzunehmen, um das Ziel, das man sich gesteckt hat, zu erreichen, würden wir es ja sicher thun. Statt seine Kraft darauf zu verwenden, sollte man dafür sorgen, daß das bisher Errungene gesichert bleibt, wie z. B. die Sonntagsruhe. Was nützt uns ein Ausstand, wenn eine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht wird, daneben aber, um ein paar Pfennige mehr zu verdienen, am Sonntag gearbeitet wird? Das Sozialistengesetz ist gefallen; was soll man aber dazu sagen, daß der Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes in Lauterberg am Harz sich mit dem Fabrikantenverein dahin einigt, den Fritz Erfurth, einen Mann, der mit Aufopferung für die Interessen der Gewerkschaft aufgetreten, der den Ausstand hochgebracht hat, zu zwingen, binnen vierzehn Tagen außer Landes zu gehen! Es ist das eine Schmach!

Singer: Ich muß namens des Parteitages konstatiren, daß der Vorredner nur seine persönliche Meinung ausgesprochen hat. Wir sind hier nicht in der Lage, seine Angaben zu kontrolliren und wir können als Parteitag, das konstatire ich, der so schwer angegriffenen Gewerkschaft gegenüber ein Urtheil nicht fällen. (Zustimmung.)

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion ist eingegangen.

Singer: Wir verhandeln über eine außerordentlich wichtige Materie, über die eine ausgiebige Debatte nothwendig ist. Um eine Geschäftsordnungsdebatte zu vermeiden, schlage ich vor, bis halb drei Uhr die Debatte fortzusetzen; dann kann noch der Referent sprechen und wir sind programmmäßig um 3 Uhr mit diesem Punkt der Tagesordnung fertig. (Zustimmung.)

Schmalfeld-Bremerhaven: Die Lage der im Schiffsbau beschäftigten Arbeiter ist eine traurige. Wir haben dort sogenannte feste und lose Gänge; bei ersteren, die aus älteren Arbeitern bestehen, ist eine tägliche Arbeitszeit von 18 Stunden nicht selten (Hört!), obgleich genug junge Arbeiter vorhanden sind, die sie ablösen könnten. Noch schlimmer sind die Seeleute daran, die vollkommen der Willkür der Rheder und Kapitäne preisgegeben sind, denn sobald ein Schiff den Hafen verlassen hat, ist es nur noch ein großes Fragezeichen. Man weiß nicht, was auf ihm passirt. Und wie werden solche Fälle, die zur Kenntniß des See-Amts gelangen, abgeurtheilt. Ein Mann springt über Bord, natürlich nicht aus Wollust, sondern weil er die Arbeit und Behandlung nicht ertragen kann. Das See-Amt kommt zu dem Schluß, es liegt kein Verschulden der Vorgesetzten vor, es hat nicht festgestellt werden können, was den Mann dazu veranlaßt hat. So wurde, um nur ein Beispiel zu erwähnen, auf einem Schiff ein Matrose in geradezu unmenschlicher Weise behandelt; den rohen Patron von erstem Steuermann hat sein Schicksal ereilt, er wurde zu acht Jahren Zuchthaus verurtheilt, aber der Kapitän, der alle Brutalitäten mit angesehen hatte, wurde vorläufig auf freiem Fuß gelassen, er ging mit seinem Schiff nach Ostasien, und er hatte Glück. Wie die Chronik

meldet, starb er zu rechter Zeit. Natürlich glaubte kein Mensch daran. Der zweite Steuermann, der von vornehmer Herkunft war, wurde steckbrieflich verfolgt und als bereits der Steckbrief hinter ihm erlassen war, fuhr er noch in einer Droschke in Bremerhaven herum. Die Seemannsordnung ist nach meiner Ansicht nicht auf freie Arbeiter, sondern auf mittelalterliche Galeerensklaven zugeschnitten. (Sehr richtig!) Die Reichstagsfraktion wird ja zu dem jetzt endlich erscheinenden neuen Entwurf einer Seemannsordnung Stellung zu nehmen haben. Es wäre erwünscht, daß Bebel oder sonst einer sich an Ort und Stelle begiebt, um sich von den Verhältnissen zu überzeugen. Die Beaufsichtigung ist eine mangelhafte. Man scheint oft vorher zu wissen, wenn der Reichskommissar erscheinen wird. Auch erstreckt sich die Aufsicht nur auf das Aeußere, nicht aber auf die inneren Räume, wo ungeheuerliche Zustände bestehen. Selbst die Kost ist auf den Schiffen eine unglaublich schlechte. Aenderungen müssen unbedingt vorgenommen werden. (Beifall.)

Keßler: Als das Unfallversicherungs-Gesetz erlassen wurde, wurde mit einem wahren Feuereifer seitens der Unternehmer im Baugewerbe an Erlaß, Druck und Aushängung von Unfallverhütungs-Vorschriften gegangen. In jeder Nummer des Innungsblattes des Vorstandsmitgliedes der Berliner Gewerbe-Ausstellung, des „Baumeisters" Felisch, war davon die Rede. Bald zeigte sich, woher diese Arbeiterfreundlichkeit rührte. Die Herren Unternehmer bildeten sich nämlich ein, daß mit der Anheftung recht scharfer Unfallverhütungsvorschriften sie die Unfallversicherung beseitigen können. Man würde dann dem verunglückten Arbeiter sagen können: da hängen ja die Vorschriften, weshalb hast Du sie überschritten? Dadurch machte aber das Reichs-Versicherungsamt, das, wie ich anerkenne, das Vertrauen der Arbeiter einigermaßen verdient, einen Strich und verlangte nicht nur die Anheftung, sondern auch die Gewähr für eine strenge Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften; da machten die Unternehmer eine Kalkulation, daß dadurch Störungen, Verzögerungen auf den Bauten erfolgen. Einige Pfennige Lohn mehr für manche Arbeiten würden gezahlt werden müssen und sie zahlten lieber die Unfallrenten und entfernten wieder die Unfallverhütungs-Vorschriften. Das Unternehmerthum denkt nicht an die Knochen der Arbeiter, sondern nur an seinen Profit. Nun ist es aber die Pflicht der Arbeiter, für die Durchführung der Unfallverhütungs-Vorschriften zu sorgen. Das Material müßte der Organisation, der Partei- und Fachpresse mitgetheilt werden. Leider geschieht das nur selten. Das gleiche müßte auch hinsichtlich der landwirthschaftlichen Arbeiter geschehen. (Sehr wahr!) Das vergißt man immer. Je komplizirter die landwirthschaftlichen Maschinen werden, desto mehr nehmen auch auf dem Lande die Unfälle zu. Ferner müßte in Bezug auf die Wohnungsverhältnisse 2c. uns Material gegeben werden. Der Indifferentismus der Genossen muß beseitigt werden. Aber durch die vorliegenden Anträge wird das nicht erreicht. Unleugbar ist ja die gegenwärtige Konjunktur eine aufsteigende. Aber es kann trotzdem nicht gesagt werden, daß die Lage der Arbeiter, ja selbst die der Betriebsunternehmer dadurch gebessert ist. Es wird mit niedrigeren Preisen gearbeitet als früher und dadurch eine viel schärfere Anspannung der Arbeiter herbeigeführt. Der Antrag, wonach in die Forderungen jedes Lohnkampfes die Reduktion der Arbeitszeit aufgenommen werden soll, verlangt eine Unmöglichkeit. Es muß einer jeden Organisation, einer jeden Gewerkschaft überlassen werden, was sie zu fordern für nothwendig hält, sonst würden wir zum großen Theil unsere Lohnbewegungen erfolglos machen. (Beifall.)

Legien-Hamburg: Die Strömung in der Partei, die dahin geführt hat, diesen Punkt auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen, ist zu begrüßen. Sie geht nach zwei Richtungen. Einmal sind es die Quarck'schen Vorschläge, die Anlaß zu Erörterungen geben, andererseits sind es die Parvus-Artikel.

Quarck will die Aktion der Gewerkschaften in umfangreichem Maße auf den Arbeiterschutz, auf die Sozialpolitik lenken, Parvus will den Kampf um den Achtstundentag in den Mittelpunkt der Parteithätigkeit rücken. Was nun die Quarck'schen Vorschläge betrifft, so halte ich es für absolut erforderlich, daß die Gewerkschaften das ihnen so nahe liegende Gebiet der Sozialpolitik behandeln. Keine Körperschaft ist geeigneter dazu. Die Gewerkschaften müssen unbedingt Sozialpolitik treiben, dagegen bin ich nicht der Meinung, daß die Gewerkschaften Parteipolitik treiben sollen. Im wirthschaftlichen Kampf gilt es, alle Kräfte zusammenzufassen, ohne nach dem politischen Glaubensbekenntniß des einzelnen zu fragen. Die Sozialpolitik ist ja nicht Eigenthum der sozialdemokratischen Partei. Sozialpolitik kann man treiben, ohne Sozialdemokrat zu sein. Sozialpolitik treiben ja auch alle anderen Parteien, wenn auch nur nach dem Grundsatz: Wasch mir den Pelz, aber mach ihn nicht naß. Die Sozialdemokratie treibt am konsequentesten Sozialpolitik. Nach der Lage der Gesetzgebung können sich die Gewerkschaften nicht so mit Sozialpolitik befassen. Sobald sie aber mehr Bewegungsfreiheit durch Fortfall des Verbotes des in Verbindungtretens von Vereinen erhalten, werden sie sich mit oder ohne Parteitagsbeschluß mit sozialpolitischen Angelegenheiten befassen. Quarck's Meinung, daß die Gewerkschaftskartelle schon jetzt Träger der Sozialpolitik sein können, halte ich für irrig, weil die Kartelle in einzelnen Städten zusammengesetzt sind aus den Zweigvereinen der zentralisirten Gewerkschaften, also nicht außerhalb, sondern innerhalb der Organisation stehen.

Nun zu Parvus. Die Erörterung seiner Vorschläge auf dem Parteitage halte ich für äußerst zweckmäßig. Aber daran ist nicht zu denken, daß durch eine Agitation der Achtstundentag errungen werden wird. Gesetze sind nach meiner Anschauung nur der Stempel auf bestehende Verhältnisse. Solange die Gewerkschaften nicht durch den wirthschaftlichen Kampf eine Verkürzung der Arbeitszeit erzwungen haben, ist an einen gesetzlichen Normalarbeitstag nicht zu denken. Die Agitation im Sinne von Parvus kann also, wenn sie etwas erreichen will, zu nichts anderem führen, als zu einer Verstärkung der gewerkschaftlichen Organisation. Auch ein wirkliches Koalitionsrecht kann, wie es in England gewesen, nur durch die Organisation erzwungen werden. Die englischen Arbeiter haben die Koalitionsfreiheit nicht erhalten, weil die gesetzgebende Körperschaft das Bedürfniß eingesehen hatte, sondern weil die englischen Arbeiter ihre geheimen Organisationen trotz des Verbotes aufrecht erhielten. Wenn die Erörterungen der Parvus'schen Vorschläge auf dem Parteitage zu einer Verstärkung der Organisationen führen, so würde ich dieses Resultat mit Freuden begrüßen. Für verkehrt aber halte ich es, etwa den Arbeitern einreden zu wollen, sie könnten durch bloße Agitation den Achtstundentag erringen. Versammlungen, Agitiren, Protestiren nützt nichts! Die Organisation ist alles!

Beims-Goslar: Wir sollten doch mehr als bisher auch an die ländlichen Arbeiter denken und energischer als bisher für den ländlichen Arbeiterschutz eintreten und gegen die Gesinde-Ordnung Front machen. Ich erinnere an den Ausspruch vom vorigen Parteitage, es wäre gut, wenn wir erst ein Dutzend Bauernknechte unter uns hätten! Die Bewegung ist auf dem Lande längst vorhanden. Wenn auch nicht allgemeine Direktiven gegeben werden können für die Agitation auf dem Lande, so ist doch eine ausgiebige Erörterung unter den Genossen dringend nothwendig. Namentlich richte ich auch einen Appell an die anwesenden Vertreter der Parteipresse.

Singer: Entsprechend unserer Verabredung ist hiermit der Schluß der Diskussion herbeigeführt; es ist vorher noch ein genügend unterstützter Antrag des Genossen Eichhorn eingegangen, der nachher mit zur Abstimmung stehen wird:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird beauftragt, besondere Anträge zu stellen auf Einführung des Achtstundentages in der Reichspost- und Reichs-Telegraphenverwaltung, bei den Reichseisenbahnen, auf den Marinewerften, in der Reichsdruckerei, in sämmtlichen Militärwerkstätten, ferner soll beantragt werden, daß die Militärverwaltung und alle anderen unter Kontrolle des Reichs stehenden Betriebsverwaltungen nur mit solchen Unternehmern Geschäftsverträge abzuschließen haben, welche ihren Arbeitern den achtstündigen Arbeitstag gewähren."

Bömelburg (persönlich): Genosse Weinheber warf mir vor, daß ich meine heutigen Vorschläge nicht schon in Hamburg gemacht habe. Wenn er die Verhandlungen im Hamburger Gewerkschaftskartell und die Berichte des „Hamburger Echo" verfolgt hätte, so würde er wissen, daß wir uns in Hamburg schon seit zwei Jahren ernsthaft mit der Frage beschäftigt haben.

Eichhorn: Molkenbuhr nannte die Dresdener Genossen und Parvus Utopisten. Ein Universalmittel sollen die Parvus'schen Vorschläge nicht sein.

Singer: Das war aber nicht persönlich.

Das Schlußwort zum Arbeiterschutz hat

Wurm: Mein Referat ist mehrfach bemängelt worden; ich habe es aber nicht für nöthig gehalten, selbstverständliche Dinge vorzubringen, die täglich in der Presse erörtert werden. Auch war von mir nicht verlangt worden, als man mir das Referat übertrug, daß ich über die Theorie und den gegenwärtigen Stand des Arbeiterschutzes referire, sondern im Zusammenhange die auf den Arbeiterschutz bezüglichen Anträge bespreche. Mein Streben ging daher dahin, zu untersuchen, wie sich die gewerkschaftliche und die politische Bewegung zu der sozialen Gesetzgebung zu stellen hat. Kein einziger Derer, die höhere Gesichtspunkte in meinem Referat vermißt haben, hat selbst höhere Gesichtspunkte vorgebracht. Besonders interessant war für mich, daß man die Bömelburg'schen Ausführungen zu den meinen im Gegensatz stellte, weil das Material, was Bömelburg gegen mich anführte, einem Artikel entnommen ist, den ich selbst im März im „Vorwärts" veröffentlicht habe. (Große Heiterkeit.) In der ganzen Debatte ist nichts Neues gesagt. All die schönen Vorschläge zerfließen in nichts, wenn man sie zerpflückt. Wie wenig stichhaltig die Ausführungen von Quarck sind, hat Legien bewiesen, der einen Unterschied zwischen Sozialpolitik und Parteipolitik macht, erstere den Gewerkschaften überlassen will, letztere aber nicht. Gleich darauf aber sagte er, daß wenn auch andere Parteien als die unsere Sozialpolitik treiben, sie dies nur stets so thun, daß sie den Pelz waschen, ohne ihn naß zu machen. Demnach würde Legien den Gewerkschaften eine solch unfruchtbare Sozialpolitik überweisen! Dagegen muß ich mich ganz entschieden erklären. Wir können keinen künstlichen Unterschied zwischen Sozialpolitik und Parteipolitik machen. (Sehr richtig!) Wir sind Sozialdemokraten und treiben deshalb soziale Parteipolitik oder parteigemäße Sozialpolitik. Wenn andere Parteien uns Palliativmittel vorschlagen, so nehmen wir natürlich, was wir bekommen können, aber wir bestehen darauf, daß wir weit mehr haben wollen, und legen uns nicht auf den Bauernfang. Die Hauptfrage für uns ist die: wie ist es möglich, durch eine neue Form der Agitation mehr Schwung in die Sache zu bringen? Und in diesem Punkte hat die Debatte das zu tage gefördert, was ich bereits vorhin gesagt habe, daß nämlich derartige Dinge sich nicht erzwingen lassen. Wie leicht es ist, eine Begeisterung zu entfachen, haben wir ja bei der Agrarfrage gesehen, wo wir Resultate bekommen haben, die für uns keineswegs ermuthigend waren. (Beifall und Widerspruch.) Genau so würde es uns auf diesem Gebiete gehen. Die Vorschläge von Parvus sind die einzigen, die neue Gedanken enthalten, leider aber Gedanken, die wir nicht akzeptiren können. Das Arbeitersekretariat ist ja für die Partei sehr wünschenswerth, augenblicklich aber können wir es

noch nicht schaffen, und es wäre unpraktisch, wollten wir es nur aus der Fraktion heraus bilden. Vorläufig ist es uns nur möglich, unsere Presse dadurch zu unterstützen, daß die einzelnen Gewerkschaften ihr Mittheilungen über die Zustände in ihren Berufen zukommen lassen. Dazu brauchen wir aber keine neuen Beschlüsse; das kann auf grund der alten Beschlüsse geschehen, wenn jeder seine Schuldigkeit thut. Mit Recht ist hervorgehoben, daß wir die Landarbeiter bei unseren Vorschlägen zu wenig berücksichtigen. Material haben wir ja in hinreichender Menge; und wenn die Genossen das ausnutzen wollten, so hätten sie genügenden Agitationsstoff. Wie Legien sehr richtig hervorgehoben hat, hat ja jede Agitation nur den einen Zweck, unsere Organisation politisch und gewerkschaftlich zu stärken. Mit dem Vorbringen von Thatsachen allein ist nichts erreicht, wenn es uns nicht gelingt, die Leute dauernd an uns zu fesseln und damit eine Macht zu schaffen.

Den Antrag Eichhorn bitte ich abzulehnen, denn wir haben schon längst davon Abstand genommen, unsere Wünsche, die nicht erreichbar sind, in Form von Anträgen vorzubringen. Es ist viel besser, wenn wir uns bei den Etatsberathungen, wo wir uns ja genügend aussprechen können, über solche Fragen verbreiten. So ist z. B. der Antrag auf Verbesserung der Kontrolle der Werkstätten von uns längst eingebracht. Er ist aber noch nicht zur Verhandlung gekommen und es wird auch nicht dazu kommen. Wohl aber war es uns möglich, bei der Debatte über die Fabrikinspektoren die Sache zur Sprache zu bringen. An der Abstimmung über den Antrag liegt uns nichts, denn wir wissen ja, daß unsere Gegner nichts davon wissen wollen. Bleiben wir beim alten!" Die Fraktion wird wie bisher so auch in Zukunft bei jeder Gelegenheit für den Arbeiterschutz eintreten. Unterstützen Sie uns nur mit Material und nehmen Sie unsere Resolution an. In der Resolution betr. den Achtuhr-Ladenschluß habe ich zum Schluß eine redaktionelle Aenderung vorgenommen und statt „für den Schutz jeder Arbeiterkategorie" gesagt „für diesen wie für jeden Schutz einer Arbeiterkategorie." (Beifall.)

Persönlich bemerkt **Bömelburg**, daß er seine Aufstellung nicht dem „Vorwärts", sondern den Mittheilungen des Reichs-Versicherungsamts entnommen und erst am letzten Sonnabend ausgearbeitet hat.

Wurm erwidert, daß das Material bekannt war, und daß er nicht voraussetzen konnte, daß Bömelburg erst am letzten Sonnabend das ausarbeiten würde, das schon vor längerer Zeit in der Parteipresse gestanden hat.

Die Abstimmung ergiebt die Annahme der beiden von Wurm vorgeschlagenen Resolutionen unter Ablehnung des Amendements Adler's. Ebenso wird der Antrag Molkenbuhr, der Parteitag wolle durch Annahme der Resolutionen sämmtliche zum Punkt Arbeiterschutz gestellten Anträge für erledigt erklären, mit großer Mehrheit angenommen. — Damit ist dieser Punkt erledigt.

Eingegangen ist ein Begrüßungstelegramm der sozialdemokratischen Partei Kroatiens. — Schluß 3 Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 16. Oktober. — Vormittagssitzung.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Eine Reihe Begrüßungsschreiben und Telegramme sind eingelaufen. Ein Telegramm meldet den Sieg der Partei bei der Offenbacher Landtagswahl. (Beifall.)

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zur Verhandlung gelangt Punkt 9: **Frauenagitation.**

Gleichzeitig zur Debatte gestellt werden die Anträge 40, 60, 61 und folgender von Pfannkuch, Baader, Zetkin, Vogel, Kähler, Koenen und Genossen gestellter Antrag:

Der Parteitag empfiehlt den Genossen:

„In allen Orten, wo es zu ermöglichen, in öffentlichen Versammlungen die Wahl von weiblichen Vertrauenspersonen vorzunehmen. Die Aufgabe dieser Vertrauenspersonen ist: Aufklärung unter den proletarischen Frauen in politischer und gewerkschaftlicher Hinsicht, Erziehung zum und Stärkung des Klassenbewußtseins zu schaffen und eine diesen Aufgaben entsprechende planmäßige Agitation zu betreiben.

Sämmtliche Anträge finden genügende Unterstützung.

Berichterstatterin Frau **Zetkin**-Stuttgart: Durch die Forschungen von Bachofen, Morgan und Anderen scheint es erwiesen, daß die soziale Unterdrückung der Frau mit der Entstehung des Privateigenthums zusammenfällt. Der Gegensatz innerhalb der Familie zwischen dem Mann als Besitzer und der Frau als Nichtbesitzerin wurde die Grundlage für die wirthschaftliche Abhängigkeit und die soziale Rechtlosigkeit des weiblichen Geschlechts. In dieser sozialen Rechtlosigkeit liegt nach Engels eine der ersten und ältesten Formen der Klassenherrschaft, er sagt: „In der Familie ist der Mann der Bourgeois, die Frau dagegen repräsentirt das Proletariat." Trotzdem konnte von einer Frauenfrage im modernen Sinn des Wortes nicht die Rede sein, erst die kapitalistische Produktionsweise hat gesellschaftliche Umwälzungen gezeitigt, welche die moderne Frauenfrage entstehen ließ; sie schlug die alte Familienwirthschaft in Trümmer, die in der vorkapitalistischen Zeit der großen Masse der Frauenwelt Lebensunterhalt und Lebensinhalt gewährt hatte. Wir dürfen freilich auf die alte hauswirthschaftliche Thätigkeit der Frauen nicht jene Begriffe übertragen, die wir mit der Thätigkeit der Frau in unserer Zeit verbinden, den Begriff des Nichtigen und Kleinlichen. So lange die alte Familie noch bestand, fand die Frau in derselben einen Lebensinhalt durch produktive Thätigkeit und daher kam ihre soziale Rechtlosigkeit ihr nicht zum Bewußtsein, wenn auch der Entwickelung ihrer Individualität enge Schranken gezogen waren. Die Zeit der Renaissance ist die Sturm- und Drangperiode des Erwachens der modernen Individualität, die sich nach den verschiedensten Richtungen voll und ganz ausleben kann. Da treten uns Individualitäten entgegen, riesengroß im Guten und Bösen, die die Satzungen von Religion und Moral mit Füßen traten und Himmel und Hölle in gleicher Weise verachteten; wir finden Frauen als Mittelpunkt des gesellschaftlichen, des künstlerischen, des politischen Lebens. Und trotzdem nicht die Spur einer Frauenbewegung. Das ist um so charakteristischer, als zu jener Zeit die alte Familienwirthschaft zu zerbröckeln anfing unter dem Einfluß der Arbeitstheilung. Tausende und Tausende von Frauen fanden ihren Lebensunterhalt und -Inhalt nicht mehr in der Familie. Aber diese Frauenfrage, soweit davon die Rede sein konnte, wurde damals soviel wie möglich gelöst durch Klöster, Stifte und Ordensgesellschaften. Die Maschinen, die moderne Produktionsweise grub dann aber nach und nach der eigenen Produktion im Haushalt den Boden ab, und nicht für Tausende, sondern für Millionen von Frauen entstand nun die Frage: wo nehmen wir den Lebensunterhalt her, wo finden wir einen ernsten Lebensinhalt, eine Bethätigung auch nach der Gemüthsseite. Millionen werden jetzt darauf verwiesen, Lebensunterhalt und Lebensinhalt draußen in der Gesellschaft zu finden. Da wird ihnen bewußt, daß die soziale Rechtlosigkeit sich der Wahrung ihrer Interessen entgegenstellt, und von dem Augenblicke an ist die moderne Frauenfrage da. In welcher Weise die moderne Produktionsweise arbeitet, die Frauenfrage weiter zu verschärfen, dafür einige Zahlen. 1882 zählte man in Deutschland auf 23 Millionen Frauen $5^1/_2$ Millionen erwerbsthätige Frauen, d. h. fast ein Viertel der weiblichen Bevölkerung konnte ihren Lebensunterhalt nicht mehr in der Familie finden. Nach der Volkszählung von 1895 hat in der Landwirthschaft im weitesten Sinne die Zahl der erwerbsthätigen Frauen seit

1882 um mehr als 8 pCt. zugenommen, in der Landwirthschaft im engeren Sinne gleichfalls um 8 pCt., während gleichzeitig die Zahl der erwerbsthätigen Männer um 2 bezw. 4 pCt. abgenommen hat. Auf dem Gebiete der Industrie und des Bergbaues haben die erwerbsthätigen Frauen um 35 pCt. zugenommen, die Männer nur um 8 pCt.; im Handel die Zahl der Frauen sogar um mehr als 94 pCt., die der Männer nur um 38 pCt. Diese trockenen Zahlen sprechen weit beredter von der Dringlichkeit der Lösung der Frauenfrage, als wie es überschwängliche Deklamationen thun könnten.

Aber die Frauenfrage ist nur innerhalb jener Klassen der Gesellschaft vorhanden, welche selbst Produkte der kapitalistischen Produktionsweise sind. Wir finden deshalb keine Frauenfrage in den Kreisen der Bauernschaft mit ihrer, wenn auch schon stark eingeschränkten und durchlöcherten Naturalwirthschaft. Wohl aber finden wir eine Frauenfrage innerhalb derjenigen Klassen der Gesellschaft, die die eigensten Kinder der modernen Produktionsweise sind. Es giebt eine Frauenfrage für die Frauen des Proletariats, des Mittelbürgerthums und der Intelligenz und der oberen Zehntausend; je nach der Klassenlage dieser Schichten nimmt sie eine andere Gestalt an.

Wie ist die Frauenfrage bei den Frauen der oberen Zehntausend gestaltet? Die Frau der oberen Zehntausend kann vermöge ihres Besitzes ihre Individualität frei entfalten, sie kann leben, wie es ihren Neigungen entspricht. Als Ehefrau aber ist sie noch immer vom Manne abhängig. Die Geschlechtsvormundschaft früherer Zeiten hat sich als Ueberbleibsel hinübergerettet ins Familienrecht, wo noch immer der Satz gilt: Und er soll dein Herr sein. Und wie ist die Familie der oberen Zehntausend beschaffen, in der die Frau dem Manne rechtlich unterworfen ist? Schon bei ihrer Gründung entbehrt eine solche Familie der sittlichen Voraussetzung. Nicht die Individualität, sondern das Geld entscheidet über ihre Schließung. Da heißt es: Was das Kapital zusammenfügt, das soll eine sentimentale Moral nicht scheiden. (Bravo.) So gelten in der Heirathsmoral zwei Prostitutionen für eine Tugend. Dem entspricht auch die Art und Weise des Familienlebens. Da wo die Frau nicht mehr zur Pflichtleistung gezwungen ist, wälzt sie ihre Pflichten als Gattin, Mutter und Hausfrau auf bezahltes Miethspersonal ab. Wenn die Frauen jener Kreise den Wunsch hegen, ihrem Leben einen ernsten Inhalt zu geben, so müssen sie zunächst die Forderung der selbstständigen freien Verfügung über ihr Eigenthum erheben. Diese Forderung steht deshalb im Mittelpunkt der Forderungen, welche die Frauenbewegung der oberen Zehntausend erhebt. Diese Frauen kämpfen für die Verwirklichung dieser Forderung gegen die Männerwelt ihrer Klasse genau den nämlichen Kampf, den die Bourgeoisie gegen alle bevorrechtigten Stände gekämpft hat, einen Kampf um die Beseitigung aller sozialen Unterschiede, welche auf dem Vermögensbesitz begründet sind. Daß es sich bei der Verwirklichung dieser Forderung nicht um die Rechte der Person handelt, beweist das Eintreten des Herrn v. Stumm im Reichstage für dieselbe. Wann wäre Herr v. Stumm je eingetreten für die Rechte einer Person? Dieser Mann bedeutet in Deutschland mehr als eine Persönlichkeit, er ist das Fleisch und Blut gewordene Kapital (sehr richtig!) und wenn er im billigen Mummenschanz eines Freundes der Frauenrechte aufgetreten ist, so geschah es, weil er gezwungen war, vor der Bundeslade des Kapitals zu tanzen. Derselbe Herr v. Stumm ist ja jederzeit bereit, seinen Arbeitern den Brotkorb höher zu hängen, sobald sie nicht nach seiner Pfeife tanzen, und er würde es mit wohlgefälligem Schmunzeln begrüßen, wenn der Staat als Arbeitgeber den Professoren und Doktoren, die es wagen, in Sozialpolitik zu machen, den Brotkorb etwas höher hängt. Herr v. Stumm erstrebt nichts Anderes als eine Art Fideikommisse für das bewegliche Vermögen und mit weiblicher Erbfolge, denn es giebt auch Väter, die Vermögen erworben haben, aber

in der Wahl ihrer Kinder nicht vorsichtig gewesen sind und nur Töchter als Erben haben. Das Kapital heiligt auch die niedere Weiblichkeit und befähigt sie, über ihr Vermögen verfügen zu können. Es ist das die letzte Stufe der Emanzipation des Privateigenthums.

Wie zeigt sich nun die Frauenfrage in den klein- und mittelbürgerlichen Kreisen und innerhalb der bürgerlichen Intelligenz? Hier ist es nicht der Besitz, welcher die Familie auflöst, hier sind es wesentlich die Begleiterscheinungen der kapitalistischen Produktion. In dem Maße, wie diese ihren Triumphmarsch vollzieht, wird das mittlere und das kleine Bürgerthum mehr und mehr zu Grunde gerichtet. Innerhalb der bürgerlichen Intelligenz führt wieder ein anderer Umstand zur Verschlechterung der Lebensbedingungen: Das Kapital bedarf der intelligenten und wissenschaftlich geschulten Arbeitskräfte, es hat deshalb eine Ueberproduktion an Proletariern der Kopfarbeit begünstigt und dazu beigetragen, daß die frühere angesehene und einträgliche gesellschaftliche Stellung der Angehörigen liberaler Berufe mehr und mehr schwindet. In demselben Maße nimmt aber die Zahl der Eheschließungen immer mehr ab, denn während auf der einen Seite die materiellen Grundlagen verschlechtert sind, steigen auf der anderen Seite die Ansprüche des Einzelnen an das Leben, und da überlegt es sich der Mann jener Kreise selbstverständlich zweimal und dreimal, ehe er sich zur Ehe entschließt. Die Altersgrenze für die Gründung einer eigenen Familie wird immer höher hinaufgeschraubt, und der Mann wird um so weniger zur Eheschließung gedrängt, als in unserer Zeit genug gesellschaftliche Einrichtungen dem Hagestolz ein behagliches Leben, auch ohne legitime Frau, ermöglichen. Die kapitalistische Ausbeutung der proletarischen Arbeitskraft sorgt schon durch Hungerlöhne dafür, daß ein großes Angebot von Lustdirnen der Nachfrage nach denselben seitens der Männerwelt entspricht. So nimmt die Zahl der unverheiratheten Frauen in mittelbürgerlichen Kreisen immer mehr zu. Die Frauen und Töchter jener Kreise werden in die Gesellschaft hinausgestoßen, um sich eine Existenz zu gründen, die ihnen nicht nur Brot verschafft, sondern auch ihren Geist zu befriedigen vermag. In diesen Kreisen ist die Frau dem Manne nicht gleichberechtigt als Besitzerin von Privatvermögen, wie in den höheren Kreisen, auch nicht gleichberechtigt als Proletarierin, wie in den Proletarierkreisen, die Frau jener Kreise muß vielmehr ihre wirthschaftliche Gleichstellung mit dem Mann erst erkämpfen, und sie kann das nur durch zwei Forderungen, durch die Forderung auf gleiche Berufsbildung und durch die Forderung auf gleiche Berufsthätigkeit für beide Geschlechter. Dies bedeutet wirthschaftlich nichts anderes als die Verwirklichung der Gewerbefreiheit und die freie Konkurrenz zwischen Mann und Frau. Die Verwirklichung dieser Forderung entfesselt einen Interessengegensatz zwischen den Frauen und Männern des Mittelbürgerthums und der Intelligenz. Die Konkurrenz der Frauen in den liberalen Berufen ist die treibende Kraft für den Widerstand der Männer gegen die Forderungen der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen. Es ist die reine Konkurrenzfurcht; alle sonstigen Gründe, die gegen die geistige Frauenarbeit geltend gemacht werden, das kleinere Gehirn der Frau, ihr angeblich natürlicher Beruf als Mutter sind nur Vorwände. Dieser Konkurrenzkampf drängt die Frau dieser Schichten dazu, politische Rechte zu verlangen, damit sie im politischen Kampfe alle Schranken niederreißen kann, die ihrer wirthschaftlichen Bethätigung noch entgegenstehen.

Ich habe hiermit nur das ursprüngliche rein wirthschaftliche Moment gezeichnet. Wir würden der bürgerlichen Frauenbewegung Unrecht thun, wenn wir sie nur auf rein wirthschaftliche Motive zurückführen wollten. Nein, sie hat auch eine tiefernste geistige und sittliche Seite. Die bürgerliche Frau verlangt nicht nur ihr eigenes Brot, sondern sie will sich auch geistig ausleben und ihre Individualität entfalten. Gerade in diesen Schichten finden wir jene tragischen,

psychologisch interessanten Norageſtalten, wo die Frau es müde ist, als Puppe im Puppenheim zu leben, wo sie theilnehmen will an der Weiterentwickelung der modernen Kultur; und sowohl nach der wirthschaftlichen als nach der geistig sittlichen Seite hin sind die Bestrebungen der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen vollständig berechtigt.

Für die proletarische Frau ist es das Ausbeutungsbedürfniß des Kapitals, unaufhörlich Rundschau zu halten nach den billigsten Arbeitskräften, das die Frauenfrage geschaffen hat. Dieses Ausbeutungsbedürfniß hat eine reaktionäre, aber auch eine revolutionäre Seite: indem es die Gesellschaft umwandelt aus einer Gesellschaft von Arbeitsbienen und Arbeitsdrohnen in eine Gesellschaft von lauter Arbeitern. Dadurch ist auch die Frau des Proletariats einbezogen in den Mechanismus des wirthschaftlichen Lebens unserer Zeit, ist sie in die Werkstatt, an die Maschine getrieben worden. Sie ist herabgestiegen in das wirthschaftliche Leben, um dem Manne einige Hilfe im Erwerb zu bringen, und die kapitalistische Produktionsweise verwandelte sie in eine Schmutzkonkurrentin; sie wollte Wohlstand in die Familie bringen, und als Folge zog eine größere Noth in die proletarische Familie ein; die Proletarierfrau wurde selbstthätig erwerbend, weil sie ihren Kindern das Leben sonniger und freundlicher gestalten wollte, und sie wurde ihren Kindern zum großen Theil entrissen. Sie wurde dem Mann als Arbeitskraft vollständig gleich: Die Maschine machte die Muskelkraft überflüssig und überall konnte die Frauenarbeit sich mit den gleichen Ergebnissen für die Produktion bethätigen wie die Männerarbeit. Und da sie eine billige Arbeitskraft war und vor allen Dingen eine willige Arbeitskraft, die nur in den seltensten Fällen wagte zu löcken wider den Stachel der kapitalistischen Ausbeutung, so haben die Kapitalisten die Möglichkeit vervielfältigt, um die industrielle Frauenarbeit in der höchsten Stufe anwenden zu können. Die Frau des Proletariers hat infolge dessen ihre wirthschaftliche Selbständigkeit errungen, aber wahrhaftig! sie hat sie theuer erkauft und hat praktisch für den Augenblick nichts dabei gewonnen. Wenn im Zeitalter der Familie der Mann das Recht hatte — denken Sie an das kurbayerische Recht — gelegentlich mäßig die Frau mit der Peitsche zu züchtigen, so züchtigt sie der Kapitalismus jetzt mit Skorpionen. Damals wurde die Herrschaft des Mannes über die Frau gemildert durch die persönlichen Beziehungen, zwischen Arbeiter und Unternehmer aber giebt es nur ein Waarenverhältniß. Die Frau des Proletariats hat ihre wirthschaftliche Selbständigkeit erlangt, aber weder als Mensch, noch als Frau, noch als Gattin hat sie die Möglichkeit, ihre Individualität voll ausleben zu können. Für ihre Aufgabe als Gattin, als Mutter bleiben ihr nur die Brosamen, die die kapitalistische Produktion ihr vom Tische fallen läßt.

Deshalb kann der Befreiungskampf der proletarischen Frau nicht ein Kampf sein wie der der bürgerlichen Frau gegen den Mann ihrer Klasse; umgekehrt, es ist der Kampf mit dem Mann ihrer Klasse gegen die Kapitalistenklasse. Sie braucht nicht darum zu kämpfen, gegen die Männer ihrer Klasse die Schranken niederzureißen, die ihr bezüglich der freien Konkurrenz gezogen sind. Das Ausbeutungsbedürfniß des Kapitals und die Entwickelung der modernen Produktionsweise nahm ihr diesen Kampf vollkommen ab. Umgekehrt, es gilt, neue Schranken zu errichten gegen die Ausbeutung der proletarischen Frau, es gilt, ihr ihre Rechte als Gattin, als Mutter wiederzugeben und zu sichern. Das Endziel ihres Kampfes ist nicht die freie Konkurrenz mit dem Manne, sondern die Herbeiführung der politischen Herrschaft des Proletariats. Hand in Hand mit dem Manne ihrer Klasse kämpft die proletarische Frau gegen die kapitalistische Gesellschaft. Allerdings stimmt sie auch den Forderungen der bürgerlichen Frauenbewegung zu. Aber sie betrachtet die Erfüllung dieser Forderung nur als Mittel zum Zweck, damit sie gleich ausgestattet an Waffen mit dem Proletarier in den Kampf ziehen kann.

Die bürgerliche Gesellschaft steht den Forderungen der bürgerlichen Frauenbewegung nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, das beweisen die Reformen, die auf dem Gebiet des Privat- wie des öffentlichen Rechtes in verschiedenen Staaten schon zu gunsten der Frau eingeführt sind. Wenn es in Deutschland so besonders langsam mit diesen Reformen geht, so liegt die Ursache einmal in dem wirthschaftlichen Konkurrenzkampf in den liberalen Berufen, den die Männer fürchten, zumal es sicher ist, daß die Kopfarbeiter immer mehr ins Lager der Sozialdemokratie abrücken, und zweitens in der sehr langsamen und schwächlichen Entwickelung der bürgerlichen Demokratie in Deutschland, die unter dem Banne der Klassenfurcht vor dem Proletariat ihrer historischen Aufgabe nicht gerecht wird. Sie fürchtet, daß die Durchführung solcher Reformen nur der Sozialdemokratie Vortheil bringt. Je weniger eine bürgerliche Demokratie sich hypnotisiren läßt von dieser Furcht, desto bereiter ist sie zu Reformen. Das sehen wir an England. England ist das einzige Land, das noch eine wirklich kraftvolle Bourgeoisie besitzt, während die deutsche Bourgeoisie in schlotternder Furcht vor dem Proletariate darauf verzichtet, auf politischem und sozialem Gebiete zu reformiren. Dazu tritt für Deutschland noch die weit verbreitete spießbürgerliche Auffassung; der Philisterzopf des Vorurtheils hängt dem deutschen Bürgerthum schwer im Nacken. Gewiß ist die Furcht der bürgerlichen Demokratie sehr kurzsichtig. Wird den Frauen die politische Gleichberechtigung gewährt, so wird an den thatsächlichen Machtverhältnissen nichts geändert. Die proletarische Frau geht ins Lager des Proletariats, die bürgerliche ins Lager des Bürgerthums. Wir dürfen uns nicht täuschen lassen durch sozialistische Anläufe in der bürgerlichen Frauenbewegung, die nur so lange auftreten, als sich die bürgerlichen Frauen als Unterdrückte fühlen.

Je weniger nun die bürgerliche Demokratie ihre Aufgabe begreift, desto mehr ist es Sache der Sozialdemokratie, für die politische Gleichberechtigung der Frau einzutreten. Wir wollen uns nicht besser machen, als wir sind. Nicht um die schönen Augen eines Prinzips stellen wir diese Forderung auf, sondern im Klasseninteresse des Proletariats. Je mehr die Frauenarbeit ihren verhängnißvollen Einfluß auf die Lebenshaltung der Männer ausübt, desto brennender wird die Nothwendigkeit, sie in den wirthschaftlichen Kampf einzubeziehen. Je mehr der politische Kampf eingreift in die Existenz jedes Einzelnen, desto dringender wird die Nothwendigkeit, daß auch die Frau theilnimmt am politischen Kampfe. Das Sozialistengesetz hat Tausenden von Frauen erst klar gemacht, was die Worte Klassenrecht, Klassenstaat und Klassenherrschaft bedeuten, hat Tausende von Frauen erst das Bedürfniß gelehrt, sich über die Macht aufzuklären, die so brutal in das Familienleben eingriff. Das Sozialistengesetz hat eine Arbeit geleistet, die hunderte von Agitatorinnen nicht zu leisten im Stande gewesen wären, und wir sind dem Vater des Sozialistengesetzes sowie allen Staatsorganen, die an seiner Durchführung betheiligt waren, vom Minister bis zum Schutzmann herab, aufrichtig dankbar für ihre unfreiwillige agitatorische Thätigkeit. Und da wirft man uns Sozialdemokraten Undankbarkeit vor! (Heiterkeit.)

Noch ein anderes Ereigniß ist in Betracht zu ziehen. Ich meine das Erscheinen von August Bebel's Buch „Die Frau und der Sozialismus". Es darf nicht nach seinen Vorzügen oder Mängeln bewerthet werden, es muß beurtheilt werden nach der Zeit, in der es erschien. Und da war es mehr als ein Buch, es war ein Ereigniß, eine That. (Sehr richtig.) Zum ersten Male wurde darin den Genossen klar gelegt, in welchem Zusammenhange die Frauenfrage mit der geschichtlichen Entwickelung steht, zum ersten Male ertönte aus diesem Buche der Ruf: Wir können die Zukunft nur erobern, wenn wir die Frauen als Mitkämpferinnen gewinnen. Wenn ich das anerkenne, so spreche ich nicht als Frau, sondern als Parteigenossin.

Welch praktische Schlußfolgerungen haben wir nun für unsere Agitation unter den Frauen zu ziehen? Es kann nicht die Aufgabe des Parteitages sein, ins einzelne gehende praktische Vorschläge zu machen, sondern nur die allgemeine Richtungslinie für die proletarische Frauenbewegung zu ziehen.

Und da muß der leitende Gedanke sein: Wir haben nicht spezielle Frauenagitation, sondern sozialistische Agitation unter den Frauen zu treiben. Nicht die kleinlichen Augenblicksinteressen der Frauenwelt dürfen wir in den Vordergrund stellen, unsere Aufgabe muß sein, die moderne Proletarierin in den Klassenkampf einzureihen. (Sehr wahr.) Wir haben für die Agitation unter den Frauen keine Sonderaufgaben. Soweit für die Frauen innerhalb der heutigen Gesellschaft Reformen durchzusetzen sind, werden sie in dem Minimumprogramm unserer Partei bereits gefordert.

Die Frauenagitation muß anknüpfen an alle jene Fragen, die von dringender Wichtigkeit für die allgemeine Bewegung des Proletariats sind. Ist es doch die Hauptaufgabe, in der Frau das Klassenbewußtsein wachzurütteln und sie in den Klassenkampf einzubeziehen. Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen ist äußerst erschwert. In den Jahren 1892 bis 1895 betrug die Zahl der in Zentralverbänden organisirten Arbeiterinnen gegen 7000. Rechnen wir noch die in Lokalvereinen organisirten Arbeiterinnen hinzu und vergleichen wir dann hiermit die Thatsache, daß allein in der Großindustrie 700 000 Arbeiterinnen thätig sind, so gewinnen wir ein Bild von der großen Arbeit, die wir noch zu leisten haben. Erschwert wird uns diese Arbeit dadurch, daß viele Frauen in der Hausindustrie thätig und deshalb schwer heranzuziehen sind. Dann haben wir auch noch mit der weitverbreiteten Anschauung der jungen Mädchen zu kämpfen, daß die industrielle Thätigkeit für sie vorübergehend ist und mit der Ehe aufhört. Vielen Frauen erwächst die doppelte Pflicht, sie müssen in der Fabrik und in der Familie thätig sein. Um so nothwendiger ist für die Arbeiterinnen die Festsetzung eines gesetzlichen Arbeitstages. Während in England Alle darin übereinstimmen, daß die Beseitigung der Hausindustrie, die Festsetzung eines gesetzlichen Arbeitstages und die Herbeiführung höherer Löhne von der größten Bedeutung sind, um die Arbeiterin gewerkschaftlich zu organisiren, kommt in Deutschland zu den geschilderten Hindernissen noch die Handhabung unserer Vereins- und Versammlungsgesetze dazu. Die volle Koalitionsfreiheit, die von rechts her die Reichsgesetzgebung den Arbeiterinnen gewährleistet, wird von links her durch landesgesetzliche Bestimmungen einzelner Bundesstaaten illusorisch gemacht. Darauf, wie in Sachsen das Vereinsrecht, soweit man dort überhaupt von einem Recht sprechen kann, gehandhabt wird, will ich nicht hinweisen, aber in den zwei größten Bundesstaaten, in Bayern und Preußen, werden die Vereinsgesetze so gehandhabt, daß den Frauen die Theilnahme an gewerkschaftlichen Organisationen mehr und mehr zur Unmöglichkeit wird. In Preußen hat in neuester Zeit besonders der Regierungsbezirk des „liberalen" ewigen Ministerkandidaten Herrn von Bennigsen in der Auslegung des Vereins- und Versammlungsrechts das Menschenmögliche geleistet. In Bayern sind die Frauen von allen öffentlichen Versammlungen ausgeschlossen. Erklärte doch Herr von Feilitzsch in der Kammer ganz offen, daß bei der Handhabung des Vereinsgesetzes nicht nur der Wortlaut in Betracht kommt, sondern auch die Absicht des Gesetzgebers, und Herr von Feilitzsch befindet sich in der glücklichen Lage, genau zu wissen, welche Absicht die Gesetzgeber gehabt haben, die lange gestorben sind, ehe sich Bayern das Glück träumen ließ, eines Tages Herrn von Feilitzsch seinen Polizeiminister nennen zu dürfen. Das wundert mich nicht, denn wem Gott ein Amt giebt, dem giebt er auch Verstand, und in unserem Zeitalter des Spiritismus hat eben Herr von Feilitzsch seinen Amts-

verstand erhalten und auf dem Wege der vierten Dimension die Absicht der längst verstorbenen Gesetzgeber erkannt. (Heiterkeit.)

Dieser Stand der Dinge aber macht es den proletarischen Frauen nicht möglich, sich zusammen mit den Männern zu organisiren. Bis jetzt hatten sie einen Kampf gegen Polizeimacht und gegen Juristenweisheit zu führen und formell haben sie in diesem Kampf den kürzeren gezogen. Aber in Wirklichkeit sind sie Sieger geblieben; denn alle jene Maßregeln, die angewendet sind, um die Organisation der proletarischen Frau zu zertrümmern, haben nur darauf hingewirkt, ihr Klassenbewußtsein immer mehr zu erwecken. Wenn wir danach streben, eine kräftige Frauenorganisation zu bekommen auf wirthschaftlichem und politischem Gebiete, dann müssen wir zuerst für die Möglichkeit der Bewegungsfreiheit sorgen, indem wir ankämpfen gegen die Haus-Industrie, für kürzere Arbeitszeit eintreten und vor allen Dingen gegen das uns wenden, was die herrschenden Klassen das Vereinsrecht zu nennen belieben.

In welchen Formen die Frauenagitation sich zu bewegen hat, können wir auf diesem Parteitag nicht festlegen; wir haben erst zu lernen, wie wir unter den Frauen agitiren müssen. In der Resolution, die Ihnen vorgelegt ist, wird vorgeschlagen, Vertrauenspersonen unter den Frauen zu wählen, die die Aufgabe haben, die gewerkschaftliche und wirthschaftliche Organisation unter den Frauen anzuregen, einheitlich und planmäßig zu gestalten. Der Vorschlag ist nicht neu; er ist im Prinzip auf dem Parteitag in Frankfurt angenommen und in einzelnen Gegenden bereits mit bestem Erfolg durchgeführt worden; es wird sich zeigen, daß derselbe, auf größerer Stufe durchgeführt, geeignet ist, die proletarische Frau in größerem Umfange zur proletarischen Bewegung heranzuziehen.

Aber nicht nur mündlich soll die Agitation betrieben werden. Eine große Zahl von Indifferenten kommt nicht in unsere Versammlungen, zahllose Gattinnen und Mütter können gar nicht in unsere Versammlungen kommen — es darf auch unmöglich die Aufgabe der sozialistischen Frauenagitation sein, die proletarische Frau ihren Pflichten als Mutter und Gattin zu entfremden; im Gegentheil, sie muß darauf wirken, daß sie diese Aufgabe besser erfüllt als bisher; und das im Interesse der Befreiung des Proletariats. Je besser die Verhältnisse in der Familie, die Wirksamkeit in ihrem Heim, um so kampffähiger wird sie. Je mehr sie die Erzieherin und Bildnerin ihrer Kinder sein kann, um so mehr kann sie sie aufklären, kann sie dafür sorgen, daß sie mit der gleichen Begeisterung und Opferfreudigkeit wie wir in Reih und Glied weiter kämpfen für die Befreiung des Proletariats; — wenn der Proletarier sagt: „mein Weib!" — daß er dann in Gedanken hinzusetzt: „die Genossin meiner Ideale, die Gefährtin meiner Kämpfe, die Bildnerin meiner Kinder zum Zukunftskampfe!" So manche Mutter, so manche Gattin, die Mann und Kinder mit Klassenbewußtsein erfüllt, leistet genau so viel wie die Genossinnen, die wir in unseren Versammlungen sehen. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn daher der Berg nicht zu Muhamed kommt, muß Muhamed zum Berg gehen: Wir müssen den Frauen den Sozialismus durch eine planmäßige schriftliche Agitation bringen. Und dazu schlage ich Ihnen vor die Vertheilung von Flugblättern; nicht von traditionellen Flugblättern, die auf einer Quartseite das ganze sozialistische Programm zusammenstopfen, die ganze Wissenschaft unseres Jahrhunderts geben, — nein, kleine Flugblätter, die eine einzige praktische Frage unter einem einzigen Gesichtswinkel erörtern, vom Standpunkt des Klassenkampfes aus, das ist die Hauptsache. Und die Frage der technischen Herstellung der Flugblätter darf uns auch nicht gleichgiltig sein; nicht das traditionell schlechteste Papier und schlechtesten Druck. Ein solch schlecht ausgestattetes Flugblatt knüllt die proletarische Frau, die nicht den Respekt vor

dem gedruckten Wort hat wie der Proletarier, einfach zusammen und wirft es weg —, sondern, wie es die amerikanischen und englischen Temperenzler thun, kleine Büchelchen von 4 bis 6 Seiten Inhalt, deren Ausstattung nett ist. Denn soweit ist auch die Proletarierin Frau, daß sie sagt: ach, das Dingelchen ist so nett, das muß ich aufheben! (Heiterkeit und Zurufe.) Und wir müssen die Sätze, auf die es ankommt, mit großen, fetten Buchstaben drucken; dann wird sie nicht vom Lesen abgeschreckt, ihre geistige Aufmerksamkeit wird sozusagen an einem Nagel aufgehängt.

Den Plan, eine besondere Frauenzeitung zu gründen, kann ich nicht befürworten, weil ich persönliche Erfahrungen gemacht habe — nicht etwa als Redaktrice der „Gleichheit" — die ist nicht für die Massen der Frauen bestimmt, sondern für die Vorgeschrittenen — aber als Vertheilerin von Literatur unter den Arbeiterinnen. Angeregt durch das Vorgehen der Frau Gnauck-Kühne habe ich wochenlang Zeitungen unter den Arbeiterinnen einer bestimmten Fabrik vertheilt und habe mich überzeugt, daß sie sich aus dem Inhalt nicht das aneignen, was aufklärend, sondern einzig und allein, was unterhaltend und amüsant ist. Deshalb würden sich die großen Opfer, die eine billige Zeitung erfordert, nicht lohnen.

Aber wir müssen auch eine Reihe von Broschüren schaffen, die der Frau den Sozialismus näher bringen in ihrer Eigenschaft als Proletarierin, als Gattin, als Mutter. Wir haben, ausgenommen die kräftige Broschüre der Frau Popp, keine einzige, die den Anforderungen genügt. Auch unsere Tagespresse muß mehr als bisher thun. Einige Tageszeitungen haben ja den Versuch gemacht, durch die Ausgabe einer besonderen Frauenpost die Frauen aufzuklären; die „Magdeburger Volksstimme" ist mit gutem Beispiel vorangegangen, und Genosse Goldstein in Zwickau ist mit Geschick und Erfolg in diesen Bahnen weitergegangen. Aber bisher hat die Tagespresse sich angelegen sein lassen, vor allem die proletarische Frau als Abonnentin zu gewinnen, man hat ihrer Unaufgeklärtheit, ihrem schlechten, ungebildeten Geschmack geschmeichelt, statt sie aufzuklären.

Ich wiederhole, das sind nur Anregungen, die ich Ihrer Begutachtung unterbreite. Die Frauen-Agitation ist schwer, ist mühsam, erfordert große Hingabe und große Opfer, aber diese Opfer werden belohnt werden und müssen gebracht werden. Denn wie das Proletariat seine Befreiung nur erlangen kann, wenn es zusammenkämpft ohne Unterschied der Nationalität, ohne Unterschied des Berufes, so kann es seine Befreiung auch nur erlangen, wenn es zusammensteht ohne Unterschied des Geschlechts. Die Einbeziehung der großen Masse der proletarischen Frauen in den Befreiungskampf des Proletariats ist eine der Vorbedingungen für den Sieg der sozialistischen Idee, für den Ausbau der sozialistischen Gesellschaft.

Erst die sozialistische Gesellschaft löst den Konflikt, der heutigen Tags gezeitigt wird durch die Berufsthätigkeit der Frau. Wenn die Familie als wirthschaftliche Einheit verschwindet und an ihre Stelle die Familie als sittliche Einheit tritt, wird die Frau als gleichberechtigte, gleich schaffende und gleich strebende, mit dem Manne vorwärtsschreitende Gefährtin ihre Individualität als Mensch zusammen ausleben, gleichzeitig aber auch ihre Aufgabe als Gattin und Mutter im höchsten Maße erfüllen können. In der Gesellschaft des Neuhellenismus wird es ihr auch möglich sein, ihre Individualität zu einem harmonischen Kunstganzen, ihr Leben zu einem Kunstwerke zu gestalten; und diese Gesellschaft wird sich auf dem ganzen Erdball gestalten, sie wird sich nicht aufbauen auf der Sklaverei von Menschen; sie hat zur Voraussetzung die Sklaverei von Stahl und Eisen, die Leistungen der von der menschlichen Erkenntniß gebändigten Naturkraft. Und die Sozialdemokraten schreiten vorwärts; aber erst, wenn die Masse der Frauen zu Ihnen hält, können Sie

sagen: Mit uns das Volk, mit uns der Sieg! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Singer: Es ist ein Antrag Mattutat und Genossen eingegangen:

„Der Parteitag wolle beschließen, die Rede der Frau Zetkin wird gedruckt und als Broschüre unentgeltlich verbreitet."

Dieser Antrag ist zugleich eine Rechtfertigung für mich, daß ich der Referentin über die Redezeit hinaus Raum gewährt habe. (Beifall.)

Frl. **Löwenherz:** Wie der Sozialismus sich von der Utopie zur Wissenschaft entwickelt hat, so ist die deutsche Arbeiterbewegung von der Wissenschaft zur That übergegangen. Wir dürfen uns heute nicht mehr, wie es Genosse Wurm gestern gethan hat, auf den Boden der Theorie stellen, wir müssen den Boden der That betreten. Es giebt auch innerhalb der Frauenfrage, um die bisher die Partei wie die Katze um den heißen Brei herumgegangen ist, genug zu thun. Mit den Ausführungen der Referentin bin ich nicht ganz einverstanden; es ist nicht richtig, daß es früher keine Frauenbewegung gegeben hat; das beweisen die Werke von Plato und Aristophanes, denn ein Dichter kann sich den Stoff nicht aus der Luft greifen, es müssen thatsächliche Unterlagen vorhanden sein. Auch im Mittelalter gab es eine Frauenbewegung, ebenso am Ausgange des vorigen Jahrhunderts, wie aus dem Buch von Hippel über die bürgerliche Stellung der Frau hervorgeht. Die Referentin hat auf Herrn v. Stumm hingewiesen, aber es giebt auch innerhalb unserer Partei Personen, für die der Besitz und nicht die Person der Frau maßgebend ist. Genosse Schoenlank wird es mir verzeihen, wenn ich ihn hier ein bischen anzapfe, er kann am besten einen Puff vertragen. (Heiterkeit.) Die „Leipziger Volkszeitung" schrieb im vorigen Jahre, daß in einer Zeit, wo der Besitz gilt und wo die Person an sich nichts bedeutet, es auch der Frau möglich ist, ihre Gleichberechtigung zu beweisen. Das ist nichts weiter als ein Aufwärmen des alten Märchens von der Inferiorität der Frau. (Schoenlank: Wo hat denn das gestanden? Heiterkeit.) Natürlich, Genosse Schoenlank ist ein ganz unschuldiges Würmchen (Große Heiterkeit), er weiß von garnichts, obgleich ich ihm einen ziemlich langen Artikel dagegen geschrieben habe. Schoenlank soll uns hier Rede stehen für Dutzende in der Partei, die es nicht besser machen. Ich bin im Gegensatz zu der Referentin der Ansicht, daß wir in vielen Punkten mit den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen zusammengehen können, da wir unter den proletarischen Frauen keinen Ueberfluß an Intelligenz haben. Ich weiß sehr wohl, daß ich als Ketzerin vor Ihnen stehe. Sie sagen: warum kommen die bürgerlichen Frauen nicht zu uns? Ja, da denken Sie nicht an Ihr eigenes Motto, daß die Verhältnisse die Menschen bestimmen. Es kann eben nicht jeder, wie er will. Wir können mit den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen zusammengehen in der Forderung des Stimmrechts, in der Forderung nach weiblichen Fabrik-Inspektoren, und auch das Verbot der Kinderarbeit könnten wir durch bürgerliche Frauenrechtler propagiren.

Oertel-Nürnberg: In Bezug auf die Handhabung des Vereinsgesetzes herrscht in Bayern vollständige Anarchie; das bayerische Ministerium ist ein Musterbild reaktionärer Strömungen, es schließt die Frauen nicht nur vom politischen, sondern auch vom gewerkschaftlichen Leben aus und überläßt es den unteren Organen, das Vereinsgesetz auszulegen, wie sie wollen. In Nürnberg z. B. durften die Frauen nicht einer Sitzung beiwohnen, in der über den Konfektionsarbeiter-Streik gesprochen wurde, während dies in Fürth gestattet war. Unser Ministerium des Innern wird kaum zu Aenderungen geneigt sein; die Partei ist sogar als ein über ganz Deutschland verbreiteter Verein durch oberstrichterliches Erkenntniß erklärt worden, so daß jede Versammlung als Vereinssitzung betrachtet wird. Die beiden ersten Frauen- und Mädchen-Bildungsvereine sind bei uns geschlossen worden, obwohl derselbe Richter es

nicht verschmähte, bei einer Bismarckfeier vor Männern und Frauen eine hochpolitische Rede zu halten. Der einzige Ort, wo die Frauen politische Reden hören können, ist der bayerische Landtag. Wir sind auf die Agitation durch Broschüren angewiesen und hoffen, daß wir damit die Bewegung fördern.

Schreck-Bielefeld: Die Frauen-Agitation muß nach zwei Richtungen betrieben werden, einmal müssen wir die gewerblich thätigen Frauen den Gewerkschaften zuführen und zweitens müssen wir unsere Agitation auf die Familie ausdehnen. Gerade die jetzigen wirthschaftlichen Verhältnisse sind dazu geeignet, bisher hatten wir keine Zeit dazu, weil wir die Männer den Gewerkschaften zuführen mußten. Den Antrag auf Gründung einer Frauenzeitung halte ich für unannehmbar, weil den Parteiblättern dadurch eine große Last auferlegt wird. Wir sollten statt dessen lieber die Frauen den Gewerkschaften zuführen und sie in diesen Kämpfen auch gleichzeitig politisch bilden. Dann wird die Frau im Klassenkampf mehr als bisher ihre Schuldigkeit thun können.

Frau **Greiffenberg**: Es ist richtig, daß die bürgerlichen Frauen auch Forderungen stellen, die wir ebenfalls erheben, aber wir Proletarierinnen gehen weiter, wir verlangen die politische Gleichberechtigung und deshalb können wir nicht mit den bürgerlichen Frauen zusammengehen. Wir Proletarierinnen haben so viel zu thun, um die Frauen aufzuklären, wir müssen in diesem Kampfe von den Männern unterstützt werden. Man sollte die Arbeiterinnen vor allem, wie es der Antrag 61 will, den gewerkschaftlichen Organisationen zuführen. Auch der Antrag, betreffend die Wahl einer Vertrauensperson für die Frauen, ist von großer Wichtigkeit, hingegen halte ich die Gründung einer Frauenzeitung wegen der zu hohen Kosten nicht für nöthig. Unsere Parteiblätter sind ebenso gut für die Frauen wie für die Männer bestimmt, und wenn diese die Frauen darüber aufklären, daß sie mit den Männern Schulter an Schulter zu kämpfen haben, so wird es um unsere Sache besser stehen. Wenn die Frau erst ihre Klassenlage begriffen hat, wird sie den Keim des Sozialismus schon in die Herzen der Kinder legen und so für uns agitiren.

Grafzhold-Berlin: Ich empfehle Ihnen dringend die Annahme des Berliner Antrages, der den Frauen den Anschluß an gewerkschaftliche Organisationen empfiehlt. Der Antrag, der die Wahl von Vertrauenspersonen will, kann nach den Erfahrungen im Prozeß Auer gefährlich werden, die Vertrauensleute könnten als Verein erklärt werden, und deshalb muß man vorsichtig sein.

Frau **Eichhorn**-Dresden: Die Frauenbewegung konnte bisher noch nicht mehr erreichen, weil wir es mit zwei Gegnern zu thun haben, mit den Männern und mit dem Kapital. Ein Anschluß an die bürgerliche Frauenbewegung hat keinen Zweck, denn diese Frauen würden uns doch nur ins Schlepptau nehmen, solange wir ihrem Gedankengang folgen, dann aber sofort umschwenken. Die Gründung einer eigenen Frauenzeitung hat keinen Zweck, die „Gleichheit" ist vollkommen ausreichend. Ganz unannehmbar ist der Antrag, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages ein Referat über Arbeiterinnen-Organisationen zu setzen, denn eine einheitliche Organisation ist doch nicht möglich. Mit der Resolution Zetkin bin ich einverstanden, nur bitte ich unter Punkt 7 auch eine kräftige Agitation gegen die Gesinde-Ordnung einzuschalten. Flugblätter, wie sie die Referentin vorschlägt, halte ich für wünschenswerth, aber wir können die Parteikasse nicht mit den Kosten belasten. Auch die einzelnen Städte sollten zur Deckung der Unkosten beitragen. Es würde sich ferner empfehlen, wenn die Parteiblätter von Zeit zu Zeit Leitartikel bringen, die sich mit der Frauenfrage beschäftigen.

Singer macht darauf aufmerksam, daß der Antrag, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages ein Referat über Arbeiterinnen-Organisationen zu setzen, nicht mit zur Debatte steht.

Fräulein **Baader**: Genossin Löwenherz meint, es fehlt uns an Agitatorinnen, daher brauchen wir die bürgerlichen Frauen. Da meine ich, lassen

wir lieber die Versammlungen ausfallen. Und ich meine, auch Genossin Löwenherz thut am besten, ihre Agitation vorläufig auch noch auszusetzen (sehr richtig!), bis sie zu anderen Anschauungen kommt. Denn jetzt ist sie nach ihren Aeußerungen offenbar noch viel zu sehr mit den bürgerlichen Kreisen verwachsen. Gewiß ist es nicht leicht, geschulte Agitatorinnen zu erziehen; aber die Bekanntschaft und Vertrautheit mit den Verhältnissen der proletarischen Frauen ersetzt das einigermaßen. (Sehr richtig!) Gewiß fehlt es an geschulten Agitatorinnen, aber an Agitatoren fehlt es ebenso gut auch den Männern. (Sehr richtig!)

Was die Anträge anlangt, so spreche auch ich mich gegen die Gründung einer Frauenzeitung aus. Für die proletarischen Frauen ist das gesprochene Wort die Hauptsache. Wirken wir durch weibliche Vertrauenspersonen, gründen wir auch, wo es möglich ist, Frauenvereine, und agitiren wir durch Flugblätter und Broschüren, wie sie Frau Zetkin vorgeschlagen hat. Das wird uns vorwärts bringen in der Frauenbewegung und wird die Frauen auch mehr in die gewerkschaftliche Bewegung hineinführen. Sollte sich das Eine oder das Andere nicht bewähren, nun, wir haben ja im nächsten Jahre wieder einen Parteitag. (Bravo!)

Frau **Meder**-Leipzig: Frl. Löwenherz ist nicht aus dem Proletariat herausgewachsen, sonst hätte sie derartige, ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen empfehlende Aeußerungen nicht thun können. Wir müssen mit den Proletariern Hand in Hand kämpfen, nicht aber mit denen, mit denen wir nichts gemein haben. Sorgen wir dafür, daß die Männer zusammen mit den Frauen in Arbeiter-Bildungsvereinen Belehrung finden, um dann als Agitatoren ins Land hinauszugehen. Die Frauen brauchen sich durchaus nicht zu geniren. (Beifall.)

Frau **Vogel**-Netzschkau: Wie verschiedene Vorredner, so muß auch ich mich gegen den Antrag auf Herausgabe einer Frauenzeitung erklären, wir können die Proletarier, die jeden Pfennig zusammenhalten müssen, nicht zwingen, noch eine Extrazeitung zu unterhalten. Wir haben in Sachsen schon den Versuch gemacht, unserem Blatte wöchentlich eine Frauenzeitung beizugeben.

Frau **Kähler**-Hamburg: Viele Genossen behandeln die Frauenfrage so scherzhaft, daß man sich wirklich fragen muß: Sind das Parteigenossen, die für gleiches Recht eintreten? In vielen Orten lassen die Männer die Frauen überhaupt nicht aufkommen, sie klären die Frauen nicht einmal auf, sie sagen einfach: „Das kümmert Euch nichts, davon versteht Ihr nichts.“ Und damit sind unsere Genossen fertig. (Widerspruch.) Es ist dringend nöthig, in energischerer Weise als bisher die Frauenagitation zu betreiben. Eine Extra-Frauenzeitung ist dazu nicht nöthig, wir haben ja die „Gleichheit“, die diesen Zweck vollauf erfüllt. Lehnen Sie also den Antrag ab! Die Bildung von Frauenvereinen ist nur da möglich, wo die männlichen Genossen dem Verein ihre Hilfe zusichern. Im übrigen müssen die Frauen zu den Gewerkschaftsbewegungen herangezogen werden. Ich hätte gewünscht, daß Frl. Löwenherz ihre Rede nicht gehalten hätte, es klang etwas Egoismus hindurch, und das ist in unserer Partei nicht angebracht, für uns kommt es auf das Prinzip und nicht auf die Person an. (Beifall.) Die bürgerlichen Frauen, die für ihre Klasse kämpfen, kämpfen nicht für das Proletariat. Wir gehören zum Proletariat, und wollen mit unseren Männern Schulter an Schulter kämpfen. Deshalb haben wir die Resolution betreffend die Wahl weiblicher Vertrauenspersonen eingebracht. Wir haben diese Einrichtung in Schleswig-Holstein bereits getroffen und sie hat sich bewährt. (Lebhafter Beifall.)

Auer: In der Regel zähle ich ja bei der Frauenfrage nicht zu den Rednern (Heiterkeit), und auch heute hätte ich mich nicht in die Diskussion gemischt, wenn ich nicht zu dem Antrag Posselt eine Deklaration abzugeben

hätte. Eine solche Deklaration ist nothwendig, damit nicht später Mißverständnisse entstehen. Gerade in Bezug auf die Frauenagitation ist möglichste Klarheit erwünscht, und bei aller Hochachtung vor unseren Genossinnen weiß ich doch, daß Mißverständnisse bei ihnen nicht ausgeschlossen sind. Der Antrag entspricht ganz und gar meiner Auffassung. Ich habe immer den Standpunkt vertreten, daß bei aller Gemeinsamkeit der Interessen es doch nothwendig ist, den eigenartigen Charakter der Frauenbewegung nicht zu übersehen. Die sozialdemokratische Frauenbewegung ist ja nichts Abgesondertes von der allgemeinen Bewegung, aber sie hat doch ihre natürlichen, selbständigen Gesichtspunkte und hat Einrichtungen und Maßnahmen nöthig, die am besten von den Trägerinnen der Frauenagitation ergriffen werden. Eines aber muß zu diesem Antrage klar ausgesprochen werden und ich thue es im Auftrage der Antragsteller. Wenn in dem Antrage gesagt wird: Der Parteitag empfiehlt den Genossen . . . die Wahl von weiblichen Vertrauenspersonen vorzunehmen — so will ich hier konstatiren, daß es sich bei diesen Vertrauenspersonen nicht um Vertrauenspersonen im Sinne des § 3 unseres Organisationsstatuts handelt. (Allseitige Zustimmung.) Weibliche Vertrauenspersonen können nicht als gleichberechtigter Faktor in Verbindung mit unserem Vertrauensmannkörper treten. Wir müssen mit der Gefahr rechnen, daß unser Vertrauensmannkörper als ein Verein erklärt wird, und damit scheidet für Preußen die Möglichkeit weiblicher Vertrauenspersonen aus. Die im Antrag „weibliche Vertrauenspersonen" genannten Genossinnen haben also ausschließlich die Aufgabe:

„Aufklärung unter den proletarischen Frauen in politischer und gewerkschaftlicher Hinsicht, Erziehung zum und Stärkung des Klassenbewußtseins zu schaffen und eine diesen Aufgaben entsprechende planmäßige Agitation zu betreiben",

und ich wünsche ihnen allen Erfolg dazu. (Beifall.)

Müller-Schkeuditz: Die Genossin Zetkin hat eine schöne, auf möglichsten Triumph berechnete Rede gehalten, aber die Hauptsache hat sie kaum berührt. (Oho!) Die Hauptsache ist, daß wir unter den Frauen die gewerkschaftliche Organisation und Agitation betreiben. Und gerade in Bezug auf den Anschluß an die Gewerkschaften steht es sehr flau.

Frau **Heinrich**-Sagan: Ich bin mit den Ausführungen der Frau Zetkin vollkommen einverstanden. Aber sie hätte betonen sollen, daß die Flugblätter und Broschüren gemeinverständlich, volksthümlich und aus dem Volke heraus geschrieben werden müssen, so daß jede Proletarierin das verstehen kann. Bis jetzt ist das nicht der Fall. Ich habe zehn Abonnentinnen auf die „Gleichheit" gewonnen. Als ich aber einige Nummern ihnen gebracht hatte, sagten sie mir: „Ach, gehen Sie mit Ihrer „Gleichheit"; ich verstehe nichts davon!" (Heiterkeit.) Es muß also eine Frau aus dem Volke jetzt die Flugblätter schreiben, die nicht nur die Verhältnisse kennt, sondern auch den richtigen Ton zu treffen weiß. (Beifall.)

Es ist ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen.

Lesche-Altona spricht gegen den Schluß der Debatte. Es seien in derselben eine Reihe von schiefen Anschauungen seitens der Genossinnen zum Ausdruck gebracht (sehr wahr!), die wir als Genossen uns nicht gefallen lassen können. (Beifall.)

Der Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Leutert-Apolda: Ich bin gegen den Druck der Rede der Frau Zetkin, weil er für das Verständniß der Proletarierinnen nicht geeignet ist; er ist zu wissenschaftlich. Die bürgerlichen Anschauungen der Genossin Löwenherz sind leicht verzeihliche. Das Agrarprogramm wurde abgelehnt, weil man Proletarier mit Bauer verwechselte; ebenso wenig darf man bürgerliche Frauen mit Proletarierinnen verwechseln.

Gewehr-Elberfeld: Der Antrag betreffend Gründung einer Frauenzeitung ist in der gegenwärtigen Form allerdings unannehmbar, aber er ist doch nicht ganz von der Hand zu weisen. Die Genossin Zetkin will durch Broschüren und Flugblätter agitiren; damit ist die Berechtigung einer populär gehaltenen Frauenzeitung anerkannt. Ueberweisen Sie den Antrag der Parteileitung. Bedauerlich ist es, daß der Genossin Löwenherz unlautere Motive untergeschoben wurden. Auf mich hat die Diskussion den Eindruck gemacht, als ob auch auf anderer Seite nicht gerade die sachlichsten Momente vorherrschten, als ob eine gewisse Rivalität zum Ausdruck kommt, vor dem man sich hüten sollte, wenn es gilt, die Genossen für die Frauenagitation zu begeistern.

Ein erneuter Antrag auf Schluß der Debatte wird wieder abgelehnt.

Schoenlank: Die Genossin Löwenherz hätte zum mindesten die Nummer der „Leipziger Volkszeitung" anführen müssen, die den Artikel enthalten soll. Der Satz, den sie zitirt hat, ist so blödsinnig, daß ihn mir niemand zutrauen wird, ich bin schon seit 10 Jahren für den Schutz der Arbeiterinnen eingetreten; ich erinnere nur an meine Untersuchungen über die Spiegelbelegerinnen. (Sehr wahr!) Von der Genossin Löwenherz habe ich nie einen Artikel bekommen; dafür aber habe ich hier einen Artikel von ihr in der „Gleichheit", der sich gegen den Arbeiterschutz wendet. Die Genossin Löwenherz hat sich ja auch mit einer für die Frauen sehr wichtigen Frage, mit der Frage der Prostitution beschäftigt. Aber ihre Schilderungen beweisen, daß sie nicht auf dem sozialistischen Standpunkt, sondern auf einem empfindsam bürgerlichen Standpunkt steht, der durch ein Aufgebot von Gefühlsduselei mit den ökonomischen Verhältnissen fertig zu werden glaubt. (Sehr richtig.) Bei ihrer Verquickung von bourgeois-kapitalistischen Auffassungen mit unverdauten proletarischen Ideen hätte sie sich vor einer persönlichen Polemik hüten sollen.

Frl. **Löwenherz**: Verschiedene Redner sind, wie es in der Partei leider vielfach geschieht, nicht auf die Sache eingegangen, sondern haben mich persönlich angegriffen und mir unterschoben, daß ich überhaupt nicht Sozialdemokratin bin. Ich muß das entschieden zurückweisen und kann mich da einfach auf die rheinischen Genossen berufen. Wenn Genosse Schoenlank den von mir zitirten Artikel nicht selbst verfaßt hat, so ist er doch dafür verantwortlich. Ich bitte ihn, mir Raum in seiner Zeitung zu gewähren, dann werde ich den Beweis für meine Behauptungen erbringen. Ebenso wie er hat mich auch die „Gleichheit" einfach todtgeschwiegen. Der Genosse Schoenlank sprach von einem Artikel von mir, der sich gegen den Arbeiterschutz richtet; nein, er richtete sich gegen den Arbeiterinnenschutz, und wie recht ich damit hatte, das beweist, daß in den letzten drei Jahren garnicht mehr die Rede davon war, und daß die klerikale Partei, die offen erklärt, daß es ihr nicht auf Arbeiterinnenschutz, sondern auf Entfernung der Frauen aus den Fabriken ankommt, sich jetzt dieser Forderung bemächtigt hat. Rednerin polemisirt weiter gegen die „Gleichheit", die einen Artikel von ihr in einer Frage, die zur öffentlichen Diskussion stand, abgedruckt, aber so gethan habe, als habe man ihn nur aus Gnade und Barmherzigkeit aufgenommen. Die „Gleichheit" habe sie ferner als Frauenrechtlerin hingestellt und ihr Unkenntniß in sozialpolitischen Dingen vorgeworfen. Zum Schluß tritt Rednerin für den Antrag auf Gründung einer Frauenzeitung ein.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Darauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

2¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Das Schlußwort in der Debatte über die Frauenfrage erhält

Frau **Zetkin**: Neue Anregungen sind in der Debatte nicht zu tage gefördert worden. Wenn Frau Heinrich behauptet, daß meine Ausführungen nicht populär genug die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation den Arbeiterinnen erörtert hätten, so weise ich darauf hin, daß wir uns nicht in einer Volksversammlung befinden, sondern auf einem sozialdemokratischen Parteitage. Wenn mir ferner vorgeworfen wird, ich wäre zu theoretisch gewesen, so hat ja die Debatte bewiesen, wie nothwendig es ist, eine prinzipielle Klärung über unsere Stellung gegenüber der bürgerlichen Frauenrechtlerei festzulegen. Genossin Löwenherz meint, wir hätten allen Anlaß, mit den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen Hand in Hand zu gehen, weil sie auch manche Forderungen vertreten, die auch wir vertreten. Ich bin anderer Ansicht. Diese Auffassung entspricht der Ueberzeugung, daß es eine „Frauenbewegung" an und für sich und als solche giebt. Wir sind der Auffassung, daß es eine Frauenbewegung nur giebt im Anschluß an die geschichtliche Entwickelung und daß es deshalb eine bürgerliche und eine proletarische Frauenbewegung giebt, die nicht mehr Gemeinsames haben als wie die Sozialdemokratie mit der bürgerlichen Gesellschaft. Wir weisen die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen nicht etwa deshalb zurück, weil *wir* das Bischen nicht wollen, sondern weil *sie* das Mehr nicht wollen, was gerade den wesentlichen Inhalt unserer Forderungen ausmacht, nicht blos mit Rücksicht auf unsere Zukunftsforderungen, sondern auch mit Rücksicht auf die recht minimalen Forderungen, die wir jetzt auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft vertreten. Der Fortbildungsunterricht zum Beispiel ist illusorisch, wenn die Proletarierkinder gleichzeitig für ihren Lebensunterhalt erwerbsfähig sein müssen. Wir fordern nicht nur das Brot des Geistes, sondern auch das Brot des Körpers. Und es wäre thöricht, wenn wir, hinter denen die kompakte soziale Macht der Sozialdemokratie steht, uns den bürgerlichen Frauen, hinter denen keine soziale Macht steht, anschließen wollten. Und noch eins trennt uns: die Taktik. Verlangt man, daß die klassenbewußten Arbeiterinnen mit Petitionen an den Thron des Kaisers und an die Regierungen gehen? — Wir sollen die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen für uns agitiren lassen, weil wir keine geschulten Agitatorinnen haben, sagt Genossin Löwenherz. Auf jedem Parteitag wird geklagt über den Mangel an Agitatoren. Wenden wir uns etwa deshalb an Eugen Richter und Genossen? (Heiterkeit.) Es kommt nicht darauf an, was man verlangt, sondern zu welchem Zweck man es verlangt. Wenn die bürgerlichen Frauen Forderungen erheben, thun sie es nicht, um das Proletariat wehrfähiger zu machen für den Befreiungskampf, sondern sie thun es, getrieben von dem bösen Gewissen der Bourgeoisie, um mit ihren Forderungen dem Proletariat den Mund zu stopfen. Wir aber wollen, daß in der Stunde, wo am Ende der kapitalistischen Entwickelung die bürgerliche Gesellschaft in sich selbst zusammenbricht, der Proletarier nicht dasteht, wie der Sklave, der die Kette bricht, sondern als eine körperlich, geistig und sittlich vollkommene Persönlichkeit. Und von diesem Standpunkt aus ist zwischen proletarischer und bürgerlicher Gesellschaft keine Gemeinschaft möglich. Mit guten Absichten, mit schönen Gefühlen hat man noch keine neue Gesellschaft gezimmert; sie erweisen sich als brüchiger Schiefer, welcher zersplittert, wenn die wirthschaftlichen Thatsachen, die Geldsack-Interessen an sie herantreten. Nur die klare Erkenntniß ist der Granit, auf welchen das Proletariat rechnen kann, um die Kirche der Zukunft darauf zu bauen. (Stürmischer Beifall.)

Es wird zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag, das Zetkin'sche Referat drucken und als besondere Beilage

verbreiten zu lassen — die unentgeltliche Vertheilung ist gestrichen — wird angenommen.

Die Resolution:

Die moderne Frauenfrage ist das Ergebniß der durch die kapitalistische Produktionsweise gezeitigten wirthschaftlichen Umwälzungen. Sie tritt deshalb in den verschiedenen Klassen auf, die der modernen Gesellschaft eigenthümlich sind, nimmt aber in jeder derselben eine andere Form an.

In der Klasse der oberen Zehntausend ist die Frau als Besitzerin eigenen Vermögens ökonomisch vom Manne unabhängig, aber als Ehefrau ist sie rechtlich ihm noch vielfach unterworfen und kann in der Regel nicht frei über ihren Besitz verfügen. Der Besitz führt in dieser Klasse zur Geldehe und zu ihrem Gegenstück, dem Ehebruch; er fördert die Auflösung des Familienlebens und enthebt die Frau ihrer Pflichten als Gattin und Mutter. Im Vordergrund der Forderungen, welche die Frauen dieser Klasse stellen, steht die rechtliche Sicherung des Vermögensbesitzes und das freie Verfügungsrecht darüber für das weibliche Geschlecht. Der Emanzipationskampf dieser Frauenklasse ist ein Kampf für die Beseitigung aller sozialen Unterschiede, die nicht auf dem Vermögensbesitz beruhen. Die Verwirklichung ihrer Forderungen bedeutet die letzte Stufe der Emanzipation des Privatbesitzes.

In der kleinen und mittleren Bourgeoisie, sowie in der bürgerlichen „Intelligenz" wird die Familie durch wesentliche Begleiterscheinungen der kapitalistischen Produktion zersetzt. Es wächst die Zahl der ehelosen Frauen, die dadurch auf eigenen Verdienst angewiesen werden; es wächst die Zahl der Familien, denen der Erwerb des Mannes nicht genügt. Die weiblichen Angehörigen dieser Schichten werden zur Erwerbsarbeit auf dem Gebiete der liberalen Berufe gedrängt. Im Vordergrund ihrer Forderungen steht deshalb das Recht auf gleiche Berufsthätigkeit und Berufsbildung für beide Geschlechter, für völlig freie Konkurrenz auf allen Gebieten. Der Kampf der Frauen für diese Forderungen ist ein wirthschaftlicher Interessenkampf zwischen Männern und Frauen jener Schichten. Und da jeder wirthschaftliche Interessenkampf ein politischer wird, drängt er die Frauen auch zur Forderung der politischen Gleichstellung der Geschlechter. Erst durch die Verwirklichung dieser Forderungen erringt die Klein- und Mittel-Bürgerin die volle Gleichstellung mit dem Manne.

Im Proletariat ist es das Ausbeutungsbedürfniß des Kapitals, das die Frau zur Erwerbsarbeit zwingt und die Familie zerstört. Durch ihre Erwerbsarbeit wird die proletarische Frau dem Manne ihrer Klasse wirthschaftlich gleichgestellt. Aber diese Gleichstellung bedeutet, daß sie, wie der Proletarier, nur härter als er, vom Kapitalisten ausgebeutet wird. Der Emanzipationskampf der Proletarierinnen ist deshalb nicht ein Kampf gegen die Männer der eigenen Klasse, sondern ein Kampf im Verein mit den Männern ihrer Klasse gegen die Kapitalistenklasse. Das nächste Ziel dieses Kampfes ist die Errichtung von Schranken gegen die kapitalistische Ausbeutung. Sein Endziel ist die politische Herrschaft des Proletariats zum Zwecke der Beseitigung der Klassenherrschaft und der Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaft.

Als Kämpferin in diesem Klassenkampf bedarf die Proletarierin ebenso der rechtlichen und politischen Gleichstellung mit dem Manne wie die Klein- und Mittel-Bürgerin und die Frau der bürgerlichen Intelligenz. Als selbständige Arbeiterin bedarf sie ebenso der freien Verfügung über ihr Einkommen (Lohn) und ihre Person wie die Frau der großen Bourgeoisie. Aber trotz aller Berührungspunkte in rechtlichen und politischen Reformforderungen hat die Proletarierin in den entscheidenden ökonomischen Interessen nichts Gemeinsames mit den Frauen der anderen Klassen. Die Emanzipation

der proletarischen Frau kann deshalb nicht das Werk sein der Frauen aller Klassen, sondern ist allein das Werk des gesammten Proletariats ohne Unterschied des Geschlechts.

Die Agitation unter den proletarischen Frauen muß daher in erster Linie sozialistische Agitation sein. Ihre Hauptaufgabe ist, die proletarischen Frauen zum Klassenbewußtsein zu wecken und für den Klassenkampf zu gewinnen. Die Arbeiterin muß aus einer Schmutzkonkurrentin des Mannes zu dessen Kampfgenossin, aus einer hemmenden zu einer treibenden und thätigen Kraft im Klassenkampf werden. Die proletarische Frauenagitation muß sich also streng im Rahmen der allgemeinen Arbeiterbewegung halten und muß an alle Fragen anknüpfen, die für die Arbeiterklasse jeweilig von besonderer Wichtigkeit sind. Soweit bestimmte dringende Aufgaben nicht vorliegen, ist in der Agitation für Reformen einzutreten, die im Interesse der Proletarierin als Arbeiterin und Frau liegen. Insbesondere ist zu agitiren: 1. für Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes, namentlich für Einführung des gesetzlichen Achtstundentages zunächst wenigstens für die weiblichen Arbeiter. 2. für Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren. 3. für aktives und passives Wahlrecht der Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten zu den Gewerbe-Schiedsgerichten. 4. für gleichen Lohn für gleiche Leistung ohne Unterschied des Geschlechts. 5. für volle politische Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern, speziell für uneingeschränktes Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht. 6. für gleiche Bildung und freie Berufsthätigkeit der beiden Geschlechter. 7. für die privatrechtliche Gleichstellung der Geschlechter.

Hand in Hand mit der mündlichen muß die schriftliche Agitation unter den proletarischen Frauen betrieben werden. Als vorzüglichstes Mittel, Anregung und Aufklärung unter die Massen der noch indifferenten Proletarierinnen zu tragen, empfiehlt sich die periodische Verbreitung von Flugblättern, die bestimmte, praktische Fragen behandeln. Zur weiteren Belehrung und Schulung sind besonders Broschüren geeignet, die der Proletarierin den Sozialismus näher bringen und zwar als Arbeiterin, als Frau und vor allem auch als Mutter. Die sozialdemokratische Presse muß systematisch für die wirthschaftliche und politische Aufklärung der proletarischen Frauen wirken.

wird mit einem Amendement der Frau Meder: „Die Beseitigung der Gesinde-Ordnungen mit unter die Forderungen zu stellen" angenommen.

Die Anträge 40 und 60 werden abgelehnt.

Antrag 61, Antrag **Posselt, Baader, Zetkin und Genossen,** sowie **Antrag Mattutat und Genossen** werden angenommen.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Es folgt Punkt 9 der Tagesordnung: **Das Proportional-Wahlsystem.**

Ein Antrag, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen, wird von Schöpflin begründet, von Bär-Crefeld mit dem Hinweis darauf bekämpft, daß gerade über diesen Punkt unseres Programms große Unklarheit unter den Genossen im Lande herrscht.

Eine längere Geschäftsordnungs-Debatte entwickelt sich über diese Angelegenheit. Bunte und Voigt-Berlin treten für die Besprechung der Proportionalwahl ein. Förster-Hamburg führt aus: Eine eingehende Erörterung dieses Punktes ist doch nicht möglich. Es sei denn, daß alle übrigen Anträge wieder en masse der Parteileitung überwiesen werden. Es ist aber besser, sie endlich einmal gründlich zu berathen. Wenn unsere Genossen nur in der Frage der Proportionalwahl unklar sind, so läßt sich das noch ertragen. Die Proportionalwahl ist schließlich heute nur eine akademische Frage. (Beifall.)

Der Antrag auf Absetzung des Punktes von der Tagesordnung wird mit großer Majorität angenommen.

Es folgt Punkt 10: **Anträge zum Parteiprogramm.**

Hier fallen in Betracht die Anträge 15, 16 und 17.

Der Antrag 15 wird zurückgezogen, Antrag 16 findet nicht die genügende Unterstützung und Antrag 17 wird durch den Beschluß, die Proportionalwahl nicht zu besprechen, für erledigt erklärt.

Es folgt Punkt 11: **Sonstige Anträge.**

Singer: Der Parteitag ist damit einverstanden, daß wir diese Anträge in drei Kategorien theilen.

Die erste betrifft den Ort, wo der nächste Parteitag tagen soll, die zweite seine Tagesordnung, die dritte umfaßt verschiedenartige Anträge. Ueber den Ort des nächsten Parteitages wird schriftlich abgestimmt werden.

Mit der Frage des Ortes des nächsten Parteitages beschäftigen sich die Anträge: 18, 19, 20, 21, 22, 23 und der Antrag David, der als Ort des nächsten Parteitags Mainz vorschlägt.

Von diesen Anträgen finden nur die Anträge 18, 21 und Antrag David die genügende Unterstützung, während der Antrag 23, der für den nächsten Parteitag Karlsruhe vorschlägt, zurückgezogen ist.

Es handelt sich also darum, ob der Parteitag in Hamburg, Hannover oder Mainz abgehalten werden soll.

Molkenbuhr tritt für Hamburg ein. Es sei schon oft der Wunsch laut geworden, einen Parteitag in Hamburg abzuhalten, aber stets habe man eingewandt, daß Hamburg zu weit von dem Mittelpunkt Deutschlands entfernt sei. Die Strecke von Hamburg bis zur nächsten Grenze betrage aber nur 152 Kilometer, während z. B. Mainz 212 Kilometer von der russischen Grenze entfernt sei. Die Hamburger hätten mit Rücksicht auf die Thätigkeit der dortigen Genossen einen Anspruch darauf, einmal den Parteitag bei sich zu sehen. Nachdem wiederholt nahe an der Grenze Parteitage stattgefunden, sei es eine Zurücksetzung, wollte man jetzt nicht nach Hamburg gehen, das ja von überall her leicht zu erreichen sei. In Hamburg seien die Delegirten auch sicher, daß sie nicht erst eine Landreise zum Parteilokal zu machen hätten. (Heiterkeit.)

David spricht den Wunsch aus, den Parteitag in Mainz abzuhalten. Hauptsächlich mit Rücksicht darauf, daß dadurch in agitatorischer Beziehung etwas erreicht wird.

Wiehle vertritt den Antrag, den Parteitag in Hannover stattfinden zu lassen.

Bömelburg tritt für Hamburg ein. Alle Vorzüge Hamburgs könne er nicht schildern, sonst würde ja Hamburg sofort einstimmig gewählt werden. (Heiterkeit.)

Hülle-Erfurt weist darauf hin, daß die von Molkenbuhr aufgestellte Berechnung der Entfernung Hamburgs falsch sei. Auch die Wohnungsverhältnisse Hamburgs seien schlechte. Er empfehle Mainz. Im vorigen Jahre hätten sich ja die Hamburger selbst dagegen gesträubt, daß in Hamburg der Parteitag abgehalten werde. Man habe dann damals auf die schlechten Saalverhältnisse aufmerksam gemacht.

Hierauf wird die Debatte geschlossen.

Während der Abstimmung, die eine schriftliche ist, wird in die Berathung der Anträge zur Tagesordnung des nächsten Parteitages eingetreten.

Singer: Ich hätte gegen die Berathung dieser Anträge ja an sich nichts einzuwenden, aber gegenüber den vielfachen Schwierigkeiten, die sich bei der Beschaffung von Referenten für die Feststellung der Tagesordnung herausstellen und bei der Wichtigkeit der Punkte schlage ich Ihnen vor, Sie überweisen sämmtliche Anträge dem geschäftsführenden Ausschusse.

Diesem Antrage entsprechend wird beschlossen.

Es folgt die Berathung der **verschiedenen Anträge.**

Den Antrag 30, betreffend die Errichtung eines Bureaus zur Ertheilung von Rath in Rechtsangelegenheiten im Saarrevier auf Parteikosten begründet

Emmel mit dem Hinweis auf die hinlänglich bekannten Verhältnisse im Gebiet des Königs Stumm. Sogar die Rechtsanwälte ständen dort unter dem geistigen Einfluß des Fabrikdirektors, mit dem sie im Kasino verkehrten. Nicht einmal die Bergarbeiter fänden Schutz und deshalb habe schon der katholische Volksverein und die christlich-soziale Partei ein Rechtsbureau errichtet. Das Bureau der christlich-sozialen Partei sei freilich von Stumm bereits weggefegt. Ein solches Bureau würde der Partei zum Vortheil gereichen.

Pfannkuch: Ich meine, daß der Parteitag sich mit derartigen Fragen überhaupt nicht beschäftigen solle. (Sehr richtig!) Was dem Saargebiet Recht ist, ist anderen Kreisen, namentlich Ost- und Westpreußen, billig. Um all diese Wünsche zu befriedigen, würden aber unsere Mittel nicht ausreichen. (Sehr richtig.) Ein Rechtsbureau, das nicht in allen Fragen des Rechts und des öffentlichen Lebens sichere und prompte Antwort zu ertheilen vermag, wird eher schaden als nützen.

Legien: Ueber die Zweckmäßigkeit und die Nothwendigkeit eines solchen Rechtsschutz- und Auskunftsbureaus dürfte wohl kaum ein Zweifel bestehen. Ich bin gegen den Antrag, weil gerade im Saarrevier bei einem wöchentlichen Beitrag von 1 Pf. die Arbeiter ein solches Institut selbst erhalten können. Die Partei als solche kann dafür nicht eintreten.

Der Antrag wird abgelehnt.

Zur Debatte gelangen die Anträge 62 und 63, betreffend Verhalten der Leipziger Genossen in der Wahlrechtsfrage. Zur Begründung derselben spricht

Mehnert-Chemnitz: Es wurde uns nahe gelegt, diese Anträge zurückzuziehen und der nächsten sächsischen Landesversammlung die Entscheidung zu unterbreiten. Wir konnten diesem Verlangen jedoch nicht nachkommen, denn wir sind Beauftragte unserer Genossen und haben deren Aufträge auszuführen. Der Redner giebt eine Darlegung des Streites. Die Landesversammlung der sächsischen Genossen in Dresden hat sich mit überwiegender Majorität dahin entschieden, daß die Mandate beizubehalten sind und daß sich die Genossen an den künftigen Wahlen zu betheiligen haben. Nun haben die Leipziger Genossen ihre Landtags-Abgeordneten Pinkau und Goldstein trotz des Beschlusses der Landesversammlung aufgefordert, ihre Mandate niederzulegen. Pinkau ist dieser Aufforderung nachgekommen, Goldstein nicht, weil sein Mandat in nächster Zeit abläuft. Die Leipziger Genossen haben ferner beschlossen, sich an den Landtagswahlen nicht mehr zu betheiligen. Diese Vorgänge dürfen nicht mit Stillschweigen übergangen werden. Wir gerathen auf eine schiefe Ebene, wenn wir das demokratische Prinzip durchbrechen. Mit der Einigkeit und Geschlossenheit unserer Partei ist es sonst vorbei. (Zustimmung.)

Gerisch: Ich bitte beide Anträge abzulehnen, da wir die Erledigung dieser Angelegenheit den sächsischen Parteigenossen selbst überlassen können.

Schoenlank: Ich kann mich dem nur anschließen und empfehle Ihnen das auch. (Heiterkeit.)

Geyer: Auch ich meine, wir brauchen den Parteitag nicht zu behelligen; wir sind in Sachsen selbst Manns genug und werden selbst bei uns die Disziplin aufrechterhalten. (Bravo!) Wir haben bis zu den nächsten Wahlen noch eine Landesversammlung und wir sind davon überzeugt, daß die Leipziger Genossen sich den Beschlüssen derselben fügen werden. Mit Rücksicht

auf diese Motivirung bitte ich Sie, über die Anträge zur Tagesordnung überzugehen. (Beifall.)

Die Anträge 62 und 63 werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, Antrag 83 wird nicht begründet.

Beims-Goslar bittet um Annahme dieses Antrages im Interesse der Förderung der Agitation unter den Landleuten.

Gerisch hält den Antrag für überflüssig, da bereits der Antrag **Gewehr** vorliegt.

Die Vertrauensleute der einzelnen Orte resp. Reichstagswahlkreise sind verpflichtet, in jedem Jahre mindestens einmal über den Stand der Partei und die wichtigsten, die Partei interessirenden Vorkommnisse ihres Bezirkes der Parteileitung Bericht einzusenden.

Die Diskussion über diesen Antrag wird hiermit verbunden.

Gewehr-Elberfeld begründet seinen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß die Parteileitung Klage geführt habe, daß die Berichte zu mangelhaft eingesandt seien.

Ohne Debatte wird Antrag 83 abgelehnt, Antrag Gewehr dagegen mit großer Mehrheit angenommen.

Damit sind sämmtliche Anträge erledigt.

Als Sitz des geschäftsführenden Ausschusses wird einstimmig Hamburg bestimmt.

Nach dreiviertelstündiger Pause wird der Bericht der Beschwerdekommission entgegengenommen.

Blos berichtet über die Prüfung der Beschwerdeschrift der Frau Gubela in Berlin. Es handet sich um eine Angelegenheit, die sich seeschlangenartig seit 1889/90 hinzieht. Alle Instanzen haben sich mit dieser hochwichtigen Angelegenheit (Heiterkeit) schon beschäftigen müssen. Die Beschwerdekommission beantragt, daß der Parteitag über diese historische Sache (Heiterkeit) zur Tagesordnung übergeht. (Beifall.)

Die Beschwerdeschrift der Frau Gubela wird durch Tagesordnung erledigt.

Ehrhardt berichtet über die beiden anderen Beschwerden, die die Fälle Pistorius und Kießling in Braunschweig betreffen. Die Zerwürfnisse in Braunschweig schädigen nicht nur die dortige Organisation, sondern auch das Parteiorgan. Ein Schiedsgericht im Mai ds. Js. hat bereits Pistorius aus der Partei ausgeschlossen und Kießling für unfähig erklärt, ferner ein Parteiamt zu bekleiden. Beide waren jahrelang Freunde und haben ihre Pflicht und Schuldigkeit gethan, aber auch immer vereint andere Richtungen nach Kräften angerempelt. Im Frühjahr geriethen sie in Streit, Pistorius theilte dem Redakteur Jäckh mit, daß Kießling sich in dem unseligen Bierboykott von dem Brauereibesitzer Kellermann in Hannover durch die Summe von 300 Mark hat bestechen lassen. Jäckh beging dann die Taktlosigkeit, die Sache an die Oeffentlichkeit zu bringen. Unser eigenes Parteiorgan wühlte diesen Schmutz auf, während die gegnerische Presse viel milder darüber urtheilte. Das Schiedsgericht, das dann eingesetzt wurde, hat sich in etwa vier Sitzungen mit der Frage beschäftigt. Es konnte nicht festgestellt werden, daß sich Kießling durch 300 Mark habe bestechen lassen, wohl aber wurde erwiesen, daß Pistorius von dem Brauereibesitzer Kellermann in Hannover 500 Mark erhalten hat. Hiervon gab er 300 Mark an Kießling als Entschädigung für Arbeitsleistungen, da Kießling das hannover'sche Bier eingeführt und verschleißt hatte. Sonderbarerweise hat Pistorius von den 500 Mark 200 Mark für sich behalten, die er dann verrechnet hat. Es war eine sehr unnoble Handlungsweise von Pistorius, daß er zwei Jahre lang über diese Vorkommnisse schwieg und erst dann damit herausrückte, als er sich mit Kießling verfeindet hatte. Gegen

Kießling muß ferner der Vorwurf erhoben werden, daß er, ohne einen Schiedsspruch abzuwarten, sich mittels der Faust Recht verschaffte, er, der kräftigere gegen den schwächeren Mann. Wir sprechen unser Bedauern um so mehr über diesen Fall aus, als Beide alte und erprobte Parteigenossen waren. Kießling hat seine Pflicht während des Sozialistengesetzes in vollem Umfange gethan. Um so bedauerlicher ist es, daß sie hierbei ihre persönlichen Interessen über das Parteiinteresse stellten! Es war für uns unter diesen Umständen die Entscheidung über das Vorgehen Kießling's sehr schwer. Unsere Aufgabe war, möglichst zu vermitteln. Wir hoffen, daß es noch gelingt, den Frieden wieder herzustellen. Wir sind daher zu folgendem Beschluß gekommen:

Die Neuner-Kommission erklärt gegenüber der Beschwerde von Pistorius wegen seines Ausschlusses aus der Partei:

Die gegen Pistorius angeführten Thatsachen sind an sich kein völlig genügender Grund, denselben aus der Partei auszuschließen. Dagegen herrsche unter den Braunschweiger Genossen schon seit längerer Zeit eine erklärliche Erbitterung gegen Pistorius, welche dieser durch unaufhörliche Reibereien und Intriguen hervorgerufen hatte. Das Bestreben, die Partei vor weiteren Schädigungen seitens Pistorius zu bewahren, hat zu dessen Ausschließung geführt.

Den Fall Kießling anlangend, erklärt die Kommission:

„Die gegen Kießling angeführten Thatsachen reichen gleichfalls nicht aus, die gegen ihn getroffenen Maßregeln zu begründen, auch hat in gar keiner Weise erwiesen werden können, daß Kießling während des Braunschweiger Bierboykotts sich unlauterer Handlungen schuldig gemacht hat. Der Beschluß gegen Kießling entsprang vielmehr der Entrüstung über seine den Parteifrieden immer wieder störende Thätigkeit, zu welcher er ganz besonders die ihm übertragenen Ehrenämter ausgenützt hat. Da nun die Braunschweiger Beschlüsse mit überwältigenden Majoritäten gefaßt worden sind, so befürchtet die Kommission von der sofortigen Aufhebung derselben, daß ein neuer großer Zwiespalt unter den Braunschweiger Arbeitern entstehen würde. Die Kommission hält es für besser, vorläufig abzuwarten, bis eine größere Klärung der Parteiverhältnisse eingetreten ist, und giebt den Betreffenden anheim, sich von neuem an den Parteitag zu wenden.

Wir haben damit freilich keine der beiden streitenden Parteien befriedigt, aber wir haben den Ausgeschlossenen die Möglichkeit gewährt, daß ihnen, wenn sie wieder mitarbeiten wollen, die Thür offen steht. Ich bitte Sie, dem Beschluß beizutreten und richte zugleich an die Braunschweiger Genossen die Bitte, die Streitigkeiten, an denen doch nur unsere Gegner Freude haben, aus der Welt zu schaffen. (Beifall.)

Jäckh-Braunschweig: Gegen den vom Berichterstatter gegen mich erhobenen Vorwurf muß ich mich entschieden verwahren. Ich war es gerade, der die Angelegenheit zuerst im Innern der Partei erledigt wissen wollte. Aber es lag ein Beschluß des Arbeitervereins vor, die Sachen sofort, womöglich in der nächsten Woche vor eine Generalversammlung zu bringen. Ich habe vorgeschlagen, eine Kommission zur Prüfung der Beschwerden gegen Kießling zu wählen und das Material betr. die Verdächtigungen und Verleumdungen des Pistorius den Parteigenossen in meinem Blatte unterbreitet. Ich hielt dies für ebenso nützlich, als wenn die Angelegenheit nachher den Parteitag beschäftigen würde. Würde ich heute in einer ähnlichen Situation sein, so kann ich allerdings versichern, einen ähnlichen Artikel würde ich nicht veröffentlichen. (Beifall.) Wenn man aber so ganz frisch in einen solchen Hexenkessel wie Braunschweig kommt, so wirkt das auf die Nerven.

Der Antrag der Kommission wird ohne Debatte angenommen.

Da die Mandatsprüfungs-Kommission noch nicht mit der Zusammenstellung des Wahlresultats fertig ist, vertagt der Vorsitzende die Sitzung auf kurze Zeit. Nach der Pause erfolgt die Verkündigung des Wahlresultats.

Zum Ort für den nächsten Parteitag ist Hamburg mit 114 Stimmen gewählt. Mainz erhielt 50 und Hannover 17 Stimmen.

Bei der Wahl für den Geschäftsführenden Ausschuß wurden 194 giltige Stimmen abgegeben. Es erhielten Stimmen und sind gewählt: Foerster (194), Molkenbuhr (194), Pfannkuch (193), Gerisch (191), Koenen (190). Ferner erhielten Stimmen: Zetkin (2), Bömelburg (1), Metzger (1).

Das Resultat der Wahl der Kontrolleure ist: Von den 194 abgegebenen Stimmzettel sind 6 ungiltig. Die Zahl der giltigen Stimmzettel beträgt 188. Es erhielten Stimmen und wurden gewählt: Meister (159), Zetkin (118), Kaden (109), Klees (94), Dubber (91), Metzner (84), Oertel (76).

Weiter erhielten Stimmen: Meist (69), Herbert (58), Antrick (44), Timm (54), Weinheber (42), Schmidt-Magdeburg (41), Scherm (40), Hug (36), Berthold (28), Stolpe (9), Schleicher (1), Klemann (1).

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Vorsitzender **Singer**: Parteigenossinnen und Parteigenossen! Wir stehen am Schluß unserer diesjährigen Arbeiten. Wir werden nicht von hier scheiden wollen, ohne den Gothaer Genossen unseren besten Dank auszusprechen. Sie haben, soweit es ihnen bei den mißlichen Verhältnissen möglich war, alles aufgeboten, uns den Parteitag so angenehm als möglich zu machen. (Bravo!) Sollte unseren Gothaer Genossen eine oder die andere Aeußerung zu Ohren gekommen sein über manche Unbequemlichkeiten, so wissen sie, daß sich solche Aeußerungen nicht gegen sie richten. Noch kann sich ja die größte politische Partei Deutschlands gegenüber der Bourgeoisie die Lokale, in denen sie tagen will, nicht selbst wählen, und so mußten wir dem Vorschlage der Gothaer Genossen folgen. Aber wir haben es nicht zu bereuen gehabt, denn die Gothaer haben alles aufgeboten, um uns diese Mißlichkeit vergessen zu lassen. (Bravo!)

Unserer Tagesordnung gemäß bezogen sich unsere Arbeiten hauptsächlich auf die inneren Angelegenheiten der Partei. Wenn die gegnerische Presse geäußert hat, daß auf diesem Kongreß keine großen Fragen zur Entscheidung kommen würden, so hatte sie dazu anscheinend ein Recht. Aber wir wollen doch hervorheben, daß unser Weg zum Kongreß gleichzeitig ein Siegeszug für die Partei gewesen ist. (Bravo.) Wir haben die Nachrichten von den Siegen unserer Genossen in Gotha und Hessen erhalten und so wie diese Siege ein freudiger Willkommensgruß für den Kongreß gewesen sind, so ist die Thätigkeit unseres Parteitages selbst dazu angethan, die Partei in ihrem unaufhaltsamen Vormarsche zu kräftigen und zu stärken. (Bravo!)

Ohne Ueberhebung können wir sagen, daß uns der Verlauf des Kongresses vollkommen befriedigt. Auch da, wo es sich um erregte Auseinandersetzungen gehandelt hat, trat immer der ruhige, würdige und sachliche Ton zu Tage, der sich von persönlichen Verletzungen fernhält. (Sehr richtig!) Das, was unsern Gegnern angeblich zum Gaudium gereicht, die Offenheit und Deutlichkeit, mit der wir uns auszusprechen pflegen, das ist gerade die Stärke unserer Partei, das glänzendste Zeugniß für unsere Geschlossenheit und Einigkeit. (Bravo!) Dinge, die dem einen oder anderen unangenehm klingen, sind nicht im Stande, auch nur ein Atom von der Partei abzusprengen. (Bravo!)

Drei Fragen waren es, mit denen wir uns hauptsächlich zu beschäftigen hatten. Die Frauenfrage, bei der die Sozialdemokratie durch die Diskussion und die Annahme der Resolution sich entschlossen gezeigt hat, auch diesen dreifach, vom Kapital, vom Gesetz und vom Mann geknechteten Bürgerinnen die Befreiung aus ihrem Joch zu verschaffen. Auch hier hat sich erwiesen, daß nur die Sozialdemokratie im Stande ist, alle auf die Frauenbewegung bezüglichen Fragen ihrer endgiltigen Lösung entgegenzuführen. Nur mit und durch

den Sozialismus wird es gelingen, die Frau zu befreien, ebenso wie die Befreiung des ganzen Proletariats nur durch den Sozialismus möglich ist. (Lebhafter Beifall.)

Die zweite Frage: „Kunst und Sozialismus" hat in der Debatte über die „Neue Welt" die deutsche Arbeiterschaft auf der Höhe der geistigen Entwickelung gezeigt. (Lebhafter Beifall.) Mitten im tiefsten Elend und im Kampf ums tägliche Brot, ausgebeutet vom Kapital, entrechtet von der bürgerlichen Gesellschaft, strebt die deutsche Arbeiterschaft nach Geistesnahrung und will den höchsten Idealen des Menschenlebens, der Kunst, entgegeneilen. Welche Partei außer der unserigen kann sich noch eine solche Diskussion leisten? Welcher Partei ist die Kunst noch ein Leitstern für die Bahnen, die sie in Zukunft zu wandeln hat? (Lebhafter Beifall.)

Und die dritte Frage, die uns beschäftigt hat, die Frage der gewerkschaftlichen Agitation — denn auch sie gehört zu den großen Fragen — hat wiederum aufs neue die Entschlossenheit der Sozialdemokratie gezeigt, nicht abzuweichen von dem Wege, den sie nach dieser Richtung hin in so erfreulicher Weise beschritten hat. Wie seine Vorgänger hat auch dieser Kongreß in der markantesten Weise zum Ausdruck gebracht, daß jene Faseleien der bürgerlichen Presse von einer Gegnerschaft zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung nichts sind als ein Hirngespinnst, ein leeres Phantom. (Bravo!) Die Sozialdemokratie weiß, daß die Gewerkschaftsbewegung von der allergrößten Bedeutung ist. In den Gewerkschaften werden die Arbeiter zum Klassenbewußtsein erzogen und die Gewerkschaften liefern die Rekruten, liefern die Soldaten für die politische Partei. Wenn wir nach Lage der Verhältnisse, gezwungen durch die gesetzlichen Bestimmungen, auch getrennt marschiren, in der Stunde des Kampfes werden die Gewerkschaften und die Partei stets vereint schlagen. (Lebhafter Beifall.)

So dürfen wir — meine ich — befriedigt von unseren Arbeiten in die Heimath zurückkehren. Wir thun das in der Absicht, allüberall die Fahne der Sozialdemokratie hochzuhalten und dort, wo das noch nicht der Fall ist, sie zu entrollen. Fest in diesem Entschluß bringen wir, wie wir es immer thun, als Abschluß unserer Arbeiten und als Versprechen für den weiteren Kampf unserer Partei der deutschen Sozialdemokratie ein Hoch aus. Die deutsche Sozialdemokratie sie lebe hoch! hoch! hoch!

Mit Begeisterung stimmt der Parteitag dreimal in den Ruf ein.

Die Anwesenden erheben sich und singen stehend den ersten Vers der Arbeitermarseillaise.

Um 5¾ Uhr erklärt Singer den Parteitag für geschlossen.

Druckfehlerberichtigung. Seite 75 Zeile 13 von unten ist zu lesen: und Antrag Berlin IV statt: „und 91". Seite 76 Zeile 14 von oben: 48 und Antrag Schreck statt 48, 92. Seite 76 Zeile 17 von oben: das badische Oberland statt das bayrische Oberland. Seite 86 Zeile 1 von oben: den Berliner Antrag statt: Antrag 93. Seite 122 Zeile 22 von unten: den Antrag 68 als Material u. s. w. statt den Antrag 69.

Zusammenstellung der vom Parteitag gefaßten Beschlüsse.

I. Bericht des Parteitages.

Diskussion Seite 67—119.

Antrag Meister im Namen der Kontrolleure:

Dem Parteivorstand bezw. Geschäftsführenden Ausschuß sowie dem Kassirer ist Decharge zu ertheilen.

Anträge der Vorlage **36** (Herausgabe früherer Parteitagsbeschlüsse) und **58** (Herausgabe eines Eisenbahnarbeiterflugblattes).

Antrag Berlin IV:

Vor Ausschreibung der nächsten Reichstagswahl das bestehende Reichstags-Wahlgesetz und Wahlreglement in Broschürenform drucken und während der Wahlagitation besonders in den ländlichen Wahlkreisen vertheilen zu lassen.

Anträge der Vorlage **31** (Stellungnahme des „Vorwärts"), **47** (Boykott-Annoncen) und **52** (Streik-Annoncen).

Antrag der Berliner Delegirten:

Um den Anforderungen an die Presse, welche die Ausdehnung unserer Partei und die Konkurrenz der gegnerischen Presse steigert, Rechnung zu tragen, beantragen die Unterzeichneten:

der Partei-Ausschuß und die demnächst stattfindende Preßkonferenz wolle die Durchführung nachstehenden Antrages in Erwägung ziehen: Dem „Vorwärts" ist wöchentlich eine wissenschaftliche Beilage beizugeben, welche u. a. eine Uebersicht über hervorragende wirthschaftliche Vorgänge und eine technische Rundschau enthalten soll; den übrigen Parteiblättern, welche diese Beilage ihren Lesern bieten wollen, mögen annehmbare Bedingungen gemacht werden.

Antrag Bebel:

Der Parteitag wolle beschließen, die Parteileitung zu beauftragen, zu untersuchen, durch welche Maßnahmen das Defizit der „Neuen Welt" auf ungefähr 25 000 Mk. herabgebracht werden kann.

Der Parteileitung überwiesen:

Anträge der Vorlage **37** (Herausgabe einer Broschüre über Gesindeordnungen) und Antrag **54** (Agitation zur Abschaffung der Gesindeordnungen) mit der Abänderung, daß es heißt: „bei erster Gelegenheit" statt „im Laufe des nächsten Jahres".

II. Parlamentarische Thätigkeit.

Diskussion Seite 119—126.

Antrag Bebel:

Der Antrag 68 der Vorlage ist, soweit er auf die Unfallversicherung sich bezieht, der Fraktion als Material zu überweisen.

Antrag Eichhorn:

Die Reichstags-Fraktion soll einen motivirten Antrag behufs Veranstaltung einer Reichsenquete über Arbeitszeit und Arbeitslohn einbringen.

III. Arbeiterschutz.

Diskussion Seite 143—159.

Resolution Wurm betr. Achtuhr-Ladenschluß:

„Der gesetzliche Achtuhr-Ladenschluß, wie ihn die Reichskommission für Arbeiterstatistik vorschlug, ist nur ein durchaus ungenügendes Verbot der Nachtarbeit und entspricht keineswegs den berechtigten Ansprüchen der im

Handelsgewerbe beschäftigten Personen. Da aber deren kapitalistische Gegnerschaft dieses bischen Arbeiterschutz verweigert, weil angeblich durch ihn die Interessen der kaufenden, besonders der arbeitenden Bevölkerung benachtheiligt würden, erklärt der Parteitag, daß die Arbeiter für die Forderung der im Handelsgewerbe beschäftigten Personen eintreten, die Einführung des gesetzlichen Achtuhr-Ladenschlusses als keine Schädigung ihrer Interessen betrachten und selbstverständlich für diesen wie für jeden Schutz jeder Arbeiterkategorie eintreten."

Resolution Wurm betr. Arbeiterschutz und Achtstundentag:

„Der Parteitag erklärt: Die Agitation für den gesetzlichen Arbeiterschutz war und ist eine der wichtigsten Aufgaben der sozialdemokratischen Partei, wie sie dies bereits in ihrem Programm und in den Resolutionen der nationalen und internationalen Kongresse wiederholt ausgesprochen hat. Auch fernerhin wird sie ihre Kraft einsetzen, um durch die politische wie durch die gewerkschaftliche Agitation den gesetzlichen Achtstundentag zu erkämpfen und das Arbeiterrecht zu einem Bollwerk gegen kapitalistische Ausbeutung zu gestalten."

IV. Maifeier.

Diskussion 126—128.

Resolution Gerisch (S. 126).

V. Internationaler Kongreß.

Diskussion Seite 128—137.

Antrag der Vorlage **77** (Zustimmung zum Verhalten der deutschen Delegation).

VI. Frauenagitation.

Diskussion Seite 159—175.

Antrag der Vorlage **61** (Anschluß der Frauen an die Gewerkschaften).

Antrag Posselt, Baader, Zetkin und Genossen:

Der Parteitag empfiehlt den Genossen:

„In allen Orten, wo es zu ermöglichen, in öffentlichen Versammlungen die Wahl von weiblichen Vertrauenspersonen vorzunehmen. Die Aufgabe dieser Vertrauenspersonen ist: Aufklärung unter den proletarischen Frauen in politischer und gewerkschaftlicher Hinsicht, Erziehung zum und Stärkung des Klassenbewußtseins zu schaffen und eine diesen Aufgaben entsprechende planmäßige Agitation zu betreiben."

Antrag Mattutat und Genossen:

„Die Rede der Genossin Zetkin über die Frauenagitation wird gedruckt und als Broschüre verbreitet."

Resolution Zetkin S. 174/175 mit dem Amendement Meder, daß auch die Beseitigung der Gesindeordnung mit unter die Agitationsforderungen gestellt werde.

VII. Organisation.

Diskussion Seite 137—143.

Resolution Auer Seite 137.

VIII. Sonstige Anträge.

Diskussion Seite 177.

Antrag Gewehr:

„Die Vertrauensleute der einzelnen Orte resp. Reichstagswahlkreise sind verpflichtet, in jedem Jahre mindestens einmal über den Stand der Partei und die wichtigsten, die Partei interessirenden Vorkommnisse ihres Bezirkes der Parteileitung Bericht einzusenden."

Präsenz-Liste.

Name.	Wohnort.	Wahlkreis.
Adler, Eduard	Halberstadt	Halberstadt-Oschersleben-Wernigerode
Adler, Ernst	Lobenstein	Reuß j. L.
Agster	Stuttgart	9. bad. Wahlkreis
Albrecht, Adolph	Halle a. S.	Halle und Saalkreis
Alboldt, Carl	Berlin	Berlin III
Antrick, Otto	Berlin	Königsberg-Neumark und Berlin II
Appel Albert	Stettin	Stettin
Arons, L., Dr.	Berlin	Berlin II
Auer, J.	Berlin	
Baader, Ottilie	Berlin	Berliner Frauen
Bär, H.	Crefeld	Crefeld und Duisburg-Mülheim
Baerer, Heinrich	Harburg	17. hannover. Wahlkreis
Barthel, Wilhelm	Löbtau	6. sächs. Wahlkreis
Baudert, Aug.	Apolda	1. weimar. Wahlkreis
Bebel, A.	Berlin	
Beeck, Aug.	Lauenburg	Altona-Stormarn und Lauenburg
Beims, Hermann	Goslar	11., 12. und 13. hannov. Wahlkreis
Bérard, R.	Hamburg	1. westf. Wahlkreis
Berthold, Heinrich	Darmstadt	Darmstadt-Groß-Gerau
Beyer, Richard	Leipzig	12. und 13. sächs. Wahlkreis
Birk,	München	
Blos, W.	Stuttgart	
Bock, Wilh.	Gotha	
Bömelburg, Th.	Hamburg	1. Hamburger Wahlkreis
Brand, Ignaz	Frankfurt a. M.	Alsfeld-Lauterbach-Schotten
Brecour, Wilh.	Kiel	3. und 7. Schleswig-Holstein
Breil, Ernst	Hagen	Hagen-Schwelm
Brey, Aug.	Hannover	9. hann. Wahlkreis (Hameln-Springe)
Brinkmann, H.	Kassel	Kassel-Melsungen
Bringmann, W.	Nienburg a. W.	Nienburg a. d. W.
Broesche, Otto	Mühlhausen i. Th.	Mühlhausen-Langensalza u. Weißensee
Bruhns, J.	Wandsbeck	Altona-Stormarn und Lauenburg
Bruhns, Julius	Breslau	Liegnitz-Haynau, Breslau Ost u. West.
Bueb, F.	Mülhausen i. E.	Mülhausen i. Els.
Bunte, Fritz	Dortmund	Dortmund
Dahlen, Robert	Halberstadt	Halberstadt-Oschersleben-Wernigerode
David, Eduard	Mainz	Mainz-Oppenheim
Dietzschhold, O. F.	Hartmannsdorf	15. sächs. Wahlkreis
Dittrich, Hermann	Konstanz	1. badischer Wahlkreis
Döbert	Dessau	1. anhalt. Wahlkreis
Dreesbach, Aug.	Mannheim	12. bad. und Mannheim-Weinheim
Dubber, Erd.	Hamburg	

Name.	Wohnort.	Wahlkreis.
Ebert, Fritz	Bremen	Bremen
Ehrhardt, Fr. J.	Ludwigshafen	1. und 6. pfälz. Wahlkreis
Eichhorn, Auguste	Dresden	4. sächs. Wahlkreis
Eichhorn, Emil	Dresden	5. sächs. Wahlkreis u. Calau-Luckau
Elbert, Hans	Frankfurt a. M	Frankfurt a. M.
Emmel, L.	Saargemünd	Saargemünd-Forbach u. Saarbrücken
Erfurth, Fritz	Lauterberg a. H.	11., 12. und 13. hannover. Wahlkreis
Fabian, Aug.	Magdeburg	Magdeburg
Feldmann, Franz	Langenbielau	Schweidnitz-Freiburg-Striegau, Reichenbach-Neurode, Frankenst.-Münst.
Fischer, Richard	Berlin	
Flemming, Bruno	Vielau	Schneeberg-Stollberg
Forkert, Ernst	Solingen	Solingen
Förster, Herm.	Hamburg	
Frohme, Carl	Hamburg	
Gerisch, A.	Hamburg	
Gerlach, Ferdinand	Halberstadt	Wanzleben
Gewehr, Wilhelm	Elberfeld	Elberfeld-Barmen und Mayen-Andweiler-Cochem-Adenau-Zell
Geyer, Friedrich	Leipzig	
Gilek, Fritz	Arnstadt	Schwarzburg-Sondershausen
Götze, Franz	Meerane	Glauchau-Meerane
Graßhold, Herm.	Berlin	Berlin VI
Greiffenberg, Marie	Berlin	Berliner Frauen
Grenz, Ernst	Leipzig	12. und 13. sächs. Wahlkreis
Grillenberger	Nürnberg	
Groth, E	Rostock	Rostock-Doberan u. Schwerin-Wismar
Gurtschke, Wilh.	Berlin	Berlin IV
Günther, Aug.	Braunschweig	3. braunschweigischer Wahlkreis
Haase, Emil	Waldheim	10. sächs. Wahlkreis
Haug, Friedrich	Freiburg i. B.	2., 5. u. 7. bad. Wahlkr. u. Lörrach
Heine, Johs.	Ottensen	6. Schleswig-Holstein
Heinrichs, Frau	Neusalz	Grünberg-Freiberg, Sagan-Sprottau
Heissener, Chr.	Mühlhausen	Mühlhausen-Langensalza-Weißensee
Herbert, Fritz	Stettin	
Hildenbrand, Carl	Stuttgart	1. Württemb. Wahlkreis
Hofmann, Arthur	Saalfeld	2. Meiningen (Saalfeld)
Hofmann, Franz	Chemnitz	
Hoffmann, Carl	Bielefeld	Herford-Halle
Hofrichter, A.	Köln a. Rh.	Köln und Kreuznach-Simmern
Holzapfel, Friedrich	Nordhausen	Nordhausen
Hoppe, Otto	Höhscheid bei Solingen	Solingen
Hug, Paul	Bant	Oldenburg, 1. u. 2. und 1. Hannover
Hugo, Wilhelm	Eschwege	Eschwege-Witzenhausen-Schmalkalden
Hülle, Gustav	Erfurt	Erfurt u. Sangerhausen-Eckartsberga
Jäckh, G.	Braunschweig	Braunschweig Stadt
Hahn, Heinr.	Greiz	Reuß ä. L.
Kaden, Aug.	Kötzschenbroda	
Kambach, Friedrich	Hirschberg	Hirschberg-Schönau

Name.	Wohnort.	Wahlkreis.
Kähler, W.	Wandsbeck	Frauen u. Mädchen v. Schlesw.-Holst.
Keßler, Gustav	Berlin	Calbe-Aschersleben
Kiesel, Max	Berlin	Berlin VI
Kirsch, Christian	Schmalkalden	Eschwege-Witzenhausen-Schmalkalden
Kleemann, Paul	Leipzig	Fürth-Zirndorf und Hersbruck
Klees, Wilhelm	Magdeburg	
Kleinfeldt, H.	Hamburg	Hamburg III
Knauff, Otto	Reinickendorf	Nieder-Barnim
Koenen, H.	Hamburg	
Kolb, Wilhelm	Karlsruhe	10. bad. Wahlkreis
Köppe, Richard	Dresden-A.	5. sächs. Wahlkreis
Krewinkel, Hubert	Aachen	Aachen
Krumm, Eduard	Gießen	Wetzlar-Altenkirchen
Krüger, Aug.	Spremberg	Cottbus-Spremberg
Krüger, Rudolf	Königsberg	Königsberg (Ostpr.)
Kunisch, Franz	Düsseldorf	Düsseldorf
Kutsche, Karl	Hannover	15. hannov. Wahlkreis
Lang, Emil	Mylau	Eisenach-Dermbach
Laumann, Max	Wailar	Auerbach-Reichenbach (22. sächs.)
Lehmann, Julius	Leipzig	12. und 13. sächs. Wahlkreis
Legien, K.	Hamburg	
Lehmann, Gustav	Dortmund	Bochum-Witten-Gelsenkirchen
Lesche, Friedrich	Altona	Altona-Stormarn und Lauenburg
Leutert, Paul	Apolda	3. weimar. Wahlkreis
Leven, Wilhelm	Gera	Reuß j. L.
Liebknecht, Wilh.	Charlottenburg	
Löwenherz, Johanna	Neuwied	Mayen-Ahrweiler, Cochem-Adenau-Zell und Neuwied
Löwenstein, Gabriel	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Lütgenau, Franz	Dortmund	
Mahlke, Heinrich	Flensburg	2. schlesw.-holst. Wahlkreis
Martikke	Hamburg	Hamburg III und 5. schlesw.-holst. Wahlkreis
Mattutat, Hermann	Augsburg	Augsburg-Wertingen, Immenstadt-Kempten-Lindau
Meder, Wilhelmine	Leipzig	12. und 13. sächs. Wahlkreis
Mehnert, Bruno	Chemnitz	Chemnitz
Meist, Carl	Cöln	Lennep-Remscheid-Mettmann
Meister, Heinrich	Hannover	
Menkel, Julius	Ruhla	2. weimar. Wahlkreis
Mertz, Georg	Cronberg a. T.	1. nassauischer Wahlkreis
Metzger, Wilhelm	Hamburg	
Metzner, Theodor	Berlin	
Michaelis, Emil	Waldenbg. i. Schl	Waldenburg
Michels, Wilhelm	Kalk	Köln-Land
Molkenbuhr, Herm.	Hamburg	
Möller	Weitmar	Merseburg-Querfurt
Müller, Conrad	Schkeuditz	Schweinfurt
Müller, Heinrich	Berlin	Glatz-Habelschwerdt
Müller, Franz	Kamenz	1., 2. und 3. sächs. Wahlkreis
Nitzschke, Ernst	Großenhain	7. sächs. Wahlkreis
Neumann, Paul	Nowawes	Teltow-Beeskow-Charlottenburg

Name.	Wohnort.	Wahlkreis.
Oertel, Carl	Nürnberg	Würzburg
Ostermann, Gustav	Rixdorf	Teltow-Beeskow-Charlottenburg
Paetzold, Gustav	Eisenach	Eisenach-Dermbach
Paul, Gustav	Velten	Potsdam-Osthavelland
Pfannkuch, W.	Hamburg	
Pfarr, Johann	Berlin	Berlin VI und West-Priegnitz
Pogarell, Carl	Dresden	4. sächs. Wahlkreis
Posselt, Reinold	Weißensee	Nieder-Barnim
Priebs, Gustav	Pirna	8. sächs. Wahlkreis
Quarck, Max	Frankfurt a. M	2. Hessischer Wahlkreis Wiesbaden
Rauch, Friedrich	Limmer	8. u. 10. hannov. Wahlkreis, Hildesheim
Raue, Carl	Iserlohn	Altena-Iserlohn
Recknagel, Karl	Weißenfels	Naumburg-Weißenfels-Zeitz
Reinsdorf, Ernst	Pegau	14. sächs. Wahlkreis
Reißhaus	Erfurt	
Richter, Max	Löbtau	VI. sächs. Wahlkreis
Riem, Gustav	Wurzen	Wurzen-Oschatz-Grimma
Ritter, Hermann	Görlitz	Görlitz
Röhn, Emil	Berlin	Berlin IV
Sachse, Herm.	Planitz	18. sächs. Wahlkreis
Stadthagen, Arthur	Berlin	
Schauder, Adolf	Ohrdruf	Gotha-Siebleben
Scheidemann, Ph.	Gießen	Gießen-Grünberg-Nidda u. Marburg-Kirchhain-Frankenberg-Söhl
Scherm, Joh.	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Scheuing, Friedrich	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Schippel, Max	Berlin	
Schmalfeld, J. H.	Bremerhaven	19. hannover. Wahlkreis
Schmidt, Fritz	Bad Nauheim	Friedberg-Büdingen
Schmidt, Hermann	Berlin	Berlin III
Schmidt, Robert	Berlin	Berlin V
Schmidt, Albert	Magdeburg	
Schmidt, Wilh.	Frankfurt a. M.	
Schmitt, Franz	München	München
Schrader, Christian	Bramsche	Osnabrück (4. hannov.)
Schreck, Carl	Bielefeld	Bielefeld-Wiedenbrück
Schleicher, Anton	Metz	Metz und Diedenhofen-Bolchen
Schoenlank, Bruno	Leipzig	
Schöpflin, Georg	Frankfurt a. O.	Sorau-Forst und Frankfurt-Lebus
Schulze, Carl	Königsberg i. Pr.	
Schumacher, Carl	Mülheim a. Rh.	Mülheim-Wipperfürth, Gammersbach
Schumann, Bruno	Bielefeld	Lippe-Detmold
Schuster, Alwin	Berlin	Berlin I
Schwartz, Th.	Lübeck	Lübeck
Seige, Paul	Pößneck	Meiningen II
Sellbeck, Carl	Werden (Ruhr)	Essen
Sidow, Otto	Brandenburg a H.	Brandenburg-Westhavelland
Singer, Paul	Berlin	
Steenfatt, Fr.	Hamburg	Hamburg III
Stein, Philipp	Hochstadt	Hanau-Gelnhausen-Orb
Stolle, Wilh.	Gesau	
Stolpe, Hermann	Danzig	Danzig-Stadt und Lüben-Bunzlau

Name.	Wohnort.	Wahlkreis.
Tabert, Heinrich	Luckenwalde	Jüterbogk-Luckenwalde-Zauch-Belzig
Thiele, Adolf	Halle	Mansfelder Kreise
Timm, Johannes	Berlin	Berlin I
Trautewein, Aug.	Quedlinburg	Calbe-Aschersleben
Ulrich	Stuttgart	2. württemberg. Wahlkreis
Ulrich, Carl	Offenbach	Offenbach-Dieburg
Valdix, Wilhelm	Schmölln	Sachsen-Altenburg
Vogel, Emil	Vilbel	Friedberg-Büdingen
Vogel, Lina	Netzschkau	Auerbach-Reichenbach
Vogel, A.	Barmen	Barmen-Elberfeld
Voigt, Emil	Berlin	Ober-Barnim und Berlin IV
Völk, Heinrich	Schney	Kronach-Lichtenfels
Walter, Anton	Coburg	Coburg
Walther, Carl	Chemnitz	16. sächs. Wahlkreis. Chemnitz
Wehder, Peter Ed.	Sonneberg	Meiningen I
Weinheber, Paul	Hamburg	Hamburg II
Wentzel, Wilhelm	Königslutter	Braunschweig II
Wichtendahl, Heinr.	Celle	14. hannover. Wahlkreis
Wiehle, Richard	Hannover	8. hannover. Wahlkreis
Winter, Franz	Frankenhausen	Schwarzburg-Rudolstadt
Wolf, Heinrich	Dietharz	Gotha
Wöllner, Klara	Zwötzen	Reuß j. L.
Wurm, Emanuel	Berlin	
Zebisch, Georg	Bernburg	2. anhalt. Wahlkreis
Zenker, Adolf	Minden i. Westf.	Minden-Lübbecke
Zimmer, R.	Freiberg i. Sachs.	Freiberg-Oederan-Hainichen
Zetkin, Clara	Stuttgart	
Zorn, Georg	Fürth	Fürth-Erlangen

Als Gäste waren anwesend:

Vliegen, Wilh, Maastricht, für die holländische Sozialdemokratie.
Schumeier, Franz, Wien, für die österreichische Sozialdemokratie.

Vor Schluß des Parteitages sind abgereist:
Beims-Goslar. — Band-Fürth. — Erfurth-Lauterberg. — Haug-Freiburg. — Emil Lang-Mylau. — Schleicher-Metz. — Schmidt-Nauheim.

Sach- und Sprech-Register.

Die Ziffern bedeuten die Seitenzahl; die eingeklammerten Ziffern (A. 1) beziehen sich auf die fortlaufend nummerirten Anträge der Vorlage.

Abänderung der Seemannsordnung 43. 56.
Achtuhr-Ladenschluß 10 (A. 1, 5). 18 (A. 78). 65. 66. 146. 148. 149. 150. 153.
— -Liga 148.
— -Resolution 146. 147. 148.
— — Amendement Adler 147. 148.
— — — Molkenbuhr 148.
Achtstundentag 10. 11 (A. 2. 6). 15 (A. 56). 17 (A. 72). 19 (A. 79). 43. 65. 66. 69. 144—152. 154. 157. 175.
— Resolution 147.
— in Staatsbetrieben 148. 158.
Adler-Halberstadt 72. 75. 148.
Agitationsschriften 30.
Agitation 15 (A. 53- 61). 16 (A. 62, 63). 18 (A. 79). 23. 24. 69. 71—76. 146 ff.
Agrarverhältnisse 23.
Agster 97.
Albrecht 118.
Allgemeine Anträge 12 (A. 27—29). 71.
— zur Presse 14 (A. 47—52).
Anarchismus, Anarchisten 132. 134. 135. 136.
Anträge zum Parteitag betreffend:
Achtuhrladenschluß 10 (A. 1. 5). 18 (A. 78). 146. 147. 148.
Achtstundentag 10 (A. 1 bis 3). 11 (A. 6). 15 (A. 56). 17 (A. 62). 18 (A. 79). 147. 158.
Annoncen. Boykott- 14 (A. 47).
— Streik- 14 (A. 52).
— Witzblattbeilage 14 (A. 46).
Arbeiterschutz 11. 65 (A. 7, 10. 11. 13). 148.
— Agitation, Ausschuß 2c. 17 (A. 73).
Arbeitslosenstatistik 119.
Arbeitslohn- und Arbeitszeit-Statistik 121.
Austritt aus Landeskirche 18 (A. 76).
Betheiligung an Reichstagsverhandlungen 12 (A. 29).
Broschüren-Herausgabe betr. Frauenagitation 168.
— Gesindeordnung 13 (A. 37).
— Parteitage, frühere 13 (A. 36).
— Programm und Wahlrecht 13 (A. 38).
— Wahlgesetz 71.
Delegirten-Diäten 12 (A. 27. 28).
Delegirtenzahl pro Wahlkreis 12 (A. 28).
Eisenbahnarbeiter-Flugblatt 15 (A. 58).
Elsaß-Lothringische Parteiorgan-Gründung 14 (A. 51).
Enquete über Arbeitszeit und -Lohn 121.
Frauen-Anschluß an Gewerkschaften 15. (A. 61.)
Frauenbewegung 11 (A. 12).
Frauenfrage-Resolution 174.
Frauenorganisation 15 (A. 60. 61). 160.
Frauenzeitung als Sonntagsbeilage 12 (A. 40).
Gemeindevertreter, sozial-demokr. 19 (A. 82).
Gesindeordnung-Abschaffung 15 (A. 54). 17 (A. 72).
Gewerbegerichte 148.
Gewerkschaftsorganisation 19 (A. 80).
Hausindustrie 10 (A. 1—3). 15 (A. 56).
Hitzschlag-Gesetzentwurf 119.
Intern. Kongreßbeschlüsse-Zustimmung 18 (A. 77).
Kalender zur Landagitation 13 (A. 39).
— Neue Welt-Kalender-Verbilligung 117.
Koalitionsrecht 10 (A. 1—3). 15 (A. 56).
Konferenz der Gemeinde-, Kreis- und Landtags-Abgeordneten 11 (A. 14).
Anträge zum Parteitag betreffend:
Kontrolleure, Wohnort 12 (A. 26).
Kündigungsfrist-Aufhebung 17 (A. 70).
Landarbeiter 11 (A. 13).
— Agitation 15 (A. 54).
— -Zeitung 14 (A. 49).
Leipziger Genossen, Tadelsvotum für die 16 (A. 62, 63).
Maifeier, Arbeitsruhe 16 (A. 64. 66. 67). 126.
— Referenten-Honorirung 16 (A. 65).
Neue Welt-Abschaffung 14 (A. 41).
— Defizit 109.
— Verbesserung 14 (A. 42—44).
— Verkleinerung 14 (A. 44).
— Verlegung der Redaktion 14 (A. 44).
Organisation 137.
Parteileitungs-Kontrolleure 12 (A. 26).
- Sitz 12 (A. 25).
Parteitag, nächster 11—12 (A. 18—23). 176.
— Verlegung auf Weihnachten 12 (A. 24).
— Zweijährige 140.
Presse 10 (A. 4). 12 (A. 31—52). 17 (A. 74).
Programmrevision 11 (A. 10).
Proportionalwahlrecht 11 (A. 15—17). 175.
Protokoll-Verbesserung 13 (A. 35).
Quarck-Angelegenheit, Tadelsvotum 85.
Rechtsbureau im Saarrevier 12 (A. 30).
Reichstagswahlen als Protest 12 (A. 29).
Schulpflichtalter-Erhöhung 17 (A. 75).
Unentgeltlichkeit der Geburtshilfe, Heilmittel, Todtenbestattung 15 (A. 54).
Versicherungsgesetze 11 (A. 78). 15 (A. 55). 16 (A. 68. 69).
— Altersgrenze-Herabsetzung 16 (A. 68. 69).
— Invalidenrenten-Erhöhung 16 (A. 69).
— Unfallkostenübertragung auf Berufs-Genossenschaft 16 (A. 68).
— Ueberwachungskommission 19 (A. 81).
Vertrauensleute, Vierteljahres-Berichte 19 (A. 83).
— Jahresberichte 178.
— weibliche 160.
Volksfreund, Offenburg 14 (A. 50). 76.
Währungsfrage 11 (A. 9).
Wahlrechts-Agitation 15 (A. 57. 59).
Zentral-Organ, Beilage, parlamentarische 13 (A. 34). 14 (A. 45).
— — Programm- 12 (A. 33).
— — wissenschaftliche 76.
— Redakteur jährlich wählbar 76.
— Stellungnahme zu Streitfragen 12 (A. 31).
— Verbilligung 12 (A. 32).
— Wochenausgabe 106.
Ziegeleiarbeiter-Arbeitszeit 17 (A. 71).
Anträge (siehe die einzelnen Materien).
— zur Tagesordnung 10. 11. A. 1—12.
Antrick 91. 98. 117.
Arbeiterschutz 11 (A. 10. 11). 17 (A. 72—73). 65 (A. d. Berliner). 51—57. 120. 143 ff.
— -Ausschuß 145. 146. 149. 150.
— -Resolution 147.
Arbeitersekretariat 145. 146.
Arbeiterversicherung (s. Versicherungsgesetze).
Arbeitslohn- und Arbeitszeit-Statistik 121.
Arbeitslosenstatistik 119. 126.
Arbeitsruhe (s. Maifeier).
Arons 65.
— Antrag 65. 66.

Auflösung der Parteileitung 20. 67.
— der Kontrolleure 71.
Auer 110. 117. 137. 142. 170.

Baader, Frl. 153. 169.
Bäckereiarbeiter, Arbeitszeit 51—54.
— u. v. Berlepsch 53.
— u. die Konservativen 53. 54.
Bär 65. 73. 80.
Baudert 120. 151.
Bebel 107. 121. 128 ff. 136.
— Antrag betr. „Neue Welt" 109. 117.
Beims 157. 173.
Beitragsleistung zur Parteikasse 31. 35—40. 70. 138. 141.
Bérard 79. 118.
Bericht der Beschwerdekommission 178.
Bericht der Fraktion 42—61; betreffend
Arbeiterschutz 51—57.
— im Bäckereigewerbe 51.
Arbeiterversicherung 56. 57.
Börsengesetz 59.
Bürgerl. Gesetzbuch 50. 56. 57.
Eingebrachte Anträge 42. 43. 44. 49. 49. 50. 57.
Fabrikinspektion 43.
— weibliche 55.
Gesetzliche Regelung der Arbeitszeit 51.
Gewerbegerichte 42.
Gewerbeordnung 43. 60.
Handwerkerkammern 60.
Hausindustrie 55.
Kanitz-Antrag 56. 59.
Koalitionsrecht 42. 44. 45. 50.
Konfektionsarbeiter 54.
Konsumvereine 60.
Margarinegesetz 58. 59.
Mittelstandsbewegung 60. 61.
Postangestellte 57.
Seemannsordnung 43. 56.
Unlauteren Wettbewerb 60.
Vereinsrecht 42—51.
— in Bayern 46. 47.
— — Elsaß-Lothringen 45.
— — Hannover 46.
— — Sachsen 47. 48.
Zuckersteuergesetz 59.
Bericht der Kontrolleure 71.
— — Mandatsprüfungskommission 91.
Bericht der Parteileitung 20—41; betr.
Allgemeines 20.
Agitation 29 67. 69.
— gegen die Gesindeordnung 23.
Agrarverhältnisse 23.
Auflösung der Parteileitung 20.
Bestrafungen 40. 41.
Buchhandlung Vorwärts 29. 30. 31. 71.
Flugblätter 24. 30. 69.
Geldsendungen 35 ff.
Gewerkschaftsbewegung 21. 27.
Kasse 31—40. 70.
Maifeier 26. 69.
Majestätsbeleidigungen 20.
Neue Welt 27.
Neue Welt-Kalender 26.
Offenburger Volksfreund 21.
Organisation 69
Presse 26—31. 34. 67—70.
Referentenfrage 23. 24.
Sozialdemokrat 29.
Streiks 21. 22.
Unterstützung der Presse 34.
Vereinsrecht 22. 23.
Vorwärts 28.
Wahlen 23. 24. 25.
Berichterstattung der Parteileitung 67—71.
Berlepsch und Bäckereiarbeiter 53.
Beschwerdekommission 9. 178.
Beschwerde gegen die Parteileitung 71.
Bestrafungen 40. 41.
Beyer 136.
Blos 178.
Bock 62. 142.
Bömelburg 125. 128. 151. 158. 159. 176.
Börsensteuergesetz 59.
Brand 127.
Braunschweiger Streit 178/79.
Brinkmann 127.
Broschüren 13 (A. 36. 37. 38).
Bruhns 80.
Buchhandlung Vorwärts 29. 30. 31. 71.
Bueb 73.
Bueb's Verhaftung 61.
Bunte 78. 114.
Bureau des Parteitags 9.
— -Wahl 63. 64.
Burns, John 132. 134.

Dahlen 155.
David 176.
Decharge-Ertheilung 71. 119.
Delegirtenwahlen-Relaissystem 140.
Druckschriften-Preis 71. 75.

Ebert 120. 127.
Ehrhardt 178.
Eichhorn, Emil 65. 72. 105. 149. 158.
— Amendement Arbeitslosenstatistik 121. 124.
— Antrag betr. Achtstundentag 158.
Eichhorn, Frau, 169.
Eisenbahnarbeiter 15 (A. 58). 19. 73. 75.
Elbert 127.
Elsaß-Lothringen 14 (A. 51) 43. 44. 45. 140.
Emmel 177
Englische Fabian Society 129.
— Gewerkschaften 129. 130. 131. 133. 134. 136.
— Sozialdemokratische Federation 129. 131. 133. 134. 136.
— Sozialistische Liga 129.
— Unabhängige Arbeiterpartei 129. 131. 133. 134. 136.
Eröffnung des Parteitages 63.

Fabrikinspektion 43. 145. 151. 168.
Fabrikinspektoren, weibliche 175.
Fischer 66. 103.
Flaggenlied bei Untergang des Ilis 123.
Flugblätter im Bericht der Parteileitung 24. 30. 69.
— für die Eisenbahnarbeiter 15 (A. 58). 73. 75.
— für die Frauen 166. 169. 170. 175.
Förster 63. 175.
Fraktionsbericht (s. Bericht).
Frauen-Agitation 159—175.
— -Anschluß an Gewerkschaften 165, 169—175.
— -Broschüren 167. 168. 171. 173. 175.
— -Frage, bürgerliche 162. 164. 168—175.
— — der oberen Zehntausend 161. 169. 174.
— — proletarische 163. 169—175.
— — -Resolution 174—175.
Frauen- und Vereinsrecht 165. 168.
Frauen-Zeitung 167. 169. 170. 172.
Frohme 65. 66. 78. 92. 120.

Gerlach 73.
Gerisch 78. 118. 126. 128. 177. 178.
Geschäftsbericht des Ausschusses 67.
Geschäftsordnungs-Anträge 11 (A. 13. 14).
Geschäftsführender Ausschuß 180.
Gesetzentwurf der Fraktion bz.
Antrag zum Achtstundentag 50.
— zum Bürgerlichen Gesetzbuch 50.
— zur Gesindeordnung 43.
— — Gewerbeordnung in Elsaß-Lothringen 43.
— zum Vereinsrecht 42. 43.
— — Wahlrecht 44.
Gesindeordnung 13 (A. 38). 15 (A. 54). 17 (A. 72). 23. 43. 56. 58. 72. 74. 75. 148. 157. 158.
Gewehr 66. 72. 75. 172. 178.
Gewerbeinspektor (s. Fabrikinspektor).
Gewerbeordnungsnovelle 60.
Gewerbegerichte 148.
Gewerkschaften (s. auch Englische).

Gewerkschaftsbewegung 18 (A. 79). 19 (A. 80). 27. 46. 144. 147. 151. 153. 154. 157.
Gewerkschaftsblätter 27.
Geyer 177.
Gilek 74.
Goldstein, Mandatsniederlegung 177.
Graßhold 169.
Greiffenberg 169.
Grenz 117. 134.
Groth 73. 119.
Gubela-Beschwerdeschrift 178.
Günther 80.

Handelsangestellte 146. 148. 150.
Handlungsgehilfen-Frage 113.
Handwerkerkammern 60.
Hausindustrie 54. 55. 145. 152. 153.
Heinrich, Frau 171.
Hildenbrand 135.
Hitzschläge 119. 122. 124. 125.
Holzarbeiterverband 155.
Hülle 176.

Ältis-Untergang 123.
Impffrage 119. 122. 126.
Internationaler Kongreß 18 (A. 77). 66. 128 ff.
— Resolution 137.
Jäckh 179.
Jugenderziehung 17 (A. 75). 18 (A. 76).
Jugendschriften 30.

Kähler 170.
Kalender zur Agitation 13 (A. 39) 30. 72. 74. 75.
Kantz-Antrag 56. 59.
Kassenbericht d. Parteileitung 31—40. 70.
— Antrag Bremerhaven 117. 118.
— Diskussion 118. 119.
Kasse, Beitragsleistung zur 138. 141.
— tabell. Uebersicht der Einnahmen 35—40.
Keßler 156.
Kiesel 118.
Kießling-Beschwerde 178. 179.
Knauff 79.
Koalitionsrecht 42. 44. 45. 46. 47. 50. 58. 65. 66. 69. 74. 150. 157. 175.
Koenen 140.
Kolb 99.
Konfektionsarbeiter 21. 30. 54—57.
Konsumvereine 60.
Krüger 122.
Krumm 80.
Kündigungsfrist 17. (A. 70.) 145. 150.
Kunst-Debatte (siehe Neue Welt).

Landagitation 13. (A. 39.) 14. (A. 49.) 15. (A. 54.) 19. (A. 83.) 72. 73. 74. 80. 178.
Landarbeiter 11. (A. 13.) 43. 56. 72. 73. 75. 122. 156.
Lauterberger Streik 155.
Legien 156. 177.
Lehmann-Dortmund 65. 66. 122.
Leipziger Wahlrechtsstreit 16 (A. 62. 63.) 177.
Lesche 142. 171.
Leutert-Apolda 64. 65. 136. 149. 171.
Liebknecht 99. 114. 133. 136.
Löwenherz 168. 172.
Londoner Kongreß (siehe Internationale).

Maifeier 16. (A. 64—67.) 26. 66. 69. 126. 127. 128.
— -Resolution 126.
Mainzer Landtagswahlsieg 143.
Majestätsbeleidigung 20. 70.
— -Antrag der Fraktion 44.
Mandatsprüfungs- u. Neuner-Kommission 9.
— Wahl 64.
— Bericht 94.
Margarinegesetz 58. 59.
Martikke 118. 141.
Meder, Frau 170.
Mehnert 177.
Meineidsprozeß 40. 70.
Meister 71.
Metzner 127.
Mittelstandsbewegung 60. 61.
Moderne Kunst (siehe Neue Welt).
Molkenbuhr 94. 121. 154. 176.
Müller-Kamenz 74. 128.
Müller-Schkeuditz 171.

Neue Zeit 27. 105. 106.
Neue Welt 14. (A. 41—43.) 27. 28. 78. 79—81. 92—95. 98. 102. 103. 105. 108—110. 114. 117.
— -Defizit 109. 117.
Neue Welt-Kalender 27. 105.
— Verbilligung 117—119.
Neunerkommission (s. Beschwerdekommission.)
Nothgesetz zum Vereinsrecht 49.

Oertel 168.
Offenbacher Landeswahlsieg 159.
Organisation 11. 12 (A. 18—24). 65 66. 69. 137 ff.
— -Resolution Auer 137.
Organisationsstatut 6.

Parlamentarisches: 16. 17 (A. 68—72).
Parlamentarische Thätigkeit (siehe Bericht der Fraktion).
Parteigeschichte 13. (A. 37.) 73.
Parteikasse (siehe Kasse).
Parteileitung 12. (A. 25. 26.)
Parteipolitik 157. 158.
Parteipresse, Allgemeines 65. 67. 68. 69. 70. 72. 75. 78. 80. 81—117 (siehe ferner: Neue Welt und Zentralorgan).
— Ausgaben 34.
Parteiprogramm 3. 11. (A. 15—17) 60.
Parteitag, 12. (A. 24.), der nächste 11. 12. (A. 18—23.) 176. 180.
Parvus-Vorschläge 144. 145. 149. 150. 151. 152—158.
Pfannkuch 66. 67. 75. 117. 177.
Pfarr 74.
Pinkau, Mandatsniederlegung 177.
Pistorius-Beschwerde 178. 179.
Pogarell 124.
Politische Bewegung 144. 147. 154.
Postangestellte und Reichstag 57.
Posselt 142.
Presse (siehe Parteipresse).
Produktivgenossenschaften 147.
Programm (s. Parteiprogramm).
Proportionalwahlrecht 11 (A. 15 u. 17). 65. 66. 67. 175.
Protokoll-Antrag 13.
Provinzialismus 138.

Quarck 76. 77. 78. 112. 113. 123. 153.
— -Angelegenheit 76—78. 80. 85—90. 97. 101. 102. 106—108. 110—114. 117.
— -Vorschläge 144. 149. 152. 153. 156. 157. 158.

Raue 74. 106.
Rechtsbureau im Saarrevier 12 (A. 30). 177.
Referentenfrage 16 (A. 65). 146.
Reichstagsfraktion (s. Bericht d. Fraktion).
Resolutionen 17—19 (A. 73—83).
— Achtuhrladenschluß 146. 147. 148.
— Arbeiterschutz 147.
— Arbeiterversicherung 57.
— Frauenfrage 17. 174. 175.
— zum Intern. Kongreß 137.
— Maifeier 17 (A. 73). 126.
— Organisation 137.

Sachse 123.
Seemannsordnung 43. 56. 155.
Singer 64. 70. 71. 75. 90. 92. 148. 152. 154. 155. 157. 158. 168. 169. 176. 180.
Sitzungszeit 9. 64.
Sonstige Anträge 176.
Sozialdemokrat. Schlußabrechnung 29.
Sozialpolitik 157. 158.

Sozialpol. Gesetz (s. Versicherungsgesetze).
Scheidemann 80.
Scherm 141.
Scheuing, Antrag 85. 114.
Schippel 119. 125.
Schleicher 117. 140.
Schmalfeld 118. 155.
Schmidt-Berlin III. 86.
Schmidt, Robert-Berlin V. 87.
Schmidt-Magdeburg 106. 117. 119.
Schmitt-München 140.
Schoenlank 95. 135. 172. 177.
Schöpflin 66. 79. 135.
Schrader 73.
Schr ck 66. 75. 76. 93. 169.
Schriftführer 9. 64.
Schultze-Königsberg 124.
Schumann 64.
Schumeier (Oesterreichischer Delegirter) 90. 127.
Schwarz 123.
Stadthagen 65. 73. 96. 149.
Steiger 81. 94.
Stein 80.
Streik 21. 22.

Tagesordnung. Anträge 9. 10. (A. 1—12).
— Festsetzung 64. 65. 66. 67.
Taktik (s. Agitation).
Thiele 122.
Timm 86. 117. 136. 152.
Trautewein 72. 140.

Unterhaltungsliteratur 14 (A. 41—46).
Unlauterer Wettbewerb 60.

Valdix 66.
Vereinswesen 22. 23. 42. 43. 44. 45. 46. 47.
— und Herr von Stumm 49. 50.
— und Bürgerliches Gesetzbuch 50.
— in Einzelstaaten 44 50. 168.
— Gesetz ntwurf der Fraktion 42. 43.
— Gesetzentwurf der Reichstagskommission 48.
— Nothgesetz 49.
Verfolgungen 40. 41.
Verhandlungstag. Vorversammlung 62.
— Erster Vorm. 67.
— — Nachm. 75.
— Zweiter Vorm. 90.
— — Nachm. 106.
Verhandlungstag. Dritter Vorm. 119.
— — Nachm. 133.
— Vierter 143.
— Fünfter Vorm. 159.
— — Nachm. 173.
Versammlungsrecht (s. Vereinswesen).
Versicherungsgesetze 11 (A. 7. 8.). 16 (A. 68. 69). 19 (A. 81). 56 57. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 151. 152. 155. 158.
Vertrauenspersonen, weibl. 160. 169. 170. 171.
— -Vierteljahresberichte 19. 178.
— -Jahresberichte 178.
Vliegen (holländ. Delegirter) 92. 135.
Vogel, Frau 170.
Voigt-Berlin 73. 141.
Vorlagen an den Parteitag 10.
Vorversammlung 62.
Vorwärts (siehe Zentralorgan).
Vorwärts-Buchhandlung 29—31. 71.

Wahl des Bureaus 63. 64.
— des geschäftsführ. Ausschusses 180.
— der Kontroleure 180.
— der Mandatsprüfungs-Kommission 64.
Wahlen 15 (A. 59) 23. 24. 25.
— Verh. über d. Anträge 71. 75.
Wahlrecht 41.
— für Frauen 175.
— in Sachsen 16 (A. 62. 63) 22.
Weibl. Vertrauenspersonen 160. 169. 170. 171.
Wiehle 176.
Weinheber 64. 73. 94. 142. 153.
Wissenschaftl. Beilage für den „Vorwärts" 76. 79 101. 117.
Wohnungsfrage 66. 156.
Wurm 143. 158. 159.

Zentralismus 138.
Zentral-Organ 12. 13. (A. 31—34). 14 (A. 45). 76.
— Verh. über d. Anträge 75. 76. 78—80. 93. 97—108. 110. 112. 114—117.
— Abrechnung 28.
— Mißbilligungs-Antrag 85. 97. 114.
— Wissenschaftliche Beilage 76. 79. 101. 117.
— Wochenausgabe 106.
Zellin 160 ff., 173.
Ziegeleiarbeiter 17 (A. 71). 145.
Zorn 66.
Zuckersteuergesetz 59.
Zusammenstellung der gefaßten Beschlüsse 182.

Zuschriften und Telegramme.

Agram. Parteiausschuß der Sozialdemokratie Kroatiens.
Amsterdam. Genossen.
Berlin. Verband deutscher Zimmerleute.
Budapest. Ungarische sozialdemokr. Partei.
Celle. Genossen.
Dresden. Arbeiter-Bildungsverein.
Dresden. Genossen des 5. Sächsischen Reichstagswahlkreises.
Einbeck. Versammelte Genossen in Meyer's Odeon.
Eschwege. Genossen.
Essen. Genossen.
Fraureuth. Volksversammlung.
Grüne. Rothe Schmiede.
Kaiserslautern. Organisirte Arbeiterschaft.
Kirchheimbolanden. Genossen.
Langenberg. Konferenz des Neuß'schen Landtagswahlkreises.
Langensalza. Die Tuchmacher.
Leipzig. Mitglieder des Sängerbundes Vorwärts.
Lille. Ein Genosse.
London. Kommunistischer Arbeiterbildungs-Verein Tottenham Court Road 49.
London. Russisch-polnische Sozialisten.
London. Edward und Eleanor Marx-Aveling.
London Friedrich Leßner.
Lwow. Sozialdemokratie Westgaliziens.
Madrid. Komité der sozialistischen Partei.
Mailand. Italienische Genossen.
Naunhof. Genossen.
Neustadt (Koburg). Genossen.
Neustadt (Koburg). Ein Genosse.
Neu-Vorwerk b. Dassow. Genossen.
Paris. Deutscher sozialdemokratischer Leseklub.
Pforzheim. Genossen.
Plauen i. Voigtl. Genossen und Genossinnen.
Roubaix. Arbeiterpartei.
Schönebeck a. Elbe. Genossen.
Schöningen. Genossen
Stadtoldendorf. Genossen.
Weimar. Freie Turnerschaft.
Wien. Arbeiterorganisation in Baden (Nieder-Oesterreich).
Zürich. Landesausschuß deutscher Sozialisten.

Druck von Max Bading, Berlin SW., Beuth-Straße 2.

STECHERT
& Co.
EW YORK

UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 102075121